

Matthias Waechter



GESCHICHTE
FRANKREICHS
IM 20. JAHRHUNDERT

C.H.Beck

**Europäische Geschichte
im 20. Jahrhundert
herausgegeben von
Ulrich Herbert**

Matthias Waechter

Geschichte
FRANKREICHS
im 20. Jahrhundert

Verlag C.H.Beck

Mit 2 Karten © Peter Palm, Berlin

1. Auflage. 2019

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: Eine Menschenmenge feiert das Ende des Zweiten Weltkriegs
auf den Champs Elysées, 8. Mai 1945 © Keystone/Getty Images

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 73653 7

www.chbeck.de

Inhalt

| | |
|----------------------|----|
| Vorwort | 7 |
| Einleitung | II |

ERSTER TEIL

Republik der Widersprüche 1880–1914

| | |
|--|----|
| 1. Die Erschaffung einer Nation | 21 |
| 2. Ein republikanisches Imperium? | 40 |
| 3. Eine «blockierte Gesellschaft»? | 61 |
| 4. Frankreich um 1900 | 87 |

ZWEITER TEIL

Gewonnener Krieg, Verlorener Frieden 1914–1940

| | |
|---|-----|
| 5. Der Große Krieg | 114 |
| 6. Der prekäre Frieden | 152 |
| 7. Frankreich um 1926 | 178 |
| 8. Die Krise der 1930er Jahre | 191 |

DRITTER TEIL

Vom Zusammenbruch zur Dekolonisierung 1940–1962

| | |
|---|-----|
| 9. Die zerstörte Einheit | 224 |
| 10. Frankreich um 1942 | 249 |
| 11. Der schwierige Aufbau einer neuen Ordnung | 274 |
| 12. Die Auflösung des französischen Empires | 322 |

VIERTER TEIL
Vom Boom zur Krise 1962–1981

| | |
|--|-----|
| 13. Frankreich um 1965: Auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms | 366 |
| 14. Staat, Gesellschaft und Außenpolitik in der neuen Republik | 380 |
| 15. Das Ende der «Trente Glorieuses» | 410 |

FÜNFTER TEIL
Die verunsicherte Nation 1981–2002

| | |
|---|-----|
| 16. Der Sozialismus an der Macht | 431 |
| 17. Frankreich um 1990 | 455 |
| 18. Ausblick: Infragestellung und Rückkehr zur «Republik der Mitte» | 502 |
| Dank | 517 |

ANHANG

| | |
|---------------------------------|-----|
| Abkürzungsverzeichnis | 521 |
| Anmerkungen | 523 |
| Literaturverzeichnis | 567 |
| Personenregister | 598 |
| Karten | 606 |

Vorwort

Europa ist unsere Gegenwart, aber unsere Geschichte bleibt im Nationalen verwurzelt. Das hat seinen guten Grund, denn persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Traditionen, politische Optionen, kulturelle Orientierung und Alltagsvertrautheit beziehen sich in allen europäischen Ländern, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, nach wie vor zuerst auf das Land, aus dem man kommt und in dem man lebt.

Aber offenkundig reicht der nationale Rahmen nicht aus, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen, denn wichtige Entwicklungen erweisen sich schon beim zweiten Hinsehen nicht als national spezifische, sondern als gesamteuropäische Phänomene. Wie soll man regionenübergreifende historische Erscheinungen – vom Imperialismus bis zur Europäischen Union, von den großen Diktaturen bis zur Ausbreitung des europäischen Modells der sozialen Demokratie, von den Klassenkonflikten der 1920er bis zur Jugendrebellion der 1960er Jahre und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis zum Wirtschaftswunder der 1950er und zum Ölpreisschock der 1970er Jahre – in den Kategorien des Nationalstaats erklären können, wo es sich doch offenkundig eher um gemeinsame Grundprozesse und deren Varianten handelt?

Und doch dominiert in Europa nach wie vor eine Sichtweise, die den Nationalstaat als den vermeintlich natürlichen Aggregatzustand der historischen Entwicklung begreift und sich darum bemüht, nationale Differenzierungen und Sonderwege, Kontingenz und Divergenz als primäre, Konvergenz und Vereinheitlichungen hingegen eher als nachgeordnete Prozesse zu begreifen.

Europa im 20. Jahrhundert hingegen a priori als Einheit zu betrachten und seine Geschichte auch so zu erzählen, ist nicht weniger problematisch. Denn dies transponierte die Vision einer gemeinsamen europäischen Gesellschaft gewissermaßen nach rückwärts, als sei der Nationalstaat lediglich eine Verirrung der vergangenen 150 Jahre gegenüber einer ansonsten im Wesentlichen gemeineuropäischen Erfahrung gewesen. Das vernachlässigte nicht allein die national so extrem unterschiedlichen Entwicklungen, wenn man nur an Jahre wie 1917, 1933 oder 1989 denkt. Es negierte auch die daraus erwachsenen Erfahrungsdifferenzen, die sich nicht nur nach den

Kategorien Klasse und Geschlecht, sondern im 20. Jahrhundert in ganz besonderer Weise nach Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit ordnen. Tatsächlich sind das 19. und das 20. Jahrhundert in Europa ohne die nationalstaatliche Perspektive nicht entzifferbar.

Um diesem Dilemma zu entkommen, versucht die Reihe «Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert» einen anderen Weg: Die Geschichten der europäischen Staaten und Gesellschaften werden je für sich erzählt, aber zugleich im Kontext der europäischen Entwicklung und der globalen Verflechtungen. Um das zu verstärken, haben sich Herausgeber und Autoren auf eine gemeinsame Struktur geeinigt, die allen Bänden in stärkerer oder schwächerer Ausprägung zugrunde liegt: Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen werden in klassischer, diachroner Manier erzählt. An einigen, in allen Bänden etwa gleichen Zeitpunkten werden aber Querschnitte eingefügt, die es ermöglichen, Zustand und Zustände in der jeweiligen Gesellschaft synchron darzustellen und dadurch dem Vergleich mit anderen Ländern zu öffnen. Das betrifft die Zeiträume um 1900, Mitte der zwanziger Jahre, im Zweiten Weltkrieg, Mitte der sechziger Jahre und nach 1990. Abweichungen von diesem Raster ergeben sich aus spezifischen Besonderheiten in den einzelnen Ländern.

Auf diese Weise sollen im Konzert der Bände dieser Reihe Differenzen und Ähnlichkeiten, Konvergenzen und Alternativen erkennbar und die Nationalgeschichten aus ihrer Selbstbezogenheit gelöst werden, ohne die Eigendynamik und die spezifischen Traditionen der einzelnen Länder zu vernachlässigen. Bei dem Versuch, nationale Geschichte und europäische Perspektive zu verbinden, wird vielen Lesern das eine oder das andere zu kurz kommen, wie überhaupt das Unterfangen, eine Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert in einem Band zu erzählen, einen gewissen Mut erfordert. Aber nur in dieser relativ gedrängten Form ist es möglich, diachrone Entwicklungen zu schildern und Linien durch das Jahrhundert zu zeichnen, die bei erheblich umfangreicheren Bänden angesichts der Vielzahl der Themen und Aspekte nicht erkennbar würden.

Wenn wir vom 20. Jahrhundert sprechen, so in einer spezifischen Weise. Es hat sich vielfach eingebürgert, den Ersten Weltkrieg als Wasserscheide zwischen den Jahrhunderten zu betrachten. Das hat Vorteile, weil dadurch die nachwirkenden Traditionen des «langen» 19. Jahrhunderts besser in Augenschein genommen werden können. Um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen, ist es aber nötig, die tiefgreifende Veränderungsdynamik der Jahrzehnte zwischen 1890 und 1914 zu berücksichtigen, die jahrzehntelang nachgewirkt hat und in kürzester Zeit eine solche Wucht entfaltete, dass alle europäischen Gesellschaften davon ergriffen und

gezwungen wurden, auf diese Herausforderungen zu reagieren. So wird, wer den Aufstieg der Weltanschauungsdiktaturen und die beiden Weltkriege, den Holocaust und die Dekolonialisierung darzustellen und zu erklären hat, vor den Ersten Weltkrieg zurückgehen und die beiden Jahrzehnte vorher betrachten müssen, um die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus, der immer mächtiger werdenden Staatsapparate und den Aufstieg der großen radikalen politischen Massenbewegungen zu verfolgen, die im Laufe des Jahrhunderts eine so zerstörerische Wirkung entfalteten. Daher wird in diesen Bänden die Geschichte des «langen 20. Jahrhunderts» erzählt, die von den 1890er Jahren bis etwa 2000 reicht – wobei der Ausgangspunkt klarer ist als das Ende.

Schließlich hat Autoren und Herausgeber die Frage bewegt, wie man die so verschiedenen beiden Hälften des Jahrhunderts miteinander auf eine Weise verbinden kann, dass die Zusammenhänge zwischen beiden erkennbar werden, ohne den tiefen Einschnitt von 1945 zu relativieren. Hier sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften unübersehbar. Aber zugleich lässt sich doch angesichts der vielfältigen politischen Entwürfe und radikalen Alternativen über Jahrzehnte hinweg das Bemühen der Zeitgenossen erkennen, gesellschaftliche Ordnungssysteme zu finden, die den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft angemessen sind. Das hat zu monströsen Gebilden und schrecklichen Opfern geführt.

Aber man kann doch auch erkennen, dass auf viele Herausforderungen, die sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg so scharf herausgebildet hatten, in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich Antworten gefunden wurden, die sich bewährten und vermehrt auf Zustimmung stießen. Das betraf sowohl die Ausprägung der politischen Ordnung im Innern wie zwischen den europäischen Staaten, das Verhältnis von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit oder den Umgang mit der modernen Massenkultur. Dabei wurden die westeuropäischen Gesellschaften nach den 1960er Jahren einander immer ähnlicher, und zwar in Bezug auf das politische System, die soziale Ordnung, die kulturellen Wertorientierungen ebenso wie hinsichtlich der Wirtschaftsordnung und des Alltagslebens. Solche Tendenzen gab es in Ansätzen in den ostmitteleuropäischen Ländern auch schon während der kommunistischen Herrschaft, und nach 1990 begannen sie sich rasch durchzusetzen. Mit diesen Tendenzen der Konvergenz und Homogenisierung der gesellschaftlichen Ordnungen in Europa, deren Bedeutung in historischer Perspektive deutlicher zu erkennen ist als zeitgenössisch, wuchs aber vielfach auch das Bedürfnis nach Differenz und nach Orientierung an der nationalen Geschichte.

Zugleich aber wurde nach der «goldenen Ära» der 1950er und 1960er Jahre die Brüchigkeit des industriellen Fundaments dieser Gesellschaften sichtbar, und neue Herausforderungen kündigten sich an, die unsere Gegenwart und vermutlich in noch stärkerem Maße unsere Zukunft bestimmen: das Ende der traditionellen Massenfertigungsindustrien, die ökologischen Krisen, die Ausprägung und Folgen der weltweiten Massenmigration, die neuen weltweiten ideologischen Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges, die zunehmende Bedeutung supranationaler Zusammenschlüsse und die globale Vernetzung wirtschaftlichen Handelns.

Soweit man es von heute erkennen kann, werden die Jahre 2000 oder 2001 keine markanten historischen Zäsuren bilden. Aber es wird doch sichtbar, dass im letzten Fünftel des 20. Jahrhunderts etwas zu Ende ging, was 100 Jahre zuvor begonnen hatte, und etwas Neues einsetzte, das wir bislang weder definieren noch historisieren können.

Ulrich Herbert

Einleitung

«Frankreich ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft», pflegte François Mitterrand zu sagen. Er fasste so die Lehre zusammen, die für ihn aus dem 20. Jahrhundert zu ziehen war. Nach zwei Weltkriegen, die die Europäer an den Rand eines kollektiven Selbstmords gebracht hatten, nach dem Verlust der europäischen Hegemonie über die Welt bleibe den Bürgern des Kontinents keine andere Wahl, als sich ein neues, gemeinsames Vaterland aufzubauen. Das Thema dieser Buchreihe ist die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts, der Gegenstand dieses Bandes ist Frankreich. Es stellt sich somit eingangs die Frage, welchen Platz Frankreich in der europäischen Zeitgeschichte einnimmt: Was ist charakteristisch an Frankreichs Entwicklung im letzten Jahrhundert? Worin unterscheidet sich das Land von den Staaten, die seine Partner in der Europäischen Union sind? Was ist besonders französisch an dieser Geschichte und was ist allgemein europäisch? Kurz: Was ist der Ort Frankreichs in der Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts?

Viele französische Autoren des letzten Jahrhunderts hätten auf diese Fragen geantwortet, dass ihr Land eine Ausnahme darstelle, dass es sich von dem Hauptstrom der europäischen Geschichte unterscheide. Die These von der französischen Ausnahme, der «*exception française*», bezog sich stets auf die Republik, die im europäischen Vergleich frühzeitig eingeführt und nicht nur als eine Staatsform, sondern auch als eine politische Idee, ein Modell gesellschaftlicher Integration und als ein Wertesystem verstanden wurde. Die Republik gab vielen Menschen den Impuls zum politischen und sozialen Engagement; sei es, um sie gegen innere und äußere Gegner zu verteidigen, sei es, um ihre Verheißungen zu verwirklichen. Das Bewusstsein von der eigenen Ausnahmestellung bezog sich aber auch auf die französische Zivilisation, Sprache und Lebensform, ihren weltweiten Ruhm und ihre Ausstrahlungskraft. Gleichzeitig aber entwickelte sich auch eine negative Version des Ausnahmeglaubens, die in Frankreich ein Land erblickte, das langsamer, ja schlechter als andere europäische Gesellschaften auf die Herausforderungen der Gegenwart reagiere. Immer wieder wurde die Auffassung vertreten, dass die französische Gesellschaft zu statisch und traditionsverhaftet sei, den Tendenzen

der Moderne zu skeptisch gegenüberstehe und aus sich selbst heraus keinen Fortschritt bewirken könne. Diese unterschiedlichen Varianten des Exzeptionalismus weisen uns auf ein erstes Charakteristikum des französischen 20. Jahrhunderts hin: das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, Europas politische Avantgarde zu bilden, und der Wahrnehmung einer unbeweglichen, auf sich selbst bezogenen Gesellschaft. Damit korrespondierten politisch-soziale Realitäten: Eine fortschrittliche politische Ordnung ging einher mit einer Gesellschaft, die teils verspätet, teils nie in der Industriemoderne ankam, beschränkte sich doch die Hochindustrialisierung Frankreichs auf einige wenige Regionen. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg bildete die Landwirtschaft den wichtigsten Beschäftigungssektor, während in Nachbarländern wie Großbritannien, Deutschland, Belgien und der Schweiz schon seit mehreren Jahrzehnten die meisten Menschen in der Industrie arbeiteten. Gleichzeitig lässt sich aus diesem Spannungsverhältnis die besondere Rolle erklären, die dem Staat in Frankreich zuerkannt wurde: Dieser galt nicht nur als der unverzichtbare Motor des Fortschritts, sondern auch als der rationale Erzieher einer zurückgebliebenen Gesellschaft.

In engem Zusammenhang damit stehen die besonderen Tendenzen des französischen Nationalbewusstseins. Die Vorkämpfer der 1870 gegründeten Dritten Republik erblickten in der französischen Nation eine Gemeinschaft von Bürgern, die die gleichen Rechte und Pflichten hatten, sich den gleichen Idealen verpflichtet fühlten und an einem gemeinsamen Projekt mitwirkten. Die Nation galt als «einheitlich und unteilbar», zusammengehalten nicht nur durch das immaterielle Band gemeinsamer Werte, sondern auch durch die Sprache als Fundament der französischen Zivilisation und durch den Staat als Garant einer einheitlichen Verwaltung. Dem Streben nach Einheit stand aber stets eine Realität der Vielfalt gegenüber, die sich auf lokale Identitäten, regionale Sprachen und Widerstand gegen den Zentralismus gründete. So sehr der Staat versuchte, diese Partikularismen einzuebnen, so sehr blieb die Diversität ein Kennzeichen der französischen Gesellschaft. Denn über das gesamte 20. Jahrhundert kamen Einwanderer unterschiedlichster Herkunft nach Frankreich und reicherten seine gesellschaftliche Vielfalt immer weiter an. Das Ziel einer einheitlichen Nation wirkte daher zunehmend unerreichbarer, bis hin zu der heute oft vernehmbaren Klage darüber, dass ein vereinendes Band zwischen Bürgern so unterschiedlicher Herkunft kaum noch existiere.

Die französische Republik verstand sich – ähnlich wie ihre 1776 gegründete amerikanische Schwester – als ein Projekt von universeller Reichweite. Denn ihre Prinzipien erhoben den Anspruch, nicht nur für Frank-

reich, sondern für die gesamte Menschheit Gültigkeit zu haben. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit galten als Werte, die allen Menschen zuteilwerden sollten, damit sie eine höhere Stufe der Humanität erreichen konnten. Aus dieser Perspektive kannte Frankreich keine festen Grenzen, sondern war beliebig ausdehnbar. So machte sich die Gründergeneration der Dritten Republik ans Werk, einen Kolonialbesitz zu erobern, dessen Reichweite nur vom britischen Empire übertroffen wurde. Typisch für das Universalitätsbewusstsein der Republik bezeichnete man die Kolonien als «la plus grande France», als hätten von Le Havre bis Hanoi, von der Seine bis zum Kongo die gleichen Gesetze und Werte gegolten.

Doch verwickelte der republikanische Imperialismus Frankreich in einen unauflösbaren Widerspruch: War schon die Inbesitznahme der Kolonien ein Gewaltakt der Unterwerfung, so wurde an keinem Ort der «plus grande France» ein Herrschaftssystem eingerichtet, das auch nur annähernd den Prinzipien der Republik entsprochen hätte. Somit erlebte die indigene Bevölkerung die Devise «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» als eine Verheißung, die ihr nur dann zuteilwerden konnte, wenn sie sich von Frankreich unabhängig erklärte. Demgegenüber waren die politisch Verantwortlichen in Paris lange Zeit unfähig, das Unabhängigkeitsstreben der Kolonien nachzuvollziehen, denn aus französischer Perspektive konnte der indigenen Bevölkerung kein besseres Schicksal widerfahren, als sich unter dem Schirm der Republik langsam emporzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich bei der Auflösung des französischen Kolonialreichs unvereinbare Positionen gegenüberstanden, warum dieser Prozess mit so viel Krieg und Gewalt verbunden war. Zugleich wird hier gewiss kein Sonderweg, so aber doch ein Charakteristikum Frankreichs innerhalb Europas sichtbar: Ein wichtiger Teil seiner Geschichte im 20. Jahrhundert spielte sich nämlich *außerhalb* Europas ab, und zentrale Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, wie etwa der Regimewechsel von der Vierten zur Fünften Republik 1958, nahmen ihren Ausgangspunkt vom afrikanischen Kontinent.

Die von Ulrich Herbert formulierte und diese Buchreihe prägende Leitidee eines «langen 20. Jahrhunderts» erweist sich als besonders geeignet, um eine neue Sicht der französischen Geschichte zu präsentieren. Denn die wichtigsten Tendenzen des französischen 20. Jahrhunderts entstanden allesamt bereits in der Gründungsphase der Dritten Republik: die Verbreitung eines einheitlichen Nationalbewusstseins, die Konsolidierung der Republik oder die koloniale Expansion – für die großen Leitlinien bilden die 1880er Jahre den entscheidenden Einschnitt, nicht aber die Jahrhundertwende oder der Erste Weltkrieg.

Die Mitte des französischen 20. Jahrhunderts ist durch eine tiefe Zäsur gekennzeichnet: die katastrophale Niederlage des Sommers 1940. Das Land brach im Mai und Juni förmlich zusammen, als Millionen von Menschen vor dem deutschen Angriff flohen, das Militär sich auflöste und die zivile Führung die Besatzung eines Großteils des Landes akzeptierte. Der entehrende Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 markiert den absoluten Tiefpunkt der französischen Geschichte: Er löste die über Jahrhunderte hinweg errungene territoriale Einheit auf und bildete den Ausgangspunkt einer beispiellosen Verfeindung innerhalb der Bevölkerung, die in der Endphase der Besatzungszeit in einen regelrechten Bürgerkrieg mündete.

Mit dem Jahr 1940 endete der republikanische Sonderweg, den das Land in den 1930er Jahren noch hatte aufrechterhalten können, als die Demokratien in zahlreichen europäischen Ländern bereits durch autoritäre Führerstaaten ersetzt wurden. Marschall Pétain stellte sich an die Spitze des diktatorischen «Etat français», der sich als die Antithese zur republikanischen Tradition verstand. Wie in anderen von Deutschland besetzten Territorien gab es nach 1940 auch in Frankreich Kollaborateure und Widerstandskämpfer, Profiteure, Denunzianten, Exilanten, Flüchtlinge und Opfer antisemitischer Verfolgung. Gleichzeitig ging vom Zweiten Weltkrieg ein neuerlicher französischer Exzeptionalismus aus: denn er war der Auftakt zu einer 22 Jahre währenden Kriegszeit. Unter der Parole «Heute Straßburg, morgen Saigon» zogen 1945 Truppen, die soeben erst das Elsass befreit hatten, nach Indochina, um dort die französische Kolonialherrschaft wiederherzustellen. An den verlorenen Indochinakrieg schloss sich nahtlos der Algerienkrieg an, der die Nation acht Jahre lang in Atem hielt. Anders als für die meisten europäischen Staaten kam für Frankreich erst 1962 der Frieden.

Unterdessen begann mit dem Jahr 1940 die Karriere eines Mannes, ohne den die französische Zeitgeschichte nicht vorstellbar ist: Charles de Gaulle. Als Begründer und Führer der Résistance sowie als Chef der ersten provisorischen Regierung 1944/45 suggerierte er den Franzosen, dass die Republik die Wirren der Kriegszeit durch ihn personifiziert moralisch unbeschadet überstanden habe. Noch entscheidender war seine Rolle allerdings im Jahre 1958, als er dem Land eine auf seine Person zugeschnittene Verfassung gab, die bis heute Gültigkeit besitzt. Die von de Gaulle gegründete Fünfte Republik beschritt in einem von parlamentarischen Regierungssystemen geprägten Europa den Sonderweg des Präzidentialismus und räumte der Exekutive einen außergewöhnlich breiten Gestaltungsspielraum ein. Vielfach kritisiert und zeitweise bekämpft, wirkt die Fünfte Republik heute unumstrittener denn je, präsidiert von einem Mann, der

dem höchsten Staatsamt wieder die Glorie zurückgeben möchte, die unter seinen Vorgängern verblasst war.

Die Niederlage 1940 beendete überdies die außenpolitische Machtstellung, die Frankreich im internationalen System zukam. Eine Armee, die im Ersten Weltkrieg als Sieger vom Platz gegangen war und zu den stärksten der Welt gehörte, lag nach nur vierwöchigen Kämpfen am Boden; eine europäische Großmacht stand unter der Vormundschaft von Nazideutschland. Weder die französische Exilregierung unter de Gaulle noch seine erste provisorische Nachkriegsregierung wurde von den Alliierten als gleichwertiger Partner akzeptiert. So war Frankreich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nicht vertreten, als die USA, die Sowjetunion und Großbritannien die Grundlagen der Nachkriegsordnung legten. Nach 1945 haben französische Politiker zwei unterschiedliche Strategien entwickelt, um die Rolle des Landes im internationalen System zu definieren: Die erste zielte darauf ab, Frankreich mit einem souveränen internationalen Handlungsspielraum auszustatten, seine vergangene Größe wiederherzustellen und es zu einem gleichwertigen Protagonisten im Konflikt der großen Mächte zu machen. Die zweite Strategie nahm die reduzierte Machtstellung Frankreichs und die Interdependenz der modernen Welt als eine Realität an, indem sie eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten erdachte: Sie zielte auf den Verzicht auf souveräne staatliche Vollmachten ab und strebte eine supranationale europäische politische Autorität über zentrale Politikfelder an. Für die erste Strategie steht Charles de Gaulle, für die zweite Jean Monnet, der Gründervater der «Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl». Somit brachte Frankreich einerseits die Vordenker und Architekten des europäischen Integrationsprozesses hervor, andererseits aber auch seine schärfsten Opponenten. Weitreichende Projekte der europäischen Einigung gingen zunächst von Frankreich aus und scheiterten dann an der Opposition in demselben Land, so bei der parlamentarischen Abstimmung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 und der Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag der EU 51 Jahre später. Auch hierin kann man einen französischen Sonderweg erblicken.

Damit sind einige Leitlinien dieser Gesamtdarstellung genannt: die mühevollen Nationsbildung im späten 19. Jahrhundert, das sich immer wieder neu stellende Problem der Integration einer heterogenen Gesellschaft, die zentrale Bedeutung des Kolonialreichs und der Dekolonisierung für die französische Zeitgeschichte, das zwiespältige Verhältnis zur europäischen Integration. Im gleichen Maße sollen die Zäsur des Sommers 1940 und die kardinale Rolle der Jahre 1940–45 für die Geschichte der Nachkriegszeit

deutlich werden. Ebenso erklärt sich aus den eingangs angestellten Überlegungen das Kriterium, nach dem die unvermeidliche Auswahl von Themen und Prozessen getroffen wurde. Der Schwerpunkt soll stets auf den historischen Aspekten liegen, die für Frankreich typisch sind, die dem deutschen Leser nicht unbedingt vertraut sind, die man aber kennen sollte, um unser wichtigstes Nachbarland zu verstehen. Die Perspektive des Autors ist dabei natürlich nicht unerheblich: Im Falle dieses Buchs ist sie die eines Deutschen, der einen Großteil seines erwachsenen Lebens in Frankreich verbracht hat. Dieses Faktum sollte nicht die Sicht auf die Geschichte bestimmen, doch ist es unvermeidlich, dass dadurch die Wahrnehmung der Eigentümlichkeiten dieses faszinierenden Landes beeinflusst wird.

ERSTER TEIL

Republik der Widersprüche 1880–1914

Seit der Großen Revolution verkörperte Frankreich die Verheißung von Freiheit und Gleichheit. «Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten», so verkündete die 1789 von der Nationalversammlung verabschiedete Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. «Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.»¹ Der Glaube an diese Prinzipien bildete die Grundlage des französischen Patriotismus, wie er sich in der Revolution ausprägte: Wer Frankreich liebte, identifizierte sich mit den Werten von Freiheit und Gleichheit. Auch verliehen sie der Französischen Revolution ihr Sendungsbewusstsein, das sich nicht nur auf das Land selbst, sondern auf ganz Europa, ja die gesamte Menschheit bezog. «Von Paris bis Japan; vom Afrikaner bis zum Lappen, überall verbreitet sich die Gleichheit», hieß es in einem Revolutionslied aus dem Jahre 1791. «Tyrannen, Euer Schicksal ist entschieden. Die Freiheitsmütze wird um die ganze Welt gehen.»²

Die Einlösung der Verheißung, die politische Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, blieb indes ein unvollendetes Projekt. Die 1792 errichtete Erste Republik führte die revolutionären Werte ad absurdum, indem sie diese mit brutaler Staatsgewalt durchzusetzen versuchte. Auf das Kaiserreich Napoleon Bonapartes, das den sozialen Aufstieg des Bürgertums stabilisierte, das Freiheitsideal der Revolution aber verriet, folgte 1814 die Restauration. Die «göttliche Providenz» ersetzte das Volk als Legitimitätsgrundlage; die «Rechte und Prärogative der Krone» erhielten Vorrang vor den Menschen- und Bürgerrechten.³ Nach der Revolution von 1830 versuchte die liberale Monarchie des Louis Philippe einen Mittelweg zwischen Freiheitsstreben und Autorität, bürgerlicher politischer Partizipation und royalen Vorrechten, sozialem Ausgleich und hierarchischer Ordnung zu finden. Der tonangebende Politiker dieser Epoche, François Guizot, wollte die «Revolution beenden», den Konflikt zwischen legitimistischer Monarchie und egalitärer Republik in

einer Synthese aufheben.⁴ Doch kam es 1848 zu einer erneuten Revolution, in welcher der Ruf nicht nur nach gleichen politischen Partizipationschancen, sondern auch nach sozialer Gerechtigkeit unüberhörbar wurde. Auch dieses Wiederaufflammen der Ideale von Freiheit und Gleichheit mündete allerdings mit dem Zweiten Kaiserreich in ein autoritäres System, das formal an revolutionäre Errungenschaften (wie das Plebiszit und das allgemeine Männerwahlrecht) anknüpfte, faktisch aber politische Beteiligungs- und soziale Emanzipationsansprüche unbefriedigt ließ. Die Anhänger der liberalen Republik vermochten es, während des Zweiten Kaiserreichs ihre Ideen wachzuhalten und sich zu organisieren – um eine «notwendige Mission zu erfüllen», wie es Léon Gambetta, eine ihrer Leitfiguren, ausdrückte, nämlich «die französische Revolution zu vollenden».⁵

Die Chance zur Erfüllung ihrer Mission sahen sie im Sommer 1870 gekommen, nachdem Kaiser Louis-Napoléon Bonaparte in Sedan kapitulierte und sich in deutsche Gefangenschaft begeben hatte. Am 4. September 1870 rief Léon Gambetta vom Pariser Rathaus die Republik aus, da das Volk diese gefordert habe. In den folgenden Monaten sollte sich aber herausstellen, dass die liberale Republik unter den Franzosen weit weniger Anhänger besaß, als es ihre Verfechter glauben wollten. Aus der Wahl zur Nationalversammlung, die am 8. Februar 1871 unter deutscher Besatzung stattfand, gingen die Gegner der Republik als klare Sieger hervor: Die Verfechter der Monarchie gewannen annähernd 59 Prozent der Stimmen; die Republikaner errangen nur 150 von 675 Mandaten. Das Wahlergebnis machte den Gegensatz zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung deutlich: Die Republikaner hatten in Städten wie Paris, Bordeaux und Marseille gesiegt, während das ländliche Frankreich mit Ausnahme weniger, zumeist im Süden gelegener Regionen konservativ gewählt hatte. «Ländliche Mehrheit, Schande Frankreichs!», rief der radikale Republikaner Gaston Crémieux bei der ersten Sitzung der neugewählten Versammlung den royalistischen Abgeordneten entgegen.⁶

Die «exekutive Gewalt» wurde einem Kompromisskandidaten übertragen, nämlich Adolphe Thiers, einem herausragenden Repräsentanten des liberalen Bürgertums, der bereits unter Louis Philippe die Regierung angeführt und sich als Opponent gegen das Zweite Kaiserreich ausgezeichnet hatte. Dieser sah in einer sozial konservativen, autoritären Republik das beste Mittel, um staatliche Integrität und gesellschaftliche Stabilität zu garantieren. Er befürwortete die Republik als die Staatsform, «die uns am wenigsten spaltet», nicht aber als die Erfüllung von Freiheit und Gleichheit: Er war, kurz gesagt, für eine *république sans républicains*.⁷

Thiers schloss im Mai 1871 Frieden mit Deutschland und sah sich zeitgleich mit einer existenziellen Herausforderung von links konfrontiert: der *Commune*, einer Bewegung des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft, die insbesondere in Paris, aber auch in anderen Städten die Republik in einer radikalen, direktdemokratischen Form umzusetzen suchte. Diesen Aufstand ließ Thiers im Frühjahr 1871 blutig niederschlagen; innerhalb weniger Tage erschoss die Armee Zehntausende von Bürgern.

Drei Jahre nach dem 4. September 1870 war Frankreich nur noch dem Namen nach eine Republik, denn die reaktionäre Parlamentsmehrheit stürzte Thiers, da er nicht der Monarchie den Weg bereiten wollte. Der konservative Marschall Mac-Mahon wurde zum Präsidenten gewählt und der klerikal gesinnte Duc de Broglie Regierungschef. Die Zeichen der Zeit standen nun auf der Wiedererrichtung eines *ordre moral*: «Mit der Hilfe Gottes, der Hingabe unserer Armee, der Unterstützung aller ehrlichen Leute», so Mac-Mahon, «müssen wir das Werk der Wiederherstellung unseres Territoriums [d. i. der Rückgewinnung Elsass-Lothringens] und der Wiedererrichtung der moralischen Ordnung unseres Vaterlands fortsetzen.»⁸ Auf dem Pariser Montmartre, einem Zentrum des *Commune*-Aufstands, wurde die Kirche Sacre-Cœur als ein Fanal des Widerstands gegen die antireligiösen, revolutionären Tendenzen der Moderne errichtet. Die politische Frontstellung der kommenden Jahre wurde damit erkennbar: Die liberale Republik würde sich nur dann langfristig durchsetzen können, wenn sie die klerikalen, eine monarchische Restauration betreibenden Kräfte zurückdrängen würde. «Der Klerikalismus – das ist der Feind», so brachte es Léon Gambetta auf eine knappe Formel.⁹

Dass es nicht zu einer Wiedererrichtung der Monarchie kam und die Anhänger der liberalen Republik bereits 1876/77 die Macht erlangten, ist insbesondere zwei Faktoren geschuldet. Zum einen war die konservative Parlamentsmehrheit in sich gespalten zwischen drei verschiedenen Lagern: den Anhängern des Kaiserreichs (Bonapartisten), den Befürwortern des liberalen Königtums im Stile der Julimonarchie (Orléanisten) und den sogenannten Legitimisten, die an der 1830 gestürzten, ultrakonservativen Bourbonenlinie festhielten. Von dieser Spaltung konnten die Republikaner profitieren, um 1875 die Verfassungsgesetze durchzubringen, die für die kommenden 65 Jahre Frankreichs politisches Leben regeln sollten: Diese Verfassungskonstruktion – auf die noch näher zurückzukommen sein wird – sah einen für sieben Jahre gewählten Präsidenten mit signifikanten Vollmachten, eine mit allgemeinem, gleichem Männerwahlrecht gewählte Abgeordnetenversammlung sowie einen teils indirekt gewählten, teils nominierten Senat vor. Zum anderen vermochten es die Republikaner besser als

ihre monarchistischen Opponenten, bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer 1876 Unterstützung zu mobilisieren und sich als die zukunftsweisende Strömung des französischen politischen Lebens zu positionieren.

Auf ihren überzeugenden Wahlsieg folgte der Machtkonflikt vom 16. Mai 1877: Die neue Parlamentsmehrheit lehnte es ab, dem vom konservativen Präsidenten Mac-Mahon vorgeschlagenen Regierungschef ihr Vertrauen auszusprechen. Eine erneute Parlamentswahl 1877 bestätigte die republikanische Mehrheit, die fortan die politische Kultur zu gestalten vermochte. So wurde der 14. Juli (der Tag des Sturms auf die Bastille 1789) zum Nationalfeiertag, die Marseillaise zur Nationalhymne erhoben und die Aufständischen der *Commune* amnestiert.¹⁰ Ab 1880 wurden die revolutionären Prinzipien «Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit» zur «Devise der Republik» kanonisiert und an allen öffentlichen Gebäuden angebracht.

Die Durchsetzung der liberalen Republik in den Jahren 1875–1880 wird vielfach als der Abschluss der revolutionären Epoche Frankreichs verstanden: Die Große Revolution sei an ihr Ziel gekommen, indem man eine auf ihren Werten beruhende politische Ordnung dauerhaft etabliert hatte. Das für das 19. Jahrhundert kennzeichnende Oszillieren zwischen Revolutionen und Restaurationen, monarchischen, republikanischen und cäsaristischen politischen Regimen fand ein langfristiges Ende.¹¹ Mit gleichem Recht allerdings lässt sich die Etablierung der liberalen Republik als der Auftakt des «langen» 20. Jahrhunderts verstehen. Denn mit dieser Staats- und Gesellschaftsform wollte Frankreich die kommenden Herausforderungen bewältigen: Die seit 1877 regierenden liberalen Republikaner sahen sich als die Avantgarde der Nation, die eine teils rückständige Bauerngesellschaft entschlossen modernisierten. Die Republik war dabei gleichbedeutend mit Fortschritt, verkörperte sie doch in ihren Augen die Werte der modernen Zeit: Vernunft, Wissenschaft, Aufklärung. Darüber hinaus sahen sie ihr Land mit einer Mission ausgestattet, die es dazu berechtigte, durch den Erwerb von Kolonien die Segnungen der französischen Zivilisation über die Welt zu verbreiten.

Die Republik stellte somit für Frankreich nicht nur eine politische Organisationsform, sondern auch und vor allem ein Modell sozialer Integration dar: Sie unternahm den Versuch, eine höchst heterogene Gesellschaft um die proklamierten Werte von Freiheit, Gleichheit, Fortschritt, Laizität und Wissenschaft zu vereinen. Doch dieses soziale Integrationsmodell wies von Anfang an Widersprüche auf: So beruhte die Durchsetzung der Republik auf einem Kompromiss mit den alten, antirepublikanischen Eliten, denen ein breiter Entfaltungsspielraum überlassen wurde. Die Träger-schicht der Republik war das gebildete, besitzende Bürgertum, das für die

aufkommende soziale Frage eine geringe Sensibilität besaß und der Arbeiterbewegung nur wenig Partizipationschancen einräumen wollte. In vielen Landesteilen reichte der Horizont der Bürger kaum über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinaus, und das Bewusstsein, einer Nationsgemeinschaft anzugehören, war hier nur rudimentär ausgeprägt. Der eklatante Widerspruch zwischen proklamierter Gleichheit und praktizierter Diskriminierung in den Kolonien schließlich wurde zwar von manchen Exponenten des Republikanismus kritisiert, blieb aber über viele Jahrzehnte hinweg bestehen.

1. Die Erschaffung einer Nation

Ein Mosaik der Vielfalt

In seiner ersten republikanischen Verfassung des Jahres 1793 hatte sich Frankreich als «eine und unteilbare Nation» definiert. Die Franzosen sollten sich als gleiche Staatsbürger fühlen und in einer Gesellschaft von freien Individuen aufgehen. Nichts sollte sich zwischen die Bürger und die Nation stellen; keine Zwischengewalten, keine Mittler und keine organisierten Gruppeninteressen. «Wir kennen den wahren Zweck einer Nationalversammlung», schrieb Emmanuel Sieyès, einer der großen politischen Denker der Französischen Revolution: «Sie hat keinesfalls die Aufgabe, sich mit den besonderen Angelegenheiten der Bürger zu befassen. Sie nimmt diese nur als Masse wahr und unter dem Gesichtspunkt der Gemeininteressen. Ziehen wir daraus die natürliche Folge, dass den Bürgern ein Recht auf Repräsentation nur aufgrund der Eigenschaften zukommt, die ihnen gemeinsam sind, und nicht aufgrund derer, die sie voneinander unterscheiden.»¹

Das abstrakte Gleichheitsideal dieses Nationsmodells stand in eklatantem Widerspruch zu den Realitäten der französischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Zwar hatte sich seit der frühen Neuzeit eine starke zentrale Staatsgewalt etabliert, die regionale Zwischeninstanzen immer weiter zurückgedrängt hatte. Dies hatte jedoch nicht dazu geführt, dass aus den knapp 40 Millionen Menschen, die um 1880 im Land lebten, Angehörige einer einheitlichen Nation geworden wären. Im Gegenteil war die Gesellschaft Frankreichs im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern äußerst kontrastreich und heterogen, ja gespalten. Dies lässt sich anhand mehrerer Indikatoren veranschaulichen: So hatte sich in Großbritannien bereits in der frühen Neuzeit die Kernfamilie (Vater, Mutter, Kinder) allgemein verbreitet und einer individualistischen Sozialethik den

Weg gebahnt.² In Deutschland und in Skandinavien waren indessen Mehrgenerationenfamilien vorherrschend, in denen die Großeltern zumeist mit dem ältesten Sohn sowie dessen Frau und Kindern zusammenlebten. Für Frankreich aber lässt sich kein dominanter Familientypus festmachen – je nach Region fand man unterschiedliche Formen vor: Während in der Normandie und im Nordosten individualistische Kernfamilien vorherrschten, in der Bretagne, im Baskenland und südlich des Zentralmassivs hingegen paternalistische Mehrgenerationenfamilien, gab es im Südwesten und der Provence komplexe Familienverbände, in denen mehrere verheiratete Geschwister gemeinsam mit ihren Eltern unter einem Dach lebten. «Frankreich erscheint in eine Vielzahl regionaler und lokaler Kulturen aufgespalten, deren anthropologische Distanz vergleichbar ist mit der zwischen zwei zufällig ausgewählten europäischen Ländern», schreiben die Anthropologen Hervé Le Bras und Emmanuel Todd. «Was die familiären Strukturen anbelangt, ist der Unterschied zwischen der Normandie und dem Limousin so groß wie zwischen England und Russland.»³

Was die Alphabetisierung und den Sprachgebrauch anbelangt, ließen sich ähnlich große regionale Unterschiede feststellen. Nördlich einer Linie von St. Malo (im Westen) und dem Genfer See (im Osten) hatte sich seit dem 17. und 18. Jahrhundert die Schriftkenntnis stark verbreitet, so dass in diesen Landesteilen bereits um 1790 mehr als 60 Prozent der Männer das Heiratsregister unterschreiben konnten. Südlich dieser Linie konnte noch 1870 ein gewichtiger Teil der männlichen Bevölkerung, in manchen ländlichen Départements sogar über 50 Prozent, nicht lesen und schreiben. Im ländlichen Süden blieb die Alphabetisierung lange Zeit das Privileg einer bürgerlich-bürokratischen Elite – mit Ausnahme der Protestanten, die der Schriftkenntnis zum Zwecke der Bibellektüre eine hohe Bedeutung zummaßen.⁴

Darüber hinaus blieb das Französische bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein für ca. ein Viertel der Bevölkerung eine Sprache, die sie weder verstehen noch sprechen konnten. Andere Bürger hatten das Französische als Fremdsprache erlernt, konnten es lediglich verstehen und benutzten es nicht aktiv. Besonders in den peripheren Gebieten des Landes waren Sprachen vorherrschend, die mit dem Französischen nichts oder nur wenig zu tun hatten. So sprach man im überwiegenden Teil der Bretagne das keltische Bretonisch, entlang der belgischen Grenze verkehrte man in Flämisch und Picardisch, in den Grenzdepartements der Pyrenäen waren Baskisch bzw. Katalanisch die Umgangssprachen. Schulinspektoren beklagten sich darüber, dass die Kinder des Roussillon französische Texte «nur wie Papageien» lesen konnten.⁵ In den übrigen Regionen des Südens

sprach die Landbevölkerung zumeist ein für Außenstehende oft gänzlich unverständliches *Patois*. Solche Dialekte hatten sich aus dem Okzitanischen, dem Provenzalischen oder dem Gaskognischen entwickelt und teils einzelne Elemente des Französischen aufgenommen. Nur eine Minderheit von Départements, die sich sternförmig um Paris gruppierten und die Normandie, die Champagne, Burgund sowie das Loire-Tal umfassten, konnte als vollständig frankophon bezeichnet werden.

Unter der Monarchie hatte man sich wenig darum gekümmert, die sprachliche Vielfalt des Landes zu reduzieren. Das Französische war die Sprache der Regierung, ihrer Repräsentanten und Gesetze; ihre Aneignung durch die Bevölkerung wurde kaum vorangetrieben. Dies änderte sich zwar unter der Revolution, für deren Protagonisten die politisch-administrative Zentralisation mit einer sprachlichen Vereinheitlichung einhergehen sollte: Ein geeintes, gemeinsam an die gleichen politischen Prinzipien glaubendes Land konnte erst dann Wirklichkeit werden, wenn sich das Französische überall durchsetzen würde. Die Regionalsprachen wurden als die Ausdrucksform der Reaktion, des konservativ-klerikalen Beharrens verdammt. Abbé Henri Grégoire, ein wichtiger Politiker der radikalen Phase der Französischen Revolution, sprach verachtend von der «Verschiedenheit grober Idiome, welche die Kindheit der Vernunft und das hohe Alter der Vorurteile verlängern». Man müsse das *Patois* «ausrotten, um die Verbreitung der Aufklärung und einer bereinigten Religion zu fördern, um das Glück der Nation und die Friedlichkeit der Politik zu erzielen». ⁶ Doch erst in der 1870 gegründeten Dritten Republik erhob man diese Position zum politischen Programm und betrieb systematisch die Verbreitung der französischen Sprache im Dienste der kulturellen Integration der Landbevölkerung. «Ohne Sprache gibt es keine Zivilisation», so schrieb der Pädagoge Ferdinand Buisson, seit den 1880er Jahren einer der Vorkämpfer des allgemeinen Schulunterrichts. «Es gibt verschiedene, die miteinander um Schönheit und Reichhaltigkeit konkurrieren. In unseren Augen ist das Französische allen anderen überlegen. Es ist klar, sauber und präzise: Es gibt keine andere Sprache, in der sich die Klarheit eines Gedankens und der Wert einer Idee besser zeigen würde. Deshalb ist es die Sprache der Wissenschaft *par excellence*.» ⁷

Auch auf anderen Gebieten zeigte sich der Widerspruch zwischen administrativer Zentralisierung und lokaler Verschiedenheit: Obgleich man in den 1830er und 1840er Jahren das metrische System, einheitliche Maße und Gewichte eingeführt hatte, hielten sich bis ins 20. Jahrhundert alte regionale Gebräuche, wie etwa der «Königsfuß» als Längenmaß. Jede Gegend bewahrte ihre eigenen Sagen und Legenden, mit denen man sich

die Umwelt und fundamentale Lebensereignisse erklärte. Man betrieb eine weitgehend autarke und selbstgenügsame Landwirtschaft, so dass sich nur wenige Kontakte mit der Außenwelt ergaben. Aus den Cevennen berichtete ein Schulinspektor, dass das Denken der örtlichen Bevölkerung «nicht über den Umkreis der armseligen Gemeinde, in der sie wohnen, herausgeht». ⁸ «Jedem Boden sein eigener Krieg; jedem Land sein eigener Anblick; jedem Dorf seine eigene Sprache, jedem Weiler seine eigene Ausdrucksweise; jedem Haus seine eigene Art», hieß es in einem Lied aus dem Südwesten. ⁹

Wenn auf der Ebene der Lebensverhältnisse, der Sprache und der Alltagskultur nur wenige Gemeinsamkeiten unter den Franzosen bestanden, so lässt sich fragen, ob nicht dennoch ein die Staatsbürger verbindendes Nationalbewusstsein existierte. Denn das Verständnis der französischen Nation, wie es in der Revolution entstanden war, begriff diese insbesondere als eine ideelle Gemeinschaft, die sich aus der Zustimmung der Bürger zu geteilten Werten ergab. Die Nation sollte sich nicht auf scheinbar objektive, kulturelle Faktoren wie ethnische Herkunft, Religion und Sprache gründen, sondern aus dem Willen der Franzosen entstehen, das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten. «Weder die Rasse noch der Boden lassen eine Nation entstehen», sagte der Gelehrte Ernest Renan 1882. «Eine Nation ist eine Seele, ein spirituelles Prinzip. [...] Sie setzt eine Vergangenheit voraus, doch zeigt sie sich in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum: die Zustimmung, den klar ausgedrückten Wunsch, ein gemeinsames Leben zu führen. Die Existenz einer Nation, gestatten Sie mir die Metapher, ist ein tagtägliches Plebiszit.» ¹⁰ Indes konnte in den 1880er Jahren eine französische Nation, wie Renan sie sich vorstellte, nur ein Leitbild, ein Zukunftsprojekt sein. Die äußerst schlecht ausgebauten Verkehrswege machten die Kommunikation zwischen einzelnen Orten nahezu unmöglich, so dass viele Bürger kaum eine Vorstellung von der Welt außerhalb ihres engeren Umkreises hatten. Wenn sie von ihrem *pays*, ihrem Land, sprachen, meinten sie die Region, die sie umgab. «Von äußeren Einflüssen abgeschnitten», sei die Bevölkerung des Südwestens kaum in den Genuss «der emanzipatorischen Wirkung des französischen Geistes» gekommen, schrieb Félix Pécaut, Generalinspektor des nationalen Schulwesens. «Epochen der Zivilisation liegen zwischen unseren Schülern: Die einen entstammen dem Mittelalter, dem 12. Jahrhundert; die anderen dem 19. Jahrhundert.» ¹¹

Die Protagonisten der liberalen Republik waren sich der unvollständigen, unvollendeten Nationsbildung zutiefst bewusst. Die «moralischen und politischen Konsequenzen» der Französischen Revolution müssten

für «die Meisten, nämlich die Arbeiter und Bauern, erst erzielt werden», so sagte Léon Gambetta in einer Rede des Jahres 1871. «Die Bauern haben einen intellektuellen Rückstand mehrerer Jahrhunderte gegenüber dem aufgeklärten Teil des Landes.» Die Aufgabe der neuen Republik müsse es sein, diese «enorme Distanz» zu überwinden: Einst würde Frankreich eine «ländliche Kammer» mit «aufgeklärten und freien Bauern, fähig sich selbst zu repräsentieren», haben.¹² Hinzu kam ein gedämpftes nationales Selbstbewusstsein, da das Land gerade die demütigende Niederlage von 1870/71 sowie bürgerkriegsähnliche Konflikte im Umfeld der Pariser *Commune* überstanden hatte. Vor diesem Hintergrund sprach man viel von der «Regeneration», der «Neuerschaffung» der französischen Nation. «Verstehen Sie mich richtig», so rief Gambetta seinen Zuhörern 1871 in Bordeaux zu, «es geht darum, das Blut, die Knochen und das Mark Frankreichs neu zu erschaffen.» Für ihn bestand das Erneuerungswerk vor allem in zwei elementaren Reformen, die er auf eine knappe Formel brachte: «Die Nation erziehen und bewaffnen.»¹³ Einerseits musste die Ignoranz der Bevölkerungsmehrheit bekämpft werden, die – so Gambetta – nicht nur die Niederlage, sondern auch die Anfälligkeit der Franzosen für autoritär-despotische Herrschaftsformen mitverschuldet hatte. Andererseits mussten die Bürger der neuen Republik den Willen und die Fähigkeit haben, diese selbst zu verteidigen: «Wenn in Frankreich ein Staatsbürger geboren wird, so wird er als Soldat geboren.»¹⁴

Bevor sich die neue Republik den zwei zentralen Institutionen des *nation-building*, dem staatlichen Schulwesen sowie dem Militärdienst, widmete, machte sie sich an die Verbesserung der Verkehrswege, deren Ausbau über die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts nur stockend vorangekommen war. Seit 1872 durchlebte das Land zudem eine Konjunkturschwäche, die vielfach der unzureichenden Infrastruktur zur Last gelegt wurde. Deshalb beschloss der Staat, auf nachhaltige Weise in den Straßen-, Eisenbahn- und Hafenausbau zu investieren. Federführend war dabei Charles de Freycinet, zunächst Minister für Bauwesen und ab 1879 mehrfach Ministerpräsident: Der nach ihm benannte Plan sollte zunächst das Straßennetz verbessern, das bis dahin weitgehend aus großen, zu militärischen Zwecken angelegten Verbindungsachsen bestand. Davon blieben aber die meisten Orte des ländlichen Frankreich abgeschnitten, da es nicht genügend Anbindungen zu den Hauptstrecken gab. Nur der Ausbau der sogenannten *chemins vicinaux*, der Landstraßen, die mehrere Dörfer miteinander verbanden und an die Hauptstraßen ankoppelten, konnte die Abgeschiedenheit der Landbevölkerung aufbrechen. Bereits im Zweiten Kaiserreich hatte man die Notwendigkeit erkannt, das Netz der *chemins*

vicinaux zu verdichten. Aber erst ab den 1880er Jahren ging der Ausbau immer schneller voran und beendete die Isolation weiter Landesteile.

Des Weiteren sah der «Plan Freycinet» den Bau von mehreren Tausend Eisenbahnkilometern vor. Alle Départements sollten auf gleiche Weise in das Eisenbahnnetz integriert werden, indem man ihre Hauptstädte (die *Préfectures*) ebenso wie die Kreisstädte (die *Sous-préfectures*) mit Bahngleisen versorgte. Die Bauarbeiten sollten teils von privaten, mit öffentlichen Geldern finanzierten Unternehmen, teils direkt von einer staatlichen Gesellschaft erledigt werden. Für einen Zeitraum von zehn Jahren veranschlagte man staatliche Ausgaben von ca. sieben Milliarden Francs. Überdies sah der Plan großzügige Investitionen in den Ausbau von Kanälen und Hafenanlagen vor, die wiederum an das Eisenbahnnetz angeschlossen werden sollten. Diese massiven staatlichen Interventionen sollten Arbeitsplätze schaffen, den Handel anregen und die staatliche Verantwortung für die Infrastruktur des Landes bekräftigen. Vor diesem Hintergrund bedeutete Freycinets Eisenbahnpolitik die «politische Wiedereroberung des nationalen Territoriums» durch die junge Republik.¹⁵ «Ein Staatsmann hält sich nicht lange bei Zahlen auf», verteidigte Freycinet die hohen öffentlichen Ausgaben:

Er sieht den allgemeinen Fortschritt, der von einem System schneller und verlässlicher Verkehrswege ausgeht. Die Industrie kann so nach ihrem Belieben Rohstoffe bekommen und ihre Produkte über weite Entfernungen exportieren. Die Menschen können sich zu jeder Zeit für ihre Geschäfte oder ihre individuellen Bedürfnisse fortbewegen. Die zentrale Staatsgewalt unterhält mühelosere Beziehungen mit ihren Subjekten; sie hat sicherere Mittel, um sich Gehorsam zu verschaffen. Die Armee kann sich mit höherer Geschwindigkeit und Präzision mobilisieren; ihre Versorgung ist besser sichergestellt.¹⁶

Die Schule Jules Ferrys

Auch die Einführung einer kostenlosen und laizistischen staatlichen Grundschule, die man im gleichen Zeitraum in Angriff nahm, kann als «politische Eroberung des nationalen Territoriums» beschrieben werden: Bis dahin hatte der Staat es nie vermocht, seine vorrangige, geschweige denn exklusive Zuständigkeit für das Bildungswesen geltend zu machen. Im Gegenteil lag seit den Zeiten der Monarchie die Schulerziehung wesentlich in den Händen der katholischen Kirche. 1833 hatte zwar François Guizot, der führende liberale Politiker der Julimonarchie, ein Gesetz durchgebracht, das Gemeinden von mehr als 500 Einwohnern dazu verpflichtete, eine Schule für Jungen zu unterhalten. Die Gemeinden konnten sich dieser Aufgabe aber auch entledigen, indem sie eine religiöse Schule finanziell unterstützten.¹⁷

Das unter der Präsidentschaft Louis-Napoléon Bonapartes 1850 verabschiedete Falloux-Gesetz stärkte den Einfluss der katholischen Kirche auf das Erziehungswesen, anstatt ihn zu schwächen. Man trennte zwischen Schulen in «öffentlicher» und «freier» Trägerschaft, doch sagte diese Unterscheidung nichts über deren Verhältnis zur Religion aus. In zahlreichen öffentlichen Schulen bildeten Ordensbrüder und -schwestern das Unterrichtspersonal. Insbesondere wurde der Großteil der französischen Mädchen von Ordensleuten unterrichtet.¹⁸ Zudem stand das öffentliche Schulwesen unter religiöser Kontrolle: Die Erzbischöfe saßen in allen nationalen und regionalen Aufsichtsgremien, ebenso wie die Pfarrer gemeinsam mit dem Bürgermeister die örtlichen Schulen und Lehrer überwachten. Die «religiöse und moralische Unterweisung» nannte das Gesetz an erster Stelle der Unterrichtsfächer.¹⁹ «Wir wollen, dass die Religion niemandem aufgezwungen, aber allen unterrichtet wird», hieß es in der Präambel des Gesetzes. Damit die «Religion der Erziehung ihre Kraft verleihen» könne, müssten alle, insbesondere die Lehrer, dazu ihren Beitrag leisten. «Dies haben wir so weit wie möglich mit legislativen Mitteln zu erzielen versucht, indem wir dem Priester oder dem Pastor die Aufsicht über die Grundschule erteilt haben.»²⁰ Diese «Aufsicht» bestand, wenn man Zeugenaussagen sowie der zeitgenössischen Literatur vertraut, häufig in einer regelrechten Gängelung und Unterordnung des Lehrers. «Der Religionsunterricht ist zu kurz!», so maßregelt der Pfarrer den Dorfschullehrer in Gustave Flauberts Roman «Bouvard et Pécuchet». Der Lehrer kann daraufhin nur «erstickt vom Gefühl seiner Ohnmacht» seine «Wut unterdrücken» und malt sich aus, dass in allen anderen Gemeinden Frankreichs das gleiche Schicksal auf ihn wartet.²¹

Vor diesem Hintergrund wird die scharfe ideologische Frontstellung der Epoche verständlich. Die liberale Republik war gegen den Widerstand der konservativen, klerikalen und monarchistischen Strömungen durchgesetzt worden. Wollte man sie langfristig stabilisieren, musste ihre Ideenwelt künftig das Denken und Fühlen der Franzosen und Französinen bestimmen. Die Republik musste die Souveränität über das Bildungswesen gewinnen, denn wer über den Schulunterricht entscheidet, gestaltet die Zukunft eines Landes. Auf der anderen Seite konnte die katholische Kirche ihre Rolle im Erziehungswesen nicht aufgeben, wollte sie weiterhin gesellschaftlichen Einfluss ausüben und die Werte der Bürger mitbestimmen. Wenn die Republikaner über die Schulen verfügten, so fürchtete man im katholischen Lager, würden die Ideen der Aufklärung und die Kirchenfeindschaft der radikalen Revolution den Sieg davon tragen.

Es war ein überzeugter Antiklerikaler, der seit 1880 die Schulreformen

der Dritten Republik durchsetzte: Jules Ferry. Die kollektive Erinnerung Frankreichs hat ihm einen festen Platz zugewiesen als dem Vater der republikanischen Grundschule; als solcher wurde und wird er – je nach weltanschaulicher Orientierung – verehrt und gehasst. Keine andere historische Gestalt hat so vielen französischen Schulen (nämlich über 600) ihren Namen gegeben. Sein Werdegang und seine Werte stehen stellvertretend für das liberale republikanische Bürgertum, das seit 1877 das politische Geschehen bestimmte. In der Vogesenkleinstadt St.-Dié wurde er als Sohn eines Rechtsanwalts zunächst katholisch erzogen, bevor er als Heranwachsender mit dem Glauben brach. Seit den 1850er Jahren in Paris ansässig, engagierte er sich in der liberalen Opposition gegen das Kaiserreich. Nach der Ausrufung der Republik wurde er Bürgermeister von Paris, musste während der Belagerung der Stadt die Ernährung sicherstellen und ging unbarmherzig gegen die linken Aufständischen vor. Ferry stand für eine gemäßigte Republik, die an der bestehenden sozialen Ordnung festhielt und die dominierende Stellung des Bürgertums nicht antastete. 1875 wurde er, wie zahlreiche seiner Weggefährten, in eine Freimaurerloge initiiert. Zwei Jahre nach dem Sieg der liberalen Republik wurde er Minister für das öffentliche Bildungswesen und setzte eine Reihe von Gesetzen durch, die das Schulwesen nachhaltig reformierten und bis zum heutigen Tag prägen. Das ambitionierte Ziel seiner Schulreform sei es gewesen, «die Menschheit zu organisieren, ohne Gott und ohne König», gab der Sozialist Jean Jaurès eine Äußerung Ferrys wieder.²²

Die Tragweite seiner zwischen 1880 und 1882 verabschiedeten Reformgesetze wird am besten deutlich, wenn man sich ihre drei zentralen Prinzipien vergegenwärtigt. Zunächst wurde die *Kostenfreiheit* der staatlichen Grundschule eingeführt. Zuvor hatten die Eltern für die Grundschule, egal ob staatlich oder privat, kirchlich oder säkular, Gebühren bezahlen müssen. Die Kosten der öffentlichen Schulerziehung hatten zuallererst die Eltern, dann die Gemeinden, die Départements und schließlich erst der Zentralstaat tragen müssen. Nur für eine begrenzte Anzahl von Kindern aus bedürftigen Familien hatten die Kommunen die Kosten übernommen. Da in einer auf Subsistenzwirtschaft beruhenden Agrargesellschaft viele Familien über wenig Liquidität verfügten, hatten die Schulgebühren abschreckend gewirkt und den Unterrichtsbesuch manchen Kindes verhindert. Die Ferry'schen Reformen nahmen den Familien diese Last und machten es zur Aufgabe der Gemeinden bzw. des Staates, Schulen zu unterhalten und Lehrer zu bezahlen.

Die Kostenfreiheit der öffentlichen Schule ermöglichte erst das zweite Prinzip: die *Unterrichtspflicht* für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren.

Zuvor besuchten Kinder die Schule – wenn überhaupt – oft nur unregelmäßig, denn ihre Arbeitskraft wurde im ländlichen Raum benötigt. Vielfach gingen Kinder nur in drei bis vier Wintermonaten zur Schule. Wichtig zu bemerken ist, dass das Gesetz nicht etwa den Besuch der öffentlichen Schule zur Pflicht machte, sondern lediglich den Unterricht. Eltern konnten auch weiterhin ihre Kinder auf eine freie Schule schicken oder sie von einem Privatlehrer unterrichten lassen.

Das dritte Prinzip war das umstrittenste und für die weitere französische Geschichte prägendste: Es verkündete die *Laizität* des öffentlichen Schulwesens. Die Prerogativen der Kirche und die Aufsichtsfunktionen des Klerus wurden aufgehoben, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen abgeschafft. Dieser wurde aber nicht ersatzlos gestrichen, sondern man setzte eine vom Grundschullehrer zu erteilende «moralische und staatsbürgerliche Unterweisung» an seine Stelle. Hierin liegt bis heute das Charakteristikum der französischen *laïcité*: Diese beinhaltet nicht nur eine strikte religiöse Neutralität des Staates, sondern auch dessen Engagement in der Vermittlung allgemeiner sozialmoralischer und staatsbürgerlicher Werte. Jules Ferry verwahrte sich gegen den Vorwurf, dass seine Moral- und Staatsbürgerkunde den katholischen Katechismus schlicht durch einen neuen, republikanischen Katechismus ersetze. Dominierend, bevormundend und autoritär war für ihn nur die Ethik des Katholizismus, da sie unbeweisbare Glaubenssätze einbläuen wolle und das individuelle Gewissen des Kindes nicht respektiere. Die vom Lehrer zu unterrichtende republikanische Moralkunde sollte dagegen allen Menschen einsehbare allgemeine Vernunftregeln, wissenschaftliche Erkenntnisse und Grundprinzipien einer demokratischen Sozialethik vermitteln. Gesellschaftlicher Fortschritt konnte somit nur erzielt werden, wenn Vernunft anstelle von Glauben, Wissenschaft anstelle von Tradition, republikanische Werte anstelle von katholischen Dogmen vermittelt wurden. Der Laizismus Ferrys zog eine strenge Trennlinie zwischen zwei Bereichen: «dem Glauben, der persönlich, frei und wechselhaft» sei, und «den Erkenntnissen, die allen gemeinsam und verbindlich» seien.²³

Indem sie Wissenschaft, Moral und Bürgersinn vermittelte, sollte die republikanische Schule zum Ausgangspunkt einer «nationalen Erziehung» werden. Ferry forderte die Grundschullehrer dazu auf, sich in rationaler Reflektion auf die Leitsätze der allgemeinen Menschenvernunft – eine Art Allgemeinwille im Sinne Jean-Jacques Rousseaus – zu besinnen und diese an die Kinder weiterzuvermitteln. «Bevor Sie Ihren Schülern einen Leitsatz, irgendeine Maxime vermitteln, fragen Sie sich, ob nach Ihrer Auffassung ein einziger ehrlicher Mensch sich von dem,

was Sie zu sagen gedenken, verletzt fühlen könnte», schrieb er 1883 an alle Grundschullehrer:

Fragen Sie sich, ob ein Familienvater, ja: ein einziger Familienvater, der Ihnen zuhört, guten Glaubens seine Zustimmung zu dem, was er von Ihnen hören wird, verweigern könnte. Wenn dies der Fall ist, dann sagen Sie es nicht. Im anderen Falle sprechen Sie es laut aus, denn was Sie den Kindern vermitteln werden, ist nicht Ihre eigene Weisheit, sondern die Weisheit des Menschengeschlechts; es ist eine der universellen Ideen, die über viele Jahrhunderte der Zivilisation in das Erbe der Menschheit eingegangen sind.²⁴

Was die öffentliche Schule nach Jules Ferry vermitteln sollte, lässt sich am besten als Bürgertugend im Sinne des klassischen Republikanismus bezeichnen. Denker wie Machiavelli, Montesquieu und Rousseau hatten in ihr stets das Lebensprinzip einer Republik erblickt: Sie konnte nur dann überleben, wenn sich die Bürger dem Gemeinwesen widmeten, kollektive Interessen über private stellten und die Gesetze achteten. Indem die Kinder humanistische Werte wie Gerechtigkeit, Gemeinsinn und Gesetzes-treue verinnerlichten, sollten sie zu tugendhaften Bürgern heranreifen.

Ferrys Schulreform ging nicht so weit, die katholische Kirche völlig aus dem Bildungswesen auszuschließen. Den Ordensleuten war es zwar fortan verboten, in öffentlichen Schulen zu lehren, doch durfte die Kirche weiterhin freie Schulen unterhalten. Allerdings setzten die Reformgesetze dem erzieherischen Wirken einer gewichtigen Anzahl von Orden ein Ende, nämlich solcher, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten um keine formale staatliche Lehrberechtigung bemüht hatten. Darunter fielen etwa die Jesuiten, die ab 1880 Frankreich verlassen mussten. Auch in Anbetracht solcher Maßnahmen wäre es jedoch unzutreffend, das Projekt der republikanischen Schule als antireligiös zu bezeichnen. So waren manche seiner Vorkämpfer gläubige Protestanten, wie etwa der spätere Friedensnobelpreisträger Ferdinand Buisson, der seit 1879 die Oberaufsicht über das öffentliche Schulwesen innehatte. Vielmehr richteten sich die Ferry'schen Reformen gegen den *Klerikalismus*, womit man die politische Instrumentalisierung der Religion zum Kampf gegen das Erbe der Aufklärung und der Französischen Revolution, zur Opposition gegen die neue Republik meinte.²⁵

Die Umsetzung des Reformprojekts, die Verwirklichung einer «nationalen Erziehung», lag zuallererst in den Händen der Grundschullehrer und -lehrerinnen. Jedes Département musste eine *Ecole normale* unterhalten, in der diese Vorkämpfer republikanischen Geistes ausgebildet wurden. Die *instituteurs* waren schlecht bezahlt und mussten häufig fern von ihrer Heimat arbeiten, so dass man sie als Musterbeispiele ziviler Selbstaufopferung dar-

stellte. Sprichwörtlich wurde das Diktum des Schriftstellers Charles Péguy, der die Grundschullehrer als die «schwarzen Husaren der Republik» bezeichnete.²⁶ Er spielte damit auf die schwarzen Uniformen an, die sie an der *Ecole normale* trugen, aber auch auf den heiligen Ernst, mit dem sie den Dienst an der Nation versahen. Ihnen war die Aufgabe anvertraut, aus Millionen von Provinzlern französische Staatsbürger zu machen.

Ihre Mission, die Schulbevölkerung zu nationalisieren, erfüllten sie in allererster Linie über das Unterrichten der französischen Sprache. Deren rigorose Vermittlung stand ganz im Mittelpunkt der neuen Schulpolitik: «Französisch wird als einzige Sprache in der Schule verwendet», verordnete ein Erlass des Jahres 1880.²⁷ Keine Regionalsprache, kein *Patois* sollte mehr geduldet werden, weder im Unterricht noch auf dem Schulhof. Das Ziel einer einheitlichen Republik, in der alle an die gleichen Werte glaubten, konnte nur dann verwirklicht werden, wenn alle die gleiche Sprache redeten. «Die linguistische Einheit ist ein wesentlicher Faktor der nationalen Einheit», bekräftigte Ferdinand Buisson.²⁸ Die Regionalsprachen und Dialekte verurteilte man als Idiome vergangener Zeiten, die in der Moderne keinen Platz mehr hatten. «Das Flämische ist die Ausdrucksweise einer glorreichen Epoche, die ihre Geschichte hatte», bekundete 1890 ein Schulinspektor Nordfrankreichs. «Es verfügt über keinen Rahmen für die modernen Ideen. Es muss durch das Französische ersetzt werden, um die Gegend für die Einflüsse des Jahrhunderts zu öffnen.»²⁹ Die Grundschullehrer, die mit einer des Französischen nicht mächtigen Landbevölkerung konfrontiert waren, beschrieb man als unerschrockene Missionare, ja als Kolonisatoren einer zivilisationsfernen Peripherie. So pries Félix Pécaut, einer der Protagonisten der republikanischen Schulreform, den Mut der *instituteurs* des Südwestens:

Die kühnen Lehrer kämpfen mit dieser baskischen Geisteshaltung, die der Sprache, den Prinzipien, der Denkungsart, den moralischen, nationalen, freiheitlichen Gefühlen Frankreichs fremd ist; sie kämpfen mit diesen Kindern einer fremden Rasse, einer anderen Tradition, mit einer unbewussten und unreflektierten Lebensweise, voller Aberglaube und Barbarei. Sie führen sie zum Denken, zum Überlegen, zum Sprechen.³⁰

Der Umgang mit Regionalsprachen und Dialekten verlief nicht in allen Landesteilen gleich: Mit dem Okzitanischen gingen die Lehrer toleranter um als etwa mit dem Baskischen, dem Katalanischen oder dem Flämischen. Die Unterdrückung dieser Sprachen trieb man umso entschlossener voran, als man fürchtete, dass sich separatistische Bewegungen oder Annexionsbestrebungen auf die sprachliche Besonderheit der grenznahen

Landesteile beziehen könnten. Rechtfertigten nicht die Deutschen die Annexion Elsass-Lothringens mit dem Argument, dass es sich um deutschsprachige Regionen handele? Gegen das Bretonische ging man ebenso rigoros vor, da es seit Revolutionszeiten als das Idiom des antirepublikanischen, bigotten und reaktionären Klerikalismus galt. Wer das Bretonische verlernte, legte nach dieser Lesart zugleich seine bornierte Weltanschauung ab.

Die Politik der Dritten Republik gegenüber den Regionalsprachen ist bis heute Gegenstand kontroverser, oft polemischer Auseinandersetzungen. Die einen sehen in der sprachlichen Vereinheitlichung eine Meisterleistung des modernen Staates, die anderen erblicken in ihr eine Kulturvernichtung im großen Stil, typisch für den Zentralisierungswahn des Jakobinismus. Sicherlich hat die oft beklagte «Entwurzelung» der Landbevölkerung nicht stattgefunden: Die Verbundenheit mit der Heimat, ihren besonderen Gebräuchen, Produkten und Lebensformen blieb trotz des Niedergangs von Regionalsprachen und Dialekten erhalten.³¹ Ungeachtet dessen muss man von einem bedeutenden Kulturverlust sprechen, wenn Millionen von Menschen die Sprache ihrer Vorfahren durch den linguistischen Zentralismus der republikanischen Schule aufgaben. Manche Idiome verschwanden ganz von der Bildfläche; andere konnten nur durch die Beharrlichkeit regionalistischer Bewegungen bis in die Nachkriegszeit gerettet werden, als der Staat eine tolerantere Haltung gegenüber der Mehrsprachigkeit annahm.³²

Der zweite Schwerpunkt der Ferry'schen «nationalen Erziehung» bezog sich auf den Patriotismus und beruhte teils auf Lehren, die er aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 gezogen hatte. Die deutschen Soldaten waren, so eine verbreitete Wahrnehmung, dank einer besser organisierten Schulerziehung patriotischer gesonnen, schlagkräftiger und opferbereiter als ihre französischen Gegenüber. In Königgrätz und Sedan, so brachte es der Historiker Ernest Lavisse 1876 auf eine knappe Formel, habe «der deutsche Grundschullehrer gesiegt».³³ Um auf kommende Auseinandersetzungen vorbereitet zu sein, mussten aus den Bauernkindern der Provinz glühende französische Patrioten werden. Die republikanische Schule machte sich diese Aufgabe zu eigen und wurde so zum Vorposten des Staates selbst in den entlegensten Weilern des Landes. Die Neubauten in vielen Ortschaften umrahmten zumeist die *Mairie*, das Rathaus: die Mädchenschule auf der einen Seite, auf der anderen die Jungenschule, beide unter dem Zeichen der «Marianne» stehend und so die Präsenz des republikanischen Staates symbolisierend.

Die Unterrichtsliteratur der Moral- und Bürgerkunde veranschau-

licht gut die Herausforderungen, vor die sich das patriotische Erziehungsprojekt gestellt sah. Beispielhaft hierfür ist das emblematische Schulbuch der Dritten Republik, nämlich «Le tour de la France par deux enfants». ³⁴ Das bis 1914 über sieben Millionen Mal verkaufte Buch erzählt die Geschichte zweier Waisenjungen aus Lothringen. Kurz nachdem ihre Heimat von Deutschland annektiert wird, machen sie sich nach Frankreich auf, um im fernen Marseille ihren Onkel aufzusuchen. «Pflicht und Vaterland» lautet die Devise der beiden Jungen, denen der Vater auf dem Sterbebett das Wort «France» zugehaucht hatte. Als es ihnen gelingt, mitten in der Nacht die Grenze zu überschreiten, knien sie auf französischer Erde nieder und schwören: «Geliebtes Frankreich, wir sind deine Söhne, und wir wollen unser ganzes Leben lang deiner würdig sein.» ³⁵ Sodann entdecken sie zu Fuß, mit der Pferdekutsche oder im Zug förmlich das gesamte nationale Territorium. Überall werden sie freundlich empfangen, treffen auf Hilfsbereitschaft und Gemeinschaftsgeist. Jedes Kapitel verdeutlicht sozialmoralische Maximen, stellt eine Region mit ihren Eigenarten und Produktionsweisen dar und erzählt dabei fast beiläufig die Geschichte des Landes mit ihren großen Gestalten. Die «Reise durch Frankreich» ist somit Lehrbuch der Bürgertugend, Geographie- und Geschichtsbuch zugleich. Es entwirft die Utopie von einem Frankreich, das es erst noch zu schaffen gilt: einem Land, in dem alle Bürger das Bewusstsein einer Nationsgemeinschaft teilen, in dem regionale Rivalitäten und Sonderbestrebungen verschwunden sind und weltanschauliche Differenzen hinter einem breiten Patriotismus zurücktreten. Wie weit die Realität noch von diesem Ideal entfernt war, gab die Autorin Augustine Fouillée in ihrem Vorwort unumwunden zu: «Unsere Lehrer wissen, wie schwierig es ist, dem Kind eine klare Idee vom Vaterland, ja selbst von seinem Territorium und seinen Ressourcen zu vermitteln. Das Vaterland ist für den Schüler lediglich eine abstrakte Angelegenheit, die ihm, viel öfter als man denkt, über einen langen Zeitraum seines Lebens fremd bleibt.» ³⁶

Es wird also deutlich, welche hohe Bedeutung der Grundschule für den Aufbau einer republikanischen Staatsbürgernation zukam. Für die liberalen Republikaner war sie die Institution schlechthin, die gesellschaftliche Integration und Fortschritt garantieren sollte. Indem die Landbevölkerung dem wahrgenommenen Obskurantismus der Klerikalen entrissen wurde, sollte sie für moderne Ideen geöffnet werden. Indem sie das Französische erlernte, sollte sie am zivilisatorischen Fortschritt Anteil haben. Aus einer heterogenen Bauerngesellschaft sollte eine einheitliche Nation tugendhafter Bürger werden.

Die Durchsetzung der kostenlosen, obligatorischen und laizistischen Grundschule verschärfte den Konflikt zwischen der republikanischen Elite und ihren Opponenten. Es entstand eine Frontstellung, die zeitweise ganz die Aufmerksamkeit der politischen Klasse Frankreichs monopolisierte und von anderen Problemen, wie etwa den sozialen Folgen der Industrialisierung, ablenkte. Der Kampf um die laizistische Schule wurde zwischen unterschiedlichen Repräsentanten des besitzenden Bürgertums ausgetragen, die sich über die Unantastbarkeit der bestehenden sozialen Hierarchien einig waren. Jules Ferry kann als typischer Vertreter einer liberalen Bourgeoisie angesehen werden, für die der eigene Stand als die unverzichtbare Stütze einer stabilen Gesellschaft galt. Sein Augenmerk richtete sich ganz auf die geistige Emanzipation der Landbevölkerung, während er für die herausziehenden Probleme einer Industriegesellschaft, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, die Anliegen des Proletariats blind blieb. So urteilte der Sozialist Jean Jaurès über die sozialen Ideen seines Zeitgenossen:

Falls Jules Ferry, wenn er über die jeweilige Rolle der Klassen in einer republikanischen Gesellschaft nachdachte, solchen Horizonten sich jemals öffnete, so verschloss er sie sogleich willentlich. Für ihn [...] war es so, als wenn diese Probleme nicht existierten. Er sperrte die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in die Ideenwelt der republikanischen Großbourgeoisie ein. So wie diese glaubte er, dass die herrschenden Klassen ihre Pflicht erfüllt hatten, indem sie dem Volk den Grundschulunterricht beschert hatten [...].³⁷

Partizipationschancen im politischen System

Frankreich war eines der demokratischsten Länder des damaligen Europa, betrachtet man die Mitwirkungschancen, die es seinen Bürgern einräumte. Während in den meisten europäischen Ländern Teile der männlichen Bevölkerung auf der Grundlage von Einkommens- und Steuerbestimmungen nicht wählen durften oder ihre Stimme geringer gewichtet wurde, galt in Frankreich das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht. Alle vier Jahre wurden die Abgeordnetenversammlung des Parlaments ebenso wie die Gemeinde- und Départementsräte neu gewählt. Die Volkssouveränität drückte sich ausschließlich in Wahlen aus; direkten Formen der demokratischen Willensbildung in Gestalt von Plebisziten, wie sie Napoleon III. praktiziert hatte, erteilten die herrschenden Republikaner eine strikte Absage.

Die nach 1870/71 geschaffene politische Ordnung beruhte nicht auf einer umfassenden Verfassung mit Grundrechts- und Prinzipienkatalog, sondern lediglich auf drei sogenannten «Verfassungsgesetzen», die 1875 verabschiedet worden waren. Diese legten in wenigen Artikeln die Kompe-

tenzen der einzelnen Staatsorgane dar und bestimmten ihr Verhältnis untereinander. Die drei Gesetze schufen so einen flexiblen Rahmen, der an unterschiedliche Herausforderungen anpassungsfähig war und die Entfaltung verschiedener Regierungspraktiken erlaubte. Insofern verwundert es nicht, dass unter den 13 Verfassungen, die Frankreich seit 1791 gekannt hat, ausgerechnet die kürzeste und unpräziseste bis heute am längsten währte.³⁸

Die Rolle und relative Bedeutung der einzelnen Institutionen hing somit stärker von der Verfassungspraxis als vom exakten Wortlaut der Gesetzesbestimmungen ab. So war das parlamentarische Regierungssystem keineswegs von den Verfassungsgesetzen verordnet, sondern hatte sich aus der eingangs erwähnten Krise des 16. Mai 1877 entwickelt. Seitdem wagte es kein Staatspräsident mehr, einen Regierungschef zu ernennen, der nicht das Vertrauen des Parlaments genoss. Und über Jahrzehnte hinweg gelang es keinem unter ihnen, die ihm verfassungsmäßig zustehenden Kompetenzen (wie etwa die Gesetzesinitiative und die Aushandlung internationaler Verträge) auszuschöpfen. Symptomatisch für die Schwächung dieses Amtes war, dass Jean Casimir-Perier 1895 zurücktrat, weil er über die Einflusslosigkeit seiner Position frustriert war. «Unter allen ihm zugeschriebenen Kompetenzen kann der Präsident nur eine frei und persönlich ausüben, nämlich die Hoheit über die nationalen Feierlichkeiten», schrieb er rückblickend.³⁹ Erst die besonderen Umstände der Julikrise und des Kriegsausbruchs 1914 gestatteten es in der Person Raymond Poincarés wieder einem Amtsinhaber, die Exekutive anzuführen.

Anstelle des für sieben Jahre von beiden Häusern des Parlaments gewählten Staatspräsidenten bestimmte faktisch der Regierungschef die Richtlinien der Politik. In den Verfassungsgesetzen war diese Funktion gar nicht erwähnt; dort war nur von dem «kollegial gegenüber dem Parlament verantwortlichen» Ministerrat die Rede.⁴⁰ In der Verfassungspraxis ergab es sich, dass ein Ressortminister zugleich dem Ministerrat präsiidierte und auf diese Weise die Regierungspolitik anleitete. Das Kabinett unterlag einer strikten Kontrolle durch das Parlament, das häufig von seiner Prärogative, die Regierung zu stürzen, Gebrauch machte. Zwischen 1879 und 1914 wechselte 46-mal der Regierungschef; die längste ununterbrochene Amtszeit, die einem Ministerpräsidenten vergönnt war, lief über drei Jahre. Doch sollte man aus diesen häufigen Kabinettsneubildungen nicht auf eine chronische Instabilität oder Diskontinuität der Politik schließen, denn zumeist wurden die Regierungsmitglieder aus einem engen Kreis von Spitzenpolitikern rekrutiert, die in immer wieder neuen Kombinationen die Ministerposten besetzten.

Von den beiden Häusern des Parlaments wurde nur die Abgeordneten-

kammer direkt gewählt, und zwar seit 1876 – mit einer einzigen Ausnahme 1885 – nach dem «scrutin uninominal majoritaire à deux tours»: dem Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen. Nach diesem Verfahren musste man im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit in einem Wahlkreis erzielen, um ein Mandat zu erringen. Bei der Stichwahl, für den sich nur die bestplatzierten Kandidaten qualifizieren konnten, reichte die einfache Mehrheit. Zwischen den zwei Wahlgängen wurden Übereinkünfte zwischen ähnlich gesonnenen Parteien ausgehandelt, die ein gemeinsames Interesse daran hatten, möglichst viele Sitze zu gewinnen, indem sie ihre jeweils chancenreichsten Kandidaten gegenseitig unterstützten. So riefen etwa ausgeschiedene Bewerber ihre Wähler dazu auf, in der Stichwahl ihre Stimme dem Vertreter einer verbündeten Partei zu geben.

Dieses Wahlverfahren hatte auf das politische Leben nicht die gleichen Auswirkungen wie das einfache Mehrheitswahlrecht, wie es in den USA und Großbritannien praktiziert wird. Zwar führte es zu einer Zweiteilung der politischen Strömungen, doch nicht um zwei große Parteien, wie die Republikaner und Demokraten in den Vereinigten Staaten. In Frankreich kam es zu einer Lagerbildung, die es auch kleineren Parteien erlaubte, Abgeordnete ins Parlament zu entsenden, sofern sie sich einem der beiden Lager zuordneten. Diese sammelten sich zunächst um die Befürworter und Gegner der parlamentarischen Republik. Innerhalb dieser großen Strömungen gab es verschiedene Tendenzen: Unter den Ersteren unterschied man, vereinfachend gesagt, zwischen den gemäßigten, liberalen, auch als «Opportunisten» bezeichneten Anhängern des herrschenden Systems und den «radikalen» Verfechtern der Prinzipien von Gleichheit und Freiheit. Die Gegner der Republik orientierten sich hingegen an vergangenen Ordnungsmodellen und identifizierten sich entweder mit der Bourbonenmonarchie oder mit dem bonapartistischen Kaiserreich. Im Zuge der Dreyfus-Affäre kam es zu einer Spaltung des republikanischen Lagers, die dazu führte, dass prorepublikanische Kräfte nun mit konservativen Monarchisten und Bonapartisten paktierten. Die Bruchlinie der politischen Kultur verlief seitdem nicht mehr nur zwischen den Republikanern und ihren Gegnern, sondern auch zwischen linken und rechten Befürwortern der Republik. Hingegen hatten Parteien, die sich außerhalb dieser großen Lager positionieren und insofern keine Abmachungen mit anderen Gruppierungen schließen wollten, es schwer, eine gerechte parlamentarische Repräsentation zu erreichen, auch wenn sie prozentual eine signifikante Stimmenzahl erzielten. Da das Wahlrecht eine nur ungenaue Repräsentation des Wählerwillens garantierte und die lokal verwurzelten Eliten begünstigte, wurde es zur Zielscheibe der Attacken von Parteien am Rande des

politischen Spektrums, wie den Sozialisten, die die Einführung des Proporzsystems forderten.⁴¹ Ebenso stärkte die direkte Wahl der Abgeordneten deren Rolle im Parlament; sie fühlten sich wenig an die ohnehin nur schwach ausgeprägten Parteiapparate gebunden und unterwarfen sich kaum einer Fraktionsdisziplin. Vor diesem Hintergrund hatten die Neuwahlen der «Chambre des Députés» selten den Charakter politischer Richtungsentscheidungen; Regierungen wechselten häufig innerhalb der Legislaturperioden, weil sie an einer Sachfrage scheiterten, nicht aber, weil sich nach einer Wahl die Mehrheitsverhältnisse änderten.

Die 300 Senatoren wurden indessen durch eine indirekte Wahl bestimmt, an der lokale Mandatsträger wie Bürgermeister, Stadt-, Gemeinde- und Départementsräte teilnahmen. Jedes Département wurde von mindestens einem bis maximal fünf Senatoren vertreten, wobei der Verteilungsschlüssel die ländlichen, dünn bevölkerten Départements deutlich gegenüber den städtischen bevorzugte. So repräsentierte im Falle von Paris ein Senator 500 000 Bürger, während für rurale Départements wie Lozère oder Hautes-Alpes ein Senator 50 000 Bürger vertrat. Auf diese Weise entwickelte sich der Senat zum Bollwerk des ländlichen Frankreich, in dem örtliche Führungsschichten dominierten. An der Gesetzgebung war er in gleichem Maße wie die Abgeordnetenkammer beteiligt und nutzte seine Vollmachten immer wieder dazu, die Verabschiedung von Reformgesetzen über Jahre hinweg zu verzögern.

Die Dritte Republik hatte von den verschiedenen politischen Systemen, die ihr vorausgegangen waren, einen in hohem Maße zentralisierten Staat übernommen. Praktisch alle Entscheidungen wurden auf nationaler Ebene getroffen, während den Gebietskörperschaften kaum andere Kompetenzen zukamen, als den Willen der Zentralregierung umzusetzen. Seit der Französischen Revolution galt die Unterteilung des Landes in Départements, bei deren Zuschnitt und Namensgebung man bewusst wenig Rücksicht auf historische Gegebenheiten genommen hatte. Ein Zusammenschluss dieser 88 Einheiten, die von ihrer Größenordnung am ehesten mit deutschen Regierungsbezirken vergleichbar sind, in übergreifende Regionen war stets vermieden worden. Man fürchtete, dass diese zur Keimzelle partikularistischer, zentrifugaler Tendenzen werden würden und somit die erwünschte Einheit und Unteilbarkeit der Nation gefährdeten. An der Spitze jedes Départements stand ein Präfekt, ein hoher Staatsbeamter, der die Pariser Regierung vor Ort repräsentierte, ihre Maßgaben lokal auszuführen und die öffentliche Ordnung sicherzustellen hatte.

Der Zentralismus wurde von der Dritten Republik nicht grundsätzlich infrage gestellt: Weder wurden Kompetenzen an Gebietskörperschaften ab-

gegeben, noch kam es zur Schaffung neuer Zwischengewalten. Indes bemühten sich die neuen Machthaber darum, Ansätze einer demokratischen Kontrolle der territorialen Verwaltung zu schaffen. So wurde bereits 1871 die Direktwahl von Départementsräten eingeführt. Diesen kamen allerdings nur begrenzte Vollmachten, insbesondere bei der Verteilung des Budgets, zu.⁴² Von größerer Tragweite war das Gesetz von 1884, das die Kommunalverwaltung neu regelte. In jeder der 36 000 Kommunen des Landes wurde nun ein Gemeinderat gewählt, der wiederum den Bürgermeister bestimmte (zuvor waren diese in den Städten von den Präfekten ernannt worden). Das Gesetz legte lapidar fest, dass der «Gemeinderat mit seinen Beschlüssen die Angelegenheiten der Kommune regelt».⁴³ Faktisch aber waren der kommunalen Autonomie enge Grenzen gesetzt, denn in zahlreichen Fällen mussten die Entscheidungen der Gemeinde vom Präfekten genehmigt werden. Und Paris blieb eine Ausnahme, insofern als es keinen Bürgermeister zugestanden bekam, sondern direkt vom Präfekten verwaltet wurde. Die Hauptstadt hatte zu oft sich als Unruheherd erwiesen, so dass man sie lieber unter direkter staatlicher Kontrolle behielt.

Auf dem Wege zur «neuen Armee»

«Die Nation zu erziehen und zu bewaffnen» – diese Maximen hatte Gambetta als Lehren aus der Kriegsniederlage und als Aufgaben für die Erneuerung des Landes proklamiert. Indem der Wehrdienst in den ersten drei Jahrzehnten der Dritten Republik immer mehr junge französische Männer erfasste, wurde die Armee zu einer wichtigen Institution des *nation-building*. Mit der Reform des Militärs begann man wenige Monate nach der Niederlage, um für eine Revanche gerüstet zu sein. Darunter verstand man im damaligen Kontext nicht so sehr das aktive Streben nach einer neuerlichen Konfrontation, sondern vielmehr den Willen, den Frieden so zu gestalten, dass ein neuerlicher Angriff des Siegers verhindert wurde. Dessen Militärorganisation nahm man sich unumwunden zum Modell. Denn da die Deutschen nach verbreiteter Auffassung nicht etwa aufgrund zahlenmäßiger oder waffentechnischer Überlegenheit gesiegt hatten, mussten sie in der Rekrutierung, Ausbildung und Motivation von Soldaten wie Reservisten besser gewesen sein. Vorbild für die «neue Armee» war die Wehrpflicht, wie sie Preußen so erfolgreich praktizierte.

Vor dem Krieg von 1870/71 war nur eine Minderheit der Männer eines jeweiligen Jahrgangs zur Armee gegangen. Für den langen Wehrdienst (sieben Jahre bis 1868, danach fünf) wurden in jeder Ortschaft die einzuziehenden Rekruten ausgelost. Wer die «richtige Zahl» zog, war für den Rest seines Lebens vom Militärdienst befreit. Doch auch unter denjenigen,

denen nicht dieses Glück beschert war, gab es ca. ein Viertel, die niemals ihren Waffendienst ableisteten: Sie kauften sich Ersatzmänner, die an ihrer Stelle in die Kasernen einzogen. Nicht nur Familien der bürgerlichen Oberschichten machten davon Gebrauch, auch im ländlichen Frankreich war der Wehrdienst äußerst unbeliebt. Denn jede Arbeitskraft wurde benötigt, so dass sich der Kauf eines Vertreters auszahlte. Das Cissey-Gesetz vom Sommer 1872 schaffte diese Möglichkeit ab, indem jeder, der eine «falsche Zahl» zog, nun auch tatsächlich zur Armee musste. Doch gestattete es noch viele Ausnahmen vom Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht: Einzel- und Waisenkinder, ebenso die Studenten der *Ecoles supérieures* sowie die Anwärter auf den Schul- und Priesterdienst wurden nicht eingezogen.

Die Gesetzesreform des Jahres 1889 bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verallgemeinerung des Wehrdienstes. Das Losverfahren blieb zwar bestehen, doch wurden nun keine Ausnahmen mehr gestattet und die Rekruten zogen jetzt nur noch für drei Jahre in die Kasernen ein. Indes gewährte man den gebildeten Bevölkerungsschichten, wie etwa den Studenten und Lehrern, eine Reduzierung des Wehrdienstes auf ein Jahr. «Noch hatte die Demokratie die Sitten nicht hinreichend verändert, als dass das Gesetz eine wahre Gleichheit der Lastenverteilung verwirklichen konnte», kommentierte später Charles de Gaulle diese Reform.⁴⁴ Erst 1905 führte man eine wirklich allgemeine und gleiche Wehrpflicht ein. Das Losverfahren ebenso wie das Privileg, einen kürzeren Waffendienst zu leisten, wurden abgeschafft. Alle Männer unter 25 Jahren mussten nun zwei Jahre lang zur Armee.

Die progressive Verallgemeinerung der Wehrpflicht hatte nachhaltige Auswirkungen auf die französische Bevölkerung: Zunächst führte sie zu einer erhöhten Mobilität unter den Franzosen, da zahlreiche männliche Bürger ihre Heimat verließen, um andernorts in eine Kaserne einzuziehen. Nach dem langen Soldatendienst kehrten viele nicht mehr nach Hause zurück, sondern nahmen fern von der Heimat ihre Berufstätigkeit auf. Auch kam es zu einer Vermischung der einst so provinziell beschränkten Bevölkerung. In der Armee mussten Rekruten aus verschiedensten Landesteilen die gleichen Aufgaben erledigen, so dass das Bewusstsein, einer Nationsgemeinschaft anzugehören, wuchs. Darüber hinaus förderte der Wehrdienst die Verbreitung der Nationalsprache, denn in der Armee konnte nur der Karriere machen, der die Landessprache in Wort und Schrift gut beherrschte. So trug das Militär ebenso wie die Schule dazu bei, dass junge Männer ihre Regionalsprachen aufgaben. Aufgrund der befriedigenden materiellen Versorgung sank die Unbeliebtheit des Militärdienstes und manche Rekruten schwärmten regelrecht von der reichhalti-

gen Ernährung und den soliden Lebensbedingungen in den vielfach neuerrichteten Kasernen.

Hier, ebenso wie in anderen Bereichen, bilden die 1880er und 1890er Jahre die Schwelle, die ein noch traditionelles, ganz überwiegend ländliches Frankreich von einem Land trennt, das sich auf dem Weg zum modernen Nationalstaat befindet. Verschiedenste Indikatoren – Infrastruktur, Bildungsgrad, Sprachgebrauch, Mentalitäten und Werte – sprechen dafür, dass in dieser Zeit die Wandlung von «Bauern zu Franzosen» begann, wie es Eugen Weber ausdrückte. Umso erstaunlicher ist es, dass dieser erst langsam reifende Nationalstaat sich zur gleichen Zeit dazu aufmachte, ein Weltreich zu erobern und zu regieren, stellte doch der Erwerb überseeischer Territorien und die Beherrschung der Kolonisierten das Land vor große Integrationsprobleme. Wie weit der Prozess der Nationsbildung fortgeschritten war, wie vereint die Bevölkerung war, als es 1914 zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam, darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Eines ist jedoch sicher: Dieser Prozess war keineswegs beendet, als der «Große Krieg» begann.

2. Ein republikanisches Imperium?

Im Jahre 2005 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz, mit dem die «Nation» ihre Anerkennung den Männern und Frauen aussprach, die zu dem von Frankreich in seinen Kolonien «vollbrachten Werk» beigetragen hatten. Im schulischen Geschichtsunterricht solle künftig die «positive Rolle der französischen Präsenz in Überseeterritorien, insbesondere in Nordafrika» betont werden, so hatte es in dem Entwurf geheißen. Letzterer Artikel wurde nach heftigen Kontroversen aus dem Gesetz gestrichen, das eine neue Phase in Frankreichs Auseinandersetzung mit seiner imperialen Vergangenheit einläutete. Nicolas Sarkozy, der 2007 gewählte Präsident, war der Auffassung, dass sich die Nation nicht länger für ihre Kolonialgeschichte schämen solle und der Reue genug getan war. Am 27. Juli 2007 hielt er an einer senegalesischen Universität in Dakar eine Rede. Wohl hatte er zunächst die Unterwerfung Afrikas als ein «Unrecht» und einen «schweren Fehler» bezeichnet, betonte dann aber die «zivilisierende Mission» der Kolonisatoren: Diese hätten «Brücken, Straßen, Krankenhäuser und Schulen gebaut» sowie die «jungfräuliche Erde fruchtbar gemacht». Seine Rede endete mit einem harten Verdikt über die Bewohner des Kontinents: «Das Drama Afrikas ist, dass der afrikanische Mensch noch nicht hinreichend in die Geschichte

eingetreten ist. [...] In dieser Weltanschauung, wo alles immer wieder von vorne beginnt, ist kein Platz für das menschliche Abenteuer, noch für die Idee des Fortschritts.» Wenn jedoch die «Jugend Afrikas» die «Demokratie, die Gerechtigkeit und das Recht» wolle, würde Frankreich unterstützend an ihrer Seite stehen.¹

Die Rede Sarkozys veranschaulicht die andauernden Schwierigkeiten Frankreichs, seine Vergangenheit als Kolonialmacht mit seinen freiheitlich-egalitären Werten in Einklang zu bringen. Auch zeugt sie von der Persistenz eines Denkstils, der von der Ungleichheit menschlicher Kulturen ausgeht und Europäern eine Leit- und Vorbildfunktion gegenüber außer-europäischen Völkern zugesteht. In den 1880er Jahren, auf dem Höhepunkt der kolonialen Expansion, hatte der Protagonist dieser Politik, Jules Ferry, sie als einen Beitrag zum Fortschritt der unterworfenen Völker gerechtfertigt: «Könnte irgendjemand leugnen, dass es in Nordafrika mehr Gerechtigkeit, eine bessere materielle und moralische Ordnung, mehr Recht und Billigkeit, mehr soziale Tugenden gibt, seitdem Frankreich seine Eroberungen getätigt hat?» Fraglos hatten für ihn die «überlegenen Rassen» das Recht und die Pflicht, die «unterlegenen Rassen zu zivilisieren».²

Dass die Dritte Republik innerhalb weniger Jahre aus den verstreuten überseeischen Besitzungen, die sie von der Monarchie und dem Kaiserreich geerbt hatte, ein Weltreich formte, beruhte nicht auf einer vorgefassten globalen Strategie. Die territoriale Expansion ergab sich, wie im Falle des britischen Imperiums, aus verschiedenen Faktoren: aus dem Bedürfnis, bestehende Besitzungen zu sichern und zu erweitern, aus der Konkurrenz mit anderen europäischen Mächten um Handelsmärkte und politische Vorherrschaft, aus der Initiative einzelner lokaler Akteure («Sub-Imperialisten», wie Wolfgang Reinhard sie nennt) und aus einmal eingegangenen Verpflichtungen.³ Auch wenn die Kolonisierung keinem geostrategischen Plan folgte, so war sie doch, wie Jules Ferry es ausdrückte, ein «politisch-ökonomisches System». Verschiedene wirtschaftliche, ideologische und politische Motive führten dazu, dass die Führungsschicht des Landes um 1880 mehrheitlich für eine überseeische Expansionspolitik optierte, die aus der «Republik der Bauern» eine globale Macht entstehen ließ.

Von der Kontinental- zur Weltmacht

Der Zeitpunkt der Inbesitznahme, des «Erwerbs» von Kolonien sagt wenig darüber aus, in welchem Maße die Kolonisatoren die betroffenen Territorien tatsächlich beherrschten und prägten. In manchen Fällen krönte die formale Herrschaftsübernahme eine bereits bestehende informelle Dominanz; in anderen begann mit der Eroberung erst die langsame Aneignung

von Bevölkerung und Territorium.⁴ Mit der revolutionären und napoleonischen Epoche war auch das erste, vor allem in Nord- und Mittelamerika angesiedelte französische Kolonialreich untergegangen. 1815 besaß das Land nur noch einige wenige Kolonien in der Neuen Welt (Guadeloupe, Martinique, Guyana, St. Pierre-et-Miquelon), die Ile Bourbon (heute La Réunion) im Indischen Ozean sowie seine Handelskontore in Indien und im Senegal.

Die Eroberung Algiers 1830 ergab sich nicht etwa aus der Absicht, dort eine Siedlungskolonie zu errichten, sondern aus machtpolitischen Motivationen: Vorausgegangen waren Konflikte mit dem osmanischen Regenten Dey Hussein, der seit Jahren darauf wartete, dass Frankreich seine offenen Rechnungen bei ihm beglich. Der Bourbonenkönig Karl X. erhoffte sich innenpolitisches Prestige und die Stabilisierung seiner geschwächten Herrschaft, als er die Provokationen des Dey (dieser hatte den königlichen Konsul geohrfeigt und ein französisches Schiff beschießen lassen) energisch beantwortete. Eine Militärintervention in Algier setzte Hussein kurzerhand ab und unterstellte sein Territorium französischer Herrschaft. Ein Stützpunkt im Maghreb sollte ein Gegengewicht gegen die englische Hegemonie im Mittelmeer bilden. Es dauerte allerdings mehrere Jahrzehnte, bis die Kolonisierung von den Bastionen an der Küste ins Inland vorgedrungen war. Teile der einheimischen Bevölkerung wehrten sich bewaffnet gegen die französische Landnahme. Zwischen 1841 und 1852 führten die Kolonisatoren unter dem General Bugeaud einen von diesem als «absolute Eroberung» bezeichneten Krieg, in dem sie mit systematischer Gewalt gegen die indigene Bevölkerung voringen, die Ländereien der Aufständischen verwüsteten und zahlreiche Anführer ermordeten. Bugeauds Konfrontation mit dem Rebellenführer Abd-el-Kader, die 1847 mit der Festnahme des Letzteren endete, lieferte den Stoff für eine vielfach gefeierte Legende der Kolonialzeit: auf der einen Seite der edle, heroische und gottesfürchtige Wilde, auf der anderen der unerbittliche Eroberer, der seinem Antipoden Respekt zollte.⁵

Die imperialen Ambitionen Louis-Napoléon Bonapartes bereiteten in zweierlei Hinsicht die Kolonialpolitik der Dritten Republik vor. Einerseits wurden in Westafrika, am Golf von Aden und im Pazifik weitere Stützpunkte errichtet, von denen teils die spätere Expansion ausging. Andererseits begann mit der sogenannten Cochinchina-Kampagne (1857–1862) die Aneignung Indochinas, mit der Frankreich seine Präsenz in Südostasien sicherzustellen und seine Handelsinteressen zu fördern suchte. Als Vorwand für eine Intervention in Vietnam diente die schwierige Lage der Katholiken im Lande. Als auf Anordnung des vietnamesischen Kaiserhofs

1857 zwei Mönche hingerichtet wurden, schickte man Truppen, die sich wegen eines Konfliktes mit China in Ostasien befanden, auf eine Strafexpedition. Die unerwartet lange Intervention konzentrierte sich auf die im Süden, am Mekong-Delta, gelegene Region Cochinchina mit ihrer Hauptstadt Saigon. Der Friedensvertrag (1862) übertrug drei Provinzen Cochinchinas an Frankreich, sicherte ihm Handels- und Reiserecht auf dem Mekong sowie Zugang zu wichtigen Hafenstädten des Landes zu. 1863 errichtete man ein französisches Protektorat über das benachbarte Kambodscha; die verbleibenden Provinzen Cochinchinas kamen 1867 hinzu.⁶

Die späten 1870er Jahre bilden die Schwelle zur Hochphase der Kolonisierung. In Nord-, West- und Zentralafrika sowie in Indochina erweiterte Frankreich innerhalb weniger Jahre seinen Kolonialbesitz um das Vielfache. Im subsaharischen Afrika war es vor allem die Initiative eines Entdeckers, Abenteurers und Soldaten, die der Republik ein großes Territorium bescherte: Pierre Savorgnan de Brazza, ein aus Italien stammender Adliger und Marineoffizier, der 1874 die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. 1875 organisierte er im heutigen Gabun eine Expedition, die den Verlauf des Flusses Ogooué bis weit ins Inland erforschte. Wissenschaftliche Interessen verbanden sich bei ihm mit dem Wunsch, seinem neuen Vaterland ein großes, wirtschaftlich verheißungsvolles Reich in Äquatorialafrika zu bescheren. Gleichermassen bedeutete für ihn die Expansion Frankreichs die Ausbreitung der revolutionären Werte von Freiheit und Gleichheit. Die Republik würde den Afrikanern Emanzipation anstatt Sklaverei, Aufklärung anstatt Obskurantismus bringen: Für den Freimaurer Brazza war die Kolonisierung eine humanistische Tat. 1880 gründete er am Oberlauf des Ogooué Franceville und siedelte dort freigekaufte Sklaven an. Indem er diese die Trikolore berühren ließ, wollte er sie in ein neues, mündiges Leben initiieren: «Gehe hin, jetzt bist Du frei», rief Brazza den einstigen Sklaven zu.⁷

Im gleichen Jahr schloss er mit dem Makoko, dem Oberhaupt der Bataké, einen Vertrag, in dem dieser sein bis an den Kongo reichendes Territorium an Frankreich übertrug. Der 1882 von der Abgeordnetenkammer ratifizierte Vertrag läutete den Übergang von informeller Durchdringung zu formaler Landnahme, von Hegemonial- zu Herrschaftsansprüchen in Zentralafrika ein. Brazza gründete gegenüber von Léopoldville (heute Kinshasa), dem Stützpunkt des belgischen Königs, auf dem rechten Kongoufer eine später nach ihm benannte Stadt. Frankreichs koloniale Interessen gerieten fortan in direkte Konkurrenz mit denen anderer europäischer Mächte. Der belgische König erhob nun den Besitzanspruch über die in seinem Auftrag erschlossenen Kongogebiete. Eine neuerliche Expedition

führte Brazza entlang des Oubangui ins Zentrum des Kontinents und in die von Großbritannien beanspruchte Einflussosphäre.

Eine internationale Abstimmung über die künftige Kolonisierung Afrikas wurde notwendig. Die Berliner Konferenz vom November 1884 bis zum Februar 1885, die Reichskanzler Otto von Bismarck im Einvernehmen mit Frankreich einberufen hatte, legte eine Reihe von Grundsätzen fest: Zwölf europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich einigten sich darauf, dass ein Herrschaftsanspruch künftig nur dann «effektiv» sei, wenn er den Vertragspartnern mitgeteilt sowie durch die Errichtung einer «Obrigkeit» in dem betreffenden Territorium untermauert würde. Auf den Flüssen Kongo und Niger ebenso wie in den Hafenstädten sollte Handels- und Navigationsfreiheit herrschen.⁸ In der Folge der Berliner Konferenz beschleunigte sich der «Wettlauf um Afrika» und die großen Kolonialmächte grenzten ihre Expansionszonen ab: Großbritanniens Schwerpunkt lag in Ostafrika, entlang des Nils und darüber hinaus bis zum Kap. Die französische Eroberung dagegen verlief von Westen nach Osten, über den Oberlauf des Nigers bis zum Tschadsee.

Unterdessen hatte die Republik 1881 ihren Einfluss im Maghreb auf die osmanische Provinz Tunis ausgedehnt. Vorausgegangen war eine Absprache der beiden großen Kolonialmächte, in der Frankreich Großbritannien den Zugriff auf Zypern zugestanden hatte, gegen die Zusicherung, einen französischen Eingriff in Tunesien zu tolerieren. Man könne «Karthago nicht in den Händen der Barbaren lassen», soll der britische Premierminister Benjamin Disraeli gesagt haben. Vorwand für die militärische Intervention waren die Übergriffe des Berberstammes der Khroumir, die wiederholt europäische Siedler im benachbarten Algerien geplündert und gelegentlich getötet hatten. Mit dem Vertrag von Bardo (1881) optierte Frankreich diesmal nicht, wie im Falle Algeriens, für die formale Aneignung des Territoriums, sondern unterstellte es seinem Protektorat. Der Bey, der einst Konstantinopel unterstehende Provinzstatthalter, blieb zwar im Amt, doch musste er seine diplomatische Vertretung ebenso wie die Gestaltung der Innenpolitik nun der europäischen «Schutzmacht» überlassen.

Ein ähnliches Modell informeller Landnahme wählte man zunächst in Madagaskar: Der französische Einfluss war dort über das 19. Jahrhundert hinweg stetig gestiegen, als die Ethnie der Merina über den Großteil der Insel ihre Königsherrschaft ausgedehnt hatte. Durch die Öffnung des Sueskanals 1869 wuchs das britische ebenso wie französische Interesse an der strategisch wichtigen Insel im Indischen Ozean. Im Umfeld der Berliner Konferenz schlug man Madagaskar der französischen Einflusszone zu,

während Großbritannien in Ostafrika freie Hand erhielt. Die Lobby der La-Réunion-Franzosen setzte schließlich eine Militärintervention durch, in deren Zuge man 1885 zunächst die Stadt Diego Suarez an der Nordspitze annektierte und 1890 ein Protektorat über das Merina-Königtum errichtete. Bald darauf ausbrechende Aufstände wurden von den neuen Schutzherrn brutal niedergeschlagen, das gesamte Land annektiert und dem Generalgouverneur Gallieni unbeschränkte Vollmachten zur «Befriedung» der Insel erteilt.⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatten Großbritannien und Frankreich die afrikanische Hemisphäre bereits weitgehend unter sich aufgeteilt: Jeweils ein gutes Drittel des Kontinents stand unter britischer und französischer Vormundschaft, 26 Prozent der Bevölkerung wurde von Frankreich beherrscht.

Von allen französischen Eroberungsfeldzügen war indessen derjenige in Indochina der umstrittenste, nicht zuletzt weil er mit einer militärischen Niederlage verbunden war. Seit der Aneignung Cochinchinas unter Napoleon III. richtete sich das Augenmerk verstärkt auf die übrigen Landesteile Vietnams, nämlich das Küstenland Annam und die Provinz Tonkin um Hanoi und das Delta des Roten Flusses. Es war insbesondere die Lobby Lyoner Seidenfabrikanten, die für eine Aneignung eintrat. Für diese bedeutete Nordvietnam nicht nur Zugang zur dort produzierten Rohseide, sondern auch ein «Sprungbrett» zu den südchinesischen Absatzmärkten. Bei Jules Ferry, ab 1883 Ministerpräsident, fanden sie Gehör. Eine Militärexpedition unterstellte zunächst Annam dem französischen Protektorat, rief aber den Widerstand Chinas – traditioneller Hegemon in Vietnam – hervor. Im Zuge der Eroberung Tonkins kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen und im März 1885 zum «Debakel von Lang Son»: Ein chinesischer Angriff zwang Frankreich, seine Stellung an der vietnamesischen Nordgrenze zu räumen. Diese Niederlage wurde im Inland zu einem «Sedan in Übersee» hochstilisiert und somit viel dramatischer aufgenommen, als sie eigentlich war. Die Gegner Ferrys nahmen sie zum Anlass, ihre Grundsatzkritik an der kolonialen Expansion zu verschärfen. Während eine Menschenmenge vor der Abgeordnetenkammer «A bas Ferry, à mort le Tonkinois» (Nieder mit Ferry, Tod dem Tonkinesen) skandierte, führten die Abgeordneten am 31. März 1885 den Sturz des Ministerpräsidenten herbei.¹⁰ Lang Son änderte dennoch nichts am Schicksal der vietnamesischen Provinz: Noch im gleichen Jahr gab China seinen Widerstand auf und willigte in ein französisches Protektorat über Tonkin ein.¹¹ Binnen weniger als zehn Jahren hatte sich Frankreichs Position im internationalen System radikal und mit langfristigen Folgen verändert: Ca. zehn Millionen Quadratkilometer an Überseeterritorien standen nun unter seiner Vorherr-

schaft, während es 1870 nicht einmal eine Million gewesen waren. Das Land war zur zweitgrößten Kolonialmacht, zur imperialen Republik geworden.

Koloniales Denken

Wer waren die Persönlichkeiten, die in diesem Zeitraum die französische Kolonialisierung vorantrieben? Wie legitimierten sie diese Politik? Wie viel Rückhalt besaßen sie in der Öffentlichkeit? Und welche Argumente verwendeten ihre Kritiker? Die Verfechter einer expansiven Kolonialpolitik waren dieselben Männer, die seit den späten 1870er Jahren eine liberale Republik aufgebaut hatten. Es waren dieselben Politiker, die den kostenlosen und laizistischen staatlichen Schulunterricht eingeführt, die den gesellschaftlichen Einfluss des Klerikalismus bekämpft hatten und für die allgemeine Verbreitung der republikanischen Werte eingetreten waren. Es gab nicht auf der einen Seite liberale Republikaner und auf der anderen rücksichtslose Eroberer, auf der einen innenpolitische Reformer und auf der anderen ausbeuterische Expansionisten. Die glühendsten Vorkämpfer der Republik und ihrer revolutionären Werte waren zugleich die überzeugtesten Imperialisten. Und beide Ziele – die Durchsetzung der Republik ebenso wie die koloniale Expansion – waren für sie zwei Dimensionen desselben Prozesses, nämlich der Erneuerung, Wiederaufrichtung und Modernisierung Frankreichs. Und ebenso wie die Verweltlichung der Schule mussten sie das Kolonialprogramm gegen eine heftige Opposition sowie gegenüber einer indifferenten Bevölkerung durchsetzen.

Bereits Léon Gambetta, eine der Leitfiguren der liberalen Republikaner, war seit den frühen 1870er Jahren für eine expansive Außenpolitik eingetreten. Für ihn, der 1870 die Republik ausgerufen und die «nationale Verteidigung» organisiert hatte, musste das Land aus seiner Passivität heraustreten: Das *recueillement*, die Selbstbesinnung, die man sich nach der Niederlage verordnet hatte, durfte nicht zu lange andauern. Frankreich musste seinen «Rang» unter den europäischen Großmächten wiedererlangen. «Durch die Expansion, durch die äußere Ausstrahlung, durch die Stellung, die sie unter der Menschheitsfamilie einnehmen, bewähren und erhalten sich die Nationen», sagte er 1872 in einer Rede.¹² Ein Jahr später bekundete er «die große Hoffnung und die große Notwendigkeit, Frankreich seinen Platz wiedererlangen zu sehen».¹³ Die Ausweitung in Übersee stand für ihn in direktem Bezug zu den Gebietsverlusten von 1871. Nicht länger dürfe Frankreich seinen Blick auf die verlorenen Territorien, auf die «blaue Linie der Vogesen», fixieren. Der «Gegenwert

dessen, was wir verloren haben», müsse andernorts erobert oder durch «geschickte Parteilosigkeit» gewonnen werden.¹⁴

Es war Jules Ferry, der als Ministerpräsident die von Gambetta geforderte Expansion in Politik umsetzte und ihr ein breites ideologisches Fundament verlieh. Allerdings musste die französische Öffentlichkeit auf die Krise von Lang Son und den Rücktritt Ferrys 1885 warten, bis er eine großangelegte, weitgefächerte Rechtfertigung der Kolonialpolitik vorbrachte.¹⁵ Bis dahin hatte er die prestigepolitischen Argumente wiederaufgegriffen, wenn er Eroberungen in Übersee begründete. «Frankreich würde sich nicht heiteren Herzens damit begnügen, in der Welt die Rolle eines großen Belgiens zu spielen», äußerte er 1882 im Vorwort zu seinen Reden über die Tunis-Frage. Weitere Eroberungen seien notwendig, um bestehende Besitzungen zu bewahren; zwischen den europäischen Nationen würde ein «brennender Kampf» um überseeische Territorien ausgetragen.¹⁶

Im Juli 1885 trat Ferry vor die Abgeordnetenversammlung, um die Kolonialpolitik gegenüber ihren Kritikern zu verteidigen.¹⁷ Nun beschrieb er sie als ein «System», das auf einer «dreifachen – wirtschaftlichen, humanitären und politischen – Basis» beruhe. Was die ökonomischen Erwägungen anbelangte, so rief er die Grundidee des Handelsimperialismus und seines Begründers John Stuart Mill wach. Die Kolonialfrage, so Ferry, sei für Länder mit einer exportorientierten Industrie gleichbedeutend mit der Frage nach Absatzmärkten. Während jedoch viele liberale Ökonomen des 19. Jahrhunderts von der Annektierung und Beherrschung von Überseeterritorien abgeraten und lediglich deren informelle Durchdringung gefordert hatten, machte für Ferry die volle Inbesitznahme wirtschaftlichen Sinn: Die «Gründung einer Kolonie» sei gleichbedeutend mit der «Schaffung eines Absatzmarkts», denn auf die «politische Vorherrschaft» folge sozusagen zwangsläufig die ökonomische. Er malte das Schreckgespenst geschlossener Handelsgrenzen an die Wand, um die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass eine Exportnation sich ihre Absatzmärkte selbst beschaffen und diese zugleich politisch kontrollieren müsse: In der näheren Zukunft würden alle europäischen Nationen und die USA zum Protektionismus übergehen. Diese Argumente entlehnte er dem Werk des Nationalökonom Paul Leroy-Beaulieu, der mit seinem Buch «De la colonisation chez les peuples modernes» (erste Auflage 1874) als der intellektuelle Wegbereiter des französischen Imperialismus gelten kann. Für ihn war die Schaffung von Kolonien «das beste Geschäft, in das man das Kapital eines alten und reichen Landes einbringen» könne. Während er Auswanderungskolonien für wenig vielversprechend hielt, erblickte er in der «Emigration des Kapitals» den Schlüssel zum wirtschaftlichen und politischen

Fortschritt der Metropole.¹⁸ Auf diese Überlegungen griff Ferry zurück, wenn er die Abgeordneten davon zu überzeugen suchte, dass die Kolonisierten künftig die ersten Abnehmer französischer Produkte werden würden.

Sodann ging der frühere Ministerpräsident auf die «humanistischen» Aspekte des kolonialen Systems ein. Die «überlegenen Rassen» hätten gegenüber den «unterlegenen» Rechte und Pflichten, denn ihnen kam, so Ferry, das Recht zu, diese zu unterwerfen und zu beherrschen. Gleichermaßen aber mussten sie die dominierten Völker an die Zivilisation heranzuführen. Im Falle Frankreichs bedeutete dies: Seine spezifischen Traditionen sollten auch in der Kolonisierung zum Ausdruck kommen. Das Land hatte 1848 die Sklaverei in seinen Überseebesitzungen abgeschafft; in diesem Geiste würde es auch künftig die unterworfenen Völker von der Zwangsarbeit befreien. Es würde wirksamere Institutionen, eine sicherere Ordnung und eine bessere Gesellschaft bringen.

Schließlich kam Ferry auf die politischen Aspekte des kolonialen Systems zu sprechen. Er verwahrte sich energisch gegen die Vorstellung, dass Eroberungen in Übersee lediglich eine «Kompensation» für das 1870/71 erlittene «Desaster» darstellten. Vielmehr müsse die Expansion in ihrer ganzen Bedeutung für das Wohlergehen, den Selbsterhalt und den Aufstieg der Nation erkannt werden. Die Politik des *recueillement*, der Selbstbesinnung und -beschränkung, führe notwendig zum Verfall, zum Herabsinken auf die Position einer zweit- oder drittrangigen Macht. Nur indem Frankreich sich der territorialen Ausweitung – dieser «allgemeinen Triebfeder» der europäischen Nationen – öffne, könne es seine «Größe» wahren und steigern. Die Kolonisierung erschien so als die für eine moderne Nation schlechthin heilsbringende Aktivität, deren Bedeutung auf gleicher Ebene mit der Verallgemeinerung des Schulunterrichts sowie der Verbesserung der Infrastruktur anzusiedeln war. Frankreich müsse nicht nur «ein freies Land, sondern auch ein großes Land sein, das über das Schicksal Europas seinen ganzen ihm gebührenden Einfluss ausübt, einen Einfluss, den es über die Welt ausdehnen muss, überall dahin, wohin es seine Sprache, seine Sitten, seine Flagge, seine Waffen und sein Genie bringt».

Die Argumente, die Ferry für die Kolonisierung vorbrachte, unterschieden sich nicht fundamental von den Gesichtspunkten, die man in anderen europäischen Ländern entfaltete. Neue Absatzmärkte, der in Übersee ausgegrenzte Existenzkampf zwischen den europäischen Nationen («ein Volk, das kolonisiert, ist das erste der Völker, wenn nicht heute, dann morgen», so hatte Leroy-Beaulieu geschrieben), die Überlegenheit der eigenen Zivilisation – diese Gedanken wurden auch in anderen europäischen Kolonialstaa-

ten vorgebracht. Was Frankreich von anderen kolonialen Mächten unterschied, hing vor allem mit der Republik und ihren Werten zusammen. Diese hatte sich die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf die Fahne geschrieben; also musste die Kolonisierung als Verwirklichung ebendieser Ideale verteidigt werden. Vor diesem Hintergrund präsentierte man die Überseeexpansion als eine Ausdehnung der revolutionären Werte auf die Welt. Sie sollte die logische Fortführung der Republikanisierung sein, die man zeitgleich im Mutterland vornahm. Ebenso wie die Grundschullehrer die französische Provinz zivilisierten, indem sie das Französische dorthin brachten, würden die Kolonisatoren die unterworfenen Völker an die Segnungen des französischen Geistes heranführen. Durch das Verbreiten seiner Nationalsprache nehme Frankreich die «moralische Annexion der Araber» vor, schrieb Félix Pécaut, Oberinspektor des Schulwesens.¹⁹ So stand die französische Kolonisierung in einer großen Tradition: «Römische Siedler ließen sich in Gallien nieder, so wie sich Franzosen heute in Algerien niederlassen», hieß es in einem verbreiteten Schulgeschichtsbuch.²⁰

Je ausgreifender die Expansion voranging, desto deutlicher wurde, dass eine koloniale Unterwerfung im Geiste der Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ein Paradox war, dass das Projekt eines republikanischen Imperiums einen unauflösbaren inneren Widerspruch enthielt. Auf dieses Spannungsverhältnis und darauf, wie dieses sich in verschiedenen kolonialen Herrschaftsstrategien und -formen äußerte, wird noch einzugehen sein. Eine weitere Besonderheit des französischen kolonialen Denkens hatte mit der Niederlage 1870/71 zu tun, die als Subtext in einer Vielzahl von Debatten mitschwang und einen wichtigen Motivationsfaktor für die Expansion bildete. Sicherlich waren die eroberten Überseeterritorien kein bloßer Ersatz für die annektierten Départements; doch verlieh der Wunsch, Verlorenes wiederzugewinnen und einer drohenden nationalen Depression zu entinnen, dem französischen Kolonialismus einen besonderen Elan.

Die seit den späten 1870er Jahren regierenden liberalen Republikaner waren, wie bereits gesagt, die Protagonisten der Expansionspolitik. Aber die Unterstützung für dieses Projekt kam aus verschiedensten politischen Lagern und weltanschaulichen Milieus. Die Kolonisation fand enthusiastische Befürworter unter laizistischen Freimaurern ebenso wie unter katholischen Geistlichen. Die einen wollten den Kolonisierten die Segnungen einer humanistischen Zivilreligion, die anderen diejenigen des Christentums zuteil werden lassen. Industrielle und Geschäftsleute wollten ihrerseits von Absatzmärkten und Rohstofflieferungen profitieren. Denn in Hafenstädten wie Marseille wurde der Schiffsverkehr mit den Überseebesitzungen zu einem gewichtigen Wirtschaftszweig und schaffte entsprechende politische Inter-

essen. Konservative Monarchisten und Bonapartisten teilten die Sehnsucht nach der «Größe» Frankreichs und unterstützten die Kolonialpolitik ihrer republikanischen Widersacher. Militärs vor Ort und im Mutterland sahen in der Expansion das ideale Betätigungsfeld für Marine und tatendurstige Soldaten. Geographen und Anthropologen schließlich erblickten in den Überseebesitzungen neuen Stoff für wissenschaftliche Untersuchungen.²¹

Diese äußerst heterogene Koalition von Kolonialbegeisterten organisierte sich ab 1890 in Form des *parti colonial*. Dabei handelte es sich um eine alle politischen Lager umfassende Lobby, deren gemeinsames Interesse in der Verteidigung und Ausweitung des Kolonialbesitzes bestand. Sie untergliederte sich in verschiedene, den einzelnen geographischen Schwerpunkten des Kolonialreichs gewidmete Comités, in denen sich Politiker, Industrielle, Bankiers, Militärs, Wissenschaftler und Journalisten trafen. Im Parlament bildete sich eine interfraktionelle Interessengruppe, der auf dem Höhepunkt ihres Einflusses annähernd zweihundert Abgeordnete beigetreten waren. In allen Parlamentsausschüssen, die über außenpolitische Fragen zu entscheiden hatten, vermochte sie strategische Positionen zu besetzen. Da es den Gegnern der Kolonisation nicht gelang, sich auf vergleichbare Weise zu organisieren, konnte der *parti colonial* stets parlamentarische Mehrheiten für die Expansionspolitik schaffen. Über große Dîners versuchte man die wirtschaftlichen Eliten für die politische Unterstützung des Kolonialismus zu mobilisieren, ebenso wie die Verantwortlichen der großen Zeitungen zu der Lobby Verbindungen hielten. Ihr unumstrittener Chef war Eugène Etienne, ein Algerienfranzose, der in der Abgeordnetenkammer das Département Oran vertrat.²²

Die prokolonialistischen Argumente, die Ferry so emphatisch vorgebracht hatte, waren Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen. Dabei erwies sich die Opposition gegen die Überseeexpansion als ebenso heterogen wie die Lobby ihrer Befürworter. Einen Antikolonialismus im Sinne einer prinzipiellen Gegnerschaft gegen Überseebesitzungen und die Beherrschung indigener Völker gab es im Frankreich des späten 19. Jahrhunderts allerdings nicht.²³ So trat etwa niemand öffentlich dafür ein, die Herrschaft über bereits erworbene Territorien (wie etwa Algerien) aufzugeben. Die Kontroversen wurden vielmehr über die Methode, den Sinn und die Rechtfertigung neuer kolonialer Erwerbungen geführt. Praktisch alle Elemente des kolonialistischen «Systems» wurden aus verschiedensten Blickwinkeln kritisiert. Liberale Ökonomen wie Yves Guyot und Frédéric Passy argumentierten, dass die formale Aneignung von Überseeterritorien wirtschaftlich unprofitabel sei und gewalt- und herrschaftsfreie Beziehungen den Interessen des Mutterlandes viel besser dienten.²⁴ Linke

wie rechte Kritiker griffen die Überseeexpansion an, weil sie von der «wahren» nationalen Aufgabe, nämlich der Rückgewinnung der verlorenen Ostprovinzen, ablenke. «Elsass-Lothringen steht noch unter dem deutschen Stiefel und unsere Armee zieht nach Tonkin», kritisierte Georges Clemenceau im Februar 1885 die Indochina-Expedition.²⁵ Der Rechtsnationalist Paul Déroulède forderte die Regierung auf, die nationalen Prioritäten nicht umzukehren: «Bevor man hingehet, die französische Flagge dort zu hissen, wo sie noch nie gewesen ist, sollte man sie wieder dort einpflanzen, wo sie einst wehte.»²⁶ Zu Jules Ferry, der ihm seine Fixierung auf Elsass-Lothringen vorwarf, soll er gesagt haben: «Ich habe zwei Schwestern verloren, und Sie bieten mir zwanzig Domestiken.»²⁷

Im Zentrum der Debatte stand jedoch die Frage, inwiefern die Aneignung von Kolonien überhaupt mit der Republik und ihren Werten zu vereinbaren war. Als Ferry in der Abgeordnetenversammlung von «höheren» und «niederen» Rassen sprach, entgegnete ihm der Abgeordnete Jules Maigne: «Sie wagen dies zu sagen in einem Land, in dem die Menschenrechte proklamiert wurden?» Das eingeforderte Recht, die Letzteren zu «zivilisieren», kam für den Abgeordneten Joseph Fabre einer «Abdankung der Prinzipien von 1789 und 1848» gleich. Der prononcierteste Opponent war Georges Clemenceau, der sich über Ferrys Missbrauch des Rechts- und Zivilisationsbegriffs empörte: «Versuchen wir nicht, die Gewalt mit dem scheinheiligen Begriff der Zivilisation zu bedecken. Sprechen wir nicht von Recht, von Pflicht. Die von Ihnen befürwortete Eroberung ist nichts anderes als der reine Missbrauch der Macht, die eine wissenschaftliche Zivilisation gegenüber einer elementaren Zivilisation innehat.» Clemenceau fühlte sich von Ferrys Rassendiskurs an deutsche Propaganda aus dem Krieg von 1870/71 erinnert, der zufolge die Niederlage aus der angeblichen rassischen Unterlegenheit der Franzosen resultierte. Für andere Politiker verbot sich die gewaltsame Unterwerfung von Überseeterritorien, da Frankreich selbst erst kürzlich das Opfer solcher Aneignungen gewesen war. «Diese Territorien, das ist ihr [d. i. der Kolonisierten] Leben selbst, das ist der Körper und das Blut dieser armen Leute, das ist ihr Elsass, das ist ihr Lothringen», sagte Frédéric Passy vor der Abgeordnetenversammlung. Andere Deputierte stimmten Ferry uneingeschränkt zu, dass es «höhere» und «niedere» Menschenrassen gäbe, zogen aber aus diesem Befund eine völlig andere Konsequenz: Aus genau diesem Grunde solle man sich nicht in Überseeeroberungen engagieren und erst gar nicht den Versuch unternehmen, Menschen zu regieren, die vom eigenen Zivilisationsniveau so weit entfernt waren.²⁸

Im Jahre 1885 hatten die Kontroversen um den Sinn und die Legitimation kolonialer Eroberungen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Danach ebte die Opposition gegen den Kolonialismus ab. Verschiedene politische Strömungen und Führungsfiguren, die ihn damals bekämpften, sollten ihn später verteidigen, als sie an die politische Macht gelangten. Georges Clemenceau ist dafür nur das prominenteste Beispiel, der als Ministerpräsident (1907–1909) die französische Durchdringung Marokkos vorantrieb. Zwar taten sich in der entstehenden sozialistischen Bewegung einige prinzipielle Kritiker des Kolonialismus hervor (wie etwa Jules Guesde), doch blieb ihr politischer Einfluss sehr begrenzt. Bis zur Gründung der kommunistischen Partei 1920 gab es keine strukturierte politische Bewegung, die sich dem Kolonialismus grundsätzlich entgegenstellte.

Welchen Rückhalt hatte die Eroberungspolitik in der französischen Bevölkerung? Die Kolonialisierung gehörte nicht zu den Fragen, welche die öffentliche Meinung spalteten und anhand derer sich politische Strömungen herausbildeten. Die Mehrzahl der Französinen und Franzosen sah sich – ob zu Recht oder zu Unrecht – von der Kolonialpolitik in ihrem Alltagsleben wenig betroffen und somit auch nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert.²⁹ So beklagte die Zeitschrift «La Dépêche Coloniale» im Juni 1914 die «mediokren» Erfolge ihrer meinungsbildenden Arbeit: «Paris und die Großstädte verstehen heute möglicherweise, was eine Kolonie ist, wie sie funktioniert und was sie wohlhabend macht. Doch gehen Sie in die Provinz und Sie werden höchst erstaunt darüber sein, wie ignorant nicht nur der Bauer und der Arbeiter, sondern auch anderweitig gebildete und kultivierte Menschen in kolonialer Hinsicht sind.»³⁰ Ein permissiver Konsens, eine – wie Jean-Pierre Rioux es ausdrückt – «wohlwollende Indifferenz» begleitete vor dem Ersten Weltkrieg die Expansion, die Aneignung von Territorien und die Unterwerfung der Kolonisierten.³¹

Koloniale Gesellschaften

Aber dennoch veränderte die koloniale Expansion das Land: Waren, Erzeugnisse, Lebensmittel, Berichte, Kunstwerke, Redensarten, Lieder aus den Kolonien drangen mehr und mehr in die französische Kultur ein. Die Massenblätter machten sich zum Sprachrohr der Expansion und räumten Berichten aus Übersee gerne Raum ein. Auf diese Weise drang das Wissen, einer «plus grande France» (vom «Empire» sprach man erst viel später) anzugehören, langsam ins öffentliche Bewusstsein.³² Die Kolonisierten holte man in die Metropole, um sie der Bevölkerung als Exponate zu präsentieren. Seit 1887 gab es jährlich im Pariser Jardin d'Acclimatation ethnographische Ausstellungen. Diese waren zumeist afrikanischen Ethnien gewidmet, deren Repräsentanten ihre eigenen Lebensverhältnisse bis hin zu Kampftechniken zur Schau stellten.³³

Bei der Pariser Weltausstellung 1889, in deren Zentrum der neben dem Hôtel des Invalides neuerrichtete Eiffelturm stand, wurden Indigene aus dem gesamten Kolonialreich ausgestellt: Man hatte Dörfer aus Senegal, Cochinchina, Neu-Kaledonien rekonstruiert und die Besucher konnten eine imaginäre Reise nach Nordafrika antreten, durch die «rue du Caire» flanieren sowie Speisen aus Algerien und Tunesien kosten.³⁴ «Man hat dort Exemplare aller Söhne Adams, die über diese Weltkarte strömen, versammelt; als wenn man vor dem Grabe Napoleons in den Augen des Toten die Vision der universellen Eroberung erwecken wollte», schrieb der Diplomat und Autor Melchior de Vogüé.³⁵ Die Kolonisierten wurden so neben die Maschinen und Eisenkonstruktionen gestellt, als wenn ihre Eroberung und Beherrschung im gleichen Maße zur modernen Welt gehörte wie die technischen Errungenschaften. Weltausstellungen, urteilte Walter Benjamin, seien «Wallfahrtsstätten zum Fetisch Ware»:³⁶ Auf diese Weise erschienen die ausgestellten Eingeborenen, wie die Schöpfungen der Industrie, als Produkte neu erschlossener Märkte.

Solche anthropologische Ausstellungen zeugen von dem rassistischen Menschenbild, das für die politische Kultur der Dritten Republik prägend war.³⁷ Der Sozialdarwinismus hatte dort ebenso wie in anderen europäischen Ländern und den USA zahlreiche Anhänger gefunden. Verbreitet war die Lehre, dass sich die Menschheit in verschiedene, mit jeweils spezifischen Merkmalen ausgestattete Rassen untergliedern ließ. Diese verstand man als soziale Organismen, die miteinander in Konkurrenz standen und sich fortschreitend ihrer Umwelt anpassten. So wurde das Denken in rassistischen Kategorien zu einem Paradigma, dem sich verschiedene Wissenschaftszweige sowie die Mehrzahl der politischen Akteure verpflichtet fühlten. Dabei befanden sich Autoren der nationalistischen, extremen Rechten wie Arthur de Gobineau in der Minderheit, wenn sie behaupteten, dass selbst die Europäer in unterschiedliche Rassen zu unterteilen seien. Die «überlegenen» nordeuropäischen Rassen stünden in einem Überlebenskampf gegen die «niedereren» Slawen, Juden und Südeuropäer. Daher musste in Gobineaus Augen die eigene Rasse unbedingt rein erhalten werden. Dagegen sahen republikanisch gesinnte Anthropologen, die sich in der «Société d'Anthropologie de Paris» sammelten und eng mit den politischen Entscheidungsträgern um Ferry vernetzt waren, die Europäer als untereinander gleich an. Diese hatten sich – so eine verbreitete Auffassung – seit Jahrhunderten rassistisch miteinander vermischt. Insofern vereinte die französische Nation auch keine Rasse, sondern ein aus verschiedenen Elementen zusammengefügtes Volk.

Umso stärker aber beharrte die republikanische Anthropologie auf der Ungleichheit zwischen europäischen und außereuropäischen Rassen: Diese leiteten manche Autoren aus unterschiedlichen biologischen Ursprüngen ab, während andere sie dadurch erklärten, dass sich die Menschen von einem gemeinsamen Ursprung ausgehend höchst ungleich entwickelt hätten. Die Verbesserung der unterentwickelten nichteuropäischen Rassen hielt man für grundsätzlich möglich, auch wenn sie ihre Zivilisierbarkeit noch nicht unter Beweis gestellt hätten. «Man sollte heutzutage nicht den Schluss ziehen, dass alle Menschen, egal welcher Herkunft sie sind, auf gleiche Weise zur Zivilisation befähigt sind», äußerte Emile Durkheim, der Begründer der modernen französischen Soziologie.³⁸

Aus diesen Vorstellungen resultierte die Herrschaftslehre der französischen Kolonisation, die unter dem Leitbegriff der «Assimilation» stand.³⁹ Dieser Doktrin zufolge gab es formal keinen Unterschied zwischen der Metropole und den Kolonien; das gleiche politische Regime, die gleichen Gesetze galten im Mutterland wie in Übersee. «Ihr Ziel ist es, die verschiedenen Teile des Territoriums schrittweise denselben Regeln zu unterwerfen», bekundete der Schöpfer dieser Lehre, der Jurist Arthur Girault.⁴⁰ Damit war eine eigenständige politische Entwicklung der Kolonien im Sinne eines «self-government» von vornherein ausgeschlossen – mit der eingeschränkten Ausnahme der Protektorate, in denen zumindest auf dem Papier eine lokale Herrschaft bestehen blieb. Girault rechtfertigte sein Konzept als die dem französischen Volk auf den Leib zugeschnittene Herrschaftspraxis: «Die Autonomie passt zu den Angelsachsen. Wir Franzosen sind Romanen. Der römische Einfluss hat unsere Geister über Jahrhunderte durchdrungen. [...] Wir können und dürfen folglich nichts anderes machen als die Assimilation.»⁴¹

Gleichzeitig beinhaltete die Doktrin, dass die Kolonisierten zunächst einen kulturellen Angleichungsprozess durchmachen mussten, bevor sie den französischen Staatsbürgern rechtlich-politisch gleichgestellt werden konnten. Ihre Unterwerfung unter ein spezifisches Statut galt insofern als gerechtfertigt, da sie den Naturzustand ihrer Rassen noch nicht verlassen und sich der französischen Zivilisation kaum angenähert hatten. Die Assimilationslehre verband so das rassistische Menschenbild der zeitgenössischen Anthropologie mit dem Perfektibilitätsdenken der Aufklärung und begründete auf diese Weise ein Ungleichheitssystem. Sie erwartete von den Kolonisierten eine schrittweise Verbesserung, in der sie sich von Wilden zu Zivilisierten emporarbeiteten. Erst als solche würden sie auch in den Genuss der französischen Staatsbürgerrechte kommen können. Gleichmaßen berücksichtigte das Konzept die Möglichkeit, dass die Angleichung

scheitern konnte bzw. die Kolonisierten sich dieser verweigerten. So schrieb Arthur Girault:

Wir hoffen, ihnen unsere Ideen und Sitten einbläuen zu können, also arbeiten wir mit Eifer daran, sie zu Franzosen zu machen wie alle anderen: man unterrichtet sie, man gibt ihnen das Wahlrecht, man zieht sie europäisch an, man ersetzt ihre Sitten durch unsere Gesetze, man verfolgt in einem Wort die Assimilation der Eingeborenen. Doch wenn man die Hoffnung verliert, dieses Ergebnis erzielen zu können, wenn sie sich unserer Zivilisation verweigern, dann muss man sie ausrotten oder vertreiben, um sie daran zu hindern, in die allgemeine Gleichförmigkeit Misstöne einzustreuen.⁴²

Dabei enthielt die Assimilationslehre einen unauflösbaren inneren Widerspruch: Wenn man diese konsequent und erfolgreich umsetzte, würden letztendlich alle Unterworfenen zu Staatsbürgern. Die Machtbeziehung, die Hierarchie zwischen Kolonisatoren und Indigenen würde aufgelöst und damit die Kolonisation als solche. Frankreich würde somit, zugespitzt formuliert, zur «Kolonie seiner Kolonien».⁴³ Als Alternative zur Assimilation proklamierte man insbesondere auf der politischen Rechten die Idee der «association». Nach diesem Konzept sollten die «niedereren Rassen» verbessert werden, indem sie sich ausgehend von ihren *eigenen* Werten, Traditionen und Praktiken entwickelten, und nicht, indem sie die französische Zivilisation mehr oder weniger annahmen.

Beide Doktrinen, die Assimilation ebenso wie die Assoziation, konnten – da sie einen nur langsamen und zudem ergebnisoffenen Prozess der Angleichung vorsahen – die Tatsache rechtfertigen, dass die Republik an den Grenzen des Hexagons endete. Außerhalb des Mutterlands gab es keine Regierungsform, die sich an ihren Werten orientierte. Vielmehr etablierte sich in Übersee eine koloniale Staatsform, die in vielen Aspekten an das Ancien Régime erinnerte. «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hier; Unterwerfung, Hierarchie, Ausschließung dort», so bringen Françoise Vergès, Nicolas Bancel und Pascal Blanchard die Janusköpfigkeit der französischen Nation auf den Punkt, die einen modernen republikanischen Rechtsstaat im Inland mit einer vormodernen oligarchischen Willkürherrschaft in Übersee in sich vereinte.⁴⁴

Ihren markantesten Ausdruck fand diese im *Indigénat*, einem speziell für die Eingeborenen der Kolonien entworfenen Rechtssystem. Es definierte die Indigenen als «französische Untertanen», die als solche zwar über die Nationalität, aber nicht über die Staatsbürgerschaft der Republik verfügten. Sie waren von den Grundrechten ausgeschlossen und unterlagen besonderen Gesetzen, die vornehmlich ihrer Disziplinierung dienen

sollten. Seinen Ursprung hatte das Indigenat in der frühen Kolonisierung Algeriens, als man den örtlichen Militärs außergewöhnliche Vollmachten wie etwa die dauerhafte Gefangensetzung, Enteignung und Deportation von Eingeborenen eingeräumt hatte. Diese aus der Not einer von Aufständen herausgeforderten Eroberung geborenen Rechte ließ man nicht nur fortbestehen, sondern dehnte sie ab 1881 aus und wandte sie in jeweils unterschiedlichen Versionen auf alle Kolonien (mit Ausnahme der Protektorate Marokko und Tunesien) an. Sie statteten die örtlichen Ordnungskräfte mit weit auslegbaren Vollmachten aus, ihre Untertanen zu disziplinieren. Drastische Strafen etwa in Form von Zwangsarbeit oder Enteignung durften für das Verlassen des Wohnorts, unerlaubtes Versammeln, Respektlosigkeit gegenüber den Kolonisatoren, Verstöße gegen Verhaltens- und Kleidungsregeln, Nichtbenutzen der französischen Währung, Arbeitsverweigerung verhängt werden. Das Indigenat schloss Kollektivstrafen ein und hob die Gewaltenteilung auf, da die örtlichen Kommandanten zugleich Ankläger, Richter sowie Vollstrecker der Strafen waren. Darüber hinaus gestattete es, dass Indigene anstelle von Steuerzahlungen zu «Dienstleistungen» – sprich Zwangsarbeit – herangezogen werden konnten. Zahllose Kolonisierte, die auf Plantagen, in Minen, Straßen- und Eisenbauprojekten arbeiteten, wurden dafür zwangsweise rekrutiert. Die staatlich ausgeübte Gewaltherrschaft in Form des Indigenats sollte erst nach dem Zweiten Weltkrieg gänzlich abgeschafft werden.⁴⁵

Ogleich Einheit und Gleichförmigkeit die Leitvisionen der französischen Kolonialherrschaft waren, bestand doch der Überseebesitz aus einer irritierenden Vielzahl von unterschiedlichen Verwaltungsformen. Das bedeutendste Überseeterritorium, nämlich Algerien, war nominell gar keine Kolonie, sondern integraler Bestandteil des Mutterlands. Es war so weitgehend «assimiliert», dass es seit 1848 aus drei Départements – Oran, Constantine und Alger – mit einem Generalgouverneur an der Spitze bestand. Als einzige Siedlungskolonie bildete es eine Ausnahme, verkörperte aber gleichzeitig in seiner festgefühten ethnisch-religiösen Hierarchie modellhaft die Charakteristika der französischen Kolonisation. In den 1880er Jahren lebten dort ca. 219 000 Franzosen und 211 000 andere Europäer, die aus Spanien (insbesondere von den Balearen), Italien und Malta immigriert waren. Sie waren in verschiedenen Einwanderungswellen seit 1830 ins Land gekommen; so waren zuletzt einige Tausend Elsässer und Lothringer eingewandert, die nach 1871 keine Deutschen werden wollten. Für die nichtfranzösischen weißen Einwanderer war der Erwerb der Staatsbürgerschaft äußerst unkompliziert (für ihre Kinder galt das *jus soli*, das Geburtsortprinzip), so dass immer weniger Ausländer in Algerien gezählt

wurden. Die Europäer verband eine gemeinsame Identität: Sie verstanden sich als «colons», als Pioniere, die das Land urbar machten und gegenüber der muslimischen Bevölkerungsmehrheit verteidigten. Sie prägten ein stolzes Selbstbewusstsein aus, mit dem sie sich von den als verweichlicht empfundenen Franzosen der Metropole absetzten und entwickelten eine spezifische mediterrane Mischkultur, die bis heute ihre eigenen Ausdrucksweisen, Sitten und Produkte kennt.⁴⁶

Eine gesellschaftliche Zwischenstellung nahmen die ca. 30 000 algerischen Juden ein, welche die Ablösung der osmanischen Herrschaft begrüßt und sich seitdem den Kolonisatoren angenähert hatten. Das Crémieux-Dekret von 1870 erklärte sie zu französischen Staatsbürgern und stellte sie somit formal den europäischen Siedlern gleich. Diese Entscheidung hatte gravierende Folgen für das Zusammenleben der religiösen Gruppen: Einerseits vertiefte sich der Graben, der die muslimische Bevölkerungsmehrheit von den französischen Staatsbürgern trennte, die nun nicht mehr nur aus europäischen Siedlern, sondern auch aus autochthonen Algeriern bestanden. Andererseits rief die politische Integration der Juden heftige Feindseligkeiten durch die Siedler hervor. So kam es zwischen 1897 und 1900 zu gewalttätigen antijüdischen Ausschreitungen und zur Wahl von vier prononciert antisemitischen Parlamentariern in die Abgeordnetenkammer, zu denen der Journalist Edouard Drumont gehörte.⁴⁷

Die unterste Schicht der gesellschaftlichen Pyramide bestand aus den ca. drei Millionen Muslimen, die dem Indigenat unterlagen. Unter Napoleon III. waren noch ernsthafte Versuche unternommen worden, die Entwicklung der indigenen Bevölkerung unter Respektierung ihrer islamischen Traditionen zu fördern. Mit der Etablierung der Dritten Republik bestimmten nun die Siedler mit ihrem rassischen Überlegenheitsbewusstsein die Politik, die sich in der Kodifizierung des Indigenats 1881 manifestierte. Die französische Administration reduzierte die Komplexität der muslimischen Bevölkerung auf einen einfachen Gegensatz zwischen Arabern und Berbern. Um das Gebirgsvolk der Kabylen (eines Berberstammes) bildete sich ein Mythos, der diese als ethnisch-kulturell den Arabern überlegen, den Franzosen nahestehend und insofern assimilierbar kennzeichnete. Die Araber wurden dagegen mit negativen Stereotypen wie Faulheit, Unehrlichkeit und Nichtsesshaftigkeit belegt.⁴⁸ Theoretisch konnten die muslimischen Algerier die französische Staatsbürgerschaft erlangen und somit dem Indigenat entkommen. Doch anders als für Europäer und Juden gab es für sie keine generelle Erteilung der Staatsbürgerschaft. Jeder Einzelne musste eine komplexe, langwierige Prozedur der «Naturalisation» durchlaufen. Dazu gehörte etwa, dass sie allen persönlichen Rechten, die ihnen

laut dem Koran zustanden, aber dem Code civil widersprachen, entsagen mussten. Vielen Zeitzeugenberichten zufolge unternahmen die französischen Behörden alles, um die muslimische Bevölkerung vom Erwerb der Staatsbürgerschaft abzuhalten: Verschleppung der Verfahren, Einschüchterung bis hin zu exemplarischen Verhaftungen. Dies führte dazu, dass zwischen 1865 und 1915 nur 2396 algerische Moslems die französische Staatsangehörigkeit erwarben und die übergroße Mehrheit im Status der bürgerlichen Entrechtung verharren musste.⁴⁹ Die Schulbildung der muslimischen Algerier wurde entgegen allen Bekenntnissen zur zivilisatorischen Mission kaum vorangetrieben: Um 1890 gingen 1,9 Prozent der muslimischen Kinder zur Schule, 1914 waren es fünf Prozent.⁵⁰

Die Diskriminierung der muslimischen Bevölkerungsmehrheit drückte sich auch in der Landpolitik aus. Seit 1830 hatten die Kolonisatoren mit allen nur denkbaren Mitteln den Landbesitz der indigenen Bevölkerung reduziert. So gab es Enteignungen infolge von Aufständen, Vertreibungen und Landankäufen. Die in den 1850er Jahren betriebene Politik des «cantonement» teilte den Grundbesitz zahlreicher Stämme individuell auf und entzog ihnen das Land, das sie angeblich nicht brauchten, um es daraufhin weißen Siedlern zur Verfügung zu stellen. Ab 1873 unterstellte man den Stammesbesitz den Bestimmungen des Code civil, wodurch der kollektive Landbesitz erschwert, sein Erwerb durch individuelle Siedler dagegen enorm erleichtert wurde. Dieser Prozess führte dazu, dass zwischen 1873 und 1914 ca. 800 000 Hektar Land von einzelnen «colons» aufgekauft wurden. Bis 1930 waren ca. 40 Prozent des einst indigenen Landbesitzes in die Hand der Kolonisatoren gewechselt, die sich insbesondere die fruchtbarsten Territorien im Norden gesichert hatten. Der Weinbau wurde, nachdem im Mutterland die große Reblausplage der 1870er Jahre Millionen von Hektar Reben vernichtet hatte, zur wichtigsten Aktivität der Algerienfranzosen. Dagegen konnte die indigene Bevölkerung auf den ihr verbliebenen Territorien nur schwer ihre Existenz sichern und war wiederholt Hungersnöten ausgesetzt.⁵¹

Das zweite Glanzstück der «plus grande France» war Indochina, das seit 1899 fünf sehr verschiedene Territorien zusammenfasste. Vier von diesen, nämlich Kambodscha, Laos, Tonkin und Annam waren formal Protektorate, während Cochinchina eine direkt verwaltete Kolonie war. Die indigene Bevölkerung bestand aus kulturell und linguistisch sehr verschiedenen Gruppen, von denen die Vieth mit ca. zehn Millionen um die Jahrhundertwende die größte waren. Weitere wichtige Ethnien waren die Khmer, Laoten, Thai und Chinesen. Anders als Algerien entwickelte sich Indochina nie zu einer Siedlungskolonie: Es blieb eine Nutzungs- und Be-

herrschaftskolonie, in der nie mehr als 40 000 europäische Franzosen lebten, die zumeist als Verwalter, Militärs, Geschäftsleute und Missionare tätig waren. An ihrer Spitze stand der mit breiten Vollmachten ausgestattete Generalgouverneur; ein prestigeträchtiges Amt, das von prominenten Politikern wie dem späteren Staatspräsidenten Paul Doumer (Gouverneur 1897–1902) ausgefüllt wurde.⁵²

Die riesigen Besitzungen in Afrika waren in zwei Föderationen, nämlich die *Afrique occidentale française* (AOF) und die *Afrique équatoriale française* (AEF) aufgeteilt. Innerhalb der AOF kam den vier bereits im 17. Jahrhundert kolonisierten Küstenstädten (den «*quatre communes*») wiederum eine Sonderstellung zu, da ihre Bevölkerung die französische Staatsbürgerschaft besaß und Abgeordnete in die Abgeordnetenversammlung entsandte. Die Herausforderung, ein von Dakar bis über den Tschadsee hinausreichendes Territorium zu verwalten, konnte von den nicht einmal 300 französischen Staatsdienern kaum bewältigt werden. Wiederholt kam es zu exzessiver Gewalt gegen Indigene, die sich der französischen Beherrschung widersetzen. Der Fall der Offiziere Voulet und Chanoine, die 1899 in einer blutrünstig mordenden Kampagne quer durch Zentralafrika zogen und dabei völlig der Kontrolle der Pariser Regierung entglitten, erlangte traurige Berühmtheit.⁵³ Die *Afrique équatoriale française*, die einst Savorgnan de Brazza erschlossen hatte, entwickelte sich nicht zu einer humanistischen Musterkolonie, wie ihr Gründer es sich vorgestellt hatte. Vielmehr galt sie als das «*Aschenputtel*» des Empires, in dessen Kolonialadministration und Schulwesen nur minimal investiert wurde. Die wirtschaftliche Nutzung überließ man sogenannten Konzessionsgesellschaften, welche die Bevölkerung und die natürlichen Ressourcen rücksichtslos ausbeuteten.⁵⁴

Auch in anderen Bereichen wie in der medizinischen Versorgung blieben Zielsetzungen und Folgen der französischen Kolonisierung höchst ambivalent. Die Eroberung führte zumeist unmittelbar zu einem Bevölkerungsrückgang, der vor allem der Einführung neuer Krankheiten geschuldet war. Seit den 1890er Jahren allerdings sank die Mortalitätsrate unter der indigenen Bevölkerung, insbesondere in Algerien und Indochina. In den «*Instituts Pasteur*» hatte man vor Ort tropische Krankheiten erforscht und Impfstoffe entwickelt. Die Bekämpfung von Epidemien sollte nicht nur dem Wohle der indigenen Bevölkerung dienen, sondern auch die Überlebenschancen französischer Militärs und Siedler erhöhen, die diesen gleichermaßen ausgesetzt waren. Umfassende Impfungen der indigenen Bevölkerung sollten endemische Seuchen bekämpfen und ausrotten. Von nun an stieg die indigene Population teils exponentiell an, in Algerien etwa von ca. 3 Millionen um 1880 auf 5,2 Millionen Mitte der 1920er

Jahre. Die ärztliche Betreuung blieb jedoch vielfach rudimentär: So gab es im ganzen subsaharischen französischen Afrika um 1950 nur zwölf Krankenhäuser; auf mehr als 100 000 Menschen kam ein Arzt.⁵⁵

Eine Ausnahme innerhalb des französischen Kolonialreichs bildete das 1912 errichtete Protektorat über Marokko. Der dort zum Generalresidenten ernannte Hubert Lyautey war ein bekennender Monarchist und Katholik, welcher der Gesellschaft und Kultur des Scherifenreiches Sympathie und Hochachtung entgegenbrachte. Das Traditionsbewusstsein, die Religiosität und die soziale Hierarchie der marokkanischen Gesellschaft entsprachen seinen eigenen Wertidealen. Lyautey bekannte sich zur «engen Zusammenarbeit zweier Rassen, die dem marokkanischen Volk den gewissenhaften Respekt seiner Religion, den Schutz seiner religiösen und privaten Güter, die volle Aufrechterhaltung seines Statuts, seiner Sitten und alltäglichen Lebensgewohnheiten zusicherte».⁵⁶ Seine Protektoratsverwaltung sah sich diesen Prinzipien verpflichtet, versuchte aber gleichzeitig auch die Modernisierung im Eisenbahn-, Straßen- und Städtebau voranzutreiben. In Städten wie Casablanca und Rabat, die eine moderne, orientalisierende Neubauarchitektur mit der Bewahrung der traditionellen Medinas verbanden, fand dieser spezifische Zugang zur Kolonisierung sichtbaren Ausdruck.⁵⁷

Die Tatsache, dass Lyautey einer der erfolgreichsten und kulturell sensibelsten Kolonisatoren kein laizistischer Republikaner, sondern ein konservativer Herzensmonarchist war, macht die Paradoxien der französischen Kolonialpolitik deutlich. Die Expansion wurde von den herrschenden Republikanern als das zentrale Betätigungsfeld eines modernen europäischen Volks, als Instrument zur Erneuerung Frankreichs präsentiert. Ihr Glaube an zeitgenössische anthropologische Erkenntnisse führte jedoch dazu, dass sie die Indigenen sogleich als zivilisationsferne Wilde einordneten, die weder eine eigenständige, zu respektierende Kultur hervorgebracht noch sich der modernen französischen Bürgerrechte würdig erwiesen hatten. Folglich errichtete man eine kodifizierte Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die Gewalt gegen die Indigenen zum Alltag gehörte und der so lautstark proklamierte Zivilisierungsauftrag oft vergessen wurde.⁵⁸ Die hier skizzierten, bereits in ihrer Gründungsphase angelegten Charakteristika der Kolonisierung erklären zu einem großen Teil, warum die Auflösung des französischen Überseereichs so dramatisch verlief: Von Anfang an bestand ein nicht aufzulösender Widerspruch zwischen revolutionär-freiheitlicher Verheißung und rassischem Überlegenheitsbewusstsein, zwischen humanistischem Anspruch und institutionalisierter Unterdrückung.

3. Eine «blockierte Gesellschaft»?

In einer immer wieder diskutierten, geradezu sprichwörtlich gewordenen Wendung hat der Politikwissenschaftler Stanley Hoffmann das Frankreich der Dritten Republik als eine «stalemate society», als eine blockierte Gesellschaft, bezeichnet. Nach seiner Auffassung war Frankreich, sowohl was seine gesellschaftliche als auch seine politische Entwicklung anbelangte, sozusagen auf halbem Wege stecken geblieben. Weder errang seit den 1880er Jahren der Industriesektor deutlichen Vorrang vor dem Agrarsektor, noch kam es zur Ausprägung einer egalitär-demokratischen Gesellschaft. Die Bourgeoisie, bestehend aus der herkömmlichen Führungsschicht der grundbesitzenden Notabeln und neuen industriellen Eliten, paktierte mit Handwerkern, Selbstständigen und Bauern, während die Arbeiterklasse von politischer Mitwirkung weitgehend ausgeschlossen blieb. Was die politische Sozialethik anbetraf, so betrachtete Hoffmann einen ländlichen Individualismus als vorherrschend, der sich einer zentralen staatlichen Autorität gegenübergestellt sah. Die Selbstorganisation der Gesellschaft in Vereinen und Interessengruppen sei dagegen schwach geblieben. Die sozial und kulturell bestimmenden Schichten waren sich über den Charakter des politischen Systems weitestgehend einig und schufen, so Hoffmann, eine «republikanische Synthese», welche die Dynamik der Gesellschaft schwächte. Frankreich blieb, kurz gesagt, auf dem Weg zwischen Tradition und Moderne blockiert.¹

Zahlreiche Deutungen der Dritten Republik haben sich diese Sichtweise zu eigen gemacht; auch solchen Autoren, die ihr ablehnend gegenüberstehen, dient sie als Folie, um ihre eigenen Deutungen zu konturieren. Hoffmanns These hat eine unverkennbar normative Tendenz, misst sie doch die französische Gesellschaft an der Flexibilität und Dynamik des amerikanischen Modells. Manche seiner Urteile sind in Anbetracht der mittlerweile geleisteten Forschung auch nicht mehr haltbar: So war die französische Zivilgesellschaft viel stärker zur Selbstorganisation bereit und in der Lage, als das individualistisch-zentralistische Staatsmodell es wollte. Und die politisch-soziale Ordnung der Dritten Republik bewies Anpassungsfähigkeit und Beständigkeit, vergleicht man sie mit anderen zeitgenössischen europäischen Staaten.

In abgeschwächter Form kann uns die Idee der «stalemate society» jedoch helfen, die französische Gesellschaft seit den 1880er Jahren zu erfassen: Wenn wir sie nämlich nicht als ein Werturteil über diese verstehen, sondern mit ihr die vergleichsweise niedrige Veränderungsgeschwindigkeit

des Landes begreifen. Denn in Frankreich gab es in diesem Zeitraum keinen «take-off» der Industrialisierung und auch keine dadurch ausgelöste soziale Revolution. Prozesse wie die Urbanisierung, die Reduzierung des landwirtschaftlichen Sektors und das Anwachsen der Industriearbeiterschaft verliefen hier nicht explosionsartig, sondern progressiv und kontinuierlich. Das Ideal der politisch-ökonomischen Führungsschichten war die «gleichgewichtige Gesellschaft», in der es eine ausgeglichene Verteilung zwischen landwirtschaftlichem, industriellem und Dienstleistungssektor gab. Charakteristisch für die gesellschaftlichen Mutationen im damaligen Frankreich ist also nicht etwa eine drastische Umverteilung der Bevölkerung zwischen verschiedenen Berufssparten und Lebensbereichen, sondern vielmehr Veränderungen *innerhalb* dieser Sektoren und die Auseinandersetzungen *zwischen* ihnen um politische Macht und Einfluss.²

Das Gespenst der Entvölkerung.

Demographie, Geschlechterbeziehungen, Immigration

«Ein einziges, beängstigendes Problem müsste ganz ausschließlich das Denken der Franzosen bestimmen: Wie kann man es vermeiden, dass Frankreich verschwindet? Wie kann man auf der Erde die französische Rasse erhalten?» Mit diesen dramatischen Tönen begann der Demograph Jacques Bertillon sein 1911 erschienenes Buch «Die Depopulation Frankreichs». Seit den 1890ern hatte er unermüdlich auf die stagnierende demographische Entwicklung verwiesen und eine «Allianz für das Anwachsen der französischen Bevölkerung» angeführt. «Gegenüber dieser vitalen Frage rücken alle anderen in den Hintergrund, so zweitrangig sind sie», fuhr er fort. «Sie wollen das Land erziehen und es in dem einen oder anderen Sinne verbessern? Dafür muss es zunächst existieren. Doch tagtäglich rollt es unwissend dem Nichts entgegen.»³

In der Tat hatte sich die französische Bevölkerung im Laufe des 19. Jahrhunderts ganz anders als die der benachbarten europäischen Staaten und der USA entwickelt. Um 1800 war Frankreich noch das bevölkerungsreichste Land des Kontinents gewesen. Seit der Jahrhundertmitte aber stagnierte die demographische Entwicklung und erreichte an der Schwelle zum 20. Jahrhundert eine Bevölkerungszahl von ca. 39 Millionen. Wurden um 1800 noch 33 Kinder pro Jahr auf 1000 Einwohner geboren, so waren es um 1900 nur noch 20. Im Jahre 1901 kamen 857 274 Kinder zur Welt, zehn Jahre später waren es nur noch 769 969. Dass die absolute Bevölkerungszahl trotz der rapide fallenden Geburtenrate nicht sank, war zwei Faktoren zuzurechnen: zum einen der sinkenden Mortalitätsrate (um 1800 kamen 29 Todesfälle auf 1000 Einwohner, um 1900 nur noch 19), zum anderen

der Immigration aus benachbarten europäischen Ländern. Diese Zahlen gewinnen an Bedeutung, wenn man sie mit der Bevölkerungsentwicklung anderer Staaten vergleicht. So stieg die deutsche Bevölkerung von ca. 33 Millionen um 1850 auf ca. 58,5 Millionen im Jahre 1911 an; die britische verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 18 auf 36 Millionen; die italienische stieg von ca. 25 Millionen bei der nationalen Einigung 1861 auf 31 Millionen um 1900; die österreichisch-ungarische von 33 Millionen nach dem Krieg von 1866 auf 42 Millionen um die Jahrhundertwende.⁴ Innerhalb von nur fünf Jahrzehnten hatte Frankreich seine Position als demographischer Spitzenreiter Europas eingebüßt und insbesondere den gefürchteten deutschen Nachbarn mit einer weit dynamischeren Bevölkerungsentwicklung an sich vorbeiziehen sehen.

Wie lässt sich die französische demographische Ausnahme erklären? In Frankreich wie in den meisten europäischen Staaten war im Laufe des 19. Jahrhunderts die Lebenserwartung gestiegen, die Überlebensraten bei der Geburt wuchsen und die Sterblichkeit im frühen Kindesalter sank. Dieser Trend zur sinkenden Mortalität wurde allerdings in anderen europäischen Ländern von einer gleichbleibend hohen Geburtenrate begleitet. Insbesondere in sich rasch industrialisierenden Staaten wie Großbritannien und Deutschland begann die Fertilität erst um die Jahrhundertwende abzunehmen. Die unverändert hohen Geburtenraten hatten komplexe, regional verschiedene Ursachen: Sie hingen teils mit sozioökonomischen Veränderungen zusammen, der Abwanderung in die Städte und der Aufgabe herkömmlicher Verhaltensweisen, wie etwa der Kontrolle der Fruchtbarkeit. Andernorts konnte man sie auf die Auflösung der Feudalgesellschaft mit ihren Heiratsbeschränkungen zurückführen.⁵

Dagegen verliefen in Frankreich die wirtschaftlich-sozialen Transformationen deutlich langsamer und sie betrafen nur wenige Regionen. Eine industrielle «Revolution» blieb aus, ebenso wie die Landbevölkerung über das 19. Jahrhundert hinweg weitgehend stabil blieb.⁶ Die stagnierende Demographie ergab sich aus bewussten Entscheidungen von Millionen Französinen und Franzosen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts eine immer wirksamere Geburtenkontrolle umgesetzt hatten. Seit der Französischen Revolution hatten sich die vom Klerus als «verderbliche Geheimnisse» bezeichneten Rezepte der Kontrazeption von der urbanen Elite immer mehr in die ländliche Bevölkerung verbreitet. Weltanschauliche Gesichtspunkte, wie die fortschreitende Laizisierung und die republikanische Erziehung zum Rationalismus, werden dabei wahrscheinlich eine geringere Rolle gespielt haben als der tiefsitzende Malthusianismus der Landbevölkerung: Man passte die Geburten an die gegebenen Ver-

dienst- und Ernährungsmöglichkeiten an.⁷ Der Code civil schrieb vor, dass im Erbfall das Land unter den Hinterbliebenen aufgeteilt wurde. So bestand ein vitales Interesse daran, die Anzahl der Erben überschaubar zu halten, um einer fortschreitenden Parzellierung des Landes und einer damit einhergehenden Verarmung entgegenzuwirken.

Wie bereits angedeutet, wurde die stagnierende Bevölkerungsentwicklung nicht etwa als ein momentaner Trend, sondern als ein dramatisches, ja existenzbedrohendes Phänomen aufgefasst. *Dépopulation* – Entvölkerung – lautete das Schlagwort, das in den politischen Debatten immer wieder ertönte. Wenn nicht dringende Maßnahmen ergriffen würden, sei Frankreich vom Aussterben bedroht. Die Tatsache, dass es zwischen 1890 und 1910 sieben Jahre gab, in denen die Anzahl der Todesfälle die Anzahl der Geburten überschritt, verlieh diesem Szenario statistische Evidenz. Hinzu kam, dass in manchen, insbesondere ländlichen Départements der Bevölkerungsrückgang besonders markant war, so dass man die Verödung ganzer Landstriche fürchtete. Ausländische Stimmen, die Frankreich als eine «sterbende Nation» bezeichneten, verstärkten noch die Untergangängste.⁸

Auf Initiative des Senats setzte die Regierung 1902 eine (ausschließlich mit Männern besetzte) Untersuchungskommission ein, die sich mit den Auswirkungen und mit denkbaren Maßnahmen gegen den Stillstand bzw. drohenden Rückgang der Bevölkerungsentwicklung befassen sollte. Auf praktisch allen politischen und gesellschaftlichen Feldern erblickten die Kommissionsmitglieder gefährliche Konsequenzen der demographischen Entwicklung. So sei der Status Frankreichs, sein Prestige gefährdet, wenn seine Bevölkerungsentwicklung nicht schritthalten könne mit der anderer Großmächte. Immer weniger Soldaten würden zur Verfügung stehen, um französischen Machtansprüchen Geltung zu verschaffen. Die französische Sprache würde ihre Universalität einbüßen, wenn sie von immer weniger Menschen gesprochen würde. Und schließlich sei der wirtschaftliche Niedergang unaufhaltsam, stelle doch die Bevölkerung einen zentralen Produktionsfaktor dar.⁹ Wesentlich schwerer tat sich die Kommission damit, Strategien zu entwerfen, die zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung beitragen würden. Denn ihren Mitgliedern war klar, dass die schwindende Geburtenrate auf *faits sociaux*, auf sozialmoralische Grundeinstellungen, zurückzuführen war, die nicht umgehend zu ändern waren. So war es noch vergleichsweise einfach, die Bürger zu einem gesunden Lebenswandel aufzurufen und ihnen insbesondere vom Konsum hochprozentiger alkoholischer Getränke abzuraten. Wie aber ließen sich Französinen und Franzosen davon überzeugen, mehr Kinder zu bekommen? Verschiedene Vorschläge wurden in der Kommission laut, wie etwa die Begrenzung des

Militärdienstes, Steuererleichterungen für Familienväter, staatliche finanzielle Unterstützung für kinderreiche Familien bis hin zum gesetzlichen Mutterschaftsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie.

Auf diese Weise bildete die demographische Entwicklung den Hintergrund, vor dem verschiedene soziale Prozesse wahrgenommen wurden und gesellschaftliche Bewegungen sich positionierten. Dies lässt sich anhand der zeitgenössischen Debatten über die soziale Rolle der Frau und der feministischen Bewegung zeigen: Es prägte sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber aus, dass die zentrale Funktion der Frau in der Mutterschaft bestand. Dies wurde von Autoren der Rechten wie der Linken betont, wobei die einen die Fruchtbarkeit als patriotische Pflicht begriffen, während die anderen sie als Dienst an der jungen Republik anpriesen. Das Ideal einer in getrennte geschlechtliche Sphären aufgeteilten Lebenswelt verbreitete sich vom Bürgertum auf die gesamte Gesellschaft.¹⁰ Den Frauen war die Sphäre des Familienheims zugeordnet, das sie zu einem Hort patriotischen Geistes und republikanischer Tugend auszugestalten hatten. Emile Zola, der emblematische Erfolgsautor der Epoche, erwies sich als ein glühender Fürsprecher republikanischer Mutterschaft. In seinem Roman «Fécondité» (1890) erzählte er die Geschichte eines Paares, das von der Stadt aufs Land zieht, dieses urbar macht und eine stetig wachsende, sich seinerseits wieder fortpflanzende Kinderschar hervorbringt. «Oh französische Mütter, bringt Kinder zur Welt», schrieb er 1896 in einem Artikel für die Tageszeitung «Le Figaro», «damit Frankreich seinen Rang behält, seine Kraft und seinen Wohlstand, denn für das Heil der Welt ist es notwendig, dass Frankreich lebt, da in diesem Land die menschliche Emanzipation begonnen hat, da von ihm alle Wahrheit und Gerechtigkeit ausgehen wird.»¹¹

Die Ideologie der getrennten geschlechtlichen Sphären, der Mutterschaft als Sinnbild wahrer Weiblichkeit wurde auch von der feministischen Bewegung nicht herausgefordert, sondern geradezu stabilisiert. Französische Feministinnen forderten die rechtliche Gleichstellung und politische Beteiligung der Frauen mit der Begründung, dass diese als Mütter eine für das Überleben der Nation unverzichtbare Rolle erfüllten. Das Wahlrecht und soziale Besserstellung sollte ihnen vor allem deshalb zustehen, weil sie durch die Mutterschaft die Republik am Leben erhielten – also aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion und weniger als individuelles Menschenrecht. Die französische Frauenbewegung trat so für Gleichheit innerhalb der geschlechtlichen Differenz ein und forderte damit die Männer wesentlich weniger heraus, als es der Feminismus in Großbritannien und den USA tat.¹²

Die demographische Entwicklung bildet ebenso einen wichtigen Hintergrund, um die zeitgenössischen Debatten über die Einwanderung und ihre gesellschaftlichen Folgen zu verstehen. Angesichts schwacher Geburtenraten konnte nur die Einwanderung den Rückgang der Landesbevölkerung verhindern. Verschiedene Berufssparten und Produktionsfelder waren davon abhängig, dass ebenso belastbare wie kostengünstige Arbeitskräfte aus den benachbarten Ländern zur Verfügung standen. Gleichzeitig aber rief die Einwanderung heftige, teils pogromartige Reaktionen seitens der autochthonen Bevölkerung hervor, die sich zunehmend eines Gegensatzes zwischen Franzosen und Ausländern bewusst wurde.

In den 1880er und 1890er Jahren entstand in Frankreich langsam das Bewusstsein, ein Einwanderungsland zu sein. Die Statistiken zeigten seit der Jahrhundertmitte einen stetigen Anstieg der Ausländerzahl, die um 1890 ca. eine Million erreichte. Noch wichtiger aber waren Indikatoren, die von einer Stabilisierung der ausländischen Bevölkerung zeugten. Waren früher eine Vielzahl der Einwanderer nur für eine Saison oder einen begrenzten Zeitraum nach Frankreich gekommen, so wurden sie nun fest im Lande ansässig. Immer mehr Frauen befanden sich unter den Ausländern und immer mehr waren in Frankreich zur Welt gekommen. Auf diese Weise veränderte sich die Struktur der Migration von der temporären Arbeitswanderung unverheirateter Männer («Gastarbeiter», wie man sie später in der Bundesrepublik nennen sollte) hin zu einer dauerhaften Niederlassung ausländischer Familien.¹³

Bereits damals waren die Einwanderer sehr ungleich über das Territorium verteilt. Während es in manchen ländlichen Départements des Westens und des Zentralmassivs fast kaum ausländische Einwohner gab, war ihr Anteil vergleichsweise hoch in den Grenzgebieten zu Spanien, Italien, Belgien und Deutschland. Zahlreiche Einwanderer siedelten sich zudem in Paris und seiner *banlieue*, entlang der Mittelmeerküste und in den Industriezentren Lothringens und Nordfrankreichs an. Die geographische Verteilung der Immigranten lässt Rückschlüsse auf ihre Herkunftsländer zu, kamen sie doch zunächst ganz überwiegend aus den Nachbarländern. Bis in die 1880er Jahre lagen die Belgier noch an der Spitze, wurden aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts von den Italienern überholt. Dahinter kamen Spanier, Schweizer, Deutsche und Briten. Erst in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ließen sich Polen und Russen vermehrt in Frankreich nieder.

Die Einwanderer übernahmen in verschiedenen Sektoren all jene Tätigkeiten, zu denen sich nur noch wenige französische Arbeitskräfte bereitfanden. In der Landwirtschaft waren dies körperlich beanspruchende Tätig-

keiten wie der Kartoffel- und Rübenanbau, die Weinlese und die Olivenernte sowie das Blumen- und Lavendelpflücken im Süden. Viele Immigrantinnen übernahmen in bürgerlichen Familien haushälterische Arbeiten (um 1900 waren ein Drittel der Dienstmädchen Ausländerinnen). Andere Einwanderer profitierten von der Gewerbefreiheit des Landes, ließen sich als selbstständige Kaufleute und Handwerker nieder und beschäftigten in ihren Läden und Ateliers zumeist Angehörige des eigenen Herkunftslandes.¹⁴ Gut die Hälfte der Einwanderer arbeitete allerdings in der Industrie und übernahm auch dort physisch herausfordernde Arbeiten, die bei den Einheimischen unbeliebt waren. In der Herstellung pflanzlicher Öle etwa stellten bereits um 1900 die Immigranten nahezu ein Viertel der Arbeitskräfte. Steigend war ihr Anteil bei den Bergbauarbeitern, in der Stahl-, Chemie- und Textilindustrie. Auf diese Weise bildete die Einwanderung die Antwort auf die – wie Gerard Noiriel es ausdrückt – «unmögliche Industrialisierung der französischen Gesellschaft».¹⁵ Denn Industrien setzten sich in Frankreich durch, ohne dass die Gesellschaft flächendeckend die aus anderen Ländern bekannten Transformationsprozesse durchlebte, da die Franzosen vielfach ihren ländlichen Gemeinden verhaftet blieben und nicht massenhaft in die Städte zogen, wie dies in Großbritannien und Deutschland geschah. Da auch das Bevölkerungswachstum ausblieb, musste die Industrie einen wichtigen Anteil der notwendigen Arbeitskräfte durch die Immigration gewinnen.

Der Bezug zwischen Demographie und Einwanderungspolitik wird deutlich, wenn man sich die im gleichen Zeitraum geführten Debatten über die Staatsbürgerschaft vor Augen führt. In den 1880er Jahren begannen Bestrebungen, das bis dahin geltende *jus sanguinis* (Abstammungsprinzip) zu reformieren und sich dem *jus soli* anzunähern. Dessen Befürworter argumentierten nicht etwa mit grundsätzlichen Erwägungen, wie der einer von ethnisch-kulturellen Merkmalen freien, allein aus dem Bekenntnis zu einem politischen Wertekanon entstehenden Staatsbürgernation. Im Vordergrund stand vielmehr der damalige gesellschaftliche Kontext, der von sinkenden Geburtenzahlen und steigender Einwanderung gekennzeichnet war.¹⁶ Indem man die Kinder von Immigranten von ihrer Geburt an zu Franzosen machte, bot sich nicht nur die Möglichkeit, die Zahl der Staatsbürger kontinuierlich zu erhöhen. Mit jedem männlichen Nachkommen von Einwanderern, der als Franzose zur Welt kam, würde zugleich ein neuer Soldat geboren und die Ungleichheit, die den Immigrantenkindern den Wehrdienst ersparte, würde aufgehoben. «Unbedingt muss dieses gefährliche Faktum begrenzt werden, dass seit 90 Jahren Generationen von Ausländern auf unserem Territorium einander fol-

gen, die ihre Autonomie behalten und im Hinblick auf die nationale Verteidigung nicht die gleichen Interessen haben wie die Franzosen», sagte der Abgeordnete Maxime Lecomte, als er 1889 in der Abgeordnetenversammlung einen Gesetzesvorschlag einbrachte, der die Einführung des *jus soli* vorsah.¹⁷ Auch der angesichts einer krisenhaften Wirtschaftslage schwierige Arbeitsmarkt spielte in den Debatten eine Rolle, konnten doch Ausländer umgehend eine Beschäftigung annehmen, ohne zuvor den Wehrdienst abzuleisten. Und Arbeitgeber schienen ausländische Arbeitskräfte zu bevorzugen, da diese ihnen nicht durch die Einziehung zum Wehrdienst abhanden kommen konnten. Durch ein neues Staatsbürgerschaftsrecht konnte somit verhindert werden, dass Frankreich dauerhaft mit einer «Fremdenfrage» konfrontiert sein würde, mit einem Gegensatz zwischen Einheimischen und Ausländern, der zu Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, Ungleichbehandlung hinsichtlich des Wehrdienstes und zweifelhafter nationaler Solidarität der Immigranten führte. Das Gesetz von 1889, das künftig allen von in Frankreich ansässigen Ausländern zur Welt gebrachten Kindern die Staatsbürgerschaft erteilte, war also nicht etwa von der Motivation getragen, den Einwanderern neue Rechte einzuräumen. Vielmehr stand das Bedürfnis im Vordergrund, ihre wahrgenommenen Privilegien zu beschneiden und sie den gleichen Pflichten, welche die Einheimischen zu erfüllen hatten, zu unterwerfen.

Die Gesetzesreform von 1889 bedeutete somit eine durchgreifende Veränderung des französischen Nationsverständnisses. Die Qualität, Franzose zu sein, konnte nun nicht mehr nur von einer Generation zur anderen vererbt werden, sondern wurde den Nachkommen von Ausländern ohne jegliche Vorbedingung zuerteilt. Damit sah sich das Integrationsmodell der Republik vor eine neuerliche Herausforderung gestellt, denn fortan galt es, die Einwandererkinder zu «assimilieren». Die Protagonisten der liberalen Republik setzten ihr Vertrauen in die bereits vorgestellten Integrationsinstitutionen der Einheitsschule und des Militärdienstes, die nun auch aus Ausländern Franzosen machen sollten. Auf diese Weise näherte sich das Land langsam einem Selbstverständnis an, das Frankreich als einen Schmelztiegel begriff, in dem Einwanderer verschiedenster Herkunft am Arbeitsmarkt partizipieren und bürgerliche Gleichberechtigung erzielen konnten. In dieser Hinsicht war der französische Zugang zur Einwanderung durchaus mit dem der Vereinigten Staaten zu vergleichen.

Teile der Gesellschaft reagierten auf die Präsenz von Einwanderern mit Xenophobie, die wiederum an zeitgenössische Vorkommnisse in den USA erinnerte. Häufig kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, deren Opfer immer wieder die zuletzt eingewanderten Gruppen waren. Anlässe waren

oft die (wahrgenommene) Konkurrenz um Arbeitsplätze oder aber auch Konflikte innerhalb von aus Einheimischen und Einwanderern bestehenden Kollektiven. Beispielhaft und zugleich einzigartig in seiner erschreckenden, archaisch anmutenden Gewalt ist das pogromartige «massacre des Italiens» im provenzalischen Aigues-Mortes im Jahre 1893. Es entzündete sich an Spannungen zwischen französischen und italienischen Arbeitern in der maritimen Salzgewinnung, bei denen es um die eingeforderte Arbeitsleistung und Bezahlung ging. Als sich die Bewohner der Kleinstadt mehr und mehr einmischten, eskalierte die Auseinandersetzung und konnte von herbeigeholten Sicherheitskräften nicht mehr kontrolliert werden. Schließlich gingen Hunderte von Einheimischen mit Schlagstöcken und Waffen auf eine Gruppe von Italienern los, verletzten über 40 schwer und brachten neun von ihnen um.¹⁸

Unter Intellektuellen wurde die Einwanderungsfrage kontrovers diskutiert. Die einen erblickten in der raschen Einbürgerung von Ausländern das Patentrezept zur Bekämpfung des Bevölkerungsschwunds, während die anderen darin ein Schreckbild sahen: Auf längere Sicht würde sie dazu führen, dass die alteingesessene Landesbevölkerung mit ihren über Generationen entwickelten und weitergegebenen Traditionen an Gewicht verlore. Neue Elemente, die mit der Bluts- und Erinnerungsgemeinschaft der französischen Nation nichts zu tun hatten, würden eine immer wichtigere Rolle spielen. Die «Français de souche», die «Stammesfranzosen», würden sich gegenüber den «métèques», den Fremdlingen, behaupten müssen. Die wachsende Einwanderung und Einbürgerung bei gleichzeitig sinkenden Geburten erschien so als ein Indikator der Dekadenz, des Niederganges der Nation an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. «Die Abnahme unserer Geburtenzahl, die Erschöpfung unserer Energien in den hundert Jahren, während der unsere aktivsten Landsleute in Kriegen und Revolutionen zugrunde gingen, haben dazu geführt, dass in unser Land und unser Blut fremde Elemente eingedrungen sind, die an unserer Unterwerfung arbeiten», äußerte der Schriftsteller Maurice Barrès im Jahre 1902. Eine «große Zahl neuer Ansiedler verschiedener Herkunft» habe sich «eingeschlichen, die uns zu assimilieren wir nicht die Kraft haben». Wohl könne die Nation unter diesen neuen Umständen «überleben und sogar ihr Ansehen in der Welt bewahren», doch sei der «besondere Charakter unseres Landes» existenziell bedroht. Frankreich, so Barrès, müsse von «Generation zu Generation verbunden bleiben, es muss sich in seinem Wesen gleichbleiben».¹⁹ Anhand der Fragen von Demographie und Immigration konturierten sich so zwei Idealtypen des Nationalismus, wie Hans Kohn sie analysiert hat: ein «objektiv-kultureller» Nationsbegriff, der Frank-

reich als eine physische Realität, eine seit Jahrhunderten im Territorium verwurzelte Stammesgemeinschaft verstand, gegenüber einer «subjektiv-politischen» Vorstellung, die von dem Ideal der Staatsbürgergemeinschaft ausging und jedem Einzelnen unabhängig von seiner kulturellen Herkunft den Beitritt zur französischen Nation gestattete.²⁰

Alte und neue Führungsschichten

Im Gegensatz zu anderen europäischen Gesellschaften hielt Frankreich die Leitvision der Egalität hoch, war aber von sozialen Ungleichheiten gekennzeichnet, die nicht weniger markant waren als in seinen Nachbarländern. Zwischen 1902 und 1913 hinterließen 37 Prozent der Franzosen ihren Nachkommen keinerlei Vermögen, obwohl im gleichen Zeitraum der Reichtum des Landes sich verdoppelte. Die besitzenden Familien waren überwiegend in der Pariser Region angesiedelt, wo sich 32 Prozent des französischen Reichtums konzentrierten. Die Einkommen waren gleichermaßen ungleich verteilt: 86 Prozent der Franzosen lebten von Jahreseinkommen unter 2500 Goldfranken, während eine kleine, kaum zwei Prozent umfassende Elite Gehälter von über 10000 Goldfranken bezog. Der Großteil der selbstständigen Handwerker und Ladenbesitzer lebte von Jahreseinkommen um die 700 Goldfranken, während ein Oberhaupt der Bankiersfamilie Rothschild seinen Nachkommen im Jahre 1905 250 Millionen Goldfranken hinterließ.²¹ Hiermit sind einige Charakteristika der französischen gesellschaftlichen Entwicklung angedeutet, die es im Folgenden darzustellen gilt.

Aus der Revolution von 1789 war nicht nur eine neue politische Kultur, sondern auch eine grundlegend veränderte Gesellschaftsordnung hervorgegangen. Die feudalen Führungsschichten des Adels und des Klerus hatten ihre verbrieften Privilegien eingebüßt; einige von ihnen hatten fliehen müssen und einen großen Teil ihres Grundbesitzes verloren. Das Bürgertum hingegen hatte sich politisch-sozial emanzipiert, vom Verkauf enteigneter Güter profitiert und seine zentrale Forderung, nämlich die Gleichheit aller männlichen Staatsbürger vor dem Gesetz, durchsetzen können. Der napoleonische *Code civil* von 1804 schrieb dieses Prinzip fest und garantierte auf umfassende Weise die Rechte des Privateigentümers. Seitdem wagte es keine Regierung mehr, diese Errungenschaften infrage zu stellen.

Zugleich aber darf die Französische Revolution als gesellschaftliche Zäsur nicht überschätzt werden, gab es doch auch Elemente der Kontinuität. Zwar wurde das Ständesystem abgeschafft, doch konnten die etablierten Führungsschichten ihre gesellschaftliche Spitzenstellung über den Umbruch hinweg retten. Dem Adel gelang es in der Restaurationszeit nach

1815, nahezu alle wichtigen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen zu besetzen, und er vermochte auch nach der Julirevolution von 1830 einen wichtigen Einfluss auszuüben. Zusammen mit dem Großbürgertum bildete er die «Notabeln», womit man die Wohlhabenden, die Amtsträger, die gesellschaftlich tonangebende Schicht meinte. Die wichtigste Grundlage ihrer sozialen Führungsposition war der familiäre Grund- und Geldbesitz, doch verfügten sie zugleich über kulturelles und symbolisches Kapital, wie Bildung, Titel und Ämter, Reputation, Lebensstil und Tradition. Bis in die frühe Dritte Republik hinein gelang es ihnen stets, dieses Kapital in politische Hegemonie umzumünzen.

Gleichzeitig aber wuchs seit 1870 die Verheißung, dass die Republik die Devise der Egalität auf weiter gehende Weise als bisher verwirklichen würde. *Egalité* sollte in den Augen vieler nicht mehr nur die Rechtsgleichheit des *Code civil* bedeuten, sondern gleiche Aufstiegs- und Partizipationschancen für alle Bürger, ja sogar die Einebnung sozialer Ungleichheiten.²² In einer berühmten Rede des Jahres 1872 machte sich Léon Gambetta zum Propheten einer neuen Gesellschaftsordnung, in der die Hegemonie der traditionellen Notabeln gebrochen sein sollte. Wichtige Teile der französischen Bourgeoisie hatten sich in seinen Augen immer noch nicht mit den «Konsequenzen, den Ergebnissen der Französischen Revolution» abgefunden. Indem sie immer wieder die Angst vor gesellschaftlichem Chaos geschürt hätten, sei es ihnen gelungen, die Bevölkerung im Zustande politischer Unmündigkeit zu halten. Seit dem Sturz des Kaisers aber sei in der Politik eine «neue soziale Schicht» im Kommen, deren Aufstieg dank des allgemeinen Wahlrechts unaufhaltsam sei und die das republikanische Modell «erproben» wolle.²³ Politisch-gesellschaftliche Führung, so die Botschaft Gambettas, müsse künftig erarbeitet und könne nicht mehr ererbt werden; sie müsse auf Talent und Leistung beruhen, nicht mehr auf Ruhm und Reichtum.

Die Machtübernahme der von Gambetta verkörperten gemäßigten Republikaner ab 1877 führte allerdings nicht etwa dazu, dass die alten Notabeln völlig von den Schaltstellen der Politik ausgeschlossen waren. Vielmehr konnten sie sich erfolgreich ins demokratische System integrieren, ebenso wie die neuen Machthaber keineswegs die Absicht hatten, ihre Einflussmöglichkeiten radikal zu beschränken. In der Diplomatie und im Militär blieben die alten Führungsschichten gut vertreten; auch vermochten sie es, sich unter den Vorzeichen des allgemeinen Wahlrechts zu behaupten. 1893 entstammten 23 Prozent der Mitglieder der Abgeordnetenkammer dem Adel; nach dem Ersten Weltkrieg waren es immerhin noch zehn Prozent. Die Großbourgeoisie stellte 1893 wie 1919 ca. 30 Prozent

der Deputierten. Darüber hinaus gelang es den Angehörigen der alten Notabelnschicht, sich den neuen, einer meritokratischen Logik folgenden Auslesemechanismen der Republik anzupassen. Sie unterwarfen sich dem Zwang, durch spezialisierte Ausbildung und Kompetenz ihre Führungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, und vermochten es, in den *Concours* – den Auswahlwettbewerben – zu reüssieren. So waren sie etwa unter den Studenten der 1871 gegründeten Pariser Verwaltungshochschule, der «Ecole libre des sciences politiques», stark repräsentiert.

Das «Ende der Notabeln», das Daniel Halévy in einem vielbeachteten Buch aus dem Jahre 1930 festgestellt hatte, betraf also lediglich deren politisch-parlamentarische Hegemonie.²⁴ In anderen Feldern vermochten diese sich nach wie vor gut zu positionieren, so dass die Führungsschichten der Republik aus alten und neuen Eliten, aus den grundbesitzenden Notabeln und den von Gambetta angekündigten «neuen Schichten» bestanden. Dieser unscharfe Terminus sollte all diejenigen beschreiben, die in der neuen, offeneren, an Ausbildung, Verdienst und Arbeit orientierten Ordnung reüssiert und zu gesellschaftlichem Ansehen gekommen waren: Rechtsanwälte und Notare, Geschäftsleute, Ingenieure, Journalisten, Ärzte, Professoren. Die Etablierung und Stabilisierung der Republik in den Jahren nach 1880 beruhte somit auf einem Kompromiss zwischen den dem Ancien Régime entstammenden und neuen, den Systemwechsel emphatisch begrüßenden Führungsschichten.²⁵

Die Weltanschauung und politische Orientierung der neuen Führungsschichten wird vielfach mit dem Begriff des *radicalisme* umrissen.²⁶ Dieser schillernde Terminus bezeichnet verschiedene, eng miteinander verbundene Phänomene. Zunächst einmal handelt es sich um eine politisch-geistige Strömung des 19. Jahrhunderts, welche die passioniertesten Republikaner, die entschlossensten Verfechter der Prinzipien von 1789 umfasste. Deren Bezeichnung als *radicaux* hatten ihre Gegner ursprünglich aus dem Englischen entlehnt, um damit ihre Intransigenz sowie ihren wahrgenommenen Fanatismus zu charakterisieren. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts verwendeten ihn die Befürworter einer demokratischen Republik als Selbstbezeichnung. Der Gründervater des Radikalismus als zentraler politischer Strömung der Dritten Republik war kein anderer als Léon Gambetta, der 1869 in dem sogenannten «Programm von Belleville» ihre Leitideen verkündet hatte: Politische und bürgerliche Freiheiten sollten so weit wie möglich im Sinne des individuellen Staatsbürgers ausgelegt werden, das allgemeine Wahlrecht auf die «radikalste» Weise angewandt, Staat und Kirche getrennt, «Privilegien und Monopole» abgeschafft und eine gestaffelte Einkommenssteuer eingeführt werden.²⁷

Die Basis dieser politischen Strömung war ein «radikales» sozialmoralisches Milieu, dessen – weitgehend aus den genannten neuen Schichten stammende – Angehörige sich einem gemeinsamen, deutlich umrissenen Wertehorizont verbunden sahen.²⁸ Eckpfeiler der «radikalen» Sozialethik war die menschliche Vernunft, von der man glaubte, dass sie in alle menschliche Lebensbereiche Licht und Klarheit bringen würde. Rationalismus würde den Menschen zur Erkenntnis der allgemein verbindlichen Werte führen, die allein Basis eines Gesellschaftslebens sein konnten. Der republikanische Staat musste diese Menschenvernunft verkörpern, somit von jeglichem religiösen Einfluss befreit werden und sich mit besonderem Engagement der Jugenderziehung im Sinne des Humanismus der Aufklärung widmen. Das «radikale» Milieu organisierte sich in verschiedenen Vereinigungen, wie etwa den Lesegesellschaften sowie der bis heute größten zivilgesellschaftlichen Organisation Frankreichs, der «Ligue de l'enseignement».

Die wichtigsten Einrichtungen «radikaler» Geselligkeit waren jedoch die Freimaurerlogen, die schon vor der Revolution von 1789 entscheidend dazu beigetragen hatten, dem aufklärerischen Gedankengut einen gesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen. Über die Umbrüche des 19. Jahrhunderts hinweg hatten sie sich als ein Hort republikanischen Denkens erwiesen, der sich aufgrund des Verschwiegenheitsgebots ihrer Mitglieder weitgehend dem staatlichen Zugriff entzogen hatte.²⁹ Anders als ihre angloamerikanischen Brüder verstanden die französischen Freimaurer ihre Bewegung durchaus als eine politische Instanz, die sich dem Kampf für einen humanistisch-laizistischen Wertekanon verschrieben hatte. Natürlich bekannten sich nicht alle Freimaurer zum Radikalismus, noch waren alle «Radikale» gleichzeitig Mitglieder einer Loge, doch bestand zwischen beiden Strömungen eine enge Wahlverwandtschaft: der gemeinsame Glaube an die Perfektibilität des Menschen, an den gesellschaftlichen Fortschritt, die Republik als Idealform menschlicher Vergesellschaftung, die Gegnerschaft gegen den «Klerikalismus» als Inkarnation des Obskurantismus, die Leidenschaft für die Erziehung.³⁰

So war es insbesondere der Initiative von 155 Freimaurerlogen zu verdanken, dass im Juni 1901 der «Parti républicain, radical, et radical-socialiste» gegründet wurde. Kurz «Parti radical» genannt, wird die Gruppierung vielfach als die erste moderne Partei Frankreichs bezeichnet, da es sich bei ihr nicht nur um einen losen Zusammenschluss von Parlamentariern, sondern um eine landesweite Organisation aus lokalen Verbänden, Wahlkomitees, Publikationsorganen und Aktivisten handelte. Ihr Gründungsmanifest brachte die politische Gedankenwelt der *nouvelles couches* auf eine knappe Formel: Als Hauptfeind des Radikalismus identifizierte

man den Klerikalismus, dessen Macht immer noch nicht nachhaltig genug gebrochen sei. Man bekundete sein «leidenschaftliches Festhalten am Prinzip des Privateigentums»; anders als die Sozialisten wolle man dies nicht abschaffen, sondern vielmehr allen Gesellschaftsschichten zuteilwerden lassen. Durch eine progressive Einkommenssteuer sollte die soziale Gerechtigkeit gefördert, durch Gesetzgebung der Einfluss der «Geldmächte» reduziert werden. Die Zukunftsvision der «Radikalen» war eine «tagtägliche Demokratie», die sich nicht nur im allgemeinen Wahlrecht, sondern auch im Verhalten aller staatlichen Institutionen und ihrer Amtsträger ausdrücken würde.³¹

Der wichtigste Ideengeber der Parteidoktrinen des Radikalismus war Léon Bourgeois, der als erster Präsident des Völkerbundes und Friedensnobelpreisträger später internationales Ansehen erlangte.³² «Solidarität» war für ihn der Schlüsselbegriff, an dem sich die neue Partei zu orientieren hatte.³³ Sie musste eine Synthese zwischen den großen ideologischen Strömungen der Gegenwart, zwischen Liberalismus und Sozialismus, stiften. Die Liberalen hatten, so Bourgeois, den Individualismus verabsolutiert und darüber die gemeinschaftlichen Verpflichtungen des Menschen vernachlässigt. Die Sozialisten hingegen hatten sich dem Kollektivismus verschrieben und dafür den Wert der Freiheit hintangestellt. Die «Radikalen» dagegen glaubten an den «freiwilligen Zusammenschluss» (*association*) als soziales Prinzip.³⁴ Weder sollten Individuen miteinander konkurrieren noch Klassen gegeneinander kämpfen, sondern im Sinne des revolutionären (und freimaurerischen) Grundwerts der Brüderlichkeit sollten alle Staatsbürger ihren Pflichten gegenüber der Gemeinschaft gerecht werden. Die «Radikalen» waren für ihn die Partei eines Bürgertums, das sich seiner sozialen Verantwortung bewusst war. Auf diese Weise vertrat Bourgeois Ideen, wie sie zeitgleich auch im «Progressive Movement» der Vereinigten Staaten zirkulierten: die Suche nach einer «via media» zwischen den Kontrahenten Liberalismus und Sozialismus, verbunden mit dem Glauben daran, dass gesellschaftlicher und politischer Fortschritt durch staatliche Reformen und Erziehung unbegrenzt möglich war.³⁵

Seit ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen des Jahres 1902 bestimmte die Radikale Partei bis zum Ersten Weltkrieg die Geschicke des Landes. Ihr Aufstieg symbolisiert auch die zunehmende Macht der «neuen Schichten»: Unter der Partielite bildeten die Rechtsanwälte die größte Gruppe, gefolgt von Journalisten, Kaufleuten, Lehrern und Ärzten. Ihre Wähler rekrutierten die «Radikalen» darüber hinaus aus allen Mittelschichten, unter Selbstständigen, Handwerkern und Händlern, Bauern und Beamten.³⁶ Am politischen Handeln der von «Radikalen» angeführ-

ten Regierungen – auf das im Einzelnen noch einzugehen sein wird – lassen sich gut ihre Prioritäten ablesen: Zunächst nahm man die Trennung von Staat und Kirche in Angriff (1905), die den meisten «Radikalen» als das wichtigste politische Anliegen galt. Erst später folgten sozialpolitische Errungenschaften wie die Schaffung eines Arbeitsministeriums (1906) sowie eines Rentensystems für Arbeiter und Bauern (1910). 1914 konnte erst die progressive Einkommenssteuer eingeführt werden.

Die Republik der Bauern

Kennzeichnend für die Gesellschaft der Dritten Republik waren vor allem zwei Elemente: Zum einen arbeitete die große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. In dieser Hinsicht ähnelte Frankreich mehr seinen südlichen Nachbarn Spanien und Italien als den nordeuropäischen Nachbarländern wie Großbritannien und Belgien, in denen der Industriesektor führend war. Zum anderen blieb der Anteil der im landwirtschaftlichen Sektor Beschäftigten über die Jahrhundertwende hinweg relativ stabil, während er in anderen Ländern teils rapide sank. 1866 waren gut 49 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft tätig, 1906 waren es immer noch 43 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der in der Industrie Arbeitenden nur geringfügig von 29 auf 30,6 Prozent. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte der überwiegende Teil der Bevölkerung auf dem Land, 56 Prozent wohnten in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Im Vergleich dazu sank in Deutschland der Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft von 49 Prozent im Jahre 1870 auf 34 Prozent 1913, in Großbritannien von 22 Prozent (1870) auf 11 Prozent (1913).

In der öffentlichen Wahrnehmung hatte sich ein festes Bild vom französischen Landwirt festgesetzt: Dieser bewirtschaftete mit seiner Familie den individuellen Grundbesitz, war als unabhängiger Subsistenzfarmer den Einflüssen von Markt und Konjunktur nur begrenzt ausgeliefert und somit die unverzichtbare Stütze einer republikanischen Bürgergesellschaft. Dieses Idealbild verdeckte die von unendlicher Mannigfaltigkeit gekennzeichnete Realität des ländlichen Frankreich, wo jede Region ihre typischen Besitz- und Produktionsverhältnisse entwickelt hatte. Tatsächlich bestand nur etwa die Hälfte der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung aus Grundbesitzern, die anderen waren Pächter oder Landarbeiter. Der Landbesitz war sehr ungleich verteilt, denn eine kleine, 3 Prozent der Grundeigentümer umfassende Schicht verfügte über genauso viel Land wie die restlichen 97 Prozent. Es überwogen also die kleinen Landbesitzer mit Flächen von weniger als fünf Hektar. Diese waren oft zugleich Pächter

von Parzellen, die von den Großgrundbesitzern nicht selbst bewirtschaftet wurden, oder besserten ihre Einkünfte durch unselbstständige Landarbeit auf.³⁷ Ebenso war im ländlichen Frankreich die Pluriaktivität noch stark verbreitet: Man kombinierte seine Arbeit als Landwirt mit anderen, handwerklichen oder kommerziellen Tätigkeiten. So waren Bäuerinnen und Bauern im Nebenberuf etwa Werkzeugmacher, Messerschmiede, Seifenhersteller, Spitzenklöpplerinnen oder Handschuhmacherinnen.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert durchlief der landwirtschaftliche Sektor eine tiefgehende Transformation. Technische Errungenschaften ermöglichten eine effizientere Produktion und damit die Spezialisierung auf bestimmte Güter. Auf diese Weise nahm die Subsistenzwirtschaft ebenso wie die Pluriaktivität zugunsten einer kommerziellen Agrarwirtschaft ab. Die Modernisierung der Verkehrswege öffnete das ländliche Frankreich für die Märkte; aufgrund ihres steigenden Bildungsgrades konnten die Landwirte viel besser in Geschäftsbeziehungen eintreten. Indem sie Rohstoffe wie Hanf, Leinen, Öle und Rohseide produzierten, lieferten sie dem wachsenden industriellen Sektor zu. Damit machten sie sich aber auch für Preisschwankungen, Konjunkturfälle und Naturkatastrophen angreifbarer.

Seit den späten 1870er Jahren geriet die Landwirtschaft in eine tiefe Krise, die sich zeitgleich auch in anderen europäischen Ländern bemerkbar machte. Ihr Anzeichen war der abrupte Verfall der Preise für Grundnahrungsgüter wie Weizen, Roggen, Gerste und Kartoffeln um teils über 30 Prozent, einhergehend mit einem Rückgang der Produktion. Erschwerend kamen Natureinflüsse hinzu, die sich auf manche Sektoren desaströs auswirkten. So hatte etwa seit den 1860er Jahren die Reblaus ganze Weinbaugebiete und damit die Existenz vieler Winzer vernichtet. Es war in dieser landwirtschaftlichen Krisensituation, dass der Ruf nach politischen Schutzmaßnahmen laut wurde. Die Bauern, diese Säulen der republikanischen Gesellschaft, waren von Einkommensverlusten, sozialem Abstieg, ja Verelendung bedroht. Musste nicht der Staat eingreifen, um sie zu protegieren? Konnte man tatenlos zusehen, wenn die Preise für landwirtschaftliche Güter verfielen? Sollte man es riskieren, dass die Landwirte in Scharen ihre Scholle, ja das Heimatland verließen, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall war?

Agrarische Interessenverbände konservativer und republikanischer Couleur machten einhellig die Importe aus dem Ausland für die Krise verantwortlich und forderten Schutzzölle, um die Bauern zu unterstützen. Diese Interessengruppen fanden seit den 1880er Jahren in den Unternehmern der Association de l'Industrie Française (AIF), die sich gleichermaßen von ausländischer Konkurrenz bedroht sahen, mächtige Verbündete. Die

«Allianz aus Eisen und Weizen» erkannte – ähnlich wie das Bündnis von «Roggen und Eisen» im deutschen Kaiserreich – in Schutzzöllen das einzig geeignete Mittel, wirkungsvoll Industrie und Landwirtschaft zu unterstützen, ohne zugleich von der liberalen Leitidee eines wenig intervenierenden Staates abzuweichen.³⁸ Indem höhere Zölle beide Sektoren gleichermaßen schützten, könne die Balance der französischen Wirtschaftsordnung zwischen agrarischer und industrieller Produktion aufrechterhalten bleiben. Somit würde die Landflucht aufgehalten, ein Überangebot an industriellen Arbeitskräften vermieden und die Anfälligkeit der Arbeiterschaft für radikale Forderungen vermindert. Ein gemäßigter Protektionismus erschien diesen Interessenverbänden als das Patentrezept zur Bewahrung einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung.

Im politischen Feld fand die «Allianz aus Eisen und Weizen» ihren Fürsprecher in Jules Méline, einem gemäßigten Republikaner aus dem Umkreis Ferrys, der von 1883 bis 1885 das Amt des Agrarministers ausübte sowie von 1896 bis 1898 als Regierungschef amtierte. Die Gesundung der Landwirtschaft erschien ihm als der Schlüssel zur Lösung praktisch aller sozialen Probleme Frankreichs, würde sie doch den auf Industrie und Städten liegenden Druck verringern, neue Arbeitsplätze schaffen und die verloren gegangene Stabilität der Nation wiederherstellen. In seinem Buch «Le retour à la terre» schrieb er: «Der öffentliche Wohlstand ist einem Baum ähnlich: Die Landwirtschaft ist seine Wurzel, Industrie und Handel sind die Zweige und Blätter. Wenn die Wurzel leidet, fallen die Blätter, die Zweige lösen sich und der Baum stirbt.»³⁹ Auf sein Bestreben begann man 1885 mit ersten protektionistischen Maßnahmen, die 1892 in dem sogenannten «Méline-Tarif» gipfelten. Das auf den ehemaligen Agrarminister zurückgehende Zollgesetz zeigte deutlich die starke vorherige Einflussnahme beider, landwirtschaftlicher wie industrieller Interessengruppen. Denn die neuen Zölle schützten Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen, ohne den einen Sektor zuungunsten des anderen zu bevorzugen. Um die Industrie nicht zu benachteiligen, konnten etwa landwirtschaftlich erzeugte Rohstoffe wie Hanf, Wolle, Ölsamen, Flachs und Rohseide nach wie vor frei eingeführt werden. Man zog es vor, die heimischen Produzenten dieser Güter durch staatliche Gelder zu fördern. Der «Méline-Tarif» bildet somit ein Musterbeispiel des Interessenausgleichs, der mehrere gesellschaftliche *pressure groups* gleichermaßen bediente.⁴⁰

Als sich die Krise ab der zweiten Hälfte der 1890er Jahre beruhigte, als der Preisverfall für viele landwirtschaftliche Güter aufgehalten war und die Produktion wieder anstieg, feierten die Agrarier dies als einen Erfolg der Schutzzollpolitik. Méline beschrieb das Gesetz von 1892 rückblickend

als «ein Werk der Wiedergutmachung und der Gerechtigkeit», das die einseitige politische Bevorzugung der Industrie beendet und den Forderungen der Landwirtschaft endlich Genüge getan habe.⁴¹ Da der Agrarprotektionismus ausländische Importe begrenzt bzw. reduziert hatte, blieb der französischen Landwirtschaft das Schicksal erspart, das die britische im gleichen Zeitraum erlitt: Diese wurde durch billige Importe aus der Neuen Welt annähernd zerstört.⁴² Die französische Bauernschaft dagegen überlebte die Krise der 1880er und 1890er Jahre, doch nicht nur dank der staatlichen Schutzmaßnahmen, sondern auch durch Spezialisierung, durch Anpassung an die neuen Bedingungen und eine bessere Organisation des Berufsstands.

Dies lässt sich etwa am Weinbau zeigen, der nachhaltig verändert aus der Reblausplage und der Agrarkrise hervorging. Manche, insbesondere nördlich der Loire gelegene, Anbaugelände wurden völlig aufgegeben; die einstigen Weinbauern wandten sich neuen Branchen wie etwa der Milchproduktion zu. In anderen Landstrichen, wie etwa im Languedoc, nahm dagegen die Spezialisierung auf den Traubenanbau zu und es entstand eine teils von Großgütern betriebene kapitalistische Weinwirtschaft. Auch waren unter den Landwirten die Weinbauern diejenigen, die am stärksten von den neuen Möglichkeiten der beruflichen Selbstorganisation profitierten. 1884 hatte nämlich die Republik das Le-Chapelier-Gesetz aus der Französischen Revolution abgeschafft, das die berufliche Selbstorganisation von Handwerkern, Bauern, Arbeitern und Kaufleuten unter Strafe gestellt hatte. Alle Bürger, so hatte es das Gesetz von 1791 gewollt, sollten sich lediglich als Individuen in den Staat integrieren; sie sollten nur für Allgemein- und nicht für Gruppeninteressen eintreten. Die nach dem damaligen Innenminister Pierre Waldeck-Rousseau benannte Gesetzesreform von 1884 bedeutete somit die Abkehr von einem Paradigma des jakobinischen Staatsverständnisses.⁴³ Fortan galt das Prinzip der Vereinigungsfreiheit für alle Berufsgruppen, für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Weinbauern gründeten nun lokale, regionale und nationale Verbände, die nicht nur kollektive Interessen zum Ausdruck bringen sollten, sondern auch für die gemeinschaftliche Beschaffung von Reben, für Versicherungen, Renten und Kredite zuständig waren.⁴⁴ Im Weinbau wie in anderen landwirtschaftlichen Sektoren vereinigte man sich in Genossenschaften, um die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung gemeinschaftlich zu lösen.

Solchermaßen organisiert waren die Bauern eine Bevölkerungsgruppe, die für alle politischen Kräfte von unverzichtbarer Bedeutung war. Denn ebenso divers wie ihre Lebensformen waren die politischen Einstellungen der französischen Landwirte, die auf diese Weise für alle Lager eine Klientel-

tel darstellten. Stark verallgemeinernd lässt sich sagen, dass im Nordwesten (insbesondere in der Bretagne), im Baskenland, in Lothringen und der Champagne die Bauern eher rechts wählten, während sie im Südwesten, im Languedoc und der Provence eher links eingestellt waren. Vor diesem Hintergrund kam es nie zu einer politischen Solidarisierung des ländlichen Frankreich: Weder gab es eine «Bauernpartei», noch konnte je irgendeine politische Strömung glaubhaft vorgeben, die legitime Fürsprecherin der Landwirtschaftsinteressen zu sein.⁴⁵

Agrarische Massenbewegungen blieben punktuelle Ereignisse und entzündeten sich an akuten Krisensituationen. Beispielhaft hierfür ist die «*crise du Midi*» des Jahres 1907, eine von Winzern ausgehende Protestbewegung, die sich innerhalb weniger Wochen im gesamten Languedoc ausbreitete. Ihr Ausgangspunkt war die Überproduktion und der damit einhergehende Preisverfall: Nicht nur wurde aus Algerien immer mehr Wein importiert, auch hatte es ein Gesetz ermöglicht, auf dem Wege der Chaptalisierung einen Traubenertrag schlechter Qualität mit Zucker anzureichern und so den Alkoholgehalt des Weines zu erhöhen. Das Languedoc, das sich seit dem Ende der Reblausplage ganz auf die Weinproduktion konzentriert hatte, wurde vom Preisverfall besonders hart getroffen, so dass viele Winzer ihre Existenz bedroht sahen. Unter Führung des charismatischen Kneipenbesitzers Marcelin Albert bildete sich Protest, der alsbald weit über die Weinbauern hinausging und praktisch alle Bevölkerungsschichten ergriff. Okzitanische Regionalisten, die in der Pariser Zentralregierung die Zerstörerinnen lokaler Kulturen erblickten, schlossen sich ihm an und lieferten den erzürnten Winzern eine schillernde Rhetorik. Der Protest des *Midi* erschien vielen plötzlich wie das Wiederaufflammen alter Konflikte, die bis ins Mittelalter zurückreichten, als die häretischen Katharer durch das Pariser Königtum niedergeschlagen wurden. Die Bewohner des Languedoc stilisierten sich kollektiv zu den *gueux*, den verelendeten Landbewohnern, die von Weinpanschern und ausbeuterischen Zwischenhändlern um ihren Lebensunterhalt gebracht wurden. Das rasche Mobilisierungspotenzial der Bewegung ist höchst erstaunlich: Im Juni 1907 kam es zu einer Demonstration in Béziers, an der ca. 800 000 Menschen teilnahmen. Die Pariser Regierung unter Georges Clemenceau fürchtete eine Revolution und mobilisierte Truppen, um den aufsässigen Süden zur Raison zu bringen. Viele Soldaten solidarisierten sich allerdings mit der Protestbewegung und widersetzten sich dem Befehl, gegen diese vorzugehen. Zur Deeskalation kam es erst, als Marcellin Albert in Paris von Clemenceau empfangen wurde und diesem das Versprechen abnahm, die industrielle Massenproduktion minderwertiger Weine gesetzlich einzuschränken. So rasant der Protest sich mobilisiert

hatte, so schnell flaute er wieder ab: Es entstand aus ihm weder eine strukturierte politische Bewegung, noch gab er dem Regionalismus des *Midi* dauerhaften Auftrieb.

Arbeiter ohne Klassenbewusstsein?

Im Vergleich zu den Landwirten tat sich die Arbeiterschaft wesentlich schwerer damit, eine effiziente Organisation aufzubauen, ihre Interessen zu vertreten und politische Unterstützung zu mobilisieren. Die Arbeiter blieben die Stiefkinder der republikanischen Gesellschaft, die nur sehr beschränkt politische Repräsentation und Zugang zu den Entscheidungsinstanzen fanden. Während die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich bereits 1903 mit 31,7 Prozent nach Wählerstimmen die stärkste Partei wurde, stimmten bei den Wahlen zur französischen Abgeordnetenkammer des Jahres 1902 gerade einmal 7,3 Prozent der Wähler für sozialistische Parteien. Um die relative politische Schwäche der Arbeiterschaft zu verstehen, muss man sich ihre Zusammensetzung und die ökonomisch-soziale Konfiguration des Landes vor Augen führen. Verschiedene innere Gegensätze erschwerten es, dass unter den Arbeitern ein Klassenbewusstsein und eine geschlossene Interessenorganisation entstanden: Nur eine Minderheit unter ihnen entsprach dem Typus des modernen Industriearbeiters, der in großen Betrieben in einer Masse von Werktätigen aufging. Lediglich zwei Fünftel waren in Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten tätig; wobei unter diesen die mittelgroßen Textilunternehmen, die zumeist um die 200 Menschen beschäftigten, vorherrschten. Nur 680 000 Arbeitnehmer gehörten den ca. 570 Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten an, die sich insbesondere in der Eisen-, Metall- und Textilindustrie sowie im Bergbau gebildet hatten. 83 Prozent der französischen Unternehmen waren hingegen herkömmliche Kleinstbetriebe, die nicht mehr als fünf Menschen Arbeit gaben. Vor diesem Hintergrund war der Gegensatz zwischen Arbeitern alten und neuen Typus, zwischen dem Atelier als traditioneller und der Fabrik als moderner Produktionsstätte sehr ausgeprägt.⁴⁶

Zudem blieb die Entstehung moderner industrieller Großbetriebe auf nur wenige geographische Zonen beschränkt: Im Jahre 1906 erwirtschafteten 14 von 90 Départements die Hälfte der gesamten industriellen Produktion. In manchen Sektoren, wie dem Bergbau, der Metallindustrie und der Leinenherstellung, konzentrierten sich zwei Drittel der gesamten Aktivität auf nur jeweils vier Départements. Das industrielle Frankreich umfasste den Nordosten um Lille, Teile der Loire und der Isère, die Hafenstädte, alte großstädtische Industriezentren wie die Pariser Region und Lyon, sowie einzelne isolierte Bergbauzentren wie das burgundische Le Creusot, Carmaux

und Decazeville im Südwesten oder La Grand'Combe in den südlichen Cevennen.⁴⁷

Angesichts des starken Gegensatzes zwischen Atelier- und Fabrikarbeitern und der engen geographischen Beschränkung der Industrialisierung konnte kaum ein flächendeckendes, selbstbewusstes Arbeitermilieu entstehen, das die Basis einer geschlossenen Arbeiterbewegung hätte bilden können. Zudem vergrößerte sich – wie bereits betont – die Industriearbeiterschaft als soziale Gruppe nur langsam, so dass ihr zahlenmäßiges Gewicht kaum wuchs. Weitere Ausdifferenzierungen innerhalb der Arbeiterschicht kamen hinzu: So stieg die Anzahl weiblicher Beschäftigter teilweise exponentiell, sie verdoppelte sich etwa in der Metallindustrie und verdreifachte sich in der Chemie- und Lebensmittelindustrie. In der Textilindustrie waren um die Jahrhundertwende drei Viertel der Arbeitskräfte Frauen. Sie übernahmen in der Regel weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Aufgaben als ihre männlichen Kollegen, so dass die Geschlechterdifferenz zugleich eine Hierarchie innerhalb der Arbeiterschaft markierte. Auf ähnliche Weise entstand durch die Immigration eine Bruchlinie innerhalb der Arbeiterschaft zwischen Einheimischen und Eingewanderten. Denn die Letzteren waren bereit, körperlich auszehrende Tätigkeiten für geringe Löhne zu übernehmen, und hatten an einer kollektiven Interessenvertretung des Standes wenig Interesse.

Die genannten Faktoren erklären zu einem großen Teil das – wie Pierre Vilar es ausdrückt – «Klassenunbewusstsein» der französischen Arbeiterschaft und damit auch die drei besonderen Merkmale ihrer Standesorganisation:⁴⁸ die starke innere Aufspaltung, die mangelnde Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation und den Gegensatz zwischen revolutionären und reformistischen Strategien.

Kommen wir zunächst auf die inneren Dissonanzen innerhalb der Arbeiterbewegung zu sprechen. Nachdem Jules Guesde 1879 in Form des «Parti ouvrier français» die erste sozialistische Partei Frankreichs gegründet hatte, kam es in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten zur Gründung von drei weiteren Parteien, die sich gleichermaßen auf den Sozialismus beriefen. Während Guesde sich für einen stark vereinfachten Marxismus engagierte, vertraten die anderen Strömungen reformistische (sogenannte «possibilistische») Strategien oder versuchten, an die *Commune* und die utopistischen Ideen Auguste Blanquis anzuknüpfen. War 1899 ein erster Versuch, diese verschiedenen Parteien zu verbünden, gescheitert, gelang erst 1905 Jean Jaurès die Einigung unter der Ägide der II. Internationale als «Section française de l'Internationale ouvrière» (SFIO). Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft war gleichermaßen uneinheitlich: Vorherrschend

war seit 1906 die anarcho-syndikalistische Tendenz, die im Generalstreik die finale Aufhebung aller Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft erblickte; daneben aber gab es auch marxistische, christliche und reformistische Arbeiterorganisationen.

Eng damit zusammenhängend ist das zweite Kennzeichen der französischen Arbeiterbewegung, nämlich die scharfe Trennung zwischen Gewerkschaften und Parteien. Der Anarcho-Syndikalismus als die vorherrschende Strömung der Gewerkschaftsbewegung lehnte den Staat und seine Organe ab, so dass seine Angehörigen konsequenterweise eine Mitwirkung in Parteien und Parlament verweigerten. Die 1895 gegründete gewerkschaftliche Dachorganisation «Confédération générale du travail» (CGT) erteilte einer institutionalisierten Zusammenarbeit mit dem Parteisozialismus eine klare Absage. «Damit der Syndikalismus eine maximale Wirkung erlangen» könne, müsse sich seine Aktion «direkt gegen die Unternehmerschaft richten», hieß es in der 1906 verabschiedeten Grundsatzcharta von Amiens. Die Organisation dürfe sich deswegen nicht «mit Parteien und Sekten beschäftigen, die außerhalb und neben [den Gewerkschaften] in völliger Freiheit die soziale Umgestaltung vorantreiben» könnten.⁴⁹ Auf diese Weise konnten die Gewerkschaften nur eingeschränkt darauf zählen, dass die sozialistischen Parteien als ein Transmissionsriemen wirkten und ihre Interessen ins politisch-parlamentarische Feld einbrachten. Die Folge davon war eine Schwächung beider: Der Sozialismus rekrutierte seine Wähler und Mitglieder insbesondere im Kleinbürgertum und konnte nicht zu einer typischen Arbeiterpartei heranreifen, während die Gewerkschaften nie eine signifikante Zahl der Arbeiterschaft zu integrieren vermochten. 1913 zählte man in Frankreich ungefähr 600 000 Gewerkschaftsmitglieder, während es in Deutschland über vier Millionen waren. Waren nicht einmal fünf Prozent der französischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, so bekannten sich 28 Prozent der deutschen, 25 Prozent der englischen und immerhin 11 Prozent der italienischen Arbeiter zu einer Gewerkschaft.⁵⁰ Nur in stark von der Industrialisierung gekennzeichneten Gemeinden – wie etwa Lille, Roubaix und Dünkirchen im Nordosten des Landes – wirkten die Stadtregierungen, die Partei ebenso wie die Gewerkschaftssektionen beim Aufbau eines sozialistisch geprägten Milieus eng zusammen und bauten solche Städte zu Bastionen der Arbeiterbewegung aus.⁵¹

Aus der zahlenmäßigen Schwäche sowohl der Gewerkschaften als auch des Parteisozialismus erklären viele Autoren ein drittes Charakteristikum der französischen Arbeiterbewegung, ihren verbalen revolutionären Radikalismus, der immer wieder von einer gemäßigt-reformistischen, die bürgerlich-liberale Republik aktiv unterstützenden politischen Praxis be-

gleitet wurde.⁵² Die Zielvision der Arbeiterbewegung, darüber waren sich alle mehr oder weniger einig, musste die Aufhebung des Klassengegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Aneignung der Produktionsmittel durch das Proletariat und die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein. Welche Strategie allerdings dahin führte und wie sich der Sozialismus auf dem langen Weg zur neuen Gesellschaft gegenüber der bestehenden Ordnung zu verhalten hatte, darüber wurden scharfe Kontroversen ausgetragen.

Diese Auseinandersetzungen müssen zudem vor dem Hintergrund der damaligen politischen Kultur Frankreichs und der Anfeindungen, denen sich die Republik ausgesetzt sah, verstanden werden. Denn die großen, die politischen Strömungen strukturierenden Gegensätze verliefen ja nicht zwischen Proletariern und Kapitalisten, sondern zwischen Republikanern und Royalisten, Laizisten und Katholiken, Verfechtern und Gegnern der Werte von 1789. Der berühmte Konflikt der «Deux France» brachte die Sozialisten in ein Dilemma: Mussten sie nicht umgehend Partei für die Verteidigung der Republik ergreifen, wenn diese von reaktionären Kräften bedroht war? Waren sie nicht *auch* Kinder von 1789 und somit automatisch dem republikanischen Lager zuzurechnen, selbst wenn dieses großteils aus der Bourgeoisie bestand? Von solchen Erwägungen geleitet trat 1899 ein Sozialist, Alexandre Millerand, in die Regierung der «Republikanischen Verteidigung» ein, die Pierre Waldeck-Rousseau auf dem Höhepunkt der Dreyfus-Affäre gebildet hatte. Der Schritt Millerands löste unter den Sozialisten die Kontroverse der «zwei Methoden» aus, in der sich Jules Guesde und Jean Jaurès bei einem Rededuell 1900 als Antipoden gegenüberstanden. Für Ersteren bedeutete Millerands Zusammenarbeit mit einer «feindlichen Klasse» ein Verrat an den Arbeitern, mit dem dieser sein eigenes «embourgeoisement» begonnen hatte. Jaurès dagegen sah den Sozialismus vor zwei Aufgaben gestellt: einerseits seine «unaufhörliche Opposition» gegenüber dem kapitalistischen System aufrechtzuerhalten, andererseits die Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen Kräften der Bourgeoisie zu unterscheiden und sich im Falle einer Bedrohung der «republikanischen Freiheit» für das richtige Lager zu entscheiden.⁵³

Als sich die verschiedenen sozialistischen Strömungen 1905 unter dem Dach der SFIO vereinigten, lehnte eine Mehrheit der Delegierten die künftige Beteiligung an bürgerlichen Regierungen ab. Damit aber war der Widerspruch zwischen revolutionärem Diskurs und reformistischen Methoden keineswegs aufgelöst. Denn der charismatische Chef der SFIO, Jean Jaurès, verfolgte unbeirrt sein Ziel weiter, Sozialismus und liberale Republik miteinander zu versöhnen und war in der Abgeordnetenkammer einer

ihrer eloquentesten Verteidiger. Er prägte das Oxymoron von der «revolutionären Evolution», um die Strategie der Sozialisten zu charakterisieren: Alle ihre Kompromisse mit dem kapitalistischen System und seinen bürgerlichen Fürsprechern waren – so Jaurès – nur Schritte auf dem Weg zur Einlösung der revolutionären Verheißung, mit der zugleich die Werte von 1789 umfassend verwirklicht würden.⁵⁴ Die proletarische Revolution, so kann man zusammenfassend sagen, wurde zunehmend zu einem Mythos, der zur Identitätsstiftung und Mobilisierung der Aktivisten aufrechterhalten wurde, während die offizielle Parteipolitik mehr und mehr auf eine Stabilisierung des republikanischen Systems zulief.⁵⁵ Beispielhaft hierfür ist die Übernahme von Stadtregierungen durch sozialistische Politiker seit den 1890er Jahren: Im Rahmen des sogenannten «socialisme municipal» konnte die politische Arbeiterbewegung nicht nur ihre Eingliederung in das bestehende System vorantreiben, sondern auch die Gestaltungsspielräume austesten, die ihnen die bürgerlich geprägte Republik bot.⁵⁶

Die Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung und der republikanischen Linken um den Parti radical gestalteten sich in diesem Zeitraum oft konfliktträchtig. Während die Arbeiterbewegung sich schwer damit tat, in die parlamentarische Willensbildung einzutreten, war für die «Radikalen» das Parlament der Ort schlechthin jeglicher politischer Kommunikation. Galt den Sozialisten der Streik als ein normales Mittel der Interessenwahrung, standen die «Radikalen» dieser Aktionsform äußerst skeptisch, ja manifest ablehnend gegenüber. Für zahlreiche Protagonisten des *radicalisme* war der Streik nicht nur eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung, sondern auch eine unterentwickelte Form der politisch-sozialen Auseinandersetzung, die notwendig von der Bildfläche verschwinden würde, wenn die Arbeiter durch republikanische Erziehung ein höheres Bildungsniveau erlangten. So erwarb sich Georges Clemenceau, der als ein Exponent des linken Flügels des Parti radical galt, einen zweifelhaften Ruhm als «briseur de grèves» (Streikbrecher), da er als Ministerpräsident von 1906 bis 1909 mehrfach staatliche Ordnungskräfte gegen gewaltausübende Streikende einsetzte. Charakteristisch für die «radikale» Antwort auf Streiks war, dass man auf die Repression und Verhaftung von «Rädelsführern» deren Amnestie folgen ließ. Mit diesem System von Bestrafung und Begnadigung wollte man die Gemüter beruhigen und die Arbeiter langfristig vom Streik als Aktionsmittel abbringen.⁵⁷

Die Selbstbehauptung der Mittelklassen

Französische Sozialwissenschaftler und Intellektuelle sind immer wieder hart mit den Mittelschichten ihrer Gesellschaft ins Gericht gegangen.⁵⁸ Die Händler, Handwerker, Ladenbesitzer und Kaufleute galten vielen Autoren als die Machtressource der Populisten und Demagogen, da sie sich leicht von deren klaren Botschaften und Feindbildern verführen ließen. Die Mittelklassen, so ein verbreitetes Urteil, bekannten sich weder klar zur Republik noch hatten sie – wie die alten Notabeln – ihre geistige Heimat im Ancien Régime. Als eine politisch identitätslose Schicht hätten sie sich als Nährboden des Rechtsradikalismus und antiparlamentarischer Strömungen wie des Boulangismus, des Poujadismus und des Front National erwiesen.⁵⁹

Das Kleinbürgertum machte in Frankreich stets eine zahlenmäßig bedeutendere Gruppierung aus als in Deutschland und England. Um die Jahrhundertwende war ca. ein Drittel der Franzosen als Handwerker, Ladenbesitzer und Kleinhändler tätig. Nur eine Minderheit unter ihnen beschäftigte in ihren Kleinstbetrieben Arbeiterinnen und Arbeiter, während der Großteil lediglich auf familiärer Mitarbeit beruhte. Gleichermaßen schritt die Mechanisierung und Elektrifizierung dieser Betriebe kaum voran, denn noch 1931 kamen 69 Prozent der Betriebe ohne Strom und 73 Prozent ohne Maschinen aus.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund war das Kleinbürgertum von zwei zentralen Prozessen der Epoche weitgehend ausgeschlossen: einerseits von der industriellen Modernisierung, andererseits von dem Entstehen eines Klassengegensatzes zwischen Kapitalisten und Proletariern. Allerdings waren die Kleinhändler und Ladenbesitzer unmittelbar und negativ von den Veränderungen der Konsumgewohnheiten und der Gründung von Warenhäusern betroffen. Mit der tiefgreifenden städtebaulichen Umgestaltung von Paris – der nach dem damaligen Präfekten benannten «Hausmannisierung» – entstanden großangelegte Flaniermeilen (die *Grands Boulevards*), auf denen sich Kaufhäuser ansiedelten. Diese übten dank ihres umfassenden Warenangebots, ihrer prächtigen Ausgestaltung und der attraktiven Preise eine große Faszination auf die Bevölkerung aus. Auch in anderen Großstädten wie Lyon und Marseille entstanden solche «Kathedralen des modernen Kommerzes», wie Emile Zola sie bezeichnete.⁶¹ Diese Entwicklung wurde von den Ladenbesitzern als Bedrohung ihrer Existenz, ihres Status als selbstständige Kleinstunternehmer empfunden.⁶²

Aus den geschilderten Prozessen wird verständlich, warum sich die Angehörigen der Mittelschichten um die Jahrhundertwende in eine defensive Position gedrängt fühlten. Sie sahen die Modernisierung der Produktion sowie des Konsums an sich vorbeiziehen, ohne dass sie davon zu pro-

fitieren vermochten. Sie fürchteten, im entstehenden Klassengegensatz zwischen Großunternehmern und Industriearbeitern zerrieben zu werden, da sie sich keiner dieser organisierten Interessen zurechneten: Der Aufstieg zur Großunternehmerschicht war ihnen verwehrt, der Abstieg in die Klasse abhängiger Lohnarbeiter galt ihnen als ein absolut zu vermeidender Statusverlust.

Die Selbstverteidigung der Mittelklassen richtete sich zunächst keineswegs gegen die Republik. Vielmehr galt das Kleinbürgertum seit der Französischen Revolution als ein Bollwerk des republikanischen Denkens in seiner radikaldemokratischen Form. So waren damals die zu einem großen Teil aus Handwerkern und Kleinhändlern bestehenden Sansculotten als die Verfechter der wahren, direkten Volksherrschaft aufgetreten. Als eine Schicht selbstständiger, hart arbeitender Privateigentümer sahen sie sich als die ideale Basis einer Gesellschaft freier Bürger. An diese Tradition anknüpfend, verbanden die Mittelschichten große Erwartungen mit der Etablierung der Republik seit 1870. Ihre Hoffnungen auf eine mobilere, offenere und gerechtere Gesellschaft sahen sie jedoch enttäuscht. Die Republik erwies sich in ihren Augen als eine kaum durchlässigere Ordnung als ihre Vorgängerinnen. Die Schaltstellen der Macht blieben in den Händen der alten und neuen Notabeln, des Besitz- und Bildungsbürgertums, ebenso wie es nur wenigen Kleingewerblern gelang, in die Ränge der Unternehmer aufzusteigen.

Seit der Jahrhundertwende begannen die Mittelständler, sich in kollektiven Interessenvertretungen zu organisieren, unter denen die von Maurice Colrat angeführte «Association de défense des classes moyennes» die wichtigste war.⁶³ Die politischen Forderungen der Mittelschichten waren in sich widersprüchlich, was das Verhältnis zu Staat und Republik anbelangte. Einerseits wünschte man sich, dass der Staat die Kleinhändler vor der Bedrohung durch die Warenhäuser schützte, indem er diesen höhere Steuern auferlegte. Andererseits agitierte man gegen den «Dirigismus» und «Etatismus» der Regierungen, der die Freiheiten des Bürgertums beschneide.⁶⁴

Die Standesorganisationen des Mittelstandes taten sich schwer damit, die Parlamentsabgeordneten für eine entschiedene Verteidigung ihrer Interessen zu gewinnen und somit im politischen Prozess effizient zu agieren. Unter allen politischen Strömungen standen die *radicaux*, was ihr Herkunftsmilieu anbelangte, dem Kleinbürgertum am nächsten und hatte ihm lange Zeit eine politische Heimat bieten können. Doch hatten sich der Radikalismus der Einführung einer progressiven Einkommenssteuer verschrieben, einem Projekt, das die Mittelstandsvertreter mit Nachdruck zurückwiesen. Vor diesem Hintergrund entwickelten sie zunehmend anti-

parlamentarische Positionen, agitierten gegen die «Republik der Parteien» und «Comités» und forderten eine durchgreifende Reform des politischen Systems. Anstelle der Kammer gewählter Parteipolitiker sollte eine «wahre» Repräsentation der realen Interessen des Landes treten, in Form einer korporatistischen, nach Berufsgruppen aufgebauten Volksvertretung.⁶⁵

Vor diesem Hintergrund wird der politische Weg des Kleinbürgertums, das sich ursprünglich durchaus dem republikanischen, ja dem linken Lager zugehörig gefühlt hatte, verständlich. Die ökonomischen Veränderungen des späten 19. Jahrhunderts wurden von Ladenbesitzern, Kleinhändlern und Handwerkern als eine manifeste Bedrohung wahrgenommen, die letztlich zum Verlust ihres Status als Selbstständige führen konnte. In den parlamentarisch-politischen Prozess vermochten sie ihre Interessen nicht nachhaltig einzubringen, so dass sie für Alternativen zum republikanischen System offen wurden. Anstelle der Republik nahmen sie nun die französische Nation als Leitbild an, als deren Herz sie sich selbst wahrnahmen. Als die produktiven Stände, so ihr Selbstbild, bewahrten sie die französischen Traditionen, bildeten die Lebenskraft des Landes und entschärften den schädlichen Klassenkampf. So kam es, dass große Teile der Mittelschichten vom linken zum rechten Rand des politischen Spektrums hinüberwanderten.⁶⁶

4. Frankreich um 1900

Frankreich ist um 1900 ein vielgesichtiges Land voller Paradoxie. Es ist einerseits stolz darauf, in einem von Monarchien dominierten Europa die einzige republikanische Großmacht zu sein. Andererseits erregt das republikanisch-parlamentarische Staatsmodell bei Teilen der Bevölkerung einen fanatischen Hass, der immer wieder in rechtswidrige und gewalttätige Aktionen mündet: So gerät während der Dreyfus-Affäre das Land an den Rand eines Bürgerkriegs. Frankreich hat zwar aus der Revolutionszeit die jakobinische Leidenschaft für die Einheit und Uniformität des Territoriums geerbt; die Realität des Landes hingegen zeigt eine Vielfalt von Lebensweisen, Sprachen und Dialekten, Einstellungen und Traditionen, wie sie anderswo kaum zu finden ist. Im Jahr der Weltausstellung präsentiert sich Paris als das Schaufenster der Moderne und wird in der gesamten Welt als das Sinnbild einer fortschrittlichen Metropole bewundert. Zugleich aber zeigt die «Provinz» eine bemerkenswerte Treue zu ihren hergebrachten, teils archaischen, der Scholle tief verbundenen Lebensformen. Die offizielle Ideologie der Republik versteht sich als humanistisch, for-

dert die Gleichheit aller Menschen und betont ihre naturgegebenen Rechte, während die Herrschaftspraxis im Kolonialreich diesen Ideen widerspricht und Teile der Bevölkerung verstärkt rassistisches Gedankengut übernehmen.

Unter diesen Vorzeichen wurde die Jahrhundertwende ganz unterschiedlich erfasst, abhängig davon, an welchem Ort man sie erlebte. Wer sich um 1900 in Le Creusot und Montceau-les-Mines, den Zentren des Bergbaus und der Stahlindustrie, befand, erlebte Frankreich als eine moderne Industriegesellschaft, in der Tausende von Arbeitern über Wochen hinweg streikten. Diese forderten, besser entlohnt zu werden und dass ihre Vertreter als Verhandlungspartner der Unternehmensleitungen anerkannt würden. In den nur wenige Kilometer entfernten burgundischen Dörfern dagegen gewann man den Eindruck einer fast statischen agrarischen Gesellschaft, die sich gegenüber den Transformationen der Moderne als nahezu resistent erwies. Wer sich zum gleichen Zeitpunkt in Nizza aufhielt, erlebte eine kosmopolitische Stadt, die man seit der Annexion durch Frankreich 1860 planmäßig erweitert und zum strahlenden Sinnbild der *belle époque* ausgebaut hatte. Auf der anderen Seite des Mittelmeers konnte man in Algier Frankreich als eine Kolonialgesellschaft erfahren, in der sich ein prekäres Zusammenleben von Kolonisten und Einheimischen entwickelte.

Es wäre unmöglich, die Vielfalt im Frankreich des Jahres 1900 auf wenigen Seiten abzubilden. Deshalb beschränkt sich dieses Kapitel darauf, zwei Aspekte zu entfalten. Zunächst geht es um eine Justizaffäre, die das ganze Land, ja die Welt beschäftigt: Sie handelt von einem angeblichen Spion, dem Hauptmann Dreyfus, den man 1894 zur lebenslangen Isolationshaft auf die Teufelsinsel vor Französisch-Guyana verfrachtet hatte. Sein Schicksal spaltet über die Zeit der Jahrhundertwende hinweg die Franzosen. Für die Einen sind die grauenhaften, todbringenden Lebensbedingungen auf der Teufelsinsel das gerechte Schicksal eines Vaterlandsverrätters, für die Anderen symbolisieren diese die Schande einer Republik, die ihre ureigensten Werte missachtet und wissend einen Unschuldigen verbannt hat. Im zweiten Teil des Kapitels geht es um Paris, den Gravitationspunkt des Landes, seiner Politik, Verwaltung und Kultur; das Symbol der französischen Zivilisation und ihrer weltweiten Ausstrahlung.

Jahrhundertwende: Die Dreyfus-Affäre und ihre Folgen

Die berühmteste Presseillustration aus der Zeit der Jahrhundertwende stammt von dem rechtsgerichteten Zeichner Caran d'Ache und trägt den Titel: «Un dîner en famille». Die erste Zeichnung der Bildgeschichte zeigt eine gutsituierte bürgerliche Großfamilie, die sich soeben zum festlichen

Abendessen niedergelassen hat. Der Patriarch erhebt den Zeigefinger und mahnt seine Nachkommen: «Sprechen wir nur ja nicht von der Dreyfus-Affäre». Unter dem zweiten Bild steht der trockene Kommentar: «Sie haben darüber gesprochen»: Der Tisch ist umgestürzt, Gläser und Geschirr zerbrochen, Familienmitglieder raufen sich die Haare und bekämpfen sich mit Fäusten.¹ Die Dreyfus-Affäre, so die Botschaft von Caran d'Ache, spaltet die französische Gesellschaft bis in die Familien hinein und entwickelt eine ungeheure, kaum noch zu kontrollierende Sprengkraft. Warum entfaltete der Justizskandal um den Hauptmann Dreyfus eine solche Wirkung und was sagt er uns über die französische Gesellschaft der Jahrhundertwende?

Die Affäre lässt sich am besten als ein gesellschaftspolitisches Drama in drei Akten darstellen: Der erste Akt beginnt im Jahre 1894, als man im Kriegsministerium feststellt, dass Geheimnisse an Deutschland verraten wurden. Ein vermeintlich Schuldiger wird anhand fadenscheiniger Handschriftenvergleiche angeblich überführt und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgeurteilt. Es handelt sich um den Elsässer Alfred Dreyfus, der erste und bis dahin einzige jüdische Offizier im französischen Generalstab. Man spricht ihn der verräterischen Zusammenarbeit mit dem Feind schuldig und verurteilt ihn zu lebenslänglicher Verbannung. Am 5. Januar 1895 wird er im Innenhof des Invalidendoms vor einer 20 000 Menschen umfassenden, gegen ihn aufgehetzten Menge degradiert; sein Säbel wird vor seinen Augen zerbrochen. Dreyfus ruft aus: «Soldaten, Sie entehren einen Unschuldigen. Es lebe Frankreich, es lebe die Armee.» Hinter der Verurteilung von Dreyfus stehen Intrigen, die bis zu der von oberster Stelle befohlenen Fälschung von Beweisstücken gehen; sie geschieht vor den Augen einer politischen Elite, innerhalb derer nur ganz wenige Stimmen Zweifel daran äußern, dass mit Dreyfus ein Verräter auf die Teufelsinsel verbannt wurde.

Der zweite Akt beginnt im Jahre 1896 mit einem «Whistleblower» im Kriegsministerium. Dabei handelt es sich um Oberst Georges Picquart, den neuernannten Chef des militärischen Geheimdienstes. Dieser wird über einen neuerlichen Geheimnisverrat im Kriegsministerium unterrichtet und muss anhand eines Handschriftenvergleichs feststellen, dass der Verräter des Jahres 1894 identisch mit dem des Jahres 1896 ist. Der wahre Schuldige, davon ist Picquart überzeugt, ist ein gewisser Major Esterhazy, während auf der Teufelsinsel ein Unschuldiger sitzt. Als er aber seine Vorgesetzten im Kriegsministerium davon unterrichtet und entsprechende Schritte zur Rehabilitation von Dreyfus fordert, stößt er auf Granit. Auch wenn der jüdische Hauptmann unschuldig sei, dürfe die Ehre der Armee

nicht beschmutzt werden, indem die Machenschaften, die zu seiner Verurteilung geführt hatten, aufgedeckt würden. «Was kümmert es Sie, wenn ein Jude auf der Teufelsinsel bleibt?», soll Picquart von seinem Vorgesetzten gefragt worden sein. Daraufhin bricht der Oberst mit dem Verhaltenskodex seines Standes und wendet sich an den Vizepräsidenten des Senats, Auguste Scheurer-Kestner. So beginnt im Jahre 1897 die eigentliche öffentliche Diskussion um Dreyfus, in der Georges Clemenceau mit seiner Zeitung «L'Aurore» die Fürsprecher des Verbannten anführt. Im Januar 1898 wird der wahre Spion, Major Esterhazy, von einem Militärgericht freigesprochen. Daraufhin erscheint am 13. Januar 1898 in der «Aurore» der berühmte öffentliche Brief Emile Zolas an die Staatsspitzen unter dem Titel «J'accuse». Eine breite Öffentlichkeit wird von beiden Seiten, den «Dreyfusards» und den «Anti-Dreyfusards», mobilisiert. Es ist die Zeit der großen, leidenschaftlichen Debatten, in denen es um die Werte der Republik auf der einen und die Ehre der Armee auf der anderen Seite geht. Dieser Akt endet mit der Revision des Verfahrens vor dem Gerichtshof von Rennes, der erneuten Verurteilung von Dreyfus und seiner Begnadigung 1899 durch den Präsidenten der Republik. Der dritte, letzte Akt beginnt mit dem gesellschaftlichen «Burgfrieden» des Jahres 1900, als die französische Gesellschaft für eine Weile ihre Konflikte vergisst und sich im Erfolg der Pariser Weltausstellung sonnt. Dann aber nehmen die «Dreyfusards» den Kampf gegen ihre Gegner wieder auf und erkämpfen bis 1906 die Rehabilitierung des Hauptmanns, als dieser wieder in die Armee aufgenommen wird. Innerlich gestärkt geht die Republik als Siegerin aus der Affäre hervor.²

Verstehen kann man dieses Drama allerdings nur vor dem Hintergrund eines Prologs, in dem es um die Entstehung eines neuen, rechten Nationalismus seit den 1880er Jahren geht. Bis dahin war die Idee der Nation sozusagen das geistige Eigentum des linken Lagers gewesen, insofern sie ihren Ursprung in der Revolution von 1789 hatte. Die Tradition eines linken Nationalismus ging auf die Jakobiner zurück, die mit Leidenschaft den Zusammenschluss der Bevölkerung, die Vereinheitlichung des Territoriums und seine Verteidigung gegen äußere Feinde organisiert hatten. Diesem Erbe sahen sich die Republikaner verpflichtet, als sie sich im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 als diejenigen erwiesen, die am wenigsten zur Beendigung der Kampfhandlungen bereit waren.

In den 1880er Jahren nun verloren die Republikaner ihren Hegemonialanspruch auf den französischen Nationalismus. Mit der von Paul Déroulède angeführten «Ligue des Patriotes» verbreitete sich eine Bewe-

gung, die im Namen des Nationalismus gegen das gegenwärtige politische System agitierte. Somit griff sie auf andere Ressourcen und Argumentationsmuster zurück als die traditionellen Republikfeinde aus Klerus und Adel. Für Déroulède waren drei Ziele nicht voneinander zu trennen: die «Regeneration» Frankreichs, die Abschaffung des Parlamentarismus und die Revanche für 1870/71. Die Republik der Parlamentarier, so seine Einschätzung, hatte sich als unfähig erwiesen, das nach der Niederlage dringend gebotene Werk der Erneuerung des Landes in Angriff zu nehmen. Ein übermächtiges Parlament hatte keine starke Exekutive gestattet; dekadente Deputierte hatten sich bereichert und in Affären verstrickt, anstatt die wahren Interessen des Volkes zu vertreten. Um Frankreich zu «heilen», musste also der korrupte Parlamentarismus abgeschafft werden. Dann erst konnte die Revanche in den Blick genommen werden: «Bevor man das Elsass und Lothringen wiedererringt, muss man Frankreich wiedergewinnen», sagte Déroulède 1888.³

Gegen Ende der 1880er Jahre hatten diese neuen Nationalisten eine Figur entdeckt, von der sie sich erhofften, dass sie ihre Vorstellungen von einer Erneuerung Frankreichs realisierte. Es handelte sich dabei um den General Boulanger, der von 1886 bis 1887 als Kriegsminister amtiert und sich den Ruf eines glühenden Verfechters der Revancheidee erworben hatte. Nach seinem Ausschluss aus der Regierung trat der ursprünglich republikanisch gesinnte General in eine Fundamentalopposition gegen die Regierung und drohte, diese zu stürzen. Unter Teilen der Bevölkerung gewann er den Ruf eines providenziellen Retters, der endlich mithilfe einer autoritären Herrschaft die Regeneration Frankreichs erzielen würde. Bei Nachwahlen zur Abgeordnetenversammlung 1888/89 stellte er sich selbst in mehreren Départements zur Wahl und errang triumphale Erfolge, die seine Anhänger als «Plebizit» für den General interpretierten. Zu seinen Forderungen gehörte eine neue, plebiszitär legitimierte Verfassung, die unter anderem die direkte Volkswahl des Präsidenten als Chef der Exekutive, die Abschaffung des parlamentarischen Regierungssystems sowie die «absolute Trennung» von Legislative und Exekutive beinhalten sollte.⁴

Zwar scheiterte Boulangers Angriff auf die parlamentarische Republik (1889 kam er durch Flucht seiner Verhaftung zuvor), doch hatte sich der neue, antiparlamentarische und autoritäre Nationalismus dauerhaft in der politischen Kultur etabliert. Er erwies sich nun als anschlussfähig für anti-republikanische Strömungen wie den Royalismus und den Bonapartismus.⁵ Auch bereitete er einen fruchtbaren Boden für Feindbilder, wie sie seit den 1880er Jahren kursierten. So hatte sich im gleichen Zeitraum, zunächst unabhängig vom revanchistischen Nationalismus Déroulèdes und Boulangers,

der Antisemitismus weit verbreitet und war zu einer regelrechten politisch-kulturellen Massenbewegung herangereift.

Bis dahin hatten zwei unterschiedliche Tendenzen die Feindschaft gegenüber Juden in Frankreich geprägt. Eine entstammte dem sozialistischen Milieu und erblickte in ihnen die Agenten eines ausbeuterischen Kapitalismus sowie die Verkörperung der Macht des Geldes. Die zweite, aus dem Katholizismus kommende Tendenz verdammt sie als die Feinde der christlichen Welt wie auch als die Wegbereiter einer dekadenten Moderne. Es war Edouard Drumont, der in seinem 1886 erschienenen Buch «La France juive» diese beiden Tendenzen vereinte. Die Gefährlichkeit der Juden, so seine zentrale These, war nicht nur ihren bevorzugten Berufszweigen und ihrer Religion, sondern in erster Linie ihrer Rasse geschuldet. Wie Schädlinge hatten sie sich, so Drumont, unter die weiße Rasse begeben und waren dabei, sich mit hinterhältigen Methoden diese unterwürfig zu machen. «Alles kommt vom Juden, alles läuft auf den Juden hinaus», schrieb er in der Einleitung zu seinem Buch, das er als einen «zeitgeschichtlichen Essay» bezeichnete. «Wir haben es mit einer veritablen Eroberung zu tun, mit der Unterwerfung einer Nation durch eine winzige, aber eng zusammenhaltende Minderheit, vergleichbar mit der Unterwerfung der Angelsachsen durch die 60 000 Normannen Wilhelm des Eroberers.»⁶ Die Juden, so die These Drumonts, bildeten die soziale Basis all dessen, was zum Niedergang Frankreichs führe: des Freimaurertums, des Kapitalismus, des Parlamentarismus.

«La France juive» war einer der erfolgreichsten politischen Bestseller der Dritten Republik und erlebte allein zwischen 1886 und 1889 annähernd 70 Auflagen. Es zeugt von der Breitenwirksamkeit seiner Ideen, dass Drumont ab 1892 eine Zeitung unter dem Titel «La Libre Parole» lancieren konnte, von der bereits wenige Wochen nach ihrer Gründung täglich 200 000 Exemplare verkauft wurden. Buchstäblich alle Beiträge dieser Publikation kreisten um die antisemitischen Verschwörungstheorien und Dekadenzvisionen des Herausgebers. 1892 enthüllte Drumont auf den Seiten der «Libre Parole» den breitgefächerten Korruptionsskandal um den Bau des Panama-Kanals, der seinen Ideen eine scheinbar empirische Evidenz verlieh. Zwei jüdische Bankiers, Jacques Reinach und Cornelius Herz, hatten direkt und über Mittelsmänner Parlamentsabgeordnete sowie Regierungsmitglieder bestochen, damit sie einer finanziellen Förderung der vom Konkurs bedrohten Panama-Gesellschaft zustimmten. Die korrupten Parlamentarier, diesen Eindruck legte Drumont nun nahe, standen im Sold jüdischer Kapitalisten, die rücksichtslos die französischen Kleinsparer ausbeuteten.

Im gleichen Zeitraum begann Drumont in der «Libre Parole» eine Kampagne gegen jüdische Offiziere in der französischen Armee. Im Offizierkorps hatte sich über den Regimewechsel der 1870er Jahre hinweg ein konservativer, dem Katholizismus eng verbundener Geist erhalten können, während die regierenden Republikaner es versäumt hatten, die zivile Autorität über die Armee zu stärken. Unterdessen veränderte sich die Rekrutierung der Offiziere, da die Republik auf eine herkunftsunabhängige, allein auf Verdienst und Begabung beruhende Auslese Wert legte.⁷ Auf diese Weise gelang auch jüdischen Staatsbürgern im Zuge ihrer unter der Dritten Republik stark beschleunigten gesellschaftlichen Assimilation der Eintritt ins Offizierkorps, wo sie häufig auf einen ihnen feindlich eingestellten Kastengeist stießen. Gleichmaßen läuteten bei Klerikalen und Antisemiten die Alarmglocken, als die Juden in die in ihren Augen letzte intakte Bastion des Konservatismus eintraten. Für Drumont gab es keinen Zweifel, was sie in der Armee bezweckten: Sie wollten sich auch diese Institution untertan machen, um damit die Macht über Frankreich zu übernehmen. «Bereits jetzt sind sie die Herren über die Finanz, die Verwaltung; sie diktieren die Urteile unserer Gerichtshöfe», hieß es im Mai 1892 in der «Libre Parole». «Sie werden an dem Tag endgültig die Herren über Frankreich sein, an dem sie die Armee befehligen; Rothschild wird sich die Mobilisierungspläne schicken lassen – wir wissen natürlich, mit welchem Ziel!»⁸

Der revanchistische Nationalismus, der in den 1880er Jahren – dies sei erneut betont – noch ohne jüdenfeindliche Töne ausgekommen war, schloss sich in den 1890er Jahren dem Antisemitismus an. Da dieser die Juden nicht mehr (nur) als Vertreter einer Religion und sozioökonomischen Gruppe, sondern als Rasse verstand, konnte er die nationalistische Propaganda um ein Feindbild bereichern. Frankreich, so ging nun die Argumentation der Nationalisten, würde so lange zur Revanche unfähig bleiben, wie mit den Juden eine feindliche Rasse im Lande ihre Einfluss breitmache: Denn diese seien Kosmopoliten und keine Patrioten, sie hätten den Parlamentarismus eingerichtet, da er ihnen bessere Chancen zur Bereicherung und Einflussnahme bot – jetzt machten sie sich auch noch dazu auf, die Armee zu unterwandern. Der Weg zur Wiederaufrichtung Frankreichs musste, so argumentierten nun die Nationalisten, zuallererst mit der Zurückdrängung des jüdischen Einflusses beginnen.⁹

Vor diesen Hintergründen werden die Dimensionen der Dreyfus-Affäre und ihre langfristige Wirkung auf die europäische und französische Geschichte erklärbar. Sie ist auf vier Ebenen anzusiedeln: Zunächst gewinnt sie ihre Bedeutung dadurch, dass sie das erste moderne politische Medien-

ereignis der französischen Geschichte war. Die gewaltige Agitation unter der Bevölkerung, die Anteilnahme einerseits und Verachtung andererseits für den Hauptmann wären nicht denkbar gewesen ohne eine Massenpresse, die die Französinen und Franzosen täglich mit Neuigkeiten über die Affäre versorgte. Die nationale Presse hatte zwar ihren Verbreitungsschwerpunkt in Paris (wo vier große Tageszeitungen mit insgesamt vier Millionen Exemplaren pro Tag erschienen), vermochte aber verstärkt auch die Provinz zu erreichen, zumal dort immer mehr Regionalzeitungen entstanden. Der Politkrimi um Dreyfus bot reichen Stoff für Druckgrafiken und Karikaturen, die gleichzeitig zur Parteinahme für oder gegen Dreyfus herausforderten. Viele Illustrationen hatten scheinbar dokumentarischen Charakter, wenn sie den Verrat, den Prozess und die Degradierung des Hauptmanns ebenso wie seine Lebensumstände auf der Teufelsinsel darstellten. Gleichmaßen aber illustrierten beide Seiten in schier unzähligen Versionen ihre Feindbilder und Verschwörungstheorien. Auf der Seite der «Dreyfusards» waren dies verknöcherte Geistliche, intrigante Klerikale und bigotte Militärs; auf der Seite der «Anti-Dreyfusards» die als dekadent und korrupt dargestellte politische Elite, vereint mit ebenso macht- wie geldgierigen Juden und Freimaurern.¹⁰ Der Höhepunkt des Presserummels um Dreyfus war sein Revisionsprozess 1899 in Rennes, von dem Hunderte von Journalisten, Zeichnern und Fotografen aus dem In- und Ausland berichteten. Die mehrheitlich nationalistisch gesinnte Presse versuchte mit allen Mitteln, auf die öffentliche Meinung und die politischen Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen und eine erneute Verurteilung des angeblichen Verräters sicherzustellen. Die Affäre gibt auch ein Beispiel für die Wechselhaftigkeit der öffentlichen Meinung, die in dem Maße, in dem immer mehr Presseorgane für Dreyfus eintraten, von einer anfangs überwältigend negativen Einstellung gegenüber dem Hauptmann langsam zu einer ausgewogeneren Haltung überschwenkte.

Die zweite Wirkungsebene der Dreyfus-Affäre ist zugleich ihr am meisten erforschter und diskutierter Aspekt: Sie gilt als die Geburtsstunde des modernen Intellektuellen. Erst in den 1890er Jahren trat der Begriff des «Intellektuellen» in die politisch-soziale Sprache Frankreichs ein, wobei er von Anfang an in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet wurde. Einerseits bezeichnete man mit dem Begriff eine sozioprofessionelle Kategorie, die insbesondere Hochschullehrer, Wissenschaftler, Studenten, Schriftsteller, Journalisten und Künstler umfasste. Durch die Expansion des Bildungssektors hatte sich deren Anzahl so stark erhöht, dass sie jetzt als eine eigene soziale Gruppe erkennbar wurden. Die Dreyfus-Affäre motivierte nun zahlreiche Angehörige dieses Standes dazu, sich in ihrer

Eigenschaft als Gelehrte, Künstler, Publizisten etc. öffentlich politisch zu äußern. Auf diese Weise entstanden vermehrt öffentliche Manifeste, für die eine Gruppe von Gleichgesinnten kollektiv einstand. Beispielhaft hierfür ist die im Januar 1898 in der «Aurore» erschienene, von Universitätsangehörigen und Schriftstellern unterschriebene «Protesterklärung», die kurze Zeit später von anderen Presseorganen aufgegriffen wurde und schließlich annähernd 2000 Unterschriften trug. Die Unterzeichner des später als «Manifest der Intellektuellen» berühmt gewordenen Aufrufs solidarisierten sich mit Emile Zolas Anklagen gegen die Staatsführung und forderten die umgehende Revision des Dreyfus-Prozesses. Während Schriftsteller und Künstler mit ihrem bloßen Namen firmiert hatten, setzten die Wissenschaftler zumeist ihre akademischen Grade und Funktionen hinzu, um ihrer Stellungnahme zusätzliche Legitimität zu verleihen.¹¹

Andererseits bezeichnete man als «Intellektuelle» Menschen, die der bestehenden Ordnung grundsätzlich kritisch gegenüberstanden und mithilfe des geschriebenen Wortes für die Wahrung übergeordneter Prinzipien eintraten. Die Dreyfus-Affäre, die sich so gut als Konflikt widerstreitender Prinzipien – Gerechtigkeit versus Staatsräson, Menschenrechte versus Nationsgemeinschaft, Wahrheit versus Ehre der Armee – interpretieren ließ, rief wie kaum ein anderes Ereignis zum Engagement auf. Sie war, so drückte es der Schriftsteller Charles Péguy aus, eine «erwählte Affäre», da sie das Schicksal dreier großer Kräfte – des Judentums, des Christentums und Frankreichs – miteinander verflocht.¹² So verwundert es nicht, dass an den entscheidenden Wendepunkten der Geschichte einzelne Schriftsteller und Journalisten eine ausschlaggebende Rolle spielten. Als Dreyfus bereits zwei Jahre lang auf der Teufelsinsel saß und in der französischen Öffentlichkeit in Vergessenheit zu geraten drohte, war es ein Schriftsteller, der die Affäre wiederbelebte. Es handelte sich um Bernard Lazare, einen jungen, anarchistisch eingestellten Autor jüdischer Herkunft, der 1896 in Zusammenarbeit mit Dreyfus' Bruder Mathieu die Schrift «Ein Justizirrtum» veröffentlichte. Diese erschien in kleiner Auflage und löste kein Medienereignis aus, hatte aber den immensen Verdienst, die politische Elite wieder für das Schicksal des Verbannten zu interessieren. Von grundsätzlich anderer Natur war die berühmte Intervention von Emile Zola in die Affäre, die entscheidend auf die Revision des Prozesses hinwirkte. «J'accuse» erschien in einer auflagenstarken Zeitung und stammte aus der Feder des meistgelesenen Schriftstellers der Epoche. Dieser berief sich auf seine moralische Integrität und das Prestige seines Werkes, um die Glaubwürdigkeit seiner Parteinahme zu stärken: «Auf der Grundlage der vierzig Jahre Arbeit, der Autorität, die dieser Einsatz mir verleihen konnte,

schwöre ich, dass Dreyfus unschuldig ist. [...] Mögen meine Werke untergehen, wenn Dreyfus nicht unschuldig ist! Er ist unschuldig.»¹³

Auf diese Weise ging aus der Dreyfus-Affäre ein Rollenbild des französischen Intellektuellen hervor, das für das 20. Jahrhundert prägend sein würde. Nach diesem Verständnis handelt es sich bei ihm um einen Kulturschaffenden im weitesten Sinne, der eine aktuelle politische Botschaft öffentlich kommuniziert. Konstitutiv für den Intellektuellen des 20. Jahrhunderts ist die Existenz moderner Massenmedien, die es ihm – wie im Falle Zolas mittels der auflagenstarken Tageszeitung – ermöglichen, die erwünschte Resonanz in der Öffentlichkeit zu erzielen. Tendenziell unternahmen französische Intellektuelle seit der Dreyfus-Affäre den Versuch, ihre politischen Positionen an überzeitliche Prinzipien und Werte rückzubinden. So verstand Zola sein Eintreten für Dreyfus als Teil eines größeren Kampfes für die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Das hier vorgestellte Verständnis vom Intellektuellen ist indes politisch wertneutral, denn dieser muss keineswegs notwendig ein Verteidiger aufklärerisch-revolutionärer Werte sein. So stand während der Dreyfus-Affäre die Mehrheit der französischen Intellektuellen *nicht* auf Seiten des Verbannten, sondern verteidigte die Ehre der Armee, die höheren Interessen der Nation und die Traditionen des französischen Volkes. Was Emile Zola für die «Dreyfusards» repräsentierte, stellte Maurice Barrès für die «Anti-Dreyfusards» dar: ein Großschriftsteller, der mit der Reputation seines Werkes die Glaubwürdigkeit seiner politischen Positionen stärkte.

Die dritte Bedeutungsebene der Dreyfus-Affäre wurde bereits angerissen. Mit ihr kommt es zum Durchbruch des Antisemitismus als politisch-sozialer Ideologie. Für zahlreiche Gegner des Hauptmanns musste dessen Schuld gar nicht erst durch Beweise untermauert werden; vielmehr stand diese a priori aufgrund seiner Rassenzugehörigkeit fest. Diese stattete ihn angeblich mit einer Reihe von Charaktermerkmalen und Einstellungen aus, die ihn notwendig zu einem suspekten Staatsbürger machten. So äußerte Maurice Barrès im Umfeld des Prozesses des Jahres 1894: «Dass Dreyfus zum Verrat fähig ist, schließe ich aus seiner Rasse.»¹⁴ Auch ergab sich der pseudowissenschaftliche Duktus des Antisemitismus aus dem geistigen Klima des späten 19. Jahrhunderts, hatte man doch im gleichen Zeitraum die französische Kolonisierung afrikanischer und asiatischer Völker mit rassentheoretischen Argumenten gerechtfertigt.

Von der erschreckenden Verbreitung antisemitischen Gedankenguts unter der französischen Bevölkerung zeugt die unter dem Titel «Monument Henry» berühmt gewordene Briefsammlung, eine mentalitätsgeschichtliche Quelle aus der Dreyfus-Affäre. Der Oberst Henry war einer der wich-

tigsten Protagonisten der Verschwörung gegen den Hauptmann gewesen, hatte er doch einen Teil der gegen Dreyfus ins Felde geführten Beweise selbst gefälscht. Als sein Betrug im Jahre 1898 aufflog, brachte er sich im Gefängnis um, woraufhin Drumont in der «Libre Parole» dazu aufrief, seine Witwe finanziell zu unterstützen. Der Appell stieß auf große Resonanz; Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen spendeten für die Witwe des Fälschers und legten zumeist Begleitschreiben bei, in denen sie ihren judenfeindlichen Einstellungen freien Lauf ließen. «Auf welche verlassene Insel wollen wir das jüdische Volk verbannen?», fragte ein Spender, während andere sich mit einem schlichten «Gott und Vaterland! Nieder mit den Juden» begnügten. Vielfach brachte man die Juden mit anderen wahrgenommenen Vaterlandsfeinden in Verbindung. So gab ein Landpfarrer seinem «sehnlichsten Wunsch nach der Ausrottung der beiden Feinde Frankreichs: des Juden und des Freimaurers» Ausdruck.¹⁵ Im gleichen Zeitraum versuchte Jules Guérin mit der «Ligue antisémite de France» eine judenfeindliche und antifreimaurerische politische Massenbewegung aufzubauen, die sich auf royalistische und boulangistische Kräfte stützen konnte.

Die Jahre 1898–1900 markieren somit den vorläufigen Höhepunkt des französischen Antisemitismus, bevor er mit dem Ausklingen der Affäre an politischer Wirksamkeit einbüßte. Damit war ein ideologischer Klärungsprozess verbunden, denn die Republik und der Antisemitismus galten fortan als unvereinbar. Auch wurde das linke Lager für die Gefährlichkeit des Themas sensibilisiert, denn von nun an konnten die judenfeindlichen Einstellungen innerhalb der Bevölkerung in neuen Krisensituationen immer wieder mobilisiert werden. Auf diese Weise bildet die Dreyfus-Affäre den Auftakt zu einem europäischen Geschehen des 20. Jahrhunderts. «Wichtig an der Dreyfus-Affäre», so schrieb Hannah Arendt, «ist, dass [...] bereits einmal, zu einer Zeit, in der die *Protokolle der Weisen von Zion* noch nicht vorlagen, ein ganzes Volk sich über die Frage, ob das «geheime Rom» oder das «geheime Juda» die Fäden der Welt in der Hand halte, die Köpfe zerbrach und einschlug.»¹⁶

Die vierte Bedeutungsebene der Dreyfus-Affäre ist darin zu sehen, dass sie die Stabilisierung der Republik und eine Neukonturierung der politischen Strömungen auslöste. Dies lässt sich zunächst anhand der Gesetzesreformen sichtbar machen, die ab 1901 umgesetzt wurden. 1899 hatte Pierre Waldeck-Rousseau eine Regierung der «défense républicaine» gebildet, die ein breites Spektrum prorepublikanischer Persönlichkeiten, unter ihnen der Sozialist Millerand, versammelte. Gestärkt durch die hart erkämpfte Freilassung des Hauptmanns setzte diese Regierung eine lange

erwartete, immer wieder herausgezögerte Reform durch – die Einführung der Vereinigungsfreiheit. Nach dem damals bestehenden Recht hatte man eine staatliche Genehmigung einholen müssen, bevor man eine Vereinigung gründen konnte. Dieser staatliche Vorbehalt drückte das dem Jakobinismus entstammende Misstrauen gegenüber einer sich frei entfaltenden Zivilgesellschaft aus. Er zeugte von dem Wunsch, die Organisation von Gruppeninteressen wenn schon nicht zu unterbinden, so doch zu kontrollieren. Auch wenn die Regierungen ihr Genehmigungsrecht eher großzügig praktiziert hatten, blieb doch so ein elementares demokratisches Grundrecht nicht garantiert.¹⁷

Waldeck-Rousseau, der bereits 1884 mit der jakobinischen Tradition gebrochen hatte, indem er die Gründung von Gewerkschaften legalisiert hatte, setzte in dem 1901 verabschiedeten Gesetz durch, dass sich künftig Vereinigungen «ohne vorherige Autorisierung oder Erklärung» bilden konnten.¹⁸ Doch in einer für den französischen Republikanismus charakteristischen Weise verband das Gesetz eine liberale Öffnung mit neuerlichen Restriktionen. Um zu verhindern, dass auch die katholischen Orden von der uneingeschränkten Vereinigungsfreiheit profitieren konnten, führte man für diese eine Sonderbestimmung ein. Diese mussten vor ihrer Gründung eine staatliche Genehmigung einholen, ebenso wie alle bestehenden Orden, die über keine staatliche Anerkennung verfügten, eine solche innerhalb von drei Monaten nach Gesetzesverkündung einzuholen hatten. Sollten sie dieses versäumen oder ihnen die Anerkennung verweigert werden, würden sie aufgelöst und ihr Besitz verkauft. Ebenso würde allen nicht anerkannten Orden die Lehrerlaubnis entzogen. Mit diesen Maßgaben sollten dem Staat die Mittel gegeben werden, das Ordenswesen und dessen Aktivität im Erziehungsbereich ganz unter seine Kontrolle zu bringen. Die Ferry-Gesetze der 1880er Jahre hatten dazu nicht ausgereicht, da sie zwar eine laizistische staatliche Schule eingeführt, aber die Existenz eines freien, kirchlichen Unterrichtswesens nicht infrage gestellt hatten. Seit den Ferry-Gesetzen war es manchen Orden sogar gelungen, ihren Einfluss auszubreiten, wie etwa den vor wenigen Jahrzehnten erst gegründeten Assumptionisten. Diese galten den Republikanern als das Sinnbild des reaktionären, judenfeindlichen Klerikalismus, der in der Dreyfus-Affäre eine so schädliche Rolle gespielt hatte.

Die Parlamentswahlen des Jahres 1902 standen unter den Vorzeichen zunehmend kontroverser Auseinandersetzungen um den Antiklerikalismus der Regierung. Ein Teil der gemäßigten Republikaner um Jules Méline hatte sich 1899 von dem restriktiven Vorgehen Waldeck-Rousseaus distanziert und war in die Opposition gegangen. So kam es zu einer Trennung *inner-*

halb des republikanischen Lagers: Die *radicaux* bildeten zusammen mit dem pro-dreyfusistischen und antiklerikalen Teil der Gemäßigten einen «*bloc des gauches*», dem eine Opposition aus rechten Republikanern, Konservativen, Monarchisten und Nationalisten gegenüberstand. Dem «Block der Linken» gelang ein in Mandaten überwältigender Wahlsieg, so dass ihnen nun der Weg zu weiteren laizistisch inspirierten Reformen offenstand. Angesichts des Rückzugs von Waldeck-Rousseau oblagen diese dem «Radikalen» Emile Combes, der von 1902 bis 1905 an der Spitze der Regierung stand. Der von seinen Anhängern liebevoll als «Väterchen Combes» bezeichnete Politiker war das Sinnbild eines kämpferischen, kompromisslosen Antiklerikalen. Der einstige Zögling eines Priesterseminars und jetzige Freimaurer hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Ordensleute ein für alle Male aus dem Erziehungswesen herauszudrängen, so dass alle Kinder und Jugendlichen in den Genuss einer von laizistischen Werten geprägten Erziehung kommen konnten.

Combes machte sich umgehend an die strikte Anwendung des Gesetzes von 1901: Nachdem zunächst ca. 3000 Schulen der nicht anerkannten Orden geschlossen worden waren, musste nun über die Gesuche derjenigen Kongregationen entschieden werden, die ihre gesetzliche Genehmigung beantragt hatten. Anstatt dem Parlament jeden Antrag einzeln zur Abstimmung vorzulegen, zog Combes eine pauschale Entscheidungsfindung vor. Die Genehmigungsanträge wurden dem Parlament gebündelt vorgelegt und von diesem global abgelehnt. Waldeck-Rousseau war über eine solch rigorose Anwendung seines Gesetzes schockiert: Combes habe ein «Gesetz der Kontrolle in ein Gesetz des Ausschlusses verwandelt», beklagte er.¹⁹ Kurz darauf ging der Regierungschef noch einen Schritt weiter, indem er es mit dem Gesetz vom 7. Juli 1904 den Orden schlechthin untersagte, im Unterrichtswesen tätig zu sein. Ihnen wurde eine Frist von zehn Jahren gegeben, ihre Schulen zu schließen oder in eine andere Trägerschaft zu überführen.

Mit diesen Maßnahmen meinten die kämpferischen Antiklerikalen um Combes ihr primäres politisches Ziel erreicht zu haben, indem sie nämlich den Kräften, in denen sie die Verursacher der Dreyfus-Affäre sahen und die sie als die «schwarze Partei» brandmarkten, ihre Machtbasis entzogen hatten. Der «parti noir», den der Schriftsteller Anatole France in seinem gleichnamigen Buch so eindrucksvoll an den Pranger gestellt hatte, war für sie ein düsteres Komplott aus Geistlichen, konservativen Eliten und Militärs, dessen Rückhalt die Ordensleute mit ihren Schulen bildeten. Indem die Kongregationen künftig Unterrichtsverbot erhielten, würde die «schwarze Partei» ihre schädlichen Ideen nicht mehr an die Jugend weitergeben und somit ihren gesellschaftlichen Einfluss verlieren.

Das harte Vorgehen gegen die Orden führte umgehend dazu, dass sich das Verhältnis Frankreichs zum Heiligen Stuhl dramatisch verschlechterte. Der konservative Papst Pius X. verurteilte die Aktionen der Regierung Combes in äußerster Schärfe, woraufhin Letztere die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan abbrach. Diese Eskalation mündete schließlich darin, dass Frankreich einseitig das Konkordat aufkündigte, welches das Land seit 1801 an den Heiligen Stuhl band. Dieses hatte den französischen Staat dazu verpflichtet, für den Unterhalt der katholischen Priester und Bischöfe aufzukommen, wofür im Gegenzug der Regierung ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung der Bischöfe eingeräumt wurde.

Um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche wurde nun eine heftige Kontroverse *innerhalb* des laizistischen Lagers ausgetragen: Sein radikalster Flügel wollte den Staat zum Instrument der fortschreitenden Säkularisierung der Bevölkerung und der Zurückdrängung des «schädlichen» Einflusses aller Religionen machen. Combes hingegen verfocht in der Tradition des Gallikanismus die strikte Kontrolle und Unterordnung der Kirche unter staatliche Aufsicht. Es siegte schließlich eine dritte, von Aristide Briand und Ferdinand Buisson repräsentierte Richtung, die für die Trennung von Staat und Kirche sowie die religiöse Freiheit des Individuums eintrat. «Die Republik sichert die Freiheit des Gewissens», hieß es im ersten Artikel des Gesetzes vom 9. Dezember 1905. «Sie stellt die freie Ausübung der Religionen sicher.»²⁰ Mit dem zweiten Artikel entledigte sich der Staat seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Geistlichen: «Die Republik erteilt keiner Religion ihre Anerkennung, noch leistet sie ihnen Gehaltszahlungen oder Subventionen.»²¹ Der kirchliche Grund- und Güterbesitz sollte zunächst von Beamten erfasst und dann in den Besitz des Staates übergehen. Dieser verpflichtete sich dazu, künftig für den Erhalt der Kirchenbauten zu sorgen und sie den Gläubigen kostenlos zur Nutzung zu überlassen. Das Gesetz löste bei den Katholiken und ihrem römischen Oberhaupt zunächst einen Sturm der Entrüstung aus; insbesondere kam es örtlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, als sich staatliche Beauftragte an die Erfassung des kirchlichen Besitzes machten. Langfristig aber führte das Gesetz von 1905 zu einer Beruhigung im Verhältnis von Staat und Kirche, da es ein für alle Male den Platz der Religionen in der Republik grundsätzlich regelte.

In seinem 1910 erschienenen autobiografischen Rückblick bezeichnete der Schriftsteller Charles Péguy die Dreyfus-Affäre als eine «herausragende Krise in der Geschichte Frankreichs».²² Aus heutiger Perspektive erscheint sie uns als die französische Jahrhundertwende im wörtlichen Sinne. Zum

einen bringt sie Entwicklungen zum Abschluss, die das 19. Jahrhundert in Frankreich kennzeichneten: Sie markiert das vorläufige Ende eines Konfliktes, der das Land seit der Revolution von 1789 beschäftigt hatte – die Auseinandersetzung zwischen Republik und katholischer Kirche um die Rolle, welche die Religion im öffentlichen Leben einnehmen durfte. In ihrer zugespitzten Frontstellung spielte sie noch einmal den Kampf durch, der bereits in der Großen Revolution zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geführt hatte. Beide Seiten, Katholiken auf der einen und laizistische Republikaner auf der anderen, operierten mit übertriebenen Feindbildern und Mythen, insofern sich beide Lager mit einer Verschwörung konfrontiert sahen. Was für die Laizisten das dunkle Bündnis von Mönchen und Militärs darstellte, war für die «Anti-Dreyfusards» das Komplott aus Juden, Freimaurern und freigeistigen Intellektuellen: die Verkörperung des absolut Bösen, das es mit allen Mitteln zu bekämpfen galt. Die Kontrahenten der Dreyfus-Affäre waren insoweit Menschen des 19. Jahrhunderts, wenn sie sich auf der einen Seite als die Sachwalter aufklärerischer Werte von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Wahrheit verstanden und auf der anderen als die Verteidiger vaterländischer Traditionen und der Ehre der Armee. Die Affäre war, und auch darin ist sie charakteristisch für das französische 19. Jahrhundert, der letzte große Konflikt, in dem die Arbeiterschaft als politische Kraft praktisch keine Rolle spielte. Manche Gewerkschaftler und Sozialisten, wie etwa Jules Guesde, begriffen die Affäre als eine Auseinandersetzung *innerhalb* des Bürgertums, in der es um das Schicksal eines *bürgerlichen* Offiziers ging. Daraus zogen sie die Konsequenz, dass die Arbeiterbewegung in dieser Konfrontation keine Partei zu ergreifen hatte – weder für noch gegen den Hauptmann. Erst auf dem Wendepunkt der Affäre, im Sommer 1898, schlossen sich Jean Jaurès und andere Sozialisten aus humanitären, antimilitaristischen und antiklerikalen Erwägungen dem Kampf für Dreyfus an.

Zum anderen erscheinen in der Dreyfus-Affäre zum ersten Mal die Konturen der französischen politischen Kultur des 20. Jahrhunderts. Sie machte sichtbar, welche entscheidende Rolle die Massenmedien, die öffentliche Meinung und ihre Beeinflussung durch tonangebende Intellektuelle künftig spielen würden. Und sie markierte eine dauerhafte Spaltung innerhalb des französischen Nationalismus: Sie brachte eine neue rechte Strömung hervor, die sich nicht mehr an vergangenen Ordnungsmodellen wie der Erbmonarchie oder dem Kaiserreich orientierte, aber dennoch nach einer anderen Staatsform als der auf den Werten von 1789 gegründeten liberalen Republik strebte. Für die rechten Nationalisten, die aus der Dreyfus-Affäre als vorläufige Verlierer hervorgingen, sollte Frankreich

nicht die Werte von Freiheit und Gleichheit vor sich hertragen, sondern dem Vaterland, der Scholle und der Blutsgemeinschaft der Franzosen huldigen. Der Schriftsteller Maurice Barrès, der als Chefideologe der neuen Rechten gelten kann, distanzierte sich scharf vom freiheitlichen, voluntaristischen Nationsverständnis von 1789: «Ein Nationalist ist ein Franzose, der sich seiner Formung bewusst ist», schrieb er 1902. «Nationalismus bedeutet die Akzeptanz eines Determinismus.»²³ Im Mittelpunkt seiner Doktrin stand der «Kult der Toten und der Erde»: «Es gibt keine Freiheit des Denkens», bekundete er. «Ich kann nur gemäß meiner Toten leben. Sie und meine Erde befahlen mir ein bestimmtes Handeln.»²⁴ Der extreme, xenophobe Nationalismus der französischen Rechten entstand nicht erst im 20. Jahrhundert in Opposition zum Kommunismus, sondern nistete sich viel früher, seit dem Boulangismus und der Dreyfus-Affäre, als eine Bewegung gegen die Ideen von 1789 dauerhaft in der politischen Kultur ein.²⁵ Über die nächsten Jahrzehnte würde diese minoritäre rechte Strömung immer wieder auf ihre Chance warten, sich für ihre Niederlage in der Dreyfus-Affäre zu revanchieren, und bereitete so den geistigen Boden für das autoritäre, antirepublikanische und antisemitische Vichy-Regime. Somit brachte die Affäre zwei für das 20. Jahrhundert kennzeichnende Auffassungen von Frankreich zur Reife: auf der einen Seite ein inklusives Verständnis, das es als eine prinzipiell offene Gemeinschaft verstand, die zugleich ihren Bürgern eine gewisse Anpassung an die republikanischen Werte – insbesondere den Laizismus – abverlangte; auf der anderen Seite ein exklusives Konzept, das – indem es Frankreich als eine Stammesgemeinschaft begriff – eine Vielzahl von Landesbewohnern von vornherein ausschloss.

Paris

Von der Hauptstadt war bisher noch nicht viel die Rede. Zahlreiche Interpreten Frankreichs und seiner Geschichte konzentrieren ihre Aufmerksamkeit ganz auf Paris, als wenn es ein *pars pro toto* wäre, als wenn sich alle gesellschaftlichen, sozialen und politischen Tendenzen des gesamten Landes wie in einem Brennglas in der Hauptstadt bündelten. Dies war weder 1900 noch zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der französischen Geschichte der Fall: Paris war ein Teil von Frankreich, aber es repräsentierte nicht das Land. Die große Mehrheit der Französischen und Franzosen war einer ganz anderen Lebenswirklichkeit ausgesetzt. Von den 38 Millionen Einwohnern lebten um 1900 etwa 2,5 Millionen in der Hauptstadt; überhaupt waren die Stadtbewohner unter der französischen Bevölkerung mit ca. 39 Prozent eine Minderheit. Paris ist innerhalb Frank-

reichs eine Ausnahme, zugleich aber geht von dieser Stadt die internationale Ausstrahlung und Anziehungskraft des Landes aus. Insofern teilen viele ausländische Beobachter mit den Pariser Eliten den Irrtum, aus der Hauptstadt das Wesen der französischen Geschichte lesen zu wollen. Denn in Paris ist das ideologische Klima aufgeheizter, die Vielfalt politischer Positionen reicher und die Lust am Debattieren größer als an anderen Orten Frankreichs. Und in wohl kaum einer anderen europäischen Hauptstadt besteht ein solch enges Beziehungsgeflecht zwischen den politischen, wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Eliten. Das sogenannte *Tout-Paris*, das aus Künstlern, Politikern, Geschäftsleuten, Vertretern der Großbourgeoisie und des Adels bestehende Netzwerk, faszinierte mit seinem eleganten, in Salons, Restaurants, Theatern sich abspielenden Leben nicht nur französische Schriftsteller wie Marcel Proust, sondern auch zahllose ausländische Beobachter.

Die Bewohner der Hauptstadt unterschieden sich von ihren Landsleuten nicht zuletzt dadurch, dass sie die bewegte politische Geschichte der Nation stets aus nächster Nähe verfolgt hatten. «Der Pariser hat alles gesehen», so resümierte der Journalist Albert Wolff die Mentalität seiner Mitbürger. «Wenn er das Alter der Vernunft erreicht, hat er normalerweise zwei oder drei Revolutionen beigewohnt; er hat unter verschiedenen Republiken oder Monarchien gelebt; er hat die Denkmäler der Stadt in Flammen gesehen; [...] er hat vor seinem Wohnhaus das Pfeifen der Granaten gehört; [...] er hat gesehen, wie die Umwälzungen aus einem Habenichtsen einen Millionär machten.» Den Pariser, so Wolff, könne so schnell nichts beeindrucken, denn er sei «so dickhäutig wie ein Krokodil». ²⁶ Geradezu sprichwörtlich war die Neugier der Hauptstadtbewohner, die aufmerksam alles aufnahmen, was sich im Mikrokosmos der Metropole abspielte – von politischen Skandalen über die Produktionen der zahllosen Bühnen bis hin zu den *faits divers*, den Unglücken, Verbrechen und Sensationen des Alltags, von denen die Massenpresse so ausführlich berichtete. ²⁷ Die Pariser, so urteilte Wolff, waren ein Volk von *badauds* , von Schaulustigen, denen all das, was in der Hauptstadt passierte, viel bedeutender erschien als noch so wichtige Entwicklungen in der französischen Provinz oder im Rest der Welt.

Walter Benjamin hat Paris als die «Hauptstadt des 19. Jahrhunderts» gekennzeichnet. Die Hauptstadt verkörperte für ihn auf exemplarische Weise die Tendenzen des Zeitalters, da sie sich mit dem Heraufziehen des Besitzbürgertums auf den Kommerz, den Konsum und den Großstadtverkehr eingerichtet hatte. Wie wohl kaum eine andere europäische Metropole hatte sich die Hauptstadt innerhalb weniger Jahre grundlegend ver-

wandelt, seitdem der kaiserliche Präfekt Baron Haussmann ab 1853 die mittelalterlichen Viertel niederreißen und großzügige Verkehrsachsen anlegen ließ, die sie von Norden nach Süden und von Westen nach Osten vermaßen. An die Stelle alter Stadtmauern waren die *Grands Boulevards* getreten, auf denen sich die Warenhäuser breitmachten und die dem *Flaneur*, diesem Sinnbild der müßigen Großstadtextistenz des 19. Jahrhunderts, unendliches Material zum Staunen und Beschreiben boten. Der von seinen Gegnern als «Attila der Enteignung» gescholtene, sich selbst als «abreißender Künstler» bezeichnende Haussmann prägte ein für alle Male das Antlitz der Stadt.²⁸ Weder um die Jahrhundertwende noch in irgendeiner anderen späteren Phase hat man es seitdem vermocht, den Anblick von Paris erneut so nachhaltig zu verändern und der Stadt den Stempel des 20. Jahrhunderts aufzudrücken. Ihre Attraktivität um 1900 bestand nicht zuletzt darin, dass sie mit ihren wohldurchdachten Perspektiven, ihren großzügigen Magistralen und ihrem harmonischen Stadtbild auf perfekte Weise die Ästhetik des 19. Jahrhunderts verkörperte.

Der Haussmann'sche Umbau hatte Paris auch ein neues Zentrum gegeben: Es war der riesige Stahl- und Glaskomplex der «Halles centrales», des Lebensmittelmarkts, im Herzen der Stadt. Jeder der zehn Pavillons war einer anderen Warensorte gewidmet, zu denen tagtäglich in den frühen Morgenstunden die Lieferanten aus allen Himmelsrichtungen einströmten. Emile Zola hat sie in seinem gleichnamigen Roman als den «Bauch von Paris» gefeiert, auf den alle Lebensadern des Agrarlandes zuliefen. Die «Halles» waren der Umschlagplatz des Groß- und Kleinhandels, Treffpunkt für Produzenten, Zwischenhändler, Restaurateure, Konsumenten, Schaulustige und die vielen zwielichtigen Gestalten, die von diesem Treiben profitieren wollten. Dem Betrachter drängte sich der Eindruck eines überbordenden Reichtums an Lebensmitteln unendlicher Vielfalt auf; Symbol einer Nation, die im guten Essen ein zentrales Merkmal ihrer Zivilisation und ihrer Geselligkeit erblickte. Zola beschrieb den «Bauch von Paris» förmlich als eine eigene Stadt innerhalb der Metropole, in der sich ein unüberschaubar geschäftiges, lärmendes Leben abspielte: «Rechts und links, auf allen Seiten, mengte das Geschrei der Ausrufer hohe Pickelflötentöne in das tiefe Gebrumme der Menge, es war bei den Seefischen, auf dem Buttermarkte, in der Geflügelabteilung, auf dem Fleischmarkte. Von Zeit zu Zeit ertönte eine Glocke, und dem Klang folgte der Lärm eines Marktes, dessen Eröffnung sie ankündete.»²⁹

Nördlich und westlich des Hallenviertels, im Umkreis der Börse und des Palais Royal, kam man in das Zentrum einer weiteren internationalen Attraktion der Hauptstadt, nämlich der käuflichen Liebe. Diese war in

Paris leicht zugänglich, denn die Prostitution galt den staatlichen Autoritäten als notwendiges, unvermeidbares Übel und war insofern gestattet. Man zog es vor, das Gewerbe zu reglementieren und zu kontrollieren, statt es zu verbieten und damit in die Kriminalität zu drängen. So entwickelte sich ein weitgefächerter Sektor, in dem um die Jahrhundertwende ca. 7000 der Pariser Polizei bekannte Prostituierte tätig waren. Ursprünglich hatte der Staat gehofft, die käufliche Liebe einhegen zu können, indem man sie weitgehend auf sogenannte *maisons closes* beschränkte. Es handelte sich dabei um von älteren Frauen geleitete Bordelle, in denen die Prostituierten ein vom Rest der Gesellschaft weitgehend abgeschirmtes Leben führten. Die Sittenpolizei konnte jederzeit zu einem Kontrollgang eintreten, ebenso wie die dort arbeitenden Frauen sich regelmäßig erniedrigenden ärztlichen Untersuchungen unterziehen mussten, um die Verbreitung der Syphilis zu begrenzen. Ein Dauergast der *maisons closes* war der Maler Henri Toulouse-Lautrec, der mit seinen Gemälden das Leben der Pariser Prostituierten um 1900 in all seinen Facetten unsterblich gemacht hat.

Entsprechend der sozialen Schichtung gab es drei verschiedene Kategorien von Bordellen, die sich an Kunden unterschiedlicher Klassen richteten: An der Spitze standen die oft spektakulär ausgestatteten Häuser «erster Kategorie», die eine teils internationale, elitäre Klientel aus Hochadel und Großbourgeoisie anlockten. Legendär war etwa «Le Chabanais», zu dessen Stammgästen der britische Kronprinz Albert Edward und der portugiesische König Karl I. gehörten. Die Bordelle «zweiter Kategorie» wandten sich an Männer der Mittelschichten, die dort in absoluter Diskretion Bedürfnissen nahegehen konnten, die in der bürgerlichen Ehe unbefriedigt blieben. Schließlich gab es die oft sehr primitiv ausgestatteten Häuser «dritter Kategorie», die von Arbeitern und Handwerkern frequentiert wurden.³⁹

Um die Jahrhundertwende begann bereits der Niedergang der *maisons closes*, denn viele Prostituierte zogen es nun vor, sich außerhalb dieser geschlossenen Einrichtungen als Selbstständige zu registrieren, ebenso wie viele Kunden die Intimität einer Wohnung den Bordellen vorzogen. Auch gab es jetzt immer mehr Bars, Restaurants und Cabarets, in denen die dort tätigen Kellnerinnen und Tänzerinnen gleichzeitig erotische Dienstleistungen anboten. Auf diese Weise gewann Paris den internationalen Ruhm der Hauptstadt des Vergnügens und der sexuellen Libertinage. Zu diesem Image trugen auch die sogenannten *cocottes*, die Halbweltdamen, bei. Dabei handelte es sich um Schauspielerinnen, Sängerinnen und Tänzerinnen, die ein exzessives gesellschaftliches Leben führten, oft ihre Liebhaber wechselten und zu hohen Tarifen auch zur käuflichen Liebe bereit waren. Zu solchen Kurtisanen der Oberschicht zählten etwa die Schauspielerin

Sarah Bernhardt, die Sängerin Caroline Otero und die Tänzerin Mata Hari.³¹ Der Glamour der *cocottes* prägte das Bild der Epoche, während die miserable, prekäre und risikobehaftete Existenz der «gewöhnlichen» Prostituierten in Vergessenheit geriet. In Erinnerung blieb der Mythos einer von Ausschweifung und Hedonismus gekennzeichneten *belle époque*. Es passte gut ins Bild des frivolen Paris, dass Staatspräsident Félix Faure am 16. Februar 1899 im Elysée-Palast einen tödlichen Gehirnschlag erlitt, als er in den Armen einer Kurtisane lag.

Unweit des Hallenviertels befand sich das von Charles Garnier entworfene neue Opernhaus, das architektonische Symbol schlechthin der *belle époque*. Der noch von Kaiser Napoleon III. in Auftrag gegebene, aber erst 1875 eröffnete Theaterpalast verkörperte mit seinem ausladenden Prunk und seiner unbekümmerten Mischung verschiedener Baustile die Ästhetik des späten 19. Jahrhunderts. Damit der Betrachter aus weiter Entfernung die Opernfassade in ihrer ganzen Pracht erfassen konnte, hatte man eine breite Avenue diagonal durch die Häuserviertel bis hin zum Louvre angelegt. Im *Palais Garnier* spielte man mit den Opern eines Gounod, Berlioz, Massenet und Bizet die großen Komponisten des 19. Jahrhunderts, während die für das 20. Jahrhundert wegberreitenden Werke andernorts uraufgeführt wurden. Claude Debussy, der mit neuen Klangformen experimentierte und Dissonanzen in die klassische Musik einführte, brachte seine einzige, auf einem Text des symbolistischen Dichters Maurice Maeterlinck beruhende Oper «Pelléas et Mélisande» in der *Opéra-Comique* 1902 zur Uraufführung. Sie irritierte mit ihrer neuartigen Klangsprache die Hörgewohnheiten des Pariser Publikums, während das Werk für eine Reihe junger Künstler der Initiation in eine neue Kulturrepoche gleichkam. Diese sich im Kreis der sogenannten «Apachen» treffenden Musiker, Dichter, Maler und Bildhauer erblickten in Debussy den Kündler einer neuen Zeit.³² Zu der Gruppe zählte etwa Maurice Ravel ebenso wie der junge russische Komponist Igor Strawinsky, der als großer Bewunderer Debussys nach Paris gekommen war. Mit seinen dort uraufgeführten Balletten «Der Feuervogel» und «Le Sacre du Printemps» löste er zunächst einen grandiosen Publikumsskandal aus, verhalf aber langfristig der Musik der Moderne zu ihrem Durchbruch.

Auch in anderen Kulturbereichen wirkte Paris wie ein Magnet, der junge Künstler aus allen Ländern anzog. So ließ sich etwa der spanische Maler Pablo Picasso ab 1900 zunächst zeitweise, dann permanent in Paris nieder. Seine erste Pariser Heimat war der Montmartre, der Hügel am Rande der Hauptstadt, bevölkert von armen Leuten, Arbeitern, Prostituierten, Bettlern und Dieben. Seit den späten 1880er Jahren hatte das Viertel

Künstler wie Vincent van Gogh, Edgar Degas und Henri Toulouse-Lautrec angezogen, die unter den randständigen Menschen des Montmartre ihre Motive fanden. Zusammen mit anderen Künstlern wie Georges Braque und Juan Gris lebte Picasso ab 1904 dort in dem Atelier «Bateau Lavoir», das gut 20 Malern eine Heimstatt bot. Dort schuf er 1907 das Bild «Les Demoiselles d'Avignon», das als das erste kubistische Gemälde und Auftakt der modernen Malerei in die Kunstgeschichte eingegangen ist.

Zunächst mag es paradox erscheinen, dass ausgerechnet Paris auf diese Weise zur Wiege der Kunst des 20. Jahrhunderts wurde, wirkte doch die Stadt auf den ersten Blick weit weniger der Moderne aufgeschlossen und stärker vom Erbe des 19. Jahrhunderts geprägt als andere Metropolen wie Berlin, New York und London. Für die amerikanische Schriftstellerin Gertrude Stein, die ab 1900 in der Hauptstadt wohnte, war es genau dieser Aspekt, nämlich die Traditionsverbundenheit, der «Paris und Frankreich zum natürlichen Hintergrund der Kunst und Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts machte». Ihr Sinn für Tradition habe die Franzosen vor überhasteter Veränderung bewahrt; gleichzeitig aber hätten sie in ihrem tief-sitzenden Realitätssinn «das Leben wie es ist» genommen, ohne sentimental auf Vergangenes zurückzublicken. «So beginnt es verständlich zu werden», schrieb Gertrude Stein, «dass das zwanzigste Jahrhundert, dessen Mechanik, dessen Verbrechen, dessen Standardisierung in Amerika begann, den Hintergrund von Paris brauchte, den Ort wo Tradition so gefestigt war, dass man modern aussehen konnte ohne anders zu sein, und wo die Bejahung der Realität so groß ist, dass man jedem das Gefühl der Unwirklichkeit lassen konnte.»³³

Unterdessen schritt die Modernisierung der Stadt behutsam fort. Ein wichtiger Katalysator dafür war die Weltausstellung des Jahres 1900, die eine Bilanz des im 19. Jahrhundert erzielten technischen Fortschritts ziehen sollte. Rechtzeitig zu diesem touristischen Großereignis hatte man drei neue Bahnhöfe und eine Seine-Brücke eröffnet. Und es gab den entscheidenden Anstoß dazu, endlich eine Untergrundlinie fertigzustellen, nachdem seit den 1840er Jahren verschiedene Projekte unverwirklicht geblieben waren. Während die ersten Londoner U-Bahnen von Dampflokomotiven angetrieben worden waren, fuhren in der Pariser Metro von Beginn an strombetriebene Züge, welche die Besucher in das Ausstellungsgelände entlang der Seine um den Invalidendom, die Champs-Élysées und den Eiffelturm brachten. Die Eingänge der Metrostationen hatte der junge Architekt und Designer Hector Guimard im Stil des *Art Nouveau* mit üppigen, aus Stahl geschmiedeten Pflanzendekorationen und Glasdächern gestaltet.³⁴ An den Ufern der Seine reihten sich die einzelnen Pavillons der

ausstellenden Nationen, die von den Besuchern über ein elektrisch betriebenes «rollendes Trottoir» schnell erreicht werden konnten.

Die *Exposition universelle* feierte die Stromerzeugung als die Technologie der Zukunft und widmete ihr einen ganzen Palast, den eine von Tausenden vielfarbigen Glühlampen beleuchtete «Fee der Elektrizität» krönte. Riesige, dampfbetriebene Stromgeneratoren versetzten zahlreiche Betrachter in Staunen und vermittelten ihnen den Eindruck, dass ein neues, von der Elektrizität geprägtes Zeitalter anbrach. «Die Maschine ist zur Herrscherin der Welt geworden», bekundete Handelsminister Millerand in seiner Eröffnungsrede.³⁵ Der amerikanische Intellektuelle Henry Adams verglich die energieproduzierenden Maschinen mit dem mittelalterlichen Marienkult: So wie die Jungfrau Maria als einheitsstiftender Mythos die europäische Kultur des Mittelalters beseelt habe, würde die Maschine zur Inspirationsquelle und mobilisierenden Kraft des 20. Jahrhunderts werden.³⁶

In den Sommermonaten des Jahres 1900 sonnte sich Paris in seinem Ruhm als Metropole einzigartiger Attraktivität und feierte den Durchbruch der Massenkultur, zog die Weltausstellung doch 50 Millionen Touristen an. Kein anderes touristisches Großereignis hatte je so viele Besucher verzeichnen können; und man musste bis in die 1960er Jahre warten, bis eine Weltausstellung wieder solche Aufmerksamkeit fand.³⁷ Ihren feierlichen Schlusspunkt bildete ein «Bankett der Bürgermeister», zu dem Staatspräsident Emile Loubet die Oberhäupter der über 36 000 Kommunen des Hexagons und seiner Überseedépartements eingeladen hatte. Gut 20 000 Bürgermeister kamen aus allen Ecken der Provinz in die Hauptstadt, um mit dem Staatspräsidenten unter einem riesigen Zeltdach im Tuilerien-Garten zu speisen und einen Moment der Eintracht inmitten der Kontroversen im Umfeld der Dreyfus-Affäre zu feiern. Das Agrarland stellte die Opulenz seiner Provinzen zur Schau, hatte man doch 2 500 Fasane, einen ganzen Eisenbahnzug von 2 50 Rindern, 2 500 Bresse-Poularden und 2000 Kilo Lachs nach Paris gebracht, um die Ädilen zu beköstigen. Ein Jahrhundert, das mit den Leidenschaften der Revolution angehoben hatte, endete mit einem Bankett, Sinnbild einer Gesellschaft, die in männlichen Bürgern und Bauern ihre Basis erblickte. «Unsere Vorfahren nahmen die Bastille, unsere Bürgermeister nehmen einen Kaffee», spottete der Chansonnier Vincent Hyspa über das Spektakel. Und Sozialisten, Syndikalisten und Feministinnen erhoben am Rande des Banketts die Stimme für die Ausgeschlossenen der Republik, gab es doch unter den Bürgermeistern keine Frauen und nur wenige Sozialisten.³⁸

Die Konzentration des universitären Geisteslebens auf die Hauptstadt war in Frankreich unvergleichlich stärker als in anderen Ländern. Um

1900 studierten gut 42 Prozent der französischen Studenten in Paris, während Berlin lediglich 13 Prozent der deutschen studentischen Jugend an sich zog.³⁹ Das intellektuelle Leben der Hauptstadt spielte sich damals wie heute weitgehend auf dem linken Seineufer im Quartier Latin und in St.-Germain-des-Prés ab. Dort lagen die Sorbonne, die traditionsreiche Universität, und das von Franz I. begründete Collège de France, an dem seit jeher die Geistesgrößen des Landes unter privilegierten Bedingungen lehren durften. Der kommende Star des Collège de France war der Philosoph Henri Bergson, der dort im Jahre 1900 seine Antrittsvorlesung hielt. Der rhetorisch hochbegabte Denker verkündete eine Abkehr vom vorherrschenden Rationalismus und Positivismus, indem er das menschliche Erleben in den Mittelpunkt rückte. Nicht der Verstand sei das wesentliche Instrument des Menschen, sondern seine Intuition. Anstatt überzeitlicher Werte feierte er den «élan vital» des Menschen, der ihn zu immer neuen Entfaltungen treibe. Für die Vorlesungen Bergsons begeisterte sich nicht nur die mondäne Welt, sondern auch eine junge Schriftstellergeneration um Charles Péguy, die in ihm den Vordenker einer neuen geistigen Ära erblickte.

Während die Lehrveranstaltungen des Collège de France für alle Menschen offenstanden, herrschten an anderen Bildungsstätten eine strenge Selektion sowie ein ausgeprägter Korpsgeist vor. So wurde in der Ecole libre des Sciences Politiques die künftige administrative und politische Führungsschicht des Landes herangezchtet. Emile Boutmy hatte sie kurz nach der Niederlage gegen Deutschland gegründet, schockiert von der politischen Unbildung, die er unter den französischen Soldaten festgestellt hatte. Eine demokratische Republik, so seine Überlegung, brauche eine kultivierte Elite, die ein noch unmündiges Volk anführe. Denn das allgemeine Wahlrecht allein könne keine intelligente politische Führung gewährleisten; nur eine gezielte Ausbildung der Besten könne die für die Regeneration Frankreichs notwendige Geistesaristokratie hervorbringen.⁴⁰ Diese Aufgabe stellte er der neuen, kurz Sciences Po genannten Hochschule anheim, die eine kaum zu unterschätzende, im Laufe des 20. Jahrhunderts wachsende Rolle in der Prägung nicht nur der politisch-administrativen, sondern auch der wirtschaftlichen und medialen Eliten spielte.

Ein ähnlich elitärer Geist prägte die Ecole normale supérieure (ENS), nach ihrer Adresse unweit des Pantheons auch kurz als «rue d'Ulm» apostrophiert. Die bereits unter der Julimonarchie gegründete Hochschule bildete die wissenschaftliche Führungsschicht des Landes, Forscher und akademische Lehrer, aus. In die ENS wurde man nach einem äußerst schwierigen und langwierigen Auswahlverfahren aufgenommen, auf das die Kandidaten

sich zwei Jahre vorbereiteten. Die strenge Selektion sollte ermöglichen, dass nur die Besten eines jeweiligen Jahrgangs unabhängig von ihrer sozialen, geographischen und kulturellen Herkunft dort Aufnahme fanden. Man hielt das Ideal eines «republikanischen sozialen Aufstiegs» hoch, der es Söhnen von Bauern, Handwerkern und Grundschullehrern erlauben sollte, aus der Beschränktheit ihrer Provinz in die illustren Höhen des Pariser Geisteslebens aufzusteigen. Einerseits gab und gibt es immer wieder leuchtende Beispiele für diese republikanische Meritokratie; andererseits aber bot die Hochschule auch stets den Pariser kulturellen Eliten die Möglichkeit, sich selbst zu reproduzieren, da sie es unvergleichlich besser als andere Schichten vermochten, ihre Nachkommen auf das Selektionsverfahren vorzubereiten. Um 1900 war die rue d'Ulm der Ort heftiger ideologischer Konflikte zwischen nationalistisch gesinnten und linksorientierten Studenten. Letztere scharten sich um den Bibliothekar der ENS, Lucien Herr, der, indem er zahlreiche junge Männer zum Sozialismus und zum Engagement für Dreyfus bekehrte, zu einer Vaterfigur einer ganzen Generation von Intellektuellen wurde.

Während in der rue d'Ulm nur Männer unterrichtet wurden, gab es seit 1881 im Vorort Sèvres auch eine Ecole normale supérieure für Frauen, wo diese auf den Lehrerinnendienst in weiterführenden Schulen vorbereitet wurden. Die erste Frau, die dort im Jahre 1900 eine Professur erhielt, war Marie Curie, eine junge, aus Polen eingewanderte Physikerin, die zusammen mit ihrem Mann Pierre die Radioaktivität erforschte und drei Jahre später den Nobelpreis für Physik erhielt. Ihre Karriere veranschaulicht einerseits die Chancen, welche die Republik einer erst kürzlich eingewanderten Frau eröffnete. Andererseits symbolisieren die oft heftigen öffentlichen Reaktionen auf ihren Werdegang die Borniertheit einer noch stark patriarchalisch geprägten Kultur.

Die Industrielle Revolution spielte sich hingegen weitgehend vor den Toren der Hauptstadt ab. In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten zahlreiche Industrien, auch aus der traditionell dort stark präsenten Textil- und Bekleidungsbranche, Paris verlassen und waren in die Vorstädte oder aber in die Provinz gezogen. Paris dagegen entwickelte sich mehr und mehr zu einer Stadt des Dienstleistungssektors, in dem kleine Unternehmen und Warenhäuser vorherrschend waren. Die wenigen dort verbliebenen Produktionsbetriebe insbesondere im Bereich der graphischen Künste und der Maßschneiderei waren eher handwerklichen als großindustriellen Charakters. Die neuen Industriezweige hingegen, wie die Gas-, Elektrizitäts- und Automobilindustrie, siedelten sich in der *banlieue* der Hauptstadt an

und machten diese zum Zentrum der industriellen Entwicklung Frankreichs.⁴¹

So eröffneten 1899 die drei Brüder Marcel, Fernand und Louis Renault ihre erste Fabrik in dem südwestlichen Pariser Vorort Boulogne-Billancourt. Louis, mit 22 Jahren der Jüngste, war unter den dreien der kreative Pionier mit Unternehmergeist, der auf der Basis der damals bestehenden Kenntnisse seine eigenen Modelle entwickelte. Die Vermarktung ihrer zunächst bescheidenen Produktion von nicht einmal 200 Fahrzeugen im Jahre 1900 versuchten sie sicherzustellen, indem sie selbst an Autorennen teilnahmen. Nachdem Marcel Renault bei einem solchen Rennen tödlich verunglückt war, stand Louis unangefochten an der Spitze des Betriebes und entwickelte sich zu einer emblematischen Unternehmerpersönlichkeit, zu einem Henry Ford Frankreichs. Er setzte allerdings auf andere Erfolgsfaktoren als sein amerikanisches Pendant: Während Henry Ford die Serienproduktion eines einzigen kostengünstigen Modells bevorzugte, bot Renault seiner Kundschaft eine Palette von zeitweise bis zu neun Fahrzeugtypen an. Seine Produktionsmethoden ermöglichten Ford eine Produktivität, die um ein Vielfaches höher war als die Renaults: 1903 stellten in Michigan 311 Arbeiter 1708 Fahrzeuge her, während in Boulogne-Billancourt 600 Arbeiter für die Anfertigung von nur 778 Autos benötigt wurden. Als der amerikanische Autofabrikant 1913 die Fließbandarbeit einführte, stieg die Produktivität ebenso wie sein Marktanteil noch einmal exponentiell an, während in Renaults Fabrik weiterhin in großflächigen Ateliers gearbeitet wurde. Um die Effizienz seines Unternehmens zu erhöhen, interessierte sich Renault für die Erkenntnisse des Amerikaners Frederick Winslow Taylor, der die «wissenschaftliche Arbeitsorganisation» erfunden hatte. 1911 suchte Renault Taylor in den Vereinigten Staaten auf und kehrte begeistert über dessen Rezepte, die Fabrikarbeit in einzelne, überwachbare und zeitlich optimierbare Mikroprozesse aufzugliedern, zurück. Als er den «Taylorismus» in seinem Unternehmen einführen wollte, rebellierten zahlreiche Arbeiter, die durch die Rationalisierungsstrategien ihre eigenen Qualifikationen infrage gestellt sahen. Der Streik, der daraufhin in Boulogne-Billancourt ausbrach, machte die Ideen Taylors in ganz Frankreich bekannt. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte sich Renault eine solide Position auf dem europäischen Markt erobert: Seine Taxis fuhren nicht nur durch Paris, sondern auch durch London und Berlin. Der Kriegsausbruch würde die Entwicklung seines Unternehmens grundlegend verändern.⁴²

ZWEITER TEIL

Gewonnener Krieg, Verlorener Frieden 1914–1940

Ein in Frankreich verbreitetes Geschichtsbild sieht die Jahre 1914 bis 1945 als eine Einheit an, als wäre der Zweite Weltkrieg nicht mehr als eine Fortsetzung des Ersten gewesen, unterbrochen von gut zwei Jahrzehnten eines prekären Waffenstillstands.¹ Der Schöpfer dieser Sichtweise war Charles de Gaulle, der als Widerstandsführer in London immer wieder die Kontinuität zwischen den beiden Weltkriegen betonte. «Der Krieg gegen Deutschland hat 1914 begonnen», so sagte er im September 1941 in einer Radiorede. «Tatsächlich hat der Vertrag von Versailles nichts beendet. Zwischen 1918 und 1936 gab es nur eine Einstellung der Waffenhandlungen, während derer der Feind seine Angriffskräfte erneuerte. [...] Tatsächlich führt die Welt einen 30-jährigen Krieg: für oder gegen die weltweite Herrschaft des Germanismus.»² Die Vorstellung von einem 30-jährigen deutsch-französischen Konflikt sollte damals seinen von der Niederlage 1940 deprimierten Landsleuten Mut machen: Sie sollten verstehen, dass Frankreich nur eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren hatte. Denn dessen erste Kämpfe zwischen 1914 und 1918 habe das Land gewonnen; 1940 sei nur ein vorübergehender Rückschlag gewesen, auf den ein erneuter, nun endgültiger Sieg folgen würde. Alle Franzosen, dies war die Botschaft de Gaulles, waren auf jeweils ihre Weise an dem säkularen Kampf gegen die deutsche Bedrohung beteiligt.

Das Geschichtsbild des 30-jährigen Kriegs ebnet die scharfe Zäsur des Jahres 1940 ein: Denn im Sommer jenes Jahres erlitt Frankreich nicht nur eine militärische Niederlage, vielmehr brach das Land im wortwörtlichen Sinne zusammen. Millionen von Menschen befanden sich auf einer panischen Flucht, die Regierung verließ die Hauptstadt und gab sich praktisch selbst auf. Der Waffenstillstand vom Juni 1940 löste die über Jahrhunderte errungene Einheit des nationalen Territoriums auf und zerstückelte es in annektierte, besetzte und freie Zonen. Der in diesem Chaos an die Macht gelangte Marschall Pétain schaffte die Republik kurzerhand ab und setzte den auf die Werte «Arbeit, Familie und Vaterland» verpflichteten *Etat français* an ihre Stelle. Das Jahr 1940 bildet somit den tiefsten

Punkt der französischen Geschichte und markiert gleichzeitig einen Scheideweg, von dem aus die Französinen und Franzosen den Zweiten Weltkrieg auf höchst gegensätzliche Weise erfuhren.

Aus der Perspektive des Jahres 1940 wirkte der Sommer 1914 wie ein singulärer Moment der nationalen Einheit: Die weltanschaulichen und sozialen Konflikte, welche die Vorjahre geprägt hatten, waren plötzlich zum Schweigen gekommen, als sich die Bevölkerung in ihrer ganz überwältigenden Mehrheit mit dem Krieg einverstanden erklärt hatte. Keine politische Kraft scherte aus der *Union sacrée* aus, die der Staatspräsident Raymond Poincaré in seiner Rede vom 4. August 1914 heraufbeschwor. Auf einmal erschien die gesellschaftliche Integration der Republik, die über die vergangenen vierzig Jahre immer unvollständig geblieben war, vollendet. Gleichzeitig markiert 1914 aber das Ende der langen Friedenszeit, in der sich Frankreich von der Niederlage 1870/71 hatte erholen und konsolidieren können. Auch wenn die Republik ihre eigenen Ansprüche und Ziele nur zum Teil erfüllt hatte, konnte sie auf beeindruckende Erfolge zurückblicken: die Verbesserung der Bildung und der Infrastruktur, eine wachsende Wirtschaft, die Regelung des Konfliktes zwischen Staat und Kirche, die Stabilisierung des parlamentarischen Regierungssystems. Die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg erschienen den Zeitgenossen rückblickend als eine für immer vergangene *belle époque*, in der sich Frankreich im Selbstbewusstsein neugewonnener Stärke hatte sonnen können.

Ein Nachteil des Geschichtsbilds eines 30-jährigen Krieges ist, dass es die 1920er und 1930er Jahre wie ein bloßes Intermezzo erscheinen lässt, das geradezu zwangsläufig auf einen neuerlichen Waffengang zulief. Der Erfahrung der Zeitgenossen wird man hingegen nur gerecht, wenn man diese Jahrzehnte als eine eigene Epoche begreift, deren Errungenschaften, was etwa die sozioökonomischen Beziehungen anbelangt, weit in unsere Zeit wirksam sind. Zugleich aber hatte der totale Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 seine Vorgeschichte, die in den mentalen, sozialen und politischen Dispositionen der 1920er und 1930er Jahre aufzuspüren ist.

5. Der Große Krieg

Am 20. Januar 1914 begab sich der französische Staatspräsident Raymond Poincaré zu einem Empfang in die deutsche Botschaft in Paris. Er blieb dort, wie er in seinen Memoiren bekundete, bis «recht spät in den Abend» und tauschte mit dem deutschen Botschafter von Schoen «ange-

nehme Salongespräche» aus. Der Besuch des Staatsoberhauptes wurde allgemein als eine symbolische Geste von wichtigem, ja historischem Rang gewertet, denn seit Gründung der Dritten Republik hatte kein französischer Präsident die deutsche Botschaft betreten. Zudem galt der 1913 gewählte Poincaré als ein Mann, der nicht zuletzt aufgrund seiner lothringischen Herkunft ein tiefes Misstrauen gegenüber Deutschland hegte. Der Präsident verstand seinen Besuch als Ausdruck des wiedergewonnenen Selbstvertrauens des 1870/71 unterlegenen Landes. «Ich sah keinen vernünftigen Grund, einen Brauch aufrechtzuerhalten, der einem Schmallen gleichkam», begründete er seine Annahme der deutschen Einladung. «Allein meine Anwesenheit [...] hatte eine politische Bedeutung. Sie zeigte klar, dass Frankreich in seiner Weise, den Frieden zu begreifen, weder Vorbehalte kannte noch Hintergedanken hegte.»¹

Die Episode zeigt, dass sich Frankreich im Winter und Frühjahr 1914 augenscheinlich nicht auf einen Krieg mit dem Nachbarland vorbereitete. Vielmehr waren die ersten Monate des Jahres von einer «außergewöhnlichen Ruhe geprägt», wie es Winston Churchill in seinen Erinnerungen ausdrückte.² Die Spannungen, die drei Jahre zuvor um die europäische Einflussnahme in Marokko entstanden waren, schienen beigelegt, ebenso wie die Kriege um die Neuordnung des Balkans doch regionale Konflikte geblieben waren. Bis heute wird kontrovers darüber diskutiert, aus welchen Gründen wenige Monate später die zwischenstaatlichen Friedenssicherungsmechanismen versagten und ein Weltkrieg von ungekannten Ausmaßen ausbrach. Welche Rolle kam Frankreich dabei zu? Wie hatte sich das Land im internationalen System der Vorkriegsjahre positioniert? Welche Präferenzen verfolgte seine Außenpolitik und wie ergaben sich daraus die Kriegsziele des Spätsommers 1914?

*Zwischen Machtgewinn und Sicherheitsbedürfnis:
Die französische Außenpolitik von der russischen Allianz 1894
bis zum Kriegsausbruch*

Zahlreiche Historiker haben in den autokratischen Zügen des deutschen Kaiserreichs einen wesentlichen Grund dafür erkannt, dass das wilhelminische Reich im Vorfeld des Ersten Weltkriegs eine zunehmend unberechenbare Großmachtspolitik verfolgt habe. Der «halbkonstitutionelle» Charakter des Deutschen Reiches, die starke Stellung des Kaisers und seines Umfeldes hätten eine wirksame politische Kontrolle unmöglich gemacht, so dass die militärischen Eliten die Paradigmen der Außenpolitik bestimmt hätten.³ Wenn somit in Deutschland das politische System so nachteilige Auswirkungen auf die Gestaltung der Außenpolitik hatte,

stellt sich die Frage, wie die Dinge im republikanisch-parlamentarischen Frankreich aussahen: Wer machte in Paris Außenpolitik? Konnten Parteien, Parlamentarier und eine organisierte Öffentlichkeit dort einen stärkeren Einfluss ausüben, als dies in Berlin möglich war?⁴

Die außenpolitische Entscheidungsfindung in Frankreich war weit weniger personalisiert und auf einzelne Schlüsselfiguren zugeschnitten als in anderen Ländern, aber kaum mehr Gegenstand einer demokratisch-parlamentarischen Willensbildung. So gibt es nicht einen Politiker der Dritten Republik in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, den man als Architekten der französischen Außenpolitik identifizieren könnte. Aus den mehr als 20 Außenministern, die das Land zwischen 1890 und 1914 hatte, ragt einzig Théophile Delcassé, einer der Schöpfer der *Entente cordiale*, heraus. Es waren hingegen die hohen Beamten des Außenministeriums, die weitgehend unabhängig vom Einfluss anderer Regierungsmitglieder und des Parlaments die Außenpolitik gestalteten. Das Quai d'Orsay wurde von einer homogenen Funktionselite angeführt, innerhalb derer einige große Diplomatenfamilien vorherrschend waren. Beispielhaft hierfür sind die Brüder Paul und Jules Cambon, die jeweils die Botschafterposten in London und Berlin innehatten. Während Außenminister kamen und gingen, verblieben sie ebenso wie andere wichtige Botschafter über viele Jahre hinweg auf ihren Posten und verschafften der französischen Außenpolitik Kontinuität.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei leitende Ziele erkennen, die Frankreichs Diplomatie in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg verfolgte: Es ging ihr einerseits darum, die *Macht* des Landes im internationalen Staatensystem zu vergrößern; andererseits strebte sie danach, seine *Sicherheit* gegenüber seinen Nachbarn zu erhöhen. Aus diesen Zielen lassen sich die geographischen Handlungsfelder und die Instrumente der Außenpolitik erklären. Das Streben nach Macht ließ Frankreich insbesondere in Afrika agieren und äußerte sich in der territorialen Expansion, während das Bedürfnis nach Sicherheit Europa betraf und zum Abschluss eines neuen Bündnisses führte. Die beiden Ziele des Zugewinns von Macht und Sicherheit ließen sich oft nur schwer miteinander vereinbaren, waren doch die Großmächte Europas für Frankreich gleichzeitig potenzielle Konkurrenten in der kolonialen Expansion und mögliche Partner auf dem eigenen Kontinent. Die Erhöhung von Macht auf dem Wege der Kolonisierung musste zwangsläufig dazu führen, die Sicherheit in Europa zu gefährden oder gar zu verringern. Und die Bündnispolitik führte langfristig nicht etwa dazu, dass das Land sich in ein System kollektiver Sicherheit einbetten konnte, sondern vielmehr in eine Allianz, die ihm in dem

Moment zum Verhängnis wurde, als sich regionale Spannungen zu einem europäischen Konflikt ausweiteten.

Was Frankreichs Position in Europa anbelangte, so hatte diese sich nach der Niederlage 1870/71 dramatisch verändert. Bis dahin hatte ihm an seiner Ostgrenze ein territorial zersplittertes Deutschland gegenübergestanden, das keine einheitliche Außenpolitik verfolgt hatte und insofern nicht als dauerhafte Bedrohung angesehen wurde. Seit der Gründung des deutschen Kaiserreichs sah man sich nun mit einem Nachbarn konfrontiert, dem viele politische Akteure grundsätzlich misstrauten und ein unbe-rechenbares Machtstreben attestierten. Erschwert bereits diese Perzeptionen dauerhaft die Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn, so machte die Annexion von Elsass-Lothringen einen Ausgleich mit Deutschland nahezu unmöglich. Kein französischer Politiker konnte oder wollte dafür eintreten, den Verlust der «Provinzen» endgültig zu akzeptieren. Wichtige innenpolitische Akteure heizten immer wieder die Debatte über die Notwendigkeit einer Revanche für 1870/71 an; eine reichhaltige Produktion von politischen Schriften, Romanen, Bildern, Schul- und Geschichtsbüchern hielt die Erinnerung daran wach, dass die Region um Strasbourg, Mulhouse und Metz eigentlich französisch war.⁵ Aus dieser Haltung erwuchs aber nicht etwa eine aggressive Politik gegenüber Deutschland, die auf einen bewaffneten Konflikt zur Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen zu-steuerte. Auf diese Weise begab sich die französische Außenpolitik in ein unauflösbares Dilemma: Weder konnte man sich mit dem Verlust der Provinzen abfinden, noch war irgendein Staatsmann dazu bereit, für die Rückgewinnung der annektierten Territorien Risiken einzugehen und einen neuerlichen Krieg loszutreten. So wurde Elsass-Lothringen zu einem – wie man heute sagen würde – *frozen conflict*, der das französisch-deutsche Verhältnis dauerhaft vergiftete und somit einen nachhaltigen Frieden zwischen den einstigen Kriegsparteien unmöglich machte. Daraus ergab sich für Frankreich der Imperativ, sich vor dem Nachbarland so weit wie möglich zu schützen, da man annahm, dass es noch weiter gehende Expansionspläne verfolgte.

Für eine solche Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland musste sich Frankreich allerdings Bündnispartner suchen, die angesichts bereits bestehender Allianzen und widerstreitender Interessen nicht leicht zu finden waren. So war Großbritannien sein traditioneller Rivale insbesondere in der kolonialen Expansionspolitik, während Italien und Österreich-Ungarn durch den 1891 erneuerten Dreibund an das deutsche Kaiserreich gebunden waren. Als Deutschland den 1890 auslaufenden Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht erneuerte, ergab sich die Chance, mit

dem Zarenreich eine auf geteilter Gegnerschaft aufbauende Allianz zu schmieden. Beide Mächte sahen sich durch das erstarkende wilhelminische Reich bedroht und befürchteten, dass sich Großbritannien dem Dreibund annähern würde. Gleichermäßen trachteten sie danach, die Expansion der Briten in Asien ebenso wie in Afrika aufzuhalten. Diesen verbindenden Interessen standen allerdings gewichtige Differenzen hinsichtlich der politischen Grundorientierungen gegenüber: Das autokratische Zarenreich und der französische Republikanismus verkörperten völlig gegensätzliche politische Systeme, so dass manche Stimmen in der französischen Öffentlichkeit daran zweifelten, dass beide Staaten gemeinsame außenpolitische Ziele verfolgen konnten. Doch obsiegten die gemeinsamen außenpolitischen Interessen und führten 1892 zum Abschluss der französisch-russischen Militärkonvention, die 1894 in Kraft trat.⁶

Für die weitere Entwicklung der französischen Außenpolitik war diese Allianz von entscheidender Bedeutung, weshalb sie eine genauere Betrachtung verdient. Sie beinhaltete nicht nur den Gewaltverzicht der Bündnispartner im Verhältnis zueinander, sondern verpflichtete diese auf eine kollektive Verteidigung, falls sie von Deutschland attackiert würden. Der *casus foederis* war der Angriff des wilhelminischen Reichs auf einen der beiden Bündnispartner, der umgehend die Kriegserklärung des anderen gegen Deutschland zufolge haben musste.⁷ Die Allianz hatte somit rein defensiven Charakter; im Falle etwa eines von Frankreich losgetretenen Revanchekriegs um Elsass-Lothringen wäre Russland nicht zur Unterstützung verpflichtet gewesen. Ebenso waren Angriffe anderer europäischer Mächte auf die beiden Staaten von dem Bündnis nicht erfasst. Auf diese Weise vermieden die Allianzpartner, in die jeweiligen Interessenkonflikte, die sie mit Großbritannien in Afrika bzw. in Asien austrugen, hineingezogen zu werden. Eine wichtige Ausnahme betraf allerdings Österreich-Ungarn: Falls nämlich die Habsburgermonarchie ihre Armee gegen Russland mobilisierte, musste Frankreich gleichermäßen seine Truppen mobil machen, wodurch es zwangsläufig die Mobilisierung Deutschlands und somit den Bündnisfall auslösen würde. Diese Verpflichtungen machten es von Anfang an denkbar, dass Frankreich in eine aus dem Krisenherd des Balkans entstehende russisch-österreichische Auseinandersetzung hineingezogen würde. Die Handlungsspielräume, die Frankreich in der Julikrise 1914 zur Verfügung stehen würden, waren somit zum Teil bereits durch das Militärbündnis von 1894 abgesteckt.

Die Verflechtungen zwischen Frankreich und Russland blieben nicht auf den militärischen Bereich beschränkt. Beide Länder festigten das Bündnis mit zahlreichen gegenseitigen Besuchen hoher staatlicher Würdenträger; die

französische Presse feierte es fast einstimmig als den entscheidenden Schritt, der das Land aus seiner internationalen Isolation nach 1870/71 heraus-treten ließ. Es entstand ein reichhaltiger öffentlicher Kult um die französisch-russische Freundschaft, deren prestigeträchtiger Ausdruck eine 1900 in Paris eröffnete, nach Zar Alexander III. benannte Seine-Brücke war. Auch hatten beide Länder komplementäre finanzielle Interessen, denn Russland brauchte dringend Kapital, während Frankreich eine Nation von Sparern war, die nach sicheren Anlagen suchten. Die seit 1888 auf dem französischen Finanzmarkt erhältlichen russischen Anleihen gewannen an Beliebtheit und Vertrauenswürdigkeit, je enger die beiden Mächte sich politisch verzahnten. Das Zeichnen russischer Anleihen galt als patriotischer Beitrag zu einer Allianz, welche die Sicherheit der Republik garantierte. Als 1914 der Krieg ausbrach, waren 80 Prozent der russischen Auslandskredite in französischen Händen.

In den Anfangsjahren der russisch-französischen Allianz entstanden Konflikte allerdings zunächst nicht mit Deutschland, sondern mit Großbritannien. Der Anlass war das Streben beider Kolonialmächte, ihre Einflusszonen in Nord- und Ostafrika auszudehnen. Die strategischen Ziele Großbritanniens, das eine Nord-Süd-Achse seines Kolonialbesitzes von Ägypten bis zum Kap anstrebte, und Frankreichs, das eine Ost-West-Verbindung zwischen dem Senegal und Dschibuti schaffen wollte, stießen aufeinander, als beide Mächte sich den Oberlauf des Nils aneignen wollten. So kam es dazu, dass im Jahre 1898 ein französisches Expeditionskorps britischen Truppen bei der Festung Faschoda im Südsudan gegenüberstand. Es schien nicht undenkbar, dass die beiden Rivalen für die Oberhoheit über den südlichen Nil einen Krieg riskieren würden. Théophile Delcassé, der 1898 neuberufene französische Außenminister, hatte gehofft, dass sein Land Unterstützung von Deutschland erfahren würde, wenn es dem britischen Expansionsdrang am Nil widerstehen würde. Als das wilhelminische Reich in dieser Hinsicht keine Signale zeigte, musste Frankreich seine Unterlegenheit eingestehen und den Briten die reklamierte Einflusszone überlassen. Auch in den beiden darauffolgenden Jahren scheiterten alle Bemühungen Delcassés, Deutschland zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Großbritannien zu bewegen. Denn Berlin stellte jegliches Zusammenwirken mit Frankreich unter die Bedingung, dass es die Grenzziehungen in Europa und somit die Annexion Elsass-Lothringens garantiere. Vor diesem Hintergrund ließ Delcassé um 1900 den Plan eines gemeinsamen französisch-deutschen Vorgehens gegen Großbritannien fallen. Ohne deutsche Unterstützung ließ sich eine Ausweitung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika allerdings nur erzielen, wenn man sich mit den Briten abstimmte.⁸

Aus dieser Vorgeschichte erklärt sich der Abschluss der *Entente cordiale* im Jahre 1904: Beide Mächte grenzten ihre Einflusszonen in Nordafrika vertraglich ab, indem Großbritannien freie Hand in Ägypten erhielt, während Marokko der französischen Interessensphäre zugesprochen wurde. Die Vereinbarung war gänzlich anderer Natur als das russisch-französische Bündnis von 1894, da sie keinerlei Verpflichtungen zur gegenseitigen militärischen Unterstützung beinhaltete. Es handelte sich um die vertragliche Regelung kolonialer Besitzansprüche und nicht um eine Allianz gegen Deutschland, als welche sie in Berlin wahrgenommen wurde. Dort verstärkte die *Entente cordiale* den Eindruck, dass feindlich gesonnene Nachbarn Deutschland einkreisten und von künftigen kolonialen Gebietsaufteilungen ausschlossen. So erklärt sich das deutsche Handeln in der ersten Marokkokrise des Jahres 1905: Eine französische Gesandtschaft hatte im Januar 1905 die Unterstellung der marokkanischen Armee und Polizei unter französische Protektion gefordert, was der Sultan des Scherifenreiches ablehnte. Daraufhin kam es zu einer unmissverständlichen Demonstration deutscher Interessen, indem nämlich Kaiser Wilhelm II. im März 1905 Tanger besuchte und dort sowohl die Souveränität Marokkos als auch die Handels- und Wirtschaftsinteressen Deutschlands betonte. Das Kaiserreich wollte mit dieser Machtdemonstration die Solidarität der *Entente* auf die Probe stellen.⁹

Die zur Lösung der Krise einberufene internationale Konferenz von Algéciras bedeutete eine Niederlage für das Kaiserreich, da Marokkos Staatsfinanzen sowie Streitkräfte künftig einer französischen und spanischen Verwaltung unterstellt wurden, während Deutschland ohne jegliche Kompensation leer ausging. Ein deutsch-französischer Vertrag stellte 1909 immerhin die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko sicher und führte zu einer kurzfristigen Beruhigung im Verhältnis der beiden Nationen. Doch 1911 brach der Konflikt mit ungleich größerer Heftigkeit wieder auf, als der neue französische Premierminister Ernest Monis und sein Außenminister Jean Cruppi mit der kooperativen Haltung gegenüber den deutschen Interessen in Marokko brachen. Aus der Hegemonie über das Scherifenreich sollte nach Wunsch der neuen Regierung ein regelrechtes Protektorat werden. Im April/Mai 1911 marschierten französische Truppen in Fès, Rabat und Meknès ein, unter dem Vorwand, der Sultan und europäische Siedler müssten vor aufständischen Stämmen geschützt werden. Das Deutsche Reich antwortete mit der Entsendung des Kanonenbootes «Panther», das im Juli 1911 vor der südmarokkanischen Hafenstadt Agadir vor Anker ging.¹⁰ In beiden Ländern schlug die nationalistische Presseagitation hohe Wellen; zahlreiche Beobachter sahen

Deutschland und Frankreich plötzlich am Rande eines Krieges. Tatsächlich ging es dem wilhelminischen Reich gar nicht vornehmlich darum, in Marokko territoriale Gewinne zu erzielen. Vielmehr wollte man auf Paris Druck ausüben, damit es Deutschland für seine Anerkennung eines französischen Protektorats entschädigte, indem es ihm Gebiete in Westafrika abtrat.¹¹ So sah auch die Lösung der Krise schließlich aus, doch es vergingen dramatische Wochen, bis im November 1911 ein solches Abkommen geschlossen werden konnte. Eine deutsch-französische Abstimmung wurde von hohen Beamten des Quai d'Orsay hintertrieben, die ein Zugehen auf das Kaiserreich rundweg ablehnten, während seitens der Deutschen unrealistische Maximalforderungen erhoben wurden. Mitten in der Krise meldete sich Großbritannien in der Person seines Schatzkanzlers David Lloyd George zu Wort und stellte sich entschieden auf die Seite Frankreichs. Sein Land sei zum Krieg bereit, wenn seine Großmachtstellung bedroht sei, äußerte er im Juli 1911 in seiner berühmten Rede im Londoner Mansion House. Die klar demonstrierte britisch-französische Solidarität war mitentscheidend dafür, dass Deutschland einlenkte und sich mit einer bescheidenen territorialen Kompensation in Zentralafrika (dem sogenannten «Neukamerun») zufriedengab.

Die Ergebnisse der zweiten Marokkokrise waren für Frankreich zwiespältig. Einerseits hatte es das Ziel, seine koloniale Machtstellung um ein Protektorat über das Scherifenreich zu erweitern, erreichen können. Und in der Krise hatte sich Großbritannien als ein verlässlicher Partner erwiesen: Aus der *Entente cordiale*, die zunächst nicht mehr als eine Absteckung kolonialer Einflusszonen beinhaltet hatte, war ein regelrechtes Bündnis geworden. Doch erkaufte sich Frankreich den kolonialen Machtgewinn mit einer verminderten Sicherheit in Europa, hatte doch das Ringen um Marokko die französisch-deutschen Spannungen angeheizt und einen bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Mächten als denkbar erscheinen lassen. Vor diesem Hintergrund bildete die zweite Marokkokrise einen entscheidenden Schritt hin zu einer zunehmenden Polarisierung Europas.¹²

So verwundert es nicht, dass sich in den folgenden Monaten die Prioritäten der französischen Außenpolitik änderten und der Zugewinn von Sicherheit in Europa wieder in den Vordergrund trat. Raymond Poincaré, der im Januar 1912 an die Regierung kam, war fest davon überzeugt, dass allein das Bündnis mit Russland die Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland garantiere, und unternahm alles, um diese Allianz zu vertiefen. Während seine Vorgänger keinerlei Anstalten gemacht hatten, Russland bei seinen Interventionen in die Konflikte auf dem Balkan zu unterstützen, sah Poincaré es als notwendig an, dem Bündnispartner auch

in dieser Frage entgegenzukommen. So sicherte er Russland im November 1912 französische militärische Unterstützung zu, falls Deutschland an der Seite Österreich-Ungarns gegen Russlands Alliierte auf dem Balkan intervenieren würde. Diese Zusage überschritt die Verpflichtungen des Militärbündnisses von 1894, dem man nun einen über die bloße gemeinsame Verteidigung hinausgehenden Charakter verlieh. So hatte Russland im Juli 1912 zugesichert, dass es bei einem französisch-deutschen Krieg «am 12. Tag der Mobilmachung offensiv eingreifen» wolle.¹³

Die Aufrüstung des französischen Militärs ab 1913 ist als eine Folge des gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses Frankreichs zu verstehen, hatte doch Deutschland im gleichen Zeitraum die größte Aufstockung des Heeres seit der Reichsgründung unternommen. Um den aus der französisch-russischen Allianz hervorgehenden Verpflichtungen nachkommen zu können und im Falle eines Krieges mit Deutschland zu schnellen Aktionen in der Lage zu sein, forderten die obersten Generäle eine Verlängerung des Wehrdienstes von zwei auf drei Jahre. Eine zum großen Teil aus mobilisierten Reservisten bestehende Armee, so das Argument der Generäle, könne im Kriegsfall die zur schnellen Überwältigung des Gegners notwendigen Offensiven nicht wirksam ausführen; das stehende Heer müsse deshalb vergrößert werden. Der im März 1913 von dem inzwischen zum Staatspräsidenten gewählten Poincaré abgesegnete Plan löste eine heftige innenpolitische Kontroverse aus, in der seine Gegner, die insbesondere dem sozialistischen Lager, den *radicaux* und der Mitte angehörten, schließlich unterlagen. Im August 1913 wurde das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht von beiden Häusern des Parlaments verabschiedet.¹⁴

So geriet Frankreich um 1913 in eine ambivalente Situation: Einerseits drängte sich der Eindruck einer wachsenden Kriegsbereitschaft des Landes auf, wofür die militärische Aufrüstung und die Vertiefung des russischen Bündnisses sprachen. Dies wurde begleitet von einer weithin wahrgenommenen Agitation des nationalistischen Lagers, das nun immer lautstarker die Revanche gegen Deutschland und die Rückgewinnung der verlorenen Provinzen einforderte. Publizisten aus diesem Lager stellten einen Mentalitätswandel unter der akademischen Jugend fest, die sich dem Patriotismus als höchstem Wert verschrieben habe. Unter dem Titel «Les jeunes gens d'aujourd'hui» veröffentlichten die nationalistischen Schriftsteller Henri Massis und Alfred de Tarde 1913 die Ergebnisse ihrer Meinungsumfrage unter den Studenten der Pariser Elitehochschulen, die angeblich den «Gefallen am Krieg wiedergefunden» hätten und mit freudiger Spannung einem neuen Waffengang entgegensehen.¹⁵

Andererseits spiegelten diese politisch-kulturellen Entwicklungen weder

die wahren Ziele der französischen Diplomatie noch die gesellschaftliche Realität des Landes wider. Denn die Regierung strebte keineswegs aktiv einen neuerlichen Krieg an; vielmehr verhielt sie sich abwartend und wollte vor allem für die Eventualität eines bewaffneten Konflikts bestmöglich vorbereitet sein. Zahlreiche politische Akteure insbesondere des linken Lagers blieben zutiefst pazifistisch und antimilitaristisch gesinnt. Und die kriegsbegeisterten Studenten, die Massis und de Tarde befragt hatten, repräsentierten vermutlich nur einen kleinen Ausschnitt aus ihrer Generation, die in ihrer Mehrheit keinerlei Interesse an einer erneuten bewaffneten Auseinandersetzung hatte.

Die geschilderten Hintergründe erklären, warum Frankreich in der Juli-krise des Jahres 1914 keine treibende, sondern vielmehr eine reaktive Konfliktpartei war. Von der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch einen serbischen Nationalisten am 28. Juni 1914 war es nur insoweit betroffen, als es mit Russland verbündet war, das sich wiederum als Schutzmacht Serbiens verstand. Die Spitzen der Exekutive – Staatschef Poincaré und der neue Ministerpräsident René Viviani – befanden sich in Russland, als Österreich-Ungarn im Juli 1914 sein entscheidendes Ultimatum an Serbien vorbereitete. Die Reise fand keineswegs aus Anlass der Balkankrise statt; vielmehr war sie seit längerem vereinbart und folgte einer Tradition des Bündnisses, nach der neue Staatsspitzen beim russischen Partner einen Antrittsbesuch machten. Doch war die Krise um die Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Hauptgegenstand der Unterredungen in St. Petersburg. Sofern sich der Gesprächsverlauf anhand der Aufzeichnungen Poincarés und seines Botschafters Maurice Paléologue nachvollziehen lässt, war die Balkankrise für die französische Staatsspitze ein neuerlicher Anlass, die Solidität des 1894 geschlossenen Bündnisses zu demonstrieren. Je nachdrücklicher Frankreich Russland unterstützte, desto eher würden Österreich und sein Allianzpartner Deutschland zur Mäßigung gegenüber Serbien bereit sein. Die Habsburgermonarchie erschien in den Augen des französischen Staatschefs kaum als ein unabhängiger Akteur, sondern als ein Handlanger der Hegemonialpolitik Berlins. Poincaré, der den international unerfahrenen Ministerpräsidenten Viviani bei den Gesprächen offenbar völlig in den Schatten stellte, interpretierte die Krise folglich nach dem Leitprinzip seiner Außenpolitik: Für ihn verstand Deutschland weltpolitisch nur eine Sprache, nämlich die der unerschrockenen Stärke, die aus der Beständigkeit des französisch-russischen Bündnisses hervorgehe.

Aus diesem Grund machte er keinerlei Anstalten, Russland zur Zurückhaltung im österreichisch-serbischen Konflikt zu überreden; vielmehr versicherte er dem Zaren seine geradezu rückhaltlose Unterstützung. Im

Schlusskommuniqué vom 22. Juli 1914 war die Rede von einer «völligen Übereinstimmung» der Bündnispartner in Bezug auf ihre Ansichten über die gegenwärtigen Probleme in Südosteuropa.¹⁶ Mit seinem Entschluss, unverbrüchliche Solidarität mit Russlands Balkaninteressen zu demonstrieren, ließ Poincaré sich auf ein riskantes Spiel ein. Es basierte auf der Erwartung, dass allein der Beweis französisch-russischer Festigkeit sowie die Perspektive eines britischen Beitritts zu diesem Bündnis die Mittelmächte in ihre Schranken weisen würden. Sein Kalkül bezog die Kriegsbereitschaft mit ein, denn falls Deutschland und Österreich sich nicht einschüchtern ließen, musste die französisch-russische Allianz nach seiner Auffassung durchaus zur militärischen Gewalt bereit sein. Die leichtfertig anmutende Risikobereitschaft, mit der die französische Führung sich auf eine mögliche Auseinandersetzung mit Deutschland einließ, lässt sich nur erklären, wenn man ihre weitgehende Unkenntnis der Dimensionen des kommenden Konflikts berücksichtigt. Für sie würde ein neuer Krieg wieder ein kurzer Schlagabtausch sein, vergleichbar mit dem von 1870/71, nur mit einem für Frankreich vorteilhafteren Ergebnis: Denn Poincaré war gemeinsam mit seinen engsten Vertrauten, Théophile Delcassé und Maurice Paléologue, der Auffassung, dass man einen neuen Krieg dafür nutzen müsse, das europäische System grundsätzlich zu verändern. Deutschland müsse unschädlich gemacht werden und dürfe nie wieder in der Lage sein, seine Hegemonialpläne in Europa zu verwirklichen.¹⁷

Nachdem Poincaré und Viviani aus St. Petersburg abgereist waren, wurden sie in die Entscheidungsfindung der russischen Staatsführung nicht mehr einbezogen, obgleich die Militärkonvention eine enge Abstimmung vorsah. Die russische Generalmobilmachung, die am 30. Juli 1914 als Antwort auf Österreich-Ungarns Kriegserklärung gegen Serbien beschlossen wurde, war nicht mit Frankreich abgesprochen. In einem solchen Fall verpflichteten die Vertragsbestimmungen das Land nicht dazu, seinerseits zu mobilisieren. Doch die politische Logik, die der Pakt seit 1912 angenommen hatte und die von Poincaré maßgeblich geprägt worden war, ließ der Regierung kaum eine andere Wahl. Frankreich, so urteilt Jean-Jacques Becker, «hatte seinen Kopf tief in die Schlinge der russischen Allianz gesteckt».¹⁸ Somit war es nur konsequent, dass die Regierung ihrem Bündnispartner folgte und ihrerseits zwei Tage später die Anordnung zur französischen Generalmobilmachung erteilte.

Über die diplomatischen Aktivitäten Poincarés in Russland und seine weitgehenden Solidaritätsbekundungen waren weder die Regierungsparteien noch die französische Öffentlichkeit umfassend informiert. Die Bevölkerung sah das eigene Land zunächst von der internationalen Lage

überhaupt nicht betroffen. In den ersten drei Juliwochen war die Krise um die Ermordung des österreichischen Thronfolgers kaum auf die Titelseiten der französischen Zeitungen gelangt: Die Aufmerksamkeit galt ganz der Justizaffäre um Henriette Caillaux, die Gattin eines prominenten «radikalen» Politikers, die den Chefredakteur des «Figaro» aus Rache über eine verleumderische Pressekampagne gegen ihren Mann erschossen hatte. Erst in den letzten Julitagen rückte die «Affaire Caillaux» etwas in den Hintergrund; erst wenige Tage vor der Generalmobilmachung wich die Sorglosigkeit einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der internationalen Lage.¹⁹

Rückblickend markiert der Juli 1914 das Scheitern der Sicherheitspolitik, die Frankreich seit den 1890er Jahren verfolgt hatte. Diese basierte auf dem Axiom, dass sich das Land nur durch die Allianz mit Russland vor einem unberechenbaren deutschen Nachbarn schützen konnte. Die seit 1912 betriebene Vertiefung dieses Bündnisses führte dazu, dass die französische Diplomatie ihre eigenen Handlungsspielräume freiwillig einschränkte, indem sie sich auf eine Unterstützung Russlands selbst im Balkanraum verpflichtete. Als die Julikrise ausbrach, wich Poincaré keinen Zentimeter von diesem einmal eingeschlagenen Weg ab, so dass über Frankreichs Position eher in St. Petersburg als in Paris entschieden wurde. Damit aber hatten die politisch Verantwortlichen den eigentlichen Sinn der Allianz, nämlich die Sicherheit vor Deutschland, aus den Augen verloren. Denn im Juli 1914 war es primär die Bündnistreue zu Russland und weniger eine unmittelbare deutsche Bedrohung, die Frankreich in einen Krieg mit dem wilhelminischen Reich hineinzog.

Ungeachtet dieser stark fremdbestimmten Entscheidungsfindung verfolgte Frankreich mit seiner Kriegsbeteiligung von Anfang an auch recht weitgehende eigene Absichten. In einer Verlautbarung vom 20. September nannte die Regierung verschiedene Ziele unterschiedlicher Reichweite: Man könne den Krieg erst als beendet erklären, wenn das «nationale Territorium unter Einbeziehung Elsass-Lothringens» vom Feind befreit sei. Gleichermäßen müsse man die «Hegemonie des preußischen Militarismus beenden».²⁰ Da die Kämpfe seit Ende August 1914 im eigenen Land stattfanden, bestand das wesentliche Kriegsziel darin, den Feind herauszutreiben und die Integrität des Territoriums wiederherzustellen. Die Rückgewinnung Elsass-Lothringens wurde ebenso von allen politischen Akteuren befürwortet. Doch sollte man daraus nicht schließen, dass Frankreich *wegen* der annektierten Region in den Krieg gezogen sei. Das «Bild der geopferten Provinzen» sei «plötzlich, während der ersten Kämpfe des August 1914 aus dem Schatten wiedererschienen, in den es noch wenige

Tage zuvor eingehüllt war», urteilte der Historiker Marc Bloch rückblickend.²¹ Das letzte von der Regierung genannte Ziel, nämlich die Niederringung des preußischen Militarismus, wirkte auf den ersten Blick vage, hatte aber faktisch eine klare Bedeutung: Der Krieg durfte nicht mit einem Kompromissfrieden, sondern nur mit dem Sieg und der Unterwerfung Deutschlands enden.²²

Union sacrée? Gesellschaft und Staat im Ersten Weltkrieg

Die diplomatischen Verwicklungen, die zur französischen Generalmobilmachung am 1. August 1914 geführt hatten, spielten danach im öffentlichen Bewusstsein und politischen Diskurs kaum mehr eine Rolle. Frankreich sah sich als das Opfer einer Aggression, ausgehend vom unruhigen deutschen Nachbarn im Bunde mit Österreich-Ungarn. Darauf gab es nur eine Antwort, nämlich die «*défense nationale*». Als sich Staatspräsident Raymond Poincaré am 4. August 1914 an die versammelten Parlamentarier der Abgeordnetenkammer und des Senats wandte, war die Rede von einer «erdrückenden Verantwortung» des Deutschen Reiches für den Krieg, in dem Frankreich «vor dem Universum ein erneutes Mal die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Vernunft» verkörpere. Das Land werde «heldenhaft verteidigt von allen seinen Söhnen, deren heilige Einheit [*union sacrée*] vor dem Feind nichts brechen» könne.²³

Poincarés Worte von der «heiligen Einheit» wurden sprichwörtlich, um die gesellschaftliche Stimmungslage Frankreichs im August 1914 zu charakterisieren: Alle innenpolitischen und weltanschaulichen Querelen kamen plötzlich zum Schweigen, als es um die Verteidigung des Vaterlands ging. Keine Stimme fehlte im Parlament, um die Kriegskredite und die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung zu genehmigen; weder opponierte irgendeine politische Gruppierung gegen die Mobilmachung, noch kam es zu dem Generalstreik, den die syndikalistische Bewegung als Antwort auf einen imperialistischen Krieg heraufbeschworen hatte. Die Einmütigkeit, die Frankreich in dieser Situation bewies, war umso erstaunlicher, als das Land in den Vorkriegsjahren das Bild einer zerklüfteten politischen Kultur und Gesellschaft vermittelt hatte. Der intellektuelle Bürgerkrieg der Dreyfus-Affäre und um die Combes-Gesetze lag ebenso wie die Kontroverse um die Verlängerung der Wehrpflicht erst wenige Jahre zurück. Und die Arbeiterschaft hatte sich äußerst schwergetan, sich in das politische System zu integrieren und dort ihre Interessen effektiv geltend zu machen.

Doch bedeutete die *Union sacrée* keineswegs die Aufhebung der sozioökonomischen und kulturellen Gegensätze, von denen die französische Gesellschaft gekennzeichnet war. Vielmehr waren praktisch alle Akteure

davon überzeugt, dass der Krieg kurz sein würde und man deshalb nur für eine sehr begrenzte Zeit nationale Geschlossenheit beweisen müsse. Niemand war bereit, seine politischen und moralischen Grundüberzeugungen aufzugeben oder seine sozialen Forderungen auf dem Altar der Nation zu opfern. Die «heilige Einheit» bedeutete vielmehr den Konsens, strittige Themen angesichts einer existenziellen Bedrohung einstweilen nicht anzusprechen, sondern sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Bevölkerung, nämlich den Patriotismus, zu besinnen.²⁴

Gleichermaßen würde man die *Union sacrée* missverstehen, wenn man sie als Kriegsbegeisterung, als Ausbruch eines nationalistischen Elans und virulenten Antigermanismus begreifen würde. Insbesondere im ländlichen Frankreich traf die Generalmobilmachung viele Menschen völlig unvorbereitet. So verstand man in zahllosen Dörfern das Glockenläuten zunächst als die Meldung eines Brandes und musste dann konsterniert feststellen, dass es die Männer zur Mobilisierung aufrief. Die Überraschung, mit der man den Kriegsausbruch aufnahm, verstärkte noch die Wahrnehmung, dass Frankreich Opfer eines feindlichen Überfalls sei. Zahlreiche Franzosen zogen somit keineswegs enthusiastisch mit «blumengeschmücktem Gewehr» (wie eine hartnäckige Legende es darstellte), sondern vielmehr resigniert in die fatale Notwendigkeit der Verteidigung gegen einen Aggressor in den Krieg.²⁵

Es waren insbesondere Intellektuelle, die dem Krieg einen höheren, über die Landesverteidigung hinausgehenden Sinn abgewinnen wollten. Für Autoren der nationalistischen Rechten, die schon seit langem gegen Deutschland agitiert hatten, erfüllte sich mit dem Krieg das Schicksal zweier einander feindlich gegenüberstehender Rassen, die um die Vorherrschaft in Europa kämpften. Aber auch Denker, die zuvor mit dem Nachbarland sympathisiert hatten, beteiligten sich nun an einer geistesgeschichtlichen Sinnggebung der Auseinandersetzung. «Der Kampf gegen Deutschland ist ein Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei», äußerte der Philosoph Henri Bergson am 8. August 1914.²⁶ Der Schriftsteller Romain Rolland blieb im Sommer 1914 eine weitgehend isolierte Stimme, als er gegen den Sieg patriotischer Leidenschaften über Geist und Vernunft protestierte. Zwischen «uns Völkern des Okzidents», so schrieb er in seinem im Genfer Exil verfassten Aufsatz «Au-dessus de la mêlée» (Über dem Schlachtgetümmel), habe es «keinerlei Grund zum Krieg gegeben». Der schlimmste Feind, so Rolland, sei nicht «jenseits der Grenzen, er ist in jeder Nation, und keine Nation hat den Mut, ihn zu bekämpfen. Es ist das hundertköpfige Monster, das sich Imperialismus nennt, dieser von Hochmut und Vorherrschaft gekennzeichnete Wille, der alles

vereinnahmen, unterwerfen, brechen will, der keine freie Größe außer der eigenen erträgt.»²⁷

Der Verlauf der Kämpfe seit dem August 1914 wirkte stabilisierend auf die Einmütigkeit unter den Franzosen. Der deutsche Einfall ins neutrale Belgien und das schnelle Vordringen des Feindes in französisches Territorium bis kurz vor Paris gaben dem Glauben Gewissheit, es mit einem aggressiven, unberechenbaren und räuberischen Gegner zu tun zu haben. Die Marneschlacht der ersten Septembertage, in der es den französischen Soldaten gelang, die Angreifer aufzuhalten und die Hauptstadt vor einer Invasion zu bewahren, erschien so als ein aus kollektivem Engagement und innerer Einheit geborenes «Wunder». Bis zum November versuchten die britisch-französischen und deutschen Einheiten in dem sogenannten «Wettlauf zum Meer», den Feind an seiner jeweils nördlichen Flanke zu überholen und so den Krieg zu einer schnellen Entscheidung zu bringen. Doch mit den Flandernschlachten vom Oktober/November 1914 kam der «Wettlauf» und damit auch der Bewegungskrieg zum Ende; keinem der Kontrahenten war der erhoffte Durchbruch gelungen.

Der von nun an weitgehend starre Frontverlauf durch das nordöstliche Frankreich teilte das Land in drei Zonen, in denen die Menschen den Krieg auf sehr unterschiedliche Weise erlebten: Die Kämpfe selbst und das Leben der Soldaten spielten sich auf der nicht mehr als zehn Kilometer breiten Front zwischen Arras im Norden und Belfort im Süden ab. Jenseits dieser Linie lag das besetzte Frankreich, das große Teile der Picardie, der Champagne und der Ardennen umfasste. Gut acht Prozent der Bevölkerung, darunter die Bewohner von Großstädten wie Lille und Valenciennes, waren von ihren Landsleuten getrennt und standen über die kommenden vier Jahre unter einem Besatzungsregime, das von harter Disziplin und wirtschaftlicher Ausbeutung gekennzeichnet war.²⁸ Als besonders schmerzhaft empfanden es die gut zwei Millionen Bewohner des besetzten Frankreich, dass zahlreiche unter ihnen zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden und somit gegen das eigene Land arbeiten mussten.²⁹ Diesseits der Frontlinie lebte das Gros der französischen Bevölkerung in einer Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen des Krieges nachhaltig wandelte.

So verstärkte die Solidarisierung des August 1914 die politische Integration zweier sozialmoralischer Milieus, die bislang der bürgerlich-liberalen Republik skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden hatten: der Arbeiterschaft und der bekennenden Katholiken. Was die Arbeiterschaft anbelangte, so hatte die 1905 gegründete SFIO bis zum Kriegsbeginn die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen abgelehnt, während die von der CGT angeführte Gewerkschaftsbewegung sich vom Parteisozialismus

ebenso wie vom Parlamentarismus distanziert hatte. Die Arbeiterbewegung verstand sich als internationalistisch und hatte sich auf eine pazifistische Haltung verpflichtet, falls es zu einem europäischen Krieg kommen würde. Vor diesem Hintergrund erblickte die Staatsführung insbesondere in den radikalen Syndikalisten einen bei Kriegsausbruch auszuschaltenden Unsicherheitsfaktor, da sie angekündigt hatten, das Land im Falle einer Mobilmachung lahmzulegen. So führte eine unter dem Decknamen «Carnet B» firmierende Liste die Namen aller derjenigen auf, die in diesem Falle verhaftet werden sollten.

Der Gesinnungswandel der Arbeiterbewegung vom Internationalismus zum Patriotismus ist untrennbar verbunden mit einem tragischen Ereignis, nämlich der Ermordung von Jean Jaurès durch einen radikalen Nationalisten am 31. Juli 1914. Der Chef der SFIO und Herausgeber ihrer Zeitung «L'Humanité» war stets ein leidenschaftlicher Verfechter eines sozialistischen Pazifismus gewesen und verteidigte in der Julikrise diese Haltung. In einer seiner letzten Reden am 25. Juli äußerte er, Frankreich trage aufgrund seiner Kolonialpolitik und seiner Aneignung Marokkos einen «Teil der Verantwortung» für die dramatische Krise. Er gehörte zu den wenigen Stimmen, die voraussahen, dass ein kommender Krieg aufgrund der technischen Möglichkeiten und der massenhaften Mobilisierung einen anderen Charakter als vorherige Waffengänge haben würde. Prophetisch verkündete er einen kommenden «Kataklysmus», wenn der Kriegsausbruch nicht verhindert würde: «Denkt daran, was für ein Desaster es für Europa wäre: Es wäre nicht mehr, wie im Balkankrieg, eine getötete Armee von 300 000 Mann, sondern vier, fünf, sechs Armeen von zwei Millionen Männern. Welch Massaker, welche Ruinen, welche Barbarei!»³⁰ Gleichzeitig aber hatte Jaurès in früheren Äußerungen keinen Zweifel daran gelassen, dass die Republik das Recht zur Landesverteidigung habe, wenn ihr ein Krieg aufgezwungen werde. «Es besteht überhaupt kein Widerspruch darin, einerseits maximale Anstrengungen für die Bewahrung des Friedens zu unternehmen, und andererseits, wenn gegen unseren Willen ein Krieg ausbricht, maximale Anstrengungen dafür zu unternehmen, dass in dem schrecklichen Sturm die Integrität und Unabhängigkeit der Nation bewahrt wird», schrieb er am 18. Juli 1914 in der «Humanité».³¹

Wie der große Pazifist sich gegenüber der *Union sacrée* verhalten hätte, darüber konnte man nach seinem Tod nur spekulieren. Die SFIO meinte jedenfalls, seinem Erbe treu zu bleiben, indem sie sich in diesem Moment von ihrem Pazifismus verabschiedete, hatte doch Deutschland ihrer mehrheitlichen Auffassung nach Frankreich einen Krieg aufgezwungen.³² Da-

her riefen die Parteiorgane zur nationalen Einheit und zur Zurückhaltung gegenüber innenpolitischen Rivalen auf. Weder kam es seitens der Arbeiterbewegung zu einer Agitation gegen die nationalistischen Kräfte noch seitens der Regierung zu den präventiven Verhaftungen, wie der «Carnet B» sie vorgesehen hatte. Und die Nation schien in weitgehender Einmütigkeit um den zu Lebzeiten so umstrittenen Sozialistenführer zu trauern. Zu seinem Begräbnis am 4. August 1914 erschienen nicht nur die Präsidenten der beiden Kammern, sondern auch eine nationalistische Leitfigur wie Maurice Barrès. Léon Jouhaux, der Generalsekretär der CGT, trat in seiner Trauerrede der *Union sacrée* bei, indem er im Namen der Arbeiterklasse dem deutschen und österreichischen Kaiser zurief: «Wir verpflichten uns, die Totenglocke Eurer Herrschaft zu läuten.»³³ Imperialismus und Militarismus, die Feinde der Arbeiterbewegung, hatten für ihn ihre Inkarnation in den Mittelmächten gefunden, wohingegen die französische Republik die Werte von 1789 verteidigte. Indem sie sich am 24. August 1914 einer neuen lagerübergreifenden Regierungskoalition anschloss, besiegelte die SFIO die endgültige Abkehr von ihren Positionen der Vorkriegszeit. Jules Guesde, der noch in dem mit Jaurès geführten «Streit der zwei Methoden» vehement gegen eine Beteiligung an bürgerlichen Regierungen eingetreten war, übernahm ein Ministerium ohne Geschäftsbereich und Marcel Sembat, ein weiterer prominenter Sozialist, wurde Minister für öffentliche Bauvorhaben.

Was die aktiven Katholiken und den Klerus anbelangte, so unterbrachen sie ihre permanente Opposition gegen die laizistische Republik in dem Moment, als das Vaterland verteidigt werden musste. Der Katholizismus hatte sich stets als die wahre patriotische Kraft Frankreichs begriffen, so dass sich sein Anschluss an den kollektiven Elan des August 1914 fast wie von selbst ergab. Hatte der Präsident selbst nicht religiöses Vokabular verwendet, als er von der *heiligen* Einheit und dem patriotischen *Glauben* gesprochen hatte? Die Ideale, welche die katholische Rechte stets hochgehalten hatte und die in der Dreyfus-Affäre in Misskredit geraten waren, erlebten im Sommer 1914 eine plötzliche Renaissance: die Ehre der Armee, die Einheit des Vaterlands, der Respekt vor Ordnung und Pflichterfüllung. Die Angehörigen des Klerus ließen sich widerspruchslös mobilisieren und trugen das ihrige dazu bei, den Krieg zu einem Kreuzzug umzuinterpretieren, in dem Frankreich als Land der «Apostel und Ritter» auf der richtigen Seite stand. Zeitgenössische Beobachter sprachen von einem «religiösen Revival», gab es doch eine verstärkte Nachfrage nach katholischen Riten wie Wallfahrten, Reliquienverehrung, Prozessionen und Segnungen, die den Menschen Protektion vor Unheil versprachen. Zahlreiche Quellen zeugen davon, wie sich

aufgrund des Kriegserlebnisses Menschen zum – zumeist katholischen – Glauben bekehrten.³⁴

Auch für die Frauen bedeutete die Mobilmachung des Sommers 1914 eine tiefgreifende Veränderung, sowohl was ihre Integration in den Arbeitsmarkt als auch was ihre politischen Forderungen anbelangte. So wandelten sich die Rahmenbedingungen weiblicher Berufstätigkeit innerhalb eines kurzen Zeitraums auf drastische Weise. Denn der Krieg begann in der Erntezeit, so dass die Landwirte mitten in einer der wichtigsten Arbeitsphasen des Jahres von ihren Höfen weggerufen wurden. Fünf Tage nach der Mobilmachung richtete Ministerpräsident Viviani deshalb einen pathetischen Aufruf an die Französinen, ihren eigenen Beitrag zur Kriegsanstrengung zu leisten. «Ersetzt auf den Anbaufeldern diejenigen, die auf den Schlachtfeldern sind. Macht euch an die Arbeit, um ihnen in kommenden Zeiten gepflügte Felder, eingefahrene Ernten, gesäte Äcker zeigen zu können. Es gibt in diesen schweren Stunden keine bedeutungslose Arbeit; alles ist groß, was dem Vaterland dient.»³⁵ Millionen von Französinen übernahmen auf dem Lande fortan die Aufgaben, die bislang den Männern vorbehalten waren, sei es, weil sie körperlich zu anstrengend waren, sei es, weil sie den Frauen nicht zugetraut wurden. Nun mussten die Bäuerinnen mit oft bescheidenen mechanischen Hilfsmitteln die Äcker pflügen und über das Wohl und Wehe des Betriebs alleine entscheiden.

Angesichts der Struktur der französischen Wirtschaft war die große Mehrheit der im Krieg arbeitenden Frauen im Agrarsektor tätig, während sich in anderen Bereichen Veränderungen erst schrittweise bemerkbar machten. So ging in der Metallindustrie der Anteil weiblicher Beschäftigter zunächst sogar etwas zurück, um ab 1916 stark anzusteigen. Zu Kriegsende bildeten die Frauen ca. ein Viertel der dort Arbeitenden. Ihre Mitarbeit in der Rüstungsindustrie etwa bei der Herstellung von Granaten wurde propagandistisch als weiblicher Beitrag zur Vaterlandsverteidigung dargestellt.³⁶ Langsam gewannen Frauen nun auch zu Berufen Zugang, die ihnen bis dahin verschlossen waren: So gab es nun Straßenbahn- und Taxifahrerinnen, Postbotinnen, Lehrerinnen an Jungenschulen. Auch setzten die Umstände des Krieges Regelungen außer Kraft, die Frauen daran gehindert hatten, über ihr Vermögen ohne die Zustimmung ihrer Ehemänner zu verfügen.

Auf diese Weise wurde angesichts des Krieges das bis dahin geltende, die Frauen ans Haus bindende Rollenmodell aufgeweicht. Sieht man von ihrer vorübergehenden Übernahme von landwirtschaftlichen Betrieben ab, wurden ihnen jedoch weitgehend dienende Aufgaben zugedacht, in denen sie die sich täglicher Lebensgefahr aussetzenden Männer unterstütz-

ten. So kamen an der Front bereits 1914 über 100 000 Krankenschwestern zum Einsatz. Die Kriegspropaganda stilisierte sie zu «weißen Engeln», die sich mit mütterlicher Fürsorge um die Verwundeten kümmerten. Eine Ausnahmerolle spielte dabei die Physikerin Marie Curie, die ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse für den Kriegseinsatz nutzbar machte. Sie überzeugte die Militärführung davon, eine Reihe von mobilen Röntgenstationen aufzubauen, mit deren Hilfe die Verletzten besser untersucht und im Körper verbliebene Projektile lokalisiert werden konnten.³⁷ In gewisser Weise ließ sich auch die Prostitution als ein dienender Kriegsbeitrag verstehen. Insbesondere an frontnahen Bahnhöfen suchten Soldaten Prostituierte auf, was die Armeeführung zunächst zu unterbinden suchte. Dann aber zog sie es vor, das unvermeidliche Übel selbst zu organisieren: Sie sah die Prostitution nun als notwendig für die Moral der Truppen an und eröffnete seit dem März 1918 direkt an der Front die sogenannten «Militärbordelle», die unter strenger Aufsicht der staatlichen Autoritäten standen.³⁸

Was nun die politischen Forderungen der Frauenbewegung anbelangt, so markiert der Kriegsausbruch keineswegs einen Fortschritt, vielmehr unterbrach er die Dynamik, die in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden war. Angeführt vom Conseil national des femmes françaises (CNFF) hatte die eng mit europäischen und amerikanischen Organisationen vernetzte Kampagne für das Frauenwahlrecht eine wachsende Resonanz gefunden, die sich in Meetings, Manifesten, Büchern und Journalen ausdrückte. Auch seitens der politischen Entscheidungsträger sank der Widerstand gegen die Gewährung politischer Beteiligungsrechte, forderte doch ein 1909 von Ferdinand Buisson verfasster Parlamentsbericht das kommunale Wahlrecht für Frauen. In den ersten Monaten des Jahres 1914 gewann die Bewegung zusätzlichen Schwung, so dass gesetzliche Fortschritte greifbar nahe schienen: Die im Mai neugewählte Abgeordnetenkammer befürwortete den Buisson-Bericht und gründete einen Ausschuss für Frauenrechte. Und mit René Viviani stand ab Juni 1914 ein Verteidiger des Frauenwahlrechts an der Spitze der Exekutive.

Die *Union sacrée* setzte diesem Prozess ein plötzliches Ende: Wie alle anderen politischen Kräfte stellten auch die Feministinnen ihre politischen Forderungen zurück und ordneten sich dem kategorischen Imperativ der nationalen Verteidigung unter. Die Frauen, so der allgemeine Tenor, sollten nun ihren Pflichten als Mütter, Ehefrauen und Arbeitskräfte nachkommen und sich ihren Wunsch nach politischer Partizipation für Friedenszeiten aufheben. Nur eine kleine Minderheit der französischen Feministinnen scherte aus dem allgemeinen kriegsbefürwortenden Konsens aus und be-

kannte sich zum Pazifismus als einer spezifisch weiblichen Werthaltung.³⁹ Wenn man sich die Rollen vor Augen führt, die den Frauen sowohl im Arbeits- als auch im politischen Leben zugeschrieben wurden, ist somit zu bezweifeln, dass der Weltkrieg einen Fortschritt im Hinblick auf ihre politisch-soziale Integration bedeutete.⁴⁰

Manche französischen Deutungen des Ersten Weltkriegs messen der *Union sacrée* eine weit über die Politik hinausgehende Bedeutung zu. Für sie kennzeichnet dieser Begriff die sich über die ganze Kriegszeit bewahrende Grundeinstellung der gesamten französischen Bevölkerung. Ein patriotischer Konsens habe die Französinen und Franzosen über die Kriegsjahre hinweg vereint und es ihnen ermöglicht, schwere Entbehrungen und Schicksalsschläge auszuhalten. Front und Heimat, so argumentieren Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker, seien durch eine allen gemeinsame «Kriegskultur» verbunden gewesen. Zentrale Elemente dieser *culture de guerre* seien ein fanatischer Hass gegen die Deutschen sowie ein geradezu messianischer Glaube an die Segnungen der französischen Zivilisation gewesen, verbunden mit der eschatologischen Vorstellung, dass mit der Niederringung des preußischen Militarismus auch der Krieg als Phänomen von der Welt verschwinden würde.⁴¹ Die bei der Invasion Belgiens und Nordfrankreichs von deutschen Truppen begangenen Verbrechen an Zivilisten, die summarischen Exekutionen, Niederbrennungen von Dörfern sowie die Zerstörungen von Kulturgütern wie der Reimser Kathedrale verliehen der Vorstellung, mit einem barbarischen Feind konfrontiert zu sein, empirische Evidenz. Man übersteigerte sie propagandistisch zu den vielzitierten *atrocités allemandes* und dichtete zu der grausamen Realität noch schrecklichere Legenden hinzu, die davon berichteten, wie deutsche Soldaten französischen Kindern die Hände abhackten.⁴² Auf diese Weise sei der Krieg, so die These Audoin-Rouzeaus und Beckers, den Franzosen als ein Kreuzzug der Zivilisation gegen einen bestialischen Feind erschienen. Die Enthumanisierung des Feindes habe bewirkt, dass die eigene tagtägliche Gewaltanwendung als durchaus legitim und notwendig wahrgenommen wurde.

Vor diesem Hintergrund haben sich zahlreiche Historiker die Frage gestellt, wie es sich erklären lässt, dass Millionen französischer Frontsoldaten über vier Jahre hinweg weiterkämpften, prekäre Lebensbedingungen ertrugen und täglich ihr Leben riskierten. Warum gab es nicht mehr dokumentierten Protest, Desertionen und Verzweiflungstaten? Audoin-Rouzeau und Becker finden auf diese Fragen eine verwirrend einfache Antwort: Sie gehen von dem bereits erwähnten Befund aus, dass die französischen Soldaten – ebenso wie die Zivilbevölkerung – in ihrer übergro-

ßen Mehrheit Patrioten waren. Zwar waren sie keine glühenden Nationalisten und Revanchisten, wie eine ältere Historiographie sie dargestellt hatte, doch identifizierten sie sich emotional mit ihrem Vaterland. Aus diesem Grunde, so Audoin-Rouzeau und Becker, waren sie auch zu großen Opfern für Frankreich bereit und stellten sich ganz in seinen Dienst. Es war ihr *consentement patriotique*, ihr patriotisches Einverständnis, das die Soldaten über die Kriegsjahre hinweg motivierte und sie Übermenschliches ertragen ließ. So erscheinen die *poilus* wie freiwillig zustimmende, mündig handelnde Akteure einer großen kollektiven Anstrengung.⁴³

Andere Historiker haben dieser These mit guten Gründen widersprochen: Die Soldaten, so argumentieren etwa Frédéric Rousseau, Rémy Cazals und André Loez, hatten gar keine freie Wahl, am Krieg teilzunehmen oder nicht; insofern sei der Begriff des «Einverständnisses» unangemessen. Sie bestreiten nicht, dass die Kriegsteilnehmer in ihrer übergroßen Mehrheit Patrioten waren, doch bezweifeln sie, dass sich aus diesem Faktum deren erstaunliches Durchhaltevermögen erklären lässt. Rousseau, Cazals und Loez beziehen sich auf Briefe und Tagebücher einfacher Soldaten und lesen aus diesen eine Vielzahl von Einstellungen zum Krieg heraus. Der von Audoin-Rouzeau so betonte fanatische Hass auf die Deutschen war keineswegs allen *poilus* gemeinsam; vielmehr äußerten zahlreiche französische Soldaten Mitleid mit ihren feindlichen Kameraden, die gleichermaßen unfreiwillig täglicher Lebensgefahr ausgesetzt waren. Im Vordergrund steht für diese Interpretationsrichtung nicht mehr die alle ergreifende «Kriegskultur», sondern der Staat, der die Kriegsteilnehmer auf totale Weise durch das System von Befehl und Gehorsam, durch Kontrolle und Überwachung sowie Bestrafung erfasste.⁴⁴ Eine zwischen diesen starren Thesen vermittelnde Sichtweise legt der Historiker Emmanuel Saint-Fuscien vor: Er betont einerseits die ausgefeilte Befehlsstruktur der französischen Armee und die vielfältigen Mechanismen, mit denen die Soldaten zur Raison gebracht werden konnten. Andererseits macht er sichtbar, dass die Befehlsgeber auch deshalb Gehorsam erzielen konnten, weil sie vielfach auf einwilligende Untergebene stießen.⁴⁵

Damit ist zu der Rolle des Staates bei der Herstellung, Bewahrung und Verteidigung der *Union sacrée* übergeleitet. Welche Anstrengungen unternahm seine Protagonisten, um eine einheitliche Geisteshaltung und eine patriotische Handlungsbereitschaft unter allen gesellschaftlichen Akteuren sicherzustellen? Und wie veränderten sich dadurch die Beziehungen zwischen militärischer und ziviler Führung, Wirtschaft und Gesellschaft? Unmittelbar nach Kriegsausbruch «vertagte» sich das Parlament und verabschiedete sich somit auf unbestimmte Zeit von der politischen Mitwir-

kung. Angesichts des schnellen Vorrückens deutscher Truppen in französisches Territorium verließ die Regierung die Hauptstadt, um sich vorläufig in Bordeaux niederzulassen. Es war das militärische Oberkommando unter General Joseph Joffre, das nun die exekutive Autorität übernahm. Dieser ging davon aus, dass ihm unbegrenzte Vollmachten zustanden, ohne dass er die zivile Regierung und die Parlamentarier einbeziehen musste. Wenn diese mit seinen Entscheidungen nicht einverstanden waren, blieb ihnen – so die Auffassung Joffres – immer noch die Möglichkeit, eine andere Persönlichkeit an die Spitze der Streitkräfte zu setzen. Faktisch hatte somit nur wenige Tage nach Kriegsbeginn das Militär die strategische Führung des Landes übernommen.

Nur langsam und schrittweise gelang es den zivilen Entscheidungsträgern, ihre Autorität wieder geltend zu machen. So trat Ende Dezember 1915 das Parlament wieder zusammen und brachte seinen Unmut über die Alleingänge des Generalstabschefs Joffre zum Ausdruck. Da öffentliche Parlamentsdebatten die Geheimhaltung kriegswichtiger Informationen gefährdet hätten, traf es sich nun in geheimen Sitzungen, um seiner Kontrollfunktion wirksam gerecht zu werden. Gegen Ende des Jahres 1916 vermochte nun auch die Regierung, die zivile Oberhoheit wiederherzustellen: Joffre wurde von Premierminister Aristide Briand auf die ehrenvolle Position eines Marschalls von Frankreich berufen, musste aber das Kommando über die Streitkräfte abgeben. Damit hatte die Regierung ihre Fähigkeit bewiesen, die Souveränität im Lande auszuüben. Georges Clemenceau, der im November 1917 an die Spitze der Regierung trat, übernahm selbst das Kriegsministerium und stellte sicher, dass er in alle kriegswichtigen Entscheidungen einbezogen wurde.

Ähnliche Prozesse lassen sich im Hinblick auf bürgerliche Freiheitsrechte feststellen, die unmittelbar nach Kriegsbeginn stark beschnitten wurden. Ab dem August 1914 galt im ganzen Land das Kriegsrecht, womit den militärischen Autoritäten die Überwachung der öffentlichen Ordnung übertragen wurde. Versammlungen konnten vom Militär verboten und Durchsuchungen von Wohnungen angeordnet werden. Militärgerichte waren dafür zuständig, Verstöße gegen die öffentliche Ordnung schnell und ohne die üblichen rechtsstaatlichen Garantien zu ahnden. Alle Presseorgane unterlagen fortan der Zensur, die damit begründet wurde, dass man die Kontrolle über die Weitergabe kriegswichtiger Nachrichten behalten musste. Faktisch aber ging die Zensur viel weiter, indem sie nämlich nicht nur die Preisgabe geheimer Informationen, sondern auch die freie *politische* Meinungsäußerung beschnitt. Artikel, welche die Militärführung sowie die Regierung kritisierten, wurden gestrichen; weiße Stellen in den Zeitungen

machten sichtbar, wenn «Anastasia» – wie der Volksmund die Zensur nannte – die Kritik an den staatlichen Autoritäten zu weit gegangen war. Georges Clemenceau, der damals die Zeitung «L'homme libre» herausgab, war über die Zensur in den ersten Kriegswochen so empört, dass er sein Blatt in «L'homme enchaîné» (der gefesselte Mensch) umbenannte. Im internationalen Vergleich nimmt sich die französische Pressepolitik der Kriegsjahre besonders restriktiv aus, gestattete doch nicht nur Großbritannien, sondern auch das deutsche Kaiserreich seinen Zeitungen einen weit größeren Freiraum. Auch die private Korrespondenz zwischen Front und Heimat wurde von einem Heer von 5000 Zensoren durchkämmt. Es drängt sich also der Eindruck auf, als habe Frankreich seine republikanisch-liberalen Traditionen zeitweise auf dem Altar der *Union sacrée* geopfert: Das öffentliche Austragen politischer Differenzen, das für die Dritte Republik so charakteristisch gewesen war, erschien den staatlichen Autoritäten offenbar in einer Kriegssituation nicht tragbar.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft rückte der französische Staat von seinem bisherigen liberalen Credo ab. Unmittelbar nach Kriegsbeginn sah sich die Regierung vor die Herausforderung gestellt, die Rohstoffversorgung und Produktion unter extrem erschwerten Bedingungen zu sichern. Denn von der deutschen Besatzung waren ausgerechnet zwei hochindustrialisierte Regionen, der Norden um Lille und das lothringische Kohle- und Stahlrevier, betroffen. Ab dem Mai 1915 war der Sozialist Albert Thomas zunächst als Staatssekretär, dann als Minister dafür zuständig, die Kriegsgüterproduktion zu sichern. Er sah mit dem Krieg die Stunde gekommen, die bisherige liberale Marktwirtschaft grundsätzlich zu reformieren und eine «organisierte Ökonomie» an ihre Stelle zu setzen.⁴⁶ Vom deutschen Reformsozialismus um Eduard Bernstein beeinflusst, befürwortete Thomas einen Mittelweg zwischen Laissez-faire-Liberalismus und Planwirtschaft, zwischen ungeregeltem Kapitalismus und Marxismus.

In seinem Ministerium umgab er sich mit wissenschaftlich geschulten Experten, wie etwa den Soziologen Maurice Halbwachs und François Simiand. Die Reformimpulse des Ministers richteten sich sowohl an die Arbeitgeber als auch an die Arbeiterschaft. Zum einen etablierte der Minister eine enge Abstimmung mit den kriegswichtigen Unternehmern, die im «Comité des forges», dem Dachverband der Stahlindustrie, organisiert waren. Durch die Verteilung von Aufträgen und die Finanzierung von Investitionen suchte Thomas die Versorgungssicherheit für die Armee zu gewährleisten. So errichtete André Citroën 1915 mitten in Paris dank staatlicher finanzieller Hilfe eine auf die Granatenproduktion spezialisierte Fabrik, die maßgeblich dazu beitrug, dass Frankreich nicht nur seine eigene Munitionsproduktion

sicherstellen, sondern sogar Munition an andere Ententemächte exportieren konnte. Zum anderen bemühte sich Thomas darum, die Situation der Industriearbeiter zu verbessern. Arbeitskämpfe mussten nach seiner Auffassung möglichst verhindert werden, um die Regelmäßigkeit der Waffenproduktion nicht zu gefährden. Gleichzeitig aber war für ihn der Krieg auch ein Mittel, permanente Reformen in den sozialen Beziehungen und den Arbeitsbedingungen auf den Weg zu bringen. So wurde 1917 ein verpflichtendes, staatlich moderiertes Schlichtungsverfahren eingeführt, wenn es zu Konflikten zwischen Arbeitgebern und -nehmern in einem von Staatsaufträgen abhängigen Betrieb kam. Ebenso musste in solchen Unternehmen nun ein Betriebsrat eingeführt werden, um eine dauerhafte Interessenvertretung der Arbeiter sicherzustellen. Zahlreiche Maßnahmen wurden ergriffen, um die gesundheitlichen Bedingungen in den Betrieben, besonders für weibliche Arbeitskräfte, zu verbessern. Die unter Thomas eingeführten Neuerungen gehören somit zu den wenigen Errungenschaften, welche die Sozialisten durch ihre Regierungsbeteiligung erzielten.

Die Ausweitung der Staatstätigkeit lässt sich auch auf dem Gebiet der Finanzen feststellen. Die Kriegsproduktion verschlang ungeheure Mengen an Geld, so dass sich das Volumen des Staatshaushalts zwischen 1914 und 1918 vervierfachte. Ebenso wie in anderen kriegführenden Ländern kam das Geld nicht aus Steuereinnahmen, sondern aus Staatsanleihen und Auslandskrediten. Die Franzosen waren als ein Volk von Sparern bekannt und liehen zwischen 1914 und 1918 ihr Geld in großem Maße dem Staat. Es waren insbesondere die kurzfristigen, mit Laufzeiten von drei, sechs oder zwölf Monaten ausgegebenen «Bons de la défense nationale», die von den Bürgern gezeichnet wurden. Die später aufgelegten langfristigen Anleihen, die mit großem Aufwand als patriotischer Bürgerbeitrag beworben wurden, hatten letztlich für die Finanzierung des Krieges eine geringere Bedeutung.⁴⁷ Eine weitere wichtige Geldquelle waren britische und amerikanische Banken, von denen sich Frankreich ca. 43 Milliarden Gold-Francs auslieh.⁴⁸

In verschiedensten Bereichen, von der Regierungsweise über die bürgerlichen Freiheitsrechte, die Wirtschaftsordnung und die Arbeitsbeziehungen bis hin zu den Finanzen lässt sich also zeigen, wie angesichts des Krieges der bis dahin als liberal zu bezeichnende französische Staat in einen Interventionsstaat umgestaltet wurde. Man hoffte auf diese Weise, eine einheitliche Aktionsfähigkeit des Landes bewahren zu können, auch wenn Spannungen unter der Bevölkerung auftreten würden. Letztlich würde sich das Schicksal der 1914 geschlossenen *Union sacrée* allerdings auf den Schlachtfeldern entscheiden.

Von Verdun nach Rethondes: Selbstbehauptung, Krise und Sieg

Zahlreiche Schlachten des Ersten Weltkrieges sind Gegenstand einer Mythenbildung geworden, die aus ihnen nationale Erweckungserlebnisse, die Geburtsstunde von exemplarischem Heldentum und patriotischem Gemeinsinn machte.⁴⁹ Was Vittorio Veneto für Italien, Gallipoli für Australien und Neuseeland, Vimy Ridge für Kanada bedeutet, stellt für Frankreich Verdun dar: die emblematische Schlacht, in der sich die Kernideen der eigenen Kriegserfahrung verdichteten. Verdun versinnbildlichte die *Union sacrée*, die seit 1914 im Zentrum der nationalen Kriegsideologie stand. Die Schlacht des Jahres 1916 stellt in der französischen Vorstellungswelt alle anderen in den Schatten, nicht nur wegen der hohen Bedeutung, die ihr für die Selbstbehauptung beigemessen wurde, sondern auch wegen der Anzahl der beteiligten Soldaten und der erlittenen Verluste. Deshalb ist das Schlachtfeld bald nach dem Krieg zu einem heiligen Ort, einer zivilreligiösen Pilgerstätte gemacht worden, in deren Mittelpunkt ein Beinhaus steht, das die sterblichen Überreste von 130 000 Soldaten aufbewahrt.

Um die Rolle Verduns im französischen Nationalbewusstsein zu verstehen, müssen wir uns an den Jahreswechsel 1915/16 zurückversetzen. Seit eineinhalb Jahren war es weder Frankreich noch Deutschland gelungen, die Frontlinie wesentlich zu verändern, als sich die deutsche Militärführung im Januar dazu entschloss, das von Festungen umgebene Verdun anzugreifen. Nach Auffassung der deutschen Entscheidungsträger waren die französischen Truppen auf das höchste geschwächt, so dass man das Durchbrechen der Westfront in einer Entscheidungsschlacht für möglich hielt.⁵⁰ Die französische Führung erhob daraufhin die Verteidigung Verduns zur höchsten Priorität. Es ging ihr dabei nicht etwa um die historisch-symbolische Bedeutung der Stadt, die damals im französischen Kollektivbewusstsein noch überhaupt nicht verankert war. Mehr noch als die militärischen Folgen eines Verlusts der Stellung fürchtete sie die Auswirkungen auf die öffentliche Meinung: Eine Niederlage würde die Moral der Bevölkerung zerstören und die Militärführung in den Augen der politischen Kräfte delegitimieren. So konzentrierte sich der Verteidigungswille Frankreichs für mehrere Monate vornehmlich auf ein gut 50 Quadratkilometer großes Terrain.⁵¹

An der Spitze der dort eingesetzten Truppen stand mit Philippe Pétain eine Persönlichkeit, die einen entscheidenden Einfluss auf die französische Geschichte des 20. Jahrhunderts ausüben sollte. Als Abkömmling einer nordfranzösischen Bauernfamilie verkörperte er damals das von der Dritten Republik hochgehaltene Ideal des schlichten, patriotischen und opferbereiten *paysan-soldat*. Der bereits 60 Jahre alte General glaubte im

Gegensatz zu anderen hohen Militärs nicht an die Wirksamkeit einer Offensivstrategie, sondern optierte für die nachhaltige Verteidigung der Festungen um Verdun, um die Angreifer langfristig zum Aufgeben zu bringen. Deshalb organisierte er die sogenannte *norja*, eine die Stellung über die einzige Zufahrtsstraße ununterbrochen versorgende Kette von Lastwagentransporten. Die *norja* (auch Paternoster genannt) brachte nicht nur Munition, Waffen und Nahrungsmittel an die Front, sondern transportierte ständig Soldaten zu den Schützengräben und wieder zurück. Dahinter stand die Idee, dass das Schlachterlebnis von Verdun für die einzelnen Soldaten – falls sie es überhaupt überlebten – so schrecklich war, dass es ihnen nicht mehr als eine Woche zuzumuten war. Insofern musste die Stellung ununterbrochen mit neuen Soldaten versorgt werden, was dazu führte, dass die große Mehrheit der damals Mobilisierten zumindest einmal dort zum Einsatz kam. Auf diese Weise wurde Verdun nicht nur zu einer regelrechten Volksschlacht, sondern symbolisierte auch die republikanische Gleichheit, da praktisch alle waffenfähigen Männer einmal dort ihren Dienst für die Verteidigung des Vaterlands versehen mussten.⁵² Unterdessen wurde Pétain, der eine genuine Sorge für das Wohlergehen seiner Soldaten demonstrierte, zu einer Art Vaterfigur.

Verdun gewann einen emblematischen Charakter auch, weil es die bis dahin größte Materialschlacht war und so die Neuartigkeit des Ersten Weltkriegs symbolisierte. Beide Kontrahenten entfachten über sechs Monate ein praktisch pausenloses Artilleriefeuer: So wurden seitens der Deutschen vermutlich mehr als 200 Millionen Granaten abgefeuert. Die Soldaten standen dem Granatendonner oft nahezu schutzlos gegenüber; mangels regelrechter Schützengräben verschanzten sie sich in Erdlöchern und hinter eilig aufgeschütteten Wällen, mit der Maßgabe, dort um jeden Preis auszuhalten. Für die beteiligten Soldaten war das Materialfeuer vor Verdun nichts anderes als die Hölle schlechthin, der sie – wenn überhaupt – nur mit einem höchst beschädigten Leben entkamen. In seinen 1922 erschienenen Erinnerungen an die Schlacht beschrieb der Schriftsteller Georges Gaudy den Anblick der vom Kampf zurückkehrenden Soldaten: «Sie hatten selbst die Kraft, sich zu beklagen, verloren. In ihren Blicken sah man einen unerhörten Abgrund des Schmerzes, wenn diese Sträflinge des Krieges ihren Kopf zu den Dächern der Dörfer hin erhoben. [...] Es schien, als wenn diese stummen Gesichter etwas Furchtbares herausschrien: den unglaublichen Schrecken ihres Martyriums.»⁵³

Als der deutsche Angriff im Sommer versandete und schließlich aufgegeben wurde, konnte Frankreich die wenigen eroberten Festungen und Landstücke bis zum Dezember 1916 zurückgewinnen. Man feierte Verdun

deshalb als einen Sieg. Es war indes ein besonderer Sieg, da er mit keinerlei territorialen Gewinnen einhergegangen war. Und auf beiden Seiten waren hohe Opferzahlen (163 000 Soldaten für Frankreich und 143 000 für Deutschland) zu beklagen. Die Schlacht war, wie es Antoine Prost formuliert, ein «defensiver Sieg», da die Franzosen es ihren Kontrahenten nicht gestattet hatten, ihre Linien zu durchbrechen. Man hatte das eingangs geleistete Versprechen: *ils ne passeront pas* – «sie werden nicht durchkommen» – eingelöst. Auf diese Weise verkörperte Verdun den Sinn, den man dem Krieg seit dem Sommer 1914 gegeben hatte; nämlich die Vorstellung einer sich selbst behauptenden Nation, die ohne Eroberungswillen einen ihr aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen muss.

Gleichzeitig begann sich aber mit Verdun eine zunehmende Erschöpfung und Verzweiflung unter der französischen Bevölkerung breitzumachen, die den Sinn des gegenseitigen Abschlachtens immer weniger einsehen konnte. «Ich bin empört über die ungeheure Nutzlosigkeit unserer Verluste», schrieb ein französischer Hauptmann im November 1916. «Ich bin selber immer bereit mein Leben zu opfern, doch will ich auch erreichen, dass die Verschwendung von Menschleben und Manneskraft öffentlich bekannt wird, und dass die Gefahr, die unsere Nation bedroht, nämlich diese auszubluten, erkannt und gebannt wird.»⁵⁴ Im gleichen Zeitraum erntete der sozialistische Schriftsteller Henri Barbusse einen großen Erfolg mit seinem Roman «Le feu», der zunächst als Feuilleton einer Tageszeitung und im Dezember als Buch erschien. Beruhend auf den eigenen Fronterfahrungen des Autors erzählte er die Geschichte einer Gruppe einfacher Soldaten, die den Krieg in seinen Schrecklichkeiten, aber auch seiner Langeweile, seinen Enttäuschungen und täglichen Zumutungen erleben. Barbusse wollte die «Wahrheit über den Krieg» schreiben und sich somit von nationalistischen Schriftstellern wie Maurice Barrès unterscheiden, welche die Soldaten als hoch motivierte, stets opferbereite und staatlicherseits bestens versorgte Patrioten feierten. «Le feu» schloss mit einem prophetischen Kapitel, in dem der Autor der Katastrophe doch noch einen ultimativen Sinn abgewinnen wollte: wenn sie nämlich dazu führen würde, den «Krieg zu töten». Dieser diene in allen Ländern den Interessen einer kleinen Kaste von Besitzenden und Regierenden, die sich die naiven Leidenschaften der Völker zunutze machten. Die Völker, so Barbusse, müssten sich in der Tradition der Französischen Revolution erheben, das Ideal der Gleichheit erkämpfen und somit jeglichen künftigen Kriegen die Basis entziehen. Der Roman, an dem erstaunlicherweise die Zensur keinen Anstoß nahm, wurde im Dezember 1916 mit dem renommiertesten französischen Literaturpreis, dem «Goncourt», ausgezeichnet.

Unterdessen schien die französische Militärführung aus den Erfahrungen von Verdun nicht die notwendigen Lehren zu ziehen. Im Gegenteil versuchte sie nun in einer eigenen, gemeinsam mit Großbritannien vorgetragenen Offensive an der Somme das Gleiche zu erreichen, was die Deutschen in Verdun hatten herbeiführen wollen: die entscheidende Kriegswende, die der Starrheit der Fronten ein Ende setzen, den eigenen Sieg einleiten und die unermesslichen Verluste an Menschenleben rechtfertigen würde. Doch wiederholte sich in der Somme-Schlacht in nur noch größeren Dimensionen die – wie Jörn Leonhard es ausdrückt – «Fehlkalkulation von Aufwand und Ertrag».⁵⁵ Im Sommer und Herbst 1916 ließen dort noch mehr Menschen als vor Verdun ihr Leben, wurde noch mehr Artillerie aufgeboten, um nur wenige Kilometer Land zu gewinnen.

Im gleichen Zeitraum fanden unter der französischen Führung nun ausgreifende Erörterungen der Kriegsziele statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Vorstellung, dass der zu erwartende Siegfrieden umfassende «Garantien» gegenüber einem neuerlichen Erstarken Deutschlands und seines Hegemonialstrebens beinhalten müsse. Nun war nicht mehr nur von der Rückgewinnung Elsass-Lothringens die Rede; die Grenzen von 1790, die Frankreich Teile der Pfalz und des Saargebiets zuerkannten, sollten wiederhergestellt werden. Auch war man sich einig darüber, dass das linke Rheinufer – die preußische Rheinprovinz – im Sinne der Sicherheit Frankreichs neugeordnet werden musste. Ob man diese allerdings lediglich besetzen, in neutrale Pufferzonen umwandeln oder gar kurzerhand annectieren sollte, darüber wurden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Auch bestand Uneinigkeit darüber, was mit der Habsburgermonarchie zu geschehen hatte, ob man diese als Stabilitätsfaktor bewahren müsse oder aber ihr Territorium zerschlagen und nach dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung völlig neuordnen solle.⁵⁶

Eine Konsequenz des Scheiterns der Somme-Offensive war die Ablösung von Joseph Joffre an der Spitze des französischen Generalstabs gewesen. Die zivile Führung war seine Verheißungen einer baldigen Kriegswende, denen nur magere Ergebnisse gegenüberstanden, leid; man berief Robert Nivelle, der sich in Verdun ausgezeichnet hatte, an seine Stelle. In ihn wurde die Hoffnung gesetzt, dass er nun mit einer entscheidenden Offensive das Kriegsglück wenden würde: 1917 sollte das Jahr des Sieges und der Einlösung der ambitionierten Kriegsziele werden. Nivelle wählte für den Angriff den Chemin des Dames, einen Landstrich nördlich von Reims, aus. Wieder gingen große Versprechungen dem Beginn der Offensive voraus, wieder blieben die Resultate weit hinter den Erwartungen zurück. Mit dem ersten «Überraschungsangriff» hatte man zehn Kilometer erobern wollen,

tatsächlich waren es nur 500 Meter. In den ersten beiden Aprilwochen des Jahres 1917 ließen 52 000 französische Soldaten am Chemin des Dames ihr Leben.

Nun aber reagierten Mitglieder der Armee anders als zuvor, denn zahlreiche Soldaten verweigerten den Gehorsam. Sie lehnten es ab, die Schützengräben zum Angriff zu verlassen; einige flohen von ihren Gefechtsständen, andere lehnten sich gewaltsam gegen ihre Vorgesetzten auf. Politische Forderungen nach einem Ende des Krieges, nach sofortigen Friedensverhandlungen wurden erhoben. Andere bekannten sich zur Solidarität mit den Völkern der Kriegsgegner, indem sie die «Internationale» sangen. Der Ungehorsam unter den Soldaten ging als der «Streik der Schützengräben», als «Meutereien von 1917» in die Geschichte ein. Ihr genauer Umfang ist schwer zu ermessen; auf ihrem Höhepunkt im Juni waren aber über 80 Regimenter aus 68 der 110 Divisionen der französischen Armee von ihnen betroffen.

Die breitgefächerten Äußerungen von Ungehorsam waren ein irritierendes Phänomen für eine Nation, die ihren Kriegseinsatz unter den Vorzeichen einer *Union sacrée* gesehen hatte. Und sie stellen solche Historiker, welche die Frontsoldaten von einmütigem «patriotischen Einverständnis» und fanatischem Feindeshass motiviert sehen, vor eine schwierige Aufgabe. Manche Autoren haben sich des Problems dadurch entledigt, dass sie die Ausmaße der Meutereien minimiert, ihre begrenzte Dauer im Frühsommer 1917 betont und ihnen jegliche grundsätzliche politische Zielrichtung abgesprochen haben. Die Streiks der Frontsoldaten hätten sich nicht gegen den Krieg als solchen gerichtet, sondern gegen die wiederholten Offensiven, die mit hohen Verlusten an Menschenleben einhergingen. «Die Meutereien sind nicht eine Ablehnung, zu kämpfen, sondern die Ablehnung einer bestimmten Weise, dies zu tun», schrieb der Historiker Guy Pedroncini, dessen Deutung der Ereignisse von 1917 lange Zeit maßgeblich blieb.⁵⁷ Die Soldaten hätten für bessere Lebensbedingungen, eine bessere Behandlung durch ihre Vorgesetzten und mehr Heimurlaub gestreikt, nicht aber für den Frieden. Im nationalen Geschichtsbewusstsein hat sich die Vorstellung fest verankert, dass Pétain die Krise des Sommers 1917 bewältigt habe. Denn dieser löste im Mai Nivelle an der Spitze des Generalstabs ab, da man Letzterem das Scheitern der Offensive am Chemin des Dames zur Last legte. Pétain, so das verbreitete, nicht zuletzt von ihm selbst propagierte Geschichtsbild, habe Beruhigung geschaffen, indem er die Offensivstrategie beendet habe, den Forderungen der Soldaten nach besseren Lebensbedingungen und mehr Heimgängen entgegengekommen sei und einige wenige Meuterer abschreckend hart bestraft habe.⁵⁸

Diese Sichtweise kann seit der umfassenden Studie von André Loez von 2010 nicht mehr aufrechterhalten werden.⁵⁹ Er erklärt die Meutereien aus dem Erwartungshorizont der Soldaten im Frühjahr 1917. Seit Jahresbeginn nährten verschiedene Ereignisse die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges: Das deutsche Angebot zu Friedensgesprächen im Dezember 1916, die Abdankung des Zaren im März und der Kriegseintritt der USA im April 1917 wurden als Anzeichen dafür wahrgenommen. Zudem zogen sich die Deutschen im gleichen Zeitraum von einigen Positionen an der Westfront zurück, so dass die Vorstellung entstand, der Bewegungskrieg kehre zurück und die Befreiung sei nahe. Die Hoffnungen auf ein Kriegsende wurden durch den offiziellen politischen und medialen Diskurs noch verstärkt, der die Offensive am Chemin des Dames als die finale Schlacht und kommende «victoire décisive» ankündigte. Manche Soldaten verzichteten in Erwartung des nahenden Sieges sogar auf ihre «permission», den Heimaturlaub.

Umso größer war nun der Abstand zwischen Erwartungen und Realität, als das Scheitern der Offensive bekannt wurde. Diese sich rasch verbreitenden Nachrichten entzogen dem optimistischen Diskurs der Führung seine Glaubwürdigkeit und entlarvten ihn als «bourrage de crâne», als Gehirnwäsche. Die Meutereien, die nun ausbrachen, waren keine Aktion gegen die Offensive am Chemin des Dames und ihre Bedingungen, denn drei Viertel der von Streiks betroffenen Regimenter waren gar nicht an dem Vormarsch beteiligt. Die Proteste richteten sich vielmehr grundsätzlich gegen die Weiterführung des Krieges. Die Widersprüche, die sich hinter der Fassade der *Union sacrée* verbargen, brachen nun auf: Frankreich hatte stets das Ideal des *citoyen-soldat* hochgehalten, das den Militärdienst als eine republikanische Bürgerpflicht pries. Jetzt aber wurde ein Gegensatz zwischen soldatischen Pflichten und bürgerlichen Rechten offenkundig.⁶⁰ Als Staatsbürger und somit Träger der Volkssouveränität forderten die Meuterer das Ende des Krieges und verweigerten den soldatischen Gehorsam. So ist es zu verstehen, dass streikende Soldaten einen «Marsch auf Paris» organisieren wollten, um die dortigen politischen Entscheidungsträger unter Druck zu setzen. Ebenso beriefen sich die Meuterer auf das republikanische Ideal der Egalität und beklagten, dass dieses nur höchst unvollkommen eingelöst würde, seien doch die Lasten des Kriegsdienstes sehr ungleich verteilt. Bezeichnenderweise entstand die Bewegung soldatischen Ungehorsams in Infanterieregimentern, die sich am unmittelbarsten der täglichen Lebensgefahr ausgesetzt sahen. Sie beschwerten sich über die Militärführer, die aus sicherer Distanz dem Schlachtengeschehen beiwohnten, und die *embusqués*, die «Drückeberger», die es geschafft hatten, dem Soldatendienst zu entkommen und den Krieg als Zivilisten zu verbringen. Der dominante Diskurs, der

von den Soldaten leidenschaftlichen Patriotismus und tägliche Opferbereitschaft verlangte, wurde scharf zurückgewiesen. «Lieber bin ich ein lebender Deutscher [*boche*] als ein toter Franzose», so zitiert Loez einen streikenden Soldaten.⁶¹

Die Ernennung Pétains zum Chef der Armee änderte weder etwas am verbreiteten Ungehorsam unter den Soldaten noch an der militärischen Strategie. Vielmehr waren es die im Juni 1917 ihren Höhepunkt erreichenden Meutereien, die der Armeeführung keine andere Wahl ließen, als die Offensiven aufzugeben. Auch wurden die streikenden Soldaten nicht durch Verbesserungen der Lebensbedingungen besänftigt, sondern durch harte Repression zum Aufgeben gezwungen. Die Militärjustiz fällte 534 Todesurteile, von denen allerdings nur 49 vollstreckt wurden. Andere Anführer wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, von ihren Einheiten isoliert oder nach Übersee verbannt. Aus den Kolonien rekrutierte Soldaten sowie die Kavallerie wurden eingesetzt, um meuternde Einheiten zu umzingeln und zum Aufgeben zu zwingen.

Die Meutereien hatten eine derart destabilisierende Wirkung auf die Front, dass sie durchaus zu einer Umwälzung hätten führen können, wenn sie einen zivilgesellschaftlichen Rückhalt gefunden hätten. Proteste an der Heimatfront gab es zwar, sie fanden jedoch in zeitlich verschobenen Phasen statt. Hatte es in den ersten Kriegsjahren kaum Arbeitskämpfe gegeben, begann im Januar 1917 eine Streikbewegung, die zunächst von den *midi-nettes*, den Pariser Textilarbeiterinnen, ausging, dann aber auch Werktätige anderer Industriezweige erfasste. Man streikte für kürzere Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, um sich die steigenden Lebensmittelpreise leisten zu können. Die Streikenden, zu 75 Prozent Frauen, setzten sich aber auch für die Beendigung des Krieges, für die Rückkehr ihrer Männer ein. Auch protestierten sie dagegen, dass die politischen Autoritäten einige Zehntausend Arbeiter aus den Kolonien rekrutiert hatten, die angeblich das Lohnniveau drückten. Diese Streikwelle ebte aber in dem Moment ab, als die Meutereien sich ausbreiteten, so dass sich die beiden Protestbewegungen nicht miteinander verbinden konnten. Um die Kriegsmoral unter der Zivilbevölkerung, dies zeigten die von den Präfekten angefertigten Stimmungsberichte, war es im Sommer 1917 nicht gut bestellt, doch erwuchs daraus noch keine kollektive Bewegung gegen eine Weiterführung des Krieges.⁶²

Auch in anderen kriegführenden Ländern machte sich 1917 eine Kriegsmüdigkeit breit, die etwa in Russland den Boden für den Sturz des Zarenreichs bereitete. In Frankreich bot die moralische Krise einer schillernden Persönlichkeit die Chance, an die politische Spitze zurückzukehren: Georges Clemenceau. Der Politiker und Journalist hatte sich in den

ersten Kriegsjahren besonders in der Rolle betätigt, in der er gefürchtet und geachtet war, nämlich als unaufhörlicher Kritiker der politischen und militärischen Führung. Als Vorsitzender der Senatskommission für Armeefragen und für auswärtige Angelegenheiten hatte er zudem eine wichtige Kontrollfunktion ausüben können. Nach seiner Analyse war die Krise des Jahres 1917 vor allem der Schwäche der Zivilregierung zuzurechnen und insbesondere dem Innenminister Louis Malvy, der seit 1914 ununterbrochen amtierte hatte. Der Innenminister war – so Clemenceaus Auffassung – zu kompromissbereit mit jenen Kräften umgegangen, die nicht bereit waren, alles dem unbedingten Kriegseinsatz unterzuordnen. Am 22. Juli 1917 hielt der «Tiger», wie man den 75-jährigen Politiker nannte, eine mehrstündige Rede vor dem Senat, in der er seine Auffassung von der richtigen Kriegseinstellung und seine Anklagen gegen Malvy ausbreitete. Clemenceau sah Frankreich von einem inneren Feind bedroht, den er als den «Antipatriotismus» kennzeichnete. Damit meinte er all diejenigen, die «in diesem größten Ereignis der Menschheitsgeschichte» andere Interessen als die des totalen Sieges der französischen Nation verfolgten: Pazifisten, Internationalisten, Anarchisten, Syndikalisten, Befürworter eines Verhandlungsfriedens – sie alle stigmatisierte der «Tiger» als «Antipatrioten», als wenn es 1917 nur eine einzige akzeptable Deutung des nationalen Interesses gegeben hätte, nämlich die kompromisslose Kriegs- und Opferbereitschaft. Im verbleibenden Teil seiner Rede erging sich Clemenceau in einer frontalen Attacke gegen Malvy, dem er vor allem zur Last legte, 1914 nicht den «Carnet B» angewandt zu haben – jene berüchtigte Liste unzuverlässiger Staatsbürger, die es im Falle eines Kriegsausbruchs zu verhaften galt. Da man Anarchisten, Pazifisten und Internationalisten nicht umgehend unschädlich gemacht habe, hätten diese in den folgenden Monaten ungehindert ihr Unwesen treiben und die Soldaten mit «antipatriotischen» Ideen infizieren können. So erklärte der «Tiger» der Öffentlichkeit den Ausbruch des verbreiteten Ungehorsams an der Front.⁶³

Mit seinem Auftritt vor dem Senat erreichte der greise Politiker zwei Ziele: Zum einen waren nun die Tage von Louis Malvy als Innenminister gezählt, trat dieser doch am 31. August zurück, nachdem Clemenceau in seiner Zeitung «L'homme enchaîné» die Attacken massiv fortgesetzt hatte. Nur eine Woche später demissionierte daraufhin die gesamte Regierung unter Alexandre Ribot. Zum anderen bot sich der «Tiger» mit seiner von glühendem Patriotismus geprägten Rede als eine politische Leitfigur an, die Frankreich aus der Motivationskrise des Sommers 1917 würde führen können. Doch Staatschef Raymond Poincaré hatte weder Sympathien für Clemenceau noch Vertrauen in die Gestaltungskraft des betagten Poli-

tikers, so dass er zunächst den linksrepublikanischen Mathematiker Paul Painlevé mit der Regierungsbildung beauftragte. Dessen Regierung bedeutete zunächst das Ende der *Union sacrée* im Sinne einer Allparteienkoalition. Denn die Sozialisten traten ihr nicht bei, da sie mit Alexandre Ribot nicht mehr an einem Kabinettsstisch sitzen wollten. Dieser hatte nämlich im Juni 1917 sozialistischen Politikern, die zu einer internationalen Konferenz nach Stockholm reisen wollten, keine Reisepässe ausstellen wollen. Painlevé versuchte, über Verbindungsmänner die Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens auszuloten. Im Gegensatz zu andern Führungspersonlichkeiten war er bereit, den Krieg mit einem Kompromiss unter den europäischen Großmächten zu beenden und auf weitreichende territoriale Ziele, die auf die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland hinausliefen, zu verzichten.⁶⁴

Als Painlevé nach nur zwei Monaten scheiterte, stand Poincaré erneut vor der Herausforderung, einen Premierminister für eine akute Krise zu finden: Im Oktober hatte Italien in Caporetto eine schwere Niederlage erlitten; die bolschewistische Revolution in Russland ließ zudem massive Zweifel daran aufkommen, inwieweit man noch auf das verbündete Land zählen konnte. Jetzt berief der Staatspräsident Clemenceau an die Spitze der Regierung. «Seine legendäre Kraft hätte ein anderes Kabinett geschwächt», begründete Poincaré später die Entscheidung für seinen Rivalen.⁶⁵

In seiner am 20. November 1917 vor der Abgeordnetenkammer gehaltenen Regierungserklärung ließ der «Tiger» es so erscheinen, als habe ihn eine «unwiderstehliche Bewegung der öffentlichen Meinung» gegen seinen eigenen Willen an die Macht gebracht. Er präsentierte sich als todgeweihter Mann, der sich uneigennützig für Frankreich aufopferte: «Mein Leben ist beendet. Ich gebe Ihnen die paar letzten Tage, die mir bleiben. Wenn Sie diese nicht wollen, sagen Sie es.»⁶⁶ Auf diese Weise stellte er sich selbst als beispielgebend für die Haltung hin, die er von allen Französischen und Franzosen einforderte: alle persönlichen Interessen und Ideen dem «integralen Krieg» unterzuordnen. «Ich möchte Krieg führen. Ich möchte ihn vollständig führen. [...] Das heißt, dass wir zu diesem Zeitpunkt alle parteilichen Spaltungen zum Schweigen bringen müssen.»⁶⁷ So gab er der *Union sacrée* eine neue, konfrontative Bedeutung, denn diese beinhaltete nun nicht mehr die Suche nach einem nationalen Konsens, sondern den Willen, alle diejenigen rücksichtslos zu bekämpfen, die irgendein anderes Ziel als den Sieg verfolgten. Gegen diese Kräfte, die er als «defätistisch» stigmatisierte, müsse viel entschlossener als zuvor vorgegangen werden.⁶⁸ Er stellte sie als eine zweite Front, als einen regelrechten inneren Feind dar, der die Soldaten gleichermaßen bedrohte wie der äußere Feind. «Alle Beschuldigten vor die

Kriegsgerichte», rief der neue Premierminister aus. «Keine pazifistischen Kampagnen mehr, keine deutschen Umtriebe. Weder Verrat noch Halbverrat: der Krieg. Nichts als der Krieg. Unsere Armeen werden nicht zwischen zwei Feuern zerrieben werden. Die Gerechtigkeit wird kommen. Das Land wird sehen, dass es verteidigt wird.»⁶⁹

Nach seinen Kriegszielen befragt, äußerte Clemenceau sich ebenso knapp wie uneindeutig: «Mein Ziel ist es, Sieger zu sein.» Damit erteilte er zugleich allen Initiativen, die auf dem Wege von Verhandlungen den Krieg zu beenden suchten, eine Absage. Die Auseinandersetzung musste nach seiner Auffassung bis zur totalen Niederringung Deutschlands geführt werden, denn nur dann würde Frankreich künftig in Sicherheit leben können. «Siegen, um gerecht zu sein», gab er als Devise für den Frieden aus.⁷⁰ Dies war aber keineswegs als eine Verhaltensmaxime gegenüber dem Feind gemeint; vielmehr sollte Gerechtigkeit die Beziehungen der Siegernationen untereinander bestimmen. Für den Premierminister kam Deutschland nicht als Partner einer kommenden Friedensordnung infrage, denn solange der preußische Militarismus nicht gebrochen sei, böte die deutsche Unterschrift unter jedwedem Vertrag keinerlei Garantien. «Um einen Völkerbund zu bilden, bedarf es Völker [...], die in der Lage sind, sich selbst zu befreien.»⁷¹ Auf diese Weise zeichnete sich bereits in seiner Regierungserklärung die ganz auf Sicherheit vor Deutschland und Vertiefung des Siegerbündnisses zugeschnittene Friedensstrategie Clemenceaus ab.

Der Regierungsantritt des «Tigers» bedeutete eine Zäsur nicht nur in der Geschichte des Ersten Weltkriegs, sondern auch der Dritten Republik. Bis dahin hatten die Ministerpräsidenten eher die Rolle eines *primus inter pares* gespielt und sich als Moderatoren einer meist heterogenen Regierungsmannschaft gesehen. Zudem unterlagen sie einer strikten Kontrolle durch das Parlament, die ihnen eine oft nur kurze Amtsdauer bescherte. Clemenceau hingegen trat das Amt des Ministerpräsidenten an, um das Land zu führen. Keine der anderen Schlüsselpersönlichkeiten des politischen Lebens war mehr in der Regierung vertreten; diese bestand teils aus wenig profilierten Figuren, teils aus treuen Gefolgsmännern des Ministerpräsidenten. «Der <Tiger> hat die Mitglieder seines Kabinetts nicht berufen, um sich anzuhören, was diese zu sagen haben, sondern um seine Sichtweisen durchzusetzen», schrieb Großbritanniens Botschafter Sir Francis Bertie im Dezember 1917 an seinen Premierminister Lloyd George. «Faktisch ist es eine Ein-Mann-Regierung.»⁷² Anstatt auf seine Kabinettsmitglieder stützte sich Clemenceau auf eine Reihe ihm direkt zuarbeitender junger Technokraten wie Georges Mandel und Georges Wormser, die in der Nachkriegszeit eine wichtige politische Rolle spielen sollten. Der

autoritäre Regierungsstil des «Tigers» ging zulasten all derjenigen, die zuvor die Geschicke des Landes bestimmt hatten: Staatspräsident Poincaré, der im Vergleich zu seinen Amtsvorgängern einen starken Einfluss hatte ausüben können, wurde von Clemenceau bewusst in den Hintergrund gedrängt und in die Entscheidungsfindung nicht mehr einbezogen. Was die Militärführung anbelangte, so machte der neue Regierungschef sich diese gefügig, indem er zusätzlich das Amt des Kriegsministers übernahm und keinen Zweifel daran ließ, dass die Generäle seine Anordnungen umzusetzen hatten. In der Volksvertretung stand eine überwältigende Mehrheit von 370 bis über 400 Abgeordneten hinter ihm, während die Sozialisten die einzige kontinuierliche parlamentarische Opposition gegen den einstigen «Streikbrecher» bildeten.

Was den als innere Feinde stigmatisierten Pazifisten blühte, machte der neue Regierungschef am Beispiel seines großen Rivalen in der Radikalen Partei, Joseph Caillaux, deutlich. Dieser frühere Ministerpräsident war einer der prononciertesten Befürworter eines Verhandlungsfriedens, woraus Clemenceau ihm den Vorwurf des Landesverrats machte. Im Dezember 1917 beantragte der «Tiger» die Aufhebung der parlamentarischen Immunität Caillaux', verteidigte dieses Anliegen persönlich vor dem Untersuchungsausschuss und setzte es erfolgreich durch. Am 13. Januar 1918 wurde Caillaux verhaftet; bis zum Beginn seines Prozesses sollten mehr als zwei Jahre vergehen. «Von diesem Moment an», so schrieb Clemenceaus Vertrauter General Henri Mordacq rückblickend, «waren die Defätisten und Pessimisten in Frankreich völlig sprachlos und verhielten sich still.»⁷³

Mit der Machtübernahme des «Tigers» vertraute sich Frankreich einem charismatischen Führer an und stellte angesichts der exzeptionellen Notlage des Jahres 1917 die bis dahin geltenden Gewohnheiten der Parlammentsherrschaft einstweilen hintan. Nach 1871 hatte sich eine tiefsitzende Skepsis gegenüber der Rolle starker Persönlichkeiten in der Politik und der zu großen Machtstellung eines Einzelnen verbreitet; aus einem naheliegenden Grund, war doch die Republik aus der Revolte gegen einen Alleinherrscher hervorgegangen. Folglich waren alle Versuche, der Republik eine starke, von einer Führerfigur angeleitete Exekutive zu geben, im Keim erstickt worden. Die «Radikalen», Clemenceaus politische Heimstatt, waren dabei stets als die entschlossensten Verteidiger der parlamentarischen Demokratie und Bekämpfer der persönlichen Herrschaft aufgetreten. Insofern war es auf gewisse Weise paradox, dass mit Clemenceau ausgerechnet ein Exponent der «Radikalen» eine Form der legitimen Alleinherrschaft aufbaute. Er brach mit der Tradition seiner eigenen politischen Strömung, wenn er in seinen Parlamentsreden über alle Parteien hinweg direkt die Bürger ansprach und

ihre Gefolgschaft einforderte. «Meine Innen- und meine Außenpolitik sind ein Ganzes», rief er im März 1918 vor dem Parlament aus. «Innenpolitik: Ich führe Krieg. Außenpolitik: Ich führe gleichermaßen Krieg. Ich führe immer Krieg.»⁷⁴ Die Motivationskrise unter den Soldaten versuchte er persönlich zu bekämpfen, indem er sich, wenn immer es möglich war, an die Front begab. Bis zum Waffenstillstand 1918 verbrachte er dort 90 Tage im direkten Kontakt mit den Soldaten.⁷⁵ Der greise «Tiger» scheute vor keinerlei Anstrengungen und Gefährdungen seines eigenen Lebens zurück, um seine Nähe zu den Kämpfenden immer wieder zu demonstrieren. Zeitgenössische Fotos zeigen ihn, wie er mit den *poilus* in den Schützengräben eine schlichte Mahlzeit teilt, das Gespräch sucht und ihren Kampfesgeist anzuspornen sucht.

Wie sahen die Ergebnisse dieser neuen, auf eine außergewöhnliche Persönlichkeit zugeschnittenen Herrschaftsform aus? Clemenceau vermochte es nicht, eine neue patriotische Begeisterung in der Bevölkerung zu wecken, doch gelang es ihm, die öffentliche Meinung weitgehend zu beruhigen. Offenbar schienen sich die Franzosen in ihrer Mehrheit eher resigniert als enthusiastisch in die Notwendigkeit zu fügen, nicht aufzugeben, sondern den Krieg weiterzuführen. Doch kam es auch in Clemenceaus Amtszeit zu Protesten gegen den Krieg, die nun an einer besonders neuralgischen Stelle, nämlich den kriegswichtigen Industrien, ansetzten. Im Frühjahr des Jahres 1918 streikten Arbeiter in Stahlwerken insbesondere des Loire-Tals südwestlich von Lyon. Es ging dabei nicht in erster Linie um bessere Arbeitsbedingungen, sondern vielmehr um den Krieg als solchen und die herrschenden Verhältnisse. Manche Anführer wie etwa Clovis Andrieu waren syndikalistische Revolutionäre und suchten an das Beispiel der russischen Oktoberrevolution anzuknüpfen. Es war von «Streiks bis zum Frieden» die Rede: «Wir haben genug vom Krieg, wir wollen den Frieden», sagte Andrieu. «Dafür gibt es nur ein Mittel – alle Arbeiter für unser Anliegen zu gewinnen, alle Kriegsfabriken abzustellen und auf diese Weise die Herstellung der Werkzeuge lahmzulegen, mit denen wir uns seit vier Jahren gegenseitig töten.»⁷⁶ Die Regierung sah die Arbeitsniederlegung einerseits als zu bekämpfende Bedrohung an, andererseits aber fürchtete sie, dass eine zu harte Repression den Unmut noch anheizen würde. Doch als die Streikbewegung erste Anzeichen von Ermüdung zeigte, ordnete Clemenceau die Verhaftung von 50 Anführern, darunter Andrieus, an. Diese Maßnahmen schüchterten offenbar die streikenden Arbeiter ein, denen zudem durch die Ausschaltung ihrer Leitfiguren die Orientierung fehlte. Damit war der Elan dieser Protestbewegung, die die französische Kriegswirtschaft an einem entscheidenden Punkt hätte treffen können, gebrochen.⁷⁷

Was die militärische Situation anbelangt, so durchlief Frankreich unter Clemenceaus Regierung die wohl schwierigste Periode des Krieges. Der Separatfrieden mit Russland im Osten ermöglichte es Deutschland, nun seine ganze Kriegsanstrengung auf die Westfront zu konzentrieren. Eine am 21. März 1918 gestartete Offensive brachte den Deutschen Geländegewinne, wie sie seit 1914 nicht mehr möglich gewesen waren. Mit ihren «Pariser Kanonen» (in Frankreich «Große Bertha» genannt) und Flugzeugen bombardierten sie die Hauptstadt, womit sie unter der Bevölkerung Panik und Fluchtbewegungen auslösten. In dieser dramatischen Situation fehlte es Frankreich an Soldaten, um die zahlenmäßige Überlegenheit der Deutschen auszugleichen, zumal amerikanische Streitkräfte nur langsam zur Verstärkung eintrafen. Die Regierung machte deshalb nun systematisch Jagd auf die *embusqués*, die sich dem Kriegsdienst entziehenden Zivilisten. Jean-Jacques Becker nennt eine Zahl von ca. 100 000 Männern, die auf diese Weise «entdeckt» und an die Front geschickt worden seien. Ein weiteres Ziel des Regierungschefs war die einheitliche Führung der alliierten Truppenbewegungen unter einem französischen Oberkommando. Am 26. März 1918 wurde in Doullens ein Protokoll unterzeichnet, das General Ferdinand Foch im Namen der französischen und britischen Regierung damit beauftragte, die «Aktion der alliierten Armeen an der Westfront zu koordinieren».⁷⁸ Knapp zwei Monate später ernannte man ihn zum Oberkommandierenden der alliierten Armeen in Frankreich.

Die größte Bewährungsprobe der französischen Verteidigung stand allerdings noch bevor: Am 27. Mai 1918 begannen die Deutschen eine Offensive am Chemin des Dames, von der die Franzosen völlig unvorbereitet getroffen wurden. Der dort kommandierende General Duchêne war nicht Pétains Anordnung gefolgt, die hinteren Verteidigungslinien zu stärken, so dass die deutschen Truppen innerhalb von drei Tagen bis zur Marne vordringen konnten. Nur noch 70 Kilometer trennten die Deutschen von der Hauptstadt. Clemenceau hatte größte Schwierigkeiten, die ihm unterstellten Militärführer Pétain und Foch vor dem Parlament zu verteidigen.⁷⁹ Doch kam es zu einem zweiten «Wunder an der Marne»; die französischen Verteidigungslinien hielten stand, so dass den Deutschen ein kriegsentscheidender Durchbruch nicht gelang. Im gleichen Zeitraum kehrten sich die Zahlenverhältnisse an der Front zuungunsten der Deutschen um, kamen doch immer mehr amerikanische Soldaten zum Einsatz. Am 18. Juli begann die Gegenoffensive der Alliierten, der ihre Feinde immer weniger entgegenzusetzen hatten. Innerhalb weniger Wochen wurde erkennbar, dass Deutschland den Krieg verlieren würde.

In diesem Zeitraum zeichneten sich nun die Konturen neuer Konflikte

ab, die sich um die Gestaltung des Waffenstillstands und des Friedens drehten. Einerseits handelte es sich dabei um Meinungsverschiedenheiten innerhalb Frankreichs: Foch und Poincaré waren der Auffassung, dass der Krieg bis ins deutsche Territorium getrieben werden müsse, um der dortigen Bevölkerung die eigene Niederlage unmittelbar vor Augen zu führen und die Voraussetzungen für die Annektierung des linken Rheinufers zu schaffen. Clemenceau hingegen trat dafür ein, mit dem Abschluss eines Waffenstillstands nicht zu zögern, sobald die Deutschen ihre Niederlage eingestanden hätten. Andererseits wurden unterschiedliche Strategien innerhalb der französisch-britisch-amerikanischen Koalition sichtbar. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte sich im Januar 1918 mit seinen Vierzehn Punkten auf ein Friedensprogramm festgelegt: Freiheitliche politische Prinzipien sollten global verwirklicht werden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Grundlage der Neuordnung Europas bilden. Er forderte, ungleiche Handelsbedingungen und wirtschaftliche Schranken weltweit abzubauen und die «absolute Freiheit der Schifffahrt» zu etablieren. Der Garant einer friedlichen, auf kollektiver Sicherheit aufgebauten Nachkriegsordnung sollte ein Völkerbund werden, dem alle freiheitlich verfassten Staaten beitreten sollten.⁸⁰ Das Wilson'sche Friedensprogramm unterschied sich deutlich von Clemenceaus Kriegszielen, die vorrangig an den nationalen Interessen Frankreichs und nicht an universellen Prinzipien orientiert waren. Der französische Regierungschef wollte die Sicherheit seines Landes dauerhaft garantieren, indem Deutschland territorial beschnitten, wirtschaftlich diskriminiert und von dem zu schaffenden Völkerbund ferngehalten wurde.⁸¹

Angesichts einer aussichtslosen militärischen Lage hatte sich die deutsche Reichsleitung am 3. Oktober 1918 an den amerikanischen Präsidenten gewandt, um einen Waffenstillstand zu erwirken. Sie hoffte auf einen gnädigen, an den Vierzehn Punkten orientierten «Frieden ohne Sieg» und hatte deshalb das Angebot bewusst nicht an die beiden europäischen Hauptgegner gerichtet. Vier Wochen vergingen, bis sich die USA, Frankreich und Großbritannien in der sogenannten Lansing-Note damit einverstanden erklärten, die Vierzehn Punkte als Grundlage künftiger Friedensverhandlungen zu akzeptieren. Sowohl Wilson als auch seine europäischen Partner hatten wichtige Konzessionen machen müssen: die Europäer, indem sie sich auf das liberale Friedensprogramm überhaupt einließen, und Wilson, indem er Frankreich in der Reparationsfrage entgegenkam. Deutschland müsse für alle Schäden, die der Zivilbevölkerung der Alliierten durch seinen Angriffskrieg zu Land, zu See und aus der Luft entstanden seien, Kompensationen leisten, hieß es in der Lansing-Note.⁸²

Der am 11. November bei Rethondes (in Deutschland spricht man von Compiègne) geschlossene Waffenstillstand bestätigte die weitreichende Reparationsverpflichtung Deutschlands und sah vor, dass es umgehend alle besetzten Territorien räumte sowie Elsass-Lothringen an Frankreich zurückgab. Das linke Rheinufer ebenso wie die wichtigsten Brückenköpfe in Mainz, Köln und Koblenz kamen unter alliierte Besatzung. Wie allerdings die europäische Ordnung nach dem Großen Krieg aussehen würde, ob sie eher die liberale Handschrift Wilsons tragen oder aber vom Macht- und Sicherheitsdenken Clemenceaus gekennzeichnet sein würde – das blieb den Friedensverhandlungen überlassen. Am Nachmittag des 11. November begab sich der «Tiger» in beide Kammern des Parlaments, verlas den Text des Waffenstillstands und hielt eine kurze Rede: «Willkommen dem endlich wiedererlangten Elsass und Lothringen», rief er den zurückgewonnenen Provinzen zu. Den Opfergang von Millionen französischer Soldaten stellte er in die säkulare Tradition des Landes: «Einst Soldat Gottes, heute Soldat der Menschheit, wird Frankreich für immer Soldat des Ideals sein.»⁸³ Die Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen und sangen gemeinsam die Marseillaise. Kaum jemand ließ an diesem Tag einen Zweifel daran, welchem Staatsmann der Sieg geschuldet war: Georges Clemenceau. In diesem Moment wurde er zum «Vater des Sieges», dem «Père la Victoire», als der er noch heute in der kollektiven Erinnerung der Franzosen präsent ist.

6. Der prekäre Frieden

Die Folgen des Krieges waren für Frankreich katastrophal. Von den 8,1 Millionen im Mutterland und 600 000 in den Kolonien mobilisierten Männern hatten gut 1,4 Millionen auf den Schlachtfeldern ihr Leben gelassen. Damit war die Todesrate unter den französischen Kriegsteilnehmern (16 Prozent) etwas höher als für Deutschland (15 Prozent) und für Großbritannien (12 Prozent). Hinzu kam eine vergleichsweise hohe Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung: 600 000 Zivilisten waren ums Leben gekommen, die zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten (in Deutschland und Großbritannien war es nur ein Prozent).¹ Die Mehrheit der Soldaten, nämlich ca. fünf Millionen, hatte im Krieg Verwundungen erlitten. Die hohen Verluste an Menschenleben wirkten sich auf Frankreich besonders nachteilig aus, da es ja im Gegensatz zu seinen Nachbarländern eine seit der Jahrhundertwende stagnierende Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen hatte.

Anders als Deutschland und Großbritannien hatte Frankreich zudem enorme materielle Zerstörungen zu beklagen, war doch der Nordosten des Landes seit 1914 ununterbrochen Kriegsschauplatz gewesen. In zehn Départements waren 350 000 Häuser und 11 000 öffentliche Gebäude zerstört; 2,5 Millionen Hektar Land konnten zunächst landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden. Die 500 Kilometer lange und 10 bis 25 Kilometer breite einstige Frontzone wurde für dauerhaft unbewohnbar erklärt.² Viel schwieriger und nicht in Zahlen zu bemessen sind die immateriellen Schäden, die der Krieg unter den Franzosen angerichtet hatte. Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern mussten den Verlust von nahen Angehörigen verkraften; zahllose Soldaten kehrten für immer psychisch beschädigt von den Schlachtfeldern heim. Insofern war der 11. November 1918 nicht nur ein Siegesfest, sondern auch ein Tag der Trauer um Nahestehende und der Ungewissheit darüber, wie man angesichts der erlebten seelischen Erschütterungen die Friedenszeit würde gestalten können.

Hohe Opferzahlen, Millionen von Kriegsversehrten und erlittene Traumata waren allen an dem vierjährigen Konflikt beteiligten Völkern gemeinsam. Dennoch kommt dem Ersten Weltkrieg in der Geschichte der jeweiligen Nationen eine völlig unterschiedliche Bedeutung zu. So markierte er für zahlreiche Konfliktparteien das abrupte Ende einer oft lange etablierten politisch-sozialen Struktur, sei es durch Revolutionen, wie im Falle Russlands und Deutschlands, sei es durch den Zusammenbruch der multiethnischen Strukturen des Habsburger- und Osmanenreichs. Nichts davon traf auf Frankreich zu: Es erlebte keinen Umsturz, keine Revolutionen, keine grundsätzliche Infragestellung der bestehenden Ordnung. Während andersorts ein oft hoch problembelasteter Transformationsprozess zu neuen politischen Systemen begann, blieb in Frankreich die nach 1871 etablierte Struktur unverändert bestehen. Doch hatte sich über den vierjährigen Konflikt der defensive Grundzug des französischen Republikanismus in außen- wie innenpolitischer Hinsicht verstärkt: Nach außen hatte er sich gegenüber einem als Aggressor empfundenen Nachbarland behaupten müssen, dem man auch nach dem Ende des Konflikts ein tiefes, für viele Zeitgenossen unüberwindbares Misstrauen entgegenbrachte. Daraus ergab sich eine ganz auf Sicherheit und Dominanz gegenüber Deutschland abzielende Friedenspolitik. Und nach innen hatte die Regierung seit der Machtübernahme Clemenceaus alle diejenigen Kräfte, die am Krieg zweifelten oder diesen umgehend beenden wollten, als innere Feinde stigmatisiert und bekämpft. Die Wahrnehmung, dass aus der eigenen Bevölkerung heraus eine fundamentale politische Bedrohung hervorgehen könne, wirkte in der Nach-

kriegszeit fort und schlug sich etwa in einer manifesten Furcht vor einem kommunistischen Umsturz nieder.

Unter den Vorzeichen der *Union sacrée* hatte der französische Staat seit dem Sommer 1914 den Einsatz aller Bürgerinnen und Bürger gefordert. Sozialmoralische Gräben, festgefügte geschlechtliche Differenzen, zementierte Klassenschranken waren durch den als gemeinsame nationale Aufgabe proklamierten Kriegseinsatz mit einem Male überbrückt worden. Insofern bewirkte der Erste Weltkrieg durchaus einen Integrationsschub innerhalb der französischen Gesellschaft, die ja seit den 1870er Jahren erst langsam unter dem Einfluss des republikanischen *nation-building* zusammengewachsen war. Mit dem Ende des Krieges stellte sich die Frage, wie dauerhaft dieser Integrationsschub war, ob er nur den besonderen Umständen einer äußeren Bedrohung geschuldet oder ob die französische Gesellschaft tatsächlich konsolidierter aus dem Konflikt hervorgegangen war. Insbesondere musste sich nun herausstellen, welche Partizipationschancen die Republik denjenigen Gruppen einräumen würde, die vor dem Krieg ausgeschlossen bzw. marginalisiert waren: den Frauen und den Arbeitern. Und es musste sich zeigen, ob die durch den Krieg einstweilen zum Schweigen gebrachten ideologischen Konflikte zwischen Gläubigen und Laizisten, zwischen Befürwortern und Gegnern der Werte von 1789 wieder aufbrechen würden.

Die politisch Verantwortlichen des Frankreichs der Nachkriegszeit sahen sich somit vor große Aufgaben gestellt: Sie mussten auf eine Friedensordnung hinwirken, die für die französische Öffentlichkeit ebenso wie für die Verbündeten im zurückliegenden Konflikt akzeptabel war. Ebenso galt es, die Integration einer durch den Krieg aufgewühlten Gesellschaft zu gewährleisten. Und schließlich wollten die Regierenden beweisen, dass Frankreich seinem Anspruch einer weltweit agierenden imperialen Großmacht gerecht werden konnte.

Die Enttäuschung von Versailles

Die unermesslichen Opfer, welche die französische Bevölkerung über die vier Kriegsjahre hinweg erbracht hatte, prägten ihre Erwartungen im Hinblick auf den Frieden. Zahlreiche Franzosen erhofften sich von der Nachkriegsordnung nicht nur dauerhafte Sicherheit vor Deutschland, sondern auch Genugtuung gegenüber einem Aggressor, der ihnen den Krieg aufgezungen, unzählige Bürger getötet und weite Landesteile verwüstet hatte. Man wünschte sich Entschädigung für die erlittenen Verluste, Bestrafung des Verursachers und die dauerhafte Verminderung seiner Macht. Ausgehend von diesem gemeinsamen Nenner bestanden allerdings innerhalb

Frankreichs unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weitgehend man Deutschlands Macht reduzieren sollte bzw. konnte. So hatte Gabriel Hanotaux, ein ehemaliger Außenminister und enger Vertrauter Poincarés, in einer Denkschrift vom November 1918 dazu geraten, das Reich in sechs bis acht Einzelstaaten zu zerlegen und somit die preußische Hegemonie über die germanische Welt zu brechen. Außenminister Stephen Pichon hatte im gleichen Zeitraum die Alliierten dazu aufgefordert, die «föderalistischen» Tendenzen in Deutschland gegen den «Zentralismus» Preußens zu fördern und darauf hinzuwirken, dass sich die einzelnen Bestandteile des Reichs als souveräne Einzelstaaten konstituierten.³ Manche forderten Sicherheit durch die Annektierung deutscher Territorien, andere hielten dies für kontraproduktiv, da so neuer Konfliktstoff erzeugt würde. Manche wünschten sich, dass Deutschland wirtschaftlich nie wieder zu einer signifikanten Macht erstarken würde, andere sahen in dem Nachbarland einen unverzichtbaren Handelspartner als Absatzmarkt und Rohstofflieferanten.⁴ Die französische Position bei den Friedensverhandlungen musste indes nicht nur diese unterschiedlichen innenpolitischen Präferenzen berücksichtigen, sondern auch die Interessen seiner Verbündeten in Betracht ziehen. Während die Vereinigten Staaten sich auf ein liberales, am Selbstbestimmungsrecht der Völker und der «League of Nations» als Garant einer neuen Weltordnung orientiertes Friedensprogramm festgelegt hatten, wollte Großbritannien sein Engagement auf dem Kontinent künftig reduzieren, ohne indes Frankreich dort die Vorherrschaft zu überlassen.

Auf diese Weise waren die Handlungsspielräume innen- wie außenpolitisch begrenzt, die Georges Clemenceau als französischem Verhandlungsführer bei den Pariser Friedensverhandlungen zur Verfügung standen. Von einem virulenten Antigermanismus geprägt, teilte er einerseits den Wunsch seiner Landsleute, das besiegte Nachbarland die Niederlage mit aller Deutlichkeit spüren zu lassen.⁵ Ebenso strebte er nach möglichst weitgehenden Garantien gegen ein Wiedererstarken Deutschlands und dessen zu erwartenden Wunsch nach Revanche. Andererseits zielte er darauf ab, die Siegerallianz der drei großen westlichen Demokratien zu bewahren und zu vertiefen. «Diesem Einverständnis werde ich alle Opfer erbringen», sagte er im Dezember 1918 vor dem Parlament.⁶ In ihm sah er nicht nur den besten Schutz vor künftigen Spannungen mit Deutschland, sondern auch die Grundlage einer neuen, an den Werten von Freiheit, Menschenrechten und Marktwirtschaft orientierten Friedensordnung. Aus diesen Hintergründen wird verständlich, dass die am 18. Januar 1919 beginnenden Verhandlungen nur mit einem Kompromiss zwischen unterschiedlichen geostrategischen, wirtschaftlichen, ideologischen und symbo-

lischen Präferenzen enden konnten. Dabei vermochte Frankreich es, einige seiner Prioritäten durchzusetzen, musste aber auf andere Ziele verzichten.

Auf der symbolischen Ebene konnte Frankreich Genugtuung erfahren. Allein dem Ort, an dem die Friedensverhandlungen eröffnet und der Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet wurde, Versailles, kam für das Land eine hohe Bedeutung zu, war doch das Deutsche Reich nach dem Krieg von 1870/71 dort gegründet worden. Dass der Frieden an demselben Ort geschlossen wurde, machte deutlich, dass die damals erlittene Schmach getilgt war und Frankreich seine Revanche genommen hatte. In seiner Eröffnungsansprache legte Staatspräsident Raymond Poincaré dar, dass es in Versailles nicht nur darum ging, einen Frieden zu schließen, sondern auch darum, dem Deutschen Reich einen politisch-moralischen Prozess zu machen:

Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871 wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung und durch den Fehler seiner Gründung trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel gutzumachen, das es angerichtet hat und um seine Wiederkehr zu verhüten.⁷

Auf diese Weise kam dem Versailler Frieden für Frankreich die Rolle zu, das Trauma von 1870/71 endlich zu überwinden: Der Vertrag besiegelte nicht nur völkerrechtlich die Rückgewinnung Elsass-Lothringens, sondern legte Deutschland Gesten auf, welche die dem Nachbarland einst zugefügten Demütigungen auslöschen sollten: So mussten etwa die im Krieg von 1870/71 erbeuteten französischen Flaggen zurückgegeben werden.

Viel schwerer wog allerdings die moralische Bewertung des Kriegsausbruchs, die im Vertragstext festgeschrieben wurde. Artikel 231 machte das Deutsche Reich und seine Verbündeten als «Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich», die es den Alliierten durch den ihnen «aufgezwungenen» Krieg zugefügt habe. Diente dieser Artikel vordergründig dazu, die Verpflichtung des Deutschen Reiches zu Entschädigungszahlungen juristisch abzusichern, gewann er durch den Kontext des Vertrages zusätzlich einen moralischen Duktus. Denn gleichzeitig stellte der Vertrag den abgedankten deutschen Kaiser wegen «schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes» unter öffentliche Anklage und räumte den Alliierten das Recht ein, weitere politisch Verantwortliche des Reiches vor ihre Militärgerichte zu ziehen.⁸ Als Georges Clemenceau am 16. Juni 1919 den Vertretern des Reichs die endgültigen Friedensbedingungen über-

reichte, begleitete eine sogenannte «Mantelnote» den Vertragstext. Darin wurde der von Deutschland angezettelte Krieg als das «größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker» bezeichnet.⁹ Die den Besiegten abverlangten Reparationszahlungen sollten also auch als Kollektivstrafe für begangene Untaten verstanden werden.¹⁰

Ein weitgehender Konsens bestand in Frankreich dahingehend, dass die Grenzen Deutschlands zugunsten eigener territorialer Gewinne verändert werden sollten. Wie weit man allerdings die Westgrenze des Reichs nach Osten verschieben sollte, darüber wurden heftige Kontroversen ausgetragen. Man war sich einig, dass das Saargebiet sowie Teile des heutigen Rheinland-Pfalz um Landau herum künftig zu Frankreich gehören sollten. Doch wichtige Akteure, darunter Poincaré und Foch, erhoben weitergehende Forderungen, nämlich die Annektierung des gesamten linksrheinischen Deutschland, um so mit dem Rhein eine «natürliche» Ostgrenze Frankreichs festzulegen. Clemenceau stand diesen Plänen keineswegs ablehnend gegenüber, musste jedoch im Laufe der Friedenskonferenz feststellen, dass auch diese gegenüber Wilson und Lloyd George nicht durchsetzbar waren, und zwar aus drei Gründen: Eine Annexion von Territorien mit einer unzweifelhaft deutschsprachigen Bevölkerung, die bisher keinerlei separatistische Neigungen erkennen ließ, hätte erstens dem proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker eklatant widersprochen. Zweitens war insbesondere der britische Verbündete nicht daran interessiert, Frankreich durch diese territorialen Gewinne die Dominanz über den europäischen Kontinent zu überlassen. Und drittens befürchtete man ein «neues Elsass-Lothringen», das die Nachkriegsordnung Europas dauerhaft vergiftet hätte. Vor diesem Hintergrund verzichtete der französische Premierminister zur großen Empörung Poincarés und Fochs auf territoriale Gewinne und konzentrierte sich ganz darauf, andere Garantien gegen ein Wiedererstarken Deutschlands zu erzielen.¹¹

Misst man die Verhandlungsergebnisse an den zuvor von Frankreich erhobenen Forderungen, so fielen diese mager aus: Nicht einmal das Saarland konnte annektiert werden, vielmehr wurde es dem Völkerbund unterstellt und sollte 1935 über sein künftiges Schicksal mittels einer Volksabstimmung selbst entscheiden. Das linke Rheinufer kam für 15 Jahre unter alliierte Besatzung und sollte zusammen mit einer 50 Kilometer breiten Zone rechts des Rheins für immer entmilitarisiert bleiben. Auch sicherten Großbritannien und die USA Frankreich ihre Unterstützung im Falle eines neuerlichen deutschen Angriffs zu. Die «Garantien» der eigenen Sicherheit sahen somit wesentlich unberechenbarer aus, als man dies erwartet hatte. Sie basierten nun vor allem auf der Annahme, dass die Siegerstaaten auch in Frie-

denszeiten zueinanderstehen würden. Ebenso hoffte man darauf, dass die rheinische Bevölkerung, wenn man sie schon nicht annektieren konnte, sich aufgrund ihrer vermuteten kulturellen Nähe zu Frankreich und ihrer Sympathie für das republikanische Modell in den kommenden Jahren aus eigenem Willen für die Loslösung von Deutschland entscheiden würde.¹²

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht stellte der Vertrag einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen dar: Zwar enthielt er definitive Bestrafungsmaßnahmen, wie etwa die Einbehaltung deutscher Güter in alliierten Ländern und die Beschlagnahmung von Patenten und Warenzeichen, die vor dem Krieg von deutschen und in alliierten Ländern angesiedelten Firmen gemeinsam genutzt wurden.¹³ Hingegen konnten andere diskriminierende Bestimmungen nach fünf Jahren revidiert werden, wie etwa die einseitigen Handelsvorteile, die Deutschland den Siegermächten einzuräumen hatte. Der Vertrag legte zwar die Verpflichtung zu Reparationen fest, überließ es aber einer noch zu bildenden Kommission, deren Höhe festzulegen. Französische Unternehmen konnten zollfrei Eisen und Stahl nach Deutschland exportieren, doch behielten es sich die Alliierten vor, diese Rechte aufzukündigen. Diese entwicklungsfähigen, zwischen Bestrafung und Wiedereingliederung schwankenden Maßnahmen waren das Ergebnis gegensätzlicher Auffassungen innerhalb Frankreichs darüber, welche Wirtschaftspolitik den eigenen Zielen am besten entgegenkam. So waren die Schwerindustrie und die Banken eher an einer Wiederaufnahme kooperativer Beziehungen interessiert, während die Vertreter kleiner und mittelgroßer Unternehmen Deutschland dauerhaft schwächen und zu dessen Nachteil die eigene Industrie stärken wollten.¹⁴

Vor dem Hintergrund der überzogenen Hoffnungen, welche man in den Friedensschluss gesetzt hatte, konnte der Versailler Vertrag für die französische Öffentlichkeit nur eine Enttäuschung bedeuten. Geleitet von seinem Axiom alliierter Einigkeit hatte Clemenceau seinen Bündnispartnern so weit entgegenkommen müssen, dass kaum jemand seine Erwartungen wirklich erfüllt sah. Zwar wurde Deutschland nachhaltig geschwächt, doch musste es völlig ungewiss bleiben, ob die im Vertrag verankerten Garantien sein Wiedererstarken letztlich verhindern konnten. Bei zahlreichen Kriegsteilnehmern setzte sich daher die Auffassung durch, dass der Sieg von 1918 in Versailles verschenkt worden war und der Vertrag eher einem Waffenstillstand als einem Frieden glich.¹⁵

Die Unterzeichnung des Vertrags am 28. Juni 1919 in der Spiegelgalerie von Versailles nutzte Georges Clemenceau zu einer geschichtspolitischen Inszenierung, die der französischen Öffentlichkeit die Bedeutung des Friedensschlusses augenfällig machen sollte. Er hatte eine Delegation von

schwer gesichtsverletzten Veteranen, der sogenannten *gueules cassées*, zu der Zeremonie eingeladen. Als der Ministerpräsident den Saal betrat, begrüßte er zunächst diese fünf Soldaten, bevor er sich den Staatsmännern zuwandte. «Ihr wart in einer schlimmen Gegend, das sieht man», soll er zu den Veteranen gesagt haben, die im Krieg ihr Augenlicht, ihre Nase oder Ohren verloren hatten. Daraufhin zeigte er auf den Vertragstext und rief aus: «Aber jetzt erhaltet Ihr Eure Belohnung.» Die *gueules cassées* wurden hinter dem zur Vertragsunterzeichnung vorgesehenen Tisch aufgestellt, so dass die deutschen Vertreter an ihnen vorbeidefilieren mussten.¹⁶

Als zwei Tage später in der Abgeordnetenversammlung die Debatte um die Ratifizierung des Vertrags begann, setzte Clemenceau seine Bemühungen fort, dem Friedensschluss einen herausgehobenen Platz im Nationalbewusstsein Frankreichs zuzuweisen. Diesen stellte er nun als die Apotheose der französischen Geschichte seit der Revolution dar, da er den damals entfalteten Prinzipien zu ihrem universellen Sieg verholfen habe. Den unermesslichen Opfern der Bevölkerung versuchte er einen Sinn zu geben, indem er sie als die Vollendung der nationalen Integration darstellte: «Das schönste Blut ist aus allen Poren geflossen, die Tränen sind über alle Gesichter gerannt. Alle Herzen erzitterten vor einem unsagbaren Schrecken, aber die Tränen der Gemarterten und das Blut der Wunden haben uns besser, höher, größer, noch vollständiger französisch gemacht.»¹⁷

Die geopolitische Neuordnung Mittel- und Osteuropas war mit Versailles nicht beendet, sondern wurde erst in den Friedensschlüssen von St.-Germain-en-Laye mit Österreich (September 1919) und Trianon mit Ungarn (Juni 1920) abgeschlossen. Bei den Verhandlungen standen sich zunächst zwei Positionen gegenüber: Während Wilson die Region nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker neuordnen wollte, strebte Clemenceau danach, eine Machtkonzentration in der Mitte Europas zu verhindern und an der deutschen Ostgrenze Gegengewichte zu schaffen. Da der russische Verbündete weggefallen war, sollten neue, an die Alliierten gebundene Staaten eine östliche Barriere gegen das Reich bilden. Im Ergebnis konnte Clemenceau erreichen, dass das Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker selektiv zugunsten der Interessen Frankreichs umgesetzt wurde. Die besiegten Völker, so kann man vereinfachend sagen, kamen nicht in seinen Genuss, sondern wurden nach machtpolitischen Gesichtspunkten behandelt. So wurde es Österreich verboten, sich dem Deutschen Reich anzuschließen, obwohl dessen Provisorische Nationalversammlung dies am 12. November 1918 beschlossen hatte. Und die Grenzziehung des neuen Ungarn bedeutete für 31 Prozent der Menschen ungarischer Sprache, dass sie fortan außerhalb der Grenzen des eigenen

Nationalstaats leben würden. «Die Ungarn sind nicht unsere Freunde, sondern unsere Feinde», legitimierte Clemenceau ihre Behandlung.¹⁸ Auch den kleineren Völkern Mittel- und Osteuropas wurde nicht das Recht zuteil, sich selbst zu bestimmen; vielmehr waren es die «großen Nationalitäten», die fortan die neugeschaffenen Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien anführten. Zusammen mit dem wiedererschaffenen Polen und einem deutlich vergrößerten Rumänien bildeten sie die «vier Säulen», auf denen künftig die östliche Eindämmung Deutschlands beruhen sollte. Allerdings hatte man in Paris nicht hinreichend bedacht, dass die neue Ordnung neuen Konfliktstoff um Grenzziehungen, Selbstbestimmung und Minderheitenrechte erzeugte. Man war zu sehr von dem eigenen, individuelle Bürgerrechte betonenden, aber kollektive Gruppenrechte ignorierenden Nationskonzept ausgegangen und hatte so die künftig destabilisierende Wirkung der Minoritätenfrage unterschätzt.¹⁹

Die Tragfähigkeit der in den Pariser Vorortverträgen geschaffenen Nachkriegsordnung beruhte ganz wesentlich auf dem Völkerbund, der künftig die kollektive Sicherheit Europas gewährleisten, kommende Konflikte schlichten und die Siegerallianz konsolidieren sollte. Nachdem man auf Gebietsgewinne zulasten Deutschlands und die Rheingrenze verzichtet hatte, konnte Frankreich – gemäß der Logik Clemenceaus – sich nur dann sicher fühlen, wenn der Völkerbund seine Aufgaben erfüllte und die Vereinigten Staaten in Europa engagiert blieben. Diese Hoffnung wurde zunichte gemacht, als Wilson im März 1920 damit scheiterte, den Versailler Vertrag und damit den Beitritt der USA zum Völkerbund vom amerikanischen Senat ratifizieren zu lassen. Spätestens von diesem Zeitpunkt an stand für Frankreich der Frieden auf tönernen Füßen; die Garantien, auf die der «Tiger» so großen Wert gelegt hatte, waren nur noch ein Trugbild.

Die schwierige gesellschaftliche Integration

Mit dem Kriegsende hatte sich die französische Gesellschaft nicht von dem Leitbild der *Union sacrée* verabschiedet, unter dessen Vorzeichen sie über vier Jahre hinweg politische, soziale und weltanschauliche Gegensätze überbrückt hatte. Es bestand die Hoffnung, dass sich die unermesslichen Kriegsoffer nicht nur durch die Schaffung eines neuen, Frankreichs Sicherheit garantierenden internationalen Systems rechtfertigen würden, sondern auch durch eine solidarischere, innerlich geeinte Gesellschaft. Zwei Faktoren verhinderten indes, dass die bereits seit 1917 stark infrage gestellte innere Einheit das Kriegsende überlebte: Erstens begann mit dem Waffenstillstand wieder der – durch den Krieg teilweise außer Kraft gesetzte – politische Prozess einer pluralistischen Demokratie, in dem Parteien, Interessengruppen

pen und Verbände ihre Anliegen geltend machten und streitbare Positionen bezogen, die dem Ziel einer geeinten Gesellschaft entgegenstanden. Und zweitens führte die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes zu heftigen Auseinandersetzungen um die gerechte Verteilung des Wohlstands.

So hatte die Kriegsökonomie dem Staat nicht nur Schulden von ca. 120 Milliarden Franc hinterlassen, sondern auch eine drastische Erhöhung der Geldmenge zur Folge gehabt: Waren 1913 sechs Milliarden Geldscheine im Umlauf gewesen, so zirkulierten nach dem Krieg 35 Milliarden Banknoten. Da zudem die landwirtschaftliche und industrielle Produktion der Nachfrage nicht hinterherkam, stiegen die Preise auf das Zweieinhalbfache ihres Vorkriegsniveaus. Im harten Winter 1918/19 fehlte es daher vielen Menschen am Nötigsten; an Nahrungsmitteln, an Holz zum Heizen, an Kleidung. Überdies raffte die im Herbst 1918 ausgebrochene Epidemie der spanischen Grippe in Frankreich ca. 400 000 Menschen dahin. So entstand bei zahlreichen Franzosen der Eindruck, dass sie für ihren Kriegseinsatz nicht etwa mit einer Phase sorglosen Wohlstands belohnt, sondern ihnen vielmehr weitere Entbehrungen und Opfer abverlangt wurden. Insbesondere in der Arbeiterschaft wuchs vor diesem Hintergrund bereits kurz nach Kriegsende eine große Unzufriedenheit und Aktionsbereitschaft.

Zugleich war mit der Oktoberrevolution von 1917 in Russland ein neues Modell sozialer Integration entstanden, das sich radikal von der liberalen, bürgerlichen Republik unterschied. Die neue Ordnung Russlands versprach ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung durch die Vergemeinschaftung des Eigentums, die Überwindung des Imperialismus, die Abschaffung des Krieges dank der Verbrüderung aller Völker im Geiste des Sozialismus. Die Verwirklichung dieser Ideen, die vor dem Krieg auch der französischen Arbeiterbewegung als utopische Zielvision gedient hatten, schien auf einmal greifbar nahe, hatte doch eine große europäische Nation sich ihnen ganz verschrieben. Und in Ländern wie Deutschland und Ungarn machten sich sozialistische Bewegungen das russische Vorbild zu eigen, indem sie Räterepubliken gründeten. In Frankreich erinnerte man sich angesichts der Umwälzungen in Russland an die eigene Revolution von 1789, die gleichermaßen eine «neue Phase der Menschheitsgeschichte» eingeläutet habe, wie es der sozialistische Politiker Ludovic-Oscar Frossard formulierte: «Wie das Aufkommen des Christentums [...] gibt sie [die Novemberrevolution] ein neues Ideal, sie stellt einen neuen Glauben, Moral und Disziplin bereit.»²⁰

Für die französische Arbeiterbewegung stellte sich nun die Frage, welche Strategie sie künftig verfolgen wollte: Sollte sie weiterhin auf legalem und reformerischem Wege für die sozialistische Gesellschaft kämpfen, oder war nun auch in Frankreich die Zeit für eine Revolution gekommen, die es

dem Land ermöglichen würde, umgehend mit dem russischen Vorbild gleichzuziehen? Aus dem Krieg war die Gewerkschaftsbewegung gestärkt hervorgegangen, hatte sich doch die Zahl ihrer Mitglieder gegenüber 1913 mehr als verdreifacht. Doch der Konflikt zwischen Verfechtern reformerischer und revolutionärer Strategien verhinderte es, dass die Arbeiterbewegung ihr neugewonnenes Potenzial voll ausschöpfen konnte. Die Differenzen brachen auf, als im Frühjahr 1919 eine massive, von beiden Lagern getragene Streikwelle begann. Ihr Ausgangspunkt waren die schwierigen Lebensbedingungen der ersten Nachkriegswochen: Die Arbeitslosigkeit stieg an, da die Männer aus der Armee ausgegliedert worden waren und nach Beschäftigung suchten, gleichzeitig aber die Industrie keine Kriegsgüter mehr produzierte und somit weniger Bedarf an Arbeitskräften hatte. Dazu herrschte Mangel an Dingen des täglichen Bedarfs; die erwähnten Preissteigerungen vermittelten den Eindruck, dass mit dem Kriegsende *la vie chère*, das teure Leben, begonnen habe. Ministerpräsident Clemenceau versuchte der Streikbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er den Achtstundentag verordnen ließ und so eine der ältesten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllte. Doch dieses Entgegenkommen änderte weder etwas an den eigentlichen Streikursachen, noch konnte es die revolutionären Ziele des radikalen Gewerkschaftsflügels entschärfen. Hinzu kam, dass zum gleichen Zeitpunkt ein französisches Expeditionskorps sich in den russischen Bürgerkrieg einmischte und an der Schwarzmeerküste den «Weißen», den Gegnern der bolschewistischen Revolution, Schützenhilfe leistete. In den Augen der radikalisierten Arbeiterbewegung erschien die Regierung Clemenceaus somit als Handlanger der konterrevolutionären Kräfte und zog umso heftigere Proteste auf sich. Als der Ministerpräsident eine Massenkundgebung für den 1. Mai 1919 verbot, kam es zu ersten schweren Dissonanzen innerhalb der CGT, des größten Gewerkschaftsverbands. Während die Führung um Léon Jouhaux dazu aufrief, das Verbot nicht zu durchbrechen, gingen radikalisierte Verbandsmitglieder am Tag der Arbeit auf die Pariser Straßen und wurden von der Polizei brutal zurückgedrängt. Kurz darauf trat eine weitere Spaltung auf, als der Chef des Metallarbeiterbundes innerhalb der CGT, Alphonse Merrheim, einen Tarifvertrag mit der Arbeitgeberseite unterzeichnen wollte. Radikale gewerkschaftliche Kräfte wandten sich zunächst gegen die Vereinbarung und riefen zum Generalstreik auf. Schließlich gelang es Merrheim doch noch, seine Opponenten dazu zu bewegen, den Aufruf zum Generalstreik zurückzunehmen und die Unterzeichnung des Tarifvertrags nicht weiter zu gefährden. Die radikalen, revolutionär gesonnenen Syndikalisten mussten somit eine Niederlage einstecken.

Die Streikbewegungen des Frühjahrs 1919 waren nicht nur die zahlenmäßig größten, die es bis dahin in Frankreich je gegeben hatte. Sie offenbarten auch Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung, die nicht nur auf die Anziehungskraft der russischen Revolution zurückzuführen waren. Zum ersten Mal traten Arbeiter eines neuen Typus als politisch-soziale Kraft massenhaft in Erscheinung, nämlich die sogenannten «ouvriers spécialisés» (OS). Diese verrichteten insbesondere in den Großbetrieben der Metallindustrie einfache, normierte Tätigkeiten, wie es die fordistische Produktionsweise vorsah.²¹ Auf diese Weise unterschieden sie sich von herkömmlichen Facharbeitern, die traditionell den Kern gewerkschaftlicher Aktivisten und seit jeher deren Führungsschicht gebildet hatten. Diese Facharbeiterelite hatte der Utopie des Generalstreiks als Weg zur Aufhebung des kapitalistischen Staates längst entsagt und sich mit einer Politik der kleinen Schritte abgefunden. Die neuen, der Schicht der «ouvriers spécialisés» entstammenden Aktivisten hingegen hatten noch keine gewerkschaftliche Erfahrung gesammelt und hielten den reformistischen Kurs der alten Führung für unzulänglich. In den folgenden Jahrzehnten sollten diese Kräfte mehr und mehr das gewerkschaftliche Milieu Frankreichs prägen.²² Wenige Monate nach Kriegsende waren also bereits signifikante soziale Gegensätze aufgetreten: Die revolutionär motivierten Streiks ließen bürgerliche Kräfte glauben, dass die bolschewistische Umwälzung sich einer ansteckenden Krankheit gleich verbreitete und ihr Frankreich bald erliegen würde. Innerhalb der Arbeiterschaft war ein Zwiespalt entstanden, der sich nur mühsam überbrücken ließ und wenige Monate später zu ihrer Spaltung führen sollte.

In dieser bereits angespannten Situation begannen die Vorbereitungen für die Neuwahlen zur Deputiertenkammer, die seit dem Frühjahr 1914 unverändert geblieben war. Unterschiedliche gesellschaftliche Bewegungen waren seit langem für eine Wahlrechtsreform eingetreten, die zwei Ziele erfüllen sollte: zum einen die Einführung des Frauenwahlrechts und zum anderen den Übergang vom Mehrheitswahlrecht zum Proporzsystem, um auch kleineren und an den Flügeln angesiedelten Parteien eine faire Repräsentation zu sichern. Beide Anliegen wurden enttäuscht. Die angesichts der *Union sacrée* 1914 auf Eis gelegte Forderung wurde im Mai 1919 wieder von der Abgeordnetenversammlung diskutiert. Zwei Volksvertreter hatten ihr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Frauen das aktive und passive Stimmrecht lediglich für die Wahlen zu Gemeinde- und Départementsräten einräumen wollte. In der Plenarsitzung setzten sich zwei Ex-Regierungschefs, nämlich Aristide Briand und René Viviani, leidenschaftlich für die Einführung des «integralen Wahlrechts» für Frauen ein. Mit 329 gegen 95 Stimmen verabschiedete die Deputiertenkammer eine ent-

sprechende Resolution.²³ Doch musste nun auch der Senat dieser Entschließung zustimmen, damit bereits im September 1919 die Frauen zu den Wahlurnen gehen könnten.

Hier wäre nun der Einsatz des Ministerpräsidenten Georges Clemenceau notwendig gewesen, der sich aber völlig aus dem legislativen Prozess heraushielt. Es war allgemein bekannt, dass der «Tiger», der sich sonst so vehement für bürgerliche Freiheiten und eine «radikale» Republik eingesetzt hatte, dem Frauenwahlrecht skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Ebenso wie zahlreiche andere Exponenten des Radikalismus war er davon überzeugt, dass Frauen ihr Ohr viel zu leicht dem katholischen Klerus liehen und somit dessen schädlichem Einfluss ausgeliefert waren. Die Einführung des Frauenstimmrechts bedeutete aus dieser Perspektive, den antirepublikanischen Kräften zusätzliche Wahlchancen einzuräumen. So erklärt sich das passive Verhalten Clemenceaus: Denn während er sich bei anderen Themen, wie der Einführung des Achtstundentages, mit ganzer Kraft erfolgreich für ein zügiges Entscheidungsverfahren eingesetzt hatte, unternahm er im Falle des Frauenwahlrechts nichts, um den Senat dazu zu bewegen, dessen Einführung auf seine Tagesordnung zu setzen und schleunigst zu verabschieden.²⁴ So kam es, dass die zweite Kammer das Thema auf die Zeit nach den Wahlen zur Abgeordnetenkammer vertagte. Erst 1922 befassten sich die Senatoren mit dem Frauenwahlrecht und lehnten seine Einführung mit großer Mehrheit ab. Frankreich begab sich so in eine paradoxe Situation: Das Land, das stets die Avantgarde demokratischer Neuerungen im kontinentalen Europa gebildet hatte, verschloss sich einer grundlegenden Reform, die in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bereits mehr als zehn europäische Staaten angenommen hatten. Frankreich gehörte nun zu der Minderheit europäischer Demokratien, die der Hälfte ihrer Staatsbürger nach wie vor das Wahlrecht verweigerten – und zwar weil Teile der politischen Elite auf diese Weise die Errungenschaften der Republik vor ihren vermeintlichen Feinden schützen wollten.

Die Einführung des Verhältniswahlrechts wurde dagegen schon 1919 von beiden Kammern beschlossen, doch verwässerte man es bis zur Unkenntlichkeit mit wahltaktisch motivierten Sonderbestimmungen: Im Prinzip sollten die zu vergebenden Mandate in jedem Département proportional unter den Parteilisten aufgeteilt werden. Doch falls eine Liste in einem Département die absolute Mehrheit erzielte, sollte sie alle dort zu vergebenden Mandate erhalten, ohne jegliche Berücksichtigung aller weiteren Listen. Es empfahl sich also, breitgefächerte Listenverbindungen auf die Beine zu stellen, um sich möglichst große Chancen auf den Gewinn eines ganzen Départements zu verschaffen.²⁵ Der eigentliche Sinn des

Verhältniswahlrechts, nämlich die gerechte Repräsentation minoritärer Strömungen, wurde so ad absurdum geführt.

Im Vorfeld der Wahlen gelang es den Kräften der Rechten und der Mitte, ein weitgespanntes Bündnis zu schließen, das unter dem Namen «Bloc national» firmierte. Damit sollte an die Kriegszeiten und die nationale Einheit, die es in den Frieden hinüberzuretten galt, erinnert werden. Im «nationalen Block» kooperierten Katholiken, rechte Nationalisten, liberale Republikaner und einige Angehörige des Radikalismus, um eine starke Regierungsmehrheit sicherzustellen. Die Leitfigur des Bündnisses war Georges Clemenceau, von dessen enormer Popularität man profitieren wollte. Die Wahlkampagne machte allerdings bald deutlich, dass die Allianz nichts mehr mit der *Union sacrée* der Kriegszeiten zu tun hatte, sondern vielmehr ein Bündnis gegen den Sozialismus war. «Nieder mit dem Bolschewismus», rief Clemenceau kurz vor dem Urnengang bei einer Rede in Strasbourg aus. Die Anhänger der bolschewistischen Revolution wollten nichts anderes als «die Ruinen des republikanischen Systems und die blutige Diktatur der Anarchie». Zwischen ihnen und dem Bloc national gebe es keine Diskussionen, sondern nur die Frage der Macht. «Die Einheit der guten Franzosen wird ausreichen, um eine unüberwindliche Mauer gegen die Barbarei zu errichten.» Die sozialistische Partei schloss er in seine Angriffe ein, da sie verdeckt mit den Bolschewisten kooperiere. Auf diese Weise setzte er seine Strategie der Integration über das Schaffen innerer Feindbilder fort, die er im Jahre 1917 begonnen hatte. Damals hatte er die Pazifisten von der Nation abgespalten und als «Antipatrioten» verunglimpft; nun waren es die Sozialisten, die sich in seinen Augen von der Nation isolierten und von allen «guten Franzosen» bekämpft werden mussten.²⁶ Ein in ganz Frankreich verbreitetes, von einem Unternehmerverband gesponsertes Plakat kleidete die panikschürende Legende vom blutrünstigen Sozialisten in ein suggestives Bild: Unter dem Titel: «Wie kann man gegen den Bolschewismus stimmen?» zeigte es einen fanatisch dreinblickenden, rotbraunhäutigen Mann, der zwischen seinen Zähnen ein bluttriefendes Messer trug.²⁷ Innerhalb weniger Monate hatte somit in der Propaganda der Rechten der Bolschewist den Deutschen als mobilisierendes Feindbild ersetzt.²⁸

Der Linken hingegen gelang es nicht, gegen den Bloc national ein übergreifendes Bündnis aufzustellen. Die Sozialisten lehnten im Bemühen um die gefährdete eigene Einheit eine Koalition mit den «Radikalen» ab, so dass die großen Formationen der Linken getrennt in die Wahlen zogen. Das Ergebnis war für die Linken desaströs: Zwar gewannen die Sozialisten gegenüber 1914 gut 300 000 Stimmen dazu, doch aufgrund des Wahl-

rechts verloren sie an Mandaten, denn anstatt 102 saßen nur noch 68 sozialistische Volksvertreter in der Abgeordnetenversammlung. Für die «Radikalen» waren die Einbußen noch empfindlicher, sanken sie doch von 195 auf 86 Sitze. Der Sieg des Bloc national war dagegen überwältigend: Mit 380 Abgeordneten gehörten knapp 60 Prozent der Volksvertreter dem Rechtsbündnis an. Trotz des Triumphs der von ihm inspirierten Koalition scheiterte jedoch der Traum Clemenceaus, sich zum Präsidenten der Republik wählen zu lassen und diesem Amt eine neue Aura zu verleihen. Innerhalb des eigenen Lagers hatte der «Tiger» zu viel Gegnerschaft auf sich gezogen, so dass in einer Probewahl unter den Parlamentariern sein Rivale Paul Deschanel die Mehrheit erlangte. Der 78-jährige «Vater des Sieges» beendete daraufhin seine Karriere, verbittert über das Verhalten der Volksvertreter, die seinem politischen Leben die Apotheose verweigert hatten.²⁹

Unterdessen verschärfte das schlechte Wahlergebnis die innere Krise der Sozialisten, die ein Jahr später in der Spaltung der Partei mündete. Es schien, als wenn die SFIO aus den zeitgenössischen Umständen keinerlei Profit schlagen konnte: Weder den unter den Kriegsveteranen verbreiteten Pazifismus noch die prekären Lebensumstände der Zeit, nicht einmal das starke Ansteigen der Mitgliederzahl um 100 000 innerhalb eines Jahres konnte die Partei in einen Wahlerfolg ummünzen. Vor diesem Hintergrund wurden die Stimmen jener immer lauter, die eine grundsätzliche ideologisch-programmatische Umorientierung der Sozialisten forderten. Ihnen standen die russische Revolution, aber auch die neugegründeten kommunistischen Parteien in anderen europäischen Ländern als Vorbild vor Augen. Unter den Gegnern einer solchen radikalen Kehrtwende kristallisierte sich immer stärker eine Führungsfigur heraus: Léon Blum, ein Pariser Intellektueller und Jurist, der zu Kriegszeiten mit dem sozialistischen Minister Marcel Sembat zusammengearbeitet hatte.³⁰

Im Februar 1920 erlitten Blum und seine Anhänger eine erste Niederlage: Die Partei beschloss, den alten europäischen Dachverband sozialistischer Parteien, die Zweite Internationale zu verlassen. Über den von vielen Aktivisten gewünschten Beitritt zur Dritten, von Lenin begründeten Kommunistischen Internationale wurde indes noch nicht entschieden. Zunächst wurden der Herausgeber der Parteizeitung «L'Humanité», Marcel Cachin, sowie Generalsekretär Frossard auf eine Erkundungsmission nach Moskau geschickt, bei der sie Genaueres über die Beitrittsbedingungen in Erfahrung bringen sollten. Während sie sich in Moskau aufhielten, fand gerade der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale statt, bei dem Lenin die 21 Aufnahmekriterien beschließen ließ. Darin war etwa davon die Rede, dass alle Mitgliedsparteien autoritär geführt werden müssen.

ten und in ihnen eine «eiserne, fast militärische Disziplin» herrschen sollte; die Einrichtung einer Untergrundorganisation gehörte zu den Beitrittskriterien ebenso wie die Unterwanderung von Armee und Gewerkschaften. Säuberungen sollten regelmäßig innerhalb der Mitgliedsparteien stattfinden, die zudem sofort jegliche Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien beenden und sich den von Moskau ausgehenden Leitlinien strikt unterordnen sollten.³¹

Als Cachin und Frossard im August 1920 nach Frankreich zurückkehrten, priesen sie in derart enthusiastischen Tönen die Lebensverhältnisse in dem revolutionären Land, dass die drakonischen Beitrittsbedingungen zunächst in den Hintergrund rückten. Auch hatte Grigori Sinowjew, der Chef der Internationale, den französischen Delegierten angeblich eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung der Aufnahmekriterien in Aussicht gestellt. Für Léon Blum hingegen offenbarten die Beitrittsbedingungen den wahren Geist des Bolschewismus und seine totale Andersartigkeit gegenüber der demokratischen, humanistischen und partizipativen Kultur des französischen Sozialismus. Vor diesem Hintergrund ließ er keinen Zweifel daran, dass die Einheit der sozialistischen Partei vorbei sein würde, wenn sich eine Mehrheit für den Beitritt entscheiden würde. Der Wert der Einheit, für den sich Blum stets im Geiste von Jean Jaurès engagiert hatte, musste in diesem Falle geopfert werden, um den Geist des französischen Sozialismus zu retten.

In den letzten Tagen des Jahres 1920 wurde schließlich die Trennung vollzogen. Auf dem Parteikongress von Tours bot Blum noch einmal seine ganze rhetorische Brillanz auf, um die Unvereinbarkeit zwischen der sozialistischen Parteitradition und dem totalitären Anspruch des Bolschewismus aufzuweisen. Im Namen seiner Anhänger begründete er den Entschluss, der sich für den Beitritt abzeichnenden Mehrheit nicht zu folgen: «Wir sind bis in unser Innerstes davon überzeugt, dass, während Ihr zu einem Abenteuer aufbrecht, jemand zurückbleiben muss, um das Alte Haus zu hüten.»³² Er schloss mit der Hoffnung, dass trotz der unvermeidlichen Spaltung ein Rest sozialistischer Brüderlichkeit bewahrt bliebe und man sich künftig nicht wie normale politische Rivalen bekämpfen würde. Am 29. Dezember 1920 kam es zur Abstimmung: 3208 Delegierte stimmten für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale, 1022 dagegen. Letztere behielten den Namen «Section française de l'Internationale ouvrière» (SFIO) bei, während Erstere eine neue Partei unter dem Namen «Section française de l'Internationale communiste» (SFIC) gründeten und die traditionsreiche Zeitung «L'Humanité» übernahmen.³³

Die Auswirkungen des Kongresses von Tours und der Gründung der

kommunistischen Partei müssen auf verschiedenen Ebenen untersucht werden: Was die französische Gesellschaft als Ganze anbelangt, so verschärften diese Ereignisse die bereits bestehenden sozialen Gegensätze und vertieften die Frontstellungen zwischen Klassen und Milieus. Die Existenz einer kommunistischen Partei diente, ganz unabhängig von ihrer tatsächlichen Stärke, dem französischen Bürgertum fortan als willkommenes Schreckbild, um immer wieder die Angst vor einer bevorstehenden bolschewistischen Revolution zu schüren. Von einem breiten Konsens über die grundlegenden politischen-sozialen Werte des Landes war man nun weiter denn je entfernt. Für die Arbeiterbewegung blieb es nicht bei der Spaltung der sozialistischen Partei: Wenige Wochen später trennten sich die revolutionär gesinnten Aktivisten von der größten Gewerkschaft CGT ab und gründeten ihren eigenen, kommunistisch orientierten Verband. Was die SFIO anbelangt, so musste sie künftig nicht mehr den permanenten Spagat zwischen revolutionären und reformistischen Strategien vollziehen. Sie konnte nun, ohne auf einen radikalen Flügel Rücksicht nehmen zu müssen, mit bürgerlichen Kräften im parlamentarischen System kooperieren. So schloss sie fünf Jahre nach der katastrophalen Wahl von 1919 mit den «Radikalen» ein «Kartell der Linken» benanntes Wahlbündnis, mit dessen Hilfe sie 109 Mandate erringen konnte. Doch blieb sie in einem inneren Widerspruch verfangen: Sie hielt daran fest, dass die Abschaffung des Kapitalismus und die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft marxistischer Prägung ihre langfristige Zielvision war, die sie aber – im Gegensatz zu den Kommunisten – über legale, demokratische und parlamentarische Wege erreichen wollte. Obwohl sie sich weiterhin als Arbeiterpartei verstand, entstammte die Wählerbasis der Partei immer weniger dem Proletariat, sondern konstituierte sich wesentlich aus Angestellten, Beamten, Lehrern, Händlern und Bauern.

Die kommunistische Partei schließlich entging nicht dem Schicksal, das ihr Léon Blum auf dem Kongress von Tours prophezeit hatte: Sie musste sich den Direktiven Moskaus völlig unterordnen, die fortan ihre Handlungsspielräume im politischen System absteckten. So erteilte Leo Trotzki im November 1922 den französischen Kommunisten die Anordnung, sich künftig von den Freimaurerlogen fernzuhalten, die stets ein unverzichtbares Element der republikanischen politischen Sozialisation gebildet hatten.³⁴ Fest eingeschworen auf die Parteideologie und straff organisiert, entwickelten die Kommunisten ein Sonderbewusstsein, das sie von anderen politischen Strömungen isolierte. Ihre Wahlerfolge blieben bescheiden und beschränkten sich auf die Randgebiete der Großstädte, in denen ihre Wählerbasis, die «ouvriers spécialisés», besonders stark vertreten war.

Auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Staat blieb der Burgfriede der Jahre 1914–18 nicht lange erhalten: Die Bildung des Bloc national hatte noch auf einem Kompromiss zwischen liberalen, die laizistischen Reformen der Jahrhundertwende grundsätzlich befürwortenden Kräften und Verfechtern konservativ-katholischer Ideale beruht. Die politischen Folgen dieses Kompromisses bestanden darin, dass die umstrittenen Gesetze des Jahres 1905 zwar bestehen blieben, aber freizügiger ausgelegt wurden.³⁵ So tolerierte man es, dass die Orden, die um die Jahrhundertwende das Land hatten verlassen müssen, wieder zurückkehrten. Und Frankreich eröffnete 1921 wieder seine Botschaft beim Vatikan, die man 1902 geschlossen hatte. Darüber hinaus akzeptierte die Regierung, dass es fortan einen Landesteil gab, in dem das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche nicht galt, nämlich die drei Départements des einst deutschen Elsass-Lothringens. Dort hatten zwischen 1871 und 1918 weiterhin die Bestimmungen des napoleonischen Konkordats gegolten, die den Religionsunterricht in Schulen und die staatliche Finanzierung der Geistlichen vorsahen. Gegen den heftigen Protest der «Radikalen» sicherte die Regierung zu, dass die zurückgewonnenen Départements ihre Sonderstellung behalten durften.

Als das aus «Radikalen» und Sozialisten gebildete Wahlbündnis des «Kartells der Linken» 1924 eine Mehrheit an Sitzen erlangte, musste der «nationale Block» die Regierungsverantwortung abgeben. An der Spitze der Regierung stand nun mit Edouard Herriot, dem Präsidenten der Radikalen Partei, ein überzeugter Antiklerikaler, der umgehend zusicherte, die Zugeständnisse seiner Vorgänger wieder rückgängig zu machen. Die Laizität, so bekundete er in seiner Regierungserklärung, sei die «Garantie der nationalen Einheit und Brüderlichkeit», da sie zwischen Glauben und Politik strikt trenne.³⁶ Als die Herriot-Regierung daranging, ihre strikte Auslegung des Laizismus umzusetzen, erhob sich ein heftiger, von katholischen und nationalistischen Kräften getragener Protest. Daraufhin nahm das «Kartell der Linken» zwar davon Abstand, die Botschaft beim Vatikan zu schließen und die Sonderstellung Elsass-Lothringens aufzuheben. Doch war der während des Krieges still gestellte Konflikt zwischen dem organisierten Katholizismus und den Sachwaltern der Laizität wieder aufgebrochen.³⁷

Die Fundamentalopposition gegen die Republik fand unterdessen eine neue intellektuelle Leitfigur in der Person von Charles Maurras, dem Herausgeber der Zeitung «Action française» und Anführer der gleichnamigen politischen Bewegung. Maurras bekannte sich zu einem «integralen Nationalismus», den er auf dem Wege eines radikalen Systemwandels von der

Demokratie zur Erbmonarchie verwirklichen wollte. Auf diese Weise sollte eine auf traditionelle Gemeinschaften, katholischen Glauben und Autorität aufgebaute, geeinte Gesellschaft den Individualismus, Parlamentarismus und Klassegeist der Republik ersetzen. Diese sah er von «vier verbündeten Ständen» beherrscht, die nach seiner Auffassung den Untergang Frankreichs bedeuteten: den Juden, den Fremdlingen (*métèques*), den Protestanten und den Freimaurern.³⁸ Die «Action française» verfügte in Form einer am äußersten rechten Rand angesiedelten kleinen Partei über einen politischen Arm ebenso wie in Form der «Camelots du roi» über eine gewaltbereite Schutztruppe. In der von tiefer weltanschaulicher Verunsicherung gekennzeichneten Nachkriegszeit übte Maurras mit seiner auf klaren Freund-Feind-Schemata beruhenden Ideologie besonders auf junge Menschen eine starke Anziehungskraft aus.³⁹

Symptomatisch für die geistig-politische Lage der Zeit waren die Umstände, unter denen im November 1924 die sterblichen Überreste von Jean Jaurès feierlich ins Pantheon überführt wurden. In dieser zu einem zivilreligiösen Tempel umgewandelten ehemaligen Kirche gedenkt die französische Nation der großen Persönlichkeiten ihrer Geschichte. Die Zeremonie war von Regierungschef Herriot angeordnet worden, der hoffte, um das Gedenken an den Sozialistenführer herum die Nation zu sammeln, wie es im August 1914 angesichts seines tragischen Todes geschehen war. Doch zehn Jahre später bildete sich um die Ehrung des Ermordeten keine heilige Einheit; vielmehr verdeutlichte sie die mittlerweile entstandenen ideologischen Gräben. Denn die radikale Rechte um die «Action française» verhöhnte das Pathos der Zeremonie, die Jaurès zu einem Heiligen des Republikanismus machen wollte. Am gleichen Tag inszenierte sie ihren eigenen Totenkult um einen 1923 erschossenen Aktivist der «Camelots du roi». Und die Kommunisten protestierten mit straff organisierten Demonstrationen gegen das staatliche Gedenken und beanspruchten den großen Sozialisten und Pazifisten für ihre eigene, revolutionäre Tradition.⁴⁰ Wenige Jahre nach Kriegsende war bereits die Bühne für den ideologischen Bürgerkrieg bereitet, der in den 1930er Jahren ausbrechen sollte.

Der Höhepunkt des französischen Imperialismus

Die Schrecken des Ersten Weltkriegs hatten in Frankreich ebenso wie in anderen europäischen Ländern tiefe Zweifel an der Dauerhaftigkeit, ja der Überlebensfähigkeit der eigenen Zivilisation ausgelöst. Die Geschwindigkeit, mit der unter dem Feuer moderner Waffen Tausende von Menschen in nur wenigen Stunden getötet werden konnten, die Zerstörung ganzer Landesteile Frankreichs, die unermesslichen Opfer erweckten die Angst vor

dem Untergang des gesamten europäischen Kulturkreises. «Auch wir, Zivilisationen, wissen jetzt, dass wir sterblich sind», formulierte der Schriftsteller Paul Valéry im Jahre 1919. «Und wir sehen jetzt, dass der Abgrund der Geschichte groß genug für alle ist. Wir spüren, dass eine Zivilisation die gleiche Zerbrechlichkeit hat wie ein einzelnes Leben.»⁴¹

Mit umso größerem Elan gingen die Fürsprecher des französischen Kolonialismus nach dem Krieg daran, unter den Bürgern Begeisterung für die globale Ausdehnung der französischen Zivilisation zu erwecken: Sie sollten Stolz darüber empfinden, dass den eigenen Werten auch in Afrika und Asien nachgeeifert wurde, und begreifen, dass sich die ausgeblutete Nation auf die Reichtümer ihrer Überseebesitzungen stützen konnte.⁴² Denn die Kriegsjahre hatten unter den Franzosen kaum das Bewusstsein verstärkt, einem weltweiten Ensemble anzugehören – obwohl ca. 600 000 Männer aus den Kolonialbesitzungen in der französischen Armee gedient und etwa 70 000 an der Front ihr Leben gelassen hatten. Auch hatten ca. 200 000 Arbeiter aus den Kolonien in den Fabriken den Mangel an heimischen Arbeitskräften ausgeglichen.⁴³

Mit dem Abschluss des Versailler Friedens hatte sich der Überseebesitz sogar signifikant vergrößert: Deutschland hatte das ihm 1911 überlassene sogenannte Neukamerun wieder an Frankreich zurückgeben müssen. Zudem waren Frankreich Gebiete zugesprochen worden, die es im Auftrag des Völkerbundes treuhänderisch zu verwalten hatte. Dabei hatte der Völkerbund zwei Formen von Mandaten unterschieden: Diejenigen vom Typus A waren ehemalige Ländereien des Osmanenreichs und sollten so bald wie möglich in die Unabhängigkeit geführt werden. Mit seiner Gebietsaufteilung bestätigte der Völkerbund mehr oder weniger die Abmachung, die Frankreich und Großbritannien 1916 im sogenannten «Sykes-Picot-Abkommen» getroffen hatten: Frankreich erhielt das heutige Syrien sowie den Libanon als übergangsweise zu verwaltende Territorien, während Großbritannien Palästina und der Irak zugesprochen wurden. Hingegen wurden die Mandatsgebiete vom Typus B als noch zu unterentwickelt eingeschätzt, um rasch unabhängig zu werden; insofern durften die Verwalter sie faktisch in ihren Kolonialbesitz überführen. Dies traf für Frankreich auf zwei ehemals deutsche Kolonien zu, nämlich den östlichen Teil des Togo-lands sowie den Großteil Kameruns.

Angesichts dieses Gebietszuwachses bürgerte sich der Begriff des «Empire» immer mehr ein, um das Ensemble des Kolonialbesitzes zu beschreiben. Damit erhob man auch den Anspruch, dass sich das französische Überseereich durchaus mit dem britischen messen konnte. Manche waren sogar davon überzeugt, dass Frankreichs «Empire» das britische qualita-

tiv übertraf, was die Beziehungen zwischen Kolonialherren und Einheimischen anbelangte. So verglich der Schriftsteller Paul Claudel 1921 angesichts eines Besuchs in Indochina die Friedfertigkeit des französischen Protektorats mit der Aufgeregtheit im britisch regierten Teil des Kontinents: «Ganz Asien scheint der europäischen Ausbeutung müde oder zumindest erregt durch die Politiker, die zum Aufstand gegen diese aufrufen. Dagegen war in Indochina die Zusammenarbeit zwischen dem Eingeborenen und dem europäischen Element niemals so intim und friedlich.»⁴⁴ Die Wahrnehmung des Schriftstellers stand jedoch in eklatantem Widerspruch zu der Lebensrealität großer Teile der indigenen Landbevölkerung, die sich mit Preisschwankungen, Absatzkrisen und unzureichenden Ackerflächen konfrontiert sahen. Nur neun Jahre später sollten diese Missstände in lokale Unruhen und Attentate münden, deren Urheber von den kolonialen Sicherheitskräften gnadenlos verfolgt wurden.⁴⁵

Unterdessen hatten sich die Leitvisionen der Kolonialpolitik seit der Jahrhundertwende weiterentwickelt: Wesentlich beeinflusst von Albert Sarraut, der von 1920 bis 1924 das Kolonialministerium leitete und zuvor Gouverneur Indochinas gewesen war, stand nun die *mise en valeur* des Überseebesitzes, seine optimale Erschließung und Aufwertung, im Vordergrund. Die Kolonien sollten nicht mehr nur als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten ausgebeutet, sondern entwickelt werden; die Eingeborenen sollte man nicht mehr als Untertanen unterdrücken, sondern zu Helfern bei der Nutzbarmachung der Territorien ausbilden. Erst wenn das Mutterland seine Kolonien in jeder Hinsicht entwickelte, konnte es nach Sarrauts Auffassung seiner zivilisatorischen Mission gerecht werden. «Frankreich kann nicht zwei Gesichter haben, eines der Freiheit, das sich der Metropole, und eines der Tyrannei, das sich seinen Kolonien zuwendet.»⁴⁶ Frankreich müsse die Kolonisierung zu einem «Werk menschlicher Solidarität» machen.⁴⁷ Ausgehend von diesen Erwägungen befürwortete Sarraut eine Abkehr von der seit den 1880er Jahren die Kolonialpolitik leitenden Doktrin der «Assimilation», nach der die Institutionen und Regeln des Mutterlandes die Beherrschung der Kolonien bestimmen sollten. Anstatt die französischen Praktiken dogmatisch als Zielvorstellung jeglichen Fortschritts anzusetzen, solle man besser empirisch von lokalen Gegebenheiten ausgehen, um die Eingeborenen schrittweise zu Partnern im Entwicklungsprozess der Kolonien zu machen. Auf diese Weise wurde die sogenannte «Association» mehr und mehr zur Leitvorstellung der Imperialpolitik.⁴⁸

Der Wandel von der «Assimilation» zur «Association» schlug sich in der Praxis aber nicht unbedingt in einem respektvolleren Umgang mit der indigenen Bevölkerung nieder. So wurden in Westafrika nach wie vor

Menschen zur Zwangsarbeit, etwa beim Ausbau der Infrastruktur, herangezogen. Die Kolonialverwalter gaben dafür die Begründung, dass das Leistungsethos bei Afrikanern mangelhaft ausgeprägt sei und diese nur durch Zwang zum regelmäßigen Arbeiten gebracht werden könnten. Auch orientierte sich die *mise en valeur* der Kolonien oft nicht an lokalen Bedürfnissen, sondern an den ökonomischen Interessen des Mutterlandes. In Westafrika etwa wurde die indigene Bevölkerung dazu gezwungen, vermehrt Baumwolle anzubauen, um die Industrien der Metropole mit diesem Rohstoff zu versorgen.⁴⁹ Auf diese Weise wurde die asymmetrische Abhängigkeit der Überseebesitzungen noch verstärkt; die Kolonialherrschaft blieb – wie es ein Administrator Westafrikas selbst zugab – ein «Akt der Gewalt».⁵⁰

Der Wandel zur «Association» wurde auch im kolonialen Erziehungswesen verkündet. Zuvor hatte man im Geiste der «Assimilation» die in Paris verordneten Lehrpläne auch in den Überseebesitzungen für verbindlich erklärt, so dass etwa Eingeborene, die im fernen Südostasien und Afrika in den Genuss französischen Schulunterrichts kamen, über ihre «Vorfäter, die Gallier», aufgeklärt wurden.⁵¹ In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hielten maßgebliche Akteure ein solchermaßen hyperzentralisiertes koloniales Schulwesen immer weniger für sinnvoll. Für Georges Hardy, eine Schlüsselfigur in der kolonialen Erziehungspolitik, sollte die Schule den Eingeborenen nicht mehr als ein «Import», sondern als «eine angestammte, kaum veränderte Institution» erscheinen, die den kulturellen Hintergrund der Schüler berücksichtigte.⁵² «Frankreich erwartet nicht, dass man ihm serienweise gefälschte Europäer bereitstellt», so bekundete Hardy. Vielmehr solle jedes in den Kolonien geborene Kind ein «Mensch seines Kontinents, seiner Insel, seiner Natur bleiben» und gleichzeitig «in Sprache, Geist und Berufung ein wahrer Franzose sein».⁵³ Um die speziellen Bedürfnisse kolonialer Schulerziehung zu befriedigen, entwickelte man das Modell der «école rurale». Diese «ländlichen Schulen» sollten von den lokalen Bedürfnissen ausgehen, den Schwerpunkt auf praktische, landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildung legen und allzu theoretische Inhalte überhaupt nicht behandeln. So sollte vermieden werden, dass die Schule die Eingeborenen zu «Entwurzelten» machte, die sich von den örtlichen Gegebenheiten und den ihnen zugeordneten landwirtschaftlich-praktischen Tätigkeiten entfremdeten. An den «ländlichen Schulen» sollten «schwarze Bauern» heranwachsen, die auf gleiche Weise wie die Farmer des Mutterlands tatkräftig zu der Entwicklung ihres Territoriums und dem Reichtum Frankreichs beitrugen.⁵⁴

Die Umsetzung dieser Pläne blieb nicht zuletzt mangels zur Verfügung

gestellter Mittel weit hinter den Erwartungen zurück; dies insbesondere in solchen Kolonien, die über eine sehr unterentwickelte Infrastruktur verfügten. So gab es etwa 1930 in Französisch-Westafrika gerade einmal 335 öffentliche Schulen, in denen 41 000 Kinder unterrichtet wurden; in Mauritien gingen gar nur 439 Kinder zur Schule. Auch waren Organisation, Qualität und Dichte des Schulunterrichts sehr unterschiedlich, je nachdem ob es sich um eine Siedlungskolonie wie Algerien, Protektorate wie Marokko und Tunesien oder Kolonien wie West- und Ostafrika handelte. So gab es in Äquatorial-Afrika, Togo und Kamerun keine Erziehungseinrichtungen, die über die Grundschule hinausgingen.

In Nordafrika und Indochina hingegen führte die Verbesserung des Bildungswesens dazu, dass eine in französischen Schulen und Universitäten ausgebildete Schicht junger Eingeborener heranwuchs, die mit neuen Hoffnungen und Forderungen der Kolonialmacht gegenübertrat. Als repräsentativ für diese Schicht können Ferhat Abbas (geb. 1899) und Habib Bourguiba (geb. 1903) gelten, die später an die Spitze der algerischen bzw. tunesischen Unabhängigkeitsbewegung treten würden. Was ihr Verhältnis zu Frankreich anbelangte, so wuchsen sie mit einem permanenten Widerspruch auf: Einerseits erlebten sie es als Wegbereiter ungeahnter Bildungschancen und als das Land, von dem eine universelle Verheißung von Freiheit und Gleichheit ausging. Andererseits war Frankreich für sie eine Kolonialmacht, die ihre Heimat im Status der Fremdherrschaft hielt und dem eigenen Volk nur ungleiche Partizipationschancen einräumte. Beide versuchten diesen Widerspruch zunächst aufzulösen, indem sie in ihren ersten Publikationen der späten 1920er und frühen 1930er Jahre nicht etwa die Unabhängigkeit Algeriens bzw. Tunesiens, sondern die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Kolonisierten forderten. Erst die ablehnenden Reaktionen von Kolonialadministratoren und europäischen Siedlern führten dazu, dass sie ihre Forderungen radikalisierten und schließlich in der Befreiung von der Kolonialherrschaft die einzige Option sahen.⁵⁵

Aus einer anderen Lebenserfahrung mit der Kolonialmacht speiste sich der wesentlich prononciertere Antikolonialismus des Algeriers Messali Hadj (geb. 1898) und des Vietnamesen Nguyen Ai Quoc (geb. um 1890), der als Ho Chi Minh in die Geschichte eingehen sollte. Beide kamen gegen Ende des Ersten Weltkriegs nach Paris und verdienten sich dort mit einfachen Arbeiten ihren Lebensunterhalt. Sie erlebten dort die Spaltung der Arbeiterbewegung und begeisterten sich für den Kommunismus als die Ideologie, die einen Ausweg aus ihrer Situation als Proletarier und Kolonisierte versprach. So war Frankreich für sie nicht nur das Land ausbeute-

rischer Kolonisatoren, sondern auch die Heimstatt einer kommunistischen Partei, in der sie Gleichgesinnte im Kampf gegen die Kolonialherrschaft fanden. Unter diesen Vorzeichen wurde Paris zur «anti-imperialistischen Metropole», in der sich Aktivisten aus Asien, Afrika und Lateinamerika zusammenfanden, untereinander vernetzten, Ideen und Strategien austauschten – argwöhnisch beobachtet von den französischen Sicherheitskräften, die eine wirkungsvolle Organisation des antikolonialen Protests verhindern wollten.⁵⁶ Während Nguyen Ai Quoc 1924 Paris verließ, um in Moskau das Mutterland der kommunistischen Revolution kennenzulernen, gründete Messali Hadj in der französischen Hauptstadt 1926 die Organisation «l'Etoile nord-africaine», die fortan die Befreiung des gesamten maghrebischen Raumes von der Kolonialherrschaft forderte. «Die französische Kolonisation besteht im Wesentlichen darin, die Algerier zugunsten von Wucherern und Siedlern zu verarmen. Auf diese Weise sind die Algerier zu Sklaven auf den Ländereien geworden, die ihnen einst gehörten», bekundete Messali. «Die Algerier erheben nun das Haupt, sie wollen gegen den französischen Imperialismus kämpfen, sie wollen ihre Unabhängigkeit.»⁵⁷

Die Kolonialmacht verpasste die Chance, auf die Kolonisierten zuzugehen, ihre Emanzipationsforderungen zu befriedigen und der massiven politischen Entrechtung der muslimischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Reformorientierte Kolonialadministratoren wie Maurice Viollette, der 1925 zum Generalgouverneur Algeriens ernannt wurde, bildeten eine kleine Minderheit, wenn sie sich für die Verbesserung des Statuts der muslimischen Algerier einsetzten. «In 15 oder 20 Jahren werden in Algerien einer knappen Million von Männern und Frauen französischer Kultur 10 Millionen (muslimische) Algerier gegenüberstehen. Wollen wir aus ihnen Aufständler machen oder Franzosen?», schrieb er. «Wenn das Mutterland nicht mehr Gerechtigkeit und Humanität durchsetzt, wird Algerien verloren gehen.»⁵⁸ Angesichts des Sturms der Entrüstung, den seine Reformbestrebungen im Milieu der französischen Siedler auslösten, trat Viollette nach nur zwei Jahren von seinem Posten zurück.

Für den entstehenden Antikolonialismus bot der Rif-Krieg in Marokko einen ersten Kristallisationspunkt. Dieser Konflikt hatte 1921 begonnen, als im Rif-Gebirge des unter spanischem Protektorat stehenden Nordens Marokkos der charismatische Stammesführer Abdelkrim eine Reihe von Berberstämmen vereint und auf den Kampf gegen die Kolonialmacht eingeschworen hatte.⁵⁹ Der Versuch Spaniens, den Aufstand militärisch niederzuschlagen, endete mit einer verheerenden Niederlage der Kolonisatoren. Abdelkrim berief sich daraufhin auf das Selbstbestimmungsrecht

der Völker und errichtete die «Republik des Rif», in der die Scharia als Rechtsgrundlage gelten sollte. Sein langfristiges Ziel aber war es, den unter französischem Protektorat stehenden Sultan in Fès abzusetzen und damit ganz Marokko zu befreien. Als Abdelkrim im Dezember 1924 in französisches Kolonialgebiet eindrang, intervenierte die Armee mit über 100 000 Soldaten. Den seit 1912 amtierenden Generalresidenten Marschall Lyautey hielt die Regierung für ungeeignet, den Aufstand niederzuschlagen, und ersetzte ihn durch Philippe Pétain, den verehrten «Retter von Verdun». Nach einem mehrmonatigen, unbarmherzig geführten Krieg, in dem die französische Luftwaffe erstmals massiv zum Einsatz kam, galt die «Republik des Rif» als besiegt; Abdelkrim ergab sich und ging ins Exil. Für die Regierung des «Kartells der Linken», an deren Spitze seit Ende November 1925 Aristide Briand stand, war die Intervention in Marokko ein Akt der Friedensstiftung, der die Angriffe gegen das «zivilisatorische Werk und den traditionellen Liberalismus Frankreichs» abgewehrt habe.⁶⁰ Die Kommunisten hingegen stellten sich auf die Seite Abdelkrims und verurteilten die Militäroperation als Werk des Imperialismus, geleitet von den Interessen des Finanzkapitals. Die Eingeborenen hätten ein «Recht auf Auflehnung», sagte der Abgeordnete Jacques Doriot vor der Abgeordnetenversammlung.⁶¹ Auch solidarisierten sich zahlreiche Intellektuelle mit der «Republik des Rif» und unterzeichneten ein Manifest, das der pazifistische Schriftsteller Henri Barbusse im Oktober 1925 in der kommunistischen Parteizeitung «L'Humanité» veröffentlicht hatte. Unter ihnen befanden sich mit Louis Aragon, André Breton und Paul Eluard die Leitfiguren der literarischen Strömung des Surrealismus, die von da an immer stärker in das Fahrwasser der kommunistischen Partei gerieten.⁶² Für die Verfechter des Kolonialismus indessen waren die Kommunisten aus der Nationsgemeinschaft ausgeschert, indem sie die Intervention verurteilt hatten: «Der Kommunismus, das ist der Feind!», rief Albert Sarraut 1927 bei einer Rede in Algerien aus.⁶³ Auf diese Weise ließen die Debatten um die Militärintervention in Marokko bereits die heftigen Konflikte vorausahnen, die dreißig Jahre später über den Algerienkrieg ausgetragen wurden.

Angesichts des entstehenden Antikolonialismus, aber auch des weiterhin wahrgenommenen Desinteresses eines gewichtigen Teils der Bevölkerung an den Überseebesitzungen setzte das prokolonialistische Milieu große Hoffnungen in ein Massenspektakel, das die Französischen und Franzosen zu glühenden Anhängern ihres Weltreichs machen sollte. Zum hundertsten Jahrestag der Eroberung Algeriens organisierte man 1931 in Paris die «Exposition coloniale», die das Empire in seiner ganzen Vielfalt, mit seinen Lebensformen und Kulturen in die Hauptstadt holen sollte. Im Wald von

Vincennes wurde ein Erlebnispark errichtet, der es den Besuchern ermöglichen sollte, quasi an einem Tag alle Kontinente zu besuchen und somit den Reichtum des Empires zu erfassen. Die Ausstellung zeigte ein selektives Porträt des Überseereichs, indem sie seine prachtvollen, exotischen und unterhaltsamen Aspekte zeigte, aber nicht die prekäre Lebenswirklichkeit zahlreicher Kolonisierter. Während zur gleichen Zeit in Indochina verarmte Bauern rebellierten, präsentierte die «Exposition coloniale» eine originalgetreue Holzreproduktion des Tempels von Angkor Wat, vor dem kambodschanische Tänzerinnen auftraten. Der Park enthielt Elemente eines modernen Vergnügungsparks, wenn er es etwa den Besuchern ermöglichte, auf einem Kamel zu reiten und sich für einen Moment wie in Nordafrika zu fühlen.

Indessen sollte die Kolonialausstellung nicht nur unterhalten, sondern auch erziehen. «Endlich muss das französische Volk ein berechtigtes Gefühl des Stolzes und des Glaubens empfinden», hieß es in einer Broschüre des Kolonialministeriums. Die Franzosen sollten «imperial denken» lernen, wie es Kolonialminister François Piétri formulierte: «Dies bedeutet, die Grenzen der Republik so weit auszudehnen, wie ihre Großzügigkeit, ihre Kühnheit, ihre Menschenfreundschaft und Gerechtigkeitsliebe reichen.»⁶⁴ Auch sollte die Ausstellung das Überlegenheitsbewusstsein der Bewohner der Metropole stärken, indem die Kolonisierten als Abkömmlinge unterentwickelter Rassen präsentiert wurden. Dazu diente der Menschenzoo, in dem man auch angebliche Kannibalen zur Schau stellte. Faktisch handelte es sich bei diesen um Kanaken aus Neukaledonien, die man nach Paris geholt hatte. Halbnackt mussten sie finstere Riten vollführen, die den erschrockenen Besuchern beweisen sollten, welch weiten Weg bis zur Zivilisation manche Ureinwohner noch zurückzulegen hatten. Auf diese Weise sollte die Kolonisation als eine humanistische Tat begriffen werden. «Kolonisieren bedeutet nicht nur das Erbauen von Häfen, von Fabriken und Eisenbahnen», formulierte Marschall Lyautey, dem man die Leitung der Ausstellung anvertraut hatte. «Es bedeutet auch, die wilden Herzen der Savanne oder der Wüste an die menschliche Milde heranzuführen.»⁶⁵

Die Kolonialausstellung des Jahres 1931 kann somit einerseits als der Höhepunkt des französischen Imperialismus gelten. Sie präsentierte eine selbstgewisse Kolonialmacht, die sich der Notwendigkeit des Überseereichs für das Wohlergehen und die Identität der Nation bewusst war. Die Anführer des Kolonialmilieus betonten, dass die Überseebesitzungen in wirtschaftlicher Hinsicht nun die Rolle spielten, die man ihnen seit der Hochphase der Expansion in den 1880er Jahren zugedacht hatte: Sie wur-

den zu einem immer wichtigeren Absatzmarkt für Exporte aus dem Mutterland. 1928 war das Empire zum ersten Mal der wichtigste Handelspartner der Metropole und konnte nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise das Einbrechen des Handels mit anderen Staaten teilweise abfedern.⁶⁶ Andererseits aber gab es unübersehbare Vorboten einer kommenden Krise des französischen Imperialismus: So akzentuierte die wirtschaftliche Depression der 1930er Jahre die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Mutterland und Kolonien, wie sich am Beispiel Indochinas zeigen lässt. Die auf Exportgüter wie Reis und Kautschuk ausgerichtete Wirtschaft der südostasiatischen Kolonie wurde vom Preisverfall auf dem Weltmarkt hart getroffen, was zum Ruin zahlreicher Plantagenbesitzer und zur fortschreitenden Verarmung der Landbevölkerung führte.⁶⁷ Dies wiederum brachte der zunehmend kommunistisch dominierten Selbstständigkeitsbewegung Zulauf, die immer lautstarker die Loslösung von Frankreich forderte. Zugleich aber klagten die Produzenten des Mutterlands darüber, dass in den Kolonien mit ungleich billigeren Arbeitskräften Güter wie Wein, Reis und Zucker produziert wurden, die den einheimischen Produzenten unfaire Konkurrenz machten.⁶⁸ Auch 100 Jahre nach dem Beginn des modernen französischen Kolonialismus hatte nur eine Minderheit von Bürgern das Weltreich zu ihrer eigenen Sache gemacht.

7. Frankreich um 1926

«Verrückte Jahre»?

Les années folles – als «verrückte Jahre» sind die 1920er Jahre in die französische Geschichte eingegangen. Vergleichbar mit dem Schlagwort von den «goldenen zwanziger Jahren» in Deutschland wird so der Eindruck einer Dekade erweckt, in der die Menschen nach dem Gemetzel des Ersten Weltkriegs und vor der Krise der 1930er Jahre hoffnungsvoll in die Zukunft blickten, ihren Drang nach Unterhaltung befriedigten und sich für alles, was modern wirkte, begeisterten. Die «verrückten Jahre» suggerieren eine Zeit, in der eine aus den USA importierte Massenkultur zum Durchbruch kam, exzessiv Charleston getanzt wurde und man die zurückliegenden traumatischen Kriegserfahrungen schnell vergessen wollte. «Der über vier Jahre hinweg aufs Äußerste gereizte, angespannte, entpersonalisierte Mensch erhebt endlich sein Haupt, öffnet die Augen, sieht, entspannt sich, findet wieder Geschmack am Leben: Die Leidenschaft zu tanzen, Geld auszugeben, endlich wieder aufrecht gehen zu können, zu schreien, zu johlen, zu verschwenden», so charakterisierte der Maler Fer-

mand Léger den Geist der Zeit.¹ Dass in den französischen zwanziger Jahren tatsächlich viel gefeiert wurde, ist anzunehmen, war doch der Alkoholkonsum viermal so hoch wie vor dem Krieg. Und im ganzen Land gab es nun mehr Bistros als Grundschullehrer.² Doch wie bei allen Etiketten, die einer Zeit angeheftet werden, erfassen die *années folles* nur einen Teil einer komplexen Realität. Denn ebenso zählten Trauer, Stillstand, Niedergang und Verlust zu den Erfahrungen der Zeitgenossen.

So strebten zahlreiche Menschen keineswegs danach, den Krieg zu vergessen; vielmehr wollten sie dem Erlebten seinen festen Platz im gegenwärtigen gesellschaftlichen Leben sichern und die Erinnerung an die unzähligen Gefallenen wachhalten. Gemeint sind die *anciens combattants*, die Kriegsveteranen, die eine wichtige, zahlenmäßig sehr starke Gruppe in der damaligen Gesellschaft bildeten. Annähernd jeder zweite ehemalige Soldat war Mitglied einer Veteranenvereinigung; in manchen Dörfern waren es bis zu 70 bis 80 Prozent. Die Kriegsteilnehmer bildeten eine soziale Gruppe besonderer Art, da sie weder Klassen- oder Berufszugehörigkeit noch religiöses Bekenntnis oder politische Überzeugungen repräsentierten. Doch schufen das gemeinsame Kriegserlebnis und die daraus resultierenden Ansprüche an die Gegenwart unter ihnen eine Verbundenheit, die sonstige Gegensätze überbrückte und ihren gesellschaftlich-kulturellen Einfluss ausmachte. Ihr Kampf galt zunächst einer angemessenen materiellen Entschädigung für den geleisteten Einsatz. So wurde auf ihr Betreiben bereits 1919 eine Pension für die Hinterbliebenen der Gefallenen ebenso wie für alle Kriegsinvaliden eingeführt, denen man zugleich eine kostenlose Krankenversorgung ermöglichte. 1930 dann erzielten sie die Einführung einer Rente, die jedem Veteranen ab dem Erreichen des 50. Lebensjahres zustand.³

Gleichermaßen wirkten sie darauf hin, das Gedenken an den Krieg und seine Opfer fest in der Öffentlichkeit zu verankern. In praktisch allen französischen Gemeinden wurden Denkmäler errichtet, welche die Namen der Gefallenen auflisteten und von zumeist schlichten Plastiken dekoriert waren. Beliebt waren etwa einfache Stelen und Bildsäulen, Darstellungen gefallener Soldaten, Kreuze (wenn es sich um christliche Gemeinden handelte), trauernde Frauengestalten und der gallische Hahn als Symbol des Patriotismus. Keinesfalls handelte es sich bei diesen Monumenten überwiegend um Siegesdenkmäler: Die Tatsache, dass Frankreich den Krieg gewonnen hatte, wurde oft nicht erwähnt; die Aufschriften bemerkten lediglich, dass die Toten «für Frankreich» (oder «für das Vaterland») gefallen waren. Auch in der Hauptstadt erinnerte keine Straße, kein Platz und kein Denkmal an den Sieg von 1918; vielmehr gedenkt man seit 1920 unter dem napoleonischen Triumphbogen an der Place de l'Etoile eines unbekannt

gefallenen Soldaten. Es war dem politischen Druck der Veteranenverbände zuzurechnen, dass 1922 der 11. November zu einem gesetzlichen Feiertag erklärt wurde. Die *anciens combattants* definierten überdies die Bedeutung, die man diesem Datum in der Nachkriegszeit zumaß: Der 11. November sollte nicht als Tag des *Sieges*, sondern des *Kriegsendes* erinnert werden. Kein militaristisches Säbelrasseln, keine feindseligen Töne gegenüber dem einstigen Kriegsgegner sollten die Feierlichkeiten bestimmen, sondern das Gedenken an die Gefallenen und die Freude über den Frieden.

Das Gedenken des 11. November versinnbildlichte die Mentalität der Veteranen, wie sie sich in ihren zahllosen Publikationen, Reden und Selbstzeugnissen ausdrückte. Ihre Gesinnung war von einer tiefsitzenden Kriegsgegnerschaft gekennzeichnet. Der zurückliegende Krieg sollte ihrer Auffassung nach *la der(nière) des der(nière)s*, der allerletzte aller Kriege, gewesen sein. Nur wenn der Krieg als solcher von der Erde verschwinden würde, hätten ihre unermesslichen Opfer einen Sinn gehabt. Die Veteranen sahen ihren Auftrag darin, den von ihnen schmerzhaft erworbenen Pazifismus an die junge Generation weiterzugeben und diese gegen jegliche Kriegsverherrlichung dauerhaft zu immunisieren. Ebenso machten sie sich für den Völkerbund als Garant des Friedens und der kollektiven Sicherheit stark. Man kann die Bedeutung der Kriegsablehnung der *anciens combattants*, dieser riesigen Interessengruppe im damaligen Frankreich, nicht eindringlich genug betonen, denn nur so lassen sich spätere Entwicklungen wirklich verstehen: die Skepsis der öffentlichen Meinung gegenüber einer Außenpolitik, die das Kriegsrisiko miteinkalkuliert hätte; die Freude und Erleichterung vieler Menschen über das Münchner Abkommen von 1938; aber auch die geringen Chancen, die ein kriegsverherrlichender Faschismus unter den Franzosen der 1930er Jahre haben sollte.

Als zentrales Element ihrer Kriegserfahrung galt den Veteranen die Kameradschaft in den Schützengräben, welche sie die *Union sacrée* als tagtägliche Solidarität von Männern unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer Überzeugungen hatte erleben lassen. Aus diesen Erfahrungen zogen viele *anciens combattants* politische Konsequenzen und nahmen am parlamentarischen Leben der Nachkriegszeit Anstoß, in dem der Parteienzwist so schnell wieder ausgebrochen war und man die lagerübergreifende Verbundenheit der Kriegsjahre zu vergessen haben schien. Angesichts von gegenwärtigen Machtkämpfen, Streitigkeiten und zugespitzten programmatischen Gegensätzen verklärten sie die Einmütigkeit des August 1914 zu einem Idealbild politischer Ordnung. So glaubten viele, dass Frankreich die Chancen des Sieges verschenkt habe, da es nicht gelungen war, die

größte Errungenschaft der Kriegsjahre, die innere soziale Versöhnung, in Friedenszeiten hinüberzuretten.

Als ein Anzeichen für die erhoffte Regeneration des Landes hätte ein Anstieg der Geburtenrate, also eine Überwindung der Stagnation der Vorkriegsjahre, gelten können. Doch war das Gegenteil der Fall: Das Kriegsende löste unter den Franzosen keineswegs einen «Babyboom» aus; vielmehr breitete sich der Malthusianismus der Landbewohner auf weitere Bevölkerungskreise aus. 1926 hatten nur noch 28 Prozent der französischen Familien drei Kinder oder mehr; 31 Prozent begnügten sich mit einem Einzelkind. Die Folge davon war, dass die Bevölkerung zunehmend alterte: So waren 1901 34 Prozent der Franzosen unter 19 Jahre alt, 1936 waren es nur noch 30 Prozent. Die staatlichen Autoritäten suchten zunächst mit Verboten das Reproduktionsverhalten der Bevölkerung zu regulieren. So stellte ein Gesetz von 1920 die Abtreibung unter strenge Strafen, die bis zu zehn Jahren Gefängnis gehen konnten. Gleichermaßen wurde der Verkauf von Verhütungsmitteln ebenso wie die Werbung für und Erziehung zur Empfängnisverhütung verboten. Im Jahre 1928 griff die Regierung dann zu materiellen Anreizen, um die Bereitschaft der Bevölkerung zur Familiengründung zu erhöhen. So wurde eine obligatorische Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung für einkommensschwache Familien eingeführt; während der Schwangerschaft und den ersten sechs Monaten der Mutterschaft konnten arme Familien Hilfgelder beziehen. Und das Loucheur-Gesetz erleichterte Familien den Zugang zu billigem, modernem Wohnraum. Alle diese politischen Maßnahmen führten indessen nicht zu einem Anstieg der Geburten. Dass es dennoch zu keinem Sinken der Bevölkerung kam, sondern diese sogar leicht (um 2,7 Millionen) zwischen 1921 und 1931 anstieg, war – neben einer sinkenden Mortalität – vor allem einem Faktor zuzurechnen: der Einwanderung von Arbeitskräften, die seit Juni 1919 wieder zugelassen war. Die Immigranten stammten nach wie vor überwiegend aus den benachbarten Ländern Italien, Belgien und Spanien, doch kamen seit den 1920er Jahren neue Herkunftsländer hinzu, allen voran Polen, aber auch Russland und die nordafrikanischen Kolonien.⁴ Die ausländische Bevölkerung stieg von 1,5 Millionen 1920 auf 2,9 Millionen im Jahre 1931, was einer Quote von sieben Prozent entsprach. Frankreich war damit, was den Anteil der Immigranten an der Gesamtbevölkerung anbelangte, das ausgeprägteste Einwanderungsland der Welt.⁵

Es waren insbesondere die Vertreter der Industrie und großer agrarischer Betriebe, welche die Einwanderung begrüßten und die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften aktiv förderten. Denn angesichts einer stagnierenden Demographie konnte der Bedarf an Arbeitskräften nur

durch die Immigration befriedigt werden, kam es doch in den 1920er Jahren zu keiner massiven Landflucht, die es der Industrie ermöglicht hätte, ausschließlich unter den Einheimischen ihre Arbeiter zu rekrutieren. Waren bereits in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die rasanten sozialen Transformationen, wie sie andere Industriegesellschaften wie Deutschland, Großbritannien und die USA erlebten, in Frankreich weitgehend ausgeblieben, so verlief dort auch in den Nachkriegsjahren der Strukturwandel eher langsam. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten sank von 43 Prozent im Jahre 1906 auf 36 Prozent im Jahre 1931, während er in den USA von 37,5 Prozent um die Jahrhundertwende auf 21 Prozent im Jahre 1930 zurückging. Und in Deutschland musste der Agrarsektor einen Niedergang von 30 Prozent (1920) auf 15 Prozent (1930) aller Beschäftigten verzeichnen. Was ihren Beschäftigungsanteil anbelangte, konnte die französische Industrie erst im Jahre 1931 ein leichtes Übergewicht gegenüber der Landwirtschaft gewinnen.

Nicht nur erwies sich der Agrarsektor somit als auffallend resistent gegenüber einem Strukturwandel hin zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, auch schien die Modernisierung und Maschinisierung an zahlreichen Höfen unbemerkt vorbeizuziehen. 73 Prozent der französischen Farmen waren nach wie vor Kleinstbetriebe von nicht mehr als fünf Hektar, die zumeist noch mit tierischer Arbeitskraft betrieben wurden und weitgehend der Selbstversorgung dienten. Der Einsatz moderner Hilfsmittel wie Mäh- und Bindemaschinen sowie von industriell hergestelltem Dünger beschränkte sich auf größere Betriebe von über zehn Hektar. Auch konnten sich Handwerk, Kleinindustrie und Einzelhandel in der Gesellschaft der 1920er Jahre gut behaupten. So waren 65 Prozent der Arbeitnehmer in Betrieben von weniger als 100 Beschäftigten tätig.

Diesem traditionellen Frankreich der kleinen Höfe, der Werkstätten und Läden stand eine Großindustrie gegenüber, die sich in den 1920er Jahren dynamisch und expansiv entfaltete. Insbesondere im Bereich der Fahrzeugherstellung, des Flugzeugbaus sowie der Chemie-, der Kautschuk- und Papierindustrie konnten enorme Wachstumsraten und eine zunehmende Integration in den Weltmarkt verzeichnet werden. Indessen blieb ein Kennzeichen der französischen Industrialisierung, nämlich ihre Konzentration auf einige wenige, insbesondere im Nordosten des Landes gelegene Regionen, praktisch unverändert bestehen. Westlich einer von Le Havre nach Marseille zu ziehenden Linie siedelten sich nur wenige Betriebe an, so dass in zahlreichen Départements nicht einmal 20 Prozent der Bevölkerung im Industriebereich arbeiteten.

Während des Krieges hatten – teils aus Notwendigkeit und teils auf

Geheiß der Staatsführung – zahlreiche Unternehmen innerhalb eines jeweiligen Sektors eng zusammengearbeitet, um Produktion und Versorgung besser sicherzustellen. In Friedenszeiten stellte sich nun die Frage, ob man zum ungehemmten Wettbewerb untereinander zurückkehren oder die Entwicklung hin zu einem «organisierten Kapitalismus» vorantreiben würde.⁶ Die französischen Unternehmer optierten in ihrer Mehrheit für die letztere Strategie, so dass sie in den 1920er Jahren zahlreiche sektorale Übereinkünfte schlossen. Diese beinhalteten zumeist Absprachen über Preise, die Aufteilung des Marktes und Produktionsmengen. Solche Kartelle wurden etwa unter den Kohleproduzenten, in der Chemieindustrie und der Textilherstellung abgeschlossen. Dahinter stand die Überlegung, dass man solchermaßen organisiert im internationalen Wettbewerb besser bestehen könne, als wenn man untereinander konkurrierte. Die staatlichen Autoritäten nahmen gegenüber diesen Tendenzen eine zurückhaltend positive Haltung ein. Eigentlich waren nach französischer Gesetzgebung jegliche wirtschaftliche Absprachen verboten, doch ging man dazu über, diese Bestimmung nur noch von Fall zu Fall durchzusetzen. Ein neues Gesetz des Jahres 1926 machte dann diese Praktik offiziell: Absprachen, die der «Stabilisierung der Märkte» und der Konsolidierung gegenüber ausländischer Konkurrenz dienten, sollten künftig gestattet sein, nur noch solche Kartelle, die einen missbräuchlichen und preisverfälschenden Charakter hatten, blieben verboten.⁷

Für manche Unternehmer waren diese Prozesse der Konzentration und Organisation unverzichtbarer Bestandteil eines viel weitreichenderen Projektes, nämlich der Modernisierung des gesamten französischen Wirtschaftslebens. Unter Federführung des Industriellen Ernest Mercier bildeten sie seit 1925 die Bewegung *Redressement français* (Französische Erneuerung), die das Land dazu bringen wollte, sich von seinen Archaismen zu verabschieden und die Tendenzen des 20. Jahrhunderts anzunehmen. Die Vereinigten Staaten waren für sie ein Vorbild, da sie von der dort praktizierten Rationalisierung unter den Vorzeichen des Fordismus wie des Taylorismus fasziniert waren und diese Rezepte nach Frankreich bringen wollten. In den USA erblickten sie das Modell einer modernen Wohlstandsgesellschaft, der aufgrund ihres materiellen Überflusses die sozialen Probleme der Alten Welt erspart blieben. Die Übernahme amerikanischer Vorbilder war für sie nicht nur die richtige wirtschaftliche Antwort auf die Herausforderungen einer Massengesellschaft, sondern auch eine Alternative sowohl zur hergebrachten, von ihnen als ineffizient empfundenen Parteipolitik ebenso wie zum Bolschewismus. Im politischen Feld fanden Mercier und seine Anhänger Gehör bei Louis Loucheur, einem der führen-

den Finanz- und Sozialpolitiker der 1920er Jahre, sowie bei André Tardieu, der von 1927 bis 1929 an der Spitze der Regierung stand.⁸

In diesem Zusammenhang stellte sich grundsätzlich die Frage nach der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit: Würde dieser weiterhin so stark in die Organisation von Produktion und Versorgung eingreifen, wie er es während des Konflikts getan hatte, oder sich auf seine traditionelle Rolle als Überwacher der Spielregeln des Marktes zurückziehen? Nach 1918 gab es einflussreiche Befürworter beider Positionen, woraus sich eine gewisse Unentschiedenheit der Regierungspolitik der ersten Nachkriegsjahre erklären lässt. Weder kam es zu einer entschiedenen öffentlichen Intervention etwa im Sinne einer Verstaatlichung des Eisenbahnwesens oder der Energie- und Elektrizitätsversorgung noch zu einem Rückzug des Staates. Die Zerstörungen des Krieges machten sein Engagement etwa beim Wiederaufbau von Eisenbahnlinien und Häfen unabdingbar. Die bevorzugte Form der staatlichen Beteiligung waren sogenannte «Gemischte Gesellschaften» (*sociétés mixtes*), an denen die öffentliche Hand zusammen mit privaten Akteuren Anteile hielt. Solchermaßen wurde der Staat etwa Teilhaber der Profite der Bergbauindustrie und investierte in die Stromgewinnung im Rhôneal. Ebenso wurden auf diese Weise von Deutschland beschlagnahmte Güter verwaltet, wie etwa der elsässische Kaliumabbau und die Anteile an der Turkish Petroleum Company (TPC).

Eine Grundfrage der Politik der 1920er Jahre war, wie die für die Entschädigung der Kriegsoffer, den Wiederaufbau und die Modernisierung des Landes notwendigen öffentlichen Ausgaben finanziert werden sollten. Zudem hatte der Staat in Kriegszeiten Schulden in Höhe von 65 Prozent des Nationaleinkommens angehäuft, die einerseits ausländischen Geldgebern, insbesondere den USA, zurückgezahlt werden mussten, andererseits den eigenen Bürgern, die Kriegsanleihen gezeichnet hatten. In den ersten Nachkriegsjahren beruhte die französische Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der Annahme, dass die deutschen Reparationen die Staatsausgaben inklusive der Kreditrückzahlungen zu großen Teilen finanzieren würden. *L'Allemagne paiera* – «Deutschland wird bezahlen»: Von dieser Glaubensgewissheit getragen, lieh sich der Staat weiterhin Geld, gewissermaßen als Vorschuss für die vom Kriegsverlierer zu leistenden Zahlungen. Das Ausbleiben der Reparationsleistungen in vereinbarter Höhe war einer der Gründe, die Raymond Poincaré – zu Kriegszeiten Staatspräsident und nun Regierungschef – dazu motivierten, im Januar 1923 das Ruhrgebiet zu besetzen. Auf diese Weise wolle man die wichtigsten industriellen Ressourcen des Kriegsverlierers als «Pfand» nehmen, um ihn zum Zahlen der Repara-

tionen zu zwingen.⁹ Das Scheitern der Ruhrbesetzung machte allerdings deutlich, dass der Staatshaushalt auf tönernen Füßen stand, solange er von deutschen Reparationszahlungen abhängig war. Die Regierung fügte sich in das Unvermeidliche und erhöhte ab 1924 die Steuern, um auf diese Weise die Staatskassen aufzufüllen.

Hinzu kam, dass der Franc, einst eine der stabilsten Währungen der Welt, ständig von Wertverlust bedroht war. Vor dem Krieg hatte man für einen Franc 20 amerikanische Cent bekommen; 1919 waren es nur noch 14, 1920 gerade einmal 7 Cent. Das mangelnde Vertrauen in die öffentlichen Finanzen, die inflationäre Preisentwicklung und internationale Spekulationswellen führten dazu, dass der Franc zu einer extrem volatilen Währung wurde. Immer wieder kam es zu Wechselkurskrisen, immer wieder versuchten die Regierungen erfolglos, den Franc auf seinen alten Wert zu bringen. 1925 kam es zu einer schweren Krise, als die Nationalbank es dem Regierungschef des «Cartel des gauches» Edouard Herriot verweigerte, die Vorschusszahlungen an den Staatshaushalt zu erhöhen. Herriot war – vermutlich zu Recht – davon überzeugt, dass die Entscheidungsträger der Bank, ein Gremium der 200 reichsten Familien des Landes, ihm als Linkem die Unterstützung versagt hätten. In einer berühmt gewordenen Formulierung brandmarkte er eine «Mauer des Geldes», die es ihm unmöglich mache, zu regieren.¹⁰

Erst 1928 wurde das Drama um den Franc vorläufig beendet, als Ministerpräsident Poincaré dessen sogenannte «Stabilisierung» erzielte, die faktisch eine geordnete Abwertung bedeutete. Der «franc germinal», der seit Napoleons Zeiten alle Regimewechsel überdauert hatte, wurde abgeschafft; an seine Stelle trat der «franc Poincaré». Dieser beruhte auf einem neuen Goldstandard, der auf ein Fünftel des alten reduziert worden war. Für ein britisches Pfund bekam man nun 125 Franc, für einen Dollar 25 Franc. Mit dieser Maßnahme meinte die Regierung, Frankreich auf das kommende Jahrzehnt gut vorzubereiten: Eine wachsende, international vernetzte Wirtschaft mit einer florierenden Großindustrie sollte endlich wieder auf eine sichere, stabile Währung bauen können. Doch bedeutete der abgewertete Franc für zahlreiche französische Sparer gleichzeitig eine Enttäuschung, sahen sie doch solchermaßen ihre als sicher geglaubten Anlagen einem empfindlichen Wertverlust ausgesetzt. Nur dank des hohen Ansehens, das Poincaré seit dem Weltkrieg in der französischen Öffentlichkeit genoss, konnte die Abwertung durchgesetzt werden.¹¹

Paris

Kein anderer Ort symbolisierte um 1926 das, was mit dem Schlagwort von den «verrückten Jahren» gemeint war, so gut wie Paris. Es präsentierte sich als vollendete Metropole mit einer der modernsten U-Bahnen der Welt, die tagtäglich Massen von Menschen durch ihr komplexes Tunnelnetz schleuste. Paris war selbstbewusstes Zentrum eines weltumspannenden Kolonialreiches und Hauptstadt einer großen Zivilisation, die soeben eine der schwersten Bewährungsproben ihrer Geschichte überstanden hatte. Es galt als Anziehungspunkt für Einwanderer aus Europa und Übersee, die es immer mehr zu einer kosmopolitischen Stadt machten. Die Franzosen der Provinz blickten teils mit Bewunderung und Neid, teils mit Angst und Verachtung auf die Großstadt, deren Lebenswirklichkeit sich oft so radikal von der eigenen unterschied und die sich ungeniert als die Anführerin der ganzen Nation verstand.¹²

In den zahlreichen Theatern der Metropole stand zumeist keine schwere Kost auf dem Programm, sondern Stücke, welche den Drang des Publikums nach Amüsement befriedigten. Der emblematische Bühnenautor der Epoche war Sacha Guitry, der in den 1920er Jahren annähernd 30 Werke zur Aufführung brachte. Zumeist handelten sie von galanten Abenteuern, amouösen Verstrickungen und historischen Größen. Der aus Marseille stammende Marcel Pagnol brachte dagegen mit seinen Erfolgsstücken «Marius» und «Fanny» eine nostalgisch-folkloristische Provence auf die Bühne der Hauptstadt. Beide Autoren sollten bald dem Trend der Zeit folgen, indem sie mehr und mehr für das Kino Drehbücher schrieben und verfilmten.

Seitdem die Gebrüder Lumière hier 1895 ihre ersten Filmvorführungen gegeben hatten, galt Paris als ein Zentrum der Filmindustrie und des Kinos. In keiner anderen europäischen Stadt gab es mehr Lichtspielhäuser, allein zwischen 1907 und dem Kriegsbeginn waren 175 Kinos eröffnet worden. Nach 1918 kam die französische Filmproduktion erst langsam wieder in Gang, so dass amerikanische Streifen den Markt ganz dominierten: 1924 stammten 85 Prozent der in französischen Kinos gezeigten Filme aus den USA.¹³ Zahlreichen Angehörigen der Pariser Eliten erschien dies als ein besorgniserregender Trend, da so die als minderwertig empfundene US-amerikanische Massenkultur nach Frankreich eindringen würde. Amerikanische Filme seien «Unterhaltung für Heloten, ein Zeitvertreib für Analphabeten und bedauernswerte Kreaturen», urteilte der Intellektuelle Georges Duhamel.¹⁴ Im gleichen Zeitraum entdeckten die verschiedenen politisch-kulturellen Lager Frankreichs – von den Katholiken über die laizistischen Republikaner bis hin zu den Kommunisten – aber auch das erzieherische Potenzial des Kinos und entfalteten ihre eigene

Filmproduktion, mit der sie die Massen für ihre Ideen gewinnen wollten. Und der Staat ergriff seit 1928 erste Maßnahmen, um die Entwicklung der heimischen Filmproduktion aktiv zu fördern, etwa über die Einführung von Export- und Importquoten.

Während die Hauptstadt der unumstrittene Mittelpunkt des französischen Kinos war (außerhalb von Paris gab es nur in Nizza ein Filmstudio), entwickelte sich der moderne Sport in einem Spannungsverhältnis zwischen Pariser Zentralismus und regionalem Sonderbewusstsein.¹⁵ Rugby etwa, das sich als eine der ersten Sportarten in Frankreich professionalisierte, wurde ausschließlich im Südwesten und Süden gespielt. Für seine Anhänger war es auch stolzer Ausdruck der spezifischen Identität der Regionen um Bordeaux und Toulouse, die ihre eigene, teils von dem Austausch mit England geprägte Geschichte beanspruchten. Sportwettkämpfe mit internationaler Ausstrahlung konzentrierten sich indes auf die Hauptstadt.¹⁶ So hatte Pierre de Coubertin, der Begründer der Olympiaden der Neuzeit, sich leidenschaftlich dafür eingesetzt, dass die Spiele des Jahres 1924 erneut in Paris stattfanden, nachdem die Stadt bereits 1900 Gastgeberin des Ereignisses gewesen war. Auch wenn der unbestrittene Star der Olympischen Spiele der Finne Paavo Nurmi mit fünf Goldmedaillen war, konnte Frankreich als drittplatziertes Land in der Nationenwertung beweisen, wie sehr es sich den Leistungssport zu eigen gemacht hatte. Das Radio erlaubte es nun der Bevölkerung, Sportereignisse der Hauptstadt aus der Ferne zu verfolgen, wie die berühmten internationalen Radrennen der «Sechs Tage von Paris». Das Zusammenspiel von Regionalismus und Zentralismus lässt sich besonders gut an der «Tour de France» zeigen, welche 1907 zum ersten Mal ausgetragen worden war. Dem Vorbild des Schulbuchs «Le tour de la France de deux enfants» (vgl. S. 33) folgend, durchfuhren die Radrennfahrer zunächst das Hexagon mit seinen so vielfältigen Landschaften, die jeweils unterschiedliche Herausforderungen an die Sportler stellten. Den krönenden Abschluss indes bildete die Einfahrt in die Hauptstadt, die Schlussstrecke über die Champs-Élysées und die Apotheose des Siegers auf der Ziellinie neben dem Palais des Präsidenten der Republik.¹⁷

Die internationale Ausstrahlung von Paris, ja von ganz Frankreich beruhte um 1926 vor allem auf seiner Rolle als Zentrum der künstlerischen Avantgarde. Wie ein Magnet zog die Stadt Menschen an, die an der Schöpfung neuer Formen in der Malerei, der Musik, im Tanz, in der Mode teilhaben wollten. Paris, so drückte es die amerikanische Schriftstellerin Gertrude Stein aus, war «der Ort, der denjenigen von uns entsprach, die die Kunst und Literatur des 20. Jahrhunderts schaffen sollten».¹⁸ Charakteristisch für das Paris der Avantgarde erscheinen zwei Elemente: Zum einen

bestanden außergewöhnlich enge Verbindungen zwischen den Vertretern verschiedener Kunst- und Kulturrichtungen, so dass sich Literaten, Maler, Komponisten und Fotografen in einem ständigen Austausch befanden. Hatte um die Jahrhundertwende die Künstlerszene sich am Montmartre angesiedelt, war sie nun auf das linke Seineufer abgewandert und hatte den Hügel weitgehend den Touristen überlassen. Nun konzentrierte sich das Leben der Avantgarde auf ein paar Straßenzügen um den Boulevard du Montparnasse herum, mit seinen berühmt gewordenen Cafés «Le Select», «La Coupole» und «La Closerie des Lilas». Der Schriftsteller und Journalist Joseph Kessel beschrieb den Montparnasse der 1920er Jahre als ein «hitziges, entfesseltes, geradezu verrücktes Paradies, das aber den Gefühlen der Epoche entsprach: Wir hatten den Krieg gewonnen, wir waren uns sicher, dass es der letzte gewesen war; das ganze Leben öffnete sich uns, ein Leben, von dem wir glaubten, dass es prächtig sein würde.»¹⁹

Als zweites charakteristisches Element lässt sich die wichtige Rolle von Frauen hervorheben, die nicht nur als Musen und Ideengeberinnen, sondern auch als Künstlerinnen, als Vermittlerinnen zwischen verschiedenen Kunstrichtungen sowie als Geschäftsfrauen im Kulturbereich auftraten und sich so neue Tätigkeitsfelder eroberten. Als Paradebeispiel für eine Schlüsselfigur der Kulturszene, die verschiedenste Künstler der Avantgarde zusammenbrachte, kann Misia Sert (zumeist nur «Misia» genannt) gelten. Die gebürtige Polin hatte seit der Jahrhundertwende als Pianistin auf sich aufmerksam gemacht; zugleich war sie Vertraute sowie Modell von Malern wie Pierre Bonnard, Henri Toulouse-Lautrec und Auguste Renoir. Durch Heirat reich geworden, erreichte ihr Einfluss auf die Kulturszene in den 1920er Jahren seinen Höhepunkt. Man bewunderte und fürchtete Misia nun als die «Königin von Paris», von deren Zuspruch die Karriere vieler Künstler abhing. Ihre große Leidenschaft galt den «Ballets russes», der avantgardistischen Tanzgruppe des russischen Impresarios Sergei Djagilew. Die reiche Mäzenin machte es möglich, dass das Ensemble in den 1920er Jahren zu modernistischen Kompositionen von Igor Strawinsky, Darius Milhaud, Francis Poulenc und Eric Satie tanzte, wozu Künstler wie Georges Braque, Henri Matisse und Coco Chanel die Kostüme entwarfen.²⁰

Die Muse der Surrealisten des Montparnasse um André Breton, Max Ernst, Luis Buñuel und Robert Desnos nannte sich «Kiki». Mit bürgerlichem Name Alice Prin, stammte sie aus ärmlichen Verhältnissen, war als junges Mädchen aus der Provinz nach Paris gekommen und hatte Malern wie Amedeo Modigliani Modell gestanden. Anfang der 1920er Jahre wurde sie die Geliebte des amerikanischen Künstlers Man Ray, der Kiki

in Collage-Fotos wie «Le Violon d'Ingres» (1924) unsterblich machte. Als Tänzerin und Sängerin stand sie im Mittelpunkt der «Music Halls», der opulenten Partys und Bankette der Kunstszene; Avantgarde-Künstler wie Fernand Léger und Alexander Calder inspirierte sie zu Porträts. «Ohne Zweifel stand sie stärker im Mittelpunkt jener Ära in Montparnasse als Königin Victoria jemals im Mittelpunkt der viktorianischen Ära gestanden hat», schrieb Ernest Hemingway in seinem Vorwort zu Kikis Memoiren.²¹

Somit entwickelte sich der Montparnasse nicht nur zur Heimstatt exzessiv trinkender, betont maskuliner Schriftsteller, sondern auch zu einer von Frauen auf ihre eigene Weise gestalteten Welt. Zahlreiche unter ihnen waren bi- oder homosexuell; in Paris mit dem dort üblichen Respekt gegenüber der Privatsphäre fanden sie den geeigneten Raum, um neuartige Lebensformen jenseits der bürgerlichen Ehe zu erproben. Beispielhaft für die gestaltende und fördernde Rolle von Frauen können Adrienne Monnier und Sylvia Beach gelten, zwei lebenslange Freundinnen, die in der Rue de l'Odéon ihre einander gegenüberliegenden Buchhandlungen unterhielten. Diese konnte man am besten als permanente literarische Salons beschreiben, die den Künstlern des Montparnasse als Treffpunkt wie als Bühne dienten. In Adrienne Monniers «Maison des Amis du Livre» verkehrten die tonangebenden französischen Schriftsteller der Epoche, wie Colette, André Gide, Paul Valéry, Jean Cocteau und Louis Aragon, während Sylvia Beachs «Shakespeare and Company» sowohl das Zentrum des angloamerikanischen Literatenkreises in Paris als auch das Bindeglied zwischen diesem und frankophonen Autoren darstellte. Der nach Paris ausgewanderte irische Schriftsteller James Joyce fand in Sylvia Beach eine aufopferungsvolle Bewunderin, die seinen Roman «Ulysses» 1922 unter Inkaufnahme großer finanzieller Risiken in Frankreich verlegte und drucken ließ.²²

Das unbestrittene Oberhaupt der amerikanischen Kulturszene war um 1926 Gertrude Stein, die zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Alice B. Toklas seit mehreren Jahren in der Hauptstadt lebte. Die Pariser Karriere einer Vielzahl von Kulturschaffenden nahm ihren Anfang in Gertrude Steins wöchentlichem Salon, bei dem u. a. Pablo Picasso, Ezra Pound und T. S. Eliot zu den regelmäßigen Gästen gehörten. Von ihr stammte der sprichwörtlich gewordene Ausdruck von der «lost generation», zu der sie Hemingway, F. Scott Fitzgerald, John Dos Passos und Malcolm Cowley zählte.²³ Diese hatten am Weltkrieg teilgenommen und sich danach nicht mehr in der amerikanischen Gesellschaft zurechtfinden können, die hasserfüllt den Kommunismus bekämpft, ihre puritanischen Werte wiederentdeckt und sich von

Europa abgewandt hatte. Im Pariser Leben erblickten die Vertreter dieser «lost generation» eine Alternative zum kruden Materialismus der Vereinigten Staaten, die ihnen als Folie diente, um ihre Deutungen der amerikanischen Lebenswirklichkeit zu vertiefen. Indem die französische Hauptstadt diesen Schriftstellern zur Identitätsfindung diente, wurde sie zur Geburtsstätte der modernen amerikanischen Literatur.²⁴

Doch war die Literatur nur einer der Bereiche, in denen sich ein fruchtbarer franko-amerikanischer kultureller Dialog entwickelte. So war es eine amerikanische Tänzerin, nämlich die seit 1925 in Paris lebende Josephine Baker, die dem Publikum eine ganz neue Körpersprache präsentierte. Sie war die Attraktion der «Revue nègre», dem ersten von Schwarzen bestrittenen Tanzspektakel der Hauptstadt, das über Wochen ausverkauft im Theater der Champs-Élysées lief. Josephine Baker, die in den USA unter der Diskriminierung von Schwarzen gelitten hatte, trat darin halbnackt, nur mit einem Bananenrock bekleidet auf und wurde quasi über Nacht zum Star. Sie räumte mit den Vorurteilen ihres Publikums gegenüber afrikanischen Kulturen auf, indem sie eine wilde Natürlichkeit auf die Bühne brachte, diese aber gleichzeitig humoristisch-ironisch konterkarierte. Maler der Avantgarde waren von ihrer Körpersprache begeistert, hatten sie sich doch in ihrer Suche nach neuen künstlerischen Formen mit afrikanischer Ästhetik beschäftigt. Man feierte die Tänzerin als «schwarze Venus», die herkömmliche Schönheitsideale über den Haufen warf. Josephine Baker, die 1931 die französische Staatsbürgerschaft annahm, wurde auf diese Weise zu einer kulturellen Ikone voller Paradoxien: Eine Amerikanerin, die nie in Afrika gelebt hatte, führte dem Publikum der Kolonialmacht vor Augen, dass Menschen schwarzer Hautfarbe nicht einer primitiven, zu überwindenden Zivilisationsstufe angehörten, sondern eine eigenständige Kultur repräsentierten.²⁵

Verkörpernte Josephine Baker auf diese Weise einen neuen Exotismus, so galt Coco Chanel als das Sinnbild einer modernen, selbstbewussten und unabhängigen Frau. Nicht nur schuf sie die Mode, die einer neuen Weiblichkeit Ausdruck verlieh, auch war ihr Lebensweg Zeugnis von Selbstständigkeit, Kreativität und Leistungswillen. Ihre Karriere bewies, wie man durch eigene Kraft aus ländlicher Beschränktheit ins Zentrum des «Tout-Paris» aufsteigen konnte. Die Tochter eines fahrenden Markthändlers hatte den Großteil ihrer Kindheit und Jugend in einem von Nonnen geführten Waisenhaus verbringen müssen und sich dann zunächst als Sängerin versucht. Auf diese Weise wurde ein vermöglicher Verehrer auf sie aufmerksam, der sie in seinem Landsitz aufnahm. Doch war sie von dem müßigen Leben in materieller Sicherheit frustriert und

entschloss sich dazu, ihre Leidenschaft für die Anfertigung von Hüten und Kleidern zum Beruf zu machen. Mithilfe geliehenen Geldes konnte sie 1910 in Paris ihren ersten Modeladen eröffnen. Schrittweise eroberten ihre Kreationen die Herzen der Frauen der Oberschicht, so dass sie zum Ende des Ersten Weltkriegs an der Spitze einer florierenden Firma stand, die weltweit als der Inbegriff französischen Chics galt.

Ihre Kleider verabschiedeten sich radikal von den Konventionen der *belle époque*, von ausladenden Formen, üppigen Dekorationen und grellen Farben. Der unverwechselbare «Chanel look» kleidete die Frauen der zwanziger Jahre in klare Linien und schlichtere Formen, die ihnen ein aktives Leben gestatteten. Die Kombination von Schwarz und Weiß dominierte ihre Kreationen; an die Stelle von Korsetten, Pailletten und Plüsch traten einfache Stoffe und Schnitte, die das neue Schönheitsideal der schlanken Frau betonten. 1921 brachte sie das Parfum «Chanel No. 5» auf den Markt, das erstmals erfolgreich synthetische Stoffe verwendete und umgehend als der Duft moderner Weiblichkeit internationalen Ruhm erwarb. Mit ihrer Kurzhaarfrisur, ihrem individualistischen Lebensstil und ihrer Weigerung, sich Männern unterzuordnen, verkörperte sie das neue Frauenbild der «Garçonne», das der Schriftsteller Victor Marguerite in seinem 1922 erschienenen Erfolgsroman gefeiert hatte. Ihre lebenslange Freundin Misia Sert führte Coco Chanel in Künstlerkreise ein, so dass ihr Haus in der rue du Faubourg-Saint-Honoré zum Treffpunkt von Igor Strawinsky, Salvador Dalí, Pablo Picasso, Jean Cocteau und Sergei Djagilew wurde. Nicht nur nahm sie nun deren Einflüsse in ihre Mode auf, auch schuf sie die Kostüme für neue Produktionen der «Ballets russes» sowie für Cocteaus «Antigone». Auf diese Weise vereinte die «self-made woman» Chanel wie kaum eine andere Person die Gegensätze des damaligen Frankreich, hatte sie doch die Widersprüche zwischen Provinz und Metropole, Tradition und Moderne, Volk und Eliten, rigider und libertärer Sozialmoral selbst durchlebt.²⁶

8. Die Krise der 1930er Jahre

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten nahm die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre in Frankreich einen eigentümlichen Verlauf: Ihre Auswirkungen, etwa in Form einer Massenarbeitslosigkeit, schienen das Land weniger hart zu treffen als etwa Großbritannien, Deutschland und die USA. Während allerdings in diesen Staaten die Erholung der Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre begann, zog sich in Frank-

reich die Krise bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs hin. Konnte in anderen europäischen Ländern die Demokratie dem Druck der Depression nicht standhalten, blieb unterdessen Frankreich seinem parlamentarischen Regierungssystem treu. Doch brach dieses wie ein Kartenhaus zusammen, als im Sommer 1940 der Waffenstillstand mit Deutschland geschlossen wurde, was die Vermutung nahelegt, dass es bereits zuvor nachhaltig geschwächt war.

Um die französischen 1930er Jahre richtig zu verstehen, muss zunächst zwischen zwei Begriffen deutlich unterschieden werden, «Depression» und «Krise». Mit einer wirtschaftlichen Depression ist eine ungewöhnlich schwere Rezession gemeint, die zu abnorm hoher Arbeitslosigkeit, schrumpfender Kreditmenge, stark sinkender Produktion und Handel sowie zu zahlreichen Konkursen führt.¹ Der Begriff der Krise dagegen indiziert im wirtschaftlichen Sektor die Wende eines Konjunkturzyklus vom Wachstum hin zur Rezession. Darüber hinaus findet der Krisenbegriff in verschiedensten Feldern menschlicher Aktivität Verwendung und verweist dabei auf die Infragestellung bestehender Werte, Ordnungen und Verhaltensmuster. Angewendet auf das Frankreich der 1930er Jahre kann man festhalten, dass die wirtschaftliche Depression dort verspätet eintraf und nie solch katastrophale Formen annahm wie in anderen Ländern. Hingegen gab es Indikatoren für eine wirtschaftliche Krise bereits vor dem New Yorker Börsenkrach 1929, so dass anzunehmen ist, dass die Rezession hier auch hausgemachte Ursachen hatte. Und das Krisenempfinden wurde – teils ausgelöst durch den wirtschaftlichen Rückgang, teils unabhängig davon – in den 1930er Jahren zu einem alles einschließenden Phänomen, das die Wahrnehmung des politischen Systems, der Machtstellung des Landes, der eigenen Kultur und Zivilisation erfasste.

Erscheinungsformen einer Krise

Als der neugewählte französische Ministerpräsident André Tardieu am 25. November 1929 seine Regierungserklärung abgab, bezeichnete er sein Land als eine «Insel des Wohlstands in einer Welt der Krise».² Während es zum Jahresende in Großbritannien 1,3 Millionen und in Deutschland 1,8 Millionen Arbeitslose gab, schien Frankreich von dem über die Weltwirtschaft herziehenden Sturm verschont zu bleiben, meldeten sich doch nur 13 000 Menschen als Stellensuchende bei den öffentlichen Ämtern. Die Staatskassen waren gefüllt, da man seit 1928 einen jährlichen Haushaltsüberschuss hatte erzielen können. Innerhalb des zurückliegenden Jahrzehnts war die Produktion wichtiger Güter deutlich gestiegen. So hatte sich die Eisenherstellung nahezu verdoppelt; die Kohlproduktion war um ein

gutes Drittel gestiegen. Während 1913 noch 45 000 Automobile in Frankreich gebaut wurden, waren es 1929 254 000. Und die Goldreserven der Banque de France, die im Jahre 1927 noch 18 Milliarden Franc umfassten, hatte man bis 1929 auf 67 Milliarden Franc erhöhen können.³

Sieht man sich jedoch die wirtschaftlichen Daten des Jahres 1929 genauer an, so gab es bereits vor dem «Schwarzen Freitag» an den Börsen Anzeichen eines Rückganges. So erreichte der allgemeine Index der Großhandelspreise seinen Scheitelpunkt im Februar 1929, um von da an zu sinken. Dabei verbargen sich hinter dieser generellen Tendenz höchst unterschiedliche sektorale Entwicklungen, die für den Verlauf der Wirtschaftskrise in Frankreich charakteristisch blieben: Der Rückgang war am markantesten in der Textil-, Leder- und Kautschukindustrie, während andere Zweige, wie etwa die Chemie-, die Metall- und Zementindustrie, zunächst noch gleichbleibende bzw. steigende Preise verbuchen konnten. Auch andere Indikatoren sprechen für einen frühzeitigen Ausbruch der Rezession in Frankreich: So fielen die Börsenkurse seit dem März 1929 um 15,5 Prozent, wobei wiederum die Textilunternehmen von dieser Baisse wesentlich stärker betroffen waren als etwa die Kohlebergwerke. Auch die Exporte waren bereits seit 1928 zurückgegangen, waren doch seit der von Poincaré erzielten Stabilisierung des Franc die Preise französischer Produkte im Ausland weniger attraktiv. So ging etwa die Ausfuhr von Automobilen bereits vor 1929 um 20 Prozent, die von Kautschukprodukten um 45 Prozent und von Kleidung um 25 Prozent zurück.⁴

Die Ursachen der französischen Konjunkturwende hängen also wesentlich mit der Position des Landes auf dem Weltmarkt zusammen. Aufgrund der Schwäche des Franc zwischen 1922 und 1928 hatte kein europäisches Land seine Exporte so stark steigern können wie Frankreich. Zahlreiche seiner herkömmlichen Industrien setzten damals über 50 Prozent ihrer Produktion im Ausland ab. Dies traf etwa auf die Seidenherstellung, die Leinenindustrie, die Mode- und Parfumproduktion, die Schmuck- und Uhrenfabrikation zu. Andere Industriezweige wie der Kohlebergbau, die Metall- und Chemieindustrie verkauften dagegen weniger als ein Drittel ihrer Produktion im Ausland und konnten den Schock, den die Stabilisierung des Franc für die Exporte bedeutete, zunächst besser verkraften. Die französische Wirtschaft trennte sich somit, wie der Ökonom Jean Dessirier 1935 schrieb, in «geschützte» und «verwundbare» Sektoren. Letztere entsprachen zu einem großen Teil den traditionellen, von ausländischen Absatzmärkten abhängigen Produktionszweigen, während die modernen Schlüsselindustrien dank der Kartellbildung auf den Preisverfall besser vorbereitet waren.

Auf diese Weise lässt sich auch erklären, warum die sozialen Auswirkungen der Krise in Frankreich zunächst weniger heftig als in anderen Ländern zu spüren waren. Denn in Sektoren wie der Textilindustrie herrschten kleinere, über das ganze Land verteilte Betriebe vor, die stark mit der ländlichen Umwelt vernetzt waren. Sie rekrutierten ihr Personal unter der ländlichen Bevölkerung, die neben ihrer Erwerbstätigkeit auch einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachging. Wenn es in den Textilunternehmen keine Arbeit mehr gab, stand den Betroffenen noch die Möglichkeit offen, sich ausschließlich der Landwirtschaft zu widmen. Nicht nur konnten sie so die Folgen der Krise besser abfedern, auch wurden sie den Ämtern nicht als Stellensuchende bekannt. Darüber hinaus hatte der Staat noch keine Handhabe, Erwerbslosigkeit statistisch vollständig zu erfassen. Als man 1930 Pflichtversicherungen für Krankheit, Invalidität und Alter gesetzlich eingeführt hatte, war – nicht zuletzt auf Betreiben der Unternehmerschaft – die Erwerbslosigkeit von den zu versichernden Lebensrisiken ausgenommen worden.⁵

Im Vergleich zu anderen Ländern sank in Frankreich der Index der industriellen Produktion zunächst kaum, sondern blieb über dem Niveau von 1928. Doch ein externer Schock verschärfte 1931 die schwelende Krise. Unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Staatsausgaben gab Großbritannien im September 1931 den Goldstandard auf und wertete das Pfund um fast 25 Prozent ab.⁶ Das britische Commonwealth sowie die skandinavischen Länder, Österreich, Portugal und Japan zogen nach und werteten ihrerseits ab. Damit verloren Frankreichs Waren international ihre Wettbewerbsfähigkeit, hatten doch auch nach der Einführung des «Franc Poincaré» die Preise zahlreicher seiner Produkte noch unter bzw. auf Höhe des Weltmarktkurses gelegen. Mit der britischen Abwertung begann sich die Situation dermaßen zum Nachteil Frankreichs zu verändern, dass 1935 die Preise französischer Produkte im Durchschnitt 21 Prozent über dem Weltmarktniveau lagen. Der Einbruch des Außenhandels führte dazu, dass die Industrieproduktion zwischen dem September 1931 und dem April 1932 um 17 Prozent sank. Da die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter sanken, wurden nun auch die französischen Landwirte mit Absatzkrisen und Preisverfall konfrontiert.⁷

Während sich in anderen Industriestaaten wie Deutschland und Großbritannien nach 1932 der Trend umkehrte und die Produktion wieder anzusteigen begann, verharrte unterdessen die französische Wirtschaft in der Stagnation. Dafür war nicht zuletzt die Regierungspolitik verantwortlich, die vorrangig an der Stabilität des Franc orientiert war. Rechte wie linke Regierungen erhoben die Bewahrung des Goldstandards zum Dogma. Da

schon die Einführung des «Franc Poincaré» einen Vertrauensverlust in die Stabilität des eigenen Geldes bedeutet hatte, schien es dem Staat unvertretbar, den französischen Sparern einen erneuten Wertverfall der Währung zuzumuten. Gleichermäßen orientierte sich die Regierung am Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, wie es die liberale Wirtschaftslehre vorschrieb. «Solange wir nicht den Mut haben, unsere Ausgaben an unsere Einnahmen anzupassen, werden wir das Übel noch verschlimmern», äußerte Regierungschef Pierre Laval im Juni 1935, als er eine Kürzung aller Staatsausgaben um zehn Prozent verkündete.⁸ Frankreich optierte somit für eine deflationistische Politik, anstatt durch antizyklische Maßnahmen die Krise zu bekämpfen. Ebenso aber hing die lange Dauer der Rezession mit der sozioökonomischen Struktur Frankreichs zusammen, die von einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung und einem hohen Anteil an Landbewohnern gekennzeichnet war. Angesichts der Alterung der Bevölkerung scheuten die Unternehmen vor Investitionen zurück, da sie keine Expansion der Nachfrage erwarteten. Die ausbleibende Modernisierung des produktiven Sektors führte aber dazu, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit französischer Waren auf dem Weltmarkt weiter verschlechterte. Gleichzeitig aber stagnierte auch die Binnennachfrage, nicht zuletzt weil die Landbevölkerung angesichts der Krise auf Konsum verzichtete und sich auf ihre traditionellen Werte der Frugalität und Autarkie besann.⁹

Aufgrund der unzureichenden statistischen Daten werden in der Literatur für die Mitte der 1930er Jahre unterschiedliche Arbeitslosenquoten zwischen fünf und zehn Prozent angegeben.¹⁰ Auch über das Ausmaß von Kurzarbeit liegen keine verlässlichen Angaben vor. Unter Berücksichtigung dieser Unwägbarkeiten lässt sich aber festhalten, dass die Weltwirtschaftskrise in Frankreich nie zu einer solch katastrophalen Massenarbeitslosigkeit führte wie in Deutschland und den USA. Dafür sind teilweise bereits die genannten Faktoren verantwortlich zu machen, aber auch die besondere Struktur der französischen Arbeiterschaft, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem gewichtigen Teil aus eingewanderten Arbeitskräften bestand. Nach Ausbruch der Krise setzten die staatlichen Autoritäten alle nur denkbaren Hebel in Bewegung, ausländische Arbeitskräfte zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen. Da die Aufenthaltserlaubnis in Frankreich an einen Arbeitsplatz gebunden war, reichte in der Regel die Entlassung aus, um eingewanderte Arbeiter zu «Illegalen» zu machen und zum Verlassen des französischen Territoriums zu zwingen. Betroffen waren davon insbesondere Portugiesen, von denen zwischen 1931 und 1936 50 Prozent aus Frankreich wegogen, ebenso

wie Spanier und Polen, von denen 26 bzw. 17 Prozent zurückkehrten.¹¹ In seinem Buch «Terre des hommes» (deutsch: «Wind, Sand und Sterne») beschrieb Antoine de Saint-Exupéry den Auszug von polnischen Familien aus den Bergbauregionen des Nordens: «Sie schienen mir halb entmensch, wie sie von den ökonomischen Wellen von einem Ende Europas zum anderen hin- und hergeworfen wurden, aus dem kleinen Haus des Nordens herausgerissen, mit seinem winzigen Garten und den paar Geranientöpfen, die mir einst an den Fenstern der polnischen Bergarbeiter aufgefallen waren.»¹² Besonders hart ging der Staat gegen politisch und gewerkschaftlich aktive ausländische Arbeitnehmer vor: So wurden 1934 nach einem Streik von Bergarbeitern umgehend 77 polnische Arbeiter mit ihren Familien des Landes verwiesen. Die Rezession führte nicht nur zu einem starken Rückgang ausländischer Arbeiter, auch die weibliche Berufstätigkeit nahm sichtbar ab: So mussten ca. 750 000 Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, um die schwindende Zahl von Arbeitsplätzen den Männern zu überlassen.

Unter den Vorzeichen der Wirtschaftskrise geriet das parlamentarische Regierungssystem zunehmend in Misskredit. In den sechzig Jahren seiner Existenz hatte es sich als stark wandlungsfähig erwiesen: Während im letzten Kriegsjahr Georges Clemenceau die Gestaltungsspielräume des Regierungschefs breit ausgeschöpft und eine parlamentarisch kontrollierte Alleinherrschaft ausgeübt hatte, zeigte das System nun sein instabiles, von den gegenläufigen Interessen der Parteien gekennzeichnetes Gesicht. Nach dem Scheitern des Cartel des gauches hatten ab 1926 wechselnde Mitte-Rechts-Koalitionen die Regierung gebildet. Die Wahlen zur Abgeordnetenkammer vom Mai 1932 gewann ein neuerliches, aus Sozialisten und «Radikalen» bestehendes Linksbündnis. Die Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Strömungen waren allerdings nicht ausreichend, um ein Regierungsprogramm auf die Beine zu stellen. Während die SFIO für Verstaatlichungen und die Einführung der 40-Stunden-Woche eintrat, verteidigten die «Radikalen» die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik. Deshalb beteiligten sich die Sozialisten nicht an den Kabinetten, während die «Radikalen» auf Teile der Rechten angewiesen waren, um kurzlebige Regierungen zu bilden. So wurden zwischen dem Frühjahr 1932 und dem Februar 1934 sechs Kabinette ernannt und wieder gestürzt. Es drängte sich der Eindruck auf, dass der Parlamentarismus ausgerechnet in Krisenzeiten nicht in der Lage war, eine kohärente Exekutive zu bilden.

Der Legitimitätsverlust des politischen Systems wurde dadurch verstärkt, dass die deflationistische Antikrisenpolitik insbesondere diejenigen Schichten traf, die bis dahin seinen Rückhalt gebildet hatten. So mutete

die Republik mit ihrer Sparpolitik den Staatsangestellten reale Einkommensverluste zu. Handwerker, Händler und Kleinunternehmer waren von dem Preisverfall besonders hart getroffen, während Landwirte ihre Einkommen durch die Absatzkrisen dezimiert sahen. Deshalb sah sich die Führung der «Radikalen» der Kritik von Mitgliedern ausgesetzt, die sich von ihren Sachwaltern verraten sahen. «Genug der Worte», beschwerten sich Delegierte bei einem Parteitag des Jahres 1933. «Wir wollen Taten sehen, dass man unnötige Importe verbietet, dass man ausländische Arbeiter durch französische Arbeitslose ersetzt.» Angesichts der hohen Steuerlast solle der Staat seine Aufgaben korrekt erfüllen: «Gebt unseren Dörfern das Wasser, die Sauberkeit, das Licht, auf die sie ein Anrecht haben.»¹³

Die Rezession und die von den Regierungen ergriffenen Gegenmaßnahmen führten somit dazu, dass man nun nicht mehr nur im antirepublikanischen Milieu, sondern in praktisch allen politischen Lagern nach Alternativen zur gegenwärtigen politisch-sozialen Ordnung suchte. Diese Suche nahm verschiedenste Formen an, die von einer rein verbalen Systemkritik über die Bildung außerparlamentarischer Verbände bis hin zur gewalttätigen Herausforderung gehen konnte. So wurde in zahllosen Zeitschriftenartikeln, Büchern und Pamphleten geäußert, dass Frankreich, was seine Gesellschaft, ja seine gesamte Kultur und Zivilisation anbelangte, im Niedergang begriffen war. Seine Bürger, so sahen es zahlreiche Stimmen, hatten die Erfahrungen des Weltkriegs nicht verarbeitet, sondern waren in einen kruden, inhaltsleeren Materialismus geflohen. So hatte Georges Clemenceau in seinen 1930 posthum veröffentlichten Erinnerungen von einer «Erschöpfung des französischen Geistes» gesprochen.¹⁴ Und in seinem 1932 erschienenen Roman «Reise ans Ende der Nacht» zeichnete der Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline ein desillusioniertes Bild der französischen Gesellschaft, in der keine Werte außer der allseits praktizierten Feigheit mehr Gültigkeit hatten.¹⁵

Im politischen Feld bot sich das parlamentarische System mit seinen unaufhörlichen Parteienkämpfen und seiner von Jahren der Machtausübung abgenutzten Funktionselite als ideale Zielscheibe an, um einen Schuldigen für die wahrgenommene Dekadenz zu identifizieren. André Tardieu, der einst selbst an der Spitze der Regierung gestanden hatte, beklagte 1936 die «Lüge der Institutionen»: «Ihr seid machtlose Bürger, weil nichts, an das ihr glaubt, wahr ist. Ihr glaubt frei zu sein und seid nicht frei. Ihr glaubt gleich zu sein und seid nicht gleich. Ihr glaubt von den gewählten Versammlungen repräsentiert zu sein und ihr seid nicht repräsentiert.»¹⁶ Die Französische Revolution, so die Schlussfolgerung Tardiens, müsse von Neuem stattfinden, damit ihre Verheißung endlich eingelöst würde. Auch auf der Linken

lancierte man das Leitwort der Revolution, um für die Erneuerung des Landes zu mobilisieren. So spaltete sich von der SFIO eine «neo-sozialistische» Strömung ab, die unter dem Slogan einer «konstruktiven Revolution» für die Planwirtschaft, einen starken Staat und das Primat der Nation gegenüber internationalistischen Tendenzen eintrat. Einer ihrer Protagonisten war Marcel Déat, der offen seine Sympathien nicht nur für den amerikanischen *New Deal*, sondern auch den italienischen Faschismus, ja sogar den Nationalsozialismus bekundete.

Auf besonderes Interesse bei späteren Interpreten sind indessen diejenigen Stimmen gestoßen, die sich jenseits der bestehenden Lager positionieren wollten und sich für eine Revolution stark machten, die «weder links noch rechts» sein sollte. Man hat diesen Intellektuellenkreis, in dem Autoren wie Emmanuel Mounier, Arnaud Dandieu, Henri Daniel-Rops und Alexandre Marc tonangebend waren, als die «Nonkonformisten der 30er Jahre» bezeichnet.¹⁷ In ihren Zeitschriften «Esprit» und «Ordre nouveau» distanzieren sie sich von der liberalen Demokratie ebenso wie von der kapitalistischen Marktwirtschaft, da sie zur Vereinzelung des Menschen und ihrer ungehemmten Konkurrenz untereinander geführt hätten. Gleichermäßen verdammt sie den Marxismus als eine kollektivistische Ideologie, die zur Unfreiheit des Menschen führe. Die seit den 1920er Jahren dominanten Tendenzen der Rationalisierung, Maschinisierung und Amerikanisierung der Gesellschaft waren ihnen zuwider, da sie Europa in eine säkulare Zivilisationskrise geführt hätten. Die Nonkonformisten sahen sich als Elite dazu berufen, die vermeintlich geistig verarmten Massen kulturell zu erziehen und eine «spirituelle Revolution» anzuführen. Diese sollte die «bestehende Unordnung» durch eine «personalistische» Gesellschaft ersetzen, in der die Menschen gleichzeitig frei, verantwortlich und eingebunden in ihre «natürlichen» Lebensbezüge seien.¹⁸

Manche Interpreten haben in den Ideen dieser antiliberalen, antiparlamentarischen und korporatistisch orientierten Strömung die Grundelemente einer faschistischen Weltanschauung wiederentdeckt. Damit verbinden sie die These, dass auch in Frankreich der Nährboden für eine Ideologie bereitet war, die im Namen des Faschismus einen «Dritten Weg» zwischen Liberalismus und Kommunismus, Individualismus und Kollektivismus, Marktwirtschaft und Planwirtschaft beschreiten wollte.¹⁹ Doch scheinen die Unterschiede zwischen den «Nonkonformisten» und faschistischen Bewegungen größer als die Gemeinsamkeiten. Etwa war ihnen der Kult um einen charismatischen Führer ebenso fremd wie das Aufbauen mobilisierender Feindbilder; auch teilten sie nicht die Kriegsverherrlichung, die als kennzeichnend für faschistische Ideologien gelten kann.

Auch unter den sich verbreitenden nationalistischen Massenbewegungen blieb der Faschismus in Frankreich zu diesem Zeitpunkt ein Randphänomen. Von ihrer Organisationsform und außerparlamentarischen Handlungsweise her standen diese in der Tradition der «Ligen», wie sie sich bereits um die Jahrhundertwende gebildet hatten. In ihnen sammelten sich vom Regime enttäuschte Mittelständler, die das Heil in autoritären und parteienfeindlichen Parolen suchten. Zumeist verfügten sie über paramilitärische Verbände, mit denen sie ihre Anführer schützten und auf der Straße agitierten.²⁰ Die mitgliederstärkste Liga waren die «Croix de Feu» (Feuerkreuzler) des Oberstleutnants François de La Rocque, die um die Mitte der 1930er Jahre ca. 300 000 Angehörige zählten. Sie verstanden sich als Bündnis ehemaliger Frontkämpfer, die am Ideal der *Union sacrée* festhielten und deshalb vom wahrgenommenen Verfall der politischen Sitten sowie der Ineffizienz des Parlamentarismus degoutiert waren. In einer für den Diskurs der Veteranen charakteristischen Wendung bezeichnete de La Rocque die «Croix de Feu» als «apolitisch», da sie für das «moralische und materielle Wiedererstarken» Frankreichs, aber nicht für ein parteiliches Programm eintraten.²¹ Anders als etwa die offen monarchistische *Action française* setzten die Feuerkreuzler sich nicht für eine Abschaffung der Republik ein; auch machten sie sich den virulenten Rassismus und Antisemitismus der Anhänger Maurras' nicht zu eigen. Bis 1936 bekannten sich nur drei marginale Gruppierungen, nämlich die «Solidarité française» des Parfumbabrikanten François Coty, der «Francisme» des Kriegsveteranen Marcel Bucard sowie der bereits 1928 aufgelöste «Faisceau» unter Führung von Georges Valois, offen zum Faschismus und zur Nachahmung seines italienischen Schöpfers.²² Diese verschiedenen Gruppierungen des rechten Lagers vertraten somit unterschiedliche Positionen, deren gemeinsamer Nenner die Ablehnung des «Parteienregimes» und ein prononcierter Nationalismus bildeten. Doch bestand zwischen ihnen eine starke Durchlässigkeit, die sich an zahlreichen Übertritten etwa von der *Action française* oder den *Croix de Feu* zu radikaleren Organisationen zeigen lässt.

Mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen vom 6. Februar 1934 erreichten die Herausforderung der republikanischen Institutionen und die politische Krise ihren vorläufigen Höhepunkt. Ihnen vorausgegangen war eine immer heftigere Agitation der nationalistischen Ligen, die allabendlich auf den Straßen von Paris Unruhe stifteten. Ein im höchsten Maße medial ausgeschlachteter Korruptionsskandal bot ihnen den willkommenen Anlass, die Glaubwürdigkeit des parlamentarischen Regimes noch weiter zu unterminieren: Einem bereits vorbestraften Hochstapler, Serge Alexandre

Stavisky, war es gelungen, das Vertrauen einiger Politiker zu gewinnen und sich deren Fürsprache für seine betrügerischen Geschäfte mit gefälschten Bankobligationen zu sichern. Als der Schwindel aufflog und der Betrüger tot aufgefunden wurde, zogen die Ligen mit dem Slogan «Nieder mit den Dieben» durch die Hauptstadt und wiegelten die Bevölkerung gegen die Parlamentarier auf. Im Zuge des Skandals trat die erst seit zwei Monaten bestehende Regierung unter dem «Radikalen» Camille Chautemps zurück. Der neuberufene Ministerpräsident Edouard Daladier, ebenfalls eine Führungsfigur der «Radikalen», entließ als eine seiner ersten Amtshandlungen den Pariser Polizeipräfekten Jean Chiappe, der gegenüber den Umtrieben der Ligen stets Nachsicht walten lassen. Daraufhin rief die nationalistische Rechte in ihren verschiedenen Formationen zu einer Großdemonstration auf, die am Abend des 6. Februar 1934, zur Stunde der Vertrauensabstimmung über Daladiers Regierung, stattfinden sollte. Die Protagonisten der Kundgebung verfolgten unterschiedliche Ziele, wollten doch die radikalsten unter ihnen in die Abgeordnetenkammer eindringen und deren Abstimmung unterbinden, während die Feuerkreuzler nicht gegen die Legalität verstoßen wollten. Auch hatten sich Veteranenverbände der Kundgebung angeschlossen, die sich für die «Ehre und Sauberkeit» des Vaterlands, aber keinesfalls für den Sturz der Republik einsetzen wollten.²³ Als eine Gruppe von Demonstranten auf das Palais Bourbon, den Sitz der Abgeordnetenkammer loszog, eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer. In den darauffolgenden Straßenschlachten kamen 15 Menschen ums Leben und über tausend wurden verletzt. Es handelte sich um den schwersten Ausbruch politischer Gewalt in Paris seit der *Commune* von 1871.²⁴

Der Sturm auf die Abgeordnetenkammer konnte abgewehrt werden, während diese Daladier mit großer Mehrheit das Vertrauen aussprach. Doch erwies sich die gewonnene Abstimmung als ein Pyrrhussieg für den neuen Ministerpräsidenten, denn die Sachwalter des Rechtsstaates – Justiz und Polizei – gaben diesem umgehend zu verstehen, dass sie nicht zu weiteren Maßnahmen gegen die nationalistischen Ligen bereit waren. Daraufhin trat Daladier bereits am 7. Februar von seinem Amt zurück und machte den Weg für eine «Regierung der nationalen Einheit» frei, die von dem gemäßigten Rechten Gaston Doumergue angeführt wurde und der Philippe Pétain als Kriegsminister angehörte. Die Bilanz des 6. Februar 1934 fiel somit zwiespältig aus: Zwar war der gewaltsame Angriff auf das Parlament gescheitert, doch hatte zum ersten Mal seit Bestehen der Dritten Republik eine parlamentarisch legitimierte Exekutive unter dem Druck der Straße kapituliert. Somit hatte die nationalistische Rechte einen Teilerfolg errungen.

Verheißungen und Enttäuschungen der Volksfront

Mit dem 6. Februar 1934 nahm die bereits fortgeschrittene Politisierung und Polarisierung von Gesellschaft und Kultur noch weiter zu. Ungebrochen wirkte die Anziehungskraft der Ligen, die man im linken Lager als eine akute Gefahr für den Bestand der Republik wahrnahm. Sozialisten und Kommunisten beschrieben den 6. Februar als einen faschistischen Putschversuch, der in einem europäischen Zusammenhang begriffen werden musste: Hatten nicht in den zurückliegenden Monaten die Nationalsozialisten die Weimarer Republik beseitigt? Und waren nicht im gleichen Zeitraum die «Austrofaschisten» um Engelbert Dollfuß dabei, das demokratische Österreich in eine Diktatur zu verwandeln? Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Antifaschismus zu einem neuen Bekenntnis linker politischer Kräfte unterschiedlicher Provenienz, die in der Abwehr radikalnationalistischer Umtriebe einen gemeinsamen Nenner fanden. So bildeten etwa bürgerliche, sozialistische und kommunistische Intellektuelle im März 1934 das «Comité de vigilance des intellectuels antifascistes» (CVIA), das eine gemeinsame Front aus Geistesschaffenden und Arbeitern gegen den aufkommenden Faschismus errichten wollte.²⁵

Bis es jedoch zu einer konzertierten Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und kommunistischen Parteiorganisationen kam, vergingen mehrere Monate. Denn die kommunistische Partei sah sich noch an die aus Moskau kommenden Leitlinien gebunden, die sie darauf verpflichteten, die Sozialisten als Handlanger der Bourgeoisie mit besonderer Vehemenz zu bekämpfen. Erst seit dem Frühjahr 1934 begann man innerhalb der Komintern – des von Moskau gesteuerten Dachverbands der kommunistischen Parteien – neu über das eigene Verhältnis zu bürgerlichen Demokratien nachzudenken. Man begriff, dass kommunistische Parteien in Europa nur in Demokratien überleben und gedeihen konnten, während die Machtübernahme faschistischer Bewegungen ihren Untergang bedeutete, wie man es am Beispiel Deutschlands hatte erfahren müssen. So erteilte der neue Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff im Juni 1934 der französischen kommunistischen Partei die Anordnung, künftig den Schulterschluss mit den Sozialisten zu suchen, um auf diese Weise eine Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Maurice Thorez, der Generalsekretär des Parti communiste français (PCF, wie sich die SFIC seit 1921 nannte) verkündete diese neuen Leitlinien auf dem gleichzeitig stattfindenden Parteitag und vereinbarte bereits im Juli 1934 mit den Sozialisten ein Aktionsbündnis. Damit war das «große Schisma», das die beiden wichtigsten Parteien der Arbeiterbewegung seit dem Kongress von Tours trennte, fürs Erste überwunden.²⁶

Kaum war die Allianz mit den Sozialisten geschlossen, forderte Maurice Thorez die «Radikalen» dazu auf, ihrerseits dem Bündnis beizutreten. Dem kommunistischen Parteiführer war klar, dass der Mittelstand die wichtigste Ressource faschistischer Bewegungen darstellte und eine antifaschistische Abwehr zwecklos war, wenn sie nicht die «Radikalen» als Partei der Mittelschichten mit einschloss. In den Jahren der Krise hatten sich die «Radikalen» besonders schwer damit getan, ihren politischen Ort zu finden, waren sie doch hin- und hergerissen zwischen ihrem Selbstbild als Partei der republikanischen Linken und der Notwendigkeit, bei der Ausübung der Regierungsverantwortung mit der Rechten zusammenzuarbeiten. Das Zusammenwirken aller linker Kräfte, so das Kalkül von Thorez, sollte sowohl der Partei neue Machtoptionen als auch ihren Wählern eine attraktive Zukunftsperspektive bieten. Doch stand einem Beitritt der «Radikalen» zum Linksbündnis zunächst die außenpolitische Linie der Kommunisten entgegen, die aus einem prinzipiellen Pazifismus heraus das Militärbudget Jahr für Jahr ablehnten und sich jeglicher Aufrüstung entgegenstellten. Erst mit dem französisch-sowjetischen Beistandspakt, den Ministerpräsident Pierre Laval und Stalin im Mai 1935 unterzeichneten, änderte sich die Haltung der Kommunistischen Partei, die nun die Rüstung als eine gemeinsame Anstrengung gegen den Faschismus zu begreifen begann und unterstützte.

Eine gemeinsame Demonstration von Sozialisten, Kommunisten und «Radikalen» zum 14. Juli 1935 markierte den ersten Schritt zu einem formellen Bündnis. Man stellte sich gemeinsam in die Tradition der Französischen Revolution und leistete einen dem Ballhauschwur von 1789 nachempfundenen antifaschistischen Eid: «Wir schwören, vereint zu bleiben, um die Demokratie zu verteidigen, um die aufständischen Ligen zu entwaffnen und aufzulösen, um unsere Freiheiten vor dem Zugriff des Faschismus zu schützen. Wir schwören, [...] den Arbeitern Brot, der Jugend Arbeit und der Welt den großen menschlichen Frieden zu geben.»²⁷ Nach zähen Verhandlungen unterzeichneten die drei Parteien zusammen mit den sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftsverbänden CGT und CGTU im Januar 1936 eine gemeinsame Wahlplattform unter dem Signet «Rassemblement populaire». Darüber hinaus waren dem Bündnis auch 90 verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen beigetreten, unter denen man Intellektuellenzirkel wie das CVIA, Freimaurerlogen, Veteranenverbände, Jugend- und Sportvereine sowie die Etoile nord-africaine des Algeriers Messali Hadj zählte. Im gemeinsamen Programm bekannte man sich nicht nur zum gesetzlichen Verbot der Ligen, sondern auch zu sozialpolitischen Forderungen wie etwa der Verkürzung der

Wochenarbeitszeit. Stabilisierend auf das Wahlbündnis wirkte sich aus, dass die seit 1920 gespaltenen Gewerkschaften im März 1936 unter dem Dach einer wiedervereinigten CGT zusammenfanden.

Die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung vom 26. April und 3. Mai endeten mit einem Sieg des Linksbündnisses, der sich aufgrund des (seit 1928 wieder geltenden) Mehrheitswahlrechts in einer sicheren Parlamentsmehrheit widerspiegelte. Bemerkenswert waren insbesondere die Verschiebungen innerhalb des linken Lagers: Während die «Radikalen» Verluste erlitten hatten und nur 106 Abgeordnete ins neue Parlament schickten, wurden die Sozialisten zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit 146 Mandaten stärkste Fraktion. Ein Ergebnis von historischen Dimensionen erzielten indessen die Kommunisten, die von einer 10 Abgeordnete umfassenden Splittergruppe zu einer nationalen politischen Kraft von 72 Deputierten heranwuchsen. Sozialistenchef Léon Blum beanspruchte den Posten des Ministerpräsidenten für sich, verkündete aber, gemäß der Verfassungspraxis mit der Regierungsbildung einen Monat zu warten, bis die alte Abgeordnetenversammlung ihr Mandat beendet hatte.

In diesem Moment des Vakuums und des gespannten Wartens auf die neue Regierung kam es nun zu einer der bemerkenswertesten sozialen Bewegungen der französischen Geschichte. Beginnend mit der Luftfahrtindustrie, dann auf die Metallindustrie und schließlich auf praktisch alle Wirtschaftssektoren übergreifend, streikten die Arbeiter spontan, ohne dass irgendeine Gewerkschaft sie dazu aufgerufen hätte. Das Besondere an diesen Streiks war, dass sie an den Arbeitsstätten selbst («sur le tas») stattfanden, dabei aber keineswegs den Charakter gewaltsamer oder gar zerstörerischer Fabrikbesetzungen hatten. Indem man am Arbeitsplatz streikte, verhinderte man die Aussperrung und bezog potenzielle Streikbrecher in die sich wie «ein verlängertes Picknick»²⁸ gestaltenden Arbeitsniederlegungen ein. Man eignete sich die Fabriken als Lebensraum an, indem man dort gemeinsam aß, musizierte, tanzte. «Man entspannt sich vollkommen», schrieb die Philosophin Simone Weil über die Streiks. «Es gibt nicht diese extrem angespannte Energie, diese von Angst geprägte Entschlossenheit, die man sonst in Streiks beobachtet. Man ist sicherlich entschlossen, aber ohne Angst. Man ist glücklich.»²⁹ Die Verheißung einer neuen Ära, in der die Arbeiter aus ihrer politischen Randexistenz heraustreten würden, erfüllte sie mit Vorfreude und Stolz. «Die Freude, autonom zu sein, frei zu sein», beobachtete der Schriftsteller André Malraux bei den Streikenden. «Da man gerade niemandem zu gehorchen hat, fühlt man sich plötzlich als *ein Anderer*.»³⁰

Aufgrund der riesigen sozialen Mobilisierung lastete ein hoher Erwar-

tungsdruck auf der Regierung Léon Blums, als sie am 4. Juni 1936 ihre Arbeit aufnahm. Nicht nur war sie die erste von einem Sozialisten angeführte Exekutive Frankreichs, auch gehörten ihr zum ersten Mal drei Frauen als Staatssekretärinnen an. Die Kommunisten entsandten indessen keine Minister in die Regierung, sicherten aber ihre parlamentarische Unterstützung zu. Nun begann ein legislativer Marathon, der in der französischen Geschichte bis heute seinesgleichen sucht und an die legendären «hundert Tage» erinnerte, mit denen Franklin D. Roosevelt 1933 in den USA den «New Deal» einläutete. Am dringlichsten erschienen dem neuen Ministerpräsidenten soziale Reformen, um der Streikbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und in den Betrieben wieder Ordnung einkehren zu lassen. In seinem Amtssitz, dem Hôtel Matignon, rief er eine Konferenz von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammen, die innerhalb von zwei Tagen ein weitreichendes Gesetzespaket vereinbarten. Das sogenannte «Matignon-Abkommen» sah zunächst die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden vor, so wie es das Wahlprogramm der Volksfront versprochen hatte. Die weiteren Bestimmungen gingen jedoch weit über die Forderungen des Manifestes hinaus: So erhielten alle Arbeitnehmer ab sofort zwei Wochen bezahlten Urlaub. Die Löhne wurden gestaffelt nach Einkommen erhöht; von sieben Prozent für die höchstbezahlten bis hin zu 15 Prozent für die am niedrigsten bezahlten Arbeitnehmer. In allen Wirtschaftssektoren konnten fortan branchenspezifische Abkommen geschlossen werden; jeder Betrieb mit über zehn Mitarbeitern musste künftig über Delegierte der Belegschaft verfügen, die zu Verhandlungen mit der Leitung ermächtigt waren.³¹

In einem zweiten legislativen Schritt ging man sogenannte «Struktur-reformen» an, indem man die Waffenindustrie verstaatlichte und die Statuten der Nationalbank veränderte. War diese bislang von einem Rat ihrer 200 größten Aktionäre (den immer wieder attackierten «200 familles») gesteuert worden, sollten künftig hohe Staatsbeamte, Vertreter der Kreditinstitute und der Sozialpartner im Entscheidungsgremium das Sagen haben. Mit der Schaffung eines nationalen Getreideamts griff der Staat massiv in die Landwirtschaft ein, indem künftig jährlich die Preise staatlich fixiert wurden und dem neuen Amt das Monopol im Getreideexport und -import zuerkannt wurde. Des Weiteren beschloss man öffentliche Investitionen im Straßen-, Brücken- und Schulbau sowie der Elektrizitätsversorgung, um die Konjunktur anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Unterrichtspflicht wurde um ein Jahr verlängert, so dass Kinder künftig bis zum 14. Lebensjahr in die Schule gingen. Und schließlich bekämpfte die Linksregierung die außerparlamentarische Opposition,

indem vier Ligen, darunter die Feuerkreuzler und die Action française, verboten wurden. Innerhalb von 90 Tagen gingen mehr Gesetze durch das Parlament als in der gesamten vorherigen Legislaturperiode.

Die Reformperiode markierte eine nachhaltige Veränderung in der Rolle des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft. Die Volksfront verabschiedete sich entschieden von der traditionell liberalen Staatsauffassung, die bislang in Frankreich vorherrschend war und von der man nur während des Ersten Weltkriegs vorübergehend abgewichen war. Das unter Léon Blums Leitung ausgehandelte Matignon-Abkommen machte sichtbar, dass sich der Staat nun umfassend als Moderator und Regulierer der sozialen Beziehungen betätigen würde. Auch wich er von der bisher verfolgten Antikrisenpolitik ab, indem er nun durch öffentliche Investitionen, Erhöhung der Kaufkraft und Preisfixierung den Wirtschaftskreislauf zu gestalten suchte. Mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und dem bezahlten Urlaub verfolgte die Regierung das Ziel, in das Leben der Menschen verbessernd einzugreifen, wurden diese Neuerungen doch von staatlichen Fördermaßnahmen für Urlaubsreisen sowie dem Neubau von Sportanlagen und Jugendherbergen begleitet. Die Volksfront wollte den Staat für die «Aufheiterung» des Lebens einsetzen, wie es Léon Blum ausdrückte. «Frankreich hat ein anderes Antlitz und ein anderes Klima», so sagte der Ministerpräsident in einer Radioansprache. «Alles deutet darauf hin, dass das Menschsein in Frankreich eine neue Stufe erreicht hat. Neue soziale Beziehungen bilden sich heraus, eine neue Ordnung entsteht.»³² Die Freudigkeit des Sommers 1936 erreichte ihren Höhepunkt, als am 1. August förmlich ein ganzes Land in die *congés payés*, in die allen Arbeitnehmern jetzt zustehenden Ferien, aufbrach. Plötzlich waren die Strände und Sommerfrischen des Landes nicht mehr nur das Privileg einer kleinen Oberschicht, sondern standen allen zur Verfügung. Beginnend mit der Volksfront wurde somit der Tourismus von einer Aktivität der Eliten zu einem Element der modernen Massenkultur.

Das Reformprojekt der Volksfront wäre indessen eine rein von oben verordnete Staatsintervention geblieben, wenn es nicht von einer großen politischen Mobilisierung weiter Bevölkerungskreise getragen und vorangetrieben worden wäre. Beginnend mit der neuartigen Streikwelle des Frühjahrs 1936 begriffen viele Menschen die Regierungsübernahme der Linken als eine nahezu grenzenlose Chance, ihr Land zu verändern und lange erwünschte Strukturveränderungen zu erzielen. «Alles ist möglich» – dieser Slogan stand über dem Sommer des Jahres 1936, als plötzlich Bewegung in das erstarrte soziale Gefüge der Republik zu kommen schien.³³ Innerhalb weniger Wochen vervielfachten die Gewerkschaften ihre Mitgliedschaft, so

dass der Organisationsgrad der Arbeiterschaft von 11 auf 60 Prozent anstieg. Die Gestaltung der nun in größerem Ausmaß verfügbaren Freizeit stand zunehmend unter politischen Vorzeichen, da die Linksparteien und Gewerkschaften ihren Angehörigen eine reichhaltige Auswahl an Kultur-, Sport- und Tourismusaktivitäten boten. Auf diese Weise verstärkte sich eine spezifische, parteilich geprägte Milieukultur, welche die Arbeiterschaft in allen Lebensphasen begleitete.

Vor diesem Hintergrund müssen die ersten Monate der Blum-Regierung als ein drastischer Neuanfang in der Geschichte der französischen Demokratie begriffen werden. Ursprünglich als Defensivbündnis gegen den heraufziehenden Faschismus geschlossen, schlug die Volksfront – getragen von einer dynamischen Massenbewegung – in ein kühnes Zukunftsprojekt um, das die Grundwerte des französischen Republikanismus neu definierte. Bislang hatte man die Freiheit vornehmlich als Gesinnungsfreiheit begriffen und insofern eine besondere Energie auf die Bekämpfung ihrer wahrgenommenen Feinde wie des Klerikalismus verwandt. Die Volksfrontregierung hingegen machte sichtbar, dass Freiheit im 20. Jahrhundert auch und vor allem als sozialer Wert verstanden werden musste, der seine Verwirklichung in den Arbeitsbedingungen der Industriegesellschaft zu finden hatte. Ebenso hatte in der klassisch gewordenen Interpretation des Republikanismus die Gleichheit vornehmlich als rechtlich-politischer Wert gegolten, der überdies stets nur unvollkommen verwirklicht worden war. Dagegen betonte die Blum-Regierung die sozioökonomischen Dimensionen der Egalität und erhob für den Staat den Anspruch, die gerechtere Verteilung des Wohlstands zu fördern. Schließlich wurde der Wirkungsbereich der Politik auf den Kultursektor ausgedehnt: Unter der Leitung des Bildungsministers Jean Zay entfaltete die Volksfrontregierung eine Strategie, die allen Bevölkerungsschichten ungeachtet von Einkommens- und Klassengrenzen Zugang zu Kunst, Kultur, Literatur und Musik verschaffen wollte.³⁴ Somit können die ersten Monate der Volksfrontregierung als einer der raren Momente in der französischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gelten, in denen der französische Republikanismus seine defensive Grundhaltung aufgab und sich risikobereit in die Zukunft projizierte.

Doch war der Zauber der ersten Reformphase schnell vorbei und wuch zunehmend Dissonanzen und Enttäuschungen, wofür verschiedene Gründe verantwortlich zu machen sind. So konnte das Matignon-Abkommen die soziale Agitation nur teilweise beruhigen. Als die Arbeiter aus ihren ersten bezahlten Ferien heimkehrten, gingen die Fabrikbesetzungen weiter, teils um widerstrebende Unternehmer zur Umsetzung der neuen Regelungen zu

zwingen, teils um ihnen weitere Zugeständnisse abzurufen. In dieser Situation wurde deutlich, dass die Blum-Regierung über keine stabile gesellschaftliche Basis verfügte: Einerseits verstand sie sich als Sachwalterin der Arbeitnehmerinteressen und wollte es sich nicht leisten, die Streikenden zu verärgern. Gleichzeitig aber sah sie sich gezwungen, nun den Elan der Arbeiterbewegung zu bremsen, um nicht das Wohlwollen des Unternehmerlagers ebenso wie den lebensnotwendigen Rückhalt in der Radikalen Partei zu verlieren. Hin- und hergerissen zwischen diesen widerstreitenden Interessen schickte die Volksfrontregierung schließlich am 7. Oktober 1936 zum ersten Mal Polizisten in eine besetzte Fabrik, um sie von Streikenden zu räumen.³⁵

Darüber hinaus waren die signifikanten Lohnerhöhungen bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmer schwer zu verkraften – also für diejenigen Bürger, die traditionell die Basis der «Radikalen» gebildet hatten. Hinzu kam, dass die Regierung entgegen ihrem Wahlversprechen im Oktober 1936 den Franc abwertete, um den Abwärtskreislauf der Wirtschaft zu stoppen. Dadurch stiegen die Preise inflationär an, was wiederum die kleinen Sparer besonders hart traf, während der erwartete Wirtschaftsaufschwung ausblieb. Die Kürzung der Wochenarbeitszeit wirkte sich indessen auf dem Arbeitsmarkt praktisch kaum aus, da die Unternehmer angesichts gleichzeitig steigender Lohnkosten vor Neueinstellungen zurückschreckten. Solchermaßen bewirkte die Regierung in ihrem Bemühen, es den Arbeitern wie den Unternehmern recht zu machen, das genaue Gegenteil: Die Streikenden waren über das polizeiliche Eingreifen in besetzten Fabriken empört, während die Unternehmer zunehmend von der wirtschaftlichen Inkompetenz der Linksregierung überzeugt waren und begannen, ihr Kapital ins Ausland zu schaffen.

Ein Konflikt außerhalb Frankreichs spitzte die Gegensätze unter den Partnern der Volksfront noch weiter zu. In Spanien hatte das Linksbündnis der «Frente Popular» die Wahlen vom 16. Februar 1936 gewonnen und die politische Macht übernommen. Mit dem *pronunciamiento* des Generals Francisco Franco war am 17. Juli 1936 ein Bürgerkrieg ausgebrochen, in dem rechtsnationalistische Kräfte gegen die Republik rebellierten. Am 19. Juli 1936 bat die republikanische Regierung in Madrid Frankreich um Lieferung von Waffen und Flugzeugen, wie es in ihren Augen nicht nur ein 1935 geschlossenes Abkommen, sondern auch die Solidarität zwischen «Frente Popular» und «Front populaire» gebot.³⁶ Umgehend nahm somit der Konflikt internationale Dimensionen an, stellten doch das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland dem putschenden Franco Hilfstruppen zur Verfügung. Von nun an spaltete die Frage, ob man mili-

tärisch in den spanischen Bürgerkrieg intervenieren solle, die Volksfront. Auf einmal standen zwei Prinzipien, welche die Bündnispartner bis dahin verbunden hatten, in Widerspruch zueinander: der Antifaschismus und der Pazifismus. Das erste Prinzip gebot die Intervention, um die Ausbreitung des Faschismus in einem weiteren Nachbarland Frankreichs zu unterbinden. Das zweite Prinzip hingegen gebot die Neutralität, um das Land nicht in einen Waffengang von unabsehbaren Ausmaßen zu verwickeln. Ministerpräsident Blum optierte zunächst für die Intervention, nahm jedoch davon Abstand, nachdem ihn die britische Regierung zur Neutralität gedrängt und sich eine innenpolitische Opposition gegen ein Eingreifen mobilisiert hatte.

Mit der nun ausgegebenen Leitlinie der «Nichtintervention» setzte sich der Regierungschef erneut zwischen alle Stühle. Denn bei den kommunistischen Bündnispartnern stieß sie auf vehemente Ablehnung, während sie von einzelnen Sozialisten hintertrieben wurde, indem sie heimliche Waffenlieferungen nach Spanien ermöglichten. Die rechte Opposition hingegen ließ es so erscheinen, als wenn die Sowjetunion und ihre französischen Handlanger die Regierung schließlich doch noch zu einem militärischen Eingreifen treiben würden. «Der Kommunismus bedeutet Krieg», lautete deswegen eine gegen die Volksfront gerichtete Parole.³⁷ Man vermutete, dass Stalin auf dem Wege eines Krieges und des damit entstehenden Chaos die kapitalistische Ordnung in Frankreich umstürzen wolle – so wie es 1917 in der bolschewistischen Revolution geschehen war. Aus dieser Furcht nährte sich eine rechtsradikale Kriegsablehnung, die im Faschismus der Nachbarländer keineswegs eine Bedrohung für Frankreich, sondern vielmehr einen wirksamen Schutz gegen die Ausbreitung des Sowjetkommunismus erblickte. «Lieber Hitler als Léon Blum», so äußerten eine Reihe von Exponenten der radikalen Rechten ihre Präferenz für den «Führer» Nazideutschlands.

Unterdessen bewirkte der spanische Bürgerkrieg bei dem französischen Ministerpräsidenten ein Umdenken, was die Verteidigungspolitik seines Landes anbelangte. Er kam zu dem Schluss, dass sich sein Land auf einen möglichen Angriff von außen vorbereiten musste, indem es mehr in seine Rüstung investierte. Im Herbst 1936 legte er einen auf vier Jahre angelegten Plan vor, der Investitionen in Höhe von mehr als 28 Milliarden Franc für die Modernisierung der Armee, die Herstellung von Panzern, Schiffen und Flugzeugen vorsah. Folglich stiegen im Jahre 1937 die Militärausgaben auf 25 Prozent des gesamten Staatshaushalts.³⁸ Mit der Entscheidung zur Aufrüstung schränkte Blum gleichzeitig seinen finanziellen Spielraum ein, so dass er im Februar 1937 eine «Pause» bei den sozialen Reformen und Hilfsprogrammen ankündigte. Damit enttäuschte und schmälerte

er wiederum seine innenpolitische Basis: Die Volksfront, so schien es vielen ihrer einstigen Protagonisten, hatte ihr ursprüngliches Programm veraten, indem sie nun mehr Geld für Kanonen als für Brot ausgeben wollte. So erklärte der Regierungssprecher Marceau Pivert im Frühjahr 1937 mit den folgenden Worten seinen Rücktritt: «Die Volksfront war nicht gegründet worden, um das Proletariat die Pille der Militärausgaben und der nationalen Einheit schlucken zu lassen. Nein! Ich werde kein stiller und ängstlicher Komplize sein.»³⁹

Im gleichen Zeitraum spitzte sich der Gegensatz zwischen Faschismus und Antifaschismus innerhalb Frankreichs immer mehr zu. Hatte es bis dahin nur Splitterparteien gegeben, die sich auf den Faschismus beriefen, entstand seit dem Juni 1936 in Form des «Parti populaire français» (PPF) eine erste Massenbewegung dieser Couleur. Ihr Anführer war Jacques Doriot, der Bürgermeister des Pariser Arbeitervororts Saint-Denis; ein einstiger Kommunist, der nach einem verlorenen innerparteilichen Machtkampf aus dem PCF ausgeschlossen worden war und nun als Volkstribun des extremen Nationalismus auftrat.⁴⁰ Das 1936 ausgesprochene gesetzliche Verbot der Ligen hatte wenig an der Wirksamkeit des rechtsextremen Nationalismus geändert. So hatten die Feuerkreuzler des Oberstleutnants de La Rocque sich als «Parti social français» neugegründet und machten nach wie vor mit paramilitärischen Aufmärschen die Hauptstadt unsicher. Und nach der Auflösung der Camelots du roi – der Liga der Action française – gab Charles Maurras weiterhin seine Zeitung heraus, die in der Volksfrontregierung das Resultat einer jüdisch-freimaurerischen Verschwörung sah.⁴¹ Seit der Dreyfus-Affäre hatte der Antisemitismus in Frankreich nicht mehr so viel Resonanz gefunden wie unter der Blum-Regierung, schlossen sich doch rechtsradikale Zeitungen wie «Gringoire» und «Je suis partout» den tagtäglichen Schmähungen gegen den jüdischen Ministerpräsidenten an. Antisemitische Publizisten verbreiteten die Falschinformation, dass ein hoher Prozentsatz der Kabinettsmitglieder und Verwaltungsspitzen der Volksfront Juden waren. «Seit einem Jahr steht Frankreich unter dem Joch einer fremden Nation», hieß es im September 1937 in der «Action française».⁴² Andere Regierungsmitglieder, wie den Innenminister Roger Salengro, bezichtigte man zu Unrecht, während des Krieges Fahnenflucht begangen zu haben. Deprimiert über die nicht zu stoppende rechtsradikale Pressekampagne nahm sich Salengro im November 1936 das Leben.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen hatten somit bereits den Charakter eines geistigen Bürgerkriegs angenommen, als es im Frühjahr 1937 zu einem blutigen Zusammenstoß kam. Der «Parti social français» hatte für den 16. März zu einer Kundgebung ausgerechnet in dem Arbei-

tervorort Clichy aufgerufen. Als sozialistische und kommunistische Gegen-demonstranten sich in Kämpfe mit den militanten Nationalisten verwickelten, schossen Polizisten in die Menge. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben und Hunderte wurden verletzt. Die Schüsse von Clichy bedeuteten ein Debakel für die Volksfrontregierung, waren doch unter den Opfern der Polizeikugeln auch linke Aktivisten. Léon Blum stand so als «Mörder der Arbeiter von Clichy» da, als welchen ihn Maurice Thorez bezeichnen sollte, und büßte so noch mehr von seinem bereits sehr angegriffenen Rückhalt im linken Lager ein.⁴³ Unterdessen war der Vertrauensverlust bei den ökonomisch-finanziellen Eliten nicht mehr wettzumachen. Ein gutes Jahr nach seinem Amtsantritt trat der erste sozialistische Regierungschef zurück, als der Senat ihm die Zustimmung zu einem finanziellen Sanierungsprogramm verweigerte.

Der Weg in den Zusammenbruch

Mit dem Rücktritt Léon Blums war die Volksfront als breitgefächertes Reformprojekt vorbei. Ungeachtet ihrer kurzen Dauer ist ihre historische Bedeutung nicht zu unterschätzen: Bis heute bleibt sie ein Modell der politischen Mobilisierung und des kollektiven Elans, der die Arbeiterschaft ein Stück mehr in die Republik integrierte. Mit Ausnahme eines dreiwöchigen Intermezzos im März/April 1938, in dem der Sozialistenchef noch einmal die Regierung anführte, übernahmen von nun an mit Camille Chautemps (Juni 1937 bis März 1938) und Edouard Daladier (seit April 1938) zwei Protagonisten der «Radikalen» die Führung der Exekutive. In ihrer Regierungszeit standen immer mehr die internationale Lage im Vordergrund und die Frage, wie man der wachsenden Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland gegenüberzutreten sollte.

Seit dem Versailler Friedensvertrag hatte die «deutsche Frage» ein Leitthema der französischen Außenpolitik gebildet. Das Verhältnis zum ehemaligen Kriegsgegner war ausschlaggebend, um die beiden zentralen Ziele der französischen Außenpolitik, nämlich die Friedenserhaltung in Europa sowie die Sicherheit der eigenen Nation, zu erreichen. Bis zur «Machtergreifung» der Nationalsozialisten hatte Frankreich zwei verschiedene Strategien entwickelt, um Frieden und Sicherheit zu garantieren. Die erste ist mit dem Namen Raymond Poincarés verbunden und bediente sich der Ausgrenzung, der Dominanz sowie des Zwanges gegenüber dem Nachbarland. Für die zweite Strategie steht Aristide Briand, der die Einbindung Deutschlands in ein System der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes verfolgte.⁴⁴

Für Poincaré hatte sich mit dem Kriegsende nichts geändert, was die

gegenüber Deutschland einzunehmende Haltung anbelangte: Dem Nachbarland musste grundsätzlich misstraut werden, insofern waren Vereinbarungen, die auf gutem Glauben beruhten, nichts wert. «Deutschland wird nichts ohne Zwang erfüllen. Dieser Zwang muss beständig sein und ohne Schwäche ausgeübt werden», so äußerte er im Sommer 1923.⁴⁵ Seine Deutschlandpolitik hatte ihren klarsten Ausdruck in der im Januar 1923 begonnenen Besetzung des Ruhrgebiets gefunden. Neben dem unmittelbaren Zweck, die für die eigene Wirtschaft und Finanzen notwendigen Reparationsleistungen einzutreiben, verfolgte sie viel weiter gehende Ziele: Poincaré versuchte mittels der Besetzung, jene territorialen Veränderungen zu erwirken, die Frankreich in Versailles nicht hatte durchsetzen können. Er wollte das Rhein- und Ruhrgebiet aus dem deutschen Staatsverband herauslösen, die Besetzung langfristig in ein französisches Protektorat umwandeln und auf diese Weise die Ostgrenze Frankreichs dauerhaft sichern.⁴⁶ Gemessen an diesem Maximalziel muss die Ruhrbesetzung als ein gescheitertes Projekt angesehen werden, konnte doch Frankreich bei seinen westlichen Alliierten keinerlei Unterstützung dafür gewinnen. Vielmehr erzeugten die Härten der französischen Okkupation internationales Mitgefühl; Großbritannien sah seine Rolle eher darin, zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln, als sich rückhaltlos auf die Seite seines Kriegsverbündeten zu stellen.⁴⁷ Frankreich musste einsehen, dass es nicht die Mittel hatte, um Europa seine Sichtweisen aufzuzwingen, und einwilligen, dass die deutschen Reparationsverpflichtungen unter Federführung des amerikanischen Bankiers Charles Dawes neu verhandelt wurden.

Mit der Regierungsübernahme des Cartel des gauches im Mai 1924 war Frankreich zu einer neuen, auf Verständigung mit dem einstigen Kriegsgegner ausgerichteten Strategie übergegangen. Streitfälle sollten, so die neue Sicherheitsdoktrin, künftig unter Beteiligung aller Betroffenen geschlichtet und vertraglich geregelt werden. Im Oktober 1924 verglich Ministerpräsident Edouard Herriot vor dem Völkerbund die friedliche Streitschlichtung (*arbitrage*), die Sicherheit und die Abrüstung mit den «drei tragenden Säulen eines Tempels».⁴⁸ Die friedliche Konfliktregelung sollte zur kollektiven Sicherheit führen, deren Dauerhaftigkeit allen Staaten die Abrüstung ermöglichen würde. Es oblag Aristide Briand, der seit 1925 als Außenminister fungierte, diese Prinzipien in Politik umzusetzen. In Locarno schloss er 1925 eine Reihe von vertraglichen Vereinbarungen, die Frankreichs Ostgrenze künftig garantieren sollten. Deutschland erkannte die Unverletzlichkeit seiner in Versailles gezogenen Grenzen mit Frankreich und Belgien ebenso wie die Entmilitarisierung des Rheinlands an. Alle drei Vertragspartner bekannten sich dazu, künftig ihre Differenzen nur noch friedlich zu

regeln. Großbritannien und Italien sollten als Garantiemächte über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen wachen. Da Deutschland nicht im gleichen Atemzug seine Ostgrenzen anerkannte, schloss Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge, in denen es sich gegenüber den beiden mitteleuropäischen Staaten zur Unterstützung im Falle eines Angriffs durch Deutschland verpflichtete.

Die Locarno-Verträge ebneten den Weg zum Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, den Briand als den endgültigen Schlussstrich unter die Feindseligkeit zwischen den beiden Nationen interpretierte. «Es ist Schluss mit den langen Trauerschleiern und nicht enden wollendem Leiden. Keine Kriege mehr, keine brutalen und blutigen Lösungen unserer Meinungsverschiedenheiten!», rief der Außenminister am 11. September 1926 vor dem Völkerbund aus. «Vorbei mit den Gewehren, den Granaten, den Kanonen! Platz der Verständigung, der Konfliktschlichtung, dem Frieden!»⁴⁹ Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1926 an Briand und sein Pendant Gustav Stresemann krönte das Werk dieses ersten deutsch-französischen «Paares».⁵⁰ Das Ansehen des Außenministers in der Öffentlichkeit erreichte seinen Höhepunkt, als Frankreich, Deutschland, die USA und Großbritannien mit elf weiteren Staaten 1928 in Paris den sogenannten Kellogg-Briand-Pakt unterzeichneten, in dem sie auf den Krieg als Mittel der Politik fortan verzichteten. Ein Jahr später schlug der als «Pilger und Apostel des Friedens» verehrte Briand den europäischen Staaten eine «Föderation» mit gemeinschaftlichen Institutionen vor, in der sie eine vertiefte politische Kooperation bis hin zur Zollunion verwirklichen sollten.⁵¹ Die von ihm geprägte Ära bewies somit, dass der Rahmen des Versailler Vertrags durchaus eine konstruktive französisch-deutsche Zusammenarbeit gestattete.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland wurde die Strategie der kollektiven Sicherheit hinfällig: Adolf Hitler hatte keinen Zweifel daran gelassen, dass er einen neuerlichen Waffengang mit Frankreich für notwendig hielt, um die Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft zu erzielen. Bereits im Oktober 1933 verließ Deutschland den Völkerbund sowie die seit 1932 tagende Genfer Abrüstungskonferenz und machte somit deutlich, dass es seine Wiederbewaffnung ohne internationale Abstimmung durchsetzen wollte. Unter dem Außenminister Louis Barthou versuchte die französische Regierung, durch eine Strategie der Einkreisung die deutsche Gefahr einzudämmen. In diesem Zuge näherte sich Frankreich der Sowjetunion an, die 1934 in den Völkerbund aufgenommen wurde, und schloss mit den Mächten der sogenannten «Petite Entente» – Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien – Schutzvereinbarungen ab. Im Mai 1935 wurde ein französisch-sowjetischer Pakt un-

terzeichnet, in dem beide Vertragspartner einander «Hilfe und Unterstützung» zusagten, falls sie von einem anderen europäischen Staat angegriffen würden.

Doch als Deutschland erste konkrete Schritte unternahm, die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu revidieren, blieb eine abschreckende französische Antwort aus. So stieß die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland im März 1935 zwar auf verbalen Protest, jeglicher politischer Druck wurde jedoch vermieden. Ein Jahr später, am 7. März 1936, nahm Hitler die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes zum Anlass, deutsche Truppen ins Rheinland zu schicken. Deutschland stellte dies als Maßnahme zum Schutz des nationalen Territoriums dar, welches durch die Allianz der westlichen und östlichen Nachbarn bedroht sei. Allerdings handelte es sich dabei um eine klare Verletzung des Versailler Vertrages, und der in Locarno geschlossene «Rheinpakt» hätte es Frankreich zusammen mit den Garantiemächten Großbritannien und Italien gestattet, militärisch dagegen vorzugehen.⁵² Regierungschef Albert Sarraut rief den Völkerbund an und hielt eine energische Rundfunkrede, in der er das deutsche Handeln als ein «Attentat auf das internationale Vertrauen, den Glauben in die Verträge, die Organisation des Friedens» qualifizierte. «Wir haben nicht die Absicht, Strasbourg unter deutschem Kanonenfeuer zu lassen», rief er seinen Landsleuten zu.⁵³ Doch im Ergebnis blieb es bei diesen markigen Worten; konkrete Aktionen, Deutschland zu einem Rückzug aus dem Rheinland zu bewegen, blieben dagegen aus. Dafür sind mehrere Gründe verantwortlich zu machen: So befand sich das Land gerade im Wahlkampf, was die ohnehin schon komplizierte Konsensfindung in der zerklüfteten politischen Landschaft der 1930er Jahre zusätzlich erschwerte. Auch erschien den zentralen Akteuren eine militärische Aktion, die einen neuerlichen Krieg mit Deutschland riskierte, innenpolitisch kaum durchsetzbar, war doch der Pazifismus ein in der Bevölkerung weit verbreitetes Credo. «Alles, bloß keinen Krieg», war die nahezu einmütige Reaktion in der veröffentlichten Meinung, nachdem Deutschland das Rheinland remilitariert hatte.⁵⁴ Ebenso war die Militärführung nur unzureichend auf ein offensives Eingreifen auf deutschem Territorium vorbereitet. Denn sie verfolgte eine ausschließlich auf die Landesverteidigung im Falle eines Angriffs ausgerichtete Strategie. Seit 1929 hatte man eine nach dem damaligen Kriegsminister André Maginot benannte Linie von Grenzbefestigungen errichtet, welche die Westgrenze des Landes möglichst lückenlos von Belgien bis hin zu den Seealpen schützen sollte. Für einen Verteidigungsfall, der eine schnelle Intervention außerhalb der eigenen Grenzen miteinschloss, hatte der französische Generalstab keine Strategie parat. Und

schließlich war Großbritannien keineswegs dafür zu gewinnen, sich an einer Intervention gegen Deutschland zu beteiligen. Dort sah man die Remilitarisierung des Rheinlands als eine Angelegenheit an, die lediglich deutsches Staatsgebiet betraf und somit die Sicherheitslage Europas nicht dramatisch veränderte.

Die passive französische Reaktion auf die Remilitarisierung des Rheinlands offenbarte, dass die beiden Hauptziele der französischen Außenpolitik, nämlich die nationale Sicherheit und die Friedenserhaltung, künftig in Widerspruch zueinander standen. Im März 1936 hatte man für den Frieden optiert, dafür aber die wichtigste Sicherheitsgarantie des Versailler Vertrags geopfert. Nicht nur standen künftig deutsche Truppen an der eigenen Ostgrenze, auch hatte man seine Glaubwürdigkeit gegenüber seinen Verbündeten in Mitteleuropa gefährdet, beruhte doch die Sicherheitsgarantie, die Frankreich seinen mitteleuropäischen Partnern gegeben hatte, auf der Entmilitarisierung des deutschen Westens. Denn im Falle einer deutschen Aggression gegen seine östlichen Nachbarn hätte Frankreich in die offene westliche Flanke des früheren Kriegsgegners stoßen können und auf diese Weise seinen Alliierten Schützenhilfe geleistet. Seit dem März 1936 war dieses Kalkül hinfällig geworden.

Bis in die Gegenwart ist viel darüber diskutiert worden, ob Frankreich damals die letzte Chance verpasst hat, Nazideutschland in seine Schranken zu weisen und gegen dessen weiteres expansives Vorgehen vorzubeugen. Denn das deutsche Militär war damals noch nicht so weit aufgerüstet, dass es einer französischen Intervention hätte standhalten können, weshalb Hitler unter diesen Umständen vermutlich den Rückzug der eigenen Truppen angeordnet hätte. In jedem Falle begab sich Frankreich mit dem März 1936 auf einen außenpolitischen Pfad, den es bis 1939 nicht mehr verlassen sollte: Von nun an war nicht mehr von der Eindämmung des bedrohlichen Nachbarn die Rede, sondern man war auf die britische Taktik des *appeasement* eingeschwenkt. Diese beinhaltete, dass man Deutschland zu besänftigen suchte, indem man seinen Forderungen begrenzt entgegenkam. Sie beruhte auf dem Kalkül, dass eine friedliche Koexistenz mit Deutschland möglich war, sobald seine Bedürfnisse nach Gleichberechtigung und territorialen Zugewinnen saturiert waren. Auch versuchte man so, Zeit zu gewinnen, um langfristig dem Unruhestifter mit Stärke gegenüberzutreten zu können.⁵⁵ Allerdings muss betont werden, dass man in Großbritannien dem *appeasement* einen anderen Wert zumaß als in Frankreich. Seitens des Vereinigten Königreichs ging die Beschwichtigungspolitik von der Einschätzung aus, dass der Versailler Vertrag zu hart mit Deutschland ins Gericht gegangen war und deshalb manche von

dessen Forderungen durchaus ihre Berechtigung hatten. Außerdem stand das Entgegenkommen gegenüber anderen Mächten in der Tradition der britischen Außenpolitik, die sich stets dieses Mittels bedient hatte, um ihre Interessen zu verfolgen und das «Konzert» der europäischen Mächte zu erhalten. «Ohne Appeasement wäre das britische Empire nicht entstanden», stellt Franz-Josef Brüggemeier fest.⁵⁶ Für Frankreich hingegen kam die Beschwichtigungspolitik einer *ultima ratio* gleich, um das System der kollektiven Sicherheit angesichts seiner Bedrohung durch Deutschland zu retten. Sie konnte somit nie mehr als ein Notbehelf sein, der stets das Eingeständnis beinhaltet, dass man zu einer Politik der Stärke nicht in der Lage war.⁵⁷

Als Sinnbild des *appeasement* gilt bis heute das am 30. September 1938 geschlossene Münchner Abkommen. Ihm vorausgegangen war die sogenannte Sudetenkrise, die nationalistische Agitation unter den deutschstämmigen Bewohnern der Tschechoslowakei. Inspiriert vom «Anschluss» Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938, angestachelt von ihrem Führer Konrad Henlein und ermutigt von Adolf Hitler forderten die Sudenteutschen die Abtrennung der von ihnen mehrheitlich bewohnten Gebiete von der Tschechoslowakei. Die dadurch ausbrechende internationale Krise versuchte der britische Premierminister Neville Chamberlain ganz im Sinne des *appeasement* durch direkte Unterredungen mit Hitler zu entschärfen. Als ein erster Verhandlungsversuch scheiterte und der deutsche Reichskanzler ankündigte, am 1. Oktober 1938 militärisch einzugreifen und die mehrheitlich von Deutschstämmigen bewohnten Gebiete zu annectieren, mobilisierte Frankreich einen Teil seiner Reservisten und Großbritannien seine Flotte. Um den scheinbar unmittelbar bevorstehenden Krieg doch noch zu vermeiden, wurde in München eine Viermächtekonferenz einberufen, an der neben dem französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier Neville Chamberlain, Adolf Hitler und Benito Mussolini teilnahmen. Ohne Beteiligung der Prager Regierung handelte das Quartett ein Abkommen aus, das faktisch die Auflösung des tschechoslowakischen Staatsverbands bedeutete, indem ca. 20 Prozent des Territoriums mit drei Millionen Einwohnern, den westlichen Grenzbefestigungen und den wichtigsten industriellen Ressourcen des Landes an Deutschland fielen.

Als Edouard Daladier seine Heimreise antrat, erwartete er einen äußerst unfreundlichen Empfang in Paris, hatte er doch den deutschen Drohungen stattgegeben, ohne irgendwelche Gegenleistungen zu erhalten. Doch kam es anders: «Anstelle von Buhrufen und Pfeifen schallten uns Ovationen entgegen, eine riesige Welle des Jubelns», erinnerte sich ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten.⁵⁸ In der Tat war die große Mehrheit der Franzosen

im höchsten Maße erleichtert über den Abschluss des Münchner Abkommens, erschien doch ein neuerlicher Krieg den meisten Bürgern als eine völlig unerträgliche Vorstellung. Die erste in Frankreich nach modernen, aus den USA importierten Methoden durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage ergab, dass 57 Prozent der Befragten das Abkommen unterstützten.⁵⁹

Doch unter den politischen Akteuren entstand nun eine heftige Debatte darüber, ob das Abkommen mit Hitler der richtige Schritt gewesen war. Auf der einen Seite standen die *anti-munichois*, die «Anti-Münchner», die der Meinung waren, dass man in seinem Entgegenkommen gegenüber Hitler zu weit gegangen war und für die Erhaltung eines prekären Friedens einen zu hohen Preis gezahlt hatte.⁶⁰ So ging die Kommunistische Partei geschlossen in die Opposition gegen das Abkommen, ebenso wie große Teile des Gewerkschaftsbundes CGT. Auf der Rechten gab es nur wenige entschiedene «Anti-Münchner», während sich unter den Sozialisten immerhin eine starke Minderheit gegen die Vereinbarung aussprach. Zu den *munichois*, den Befürwortern des Abkommens, zählten hingegen der Großteil der «Radikalen» und der Rechten sowie die Mehrheit der Sozialisten. Sie hatten für ihre Haltung unterschiedliche Motive: Einige unter ihnen glaubten ernsthaft an die Möglichkeit vertraglicher Regelungen mit Hitler und eines dauerhaften Friedens mit ihm. Andere Stimmen sahen in München eine dringend notwendige Atempause, um sich auf kommende Kraftproben mit Deutschland besser vorzubereiten, während Exponenten der äußersten Rechten in der Zusammenarbeit mit Deutschland ein wirksames Bollwerk gegen den Bolschewismus erblickten. Zahlreiche Stellungnahmen schwankten hingegen zwischen Zustimmung und Ablehnung, indem sie widersprüchliche Gefühle über den Handel mit Hitler ausdrückten. Beispielhaft hierfür kann Léon Blums Äußerung in der sozialistischen Zeitung «Le Populaire» gelten, er fühle sich zwischen «einer feigen Erleichterung und der Schande» hin- und hergerissen.⁶¹ Denn Frankreich hatte nicht nur einem Tyrannen nachgegeben, sondern auch seinen tschechoslowakischen Verbündeten, dem es in einem 1925 geschlossenen Pakt die Integrität seines Territoriums garantiert hatte, verraten. Darüber hinaus hatte man die erst zwei Jahre zuvor ratifizierte Allianz mit der Sowjetunion missachtet, die zur Münchner Konferenz gar nicht erst hinzugeladen war.

Aus der Rückschau sind zahlreiche Stimmen mit den damaligen politischen Verantwortlichen hart ins Gericht gegangen, indem sie ihnen eine Mitschuld an den Ereignissen der Jahre 1939–45 zugesprochen haben: Wenn Frankreich und Großbritannien interveniert anstatt nachgegeben hätten, wären der deutschen Expansionsgier Grenzen gesetzt und somit

die Katastrophe vermieden worden. Daladier gilt aus dieser Perspektive als Repräsentant des defätistischen «Geistes von München», der die Kollaboration nach 1940 präfigurierte und seitdem die europäische Geschichte überschattet. «Die in Verlegenheit geratene zivilisierte Welt hat dem Druck der plötzlich wiedergekehrten zähnefletschenden Barbarei nichts entgegensetzen als Nachgiebigkeit und Lächeln,» schrieb Alexander Solschenizyn in seiner Nobelpreisrede 1970. «Der Geist von München ist der tägliche Zustand derer, die sich der Sucht des Wohllebens um jeden Preis ergeben haben, dem materiellen Wohlergehen als dem höchsten Ziel des Erdenlebens.»⁶²

Gegenüber diesen Einschätzungen muss festgehalten werden, dass ein Krieg für die Integrität der Tschechoslowakei im damaligen Frankreich innenpolitisch kaum durchsetzbar gewesen wäre. In den vorangegangenen Jahren hatte sich bei zahlreichen Franzosen eine immer kategorischere Ablehnung jeglicher Kriegführung verbreitet. Für kaum ein Ideal erschien es ihnen wert, einen Waffengang und das Sterben ungezählter Soldaten zu riskieren. Die bereits erwähnte, nach München abgehaltene Meinungsumfrage ergab, dass für 73 Prozent der Befragten ein neuerlicher Krieg «die Zerstörung der Zivilisation» bedeutete.⁶³ Im Rückblick wirkten die Jahre 1914–18 für viele wie ein gänzlich sinnloses Massensterben, das der Unzulänglichkeit der damaligen politischen Eliten zuzurechnen war. Symbolisch für diese Sichtweise kann der 1937 gedrehte Weltkriegsfilm «La grande illusion» von Jean Renoir gelten, dem umgehend ein großer Publikumserfolg beschert war. Er feierte supranationale Solidarität und individuelle Humanität, indem er zeigte, wie zwei französische Soldaten aus deutscher Gefangenschaft fliehen, bei einer deutschen Frau Hilfe und Versteck finden, bevor sie schließlich in die Schweiz entkommen. Einem deutschen Wachsoldaten, der es unterlässt, auf die Fliehenden zu zielen, sind die letzten Worte des Filmes vorbehalten. «Schieß nicht auf sie – gleich sind sie in der Schweiz, umso besser für sie.»⁶⁴

Im Ergebnis wiederholte Frankreich mit dem Münchner Abkommen die Erfahrung, die es bereits 1936 bei der Remilitarisierung des Rheinlandes gemacht hatte: Das Land erkaufte sich den Erhalt des Friedens, indem es die Grundpfeiler des eigenen Sicherheitssystems schwächte. Dieses beruhte wesentlich auf den Allianzen, die man mit den östlichen Nachbarn Deutschlands geschlossen hatte. Mit seinem Einknicken vor Hitler in München büßte Frankreich endgültig seine Glaubwürdigkeit als Bündnispartner und Schutzmacht ein, woraufhin die betroffenen Staaten sich logischerweise nach anderen Allianzoptionen umsahen. Tatsächlich schuf man mit dem Abkommen vom 30. September 1938 keinen Frieden, son-

dern lediglich eine kurze Ruhepause. Denn bereits im März 1939 brach Hitler diese, indem er den Rest der Tschechoslowakei unter seine Kuratel stellte. Eine kurz danach abgehaltene Meinungsumfrage machte allerdings sichtbar, dass die französische Bevölkerung mehrheitlich immer noch nicht mit einem Krieg rechnen wollte: Nur 37 Prozent hielten einen Krieg mit Deutschland in naher Zukunft für wahrscheinlich.⁶⁵

Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei unternahm die Daladier-Regierung noch einmal einen Versuch, einen östlichen Riegel gegen das Deutsche Reich zu errichten. So erhielt Polen eine französische Sicherheitsgarantie; und mit der Türkei schloss man im Juni 1939 ein gegenseitiges Hilfsabkommen. Allerdings blieben die Verhandlungen um ein britisch-französisch-sowjetisches Defensivbündnis gegen Deutschland stecken, zum einen, weil die Briten sich nur schwer dazu durchringen konnten, die Sowjetunion als gleichwertigen Partner anzuerkennen, zum anderen, weil ein zentraler Punkt nicht geregelt werden konnte: Die Sowjetunion forderte das Recht, im Falle einer deutschen Aggression durch polnisches und rumänisches Territorium marschieren zu dürfen. Frankreich wollte das Bündnis jedoch nicht unterzeichnen, solange es mit seinen mitteleuropäischen Verbündeten diese Frage nicht geklärt hatte. Als Daladier schließlich bereit war, auch ohne polnisches und rumänisches Placet zu unterschreiben, war es bereits zu spät, hatte sich doch die sowjetische Führung in der Zwischenzeit nach einem anderen Partner umgesehen. Am 23. August unterzeichnete sie mit Deutschland den Nichtangriffspakt, der in einem geheimen Zusatzprotokoll die künftige Aufteilung Nordosteuropas unter den beiden Mächten vorsah.

Unterdessen hatte sich in der französischen öffentlichen Meinung eine zunächst langsame, dann immer entschiedener Abkehr von der grundsätzlichen Zurückweisung eines Krieges vollzogen. Immer mehr Menschen gewannen die Überzeugung, dass die bisherige Konzessionspolitik gegenüber Hitler die eigene Sicherheit nicht stabilisiert, sondern geschwächt hatte. Das Gefühl der Bedrohung durch Deutschland wuchs, so dass sich die Bewertung eines wahrscheinlich kommenden Krieges wandelte: Dieser erschien nun nicht mehr als eine Intervention im Dienste politisch-moralischer Werte oder als die Hilfsleistung für ferne Verbündete, sondern als die Verteidigung der eigenen territorialen Integrität. Schließlich war es die Nachricht von dem deutsch-sowjetischen Bündnis, die im August 1939 dem Pazifismus als parteiübergreifende politische Mentalität den entscheidenden Schlag versetzte und der Kriegsbereitschaft breite Legitimität verlieh. Wer bislang für einen Ausgleich mit Hitler eingetreten war, um den Bolschewismus abzuwehren, wurde durch den Pakt des faschistischen mit

dem kommunistischen Diktator eines Besseren belehrt. Und wer sich zuvor für eine entschlossene Eindämmung Nazideutschlands stark gemacht hatte, konnte nun nicht mehr als Handlanger Moskaus diffamiert werden.⁶⁶ So erklärt sich, dass die überzeugten Pazifisten nur noch eine kleine Minderheit darstellten, als Hitler mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg begann. Die Mobilisierung nach der französischen Kriegserklärung an Deutschland vom 2. September verlief ohne signifikante Proteste. Die Präfekten berichteten von einer «stummen Entschlossenheit» der Bevölkerung, die sich resigniert in die Notwendigkeit fügte, erneut gegen das expansive Nachbarland die Waffen zu erheben.⁶⁷

Doch bedeutete die Mobilisierung keineswegs den Beginn von Kampfhandlungen, wie es 1914 der Fall gewesen war. Weder intervenierten französische Einheiten in den deutsch-polnischen Krieg, noch griffen sie den Nachbarn an dessen westlicher Grenze an – sieht man einmal von einer kurzen, nach wenigen Tagen wieder abgebrochenen Invasion ins Saargebiet ab, bei der sie auf praktisch keinen deutschen Widerstand stießen. Die Militärführung fürchtete, bei einem Angriff wieder in einen endlosen Stellungskrieg zu geraten, so dass sich die Soldaten hinter der Maginot-Linie verschanzten. «Unser Interesse ist es, zu warten», definierte Regierungschef Edouard Daladier die Strategie Frankreichs.⁶⁸ Es begann die *drôle de guerre*, wie man in Frankreich die Monate nennt, in denen man sich zwar rechtlich im Kriegszustand befand, dieser aber faktisch nicht stattfand. Man hoffte, dass das durch eine Handelsblockade von wichtigen Lieferungen abgeschnittene Deutschland auf längere Sicht aufgeben müsse und somit ein verlustreicher Kampf vermieden würde.

Die weitgehende Einmütigkeit im Umfeld der Mobilisierung hielt nur wenige Tage an. Denn die Kommunistische Partei musste auf Anweisung Moskaus aus dem nationalen Konsens ausscheren und sich gegen die französische Kriegsteilnahme positionieren. Die französischen Kommunisten waren von dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts völlig überrascht worden und hatten zunächst daraus keine Konsequenzen für ihre nationale Politik gezogen, indem sie den Kriegskrediten zugestimmt sowie dem Einberufungsbefehl Folge geleistet hatten. Doch eine gute Woche nach der französischen Kriegserklärung kamen neue Direktiven aus Moskau: Die Kommunisten sollten die antifaschistische Linie verlassen und den Krieg als Produkt des Imperialismus verurteilen. Die Kommunistische Partei kam für die Daladier-Regierung nun einem Verbündeten Nazideutschlands gleich und wurde am 26. September verboten. Auf Geheiß der Komintern floh Parteichef Maurice Thorez umgehend nach Moskau, woraufhin ein französisches Gericht ihn als Deserteur zu einer sechsjährigen Haft

verurteilte. Von nun an konnten die Kommunisten nur noch als Untergrundorganisation weiterexistieren. Für die französische Gesellschaft hatten der von Moskau befohlene Defätismus der Kommunisten und ihre daraufhin einsetzende Verfolgung gravierende Folgen, fiel doch damit eine starke Arbeiterpartei als Stützpfeiler des Systems aus. Ebenso verschoben sich so auf nachteilige Weise die Prioritäten der Daladier-Regierung, die nun viel zu viel Energie auf die Unterdrückung der Kommunisten verwandte, anstatt sich ganz auf die Bekämpfung des äußeren Feindes zu konzentrieren. So wurden 44 ehemalige kommunistische Parlamentsabgeordnete zu fünf Jahren Gefängnis und Verlust ihrer Bürgerrechte verurteilt.⁶⁹

Je länger der Sitzkrieg dauerte, desto fataler waren seine Auswirkungen auf die Stimmung in der französischen Gesellschaft. Die Militärführung hatte kein klares Kriegsziel definiert, weshalb umgehend die Frage nach dem Sinn des scheinbar endlosen, langweiligen Wartens in den Grenzbefestigungen aufkam. «Der Krieg war noch nie so unfassbar wie in diesen Tagen», schrieb der Soldat Jean-Paul Sartre in sein Tagebuch. «Er fehlt mir, denn wenn er nicht existiert, was zum Teufel mache ich hier?»⁷⁰ Auch begann, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, eine Debatte über die gerechte Verteilung der Kriegslasten unter den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Ebenso bewirkte die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, dass erneut Dissonanzen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Lagern auftraten. Was die mentale Lage des Landes anbelangte, war der Beginn des Jahres 1940 daher durchaus vergleichbar mit dem Krisenjahr 1917. Die innere Einheit der Franzosen war somit bereits stark erodiert, als es am 10. Mai 1940 schließlich zum deutschen Angriff kam.⁷¹

DRITTER TEIL

Vom Zusammenbruch zur Dekolonisierung 1940–1962

Die Niederlage Frankreichs nach dem deutschen Angriff vom 10. Mai 1940 geschah in erschreckender und für die Zeitgenossen unfassbarer Geschwindigkeit. Nach nur wenigen Tagen lag das Land, das gut zwanzig Jahre zuvor den Weltkrieg gewonnen hatte und über eine der stärksten Armeen der Welt verfügte, am Boden. Die Befestigungen der Maginot-Linie, die man zehn Jahre zuvor errichtet hatte und für unüberwindbar hielt, boten keinen Schutz. Denn Deutschland verfügte über moderne Waffen und Taktiken, die diese wirkungslos machten: Anstatt Frankreich an seiner befestigten Westgrenze anzugreifen, rückte das deutsche Militär durch die Niederlande und Belgien vor, überwand mithilfe seiner Panzer die Ardennen und bereitete mit Kampfflugzeugen das Eindringen der Truppen vor. Die überalterte französische Militärführung hatte ihre Strategien anhand der Erfahrungen des Stellungskriegs 1914–1918 entwickelt, so dass sie auf den von schnellen, überraschenden Truppenbewegungen gekennzeichneten «Blitzkrieg» Deutschlands nicht zu reagieren vermochte. Bereits nach wenigen Tagen hatten die Angreifer einen Keil in die französische Verteidigung getrieben und über 300 000 Soldaten des britischen Expeditionskorps bei Düнкirchen eingeschlossen. Zwar konnten diese über den Kanal nach Großbritannien gerettet werden, doch begann im gleichen Atemzug die entscheidende deutsche Offensive in den Norden Frankreichs. Nachdem am 8./9. Juni die französischen Verteidigungslinien gefallen waren, begann der generelle Rückzug, so dass am 14. Juni 1940 die Deutschen in die Hauptstadt einrückten.¹

Der Zusammenbruch Frankreichs unter dem deutschen Angriff muss als ein dreifacher Auflösungsprozess, nämlich des Militärs, der Zivilgesellschaft und der politischen Führung, verstanden werden. Zahlreiche Einheiten des Militärs hatten bereits mehrere Tage vor der offiziellen Einstellung der Kampfhandlungen den Krieg aufgegeben und sich in einer chaotischen Fluchtbewegung praktisch aufgelöst. Ca. 1,85 Millionen Soldaten kamen in deutsche Kriegsgefangenschaft; 92 000 waren in der Schlacht um Frankreich gefallen. Gleichzeitig entschieden sich zahllose Zivilisten angesichts

des deutschen Angriffs dazu, umgehend ihr Zuhause zu verlassen. In den ersten Junitagen des Jahres 1940 befanden sich über acht Millionen Franzosen auf der Flucht. Manche konnten in völlig überladenen Autos fliehen, andere auf Pferdewagen oder Fahrrädern, während unzählige Menschen sich zu Fuß, mit ein paar Habseligkeiten eilig auf Kinderwagen oder Schubkarren verpackt, auf die Straßen begaben. Für viele wurde die Flucht zu einer traumatischen Erfahrung, mussten sie doch ständig vor deutschen Kampfflugzeugen Schutz in Straßengräben suchen und mitansehen, wie ihre Begleiter vom Kugelhagel getroffen wurden. Andere waren schon vorher, aufgrund der Nachrichten vom Vorrücken der Deutschen, vorsichtshalber geflohen. In den Städten und Dörfern des Westens fanden manche Menschen prekäre Unterkünfte, andere irrten ziellos durch die Straßen, wie etwa ca. 200 000 Flüchtlinge in der Kleinstadt Limoges.² Als die Deutschen in Paris eindringen, fanden sie eine Hauptstadt vor, die von zwei Dritteln ihrer Bewohner verlassen worden war. Auf diese Weise kam es in den ersten Junitagen des Jahres 1940 zu einer beispiellosen Massenpanik, in der Regeln und Gesetze nicht mehr galten, geplündert und Gewalt ausgeübt wurde, zumal viele Ordnungskräfte und lokale politische Amtsträger ebenfalls das Weite gesucht hatten.

Entscheidend für die Zukunft des Landes war allerdings die Haltung der politischen Führung. An ihrer Spitze stand seit dem 21. März 1940 Paul Reynaud, ein Politiker der gemäßigten Rechten, der sich in den 1930er Jahren für eine Modernisierung der Armee und ihrer Strategie stark gemacht hatte. Um die Autorität seiner Regierung zu stärken, hatte er kurz nach Beginn des deutschen Angriffs einen lebenden Weltkriegsmythos, nämlich Marschall Philippe Pétain, zum Vize-Ministerpräsidenten ernannt. Der damals als Botschafter im Spanien Francos dienende 84-jährige «Retter von Verdun» sollte den entmutigten Franzosen Vertrauen und Hoffnung spenden. Bei seiner nächsten Kabinettsumbildung am 4. Juni 1940 berief Reynaud einen weiteren General in seine Regierung, der fortan zum großen Antipoden Pétains werden sollte: Charles de Gaulle. In den ersten Kriegswochen gelang es dem Ministerpräsidenten noch, die innere Einheit seines Kabinetts zu bewahren. Doch nachdem die Frontlinie zusammengebrochen war und die Regierung Paris verlassen musste, spaltete sie sich in zwei Lager: auf der einen Seite diejenigen wie Pétain und der Oberbefehlshaber der Armee, General Maxime Weygand, die dafür eintraten, Hitler um einen Waffenstillstand zu bitten; auf der anderen diejenigen wie de Gaulle, die Frankreich unter allen Umständen im Krieg halten wollten.³ Churchills Gesandter in Frankreich, Edward Spears, nannte die einen die «Defätisten» und die anderen die «Nicht-Defätisten».⁴ Innenminister Georges Mandel sprach

kurzerhand von den «Weichen» und den «Harten», zu denen er sich selber zählte. Verteilt auf mehrere Schlösser im Tal der Loire versuchten beide Lager, einen möglichst großen Einfluss auf den Regierungschef zu erlangen, der von seinen Überzeugungen her eigentlich den «Harten» nahestand, dessen einflussreiche Mätresse Hélène de Portes ihn aber dazu drängte, auf die Defätisten um Pétain zu hören.⁵ Während diese den Krieg auch für den britischen Verbündeten für verloren hielten und Frankreichs Interesse darin sahen, so bald wie möglich mit Deutschland einig zu werden, schlugen die «Nicht-Defätisten» verschiedene Wege vor, wie man weiterkämpfen konnte. So war der *reduit breton*, der Rückzug aller Truppen auf die bretonische Halbinsel, im Gespräch ebenso wie eine Verlagerung von Regierung und Armee ins französische Nordafrika. Waren die «Harten» somit bereit, das Mutterland dem Feind zu überlassen, verkündete Pétain feierlich, er werde den Boden Frankreichs unter keinen Umständen verlassen. Da angesichts der chaotischen Umstände das Parlament nicht einberufen werden konnte, vollzog sich die Entscheidungsfindung innerhalb einer Gruppe von nicht mehr als 20 Menschen. Am 16. Juni 1940 kam die Partie zum Ende: Im letzten Moment noch hatte Winston Churchill der französischen Regierung den kühnen Vorschlag einer franko-britischen Staats- und Militärunion unterbreitet, um die Defätisten in die Enge zu treiben. Doch im Kabinett, das sich mittlerweile nach Bordeaux hatte zurückziehen müssen, hatten die «Weichen» die Oberhand gewonnen. Paul Reynaud erklärte am Abend seinen Rücktritt, und sein Nachfolger Philippe Pétain rief am folgenden Tag über das Radio seinen Landsleuten zu: «Mit beklommenem Herzen sehe ich mich heute gezwungen, Euch zu sagen: Der Kampf muss aufgegeben werden.»⁶

Indem der neue Ministerpräsident im Namen der Regierung bei Hitler um einen *Waffenstillstand* nachsuchte, entschied er sich bewusst gegen eine *Kapitulation* der Truppen, für die primär das Militär Verantwortung getragen hätte. Nach seinem Kalkül sollte die Schuld für die Niederlage allein auf die alte politische Führung abgewälzt werden, während die Armee möglichst unbefleckt aus dem Fiasko hervorgehen und die Basis einer Erneuerung Frankreichs um konservative Werte herum bilden sollte. Seine Hoffnung auf eine «ehrvolle» Beendigung der Feindseligkeiten «unter Soldaten» wurde jedoch enttäuscht, denn die von Deutschland diktierten Waffenstillstandsbedingungen waren drakonisch: Ungefähr zwei Drittel des Landes, nämlich der gesamte Norden bis jenseits der Loire sowie die Atlantikküste, kamen unter deutsche Besatzung, deren Kosten Frankreich zu tragen hatte. Deutschland sicherte sich somit den Zugriff auf die wichtigsten industriellen Ressourcen des Landes ebenso wie die Kontrolle

seiner maritimen Grenzen. Frankreichs Armee durfte künftig nur noch 100 000 Soldaten umfassen, während seine Marine unangetastet blieb. Alle nach Frankreich geflohenen Gegner des Naziregimes mussten gemäß einer von der Besatzungsmacht erstellten Liste ausgeliefert werden.⁷ Die 1,85 Millionen Kriegsgefangenen wurden nach Deutschland verbracht; gewissermaßen als Geiseln für das Wohlverhalten des besiegten Landes. Adolf Hitler hatte die Unterzeichnung des Waffenstillstands am 22. Juni 1940 sorgfältig als Revanche für die Schmach von 1918 inszenieren lassen: Den Eisenbahnwagon, in dem 22 Jahre zuvor die deutschen Vertreter den Waffenstillstand des Ersten Weltkriegs hatten unterzeichnen müssen, ließ er aus einem Museum holen und an denselben Platz in einer Waldlichtung bei Compiègne stellen. Diese hochsymbolische Ortswahl feierte die Präambel als den «Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit», mit dem «einmal für immer eine Erinnerung» gelöscht werde, «die für Frankreich kein Ruhmesblatt seiner Geschichte» sei, «vom deutschen Volke aber als tiefste Schande aller Zeiten empfunden» werde.⁸

9. Die zerstörte Einheit

Erlebte das nationalsozialistische Deutschland somit diesen Tag als seinen bisher größten Triumph, so kam er für Frankreich einer «Stunde Null» gleich. Die Unterzeichnung des Waffenstillstands war nicht nur die schlimmste Demütigung, sondern auch der schärfste Kontinuitätsbruch, den das Land in seiner Geschichte erfahren hat. Denn mit dem 22. Juni 1940 endete fürs Erste die territoriale und politische Einheit, die über Jahrhunderte errungen worden war und als eines der höchsten nationalen Güter empfunden wurde. Faktisch wurde Frankreich in fünf verschiedene Gebiete mit jeweils unterschiedlicher politischer Verfasstheit zerstückelt. Während eine Demarkationslinie die Bewohner der besetzten nördlichen von denen der unbesetzten südlichen Zone trennte, wurde Elsass-Lothringen erneut von Deutschland annektiert. Darüber hinaus wurden die nordöstlichen Départements Pas-de-Calais und Nord ausgegliedert, indem man sie dem deutschen Militärbefehlshaber in Belgien unterstellte. Westlich davon grenzten die Besatzer eine ca. 100 Kilometer breite, sich von der Nordsee bis zum Genfer See erstreckende «verbotene Zone» ab, in welche die zuvor geflohenen Bewohner vorerst nicht zurückkehren durften und wo künftig deutsche Landwirte angesiedelt werden sollten. Und schließlich hatte sich Hitlers Bündnispartner Italien im Südosten eine kleine Besatzungszone entlang der Alpengrenze mit der Küstenstadt Menton gesichert.

Es ist insofern berechtigt, vom Juni 1940 als einem Trauma im Sinne einer tiefen Wunde in der kollektiven Identität der Franzosen zu sprechen. Zugleich war die Niederlage lediglich der Auftakt zu weiteren traumatischen Erfahrungen. Denn die Einstellung zum Waffenstillstand und seinen Folgen sollte die Bürger in den kommenden Jahren zunehmend, bis hin zu einem blutigen innerfranzösischen Bürgerkrieg spalten. Der Waffenstillstand war der Beginn der Kollaboration mit Nazideutschland ebenso wie die Geburtsstunde des Widerstands, hatte doch zeitgleich der nach London geflohene General de Gaulle die Franzosen dazu aufgefordert, die Waffen nicht niederzulegen und den Kampf gegen Deutschland fortzuführen. Die Bedeutung des 22. Juni 1940 weist jedoch weit über die Kriegszeit hinaus. Nach 1945 blieb er bis in die heutigen Tage ein stetig in der Erinnerung präsent Schlüsselereignis, das die Wahrnehmung und Gestaltung der Gegenwart entscheidend beeinflusste. Die Neuordnung nach der Befreiung, Frankreichs Option für die europäische Einigung, die Dekolonisierung, der Regimewechsel 1958 – alle diese grundlegenden Entwicklungen sind ohne den Hintergrund des Juni 1940 nicht verstehbar.¹

Als ein Volk von «40 Millionen Pétainisten» hat der Autor Henri Amouroux die Franzosen des Sommers 1940 charakterisiert.² Damit wollte er deutlich machen, dass die politische Autorität des greisen Marschalls zunächst annähernd unumstritten war, galt dieser doch als der Inbegriff des Patriotismus, der politischen Umsicht und der Integrität. Die griffige Formulierung von Amouroux ist indessen nur teilweise richtig, denn die französischen Bürger waren, nur weil sie dem neuen Regierungschef Respekt zollten, nicht zugleich dessen glühende Verehrer oder gar seine Gesinnungsgenossen. Doch teilten sie in ihrer übergroßen Mehrheit die Einschätzung Pétains, dass eine Weiterführung des Krieges sinnlos war; somit empfanden sie eine tiefe Dankbarkeit dafür, dass er diesen beendet hatte.³

Es dauerte mehrere Monate, bis im Frankreich der Besatzung und der Kollaboration eine erkennbare Opposition gegen den Marschall entstand. Erst schrittweise wurde den Franzosen der repressive Charakter des neuen Regimes bewusst; erst langsam wurde ihnen klar, wie weitgehend er den Besatzern entgegenkommen musste und welch umfassende Handlangerdienste er bereit war, den Deutschen zu leisten. Und nur langsam fand die zunächst marginale Opposition im Inneren zusammen mit dem Exil-Widerstand, den General Charles de Gaulle am 18. Juni 1940 in London ausgerufen hatte. Seit dem Juni 1940 hatte Frankreich somit faktisch drei politische Zentren: Das unbesetzte Frankreich hatte sich den mondänen Kurort Vichy nicht zuletzt deswegen als Regierungssitz ausgesucht, weil diese Stadt über viele Hotels verfügte, die man für die Administration

requirieren konnte. Die Hauptstadt des Frankreich des Widerstands hingegen lag außerhalb des Mutterlands: Es handelte sich um London, wo Charles de Gaulle die «France Libre» anführte, die langsam zu einem sichtbaren Akteur im Kriegsgeschehen heranreifte. Paris schließlich war nicht nur die Hauptstadt des Besatzungsregimes, sondern auch der Ort, an dem erneut alle politischen Tendenzen des Landes aufeinandertrafen, von der enthusiastischen Befürwortung der Kollaboration über die opportunistische Zusammenarbeit bis hin zu ihrer gewaltsamen Bekämpfung.

Vichy

Das Regime von Vichy baute auf drei eng miteinander verbundenen Grundentscheidungen auf: dem Waffenstillstand, dem Regimewechsel und der Kollaboration. Der Waffenstillstand war, wie bereits angedeutet, eine Entscheidung von eminent politischer Bedeutung, wurde er doch von Pétain und seinen Anhängern dazu benutzt, die bestehende staatliche Ordnung auszuhebeln. Gemäß seiner Interpretation der Ereignisse war die Niederlage des Juni 1940 zwar ein großes nationales Unglück, doch gab es für diese Tragödie objektive Gründe: Sie war die Konsequenz der politischen Irrtümer der Vorkriegszeit. Auf diese Weise versuchte Pétain dem Zusammenbruch einen höheren Sinn zu verleihen, war er doch aus dieser Perspektive die unvermeidliche Strafe für die Dekadenz der 1920er und 1930er Jahre. «Nach dem Sieg [von 1918] hat die Genussucht über den Opfergeist gesiegt», rief Pétain am 20. Juni 1940 den Franzosen über das Radio zu. «Man hat mehr gefordert, als dass man gedient hätte. Man wollte sich die Mühen ersparen; jetzt begegnet man dem Unglück.»⁴

Schuld an dem Niedergang der Vorkriegsjahre war, so die Lesart Pétains, nicht ein bestimmtes politisches Lager. Vielmehr sei es die Republik als solche gewesen, die den inneren Zusammenhalt unter den Franzosen zerstört habe. Das alte Regime habe zur Uneinigkeit unter den Bürgern geführt, da es soziale Konflikte zugespitzt und Klassengegensätze in die politische Arena getragen habe, anstatt diese zu überwinden. Der Staat habe aufgehört, der Garant der nationalen Einheit zu sein, vielmehr sei er die Beute von organisierten Einflussgruppen geworden. «Wir kannten Regierungen der sogenannten Rechten, die den Staat für finanzielle und wirtschaftliche Interessen unter Beschlag nahmen», sagte Gaston Bergery, ein Politiker der «Radikalen» und begeisterter Befürworter Pétains, am 7. Juli 1940 vor der Nationalversammlung. «Und wir hatten Regierungen der sogenannten Linken, die den Staat für eine gewerkschaftliche Bürokratie, welche auf trügerische Weise lediglich eine einzige Klasse der Nation repräsentierte, unter Beschlag nahmen.»⁵ Die Hauptschuldigen für den

Verfall der politischen Ordnung waren in den Augen Pétains und seiner Anhänger die Parteien, die in ihren unaufhörlichen Machtkämpfen die Autorität des Staates immer weiter untergraben hatten. Auf diese Weise trug der Marschall eine Fundamentalkritik an allen grundlegenden Institutionen des republikanischen Regierungssystems vor; am Parlament als Ort der politischen Willensbildung und Ursprung der Exekutive, an den Parteien als legitime Repräsentanten von gesellschaftlichen Interessen. Auch die Schule, diese zentrale und symbolträchtige Institution des französischen Republikanismus, fand in seinen Augen keine Gnade. Sie sei «unter dem Anschein der Einheit eine Schule der Uneinigkeit, des sozialen Kampfes, der nationalen Zerstörung gewesen». ⁶ Solchermaßen unterließ der Marschall eine tiefergehende Analyse der Niederlage, welche die Entscheidungen der Militärführung miteingeschlossen hätte. Vielmehr schien die Armee die einzige große staatliche Institution zu sein, die er von der Kollektivschuld für die Niederlage ausnahm. Er versuchte die Franzosen aufzurichten und zu vereinen, indem er ihnen in Form der Republik einen Sündenbock präsentierte, an dem sie ihre Ohnmacht auslassen sollten.

Aus der katastrophalen Bilanz des alten Systems konnte für Pétain und seine Anhänger somit nur eine Konsequenz gezogen werden: Da es versagt hatte, musste es umgehend verschwinden. «Es gibt kein historisches Beispiel für ein Regime, das ein militärisches Desaster von solchen Ausmaßen überlebt hätte», befand Gaston Bergery in seiner besagten Rede. «Und das ist nur recht so: Denn das militärische Desaster ist nichts anderes als die katastrophale Auswirkung der Korruption des Regimes.» ⁷ Der Waffenstillstand lieferte in diesem Szenario somit nicht nur den Beweis für die Unzulänglichkeit der bisherigen staatlichen Verfasstheit, sondern stellte auch eine Chance dar, indem er die Perspektive auf eine neue Ordnung eröffnete.

Pétains Umkreis ging mit erstaunlicher Geschwindigkeit daran, die Abschaffung der Republik ins Werk zu setzen. Eine entscheidende Rolle hierbei spielte Pierre Laval, der während der 1930er Jahre zweimal als Ministerpräsident amtiert hatte. Auf ihn ging der Vorschlag eines Verfassungsgesetzes zurück, das den Regimewechsel einleiten sollte. Am 10. Juli 1940 wurden die Abgeordneten beider Kammern im Kasino von Vichy zusammengerufen, um über das Gesetz zu entscheiden. Dieses sollte Pétain die Vollmacht erteilen, für den «Etat français» eine neue, den Werten von «Arbeit, Familie und Vaterland» verpflichtete Verfassung zu erlassen. ⁸ Das Gesetz wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen: Von 670 anwesenden Parlamentariern stimmten 570 mit Ja, 80 mit Nein und 20 enthielten sich. Damit war ein Schlussstrich unter 70 Jahre Dritter Republik gezogen.

227 Parlamentarier hatten an der Abstimmung vom 10. Juli nicht teilnehmen können, darunter die ihres Stimmrechts beraubten 61 Kommunisten sowie 27 Abgeordnete, die sich im Juni an Bord des Dampfers «Massilia» nach Nordafrika begeben hatten, um von dort aus die Weiterführung des Krieges zu betreiben. Doch auch wenn man diese Männer den Gegnern des Regimewechsels zurechnet, bleibt eine überwältigende Mehrheit für die Bevollmächtigung Pétains. Die breite Zustimmung zur Abschaffung der Republik ist umso erstaunlicher, als die Versammlung zum einen Teil aus der 1936 gewählten Abgeordnetenversammlung bestand, die einst die Volksfrontregierung hervorgebracht hatte. Doch auch unter den Linken gab es wenig Opposition gegen die Selbstentmachtung des Parlaments, stimmten ihr doch 60 Prozent der anwesenden Sozialisten und knapp 80 Prozent der «Radikalen» zu.⁹

Wie lässt sich der kollektive Selbstmord des französischen Parlamentarismus erklären, zu dem die deutschen Besatzer keineswegs gedrängt hatten? Die französische Republik hatte in den vorangegangenen Jahrzehnten stets mit einer starken Opposition zu kämpfen gehabt, war aber doch von ihren Exponenten immer wieder erfolgreich verteidigt worden. Warum versagten im Juli 1940 die defensiven Mechanismen des Republikanismus? Bei der Beantwortung dieser Fragen kann zunächst der Vergleich mit dem Jahr 1917 helfen. Denn bereits im Ersten Weltkrieg hatte sich Frankreich in einer dramatischen Krisensituation einem charismatischen Führer anvertraut und den Praktiken des Parlamentarismus vorübergehend entsagt; Georges Clemenceau hatte damals das Land als Quasi-Alleinherrscher mit harter Hand regiert. Insofern war die Neigung, in einer existenzbedrohenden Situation bei einer Retterfigur Zuflucht zu suchen, als solche nichts Neues. Doch damit enden auch die Parallelen zwischen 1917 und 1940, denn die autoritäre Phase unter Clemenceau wurde von allen damaligen Akteuren als eine Notmaßnahme und nicht als eine grundlegende Infragestellung der Demokratie verstanden. In den Ersten Weltkrieg war die französische Republik aus einer Position der Stärke eingetreten, hatte sie doch kurz zuvor die Dreyfus-Affäre siegreich überstanden, die Konflikte zwischen Laizisten und Klerikalen geregelt und das Kolonialreich erweitert. Hingegen war sie geschwächt in den Zweiten Weltkrieg gegangen – geschwächt durch ihre Unfähigkeit, eine stabile Exekutive hervorzubringen, durch ihre mangelnde Kompetenz in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und durch die Fundamentalopposition der außerparlamentarischen Rechten. Vor diesem Hintergrund war die Niederlage nur noch der Tropfen, der ein bereits weit angefülltes Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen brachte und viele Parlamentarier dazu

bewog, die Lösung der Krise nicht mehr innerhalb, sondern jenseits der bisherigen staatlichen Verfasstheit zu suchen.

Ein wichtiger Faktor ist darüber hinaus in der Person des Marschalls Pétain, seiner Glaubwürdigkeit und seinem positiven Image unter den damaligen politischen Entscheidungsträgern zu sehen. Seine rechtsextremen politischen Überzeugungen waren weithin unbekannt; vielmehr galt er als wahrhaft überparteilicher, uneigennütziger und patriotischer Mann, der dem Staat immer wieder wertvolle Dienste geleistet hatte. Vor diesem Hintergrund erschien es schlechthin unvorstellbar, dass der «Retter von Verdun» das Land auf falsche Gleise führen würde. Da Pétain derjenige war, der die Republik abschaffen wollte, erschien dieser Schritt vielen Parlamentariern legitim; und der Misskredit, in den das bisherige politische System in den 1930er Jahren geraten war, wurde dadurch noch erhöht, dass der verehrte Marschall sich von ihm abgewendet hatte.¹⁰

Als weiteres Element muss die völlig entmutigte, verzweifelte und verängstigte Stimmungslage des Sommers 1940 angeführt werden. Nach Auskunft von Zeitzeugen kursierten dramatisierende Gerüchte, dass die Deutschen im Falle eines negativen Abstimmungsergebnisses ganz Frankreich besetzen und weitere zwei Millionen Kriegsgefangene nehmen würden. Léon Blum, der zu den 80 mit «Nein» stimmenden Abgeordneten gehörte, sprach im Rückblick von einem «menschlichen Sumpf, in dem man zusehends alles verschwinden, zersetzen, sich auflösen sah, was man bei manchen Männern an Mut und Rechtschaffenheit gekannt hatte».¹¹ Symptomatisch für die Gefühlslage unter den Abgeordneten und Senatoren war, dass eine besonders hohe Zustimmung zu Pétains Vollmachten aus den nördlichen Départements kam, wo man das Debakel viel unmittelbarer erlebt hatte als im Süden des Landes.¹²

Kaum hatten die Parlamentarier dem Marschall die verfassungsgebende Macht erteilt, legte dieser mit einer Reihe von Gesetzen die Grundlage für eine autoritäre Diktatur. Alleiniger Träger der exekutiven Macht war fortan Pétain als «Chef de l'Etat français», dem die Minister unmittelbar verantwortlich waren. Einen Ministerpräsidenten gab es nicht mehr; zweiter Mann im Staat war künftig der «Dauphin» des Alleinherrschers, sein von ihm selbst ernannter Nachfolger Pierre Laval. Die Gewaltenteilung wurde aufgehoben, denn der Marschall übte nun auch die gesetzgebende Macht aus, war doch das Parlament, nachdem es am 10. Juli seinen Kniefall vor Pétain vollzogen hatte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Gleichermaßen konnte dieser alle administrativen und militärischen Posten selbst besetzen, verfügte über die Streitkräfte und erklärte den Krieg. Ein Verfassungsgesetz des Jahre 1941 gab dem Staatschef darüber hinaus auch noch

judikative Vollmachten, da er fortan die strafrechtliche Verfolgung von Staatsbeamten einleiten konnte. Regionale und lokale Zwischengewalten wurden ebenfalls kaltgestellt, indem die Départements- und Stadträte aufgelöst und die Bürgermeister künftig von der Regierung ernannt wurden. Auf diese Weise wollte der Marschall einen «autoritären und hierarchischen Staat» entstehen lassen, in dem «eine kleine Zahl berät, einige befehlen und an dessen Spitze ein Chef regiert»¹³ – einen Führerstaat, wie er zu dieser Zeit in Europa Konjunktur hatte.

Um den abrupten, innerhalb weniger Tage vollzogenen Wandel von der parlamentarischen Demokratie zur Alleinherrschaft zu legitimieren und die neue Ordnung zu festigen, stellte das Regime seine Selbstdarstellung ganz auf den Marschall ab. Sein Bild ersetzte fortan die «Marianne» als Symbol des Staates; Kernsätze seiner Reden wurden auf Plakaten verbreitet. Er wurde inszeniert als uneigennütziger Retter, der – wie er selbst es formuliert hatte – dem leidenden Frankreich «die Gabe seiner Person» gemacht hatte, um dessen «Unglück zu mildern».¹⁴ Im Zentrum des staatlich propagierten Pétain-Mythos standen die Taten des Marschalls im Ersten Weltkrieg: seine Strategie in der Schlacht von Verdun, als er angeblich die Wende bewirkt und damit dem Land den Sieg ermöglicht hatte; seine Rolle in der Krise des Jahres 1917, als er die meuternden Soldaten zur Raison gebracht hatte. Pétain ließ es so erscheinen, als stünden seine Entscheidungen im Sommer 1940 in bruchloser Kontinuität zu seinem Wirken während des Ersten Weltkriegs: «Ich war bei euch in den glorreichen Tagen. Als Chef der Regierung bin und werde ich in den düsteren Tagen mit euch bleiben. Seid an meiner Seite. Der Kampf bleibt derselbe.»¹⁵

Der Pétain-Kult diente ebenso als Mittel, die dritte Grundentscheidung des Jahres 1940, nämlich die Kollaboration mit Deutschland, als patriotischen Akt zu legitimieren. Bereits das Waffenstillstandsabkommen hatte die französische Verwaltung dazu verpflichtet, mit der Besatzung «zusammenzuarbeiten». Doch unter dem wesentlichen Einfluss von Pierre Laval ging das neue Regime einen entscheidenden Schritt weiter, indem es die Kollaboration mit Hitlers Deutschland zum nationalen Interesse erhob und zur Strategie des Staates erklärte. Am 10. Oktober 1940 kam es in Montoire zu einem von Laval arrangierten Treffen zwischen Pétain und Hitler, das durch den «Händedruck der zwei Soldaten» die konstruktive Zusammenarbeit besiegeln sollte und vom Staatschef als «erster Schritt zur Wiederaufrichtung unseres Landes» angepriesen wurde.¹⁶ Mit ihrer Entscheidung zur Staatskollaboration bei gleichzeitiger Neutralität im Krieg wählte Frankreichs Regierung einen Weg, der sie von anderen unter deutscher Besatzung stehenden westeuropäischen Ländern unterschied. In

Belgien und den Niederlanden etwa waren die legitimen Regierungen ins britische Exil geflohen, so dass sich die Zusammenarbeit allein auf die Verwaltung und nicht auf die politischen Autoritäten bezog. Auch die Kollaborationsregierung Vidkun Quislings in Norwegen war ein anderer Fall als Frankreich, handelte es sich doch bei ihr um eine von den Besatzern eingesetzte Marionettenregierung ohne Rückhalt in der Bevölkerung.¹⁷

Die Entscheidung zur Kollaboration beruhte auf der Überzeugung, dass die Allianz mit Großbritannien ein folgenschwerer Irrtum gewesen war, indem die Briten Frankreich in einen schlecht vorbereiteten Krieg hineingezogen hätten. Ein tragisches Ereignis lieferte der Vichy-Propaganda den willkommenen Beweis für die Notwendigkeit, eine bündnispolitische Kursänderung einzuläuten: Am 3. Juli 1940 hatte Großbritannien einen Teil der französischen Flotte, der im algerischen Mers-el-Kébir vor Anker gegangen war, versenkt und dabei 1300 Marinesoldaten getötet. Premierminister Winston Churchill wollte mit dieser Attacke verhindern, dass die französische Marine in deutsche Hände fallen und gegen Großbritannien zum Einsatz kommen würde.¹⁸ Für Pétain und seinen Umkreis bewies Mers-el-Kébir die Rücksichtslosigkeit des einstigen Verbündeten, der in ihren Augen ohnehin keine Chance hatte, den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen. Da Hitler künftig Europa dominieren würde, so die Logik der Kollaborationsstrategie, musste man sich mit ihm arrangieren, um sich seinen Platz in der neuen geopolitischen Konfiguration zu sichern. Zusammenarbeit und Entgegenkommen gegenüber den Deutschen würden dabei helfen, die Besatzung erträglicher zu machen, die Kriegsgefangenen zurückzuholen und langfristig die volle Souveränität über das gesamte nationale Territorium wiederherzustellen. Das Kalkül Pétains und Lavals beruhte auf Illusionen und Unkenntnis über die Absichten Hitlers, hatte dieser doch keinerlei Interesse daran, Frankreich als Juniorpartner in seinen Zukunftsplänen für ein neues Europa zu berücksichtigen. Und je länger die Besatzung andauerte, desto weniger konnte das Vichy-Regime verhindern, dass durch die Zusammenarbeit mit Deutschland immer neue Zumutungen auf die französische Bevölkerung zukamen.

Die Kollaboration stand in enger Verbindung mit dem großen politischen Zukunftsentwurf des Pétain-Regimes: der «nationalen Revolution», die einer «neuen Ordnung» den Weg bahnen sollte.¹⁹ Der Marschall wollte es nicht bei einem Revirement des politischen Systems unter diktatorischen Vorzeichen belassen, vielmehr sollte die Gesellschaft und Kultur des Landes auf grundlegende Weise verändert werden. Die Kollaboration mit Deutschland bot die Grundvoraussetzung für die radikale Umgestal-

tung, ebenso wie die «nationale Revolution» die Erfolgchancen der Zusammenarbeit mit den Besatzern erhöhen sollte. Das Vichy-Regime strebte eine antiindividualistische, staatlich überwachte und homogene Gesellschaft an, in der die republikanischen Werte keine Gültigkeit mehr besaßen, sondern von der Triade «Arbeit, Familie und Vaterland» ersetzt wurden. Nicht mehr der Humanismus der Aufklärung und das geistige Erbe von 1789 lieferten die Leitideen der sozialen Ordnung, sondern die Prinzipien eines antiliberalen nationalen Führerstaats, wie sie von Charles Maurras formuliert worden waren; dem Vordenker des antirepublikanischen Lagers, der die Machtübernahme des Marschalls als «göttliche Überraschung» gefeiert hatte.²⁰

Mit Pétain und seinen Getreuen kam somit zum ersten Mal in der französischen Geschichte die extreme Rechte an die Macht, die nun umgehend die Gelegenheit ergriff, endlich gegen die Bürger vorzugehen, die sie schon immer für den Niedergang Frankreichs verantwortlich gemacht hatte: die Staatsbürger ausländischer Herkunft (*métèques*), die Freimaurer und die Juden. Erstere wurden künftig von der Beamtenschaft ausgeschlossen, die nur noch Kindern französischer Väter (den sogenannten «Stammesfranzosen») vorbehalten war. Ein im Juli 1940 verkündetes Gesetz erlaubte es fortan, die seit 1927 vollzogenen Einbürgerungen zu annullieren und damit Menschen zu Staatenlosen zu machen. Die Freimaurerlogen, in denen die extreme Rechte schon immer die geheimen Drahtzieher des schädlichen Republikanismus erblickt hatte, wurden aufgelöst; Beamte mussten, falls sie einer Loge angehört hatten, schriftlich ihren Bruch mit der Freimaurerei bekennen.

Die Hauptzielscheibe der Ausgrenzungspolitik waren allerdings die Juden, die seit der Dreyfus-Affäre immer wieder das Opfer rechtsnationalistischer Hetzkampagnen geworden waren. Analog zu Nazi-Deutschlands «Nürnberger Gesetzen» von 1935 richtete Vichy im Oktober 1940 das «Judenstatut» ein, das zunächst definierte, welche Bürger von dem Gesetz betroffen waren: jeder Mensch, der drei Großeltern «jüdischer Rasse» hatte, sowie jeder mit einem Juden verheiratete Mensch mit zwei Großeltern «jüdischer Rasse». Daraufhin listete das Statut eine Vielzahl von Ämtern und Berufen auf, die fortan den solchermaßen definierten Juden nicht mehr zugänglich waren. Darunter befanden sich alle politischen und administrativen Ämter, der Lehrer- und Offiziersberuf. Auch durften sie fortan keine Betriebe mehr leiten, die Staatsaufträge erhielten. Schließlich verbot das Statut es den Juden, im gesamten Presse-, Radio-, Film- und Theaterwesen tätig zu werden – dem Sektor, in dem ihr Einfluss vorgeblich am stärksten und schädlichsten gewesen war.²¹ In offiziellen Verlaut-

barungen rechtfertigte die Regierung die Deklassierung der Juden zu Bürgern zweiter Klasse damit, dass sie öffentliche Funktionen mit einer an «Anarchie» grenzenden «individualistischen Art» ausgeübt hätten. Als Beispiel wurde die Periode der Volksfrontregierung herangezogen, während der die «Israeliten» die politische Macht ausgeübt hätten.²²

Das «Judenstatut» wurde begleitet und gefolgt von einer Reihe anderer antisemitischer Maßnahmen. Während die Juden französischer Nationalität zunächst «nur» aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden sollten, wartete ein anderes Schicksal auf die ca. 130 000 ausländischen Juden, die in den 1930er Jahren nach Frankreich geflüchtet waren und noch keine Staatsbürgerschaft erworben hatten. Laut eines am 4. Oktober 1940 verkündeten Gesetzes konnten sie fortan von den Präfekten jederzeit in Internierungslager gebracht oder unter Hausarrest gestellt werden.²³ Im gleichen Atemzug wurde den über 100 000 Juden Algeriens die Staatsbürgerschaft aberkannt, die sie 1870 mit dem «Décret Crémieux» erhalten hatten. Damit verloren sie ihre Gleichberechtigung und kehrten zu ihrem vorherigen Status als «Untertanen» Frankreichs zurück.²⁴ Im Sommer 1941 verschärfte die Regierung die diskriminierenden Maßnahmen gegen jüdische Staatsbürger: Alle Juden mussten sich fortan bei den Präfekturen melden, ihren Besitz angeben und sich in eigens angelegte Register eintragen lassen.²⁵ Ein Gesetz vom 2. Juni 1941 erweiterte die den Juden untersagten Tätigkeiten auf alle freien Berufe, das Bank- und Immobiliengewerbe sowie auf Handel und Handwerk.²⁶ Am 22. Juli 1941 schuf das Vichy-Regime die gesetzliche Grundlage für die «Arisierung» jüdischer Betriebe, Immobilien und beweglichen Besitzes.²⁷

Während die Pétain-Regierung umgehend ihre erklärten inneren Feinde zu entrechten vermochte, ging der Aufbau der verheißenen «neuen Ordnung» nur schleppend und mit wenig sichtbaren Erfolgen voran. Dies lag daran, dass innerhalb des Regimes unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, wie das neue Frankreich aussehen sollte. Dies lässt sich etwa an der Gestaltung des Wirtschaftslebens und der Arbeitsbeziehungen zeigen. Unter den Protagonisten des Systemwechsels bestand zwar ein Konsens darüber, dass eine straffer organisierte Wirtschaftsordnung an die Stelle des als anarchisch empfundenen Kapitalismus der Vorkriegszeit treten sollte und es in der neuen Gesellschaft keinen Platz mehr für Klassenkämpfe geben durfte. Aus dieser Motivation heraus wurden die bestehenden Gewerkschafts- und Unternehmerverbände aufgelöst sowie sogenannte «Comités d'organisation» ins Leben gerufen, welche die Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen staatlich kontrollieren und organisieren sollten.²⁸

Welche Gestalt allerdings die neue Sozialordnung haben sollte, darüber gab es höchst unterschiedliche Vorstellungen. Im Umkreis des neuen Herrschers sammelten sich sowohl Technokraten, die mithilfe staatlicher Eingriffe das Wirtschafts- und Arbeitsleben reformieren wollten, wie anti-kommunistische Gewerkschaftler, die einem politikfernen und einheitlichen Syndikalismus den Weg bahnen wollten. Der Marschall hingegen und seine engsten Vertrauten sympathisierten mit korporatistischen Ideen aus dem Umfeld von Charles Maurras: Denen zufolge war das ökonomisch-soziale Leben nach Berufsgruppen und Produktionssparten zu organisieren, wobei jeweils Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter zum Besten ihres jeweiligen Wirtschaftszweiges zusammenarbeiten sollten. Es dauerte ein Jahr, bis zwischen diesen widerstreitenden Interessen in Form der sogenannten «Charte du Travail» ein Kompromiss ausgehandelt wurde. Das Gesetzeswerk wurde als das Ende des Klassenkampfes und der Aufbruch zu harmonischen sozialen Beziehungen angekündigt. «Die Erfahrung zeigt, dass überall dort, wo aufrichtige Menschen zu offenen und loyalen Unterredungen zusammenkommen, sich die Gegensätze auflösen, Missverständnisse verschwinden, das Einverständnis sich durchsetzt; zunächst in gegenseitiger Wertschätzung, dann in Freundschaft», hieß es in der Präambel zur «Charte du travail». ²⁹ In allen Sparten und Berufsgruppen sollte es künftig nur noch einheitliche Gewerkschaften geben, die im Rahmen der noch zu schaffenden Korporationen an den Entscheidungen über Arbeitsbedingungen, Einstellungen und Entlassungen mitwirken sollten. Sogenannte «Comités sociaux d'entreprises» sollten in den Betrieben die berufliche Fortbildung, das Freizeitleben sowie die Ernährung der Arbeitnehmer autonom gestalten. In der neuen, von Kooperation gekennzeichneten Sozialordnung sollten Arbeitskämpfe überflüssig werden; Streiks und Aussperrungen waren fortan verboten. Doch kam die Neuorganisation der sozialen Beziehungen nur schleppend voran: Bis zum Untergang des Vichy-Regimes waren in nur sieben Wirtschaftszweigen (wie etwa der Meeresfischerei, der Handelsmarine und der Fleischverarbeitung) Korporationen gegründet worden. ³⁰

Auch in weltanschaulicher, kultureller und moralischer Hinsicht trat das Vichy-Frankreich keineswegs unisono auf, sondern versammelte verschiedene Stimmen des rechten und rechtsextremen Lagers. So machte sich etwa Marschall Pétain für ein traditionsverhaftetes Gesellschaftsmodell stark, indem er den Platz der Frauen ganz auf die häusliche Sphäre und eine unterwürfige Mutterrolle reduzieren wollte. Basis einer «gesunden» Gesellschaft konnte nur die Familie sein, die nach seiner Auffassung unter den modernistischen Irrtümern der Vorkriegszeit gelitten hatte. Vor

diesem Hintergrund nahmen sich die Maßnahmen zur Regulierung der Geschlechterbeziehungen eher reaktionär als revolutionär aus: Ein Gesetz vom Oktober 1940 verbot die Einstellung verheirateter Frauen im Staatsdienst und zwang alle über 50-jährigen berufstätigen Frauen, in den Ruhestand einzutreten. Mit einer Mischung aus Anreizen und Verboten sollte die Reproduktion erhöht und der negative Trend der Geburtenziffern umgekehrt werden: Familien mit drei oder mehr Kindern gestand man großzügige staatliche Hilfsleistungen zu, während die Ehescheidung erst nach drei Ehejahren erlaubt war. Auf die zu einem «Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates» erklärte Abtreibung stand ab 1942 die Todesstrafe.³¹

Der Traditionalismus der Marschalls zeigte sich auch in seiner Verherrlichung der Landwirtschaft, die er als die einzig wahre Betätigungsform der Franzosen pries. Diese forderte er dazu auf, sich von den «Trugbildern einer materialistischen Zivilisation» abzuwenden. «Das Land, es lügt nicht», rief er ihnen zu. «Es bleibt eure Zuflucht. Es ist das Vaterland selbst.»³² Andere Protagonisten des Regimes hingegen übernahmen nicht diese rückwärts-gewandten Positionen, sondern sahen in der Diktatur die Chance, durch staatliche Planung die Modernisierung des Landes entschlossen voranzutreiben. Auch für zahlreiche «Nonkonformisten» der 1930er Jahre bot der Marschall eine Projektionsfläche, indem sie in ihm den Bahnbrecher der «spiritualistischen Revolution» und eines dritten Weges jenseits von Kommunismus und Liberalismus erblickten.³³ Frankreichs Faschisten unterstützten Pétains Herrschaft, obgleich sie ihnen nicht weit genug in der Umsetzung der «nationalen Revolution» ging. Und intransigente Katholiken waren begeistert von einem Regime, das endlich die Herrschaft der laizistischen Freimaurer beseitigt hatte.

Dieser Pluralismus verschiedener rechter und rechtsextremer Ideen mag erklären, warum es in Vichy nie zur Gründung einer das Regime stützenden Einheitspartei kam. Im Juli 1940 hatten Marcel Déat und Gaston Bergery dem Marschall die Idee einer auf ihn eingeschworenen Partei vorgetragen, die aber von diesem zurückgewiesen und danach nie wieder aufgegriffen wurde. Die größte Massenorganisation Vichy-Frankreichs mit 1,4 Millionen Mitgliedern war die «Légion française des combattants», die das Regime als Einheitsverband aller Kriegsveteranen gegründet hatte und mit der sie den Kameradschaftsgeist der Schützengräben für die «nationale Revolution» nutzbar machen wollte. Die Légion huldigte einem hemmungslosen Pétain-Kult, indem sie ihn als einen von der Vorsehung erwählten Führer feierte, dem jeder Legionär durch einen persönlichen Treueeid verbunden war. Diese sollten sich als «Auge und Ohr» des Regimes fühlen und es auf unzuverlässige Bürger aufmerksam machen. Eine Unterabteilung der

Légion, der «Service d'ordre légionnaire», entwickelte sich seit 1942 zunehmend zu einer Art paramilitärischer Schutztruppe und Geheimpolizei Vichys im Kampf gegen jegliche Opposition.³⁴

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, mit welchem Begriff sich das Pétain-Regime am besten kennzeichnen lässt: War es ein faschistisches System und somit vergleichbar mit dem Italien Mussolinis sowie dem Deutschland Adolf Hitlers?³⁵ Manche seiner Charakteristika sprechen dafür, wie etwa der zugespitzte Führerkult, die Ideologie einer «nationalen Revolution», die Ausgrenzung und Bekämpfung wahrgenommener innerer Feinde sowie die Ausschaltung jeder politischen Opposition. Andere, wichtige Elemente fehlen jedoch, wie etwa eine der totalitären Erfassung der Gesellschaft dienende straff organisierte Einheitspartei sowie ein kriegerischer Expansionismus, der in Vichy aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen keine Rolle spielen konnte. Insofern ist es zutreffender, von einer autoritären, charismatisch legitimierten Diktatur zu sprechen, die von einer rassistischen Ideologie getragen wurde. Nicht zuletzt aber war es diese Affinität zum Nationalsozialismus, die die Diktatur Pétains ab 1942 immer mehr zum Werkzeug der politischen Absichten der Besatzer machte und damit von ihrem ursprünglichen Ziel, die französische Bevölkerung zu schützen, entfernte.

London

In den frühen Morgenstunden des 17. Juni 1940 verließ ein Flugzeug Bordeaux, in dem sich neben dem britischen Sondergesandten Edward Spears ein Mitglied der soeben zurückgetretenen Regierung befand: der Brigadegeneral Charles de Gaulle. In den dramatischen Stunden des Vorabends hatte dieser den Entschluss gefasst, sich von den Regeln seines bisherigen Lebens zu verabschieden, in die Dissidenz einzutreten und aus London zur Weiterführung des Krieges aufzurufen. Seine Entscheidung kam den Interessen Churchills entgegen, hatte dieser doch nach einem hochrangigen Repräsentanten Frankreichs gesucht, der sich öffentlich von dem Waffenstillstandsgesuch und dem Bruch der britisch-französischen Allianz distanzierte. Am 18. Juni ließ er de Gaulle an das Mikrofon der BBC treten und einen «Appell» an seine Landsleute verlesen. Frankreich, so die Botschaft des Generals, hatte nicht den Krieg, sondern nur eine Schlacht verloren. Anders als Pétain machte er für diese Niederlage weder das politische System noch die Moral der Franzosen, sondern lediglich die technische Unterlegenheit des Militärs verantwortlich. Doch zusammen mit seinen Alliierten würde Frankreich eine überlegen gerüstete militärische Macht aufbauen und schließlich den Krieg gewinnen. Er schloss mit einer Aufforderung an alle

Soldaten, sich umgehend nach London zu begeben und mit ihm den Krieg an Seiten der Alliierten fortzusetzen: «Die Flamme des französischen Widerstands darf und wird nicht erlöschen.»³⁶

De Gaulles Plan, vom Londoner Exil aus eine Widerstandsbewegung aufzubauen, erschien zunächst als ein völlig aussichtsloses Unterfangen. Nur sehr wenige Franzosen hörten seinen Appell; und bis Ende August 1940 schlossen sich nur ca. 7000 Soldaten dem General an. Die große Mehrheit der Franzosen war ja einverstanden mit dem Ende der Kampfhandlungen und sah den Waffenstillstand als eine vernünftige und in jedem Falle alternativlose Entscheidung an. Darüber hinaus fehlte dem Unternehmen de Gaulles zunächst jegliche Legitimität, befand sich doch die rechtmäßige Regierung Frankreichs in Vichy, mit der Großbritannien und die USA weiterhin diplomatische Beziehungen unterhielten. Immerhin erreichte es der General, dass die britische Regierung ihn als «Chef der Freien Franzosen» anerkannte und die Finanzierung einer zivilen sowie militärischen Organisation zusicherte. Das Kalkül des Generals beruhte vor allem darauf, dass die Gouverneure der Kolonien in Afrika sich ihm unterstellten und so seiner Bewegung politisches Gewicht verschaffen würden. Doch auch diese Hoffnung wurde weitgehend enttäuscht, denn in der Person von Félix Eboué trat zunächst nur der Gouverneur des Tschad von Vichy zu den «freien Franzosen» über. Ausgehend von diesem ersten Stützpunkt eroberten Soldaten des «Freien Frankreich» in teils handstreichartigen Aktionen die übrigen Territorien Äquatorialafrikas, nämlich Kamerun, Kongo-Brazzaville und Gabun. Als allerdings im September 1940 der Versuch misslang, mit militärischen Mitteln das strategisch viel wichtigere Westafrika mit seiner Hauptstadt Dakar anzuschließen, stand de Gaulles Unternehmen kurz vor dem Scheitern. Später sollte er davon berichten, dass er sich nach diesem Fiasko in seiner «schrecklichen Einsamkeit» mit Selbstmordabsichten trug.³⁷

Da eine signifikante territoriale Basis vorerst nicht zu erreichen war, konzentrierte sich die Londoner Widerstandsbewegung neben dem Aufbau einer eigenen Armee auf drei Ziele: An erster Stelle ist die Gründung einer staatsähnlichen Struktur zu nennen, die dem General unterstand und aus dem Exil die Übernahme der öffentlichen Gewalten vorbereiten sollte. Im September 1941 konstituierte sich in London das «Comité national français», das in acht Ressorts wie Kriegswesen, Marine, Außenpolitik, Wirtschaft, Finanzen und Justiz aufgeteilt war.³⁸ Auf diese Weise gab sich de Gaulles Bewegung die Gestalt einer Exilregierung, die dem Pétain-Regime die Legitimität bestritt, Frankreich zu vertreten. Charakteristisch für den Londoner Widerstand war, dass sich unter den Mitgliedern des

Nationalkomitees kein einziger namhafter Politiker der Vorkriegszeit befand. Dies war einerseits problematisch für de Gaulle, da seitens der Alliierten Zweifel an der Repräsentativität seiner Bewegung aufkommen konnten, andererseits aber war es auch ein Trumpf gegenüber der öffentlichen Meinung in Frankreich, welche in ihrer Mehrheit die abgehalfterte Elite der Dritten Republik geringschätzte und nichts weniger wünschte als deren Rückkehr auf die politische Bühne. Das zweite wichtige Ziel der Londoner Bewegung bestand im Aufbau eines Nachrichten- und Agentendienstes, der für die Beschaffung von Informationen aus Frankreich sowie für Untergrundaktionen wie Sabotage, Gegenspionage und Fluchthilfe zuständig sein sollte. Innerhalb von Monaten konnte der Offizier André Dewavrin, der sich den Decknamen «Colonel Passy» gegeben hatte, in Form des «Bureau central de renseignements et d'action» (BCRA) ein effizientes Agentennetz auf die Beine stellen.³⁹

Das dritte Ziel war das vermutlich wichtigste: Es ging de Gaulle und seinen Anhängern darum, symbolische Autorität zu erlangen und die Zustimmung der französischen Bevölkerung zu gewinnen. Ihr entscheidendes Instrument waren dabei die allabendlichen Radiosendungen, mit denen sich die «Freien Franzosen» über die BBC an ihre Landsleute wenden konnten.⁴⁰ Charles de Gaulle ließ in seinen Radioansprachen keinen Zweifel daran, dass er sich als der einzig legitime Repräsentant seiner Nation sah, der stets im Namen Frankreichs sprach und seinen Landsleuten Befehle erteilen konnte. Diesen Anspruch begründete er damit, dass er alle heroischen, patriotischen Traditionen des Landes verkörperte, die ihn in eine illustre Ahnengalerie stellten: «die heilige Leidenschaft Jeanne d'Arcs, Dantons, Clemenceaus» erfülle seine Bewegung.⁴¹ «Louis XIV, Richelieu, Carnot, Gambetta», sie alle hätten im Juni 1940 so wie er gehandelt, Frankreich im Krieg gehalten und keinen Waffenstillstand abgeschlossen. Letzteren bezeichnete er als «null und nichtig», unterzeichnet von einem Mann, der nur noch die «traurige Hülle eines vergangenen Ruhmes» war.⁴² Während Pétain die revolutionär-republikanische Tradition aus dem nationalen Gedächtnis auszulöschen versuchte, vereinnahmte de Gaulle das rechte wie das linke, das katholische wie das laizistische, das monarchische wie das republikanische Frankreich für sich. Auf diese Weise gab er vor, die Versöhnung aller divergierenden Traditionen des Landes, die Überwindung der «deux France» im Geiste des Widerstandes zu symbolisieren. Gleichermäßen präsentierte die Londoner Widerstandsbewegung ihren Chef als einen Propheten, der schon seit den 1930er Jahren in militärkritischen Schriften die Niederlage vorausgesehen und die unzureichende strategische wie technische Vor-

bereitung der Armee beklagt hatte. Mit dem 18. Juni 1940 habe er erneut die Rolle des Propheten angenommen, indem er den Sieg Frankreichs an Seiten seiner Alliierten vorausgesehen habe. In diesem Geiste feierte die gaullistische Widerstandsbewegung seit 1941 den 18. Juni als einen Tag, an dem man auf die fortschreitende Einlösung der Prophezeiung zurückblicken konnte.

Die Propaganda der Londoner «France libre» fand schrittweise immer mehr Resonanz unter der Bevölkerung. Zahlreiche Franzosen scheinen de Gaulle ab dem Winter 1940/41 als ein Symbol der Hoffnung, des ungebrochenen Stolzes und wiedergewonnenen Muts akzeptiert zu haben. Zugleich aber blieben ihnen seine Persönlichkeit und seine politischen Vorstellungen weitgehend unbekannt, hatte er doch vor dem Krieg nur in einem kleinen Kreis militärpolitisch Interessierter Wirkung erzielt. Während das Bild seines Antipoden Pétain überall präsent war, wussten die meisten Bürger nicht einmal, wie de Gaulle aussah, und assoziierten mit ihm weitgehend seine Stimme, die mehrfach pro Monat über das britische Radio ertönte. Aufgrund seiner Ferne und Unbekanntheit bot er sich so als ideale Projektionsfläche verschiedenster Bedürfnisse und Sehnsüchte an. Dies wird etwa deutlich in den Briefen, die französische Bürger dem General an die Adresse der BBC schickten sowie an «Gebeten», die im Lande zirkulierten: «Unser Vater de Gaulle, der Du in England bist: Verherrlicht sei Dein Name. Dein Sieg komme zu Lande auf den Meeren und in der Luft [...].»⁴³

Die wachsende Wertschätzung de Gaulles bedeutete allerdings nicht etwa, dass sich die Bürger gleichzeitig von Pétain abwandten. Viele Menschen glaubten an ein geheimes Einverständnis zwischen dem Widerstandsführer und dem Staatschef: Während der eine von außen gegen die Besatzungsmacht vorgehe, schütze der andere die Heimat vor einer allzu harten Okkupationspolitik. Aus dieser Einstellung heraus begnügten sich viele Menschen mit einer ambivalenten, abwartenden Haltung gegenüber den Kontrahenten Vichy und London. So ist es zu verstehen, dass die Propaganda der «France libre» die Franzosen immer stärker vor eine klare Entscheidung stellte: «Ihr habt die Wahl zwischen dem Kampf für Deutschland und dem Kampf für Frankreich», rief de Gaulles Sprecher Maurice Schumann ihnen zu.⁴⁴ Zunächst als Schimpfwort seiner Gegner verwendet, bürgerte sich der Begriff *gaullisme* immer stärker ein, um die Geisteshaltung der Londoner Widerstandsbewegung zu charakterisieren, deren politisches Programm allerdings zunächst unklar blieb.

Unterdessen hatten sich im Landesinnern verschiedene Formen der Opposition gegen Besatzung und Kollaboration entfaltet, die in keiner Be-

ziehung zur «France libre» standen.⁴⁵ So kam es bereits am 11. November 1940 zu einer ersten kollektiven Äußerung der Resistenz, als sich Pariser Studenten schweigend am Grab des unbekanntes Soldaten unter dem Triumphbogen versammelten und auf diese Weise gegen die Anweisung der Besatzer verstießen, jegliche Erinnerung an das Ende des Ersten Weltkriegs zu unterlassen. Im Umfeld der Ethnologen des Pariser «Musée de l'Homme» entstand im Herbst 1940 ein erstes Widerstandsnetz, das Verfolgten Unterschlupf bot, Informationen sammelte und eine Untergrundzeitung veröffentlichte. Seit dem Januar 1941 wurden die Besatzer auf die Bewegung aufmerksam und verhafteten die Mehrzahl ihrer Aktivisten.

In der unbesetzten Zone gründeten sich erst ab 1941 Untergrundbewegungen, die dort angesichts einer schwächer ausgeprägten staatlichen Überwachung bessere Entfaltungsmöglichkeiten vorfanden als im besetzten Landesteil. Den Widerstand gegen Kollaboration und Besetzung fassten sie zunächst als eine publizistische Aktivität auf, mit der sie die Bevölkerung über den wahren Charakter des Pétain-Regimes aufklären und aus ihrer orientierungslosen, abwartenden Lethargie herausreißen wollten. Sobald sich die Möglichkeiten dazu ergaben, wollten sie zu paramilitärischen Mitteln greifen, um aktiv an der Befreiung des Landes mitzuwirken. Unter den Widerstandsbewegungen der unbesetzten Zone ragten drei heraus, nämlich «Combat», «Libération» und «Franc-Tireur», die jeweils eine Untergrundzeitung gleichen Namens herausgaben. «Combat» hatte sich um den Offizier Henri Frenay und die Frauenrechtlerin Berty Albrecht gebildet; in ihrem Umfeld sammelten sich vornehmlich christlich gesonnene Persönlichkeiten. Anführer der Bewegung «Libération» war der Journalist Emmanuel d'Astier de la Vigerie, der vor allem parteiunabhängige Sozialisten und Gewerkschaftler um sich scharte. Für ein dem linken Republikanismus nahestehendes Bekenntnis stand auch «Franc-Tireur», die kleinste der drei Bewegungen. Typisch für diese drei Widerstandszirkel war, dass sie sich völlig unabhängig von den alten Parteien und ihren Führungspersonlichkeiten gebildet hatten. Ihre Aktivisten stammten vielmehr aus der Mitte der Gesellschaft und waren vor dem Krieg zumeist keiner politischen Aktivität nachgegangen. Sie verband eine ausgeprägte Abneigung gegenüber den politischen Sitten des Parteienstaates und die Hoffnung, dass nach dem Krieg eine neue französische Demokratie entstehen würde, welche die Verheißungen der revolutionären Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit endlich einlösen würde.

In den Untergrundpublikationen dieser drei Bewegungen wurden de Gaulle und seine Londoner Organisation anfangs überhaupt nicht erwähnt. Viele ihrer Aktivisten waren zunächst skeptisch gegenüber de Gaulle als

einem politisierenden Militär, der sich anmaßte, im Namen Frankreichs zu sprechen. Sie waren stolz auf ihren eigenen, unabhängigen Weg in den Widerstand und wollten sich keineswegs als Anhängsel des Londoner Unternehmens begreifen. Andererseits aber bot die Zusammenarbeit mit de Gaulle ihnen die Aussicht, aus ihrer Isolation im Innern Frankreichs herauszukommen, in einen transnationalen antifaschistischen Widerstand einzutreten und neue Möglichkeiten zu erschließen, an der Befreiung des Landes mitzuwirken. Für den General bedeutete diese unabhängige innerfranzösische Résistance zwar einerseits eine Konkurrenz, vor allem aber eine Chance: Denn nur wenn er seine Exilbewegung mit den Aktivisten des Inlands vermählte, konnte es ihm gelingen, von den Alliierten und seinen Landsleuten als Repräsentant des gesamten widerstehenden Frankreich anerkannt zu werden. Auf diese Weise entstand zwischen London und der Résistance des Innern eine dynamische, konfliktreiche, aber letztlich kooperative Beziehung, in der die Machtverhältnisse sich ständig wandelten.⁴⁶

Seit dem Winter 1941/42 begannen Agenten de Gaulles, die Annäherung zwischen den Résistancegruppen des Inneren und der Londoner «France libre» voranzutreiben. Jean Moulin, ein vom Vichy-Regime entlassener Präfekt, wurde zum Repräsentanten de Gaulles in der unbesetzten Zone ernannt, mit der Aufgabe, die drei großen Widerstandsnetze «Combat», «Libération» und «Franc-Tireur» zusammenzuschließen und der «France libre» zu unterstellen. Seine wichtigste Trumpfkarte gegenüber den Bewegungen und ihren selbstbewussten Chefs war die finanzielle Unterstützung, die London ihnen in Aussicht stellen konnte. Um sie von einer Kooperation mit de Gaulle zu überzeugen, mussten allerdings auch ihre Zweifel an der politischen Programmatik des Generals ausgeräumt werden: War dieser ein wirklicher Republikaner? Was für politische Ziele hatte er im Auge, wenn es zur Befreiung des Landes kam? Um diese kritischen Fragen zu beantworten, verfasste de Gaulle eine «Erklärung an die Widerstandsbewegungen», die er im April 1942 dem Gewerkschaftler Christian Pineau übergab und die im Juni sowohl über den britischen Rundfunk als auch in den großen Untergrundzeitungen publik gemacht wurde. In diesem Manifest legte der General ein republikanisch-demokratisches Glaubensbekenntnis ab: Unmittelbar nach der Befreiung solle von allen Männern und Frauen eine Nationalversammlung gewählt werden. Indessen durfte der Krieg nach de Gaulles Auffassung nicht mit einer bloßen Wiederherstellung der alten Ordnung enden. Sein Manifest rechnete in einem Atemzug mit dem Vichy-Regime ebenso wie mit der Dritten Republik ab: «Ein moralisches, soziales, politisches, ökonomisches Regime hat in der Niederlage abgedankt, nachdem es sich in der Anarchie selbst

gelähmt hatte. Ein anderes, aus einer verbrecherischen Kapitulation hervorgegangen, gerät über die Herrschaft eines Einzelnen in Begeisterung. Das französische Volk verurteilt sie alle beide.»⁴⁷ Die Botschaft des Generals war, dass Frankreich einen dritten Weg jenseits der Alternative: Totalitarismus oder Parteienstaat wählen und eine neue politische-soziale Ordnung verwirklichen musste. «Während es sich für den Sieg vereint», so hieß es in der Erklärung, «sammelt das Land sich für eine Revolution.» Das Manifest forderte die Abschaffung der «mechanischen Organisation der Menschenmassen» und verhiess für die Befreiung eine neue Gestaltung der Arbeitswelt, die allen Bürgern «Freiheit und Würde» beschere.⁴⁸

Mit solchen Ideen konnte die Londoner Widerstandsbewegung in eine fruchtbare Kommunikation mit den Netzen des Inlands eintreten, die auf eine ganz ähnliche Weise eine grundlegende Umwandlung der politisch-sozialen Strukturen herbeisehnten. Parallel zur organisatorischen Annäherung begannen nun auch Untergrundzeitungen wie «Libération», «Combat» und «Franc-Tireur» über de Gaulle zu schreiben: Als «Symbol der Wiederaufrichtung unseres Landes» feierte ihn «Libération», andere beschrieben ihn als Symbol des Widerstands, der Freiheit, des Patriotismus.⁴⁹ Auch übernahmen sie mit dem Lothringerkreuz das Wahrzeichen der Londoner Widerstandsbewegung, druckten es auf ihren Titelseiten und setzten es als Fanal der Hoffnung und des kommenden Sieges dem Hakenkreuz entgegen. Das Symbol, ein Patriarchenkreuz mit zwei Querbalken, rief eine schillernde Vergangenheit von den Kreuzzügen über Jeanne d'Arc bis hin zum Verlust Lothringens wach und erweckte so den Eindruck, als gliche der Widerstand der Erfüllung eines heiligen Auftrags.⁵⁰ Auf diese Weise entstand langsam ein vereinendes Band zwischen äußerem und innerem Widerstand, aber auch unter den einzelnen Gruppen in Frankreich, die ein weites Spektrum politischer Positionen vertraten. Langsam begannen auch die Kommunisten, die noch bis zum Sommer 1941 das Leitwort «Weder de Gaulle noch Vichy» proklamiert und den General als «Agenten der Londoner City» verunglimpft hatten, sich der «France libre» anzunähern.⁵¹

Bedeutete es bereits einen Erfolg, unter einer sehr diversen und unkoordinierten Widerstandsbewegung ein Kommunikationsnetz aufgebaut zu haben, standen doch die größten Aufgaben noch bevor: Denn die Tatsache, dass die Résistancegruppen des Innern de Gaulle als Symbol des Widerstands anerkannten, bedeutete noch lange nicht, dass sie ihn als ihren Chef akzeptierten. Wenn de Gaulle sein Ziel eines einheitlichen Widerstands erreichen wollte, musste aus einer informellen Koalition eine politische Union mit einem gemeinsamen Zukunftsprogramm werden. Und wenn das widerstehende Frankreich wieder in den Krieg gegen

Deutschland eintreten wollte, reichte es auf die Dauer nicht, über das Radio oder die Untergrundpresse zu protestieren, sondern man würde mit der Waffe in der Hand gegen die Besatzer, aber auch die eigenen kollaborierenden Landsleute kämpfen müssen.

Paris

In allen Ländern, die von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges besetzt wurden, stand die Okkupationspolitik unter den Vorzeichen der nationalsozialistischen Ideologie. Dies bedeutete, dass die Besatzer nicht nur kriegsstrategische, machtpolitische und wirtschaftliche Absichten verfolgten, sondern auch die Ziele der NS-Rassenpolitik durchsetzten und die Feinde ihrer Weltanschauung rücksichtslos bekämpften. Somit gehörte nicht nur die Wehrmacht zu den Akteuren der Besatzung, sondern im gleichen Maße auch die Partei und die SS. Zugleich aber gab es nicht etwa eine strikte Arbeitsteilung zwischen einer rein für militärische Aufgaben zuständigen Wehrmacht und den Protagonisten des ideologischen Krieges. Vielmehr wurden deutsche Soldaten in die Verwirklichung der Rassenpolitik ebenso wie die Verfolgung des Widerstands einbezogen. Dies war in Frankreich vom Grundsatz her nicht anders als in den übrigen unter deutscher Besatzung stehenden Ländern. Vor dem Hintergrund dieser Gemeinsamkeiten ergab sich allerdings in jedem besetzten Land eine andere Situation. So war Frankreich für die Globalstrategie Hitlers von vergleichsweise nachgeordneter Bedeutung, ging es ihm doch vor allem darum, im Osten Europas den Bolschewismus niederzuringen, Lebensraum für das deutsche Volk zu erobern, die slawische Bevölkerung zu unterwerfen und die Juden umzubringen. In Frankreich wollte er vor allem Ruhe sicherstellen, solange Deutschland gegen England Krieg führte. Die Okkupationspolitik stand somit unter der Leitvorstellung, mit möglichst geringem Aufwand eine möglichst effektive Kontrolle und Nutzbarmachung Frankreichs zu erzielen.⁵²

Die deutsche Militärverwaltung hatte mitten im Zentrum von Paris Quartier genommen und das Hotel Majestic zu ihrem Sitz erwählt, einen prachtvollen Palast aus der *belle époque*, in dem zuvor Künstler wie Marcel Proust, Pablo Picasso und George Gershwin ein und aus gegangen waren. Der Einzug der Besatzer in diesen Bau symbolisierte, dass die Weltkulturhauptstadt nun – wie es die Pariser ausdrückten – «unter dem deutschen Stiefel» stand. An ihrer Spitze stand als «Militärbefehlshaber in Frankreich» General Otto von Stülpnagel, der als typischer Vertreter der nationalkonservativen preußischen Offizierskaste beschrieben wird. Zuständig für Sicherheitsfragen, die Polizei und die Militärjustiz war der

«Kommandostab», während die Kontrolle der französischen Administration sowie der Wirtschaft dem «Verwaltungsstab» zukam. Eine Schlüsselrolle in Letzterem spielte der hohe SS-Offizier Werner Best, der die Aufsicht über die französische Verwaltung innehatte und somit eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung der Kollaboration spielte.⁵³

Die von Best konzipierte Okkupationspolitik der «Aufsichtsverwaltung» sah vor, dass auch in der besetzten Zone die französische Administration weiterhin der Regierung in Vichy unterstand, in ihrer Struktur unangetastet blieb und die Direktiven der Besatzer möglichst ohne deren unmittelbares Eingreifen ausführen sollte. Auf diese Weise wollte man es ermöglichen, Frankreich mit einer sehr begrenzten Anzahl von Offizieren und hohen Beamten unter Kontrolle zu halten. In der Pariser Zentrale arbeiteten ca. 200 hohe deutsche Funktionsträger; in den besetzten Gebieten waren es insgesamt nicht mehr als 2000 Beamte und Offiziere. In jedem Département der besetzten Zone wurde der französischen Verwaltung eine sogenannte «Feldkommandantur» zur Seite gestellt, die vor Ort für die reibungslose Umsetzung der Besatzungspolitik sorgen sollte. Die deutsche Okkupationspolitik konnte also angesichts ihrer sehr begrenzten personellen Ressourcen nur dann funktionieren, wenn Frankreichs Administration, insbesondere aber seine Sicherheitskräfte bereitwillig zusammenarbeiteten. Diese waren auf Betreiben der Besatzer zunächst von unliebsamen Personen wie Juden, Freimaurern und radikalen Linken «gesäubert» worden, während alle Neuernennungen vom deutschen Verwaltungschef genehmigt werden mussten. Fortan erwiesen sich die französische Verwaltung, Polizei und Gendarmerie als gut funktionierende Zahnräder im Getriebe der Besatzungs- und Kollaborationspolitik.

Auf Betreiben von Werner Best und Otto Abetz, dem im August 1940 ernannten deutschen Botschafter, unternahm die Militärverwaltung im September 1940 erste Schritte, um die rassenpolitischen Ziele der nationalsozialistischen Besatzung zu verwirklichen. Juden durften künftig nicht mehr in die besetzte Zone einreisen. Die französische Verwaltung wurde angewiesen, ein Register aller Juden anzulegen, das ihre langfristige «Entfernung» aus den besetzten Gebieten vorbereiten sollte. Als erster Schritt zu ihrer Enteignung mussten alle von Juden geführten Geschäfte als solche gekennzeichnet werden, ihr Besitz und die von ihnen geleiteten Betriebe wurden eingetragene.⁵⁴ Eine am 18. Oktober 1940 verkündete Verordnung leitete dann die «Arisierung» jüdischer Unternehmen, Banken, Versicherungen, Anwaltskanzleien und Immobiliengesellschaften im besetzten Frankreich ein.⁵⁵ Für diese Maßnahmen fanden Best und Abetz wohlwollende Unterstützung unter den nationalkonservativen Offizieren, die

an der Spitze der Militärverwaltung standen.⁵⁶ Auf die Initiative des deutschen Botschafters ging auch die Entwendung französischen Kulturbesitzes zurück, in deren Zug einerseits von Juden geschaffene Kunstgüter, andererseits aus Deutschland stammende Werke im großen Stile jenseits des Rheins verfrachtet wurden.

Was den wirtschaftlichen Sektor anbelangte, so verfolgten die Deutschen zunächst das Ziel, die Ressourcen Frankreichs direkt auszubeuten, indem Rohstoffe, Motoren und Maschinen u. a. zur Munitionsherstellung sowie Eisenbahnlokomotiven nach Deutschland überführt wurden. So wurden innerhalb des ersten Jahres der Besetzung etwa 188 000 Tonnen Buntmetall aus Frankreich abtransportiert. Mehr und mehr rückte allerdings ein anderes, konkurrierendes Ziel in den Vordergrund, nämlich die Eingliederung französischer Unternehmen in die deutsche Kriegswirtschaft. Zu diesem Zwecke durften Frankreichs Betriebe nicht lahmgelegt, sondern mussten funktionsfähig erhalten werden, um der NS-Rüstungsindustrie dienstbar zu sein. Die deutschen Autoritäten spekulierten auf die Gewinnsucht französischer Unternehmer und die Not der Arbeiter, damit diese ihr anfängliches Widerstreben überwinden, für den Besatzer tätig zu werden. Im März 1941 arbeiteten bereits 1331 französische Unternehmen direkt oder indirekt für die Ausrüstung der Wehrmacht. Deutsche Aufträge in Höhe von 1,6 Milliarden Reichsmark gingen an Frankreich, womit es die Hälfte aller an besetzte Gebiete vergebenen Bestellungen erhielt.⁵⁷

Ein zentraler Akteur im Zusammenspiel zwischen Besatzern und den französischen politischen wie kulturellen Eliten war Botschafter Otto Abetz, der als das Sinnbild eines frankophilen Nationalsozialisten beschrieben werden kann. Seit den 1930er Jahren hatte der gelernte Zeichenlehrer im Umfeld des «Sohlbergkreises», einer Vereinigung pazifistischer deutscher und französischer Jugenderzieher, enge Kontakte zum Nachbarland geknüpft und dort seine französische Frau kennengelernt. In nationalsozialistische Kreise geriet er über Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop, der ihn wegen seiner guten Kontakte zu französischen Politikern, Journalisten und Literaten schätzte. Mit dem Waffenstillstand und der deutschen Besetzung sah Abetz die Stunde gekommen, seine politische Vision zu verwirklichen: Der deutsch-französische Antagonismus sollte sich in einem unter nationalsozialistischer Führung neuorganisierten Europa auflösen. Frankreich hatte er die Rolle eines Juniorpartners der deutschen Hegemonialmacht zgedacht. Unter diesen Vorzeichen bot er sich als Vermittler zwischen den Autoritäten Vichys, den Pariser Besatzern und dem Umfeld Hitlers an, um ihnen das Ziel einer asymmetrischen deutsch-französischen Partnerschaft schmackhaft zu machen. Seine Bemühungen scheiterten da-

ran, dass er bei Hitler kein Gehör fand, der andere Prioritäten hatte, als die Weichen für Frankreichs künftige Rolle in Europa zu stellen.⁵⁸

Auch bei dem Aufbau eines offen pro-nationalsozialistischen Umfelds in Paris spielte Otto Abetz eine wichtige Rolle. Dessen Protagonisten waren Jacques Doriot und Marcel Déat, zwei aus der Linken hervorgegangene Politiker, die seit den 1930er Jahren eine radikalpazifistische, antikommunistische und nationalistische Linie verfolgt hatten. Mit dem Waffenstillstand sahen sie die Chance gekommen, in Zusammenarbeit mit den Besatzern einem französischen Faschismus den Weg zu bahnen, der das Land nach dem Vorbild Deutschlands und Italiens grundlegend revolutionieren und ein totalitäres System etablieren sollte. Während Doriot sich auf seinen 1936 begründeten «Parti populaire français» stützte, rief Marcel Déat mit dem «Rassemblement national populaire» eine rivalisierende faschistische Bewegung ins Leben. Das Vichy-Regime erschien beiden viel zu traditionsverhaftet und zurückhaltend; in ihren Reden und Publikationen ließen sie keine Gelegenheit aus, die Politik Pétains als Pseudo-Revolution zu verhöhnen. Da sie nicht aus strategischen oder opportunistischen Gründen, sondern aus voller politisch-ideologischer Überzeugung für die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten eintraten, bezeichnet man Doriot, Déat und ihre Anhänger gemeinhin als «Kollaborationisten».⁵⁹ Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nahm die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten für sie den Charakter einer Schicksalsgemeinschaft an. «Der Kreuzzug gegen den Bolschewismus gibt dem gegenwärtigen Krieg seinen wahren Sinn», äußerte Doriot.⁶⁰ Zusammen mit anderen Faschisten rief er in Form der «Légion des volontaires français contre le bolchévisme» (LVF) eine Freiwilligentruppe ins Leben, die Frankreichs soldatischen Beitrag zum antikommunistischen Kreuzzug repräsentieren sollte. Zusammen mit 10 000 Mitstreitern in Uniformen der Waffen-SS zog Doriot 1942 an die Ostfront, um dort das Dritte Reich bei der Niederringung des Kommunismus zu unterstützen.⁶¹

Was die Medien- und Kulturszene anbelangte, so veränderten sich ihre Rahmenbedingungen radikal. Wer als Zeitungs- und Buchverleger weiterarbeiten wollte, musste sich mittels einer schriftlichen Vereinbarung der deutschen Zensur unterwerfen. Jüdische und politisch unliebsame Autoren durften nicht mehr publizieren. Ein von der Pariser Kulturszene (nach Abetz) «Liste Otto» genanntes Verzeichnis enthielt die Buchtitel, die aus den Buchhandlungen und Verlagslisten verschwinden mussten, da sie der jetzt herrschenden Geisteshaltung zuwiderliefen. Wer allerdings kollaborationsfreundliche Literatur zu verlegen bereit war, konnte mit der Unterstützung der Besatzer rechnen. So wurde Paris zur Heimstatt ultrakolla-

borationistischer Zeitschriften wie «La Gerbe» des Schriftstellers Alphonse de Châteaubriant sowie der Wochenzeitung «Je suis partout», deren Chefredakteur Robert Brasillach in jeder Ausgabe seinem radikalen Antisemitismus freien Lauf ließ. Die meisten Zeitungen verließen aber Paris, um in der unbesetzten Zone zu erscheinen, darunter auch rechtsextreme Blätter wie die «Action française» von Maurras sowie die Wochenzeitschriften «Candide» und «Gringoire». ⁶²

In den Schlüsselinstitutionen des Pariser Kulturlebens war rechtsextremes und reaktionäres Gedankengut bestens vertreten. Dies lässt sich etwa an der Académie française zeigen, die seit ihrer Gründung durch Kardinal Richelieu über die Entwicklung der französischen Sprache wachte und der anzugehören stets als die höchste Weihe eines schriftstellerischen Lebens galt. Unter den «Unsterblichen», wie man ihre 40 Mitglieder traditionell nannte, befanden sich nicht nur Marschall Pétain und General Weygand, sondern auch Vichys Erziehungsminister Abel Bonnard, Charles Maurras und zahlreiche seiner Gesinnungsgenossen. Ähnliches lässt sich von der Académie Goncourt sagen, die alljährlich den prestigeträchtigsten französischen Literaturpreis verlieh. Auf Betreiben eines ihrer Mitglieder, des glühenden Pétain-Bewunderers René Benjamin, ging die begehrte Ehrung 1941 an Henri Pourrat, Verfechter einer reaktionär-agrarischen Weltanschauung. Die Zensur durch deutsche Behörden bedeutete jedoch nicht, dass in Paris nur noch konformistische, kollaborationsfreundliche Werke an die Öffentlichkeit kamen. So gelangte etwa Jean-Paul Sartres erstes Theaterstück «Die Fliegen», das man durchaus als eine Parabel auf die damalige Lage Frankreichs verstehen konnte, im besetzten Paris zur Uraufführung. Wer allerdings die für das französische Geistesleben so charakteristische Meinungsfreiheit bewahren und die Besatzungssituation kritisieren wollte, musste fortan seine Werke geheim veröffentlichen, wie es seit 1941 der Pariser Untergrundverlag «Editions de Minuit» tat, der mit der Novelle «Le Silence de la Mer» seines Mitgründers Vercors den emblematischen Text der französischen Widerstandsliteratur herausbrachte. ⁶³

Die aus Sicht der Besatzer relativ ruhige Lage in Paris änderte sich abrupt mit dem Sommer 1941, als es zu einer politischen Kehrtwende der kommunistischen Untergrundorganisation kam. Bis dahin hatten sich die französischen Kommunisten an den Hitler-Stalin-Pakt gebunden gesehen und keine Aktionen gegen die Besatzer organisiert. Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion änderten sich die Rahmenbedingungen, so dass es seit dem August 1941 vermehrt zu Sabotageakten kam. Daraufhin verhängte Militärbefehlshaber Stülpnagel die Todesstrafe für «kommunistische Umtriebe» und ordnete eine Razzia an, bei der 4000 vermutliche

Unterstützer sowie die im elften Pariser Arrondissement lebenden Juden verhaftet wurden. In den folgenden Wochen eskalierte die Lage: Am 21. August erschoss der kommunistische Partisan Fabien an der Metrostation Barbès einen deutschen Soldaten. Die Tötung auf offener Straße sollte den Startschuss zum bewaffneten Kampf gegen die Deutschen markieren und eine Serie von Attentaten einläuten. Für die Besatzer waren auf einmal die Grundaxiome ihrer Frankreichpolitik, nämlich die innenpolitische Ruhe und die Sicherheit der deutschen Soldaten, gefährdet; das Schreckgespenst eines unkontrollierbaren Guerillakriegs drohte. Um die Taten zu «sühnen» und von weiteren Anschlägen abzuschrecken, ordnete der Militärbefehlshaber äußerst harte Repressalien an. Alle von den Deutschen Verhafteten wurden zu «Geiseln» erklärt, die jederzeit zur Vergeltung für Attentate hingerichtet werden konnten. Die ersten drei Internierten wurden Anfang September erschossen. Hitler und die Oberste Heeresleitung forderten indessen eine noch viel härtere Repression, die 100 Geislerschießungen für einen getöteten Deutschen und 50 für einen Verwundeten vorsah. In den folgenden Monaten eskalierte die Spirale der Gewalt, so dass die Bestrafung einen immer exzessiveren Charakter annahm. So wurden im Oktober die Erschießung des Feldkommandanten von Nantes sowie ein Attentat in Bordeaux mit der Hinrichtung von 98 Geiseln geahndet.

Den Militärbefehlshaber brachte der fatale Kreislauf von Attentaten und Hinrichtungen in eine schwierige Situation: Während die Geislerschießungen die französische Bevölkerung schockierten, sie gegen die Besatzer aufbrachten und ihre Bereitschaft zur Kollaboration verminderten, waren diese Maßnahmen für Hitler und die Oberste Heeresleitung immer noch nicht ausreichend.⁶⁴ Daraufhin schlug Stülpnagel eine neue Repressionsstrategie vor: Anstatt Gefangene zu erschießen, sollten verhaftete Juden und Kommunisten aus Frankreich weggeschafft werden. Für die Führungselite der Besatzung war es offensichtlich, dass zwischen dem Judentum und den Kommunisten ein Zusammenhang bestand; und dass deren Untergrundorganisation hinter den meisten Attentaten stand, war nicht zu bezweifeln. Mit der Internierung und Deportation vor allem nichtfranzösischer Juden würde man eine Bevölkerungsgruppe treffen, für die sich die Bürger vermutlich nicht besonders engagieren würden. Nach weiteren Attentaten ließ Stülpnagel am 12. Dezember 1941 743 Pariser Juden verhaften, darunter zahlreiche Geschäftsleute, Juristen und Intellektuelle. Eine zwei Tage später veröffentlichte Mitteilung an die französische Bevölkerung verkündete die Deportation von «jüdischen Bolschewisten zur Zwangsarbeit im Osten», verhängte eine von den Juden der besetzten

Zone zu bezahlende Strafe von einer Milliarde Francs und befahl die Erschießung von 100 Geiseln.⁶⁵ Doch das Kalkül des Militärbefehlshabers, Hitler mit dem Abtransport von Juden davon zu überzeugen, auf künftige Geislerschießungen zu verzichten, ging nicht auf. Denn für diesen konnten die Deportationen verstärkte Hinrichtungen nur ergänzen und nicht ersetzen. Stülpnagel trat daraufhin von seinem Amt als Militärbefehlshaber zurück, da er für weitere Geislerschießungen nicht die Verantwortung übernehmen wollte. Unter seiner Führung hatte sich indessen eine einst als bloße «Aufsichtsverwaltung» konzipierte Besatzung bereits entscheidend gewandelt, indem sie mit der massiven Unterdrückung der Bevölkerung und der Umsetzung des nationalsozialistischen Weltanschauungskriegs begonnen hatte.⁶⁶ Am 27. März 1942 kam es zu der noch von ihm angeordneten ersten Deportation von 1112 jüdischen Männern nach Auschwitz.⁶⁷

10. Frankreich um 1942

Das Jahr 1942 bildet in vielerlei Hinsichten den Kristallisations- und Wendepunkt der französischen Kriegszeit: Es war das Jahr, in dem vielen Franzosen zum ersten Mal das wahre Gesicht des Pétain-Regimes erkennbar wurde, als es sich auf unrettbare Weise in die massenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickte. Der November 1942 setzte der Illusion einer verbliebenen nationalen Eigenständigkeit ein Ende, als deutsche und italienische Truppen in die bislang unbesetzte Südzone eindrangten. Gleichzeitig war es für das Frankreich der Résistance das Jahr der Konsolidierung und Hoffnung, in dem sich die Widerstandsgruppen im Innern einander annäherten und die Exil-Armee zum ersten Mal an einer Schlacht teilnahm. Bestand noch zum Jahresanfang kaum eine Hoffnung auf eine Niederringung Deutschlands, erschien dies zwölf Monate später als eine realistische Perspektive. In diesem Zeitraum gerieten die drei zentralen Akteursgruppen – Besatzung, Vichy-Regime und Widerstand – in eine Dynamik, die sie immer stärker ihren jeweiligen Handlungslogiken folgen ließ. Während die Besatzer immer unbeirrter ihre rassenpolitischen Ziele verfolgten und einen aktiven Beitrag Frankreichs zur deutschen Kriegsanstrengung einforderten, machte das Kollaborationsregime seinem Partner immer weitere Zugeständnisse, die es zunehmend von der französischen Bevölkerung entfremdeten. Unterdessen bewegte der Widerstand sich in einem schwierigen Prozess auf seine Einheit und paramilitärische Organisation zu.

*Die Intensivierung von Kollaboration, Besatzungsherrschaft
und Widerstand*

Das Verhältnis des Vichy-Regimes zur französischen Bevölkerung hatte sich bereits seit dem Sommer 1941 immer schwieriger gestaltet. Verantwortlich war dafür vor allem die problematische Versorgungslage, auf die sich das Hauptaugenmerk der Bürger richtete. Die Wirtschaftspolitik des Regimes glich immer mehr der Verwaltung des Mangels, erschwerte doch die Aufteilung des Landes in getrennte Zonen den Transport von Waren und Personen. Von bisherigen Handelspartnern war man abgeschnitten, den Deutschen mussten hohe Besatzungskosten erstattet werden, zahllose qualifizierte Arbeitskräfte fehlten auf dem Lande und in den Fabriken. Seit dem Herbst 1940 waren Lebensmittel rationiert und die täglichen Zuteilungen hatten sich vermindert.¹ Anstatt sich für die «nationale Revolution» zu begeistern, waren die Bürger fast ausschließlich daran interessiert, «ob der kommende Winter noch härter durchzustehen sein würde als der vorherige, ob es Wein, Kohle und Kartoffeln geben würde, ob man sich Schuhe und Kleidung beschaffen könne», wie es in den Präfektenberichten des Novembers 1941 hieß.² Das Prestige des Marschalls blieb von dieser Unzufriedenheit allerdings unangetastet, da die Bevölkerung nicht ihn persönlich, sondern seine Regierung dafür verantwortlich machte. Am 12. August 1941 hatte Pétain eine vielbeachtete Radiorede gehalten, in der er unter den Franzosen einen «schlechten Wind» hatte aufkommen sehen, der die Autorität seiner Regierung infrage stelle. Im gleichen Atemzug hatte er die Politiker der untergegangenen Republik, die Freimaurer sowie die «Agenten» des Auslands für die sinkende Moral unter den Franzosen verantwortlich gemacht.³ In der Folgezeit ging das Regime noch entschiedener gegen seine Feinde vor, verstärkte die «Säuberung» der Verwaltung von unfügsamen Beamten und veröffentlichte Listen der Mitglieder von Freimaurerlogen.

Im April 1942 vollzog Pétain ein innenpolitisches Revirement: Er entzog Admiral François Darlan die Regierungsgeschäfte, die dieser seit Februar 1941 innehatte. Einerseits war die Erfolglosigkeit von dessen Politik offenkundig, hatte sie doch zu keinerlei Zugeständnissen seitens der Deutschen geführt. Die Demarkationslinie trennte mit unverminderter Härte die Bevölkerung; die 1,85 Millionen Kriegsgefangenen saßen nach wie vor in deutschen Lagern fest. Auch stand er bei Hitler in schlechtem Ansehen, da er verdächtigt wurde, auf die Seite der Amerikaner überschwenken zu wollen. An Darlans Stelle berief Pétain – nicht zuletzt auf Druck der Deutschen – erneut Pierre Laval, den er im Dezember 1940 entlassen hatte, da er ihm zu eigenmächtig geworden war. Der Marschall spielte mit Lavals

Ernennung seine letzte Karte aus, um die Deutschen von der Ernsthaftigkeit seiner Kollaborationsbereitschaft zu überzeugen. Denn der neue Regierungschef verfügte nicht nur über exzellente Kontakte zu Otto Abez und anderen NS-Eliten, überdies hatte er nie einen Zweifel an seiner Überzeugung gelassen, dass eine rückhaltlose Zusammenarbeit mit Deutschland die einzig zukunftsträchtige Strategie für Frankreich sei. Bei seiner Rückkehr an die Macht sicherte sich Laval quasi diktatorische Vollmachten, indem er die Ämter des Regierungschefs, des Außen-, Innen- und Propagandaministers in seiner Person verband und die Sondervollmacht erhielt, Gesetze zu erlassen. Der Marschall wurde auf diese Weise weitgehend entmachtet, was die Tagespolitik anbelangte, blieb aber unverzichtbar als mythologisierte Heldenfigur, die das gesamte Vichy-System legitimierte.

Drei Tage nach seiner Ernennung verkündete der neue Regierungschef über das Radio seine Deutung des gegenwärtigen weltgeschichtlichen Dramas: «Der gigantische Kampf, den Deutschland gegen den Bolschewismus» führe, habe «nicht nur den Krieg erweitert, sondern auch seinen Sinn enthüllt.»⁴ Aber kaum hatte er die Regierungsgeschäfte übernommen, traten die Deutschen mit neuen Forderungen an ihn heran: Die wirtschaftliche Kollaboration sollte entscheidend verstärkt werden, indem Arbeitskräfte nach Deutschland entsandt wurden. Hitlers Generalbevollmächtigter für den Arbeitsdienst, Fritz Sauckel, präzierte gegenüber Laval die Forderungen seiner Regierung: 250 000 geschulte Arbeiter sollten innerhalb der nächsten Monate ins Reichsgebiet kommen, um dort den durch den Fronteinsatz entstandenen Arbeitskräftemangel auszugleichen. Der Regierungschef versuchte daraufhin, eine für seine Bürger akzeptable Lösung auszuhandeln, die das deutsche Bedürfnis nach Arbeitskräften mit dem französischen Wunsch nach Rückkehr der Kriegsgefangenen verband: In einem ungleichen Handel sollten französische Arbeiter gegen freigelassene Kriegsgefangene ausgetauscht werden, und zwar nach einem Schlüssel von drei entsandten Arbeitern für einen entlassenen Gefangenen. Sauckel ging auf diese Abmachung, der Laval den Namen «La Relève» (die Ablösung) gab, ein. Die Propagandamaschinerie Vichys pries nun den Arbeitsdienst in Deutschland als patriotische Tat an, da er die Rückkehr der leidgeprüften, besonders auf dem Lande dringend benötigten Gefangenen erlaubte. «Ihr haltet den Schlüssel zu den Gefangenenlagern in der Hand», so lautete eine auf Plakaten lancierte Werbeparole.⁵

Doch ging der Regierungschef noch einen Schritt weiter, indem er die Arbeit in deutschen Fabriken als einen Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus anpries. Die Deutschen, so Laval, mussten als Soldaten im Kampf ihr Blut lassen, während die Franzosen an der Heimat-

front für sie arbeiteten. Am 22. Juni 1942, anlässlich des Jahrestages des Angriffs auf die Sowjetunion, warb er über das Radio für die «Relève» als Frankreichs Beitrag zum «neuen Europa» und verkündete, er wünsche sich «den Sieg Deutschlands», denn ohne ihn würde sich «bald der Bolschewismus überall in Europa einrichten».⁶ Mit diesen Worten hatte Laval eine neue Phase der Kollaboration eingeleitet, denn von nun an war erkennbar, dass unter seiner Ägide das Vichy-Regime in weitaus höherem Ausmaß dazu bereit sein würde, Deutschland auf dem Weg zum Sieg zu helfen. Lavals Äußerungen markierten auch einen Wandel in der politischen Kommunikation des Vichy-Regimes, denn bis dahin hatten seine Verantwortlichen die Zusammenarbeit mit dem Feind von 1940 als alternative, tragische Notwendigkeit dargestellt, aber nicht als einen Beitrag zum deutschen Kriegserfolg. Unter der französischen Bevölkerung hatte sich die bereits stark ausgeprägte Germanophobie durch zwei Jahre der Besetzung noch verschärft, so dass der Wunsch des Regierungschefs nach einem deutschen Sieg geradezu schockierend wirkte. «Man wusste, dass Laval den Sieg Deutschlands wünscht. Aber dass er es so unverhüllt und öffentlich sagt, hätte man nicht für möglich gehalten», notierte der Schriftsteller Léon Werth in sein Tagebuch. «Mit dieser zynischen Ehrlichkeit richtet Laval sich zugrunde.»⁷ In einem Präfektenbericht hieß es, seit seiner Rede vom 22. Juni befinde sich der Regierungschef nicht mehr in «gedanklicher Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung».⁸ Vor diesem Hintergrund war die «Relève» zum Scheitern verurteilt; bis zum August 1942 hatten sich nur 31000 Franzosen anstatt der von Vichy zugesagten 150000 zum Arbeitsdienst gemeldet. Die Londoner Widerstandsbewegung wiederum fand in Lavals ungleichem Tauschprojekt eine willkommene Zielscheibe, indem sie den Regierungschef nun als «négrier» (Sklavenhändler) verhöhnte.

Parallel zum Revirement in Vichy nahmen auch die Besatzer eine Neuorganisation ihrer Verwaltung in Angriff, indem Hitler dem Militär die Hoheit über alle Sicherheitskräfte entzog und sie der SS übertrug. Am 2. Juni 1942 übernahm in der Person des SS-Offiziers Carl Oberg ein «Höherer SS- und Polizeiführer» den Befehl über die NS-Sicherheitsdienste in Frankreich sowie die Kontrolle über die französische Polizei und Gendarmerie, mit der Aufgabe, die Bekämpfung der Résistance zu verschärfen und die nationalsozialistische Judenpolitik umzusetzen. Die Ausgrenzung der Juden der besetzten Zone schritt von nun an in erschreckender Geschwindigkeit voran: Am 29. Mai 1942 wurden alle Juden ab dem sechsten Lebensjahr im besetzten Frankreich dazu verpflichtet, den Judenstern zu tragen.⁹ Ihre Teilnahme am öffentlichen Leben wurde ex-

trem eingeschränkt; ihnen war u. a. der Besuch von Restaurants, Cafés, Theatern, Kinos, Märkten fortan untersagt. Die völlige Entrechtung der Juden sollte nach der Logik der Besatzungspolitik allerdings nur den Auftakt zu ihrer Deportation aus Frankreich darstellen. Am 20. Januar 1942 hatten hochrangige Funktionäre des Dritten Reichs auf der Wannseekonferenz die Umsetzung der «Endlösung der Judenfrage» besprochen, womit auch über das Schicksal der Juden Frankreichs entschieden war: Diese sollten, ebenso wie die Juden aller anderen besetzten Gebiete, in den Osten abtransportiert und dort, sofern sie nicht als «arbeitsfähig» eingestuft wurden, getötet werden. Nach den Vorstellungen Adolf Eichmanns, des Organisators der «Endlösung», sollten im Sommer 1942 insgesamt 100 000 Juden aus dem besetzten und unbesetzten Frankreich verschleppt werden; gleichzeitig mit der Deportation von Juden aus Belgien und den Niederlanden.¹⁰ Erst als die Planungen zu der unter dem Decknamen «Frühlingswind» firmierenden Operation weit fortgeschritten waren, wurde Laval's Regierung eingeweiht.

Vichy's Regierungschef war in der Zwischenzeit bereits den Besatzern entgegengekommen, indem er die Leitung des seit 1941 bestehenden «Kommissariats für Judenfragen» mit dem Journalisten Louis Darquier de Pellepoix besetzt hatte; einem fanatischen, von den Nationalsozialisten seit Jahren finanziell unterstützten Antisemiten. Um die Deportationen zu organisieren, traf Oberg am 2. Juli 1942 mit René Bousquet, dem für Polizeifragen zuständigen Generalsekretär der Vichy-Regierung, zu Verhandlungen zusammen. Während der SS-Führer die Auslieferung aller Juden, egal ob französischer oder ausländischer Staatsangehörigkeit, forderte, suchte Bousquet im Auftrag Laval's und Pétain's einen Kompromiss auszuhandeln: Er bat darum, die Juden französischer Staatsangehörigkeit zunächst unbehelligt zu lassen. Dies sei ein «besonderer Wunsch des Marschalls». Im Gegenzug sagte Bousquet zu, dass die französische Polizei ausländische und staatenlose Juden in der von den Deutschen «gewünschten Höhe» festnehmen würde.¹¹ Seine Verhandlungspartner gingen auf den Handel ein und sagten zu, vorerst keine jüdischen französischen Staatsbürger zu deportieren.

Am 16. und 17. Juli 1942 kam es dann zu einer großen Razzia in Paris, bei der ca. 9000 französische Polizisten 12 884 ausländische und staatenlose Juden – Männer, Frauen und Kinder – verhafteten. Zunächst wurden sie in dem Radstadion Vélodrome d'Hiver (kurz «Vél d'Hiv» genannt) zusammengepfercht, dann in die Internierungslager von Drancy, Compiègne, Pithiviers und Beaune-la-Rolande gebracht und schließlich von den Deutschen nach Auschwitz deportiert. Dank Hinweisen der Résis-

tance auf eine bevorstehende Aktion war es einigen gelungen, zuvor zu fliehen; andere konnten während des Abtransports oder aus dem Vél d'Hiv entkommen.¹² Die meisten aber unterwarfen sich widerstandslos den Anweisungen der Polizisten. Im August 1942 folgte eine Serie von Razzien in der unbesetzten Zone, bei denen Vichys Polizisten ca. 7000 ausländische Juden festnahmen und den Deutschen zur Deportation übergaben. Verschont wurden vorerst Menschen, die einer ausländischen Regierung unterstanden, die ihre Bürger zu schützen bereit war, wie etwa rumänische, italienische und bulgarische Juden.

Mit der Auslieferung ausländischer Juden an die Nationalsozialisten verriet die französische Regierung eine Tradition, die seit der Revolution von 1789 ein wichtiges Element der nationalen Identität gebildet hatte: Immer wieder hatte sich das Land als ein Zufluchtsort der Verfolgten, der Heimatlosen und Freiheitsliebenden präsentiert und sich seine großherzige Offenheit gegenüber Flüchtlingen zugutegehalten. Im Sommer 1942 versagte Laval's Regierung nicht nur den Menschen, die in Frankreich Exil gesucht hatten, den Schutz vor ihren Verfolgern, sondern übernahm auch noch selbst ihre Verhaftung. Im Nachhinein haben der Regierungschef, seine Handlanger und Verteidiger argumentiert, dass die Auslieferung dieser Menschen «Schlimmeres verhindert» habe, nämlich die Deportation *aller* Juden, auch derjenigen mit französischem Pass. Mit der Preisgabe der ausländischen Juden habe man sich den Schutz der einheimischen Juden sozusagen erkaufte. Tatsächlich aber machte erst der aktive Beitrag der französischen Sicherheitskräfte die Razzien möglich, die ansonsten gar nicht hätten stattfinden können: Denn zum einen hatten die Besatzer mit ihrer geringen personellen Präsenz in Frankreich nicht genügend Ressourcen, um so viele Personen auf einmal einzusammeln. Zum andern erhöhte die Verhaftung durch die französische Polizei die Erfolgchancen der Aktionen, besaß diese doch eine unverzichtbare Ortskenntnis und genoss ein weit höheres Vertrauen bei der Bevölkerung als die deutschen Sicherheitsdienste. Und drittens hatte die im Herbst 1940 begonnene antisemitische Politik Vichys die Ausgrenzung der Juden vorbereitet und die administrativen Voraussetzungen für die Verhaftungen geschaffen. Nur auf Basis der pedantisch geführten «Judenregister» der Präfekturen konnten die zur Deportation bestimmten Personen überhaupt auffindig gemacht werden.¹³ Es war die Existenz einer höchst funktionsfähigen, befehlsgeordneten und kollaborationsbereiten modernen Staatsverwaltung, welche die Judenverfolgung in Frankreich möglich machte. Das einzige entlastende Argument, das man für Laval und seine Regierung ins Spiel bringen kann, ist ihre Unkenntnis über das wahre Schicksal der deportierten Juden. Die Besatzer

hatten den Plan ihrer Ermordung gegenüber der französischen Regierung geheim gehalten und gegenüber dieser verkündet, man wolle in Polen einen «Judenstaat» gründen. Im Gegensatz zu den Regierungen anderer von NS-Deutschland abhängiger oder besetzter Länder versuchten Laval und seine Regierung nicht mehr über das Schicksal der Deportierten in Erfahrung zu bringen und gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden.¹⁴

Auch wenn ein nicht geringer Teil der französischen Bevölkerung jüdenfeindlich eingestellt war, trugen die Deportationen des Sommers 1942 zur zunehmenden Entfremdung der Bürger von ihrer Regierung bei. In den Präfektenberichten war von einem «starken Aufruhr in der öffentlichen Meinung» und von «mitleidender Sympathie» für die Opfer die Rede. Wenn auch die Bürger die Verantwortung für die Verhaftungen auf die Besatzer abzuschieben schienen, begann ihre «unverhohlene Ablehnung» auch auf die Regierung abzufärben.¹⁵ Noch wichtiger war, dass die höchsten Vertreter der katholischen Kirche öffentlich gegen die Deportationen protestierten: Eine Woche nach der Razzia vom «Vél d'hiv» appellierten die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs im Namen der «unantastbaren Rechte der menschlichen Person» an das «Mitgefühl» von Marschall Pétain.¹⁶ In einem von Laval später verbotenen Hirtenbrief empörte sich der Erzbischof von Toulouse, Jules Saliège, über die Behandlung der Juden «als Schlachtvieh» und bezeichnete sie als «unsere Brüder wie so viele andere».¹⁷ Eine einst wichtige Unterstützerin war somit auf Distanz zum Vichy-Regime gegangen. Hatte die Diskriminierung der Juden nach 1940 zunächst viele Franzosen indifferent gelassen, lösten die Deportationen eine Welle der Hilfsbereitschaft aus, die dazu führte, dass Tausende von Juden geheimen Unterschlupf fanden und so ihren Verfolgern entkommen konnten. Hierbei taten sich besonders katholische Schulen, Internate und Waisenhäuser hervor, die etwa 8000 jüdische Kinder bis zur Befreiung versteckten. Bis zum Ende des Krieges konnten von den ca. 330 000 im Jahre 1939 in Frankreich lebenden Juden ca. 250 000 gerettet werden. Von den ca. 80 000 getöteten Juden besaßen 56 400 nicht die französische Staatsbürgerschaft. Somit entgingen dank des Einsatzes der Bevölkerung 75 Prozent der in Frankreich lebenden Juden der Vernichtung.¹⁸

Die zunehmenden Zwangsmaßnahmen und Verfolgungen trugen auch dazu bei, dass der Widerstand weiteren Zulauf bekam. Die brutalen Bestrafungsrituale in Form von Geiseler-schießungen verstärkten bei den Aktivisten die Überzeugung, einen gerechten und notwendigen Kampf zu führen. Jede von den Deutschen erschossene Geisel galt in der Selbstwahrnehmung der Résistance als Märtyrer eines als Kreuzzug aufgefassten

Kampfes. Überdies vereinte der gemeinsame Tod im deutschen Kugelhagel symbolisch die unterschiedlichen politisch-moralischen Lager Frankreichs, befanden sich doch unter den Erschossenen Kommunisten wie Nationalkonservative, Atheisten wie Christen. In einem seiner berühmtesten Gedichte aus der Kriegszeit feierte der kommunistische Dichter Louis Aragon die Widerstandsbewegung als das Bündnis derjenigen, «die an den Himmel glaubten und die nicht an ihn glaubten».¹⁹ Die heftigen Grabenkämpfe der Vorkriegszeit, die ideologischen Gegensätze schienen angesichts des gemeinsamen Kampfs gegen ein menschenverachtendes Regime und des Märtyrertods bedeutungslos.

Im gleichen Zeitraum verstärkte sich auch innerhalb der Londoner Widerstandsbewegung das Selbstverständnis, eine lagerübergreifende Koalition aller politischen Bekenntnisse darzustellen. De Gaulle war es zunehmend gelungen, Menschen aus ganz unterschiedlichen weltanschaulichen Horizonten anzuziehen und ihre absolute Loyalität zu gewinnen. Als symbolisch für die Integrationskraft der «France libre» wurde im Sommer 1942 die Verbindung zweier Persönlichkeiten aus entgegengesetzten politischen Lagern gefeiert. Pierre Brossolette, ein Journalist aus dem Umfeld der Volksfront, und Charles Vallin, ein prominenter früherer Aktivist der rechtsextremen «Feuerkreuzler», waren zusammen aus Frankreich nach London gereist, um die Versöhnung einst verfeindeter Lager unter dem Zeichen des Lothringerkreuzes zu demonstrieren. Brossolette, der fortan zu den beredtesten Stimmen der Londoner Widerstandsbewegung gehörte, pries ihre gemeinsame Reise als Beweis dafür, dass alle «geistigen Familien Frankreichs» zur Unterstützung de Gaulles bereit waren. Es war insbesondere ihm zu verdanken, dass die bislang noch vage Programmatik der Londoner Bewegung schärfere Konturen erhielt. Ein Gaullist, so äußerte er, wünsche eine «radikale Erneuerung des französischen politischen Lebens».²⁰ Eine vereinte, lagerübergreifende Widerstandsbewegung solle auf eine Nachkriegsordnung hinwirken, in der die Macht der Großkapitalisten geschwächt, zentrale Industriezweige verstaatlicht sowie die Klassengegensätze aufgehoben seien. Die Parteidifferenzen der Vorkriegszeit sollten einer «engen und freundschaftlichen Kooperation zwischen den politischen Lagern» weichen.²¹ Unverzichtbar für die Erneuerung Frankreichs war für ihn de Gaulle als Mythos und Symbol, denn nach seiner Auffassung konnten sich die zutiefst verunsicherten Franzosen nur dann wieder aufrichten, wenn sie sich mit einer Figur identifizierten, die nationale Ehre, Patriotismus und Widerstand verkörperte.

Darüber hinaus gelang es den «Freien Franzosen» im Sommer 1942 zum ersten Mal, in eine militärische Auseinandersetzung mit Deutschland

einzutreten. Auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz, wo sich Deutschland seit 1941 mit seinem italienischen Verbündeten ein unentschiedenes Duell mit Großbritannien geliefert hatte, wendete sich im Frühjahr 1942 die militärische Situation zuungunsten der Briten. Das deutsche Afrikakorps rückte immer weiter auf die wichtige britische Festung Tobrouk vor. In dieser Situation schlug die Stunde einer ca. 5000 Mann starken freifranzösischen Einheit, der die Verteidigung des Wüstenforts Bir Hakeim anvertraut worden war. In einer mehrtägigen Schlacht konnte die bunt zusammengewürfelte Truppe aus indigenen Soldaten, dem Mutterland geflüchteten Männern und internationalen Nazigegnern das Fort halten. Als sie am 11. Juni 1942 unter der erdrückenden Übermacht des Afrikakorps die Stellung räumen mussten, gelang es dem Großteil der Einheit sogar noch, die britischen Linien sicher zu erreichen. Umgehend stilisierte die Propaganda der «France libre» die Kämpfe um Bir Hakeim zu einem «französischen Sieg» und feierte sie als ein «neues Verdun», das die Schmach vom Sommer 1940 ungeschehen machte. Im Landesinnern fand das Ereignis starke Resonanz und ließ die Hoffnung aufkeimen, dass Frankreich wieder in den Krieg eintreten und sich selbst befreien könnte.²¹

Die Wende des November 1942 und ihre Folgen

Drei Monate später kam es mit der amerikanisch-britischen «Operation Torch» zu einem Ereignis, das die Handlungsspielräume von Besatzern, Kollaborateuren und Résistants entscheidend veränderte: Die alliierte Invasion Marokkos und Algeriens vom November 1942 führte nicht nur dazu, dass mit den Briten und Amerikanern nun eine vierte Akteursgruppe in die Gestaltung der inneren Lage Frankreichs und seiner politischen Zukunft eingriff. Auch bewirkte sie eine Spaltung innerhalb der Résistance und öffnete den Weg für einen Rivalen de Gaulles, der dessen Anspruch auf ihre alleinige Führerschaft infrage stellte. Für die Deutschen ebenso wie für das Vichy-Regime kam hingegen die amerikanisch-britische Operation einer existenzgefährdenden Bedrohung gleich, die sie durch die weitere Radikalisierung ihres Vorgehens zu beantworten suchten.

Die britische und amerikanische Führung hatten de Gaulle weder in die Vorbereitung der «Operation Torch» einbezogen, noch war die Beteiligung von Truppen der «France libre» vorgesehen. Die Invasion Marokkos und Algeriens sollte für sie auch ein Mittel sein, den General kaltzustellen und die künftige politische Organisation Frankreichs mit anderen Persönlichkeiten in Angriff zu nehmen. Seit dem Debakel von Dakar im Herbst 1940 bestanden erhebliche Zweifel an seiner Fähigkeit, die Loyalität der militärischen und administrativen kolonialen Eliten zu gewinnen. Auch

hatte er sich mit seinem intransigenten, stolzen Auftreten und wiederholten Eigenmächtigkeiten bei Churchill immer unbeliebter gemacht. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hielt noch weniger von dem politisierenden General und fand, dass sein hoher Anspruch, im Namen Frankreichs zu sprechen, in umgekehrtem Verhältnis zu seiner realen politischen Macht stand.²³ Vor diesem Hintergrund setzten Churchill und Roosevelt darauf, dass sie bei dem Einfall in Nordafrika am besten ohne de Gaulle auskommen würden. Die örtlichen politischen Autoritäten, so hofften sie, würden einer starken Militärmacht keinen Widerstand leisten und entweder ihre Neutralität erklären oder auf die Seite der Alliierten umschwenken. In der Person des Vier-Sterne-Generals Henri Giraud hatten die Amerikaner eine angesehene, hochstehende Persönlichkeit dafür vorgesehen, unter alliierter Vormundschaft die örtliche Verwaltungshoheit zu übernehmen. Dieser war durch seine waghalsige Flucht aus deutscher Festungshaft zur Legende geworden und hatte im Juni 1942 seine Loyalität zu Pétain aufgekündigt.

Faktisch verliefen die Dinge anders, als von Churchill und Roosevelt erhofft, denn die am 8. November 1942 beginnende alliierte Invasion stieß insbesondere in Marokko sehr wohl auf Widerstand der örtlichen französischen Truppen, hatte ihnen doch Pétain umgehend den Befehl erteilt, sich zu verteidigen. Von nun an nahm allerdings auf Seiten des französischen Militärs ein unvorhergesehener Akteur die Dinge in die Hand. Admiral Darlan, der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte und einstiger Regierungschef, befand sich aus privaten Gründen zufällig in Algier und schloss am 10. November einen Waffenstillstand mit den Alliierten, der die künftige Neutralität der französischen Truppen beinhaltete. Im gleichen Atemzug erklärte er sich zum «Hochkommissar Frankreichs für Afrika», wurde als solcher allerdings von Pétain nicht anerkannt. Die Loslösung des französischen Nordafrika von der Vichy-Regierung hatte begonnen.

Unterdessen war Pierre Laval noch in der Nacht vom 9. November nach München geeilt, um von Hitler zu erfahren, wie dieser auf die alliierte Invasion zu reagieren gedenke. Als Laval nach längerem Warten empfangen wurde, stellte Hitler ihn vor vollendete Tatsachen: Die Vorbereitungen für den Einmarsch deutscher Truppen in die unbesetzte Zone waren bereits weit fortgeschritten. Den amerikanisch-britischen Einfall in Nordafrika sollten deutsche und italienische Soldaten von Tunesien aus bekämpfen; von Laval erwartete Hitler lediglich die Zusage, dass französische Truppen die Deutschen bei ihrer Landung in Tunesien nicht behinderten. Die Souveränität über einen Teil des nationalen Territoriums, die

stets die Existenzberechtigung Vichys ausmachte, war somit von allen Seiten infrage gestellt bzw. zunichte gemacht: Im Mutterland würden künftig allerorts die Besatzer präsent sein, während Nordafrika zum Kriegsschauplatz zwischen Deutschen und Alliierten werden würde.

Am 11. November 1942 kam es dann zur Verwirklichung des «Unternehmens Anton», wie die Deutschen die Besetzung der Südzone getauft hatten. Die Armee leistete keinen Widerstand und die Regierung beließ es beim verbalen Protest gegen die Verletzung der Waffenstillstandsbestimmungen, als deutsche Soldaten von Norden und italienische von Osten in französisches Territorium einfielen. Zwei Wochen später ordnete Hitler die Auflösung der Vichy-Armee (der sogenannten «*armée d'armistice*») an. Die in Toulon stationierte französische Flotte trieb die Neutralität auf die Spitze, indem sie sich dem Zugriff Deutschlands ebenso wie dem der Alliierten durch die Selbstversenkung entzog. Die Vichy-Regierung stand somit ohne jegliche Machtmittel da und war in ihren Handlungsspielräumen auf ihre *ultima ratio*, die Erfüllung deutscher Anordnungen, reduziert. Die Bevölkerung, so hieß es in den Präfektenberichten, nahm «lebhaft daran Anteil», denn die Armee sei «ein Symbol geblieben» und die Marine habe dem Land noch «eine Form von Prestige» verliehen.²⁴

Mit der Ausdehnung der deutschen Okkupation auf die Südzone wurde ein System zur Routine, das bei den Razzien des Sommers 1942 entwickelt worden war: Die Besatzer setzten Zielvorgaben, was Deportationen von Juden und Nazigegnern anbelangte, während die französische Polizei die Verhaftung der Betroffenen übernahm. So kam es im Januar 1943 zu einer mehrtägigen Razzia im Alten Hafen von Marseille, den die Deutschen als Unterschlupf von Widerständlern, Juden und Kriminellen identifiziert hatten. Die französische Polizei nahm knapp 6000 Personen gefangen, von denen 1642 Menschen, darunter 782 Juden, deportiert wurden. Nachdem das historische Stadtviertel von seinen Bewohnern evakuiert worden war, wurde es in die Luft gesprengt.²⁵

Eine paradoxe Situation entstand in dem Territorium östlich der Rhône mit den Städten Grenoble, Toulon und Nizza, das nun ebenso wie Korsika unter italienische Okkupation kam. Während die neuen Besatzer dort Gegner des Faschismus und Nationalsozialismus verfolgten, untersagten sie es der französischen Polizei, weiterhin Juden zu verhaften und sie an die Deutschen auszuliefern. Die Italiener wollten damit vor allem demonstrieren, dass sie – anders als das Vichy-Regime – keine bloßen Handlanger der Nazis waren, sondern ihre souveräne Besatzungspolitik verfolgten. Für einige Monate wurde die italienische Zone – sehr zur Em-

pörung der Deutschen und von Beamten des Vichy-Regimes – zu einem Refugium für Juden auch aus anderen Teilen Frankreichs, in welchem sie inmitten des Verfolgungsgeschehens unter Duldung der italienischen Okkupationstruppen von zivilen Hilfsorganisationen unterstützt wurden.²⁶

Die italienischen Besatzer wandten sich allerdings nicht gegen eine Zwangsmaßnahme, die Laval im Februar 1943 auf deutschen Druck einführte: Angesichts der Forderung der Besatzer, innerhalb weniger Wochen 250 000 französische Arbeitskräfte bereitzustellen, richtete die Regierung den «Service du Travail Obligatoire» (STO), den verpflichtenden Arbeitsdienst in Deutschland, ein. Alle Männer der Jahrgänge 1920, 1921 und 1922 wurden nun einberufen, um in den Fabriken des Reichs die zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Arbeitskräfte zu ersetzen. Hatte schon die «Relève» des Sommers 1942 den Rückhalt Lavals unter den Franzosen schwer beschädigt, so zerstörte die Einführung des STO vollends das Vertrauen in den Regierungschef. Nicht mehr die Versorgungslage, sondern der Zwangsarbeitsdienst bildete nun die Hauptsorge der Bevölkerung: In den Präfektenberichten war von einer «tiefgreifenden Aufregung», von einer «nur schwer beherrschbaren Verärgerung» die Rede, welche die «ohnehin vorhandene Malaise angesichts einer ungewissen Zukunft» noch verstärkte.²⁷ Die Einführung des STO bedeutete nicht nur einen entscheidenden Schritt in der progressiven Erosion des Vertrauens in die Vichy-Regierung, sondern auch in der Entwicklung des Widerstands. Denn angesichts der Perspektive, in Deutschland Zwangsarbeit leisten zu müssen, entschlossen zahlreiche junge Männer sich dazu, der Einberufung zu entkommen und in den Untergrund zu gehen. Sie zogen in die «Maquis», wie man die Widerstandsnester in ländlich-gebirgigen Gegenden nannte, wo sie nun darauf warteten, ihren Beitrag zur Befreiung leisten zu können. Erst der STO und seine Verweigerung durch zahlreiche Franzosen machte es möglich, dass aus dem bis dahin marginalen Widerstand eine signifikante, kampfbereite Bewegung wurde.

Unterdessen entglitt das französische Nordafrika immer weiter der Autorität Vichys, da es unter Darlans Führung von der Neutralität zu einer Allianz mit den Briten und Amerikanern übertrat. Am 22. November 1942 unterzeichnete der Admiral ein Abkommen, in dem er den Alliierten die volle Kooperation des in Nordafrika stationierten Militärs und der Administration zusagte. Die örtlichen Funktionsträger blieben im Amt; Vichys Gesetze, wie etwa der Entzug der Staatsbürgerschaft der nordafrikanischen Juden, blieben unangetastet. Nicht nur die Résistance, sondern auch die öffentliche Meinung in Großbritannien und den USA war schockiert darüber, dass ihre Regierungen mit einem ultrarechten, antidemokratischen

Ex-Kollaborateur gemeinsame Sache machten. Roosevelt verteidigte sich, indem er Darlan als einen «temporary expedient», einen «zeitweiligen Notbehelf», beschrieb, dessen Einbeziehung sich nur durch den «Druck der Schlacht» rechtfertige.²⁸ Die alliierte Option für Pétains Ex-Regierungschef machte deutlich, dass Roosevelt und Churchill rein realpolitische Interessen verfolgten und an einer möglichst umgehenden, reibungslosen Machtübernahme interessiert waren, die sich auf die bestehenden administrativen Strukturen stützte. Doch am 24. Dezember 1942 fand der «zeitweilige Notbehelf» ein jähes Ende, als Darlan von einem Widerstandskämpfer erschossen wurde. Nun war der Weg frei für General Giraud, den Roosevelt von Anfang an zum Chef des französischen Nordafrika hatte machen wollen. Auch dieser räumte als neuer Hochkommissar nicht mit den Vichy-Gesetzen auf; de Gaulles «France libre» blieb nach wie vor von jeglicher Mitwirkung ausgeschlossen. Faktisch gab es nun zwei außerhalb des Mutterlands agierende Autoritäten, die jeweils beanspruchten, für das widerstehende Frankreich zu sprechen: de Gaulle in London und Giraud in Alger.

Vor diesem Hintergrund veränderte sich der Handlungsrahmen de Gaulles, denn dieser musste nun nicht nur um die Oberhoheit über die Widerstandsbewegung, sondern auch um seine politische Existenz als solche kämpfen, erwarteten doch Roosevelt und Churchill von ihm, dass er sich seinem Rivalen in Alger unterordnete. In dieser Situation verschoben sich auch die Machtverhältnisse zwischen ihm und den Widerstandsetzern im Inland. Bisher hatten sich Letztere werbend an ihn gewandt, da sie sich von ihm internationale Wirkung und materielle Unterstützung versprochen. Nun war de Gaulle auf Gedeih und Verderb auf die Bewegungen des Inlands angewiesen, denn nur sie konnten ihm den notwendigen Rückhalt verleihen, um von den Alliierten als einzig legitimer Repräsentant des widerstehenden Frankreichs anerkannt zu werden. Gleichzeitig gewann der innere Widerstand an Kraft, traten doch zahlreiche Soldaten der aufgelösten «armée d'armistice» zur Résistance über, die gerade damit begonnen hatte, eine Untergrundarmee aufzubauen.

In dieser für de Gaulle bedrohlichen Situation kam Jean Moulin, seinem Vertreter im Inland, die entscheidende Rolle zu. In zähen Verhandlungen überzeugte er die Chefs der drei großen Bewegungen «Libération», «Combat» und «Franc-Tireur» davon, sich zu vereinen und de Gaulle zu unterstellen. Im Januar 1943 gründeten sie unter dem Namen «Mouvements unis de Résistance» (MUR) eine Dachorganisation und machten Moulin zu deren Vorsitzenden. Damit war dessen Mission allerdings nur zum Teil erfüllt, denn auch die Kommunisten und alle anderen mit dem Widerstand sympathisierenden Parteien der Dritten Republik sollten in

diese Koalition einbezogen werden. Nach der Selbstaufgabe des Parlamentarismus im Juli 1940 waren die Parteien der Vorkriegszeit zunächst fast völlig von der Bildfläche verschwunden, um sich erst im Laufe der Jahre 1941/42 wieder zu artikulieren. So hatte Daniel Mayer mit dem «Comité d'action socialiste» eine Untergrundorganisation der SFIO ins Leben gerufen, während einige Protagonisten der Vorkriegspolitik wie Léon Blum, Edouard Daladier und Paul Reynaud ihre Unterstützung de Gaulles bekundet hatten. In den Augen der Alliierten, so Moulins Auffassung, waren in erster Linie die politischen Parteien und deren gewählte Vertreter die repräsentativen Akteure des französischen politischen Lebens; insofern würden die Anglo-Amerikaner de Gaulle nur dann als legitime Autorität anerkennen, wenn er sich auch auf deren Unterstützung berufen könne.²⁹

Die Strategie Moulins stieß allerdings zunächst auf heftige Ablehnung seitens der Chefs der drei großen Résistance-Bewegungen. Diese wollten mit den alten Eliten der Dritten Republik nichts zu tun haben, machten sie diese doch für die Krise der Vorkriegszeit mitverantwortlich. Sie wollten selbst die Träger einer umfassenden Erneuerung des politischen Lebens sein, welche die politischen Sitten der alten Republik hinter sich lassen würde. «Skandalös wäre es», so warnte die Untergrundzeitung «Libération», «wenn die schrecklichen Jahre, welche die Welt umgewälzt haben, in Frankreich in irgendeiner elenden Restauration von Institutionen und Männern enden würden. Ganz im Gegenteil muss eine gewaltige Revolution das Ergebnis dieses ungeheuren Dramas sein.»³⁰ Auch Pierre Brossolette, der als entsandter de Gaulles die Bewegungen der Nordzone zu vereinigen suchte, wandte sich gegen Moulins Plan. Für ihn gefährdete die Einbeziehung der Altparteien die Genese einer neuen politischen Kultur aus dem Geist des Widerstands, bei der er de Gaulle die Rolle des Gründers einer neuen, breitgefächerten Integrationspartei der linken Mitte zgedacht hatte. Ein regelrechter Machtkampf brach aus zwischen Brossolette, Moulin und den Führern der großen Bewegungen, bei dem es unerschwellig auch darum ging, wer sich in die beste Ausgangsposition für die Gestaltung der Nachkriegszeit brachte. Es dauerte Monate, bis Jean Moulin diesen Kampf gewann und die Chefs der großen Bewegungen davon überzeugt hatte, sich auf eine Zusammenarbeit mit Repräsentanten der alten Parteien einzulassen. Sein wichtigstes Druckmittel dabei waren die Geldzuwendungen, die er aus den Mitteln der «France libre» den Bewegungen zukommen ließ, aber auch die Perspektive, dass de Gaulle scheitern könne und der für die Mehrheit der Résistance inakzeptable Giraud an seine Stelle treten würde.

Nicht weniger komplex gestalteten sich die Beziehungen zwischen de Gaulle, Moulin und den Kommunisten. Letztere hatten seit dem Sommer 1942 eine Doppelstrategie verfolgt: Einerseits proklamierten sie ihre volle Unterstützung der alliierten Kriegsanstrengung, bekundeten ihre Bereitschaft, mit bürgerlichen Widerstandskräften zusammenzuarbeiten und de Gaulle als Repräsentanten französischer Interessen anzuerkennen. Sie folgten auf diese Weise den Instruktionen Stalins, für den de Gaulle und die «France libre» Verbündete im Drängen auf die Eröffnung einer zweiten Kriegsfront im Westen waren. Überdies gestatte das Zusammengehen mit de Gaulle es den Kommunisten, sich als unzweifelhaft patriotische Kraft darzustellen und aus der Isolation, in die sie seit 1939 geraten waren, herauszutreten. Andererseits versuchten sie den Widerstand im Innern so weitgehend wie möglich zu dominieren, um sich eine starke Machtposition zum Zeitpunkt der Befreiung zu verschaffen. Sie bedienten sich dabei zweier Instrumente, des sogenannten «Front national» und der «Franc-tireurs et partisans» (FTP). Ersterer präsentierte sich als unabhängige Widerstandsbewegung, war aber faktisch nichts anderes als ein Aushängeschild der kommunistischen Partei im Untergrund. Die FTP waren ihre paramilitärischen Kräfte, die mit Sabotageaktionen und Attentaten auf sich aufmerksam machten. Sie nahmen dabei nicht nur die deutschen Besatzer ins Visier, sondern auch sogenannte «Verräter», bei denen es sich um Kollaborateure ebenso wie nicht linientreue Kommunisten handeln konnte. In ihren Untergrundpublikationen war die Partei zu der höchst umstrittenen Praxis übergegangen, sogenannte «schwarze Listen» mit den Namen solcher «Verräter» zu veröffentlichen. Der bewaffnete Kampf spielte in der Parteistrategie eine zentrale Rolle, wollte sie doch so beweisen, dass sie von allen Widerstandskräften den höchsten Blutzoll leistete und der Gegenseite die schwersten Opfer zufügte. Im Verhältnis zu de Gaulle hingegen stellten die paramilitärischen Aktionen der Kommunisten ein gravierendes Problem dar, da sie sich bewusst nicht in eine von der «France libre» und den Alliierten geplante Strategie einordneten. Letztere hielten einen bewaffneten Kampf der Résistance erst dann für sinnvoll, wenn er eine alliierte militärische Invasion in Frankreich flankierte. Im Ergebnis verzichtete Moulin darauf, den FTP den Verzicht auf Attentate und bedingungslosen Gehorsam gegenüber de Gaulle abzuverlangen, zumal die Kommunistische Partei sich bereit erklärte, in eine Dachorganisation des Widerstands einzutreten und dort ihre politische Unterstützung des Generals auszudrücken.

Am 27. Mai 1943 hatte Moulin seine Mission erfolgreich erfüllt: An diesem Tag trat der «Conseil national de la Résistance» als Zentralrat des

französischen Widerstands zu seiner ersten Sitzung in Paris zusammen. De Gaulles entsandter hatte das Gremium als die erste Nationalrepräsentation Frankreichs nach der Selbstaufgabe des Parlaments im Juli 1940 konzipiert. Ihm gehörten die Vertreter von acht Widerstandsbewegungen, zwei Gewerkschaften und sechs politischen Parteien der Dritten Republik an. Die Kommunisten waren von allen Strömungen am stärksten vertreten, da sie es durchgesetzt hatten, für den PCF, seine «Front national» sowie für die parteinahe Gewerkschaft CGT jeweils einen Repräsentanten entsenden zu dürfen. Einstimmig wählte das Gremium Moulin zu seinem Vorsitzenden und erklärte de Gaulle zum Chef der französischen Résistance. Die Strategie, durch die Mobilisierung und Vereinigung aller dem Widerstand nahestehender Kräfte de Gaulle zu stärken, erwies sich als erfolgreich. Denn bereits die Ankündigung, dass ein ihn unterstützender Rat des inneren Widerstands zusammentreten würde, bewegte Giraud dazu, seinen Rivalen nach Alger einzuladen, um mit ihm über die Fusion ihrer konkurrierenden Autoritäten zu verhandeln. Im Juni 1943 kam es zur Gründung des von den beiden Generälen präsidierten «Comité français de la Libération nationale» (CFLN), das fortan die französische Kriegsbeteiligung und die Verwaltung der bereits befreiten Territorien organisieren sollte. In den folgenden Wochen gelang es de Gaulle, seinen Co-Präsidenten fortschreitend auszuschalten, da Letzterer weder eine Unterstützung in der öffentlichen Meinung geschweige denn im inneren Widerstand mobilisieren konnte noch über den notwendigen politischen Sinn verfügte, um die taktischen Schachzüge seines Rivalen zu erkennen. Ende Oktober 1943 überließ Giraud de Gaulle die alleinige Präsidentschaft des CFLN, der damit sein Ziel eines ihm unterstehenden geeinten französischen Widerstands erreicht hatte.

Unterdessen durchlief die Résistance innerhalb des Mutterlands dramatische Wochen: Aufgrund eines Verrats gelang es der Gestapo, eine Reihe ihrer Führungsfiguren zu verhaften, zunächst den Chef der Untergrundarmee General Charles Delestraint, und dann, am 21. Juni 1943 Jean Moulin. Im Verhör versuchte der Lyoner Gestapo-Chef Klaus Barbie vergeblich den Mann, der wie kein anderer die Résistance kannte, zum Reden zu bringen. Beim Abtransport in ein Konzentrationslager erlag Moulin den Folgen der Folter. Nicht nur der erst kürzlich ins Leben gerufene Conseil national de la Résistance, sondern auch der gesamte innere Widerstand stand nun ohne eine Führungsfigur da, welche die unterschiedlichen Strömungen ausgleichen und einen engen Kontakt mit de Gaulle garantieren konnte. Diese Situation nutzten die Kommunisten, um sich schrittweise in eine dominante Stellung sowohl im Conseil national

de la Résistance als auch in anderen Koordinationsorganen des Widerstands zu bringen. Ihre «Franc-tireurs et partisans» waren ungleich straffer organisiert und schlagkräftiger als die paramilitärischen Kräfte der nicht-kommunistischen Bewegungen, so dass der Eindruck entstand, als sei die innere Résistance zunehmend die Angelegenheit der Kommunisten.

Je greifbarer die deutsche Niederlage seit dem Winter 1943/44 erschien, desto mehr konzentrierte sich die publizistische Aktivität des Widerstands darauf, konkrete Perspektiven für die Nachkriegszeit zu entfalten. Im Mittelpunkt stand dabei der Wunsch, dass die Chancen des möglichen Sieges nachhaltig genutzt und nicht wieder verschenkt würden, wie es nach 1918 geschehen war. Eine umfassende, dauerhafte gesellschaftliche Einigung müsse, so bekundeten zahlreiche Untergrundpublikationen, aus dem Drama des Weltkrieges hervorgehen, das die französische Gesellschaft auf ungekannte Weise gespalten hatte. Die Umgestaltung Frankreichs musste nach Auffassung der Widerstandspresse drei Dimensionen umfassen: eine wirtschaftlich-soziale, eine politische sowie eine spirituelle Erneuerung. Was die ökonomischen Fragen anbelangte, so forderte man eine ganz neue Rolle des Staates, der fortan die Planung der Produktion in Angriff nehmen und in dessen Besitz die wichtigsten Ressourcen des Landes wie der Bergbau, die Schwerindustrie sowie die Energieversorgung, aber auch die Banken ebenso wie die Versicherungen übergehen sollten. Auf diese Weise sollten auch die alten wirtschaftlichen Eliten entmachteter werden, die als Mitschuldige am Niedergang der Dritten Republik und notorische Profiteure der Kollaboration galten. Bildung und Erziehung sollten es möglich machen, dass aus dem Volk eine neue, nur nach Qualifikation ausgewählte Elite hervorgehen würde. Mit der Befreiung sollten neue staatliche Versorgungssysteme entstehen, welche die Bürger gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter umfassend absicherten. Diese Forderungen fanden Eingang in das Zukunftsprogramm des Conseil national de la Résistance, das dieser im März 1944 unter dem Titel «Die glücklichen Tage» veröffentlichte.³¹ Es demonstrierte, dass von den Mitstreitern de Gaulles über die Christdemokraten und Gewerkschaftler bis zu den Kommunisten alle Kräfte des Widerstands eine grundlegende Umgestaltung der Staats- und Wirtschaftsordnung anstrebten, die an die unvollendeten Reformen der Volksfront anknüpfen sollte.

Was die politische Ebene anbelangte, so proklamierten die Widerstandsorgane mit Emphase das Kommen einer neuen, «Vierten Republik», die alle Irrtümer ihrer Vorgängerin vermeiden würde. «Die Dritte Republik ist tot», so verhieß der sozialistische «Populaire», «es lebe die Vierte, die vom Nimbus der Hoffnung umgeben, im Stolz der Befreiung Frank-

reichs und im Enthusiasmus der Niederwerfung der Faschismen geboren wird.»³² Man wünschte sich, dass diese eine starke, stabile Exekutive garantieren und von großen, die Klassengegensätze überbrückenden Integrationsparteien getragen werden würde. Solchermaßen auf neue politische Fundamente gestellt, werde Frankreich, so die Vision zahlreicher Widerstandspublikationen, wieder als die spirituelle Avantgarde auftreten und anderen Völkern in der Verwirklichung humanistischer Ideale ein Beispiel geben können. Indem sie sich von der Befreiung die perfekte Lösung aller Strukturprobleme einer modernen Gesellschaft erhoffte, entwarf die Résistance eine weitgreifende Utopie. Deren Fürsprecher glaubten, mit dem Ende des Krieges eine politische Ordnung verwirklichen zu können, die Individuen und Gemeinschaft auf ideale Weise integrieren würde. «Reinheit» (pureté) war ein Schlüsselbegriff der Zukunftsentwürfe des Widerstands: «Das von Zweideutigkeiten übersättigte Frankreich will nur noch an die Reinen glauben», so titelte die Untergrundzeitung «Franc-Tireur» im Juli 1943: «Unser Ideal läuft auf die Reinheit heraus, Reinheit in den Linien unserer künftigen politischen Konstruktionen, Reinheit in unseren Gewissen [...], Reinheit, die das Zweideutige in den Begriffen, die Doppeltzüngigkeit im Verhalten, die Unterbrechung der Loyalität ausschließt. Und diese Reinheit ist eine gaullistische Tugend.»³³

Auf diese Weise verwies die Untergrundzeitung auf die Bezüge zwischen den Zukunftsentwürfen der Résistance und de Gaulle: Letzterer galt den Widerständlern als die Verkörperung schlechthin der Reinheit, war er doch von keinerlei Vorgeschichte im politischen Leben der Dritten Republik befleckt und hatte sich seit 1940 als unbestechlicher Wahrer der französischen Ehre ausgezeichnet. «Die französische Nation hat sich in ihm wiedererkannt», hieß es in der Widerstandszeitung «Résistance»: «Sie hat in ihm wiedererkannt, was es noch an Reinem und Großmütigem in ihr selbst gab.»³⁴ Grenzenlose Hoffnungen lagen somit auf de Gaulle, denn er sollte fortan die Einheit der zerrissenen Nation garantieren und als Chef des Nachkriegsfrankreich die weitgreifenden Zukunftsvisionen einlösen: Er sollte das Land in die ersehnte Revolution führen und die Utopie in die Realität umsetzen.

Die Kriegsjahre im Spiegel individueller Erfahrungen

Als der Krieg dem Ende zuing, versuchte der provisorische Regierungschef Charles de Gaulle seinen Landsleuten das Gefühl zu geben, dass sie sich richtig gegenüber den Besatzern verhalten hätten. Sie hätten sich als ein Volk von «guten Franzosen» erwiesen, die sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nichts anderes als die Befreiung von der Besatzung ge-

wünscht hätten. Mit dieser nachträglichen Deutung versuchte er die Widersprüche und Gegensätze der französischen Kriegserfahrung einzuebnen, die bereits den Zeitgenossen aufgefallen waren. Einige von ihnen waren von den unterschiedlichen Verhaltensweisen ihrer Landsleute so fasziniert, dass sie Bände von Tagebüchern verfassten, in denen sie ihre Eindrücke vom täglichen Leben niederlegten.³⁵ Auch Historiker haben in den letzten Jahren versucht, die Kriegsjahre in ihrer Bandbreite unterschiedlicher Einstellungen wiedererstehen zu lassen. Sie haben dabei die Präfektenberichte des Vichy-Regimes und die Ergebnisse der Briefzensur ausgewertet; sie haben sich auf Befragungen von Zeitzeugen ebenso wie auf Protokolle von Gerichtsverfahren der Befreiungszeit gestützt.³⁶ Nach einer Vielzahl von Studien wird immer mehr erkennbar, wie wenig zutreffend es ist, die Kriegsjahre in holzschnittartigen moralischen Kategorien von Gut und Böse nachzuzeichnen. So gab es im Widerstand überzeugte Antisemiten, ebenso wie Kollaborateure ihren jüdischen Bekannten Hilfestellung leisteten. Zudem waren zahlreiche Menschen zwischen 1940 und 1944/45 in sich wandelnder Loyalität hintereinander oder gar gleichzeitig Attentisten, Kollaborateure und Widerständler. Die folgenden biografischen Zeugnisse lassen das Erleben der Jahre 1940 bis 1945 in seiner Komplexität wiedererstehen.

Stéphane Hessel, der nach dem Krieg als Diplomat und Buchautor, wie etwa mit der Schrift «Indignez-vous!» («Empört euch!»), internationalen Ruhm erlangen sollte, kann für den frühzeitigen Entschluss zum Exil und Widerstand stehen. Der von deutschen Eltern abstammende, erst 1937 zum Franzosen gewordene Hessel wurde 1940 mobilisiert, erlebte die «drôle de guerre» und die Auflösung der französischen Armee. Ein Offizier erzählte ihm von dem Widerstandsaufbruch de Gaulles, woraufhin er aus deutscher Gefangenschaft floh. Im März 1941 in London angekommen, fiel Hessel der krasse Gegensatz zwischen der «hohen symbolischen Anmaßung und der armseligen materiellen Realität» der «France libre» auf.³⁷ Die wenigen Freiwilligen, die zu der bescheidenen Exil-Armee hinzustießen, wurden von ihrem Chef Charles de Gaulle persönlich begrüßt. Unter den Soldaten des Freien Frankreich fand er eine große Solidarität vor, gekennzeichnet von dem Stolz, zu den wenigen zu gehören, die gegen die Besatzer und ihre Helfer die Ehre Frankreichs verteidigen wollten. Als Agent des BCRA, des Geheimdienstes der «France libre», wurde er im März 1944 auf eine Mission ins Mutterland geschickt. Dabei sollte er Kontakt mit verschiedenen Widerstandsnetzen des Inlands aufnehmen und deren Funkverbindungen mit der «France libre» verbessern. Charakteristisch für die Akteure des Widerstands führte er ein Leben zwischen «Nonchalance und

Strenge, wo sich arbeitsreiche Tage mit frivolen Abenden in den Restaurants des Schwarzmarkts abwechselten». ³⁸ Am 10. Juli 1944 wurde er aufgrund eines Verrats verhaftet, einen Monat lang im Gewahrsam der Gestapo behalten, mehrfach gefoltert und ins KZ Buchenwald deportiert. Als er erfuhr, dass er – wie alle mit ihm inhaftierten Agenten – exekutiert werden sollte, entging er dem sicheren Tod, indem er sich die Identität eines soeben an Typhus verstorbenen Häftlings aneignete. Verlegt ins Außenlager Rottleberode gelang ihm die Flucht, um jedoch kurz darauf erneut verhaftet und im KZ Dora-Mittelbau interniert zu werden. Als das Lager im April 1945 von den Nazis evakuiert und die Häftlinge nach Bergen-Belsen gebracht wurden, rettete er sich endgültig durch die Flucht.

Anders als Stéphane Hessel gehörte der Offizier Henri Frenay zu den Millionen von Franzosen, die im Sommer 1940 an den Patriotismus von Pétain glaubten. Frenay stammte aus einer Familie «der französischen Rechten; traditionalistisch, sparsam, patriotisch und paternalistisch», die in dem Marschall eine nationale Vaterfigur erblickte und sich mit den Vichy-Werten Arbeit, Familie und Vaterland bestens identifizieren konnte. ³⁹ Nach dem Zusammenbruch im Juni 1940 war er aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflohen und hatte sich aus soldatischem Pflichtgefühl ebenso wie aus Treue zu Pétain in die französische Armee wiedereingliedern lassen. Er wurde dem «Deuxième Bureau», dem Geheimdienst der Armee, zugeteilt und war so gut über die internen Entscheidungswege des Regimes informiert. Schrittweise verlor er allerdings das Vertrauen in die politische wie militärische Führung, beginnend mit dem Handschlag zwischen Hitler und Pétain in Montoire. Wie konnte sich der Marschall auf eine Kollaboration mit dem Führer einlassen, wo doch in den Augen Frenays der Nationalsozialismus die «Ungeheuerlichkeit des 20. Jahrhunderts» verkörperte, die «Negation aller geistigen und religiösen Werte», denen er sich verbunden fühlte? ⁴⁰

Im Januar 1941 bat Frenay um seine Ausgliederung aus der Armee, die ihm wenige Wochen später gewährt wurde. Befreit von dem Zwang zum soldatischen Gehorsam versuchte er mit Untergrundpublikationen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Immer stärker richtete sich seine Opposition nicht nur gegen die Besatzer, sondern auch gegen den einst von ihm verehrten Marschall und dessen Regime. Er zählte sich zu den wenigen Résistants, die «eine klare Unterscheidung zwischen Hitler und Deutschland», zwischen dem NS-Regime und dem deutschen Volk vornahmen. «Für die große Mehrheit [der Résistants] war der Nationalsozialismus nichts anderes als die jüngste Manifestation des ewigen Germanismus.» Nach Frenays Auffassung war der Widerstand auch als Auftakt zum Auf-

bau eines geeinten Europa zu verstehen; einer «Föderation von gleichberechtigten Staaten mit einem von seiner Megalomanie geheilten Deutschland».⁴¹ Schrittweise baute Frenay mit der Bewegung «Combat» ein Widerstandsnetz auf, das über eine gleichnamige Untergrundzeitung, einen Nachrichtendienst sowie paramilitärische Einheiten für Sabotageaktionen und Attentate verfügte. Als 1942/43 die Annäherung zwischen der «France libre» de Gaulles und dem Widerstand des Inlands begann, galt Frenays «Combat» als dessen größte und schlagkräftigste Organisation. Aus einem einstigen Pétain-Verehrer war eine Leitfigur der Résistance geworden.

Ganz anders der Weg der Schriftstellerin und Journalistin Edith Thomas durch die Jahre der Besatzung: Bereits in den 1930er Jahren hatte sie mit dem Kommunismus sympathisiert und die Treffen der «Association des écrivains et artistes révolutionnaires» besucht, die von dem Dichter Louis Aragon, dem führenden Parteiintellektuellen, präsiert wurden. Schnell aber war sie von dem Snobismus der Intellektuellen angeekelt, die sich über das Volk erhoben, in dessen Namen sie doch sprechen wollten, ebenso wie sie den linientreuen Autoritarismus Aragons unerträglich fand. Als unabhängige Journalistin berichtete sie für linke Zeitschriften aus Algerien sowie aus dem spanischen Bürgerkrieg. Die Nachricht vom Hitler-Stalin-Pakt ließ sie sprachlos, hatte sie doch in der Sowjetunion die «einzig wahre Garantie gegen den Faschismus» erblickt.⁴²

Nach der Niederlage 1940 stand es für sie außer Frage, dass sie in den Widerstand gehen musste; nicht nur um den Faschismus zu bekämpfen, sondern auch aus Liebe zu ihrem Vaterland, in der ihre Eltern sie erzogen hatten. Ihr Engagement in der Résistance nahm jedoch ganz andere Formen an als im Falle Hessels oder Frenays: Sie schloss sich 1941 einem Kreis von Schriftstellern an, dem Comité national des écrivains (CNE). Da ihre Pariser Wohnung einen hohen Grad an Diskretion gewährleistete, traf sich die Gruppe fortan bei Edith Thomas zuhause. Zwar war der Zirkel Teil des kommunistischen Widerstandsnetzes «Front national», doch waren ihm auch katholische und liberale Autoren wie François Mauriac, Gabriel Marcel, Jean Paulhan, Jean Guéhenno und Albert Camus beigetreten. Anders als in den meisten Résistance-Gruppierungen benutzten seine Mitglieder keine Decknamen, wodurch sie sich einem hohen Risiko aussetzten. «Was mir den Eindruck verlieh, einen einzigartigen Moment zu erleben, dessen Wunder sich niemals wiederholen würde, war das Vertrauen, das alle diese Menschen einander entgegenbrachten», so schrieb Edith Thomas rückblickend.⁴³ Autoren, die einander zu Friedenszeiten oft heftig über die gesellschaftliche Rolle der Literatur bekämpft hatten, fanden auf einmal zu einer Geistesgemeinschaft zusammen.

Mitten im Krieg, als die Sowjetunion im September 1942 unter großen Opfern dem deutschen Angriff standhielt, trat Edith Thomas der Kommunistischen Partei bei; ein Schritt, vor dem sie in den 1930er Jahren immer wieder zurückgescheut hatte. Nun schienen sich für sie die Verhältnisse grundlegend geändert zu haben und Moskau den verschiedenen kommunistischen Bewegungen Europas eine größere Freiheit zu gestatten. «Die Kommunistische Partei erschien mir als das aktivste Element des Widerstands und blieb in meinen Augen die einzige Hoffnung der Arbeiterklasse, eine Welt ohne Ungerechtigkeit herbeizuführen.»⁴⁴ Nach der Befreiung zerbrachen sehr bald die vertrauensvollen Bande, die das CNE zu Kriegszeiten gekennzeichnet hatten, als nämlich die kommunistische Zeitschrift «*Lettres françaises*» schwarze Listen von solchen Schriftstellern publizierte, die mit den Besatzern kollaboriert hatten – eine Praxis, die bei Autoren wie Jean Paulhan auf scharfen Protest stieß. Als Louis Aragon gemeinsam mit seiner Frau Elsa Triolet dort eine ähnlich intolerante Gesinnungsdiktatur errichtete wie in den Zirkeln der Vorkriegszeit, verließ Edith Thomas das CNE. Ihr in der Besatzungszeit gewachsener Hass auf die Deutschen schwand, als sie 1945 das zerstörte Land bereiste. «Die Ruinen von Mainz schmerzen mich genauso wie die von Brest», schrieb sie in den «*Lettres françaises*». «Ich bin nicht für den Siegestanz gemacht.»⁴⁵

Einen gegensätzlichen Weg durch die 1930er und 1940er Jahre beschritt Ramon Fernandez, der zu den angesehensten Literaturkritikern und Schriftstellern seiner Generation gehörte. Er fühlte sich zunächst der Linken zugehörig und engagierte sich nach den Unruhen vom Februar 1934 in antifaschistischen Zirkeln, die von Anhängern der Kommunistischen Partei dominiert waren. Der spanische Bürgerkrieg bedeutete für ihn eine Wegscheide: Während sich zahlreiche französische Linksintellektuelle für die Republikaner einsetzten, konnten für Fernandez nur Franco und seine Anhänger der «Auflösung des Landes unter dem anarchistischen und kommunistischen Einfluss» Einhalt gebieten.⁴⁶ Von nun an grenzte er sich immer schärfer von der Kommunistischen Partei ab, in deren Führern er die Agenten Moskaus erblickte, die nicht die Anliegen der französischen Arbeiterschaft, sondern deren Unterwerfung unter das Sowjetsystem verfolgten. Eine neue politische Heimat fand er im «*Parti populaire français*» (PPF) des Ex-Kommunisten Jacques Doriot, der in den Augen von Fernandez Nationalismus und Sozialismus miteinander versöhnte. Im Faschismus erkannte Fernandez nun die wahre, zukunftsweisende revolutionäre Bewegung.

Aus diesen Hintergründen erklärt sich sein überzeugtes Engagement für die Kollaboration nach dem Waffenstillstand vom Juni 1940: Der Händedruck zwischen Pétain und Hitler in Montoire war für ihn die Ge-

burtsstunde einer «neuen Wirklichkeit, die ein neues Europa hervorbringen könne und müsse».⁴⁷ In seinen Augen hatte Frankreich nur die Wahl, sich an Deutschland als die stärkste Nation Europas zu binden, um gemeinsam die europäische Zivilisation gegen den Bolschewismus zu verteidigen. So nahm Fernandez die Einladung zu einer Deutschlandreise an, die Joseph Goebbels an ihn und andere kollaborationsfreundliche Intellektuelle ausgesprochen hatte.⁴⁸ Vom 4. bis zum 26. Oktober 1941 besuchte Fernandez wichtige Stätten deutscher Kultur wie Köln, Heidelberg, Weimar, Berlin, besichtigte dort die Reichskanzlei, traf mit Goebbels zusammen, in dem er eine «Führerpersönlichkeit, imponierend eher durch seine Zurückhaltung als durch seine Befehlsgewalt» erblickte.⁴⁹ Begeistert von deutscher Kunst und der Wertschätzung, die man jenseits des Rheins Geistesgrößen wie Goethe, Schiller und Beethoven entgegenbrachte, kehrten Fernandez und seine Mitreisenden nach Paris zurück. Der Propagandaminister des Dritten Reichs hatte das Ziel des Reiseprojekts erreicht: Französische Intellektuelle waren von ihrem kulturellen Überlegenheitsbewusstsein abgekommen und hatten begriffen, dass Deutschland nicht nur als politische, sondern auch zivilisatorische Führungsmacht Europas gelten konnte.

Im Gegensatz zu Fernandez war Coco Chanel keine Kollaborateurin aus ideologischer Überzeugung, sondern versuchte aus den Zeitumständen eigene Vorteile zu schlagen. Unmittelbar nach der Kriegserklärung hatte sie ihr mittlerweile legendär gewordenes Modehaus geschlossen, nachdem der Sommer 1939 Paris noch einmal in seinem ganzen hedonistischen Glanz der «années folles» gezeitigt und die Haute Couture so gefragt wie selten zuvor gewesen war. «Jetzt stehen die Zeichen der Zeit nicht mehr auf Mode», begründete sie ihren Schritt.⁵⁰ Als die Deutschen Paris besetzten, behielt sie ihre Gewohnheit bei, im Hotel Ritz zu wohnen, wo auch Spitzen der deutschen Militärverwaltung Quartier genommen hatten. Coco Chanel begann eine Liebesbeziehung mit dem deutschen Offizier Hans Günther von Dincklage, den sie «Spatz» nannte und mit dem sie wie gewohnt unter Künstlern wie Jean Cocteau, Serge Lifar und Misa Sert verkehrte. Gewissensbisse scheinen sie nicht geplagt zu haben, mit einem Mitglied der Besatzungsarmee eine intime Beziehung zu unterhalten: «Eine Frau meines Alters sollte nicht den Pass ihres Liebhabers ansehen, wenn sie das Glück hat, einen zu haben», äußerte sie lapidar.⁵¹

Doch beließ es die große Modeschöpferin nicht bei der sentimentalischen Kollaboration mit einem Angehörigen der Besatzungstruppen, sondern ließ sich 1943 sogar auf eine bizarre Agentenmission für das Dritte Reich ein. Unter dem Decknamen «Operation Modellhut» sollten ihre freund-

schaftlichen Beziehungen zu Winston Churchill genutzt werden, um dem britischen Premierminister eine geheime Botschaft zu überbringen, die ihn zum Bündniswechsel bewegen sollte.⁵² Noch bedenklicher allerdings wirken Chanel's Versuche, die antisemitische Politik der Besatzer zu nutzen, um sich geschäftliche Vorteile zu verschaffen. Ihre blühende Parfumproduktion hatte sie in den 1920er Jahren durch die jüdische Familie Wertheimer finanzieren lassen, die sich 70 Prozent der Geschäftsanteile an «Chanel Parfums» gesichert hatte. Als ab 1940 die «Arisierung» der jüdischen Unternehmen und damit auch von «Chanel Parfums» anstand, beauftragten die mittlerweile emigrierten Wertheimers einen Strohhalm damit, ihre Anteile zu übernehmen, um so die Kontrolle über ihr Unternehmen zu behalten. Daraufhin denunzierte Coco Chanel bei den Deutschen den Aufkauf als betrügerische Arisierung, mit dem Ziel, sich selber die Anteile ihrer Geschäftspartner zu sichern.

Versuchte Coco Chanel von der antisemitischen Politik des Kollaborationsregimes zu profitieren, gehörte die Buchhändlerin Françoise Frenkel zu ihren Opfern. Im Jahr 1921 hatte die polnische Jüdin gemeinsam mit ihrem Mann Simon Raichinsein die «Maison du livre français», die einzige französische Buchhandlung Berlins, eröffnet.⁵³ Kurz vor dem Kriegsausbruch musste sie ihr Geschäft aufgeben und floh nach Paris. «Gänzlich von einer glühenden Sehnsucht nach Frieden ergriffen, *hoffte* das französische Volk», schrieb sie rückblickend. «Der berühmte Satz: «Letztes Jahr hat man auch schon das Schlimmste kommen sehen, und doch hat sich alles arrangiert» war in aller Munde.»⁵⁴ Nach der Niederlage des Sommers 1940 begab sie sich auf die Flucht, die sie über Avignon und Vichy nach Nizza führte, das zu einem Zentrum der Emigration geworden war. Ihr Hotel verglich sie mit einer «Arche Noah», denn in ihm hatten sich Nazigegner aus Deutschland und Österreich, Juden aus allen Teilen Europas ebenso wie spanische Republikaner niedergelassen, die allesamt nach Wegen in ein sicheres Exilland suchten.

Der Anordnung, sich als Jüdin bei der Präfektur registrieren zu lassen, kam sie widerspruchslos nach; nicht nur, weil sie Denunziation und Repressalien befürchtete, sondern auch, weil sie ihre Herkunft und Identität nicht verleugnen wollte. Als am 26. August 1942 die französische Polizei mit der systematischen Verhaftung von Juden begann, hielt sich Françoise Frenkel zufälligerweise nicht in ihrem Hotel auf und konnte so der Razzia entkommen. Ab jetzt war sie auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass französische Mitbürger ihr beistanden, sie versteckten und nicht an die Sicherheitskräfte auslieferten. Zunächst fand sie bei den Besitzern eines Frisörsalons Unterschlupf. «Hier sind Sie zuhause, bei guten Fran-

zosen», gaben ihre Retter ihr zu verstehen. «Solange wir hier Herren im Hause sind, wird Ihnen nichts passieren.» Unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit verleugneten sie bei Polizeidurchsuchungen die Anwesenheit einer geflüchteten Jüdin. «Sie sahen es, so sagten sie, als ihre Pflicht an, das Unrecht wiedergutzumachen, an dem sich ihre Landsleute mitschuldig machten, sei es aus Verblendung oder Zwang durch die damaligen Autoritäten.»⁵⁵

Die italienische Besatzung ab dem 11. November 1942 gab den Juden eine unverhoffte Atempause in ihrer tagtäglichen Angst um das eigene Leben: Sie erhielten wieder eine legale Aufenthaltserlaubnis; die mit antisemitischen Schmähungen verunstaltete Synagoge wurde erneuert und wiedereröffnet. In diesem Zeitraum begab sich Françoise Frenkel, der Verwandte ein Visum für die Schweiz verschafft hatten, mit gefälschten Ausweispapieren auf die Reise. Nahe der Schweizer Grenze wartete ein Mann auf sie, der sie in das neutrale Nachbarland schleusen sollte. Doch diesmal geriet sie an einen Verräter, der sie nicht über die Grenze brachte, sondern der Polizei auslieferte. Erst nach Verhaftung, Gerichtsverfahren und Freilassung konnte sie im Juni 1943 einen erneuten, diesmal erfolgreichen Fluchtversuch in die Schweiz unternehmen, wo sie unter dem Titel «Nichts, um sein Haupt zu betten» ihre Erinnerungen an ihre Odyssee durch das Frankreich der Besatzungszeit niederlegte.

Das Glück, mit der Hilfe mutiger französischer Bürger der antisemitischen Verfolgung zu entkommen, wurde Tausenden von Juden nicht zuteil. Dazu gehörte die Familie Jacob, die seit den 1920er Jahren in Nizza lebte und aus der die spätere Politikerin Simone Veil (geboren 1927) hervorging. Anders als Françoise Frenkel waren die Jacobs französische Staatsbürger und insofern in einer etwas günstigeren Position, da die Vichy-Regierung ja zunächst die Deportation französischer Juden abgelehnt hatte. Doch auch sie mussten sich bei der Präfektur als Juden registrieren lassen; auch sie nahmen die wenigen Monate der italienischen Besatzung als eine unverhoffte Ruhe im Verfolgungsgeschehen wahr. Alles änderte sich mit dem 8. September 1943, als Italien seinen Waffenstillstand mit den Alliierten bekannt gab und aus dem Bündnis mit dem Dritten Reich austrat. Damit endete auch die italienische Besatzung des französischen Südostens; die Wehrmacht zog ein und mit ihr die SS, um dort die Judenverfolgung selbst in die Hand zu nehmen. Alle französischen Juden mussten ihre Ausweise mit einem Stempel «J» versehen lassen. Alois Brunner, ein enger Mitarbeiter Eichmanns, setzte Spezialeinheiten auf die Juden Nizzas an, die aufgrund physiognomischer Eigenschaften Menschen auf der Straße kontrollierten, zur Feststellung ihrer Identität verhafteten und deportieren ließen, sofern es

sich um Juden handelte. Innerhalb von 80 Tagen wurden auf diese Weise 2142 Juden verhaftet und deportiert.

Die fünfköpfige Familie Jacob wiegte sich unterdessen in einer trügerischen Sicherheit, da sie sich mit gefälschten Ausweisen versorgt und in verschiedene Unterkünfte aufgeteilt hatten, nachdem die SS mit den Verhaftungen begonnen hatte. Doch im März 1944 wurde die Tochter Simone auf der Straße verhaftet und ihr Ausweis als Fälschung enttarnt. Ihr Versuch, die anderen Familienmitglieder zu warnen, endete tragischerweise damit, dass die Verfolger auf sie aufmerksam wurden. Stoisch ließen sie den Abtransport ins Lager Drancy über sich ergehen; wie die meisten ihrer jüdischen Mitbürger ahnten sie nicht, dass sie ermordet werden sollten. «In Drancy hörte ich niemals von Gaskammern, von Verbrennungsöfen und von der Vernichtung. Alle sagten immer wieder, dass wir nach Deutschland gebracht würden, um dort «sehr hart» zu arbeiten», schrieb Simone Veil in ihren Erinnerungen, die sie 2007 veröffentlichte.⁵⁶ Die Spuren von Vater Jacob und seinem Sohn gingen nach dem Abtransport in den Osten verloren, während Simone mit ihrer Schwester und ihrer Mutter nach Auschwitz deportiert wurden. Die Mutter verstarb dort an Typhus, während Simone und ihre Schwester mit dem Leben davorkamen.

Die sieben skizzierten Schicksale dokumentieren, dass die französische Kriegserfahrung zwischen Abwarten, Anpassung, williger Zusammenarbeit, Denunziation, Widerstand, Verfolgung und Deportation ein Panoptikum menschlicher Verhaltensweisen und Lebenswirklichkeiten bietet. In den Jahren 1940–44 kannte Frankreich zu keinem Zeitpunkt eine «union sacrée», wie sie für die Wochen des Kriegsausbruchs 1914 kennzeichnend gewesen war. Eine vereinende, kollektive Kriegserfahrung, vergleichbar mit den Schützengräben und den Massenschlachten des Ersten Weltkriegs, gab es nicht. Umso schwerer würde es sein, die zutiefst fragmentierte französische Gesellschaft zu einen, wenn es galt, nach dem Ende der Besatzungszeit einen neuen Staat zu errichten.

11. Der schwierige Aufbau einer neuen Ordnung

Am 26. April 1944 besuchte Marschall Pétain zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Krieges Paris. Der Anlass seiner Reise waren die Trauerfeierlichkeiten, die in der Kathedrale Notre Dame für die Opfer eines alliierten Fliegerangriffs abgehalten wurden. Im Frühjahr 1944 hatten amerikanische Flugzeuge Bomben auf strategische Ziele in Frankreich abgeworfen, die zahlreiche zivile Todesopfer gefordert hatten. Vom Balkon des Rat-

hauses hielt der Staatschef eine kurze Ansprache, die eine über 100 000 Menschen umfassende Menge mit frenetischen «Pétain, Pétain»-Rufen begleitete. «A bientôt» – «Bis bald», rief der Marschall der begeisterten Menge zum Abschied zu. Vier Monate später, am 24. August 1944, war Paris von den Besatzern befreit. Nun war es Charles de Gaulle, der von der Pariser Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen wurde. Für den Führer der Widerstandsbewegung bestand kein Zweifel daran, dass er von denselben Bürgern bejubelt wurde, die vier Monate zuvor den Staatschef des Kollaborationsregimes gefeiert hatten. Das Verhalten der Pariser Bevölkerung rief Fragen über die politische Einstellung der Bürger auf: Hatte diese innerhalb weniger Wochen ihre Haltung fundamental geändert? Waren sie aus purem Opportunismus von Pétain zu de Gaulle übergeschwenkt? Und hatten sie bis kurz vor der Befreiung dem Kollaborationsregime die Treue gehalten?

In ihrer Mehrheit waren die französischen Bürger über die Jahre 1940–1944 hinweg insoweit indifferent gegenüber den großen politischen Fragen der Zeit geblieben, als ihre Priorität der Befriedigung unmittelbarer Lebensbedürfnisse galt und sie sich von einem prononcierten Engagement für die eine oder andere Seite fernhielten. Faktisch war der scharfe Gegensatz zwischen de Gaulle und Pétain, wie er von der Propaganda des Widerstands ebenso wie der Kollaboration betont wurde, einer Mehrzahl von Franzosen fremd geblieben: Beide Führungsgestalten verkörperten für sie auf unterschiedliche Weise den französischen Patriotismus in Zeiten seiner äußersten Gefährdung. Die Akklamationen, welche die Pariser Pétain im April 1944 zuteil werden ließen, bedeuteten allerdings keineswegs, dass sie mit der Regierungspolitik einverstanden waren. Vielmehr hatten die französischen Bürger den Marschall immer weniger mit den Entscheidungen seiner Regierung in Verbindung gebracht. Der Mythos von Pétain als unzweifelhaft patriotischem, leidgeprüfem Weltkriegssoldaten, der in fortgeschrittenem Greisenalter sich noch einmal für Frankreich aufopferte, hatte die Jahre der Besatzung weitgehend unbeschadet überstanden. Zahlreiche Bürger hatten ihr Vertrauen in den Staatschef somit nicht verloren, während die von Pierre Laval angeführte Regierung seit dem Sommer 1942 einem progressiven Vertrauensverlust ausgesetzt war. In ihrer großen Mehrheit bewerteten die Franzosen der Jahre 1940–44 die Regierung nicht nach den von ihr vertretenen politischen Idealen, sondern nach den für sie spürbaren Folgen: So waren sie anfangs zwar erleichtert und dankbar über die Einstellung der Kampfhandlungen, rechneten aber bald die immer gravierenderen Versorgungsengpässe der Regierungspolitik zu. Zunehmend empfanden sie die den Besatzern zu leistenden Hilfsleistungen

als inakzeptable Zumutungen, kulminierend in der Einführung des zweijährigen Zwangsarbeitsdienstes. Umso stärker waren Bürger zu einem Verhalten bereit, das nicht im Einklang mit den Anordnungen der Vichy-Regierung und der Besatzer stand. Es konnte sich dabei um eher interessegeleitete Aktionen wie das Nutzen des Schwarzmarktes handeln, aber auch um Hilfsleistungen für Verfolgte, das Verstecken von Juden, Widerständlern und Verweigerern des Arbeitsdienstes, absichtliche Arbeitsverschleppung bis hin zur Sabotage in Betrieben, die für die Besatzer produzierten. Mit solchen Handlungen brachten viele ihre «Nicht-Zustimmung», ihre wachsende Illoyalität gegenüber den Autoritäten zum Ausdruck, ohne sich jedoch in einer Widerstandsgruppierung zu engagieren.¹

Auch die geschickte Kommunikation des Regimes konnte nichts daran ändern, dass in der späteren Phase der Besatzungszeit das Vertrauen der Franzosen in ihre Regierung weitgehend zerstört war. Diese hatte seit dem Januar 1944 in der Person des Staatssekretärs für Propaganda und Information Philippe Henriot einen neuen Protagonisten gefunden, der die Résistance als eine Verschwörung bolschewistischer «Terroristen» brandmarkte und mit dem Sieg der Alliierten eine kommunistische Revolution in Frankreich heraufziehen sah. Die Präfekten berichteten zwar, dass Henriots Radioauftritte großes Interesse fanden, doch wussten sie selbst nicht einzuschätzen, ob die Bürger ihm mit feindlichen oder freundlichen Gefühlen zuhörten.

Unterdessen war de Gaulle immer mehr zum Hoffnungsträger geworden, auf den sich alle Wünsche für die Zeit nach der Befreiung richteten. Seine Prophezeiung vom 18. Juni 1940, dass Frankreich einst gemeinsam mit seinen Alliierten den Nationalsozialismus niederringen würde, hatte sich schrittweise bewahrheitet. Alle Kräfte des Widerstands hatten ihm ihre Anerkennung zunächst als Symbol, dann als Chef der Résistance zugesprochen. Mehr und mehr war er in mythische Rollen eingetreten, die 1940 noch Pétain zugeschrieben worden waren: Retter des Vaterlands, Symbol des Patriotismus, Garant der nationalen Einheit. Indessen blieben seine Person, aber auch seine politischen Überzeugungen der Mehrzahl der Bürger eher unbekannt, so dass sie ihm gewissermaßen einen Vertrauensvorschuss gewährten, indem sie ihn als denjenigen unterstützten, der Frankreich in die Nachkriegszeit führen sollte.

Vom Bürgerkrieg zur Befreiung

Die überzeugten, aktiven Vorkämpfer sowohl für Kollaboration als auch für Widerstand blieben eine Minderheit unter den Franzosen, die auch zum Kriegsende hin vermutlich nicht mehr als 100 000–200 000 Men-

schen im jeweiligen Lager umfasste.² Diese allerdings lieferten sich seit dem Winter 1943/44 einen regelrechten Bürgerkrieg, da beide Seiten immer mehr zu bewaffneten Kampfformen übergegangen waren. Das Vichy-Regime hatte 1943 in Form der «Milice» (Miliz) einen neuen Aktivistenverband gegründet, der zunächst auf dem Wege der Propaganda und der Untergrundarbeit gegen den Widerstand vorgehen sollte. An ihrer Spitze stand mit Joseph Darnand ein radikaler Antisemit und überzeugter Faschist aus dem Umfeld des Parti populaire français. Als die Résistance sich immer mehr die Angehörigen der Miliz zur Zielscheibe nahm, setzte Darnand bei den Besatzern die Bewaffnung seiner Einheiten durch; er selbst wurde zum Obersturmführer der Waffen-SS ernannt und leistete einen Treueeid auf Hitler. Von nun an wurde die Miliz den paramilitärischen Verbänden anderer autoritärer Regime immer ähnlicher und nahm den bewaffneten Kampf gegen den Widerstand auf, griff die «Maquis» an und ermordete prominente Politiker jüdischer Herkunft, wie die ehemaligen Minister Jean Zay und Georges Mandel. Im Januar 1944 wurde Darnand auf deutschen Druck in die Regierung aufgenommen und sorgte dafür, dass Vichy nun als ein von der Miliz getragenes Regime erschien. Frankreich befand sich also in einer Phase zunehmender innerer Verfeindungs, als mit der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni und in der Provence am 15. August 1944 die Befreiung von der deutschen Besatzung begann. In dieser sich über mehrere Monate hinziehenden Transformationsperiode stellten sich insbesondere drei große Fragen: die nach der Übernahme und Ausübung der politischen Macht, nach der Integration einer zerrissenen Gesellschaft und nach der Gestaltung des weithin ersehnten Neubeginns.

Was die Frage der politischen Macht anbelangte, so sollte sie sich zwischen vier Akteursgruppen entscheiden: den amerikanisch-britischen Alliierten, dem von de Gaulle angeführten äußeren Widerstand, der Résistance des Innern sowie den Besatzern mit ihren französischen Kollaborateuren. Die Alliierten erblickten ihre absolute Priorität in der möglichst umgehenden militärischen Niederrichtung Deutschlands. Deshalb sollten ihre Truppen so schnell und ungehindert wie möglich durch Frankreich ins Reichsgebiet und zu den deutschen Machtzentren vordringen. Wie die Transformation in Frankreich selbst ausgehen würde, war für sie von zweitrangiger Bedeutung. Für den Fall, dass mit der Befreiung ein Machtvakuum eintreten würde, hatten sie alles – bis hin zum Drucken von Geldscheinen – vorbereitet, um umgehend ein «Allied Military Government of Occupied Territories» (AMGOT) einzurichten. Daraus sollte man jedoch nicht schließen, dass sie eine Machtübernahme durch de Gaulle und seine

provisorische Regierung verhindern wollten. Sie würden ihm dabei nicht im Wege stehen, waren andererseits aber auch nicht bereit, ihre Strategie auf dieses Ziel hin zu orientieren und ihm militärische Schützenhilfe zu leisten.

Was de Gaulle anbelangte, so kannte er nur eine Priorität: Er selbst musste so schnell wie möglich die Autorität seiner Regierung etablieren, um auf diese Weise den Bürgerkrieg zu beenden, jegliche Form der Anarchie zu vermeiden und gegenüber den Alliierten zu beweisen, dass für ein AMGOT keinerlei Notwendigkeit bestand. Dies beinhaltete für ihn auch, dass Truppen der «France libre» einen signifikanten und symbolisch wichtigen Beitrag zur Niederringung der Besatzer leisten mussten. Nach seiner Selbsteinschätzung verkörperte er allein Frankreichs staatliche Legitimität; und mit der Befreiung galt es, diese im ganzen Territorium zu manifestieren. Seine potenzielle Rivalin dabei war die innere Résistance, die sich eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Umbruchs zgedacht hatte und nicht bereit war, dem General unbegrenzte Vollmachten zu überlassen. Seit 1943 hatten die Kommunisten die innere Résistance immer stärker zu dominieren vermocht, so dass zum Kriegsende hin der französische Widerstand zunehmend von dem Dualismus Gaullismus – Kommunismus gekennzeichnet war. Die Kommunisten verfolgten dabei eine Doppelstrategie: Einerseits wollten sie einen möglichst umfassenden Einfluss auf den Transitionsprozess ausüben und ihre Gefolgsleute in wichtige Positionen bringen. Andererseits aber sahen sie die Stunde zur eigenen Machtübernahme nicht gekommen, solange die klassenübergreifende Anti-Hitler-Koalition Bestand hatte und Stalins Anordnung Gültigkeit behielt, mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten.

Was schließlich die Deutschen und ihre französischen Unterstützer anging, so stellte sich die Frage, wie sie sich angesichts der sich abzeichnenden Niederlage verhalten würden: Würden sie ihre Stellungen bis zum Letzten verteidigen oder vor dem Vormarsch der Alliierten zurückweichen? Und würde das Vichy-Regime bis zuletzt dem Dritten Reich die Treue halten oder versuchen, auf die zukunftssträchtigere Seite umzuschwenken, wie Darlan es im November 1942 getan hatte, als er sich mit den anglo-amerikanischen Invasoren Nordafrikas arrangierte? Und wie würden die loyalen Verwaltungsbeamten und Aktivisten des Regimes reagieren: Würden sie sich der Etablierung einer neuen Autorität entgegenstellen?

Wenige Tage nach der alliierten Invasion in der Normandie kam es zu einem ersten Test darauf, wie die Etablierung einer neuen Autorität vonstattengehen würde. Nach vierjähriger Abwesenheit betrat de Gaulle am

14. Juni 1944 wieder das französische Mutterland und besuchte die ersten befreiten Orte. Von diesem Besuch erhoffte er sich Akklamationen durch die französische Bevölkerung, die ihn – einem spontanen Plebiszit vergleichbar – als Regierungschef legitimieren sollten. Ebenso wollte er testen, wie sich die örtliche Verwaltung ihm gegenüber verhalten würde. Nachdem ihn viele Bürger zunächst überhaupt nicht erkannt hatten, bereiteten sie ihm die erwünschten Ovationen; und der örtliche Präfekt unterstellte sich umgehend seiner Autorität, bevor er diesen entließ. An seine Stelle setzte er einen «Commissaire de la République» ein, der vorläufig die regionale Verwaltung übernehmen sollte.

Entscheidend für die Zukunft des Landes würde jedoch sein, ob es de Gaulle gelingen würde, die Autorität seiner provisorischen Regierung in der Hauptstadt zu etablieren. Das Ziel der Befreiung von Paris gewann im August 1944 aus verschiedenen Gründen immer stärkere Dringlichkeit: Zum einen hatte die innere Résistance dort am 19. August einen Volksaufstand ausgerufen, bei dem es zur Besetzung verschiedener öffentlicher Gebäude wie des Rathauses ebenso wie zu Barrikadenkämpfen kam. Diese Rebellion musste dringend von den Alliierten militärisch unterstützt werden, sollte sie nicht in einer nationalen Katastrophe enden wie in diesen Wochen der Warschauer Aufstand. Zum anderen war die Befreiung von Paris für de Gaulle entscheidend, um die Machtfrage gegenüber anderen Akteuren klären zu können. So hatte Pierre Laval den Versuch unternommen, das 1940 entmündigte Parlament wiedereinzuberufen, um so eine Übergangsregierung zu bilden und die Machtübernahme de Gaulles zu verhindern. Und solange die provisorische Regierung sich nicht in Paris etabliert hatte, war es nicht völlig auszuschließen, dass die Alliierten in Frankreich ein AMGOT einrichteten.

Für die Anglo-Amerikaner allerdings war die Befreiung der Hauptstadt keine Priorität: Sie wollten diese zunächst umgehen, um sich möglichst schnell dem Reichsgebiet zu nähern. Es bedurfte des vehementen Einsatzes de Gaulles, um sie dazu zu überreden, nicht länger mit der Befreiung von Paris zu warten. Und es war dem Ungehorsam des Generals Leclerc zuzurechnen, dass es französische Truppen waren, die als Erste in die Hauptstadt eindrangen. Denn indem er seiner Panzerdivision am 22. August den Angriff auf Paris befahl, widersetzte er sich den Anweisungen des alliierten Oberkommandos, das seiner Einheit eine untergeordnete Rolle bei der Einnahme der Hauptstadt zugedacht hatte. So konnte de Gaulle am 25. August 1944 im Gefolge französischer Truppen nach Paris einziehen, um im Kriegsministerium den Sitz seiner provisorischen Regierung einzurichten. Auf diese Weise unterstrich er seine Priorität, zunächst den Staat in seiner Würde

und Tradition wiederherzustellen, bevor er im Rathaus die Widerstandsführer begrüßte. Georges Bidault, der als Nachfolger Moulins dem Conseil national de la Résistance vorstand, forderte den General auf, nun vor das Volk zu treten und die Republik auszurufen. Darauf antwortete ihm de Gaulle: «Nein, die Republik hat niemals aufgehört zu bestehen. Das Freie Frankreich, das Kämpfende Frankreich, der Comité français de la libération nationale haben sie jeweils verkörpert. Vichy war und wird für immer null und nichtig bleiben.»³

Daraufhin wandte er sich mit einer berühmt gewordenen Rede an die Pariser Bevölkerung, in der er seine Deutung der Befreiung kundtat: «Paris! Verletztes Paris! Gebrochenes Paris! Gequältes Paris! Aber befreites Paris! Durch sich selbst befreit, befreit von seinem Volk mit der Hilfe der französischen Armee, mit der Unterstützung und der Beteiligung von ganz Frankreich; von dem Frankreich, das kämpft; dem einzigen Frankreich, dem wahren Frankreich, dem ewigen Frankreich.»⁴ Mit diesen Worten entfaltete de Gaulle den Gründungsmythos des Frankreichs der Nachkriegszeit, nämlich die Vorstellung, dass sich das Land aus eigener Kraft von der deutschen Besatzung befreit habe. Die Tatsache, dass die anglo-amerikanischen Alliierten die Hauptlast bei der Niederringung der Besatzer trugen, wurde nicht mit einem Wort erwähnt. Auffallend ist ebenso das Versöhnungsangebot, das der General implizit unterbreitete, indem er die Mitwirkung von «ganz Frankreich» an der Befreiung ansprach. Der gleichzeitig stattfindende Bürgerkrieg, aber auch die Rolle der (in der Rede nicht genannten) Résistance traten bereits in den Hintergrund; de Gaulle hatte mit dem Versuch begonnen, unter den Franzosen eine innere Einheit zu stiften.

Die eigentliche Befreiungsfeier fand am Tag danach statt, mit dem Défilé de Gaulles, der Führer des inneren Widerstands und des Militärs über die Champs-Élysées, das von einer unübersehbaren Menschenmenge jubelt wurde. Nach einer tags darauf getätigten Umfrage hatte sich über die Hälfte der Bevölkerung von Paris auf die Straßen begeben, um den Abzug der Besatzer zu feiern. In den nächsten Tagen brach de Gaulle zu einer veritablen «Tour de France» auf, um in befreiten Großstädten wie Lyon, Marseille, Toulouse, Bordeaux und Lille die Autorität seiner provisorischen Regierung zu etablieren, sich von der Bevölkerung feiern zu lassen und die örtlichen Widerstandsführer zu treffen. Auf diese Weise wollte er seine Legitimität als Chef des Nachkriegsfrankreich absichern, die vorerst nicht durch Wahlen bestätigt werden konnte, waren doch immer noch nicht alle Landesteile befreit und zahlreiche Bürger in deutscher Gefangenschaft.

Auf der anderen Seite hatten sich die Besatzer nicht so leicht geschlagen

gegeben, wie es die von dem Stadtkommandanten von Choltitz angeordnete Räumung von Paris hatte erhoffen lassen. Noch nach dem Befreiungstag flog die deutsche Luftwaffe Bombenangriffe auf Außenbezirke der Stadt, während in anderen Landesteilen, insbesondere in den Küstenstädten der Bretagne und der Atlantikküste, erbittert um die verbliebenen Stellungen der Besatzer gekämpft wurde. In den Wochen der Befreiung war es zu den schwersten Kriegsverbrechen im Frankreich des Zweiten Weltkriegs gekommen, bei denen die SS-Division «Das Reich» die Protagonistin war. Diese war damit beauftragt worden, den Widerstand im Südwesten mit allen denkbaren Mitteln zu unterdrücken und Aufstände niederzuschlagen, welche die «Maquis» gleichzeitig mit der alliierten Invasion ausgerufen hatten. Dabei ging die SS-Einheit auch gegen die Zivilbevölkerung vor, um sie davor abzuschrecken, den Résistants Unterstützung zu bieten und sich den Aufständischen anzuschließen. Die schlimmsten Massaker an Zivilisten geschahen zunächst in Tulle am 9. Juni 1944, wo die SS-Leute 99 Männer auf offener Straße erhängten. Einen Tag später brachten sie in Oradour-sur-Glane alle anwesenden Bewohner, 245 Frauen, 205 Kinder und 190 Männer, um, bevor sie das Dorf in Schutt und Asche legten.

Diese Ereignisse trugen dazu bei, dass in den Wochen der «Libération» eine problematische gesellschaftliche Situation entstand, die von widersprüchlichen Wahrnehmungen, Gefühlslagen und Wünschen gekennzeichnet war. In die Erleichterung über die fortschreitende Befreiung von den Besatzern mischte sich die Trauer über nahestehende Menschen, die in diesen Tagen ihr Leben verloren; die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wurde begleitet von der Sorge über die prekäre Gegenwart, in der es immer mehr am Nötigsten fehlte: Seit dem Winter 1943/44 litten zahlreiche Bürger unter Hunger, hatten doch Sabotageakte und Bombenangriffe die Versorgungswege teilweise lahmgelegt. Dennoch war die Befreiung durchaus ein grandioses kollektives Freudenfest, eine «fête folle», bei der auf den Straßen gesungen und getanzt wurde, GIs umarmt und geküsst wurden und man alles für möglich hielt.⁵

Andererseits aber war für zahlreiche Menschen nun die Stunde der Abrechnung gekommen, in der die Gesellschaft von solchen Elementen «gereinigt» werden sollte, die sich zu weit auf die Besatzer eingelassen hatten. Eine nie geklärte Zahl von Menschen (Schätzungen gehen von 3000 bis 9000 Personen aus) wurde unter den Vorzeichen der «épuration», der «Säuberung», entweder spontan getötet oder aber von Standgerichten verurteilt und hingerichtet. Das bei Paris gelegene Lager Drancy, in dem die Besatzer Juden und Résistants interniert hatten, eigneten sich nun Truppen des inneren Widerstands an, um dort mutmaßliche Kollaborateure festzuhalten.

Unterdessen richtete sich der Volkszorn besonders gegen Frauen, denen vorgeworfen wurde, sich auf sexuelle Beziehungen mit deutschen Soldaten eingelassen zu haben. Menschen, die sich in den zurückliegenden Jahren zu keinem Akt des Widerstands hatten durchringen können, beteiligten sich nun mit hämischer Freude daran, solche angeblichen Verräterinnen kahl zu scheren, körperlich zu stigmatisieren und als Geächtete nackt durch die Straßen zu treiben.⁶

Hatte die französische Bevölkerung über vier Jahre hinweg in Zweideutigkeiten und tagtäglichen Arrangements gelebt, schienen nun viele Bürger an die Eindeutigkeit und die Reinheit glauben zu wollen. Künstlerinnen und Künstler, die mit den Besatzern Kompromisse eingegangen waren, standen jetzt unter dem Verdacht, die Ehre des Vaterlands beschmutzt zu haben. So saß die Schauspielerin Arletty, die in ihrer Rolle der Garance in dem 1943/44 gedrehten Film «Die Kinder des Olymp» eine Hommage an die Libertinage gesungen hatte, bereits im Gefängnis, als das Werk im befreiten Paris seine Premiere hatte. Da sie eine Liebesbeziehung mit einem deutschen Offizier gehabt hatte, war sie in Misskredit geraten und musste sich vor Gericht verantworten. Dort soll sie sich mit den Worten «Mein Herz schlägt französisch, aber mein Hintern ist international» gerechtfertigt haben; ihre Richter legten ihr ein dreijähriges Berufsverbot auf.⁷ Während der Besatzungszeit hatte das «Tout-Paris» über die Komödien von Sacha Guitry gelacht; kaum aber war die Hauptstadt befreit, wurde er verhaftet und nach Drancy gebracht, da man ihm zur Last legte, mit hohen Repräsentanten des Deutschen Reichs wie Otto Abetz freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu haben. Maurice Chevalier, der berühmteste französische Chansonnier seiner Zeit, war in Abwesenheit gar zum Tode verurteilt worden. Später wurde er begnadigt, als sich herausstellte, dass die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen lediglich auf Manipulationen der Deutschen beruhten, die dem Ansehen des populären Sängers hatten schaden wollen.⁸

Kamen solche «Demi-Kollaborateure» der Unterhaltungswelt noch glimpflich davon, ging man mit den intellektuellen Fürsprechern der «révolution nationale» umso härter ins Gericht. Im Herbst 1944 begannen die Prozesse gegen Schriftsteller und Journalisten, die die Speerspitze der intellektuellen Kollaboration gebildet hatten. Umgehend kamen Zweifel an der Fairness dieser Verfahren auf, bestanden doch die Geschworenen aus Vertretern des Widerstands. Sie benötigten nur einen Prozesstag, um Robert Brasillach, den radikal antisemitischen Chefredakteur der Zeitung «Je suis partout», zum Tode zu verurteilen. Auch Henri Béraud, der Herausgeber des faschistischen «Gringoire», erhielt die Todesstrafe, während

Charles Maurras, die Leitfigur des französischen Rechtsextremismus, mit einer lebenslangen Haftstrafe davonkam. Seine Verurteilung kommentierte er mit den Worten: «Dies ist die Revanche von Dreyfus» und schlug damit den Bogen zu der großen Justizaffäre, die um 1900 den Rechtsnationalismus hervorgebracht hatte.⁹ Über die Prozesse gegen die intellektuelle Kollaboration wurden heftige, kontroverse Debatten geführt: Durfte man Menschen zum Tode verurteilen, nur weil sie sich publizistisch für die Ideologie des Vichy-Regimes engagiert hatten? Sollte man nach den traumatischen Erfahrungen der letzten vier Jahre nicht besser Gnade walten lassen? François Mauriac, einer der tonangebenden Schriftsteller aus dem katholischen Milieu, forderte für alle Menschen ein Recht auf Irrtum ein und setzte sich – obgleich er selbst im Widerstand tätig gewesen war – für die Begnadigung Brasillachs ein. Kommunistische Intellektuelle wie der Dichter Louis Aragon wünschten hingegen eine schonungslose, unversöhnliche Abrechnung mit all denjenigen, die sich nach 1940 für die falsche Seite engagiert hatten.¹⁰ Eine Zwischenposition nahm Albert Camus ein, der sich gegen die Hasstiraden der Kommunisten ebenso wie die nachsichtige Haltung Mauriacs positionierte. «Es gibt gesellschaftliche Situationen, wo der Irrtum möglich ist. Es gibt andere, wo er nichts anderes als ein Verbrechen ist», schrieb er und empfahl, der intellektuellen Kollaboration mit einer emotionslosen, harten, aber gerechten Justiz zu begegnen.¹¹

Da die Hauptverantwortlichen des Vichy-Regimes im September 1944 von den Besatzern in das Schloss Sigmaringen verbracht worden waren, um dort den Anschein einer deutschfreundlichen französischen Regierung aufrechtzuerhalten, konnte man ihnen erst nach dem Untergang des Dritten Reichs den Prozess machen. Im Sommer 1945 kamen sie vor eine eigens zu diesem Zwecke eingerichtete «Haute Cour de justice», wie die Verfassung der Dritten Republik es für den Fall des Hochverrats von Staatslenkern vorgesehen hatte. Erneut kamen Zweifel an der Unparteilichkeit der Geschworenen auf, die zur Hälfte aus Parlamentariern, die im Juli 1940 nicht für die Vollmachten Pétains gestimmt hatten, und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern der Widerstandsbewegungen bestanden. Das Ergebnis des Prozesses würde entscheidend sein für die Legitimität der gegenwärtigen Regierung ebenso wie für die kollektive Wahrnehmung der vergangenen vier Jahre. Denn gemäß de Gaulles Position, dass Vichy von seinem ersten Tag an «null und nichtig» gewesen war, also nie die legitime Regierung Frankreichs dargestellt hatte, konnte das Urteil für Pétain nur lauten: Todesstrafe wegen Hochverrats. Doch konnte man den fast 90-jährigen «Sieger von Verdun», in dem Millionen von Franzosen ihren Retter

erblickt hatten, als Vaterlandsverräter hinrichten? Die Geschworenen befanden ihn mit knapper Mehrheit des Hochverrats sowie der Zusammenarbeit mit dem Feind schuldig und verurteilten ihn zum Tode. Gleichzeitig empfahl das Gericht dem Regierungschef, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen und die Todesstrafe in lebenslange Haft umzuwandeln, was dieser auch tat. Meinungsumfragen zeigten die Volatilität der Öffentlichkeit in ihrer Einstellung zur justiziellen Abrechnung mit dem Marschall. Während noch im September 1944 nur 32 Prozent einen Prozess und nur 3 Prozent die Todesstrafe für Pétain wünschten, so waren es im Sommer 1945 76 Prozent, die den Marschall vor Gericht sehen wollten, und 37 Prozent, die seine Hinrichtung befürworteten.¹²

Hatte das Verfahren gegen Pétain noch einen Anschein von Rechtsstaatlichkeit besessen, so erinnerte der kurz danach stattfindende Prozess gegen Pierre Laval an die Willkürjustiz von Unrechtsstaaten. Nach nur fünf Befragungen wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen; dem Angeklagten wurde das Recht verweigert, seine eigenen Akten zu konsultieren und Personen in den Zeugenstand zu rufen. Die angeblich unparteiischen Geschworenen beschimpften ihn wiederholt; einer von ihnen rief aus: «Zwölf Kugeln in die Brust von Pierre Laval!» Am vierten Prozesstag fiel das unvermeidliche Todesurteil; im Falle des ehemaligen Regierungschefs weigerte sich de Gaulle, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen. Am Tage seiner Hinrichtung versuchte Laval sich zu vergiften, wurde aber wiederbelebt, um exekutiert zu werden.¹³ Als die Symbolfigur des unehrenhaften Handelns mit dem Feind, des Zwangsarbeitsdienstes und der Miliz sollte sein Blut fließen, damit Frankreich sich von dem Makel der Kollaboration reinigen konnte. Die Verfahren gegen Laval, Pétain und andere Spitzen des Vichy-Regimes sind Beispiele für eine politisch-moralische Justiz, die Bedürfnisse in der französischen Gesellschaft nach rascher Abrechnung und einem unbelasteten Neuanfang bedienen sollte. Andere Kollaborateure, insbesondere zahllose Unternehmer, die mit den Besatzern gute Geschäfte gemacht hatten, ebenso wie administrative Eliten, die noch im rechten Moment auf die Seite der Sieger umgeschwenkt waren, kamen indessen zunächst weitgehend ungeschoren davon. Die Prozesse der Befreiungszeit zeugen somit davon, wie schwierig es war, in dieser politischen Transitionsphase Gerechtigkeit zu stiften und mit juristischen Mitteln eine traumatische Vergangenheit zu bewältigen.¹⁴

Vor diesem Hintergrund erhob sich die Frage, wie Frankreich als ein geeintes Land seinen Neuaufbau in Angriff nehmen konnte. Wie sollte man Bürger integrieren, die den Zweiten Weltkrieg auf so unterschiedliche Weise erlebt hatten? Wie sollte aus ehemaligen Kollaborateuren, Wider-

ständlern, Deportierten, Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Attentisten wieder eine Gesellschaft zusammenwachsen, die sich auf gemeinsame Werte und eine vereinende kollektive Erinnerung berief? Wie konnte man die «vergifteten Herzen heilen», wie Albert Camus im März 1945 schrieb.¹⁵ Das einfachste Rezept bestand darin, die Jahre nach 1940 als eine Parenthese der Nationalgeschichte zu begreifen, in der die Bürger – unabhängig von ihrer politischen Einstellung zum Vichy-Regime – nahezu einmütig das Ende der Besatzung herbeigesehnt hatten und tief in ihrem Herzen französische Patrioten geblieben waren. Eine solche Sichtweise präsentierte das von Maurice Chevalier berühmt gemachte Chanson «Fleur de Paris», das zum emblematischen Lied der Befreiungszeit avancierte. Es beschrieb den französischen Patriotismus als eine Blume in den Nationalfarben Blau-Weiß-Rot, die über vier Jahre hinweg von den Bürgern im Verborgenen gehegt worden war und nun im Tageslicht gedeihen konnte. Das Erblühen der «Blume von Paris» symbolisierte, so der Chansontext, die «Rückkehr der schönen Tage».

Eine etwas komplexere Deutung der jüngsten Vergangenheit schlug der provisorische Regierungschef Charles de Gaulle vor. Anstatt die Jahre nach 1940 aus dem nationalen Gedächtnis auszublenden, ordnete er sie in einen größeren Zusammenhang ein: Für ihn waren sie ein integraler Bestandteil eines «30-jährigen Krieges», den Frankreich seit 1914 gegen Deutschland geführt habe. Aus der Erinnerung an die Besatzungszeit allein ließ sich nur schwer eine vereinende kollektive Erinnerung schmieden; zusammengenommen mit dem Ersten Weltkrieg hingegen entstand ein Geschichtsbild, das zur Versöhnung geeignet war. Die gesamte Epoche von 1914 bis 1944, von Verdun über die Kämpfe des Jahres 1940 bis hin zur Befreiung, erschien so als ein Selbstbehauptungskampf Frankreichs gegen die deutsche Bedrohung. Auch bot dieses Geschichtsbild den Rahmen, um die Franzosen von ihren während der Vichy-Zeit begangenen Verirrungen zu entlasten. So sagte de Gaulle in einer Radiorede vom Oktober 1944:

Es ist wahr, dass sich viele geirrt haben können zu dem einen oder anderen Zeitpunkt, seitdem 1914 dieser Dreißigjährige Krieg begonnen hat. Ich frage mich sogar, wer niemals einen Irrtum begangen hat? Es ist wahr, dass einige sich der Illusion oder der Entmutigung hingegeben haben, als das Desaster und die Lüge unser Land überwältigten. [...] Aber was denn? Frankreich besteht aus allen Franzosen. Wenn es nicht untergehen will, braucht es die Herzen, die Seelen, die Arme aller seiner Söhne und Töchter.¹⁶

Im Klartext konnte dies heißen: Wer sich etwa als Teilnehmer des Ersten Weltkriegs für Frankreich verdient gemacht hatte, während der Besat-

zungszeit aber Pétain gefolgt war, durfte diese Verfehlung als verziehen ansehen. In seinen Reden an die Bevölkerung sprach de Gaulle diese als «gute Franzosen und gute Französinen» an, die nie «an etwas anderes gedacht» hätten als «das Heil und die Größe des Vaterlands». ¹⁷ Die «riesige Mehrheit» seiner Landsleute sei trotz mancher Verirrungen stets am Wohl Frankreichs orientiert geblieben. ¹⁸ Schuldig waren in seinen Augen nur eine «Handvoll von Elenden und Unwürdigen», die konsequent abgeurteilt und aus der Nationsgemeinschaft ausgeschlossen werden mussten. ¹⁹ Mit den Feierlichkeiten zum 11. November 1945 kulminierten de Gaulles Versuche, das Geschichtsbild des «30-jährigen Krieges» in der Öffentlichkeit zu verfestigen: Den Tag des «armistice» von 1918 funktionierte er zu einem Gedenktag für *beide* Weltkriege um, an dem er deren «versammelten Toten» gedachte und die Bürger dazu aufrief, sich «brüderlich zu einen, um das verletzte Frankreich zu heilen». ²⁰

Der Niedergang der Résistance und die Rückkehr der Parteien

Die Résistants hatten grenzenlose Erwartungen mit der Befreiung verbunden, indem sie sich von ihr einen radikalen Umbruch, die Schaffung einer neuen politischen Kultur erhofft hatten. Eine erneute französische Revolution sollte den Werten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit endlich zum Durchbruch verhelfen; die Verheißungen von 1789 sollten ihrer perfekten Verwirklichung entgegengeführt werden. Mit dem Sommer 1944 rückte nun die Stunde der Wahrheit näher, in der es galt, die Utopie in die Realität umzusetzen. Die Résistants mussten beweisen, dass sie als selbstempfundene Avantgarde dazu in der Lage waren, den politischen Neubeginn nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Ein unverzichtbarer Partner war dabei für sie Charles de Gaulle, mit dem sie seit 1942 zunehmend eine geistige Wahlverwandtschaft hatten entdecken können. Umgekehrt hatte für diesen die Résistance des Innern eine ausschlaggebende Machtressource gebildet, die es ihm ermöglicht hatte, seine Stellung als alleiniger Repräsentant des widerstehenden Frankreich zu etablieren. Erst mit der Befreiung und der Rückkehr de Gaulles ins Mutterland konnten beide Partner einander wirklich begegnen, denn bis dahin hatten nur einige wenige Führungsgestalten des Widerstands das Privileg genossen, den General in London aufzusuchen. Gleichermaßen kannte Letzterer die Bedingungen, unter denen die Untergrundbewegungen wirkten, nur aus Berichten und Erzählungen.

Die ersten Begegnungen zwischen de Gaulle und der inneren Résistance verliefen höchst problematisch: Während die Widerständler mit Spannung und Neugierde dem Kennenlernen des verehrten Generals ent-

gegesehen, begegnete dieser den Aktivisten mit Desinteresse und Hochmut. Er war augenscheinlich schockiert über die mangelnde militärische Disziplin der Untergrundkämpfer, ihre selbstgeschneiderten Uniformen sowie ihre von örtlichen Widerstandsführern verliehenen Dienstgrade und zeigte nicht das geringste Interesse daran, die Lebensbedingungen in einem «Maquis» kennenzulernen. Noch enttäuschender für die Résistants war indessen die Tatsache, dass de Gaulle keinerlei Perspektiven für die künftige politische Rolle der Widerstandsbewegung entfaltete. Für ihn schien deren Beitrag mit der Befreiung beendet; ihre Aktivisten konnten entweder in die offizielle Armee eintreten oder aber ins zivile Leben zurückkehren. «Rentrez chez vous» – «kehrt nach Hause zurück», so lautete die unzweideutige Botschaft des Generals. Eine Delegation von Widerständlern, die ihn am 27. August 1944 im Pariser Rathaus aufsuchte, soll er mit den Worten «Jetzt können Sie Ihre Berufstätigkeit wiederaufnehmen» verabschiedet haben.²¹

Das für die Résistants tief verletzende Verhalten de Gaulles fand seine Erklärung in dessen politischen Prioritäten: Absoluten Vorrang hatte für ihn die Wiederherstellung des französischen Staates nicht nur in seiner ordnungsstiftenden Rolle, sondern auch in seiner Größe und Würde. Insofern mussten nach seiner Überzeugung die von der Résistance eingerichteten Provisorien schnellstens verschwinden; geschulte Staatsdiener sollten wieder die Verwaltung übernehmen. Überdies wollte er den Widerständlern deutlich zu verstehen geben, dass er allein die Exekutive ausübte und nicht dazu bereit war, die Macht mit ihnen zu teilen. In seinem Bedürfnis, die französische Bevölkerung zu einen, galt sein Hauptaugenmerk nun nicht mehr den Résistants, die stets eine Minderheit gebildet hatten, sondern der Mehrheit der Bürger, die sich in den letzten Jahren weitgehend still verhalten hatten. Um ihnen eine bruchlose Integration in die Nachkriegszeit zu ermöglichen, wollte er deutlich machen, dass er nicht als der Fürsprecher der Résistance, sondern als die einheitsstiftende Leitfigur aller Franzosen ins Mutterland zurückgekehrt war.

Aus dieser Perspektive war es nur konsequent, dass de Gaulle alle Angebote ablehnte, an die Spitze einer neuzugründenden Sammlungspartei der Résistance zu treten. Letztere hatte sich ja von der Befreiung eine grundlegende Revolutionierung der französischen Parteienlandschaft versprochen, so dass nun der Plan entstand, eine lagerübergreifende, von den Neuerungsvorstellungen des Widerstands inspirierte Bewegung ins Leben zu rufen. Zahlreiche Protagonisten der Résistance stellten sich vor, dass diese Partei unter dem Leitwort des «travaillisme» einen undogmatischen, für verschiedene gesellschaftliche Schichten attraktiven Sozialismus ver-

treten solle. Im März 1945, kurz bevor die Bürger bei den Kommunalwahlen des April zum ersten Urnengang im befreiten Frankreich aufgerufen waren, unternahm Henri Frenay einen letzten Versuch, den General dazu bewegen, die Führung einer «travaillistischen» Résistance-Partei zu übernehmen. Dessen Antwort war kategorisch: «Nein, Frenay, ich werde es nicht machen. Dort liegt nicht meine Rolle. [...] Glauben Sie mir, für Männer wie Sie gibt es nur eine Lösung: In die Parteien einzutreten und sie von innen zu beleben und zu verändern. Alles andere ist nichts als eine Illusion.»²² Der Ratschlag des Generals war insofern folgerichtig, als er bereits zu Kriegszeiten der Rückkehr der Vorkriegsparteien den Weg gebahnt hatte, indem er ihre Vertreter in den Conseil national de la Résistance aufgenommen hatte.

Die distanzierte Haltung de Gaulles war einer der Gründe, weshalb es der Résistance nicht gelang, sich als wählbare Formation zu organisieren. Ein weiterer Grund ist in den inneren Widersprüchen der Widerstandsbewegung aufzusuchen, die zwar grandiose Zukunftsperspektiven entfaltet, aber wenig Gedanken darauf verschwendet hatte, mit welchen Mitteln sie diese umsetzen wollte. Sie hatte die Parteiendemokratie der Vorkriegszeit verdammt und die Schaffung einer neuen politischen Kultur verheißen, aber kaum Strategien entwickelt, wie sie diese etablieren wollte. Überdies waren ihre konzeptionellen Vordenker – Jean Moulin und Pierre Brossolette – in den Kriegsjahren ums Leben gekommen, so dass sie führungslos in die Transformationsphase eintrat. So zerbrach innerhalb weniger Monate die mühsam errungene Einheit der Widerstandsbewegung. Ihre Protagonisten zogen sich entweder aus der französischen Tagespolitik zurück oder traten in Parteien traditionellen Zuschnitts ein.

Drei Parteien sollten den Weg Frankreichs in die Nachkriegszeit entscheidend mitbestimmen – nämlich die Kommunisten (PCF), die Sozialisten (SFIO) sowie der im November 1944 neugegründete «Mouvement républicain populaire» (MRP). Letzterer verstand sich als eine Sammlungsbewegung bekennender Christen, die sich resolut für eine erneuerte Republik einsetzten. Er knüpfte sowohl an den christlichen Widerstand als auch an die Tradition des sozialen Katholizismus der Vorkriegszeit an und vereinte Menschen, die ihre Religionsgemeinschaft endgültig mit der demokratisch-republikanischen Staatsform versöhnen wollten. Ganz im Duktus des Widerstandsdiskurses trat der MRP für eine spirituelle, soziale und politische «Revolution» ein, forderte eine «gelenkte Wirtschaft» und eine rigorose Umverteilung des Eigentums. Zu seinen Gründern gehörten mit Georges Bidault, dem Vorsitzenden des Conseil national de la Résis-

tance, und Maurice Schumann, dem Sprecher der «France libre», zwei Schlüsselfiguren des Widerstands.

Von allen Parteien hatte der PCF sich über die Besatzungsjahre am stärksten gewandelt und konsolidiert. Zu Kriegsbeginn 1939 noch völlig isoliert und als Vaterlandsverräter bekämpft, war es den Kommunisten gelungen, die schlagkräftigste Untergrundorganisation aufzubauen. Das hohe Ansehen, das die Sowjetunion aufgrund ihres entscheidenden Beitrags zur Niederringung des Nationalsozialismus in der französischen Öffentlichkeit genoss, färbte auf den PCF ab und erklärte zum Teil seine große Anziehungskraft, die weit über das Arbeitermilieu hinausging. Solange das Dritte Reich noch nicht kapitulierte, hielten sich die Kommunisten in der innenpolitischen Auseinandersetzung zurück, um nicht die Kohärenz der Anti-Hitler-Koalition zu gefährden. Ab dem Mai 1945 traten sie offensiver auf, grenzten sich zunehmend von dem provisorischen Regierungschef de Gaulle ab und versuchten, wichtiges symbolisches Terrain zu besetzen: Sie inszenierten sich als die «Partei der 75 000 Erschossenen»,²³ die in den Besatzungsjahren von allen Bewegungen den höchsten Blutzoll entrichtet und so ihren bedingungslosen Patriotismus unter Beweis gestellt habe.

Anders als die Kommunisten hatten die Sozialisten während der Besatzungszeit keine eigenen paramilitärischen Kampfverbände gegründet und waren so wesentlich einflussärmer geblieben. Zudem waren sie geschwächt angesichts der Tatsache, dass ihre Protagonisten nicht einheitlich auf die Grundentscheidung des Juli 1940 reagiert hatten: Nur eine Minderheit der sozialistischen Abgeordneten hatte damals gegen die Vollmachten für Pétain gestimmt. Mit der Befreiung stand für die sozialistische Partei sowohl eine personelle als auch eine inhaltliche Erneuerung an. Nicht nur trennte sie sich von solchen Kräften, die sich in der Vichy-Zeit kompromittiert hatten, sondern stellte sich auch die Frage nach ihrer künftigen politischen Orientierung: Sollte sie sich den Kommunisten annähern und gar die Wiedervereinigung der seit 1920 getrennte Wege gehenden Parteien anstreben? Oder sollte sie sich vielmehr der politischen Mitte zuwenden, das Bekenntnis zum Marxismus aufgeben und sich im Geiste des «travaillisme» als eine milieuübergreifende Reformpartei neu erfinden? Diese Fragen waren innerhalb der Partei unentschieden geblieben, als die Bürgerinnen und Bürger im Oktober 1945 dazu aufgerufen wurden, eine Nationalversammlung zu wählen.

Gleichzeitig mit den Wahlen wurde eine Volksabstimmung abgehalten, welche die Rolle des neugewählten Parlaments definieren sollte: Die Bürger mussten zum einen darüber entscheiden, ob die Nationalversammlung

eine neue Verfassung ausarbeiten oder aber nach den Maßgaben der Konstitution der Dritten Republik verfahren sollte. Zum anderen sollten die Wähler den Rahmen abstecken, innerhalb dessen das neugewählte Parlament – falls es denn einen verfassungsgebenden Auftrag erhielt – arbeiten sollte. Ihnen wurde ein auf Betreiben von de Gaulle ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsah, dass die Nationalversammlung einen provisorischen Regierungschef wählen sollte, innerhalb von sieben Monaten einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten hatte und dieser durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden musste. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass das neue Parlament nicht in unumschränkter Souveränität handeln konnte und seine Tätigkeit von einem exekutiven Gegengewicht kontrolliert wurde. Im Vorfeld der Abstimmung gab der General dem Wahlvolk eine klare Empfehlung, wie es sich entscheiden sollte: Die Verfassung der Dritten Republik erklärte er für gescheitert und die Eingrenzung der Parlamentsvollmachten stellte er als eine absolute Notwendigkeit dar. Vor diesem Hintergrund erschien die am 21. Oktober stattfindende Abstimmung nicht nur als ein Urteil über Sachfragen, sondern auch als ein Plebiszit über die Person de Gaulles. Das Ergebnis wurde weithin als eine klare Bestätigung des provisorischen Regierungschefs gedeutet: 96 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten dafür, dass die neue Nationalversammlung einen verfassungsgebenden Auftrag erhielt, und drückten damit auch ihren Wunsch nach einem politischen Neuanfang aus. Zugleich votierten zwei Drittel von ihnen für den Gesetzentwurf de Gaulles mit den Vorgaben für die Arbeit der verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen veränderte das Kräfteverhältnis innerhalb des französischen Parteienspektrums auf nachhaltige Weise. Diejenigen Kräfte, die sich auf ihre Verdienste in der Résistance berufen konnten, erfuhren eine deutliche Stärkung, während die republikanische Rechte aufgrund ihrer Duldung oder aktiven Unterstützung des Kollaborationsregimes empfindlich geschwächt wurde. Besonders bemerkenswert war der Wahlerfolg der Kommunistischen Partei, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit 26 Prozent der Stimmen stärkste Partei wurde. Auch wenn in zahlreichen west- und nordeuropäischen Staaten bei den ersten Wahlen nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein deutlicher Linksruck zu verzeichnen war, konnten in keinem anderen Land die Kommunisten eine so hohe Stimmenzahl erzielen wie in Frankreich.²⁴ Der neugegründete MRP, dessen Kandidaten sich überwiegend als treue Unterstützer de Gaulles präsentiert hatten, vermochte auf Anhieb 23,8 Prozent der Stimmen zu erzielen. Die SFIO lag mit enttäuschenden 23,3 Prozent fast

gleichauf; hingegen mussten sich die «Radikalen», Systempartei schlechthin der Dritten Republik und ohne Résistance-Prestige, mit 10 Prozent zufriedengeben. Die gemäßigte Rechte konnte nur noch 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Zählt man die Stimmen für PCF, MRP und SFIO zusammen, hatten über 75 Prozent der Bürger für Parteien gestimmt, die – mit unterschiedlichen Nuancen – für eine entschiedene gesellschaftliche Umgestaltung im Geiste der sozialen Gerechtigkeit, die Abkehr vom liberalen Kapitalismus und eine Stärkung der Staatstätigkeit eintraten.

Es stellte sich nun die Frage, wie die drei stärksten Parteien mit der Aufgabe, einen provisorischen Regierungschef zu wählen, umgehen würden. Strebten sie danach, selber die Macht zu übernehmen und aus ihren eigenen Reihen eine Spitze der Exekutive zu wählen? Oder würden sie wieder Charles de Gaulle, der sich als über allen Parteien stehender Garant der nationalen Einheit verstand, die Regierungsverantwortung übertragen? Nach längeren Verhandlungen stellte sich eine von allen drei großen Parteien getragene Regierung mit de Gaulle an ihrer Spitze als die einzig mehrheitsfähige Option heraus. So wählten die Abgeordneten am 13. November 1945 den General einstimmig zum provisorischen Regierungschef und feierten mit dem gemeinsamen Singen der «Marseillaise» einen Moment der nationalen Einmütigkeit. Doch war allen Beobachtern klar, dass diese angesichts bereits sichtbar gewordener Dissonanzen, Machtkonkurrenzen und Interessengegensätze nicht lange andauern konnte.

Für de Gaulle hatten sich mit den Wahlen die Rahmenbedingungen seines politischen Handelns radikal geändert. Denn zuvor hatte er quasi autokratisch regieren können, da ihn kein demokratisch legitimes Gegengewicht kontrolliert hatte. Die bis dahin amtierende, bereits in Algier gebildete «Assemblée consultative» war weder aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, noch hatte sie legislative Befugnisse besessen. Nun stand ihm ein Parlament gegenüber, dessen Mitglieder die politische Transformation selbstbewusst mitgestalten wollten. Der General hatte indessen seine eigenen Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive: Die wichtigste Lektion, die Frankreich aus dem Desaster von 1940 zu lernen hatte, bestand seiner Meinung darin, dass die Exekutive als Wahrer der nationalen Einheit gestärkt werden und unabhängig von einer tagtäglichen Kontrolle durch das Parlament die Interessen des Landes vertreten sollte. «Wir werden das repräsentative Regime auf seine entscheidende Probe stellen», erklärte er kurz nach seiner Wahl.²⁵ Damit war gemeint: In den nächsten Monaten musste sich zeigen, ob das Parla-

ment dazu bereit war, die Autorität seiner Regierung gemäß seinen Vorstellungen zu respektieren.

Innerhalb weniger Wochen stellte sich heraus, dass die Gegensätze zwischen de Gaulle und den Parteien unüberbrückbar waren. Diese strebten nach einer Normalisierung des politischen Lebens im Sinne des Parlamentarismus, während der General nichts mehr verhindern wollte als eine Rückkehr zur Parteiendemokratie. Insofern interpretierte er alle Wünsche nach einer gleichberechtigten Politikgestaltung zwischen Exekutive und Legislative als Angriffe auf seine Autorität. Um die Jahreswende 1945/46 kam es zur entscheidenden Konfrontation, die sich an den Verhandlungen über den Haushalt entzündete. Sozialistische Abgeordnete schlugen eine Kürzung des Militärbudgets vor und fanden mit ihrem Ansinnen Unterstützung bei den Kommunisten. Für den General kam der Vorschlag der Sozialisten einem Misstrauensvotum gleich, denn nach seiner Auffassung mussten Parlamentarier, die ihn zum provisorischen Regierungschef gewählt hatten, auch seinen Haushaltsentwurf solidarisch mittragen. Der Sozialist André Philip, der in London einer der Schlüsselfiguren der «France libre» gewesen war, entgegnete ihm, er müsse «die Psychologie eines Parlaments verstehen, das eine egalitäre Kooperation» wünsche.²⁶

Obwohl die Kürzung des Militärbudgets vorerst noch abgewendet werden konnte, entschloss sich de Gaulle nach diesem Vorfall dazu zurückzutreten. Denn der Machtanspruch der Parteien war für ihn schlechthin unvereinbar mit der Rolle, die er sich selbst als Chef der Exekutive zgedacht hatte. Gegenüber dem sozialistischen Politiker Jules Moch bekannte er seine Geringschätzung der Parlamentarier: «Ich will nicht jeden Tag angegriffen, kritisiert und infrage gestellt werden von Männern, die kein anderes Mandat haben, als dass sie sich in einer kleinen Ecke Frankreichs haben wählen lassen.»²⁷ Er verglich seinen bevorstehenden Rücktritt mit dem abrupten Abschied der großen Nationalheiligen Jeanne d'Arc aus der französischen Geschichte: «Man kann sich doch nicht Jeanne d'Arc verheiratet, als Mutter einer Familie und, wer weiß, betrogen von ihrem Ehemann vorstellen.»²⁸ Sein Heldenleben, so suggerierte er, durfte nicht in die profane Existenz eines Parteipolitikers münden. Am 20. Januar 1946, nur gut zwei Monate nach seiner Wahl zum provisorischen Regierungschef, trat de Gaulle von seinem Amt zurück und überließ es den Parteien, die politische Transformation Frankreichs zu gestalten.

Der Rücktritt des Generals legte die tiefen, komplexen Widersprüche der politischen Lage Frankreichs offen. Nach einer fünfjährigen Phase manifester innerer Spaltungen hatte die überwiegende Mehrheit der Franzosen danach gestrebt, die Einheit der Nation wiederzufinden, und sich in

dem Mann wiedererkennen wollen, der seit dem 18. Juni 1940 die Eindeutigkeit des Widerstands und die Integrität des französischen Patriotismus verkörpert hatte. Zugleich aber hatte dieser Mann einen Prozess in Gang gesetzt, der notwendig zu inneren Auseinandersetzungen führen würde, indem er nämlich seit 1943/44 den Wiedereintritt der Parteien in das politische Leben betrieben hatte. Anstatt sich allerdings auf die Realitäten einer von Parteien geprägten Demokratie einzulassen und selber an die Spitze einer solchen Formation zu treten, zog de Gaulle es vor, als Einzelner zu agieren, der über allen politischen Lagern stand – eine Entscheidung, die mit dem Wunsch der Bürger nach einer unbefleckten, überparteilichen Retterfigur korrelierte. Zugleich distanzierte er sich in seinem Streben nach innerer Einheit von der Résistance und verlor somit den Rückhalt einer Strömung, die zu Kriegszeiten seine entscheidende Machtressource gebildet hatte und im politischen Leben der Transformationsphase seine Hausmacht hätte darstellen können. Die Parteien waren ihrerseits ebenso in Widersprüchen verfangen, denn einerseits strebten sie nach einem maximalen Einfluss auf das politische Geschehen, andererseits schreckten sie davor zurück, selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Diese delegierten sie im November 1945 einstimmig an einen außerhalb der Parteien stehenden General – ein Vorgehen, das parlamentarischen Traditionen eigentlich widersprach. Zwei Bedürfnisse standen in der Befreiungsphase einander unvereinbar gegenüber: einerseits der Wunsch nach überparteilicher Eintracht, der sich in der Identifikation mit de Gaulle ausdrückte; andererseits das Streben nach politischer Normalisierung, das sich in der für parlamentarische Systeme charakteristischen Konkurrenz zwischen widerstreitenden Parteien niederschlug. De Gaulle war gleichzeitig Akteur, Ausdruck und Opfer dieser inneren Widersprüche, denen sein Rücktritt am 20. Januar 1946 geschuldet war.

Restauration statt Revolution: Die Anfänge der Vierten Republik

Im Umfeld seiner Demission hatte de Gaulle immer wieder die Vermutung geäußert, dass ein Sturm der Entrüstung unter den Franzosen die Parteien dazu nötigen würde, ihn wieder – nun zu seinen Bedingungen – an die Macht zurückzurufen. Dem war aber nicht so: Aus keinem Département wurden Demonstrationen, geschweige denn Unruhen gemeldet, obgleich die «brutale Nachricht» – so hieß es in einem Präfektenbericht – vom Rücktritt des Generals die Bevölkerung offenbar schockiert hatte.²⁹ Doch wie bereits zu Kriegszeiten schienen die Franzosen andere Prioritäten als die politische Lage ihres Landes zu haben. So stand die Versorgungslage ganz im Zentrum der Aufmerksamkeit, waren doch in dem harten Winter

1945/46 die kurz zuvor erst aufgehobenen Brotrationierungen, und zwar mit besonders geringen Zuteilungen, wieder eingerichtet worden. Immer wieder beklagten die Präfekten die Lethargie der Bevölkerung und ihr Desinteresse an der Grundfrage, wie das politische Leben neu zu gestalten war.

Auch nach dem Rücktritt des Generals behielten die drei führenden Parteien PCF, MRP und SFIO die Formel einer lagerübergreifenden Regierungskoalition bei, deren innere Dissonanzen aber nicht zu übersehen waren. So hatte ein erster Verfassungsentwurf, der dem Wahlvolk am 5. Mai 1946 zur Ratifizierung vorgelegt wurde, nicht die Zustimmung des MRP gefunden. Das Verfassungsprojekt trieb den Parlamentarismus auf die Spitze, indem es ein Einkammerparlament als Ausdruck der Volkssouveränität, Legislative, Quelle und Kontrollorgan der Exekutive vorsah. Der Staatspräsident wäre gemäß diesem Entwurf zum Sachwalter rein repräsentativer Aufgaben degradiert worden.

Nachdem 53 Prozent der Wählerinnen und Wähler das Projekt abgelehnt hatten, schaltete sich nun de Gaulle in die erneut beginnende Verfassungsdebatte ein. Zum Jahrestag der Befreiung der Normandie hielt er am 16. Juni 1946 in Bayeux eine große Rede, in der er seine Vorstellungen von der künftigen konstitutionellen Ordnung offenlegte. Die Schlüsselstellung im politischen System sollte seiner Auffassung nach dem Staatspräsidenten zufallen, der über die Wechsellagen politischer Stimmungen hinweg die Kontinuität der Nation garantieren, über den ideologischen Lagern stehen und zwischen ihnen als «Schiedsrichter» wirken sollte. Zugleich sollte er als Chef der Exekutive fungieren, den Regierungschef ebenso wie die Minister berufen und die Gesetze verkünden. Darüber hinaus wollte de Gaulle dem Präsidenten mit dem Recht, die Nationalversammlung aufzulösen, ein wichtiges Machtinstrument zuerkennen. Seinen Verfassungsentwurf präsentierte er nicht nur als die adäquate Antwort auf die Zeitprobleme, die nach seiner Auffassung eine starke Exekutive notwendig machten, sondern auch als das dem französischen Volkscharakter angemessene politische System. So verwies er darauf, dass eine «alte gallische Neigung zu Spaltungen und Streit» zu den «Eigentümlichkeiten des nationalen Temperaments» gehöre.³⁰ Die französische Gesellschaft, so legten de Gaulles Ausführungen nahe, war nicht dazu in der Lage, sich selbst autonom zu verwalten und den Ausgleich widerstreitender Interessen zu erzielen. Vielmehr benötige sie eine starke, richtungsweisende Hand, die sie von exzessiven Konflikten zwischen den konkurrierenden Lagern abhielt und ihr eine klare Orientierung bot. Die Rede von Bayeux enthielt bereits alle Grundelemente der Konstitution der Fünften Republik, wie sie 1958 eingeführt werden sollte.

Der neue Verfassungsentwurf von 1946 kam den Vorstellungen de Gaulles ein Stück weit entgegen, indem er die Rolle des Staatspräsidenten stärkte, der den Regierungschef ernennen, dem Ministerrat präsidieren und der Armee vorstehen sollte. Ein aus einer direkt gewählten Nationalversammlung und einem indirekt gewählten Rat der Republik bestehendes Zweikammerparlament sollte die Legislative ausüben. Als der neue Entwurf dem Wahlvolk zur Ratifizierung vorgelegt wurde, wandte sich der General mit einer eindeutigen Abstimmungsempfehlung an die Öffentlichkeit: Das vorgesehene politische System werde «zunächst zur Ohnmacht, dann zur Anarchie und schließlich zur Diktatur» führen und müsse abgelehnt werden.³¹ Die Mehrheit der Wähler folgte nicht dem Rat des einstigen Widerstandsführers: Bei dem Referendum vom 13. Oktober 1946 stimmten 9,46 Millionen für den Entwurf, 8,14 Millionen dagegen, während sich 8,46 Millionen enthielten.

Nach einer über zweijährigen Transitionsphase hatte Frankreich nun eine neue Verfassung. Doch anders als es sich zahlreiche Protagonisten des Widerstands erhofft hatten, etablierte sie ein System, das auf verblüffende Weise den Institutionen der Dritten Republik ähnelte. Die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Nationalversammlung wurde verfassungsmäßig festgeschrieben; letztere konnte nicht auf Initiative des Staatspräsidenten aufgelöst werden. Die Verheißung einer neuen Demokratie blieb somit vorerst uneingelöst, würde doch unter den Vorzeichen eines parlamentarischen Regierungssystems nach wie vor den Parteien die ausschlaggebende Rolle zukommen. Die neue Verfassung wurde zudem mit dem Makel aus der Taufe gehoben, dass in der Person de Gaulles die Schlüsselfigur der Transitionsphase sich gegen sie aussprach. Hatte dieser bereits mit seiner Rede von Bayeux die Haltung der Überparteilichkeit verlassen, so ging er sechs Monate später noch weiter, indem er am 7. April 1947 die Gründung einer neuen, auf ihn eingeschworenen politischen Formation namens «Rassemblement du Peuple Français» (RPF) verkündete. Auf diese Weise tat de Gaulle einen Schritt, der ihm noch zwei Jahre zuvor völlig unvorstellbar erschienen war: Er stellte sich an die Spitze einer parteilichen Bewegung und stieg damit vom Olymp der französischen Geschichte in die Niederungen des innenpolitischen Machtkampfs hinab. Seinen RPF pries er an als eine Wiedergeburt der «France libre», die ihren Widerstand nun gegen ein politisches System richtete, das in gleicher Weise wie die Dritte Republik Frankreich in die Dekadenz führen würde. «Wir befinden uns im Juni 1940», soll de Gaulle zu einem Getreuen gesagt haben. «Nur die Uniformen unserer Feinde haben gewechselt.»³²

Im gleichen Zeitraum kam es zu einem paradigmatischen Wandel der

politischen Szene der Nachkriegszeit, als die Kommunisten im Mai 1947 aus der Dreiparteienregierung ausschieden. Verantwortlich dafür waren in erster Linie die weltpolitischen Umstände, die es dem PCF immer schwieriger machten, mit bürgerlichen, pro-amerikanischen Kräften zusammenzuarbeiten. So hatte US-Präsident Harry S. Truman im März 1947 die weltweite «Eindämmung» (containment) des kommunistischen Einflusses zur Leitlinie der amerikanischen Außenpolitik erklärt. Der Indochinakrieg, auf den an anderer Stelle noch zurückzukommen sein wird, brachte den PCF in große Schwierigkeiten, unterstützte die Partei doch einerseits den Führer der Unabhängigkeitsbewegung Ho Chi Minh und stellte andererseits in der kriegführenden Regierung den Verteidigungsminister. Als die Partei sich schließlich Ende April 1947 die Forderungen streikender Arbeiter zu eigen machte, entzog Ministerpräsident Paul Ramadier den kommunistischen Kabinettsmitgliedern ihre Portefeuilles.

Hatte der PCF zunächst noch gehofft, unter den Vorzeichen einer sozialistisch-kommunistischen Koalition erneut Regierungsverantwortung übernehmen zu können, durchkreuzten neue Direktiven aus Moskau dieses Vorhaben. Im September 1947 wurden die Repräsentanten aller kommunistischen Parteien Europas in die polnische Kleinstadt Szklarska Poreba zusammengerufen, um sie auf eine zentral von Moskau definierte Strategie einzuschwören. Andrej Schdanow, ein führender Kulturpolitiker der Sowjetunion, kritisierte die französischen Kommunisten heftig für ihre Mitarbeit in Koalitionsregierungen und forderte sie dazu auf, künftig der globalen Blockbildung Rechnung zu tragen, indem jegliche Kompromisse mit bürgerlichen Kräften vermieden werden sollten. Aus der Konferenz ging das Kominform hervor, eine von Moskau dirigierte Zentralorganisation der kommunistischen Parteien Europas. Die Zeiten relativer Selbstständigkeit des PCF waren damit vorbei; fortan ging er auf Geheiß der sowjetischen Führung in eine Fundamentalopposition gegen die Vierte Republik und isolierte sich von seinen einstigen Koalitionspartnern. Der Regierung warf er vor, als Agent des US-amerikanischen Imperialismus der Kolonisierung Frankreichs den Weg zu bereiten, indem sie sich auf den Marshall-Plan – die großangelegte finanzielle Unterstützung des Wiederaufbaus Europas – eingelassen hatte.³³

Angesichts der Umorientierung der Kommunisten richtete sich die Propaganda des gaullistischen RPF auf ein neues Feindbild aus: Fortan galt der «Widerstand» de Gaulles und seiner Bewegung in allererster Linie den Kommunisten, die er als «Separatisten» und «Ausführer der Befehle Moskaus» verdammt. Wie zu Kriegszeiten die Kollaborateure, so ließ es de Gaulle erscheinen, machten sich die Kommunisten die Sache einer feind-

lichen ausländischen Macht zu eigen und torpedierten auf diese Weise die nationale Einheit. In dieser zunehmend polarisierten innenpolitischen Situation kam es im Oktober 1947 zu Kommunalwahlen, bei denen sich zum ersten Mal Kandidaten des RPF zur Wahl stellten. Das Ergebnis konnte nur als ein triumphaler Erfolg der neuen Partei interpretiert werden, erzielte sie doch landesweit 38 Prozent der Stimmen, wurde so mit Abstand die stärkste politische Kraft und übernahm in den 13 größten Städten des Landes die Regierungsverantwortung. Das gute Ergebnis der Kommunisten – 30 Prozent – bewies, dass ein bedeutender Teil der Wähler ihnen ihre Frontstellung gegen die neue politische Ordnung nicht verübeln hatten. Zählte man die kommunistischen und gaullistischen Stimmen zusammen, so hatten über 60 Prozent der Bürger für Parteien gestimmt, die sich in grundsätzlicher Gegnerschaft zum System der Vierten Republik befanden. Somit befand sich diese nur ein Jahr nach ihrer Gründung bereits in einer Legitimitätskrise.

Die regierungstragenden Parteien, angeführt von Sozialisten, MRP und «Radikalen», nannten sich nun die «Troisième Force» (Dritte Kraft), die zwischen den Flügelparteien PCF und RPF am parlamentarischen Regierungssystem festhielt. In der Nationalversammlung war ihre Mehrheit allerdings nicht bedroht, da die Gaullisten dort über keine Abgeordneten verfügten. Doch sah sie sich einem außerparlamentarischen Propagandakrieg durch die feindlichen kommunistischen und gaullistischen Brüder ausgesetzt, welche die «Dritte Kraft» unaufhörlich der Schwäche bezichtigten. Für den PCF waren die Regierungsparteien hörige Handlanger der Vereinigten Staaten, die Frankreich zu einem Vasallen amerikanischer Hegemonie machten, während für den RPF das «Parteienregime» viel zu fragil war, um der Bedrohung durch den Kommunismus standzuhalten. Überdies wussten Kommunisten wie Gaullisten wichtiges symbolisches Terrain zu besetzen, indem sich beide Bewegungen als die Sachwalter der Tradition des Widerstands inszenierten. Der PCF feierte den kriegsentscheidenden Beitrag des Kommunismus, der in der Schlacht von Stalingrad seine Apotheose erfahren hatte, belebte den Mythos der «Partei der 75 000 Erschossenen» wieder und entfaltete einen Märtyrerkult um die im Widerstand gefallenen Parteigenossen. Der RPF hingegen rückte die Rolle de Gaulles als geschichtsmächtigem Einzelnen in den Mittelpunkt, der vom 18. Juni 1940 an die Befreiung des Vaterlands prophezeit, vorbereitet und somit Frankreich gerettet habe. Auf diese Weise sollte dessen gegenwärtiger Standpunkt legitimiert und aufgewertet werden, da er nun das Scheitern des «Parteienregimes» prophezeite und sich selbst als Retter für diese kommende Situation bereithielt. Beide Bewegungen be-

trieben zudem einen hemmungslosen Personenkult um ihre Leitfiguren: Während der RPF seine Propaganda ganz auf de Gaulle als eine von der Vorsehung berufene Heldengestalt ausrichtete und ihn bei seinen Redeauftritten als charismatischen Führer der Volksmassen inszenierte, standen zwei Figuren im Mittelpunkt des kommunistischen Heroenkults: zum einen Stalin, der als genialer Militärführer, Vaterfigur und Vordenker des weltweiten Kommunismus gefeiert wurde; zum anderen der Chef des PCF Maurice Thorez, der zum mustergültigen Proletarier, «Stalins bestem Schüler» und im Selbststudium gereiften Intellektuellen hochstilisiert wurde.³⁴

Die Konfrontation zwischen PCF und RPF zeigte somit, wie der «eiserne Vorhang» des Kalten Kriegs innerhalb weniger Monate die französische politische Kultur in zwei Lager gespalten hatte. Gaullisten und Kommunisten sahen sich als die einzig ernstzunehmenden Kräfte in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung an, da sie in reiner Form die sich gegenüberstehenden ideologischen Systeme repräsentierten. «Es gibt uns, die Kommunisten, und nichts» – mit diesen immer wieder zitierten Worten charakterisierte der als Propagandaleiter des RPF fungierende Schriftsteller André Malraux die geistig-kulturelle Lage seit 1947. Die Intellektuellen sahen sich dazu aufgerufen, an dem ideologischen Krieg zwischen den beiden Lagern teilzunehmen, wobei der PCF in diesem Milieu über die weitaus größere Anziehungskraft verfügte. Für zahlreiche Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler verkörperte die Partei die gesellschaftliche Modernität, die Überwindung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft und den Aufbruch zu neuen, besseren Zeiten. In Kultur- und Wissenschaftsgrößen wie dem Dichter Louis Aragon, dem Atomphysiker Frédéric Joliot-Curie und dem Maler Pablo Picasso fand die Partei linientreue Mitglieder. Andere führende Geistes-schaffende traten zwar dem PCF nicht bei, leisteten der Partei aber als «compagnons de route» (fellow-traveller) wertvollen ideologischen Bei-stand. Als beispielhaft für diese Haltung kann der damals tonangebende Intellektuelle Jean-Paul Sartre gelten, der sich mit Verve für die Sowjetunion und ihre französischen Verbündeten stark machte. Die sich immer mehr verdichtenden Hinweise darauf, dass die Sowjetführung Regimegegner in Arbeitslagern verfolgte und ermordete und dass in weiten Teilen der Sowjetunion menschenunwürdige Lebensbedingungen herrschten, konnte den Philosophen nicht in seinem Glauben an den Kommunismus beirren. «Was auch immer die Gestalt der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft sein mag, die UdSSR befindet sich *grasso modo* im Gleichgewicht der Kräfte auf der Seite, die gegen die uns bekannten Formen

der Ausbeutung kämpft.»³⁵ Der RPF war in den Augen Sartres nichts anderes als eine neofaschistische Bewegung, die das Bürgertum mit ihrer antikommunistischen Propaganda aufzuwiegeln suchte.

Zum großen Antipoden Sartres in den intellektuellen Kontroversen der Zeit wurde sein einstiger Studienfreund Raymond Aron, der sich zum RPF bekannte und in der Parteizeitschrift «Liberté de l'esprit» den Prokommunismus der Geistesschaffenden bekämpfte. In Abwandlung eines Diktums Lenins bezeichnete er den Marxismus als das «Opium der Intellektuellen», das sie in ihrer Begeisterung für die Revolution, ihrer Suche nach einem Sinn der Geschichte und der perfekten Gestalt der kommenden Gesellschaft berauschte. Für Aron sollten die Intellektuellen vom Mythos der Revolution Abstand nehmen, die notwendige Unvollkommenheit jeglicher politischer Ordnung akzeptieren und sich einem skeptischen Liberalismus zuwenden. Die Situation der Nachkriegszeit charakterisierte er als das «große Schisma», das nicht nur die Welt, sondern auch die französische Geisteslandschaft in zwei unversöhnliche Glaubensrichtungen unterteilt hatte. In einer berühmt gewordenen Formulierung bezeichnete er den West-Ost-Konflikt als eine Situation, in der «Frieden unmöglich, Krieg unwahrscheinlich» sei.³⁶ Nur der RPF, so das Bekenntnis Arons, könne gewährleisten, dass in dieser existenziellen Auseinandersetzung die französische Demokratie Bestand habe.

Mit dem Pariser Krawtschenko-Prozess des Jahres 1949 erreichten die Konflikte um den Kommunismus und das Sowjetsystem einen ersten Höhepunkt. Wiktor Krawtschenko war ein sowjetischer Dissident, der mit seinen Memoiren «I Choose Freedom» einen sensationellen Publikumerfolg in Frankreich erzielt hatte. Sein Buch berichtete von den Zwangskollektivierungen, der Kulakenverfolgung, der Hungersnot in der Ukraine sowie den Arbeitslagern und vermittelte so ein schockierendes Bild von der Sowjetunion. Der PCF leugnete in seiner Zeitschrift «Lettres françaises» alle Anschuldigungen, bestritt die Existenz von Arbeitslagern und verunglimpfte Krawtschenko als Agenten amerikanischer Geheimdienste. Der Prozess, den der Dissident daraufhin gegen die kommunistische Zeitschrift anstrebte, stand über Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Denn in Paris standen förmlich die Sowjetunion als politisch-soziales System und ihre historische Bilanz vor Gericht. So mobilisierte der PCF seine prominentesten Parteintellectualen und «fellow-travellers», um das Sowjetsystem als die humanere Alternative im Weltkonflikt zu verteidigen. Für den Ankläger traten hingegen Personen wie Margarete Buber-Neumann in den Zeugenstand, die ein sowjetisches Arbeitslager ebenso wie ein deutsches Konzentrationslager überlebt hat-

ten und erschreckende Parallelen in den Unterdrückungspraktiken des Nationalsozialismus und des Stalinismus aufzeigten.³⁷

Auch die sozialen Beziehungen und die Entwicklung der Arbeiterbewegung wurden seit 1947 auf das tiefste von dem Systemkonflikt zwischen Gegnern und Befürwortern des kommunistischen Modells geprägt. Dies geschah vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten Versorgungslage, in der die Lebensmittelzuteilungen geringer wurden, anstatt anzuwachsen. Täglich warteten die Bürger in endlosen Schlangen vor den Läden, um am Ende doch oft leer auszugehen. Als im August 1947 die tägliche Brotration auf 200 Gramm pro Person reduziert wurde, entstand der Eindruck, dass man nun schlechter versorgt wurde als noch zu Kriegzeiten. Gleichzeitig stiegen die Preise, während die Lohnentwicklung stagnierte und somit die Kaufkraft der Erwerbstätigen sank. Hatte die Gewerkschaft CGT anfangs ihre Mitglieder noch zur Mäßigung aufgerufen, schwenkte sie – parallel zur Umorientierung des PCF – auf eine konfrontative Linie um. Während Streiks im Frühjahr bei Renault und den Kohlegruben des Nordens noch begrenzten Ausmaßes gewesen waren, kam es im November und Dezember 1947 zu einem der größten Arbeitskämpfe der französischen Geschichte. Auslöser war die Erhöhung der Straßenbahnpreise in Marseille, welche die vom RPF gebildete Stadtverwaltung beschlossen hatte. In kürzester Zeit kam es in der Großstadt zu einer massenhaften Mobilisierung bis hin zum Generalstreik, die ansteckend auf Aktivisten in anderen Landesteilen wirkte. Schwerpunkt der Arbeitskämpfe waren die industriellen Zentren des Landes, aber auch die Eisenbahnen sowie der Energiesektor.

Die Streiks des Winters 1947 hatten indessen nichts mit den hoffnungsfrohen, volksfestähnlichen Arbeitsniederlegungen des Sommers 1936 (vgl. S. 205 f.) gemein. Angesichts der schlechten Versorgungslage, der materiellen Not vieler Arbeiter und der ideologischen Frontstellung demonstrierten zahlreiche Streikende eine kampfbereite, unversöhnliche Entschlossenheit, die vor Gewalt nicht zurückschreckte. Sabotageakte, wie man sie zu Widerstandszeiten praktizierte hatte, galten manchen Aktivisten als legitime Kampfmittel, um gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Als in der Nacht zum 3. Dezember ein Schnellzug aufgrund eines Sabotageaktes entgleiste und dabei 15 Menschen ums Leben kamen, sahen viele Franzosen ihr Land erneut am Rande eines Bürgerkriegs stehen. Revolutionär gesonnene Gewerkschaftsaktivisten standen militanten RPF-Anhängern gegenüber; dazwischen Ordnungskräfte, die einen prekären inneren Frieden zu bewahren suchten. Fortschreitend verloren allerdings die Streikenden ihren Rückhalt in der Bevölkerung, deren Versorgungslage sich durch die

Arbeitsniederlegungen merklich verschlechterte. Am 10. Dezember kehrten die meisten Streikenden wieder an ihre Arbeitsplätze zurück, nachdem die Regierung manchen ihrer Forderungen nach besseren staatlichen Sozialleistungen nachgekommen war. In der Erinnerung blieben die Arbeitsniederlegungen als «aufständische Streiks», die den tragischen Tiefpunkt eines «schrecklichen Jahres» bildeten. Faktisch gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, dass die Kommunisten und der Gewerkschaftsverband CGT im Winter 1947 einen nationalen Aufstand auslösen wollten, der mit einem Umsturz des Systems geendet hätte. Weder versuchten die Streikenden öffentliche Amtsträger abzusetzen, noch kam es zur Besetzung von Regierungsgebäuden. Die Strategie der kommunistischen Arbeiterbewegung zielte auf eine Fundamentalopposition gegen das bestehende System, nicht aber auf ihre eigene revolutionäre Machtübernahme ab.³⁸

Unterdessen kam es mitten in den Arbeitskämpfen des Winters 1947 zur Spaltung der führenden Gewerkschaft «Confédération générale du travail» (CGT) entlang der Konfliktlinien des Kalten Krieges: Da sie die CGT immer stärker ins Fahrwasser des Kommunismus geraten sah, trennte sich eine starke Minderheit unter dem Generalsekretär Léon Jouhaux und gründete in Form der «Force ouvrière» (FO) einen neuen Verband. Dieser verstand sich gemäß der Tradition des französischen Syndikalismus als parteiunabhängig und offen für alle politischen Bekenntnisse vom Gaullismus bis hin zum Anarchismus und Trotzismus. Im Gegensatz zum kommunistischen Lager befürworteten Jouhaux und die FO den Marshall-Plan, da sie in ihm ein wichtiges Instrument zum wirtschaftlichen Wiederaufbau erblickten. Während die FO fortan die aktive Unterstützung amerikanischer Gewerkschaftler genoss und von Finanzhilfen aus den USA profitierte, wurde die CGT unter ihrem Generalsekretär Benoît Frachon immer mehr zum verlängerten Arm der Kommunistischen Partei in den Betrieben.³⁹

Die Regierungsparteien der «Dritten Kraft» gingen gestärkt aus dem «schrecklichen Jahr» hervor. Anders als die gaullistische Propaganda es prophezeit hatte, war die Regierung den gewaltbereiten Streikenden mit Stärke entgegengetreten und hatte so die Kraftprobe mit ihren Opponenten von links und rechts bestanden. Nach dem Krisenjahr 1947 beruhigte sich langsam der politische Alltag; da die nächsten Parlamentswahlen erst im Jahre 1951 anstanden, gewöhnte sich die «Dritte Kraft» daran, mit einer starken Opposition zu leben. Es bildete sich eine politische Führungsriege heraus, die teils aus Persönlichkeiten bestand, die durch den Widerstand zum politischen Engagement gekommen waren, ebenso aber auch aus erfahrenen Parteipolitikern, die bereits in der Dritten Republik

das parlamentarische Spiel zu beherrschen gelernt hatten. In immer wieder neuen Kombinationen besetzten sie in den häufig wechselnden Kabinetten die Ministerposten, so dass der Eindruck einer hohen Instabilität entstand. Faktisch aber konnte Kontinuität erzielt werden, da die Parteien einzelne Ressorts für sich monopolisiert hatten. So wurde das Außenministerium fast immer von einem MRP-Politiker besetzt, während die «Radikalen» das Innen- und Finanzministerium für sich beanspruchten und die Sozialisten über das Industrie- und Handelsressort verfügten. Bei einer Kabinettsneubildung mussten die Regierungschefs auf solche Ansprüche Rücksicht nehmen, so dass ihnen praktisch nur ein sehr geringer Handlungsspielraum zur Verfügung stand. Ihre Autorität gegenüber den Ressortministern war nicht sehr hoch, da sie von diesen eher als *primus inter pares* denn als Führungsfigur wahrgenommen wurden. Ein Regierungswechsel in der Vierten Republik markierte vor diesem Hintergrund keinen Politikwandel, sondern lediglich eine neue Nuancierung der Regierungspolitik. Die Angehörigen der Führungselite betrachteten einander argwöhnisch und waren sorgfältig darauf bedacht, dass keiner von ihnen eine zu große Macht entfalten konnte.⁴⁰

Auf diese Weise bedeutete das politische System der Vierten Republik eine schroffe Antithese zu der charismatisch legitimierten Alleinherrschaft, wie sie Marschall Pétain in der Vichy-Zeit ausgeübt hatte, aber auch zu der ganz auf eine Person zugeschnittenen politischen Kultur des Gaullismus. Der französische Parlamentarismus mit seinen in der Provinz verankerten Notabeln, seinen Parteikomitees und seiner tief verwurzelten Skepsis gegenüber jeglicher Machtkonzentration hatte wieder Einzug gehalten. Repräsentativ für die Führungsriege der Vierten Republik galt vielen Beobachtern der «radikale» Politiker Henri Queuille, der mit seiner Amtszeit von mehr als zwölf Monaten (September 1948 bis Oktober 1949) den Rekord aller Ministerpräsidenten der Vierten Republik aufstellte. Der aus der ländlichen Corrèze stammende Arzt Queuille hatte bereits in der Dritten Republik mehrfach das Amt des Landwirtschaftsministers ausgeübt und gehörte zwischen 1948 und 1952 jedem Kabinett an. Er stand für einen auf Dialog, Ausgleich und Effizienz ausgerichteten Politikstil, der sich den Prinzipien des Republikanismus verpflichtet sah und dem jeglicher Personenkult fremd war.

Kontinuität an der Staatsspitze verkörperte der im Januar 1947 für sieben Jahre gewählte Präsident Vincent Auriol. Der sozialistische Politiker vermochte es, die laut dem Verfassungstext begrenzten Zuständigkeiten des Staatspräsidenten so geschickt auszuschöpfen, dass er vielen Beobachtern als der mächtigste Mann der Republik erschien.⁴¹ Insbeson-

dere zwei Vollmachten erlaubten es ihm, das politische Leben mitzugestalten: zum einen die Auswahl eines neuen Ministerpräsidenten, wenn eine Regierung abgewählt worden war; zum anderen der Vorsitz im Ministerrat, der es ihm ermöglichte, die Debatten zu leiten, Kompromisse vorzuschlagen und Schlussfolgerungen zu ziehen. «Präsident sein heißt für mich: Führen ohne zu entscheiden, Orientierung stiften, vermitteln, schlichten», so fasste Auriol seine Auffassung von seinem Amt zusammen.⁴² Anders als ihr schärfster Kritiker de Gaulle es prophezeit hatte, vermochte es die junge Republik durchaus, mit Politikern wie Auriol an der Spitze den Wiederaufbau eines tief verunsicherten Landes politisch zu gestalten. Doch die Person und das Politikverständnis des Staatspräsidenten, der bereits vor 1940 Minister gewesen war, veranschaulichten zugleich, dass die Libération eher zu einer politischen Restauration denn zu einer Revolution geführt hatte.

Ein neues Gesellschaftsmodell

Die Résistance hatte nicht nur einen politischen, sondern auch und vor allem einen gesellschaftlichen Neuanfang verheißen, wenn das Land von der Besatzung befreit sein würde. Das Programm des Conseil national de la Résistance vom Januar 1944 hatte zur Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken, zur Planung der Wirtschaft und zur Einrichtung eines umfassenden sozialen Sicherungssystems aufgerufen. Wie sahen die Errungenschaften der Befreiungszeit in dieser Hinsicht aus, wo schon der Aufbruch zu einer neuen Demokratie nicht wirklich gelungen war? Was den gesellschaftlichen Bereich anbelangt, so stellte die Libération in der Tat einen tiefen Umbruch dar, dessen Folgen Frankreich bis heute nachhaltig prägen. Mit der Befreiung kam es zum Durchbruch eines neuen Gesellschaftsmodells, das dem Staat eine zuvor nie gekannte Gestaltungsmacht in den sozioökonomischen Beziehungen einräumte, die Bürger gegen Lebensrisiken absicherte und den Grundstein für Jahrzehnte des wirtschaftlichen Wachstums und der Modernisierung legte.

Die Neuerungen der Befreiungszeit lassen sich zunächst an den Grundrechten sichtbar machen, die signifikant erweitert wurden. An erster Stelle ist hier die verfassungsrechtliche Gleichstellung der Frauen zu nennen. Die Präambel der Verfassung von 1946 verkündete, dass «der Frau in allen Bereichen gleiche Rechte wie dem Mann» zustünden. Eine Verordnung der provisorischen Regierung vom 21. April 1944 hatte bereits den Frauen das aktive und passive Wahlrecht beim ersten Urnengang im befreiten Frankreich gewährt. Charles de Gaulle pries diesen Schritt als eine Belohnung der Frauen für ihre im Befreiungskampf geleisteten Dienste an. Fak-

tisch aber war die Einführung des Frauenwahlrechts nun überfällig geworden, nachdem 14 europäische Länder seit 1900 dies getan hatten und Frankreich somit zu den Nachzüglern gehörte. Der Senat, der jahrzehntelang die Einführung des Frauenwahlrechts blockiert hatte, war seit 1940 suspendiert, so dass sich keinerlei Opposition gegen die Maßnahme erhob.⁴³ Was die Gleichberechtigung der Frauen in allen anderen Bereichen anbelangte, so bedurfte es freilich noch zahlreicher legislativer Reformen, um diese zu verwirklichen. Doch konnten etwa im Bildungsbereich bereits nach wenigen Jahren sichtbare Fortschritte erzielt werden: So waren im Jahre 1950 von den 125 000 an französischen Universitäten eingeschriebenen Studierenden 44 000 Frauen.

Neben der Gleichberechtigung der Geschlechter etablierte die Konstitution von 1946 eine Reihe von sozialen Rechten, die den Verfassungsschöpfern als «besonders notwendig für unsere Zeit» erschienen. So wurde jedem «die Pflicht zu arbeiten» auferlegt und das «Recht auf einen Arbeitsplatz» zuerteilt. Jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von «Herkunft, Meinungen und Glauben» wurde untersagt. Gleichmaßen erhob man die Gewerkschaftsfreiheit zu einem Grundrecht; jeder Arbeitnehmer sollte an der «gemeinschaftlichen Bestimmung der Arbeitsbedingungen sowie der Betriebsführung» partizipieren können. Auch wurde das Streikrecht im Grundrechtsabschnitt der Verfassung genannt. Schließlich wiederholte die Verfassung das bereits im Programm des Widerstandsrats geleistete Bekenntnis zur Verstaatlichung all solcher Güter und Betriebe, die den «Charakter eines öffentlichen Dienstes oder eines faktischen Monopols» hätten. Kennzeichnend für die geistig-politische Situation der Befreiungszeit war, dass diese sozialrechtlichen Leitlinien auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhten, der weit über die sozialistisch-kommunistische Linke hinausging und den Gaullismus, die Christdemokraten ebenso wie die «Radikalen» umfasste. Verbreitet war die Auffassung, dass ein zugespitzter Individualismus die Dekadenz der Dritten Republik mitverschuldet habe, dass der Kapitalismus grundlegend reformbedürftig sei und dass die Arbeiterklasse besser in die Nation integriert werden müsse, wenn Frankreich sich wiederaufrichten wollte.

Wie sah es mit der Einlösung dieser Verheißungen aus? Von zahlreichen Protagonisten des Widerstands waren die Verstaatlichungen mit besonderer Ungeduld erwartet worden. Zunächst verliefen sie zögerlich, da der provisorische Regierungschef de Gaulle kein umfassendes Nationalisierungsprogramm verwirklichen wollte, solange es keine gewählte Volksvertretung gab. Vor den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung kam es lediglich zu zwei Verstaatlichungen, nämlich der

Kohlebergwerke des Nordens und des Automobilunternehmens Renault. Letztere war vor allem als eine Enteignungsmaßnahme im Rahmen der «*épuration*» zu verstehen, hatte doch der Firmenchef Louis Renault eng mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet. 1945/46 wurden dann per Gesetz eine Reihe von Sektoren verstaatlicht: zunächst die Spar- und Darlehnsbanken, dann der gesamte Elektrizitäts- und Gassektor unter dem Dach eines großen Staatsunternehmens (EDF/GDF), gefolgt von der Nationalisierung des Kohlebergbaus sowie des Versicherungswesens. Die Betriebsführung der verstaatlichten Unternehmen wurde unterschiedlich organisiert: Während der Leitung Renaults eine hohe Autonomie gewährt wurde, entstand die Unternehmenspolitik von EDF/GDF in enger Abstimmung mit der Regierung.

Die Verstaatlichungen der Befreiungsphase wurden unterschiedlich bewertet: Manchen Kräften gingen sie nicht weit genug, waren doch einige Sektoren und Unternehmen ausgespart worden, wie etwa die Geschäftsbanken sowie große, von ehemaligen Kollaborateuren geführte Firmen wie der Fahrzeughersteller Berliet. Im Unternehmerlager hingegen hinterließen die Nationalisierungen eine bittere Erinnerung, zumal die Entschädigungen für die Enteignungen eher mager ausfielen. Die *Libération* blieb ihnen als eine «besonders unangenehme Phase» der Geschichte (so der ehemalige französische Arbeitgeberpräsident François Ceyrac) in Erinnerung, in der sie bei der Regierung kein Gehör fanden. So hatte Charles de Gaulle eine Delegation von Unternehmern, die ihn kurz nach der Befreiung aufsuchte, mit den Worten begrüßt: «Meine Herren, ich habe niemanden von Ihnen in London gesehen.»⁴⁴ Andere Stimmen bedauerten, dass die Verstaatlichung zahlreicher Betriebe nicht zu ihrer Selbstverwaltung durch die Arbeiter und Angestellten geführt hatte. Im Ergebnis führten die Nationalisierungen der Jahre 1944–46 zu einer signifikanten Ausweitung des öffentlichen Sektors: Ca. 660 000 Menschen arbeiteten nun in Staatsbetrieben; zusammengenommen mit den 1,5 Millionen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ergab sich so eine Zahl von 2,16 Millionen Staatsangestellten, die ca. 13 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ausmachten. Da die Lage der Arbeitenden durch die Verstaatlichungen verbessert werden sollte, wurden in den nationalisierten Betrieben (insbesondere im Elektrizitäts- und Gasunternehmen EDF/GDF) den Beschäftigten besonders günstige Konditionen eingeräumt, von der unkündbaren Stelle über eine großzügige Altersversorgung bis hin zu einer Vielzahl von innerbetrieblichen Vorteilen und Leistungen.⁴⁵

Eng verbunden mit dem Übergang wichtiger Betriebe in Staatseigentum war eine weitere große Reform der Befreiungszeit: die Einführung

einer einheitlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten. Die sogenannte «Sécurité sociale» war eine beitragsfinanzierte Versicherungskasse, in die Arbeitgeber und Beschäftigte gemäß eines variablen Prozentsatzes einzahlten. Die Versorgungskasse sollte von den Sozialpartnern paritätisch geführt werden, indem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen jeweils ihre Vertreter in den Verwaltungsrat wählten. Um den Arbeitnehmern eine möglichst günstige Verhandlungsposition zu sichern, waren für ihre Repräsentanten drei Viertel der Sitze im Verwaltungsrat reserviert. Der ursprüngliche Plan des «Vaters der Sécurité sociale», Pierre Laroque, wurde indessen nur unvollkommen eingelöst: Dieser hatte sich eine Einheitskasse für die gesamte französische Arbeitsbevölkerung, von den Arbeitern und Angestellten über die Selbstständigen und Freiberufler bis hin zu den Landwirten, gewünscht. Zwar gelang es ihm, die leitenden Angestellten (die «cadres») dazu zu bringen, dem neuen System beizutreten; mit dem Zugeständnis, dass sie mittels einer Zusatzversicherung ihre Absicherung verbessern konnten. Doch die Handwerker, Händler, Freiberufler und Bauern beharrten darauf, ein berufsgruppenspezifisches Versicherungssystem aufrechtzuerhalten bzw. einzurichten. Und auch innerhalb der Sécurité sociale wurden für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors (Eisenbahnen, Pariser Metro, EDF/GDF) sogenannte «Sonderregelungen», insbesondere über ein niedrigeres Renteneintrittsalter und die Beitragshöhe, eingeführt. Mit den Verordnungen von 1945 wurde somit der Grundstein für den modernen französischen Sozialstaat gelegt, wie er – modifiziert durch teils signifikante Reformen – bis heute existiert. Kennzeichnend für ihn ist einerseits ein hohes Maß an Egalität, insofern die überwiegende Anzahl der Bürger in das gleiche Versicherungssystem einzahlt. Andererseits führten die Ausnahmeregelungen dazu, dass die Sécurité sociale von Anbeginn an Elemente der Ungleichheit enthielt, die immer wieder Anlass zu sozialen Konflikten gaben.⁴⁶

Für eine Vielzahl politischer Akteure stellten die umfassende Sozialversorgung ebenso wie der stark erweiterte Staatssektor unverzichtbare Instrumente dar, um Frankreichs Wiederaufbau zu fördern, seine innere Erneuerung zu erwirken und seinen wirtschaftlichen Wohlstand sicherzustellen. Es entsprach der Grundstimmung des Nachkriegseuropa, dass nun von vielen Seiten der Ruf nach einer staatlichen Planung der Wirtschaft laut wurde. Bereits in den 1930er Jahren hatten junge Absolventen der Eliteschulen eine Planung des als chaotisch empfundenen Kapitalismus gefordert, ebenso wie praktisch alle Richtungen des Widerstands sich diese Idee zu eigen gemacht hatten. Als es nun im Zuge der Befreiung darum

ging, dieses Bekenntnis in eine konkrete Strategie umzusetzen, ergriff mit Jean Monnet eine Persönlichkeit die Gunst der Stunde, die fortan einen prägenden Einfluss auf die französische und europäische Geschichte ausüben sollte.

Jean Monnet hatte einen für französische politisch-administrative Eliten untypischen Hintergrund: Er war in einer Familie von Kognakhändlern großgeworden, hatte nie eine akademische Ausbildung genossen, jedoch als Handelsvertreter der väterlichen Firma eine hervorragende Kenntnis der anglo-amerikanischen Wirtschaftswelt erworben. Da er in einem vom globalen Handel abhängigen Gewerbe tätig war, hatte er frühzeitig die Interdependenz der modernen Welt erfahren; ein Phänomen, das seiner Meinung nach in Frankreich noch völlig unzureichend begriffen wurde.⁴⁷ Als er im Januar 1946 an die Spitze eines neugegründeten «Commissariat général du Plan» trat, hatte er bereits eine reiche politisch-administrative Erfahrung in der britisch-französischen Zusammenarbeit während der beiden Weltkriege sowie im Völkerbund gesammelt. Die Arbeit seiner neuen Behörde stellte er unter das Motto: «Modernisierung oder Dekadenz». Sechs strategisch wichtige Sektoren wurden identifiziert, die dringend modernisiert werden mussten, wenn Frankreich sich nicht vom Weltmarkt abhängen lassen wollte, nämlich Kohle, Stahl, Elektrizität, Zement, Transport und landwirtschaftliche Maschinen.⁴⁸

Die Methode der «planification» im Sinne Monnets hatte zwar nichts mit der Planwirtschaft sowjetischen Stils gemein, doch ging Frankreich in der Wirtschaftssteuerung weiter als andere europäische Staaten. «Die französische staatliche Wirtschaftsplanung war das Äußerste und vor allem auch das Spektakulärste, was es in den westeuropäischen Wirtschaften mit unternehmerischer Entscheidungsautonomie gab», urteilt Hartmut Kaelble.⁴⁹ Nicht etwa sollte die freie Wirtschaft unter staatliches Kuratel geraten, vielmehr sollten in einer breiten Konzertation zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmerschaft und Gewerkschaften gemeinsame Ziele ermittelt und auf diese Weise Richtlinien für die Verteilung von Rohstoffen, die jährliche Produktion und die Realisierung von staatlich finanzierten Großprojekten festgelegt werden. Die aus solchen Zielvorgaben bestehenden Jahrespläne sollten lediglich für die Staatsunternehmen als verbindliche Anordnung gelten, während freie Firmen sie als Leitschnur für ihre jeweilige Strategie und als gegenseitige privatwirtschaftlich-staatliche Zusagen begreifen sollten. Für Monnet bestand eine der wichtigsten Funktionen des Plans darin, unter allen Schlüsselakteuren des wirtschaftlichen Lebens einen Mentalitätswandel hin zu den Leitwerten der wirtschaftlichen Expansion, der Produktivität und der Effizienz zu bewirken. «Die Modernisierung», so bekundete er, «ist

kein Stand der Dinge, sondern ein Geisteszustand.» Sein Mitarbeiter Etienne Hirsch fasste die Weltanschauung der Behörde in einem griffigen Bild zusammen: Ein Bauer, den man auf einen Traktor setze, würde beginnen, anders zu denken als einer, der hinter einem Pferd und einem Pflug hergehe.⁵⁰

Angesichts der gigantischen Aufgaben des Wiederaufbaus bestand für Monnet kein Zweifel daran, dass Frankreich diesen Prozess nicht allein erfolgreich umsetzen konnte. Denn die industrielle und landwirtschaftliche Produktion war auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus gesunken. 475 000 Wohngebäude waren total zerstört; 1,3 Millionen beschädigt. 65 Prozent der Güterwaggons, 40 Prozent der Automobile und 55 Prozent der Handelsflotte waren unbrauchbar. Um aus dieser wirtschaftlichen Talsohle herauszukommen, war das Land nach Monnets Auffassung auf Gedeih und Verderb auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Nur amerikanisches Geld würde Frankreich die erforderlichen Mittel in die Hand geben, um die dringend notwendigen Investitionen zu tätigen. Und nur wenn das Land sich den amerikanischen Fortschrittsglauben und dessen Produktivitätsethos zu eigen machte, wenn es sich von der technokratischen Politikgestaltung, wie sie den «New Deal» unter Franklin D. Roosevelt gekennzeichnet hatte, inspirieren ließ, konnte es in der Industriemoderne ankommen. Anders als viele seiner Landsleute hatte Monnet keinerlei Bedenken, die Vereinigten Staaten als politisch-ökonomisches wie mentales Vorbild zu begreifen.

Gemeinsam mit Léon Blum gab er sich im Mai 1946 in die USA und handelte mit dem Außenminister James F. Byrnes eine Reihe von Vereinbarungen aus, welche die französisch-amerikanischen Beziehungen in neue Bahnen lenkten: So wurden Frankreich 2,8 Milliarden Dollar Schulden aus beiden Weltkriegen erlassen; das Land erhielt neue Kredite in Höhe von ca. 650 Millionen Dollar zu besonders günstigen Rückzahlungsbedingungen. Im Gegenzug erklärte sich Frankreich bereit, die heimischen Kinos für die amerikanische Filmproduktion zu öffnen, indem ein restriktives, seit Vorkriegszeiten bestehendes Quotensystem abgeschafft wurde. Von nun an waren nur noch vier von dreizehn Kinowochen für heimische Filme reserviert, so dass Hollywood den Großteil des französischen Kino-programms bestreiten konnte – für die USA ein Mittel, amerikanische Werte in das Partnerland zu exportieren und seine Bevölkerung gegen die kommunistische Versuchung zu impfen. Die von Blum und Monnet ausgehandelten Kredite ermöglichten es, einen Teil der von der Planbehörde vorgesehenen Staatsausgaben zu finanzieren, und banden somit von Anbeginn an den französischen Wiederaufbau auf das Engste an die Vereinigten Staaten. Ab 1948 waren es nicht mehr Darlehen, sondern die im Rahmen

des Marshall-Plans gewährten Zuwendungen, welche die französischen Investitionen finanzierten. Auf diese Weise gestaltete sich die Modernisierung des Landes in einem Dreiecksverhältnis: Seitens der USA wurden die Gelder zur Verfügung gestellt; Monnets Planbehörde entwarf die Strategie für ihre Verwendung, während sich das Finanzministerium die Mittelvergabe vorbehielt.⁵¹

Ein weiteres zentrales Element der Modernisierungsstrategie der Befreiungszeit war die Familienpolitik. Ein breiter Konsens herrschte vor, dass Frankreich eine positive Bevölkerungsentwicklung benötigte, um den neuen Imperativen der Produktivität, des Wachstums und der Industrialisierung gerecht zu werden. Der provisorische Regierungschef Charles de Gaulle brachte den pronatalistischen Konsens der Zeit auf den Punkt, wenn er im März 1945 vor der Konsultativversammlung bekundete, Frankreich brauche «zwölf Millionen schöne Babys in den nächsten zehn Jahren».⁵² Politische Maßnahmen sollten die Bürger dazu ermutigen, sich an der Erfüllung dieses Ziels zu beteiligen. So wurde 1945 der sogenannte «Familienquotient» bei der Einkommensteuerberechnung eingeführt, der den Familien für jedes zusätzliche Kind massive Steuererleichterungen bescherte. Darüber hinaus wurde die Familienunterstützungskasse in die *Sécurité sociale* eingegliedert und ihre Leistungen aufgebessert. Wer nun ein zusätzliches Kind bekam, vermochte dank indirekter oder direkter staatlicher Unterstützung seine Familienfinanzen nachgerade zu verbessern, anstatt sie zu verschlechtern. Der französische Babyboom hatte allerdings bereits vor diesen familienfreundlichen Maßnahmen begonnen und wurde von diesen gefördert, aber nicht etwa ausgelöst. Mitten in der Besatzungszeit, als Frankreich moralisch am Boden lag, hatte sich der Trend der Geburtenrate umgekehrt: Nachdem zwischen 1938 und 1941 die Geburten stetig gesunken waren, wurden 1942 zum ersten Mal wieder mehr Kinder auf die Welt gebracht. Die positive Tendenz bestätigte sich im Jahre 1943 mit einem Zuwachs von fast 50 000 Geburten gegenüber dem Vorjahr, so dass eine Zahl von 589 000 Geburten erzielt wurde. 1945 kamen 645 000 Kinder zur Welt, 1950 waren es dann 862 000.⁵³ Verschiedene Gründe lassen sich für die Umkehrung des Trends in einer so krisenhaften Zeit wie den Jahren 1942/43 anführen. Man kann darin eine über Frankreich hinausgehende Tendenz erblicken, kam es doch auch in Großbritannien zu einer vergleichbaren Entwicklung. Auch lässt sich der Zuwachs der Geburten als die Folge einer dezidiert pronatalistischen Politik des Vichy-Regimes erklären, die sich etwa in einer signifikanten Erhöhung der Familienzuschwendung und der Einführung eines «Hausfrauengeldes» niederschlug.⁵⁴

Die Verwandtschaft zwischen der geburtenfreundlichen Politik Vichys und der provisorischen Regierung de Gaulles verweist auf einen neuralgischen Punkt: Inwiefern waren die politischen Ziele und Methoden der Befreiungszeit wirklich neuartig? Bestand nicht Kontinuität zwischen zahlreichen politischen Ansätzen des Kollaborationsregimes und den Strategien der Libération? Strebten nicht beide Regierungsformen nach einer aktiveren Rolle des Staates? Beide, das Frankreich Vichys und das der Befreiung, distanzieren sich von liberalen Dogmen, indem sie die Wirtschaft nicht mehr nur den Mechanismen des Marktes überlassen und auf die individuelle Lebensgestaltung der Staatsbürger Einfluss nehmen wollten. Bei diesen liberalismuskritischen Positionen enden jedoch bereits die Gemeinsamkeiten zwischen Vichy und dem Frankreich der Befreiung. Denn während Ersteres ein reaktionäres, paternalistisches und rassistisches Gesellschaftsbild verfocht, suchte die Vierte Republik den Weg in eine inklusive, partizipatorische und gerechte Gesellschaft. Während Vichy ein freies Gewerkschaftswesen zu unterbinden suchte, erlangte dieses in der Befreiungszeit zuvor nie gekannte Mitwirkungsrechte. Während Vichy sich in seinem integralen Nationalismus von der demokratischen Tradition des Westens isolierte, suchte das Frankreich der Libération den Schulterchluss mit den Vereinigten Staaten und eiferte ihrem Vorbild nach.

Die Protagonisten der Befreiungszeit waren überzeugt davon, dass Frankreich eine neue administrative Elite brauchte, um den Modernisierungsprozess zu steuern. Die hohen Beamten sollten nicht mehr vornehmlich aus den traditionellen Führungsschichten kommen und über persönliche Verbindungen rekrutiert werden, sondern aus bestens ausgebildeten Experten bestehen, die unter den Begabtesten und Leistungsfähigsten eines jeweiligen Jahrgangs ausgewählt wurden. Auf dieser Idee basierte die Gründung der Ecole Nationale d'Administration (ENA) im Jahre 1945, einer Verwaltungshochschule, deren Studierende ein äußerst selektives Auswahlverfahren passieren mussten. Die ENA erweiterte das allen Elitehochschulen des Landes zugrunde liegende Prinzip des «republikanischen Aufstiegs» auf den administrativen Bereich. Auch hochbegabte Abkömmlinge unterprivilegierter Bevölkerungsschichten sollten auf diese Weise an den Staatsdienst herangeführt werden, indem sie eine für alle offene Auslese durchliefen, in der die soziale Herkunft keine Bedeutung haben sollte. Im engen Zusammenhang mit der ENA-Gründung stand die Verstaatlichung der Pariser Ecole libre des sciences politiques (kurz «Sciences Po» genannt), die seit dem späten 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle in der Ausbildung der politisch-kulturellen Elite Frankreichs gespielt hatte. Die nun zum «Institut d'études politiques» umbenannte Einrichtung wandelte sich zu einer Art

Vorbereitungsklasse für die ENA, deren Besuch nahezu unabdingbar war, um die Aufnahmeprüfung der Verwaltungshochschule zu bestehen. Auf diese Weise entwickelte sich ein neues Karrieremuster nicht nur der administrativen Eliten, sondern zunehmend auch der politischen Entscheidungsträger: So sind drei Präsidenten und acht Premierminister der Fünften Republik Absolventen von «Sciences Po» und der ENA.

Es ist sichtbar geworden, wie in der Befreiungszeit auf verschiedenen Ebenen – von den sozialen Grundrechten über den Wohlfahrtsstaat, die Bevölkerungspolitik bis hin zur Elitenrekrutierung – die Fundamente für das Frankreich der Gegenwart gelegt wurden. Die neu geschaffenen Institutionen waren nicht nur als Instrumente der Modernisierung, sondern auch der sozialen Integration zu verstehen. Allen Bevölkerungsschichten sollte auf gleiche Weise ermöglicht werden, Partizipations- und Aufstiegschancen in der neuen Republik wahrzunehmen. Das Sozialmodell der Befreiungszeit war so gestaltet, dass es auch der Kommunistischen Partei und ihren Anhängern Integrationsangebote unterbreitete. Denn die von ihr dominierte Gewerkschaft CGT verwaltete die Sécurité sociale mit, ihre Delegierten spielten insbesondere in einem Staatsunternehmen wie der EDF/GDF eine Schlüsselrolle in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen. Auf diese Weise geriet der PCF in eine paradoxe Situation: Einerseits forderte er das System mit seiner radikalen, revolutionären Rhetorik permanent heraus und paktierte mit Frankreichs Gegner im Kalten Krieg, andererseits aber stabilisierte er dasselbe System, indem er in seinen sozialen Institutionen mitwirkte. Als stärkste Arbeiterpartei Frankreichs prägte er ein eigenes soziales Milieu, das sich einerseits als «Gegengesellschaft» gegen die kapitalistische Ordnung verstand, andererseits aber in hohem Maße in dieselbe integriert war, wurden doch zahlreiche Städte und Gemeinden (insbesondere in den Pariser Vororten sowie im Nordosten und Süden) vom PCF regiert. Dort gelang es der Kommunistischen Partei, eine treue Wählerschaft an sich zu binden, die in ihr die beste Sachwalterin des sozialen Fortschritts erblickte. Ihre straffe, zentralistische Organisation gab ihr einen entscheidenden Vorteil gegenüber allen anderen Parteien, die über einen wesentlich schwächeren Apparat verfügten. Auf diese Weise wurde der PCF zu einem wichtigen Baustein, der zum Erfolg der gesellschaftlichen Synthese der Befreiungszeit beitrug.⁵⁵

Außenpolitik der Integration

«Möge unsere Machtstellung zum großen nationalen Ehrgeiz werden!», rief de Gaulle im März 1945 vor der Konsultativversammlung aus; zu einem Zeitpunkt, als die Befreiung immer noch nicht abgeschlossen und

die künftige Stellung Frankreichs im internationalen System völlig ungewiss war.⁵⁶ Einen Monat zuvor war die Konferenz von Jalta zu Ende gegangen, zu der de Gaulle nicht eingeladen worden war. Keiner der «Großen Drei» war zu diesem Zeitpunkt bereit, Frankreich als gleichrangige Macht zu akzeptieren und in die Verhandlungen über die globale Nachkriegsordnung einzubeziehen. Die Niederlage 1940, die Spaltung des Landes und die Kollaboration hatten dem Ansehen des Landes einen derartigen Schaden zugefügt, dass es fraglich war, ob es je wieder in den Kreis der Großmächte aufgenommen werden würde.⁵⁷ Auch die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 fand ohne Beteiligung Frankreichs statt. Ungeachtet dessen ließ der provisorische Regierungschef keinen Zweifel an der Mission Frankreichs, eine globale Großmachtrolle zu spielen. «Frankreich und Großbritannien sind in der Welt die beiden wichtigsten Mächte, deren Aufgabe es ist, die anderen Nationen zu einer besseren materiellen Entwicklung, einer größeren politischen Reife und einem höheren Zivilisationsniveau zu führen», sagte er im September 1945 der Zeitung «The Times».⁵⁸ Ein erster Schritt zum Wiedereintritt in den Kreis der Großmächte konnte im gleichen Jahr erzielt werden: Frankreich wurde an der Nachkriegsverwaltung Deutschlands und Österreichs beteiligt, indem es in beiden Ländern eine Besatzungszone erhielt. Auf diese Weise erschienen zwei vorrangige französische Interessen, nämlich die Sicherheit vor Deutschland und die Wiedererlangung eines Großmachtstatus, als komplementär: Beide Ziele konnte Frankreich nur erreichen, wenn es bei der Regelung der deutschen Frage mitentscheiden durfte.

Nach den Erfahrungen der Niederlage und Besatzung wirkte das Grundproblem der französischen Außenpolitik seit 1870/71 – der Schutz gegenüber dem aggressiven Nachbarland – akuter denn je. Für Charles de Gaulle, der bis zu seinem Rücktritt im Januar 1946 die Außenpolitik gestaltete, musste jegliches Wiedererstarken Deutschlands verhindert werden, indem die Ziele, die nach 1918 am Widerspruch Großbritanniens und der USA gescheitert waren, nun verwirklicht wurden: Der deutsche Nationalstaat und insbesondere Preußen als sein dominanter Kern mussten zerschlagen, aus verschiedenen Teilstaaten eine lockere Konföderation gebildet werden; das Saarland ebenso wie das linke Rheinufer sollten aus dem deutschen Staatsverband ausgegliedert und langfristig Frankreich angeschlossen, das Ruhrgebiet mit seinen Kohleressourcen internationalisiert werden. Um diese Ziele zu erreichen, suchte de Gaulle nicht etwa den engen Schulterschluss mit den USA und Großbritannien, sondern erblickte in der Sowjetunion einen potenziellen Partner, der nach seiner Auffassung gleichermaßen an einer Schwächung Deutschlands interessiert war. In

einer gewissen Äquidistanz zum anglo-amerikanischen und zum sowjetischen Machtblock sollte Frankreich auf diese Weise zur dritten Kraft im globalen System der Nachkriegszeit aufsteigen.

Zum Ende seiner Regierungszeit 1946 konnte der General kaum Erfolge vorweisen, was die Ziele seiner Außenpolitik anbelangte. Weder konnte er bei den Westmächten Unterstützung für seine Deutschlandpläne gewinnen, noch erwies sich die Sowjetunion als ein zuverlässiger Rückhalt. Auch seine Nachfolger mussten den geringen Einfluss und Spielraum erkennen, den die drei Siegermächte dem später hinzugekommenen Frankreich bei der Neuordnung Europas ließen. Ebenso wie in der Innenpolitik bildet hier das Jahr 1947 die Wegscheide, von dem an die wichtigsten Grundentscheidungen unter den Vorzeichen des Ost-West-Konflikts zu interpretieren sind. Anhand der deutschen Frage wurde Frankreich seine wachsende Abhängigkeit von den USA deutlich. Denn angesichts einer immer stärker wahrgenommenen Bedrohung durch den Sowjetkommunismus musste sich Frankreich in die amerikanischen Zukunftspläne für Deutschland fügen, wollte es nicht die Protektion der westlichen Großmacht verlieren. Auf diese Weise entlarvte das Jahr 1947 zwei Ziele der französischen Außenpolitik endgültig als Illusionen – die Zerschlagung der deutschen Staatlichkeit, die dem amerikanischen Interesse an einem konsolidierten Westdeutschland diametral entgegenstand, sowie den Traum von Frankreich als «dritter Kraft» im Weltgeschehen, der angesichts einer zunehmend bipolaren Welt zur Chimäre wurde.

Von nun an verfolgte Frankreich eine Außenpolitik, die auf seine Integration in Bündnisse des Westens abzielte, um seine Sicherheit zu erhöhen. So kam es am 17. März 1948 zur Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags mit Großbritannien und den drei Benelux-Staaten, in dem die fünf Staaten sich zur kollektiven Verteidigung im Falle eines Angriffs von außen verpflichteten. Hatten die Vertragsparteien ursprünglich Deutschland als den potenziellen Aggressor im Auge gehabt, wurde im Laufe der Verhandlungen deutlich, dass die Sowjetunion der viel bedrohlichere Antagonist der neuen Allianz war: Im Februar 1948 war es zum sowjetisch gesteuerten Staatsstreich in der Tschechoslowakei gekommen, der bei französischen Politikern die Furcht vor der kommunistischen Expansion verstärkte. Vor diesem Hintergrund gehörten Außenpolitiker der «Troisième Force» wie Georges Bidault und Pierre-Henri Teitgen zu den treibenden Kräften, welche die Vereinigten Staaten dazu drängten, sich in der Verteidigung Westeuropas stärker zu engagieren. Sie forderten, dass zur erfolgreichen Bekämpfung des Kommunismus nicht nur als expansiver Macht, sondern auch als Bedrohung im eigenen Land eine Militärallianz den Marshall-

Plan ergänzen müsse. Die marxistische Ideologie, so lautete ihre Argumentation, verbreite sich aufgrund von wirtschaftlichem Elend und Angst. Während die Wirtschaftshilfe des Marshall-Plans Ersteres ausmerzen würde, müsse ein atlantisches Verteidigungsbündnis die Angst bekämpfen.⁵⁹

Der am 4. April 1949 unterzeichnete Nordatlantikvertrag zur Gründung der NATO befriedigte das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gegenüber der Sowjetunion, ließ allerdings ein Problem ungelöst, nämlich den Platz Deutschlands in der künftigen Friedensordnung Europas. Mit dieser Frage hatten sich bereits zahlreiche Protagonisten des französischen Widerstands befasst, die – noch während sie die deutschen Besatzer bekämpften – darüber reflektierten, wie das Verhältnis mit dem Nachbarland besser geregelt und künftige kriegerische Auseinandersetzungen vermieden werden konnten. Für sie war deutlich, dass die auf Bestrafung und Diskriminierung abzielenden Strategien des Versailler Friedens gescheitert waren und nun völlig neue Formen des deutsch-französischen Ausgleichs gefunden werden mussten. Wie diese aussehen sollten, war ihnen noch unklar; fest stand für sie lediglich, dass ein geeintes, solidarisches und föderal organisiertes Europa aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs hervorgehen sollte. Nach Kriegsende unternahmen diese Kräfte gemeinsam mit pro-europäischen Aktivisten anderer Länder einige Initiativen, aus der Zivilgesellschaft heraus eine europäische Föderation entstehen zu lassen. Die Ergebnisse blieben jedoch weit hinter den Erwartungen zurück; die «Vereinigten Staaten von Europa» ließen sich offenkundig nicht auf einen Schlag durch eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung aufbauen. Das einzige greifbare Ergebnis dieser ersten Welle europapolitischen Engagements war die Gründung des Europarats in der Folge des Haager Kongresses von 1948. Diese erste europäische Organisation der Nachkriegszeit beschränkte sich indessen auf eine lose zwischenstaatliche Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Menschenrechte und der demokratischen Stabilisierung. Die brennende Frage, wie Deutschland in die Nachkriegsordnung integriert und gleichzeitig Frankreichs Sicherheitsbedürfnis gegenüber dem gefürchteten Nachbarn befriedigt werden konnte, blieb dagegen unbeantwortet.⁶⁰

In dieser Situation, in der aus der französischen politischen Führungselite keine neuen europapolitischen Ideen erwachsen, nutzte der Chef der französischen Planbehörde Jean Monnet die Gunst der Stunde, um seiner Regierung ein völlig neues Konzept der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu unterbreiten.⁶¹ Dieses bestand darin, die Kohle- und Stahlindustrie der beiden Länder einer internationalen Organisation zu unter-

stellen. Monnets Plan beruhte auf einer einfachen und zugleich komplexen Idee: Grundlage seines Konzepts war das Ziel, in die «Mauern der nationalen Souveränität eine Bresche zu schlagen». Diese Bresche, so drückte er es rückblickend aus, musste «begrenzt genug sein, um Zustimmung zu finden, und tief genug, um die Staaten zu der für den Frieden notwendigen Einheit zu bringen». ⁶² Ein dauerhafter Frieden war für ihn nur denkbar, wenn die europäischen Staaten sich von der obsoleten Idee ihrer umfassenden Souveränität verabschiedeten und damit beginnen würden, wichtige Politikbereiche einer supranationalen Autorität zu unterstellen. Ein vereinigtes Europa konnte, so Monnet, nur schrittweise entstehen, indem zunächst eine «De-facto-Solidarität» in einem begrenzten, aber essenziellen wirtschaftlichen Sektor erzielt wurde. ⁶³ Kohle und Stahl waren nicht nur die Schlüsselindustrien Deutschlands und Frankreichs, sondern auch diejenigen Sektoren, die für eine Kriegführung unabdingbar waren. Indem man diese dem nationalen politischen Zugriff entzog und künftig gemeinschaftlich verwaltete, würde ein Krieg materiell unmöglich. Die Internationalisierung von Kohle und Stahl, so die Logik des Monnet'schen Plans, würde geradezu zwangsläufig dazu führen, dass auch weitere Bereiche, wie der Transport, die Besteuerung und der Außenhandel, gemeinschaftlich geregelt würden und schrittweise eine Föderation entstehe.

Ein Kernpunkt des Plans war die absolute Gleichberechtigung Deutschlands und Frankreichs in der neuen Organisation, die einerseits das deutsche Streben nach Wiedereingliederung in die Staatengemeinschaft und andererseits das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigen würde. Monnet ließ keinen Zweifel daran, dass die Lösung des deutsch-französischen Konflikts im Zentrum seines Projekts stand, doch sollte es allen europäischen Staaten offenstehen, der neuen Organisation beizutreten. Sein Konzept zeigte eine klare Verwandtschaft mit den technokratischen Rezepten, die er nach 1945 in der französischen Innenpolitik in Form seiner Modernisierungsstrategie angewandt hatte: Wichtige Kompetenzbereiche sollten dem Zugriff der Politiker entzogen und künftig von Experten verwaltet werden, wie im Falle Frankreichs von der Planbehörde und in der kommenden europäischen Organisation von der «Hohen Autorität», die mit Gesetzgebungskompetenz ausgestattet war. Ebenso wie im innerfranzösischen Rahmen suchte Monnet auf europäischer Ebene eine organisierte Marktwirtschaft zu fördern, die einerseits Elemente der (über)staatlichen Steuerung und Regulierung enthielt und andererseits die Leitideen des freien Wettbewerbs und der unternehmerischen Initiative hochhielt. ⁶⁴ Gleichzeitig sollte die neu zu schaffende Gemeinschaft handfeste französische wirtschaftliche Interessen bedienen, indem sie die Kohle- und

Kokszufuhr der französischen Stahlindustrie sicherstellte. Diese sollte sich angesichts der Konkurrenz innerhalb eines gemeinschaftlichen Markts zugleich zur Innovation und Modernisierung aufschwingen, um nicht – wie vor dem Krieg – ins Hintertreffen zu geraten.⁶⁵ Jean Monnet gelang es, den französischen Außenminister Robert Schuman von seiner Idee zu begeistern, so dass dieser sie erfolgreich der Bonner Regierung unterbreitete und vom französischen Ministerrat absegnen ließ. Am 9. Mai 1950 stellte der Außenminister der Presse das fortan «Schuman-Plan» genannte Projekt einer europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft (EGKS) vor, dem sich neben Deutschland und Frankreich auch Italien und die Benelux-Länder anschlossen.

Die Verhandlungen darüber hatten gerade begonnen, als sich mit der Frage der deutschen Wiederbewaffnung ein neues, drängendes Problem für die Gestaltung Europas stellte: Den internationalen Hintergrund bildete der Angriff des kommunistischen Nordkorea auf das von den USA protegierte Südkorea, womit ein Konflikt ausgelöst wurde, in dem sich die beiden Lager des Kalten Kriegs einander gegenüberstanden. Daraufhin verbreitete sich die Befürchtung, dass sich die Lage Europas analog entwickeln könne und die Sowjetunion die Einverleibung Westdeutschlands in ihren Machtbereich gewaltsam durchsetzen würde. Der westdeutsche Teilstaat verfügte allerdings über keine eigenen Streitkräfte und trug somit nicht zu seiner Verteidigung bei. Unter diesen Vorzeichen forderten amerikanische und britische Politiker immer drängender die Aufstellung westdeutscher militärischer Einheiten im Rahmen der atlantischen Allianz. Diese Forderung rührte aber an ein Tabu der französischen politischen Öffentlichkeit, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands nur wenige Jahre nach Ende der Besatzungszeit für undenkbar hielt.

Jean Monnet erschien die Schaffung einer deutschen Armee insbesondere deshalb bedenklich, weil sie in seinen Augen den Schuman-Plan zu zerstören drohte. Denn indem man dem Nachbarland wieder die militärischen Machtmittel eines souveränen Staates in die Hand gab, gefährdete man seine europäische Einbettung und riskierte seine erneute Sonderentwicklung. Andererseits machte sich aber Monnet keine Illusionen darüber, dass die USA die deutsche Wiederbewaffnung auch gegen Frankreichs Widerspruch durchsetzen würden. Anstatt diese also zu verhindern, müsse sie so gestaltet werden, dass sie dem Ziel der europäischen Einigung förderlich sein würde. Die Umstände, so Monnet, zwangen dazu, auf dem Weg zu einer europäischen Föderation «die Etappen zu überspringen»:⁶⁶ Eine gemeinsame Verteidigung und damit ein politisches Europa mussten nun umgehend geschaffen werden, statt am Ende eines schrittweisen Integra-

tionsprozesses zu stehen. Vor diesem Hintergrund entwickelte Monnet das Projekt einer «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» (EVG), welches die Ideen und Methoden des Schuman-Plans auf das Problem der deutschen Wiederbewaffnung übertrug. Deutsche Soldaten sollten im Rahmen einer europäischen Armee aufgestellt werden, die einer gemeinsamen Führung, Planung, Ausrüstung und Finanzierung unterstehen würde. Erneut gelang es Monnet, die politische Führung (in diesem Falle den Ministerpräsidenten René Pleven) für sein Projekt zu gewinnen, so dass dieses im Oktober 1950 von der französischen Regierung den europäischen Partnern unterbreitet und von diesen positiv aufgenommen wurde. Die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verhiess, verschiedene Interessen der französischen Außenpolitik gleichzeitig zu bedienen: Sie ermöglichte eine erhöhte Kontrolle über das Nachbarland, da dessen Wiederbewaffnung im Rahmen einer von Frankreich angeführten Verteidigungsgemeinschaft stattfinden würde. Zugleich versprach das Projekt, die eigene Sicherheit gegenüber der Sowjetunion zu erhöhen, indem die Bundesrepublik in die Verteidigung Westeuropas integriert wurde. Und schließlich bedeutete die EVG einen Fortschritt in der europäischen Integration, die als Garant des Friedens ebenso wie der Einhegung Deutschlands verstanden wurde.⁶⁷

Mitten in den Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft änderten sich indessen die Parameter der französischen Innenpolitik: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 17. Juni 1951 trat der von de Gaulle ins Leben gerufene «Rassemblement du peuple français» (RPF) zum ersten Mal bei einer nationalen Parlamentswahl an, erzielte 21,93 Prozent der Stimmen und konnte 121 Mandate erringen. Die RPF-Abgeordneten waren ganz auf de Gaulles Linie eingeschworen, der die europäische Integrationspolitik Monnets als Ausdruck der «Schwäche» der Vierten Republik brandmarkte und in dem Prinzip der Supranationalität nichts anderes als die Abdankung der französischen Nation vor den USA und ihrer westdeutschen «Kolonie» erblicken konnte. Hingegen verlor der christdemokratische Mouvement républicain populaire (MRP), die Partei Robert Schumans und der entschiedensten Befürworter der europäischen Integration, die Hälfte seiner Wähler und ein Drittel seiner Mandate.

Fortan standen die Verfechter der europäischen Integration in der Nationalversammlung einer gaullistisch-kommunistisch angeführten Fundamentalopposition gegenüber: Im Mittelpunkt von deren Gedankenwelt stand stets das Festhalten an der nationalen Souveränität, die für sie unantastbar und unveräußerbar war. Nachdem der Vertrag über die Europäi-

sche Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 1. April 1952 von der Nationalversammlung mit einer klaren Mehrheit verabschiedet worden war, konzentrierte sich die kommunistisch-gaullistische Propaganda umso stärker auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Da sich das Projekt in Gestalt der Armee auf ein zentrales Attribut der Staatssouveränität bezog, eignete es sich weitaus besser als der Schuman-Plan dafür, die nationalistischen Argumente der Integrationsgegner zu schärfen. Auch reichte die Skepsis gegenüber dem Projekt über den RPF und den PCF hinaus ins Lager der Regierungsparteien und erfasste insbesondere Politiker der «Radikalen», der Sozialisten sowie der gemäßigten Rechten. Zahlreiche Politiker nahmen daran Anstoß, dass die EVG die französische Armee in zwei Teile spaltete, da die in Übersee stationierten Streitkräfte nicht zur europäischen Armee gehören sollten. Denn so werde nicht nur ein Keil in die französische Armee getrieben; auch berücksichtige die EVG nicht die wahre militärische Stärke des eigenen Landes im Vergleich zu den künftigen deutschen Streitkräften. Auf diese Weise wurde die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zur großen Kontroverse der Vierten Republik, ähnlich wie es die Dreyfus-Affäre für die frühe und das Münchner Abkommen für die späte Dritte Republik gewesen waren. Die Gegner der EVG erhoben nicht nur ihren prinzipiellen Widerspruch gegen die Idee einer supranationalen Armee; manche brachten auch schrille antideutsche Töne in die Diskussion ein, indem sie das Schreckgespenst eines wiedererstehenden, expansiven deutschen Militarismus an die Wand malten. Die deutsche Wiederbewaffnung könne verhindert werden, so argumentierten zahlreiche EVG-Gegner, indem man mit der Sowjetunion über den künftigen Status Deutschlands als entmilitarisierten, neutralen Staat verhandelte.⁶⁸

Nachdem der Vertrag über die EVG am 27. Mai 1952 unterzeichnet worden war, begann nun die Debatte um seine Ratifizierung durch die Nationalversammlung. Angesichts einer lautstarken Opposition zögerten mehrere Regierungen, den Kampf für ein positives Votum des Parlaments aufzunehmen, und warteten auf günstigere Umstände. Im Laufe des Jahres 1953 hatten alle anderen Vertragspartner den Text ratifiziert, so dass Frankreich nicht mehr länger warten konnte. Es oblag dem Ministerpräsidenten Pierre Mendès France, einem Angehörigen der «Radikalen», den EVG-Vertrag im Sommer 1954 der Nationalversammlung vorzulegen. Man hätte sich eine geeignetere Regierung vorstellen können, um die Zustimmung des Parlaments zu erzielen. Denn zum einen war Mendès France selbst nicht überzeugt von dem Projekt, umgab sich in seinem engsten Beraterkreis mit dezidierten Opponenten gegen die EVG und hatte eine

Regierung gebildet, die Befürworter wie Gegner des Projekts vereinte. Zum anderen hatte sich der Ministerpräsident andere Prioritäten als die Durchsetzung der EVG gesetzt: Er wollte den Krieg in Indochina beenden sowie weitere Unruheherde im Empire bekämpfen. So teilte Mendès France am 24. August 1954 mit, dass er keine Position zur Ratifizierung der EVG beziehe und das Schicksal seiner Regierung nicht vom Parlamentsvotum abhängen werde – eine merkwürdige Position aus dem Munde eines Regierungschefs, der sich die Stärkung der Exekutive auf die Fahne geschrieben hatte.⁶⁹ Kurz vor der Abstimmung beschwor General de Gaulle erneut die Abgeordneten, den Untergang der Nation abzuwenden und die Unabhängigkeit Frankreichs zu retten: «Die Verschwörung, die Frankreich seiner Souveränität beschneiden, ihm seine Armee wegnehmen und es von seinen Überseebesitzungen trennen will, steht angesichts der nationalen Ablehnung vor dem Scheitern.»⁷⁰ Und der greise Edouard Herriot, einstiger Ministerpräsident und historische Figur der «Radikalen», erinnerte an den für ihn unauflöslichen deutsch-französischen Antagonismus, appellierte an das Misstrauen gegenüber dem Nachbarland und bezeichnete die EVG als das «Ende Frankreichs».⁷¹

Am 30. August 1954 lehnte die Nationalversammlung den EVG-Vertrag mit 319 gegen 263 Stimmen ab und beerdigte damit ein Vorhaben, das dem europäischen Einigungsprozess umgehend eine politische Dynamik verliehen und mit der Schaffung einer gemeinsamen Armee an einen Punkt gebracht hätte, der in den folgenden Jahrzehnten nie erreicht werden würde. Anhand der heftigen und mehrjährigen EVG-Debatte lassen sich die Konfliktlinien sichtbar machen, die innerhalb der französischen politischen Öffentlichkeit um die europäische Integration entstanden und die bis heute wiederzufinden sind. Einerseits stellt sich Frankreich als das Land dar, aus dem die Leitideen der europäischen Integration hervorgingen. Hier konnten mit Jean Monnet und seinem Umkreis Gestalten Einfluss ausüben, welche die unbeschränkte nationale Souveränität in der interdependenten Welt der Nachkriegszeit für überholt hielten und mit Weitblick auf ein Europa jenseits des Nationalstaats hinwirkten. Andererseits aber offenbarte der Widerstand gegen die EVG ein anderes Frankreich, das von einem Nationalismus rechter und linker Couleur gekennzeichnet war und das an Ideen wie der «Größe», der Unabhängigkeit und der umfassenden Souveränität des Landes festhielt. Mit diesen beiden gegensätzlichen Haltungen zur europäischen Integration korrespondierte auch eine unterschiedliche Einstellung zum deutschen Nachbarland: Während die Befürworter der europäischen Einigung in aller Regel eine enge Partnerschaft mit Westdeutschland anstrebten, überwog bei linken wie

rechten Nationalisten das Misstrauen, oft auch der Argwohn gegenüber einem Nachbarn, dessen Aggressivität sie unvermindert fürchteten. Pierre Mendès France schließlich kann als beispielhaft für solche französische Politiker gelten, die weder den Protagonisten noch den Gegnern der europäischen Einigung zuzurechnen sind und die ihre Position nicht aus Prinzipien ableiteten, sondern der Situation anpassten.

Aus dem Scheitern der EVG zog Jean Monnet die Konsequenz, dass die Parlamentarier der europäischen Staaten besser auf Entscheidungen solcher Tragweite vorbereitet werden mussten. Diese sollten sich nicht mehr als Bremser, sondern als Triebkräfte der europäischen Einigung erweisen. Man müsse, so Monnet, die Träger der «Souveränität dazu bringen, dass sie die Souveränität abgeben».⁷² Er trat von seinem Amt als erstem Präsidenten der «Hohen Autorität» der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zurück, um sich einem neuen Projekt zu widmen: Parteien und Gewerkschaften der sechs Mitgliedstaaten lud er ein, in einem neugegründeten «Comité d'Action pour les Etats-Unis d'Europe» mitzuwirken.⁷³ Das Comité verstand er als Netzwerk, Ideenfabrik und Lobby zugleich, aus dem gemeinsame Positionen zur Zukunft der europäischen Einigung hervorgehen sollten. Eine wichtige Rolle spielten das neue Forum und sein Gründer dabei, die deutsche Sozialdemokratie zu einer konstruktiven Haltung gegenüber der europäischen Integration zu bewegen. So arbeiteten seit 1955 Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner als Vertreter der SPD in Monnets Comité mit, was wiederum die französischen Sozialisten darin bestärkte, ihre innere Spaltung über die EVG zu überwinden und gemeinsam neue Integrationsschritte zu unterstützen. Auf diese Weise war das transnationale Netzwerk des Monnet-Comités ein wichtiger Akteur bei der Vorbereitung und Ratifizierung der 1957 unterzeichneten Römischen Verträge, die den Einigungsprozess wieder in wirtschaftlichen Bahnen lenkten.⁷⁴

Ausgangspunkte des Vertragswerks waren einerseits Jean Monnets Vorschlag, die Atomenergiewirtschaft analog zu den Zielen und Institutionen der EGKS gemeinschaftlich zu organisieren, und andererseits das von den Niederlanden vorangetriebene Projekt eines europäischen Binnenmarkts. Auf der Konferenz von Messina (1955) beschlossen die sechs EGKS-Mitgliedsstaaten, beide Pläne weiterzuverfolgen und beauftragten den belgischen Politiker Paul-Henri Spaak mit ihrer näheren Ausarbeitung. In der Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Vertragswerks erwies sich Frankreich als äußerst schwieriger Verhandlungspartner, war doch die Skepsis gegenüber einer Liberalisierung des Handels hier besonders ausgeprägt. Auch mobilisierten erneut die nationalistischen Kräfte

gegen eine Vertiefung der europäischen Integration. Michel Debré, ein gaullistischer Parlamentsabgeordneter und späterer Premierminister, warf Paul-Henri Spaak vor, er schaufele «im Solde der Mythologen, der Amerikaner und der Deutschen Tag für Tag das Grab Frankreichs». ⁷⁵ Zahlreiche innenpolitische Akteure nahmen den Binnenmarkt nur in Kauf, um die Atomgemeinschaft (Euratom) und damit den Technologietransfer aus anderen europäischen Ländern zu erzielen. ⁷⁶

Ein weiteres Argument für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war, dass sie – anders als die EVG – eine Konsolidierung des Empire versprach. Insofern bot das Projekt nicht nur die Chance, Sicherheit und Wohlstand in Europa zu fördern, sondern auch den französischen Überseebesitz in ein neues, modernes Stadium zu überführen. ⁷⁷ Denn der Vertrag sah die «Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete» vor, die von den Vorteilen des Gemeinsamen Markts profitieren und zollfrei Waren in die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft exportieren durften. ⁷⁸ Guy Mollet, der als französischer Ministerpräsident wesentlich am Zustandekommen der EWG beteiligt war, verstand sie in ihrer supranationalen, föderalen Ausrichtung als die zeitgemäße Organisationsform moderner Staaten in einer interdependenten Welt. Erweitert auf Frankreichs Überseebesitzungen bot sich die Gelegenheit, den drängenden Selbstständigkeitsbestrebungen in Afrika eine neue Zukunftschance jenseits der Alternativen von kolonialer Abhängigkeit und nationaler Befreiung zu bieten. «Indem wir unseren überseeischen Bevölkerungen die umfassende Perspektive einer Union mit Europa eröffnen und ihnen erlauben, durch unsere Vermittlung in dieses riesige Ensemble einzutreten, können wir unseren Einfluss am besten aufrechterhalten», so äußerte Mollet am 22. Januar 1957 vor der Deputiertenkammer. ⁷⁹ Anstatt einem nicht mehr zeitgemäßen Ideal nationaler Souveränität anzuhängen und ihre Loslösung von Frankreich anzustreben, sollten Frankreichs Überseebesitzungen sich in eine «eurafrikanische» Föderation einbetten, von den Entwicklungschancen eines internationalen Markts profitieren und Selbstbestimmungsrechte innerhalb eines großen, transkontinentalen Ensembles wahrnehmen. ⁸⁰ Aus dieser Perspektive erschien die europäische Integration wie die Ultima Ratio eines in seiner Existenz bedrohten französischen Überseereiches.

12. Die Auflösung des französischen Empires

Der 8. Mai 1945 war für Frankreich nicht nur der Tag der Befreiung von der deutschen Besatzung und des Kriegsendes in Europa. Er war gleichzeitig auch der Tag, der das Ende einer Epoche der französischen Geschichte einläutete, nämlich der Zeit der Kolonialherrschaft. Für den 8. Mai 1945 hatten in Algerien anticolonialistische Organisationen wie die «Amis du Manifeste et de la Liberté» (AML) zu Demonstrationen aufgerufen. Sie sollten dem Emanzipationswillen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit Ausdruck verleihen und der Kolonialmacht sichtbar machen, dass die Indigenen hohe Erwartungen in das Ende des Krieges setzten. In der kabyliischen Stadt Sétif entglitt den französischen Sicherheitskräften die Situation: Als ein Demonstrant entgegen einem Verbot die Fahne der algerischen Unabhängigkeitsbewegung schwenkte, wurde er niedergeschossen. Daraufhin kam es zu einem Ausbruch der Gewalt, bei dem europäische Siedler, Beamte und Soldaten getötet wurden. Die Unruhen griffen auf andere Ortschaften der Kabylei über; es kam zu wahllosen Tötungen, Plünderungen und Vergewaltigungen. Die Repression seitens der Kolonialmacht ließ nicht lange auf sich warten: Eine umgehend gebildete «Bürgerwehr» übte ihrerseits Massaker an der muslimischen Bevölkerung, während das Militär mit Bomben- und Artillerieangriffen, standrechtlichen Erschießungen und massenhaften Verhaftungen die Aufstände niederschlug. Die Opferbilanz der Unruhen machte die Unverhältnismäßigkeit der Repression sichtbar: Auf Seiten der europäischen Siedler und der Sicherheitskräfte waren 102 Tote und 110 Verletzte zu beklagen, während Tausende Indigene (Schätzungen reichen von 3000 bis 45 000) der Vergeltung zum Opfer fielen.¹

Mit dem 8. Mai 1945 endete somit eine jahrzehntelange Phase der scheinbaren Ruhe in Algerien. Die Unruhen zeigten, dass sich während des Zweiten Weltkriegs die gesellschaftliche Lage in Nordafrika fundamental verändert hatte. Verschiedene Gründe sind hierfür zu nennen: So waren zahlreiche Indigene in die Armee der «France libre» eingetreten, hatten dort ihr Leben für die Befreiung Frankreichs riskiert und erwarteten nun ihrerseits eine Befreiung von ihrem Status als «Untertanen» Frankreichs ohne jegliche Bürgerrechte. Einen weiteren wichtigen Faktor bildete die anglo-amerikanische Besatzung seit der Operation «Torch» im November 1942, erweckte diese doch die Erwartung, dass Nordafrika nach Kriegsende nicht mehr unter französische Kolonialherrschaft zurückkehren, sondern die Besatzer schon für die Unabhängigkeit Algeriens, Tunesiens und

Marokkos sorgen würden. Die kritische Haltung der USA und insbesondere ihres Präsidenten Roosevelt gegenüber der französischen Kolonialherrschaft war bekannt, so dass die amerikanische Präsenz ermutigend auf die antikolonialistische Bewegung wirkte. Hinzu kam die Gründung der UNO im Oktober 1945, die in ihrer Charta das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert und die «Selbstregierung» der Kolonien gefordert hatte.

Dem provisorischen Regierungschef Charles de Gaulle war bewusst, dass der französische Kolonialismus internationaler Kritik ausgesetzt war. Wenn Frankreich wieder eine Großmacht werden wollte, musste es – so seine Analyse – das Verhältnis zu seinen Kolonien grundlegend ändern, ohne jedoch den Forderungen nach Unabhängigkeit nachzugeben. Im Januar 1944 hatte er in Brazzaville eine Konferenz einberufen, um mit den Gouverneuren der afrikanischen Kolonien, hohen Beamten und Mitgliedern der Konsultativversammlung über ein neues Verhältnis zwischen Metropole und Kolonien nachzudenken. Die «Conférence africaine française» begann mit einer feierlichen Ansprache de Gaulles, in der er zunächst daran erinnerte, dass es im Zweiten Weltkrieg um nichts weniger als die «Lebensbedingungen des Menschen» ginge. Kein anderes Land als Frankreich sei mehr dazu bestimmt, die Menschen «schrittweise zu den Gipfeln der Würde und der Brüderlichkeit» hinzuführen. Seine Pflicht sei es, die Kolonisierten so zu fördern, dass sie eines Tages «an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten teilhaben» könnten.²

Wie dies geschehen sollte, darüber aber konnte die Konferenz zu keinen kohärenten Schlüssen kommen. Man proklamierte die Idee einer «Föderation» zwischen Mutterland und Kolonien, blieb aber eine Antwort schuldig, was damit eigentlich gemeint war. Denn in ihrem Schlusskommuniqué wandte sich die Konferenz gegen «die Ausprägung eines *self-government* in den Kolonien selbst in ferner Zukunft».³ Die Idee der Autonomie sei nicht zu vereinbaren mit den «Zielen des zivilisatorischen Werks, das Frankreich in seinen Kolonien» vollbracht habe. Die Verlautbarungen der Konferenz waren somit in sich widersprüchlich: Wie sollte sich eine «Föderation» mit dem Überseereich verwirklichen lassen, wenn man dessen Territorien keine Selbstregierung zugestehen wollte? Wenn also jegliche koloniale Autonomie auszuschließen war, konnte man den Indigenen nur in Aussicht stellen, sie im Sinne der Idee der «Assimilation» langsam an die Privilegien der französischen Staatsbürgerschaft heranzuführen. Dieses Konzept konnte allerdings weder die dringenden Emanzipationsforderungen der Kolonisierten befriedigen, noch wirkte es glaubwürdig und realisierbar, hätte es doch im Ergebnis dazu geführt, dass die

Bürger der Metropole gegenüber denjenigen des Kolonialreichs eine Minderheit gebildet hätten. Auch blieben in der Folge der Brazzaville-Konferenz jegliche ernsthafte Versuche aus, die «Assimilation» der Indigenen entschlossen voranzutreiben. Eine Verordnung der provisorischen Regierung vom 7. März 1944 machte 70 000 algerische Muslime zu Staatsbürgern; eine Maßnahme, die in Anbetracht der seit 1900 auf sieben Millionen angewachsenen indigenen Bevölkerung Algeriens völlig unzureichend wirkte. Vor diesem Hintergrund ging Frankreich, was sein Überseeereich anbelangte, ohne jegliche politische Strategie in die Nachkriegszeit: Sein Verlust sollte unbedingt vermieden werden, aber niemand wusste, wie man es unter drastisch veränderten Umständen bewahren sollte.

Die Verfassung von 1946 spiegelte diese Ratlosigkeit wider, indem das Empire in eine «Union française» verwandelt wurde, «gegründet auf gleiche Rechte und Pflichten, ohne Unterschied von Rasse und Religion».⁴ Doch verbarg sich hinter diesem Bekenntnis zur Gleichheit eine kaum veränderte Realität der Ungleichheit: Zwar erhielten die Indigenen die «Bürgerschaft der Union», die aber keineswegs die gleichen politischen Rechte beinhaltete wie die französische Staatsbürgerschaft. So wählten sie Vertreter in die parlamentarische Versammlung der Union française, die aber lediglich beratende Funktionen hatte. Alle politischen Entscheidungen wurden weiterhin zentralistisch von den staatlichen Organen in Paris ohne Einbeziehung der betroffenen Kolonialbevölkerung gefällt. Die Trennung zwischen Nation und Empire, zwischen einer Metropole gleichberechtigter politischer Partizipation und einer außereuropäischen Peripherie der Fremdbestimmung blieb kaum vermindert bestehen. Immerhin konnten die Interessenvertreter Afrikas in der Nationalversammlung einige wichtige legislative Reformen durchsetzen: So wurde 1946 das verhasste Indigenat abgeschafft, das den staatlichen Autoritäten eine Reihe von Sonderrechten zur Disziplinierung der Kolonialbevölkerung eingeräumt hatte. Und im gleichen Jahr wurde mit der Zwangsarbeit ein zentrales Element der kolonialen Ausbeutung verboten.⁵ Doch als die Union française aus der Taufe gehoben wurde, hatte ihre Desintegration mit dem Krieg in Indochina bereits begonnen.

Indochina

In der französischen kollektiven Vorstellungswelt galt das aus Cochinchina, Annam, Tonkin, Kambodscha und Laos bestehende Indochina stets als das «Glanzstück» des Empires. Nicht nur verfügte es über ein reiches geschichtliches und kulturelles Erbe, auch war es aufgrund seiner natürlichen Reichtümer wie Kautschuk, Hölzer, Salz, Reis und Opium von be-

trächtlichem wirtschaftlichen Wert. Zwar handelte es sich um keine Siedlungskolonie wie Algerien, doch waren immerhin ca. 40 000 Franzosen aus dem Mutterland als Verwaltungsbeamte, Militärs, Pflanzer von Kautschukplantagen und Geschäftsleute permanent in Indochina ansässig. Gleichzeitig aber führten die südostasiatischen Besitzungen exemplarisch vor Augen, wie der Kolonialismus zur Ausbeutung der indigenen Bevölkerung führte. So behielt sich die Metropole das Handelsmonopol für Güter wie Salz, Reis und Alkohol vor und verpflichtete die Einheimischen zu hohen Abgaben. Auch wurden diese zur Zwangsarbeit in den Kautschukplantagen rekrutiert, wo sie sich unter unwürdigen, oft lebensbedrohlichen Bedingungen für die Unternehmer aus dem Mutterland verdingen mussten. Diese Umstände trugen dazu bei, dass sich in Indochina und insbesondere in Vietnam (Oberbegriff für Cochinchina, Annam und Tonkin) eine der am besten organisierten nationalistischen Bewegungen ausbildete, die sich sowohl auf die Traditionen einstiger Selbstständigkeit als auf den Marxismus als Ideologie der Befreiung stützte. So gründete sich 1941 in Hanoi der «Viet Minh» als breite Koalition aller für die Unabhängigkeit Vietnams Eintretender Kräfte. Die führende Strömung innerhalb dieser Liga war die von Ho Chi Minh 1930 gegründete Kommunistische Partei Indochinas.

Im Zweiten Weltkrieg hatte Japan – geleitet von dem Ziel eines japanisch-asiatischen Großreichs – über weite Teile Südostasiens seine Vorherrschaft etabliert. Während Territorien des britischen Empires wie Burma und Thailand von japanischen Truppen unterworfen und regiert wurden, begnügte sich Japan in Indochina mit einer informellen Hegemonie, die es ihm erlaubte, die französische Kolonie als militärischen Stützpunkt zu benutzen.⁶ Erst nach dem Untergang der Vichy-Regierung besetzten im März 1945 japanische Truppen ganz Indochina, erklärten die französische Souveränität für beendet und setzten Bao Dai, das Oberhaupt der königlichen Familie Vietnams, als Kaiser von Japans Gnaden ein. Bei der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 kamen die «Großen Drei» (Frankreich war bekanntlich nicht dabei) überein, dass nach der Niederwerfung Japans von Norden aus China, von Süden aus Großbritannien nach Indochina eindringen und dort eine vorläufige Verwaltung etablieren sollten.

Um den gefährdeten Überseebesitz in Südostasien zurückzugewinnen, schickte der provisorische Regierungschef Charles de Gaulle französische Truppen nach Indochina. Frankreich schloss sich so dem Kampf für die «Rekolonisation» Südostasiens an, den Großbritannien und die Niederlande im gleichen Zeitraum begonnen hatten.⁷ An die Spitze des Expeditionskorps stellte er in der Person des Generals Leclerc einen lebenden

Mythos, der als Befreier von Paris und Straßburg einmütig verehrt wurde. «Gestern Straßburg, morgen Saigon» – mit diesem Slogan warb die Armee um Freiwillige für das Korps und stellte somit die Expedition nach Südostasien in die Tradition der Befreiung Frankreichs. Als Leclerc mit seinen Soldaten schließlich Anfang Oktober 1945 in Indochina landete, hatten sich die Lage und damit sein Auftrag fundamental verändert. Denn Japan hatte kapituliert, woraufhin die Nationalbewegungen in Vietnam, Laos und Kambodscha das Machtvakuum genutzt hatten, um die Unabhängigkeit ihrer Territorien zu erklären. Das Expeditionskorps musste nun nicht mehr einen Besatzer bekämpfen, sondern gegenüber indigenen Selbstständigkeitsansprüchen die Vormachtstellung der Kolonialmacht wiederherstellen.

Die französische Vorherrschaft in Laos, Kambodscha und Cochinchina konnte Leclerc innerhalb weniger Monate wieder etablieren, während sich in Annam und Tonkin die von Ho Chi Minh gegründete «Demokratische Republik Vietnams» behauptete. Für Leclerc bestand kein Zweifel daran, dass der Konflikt militärisch nicht zu beenden war und Frankreich mit dem Führer der vietnamesischen Nationalbewegung eine Verhandlungslösung finden musste, die voraussichtlich auf eine weitgehende Selbstständigkeit Vietnams hinauslaufen würde. Am 6. März 1946 wurde vereinbart, dass Ho Chi Minh nach Frankreich kommen und die Modalitäten einer Autonomie Vietnams aushandeln sollte. Die darauffolgenden Ereignisse offenbarten die folgenschwere Inkohärenz der französischen Kolonialpolitik: Thierry d'Argenlieu, der von de Gaulle ernannte Hochkommissar Indochinas, war über Leclercs Vorgehen empört und sah in dessen Verhandlungswillen ein kolonialpolitisches «München».⁸ Die Abwesenheit Ho Chi Minhs, der zu Unterredungen nach Frankreich abgereist war, nutzte er, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Er ließ in Cochinchina eine auf die Kolonialmacht verpflichtete Republik ausrufen, verletzte damit die Vereinbarung vom 6. März 1946 und machte somit Frankreichs Verhandlungswillen unglaubwürdig. Von nun an übernahmen die kompromisslosen Verfechter der kolonialen Vorherrschaft Frankreichs über Indochina das Ruder und begannen die militärische Wiedereroberung Tonkins. Die Bombardierung der Hafenstadt Haiphong am 29. November 1946, bei der Tausende vietnamesischer Zivilisten ums Leben kamen, markierte den Beginn des Krieges, den Leclerc hatte verhindern wollen. Die Kehrtwende der französischen Indochinapolitik hatte zur Folge, dass die Nationalbewegung und ihr Führer Ho Chi Minh einen Verhandlungsweg in die Unabhängigkeit nunmehr für ausgeschlossen hielten, einen radikalen Kurs einschlugen und den bewaffneten Aufstand gegen die französische Kolonialherrschaft ausriefen.

Es begann nun ein asymmetrischer Krieg, in dem die erdrückende militärische Übermacht der Kolonisatoren einer mit Guerillataktiken vorgehenden Nationalbewegung gegenüberstand. Dieser gelang es, dem französischen Militär von einzelnen Rückzugslagern aus erfolgreich Widerstand zu leisten, so dass über Monate hinweg der Konflikt unentschieden blieb. Erst im Herbst 1949 kam es zu einer grundlegenden Veränderung der Machtverhältnisse, als Mao Zedong den Bürgerkrieg in China gewann und dort eine kommunistische Volksrepublik errichtete. Auf einmal war der Viet Minh nicht mehr eine isolierte antikolonialistische Bewegung, sondern konnte sich in Gestalt der Volksrepublik China auf einen mächtigen Verbündeten stützen, der ihm territorialen Rückhalt, Waffen und strategisches Wissen bereitstellte. Auf diese Weise gewann der Indochinakrieg eine neue Bedeutung, denn er war nun nicht mehr eine bloß lokale Auseinandersetzung zwischen Kolonisatoren und Indigenen, sondern zugleich Teil des globalen Konflikts zwischen dem kommunistischen und dem kapitalistischen Machtblock. Als 1950 der Koreakrieg ausbrach, wuchs das internationale Interesse an dem Konflikt in Indochina noch weiter, ging es doch in beiden asiatischen Territorien um die Vorherrschaft des einen oder des anderen Protagonisten des Kalten Kriegs.

Vor diesem Hintergrund änderte sich auch die amerikanische Haltung gegenüber Frankreichs südostasiatischem Engagement grundsätzlich: Vorbei waren die Zeiten, wo die USA den französischen Kolonialismus verurteilten und nationale Befreiungsbewegungen sich von ihnen ermutigt fühlten. Jetzt galt Frankreichs Bekämpfung des Viet Minh als unterstützungswerter Beitrag zur globalen Eindämmung (*containment*) des Kommunismus. Seit 1950 übernahmen die USA in stetig steigendem Ausmaß – bis hin zu 78 Prozent – die französischen Kriegskosten und wurden auf diese Weise indirekte Beteiligte des Indochinakonflikts.⁹ In diesem Zusammenhang verschwamm auch immer mehr das Kriegsziel des französischen militärischen Eingreifens, denn von einer Wiederherstellung früherer Verhältnisse konnte keine Rede mehr sein: Laos und Kambodscha wurden 1949/50 umgewandelt in mit Frankreich «assoziierte» quasi-unabhängige Staaten, während aus den Provinzen Annam und Cochinchina ein autonomes Vietnam unter Bao Dai gebildet wurde, das völlig von französischer Protektion abhängig war. Auf diese Weise sollte der Krieg «vietnamisiert» und die Last Frankreichs erleichtert werden, indem nämlich eine mehrere Zehntausend Mann starke indigene Armee den Kampf gegen den Viet Minh unterstützen sollte. Was Frankreich mit seinem Engagement eigentlich bezweckte, wusste niemand mehr schlüssig zu definieren.

Auch vermochte es die Regierung nicht, die öffentliche Meinung in Frankreich vom Sinn des Krieges zu überzeugen. Bereits 1949 sprachen sich bei einer Meinungsumfrage 49 Prozent der Befragten dafür aus, den Krieg zu beenden und die Unabhängigkeit Indochinas anzuerkennen. Zahlreiche Bürger nahmen an dem Krieg kaum Anteil, was sich auch dadurch erklären ließ, dass ein Großteil der dort eingesetzten Truppen aus Fremdenlegionären (darunter viele ehemalige deutsche Wehrmachtssoldaten und Angehörige der Waffen-SS) sowie kolonialen Hilfstruppen bestand.¹⁰ Aus dem Mutterland wurden nur Berufssoldaten nach Indochina entsandt; kein einziger Wehrpflichtiger kam je in diesem Krieg zum Einsatz. Bei einer Umfrage aus dem Jahre 1953 bekundeten nur 30 Prozent der Befragten, regelmäßig Nachrichten aus dem Indochinakrieg zu lesen. Die Versorgungslage, die materielle und soziale Sicherheit stellten alle anderen Fragen in den Hintergrund, so dass der Krieg im fernen Südostasien zu keinem Zeitpunkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses geriet. Auf die Frage, für welches politische Problem sie sich am meisten interessierten, antworteten im Jahre 1951, auf dem Höhepunkt des Konflikts, ein Drittel der Befragten: «Die Fleischpreise».¹¹

Eine Ausnahme bildete indessen das kommunistische Milieu, in dem der Indochinakrieg als Musterbeispiel des kapitalistischen Imperialismus verurteilt und der Viet Minh mit seinem charismatischen Führer Ho Chi Minh als Befreier eines unterdrückten Volks gefeiert wurden. Die Kommunisten kritisierten, dass Frankreich in Südostasien einen «schmutzigen Krieg» führte, in dem das Foltern von Gefangenen zur Regel gehörte und ungestraft Massaker an der Zivilbevölkerung verübt wurden. Zur Symbolfigur ihrer kriegsablehnenden Haltung erhob der PCF den Soldaten Henri Martin. Dieser hatte der kommunistischen Résistance angehört und war – wie zahlreiche Soldaten der Widerstandarmee – nach Indochina gegangen, in der Hoffnung, dort den japanischen Imperialismus bekämpfen zu können. Als der Konflikt eine antikommunistische Stoßrichtung annahm, verteilte er Flugblätter, in denen er seine Kameraden dazu aufrief, sich vom Krieg zu distanzieren. Ein Militärgericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Haft, woraufhin die Partei ihn zur Symbolfigur des antiimperialistischen Kampfes machte. Solidaritätskomitees, Demonstrationen, Straßenbenennungen und Theateraufführungen sollten die «Affäre Henri Martin» weithin bekannt machen. Darüber hinaus gelang es der Partei, eine große Zahl von Intellektuellen zu mobilisieren, wie etwa Jean Cocteau, Jacques Prévert, Vercors und Jean-Paul Sartre, der 1953 ein Buch über das Schicksal des inhaftierten Soldaten herausbrachte. Auch katholische Intellektuelle wandten sich im Zuge der Affäre vom französischen

Kolonialismus ab und prangerten die Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Krieges an. Zwar war der Aufruhr um Henri Martin keine neue Dreyfus-Affäre, wie manche kommunistische Autoren es sehen wollten, doch nahm er eine Konstellation vorweg, die während des Algerienkriegs besonders wirksam werden sollte: die Opposition linker wie christlicher Intellektueller gegen den Kolonialkrieg des eigenen Landes.¹²

Im Gegensatz zu anderen kolonialen oder postkolonialen Kriegen ging Indochina für Frankreich nicht aufgrund mangelnden Rückhalts in der Metropole verloren, sondern durch eine militärische Niederlage, die einer verfehlten Taktik geschuldet war. So hatte die französische Militärführung den Viet Minh zu einer finalen Schlacht um ein befestigtes Lager zwingen wollen, das man im Grenzgebiet zu Laos bei Dien Bien Phu angelegt hatte. Entgegen dem Kalkül des französischen Kommandos, das Dien Bien Phu für ein unbezwingbares «neues Verdun» gehalten hatte, gelang es dem Viet Minh in einer langen, verlustreichen Schlacht (13. März bis 7. Mai 1954), das befestigte Lager zu erobern. Über 8000 Viet Minh-Soldaten kamen dabei ums Leben, 2293 französische Soldaten fielen und über 10000 kamen in Gefangenschaft. Die verheerende Niederlage überzeugte auch die Zweifler in der Pariser politischen Führung, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen war, sondern auf dem Verhandlungsweg beendet werden musste.

Diesem Zwecke diente die im April 1954 einberufene Genfer Asienkonferenz, bei der China, die Sowjetunion, Großbritannien und die USA gemeinsam mit den kriegführenden Parteien Lösungen für den Korea- ebenso wie den Indochinakrieg finden wollten. Es oblag Pierre Mendès France, diese Unterredungen zu einem für Frankreich akzeptablen Ende zu führen. Als er am 18. Juni das Amt des Ministerpräsidenten antrat, schlug er der Nationalversammlung einen «Vertrag» vor: «In einem Monat werde ich wieder zu Ihnen zurückkehren, in der Hoffnung, eine ausgehandelte Vereinbarung in der Hand zu halten.»¹³ Die «Wette» des Regierungschefs ging auf: Am 21. Juli 1954 wurden die Waffenstillstandsvereinbarungen unterzeichnet, welche die volle Unabhängigkeit von Laos und Kambodscha sowie eines geteilten Vietnams vorsahen. Die Waffenstillstandslinie zur kommunistischen «Volksrepublik» wurde auf der Höhe des 17. Breitengrads gezogen; südlich davon sollte Bao Dai ein westorientiertes «Nationalvietnam» anführen. Innerhalb von zwei Jahren sollten gesamtvietnamesische Wahlen stattfinden, in deren Folge das Land wieder geeint würde.¹⁴

Mit diesem Ergebnis meinte Mendès France, den Krieg ehrbar beendet und gleichzeitig seinem Land noch einen signifikanten Einfluss auf Südostasien bewahrt zu haben. Dies änderte jedoch nichts daran, dass seitens

zahlreicher hoher französischer Offiziere ebenso wie antikolonialer Befreiungsbewegungen das Genfer Abkommen als der Anfang vom Ende des französischen Empires wahrgenommen wurde. Für die einen hatte die politische Führung vor der kommunistisch-nationalistischen Rebellion kapituliert; für die anderen hatte zum ersten Mal ein kolonisiertes Volk seinen Kolonialherren eine katastrophale militärische Niederlage zugefügt und sich seine Freiheit selbst erkämpft. Auf diese Weise wirkte der Ausgang des Indochinakriegs ermutigend auf die Unabhängigkeitsbewegungen in anderen Teilen des Empires und erschütternd auf die französischen Offiziere, die sich in ihren Möglichkeiten, die Integrität des Weltreichs zu schützen, beschnitten sahen.

Afrika und der Niedergang der kolonialen Ideologie

Nach einer in Frankreich tief verankerten Auffassung war die Auflösung des Empires vor allem in Indochina und Algerien mit exzessiver Gewalt verbunden, während sie im übrigen Afrika weitestgehend friedlich verlief. Doch tatsächlich gestaltete sich die Entwicklung des französischen Afrika nach den Massakern von Sétif vom 8. Mai 1945 keineswegs friedlich, vielmehr folgte ein Konflikt auf den anderen. Allerdings gerieten manche dieser Unruhen fast völlig in Vergessenheit und haben bis heute nicht ihren Platz im französischen Geschichtsbewusstsein gefunden. Ihr Ursprung war vielerorts der gleiche: Die Kolonisierten verlangten, nachdem sie ihren eigenen Beitrag zur Befreiung von der deutschen Besatzung geleistet hatten, ihren Eintritt in die politische Mündigkeit, zumal die Charta der Vereinten Nationen ihnen ihre Selbstbestimmung versprochen hatte. So kam es im März 1947 in Madagaskar zu einem Aufstand gegen die französische Kolonialherrschaft, der von der Unabhängigkeitsbewegung «Mouvement démocratique de la rénovation malgache» angeführt wurde. Wie bereits in Sétif reagierte die Kolonialmacht mit gnadenloser Repression, bei der eine nie geklärte Zahl von madagassischen Bürgern – Schätzungen schwanken zwischen 20 000 und 80 000 – ums Leben kamen. Die Brutalität, mit der Frankreich seine koloniale Autorität bewahrte, stieß auf heftige Kritik, unter anderen bei Albert Camus, der sein Land beschuldigte, «das zu tun, was wir den Nazis vorwarfen getan zu haben».¹⁵

Nur zwei Jahre später kam es in der Elfenbeinküste zu blutigen Konflikten, deren Ausgangspunkt ganz ähnlich war: Dort war 1946 unter dem Namen «Rassemblement démocratique africain» (RDA) eine mehrere kolonisierte Territorien übergreifende politische Bewegung gegründet worden, welche die politische Emanzipation des afrikanischen Kontinents anstrebte. An ihrer Spitze stand mit Félix Houphouët-Boigny ein charis-

matischer Politiker, der ein Abgeordnetenmandat in der französischen Nationalversammlung innehatte und mit den Kommunisten zusammenarbeitete. Der französischen Kolonialverwaltung erschien Houphouët-Boigny insofern zu gefährlich, als seine populäre Bewegung die indigene Bevölkerung für Unabhängigkeitsforderungen mobilisieren konnte. Im Jahre 1948 begann die Repression des RDA, in deren Zug auf Demonstranten geschossen wurde, die Bewegung verboten und Führungsfiguren wie Houphouët-Boigny verhaftet wurden. Nach dem Motto «Divide et impera» versuchte die Kolonialmacht, die indigene Bewegung zu spalten: Sie förderte die Gründung einer Frankreich freundlich gesonnenen Abspaltung vom RDA und wiegelte sie gegen die Unabhängigkeitsbefürworter auf. Nach Jahren der Schikanierung wechselte Houphouët-Boigny 1950 die Seiten, schwor dem Kommunismus ab und ließ sich auf eine Kooperation mit den Kolonisatoren ein. Was ihn dazu motivierte, bleibt unklar; es mag nicht zuletzt die Angst davor gewesen sein, dass der Konflikt in der Elfenbeinküste in grenzenloser Gewalt enden könne, wie es kurz zuvor in Madagaskar geschehen war.¹⁶

Die Massaker an der kolonialen Zivilbevölkerung nahm der aus Martinique stammende Intellektuelle und Politiker Aimé Césaire zum Anlass, eine ausgreifende Grundsatzkritik des französischen Kolonialismus zu veröffentlichen. «Zwischen Kolonisierung und Zivilisierung liegt ein riesiger Abstand», so hieß es in seinem 1950 veröffentlichten «Discours sur le colonialisme». «Mit allen kolonialen Expeditionen, allen elaborierten kolonialen Statuten, allen ministeriellen Verordnungen zusammengenommen ließe sich kein einziger menschlicher Wert je verwirklichen.» Die Kolonisierung führe dazu, den Kolonisator zu «entzivilisieren, ihn zu verrohen, in ihm verschüttete Instinkte, die Gier, die Gewalt zu wecken». Nicht nur zerstöre der Kolonialismus schrittweise die Werte der europäischen Zivilisation, auch führe er zur Vernichtung indigener Kulturen von unschätzbarem Reichtum. «Ich bekenne mich zur systematischen Verteidigung der vom Imperialismus zerstörten Gesellschaften», hieß es in seinem «Discours», der zu einem Manifest der afrikanischen Befreiungsbewegungen werden sollte.¹⁷ Aimé Césaire hatte in den 1930er Jahren gemeinsam mit dem senegalesischen Schriftsteller Léopold Sédar Senghor die Bewegung der «négritude» begründet, die den Bewohnern des schwarzen Kontinents den Stolz auf ihre eigenen Zivilisationen zurückgeben wollte. Das «Schwarz-Sein» sollte nicht mehr länger abgewertet, sondern als Grundlage einer afrikanischen Identität verstanden werden.¹⁸

Im gleichen Zeitraum veröffentlichte der Ethnologe Claude Lévi-Strauss mit seinem Buch «Rasse und Geschichte» eine umfassende Kritik

an den geistigen Fundamenten des Kolonialismus. Keine anthropologischen Befunde könnten, so Lévi-Strauss, die Aufteilung der Menschheit in höhere und niedere Rassen rechtfertigen. «Der Barbar ist zuallererst derjenige, der an die Barbarei glaubt.»¹⁹ Der Begriff der «Rasse» musste nach Auffassung des Ethnologen in die Geschichtsbücher verabschiedet werden; sinnvoll sei es dagegen, von einer unendlichen Diversität der menschlichen Kulturen zu sprechen. Diese, so Lévi-Strauss, dürften aber nicht nach der Richtschnur universeller Werte beurteilt und hierarchisiert werden, sondern hätten alle ihren Eigenwert. Er wandte sich vehement gegen den «Ethnozentrismus» Europas, in dessen Namen man andere Kulturen als defizitär bewertete und die eigene Zivilisation der gesamten Welt als Vorbild präsentierte. Die Vorreiterrolle Europas bei der Durchsetzung der modernen industrialisierten Welt habe indessen nichts mit einer etwaigen ethnisch-kulturellen Überlegenheit seiner Bewohner zu tun, sondern sei vielmehr das Ergebnis eher zufälliger Konstellationen, die auch auf anderen Kontinenten hätten auftreten können.

Nach dem politisch-zivilisatorischen Missionsauftrag und dem rassistisch-kulturellen Überlegenheitsglauben geriet im gleichen Zeitraum ein weiterer Grundpfeiler des kolonialen Denksystems ins Wanken, nämlich die Überzeugung, dass der Überseebesitz von wirtschaftlichem Nutzen war. Ab ca. 1955 begannen Unternehmer, Wissenschaftler und Journalisten die Frage aufzuwerfen, ob in der gegenwärtigen Zeit die Kolonien noch ein gutes Geschäft waren. Die Debatte über die Rentabilität des Empires entzündete sich an der Beobachtung, dass die Niederlande den Verlust ihrer Kolonie Indonesien ohne jegliche wirtschaftlichen Nachteile überstanden hatten und sogar ihren Wohlstand stetig vergrößerten. Anstatt sich auf den kolonialen Absatzmarkt zu verlassen, hatten die niederländischen Produzenten sich neue, europäische und amerikanische Märkte erschlossen; anstatt Millionen von Gulden in die Entwicklung Indonesiens zu stecken, war das Geld in die Modernisierung des Mutterlands geflossen. Diesen Befund übertrug man auf das französische Empire und argumentierte, dass sich die eigene Politik lieber auf die Verbesserung der noch unzureichenden Infrastruktur der Metropole konzentrieren sollte, als kostspielige Kolonialkriege zu führen und Überseeterritorien von zweifelhaftem Nutzen zu fördern.²⁰ Der Journalist Raymond Cartier, Chefredakteur der Illustrierten «Paris Match», fasste diese Überlegungen in eine Grundsatzkritik am französischen Kolonialismus, die unter dem Signet des *cartiérisme* Verbreitung fand. «In Schwarzafrika zahlt Frankreich für seine Gouverneure, Verwalter, Richter und Gendarmen», so schrieb Cartier 1956 in «Paris Match». «Die Gründe aber, die für die Verteidigung der kollektiven Übermacht des europäischen

Menschen, ja für die Aufrechterhaltung eines französischen Empire sprachen, sind verschwunden.»²¹

Die Bewertung des Kolonialbesitzes hatte sich also bei wichtigen Eliten des Landes fundamental verändert: Hatte zu Zeiten Jules Ferrys die Überseeexpansion für die Fortschrittlichkeit und Modernität des französischen Staates gestanden, erblickten nun Autoren wie Cartier in den Kolonien ein Sinnbild der Antiquiertheit, von dem sich Frankreich so schnell wie möglich lösen musste, wollte es weiterhin in der Liga der führenden europäischen Staaten mitspielen. Doch konnten solche Stimmen die Kolonialpolitik noch wenig prägen, bei deren Gestaltung zwei Akteursgruppen einen wichtigen Einfluss ausübten. Dies war einerseits das Militär, das gemeinsam mit der örtlichen Verwaltung das wichtigste Exekutivorgan der Kolonialpolitik vor Ort war und in seiner Reaktion auf Demonstrationen, seinem Umgang mit Befreiungsbewegungen und in der Auswahl seiner Gesprächspartner oft die Tonart der Pariser Politik vorwegnahm. Die in den afrikanischen Kolonien dienenden Militärs waren vielfach im Indochinakrieg gewesen, hatten die Niederlage als Trauma erlebt und wollten um jeden Preis die Integrität des französischen Afrika bewahren. Die andere prägende Akteursgruppe waren die Siedler vor Ort, die mit der Ausnahme Algeriens in keiner afrikanischen Kolonie mehr als 300 000 Menschen ausmachten, aber teilweise über wirtschaftliche Macht und einflussreiche Netzwerke im Mutterland verfügten, die ihr Interesse an der Bewahrung des Empires in der politischen Arena verteidigten.²²

Beispielhaft dafür, wie sich das französische Militär in einem kolonialen Konflikt fortschreitend verselbstständigen konnte, ist die Geschichte des Kamerun in den 1950er Jahren. Dort hatte die «Union des populations du Cameroun» (UPC) mit ihrem charismatischen Führer Ruben Um Nyobé an der Spitze im Frühjahr 1955 einen Aufstand für die Befreiung des Landes begonnen, der vom Militär massiv bekämpft wurde. Nach ihrem Verbot 1956 führte die UPC aus dem Untergrund den Kampf gegen die Kolonialherrschaft fort und fand nun in der Person Pierre Messmers, eines ehemaligen Indochinakämpfers und späteren Premierministers, einen Antagonisten von gnadenloser Härte. Bei der «Durchkämmung» und «Reinigung» des Landes von UPC-Kämpfern wurde Napalm eingesetzt, Hunderte von Menschen in Lagern interniert. Eine nie geklärte Zahl von Kamerunern – Schätzungen schwanken zwischen 40 000 und 90 000 – wurde bei der Repression des Aufstands umgebracht.²³ Das französische Militär erschoss Ruben Um Nyobé 1958; sein Nachfolger Félix-Roland Moumié fiel 1960 einem Attentat des französischen Geheimdienstes zum Opfer. An die Spitze des 1960 in die Unabhängigkeit entlassenen Kamerun

trat in der Person von Ahmadou Ahidjo ein Politiker, der versprach, die engen Bande mit der Kolonialmacht nicht aufzulösen und deren wirtschaftliche wie machtpolitische Interessen zu wahren. Danach tat man alles, um einen Schleier des Vergessens über den brutalen Krieg gegen die UPC zu legen.²⁴ Noch 2009 bezeichnete Premierminister François Fillon den Vorwurf, französische Truppen hätten an Erschießungen kamerunischer Antikolonialisten teilgenommen, als eine «reine Erfindung».²⁵

Unterdessen bildeten in den beiden nordafrikanischen Protektoraten Marokko und Tunesien die europäischen Siedler (266 000 in Marokko und 160 000 in Tunesien) eine wichtige Interessengruppe, die einen prägenden Einfluss auf die Politik der Metropole geltend machen konnte. In beiden Territorien stand den Siedlern ebenso wie der kolonialen Verwaltung eine gut strukturierte Selbstständigkeitsbewegung gegenüber, die aus der Schwächung der französischen Vorherrschaft während des Zweiten Weltkriegs Vorteile gewinnen wollte. Die Basis der Autonomiebewegungen war jedoch in den beiden Protektoraten sehr unterschiedlich: In Marokko bezog sie sich auf die Tradition der Scherifendynastie mit Sultan Mohammed ben Jussef an ihrer Spitze, der mit der Partei «Istiqlal» (Unabhängigkeit) paktierte. Gemeinsam traten sie für die Befreiung der arabischen Völker von der Fremdherrschaft ein und fanden im Islam eine Ressource für ihren antikolonialen Nationalismus. In Tunesien waren es indessen gut ausgebildete bürgerliche Eliten um Habib Bourguibas Partei «Neo-Destour» ebenso wie die Gewerkschaft «Union générale des travailleurs tunisiens» (UGTT), welche die Autonomiebestrebungen anführten. In beiden Territorien steuerte die französische Verwaltung ab 1950 auf Konfliktkurs gegenüber den Unabhängigkeitsbewegungen: Sowohl Istiqlal als auch Neo-Destour wurden verboten; es kam zu Unruhen und daraufhin zu harter Repression durch die französischen Autoritäten.²⁶

In Marokko machte die französische Protektoratsverwaltung mit berberischen Stammesfürsten gemeinsame Sache, um sich des unliebsamen Sultans Mohammed zu entledigen. 1953 wurde dieser auf Anstiftung der französischen Verwaltung von einer Notablenversammlung gestürzt und ins Exil zunächst nach Korsika, dann nach Madagaskar geschickt. Doch scheiterte der Versuch, der Unabhängigkeitsbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man ihr eine charismatische Identifikationsfigur entzog. Vielmehr heizte der Komplott mit den Rivalen des Sultans den Unmut gegen die französische Herrschaft weiter an. Auf die Initiative arabischer und asiatischer Staaten wurde Frankreichs Politik in Marokko sowie Tunesien auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung gesetzt, womit der Kolonialmacht sichtbar gemacht wurde, dass ihr Handeln von

der internationalen Gemeinschaft kritisch verfolgt wurde. Die Exilierung des Scherifen ließ sich nicht länger aufrechterhalten; der von Frankreich gestützte Ersatz-Sultan Ben Ararat erwies sich als unhaltbar. 1955 erkannte Frankreich die Legitimität Mohammeds wieder an und öffnete damit den Weg zur 1956 durchgesetzten Unabhängigkeit Marokkos.

In Tunesien hatte die Protektorsmacht die Chance verpasst, mit Bourguiba und seiner Néo-Destour einen kooperativen Übergang in die Unabhängigkeit auszuhandeln. Bourguiba wäre dazu bereit gewesen, war doch seine Partei «die am wenigsten fanatische von ganz Nordafrika, die am stärksten verwestlichte und die am tiefsten von französischer Kultur durchdrungene», wie ein zeitgenössischer Beobachter 1952 schrieb.²⁷ Doch die französischen Autoritäten reagierten mit Härte, als die Gewerkschaft UGTT zu Streiks aufrief. Bourguiba wurde verhaftet und auf diese Weise zu einem Symbol des missachteten Unabhängigkeitsstrebens, wie es der exilierte Mohammed für die Marokkaner war. Erst Ministerpräsident Pierre Mendès France brachte im Juli 1954 mit seiner Reise nach Tunis Bewegung in die starren Fronten, als er in einer Rede das Recht auf Selbstbestimmung anerkannte: «Der Entwicklungsgrad, zu dem das tunesische Volk vorgezogen ist – über den wir uns umso mehr freuen, als wir selbst in großem Ausmaße dazu beigetragen haben –, die bemerkenswerte Qualität seiner Eliten rechtfertigen es, dass dieses Volk zur Regelung seiner eigenen Angelegenheiten aufgerufen wird.»²⁸ 1955 wurde der freigelassene Bourguiba triumphal in Tunis empfangen; im März 1956 entließ Frankreich sein Protektorat in die Unabhängigkeit.

Das Drama um Algerien: Aufstand, Regimewechsel, Bürgerkrieg

Der Krieg, den Frankreich von 1954 bis 1962 in Algerien führte, kann einerseits als die gesteigerte Form der beschriebenen Dekolonisierungskonflikte mit allen ihren charakteristischen Merkmalen verstanden werden: Er führte auf musterhafte Weise den fatalen Kreislauf von gewaltsamen Aufständen, maßloser Repression und fortschreitender Radikalisierung vor Augen. Er zeigte die Armee als mitentscheidende Akteursgruppe, die in Schlüsselmomenten des Konflikts ausschlaggebenden Einfluss ausübte. Er machte deutlich, wie unentschieden, teils ratlos und widersprüchlich die politisch Verantwortlichen der Metropole auf das Unabhängigkeitsstreben der Algerier reagierten. Und schließlich wird anhand des Algerienkriegs erneut sichtbar, wie stark die Auflösung des französischen Empires in einen internationalen Kontext eingebettet war.

Andererseits aber unterscheidet sich der Algerienkrieg grundlegend von den gleichzeitig ausgetragenen Dekolonisierungskonflikten. Denn bei Alge-

rien handelte es sich nicht um ein Protektorat mit einem Anschein von Eigenstaatlichkeit, wie es Marokko, Tunesien, Kambodscha, Laos, Tonkin und Annam waren. Auch war es nicht ein weit abgechiedenes afrikanisches Territorium, an dem man in der Metropole kaum Anteil nahm. Algerien war staatsrechtlich nicht einmal eine Kolonie, sondern bestand aus drei Départements, die in den Augen der Staatsführung ebenso zum Mutterland gehörten wie Paris, die Bretagne und das Elsass.²⁹ Es war die Heimstatt einer Million sogenannter *pieds-noirs* («Schwarzfüße»); europäische Siedler, die sich als stolze französische Patrioten verstanden und die Algerien als ihre Heimat begriffen. Vor diesem Hintergrund wird erklärbar, dass man sich von staatlicher Seite weigerte, das Eingreifen der französischen Armee in Algerien als einen «Krieg» zu charakterisieren, fanden doch die bewaffneten Auseinandersetzungen nach dem vorherrschenden Verständnis innerhalb des Mutterlands statt. Offiziell war die Rede von «Maßnahmen zur Bewahrung der öffentlichen Ordnung». Und ebenso schwer fiel es den politischen Akteuren in Paris, die Realität einer algerischen Nationalbewegung anzuerkennen, unterstanden doch alle Bewohner der drei nordafrikanischen Départements der französischen Staatsgewalt.³⁰

Einzigartig ist der Algerienkrieg ebenso in seinen Ausmaßen, der hohen Anzahl von Kriegsoffern (ca. 25 000 auf Seiten der französischen Armee, ca. 400 000 seitens der algerischen Bevölkerung), der Alltäglichkeit von Brutalität, Terrorismus, Folter und Massakern. Kein anderer Dekolonisierungskonflikt beschäftigte in vergleichbarem Maße die politische Öffentlichkeit und rief Frankreichs Intellektuelle zur Parteinahme auf. Er führte zum Sturz eines politischen Systems und zur Schaffung der Fünften Republik, deren Verfassung bis heute Gültigkeit hat. Eine Million französischer Bürger verloren durch ihn ihre Heimat und wurden zur Umsiedlung ins Mutterland gezwungen. Er hinterließ traumatische, widerstreitende Erinnerungen, deren Versöhnung bis heute kaum möglich erscheint.³¹

Als die Feindseligkeiten 1954 ausbrachen, befand sich Algerien in einer Situation tiefer politischer, wirtschaftlicher und soziokultureller Ungleichheit. Was den politischen Bereich anbelangte, so war die muslimische Bevölkerung auf krasse Weise unterrepräsentiert. Bei den Wahlen ihrer Vertreter in der Pariser Nationalversammlung und in der algerischen Regionalversammlung wurden die knapp zehn Millionen Bewohner der drei Départements in zwei Wählerklassen aufgeteilt: Die erste umfasste eine Million Bürger europäischer Herkunft, die Juden Algeriens sowie ca. 60 000 «assimilierte» Muslime, während die zweite Wählerklasse aus den übrigen, knapp neun Millionen Muslimen bestand. Beide Klassen wählten

die jeweils gleiche Anzahl von Abgeordneten, was bedeutete, dass die Stimme eines europäischen Siedlers neun Mal so viel zählte wie die eines muslimischen Algeriers der zweiten Klasse. Die politisch-administrative Funktionseélite des nordafrikanischen Territoriums bestand ausschließlich aus Angehörigen der europäischen Führungsschicht.

Im wirtschaftlichen Sektor herrschte eine nicht weniger manifeste Ungleichheit, befanden sich doch die fruchtbarsten Ländereien Algeriens im Besitz der *pieds-noirs*. Unter diesen ragte eine Oligarchie von ca. 20 000 sogenannten «Colons» hervor, die über ca. 87 Prozent des von Europäern besessenen Landes verfügte und ihren Wohlstand insbesondere durch die Weinproduktion erwarb. Die Industrialisierung Algeriens war seit Kriegsende vorangeschritten, schuf aber fast ausschließlich für die europäische Bevölkerung Arbeitsplätze. Unterdessen betrieb die Mehrzahl der muslimischen Landbewohner agrarische Subsistenzwirtschaft und profitierte kaum von der dynamischen Entwicklung der von den Europäern dominierten Ökonomie: Das Durchschnittseinkommen eines muslimischen Algeriers war 28-mal niedriger als das eines *pieds-noir*.

Auch auf soziokultureller Ebene war die muslimische Bevölkerung stark benachteiligt gegenüber der Minderheit europäischer Siedler. In den 1950er Jahren gingen nicht mehr als 13 Prozent der muslimischen Kinder zur Grundschule. Städte und Gemeinden, in denen ausschließlich Muslime wohnten, waren im Hinblick auf administrative und kulturelle Dienstleistungen um ein Vielfaches schlechter versorgt als die von Europäern bewohnten Ortschaften. So gab es im Gebirgsmassiv des Aurès eine von Muslimen bewohnte Kleinstadt von 60 000 Einwohnern, die der französische Staat mit ganzen zwei Verwaltungsbeamten und sieben Gendarmen ausgestattet hatte. Das tägliche Leben von Muslimen und Europäern vollzog sich weitgehend in getrennten Sphären. Man frequentierte nicht die gleichen Stadtviertel, Cafés, Strände und Kultureinrichtungen. Dabei handelte es sich allerdings nicht um eine rechtlich verordnete Segregation wie im amerikanischen Süden oder in Südafrika, sondern um eine gesellschaftliche Praxis. Charakteristisch für die Nachkriegszeit in Algerien war, dass sich die dreifache – politische, wirtschaftliche und soziokulturelle – Ungleichheit verstärkte. Denn die muslimische Bevölkerung war von 1948 bis 1954 um eine Million angestiegen, während die europäische Siedlerbevölkerung stagnierte, so dass die ungleiche politische Repräsentation der beiden Gruppen immer eklatanter wirkte.³² Ebenso führte das Bevölkerungswachstum der Muslime zu einer Verarmung unter den Landbewohnern, denen es immer schwerer fiel, auf schlechten Böden ihren Unterhalt zu erwirtschaften. Und die administrative Unterversorgung verschärfte

sich, je bevölkerungsreicher die muslimischen Ortschaften wurden, ohne dass die französische Verwaltung ihre Dienstleistungen verbesserte.

Der am 1. November 1954 beginnende Aufstand muslimischer Algerier war von langer Hand vorbereitet worden. Hinter ihm stand mit dem «Front de libération nationale» (FLN) eine neue politische Bewegung, welche die Selbstbefreiung des vietnamesischen Volkes als ermutigendes Signal wahrgenommen hatte. Ihre Protagonisten waren überwiegend aus dem militanten Arm des «Parti du Peuple Algérien» (PPA) hervorgegangen, den der Vater des algerischen Nationalismus, Messali Hadj, 1937 gegründet hatte. Die Gründer des FLN hatten in Algerien französische Schulen besucht und waren sich dort der freiheitlich-revolutionären Verheißung Frankreichs bewusst geworden; ein Erbe, das für sie in einem unauflösbaren Widerspruch zur Realität der Kolonialherrschaft stand. Sie waren frustriert über die Erfolglosigkeit aller vorangegangenen politischen Unternehmungen, die Situation der muslimischen Algerier zu verbessern. So war Messali Hadj 1939 von den Kolonisatoren verhaftet und somit kaltgestellt worden, während der gemäßigte Ferhat Abbas, der mit Manifesten und Verhandlungsangeboten auf die französischen Autoritäten zugegangen war, keinerlei Konzessionen hatte erwirken können. Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen antikolonialen und antisegregationistischen Bewegungen erteilte der FLN von Anfang an gewaltfreien Strategien des Widerstands eine Absage und war zutiefst überzeugt davon, dass die Befreiung Algeriens nur im bewaffneten Kampf erzielt werden konnte.

Auf den Aufstand reagierte die von Pierre Mendès France angeführte Pariser Regierung mit harter Repression. Während gleichzeitig mit der tunesischen und marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung verhandelt wurde, weigerte man sich, die Existenz eines algerischen Nationalismus zur Kenntnis zu nehmen. Alle notwendigen Schritte würden unternommen, so versicherte Innenminister François Mitterrand, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und die französische Souveränität über Algerien zu bewahren. Ebenso versuchte die Regierung nun, mit Reformen der Rebellion den Wind aus den Segeln zu nehmen: Eine Verwaltungsschule sollte gegründet werden, um die muslimischen Algerier in die französische Beamtenschaft einzugliedern, die drastischen Einkommensunterschiede sollten reduziert und die Infrastruktur ebenso wie die administrative Versorgung der muslimisch dominierten Landesteile verbessert werden. Im Februar 1955 trat mit Jacques Soustelle ein international anerkannter Ethnologe und früherer Résistant das Amt des Generalgouverneurs Algeriens an, der ein neues Konzept zur Lösung der Konflikte anbot: Nicht mehr sollten die muslimischen Algerier auf ihre langsame, schrittweise

Assimilation warten, sondern unter den Vorzeichen der «Integration» zu französischen Staatsbürgern mit gleichen Rechten erklärt werden, die überdies ihre kulturellen Besonderheiten – wie den Islam und die arabische Sprache – pflegen durften. Der Vorschlag Soustelles offenbarte die markante Verspätung, mit der Frankreichs Amtsträger auf das Unabhängigkeitsstreben der Algerier reagierten. Einige Jahre zuvor hätte das Angebot einer schrankenlosen Integration in die französische Staatsbürgergemeinschaft die Emanzipationsbestrebungen der muslimischen Algerier womöglich noch befriedigt. Nun aber wirkte der Vorschlag völlig unzeitgemäß, wollte doch der FLN nicht mehr Verbesserungen *innerhalb* der französischen Souveränität über Algerien erwirken, sondern diese beenden und einem neuen Nationalstaat den Weg bahnen.

Die Reaktion des FLN ließ nicht lange auf sich warten: Am 20. August 1955 organisierte er eine Kette von Terrorattentaten gegen europäische Siedler und gemäßigte Muslime, der 123 Menschen zum Opfer fielen. Für Soustelle war damit die Zeit der Reformen vorbei; er ließ der Armee freie Hand für eine gnadenlose Repression, der vermutlich ca. 10 000 muslimische Algerier zum Opfer fielen. Der Konflikt nahm nun neue Dimensionen an, wurden doch 60 000 Reservisten der französischen Armee zum Einsatz in Algerien mobilisiert. Auch traten nun zunehmend die *pieds-noirs* als wichtige politische Einflussgruppe in Erscheinung. Dies wurde sichtbar, als nach Neuwahlen im Januar 1956 eine neue Regierung unter dem Sozialistenchef Guy Mollet antrat. Dieser begab sich sogleich nach Algerien, um dort in der Person des Generals Georges Catroux einen neuen Gouverneur einzuführen. Da Catroux als liberaler Reformler galt, fürchteten die europäischen Siedler um ihre Privilegien und wollten seine Amtsübernahme verhindern. Mollets Algerienreise geriet zum Desaster, als er von hysterischen *pieds-noirs* mit Unrat beworfen wurde. Der neue Ministerpräsident zog daraus die Konsequenz, dass er Catroux' Nominierung umgehend zurücknahm und mit Robert Lacoste einen neuen Gouverneur nach Alger entsandte. Für die europäischen Siedler war damit sichtbar geworden, dass sie die Pariser Politik mitentscheiden konnten, wenn sie nur radikal und entschlossen genug auftraten.

Unter Regierungschef Guy Mollet wurden die ausschlaggebenden Entscheidungen getroffen, die Frankreichs Kriegführung über die kommenden Jahre prägen würden. Dies betraf zunächst die «speziellen Vollmachten», die per Parlamentsbeschluss vom April 1956 der Armee zukamen. Algerien wurde in drei Zonen unterteilt, in denen die Armee jeweils unterschiedliche Missionen zu erfüllen hatte: eine «Operationszone», in der die Rebellion «vernichtet» werden sollte, eine «Befriedungszone», in der die

Priorität dem Schutz der Zivilbevölkerung galt, und eine «verbotene Zone», deren Bewohner evakuiert und in Sammellagern interniert wurden. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurden immer mehr Reservisten und schließlich auch Wehrpflichtige nach Algerien geschickt. Die Rechtsprechung wurde an Militärgerichtshöfe übertragen, ebenso wie die Polizeigewalt an die Armee übergang. Aus «Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung» war ein totaler Krieg geworden, dessen Schicksal sich zwischen sechs Akteurs- und Einflussgruppen entscheiden würde: der vom FLN angeführten algerischen Unabhängigkeitsbewegung, der Armee, den *pieds-noirs*, der zivilen Führung in Paris, der französischen öffentlichen Meinung und der internationalen Staatengemeinschaft.

Was den FLN anbelangte, so bediente er sich verschiedener Mittel, um seine Ziele durchzusetzen.³³ Dies war zum einen der Terror gegen die Zivilbevölkerung, die auf diese Weise in einen Zustand der permanenten Angst versetzt werden sollte. Immer wieder kam es zu Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen, Gaststätten, Verkehrsmittel, Läden und Wohnviertel, die den *pieds-noirs*, aber auch muslimischen, dem FLN fernstehenden Algeriern das Gefühl vermitteln sollten, dass die koloniale Ordnung fundamental herausgefordert war und das Land sich in einer Revolution befand. Gegenüber der französischen Armee gingen die Unabhängigkeitskämpfer mit Taktiken des Guerillakriegs vor, wie sie aus dem Indochinakonflikt bekannt waren. Die teils direkt aus dem Mutterland rekrutierten Soldaten waren von dieser Form der Kriegführung völlig überfordert und reagierten vielfach mit blinder Vergeltung auf die Hinterhaltattacken der Partisanen.

Gleichermaßen operierte der FLN auf politischer Ebene und suchte sich als die alleinige Repräsentanz der algerischen Muslime zu etablieren. Es gelang ihm, Leitfiguren der algerischen Selbstbehauptung wie Ferhat Abbas zu gewinnen, ebenso wie sich die islamisch-religiöse Bewegung der Oulémas und die algerische kommunistische Partei zu ihm bekannten. Auf seinem Kongress von Soummam im August 1956 präsentierte sich der FLN als die «einzige Organisation, die das algerische Volk repräsentiert und zu Verhandlungen befähigt ist». Die Anerkennung einer «unteilbaren algerischen Nation» und ihrer umfassenden Souveränität stand an der Spitze des politischen Forderungskatalogs.³⁴ Wer indessen nicht dazu bereit war, sich dem FLN unterzuordnen, wurde vom ihm gnadenlos verfolgt. Dieses Schicksal traf insbesondere die «Messalisten», die Anhänger des Messali Hadj, der sich nicht mit den paramilitärischen Methoden des FLN einverstanden erklärt hatte. Auf diese Weise wurde der Unabhängigkeitskampf gleichzeitig zu einem Bürgerkrieg *innerhalb* der algerischen

Muslime, bei dem der FLN schreckliche Massaker unter Zivilisten, die mutmaßlich den «Messalisten» nahestanden, anrichtete. Zahlreiche Muslime zogen aus diesem Kreuzzug des FLN gegen seine Opponenten die Konsequenz, dass sie sich der französischen Armee anschlossen und als *Harkis* (so die Bezeichnung für die muslimischen Hilfssoldaten) am Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung teilnahmen.

Seit seiner Gründung hatte der FLN es als ein Grundelement seiner Strategie angesehen, internationale Resonanz und Unterstützung für seinen Kampf gegen die Kolonialmacht zu gewinnen. Angesichts des extrem ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen der kleinen, unzureichend ausgerüsteten Partisanenmiliz des FLN und der französischen Armee erschien es der Unabhängigkeitsbewegung unerlässlich, dass ihre Aktionen ein internationales Medienecho fanden. Auf diese Weise sollte deutlich werden, dass der Kampf der muslimischen Algerier kein innerfranzösisches Thema war, sondern vor der internationalen Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Nicht nur die Staaten der arabischen Welt, sondern auch die zentralen Akteure des Kalten Kriegs sollten so dazu motiviert werden, auf die französische Regierung Druck auszuüben, um sie zu Zugeständnissen gegenüber den Unabhängigkeitskämpfern zu bewegen. Der FLN war höchst erfolgreich, was sein Streben nach internationaler Anerkennung anbelangte: So wurde der algerische Konflikt im April 1955 auf der Bandung-Konferenz, bei der Vertreter von 24, zumeist kurz zuvor unabhängig gewordenen asiatischen und afrikanischen Staaten zusammengekommen waren, ausführlich diskutiert. Im Schlusskommuniqué wurde Algerien als ein Beispiel kolonialer Unterdrückung einer «nationalen Kultur» verurteilt und das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung betont.³⁵ Im September des gleichen Jahres gelang es einer knappen Mehrheit von Staaten, die algerische Frage auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung zu setzen. Außenminister Antoine Pinay rief den Delegierten erregt zu, Algerien gehe als innerfranzösische Angelegenheit die Vereinten Nationen nichts an und verließ wütend die Sitzung. Die internationale Resonanz wirkte ihrerseits ermutigend auf den FLN, der daraufhin seine paramilitärischen Aktionen verstärkte. Auf der Konferenz von Soummam 1956 proklamierte er die «politische Isolierung Frankreichs weltweit» zum zentralen strategischen Ziel, da ein militärischer Sieg langfristig unmöglich sei.³⁶ In einer Reihe von ausländischen Städten, unter anderem bei den Vereinten Nationen in New York, richtete der FLN ständige Vertretungen ein.

Unter französischen Entscheidungsträgern hingegen verbreitete sich angesichts der internationalen Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung der Eindruck, diese sei nichts anderes als ein von außen gesteuerter

Komplott, zumal viele Entscheidungsträger Zweifel an der Existenz eines autochthonen algerischen Nationalismus hegten. Als Anstifter der Verschwörung gegen die französische Herrschaft über Algerien identifizierte man den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, da er dem FLN politische, finanzielle und logistische Unterstützung leistete. So verdächtige Sozialistenchef Guy Mollet ihn, «ein islamisches Weltreich um Ägypten herum wiedererrichten zu wollen» und dafür die Algerier zu instrumentalisieren.³⁷ In ihrer Deutung des ägyptischen Staatschefs war sich Frankreichs politische Führung weitgehend einig mit den Briten, die in Nasser einen «neuen Hitler» erblickten, dessen Hegemonialpolitik Einhalt geboten werden müsse.³⁸ Als Nasser im Juli 1956 den im Besitz eines franko-britischen Konsortiums befindlichen Sueskanal nationalisierte, wurde bei den britischen wie französischen Staatsspitzen die traumatische Erinnerung an das Münchner Abkommen 1938 wach: Der fatale Fehler eines hinnehmenden «Appeasement» durfte sich nach ihrer Auffassung gegenüber dem ägyptischen Herrscher nicht wiederholen. Vor diesem Hintergrund entschieden sich Frankreich, Großbritannien und Israel zu einer Intervention: Israelische Truppen sollten die Sinai-Halbinsel angreifen, während britische und französische Einheiten den Sueskanal als «Garantiemächte» seiner Zugangsfreiheit besetzen, dem Zugriff Nassers entziehen und nach Möglichkeit dessen Sturz herbeiführen sollten.

Die Ende Oktober 1956 begonnene «Opération Mousquetaire» endete jedoch in einem politischen Fiasko: Denn die Vereinigten Staaten signalisierten keinerlei Unterstützung ihrer westlichen Verbündeten, sondern riefen vielmehr die Vereinten Nationen an, die mit überwältigender Mehrheit ein Ende der Feindseligkeiten forderten. Und die Sowjetunion drohte mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, falls die beiden europäischen Staaten ihre Operation fortsetzten. Als Großbritannien und Frankreich daraufhin einlenkten und ihre Intervention abbrachen, wurde der Weltöffentlichkeit deutlich, dass sie keine erstrangigen Mächte mehr waren, denen die Hegemonialmächte der bipolaren Ordnung ein autonomes strategisches Handeln gestatten würden.³⁹ Was den Algerienkrieg anbelangte, so bewirkte Frankreichs Eingreifen in der Sueskrise das Gegenteil der ursprünglichen Absicht, die Internationalisierung des Konflikts zu begrenzen. «Nie waren die Bedingungen für die Anerkennung einer algerischen Republik durch die arabischen Staaten so günstig wie nach der Sueskrise», schrieb der FLN-Anführer Hocine Aït Ahmed 1957. «Alle arabischen Regierungen mit Ausnahme des Libanon haben mit Frankreich gebrochen. Ungeachtet der diplomatischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rolle, die Frankreich seit der napoleonischen Zeit im Orient spielt, begeistert sich die öffentliche

Meinung für den Kampf der Algerier.»⁴⁰ Nasser ging gestärkt aus der Krise hervor und stand nun als der Anführer einer arabischen Staatenwelt dar, die verstärkt dazu bereit war, dem FLN Unterstützung zu leisten.

Für die französische Armee hingegen bedeutete die Schmach von Sues einen weiteren Schritt in ihrer Entfremdung von der zivilen Führung in Paris. In den Augen vieler Offiziere war die Regierung wie bereits im Indochinakrieg eingeknickt und hatte es ihnen nicht ermöglicht, ihre Fähigkeit zum militärischen Sieg unter Beweis zu stellen. Auf diese Weise verstärkte sich die bereits weit fortgeschrittene Verselbstständigung der Armee, wofür die Entführung von vier FLN-Anführern im Oktober 1956 ein Beispiel geliefert hatte. Im Sommer jenes Jahres hatte Frankreich geheime Verhandlungen mit der Unabhängigkeitsbewegung begonnen, die einem Waffenstillstand den Weg bahnen sollten. In diesem Zusammenhang waren vier prominente Repräsentanten des FLN – Ben Bella, Ait Ahmed, Mohammed Khider und Mohammed Boudiaf – zu Unterredungen nach Marokko gereist. Die Maschine, die sie zurück in ihr tunesisches Exil bringen sollte, wurde von der französischen Luftwaffe aufgegriffen und zur Landung in Algier gezwungen, wo die vier FLN-Anführer verhaftet wurden. Regierungschef Guy Mollet war in die Entführungspläne nicht eingeweiht worden, wagte es aber dennoch nicht, die Verantwortlichen der illegalen Aktion zu desavouieren. Auf diese Weise war es den Militärs gelungen, allen Verhandlungsbemühungen der zivilen Führung fürs Erste ihre Glaubwürdigkeit und damit auch jegliche Erfolgchancen zu entziehen.

Die «speziellen Vollmachten», die das Parlament der Armee im Frühjahr 1956 erteilt hatte, fasste diese als einen Blankoscheck auf, mit allen nur denkbaren Mitteln die Unabhängigkeitsbewegung zu zerstören. Die Truppen erhielten den Befehl, verdächtige Personen summarisch zu exekutieren. «Jeder Rebell mit einer Waffe in der Hand» sei sofort zu erschießen, hieß in einem Befehl an die Soldaten; auf jeden «Verdächtigen, der zu fliehen» versuche, müsse umgehend das Feuer eröffnet werden.⁴¹ Nachdem der Terror des FLN sich immer stärker auf die Hauptstadt konzentriert hatte, eröffnete die Armee im Januar 1957 die sogenannte «Schlacht von Algier». Die Soldaten übernahmen dabei die Polizeigewalt und begannen, die von Muslimen bewohnte Altstadt, die «Kasbah», systematisch von Haus zu Haus zu «durchkämmen». Unzählige Bewohner kamen dabei ums Leben oder wurden verhaftet und in Lager abtransportiert. Dort wurden die Festgenommenen gefoltert, um ihnen Hinweise auf die Unterstützer des FLN, seine Ressourcen und Strategien abzupressen. Von annähernd 4000 Menschen fehlte nach ihrer Verhaftung jegliche Spur; von

einigen hieß es, sie hätten Selbstmord begangen, andere wurden von Helikoptern aus über dem Meer abgeworfen. Auch Algerier europäischer Abstammung, die wie der Journalist Henri Alleg das Vorgehen der Armee kritisierten, wurden gefoltert. «Du wirst reden! Alle müssen hier reden», schrie ihn ein Soldat an, nachdem man ihn mit Elektroschocks gequält und durch Untertauchen fast zum Ersticken gebracht hatte. «Wir haben den Indochinakrieg mitgemacht, das hat uns gereicht, um Leute wie euch zu kennen. Hier ist die Gestapo. Du weißt doch, was die Gestapo ist? Du hast Artikel über die Folter geschrieben, nicht wahr, du Dreckskerl. Jetzt bist du es, der von der 10. Fallschirmspringerdivision gefoltert wird.»⁴² General Massu verteidigte in einem internen Bericht die systematische Folter als notwendiges Mittel im antirevolutionären Krieg: «Die erzielten Ergebnisse rechtfertigen die angewandten Mittel.»⁴³ Die Gewaltmaßnahmen erschienen französischen Soldaten umso legitimer, als sich der FLN nicht den Mitteln traditioneller Kriegführung bediente.⁴⁴ Staatsanwälte und Richter waren sich der Praktiken des Militärs bewusst, doch gingen sie weder dagegen vor noch scheuten sie davor zurück, die unter der Folter erpressten Geständnisse gerichtlich zu verwenden.⁴⁵

Militärisch gesehen war das Eingreifen der Armee ein Erfolg, denn es gelang ihr, die Befehlsstrukturen des FLN in der Hauptstadt zu zerstören, so dass die Attentate im Laufe des Jahres 1957 stetig zurückgingen. Die «Schlacht von Algier» schmiedete das Militär mit den *pieds-noirs* zusammen, die den Soldaten zutiefst dankbar für die zurückgewonnene Sicherheit im alltäglichen Leben waren. Überdies fühlten sie sich ganz eins mit den Militärs in deren kritischer Haltung gegenüber der Pariser Regierung, von der sie befürchteten, dass sie langfristig vor dem FLN einen Rückzieher machen und die «Algérie française» aufgeben würde. Politisch gesehen waren die Aktionen der Armee allerdings ein Desaster, denn weder trugen sie dazu bei, eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen, noch verbesserten sie das Ansehen Frankreichs in der Welt. Im Gegenteil nahm die internationale Anteilnahme am Unabhängigkeitskampf der Algerier zu, je brutaler die französische Armee gegen ihn vorging. Und die zum System erhobene Folter führte dazu, dass sich die politische Öffentlichkeit in der Metropole immer kontroverser mit dem Drama in Algerien auseinandersetzte.

Hatte der Konflikt in Nordafrika zunächst – wie alle anderen kolonialpolitischen Themen – nur eine untergeordnete Rolle in den politischen Debatten des Mutterlands gespielt, rückte er immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses, je uneingeschränkter sich die Regierung gegen die Unabhängigkeitsbewegung engagierte. Seitdem Reservisten und Wehr-

pflichtige in Algerien eingesetzt wurden, kam es immer wieder dazu, dass sich Soldaten weigerten, in den Krieg gegen den FLN zu ziehen. Französische Familien waren nun direkt von dem Drama betroffen, sahen sie doch ihre Söhne und Väter in ein ungewisses Schicksal ziehen. Unter den Intellektuellen des Landes wurde Algerien immer mehr zu einem Thema kontroverser Debatten, in ihren Dimensionen und ihrer Heftigkeit nur mit der Dreyfus-Affäre vergleichbar. Während manche Autoren – wie etwa Jean Paulhan, Paul Rivet und Georges Duhamel – die Algérie française verteidigten, bekannten sich Jean-Paul Sartre, Raymond Aron und Jean Amrouche aus jeweils unterschiedlichen Gründen zur Unabhängigkeit Algeriens. Auch unter katholischen Intellektuellen und Würdenträgern der Kirche nahm die Opposition gegen den Krieg zu. Anderen Autoren fiel es schwerer, eine eindeutige Position in dem Drama um die nordafrikanische Kolonie einzunehmen: Denn vor der Parteinahme für die Unabhängigkeit schreckten sie zurück, bedeutete diese doch, mit dem FLN eine terroristische, gewaltbereite Bewegung gutzuheißen. Andererseits aber konnten sie sich weder mit der unbeweglichen Intransigenz der *pieds-noirs* noch mit den brutalen Methoden der französischen Armee einverstanden erklären. Wie kein anderer verkörperte Albert Camus diese Zerrissenheit, stammte er doch aus einer Familie von *pieds-noirs* und wünschte, dass alle Algerier, seien sie europäische Siedler, Juden oder Muslime, im Lande brüderlich und friedlich zusammenleben konnten. Doch mit keinem der immer unversöhnlicher auftretenden Lager konnte er sich solidarisieren. «Ich habe mich deshalb entschlossen, diese Einsamkeit zu akzeptieren, niemandem mehr zu antworten und weiterhin als Schriftsteller mit dem Buch Zeugnis abzulegen», so begründete er im Januar 1958 sein politisches Schweigen zu den Vorgängen in Algerien.⁴⁶

Die systematische Anwendung der Folter brachte eine neue Dimension in die Debatte über den Algerienkrieg. Denn das gewaltsame Erpressen von Informationen war von den deutschen Besatzern ständig in ihrem Kampf gegen den französischen Widerstand angewendet worden, und mehrere Résistants, unter ihnen Jean Moulin, waren unter der Folter gestorben. Für zahlreiche Kommentatoren hatte sich nun die Situation umgekehrt: Frankreich stand jetzt auf der Seite der Folterer und machte sich tagtäglich eines Verbrechens gegen die Menschenrechte schuldig. So prangerte der aus dem Widerstand hervorgegangene Journalist Claude Bourdet die «algerische Gestapo» an;⁴⁷ Hubert Beuve-Méry, der Herausgeber von «Le Monde», schrieb in einem Leitartikel: «Von nun an müssen die Franzosen wissen, dass sie nicht mehr ganz das Recht haben, in gleicher Weise wie zuvor die Zerstörer von Oradour und die Folterer der Gestapo zu

verurteilen.»⁴⁸ Auf diese Weise aktualisierte der Algerienkrieg die Erinnerungen an die Besatzungszeit und schuf neue Frontstellungen *unter* denjenigen, die damals auf der Seite der Résistance gestanden hatten. Denn unter den Folterern und ihren Befehlshabern befanden sich zahlreiche Persönlichkeiten, die zwischen 1940 und 1944 den Besatzern Widerstand geleistet hatten, wie etwa die Generalgouverneure Jacques Soustelle und Robert Lacoste sowie General Jacques Massu, der Befehlshaber der «Schlacht von Algier». Für sie bestand keinerlei Widerspruch zwischen ihrem Engagement für die Résistance und ihrer unerbittlichen Verfolgung des FLN, denn sie fassten diesen als eine totalitäre und terroristische Bewegung auf, die ebenso heftig wie der Nationalsozialismus bekämpft werden musste. Und beide Kämpfe, der Widerstand ebenso wie der Algerienkrieg, waren für sie von der gleichen Passion für die Ehre Frankreichs getragen.

Unterdessen verbreitete sich der Eindruck einer zunehmenden Orientierungslosigkeit und Führungsschwäche der Pariser Regierung. Die Algerienkrise verschärfte die Strukturprobleme des parlamentarischen Systems der Vierten Republik, das angesichts einer Fundamentalopposition von links und rechts auf einen mehrheitsfähigen Konsens unter den Parteien der Mitte angewiesen war. Doch je stärker der Krieg sich ausbreitete und extremere Formen annahm, desto uneiniger waren sich die Parteien auch in ihrer internen Entscheidungsfindung, welche Lösungswege des algerischen Dramas einzuschlagen waren: Sollte man Verhandlungen mit dem FLN aufnehmen oder den Krieg unbeirrt fortführen? Konnte die soziale und politische Lage in Algerien solchermaßen reformiert werden, dass das nordafrikanische Territorium unter französischer Herrschaft blieb? Oder musste man es in eine weitgehende Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit entlassen? Auf diese Fragen konnten die Parteien immer schwerer gemeinsame Antworten finden. So verlor Ministerpräsident Guy Mollet im Mai 1957 die parlamentarische Mehrheit; sein Nachfolger Maurice Bourgès-Manoury konnte sich nur wenige Wochen im Amt halten. Daraufhin dauerte es einen Monat, bis in der Person von Félix Gailard ein neuer Regierungschef gewählt werden konnte. Angesichts eines immer wieder auftretenden Vakuums an der Staatsspitze schien der von Militärs und *pieds-noirs*, aber auch von den Gaullisten stets erhobene Vorwurf der «Machtlosigkeit» der Vierten Republik sich zu bewahrheiten.

Es war das Zusammenspiel aller genannten Einfluss- und Akteursgruppen, das die Vierte Republik in eine existenzielle Krise führte. Die Handlungsschwäche der Regierenden, die Internationalisierungsstrategie des FLN, die Autonomisierung der Armee und ihr Schulterchluss mit den

pieds-noirs, all diese Elemente spielten eine Rolle in der Umbruchssituation des Frühjahrs 1958. Auslöser und mitentscheidender Faktor war der internationale Kontext des Krieges: In dem Maße, wie es der französischen Armee gelang, den FLN zu unterdrücken, hatte dieser seine Partisanen vermehrt hinter die tunesische Grenze zurückgezogen, wo sie logistische Unterstützung erhielten und mit Waffen versorgt wurden. Wiederholt kam es zu Angriffen auf algerisches Territorium, die von Tunesien aus organisiert worden waren, so dass Frankreich begann, die Grenze mit einem Schutzzaun zu befestigen. Im Februar 1958 flog die französische Luftwaffe einen Angriff auf das tunesische Dorf Sakiet, das als Stützpunkt des FLN identifiziert worden war. Unter den über 60 zivilen Opfern des Luftangriffs befanden sich 20 Schulkinder sowie die Mitarbeiter einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes. Die Weltöffentlichkeit reagierte schockiert auf die Bilder vom Angriff auf Sakiet und zahlreiche Beobachter sahen sich in ihrem Urteil bestätigt, dass Frankreichs Kreuzzug gegen den FLN immer blinder und rücksichtsloser geführt wurde.

Daraufhin boten die USA und Großbritannien ihre «Mediation» in dem Konflikt zwischen Frankreich und Tunesien an – eine Schmach für die Pariser Regierung, deren Versuch, den Algerienkonflikt als innenpolitisches Thema zu behandeln, nun endgültig gescheitert war. Gerne hätten die Regierenden das Vermittlungsangebot ihrer Verbündeten abgelehnt, doch war das Land dringend auf amerikanische Finanzhilfen angewiesen und konnte es sich nicht leisten, die Vereinigten Staaten zu brüskieren. Die *pieds-noirs* ebenso wie die Armee waren empört über das Eingehen auf die britisch-amerikanische Mediation, fassten es als eine Kapitulation auf und sprachen von einem «diplomatischen Dien Bien Phu». Die Regierung von Félix Gaillard überlebte die Sakiet-Krise allerdings nicht, so dass erneut ein Machtvakuum an der exekutiven Spitze entstand. Als Staatspräsident René Coty in der Person des Christdemokraten Pierre Pflimlin einen Befürworter einer Verhandlungslösung in Algerien mit der Regierungsbildung beauftragte und dieser von der Nationalversammlung bestätigt wurde, beschritten die Militärs den Weg des Ungehorsams. Am 13. Mai 1958 stürmten sie gemeinsam mit erregten *pieds-noirs* den Regierungspalast von Algier, proklamierten die Machtübernahme eines «Comité de Salut Public» mit General Massu an der Spitze und forderten, dass Charles de Gaulle die französische Regierung übernehmen solle. General Raoul Salan, der ranghöchste Militär in Algerien, schloss sich der Rebellion an und beendete zwei Tage später eine Ansprache mit den Worten «Vive de Gaulle». ⁴⁹

Binnen weniger Stunden hatte sich somit die politische Lage Frankreichs dramatisch verändert: Nicht nur war die Trennung zwischen der

Armee in Algerien und der Pariser politischen Führung vollzogen, auch drohte der Militärputsch auf die Metropole überzugreifen und die republikanische Ordnung zu gefährden. Und mit Charles de Gaulle stand plötzlich eine politische Option zur Debatte, von der jeder wusste, dass sie nicht im Rahmen der Vierten Republik verwirklicht werden konnte, war doch dessen Fundamentalopposition gegen das parlamentarische Regierungssystem allgemein bekannt. Zugleich musste der Appell an de Gaulle verwundern, hatte dieser sich doch vor drei Jahren aus dem politischen Leben zurückgezogen. Sein Versuch, mit dem «Rassemblement du Peuple Français» (RPF) die Vierte Republik auszuhebeln, war gescheitert, als sich dessen Abgeordnete immer stärker ins parlamentarische Leben integriert hatten. So war aus dem höchst umstrittenen Parteiführer der «Emerit von Colombey-les-deux-Eglises» geworden, der nur noch zu ganz ausgewählten Anlässen an die Öffentlichkeit trat. Indessen hatte es ihm der Rückzug aus dem politischen Alltag ermöglicht, sein Bild in der französischen Geschichte wieder zurechtzurücken, seine erfolglose Karriere als Chef des RPF vergessen zu machen und sich als möglicher Einheitsstifter für krisenhafte Zeiten zu empfehlen. In seinen «Memoiren des Kriegen», deren erste beiden Bände 1954 und 1956 erschienen waren, hatte er sich selbst als den Retter einer untergehenden Nation gefeiert, der ab 1940 die Einheit des widerstehenden Frankreichs hart errungen und das Land zur Erlösung von der deutschen Besatzung geführt hatte.⁵⁰

Dieser Hintergrund mag erklären, warum die rebellischen Generäle und *pieds-noirs* auf ihn verfielen, um eine Neuordnung Frankreichs in Angriff zu nehmen. Für sie war de Gaulle der Inbegriff eines Staatsmanns von intransigentem Patriotismus, der mit dem in ihren Augen dekadenten Parteienregime der Vierten Republik nichts zu tun hatte und der in einer vergleichbaren Situation existenzieller Bedrohung die Ehre Frankreichs verteidigt hatte. Eine nicht zu unterschätzende Rolle kam dabei auch den Unterstützern de Gaulles zu, die seit mehreren Monaten in Algier ein Netzwerk aufgebaut hatten, das unter den Militärs ebenso wie den *pieds-noirs* für den einstigen Widerstandsführer als Lösungsoption für die algerische Krise geworben hatte.⁵¹

Der Appell an de Gaulle fand indessen auch in der Metropole positive Resonanz: Er stieß auf eine Bevölkerung, die zunehmend frustriert über ein Regierungssystem war, das offensichtlich ungeeignet war, eine stabile Exekutive und von breitem Konsens getragene Lösungsstrategien für den Algerienkonflikt hervorzubringen. Es sprach für die Unzufriedenheit der Bürger mit den politischen Sitten der Vierten Republik, dass in den vorangegangenen Jahren wiederholt Persönlichkeiten erhebliche öffentliche Un-

terstützung gefunden hatten, die sich von dem grauen Einerlei der Parteimänner abzuheben und eine starke politische Führung zu versprechen schienen. Keinem dieser Männer hatte die Parteiendemokratie allerdings eine lange Wirkungsphase erlaubt: Antoine Pinay, ein Politiker der Rechten, war der erste Regierungschef (März bis Dezember 1952), in dem die öffentliche Meinung einen «Retter» erblickt hatte, der das Land aus chronischer exekutiver Instabilität und Entscheidungsschwäche herauszuführen versprach. Die zweite herausragende Führungspersönlichkeit war der «Radikale» Pierre Mendès France, der die Öffentlichkeit mit seinem Kommunikationsgeschick, seinen klaren programmatischen Ansagen und seinem Eintreten für die Modernisierung des Landes als Erneuerer begeisterte. Doch war auch ihm nur eine neunmonatige Regierungszeit vergönnt. Die Parlamentswahlen des Jahres 1956 hatten schließlich in der Person Pierre Pujades eine Retterfigur anderer Natur hervorgebracht: Dessen neue, sich bewusst nicht als Partei verstehende Bewegung, die «Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker», hatte auf Antrieb 12,6 Prozent der Stimmen erzielt. Pujade trat als charismatischer Volkstribun auf, der die Interessen all derjenigen zu repräsentieren vorgab, die sich von der Modernisierung des Landes abgehängt fühlten und den sozialen Abstieg fürchteten. Insofern war das Terrain dafür vorbereitet, dass der Appell an de Gaulle auf dem Höhepunkt der Algerienkrise öffentliche Zustimmung fand. Die Führungseliten der Vierten Republik hatten in den vorangegangenen Jahren die Bürger immer weniger davon zu überzeugen vermocht, dass sie die Probleme des Landes im Griff hatten.⁵²

Es stellte sich nun die Frage, wie de Gaulle auf den Aufruf der rebellischen Generäle in Alger reagieren würde: Entweder konnte er den Putsch verurteilen und sich damit auf die Seite der republikanischen Legalität stellen oder aber den an ihn ergangenen Appell erhören und auf diese Weise die soeben gebildete Regierung herausfordern. Der einstige Widerstandsführer wählte den letzteren Weg und erklärte sich am 15. Mai 1958 bereit, die «Vollmachten der Republik» zu übernehmen. Vier Tage später hielt er seine erste Pressekonferenz nach drei Jahren ab und bekräftigte seine Bereitschaft, den «Staat und die Nation ohne Vermessenheit aus der Krise» herauszuholen. Gleichzeitig versicherte er die Franzosen, dass er nicht die Absicht habe, «mit 67 Jahren eine Karriere als Diktator zu beginnen». Nachdem er am 26. Mai mit Ministerpräsident Pflimlin zusammengetroffen war, verkündete er, dass er nun den «regulären Prozess» zur Bildung einer «republikanischen Regierung» in Angriff genommen habe – ohne dass ihn der Staatspräsident dazu beauftragt hatte, wie es dem verfassungsmäßigen Vorgehen entsprochen hätte.⁵³ Daraufhin trat Pflimlin indigniert zurück;

und de Gaulle wurde nun zu seinen Bedingungen, nämlich mit der Vollmacht, eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen, zum Regierungschef ernannt. Staatspräsident René Coty bekundete, er habe er sich an den «Berühmtesten der Franzosen» gewandt, um höchste Gefahren von «Vaterland und Republik» abzuwenden.⁵⁴ 329 gegen 224 Abgeordnete stimmten der Ernennung de Gaulles zu und willigten so in einen Prozess ein, der zur Abschaffung der Vierten Republik führen würde.

Seitdem haben Politiker, Journalisten und Historiker darüber gestritten, wie de Gaulles Handeln in der Krise des Mai 1958 zu bewerten ist: Hatte er einen kalten Staatsstreich ausgeführt, indem er den Aufstand der Militärs in Algier benutzt hatte, um sich selbst an die Macht zu bringen? Oder hatte eine moribunde Republik abgedankt, die nicht mehr in der Lage war, eine handlungsfähige Exekutive hervorzubringen? Hatte de Gaulle das Land vor einer Machtübernahme der Militärs, ja vor einem Bürgerkrieg bewahrt, indem er sich zur Regierungsbildung bereit erklärt hatte? Die Vierte Republik war im Mai 1958 keineswegs an einen Punkt absoluter Handlungsunfähigkeit gelangt, gab es doch eine demokratisch legitimierte Regierung, deren Chef sich zu einer Verhandlungslösung in Algerien bekannt hatte. Keine Beweise können dafür vorgebracht werden, dass es dieser Regierung nicht gelungen wäre, die rebellischen Generäle in Algier zur Raison zu bringen. Vielmehr war es de Gaulle selbst, der die Putschisten in ihrem Vorgehen bestätigte, indem er sich zur Übernahme der Regierungsvollmachten bereiterklärte. Hätte er hingegen den Putsch verurteilt, so wäre dieser vermutlich gescheitert, mangels Unterstützung desjenigen, den die Rebellen als Retter für die algerische Krise ausersehen hatten. Vor diesem Hintergrund ist es wohl zutreffend, de Gaulles Vorgehen im Mai 1958 als kalten Staatsstreich zu bezeichnen.⁵⁵

Indessen bleibt festzuhalten, dass der Appell an de Gaulle auf eine breite öffentliche Unterstützung stieß und insofern einem verbreiteten Wunsch nach einer grundlegenden Veränderung der politischen Verhältnisse entgegenzukommen schien. Eine Mehrheit der Franzosen wünschte sich offenbar einen Mann an der Spitze des Staates, der sich durch seine Distanz zum Parteiensystem der Vierten Republik auszeichnete. De Gaulle unterließ im Mai 1958 keine Gelegenheit, um deutlich zu machen, dass er das Scheitern der Parteiendemokratie stets vorausgesehen hatte und deren Krise seine eigenen Prophezeiungen bewahrheitete. Sich selbst empfahl er als einen vorbildgebenden Einzelnen und bindungslosen Retter: «Ich bin ein Mann, der niemandem gehört und der allen gehört», so sagte er am 19. Mai 1958 vor der Presse.⁵⁶ Dass er selbst gegen die Legalität verstieß, indem er den Aufstand der Generäle nicht verurteilte und sich nachgerade

selbst zum Regierungschef ernannte, schien de Gaulle nicht weiter zu bekümmern. Schließlich hatte er die Vierte Republik stets als illegitim und sich selbst als den wahren Hüter der Legitimität angesehen. Insofern reparierte aus seiner eigenen Perspektive der Mai 1958 einen Grundirrtum der französischen Geschichte: Das Land wandte sich endlich wieder demjenigen zu, der seit dem 18. Juni 1940 die Legitimität Frankreichs verkörperte.

Die Machtübernahme de Gaulles änderte indessen nichts daran, dass in Algerien Krieg herrschte. Was sich änderte, war lediglich die politische Entscheidungsfindung in Paris, denn diese war nun dem in sich zerstrittenen Parlament entzogen und lag stattdessen in den Händen eines Mannes, dem die Abgeordneten für die Dauer von sechs Monaten «unbeschränkte Vollmachten» erteilt hatten. Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt begab sich der General nach Algier und verkündete vor einer begeisterten Menge seine Interpretation des kolonialpolitischen Dramas. «Ich habe Euch verstanden», rief er seinen Zuhörern zu Beginn zu, die sowohl aus *pieds-noirs* als auch aus muslimischen Algeriern bestanden. Jeder konnte sich somit zunächst von den Worten de Gaulles angesprochen und sich in seiner eigenen Sichtweise der Lage bestätigt fühlen. Im weiteren Verlauf seiner Rede legte der General indessen klare Prinzipien dar, nach denen Algerien künftig neugestaltet werden sollte: Dort sollte es nur noch «eine Kategorie von Einwohnern» geben, nämlich Franzosen und Französischen mit «gleichen Rechten und Pflichten». Das hieß: Die politische Diskriminierung der muslimischen Algerier, die bis dahin in einer eigenen, ungleich repräsentierten Wählerklasse wählten, war ab sofort beendet. Fortan würden alle zehn Millionen Algerier, egal ob Muslime oder *pieds-noirs*, das gleiche Wahlrecht genießen. De Gaulle unternahm damit einen Schritt, zu dem alle vorherigen Regierungen entweder nicht bereit gewesen waren oder vor dem sie, aus Furcht vor der Wut der europäischen Siedler, zurückgeschreckt waren. Reformen, so de Gaulles Bekenntnis, mussten umgesetzt werden, um «denjenigen ein Vaterland zu geben, die daran zweifeln konnten, ein solches zu haben».⁵⁷

Doch machte der FLN umgehend deutlich, dass er diese Verheißungen nicht als Antworten auf seine Forderungen betrachtete. Für ihn war die Integrationspolitik nur eine neue Version des französischen Kolonialismus, den er besiegen wollte: Am 25. August 1958 sprengten FLN-Aktivisten Ölraffinerien bei Marseille in die Luft und trugen damit zum ersten Mal den Algerienkrieg in das Mutterland hinein. Und Jacques Soustelle, der Informationsminister der neuen Regierung und Symbolfigur der *Algérie française*, entging nur knapp einem Attentat. Für den 28. September 1958 war ein Referendum anberaumt worden, um über die Verfassung

der neuen Republik abzustimmen. Alle neun Millionen Muslime Algeriens, Männer und Frauen, konnten nun zum ersten Mal ihre Stimme abgeben. De Gaulle erhoffte sich von der Abstimmung ein überwältigendes Plebiszit, das ihm künftig für seine Algerienpolitik Rückhalt geben sollte. Unter diesen Vorzeichen sah sich der FLN dazu aufgerufen, seine eigene Position zu stärken und der neuen Pariser Führung einen geschlossenen Widerpart zu bieten: Am 19. September 1958 gründete er in Kairo eine «Provisorische Regierung der algerischen Republik», an deren Spitze in der Person von Ferhat Abbas eine international angesehene Leitfigur des algerischen Nationalismus stand.

Die Ergebnisse der Volksabstimmung vom 28. September interpretierte de Gaulle als eine überwältigende Zustimmung zu seiner Politik, die Entwicklung Algeriens im «französischen Rahmen» voranzutreiben. 75 Prozent der eingetragenen Wählerinnen und Wähler hatten seinem Verfassungsentwurf zugestimmt. Ermutigt von diesem Erfolg verkündete er am 3. Oktober 1958 in Constantine einen auf fünf Jahre angelegten Reformplan für Algerien, der den Bau von 400 000 Wohnungen, die Neuverteilung von 250 000 Hektar Agrarland, die Schaffung von 400 000 Arbeitsplätzen und die Einschulung aller Kinder umfasste. Kurz darauf forderte er die algerische Nationalbewegung zu einem «Friedenschluss der Tapferen» auf, der aber vom FLN ebenso umgehend wie kompromisslos zurückgewiesen wurde.

In den darauffolgenden Monaten häuften sich Äußerungen de Gaulles, die erahnen ließen, dass er die Tage des französischen Kolonialismus in Algerien für gezählt hielt. «Keine Gewalt hält in unseren Zeiten ein Volk auf, das für seine Unabhängigkeit kämpft», überliefert Alain Peyrefitte eine Äußerung des Generals.⁵⁸ Gegenüber einem Journalisten des «Echo d'Oran» bekundete er im Frühjahr 1959 lakonisch: «Papas Algerien ist tot, und wer dies nicht begreift, wird mit ihm sterben.»⁵⁹ Überdies äußerte de Gaulle nun grundsätzliche Zweifel daran, dass die vollständige Eingliederung der muslimischen Algerier in die französische Staatsbürgergemeinschaft überhaupt eine realistische Option war. «Diejenigen, die die Integration befürworten», so äußerte er im März 1959 gegenüber Alain Peyrefitte, «haben das Hirn eines Kolibris, auch wenn sie sehr gelehrt sind. Versuchen Sie Essig und Öl zu integrieren. Schütteln Sie die Flasche. Nach einem kurzen Moment trennen sich die Zutaten wieder. Die Araber sind Araber, die Franzosen sind Franzosen.» Letztere seien «vor allem ein europäisches Volk weißer Rasse, griechisch-römischer Kultur und christlicher Religion».⁶⁰ Die gesamte französische Kolonialpolitik seit dem 19. Jahrhundert unterzog er einer fundamentalen Kritik:

Wir haben unsere Kolonisation von den Anfängen an auf dem Prinzip der Assimilation aufgebaut. Man hat vorgegeben, aus Negern gute Franzosen machen zu können. Man hat sie «Unsere Vorfahren, die Gallier» zitieren lassen, was nicht sehr klug war. Deshalb ist die Dekolonisierung für uns so viel schwieriger als für die Engländer. Diese haben nämlich stets die Unterschiede in Rassen und Kulturen anerkannt. Sie haben das *self-government* organisiert. Sie brauchen nur die Verbindungen zu lösen, damit es funktioniert. Wir hingegen haben solche Unterschiede gelehnet. Wir wollten eine Republik von 100 Millionen gleichen, austauschbaren Franzosen sein. Deshalb erleben die Franzosen die Dekolonisierung wie eine schmerzhaftige Trennung.⁶¹

Anders als zahlreiche Repräsentanten des französischen Republikanismus vertrat de Gaulle somit ein Nationsverständnis, das sich auf ethnisch-kulturelle Eigenheiten bezog. Die Algerier, so schienen es seine Äußerungen nahezu legen, waren für ihn ein eigenes Volk, ebenso wie es die Franzosen waren; und alle Versuche, das algerische Volk seiner Selbstbestimmung zu berauben, würden langfristig zum Scheitern verurteilt sein.

Es kam hinzu, dass internationale Akteure unvermindert Druck auf Frankreich ausübten, nicht nur eine Verhandlungslösung mit den algerischen Nationalisten zu suchen, sondern auch den Weg zu einer Volksentscheid über die Zukunft der nordafrikanischen Kolonie freizumachen. Die Vereinigten Staaten waren zunehmend besorgt darüber, dass, je länger der Krieg sich hinziehen würde, der FLN die Unterstützung des kommunistischen Machtblocks suchen und ein künftig unabhängiges Algerien aus der amerikanischen Einflusszone verschwinden könne. Um dieses Szenario zu verhindern, so die unmissverständliche Aufforderung der amerikanischen Administration unter Präsident Eisenhower, müsse Frankreich möglichst umgehend seine Kolonie in gegenseitigem Einvernehmen in die Unabhängigkeit entlassen und die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit des unabhängigen Algerien mit dem Westen schaffen. Auch seitens der kürzlich unabhängig gewordenen Staaten Afrikas nahm der Druck auf Frankreich zu, so dass eine UN-Resolution zugunsten einer Unabhängigkeit Algeriens nicht mehr auszuschließen war. Die «Provisorische Regierung» Algeriens unter Ferhat Abbas erfuhr internationale Anerkennung, ohne dass de Gaulle dies zu verhindern vermochte. Bei dem Staatspräsidenten schien die Erkenntnis zu reifen, dass das Drama um Algerien der Stellung Frankreichs in der Welt schädlich war und seinen Handlungsspielraum einschränkte, solange der Krieg andauerte.⁶²

Am 16. September 1959 unternahm de Gaulle den entscheidenden Schritt, eine Volksabstimmung aller Algerier über die zukünftige politische Ordnung des Territoriums anzukündigen. Drei Szenarien standen seiner Auffassung nach zur Auswahl: Das erste bezeichnete er als die «Sezes-

sion», die vollständige Auflösung der Verbindungen zwischen Metropole und Kolonie. Die zweite Alternative war die vollständige «*francisiation*» Algeriens und der Algerier, die Aufhebung aller noch bestehender Diskriminierungen, die Öffnung des Staatsdienstes für alle muslimischen Bürger – kurz: die Schaffung eines einheitlichen Staatsvolks von «Dünkirchen bis Tamanrasset». Das dritte Szenario bezeichnete de Gaulle als eine föderale Lösung, gemäß der den verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen Algeriens, wie den Europäern, Berbern und Arabern, weitgehende Autonomierechte im Rahmen der französischen Oberhoheit gewährt würden. Die Ankündigung einer Volksabstimmung bedeutete den entscheidenden Wendepunkt im Algerienkonflikt, gab doch der Staatspräsident praktisch die Entscheidungsvollmacht über die Zukunft Algeriens aus der Hand und übertrug sie der Bevölkerung des Territoriums. Implizit erkannte de Gaulle das Selbstbestimmungsrecht der Algerier an und sagte zu, dass Frankreich, je nach Ergebnis der Abstimmung, seiner seit 1830 über das Territorium ausgeübten Souveränität entsagen würde.⁶³

Mit seiner Rede vom 16. September 1959 löste der Staatschef jedoch Unverständnis bei denjenigen aus, die im Mai 1958 entscheidend zu seiner Rückkehr an die Macht beigetragen hatten: den Militärführern in Algerien und den *pieds-noirs*. Diese mussten entsetzt feststellen, dass sie sich in de Gaulle getäuscht hatten. Sie waren davon ausgegangen, dass er unbeirrbar am Verbleib Algeriens unter französischer Vorherrschaft festhalten und alles tun würde, um die Selbstbestimmung zu verhindern, die angesichts der zahlenmäßigen Übermacht der muslimischen Bevölkerung nur zum Nachteil der *pieds-noirs* ausgehen konnte. Sie hatten geglaubt, einen kompromisslosen Verteidiger der Algérie française zu unterstützen; anstatt dessen hatten sie einem «Verschleuderer des Empire» zur Macht verholfen. De Gaulles Rede offenbarte, dass der Verbleib Algeriens bei Frankreich für ihn nur eine untergeordnete Bedeutung hatte. Dringend war für ihn, den Konflikt so bald wie möglich zu beenden, damit er sich in seinen Augen wichtigeren Aufgaben zuwenden konnte: der Wiederherstellung der Großmachtstellung Frankreichs, der Modernisierung des Landes, der Stabilisierung der Institutionen der neuen Republik. Er war offenbar bereit, Algerien zu opfern, wenn dies der Durchsetzung seiner politischen Prioritäten entgegenkam.

Allerdings hatte de Gaulle in seiner Rede vom 16. September keineswegs versprochen, das Referendum über die Zukunft Algeriens umgehend abzuhalten. Zunächst mussten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, denn erst in einem vollkommen befriedeten Algerien konnten nach seiner Auffassung die Bewohner über ihr eigenes Schicksal entscheiden.

Solange die Unabhängigkeitskämpfer keinen Waffenstillstand schließen wollten, konnte die Volksabstimmung auch nicht stattfinden. Zudem hoffte der General, das Kräfteverhältnis im Konflikt definitiv zugunsten Frankreichs umzukehren, so dass er aus einer Position der Stärke heraus über die Zukunft Algeriens verhandeln könnte. Dabei hatte er nicht nur das Schicksal der europäischen Siedler im Auge, sondern auch und vor allem Frankreichs geostrategische Interessen in der Sahara. Dort hatte 1958 die Förderung von Erdöl begonnen; eine entscheidende Ressource, um die vom Staatspräsidenten angestrebte energiewirtschaftliche Unabhängigkeit Frankreichs zu erzielen. Und darüber hinaus diente die Sahara als Testgebiet für französische Nuklearwaffen, deren Entwicklung seit 1958 vorangetrieben wurde.

Aus diesem Grunde führte die Ankündigung des Staatspräsidenten, den Konflikt auf dem Wege einer Volksabstimmung bald zu beenden, paradoxerweise nicht etwa zu einer Reduzierung des französischen Kriegseinsatzes, sondern zu dessen Steigerung. Im Jahre 1960 befanden sich mehr Menschen als je zuvor (nämlich ca. 1,6 Millionen) in ca. 2100 Internierungs- und Umsiedlungslagern; nie zuvor waren so viele wehrpflichtige Soldaten im Kriegseinsatz in Algerien; in den Gefängnissen wurde unvermindert gefoltert, obwohl die Regierung dies verboten hatte. Die «Befriedung» des Territoriums, wie die Armee ihre Operationen benannte, schritt fort; der FLN war militärisch geschwächerter denn je. Für die Armee ebenso wie die *pieds-noirs* tat sich nun ein unüberbrückbarer Widerspruch auf: Man hatte den Eindruck, kurz vor einem militärischen Sieg zu stehen, doch drohte dennoch der Verlust Algeriens, da de Gaulle das Prinzip der Selbstbestimmung verkündet hatte. Überdies verbreitete sich eine manifeste Existenzangst unter den europäischen Siedlern, die ihre Tage in Algerien gezählt sahen. Denn wenn es zur Autonomie Algeriens unter der Vorherrschaft der muslimischen Bevölkerung käme, so ihr realistisches Kalkül, bliebe ihnen nur die Wahl zwischen «dem Koffer oder dem Sarg»: der Koffer, mit dem man in die Metropole fliehen würde; der Sarg, in dem man bei den zu erwartenden massiven Racheakten landen würde. Unter diesen Vorzeichen gingen die *pieds-noirs* zur Gewalt über, um ihren Widerstand gegen de Gaulles Politik zu manifestieren. Im Januar 1960 errichteten bewaffnete Aktivisten mitten in der Innenstadt von Algier Barrikaden, in der Erwartung, dass sich die Armee ihnen anschliesse und die Verteidiger der Algérie française erneut nationale Politik machen könnten, wie es ihnen am 13. Mai 1958 gelungen war. Diesmal allerdings leisteten die Soldaten dem Staatspräsidenten Gehorsam, indem sie sich in ihrer übergroßen Mehrheit den Rebellen nicht anschlossen und somit zum

Scheitern des Aufstands beitrugen. Die «Woche der Barrikaden» hatte das algerische Drama um einen neuen Konflikt verschärft: Die bewaffnete Opposition der *pieds-noirs* gegen de Gaulles Politik hatte die Sprengkraft, einen französischen Bürgerkrieg auszulösen.

Unterdessen hatte die Ankündigung eines Referendums nicht etwa dazu geführt, dass die Opposition gegen den Krieg innerhalb der Metropole abnahm. Je länger der Konflikt andauerte, je erfolgreicher die Armee den FLN bekämpfte, desto mehr Franzosen wandten sich gegen einen «Krieg, der nicht wagt zuzugeben, dass er einer ist», wie ihn Hubert Beuve-Méry in der Zeitung «Le Monde» charakterisierte.⁶⁴ Auf der Linken entstand eine neue politisch-soziale Strömung, die sich weder bei den Sozialisten noch bei den Kommunisten beheimatet fühlte und die ihre Identität in der emphatischen Unterstützung der algerischen Nationalbewegung fand. In den Augen dieser neuen Linken war der FLN das Fanal der «Dritten Welt», all derjenigen Völker, die Opfer des europäischen Kolonialismus geworden waren und sich von ihm zu befreien suchten. Für die Exponenten der antikolonialistischen Linken bestand der Grundwiderspruch der gegenwärtigen Ära nicht mehr zwischen Arbeitern und Kapitalisten, sondern zwischen Metropole und Peripherie, zwischen europäischen Ausbeutern und ihren Opfern in der «Dritten Welt». Zum Manifest dieser neuen politischen Strömung erwuchs das 1961 veröffentlichte Buch «Les damnés de la terre» (Die Verdammten der Erde) von Frantz Fanon, einem aus Martinique stammenden Arzt und Psychiater, der während seiner Berufstätigkeit in Algerien zu einem der eloquentesten Advokaten des Antikolonialismus herangereift war. Jean-Paul Sartre, der tonangebende linke Intellektuelle der Zeit, stellte dem Buch Fanons ein Vorwort voran, in dem er die Gewalt der antikolonialistischen Bewegung rückhaltlos rechtfertigte. «Der Kolonisierte heilt sich von der kolonialen Neurose, indem er den Siedler mit der Waffe verjagt», schrieb Sartre. «Zum Beginn einer jeglichen Revolte muss man töten: einen Europäer zu töten heißt, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, im gleichen Atemzug einen Unterdrücker und einen Unterdrückten zu vernichten. Es bleiben ein toter Mann und ein freier Mann übrig; der Überlebende fühlt zum ersten Mal einen *nationalen* Boden unter seinen Füßen.»⁶⁵

Vermehrt traten nun französische Bürger öffentlich dafür ein, dem eigenen Staat passiven oder aktiven Widerstand zu leisten, indem man den Kriegsdienst in Algerien verweigerte oder der Unabhängigkeitsbewegung aktive Unterstützung leistete. So deckte im Februar 1960 der französische Geheimdienst ein von dem Journalisten Francis Jeanson angeführtes Netz auf, das für den FLN in der Metropole Geld sammelte und gefälschte

Ausweise erstellte. Als der Strafprozess gegen die Mitglieder des «réseau Jeanson» begann, gingen im September 1960 121 Intellektuelle und Kulturschaffende – unter ihnen Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, der Komponist Pierre Boulez, die Schauspielerin Simone Signoret, der Filmregisseur François Truffaut – mit einem Manifest an die Öffentlichkeit, in dem sie den Widerstand gegen Frankreichs Kolonialkrieg zu einem gerechten und notwendigen Kampf erklärten. «Die Sache des algerischen Volks, das auf entscheidende Weise zur Zerstörung des kolonialen Systems beiträgt, ist die Sache aller freier Völker», hieß es in dem Appell. Der Aufruf zum militärischen wie zivilen Ungehorsam stieß allerdings bei anderen Geisteschaaffenden auf vehementen Widerspruch, so dass es – wie zu Zeiten der Dreyfus-Affäre – zu einem Krieg der Petitionen zwischen rivalisierenden Lagern kam. Auf das «Manifest der 121» antworteten am 7. Oktober 185 Intellektuelle – unter ihnen Jean Paulhan, Gabriel Marcel und Jules Romains – mit einem Aufruf, in dem sie die «Apologeten der Desertion» und die «Professoren des Verrats» scharf verurteilten.⁶⁶

Unterdessen ließ der internationale Kontext es immer problematischer erscheinen, die französische Herrschaft über Algerien aufrechtzuerhalten. So entließ Frankreich im Laufe des Jahres 1960 13 ehemalige afrikanische Kolonien in die Unabhängigkeit. Für diese Territorien hatte die Regierung zunächst eine Mischform zwischen französischer Souveränität und innerer Autonomie im Rahmen einer «Communauté» vorgesehen, musste aber angesichts des Drängens der Völker nach vollständiger Selbstständigkeit diesen Plan aufgeben. Vor diesem Hintergrund wirkte der Status Algeriens wie eine Anomalie, die vor der internationalen Öffentlichkeit kaum noch zu vertreten war. Am 19. Dezember 1960 kam die algerische Frage erneut vor die UN-Vollversammlung; und diesmal stimmte eine Zweidrittelmehrheit für eine Resolution, welche die Souveränität «des algerischen Volks» betonte und sein «Recht auf freie Selbstbestimmung und Unabhängigkeit» anerkannte.⁶⁷

Am 8. Januar 1961 kam es schließlich zu dem Referendum, das de Gaulle eineinhalb Jahre zuvor angekündigt hatte. Zur Abstimmung waren die Wählerinnen und Wähler des Mutterlands, der Überseedépartements und Algeriens aufgerufen. Diese wurden nicht danach befragt, welche künftige Gestalt Algeriens zwischen Föderation, Sezession und Integration sie bevorzugten, sondern lediglich danach, ob sie das Prinzip der algerischen Selbstbestimmung guthießen. Insgesamt erklärten sich 75 Prozent der Abstimmenden dafür; in Algerien waren es nur 70 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 59 Prozent. Zahlreiche muslimische Algerier waren der Empfehlung des FLN gefolgt und hatten die Abstimmung boykottiert,

während die *pieds-noirs* gegen die Selbstbestimmung votiert hatten. Drei Monate später gab Frankreichs Regierung bekannt, dass sie nun mit der «Provisorischen Regierung der algerischen Republik» über die Beendigung des Konflikts verhandeln werde. Diese Unterredungen fanden in einer höchst angespannten politischen Lage statt, stießen sie doch auf heftige Ablehnung bei Teilen der Armee sowie der *pieds-noirs*.

Was die Militärs in Algerien anbelangte, so hatten sie sich in den zurückliegenden Monaten immer weiter von de Gaulle entfernt. Sie sahen sich als die militärischen Sieger des Krieges und verstanden nicht, warum mit der Niederringung des gewaltsamen Aufstands nicht auch das algerische Problem als solches gelöst war. Vor diesem Hintergrund fassten sie es als einen Verrat an ihrem Einsatz und den erbrachten Opfern auf, wenn de Gaulle am 11. April 1961 bei einer Pressekonferenz erklärte: «Die Dekolonisation ist unser Interesse und konsequenterweise unsere Politik.»⁶⁸ Welchen Sinn hatte ihr Dienst in Algerien, so fragten sich viele Soldaten, wenn es nicht mehr um die Verteidigung der französischen Souveränität ging? Nur eine Minderheit von ihnen war allerdings bereit, mit dem radikalen Flügel (den sogenannten «Ultras») der *pieds-noirs* gemeinsame Sache zu machen und die Staatsführung offensiv herauszufordern. Diese Minderheit stand hinter dem Putsch, der in der Nacht vom 21. auf den 22. April von vier Generälen begonnen wurde, die allesamt in entscheidenden Positionen am Algerienkrieg teilgenommen hatten. Sie ließen das Regierungsgebäude, den Flughafen und das Waffendepot von Algier durch ein Fallschirmspringerregiment besetzen. Der Chef der Junta, General Maurice Challe, verurteilte die «Regierung der Preisgabe» in Paris und erklärte sich bereit, das französische Algerien mit allen denkbaren Mitteln zu verteidigen. Das Szenario des 13. Mai 1958 schien sich nur drei Jahre später zu wiederholen: Hohe Militärs versuchten, von Algier aus nationale Politik zu machen, die Exekutive zu entmachten und ihre eigenen Vorstellungen von der Zukunft Algeriens durchzusetzen. Und General Salan, der am 13. Mai 1958 das «Comité de salut public» angeführt und de Gaulle an die Macht gerufen hatte, befand sich nun unter den vier Anführern des Putsches gegen den Staatspräsidenten. Dessen Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Am 23. April trat de Gaulle in Generalsuniform vors Fernsehen und erteilte allen Franzosen den Befehl, sich gegen die Putschisten zu wenden und keine ihrer Anordnungen auszuführen. Die Anführer der Junta verhöhnte er als ein «Quartett von Generälen im Ruhestand», welche die «Welt und die Nation durch ihre Besessenheit entstellt» wahrnehmen würden. De Gaulle setzte den Artikel 16 der Verfassung in Kraft, der ihm im Falle eines Staatsnotstands außerordentliche Befugnisse gewährte. Seine Rede schloss

er mit dem pathetischen Ausruf: «Französinen, Franzosen, helft mir!»⁶⁹ Der kraftvolle Auftritt des Staatspräsidenten verfehlte nicht seine Wirkung: Die Armee blieb ganz überwiegend auf Seiten der Legalität und leistete den Putschisten keine Gefolgschaft; nach vier Tagen kehrten die Soldaten des rebellischen Fallschirmspringerregiments unter den Klängen des Chansons «Non, je ne regrette rien» in ihre Kasernen zurück.

Damit war der Versuch eines Staatsstreichs zwar gescheitert, aber die radikalen Verteidiger der Algérie française gaben nicht auf. In ihrem immer aussichtsloseren Einsatz für Frankreichs Souveränität griffen sie nun zur gleichen Taktik, mit der der FLN für die Unabhängigkeit kämpfte: Sie riefen eine Untergrundbewegung ins Leben, die mit Bombenattentaten, Erschießungen, mit Terror ihre Stimme erhob. Diese nannte sich «Organisation armée secrète» (OAS) und berief sich so auf die Tradition des französischen Widerstands, der ebenso mit Mitteln des Guerillakriegs für seine Sache gekämpft hatte. Die OAS vereinte die Netzwerke radikalierter *pieds-noirs* sowie antigauillistische Soldaten wie General Salan, fand aber auch Unterstützung unter Spitzenpolitikern wie Jacques Soustelle und Georges Bidault, die jeglichen Kompromiss mit der Unabhängigkeitsbewegung ablehnten. Die Strategie dieser Desperados der Algérie française war es, die politische Situation derart zu destabilisieren, dass die soeben begonnenen Verhandlungen mit dem FLN und damit die gesamte gaullistische Politik der algerischen Selbstbestimmung scheiterten.

Auf diese Weise trat der Algerienkrieg im Sommer 1961 in seine dramatischste Phase ein und nahm durch das Auftreten der OAS noch stärker den Charakter eines innerfranzösischen Bürgerkriegs an. Der Terror dieser Organisation zielte sowohl auf muslimische Algerier als auch auf liberale *pieds-noirs* ab, die zu einem Ausgleich mit dem FLN bereit waren. «Da alle Formen der legalen Opposition uns Schritt für Schritt genommen wurden, bleibt uns nur die Untergrundtätigkeit, um unsere unveräußerlichen Rechte in einem Moment zu verteidigen, als die Staatsmacht sich entgegen allen feierlichen Verpflichtungen darauf vorbereitet, Algerien an die totalitären und prokommunistischen Mörder des FLN auszuliefern», hieß es in einem Kommuniqué der OAS.⁷⁰ Doch beschränkten sich die OAS-Aktivitäten nicht nur auf Algerien, auch in der Metropole, besonders in Paris, starben Menschen bei Bombenattentaten. Das höchste Ziel der Terrorgruppe war es allerdings, de Gaulle umzubringen, um dessen wahrgenommenen Verrat an der Algérie française zu rächen und seinem in ihren Augen unheilvollen politischen Wirken ein Ende zu setzen. Am 9. September 1961 entkam dieser nur knapp einem Attentat bei Pont-sur-Seine.

Seitens des FLN nahm die Gewaltanwendung nicht etwa ab, weil Ver-

handlungen mit der französischen Regierung begonnen hatten. Vielmehr verstärkte er seine Attentate insbesondere in der Metropole, um aus einer Position der Stärke seinen Verhandlungspartnern entgegenzutreten. Rückhalt fand die Unabhängigkeitsbewegung bei den ca. 350 000 algerischen Einwanderern, die ganz überwiegend seit Beginn des Krieges in die Metropole gekommen waren und von denen etwa die Hälfte Mitglieder des FLN waren. Die französischen Sicherheitskräfte unternahmen ihrerseits große Anstrengungen, um die algerischen Einwanderer zu kontrollieren und potenzielle Unruhestifter zu isolieren. Auch im Mutterland wurden Gefangenenlager eröffnet, in denen um 1960 über 10 000 Algerier festsaßen.⁷¹ An der Spitze der Pariser Polizei fand der FLN in der Person des Präfekten Maurice Papon einen Widerpart, der zum Einsatz aller Mittel bereit war, um die öffentliche Ordnung zu bewahren und die politischen Aktivitäten der Unabhängigkeitsbewegung zu ersticken. Er nahm algerische Muslime (analog zu den Hilfssoldaten in Algerien *Harkis* genannt) in seine Polizeikräfte auf, damit er besseren Zugriff auf Informationen aus dem Einwanderermilieu hatte. Die *Harki*-Polizisten wiederum waren die bevorzugte Zielscheibe von Attentaten des FLN, der in ihnen nichts anderes als Verräter am nationalen Kampf des algerischen Volks erblicken konnte. Am 5. Oktober 1961 erließ der Polizeipräfekt eine nächtliche Ausgangssperre gegen algerische Einwanderer, da er deren politische Aktivitäten unterbinden wollte. Um gegen diese Maßnahme zu protestieren, versammelten sich in der Nacht vom 17. Oktober zahlreiche Algerier auf den Straßen von Paris. Maurice Papon hatte – mit dem Placet des Staatschefs – seinen Polizisten freie Hand für jedwede Form von Repression illegaler Demonstrationen gegeben. So geschah mitten in der Hauptstadt eines der blutigsten Massaker des Krieges, bei dem eine bis heute nicht eindeutig geklärte Anzahl von Algeriern – Schätzungen gehen von 98 bis über 200 – ums Leben kam. Polizisten schossen blindlings in die Menge, erschlugen Demonstranten mit Schlagstöcken und warfen sie in die Seine. Unmittelbar nach den Ereignissen kam es zu einer erregten Debatte im Parlament; danach aber geriet das Massaker in Vergessenheit und wurde erst seit den 1990er Jahren erforscht und aufgearbeitet, typisch für den Umgang mit zahlreichen Vergehen des Algerienkriegs.⁷²

Erst im März 1962 kamen die Verhandlungen zwischen der Kolonialmacht und dem FLN zum Abschluss. Die nach dem Verhandlungsort benannten «Evian-Verträge» sahen einen Waffenstillstand für den 19. März 1962 vor. Daraufhin sollten alle Gefangenen freigelassen und auf beiden Seiten eine Amnestie ausgesprochen werden. Die Regierungsgewalt in Algerien sollte, sobald die französische Bevölkerung den Vertrag ratifiziert

hatte, an eine provisorische Exekutive – bestehend aus jeweils einem Vertreter des FLN und der französischen Regierung – übergehen. Spätestens nach sechs Monaten sollte die algerische Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie die Unabhängigkeit von Frankreich wollte. De Gaulle hatte zwar sein Ziel, die Sahara unter französischer Souveränität zu behalten, nicht durchsetzen können. Doch falls es zur Unabhängigkeit Algeriens käme, würde Frankreich über fünf Jahre seine Atomwaffentestanlagen in der Sahara weiter nutzen dürfen. Am Ende des achtjährigen Dramas standen die Deutungen auf französischer und algerischer Seite einander diametral entgegen: Frankreich blickte auf einen Konflikt zurück, der um den Preis der moralischen Selbstaufgabe militärisch gewonnen worden war, aber aus politischen Gründen verloren ging. Algerien hingegen feierte die Selbstbefreiung vom Joch der kolonialen Unterdrückung und die Geburtsstunde einer neuen Nation.

Faktisch markierte der 19. März 1962 nicht das Ende des Krieges, denn mit der OAS sah sich einer seiner Akteure nicht an den Waffenstillstand gebunden. Die Terrororganisation setzte mit gesteigerter Intensität ihren bewaffneten Kampf für die *Algérie française* fort. Ihre Strategie war es nun, mit Angriffen auf die französische Armee ebenso wie auf muslimische Algerier die Einhaltung der Waffenruhe zu verhindern. Algerien sollte in einer ständigen Unsicherheit gehalten werden, um die europäischen Siedler zu einem bewaffneten Aufstand anzustacheln. Die OAS fand bei den *pieds-noirs* immer stärkere Unterstützung, verloren diese doch durch den Abzug der französischen Armee ihren Beschützer, ebenso wie sie in einem algerischen Nationalstaat keine Zukunft für sich sehen konnten. Das Viertel Bab el-Oued von Algier hatten die OAS und ihr nahestehende *pieds-noirs* zu einer hochbewaffneten Festung ausgebaut, die kurz nach dem Waffenstillstand durch die Armee geräumt werden sollte. So kam es am 26. März 1962 in der rue d'Isly zur ersten zwischen der Armee und europäischen Siedlern ausgetragenen Straßenschlacht des Algerienkriegs, die über 60 Menschen das Leben kostete.

Nachdem die französische Bevölkerung die Evian-Verträge im Referendum vom 8. April 1962 mit einer überwältigenden Mehrheit von 90 Prozent angenommen hatte, ging die OAS zu einer immer grenzenloseren Zerstörung über, mit dem Ziel, in Algerien «verbrannte Erde» zurückzulassen. Insbesondere die Studenten Algiers erwiesen sich als eine wichtige Ressource der Untergrundorganisation. Der bewaffnete Kampf in der OAS erschien ihnen nicht mehr nur als die letzte Hoffnung der *Algérie française*, sondern auch als eine Chance, sich für die Terrorakte des FLN zu rächen und ihren Hass gegenüber der arabo-muslimischen Bevölkerung

mit wahllosen Tötungen auszuleben.⁷³ In die Zange genommen durch Gewalt von allen Seiten, der französischen Armee, der OAS und den algerischen Nationalisten, die nach wie vor europäische Siedler mit Erschießungen und Attentaten einschüchterten, ergriffen nun die *pieds-noirs* die Flucht und verließen im Sommer des Jahres 1962 das Land. Innerhalb weniger Wochen endete die 130 Jahre lange Geschichte der europäischen Kolonisierung Algeriens, als eine Million *pieds-noirs* ihre Heimat zurückließen und sich mit wenigen Koffern bepackt auf den Weg in die Metropole machten. Dort wurden sie mit Skepsis, vielfach mit Ablehnung empfangen, galten sie doch unter zahlreichen Franzosen des Mutterlands als die halsstarrigen Mitverursacher eines Dramas, das die Nation seit acht Jahren in Bann hielt.⁷⁴

Während die Siedler europäischer Herkunft zwar nicht ihre Heimat und ihren Besitz, so doch ihr Leben retten konnten, wartete ein grausameres Schicksal auf die *Harkis*, die muslimischen Algerier, die sich als Hilfstruppen für die französische Armee engagiert hatten. Aus der Perspektive der Nationalisten des FLN gab es für diese Verräter keinen Platz in dem entstehenden algerischen Staat. Wissend um die Lebensgefahr, die den *Harkis* seit dem Waffenstillstand drohte, hatten zahlreiche französische Militärs sich dafür eingesetzt, sie beim Rückzug ihrer Truppen nach Frankreich zu transportieren und so in Sicherheit zu bringen. Doch die Regierung untersagte es ausdrücklich, muslimische Hilfstruppen ins Mutterland zu evakuieren. Noch ein letztes Mal legte Frankreich ein Zeugnis von seiner zutiefst rassistisch geprägten Algerienpolitik ab: Während die Siedler europäischer Herkunft als «rapatriés» – als «Aussiedler» – behandelt wurden, gewährte man den muslimischen Algeriern, die für die Kolonialmacht ihr Leben riskiert hatten, nicht den gleichen Status. Sie galten nun als ein Problem, das von dem kommenden algerischen Nationalstaat zu regeln war. Wahrscheinlich wurden 60 000 bis 70 000 *Harkis* im Sommer 1962 massakriert, nachdem die französische Armee sie in Algerien zurückgelassen hatte. Nur etwa 15 000 von ihnen gelang es, nach Frankreich zu entkommen und so ihr Leben zu retten – dank des Einsatzes französischer Soldaten, die sich dem Befehl ihrer Regierung widersetzen.

Als am 1. Juli 1962 in Algerien über die Unabhängigkeit abgestimmt wurde, hatten bereits zahllose europäische Siedler das Land verlassen: Eine überwältigende Mehrheit von 99,5 Prozent besiegelte das Ende der französischen Souveränität. Nun, wo der Krieg vorbei war, schien die französische Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit das achtjährige Drama so bald wie möglich vergessen zu wollen. Bei einer Umfrage im Dezember 1962 nannten nur zehn Prozent der Befragten das Ende des Algerienkriegs als das

«wichtigste Ereignis des Jahres».⁷⁵ Das Land befand sich auf dem Höhepunkt des wirtschaftlich-sozialen Aufschwungs der Nachkriegszeit, und die Franzosen hatten nun andere Prioritäten, als sich noch länger mit einem Konflikt auseinanderzusetzen, dessen Sinn viele von ihnen nie begriffen hatten. Hingegen bemühten sich die *pieds-noirs* in ihren Interessenverbänden und Vereinen, die Erinnerung an 130 Jahre französischer Präsenz in Algerien wachzuhalten. In ihrer tief empfundenen Heimatverbundenheit und Traditionspflege wirkten sie verstörend, ja teils abstoßend auf die Mehrheitsgesellschaft – in dieser Hinsicht vergleichbar mit der Rolle der «Heimatvertriebenen» in der Bundesrepublik.⁷⁶ Als glühende französische Patrioten mit konservativen Werten fand ein Großteil der *pieds-noirs* keine politische Heimstatt unter den etablierten Parteien, stand doch der von ihnen verachtete de Gaulle an der Spitze der führenden Formation der gemäßigten politischen Rechten. Vor diesem Hintergrund wurden sie zu einer wichtigen, ja entscheidenden Ressource des Nationalismus der extremen Rechten, der sich seit den 1970er Jahren um Jean-Marie Le Pen herausbildete.⁷⁷

Mit dem chaotischen Exodus der *pieds-noirs* endete der moderne französische Kolonialismus 1962 ähnlich konzeptionslos, wie er 1830 begonnen hatte. Frankreich hatte Algerien damals handstreichartig ohne weitergehende strategische Absichten erobert; 132 Jahre später ging es in einem schier endlosen Krieg verloren, dessen Ziele immer unklarer geworden waren. Aus heutiger Perspektive wirken die Slogans von der «zivilisatorischen Mission» der Kolonisierung wie der erfolglose Sinngabungsversuch eines Unternehmens, das von Anfang an einer tief in der Gesellschaft verankerten Motivation entbehrte. Letztlich hatte die Idee eines weltumspannenden Empires nie die französische Bevölkerung in ihrer Mehrheit begeistern können, nahmen doch die Bürger ihr eigenes Leben in einem viel beschränkteren Horizont wahr. Nur eine kleine, allerdings politisch gut organisierte Minderheit hatte wirklich von der Kolonisierung profitieren können.

Für Frankreichs politische Ordnung und Gesellschaft hatte der Algerienkrieg gravierende Folgen: Erstens konnte sich durch den Krieg und den erfolgreichen Abschluss der Evian-Verträge die Fünfte Republik mit ihren neuen Institutionen stabilisieren. Die manifesten Herausforderungen, denen sich die Staatsmacht durch die Unbeugsamkeit des FLN, den Ungehorsam eines Teils des Militärs und den Terrorismus der OAS ausgesetzt sah, legitimierten im Nachhinein den Verfassungswechsel, der dem Staatspräsidenten eine entscheidende Rolle zugewiesen hatte. De Gaulles Position wirkte konsolidiert, da er stets eine starke Exekutive als die angemessene Staatsform für Frankreich gefordert hatte. Durch die Beendigung

des Algerienkriegs vermochte er es, seinen Mythos als Retter Frankreichs in extremen Notsituationen erneut zu bestätigen. Zweitens führte die Opposition gegen den Algerienkrieg zu einer Transformation der französischen Linken, in der sich nun neben den bis dahin dominanten sozialistischen und kommunistischen Strömungen eine dritte etablierte, die sich durch den Antikolonialismus und die Solidarität mit der «Dritten Welt» definierte.⁷⁸ Diese neue, weder vom Sozialismus noch vom Kommunismus erfasste Linke sollte vier Jahre später im Mai 1968 zu historischer Wirksamkeit gelangen. Drittens gestattete die Beendigung des algerischen Dramas es Frankreich, in der internationalen Arena eine selbstbewusstere Rolle zu spielen. Sein Festhalten an der nordafrikanischen Kolonie hatte dem Land viel internationale Kritik beschert und seine selbstempfundene Identität als Heimstatt der Freiheit und Gleichheit schwer beschädigt. Erst nachdem er von dem Ballast des Algerienkriegs befreit war, konnte de Gaulle sein Projekt in Angriff nehmen, Frankreich als eigenständigen Spieler im Blockkonflikt der Supermächte zu etablieren. Viertens hatte der Algerienkrieg mit seiner exzessiven Gewalt zwischen Armee und FLN, seiner extremen Verfeindung zwischen Siedlern und muslimischen Algeriern tiefe, bis heute wirksame Folgen für das Verhältnis zwischen Franzosen europäischer Herkunft und nordafrikanischen Einwanderern. Letzteren begegnete man in Frankreich mit unverhohlener Skepsis, ja Ablehnung, sah man in ihnen doch die Verkörperung des einstigen Kriegsgegners. Und die algerischen Einwanderer taten sich schwer damit, Frankreich als ihre Heimat zu akzeptieren; nicht nur wegen der unfreundlichen Aufnahme durch die einheimische Bevölkerung, sondern auch, weil das Land für sie untrennbar mit der Erfahrung kolonialer Gewalt verbunden war.⁷⁹ Fünftens veränderte sich mit dem Ende des Algerienkriegs die kollektive Identität des Landes, das sich nun nicht mehr als ein transkontinentales Reich, sondern nur noch als eine europäische Nation präsentieren konnte. Die Zeiten der grenzenlosen «plus grande France» waren endgültig vorbei; erst jetzt begann man von Frankreich als einem kontinentalen «Hexagon» zu sprechen, dessen Geschichte sich wesentlich in Europa abgespielt hatte. Das kollektive Vergessen, das Auslöschen der kolonialen Vergangenheit hatte begonnen.⁸⁰

VIERTER TEIL

Vom Boom zur Krise 1962–1981

Das Ende des Algerienkriegs markiert eine wichtige Zäsur in der Geschichte Frankreichs nach 1945: Zum ersten Mal seit 1939 befand sich das Land im Frieden, nachdem mit dem Indochina- und dem Algerienkrieg zwei Dekolonisierungskonflikte nahtlos auf den Zweiten Weltkrieg gefolgt waren. Indem Frankreich die größte europäische Siedlungskolonie in Afrika aufgab, trat es in die Normalität der europäischen Nationalstaaten ein, die – mit Ausnahme Portugals – ihre Dekolonisierung im Wesentlichen bereits hinter sich gebracht hatten. Staatschef de Gaulle forderte die Franzosen auf, unter das Zeitalter der Kolonisierung einen klaren Schlussstrich zu ziehen: Diese habe einst «ihre Verdienste und ihren Ruhm» gehabt, sei aber in der heutigen Zeit nur noch «sinnlos und obsolet».¹ Die Außenpolitik Frankreichs zielte von nun an nicht mehr auf die militärische Bewahrung eines weltumspannenden Empires ab, sondern versuchte mit friedlichen Mitteln internationalen Einfluss auszuüben. Auch im Hinblick auf die verfassungsmäßige Ordnung kann 1962 als ein Eckdatum begriffen werden: Das politische System erfuhr in diesem Jahr seine letzte fundamentale Veränderung, indem die Direktwahl des Staatspräsidenten eingeführt wurde. Seitdem ist es in seinen Kernelementen bis heute bestehen geblieben. Nach dem Frieden in Algerien konnte sich das politische System konsolidieren, das sich in den Jahren zuvor in einem permanenten Ausnahmezustand befunden hatte, gekennzeichnet von wiederholten Herausforderungen der Staatsmacht – vom Aufstand des 13. Mai 1958 über den gescheiterten Militärputsch vom 22. April 1961 bis hin zum Terror der OAS. Erst jetzt konnte in Frankreich ein friedliches innenpolitisches Leben beginnen, in dem nicht mehr mit bewaffneten Anfechtungen der politischen Ordnung zu rechnen war. Der Staatspräsident stellte die kommende Ära unter den Leitbegriff des Fortschritts: In allen Domänen, von der Demographie über die sozialen Beziehungen, die Technik und die Wissenschaft bis zur internationalen Stellung des Landes, solle der Fortschritt der «Ehrgeiz der Nation» sein.²

Für die Zeitgenossen waren die frühen 1960er Jahre allerdings keineswegs nur von den Ereignissen in Algerien charakterisiert. Sie erlebten

Frankreich auf dem Höhepunkt einer bis dahin ungekannten Wachstumsphase, die alle Lebensbereiche erfasste. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 1962 um 6,8 Prozent, in Staatsunternehmen wie Renault wurde die vierte Urlaubswoche eingeführt, in Le Havre lief mit der «France» der größte Passagierdampfer der Welt vom Stapel. Frankreich befand sich mitten im «Babyboom», der für das Land auch und vor allem eine Phase der tiefen sozio-ökonomischen Transformation war. In dieser Periode verringerte sich das Gewicht der charakteristischen, im europäischen Vergleich besonderen Aspekte des Landes – wie etwa der zentralen Rolle der Landwirtschaft –, so dass Frankreich seinen Nachbarstaaten ähnlicher wurde. Eine moderne Konsumgesellschaft sowie eine Massenkultur begannen sich auszuprägen, deren zentrales Medium das Fernsehen war.

13. Frankreich um 1965:

Auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms

Im Jahre 1979 erschien in Frankreich ein Buch des bekannten Ökonomen Jean Fourastié unter dem Titel «Les trentes glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975». Mit seinem Buchtitel wandelte der Autor den feststehenden Ausdruck der «trois glorieuses» ab, der in Frankreich jene drei «glorreichen» Julitage des Jahres 1830 bezeichnet, in denen der ultrakonservative König Karl X. von einer Revolution gestürzt und durch den liberalen «Bürgerkönig» Louis Philippe ersetzt wurde. Wie im Jahre 1830 hatte Frankreich, so die Botschaft des Ökonomen, gerade eine Revolution hinter sich gebracht, allerdings keine blitzartige politische Umwälzung, sondern eine sich über drei Jahrzehnte hinziehende sozio-ökonomische Transformation, die das Land in seinen Strukturen tief verändert hatte. Für Fourastié waren diese 30 Jahre so glanzvoll, weil ein vielerorts noch unterentwickeltes Land mit prekären Lebensbedingungen sich mit rasanter Geschwindigkeit in ein Stadium hoher Entwicklung und materiellen Komforts gebracht hatte. Fourastiés Formulierung von den «glorreichen» drei Nachkriegsjahrzehnten ist mittlerweile in den Alltagssprachgebrauch übergegangen, um diese Jahre beschleunigten Wachstums und materiellen Fortschritts zu charakterisieren.¹

Ein fundamentaler Indikator für die neugewonnene expansive Dynamik Frankreichs war für Fourastié die Demographie. Ein Land, dessen Bevölkerung seit 1890 nicht mehr gewachsen war, hatte seit den 1940er Jahren einen rapiden Zuwachs verzeichnen können. Innerhalb von 20 Jahren hatte sich die Bevölkerung um fast 10 Millionen von 39,6 Millionen

im Jahre 1945 auf 48,7 Millionen im Jahre 1965 vergrößert. Das demographische Wachstum war vor allem drei Faktoren geschuldet: Zum einen war dafür eine Geburtenrate verantwortlich, die von weniger als zwei Kindern pro Frau vor dem Zweiten Weltkrieg auf annähernd drei Kinder pro Frau in den 1950er Jahren angestiegen war.² Zweitens war die Kindersterblichkeit von ca. 70 Todesfällen pro 1000 Geburten im Jahre 1945 gesunken auf nur ca. 10 pro 1000 Geburten 20 Jahre später. Flächendeckend hatten sich die hygienischen Verhältnisse, das Gesundheitsbewusstsein und die ärztliche Versorgung derart verbessert, dass nur noch eine verschwindend geringe Anzahl von Kindern nach der Geburt starb. Der Babyboom der Nachkriegsjahre veränderte auf radikale Weise die Bevölkerungsstruktur, denn diese bestand nun zu einem viel größeren Teil aus Jugendlichen. Die Anzahl von jungen Menschen über 14 Jahren, die sich in einer Schul- oder Hochschulausbildung befanden, hatte sich seit 1945 versechsfacht.³ Der dritte für das Bevölkerungswachstum verantwortliche Faktor war die Einwanderung insbesondere aus Italien, Spanien, Portugal und Algerien, die zu einem Zuwachs von ca. vier Millionen Einwohnern zwischen 1945 und 1965 führte.

Kein anderer Lebensbereich wurde so sehr von der Entwicklungsdynamik der Nachkriegsjahre erfasst wie der ländliche Raum. Die einst fast statisch anmutende Welt der französischen Provinz hatte sich innerhalb weniger Jahre radikal verändert. Noch 1945 wohnte knapp die Hälfte der französischen Bevölkerung auf dem Land und ein Drittel ernährte sich von der Landwirtschaft. 1956 waren nur noch 25 Prozent der Bevölkerung Landwirte; bis 1966 verringerte sich die Zahl auf 17 Prozent. Während die Anzahl der Bauern abnahm, erhöhte sich gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion. Denn die über Jahrhunderte auf dem Lande vorherrschende Lebensform der Subsistenzwirtschaft verschwand innerhalb dieser Jahre völlig und machte einer mit technisierten Mitteln arbeitenden hochproduktiven Agrarwirtschaft Platz. Der moderne, gut ausgebildete und marktorientierte Landwirt trat an die Stelle des selbstversorgenden Bauern, der seine Kenntnisse lediglich vom eigenen Vater bezogen hatte. Traktoren ersetzten Ochse und Pferd; chemischer Dünger den zuvor verwendeten Tiermist; industriell produzierte Samen das selbst erzeugte Saatgut. 1946 bedurfte es noch 7,4 Millionen in der Landwirtschaft Arbeitender, um eine Bevölkerung von 40 Millionen zu ernähren; hingegen reichten 1968 drei Millionen landwirtschaftlich tätige Menschen aus, um knapp 50 Millionen zu ernähren.⁴ Hatte die typische Bauernfamilie des Jahres 1945 in frugaler Bescheidenheit, meist ohne fließendes Wasser und abgeschnitten von den urbanen Zentren gelebt, so waren die meisten Landwirte des Jahres 1965

mit allen Attributen des modernen Lebens ausgestattet und in die Konsumgesellschaft integriert. Der Staat hatte zu dieser radikalen Transformation des ländlichen Raums einen gewichtigen Beitrag geleistet: Für jedes Département hatte man die optimale Größe eines profitablen Betriebs definiert; älteren Bauern wurde der Weg in den Ruhestand finanziell erleichtert, ihre Ländereien aufgekauft und an jüngere Landwirte abgegeben.

Das Ende der Subsistenzwirtschaft und der Rückgang landwirtschaftlicher Beschäftigung führten dazu, dass immer mehr Franzosen vom Land in die Städte zogen. Zwischen 1946 und 1968 verließen jährlich im Durchschnitt 100 000 Menschen das rurale Frankreich;⁵ ein Prozess, der vielfach als das Ende jahrhundertealter Lebensformen und tiefgreifender Kulturverlust wahrgenommen wurde. «Einer nach dem anderen verlassen sie das Land, verdienen sich ihr Leben weit entfernt von dem Fleck, wo sie geboren wurden», sang der Chansonnier Jean Ferrat 1964 in seinem Lied «La Montagne». «Die Alten konnten nur von Hand Mauern bis auf die Hügel bauen, sie hatten das Herz am rechten Fleck, wenn auch so knorrig wie die Reben. Die Jungen werden nun Polizisten sein oder Beamte, kein Grund, sich Sorgen zu machen bis zur Rente. Man muss wissen, was man will im Leben, im Häuserblock wohnen mit Hormonhähnchen auf dem Tisch.» Trotz aller Unkenrufe kam es nicht zu einer raschen Verödung des ländlichen Raums: Denn als der «Exodus aus dem Lande» zu Beginn der 1970er Jahre aufhörte, lebte immerhin noch ein Drittel aller Bürger in ländlichen Gemeinden. Die nachhaltige Transformation und Modernisierung Frankreichs machte es möglich, dass man weiterhin auf dem Lande leben konnte, aber ganz anderen Beschäftigungen als der Landwirtschaft nachgehen konnte. Die erhöhte Mobilität durch die Verbreitung des Automobils sowie die Expansion der Wirtschaft ermöglichten es Landbewohnern, in naheliegenden urbanen Zentren zu arbeiten.

Was den Städtebau anbelangte, so war Frankreichs Aufholbedarf besonders hoch, denn in der Vorkriegszeit waren vergleichsweise wenige Wohnungen gebaut worden (zwischen 1935 und 1939 nur etwa 70 000 pro Jahr). Die Grundfläche der Städte hatte sich nur wenig verändert, so dass neuhinzugezogene Menschen sich in überfüllte Innenstadtwohnungen zwängen mussten, anstatt neuen Wohnraum beziehen zu können. Überdies waren während des Zweiten Weltkrieges eine Million Wohnungen zerstört worden. Der Komfort einer Vielzahl von Unterkünften war noch zu Beginn der 1950er Jahre minimal: So waren Innentoiletten nur in einem Viertel aller Wohnungen vorhanden; fast die Hälfte waren nach offizieller Definition «überbevölkert», das hieß, fünf Menschen oder mehr lebten in einer Zweizimmerwohnung. An den Stadträndern gab es

noch bis in die 1960er Jahre sogenannte «bidonvilles»; selbsterrichtete Hütten- und Barackenstädte, in denen zumeist Einwanderer unter prekären hygienischen Bedingungen lebten. Seit Kriegsende ging der Wohnungsbau mit rapider Geschwindigkeit voran, wurden doch zwischen 1945 und 1975 jährlich zwischen 200 000 und 445 000 neue Unterkünfte geschaffen. Im Jahre 1976 rissen Bulldozer an der «Digue des Français» in Nizza die letzten «bidonvilles» des Landes nieder.⁶ Es entstanden nun auf dem Reißbrett geplante Satellitenstädte, deren Wohnungen mit allem modernen Komfort ausgestattet waren. Beispielhaft hierfür war das Großprojekt der «Grande Borne» in der Pariser Vorstadt Suresnes, das 11 000 Menschen in kreis- und schlangenförmigen Großbauten standardisierten Wohnraum bot.

Mit dem relativen Bedeutungsrückgang der Landwirtschaft, dem Auszug aus dem Lande und der verstärkten Urbanisierung durchlief Frankreich somit erst in den 1950er und 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts Prozesse, die in anderen Ländern wie Großbritannien, Deutschland und den USA bereits seit vielen Jahrzehnten abgeschlossen waren. Diese gewisse Verspätung Frankreichs bedeutete aber auch, dass das Ende einer noch stark agrarisch geprägten Ökonomie in einen Zeitraum fiel, in dem sich die kapitalistischen Gesellschaften des Westens bereits in einer tiefgreifenden Veränderung befanden: Der Dienstleistungssektor expandierte nun stärker als der industrielle Sektor und gewann schrittweise die Oberhand. Von den vielen Bürgern, die im Frankreich der 1950er und 1960er Jahre die Landwirtschaft verließen, gingen zahlreiche in die Industrie, aber noch mehr Menschen fanden im Handel, in Banken und Versicherungen sowie in der Verwaltung neue Arbeit. Nur für einen kurzen Zeitraum zwischen 1955 und 1965 war die Industrie der wichtigste Beschäftigungssektor der Franzosen; schon 1966 bildeten die Dienstleistungen den Wirtschaftszweig, in dem die meisten Menschen beschäftigt waren. Diese Tendenz war besonders bei Frauen ausgeprägt, die überwiegend von der Landwirtschaft in Dienstleistungsberufe gingen.⁷

Im gleichen Maße veränderte sich die Arbeitswelt in den Industriebetrieben: Die Anzahl der Arbeiter stieg zwar nur noch geringfügig an (von 33 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1954 auf 37 Prozent 1968), doch kam es innerhalb der Arbeiterschaft zu einer stärkeren Differenzierung: Um 1965 bestand noch gut die Hälfte der Arbeiter aus sogenannten «Ouvriers spécialisés», also angelernten Kräften, die standardisierte Tätigkeiten wie Fließbandarbeit verrichteten.⁸ Unter diesen bildeten jetzt Frauen und Einwanderer die Mehrheit. Zugleich nahm die Anzahl von gut ausgebildeten Arbeitnehmern mit technischen Qualifikationen zu. Von

einer homogenen, annähernd gleichen Arbeitsbedingungen ausgesetzten Arbeiterklasse konnte weniger denn je die Rede sein.

Unterdessen expandierte in den «Trente glorieuses» eine neue Bevölkerungsschicht, die man in Frankreich als die «cadres» bezeichnet. Es handelt sich dabei um Angestellte mit Leitungsfunktionen, die von ihrem Arbeitgeber mit bestimmten Privilegien, wie etwa einer zusätzlichen Kranken- und Rentenversicherung, ausgestattet wurden. Als gesellschaftliche Gruppe waren die «cadres» stark ausdifferenziert, indem sie Angestellte im mittleren Management bis hin zu den Führungseliten der großen Unternehmen vereinten, die oft aus Elitehochschulen für Ingenieure und Betriebswirte hervorgegangen waren und einen entsprechenden Korpsgeist angenommen hatten. Die «cadres» unterschieden sich ebenso deutlich von der Arbeiterschaft wie vom etablierten Besitzbürgertum und wurden insofern von den herkömmlichen sozialen Interessenverbänden nicht erfasst. Da sie im sozialen Dialog ihre spezifischen Anliegen vertreten wollten, hatten sie bereits 1944 mit der «Confédération générale des cadres» (CGC) ihre eigene Gewerkschaft ins Leben gerufen. Diese Angehörigen des gehobenen Mittelstands waren stolz auf die Insignien ihres kulturellen Status, vom eigenen Büro über den Dienstwagen bis hin zum Eigenheim in den Vorstädten, und prägten somit ihre charakteristische, von entschlossener Modernität und Zukunftsgewissheit gekennzeichnete Lebenswelt aus.⁹

Nicht nur die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen, sondern auch die Geschlechterrollen hatten sich in den zurückliegenden Jahren dynamisch verändert. Nach dem Krieg war die Erwerbstätigkeit von Frauen zunächst auf einen historischen Tiefstand gesunken. Während vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ca. 40 Prozent der Frauen am Arbeitsmarkt teilgenommen hatten, waren es zum Ende der 1940er Jahre nur 33 Prozent. Dies hing damit zusammen, dass Frauen heimgekehrten Soldaten und Kriegsgefangenen oft den Arbeitsplatz überlassen mussten, den sie während des Krieges übernommen hatten.¹⁰ Ganz im Sinne der vorherrschenden geburtenfreundlichen Geisteshaltung sollten sie sich wieder auf eine häusliche Rolle konzentrieren, der Familiengründung widmen und so an der nationalen Aufgabe der Bevölkerungsvermehrung mitwirken. Staatliche Maßnahmen verstärkten diese Tendenz, wie etwa das Unterstützungsgeld für Alleinverdiener, das allen Familien gewährt wurde, in denen nur ein Ehepartner (in aller Regel der Mann) erwerbstätig war. In politischen Debatten wurden die Frauen dazu aufgefordert, ihre neu gewonnenen Staatsbürgerrechte rollengerecht wahrzunehmen, indem sie sich für die bestmögliche Familienpolitik einsetzten.¹¹

Eine fundamentale Herausforderung dieses Frauenbilds, das Frauen auf ihre angeblich biologisch vorgegebene Rolle als Gebärerinnen und Erzieherinnen festlegte, bedeutete das Buch «Le deuxième sexe» (1949, deutscher Titel: «Das andere Geschlecht») der Philosophin Simone de Beauvoir. Die leitende These der Autorin erlangte einen geradezu sprichwörtlichen Bekanntheitsgrad: «Man kommt nicht als Frau zur Welt, sondern man wird zu einer. Keine biologische, psychische, wirtschaftliche Bestimmung liegt der Gestalt zugrunde, die in der Gesellschaft das weibliche menschliche Wesen annimmt.»¹² Für Simone de Beauvoir war das Geschlecht eine rein soziokulturelle Kategorie, die sich auf keine natürlichen Prägefaktoren bezog. Somit sei die Rolle als Mutter und Erzieherin der Frau nicht biologisch vorgegeben, sondern gesellschaftlich zugewiesen. Das Buch löste einen Skandal aus, nicht nur weil es vorherrschende Geschlechterbilder infrage stellte, sondern auch in ungewohnter Offenheit die weibliche Sexualität untersuchte. «Le deuxième sexe» wurde damals allerdings nicht zum Ausgangspunkt einer kollektiven Bewegung zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse, sondern wirkte vor allem auf individueller Ebene, indem es auf zahlreiche Frauen als Inspirationsquelle wirkte. Sie verstanden das Buch als Aufforderung, sich aus festgefügtten Geschlechterrollen zu befreien, ein anderes Schicksal als das der Mutter und Ehefrau zu wählen und ein neues Frauenbild zu erfinden.¹³ Die Autorin galt zahlreichen Frauen als Rollenmodell für die Thesen, die sie in ihrem Buch präsentierte: Simone de Beauvoir praktizierte mit ihrem Partner Jean-Paul Sartre eine ehe- und kinderlose Liebe, die sich dem Dogma der Ausschließlichkeit verweigerte. Sie lehnte die Häuslichkeit ab, lebte in Hotels, schrieb ihre Bücher in Caféhäusern und widmete ihr Leben dem intellektuellen Engagement. Somit blieb Simone de Beauvoir eine permanente Referenz, wenn die Stellung der Frau und die Entwicklung der Geschlechterrollen in Frankreich debattiert wurden.

Im Laufe der 1950er Jahre nahm die Erwerbstätigkeit von Frauen konstant zu, so dass um 1965 bereits 45 Prozent in den Arbeitsmarkt integriert waren. Das führte auch dazu, dass die Erziehungsaufgaben neu diskutiert wurden: Die Last der Kindererziehung, so wurde immer wieder gefordert, dürfe nicht nur auf den Schultern der Mütter ruhen, auch die Väter sollten tägliche Ansprechpartner ihrer Kinder sein.¹⁴ Gleichzeitig veränderte sich auch der Umgang mit der weiblichen Sexualität, die in Massenmedien wie der Zeitschrift «Elle» offen diskutiert wurde.¹⁵ Die Schauspielerin Brigitte Bardot verkörperte in Filmen der 1950er Jahren eine laszive Erotik, ebenso wie die Schriftstellerin Françoise Sagan in ihrem gefeierten Roman «Bonjour tristesse» (1954) die sexuelle Initiation einer Minderjährigen thema-

tisierte. Die «sexuelle Revolution» begann somit nicht etwa mit dem Jahr 1968, sondern war bereits seit Anfang der 1960er Jahre in vollem Gange.

Unterdessen unternahm auch die politische Führung wichtige Schritte, um die Transformation der Geschlechterrollen gesetzlich zu begleiten: Im Juli 1965 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Beziehungen zwischen Mann und Frau in der Ehe grundsätzlich veränderte. Bis dahin unterstand die Ehefrau der rechtlichen Autorität des Gatten, denn dieser verwaltete allein das Vermögen beider Ehepartner und konnte es seiner Gattin verbieten, ein Bankkonto zu eröffnen und einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Das neue Gesetz machte Ehefrauen zu den autonomen Verwalterinnen ihres eigenen Vermögens und gab ihnen die Möglichkeit, ohne Zustimmung des Gatten in ein Arbeitsverhältnis einzutreten, ihr eigenes Bankkonto zu eröffnen und sich darauf die der Familie zustehenden Sozialleistungen auszahlen zu lassen. Auf diese Weise leistete das Gesetz vom Juli 1965 einen wichtigen Beitrag zur sozioökonomischen Emanzipation der Frauen und gab der entstehenden feministischen Bewegung Auftrieb.¹⁶

Die «Trente glorieuses» waren die Ära, in der sich die großen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen entwickelten, die für die kommenden Jahrzehnte die Struktur der französischen Wirtschaft prägen würden. Entscheidende Akteure waren hierbei einerseits der Staat, der dank der Verstaatlichungen der Befreiungszeit eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung spielte, und andererseits eine Reihe von außergewöhnlichen Unternehmerpersönlichkeiten, deren Ideenreichtum in der Expansionszeit der 1950er und 1960er Jahre auf fruchtbaren Boden fiel. Was den Staat anbelangte, so verfügte er in Form von Monopolen wie des Elektrizitätsproduzenten EDF, der Gasgesellschaft GDF und der Eisenbahngesellschaft SNCF über strategische Instrumente, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Gleichmaßen war mit dem 1945 nationalisierten Renault-Konzern der wichtigste Automobilproduzent des Landes in Hand des Staates. Annähernd zwei Millionen Arbeitnehmer waren in den 1960er Jahren in einem dieser staatlichen Großunternehmen beschäftigt und genossen dort, nicht zuletzt dank wirksamer gewerkschaftlicher Interessenvertretung, Privilegien wie Arbeitsplatzsicherheit, frühzeitigen Renteneintritt, günstige Freizeit- und Ferienangebote. Die Renault-Zentrale, auf einer Seine-Insel bei Boulogne-Billancourt gelegen, galt als Vorreiterin in sozialen Errungenschaften: Mithilfe der Verhandlungsmacht der Gewerkschaft CGT gelang es den Arbeitern dort, zunächst 1955 eine dritte und 1962 eine vierte Urlaubswoche durchzusetzen, bevor diese Errungenschaften per Gesetz auf alle Franzosen ausgedehnt wurden.

Unter den Privatunternehmern ragten einige Schlüsselfiguren heraus, die in den Nachkriegsjahren die Grundsteine neuer Firmenimperien legten. So nahm Marcel Dassault 1947 die Produktion von Privat- und Militärflugzeugen auf, die ihn zu einem der wichtigsten Exporteure Frankreichs und reichsten Männer des Landes machte. In Dassaults Unternehmen begann mit Jean-Luc Lagardère eine der führenden Gestalten des französischen Kapitalismus ihre Karriere, die ihn 1963 in die Firma Matra führte. Unter seiner Ägide entwickelte sich Matra zu einem hochdifferenzierten Großkonzern, der in der Automobil-, Flugzeug- und Waffenherstellung ebenso wie im Bereich der Telekommunikation und Medien tätig wurde. Aus bescheidenen Anfängen entstanden die ersten Großhandelsketten, welche die wachsenden Konsumbedürfnisse der Bürger befriedigten: So eröffnete Edouard Leclerc 1949 sein erstes Lebensmittelgeschäft in der Bretagne, das den Ursprung einer Kooperative von heute 600 Supermärkten bilden sollte. Die «Fédération nationale d'achats des cadres» (FNAC), eine auf Unterhaltungsgüter und Bücher spezialisierte Kette, expandierte ausgehend von einem 1957 von Max Théret in Paris eröffneten Geschäft. Von dem Bauboom der Nachkriegsjahre profitierten Unternehmer wie Francis Bouygues, dessen Baufirma zu einem globalen Akteur werden würde. Firmenchefs, die bereits in den Vorkriegsjahren ihre Unternehmungen gegründet hatten, wandten sich in den «Trente glorieuses» verstärkt dem Weltmarkt zu. So produzierte François Michelin in Clermont-Ferrand die modernsten Autoreifen, die seit den 1950er Jahren in mehr als 140 Ländern vertrieben wurden. Zu Michelins Firmenimperium gehörte auch der Fahrzeughersteller Citroën, der die emblematischen Autos der Epoche produzierte: Mit der 2CV (in Deutschland «Ente» genannt) bot er ein selbst für bescheidene Einkommen erschwingliches Auto an, ebenso wie er mit der 1955 lancierten «DS» das Sinnbild moderner Technologie und stilistischer Eleganz auf den Markt brachte.

Auf diese Weise wurden die Unternehmer zu den zentralen Akteuren einer Gesellschaft des massenhaften Konsums, wie sie in den 1950er und 1960er Jahren zum Durchbruch kam und die Gewohnheiten der Bürger fundamental veränderte. In der zuvor noch stark agrarisch geprägten Gesellschaft war der Konsum für viele Menschen eine Ausnahme, verfügte man doch über wenig Geldmittel und versuchte, so viel wie möglich selbst zu produzieren. Mit dem Übergang zu einer zunehmend von Marktbeziehungen und Lohnabhängigen geprägten Arbeitswelt, mit wachsender Freizeit und gesteigertem Warenangebot verbreiteten sich neue Lebensgewohnheiten. Jährliche Wirtschaftswachstumsraten von durchschnittlich fünf Prozent führten dazu, dass sich die Kaufkraft der Franzosen zwischen

1949 und 1965 verdoppelte. Die Ungleichheiten in Verdienst und Vermögen nahmen seit den 1950er Jahren merklich ab, so dass der Erwerb von Konsumgütern kein Luxus mehr war. Die Anzahl der Fernseher stieg von 60 000 im Jahre 1957 auf 1,9 Millionen 1960 und 11 Millionen 1973 an; 50 Prozent aller Familien besaßen um 1965 eine Waschmaschine. Die Werbung für Konsumgüter richtete sich ganz besonders an Frauen, die durch den Erwerb von Haushaltsmaschinen ihre Effizienz steigern und somit zur Modernisierung des Landes beitragen sollten.¹⁷ Der Besitz von Autos verallgemeinerte sich ebenfalls, war aber noch stark von sozialen Unterschieden gekennzeichnet: So besaßen Mitte der 1950er Jahre 56 Prozent der «cadres» ein Auto, aber nur acht Prozent der Arbeiter.¹⁸ Die Mehrheit aller Franzosen konnte sich einen längeren Ferienaufenthalt leisten. Entlang der Meeresküsten entstanden zahllose Campingplätze, die den Stadtbewohnern einerseits gewohnten Komfort wie Warmwasser sowie Elektrizität boten und andererseits die Illusion vermittelten, in ländlicher Einfachheit zu leben. Auch die Lebensgewohnheiten waren weniger als zuvor von soziokulturellen Unterschieden geprägt: Das zwanglose «Barbecue» ersetzte in vielen Familien die frugale Bauernmahlzeit oder das formelle bürgerliche Essen.

Ein Motor und zugleich eine Manifestation des Fortschritts war die Verbesserung der Infrastruktur. Was den Straßenbau anbelangte, so hatte Frankreich vor dem Krieg – anders als Deutschland, Großbritannien und Italien – kaum in den Bau von Schnellstraßen investiert. Es gab nach dem Krieg nur eine, Paris mit Lille verbindende Autobahn, so dass alle anderen Provinzstädte mehrere Autostunden oder -tage von der Hauptstadt entfernt waren. Seit Mitte der 1950er Jahre investierte der Staat massiv in den Straßenbau, wurden doch bis 1969 bereits 1270 Kilometer Autobahnen fertiggestellt. Der Bau bzw. die Modernisierung von 40 Flughäfen trug dazu bei, abgelegene Landesteile verkehrsmäßig zu erschließen. Sechs neue Meereshäfen verbesserten Frankreichs Anbindung an den Weltmarkt. Bei dieser staatlich gesteuerten Modernisierung erwies sich die 1946 von Jean Monnet geschaffene Planbehörde als wichtiges Instrument, insofern sie auf mehrere Jahre hinaus die öffentliche Investitionsstrategie vorausplante. Staatspräsident Charles de Gaulle bezeichnete den «Plan» als eine alle Franzosen angehende «glühende Verpflichtung» und «Charta unseres Fortschritts».¹⁹ Für ihn war die Verbesserung der Infrastruktur Teil seines ehrgeizigen Projekts, seine Landsleute aus ihrem traditionsverliebten Dornröschenschlaf zu erwecken und der Moderne zu öffnen. «Frankreich muss sein Jahrhundert annehmen», forderte er immer wieder in seinen Reden.²⁰ Zur staatlich vorangetriebenen Modernisierung gehörten für ihn

auch prestigeträchtige Großprojekte von zweifelhafter ökonomischer Rentabilität, die der Welt demonstrieren sollten, dass Frankreichs Niedergang vorbei war und es nun an der Spitze des technologischen Fortschritts stand. Emblematisch dafür waren das Überschallflugzeug Concorde, das 1969 zum ersten Mal für einen Testflug an den Start ging, ebenso wie das erste, an der Rance im bretonischen Norden gelegene Gezeitenkraftwerk der Welt.

Die Fortschrittsbegeisterung der «Trente glorieuses», die rapide Umgestaltung des Landes, die auf einstigen Äckern neue Wohnviertel entstehen ließ, Städte mit Schnellstraßen umzog, den althergebrachten Kleinhändlern Konkurrenz in Form von Supermärkten schuf und die Franzosen zu begeisterten Konsumenten machte, wurde von zahlreichen Kulturschaffenden teils kritisch, teils humoristisch reflektiert. Berühmt wurde das «Klagelied des Fortschritts» (1956) aus der Feder des Dichters und Jazzmusikers Boris Vian, in dem er den Materialismus in den menschlichen Beziehungen karikierte: «Komm, küss mich und ich gebe dir einen Kühlschrank, einen schicken Scooter, einen Supermixer, und ein Dunlopillobett, einen Herd mit einem Backofen aus Glas, einen Haufen Geschirr und eine Kuchenschaufel ... heizbare Decken, ein Flugzeug für zwei und wir werden glücklich.» Der 1965 preisgekrönte Roman «Les choses» von Georges Perec erzählte die Geschichte eines jungen, in der Werbeindustrie tätigen Paares, das von keinen anderen Passionen als dem soziokulturellen Aufstieg in die Schicht der «cadres supérieurs» und dem Erwerb von Statussymbolen angetrieben wird.²¹ Die Modernisierung Frankreichs und die gesellschaftlichen Widersprüche, die sie erzeugte, wurden zum großen Thema des Regisseurs und Schauspielers Jacques Tati. Mit der Gestalt des gutmütig-schussligen «Monsieur Hulot» schuf er eine Filmfigur, die den Habitus der «vieille France» und ihren Unwillen, sich neuen Verhältnissen anzupassen, verkörperte. Tatis 1958 gedrehter Film «Mon oncle» stellte Monsieur Hulot der Familie seiner Schwester gegenüber, die einen typischen «cadre» geheiratet hat und sich frenetisch der Moderne mit ihrem Streben nach Maschinerisierung, Hygiene und Perfektion zuwendet, dabei aber die Fähigkeit zu einer empathischen zwischenmenschlichen Beziehung verloren hat.

Mit der gesellschaftlich-kulturellen Transformation der 1950er und 1960er Jahre veränderte sich auch die Medienöffentlichkeit. In Gestalt des Fernsehens betrat ein Akteur die Bühne, der manifester staatlicher Steuerung ausgesetzt war. Staatspräsident de Gaulle sah das Fernsehen ebenso wie den Rundfunk als einen «service public», einen öffentlichen Dienst, an, der die Aufgabe hatte, die parteiische Berichterstattung der Presse zu

konterkarieren und auf «objektive» Weise über die Arbeit der Regierung zu berichten. Das Programm stand unter der Aufsicht des Informationsministers, der mitunter direkt in die Gestaltung der Abendnachrichten eingriff. «Das französische Fernsehen – das war der Staat im Esszimmer», erinnerte sich de Gaulles einstiger Informationsminister Alain Peyrefitte.²²

Unter den in Paris erscheinenden Tageszeitungen hatte sich «Le Monde» den Ruf hoher Seriosität und politischer Unabhängigkeit erworben. Sein Herausgeber Hubert Beuve-Méry war zu einem der einflussreichsten Journalisten der Epoche geworden, der mit seinen Leitartikeln unter dem Pseudonym «Sirius» die kritischen Ereignisse der Epoche vom Algerienkrieg bis zum politischen Systemwechsel kommentierte.²³ Die emblematische Pressepublikation der «Trente glorieuses» war hingegen in Form des «Express» eine Wochenzeitschrift, die 1953 von Jean-Jacques Servan-Schreiber und Françoise Giroud ins Leben gerufen wurde. Ersterer kam aus einer berühmten Pressefamilie, die mit «Les Echos» die wichtigste Wirtschaftszeitung des Landes herausgab. Wie kaum eine andere Persönlichkeit verkörperte Servan-Schreiber den Modernisierungselan der Zeit: Mit dem «Express» wollte er amerikanischen Nachrichtenmagazinen nacheifern, die einen investigativen Journalismus mit stilistischer Brillanz vereinten. Der Journalist war begeistert von den USA, in denen er ein Modell an Flexibilität, gesellschaftlicher Freiheit und erneuernder Tatkraft erblickte. Diese Tugenden waren seiner Auffassung nach in Frankreich noch mangelhaft entwickelt, wo eine ausgreifende Staatstätigkeit der individuellen Entfaltung zu wenig Raum ließ. Vor diesem Hintergrund gingen seine Artikel hart mit de Gaulle, dessen Etatismus, dessen von nationalem Prestigedenken getragenen Großprojekten ins Gericht. Servan-Schreibers Partnerin Françoise Giroud hatte nach dem Krieg die Frauenzeitschrift «Elle» geleitet, die sich an Leserinnen mit modernen Konsumbedürfnissen und Schönheitsidealen, aber ohne berufliche Ambitionen wandte.²⁴ Als Herausgeberin des «Express» wandelte sie sich zum Sinnbild einer «femme libre», die in einem höchst männerdominierten Berufsfeld wie dem politischen Journalismus mit ihrem Einsatz für geschlechtliche Gleichberechtigung ebenso wie das Recht auf Empfängnisverhütung und Abtreibung, aber auch mit ihren elegant geschriebenen Porträts berühmter Zeitgenossen reüssierte.²⁵

Es war Françoise Giroud, die 1958 in einem «Express»-Artikel zum ersten Mal den Begriff der «Nouvelle vague» einführte.²⁶ Sie wollte damit die junge Generation Frankreichs charakterisieren, die unter den Vorzeichen wachsenden materiellen Komforts und von Vollbeschäftigung groß wurde, angesichts der Erfahrung des Algerienkriegs aber auch mit Ängsten

und Zweifeln in die Zukunft blickte. Schnell bemächtigten sich andere des griffigen Slogans, um die zeitgenössische französische Filmproduktion zu beschreiben. Denn diese war vom Durchbruch zahlreicher junger Regisseure gekennzeichnet, die sich von den Konventionen des französischen Films distanzieren und mit neuen Themen und Produktionsformen experimentierten. Der 1959 gedrehte Film «À bout de souffle» («Außer Atem») von Jean-Luc Godard versinnbildlichte die «Nouvelle vague». Mit geringem Budget realisiert, wurde der Film ohne festes Drehbuch, ausschließlich mit Handkameras, ohne Studioaufnahmen und künstliche Beleuchtung gedreht. Die den Film begleitende unruhige Jazz-Musik, die Rastlosigkeit und innere Leere der von Jean-Paul Belmondo gespielten Hauptfigur und die hektische Kameraführung wirkten auf den Zuschauer zutiefst irritierend. «Godard hat das System auseinandergesprengt, er hat ein Chaos in der Kinoproduktion angerichtet, so wie es Picasso in der Malerei getan hat; und ebenso wie dieser hat er alles möglich gemacht», sagte François Truffaut später über «À bout de souffle». ²⁷ Jean-Luc Godard und François Truffaut bildeten mit Claude Chabrol, Jacques Rivette sowie Eric Rohmer den Kern der «Nouvelle vague»; fünf Regisseure, die allesamt als Filmkritiker in der Zeitschrift «Cahiers du cinéma» begonnen hatten, über Jahrzehnte die französische Filmproduktion prägen und ihren Weltruhm als künstlerische Alternative zum Hollywood-Kino begründen sollten.

Auf diese Weise erholte sich die französische Kulturwelt recht schnell von der starken Fremdbestimmung durch die deutsche Besatzung, der sie in den Kriegsjahren ausgesetzt gewesen war. Seit 1945 war das Pariser Viertel St.-Germain-des-Prés ein geistiges Zentrum der Welt, in dem Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir als Sinnbilder des modernen Intellektuellen eine unbestrittene Hegemonie ausübten. Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956 hatte sich Sartre vom Stalinismus distanziert und war kein «compagnon de route» der Kommunistischen Partei mehr, wodurch er mit noch stärkerer Glaubwürdigkeit die Rolle eines unabhängigen, permanent politisch engagierten und öffentlich Stellung beziehenden Intellektuellen einnehmen konnte. Vom Algerienkrieg über die gaullistische Staatsführung, von der Entfremdung des modernen Industriearbeiters bis hin zur Konsumgesellschaft gab es kaum ein Thema, zu dem Sartre sich nicht äußerte. Anders als heutige französische Intellektuelle mied er jedoch das Fernsehen, war für Journalisten meist unverfügbar und bevorzugte das geschriebene Wort, insbesondere in seiner Zeitschrift «Les temps modernes». Als er 1964 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet werden sollte, lehnte er die Ehrung ab: Er wolle

sich nicht in eine «Institution» verwandeln und im Ost-West-Konflikt für eine Seite vereinnahmt werden.²⁸

Auch in anderen Bereichen konnte Paris wieder seine frühere Ausstrahlung als Metropole der kulturellen Avantgarde zurückgewinnen. So eröffnete Christian Dior nur wenige Monate nach Kriegsende ein Modehaus, das mit dem «New Look» einen weltweit nachgeefferten Stil prägte. Nach den Jahren kriegsbedingter Schlichtheit und Zweckmäßigkeit betonten Diors Kreationen wieder feminine Opulenz und Distinktion. Als Dior 1957 plötzlich starb, kam das Modehaus unter die Leitung des jungen Designers Yves Saint Laurent, der mit Blazern, Trenchcoats und Hosenanzügen die kongeniale Kleidung für die moderne berufstätige Frau erfand. Er revolutionierte die Konventionen des Modegewerbes, indem er nicht nur für die wenigen Reichen maßgeschneiderte Kleidung entwarf, sondern auch Prêt-à-porter (Konfektionsware) produzierte und somit die Haute Couture demokratisierte. Coco Chanel machte 1954 ihr zu Kriegsbeginn geschlossenes Modehaus in der rue Cambon wieder auf und konnte bald an ihren früheren Ruhm wieder anknüpfen. Um 1965 hatte sich somit Paris von den Zeiten der Demütigung und Enteignung durch die deutschen Besatzer erholt, indem es der Welt wieder eine Vitrine französischer Zivilisation bot.

Doch waren die Zeiten vorbei, in denen die Metropole zugleich die Kulturhauptstadt der Welt war. Mit der politischen Hegemonie in der westlichen Hemisphäre hatten sich die USA eine kulturelle Dominanz erobert, der sich auch Frankreich nicht entziehen konnte. Auch die französische Gesellschaft, so stolz sie auf ihre selbstempfundene zivilisatorische Einzigartigkeit war, ließ sich von amerikanischem Stil und Lebensart einnehmen. Dies lässt sich insbesondere an der Jugendkultur sichtbar machen, wie sie sich in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren ausprägte. Junge Menschen begeisterten sich für Kultureinflüsse aus den USA, in denen sie eine Alternative zu den von ihren Eltern vorgelebten Werten und Lebensformen erblickten. Vermittelt insbesondere von Filmen und der amerikanischen Rockmusik erschien ihnen die amerikanische Gesellschaft als freier, kreativer und offener als die, in der sie groß geworden waren. Manche Jugendliche fanden sich in Gangs zusammen, fuhren wie Marlon Brando und James Dean schnelle Motorräder und bekämpften einander auf öffentlichen Plätzen; da sie schwarze Lederjacken trugen, nannte man sie die «blousons noirs». Inspiriert von Sängern wie Elvis Presley schufen junge Musiker die französische Version des Rock, die zunächst vor allem daraus bestand, dass man amerikanische Songs in französischer Übersetzung auf die Bühne brachte. Zum Image des franzö-

sischen Rockers gehörte notwendig ein anglo-amerikanisch anmutendes Pseudonym, mit denen sich Sänger wie Eddy Mitchell, Sheila oder Dick Rivers schmückten. Zur Kultfigur des französischen Rock stieg Johnny Hallyday (mit bürgerlichem Namen Jean-Philippe Smets) auf, der mit 15 Jahren seine ersten Konzerte gab und wie kein anderer die Attitüde seiner amerikanischen Vorbilder stilecht imitieren konnte. Der Soziologe Edgar Morin erfand für diese neue Welle französischer Popmusik das Schlagwort der «yéyé», in Anlehnung an das amerikanische «yeah», das in ihren Songs immer wieder auftrat. Seit 1959 reservierte der Radiosender Europe 1 unter dem Titel «Salut les copains» den «yéyés» eine tägliche Sendung, der 1962 eine gleichnamige Zeitschrift folgte, die für die zeitgenössische Jugend mit über zehn Millionen verkauften Exemplaren zu einem Leitmedium wurde.²⁹ Die Musik der «yéyés» artikulierte das Lebensgefühl einer Generation, die sich bewusst von den kulturellen Referenzen ihrer Eltern distanzierte. Während diese dem vom Akkordeon begleiteten Chanson, dem sonntäglichen Musette-Walzer in den traditionellen Tanzlokalen und Entertainern wie Maurice Chevalier die Treue hielten, trafen sich die Jugendlichen auf improvisierten «surprise-partys», wo sie ihre neu erworbenen Schallplatten abspielten. Die Musik der «yéyés» vereinte Jugendliche verschiedener sozialer Klassen und wurde somit zu einem Phänomen, das die Identität der in den 1940er Jahren Geborenen prägte.

Um 1965 begannen sich zahlreiche Jugendliche von den «yéyés» abzuwenden, um sich für einen neuen, rebellischeren Musikstil zu begeistern, der den Generationskonflikt noch stärker artikulierte. In diesem Jahr wurde der Sänger Antoine schlagartig zum Star, der sich in seinem Erscheinungsbild betont von Elvis-Presley-Imitaten wie Johnny Hallyday unterschied. Mit seinem schulterlangen Haar, seinen Blumenhemden und bunten Brillen dokumentierte Antoine seine Verbundenheit mit der zeitgenössischen amerikanischen Hippie-Bewegung. In seinen Texten machte er sich nicht nur über die Rocker der «yéyé»-Ära lustig, sondern forderte auch den Präsidenten auf, die damals in Frankreich noch verbotene Anti-Baby-Pille zum Kauf in Supermärkten freizugeben. Im gleichen Jahr trugen Frankreichs Frauen zum ersten Mal Miniröcke und lösten Verwunderung, Begeisterung aber auch Entsetzen aus. Der Dissens mit der Elterngeneration nahm nun bei manchen Jugendlichen eine markantere Form an, indem sie alternative Lebensformen wählten und der vorherrschenden Sexualmoral den Rücken kehrte. Es wurden soziokulturelle Tendenzen erkennbar, die drei Jahre später – im Mai 1968 – zu einem scheinbar explosiven Ausbruch kamen und die bestehende Ordnung herausforderten.

Um die Mitte der 1960er Jahre schlug somit der Transformationsprozess der Nachkriegszeit eine andere Richtung ein: Bis dahin hatten sich die Veränderungen insbesondere auf materielle Aspekte, die Wirtschaftsstruktur, die Produktionsbedingungen und Lebensverhältnisse, bezogen. Um 1965 hatte Frankreich seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau, aber auch einen Entwicklungsprozess weitgehend abgeschlossen, in dem das Land seine Verspätung gegenüber europäischen Nachbarländern wie Deutschland und Großbritannien aufholte. Zwar schritten die materiellen Veränderungen weiter fort, doch kam nun ein wesentlich weniger greifbarer, die Werte und Einstellungen der Bürger erfassender Wandel hinzu. Die Lebensformen und Moralvorstellungen der Erwerbs- und Konsumgesellschaft wurden von der Jugend immer offensiver herausgefordert, das herkömmliche Ehebild kam ins Wanken, die traditionellen Autoritäten wie Kirche, Armee und republikanische Schule verloren an Bindungskraft. Eine zweite Phase der «Trente glorieuses» begann, die in ihren Auswirkungen nicht weniger revolutionär sein würde als die erste, die aus Frankreich eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gemacht hatte.³⁰

14. Staat, Gesellschaft und Außenpolitik in der neuen Republik

Die Verfassung der Fünften Republik, ausgearbeitet nach der Krise des 13. Mai 1958 und im Referendum vom 28. September 1958 mit einer überwältigenden Mehrheit von 82 Prozent angenommen, bedeutete einen klaren Bruch mit der republikanischen Tradition Frankreichs, wie sie sich seit den 1870er Jahren entwickelt hatte. Diese war von Männern geprägt worden, die in der Auseinandersetzung mit dem Alleinherrscher Napoléon III. politisch großgeworden waren und deshalb die Kontrolle der Exekutive und die Vermeidung jeglicher Machtkonzentration in einer Person stets in den Mittelpunkt der politischen Kultur gestellt hatten.¹ Sieht man einmal vom Zusammenbruch des Juni 1940 ab, hatten Frankreichs Parlamentarier nur in der exzeptionellen Bedrohungssituation des Ersten Weltkriegs über einen längeren Zeitraum auf ihre Prärogativen verzichtet, indem sie zunächst der Militärführung und dann dem Regierungschef Georges Clemenceau breite Entscheidungsvollmachten einräumten. Ansonsten folgte das französische politische Leben sowohl in der Dritten wie in der Vierten Republik einem klaren Muster: Sobald ein Regierungschef sich zu entschlossener Führung aufschwang, die öffentliche Meinung begeisterte und eine charismatische Autorität aufbaute, wurde er vom Parla-

ment gestürzt. Somit war weder Léon Blum noch Antoine Pinay oder Pierre Mendès France eine Regierungszeit vergönnt, die über einige Monate hinausging. Die Parlamentarier bevorzugten Ministerpräsidenten, die mit ihnen auf Augenhöhe blieben und die Regierungsgeschäfte verwalteten, anstatt Politik selbstständig zu gestalten.²

Es war genau dieses Politikverständnis, gegen das Charles de Gaulle seit Widerstandszeiten vorgegangen war. Nach seiner Auffassung hatte das Übergewicht des Parlaments gegenüber der Exekutive Frankreich in den Niedergang geführt und das Desaster vom Sommer 1940 verschuldet. Aus seiner Perspektive aktualisierte die Verfassungskrise des Mai 1958 die Situation der Befreiungszeit 1944/45, als das Land nach einer neuen Form der Demokratie gesucht hatte, die den gegenwärtigen Zeitumständen gerecht wurde. Damals hatte de Gaulle seine Verfassungsvorstellungen nicht durchsetzen können, da sich das Land 1946 für ein politisches System entschied, das wie eine Restauration der Verhältnisse der Vorkriegszeit wirkte. Nach seiner Interpretation bestätigte die Uneinigkeit der Regierenden im Algerienkrieg seine Einschätzung, dass nur eine kräftige Dosis exekutiver Vollmachten Frankreich aus der Krise bringen, das Land vereinen und wieder zu einer weltweit respektierten Großmacht machen konnte. Dabei hatte de Gaulle mit seiner Fundamentalopposition selbst entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Vierte Republik nie wirklich konsolidieren konnte, war sie doch mit zu starken Gegenkräften von rechts und links konfrontiert. Vor diesem Hintergrund muss der Verfassungswechsel von 1958 als eine zweite Phase der politischen Transformation nach dem Zweiten Weltkrieg interpretiert werden.

Im Zentrum des neuen politischen Systems stand nicht mehr, wie es in der Vierten Republik der Fall gewesen war, das Parlament, sondern der Präsident der Republik, der im Verfassungstext vor allen anderen Gewalten als «Garant der nationalen Unabhängigkeit, der Integrität des Territoriums und des Respekts der Verträge» genannt wurde. Ihm wurde eine maßgebliche Rolle zugewiesen, indem er sowohl als Chef der Exekutive als auch als ein über allen Gewalten stehender Schiedsrichter fungieren sollte. Nicht nur stand er als Oberbefehlshaber den Streitkräften vor, auch wurde dem Präsidenten das Recht erteilt, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Letztere Vollmacht widersprach fundamental der republikanischen Tradition, denn Frankreichs Parlamentarier hatten einst in der Staatskrise des Jahres 1877 das Prinzip durchgesetzt, dass der Präsident nicht zur Auflösung der Abgeordnetenversammlung befugt war – ein Grundsatz, an dem auch die Verfassung der Vierten Republik nicht gerüttelt hatte. Internationale Verträge sowie grundlegende Refor-

men des politisch-administrativen und sozio-ökonomischen Systems konnte der Präsident den Wählern zum Volksentscheid vorlegen – wiederum ein Widerspruch gegen die republikanische politische Kultur, die das Referendum als ein Charakteristikum der bonapartistischen Herrschaft zurückgewiesen hatte. Im Falle eines Staatsnotstands konnte der Präsident auf eigene Initiative die «unter diesen Umständen erforderlichen Maßnahmen» ergreifen. Der Staatspräsident übte überdies judikative Funktionen aus, indem er die «Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit» garantieren sollte und den Vorsitz des Obersten Rates des Richterstands und der Staatsanwaltschaft innehatte. In ihrer ursprünglichen Fassung von 1958 sah die neue Konstitution nicht die direkte Wahl des Präsidenten vor, vielmehr sollte dieser von einem aus Parlamentsabgeordneten, Bürgermeistern, Mitgliedern von Départements- und Gemeinderäten bestehenden Wahlmännnergremium gewählt werden.

Während die neue Verfassung das Präsidentenamt zur ausschlaggebenden Gewalt aufwertete, setzte sie die Bedeutung des Parlaments sichtbar zurück, indem es erst an vierter Stelle des Verfassungstextes genannt wurde. Es bestand aus zwei Kammern, der direkt gewählten Nationalversammlung und dem von Wahlmännern gewählten Senat, der die nationale Repräsentation der Gebietskörperschaften gewährleisten sollte. Die neue Konstitution setzte dem Wirken der Nationalversammlung enge Grenzen: Sie durfte sich jährlich nur für zwei, jeweils drei Monate dauernde Sitzungsperioden zusammenfinden. Es war die Regierung, die der Nationalversammlung fortan deren Tagesordnung vorlegte. Die Gesetzesinitiative der Nationalversammlung wurde verfassungsmäßig strikt eingeschränkt, indem jegliche Gesetzesvorschläge verboten wurden, die eine Verringerung der öffentlichen Einnahmen oder eine Erhöhung der Ausgaben zur Folge haben würden. Des Weiteren konnte die Regierung sich von der Legislative die Genehmigung erteilen lassen, auf dem Wege von Verordnungen ohne parlamentarische Mitwirkung ihr politisches Programm umzusetzen.

Als Bindeglied zwischen Präsident und Parlament sollte künftig der Regierungschef, nun «Premierminister» genannt, fungieren. Dieser befand sich in doppelter Abhängigkeit sowohl vom Präsidenten als auch von der Nationalversammlung. Es war der Präsident, der den Premierminister ernannte und dessen Amtszeit «beenden» konnte, ohne dass dafür die Zustimmung der Nationalversammlung eingeholt werden musste. Gleichzeitig aber war der Premierminister gegenüber der Nationalversammlung verantwortlich und konnte von ihr durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Der Verfassungstext unterließ es, die exekutiven Funktionen zwischen Staatspräsidenten und Premierminister eindeutig abzugrenzen.

Einerseits unterstand der Premierminister klar dem Staatspräsidenten, konnte er doch jederzeit von diesem abberufen werden. Und es war der Staatspräsident, der alle anderen Regierungsmitglieder ernannte und den Sitzungen des Ministerrats vorstand. Andererseits aber ermächtigte die Verfassung den Premierminister dazu, die «Politik der Nation» zu «bestimmen und zu leiten».

Als semipräsidentielles Regierungssystem wies die Verfassung von 1958 gewisse Ähnlichkeiten mit der Verfassung der Weimarer Republik auf. Doch unterschied sie sich deutlich vom amerikanischen politischen System, das die präsidentialen Vollmachten durch eine komplexe Konstruktion von «checks and balances» einhegte und von einem tiefen Misstrauen gegen die zu große Machtentfaltung eines einzelnen Staatsorgans gekennzeichnet war. Verglichen mit der Präsidentenrolle in den USA wies die neue französische Verfassung dem Staatsoberhaupt einen viel größeren Gestaltungsspielraum und ein klares Übergewicht gegenüber der Legislative ebenso wie der Judikative zu.³ Die Verfassung von 1958 bescherte Frankreich somit ein politisches System, dem ein autoritärer Grundzug zu eigen war. Anstatt für eine Diffusion der Macht auf verschiedene Organe zu optieren, bevorzugte das neue Grundgesetz die Machtkonzentration in der Person des Staatspräsidenten; anstatt Kompetenzen auf lokale und regionale Ebenen zu delegieren, favorisierte es die vertikale Machtausübung durch die Zentralregierung. Wie alle Verfassungen enthielt die neue Konstitution allerdings auch genügend Unklarheiten und interpretationsoffene Bestimmungen, um für verschiedene Entwicklungen offen zu bleiben. Erst die Verfassungspraxis würde zeigen, wie der Staatspräsident seine Vollmachten ausschöpfen würde, wie sich die Machtverteilung zwischen Präsident und Premierminister entwickeln würde und zu welchem Grad das Parlament das politische Leben mitgestalten konnte.

Die Verfassung von 1958 schuf auf diese Weise ein neues republikanisches Modell, für das es in der französischen Geschichte keine Vorbilder gab. Die Konstitution suchte, indem sie präsidentielle und parlamentarische Prinzipien miteinander vermischte, die Synthese zwischen zwei in der modernen französischen Geschichte stets miteinander konkurrierenden Auffassungen von der Volkssouveränität zu schaffen. Die maßgebliche Rolle des Staatspräsidenten erinnerte an die bonapartistische Tradition, die in einem plebiszitär legitimierten Einzelnen die Verkörperung des souveränen Volkes gesehen hatte. Hingegen suchte die neue Verfassung gleichzeitig ihre Treue zur republikanischen Tradition zu beweisen, indem sie das Parlament als Gesetzgeber und Kontrollinstanz der Regierung beibehielt. Im Sinne des Bestrebens de Gaulles, Gegensätze zu versöhnen und

Frankreich zu einen, versuchte die neue Verfassung, beide Tendenzen zu bedienen und so eine Grundspannung der französischen Geschichte der letzten 150 Jahre aufzuheben. Mit dem Wandel 1958 erreichte somit die gaullistische Bewegung ihr wesentliches Ziel, nämlich die Etablierung eines politischen Systems, das die «Sammlung» aller Franzosen ermöglichen sollte. Gleichermäßen übernahm nun mit dem Gaullismus eine bislang oppositionelle Strömung die Macht, in der sich verschiedene Schattierungen der republikanischen Rechten wiederfanden, geeint im Kult um die Führerfigur de Gaulle.⁴

De Gaulle: Der fragile Wahlmonarch

«Hat irgendjemand denn jemals geglaubt, dass ein an der Staatsspitze stehender General de Gaulle sich damit begnügen würde, Blumenkränze niederzulegen?», mit diesen Worten ging der Präsident in einer Pressekonferenz gegen den Vorwurf vor, er greife zu aktiv in die Tagespolitik ein.⁵ In der Tat genoss der Mann, der am 21. Dezember 1958 zum ersten Präsidenten der Fünften Republik gewählt wurde, nicht den Ruf, zurückhaltend mit exekutiven Befugnissen umzugehen. Zu Widerstandszeiten hatte er die «France libre» ganz auf seine Person zugeschnitten und hart darum gekämpft, dass alle anderen Kräfte der Résistance sich seiner Führung unterstellten. Und seine Karriere als Chef der ersten provisorischen Nachkriegsregierung war daran gescheitert, dass er den Parteien kein gleichberechtigtes Mitspracherecht bei der Gestaltung des Neuaufbaus einräumen wollte. Mit der Etablierung der Fünften Republik erreichte er das Ziel, für das er seit 1945 gekämpft hatte: Zum ersten Mal in seiner Geschichte hatte sich Frankreich eine demokratische Verfassung gegeben, die auf den Staatspräsidenten zugeschnitten war; und es war er selbst, der diese Rolle ausfüllen durfte. Damit änderte sich auch der Charakter der sich auf ihn berufenden politischen Strömung: Der Gaullismus war bis dahin im Wesentlichen eine Bewegung des Widerstands, der Opposition und der Herausforderung der bestehenden Verhältnisse gewesen. Mit dem Regimewechsel 1958 wurde der Gaullismus zur Ideologie des neuen Staates: Immer wieder brachte der General seine Vorstellung zum Ausdruck, dass er seit dem 18. Juni 1940 die Legitimität Frankreichs repräsentierte und somit seine neue Rolle an der Staatsspitze historisch gerechtfertigt war. Nach seiner Wahl zum Präsidenten äußerte er in einer Fernsehansprache: «Die nationale Aufgabe, die mir seit 18 Jahren obliegt, findet sich solchermaßen bestätigt.»⁶ Ein Jahr später sprach er während der «Woche der Barrikaden» in Algier von der «nationalen Legitimität», die er seit «20 Jahren verkörperte».⁷ Vor diesem Hintergrund interpretierte er seine

Befugnisse als Staatspräsident entsprechend seiner selbstempfundenen Größe und Geschichtsmächtigkeit: So bezeichnete er sich selbst mehrfach als der «Führer [guide] Frankreichs» und schrieb sich selbst die Rolle zu, das «Schicksal des Landes zu tragen».⁸

Aus dieser Perspektive optierte er für eine ganz auf seine Person zugeschnittene Herrschaftsausübung, hinter der alle anderen Akteure zurückzutreten hatten. Zum Premierminister ernannte er in der Person von Michel Debré einen Mann, der sich selbst als der «Treueste unter den Treuen» bezeichnete und der eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung gespielt hatte.⁹ Für de Gaulle bestand kein Zweifel daran, dass der Premier in aller erster Linie ihm gegenüber Rechenschaft abzulegen hatte und dessen Verantwortlichkeit vor dem Parlament bloß formaler Natur war. «In Anbetracht der Wichtigkeit und des Umfangs der Befugnisse des Premierministers kann kein Zweifel daran bestehen, dass er *«der Meine»* ist», schrieb der General in seinen Erinnerungen. «Ebenso wie es die alte Erfahrung der Seeleute will, dass es an der Seite des Kommandanten einen Zweiten gibt, so sieht unsere neue Republik vor, dass die Exekutive neben dem für alles Wesentliche und Permanente zuständigen Präsidenten mit einem Premierminister ausgestattet ist, der sich um das Alltagsgeschäft kümmert.»¹⁰

Die Umstände des Algerienkriegs begünstigten es, dass de Gaulle seine ausgreifenden Vorstellungen von der Präsidentenrolle durchsetzen konnte. Nach der Abdankung der Vierten Republik in der Krise des Mai 1958 hatte sich unter zahlreichen Politikern die Überzeugung breitgemacht, dass nur de Gaulle Frankreich aus dem algerischen Drama retten konnte und ihm dafür ein möglichst breiter Handlungsspielraum zugestanden werden musste. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Unterstützer de Gaulles die Theorie, dass unter den Vorzeichen der neuen Republik dem Präsidenten ein «exklusiver Zuständigkeitsbereich» (*domaine réservé*) zukam, in dem er allein die Richtlinien bestimmte und in den ihm weder der Premierminister noch das Parlament hineinzureden hatten. Dieser in der Verfassung nicht vorgesehene «*domaine réservé*» umfasste nicht nur Algerien, sondern auch den gesamten Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ebenso wie die europäische Integration.¹¹ Kabinettsmitglieder, die gegen diese Regel verstießen und auch in Fragen der internationalen Politik mitdiskutieren wollten, wurden von de Gaulle in ihre Schranken verwiesen. So musste Finanzminister Antoine Pinay im Januar 1960 seinen Hut nehmen, nachdem er es gewagt hatte, außen- und europapolitische Meinungen zu vertreten, die mit der präsidentiellen Linie nicht konform waren.

Auch aus dem Parlament kam wenig Widerspruch dagegen, dass der Präsident nach seiner Machtübernahme eine Form der demokratisch legitimierten Alleinherrschaft etablierte. Dies war vor allem eine Folge des Wahlergebnisses vom November 1958, das de Gaulle eine ihm überwiegend wohlgesonnene Nationalversammlung beschert hatte. Auf Wunsch des Generals war das in der Vierten Republik praktizierte Verhältniswahlrecht abgeschafft und das «scrutin binominal à deux tours», das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen, wieder eingeführt worden. Dieses aus der Dritten Republik bekannte Verfahren begünstigte diejenigen Strömungen, die zu Allianzen für den zweiten Wahlgang bereit waren, wirkte sich hingegen fatal für Parteien aus, die – wie die Kommunistische Partei – keine solche Partnerschaften bilden konnten. So kam der PCF bei einem Stimmenergebnis im ersten Wahlgang von 18,9 Prozent auf gerade einmal zehn Abgeordnete, während die im Vorfeld von Unterstützern de Gaulles gegründete «Union pour la Nouvelle République» (UNR) mit 17,6 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang schlechter abschnitt, aber dank ihrer Bündnisse im zweiten Wahlgang auf 189 Mandate kam. Die drei tragenden Parteien der Vierten Republik, Sozialisten, Christdemokraten (MRP) und «Radikale», kamen zusammen nur noch auf knapp 25 Prozent der Abgeordneten. Ebenso wirkten die Umstände des Algerienkriegs auch gegenüber zahlreichen Parlamentsabgeordneten disziplinierend, waren sie doch in ihrer großen Mehrheit erleichtert darüber, dass dieses über Jahre hinweg unlösbar erscheinende Problem nun von de Gaulle quasi im Alleingang gemeistert werden würde. Nach ihrem Kalkül sollte zunächst einmal die Beendigung des Krieges abgewartet werden, bevor sich die Nationalversammlung wieder selbstbewusster als Mitgestalterin des politischen Lebens zu Wort melden sollte.¹²

Doch bevor in Algerien Frieden geschlossen wurde, kam de Gaulle den Parlamentariern zuvor, indem er seine Deutung der Verfassung verfestigte und die autoritären Tendenzen seiner Herrschaft verstärkte. Im März 1962 forderte er Premierminister Michel Debré zum Rücktritt auf, obwohl dieser unverändert das Vertrauen der Parlamentsmehrheit genoss. Debré war ein überzeugter Verfechter der Algérie française und musste nach Auffassung des Präsidenten abgelöst werden, da er nicht mehr als williger Ausführer seiner Vorgaben gelten konnte. Auf diese Weise verdeutlichte de Gaulle seine Lesart der Verfassung, nach der dem Premierminister jederzeit, unabhängig vom Votum des Parlaments, das Vertrauen durch den Präsidenten entzogen werden konnte. Mit der Auswahl von Debrés Nachfolger verlieh er dieser Sichtweise Nachdruck: Er ernannte Georges Pompidou zum Premierminister; einen Mann, der nie ein gewähltes Amt ausgeübt hatte und

den meisten Abgeordneten ebenso wie dem Wahlvolk nahezu unbekannt war. Was Pompidou qualifizierte, war in erster Linie sein enges Vertrauensverhältnis zu de Gaulle, hatte er diesem doch 1944/45 sowie seit 1958 als wichtiger enger Berater in dessen Kabinett gedient.

Bedeutete bereits die Ablösung Debrés und die Auswahl Pompidous einen Affront gegenüber dem Parlament, so ging de Gaulle vier Monate später einen entscheidenden Schritt weiter, indem er die direkte Volkswahl des Staatspräsidenten vorschlug. Zum Anlass nahm er den um Haaresbreite gescheiterten zweiten Attentatsversuch auf den Präsidenten. Am 22. August 1962 hatte ein mehrköpfiges Kommando der OAS am «Petit-Clamart» im Süden von Paris die Limousine de Gaulles mit zahllosen Geschossen durchsiebt, aber den General knapp verfehlt. Für den General aktualisierte der knapp gescheiterte Mordversuch die Frage seiner Nachfolge: Er selbst, so äußerte er im September 1962 in einer Fernsehansprache, sei bereits durch die «Ereignisse der Geschichte» hinreichend legitimiert, um die Präsidentenrolle wahrzunehmen.¹³ Sein Nachfolger indes, der nicht auf eine vergleichbare Vergangenheit werde zurückblicken können, müsse direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, damit er über eine ausreichende Legitimation verfüge. Indem de Gaulle die Direktwahl des Staatspräsidenten vorschlug, rührte er an ein Tabu der republikanischen Tradition. Nur einen Mann, nämlich Louis-Napoléon Bonaparte im Jahre 1848, hatten die Franzosen bis dahin direkt zum Präsidenten gewählt; und dieser hatte nach seiner Wahl eine autoritäre Alleinherrschaft aufgebaut. Vor diesem Hintergrund galt die Direktwahl des Staatspräsidenten vielen Parlamentariern als der erste Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Republik. Sie bahnte einer «Wahlmonarchie» den Weg, klagte Pierre Mendès France an, welche die «Macht bei einem Mann zentralisiert, der allein abwägt, allein befiehlt und allein richtet».¹⁴

Nicht nur de Gaulles Vorschlag als solcher erregte Widerspruch, sondern auch und vor allem die Form, in der er diese Verfassungsreform durchsetzen wollte. Die Konstitution von 1958 sah vor, dass alle Verfassungsänderungen von beiden Kammern – Nationalversammlung und Senat – verabschiedet werden mussten. Wissend, dass er niemals die Mehrheit der Parlamentarier würde dazu bewegen können, die Direktwahl des Staatspräsidenten gutzuheißen, griff de Gaulle zu einem anderen Mittel: Er kündigte einen Volksentscheid über diese Reform an, indem er sich auf Artikel 11 der Verfassung berief, der es dem Präsidenten gestattete, jedes die «Organisation der öffentlichen Gewalten betreffende Gesetz» durch ein Referendum verabschieden zu lassen. Als bald meldeten sich zahlreiche Verfassungsrechtler zu Wort, die das Vorgehen des Staatspräsidenten für

verfassungswidrig erklärten: Die Konstitution konnte ihrer Auffassung nach nicht über das Parlament hinweg durch einen einfachen Volksscheid geändert werden. Eine scharfe politische Debatte brach aus, in der sich insbesondere der Präsident des Senats, Gaston Monnerville, als heftiger Opponent des gaullistischen Projekts hervortat. Er bezichtigte den Staatspräsidenten des «Amtsmisbrauchs» (*forfaiture*) und klagte ihn an, einem «aufgeklärten Bonapartismus» den Weg bahnen zu wollen. «Alle Gewalten in einer Hand, unter einem Kopf zu vereinigen, bedeutet tatsächlich die Demokratie abzuschaffen; und genau dies ist es, was man vom französischen Volk erwartet zu tun, in aller Eile, ohne Abwägung, schlicht aus Vertrauen in einen Mann. Ich sage: Das ist keine Demokratie. In einer Demokratie regiert man nicht im Monolog.»¹⁵

Da sich de Gaulle weder von politischer Opposition noch juristischen Bedenken beirren ließ und an seinem Projekt festhielt, ging die Mehrheit der Nationalversammlung auf Konfliktkurs: Premierminister Georges Pompidou wurde am 5. Oktober 1962, gegen die Stimmen der gaullistischen UNR, das Misstrauen ausgesprochen. Dieses Votum bot dem General eine erneute Gelegenheit, sein Institutionenverständnis zu demonstrieren, indem er die Nationalversammlung umgehend auflöste und Neuwahlen anordnete. Im Ergebnis ging de Gaulle siegreich aus der Kraftprobe mit dem Parlament hervor: Im Vorfeld des Referendums wandte er sich entschieden gegen die Argumentation, die Direktwahl des Staatspräsidenten sei der erste Schritt auf dem Weg zur Diktatur. «Euer Präsident wird von Euch selbst gewählt werden. Nichts ist republikanischer. Nichts ist demokratischer. Ich füge hinzu: Nichts ist französischer, so klar, einfach und direkt, wie es ist.» Den Wählerinnen und Wählern machte er deutlich, dass es bei der Abstimmung nicht nur um eine Sachfrage, sondern auch um ihn selbst als den ersten Mann im Staate ging. Mit ihrem «Ja» sollten die Bürger ihm den «direkten Beweis ihres Vertrauens und ihrer Ermutigung» erteilen.¹⁶ Das Referendum muss als ein überzeugender Sieg des Generals interpretiert werden, stimmten doch 62,25 Prozent der Abstimmenden für die Verfassungsänderung. Bei der sich anschließenden Neuwahl wuchs die gaullistische UNR auf 32 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang an und konnte sich mit ihren Verbündeten der rechten Mitte eine solide Mehrheit in der Nationalversammlung sichern.

Diese Abstimmungs- und Wahlergebnisse machten deutlich, dass eine überwiegende Mehrheit der Franzosen de Gaulles Ansinnen unterstützte, ein auf den Präsidenten zugeschnittenes System mit autoritärer exekutiver Führung aufzubauen. Seiner Machtübernahme im Mai 1958 haftete zwar der Ruch des kalten Staatsstreichs an und mit dem für die Verfassungs-

änderung verwendeten Verfahren hatte er die konstitutionelle Legalität infrage gestellt – an der Ratifizierung dieser Schritte durch das französische Volk hingegen konnte nicht der geringste Zweifel mehr bestehen. Die Bürger hatten ihre Souveränität nicht mehr – wie in der Vierten Republik – an ein Parlament delegiert, in dem über das Gemeinwohl gestritten und verhandelt wurde, sondern an einen geschichtsmächtigen Einzelnen, der die politischen Richtlinien von oben herab vorgeben sollte. Es stellte sich nun die Frage, wie sich die Kritiker des gaullistischen Staates positionieren würden. Manche unter ihnen – wie etwa die satirische Wochenzeitung «Le Canard enchaîné» – hatten in den zurückliegenden Jahren das neue System als eine Renaissance des Absolutismus karikiert, in der de Gaulle wie eine Wiedergeburt des Sonnenkönigs Ludwig XIV. unumschränkt regierte, umgeben von subalternen, um seine Gunst buhlenden Hofschranzen. «Frankreich hat kein Parlament mehr. Frankreich hat keine Regierung mehr. Es zählen nur noch der König und sein Hof», konstatierte der «Canard enchaîné» im September 1960.¹⁷ Gleichzeitig aber taten sich die Kritiker des Generals schwer, attraktive Alternativen aufzuzeigen, hatten sich doch die Bürger erst kürzlich vom parlamentarischen Regierungssystem abgewendet, da es als unfähig galt, mit der Algerienkrise fertig zu werden.

Die Entscheidung, den Präsidenten künftig vom Volk wählen zu lassen, brachte Bewegung in die Opposition: Es eröffnete sich die Gelegenheit, den Wahlmonarchen von seinem Thron stürzen zu können, wenn man ihm nur einen Antagonisten entgegensetzte, der unter den Bürgern Begeisterung hervorrufen konnte. Überdies bewirkte die Perspektive der Direktwahl des Staatspräsidenten einen Zusammenschluss innerhalb der Opposition, war doch deutlich, dass sie nur dann eine Chance gegen de Gaulle haben konnte, wenn sie geeinigt auftreten würde. Ein erster Versuch, mit einem parteiübergreifenden Bündnis de Gaulle herauszufordern, scheiterte allerdings, als es dem Marseiller Bürgermeister Gaston Defferre nicht gelang, Sozialisten und Christdemokraten auf eine Linie zu bringen. Nun schlug die Stunde von François Mitterrand, der in nahezu allen Kabinetten der Vierten Republik als Minister gedient und sich als einer der schärfsten Kritiker des Gaullismus profiliert hatte. Für ihn war de Gaulle nicht nur durch ein «pronunciamento» an die Macht gekommen, auch seine tägliche Amtspraxis könne als ein «permanenter Staatsstreich» (so der Titel seines Buchs aus dem Jahre 1964) bezeichnet werden, da er die Verfassung nicht respektiere und alle Entscheidungsvollmachten zunehmend im Elyséepalast konzentriere.¹⁸ Nach Mitterrands Auffassung mussten bürgerliche Linke und Kommunisten ein seit 1947 währendes Tabu brechen und zusammenarbeiten, wenn sie den General in eine Stichwahl

zwingen und besiegen wollten. In zähen Verhandlungen konnte er die Kommunisten davon überzeugen, dass sie keinen eigenen Kandidaten gegen de Gaulle aufstellten und seine Kampagne unterstützten, in der er sich als Mann des Wandels und der Erneuerung präsentierte. Unter diesen Vorzeichen gelang ihm beim ersten Wahlgang vom 5. Dezember 1965 ein für alle Beobachter überraschender Erfolg, indem er 31,72 Prozent der Stimmen erzielte, während de Gaulle auf «nur» 44,65 Prozent kam und zur Stichwahl antreten musste.

Das Kalkül des Präsidenten war nicht aufgegangen, hatte er doch erwartet, dass die Wähler ihm bereits im ersten Wahlgang mit massiver Stimmenmehrheit das Vertrauen aussprechen würden, so wie er es von den Referenden über die Verfassung, die Selbstbestimmung Algeriens und die Einführung der direkten Präsidentenwahl gewohnt war. So sicher war er seines eigenen Sieges gewesen, dass er eine regelrechte Wahlkampagne für unnötig und seiner historischen Rolle unangemessen gehalten hatte. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Franzosen für andere Kandidaten als ihn selbst gestimmt hatte, verfiel er in tiefe Zweifel und erwog ernsthaft, sich aus dem Rennen zurückzuziehen.¹⁹ Der zweite Wahlgang bescherte ihm eine klare Mehrheit von 55,2 Prozent gegen 44,8 Prozent für François Mitterrand. Doch auch dieses Ergebnis entsprach nicht den Intentionen desjenigen, der die Direktwahl des Staatspräsidenten eingeführt hatte. Denn anstatt Frankreich um einen Garanten der nationalen Einheit zu sammeln, hatte die Stichwahl das Land in zwei Lager gespalten, die einander konfrontativ gegenüberstanden. Die Präsidentschaftswahlen von 1965 waren somit ein wichtiger Schritt in der Herausbildung einer bipolaren, den Rechts-Links-Gegensatz betonenden politischen Kultur. Zugleich machten die Ergebnisse deutlich, dass die Wahlmonarchie de Gaulles fragiler war, als er selbst und die meisten Beobachter es hatten wahrnehmen wollen.

Der Präsident optierte nun verstärkt für einen Regierungsstil, der sich auf die technokratischen Eliten der hohen Beamtenschaft stützte. «In der modernen Ära hängt das ganze Leben des Landes vom öffentlichen Dienst ab», verkündete er in einer Fernsehansprache.²⁰ Für ihn konnte Fortschritt nicht aus der Gesellschaft erwachsen, indem man ihrer freien Entwicklung vertraute, sondern musste durch die Rationalität und vorausschauende Planung des Staates errungen werden; dies umso mehr, als Frankreich für ihn ein Land widerstreitender Partikularinteressen war, die umgehend eine destruktive Wirkung entfalteten, wenn sie nicht von der Regierung moderiert wurden. Vor diesem Hintergrund griff der Staat massiv ins Wirtschaftsleben ein, insbesondere um die Konzentrationsbewegung in verschiedenen Indus-

triebzweigen voranzutreiben und die Fusion zu großen, international konkurrenzfähigen Konzernen zu fördern. So kam es zwischen 1959 und 1965 zu 74 Fusionen, unter denen die Bildung des Chemiekonzerns Pechiney-Ugine-Kuhlmann (PUK) sowie des Stahlproduzenten Wendel-Sidélor herausragten.²¹ Auch in die öffentliche Modernisierungs- und Urbanisierungspolitik brachte sich der Präsident persönlich als die oberste Entscheidungsinstanz ein. So erinnert sich Paul Delouvrier, damals für die Stadtplanung der Pariser Region zuständig: «Vor einer riesigen Karte fühlte sich der Präsident der Republik wieder als General, und er verschob neue Städte und Präfekturen wie Panzerdivisionen. [...] Alles musste im Elyséepalast entschieden werden. Mit Spott in der Stimme sagte er: «Sie haben recht; die Minister ruhen sich nur aus. Alles wird hier entschieden, von mir.»²²

Die Krise des Mai '68

Die Schattenseite der staatlich gelenkten Modernisierung war, dass sich intermediäre Akteure wie politische Vereinigungen, Interessenverbände und Gewerkschaften von diesen Prozessen ausgeschlossen fühlten und den Eindruck gewannen, sich nicht einbringen zu können. Die daraus resultierenden Blockaden der Gesellschaft waren ein Grund dafür, warum sich im Mai 1968 ein so umfassender und leidenschaftlich vorgetragener Protest gegen die gaullistische Herrschaft breitmachte. In allen westlichen Gesellschaften war das Jahr 1968 eine Periode des gesellschaftlichen Protests und der Infragestellung der bestehenden Verhältnisse. Während in anderen Ländern wie der Bundesrepublik und den USA sich bereits deutlich vor 1968 eine linke Studentenbewegung vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze oder den Vietnamkrieg konstituiert hatte, fuhr die Rebellion des Mai wie ein Blitzschlag in ein Frankreich, «das sich langweilte», wie es der Journalist Pierre Viansson-Ponté im März 1968 ausdrückte.²³ Nur in Frankreich kam es zu einem Generalstreik, nirgendwo sonst war die Mobilisierung so rasant und zugleich so weitgreifend, nur hier verschwand der Staatschef plötzlich auf dem Höhepunkt der Protestwelle.²⁴ Damit sind einige Gründe dafür genannt, warum der Mai '68 in Frankreich wie nur wenige Ereignisse der französischen Zeitgeschichte publizistisches Interesse gefunden hat.²⁵

Die Proteste gingen von einem neugegründeten Universitätscampus in der Pariser Vorstadt Nanterre aus, wo seit dem März 1968 eine kleine Gruppe von Studenten gegen die rigiden Vorschriften ihrer Hochschule rebellierte. Die Aktivisten stammten aus der neuen, von der Kommunistischen Partei nicht erfassten Linken; sie waren trotzkistisch, maoistisch oder anarchistisch orientiert und provozierten durch ihre Proteste eine un-

verhältnismäßige Reaktion der Universitätsleitung, die den Lehrbetrieb auf dem Campus schließen ließ. Daraufhin zog die Protestbewegung am 2. Mai in die Pariser Innenstadt und die altherwürdige Sorbonne, die nun zum Zentrum der studentischen Rebellion wurde. Indem die Studentenbewegung in der Hauptstadt aktiv wurde, stand sie unmittelbar der Staatsführung gegenüber, verfügte doch Paris über keine städtische Autonomie, sondern wurde direkt von der Zentralregierung verwaltet. Auf diese Weise eskalierte ein zunächst lokaler und auf wenige Aktivisten begrenzter Konflikt innerhalb weniger Tage zu einer Konfrontation, in welche die Staatsführung unmittelbar involviert war. Überall im Land gingen nun Studierende auf die Straße und besetzten Universitätseinrichtungen. Nachdem der Rektor der Sorbonne die Hochschule polizeilich hatte räumen lassen, wurden in der Nacht vom 10. Mai in der Hauptstadt Barrikaden errichtet; aufgebrachte Studenten und Sicherheitskräfte lieferten sich Straßenschlachten. Wenige Tage später schlossen sich Arbeiter der Protestwelle an und begannen Streiks, denen in einer beispiellosen Mobilisierung die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten des Landes beitraten. Auf dem Höhepunkt streikten ca. sieben Millionen Arbeitnehmer und legten das gesamte wirtschaftliche Leben lahm. Eine zunächst ratlose politische Führung reagierte mit einem Verhandlungsangebot an die Sozialpartner: Am Wochenende vom 25./26. Mai wurden unter der Moderation von Premierminister Pompidou drastische Lohnerhöhungen ausgehandelt, die der Streikbewegung aber nicht den Wind aus den Segeln nahmen. In einer Fernsehansprache vom 24. Mai versuchte der Präsident mit der Ankündigung eines Referendums das Partizipationsbedürfnis der Bürger zu bedienen, erntete aber heftige Kritik und Spott für seine Rede. Am 30. Mai verschwand er plötzlich aus Paris und flog zu einem französischen Truppenstandort in Baden-Baden, ohne dass irgendjemand von seinem Aufenthaltsort wusste. Nachdem er tags darauf aus Deutschland zurückkehrte, organisierten seine Anhänger eine Großdemonstration, während er selbst über das Radio Neuwahlen der Nationalversammlung ankündigte. Langsam ebten sowohl die Streiks als auch die Proteste ab, da nun nach demokratischen Spielregeln die Macht neu verteilt werden würde.

Die dramatischen Tage des Mai 1968 offenbarten, dass hinter der Fassade eines wohlstandsverwöhnten, fortschrittsoptimistischen Frankreich tiefgreifende Konflikte schwelten, die auf vier verschiedenen, eng miteinander verbundenen Ebenen anzusiedeln waren. So artikulierten die Proteste einen *Generationenkonflikt*, der sich bereits in den frühen 1960er Jahren angekündigt hatte, als Frankreichs Jugendliche eine identitätsstif-

tende, sich von der Elternwelt abgrenzende Musikkultur entwickelt hatten. Hinzu kam nun vermehrt das Gefühl, vom Staat nicht ausreichend berücksichtigt zu werden: Als Folge des Babybooms der Nachkriegsjahre hatte sich die Zahl der Schüler, Studierenden und Auszubildenden vervielfacht, während der Ausbau der Bildungseinrichtungen mit diesem Anwachsen nicht hatte Schritt halten können. Überdies fürchteten viele nun, dass der französische Arbeitsmarkt einer so großen Zahl von Berufseinsteigern keine ausreichenden Perspektiven würde bieten können. Ebenso verschärfte das Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit die Distanz zwischen den Generationen: Die «68er» waren während oder nach dem Zweiten Weltkrieg geboren; an den Dekolonisierungskriegen hatten sie nicht teilgenommen. Insofern erhoben sie kritische Fragen über die Rolle ihrer Väter und Mütter in diesen Zeiten. Verhaltensmuster wie der Respekt vor Autoritäten galten vielen Studentenprotestlern als veraltet und einer selbstbestimmten Gesellschaft nicht angemessen. De Gaulle, der autoritäre Militär mit majestätischem Gestus, eignete sich bestens als Symbolfigur für das Frankreich, von dem sich der Studentenprotest verabschieden wollte. Eine Plakatgraphik aus dem Mai '68 zeigte den Schatten des Generals, wie er von hinten einem jungen Mann seine Hand vor den Mund hält und sagt: «Sei jung und halt die Klappe».²⁶

Damit ist bereist angedeutet, dass der Mai '68 zugleich einen *Kulturkonflikt* zum Ausdruck brachte. Slogans der rebellierenden Studenten zeigten, dass sie einer neuen Kultur den Weg bahnen wollten: «Bringt die Phantasie an die Macht», «Unter den Pflastersteinen der Strand», «Seid realistisch, fordert das Unmögliche» – mit solchen Parolen sollte signalisiert werden, dass man nicht mehr im starren Institutionengehäuse der modernen Gesellschaft leben wollte. Zu den Ideengebern der Bewegung gehörte der Philosoph Guy Debord, der in seinem Buch «La société du spectacle» (1967) den Warenfetischismus der westlichen Industriegesellschaften angegriffen hatte. Die Konsumgesellschaft führe zur «extremen Entfremdung» und tiefen Unzufriedenheit im Alltagsleben.²⁷ Die engagierten Studenten wandten sich vehement gegen eine vom Konsum als Sinnerersatz geprägte Gesellschaft, da sie die Bürger zu fügsamen, von einem immer reicheren Warenangebot betäubten Subjekten dressiere. «Seid ihr Verbraucher oder Beteiligte?», fragte ein Slogan. Auf diese Weise wurden die modernisierenden Errungenschaften der «Trente glorieuses», auf welche die gaullistische Staatsführung so stolz war, infrage gestellt. Als die rebellierenden Studierenden am 13. Mai das staatliche Schauspielhaus Odéon besetzten, führten sie vor, was sie unter einer neuen Kultur verstanden. Auf der zuvor den Theaterstücken des klassischen Repertoires vorbe-

haltenen Bühne fanden nun spontane «Happenings» und permanente politische Diskussionen statt, welche die Distanz zwischen Aufführenden und Zuschauern durchbrachen.

Mit den Streiks, die am 14. Mai in einer staatlichen Flugzeugfabrik in Nantes begannen, nahm der Mai '68 den Charakter eines *sozialen Konflikts* an. Ähnlich wie bei den Studentenprotesten kam es zu einer extrem schnellen Mobilisierung, streikten doch nur zwei Tage später die Arbeiter von sechs Renault-Werken einschließlich der größten Fabrik des Landes in Billancourt; sieben Tage später legten bereits fünf Millionen Menschen die Arbeit nieder. Die Aktionsformen ebenso wie der Forderungskatalog der Arbeiter erinnerten an die massiven Streiks des Sommer 1936. So entstanden die Arbeitsniederlegungen wie damals spontan, ohne dass sie von den Gewerkschaftsorganen ausgerufen worden waren. Es kam zu Fabrikbesetzungen und erhitzten Debatten im Innern der besetzten Unternehmen. Die Forderungen waren diffus, weitgreifend und nur schwer im sozialen Dialog verhandelbar. Man wünschte sich ganz allgemein mehr Freiheit im Betrieb, weniger Gängelung durch die Unternehmensleitung, Mitgestaltung des eigenen Arbeitsumfelds, aber auch eine grundlegende Transformation der kapitalistischen Industriegesellschaft. Diese prinzipiellen Anliegen wurden verknüpft mit konkreten Forderungen nach mehr Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung des Rentenalters. Der Leitung der beiden größten Gewerkschaften, der PCF-nahen CGT und der nicht-kommunistischen FO, fiel es schwer, die Streikbewegung zu kanalisieren und ihre politische Agenda zu bestimmen. Träger der sozialen Bewegung waren überwiegend junge Arbeiter, die vielfach nicht einmal gewerkschaftlich organisiert waren, was den Charakter des Mai '68 als einer klassenübergreifenden Jugendbewegung unterstreicht. Es war die CFDT, eine kleine, aus der christlich-reformistischen Arbeiterbewegung hervorgegangene Gewerkschaft, die am besten die weitgreifenden Forderungen der Streikenden repräsentierte und unter dem Leitwort der «autogestion» (Selbstverwaltung) der Betriebe zusammenfasste. Diese Formel erwies sich zudem als anschlussfähig für den Studentenprotest, der ebenso auf Partizipation und Autonomie abzielte. So schrieb André Jeanson, Präsident der CFDT, am 16. Mai 1968: «Der Freiheit in den Universitäten muss ein gleicher Grad von Freiheit in den Unternehmen entsprechen, und in dieser Hinsicht vereint sich seit dem Beginn des Arbeitskamps der Aufstand der Studenten mit dem der Werk tätigen. Die industrielle und administrative Monarchie muss demokratischen, auf dem Prinzip der «autogestion» beruhenden Strukturen Platz machen.»²⁸

Als Premierminister Georges Pompidou am 25./26. Mai die Sozial-

partner zu Verhandlungen ins Arbeitsministerium einlud, gewannen die Führer der großen Gewerkschaften CGT und FO wieder die Oberhand. In den Unterredungen ging es nicht um grundsätzliche Veränderungen der Betriebsstruktur, sondern in der Tradition klassischer Tarifverhandlungen um materielle Verbesserungen für die Werktätigen. Um den wirtschaftlichen Stillstand des Landes zu beenden, war Pompidou zu weitgreifenden Zugeständnissen bereit: Die nach dem Verhandlungsort benannten «Grenelle-Abkommen» sahen eine Anhebung des spartenübergreifenden Mindestlohns um 35 Prozent und eine generelle Erhöhung der Löhne um zehn Prozent vor. Das Verhandlungsergebnis wurde von den Streikenden zunächst abgelehnt, da sie die wesentliche Forderung der sozialen Bewegung – eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitswelt – nicht berücksichtigt sahen. Über den Juni 1968 hinweg ebte die Streikwelle jedoch ab, als die Sicherheitskräfte nun verstärkt gegen Betriebsbesetzungen voringen. Auch mussten die Streikenden einsehen, dass sie immer weniger Rückhalt unter der Bevölkerung fanden, so dass die Mobilisierung schrittweise abnahm. Ende Juni 1968 war der größte Streik der französischen Geschichte beendet.

Schließlich war der Mai '68 ein *politischer Konflikt*, in dem es um die Macht in Frankreich ging. Von den protestierenden Studierenden über die streikenden Arbeiter, von den Gewerkschaften über die Kommunistische Partei bis hin zur gemäßigten Opposition sahen die Protagonisten des Mai '68 den Moment gekommen, die gaullistische Staatsführung abzulösen. Der Protestmonat fiel mit dem Jubiläum des Regimewechsels 1958 zusammen, so dass der Slogan «Zehn Jahre sind genug!» weite Verbreitung fand. Wie bereits erwähnt, war der greise General an der Staatsspitze ein willkommenes Symbol für all das, von dem sich die Protestierenden distanzieren wollten: Er verkörperte für sie einen unbeweglichen, nationalistischen und militaristischen Etatismus, ein hierarchisch-paternalistisches Gesellschaftsbild sowie konservative moralische Werte. Vor dem Hintergrund dieses antigauillistischen Minimalkonsenses wurden jedoch innerhalb der Protestbewegung manifeste Auseinandersetzungen geführt. So fühlten sich die Träger der Studentenrevolte allesamt der Neuen Linken zugehörig, die aus der Solidarität mit den antikolonialen Befreiungskämpfen hervorgegangen war und sich betont von der Kommunistischen Partei distanzierte. Der PCF war für sie ein Repräsentant des verknöcherten, repressiven und autoritären Sowjetkommunismus, der den eigenen Idealen von Selbstbestimmung, Autonomie und Spontaneität diametral entgegenstand. Ihrerseits sah die Kommunistische Partei die Neue Linke als eine Rivalin an, die ihren Anspruch, alleinige Sachwalterin der Interessen

der Volksmassen zu sein, infrage stellte. Gleichzeitig suchte der PCF von den Unruhen zu profitieren, um seine Stellung als erste Oppositionspartei gegen de Gaulle zu festigen und seine Hegemonie im Arbeitermilieu zu stabilisieren.

Ebenso wollten nun aber auch bürgerliche Oppositionskräfte die Gunst der Stunde nutzen, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Irrtümlich gingen sie davon aus, dass der Staatspräsident nicht mehr Herr der Lage war und dazu gezwungen sein würde, einen Ausgleich mit der Protestbewegung zu suchen und eine Übergangsregierung zu berufen. Zahlreiche Akteure sahen in Pierre Mendès France, dem verehrten Regierungschef von 1954 und dezidierten Antigauillisten, die ideale Person, um eine solche Transitionsregierung anzuführen. Dieser gehörte seit 1960 der Parti socialiste unifié (PSU), einer kleinen, aus der Gegnerschaft zum Algerienkrieg entstandenen unabhängigen Linkspartei an, die von allen etablierten politischen Parteien den Ideen der Neuen Linken am nächsten stand.²⁹ Als Mendès France nach tagelangem Zögern darauf verzichtete, sich an die Spitze der Opposition zu stellen, bekundete François Mitterrand seine «Bereitschaft», künftig die Regierung anzuführen, und erklärte seine Kandidatur für die nach seiner Auffassung unvermeidlich kommenden Präsidentschaftswahlen. Auch er hatte die Fähigkeit der gauillistischen Führung unterschätzt, die Lage zu meistern, und war der Illusion eines Machtvakuum an der Staatsspitze aufgesessen.

Unterdessen wurden auch innerhalb der Exekutive manifeste Machtkämpfe ausgetragen. So war de Gaulle Verfechter eines harten Kurses gegenüber der Protestbewegung und sah in der Bewahrung der öffentlichen Ordnung durch den massiven Einsatz der Sicherheitskräfte die unmittelbare Priorität. Mittelfristig wollte er die von den Unruhen aufgeworfenen Probleme an ihrer Wurzel angehen, indem er mehr Bürgerbeteiligung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ankündigte. Gleichzeitig aber schlug er einen Lösungsweg vor, der vor dem Hintergrund der massenhaften Forderung nach Autonomie und partizipatorischer Demokratie nur paradox wirken konnte: Die Wähler sollten ihm per Referendum die Ermächtigung dazu erteilen, entsprechende Gesetze auszuarbeiten. Premierminister Pompidou hingegen verfocht einen anderen Kurs: Mit der Protestbewegung sollte möglichst moderat umgegangen werden, um nicht eine weitere Eskalation heraufzubeschwören. Die de Gaulle'sche Strategie eines Referendums hielt er für verfehlt, vielmehr sollten die sozialen Forderungen mit Gewerkschaften und Unternehmen verhandelt werden, während Neuwahlen der Nationalversammlung das politische Kräfteverhältnis zwischen Gegnern und Befürwortern der Regierung klarstellen sollten. Als

der Präsident mitten in der Krise zu einem Staatsbesuch nach Rumänien aufbrach (14.-18. Mai), nutzte Pompidou dessen Abwesenheit, um die Krisenpolitik in die Hand zu nehmen. So war er es, der den Sozialpartnern bei der Aushandlung der «Grenelle-Abkommen» gegenüber saß.

Aus welchen Beweggründen Charles de Gaulle am 29. Mai plötzlich die Hauptstadt verließ und sich nach Baden-Baden zu General Massu begab, hat zu unterschiedlichen Vermutungen Anlass gegeben. Wollte er durch sein Verschwinden einen Knalleffekt erzielen, der es ihm erlaubte, wieder die Kontrolle zu übernehmen? Wollte er den Franzosen vor Augen führen, wie schmerzhaft sich sein plötzliches Verschwinden bemerkbar machen würde? Oder war es seine Absicht, sich der militärischen Unterstützung General Massus zu versichern, der zu den Steigbügelhaltern seiner Machtübernahme 1958 gehörte und aus der «Schlacht von Algier» als erbarmungsloser Widersacher einer Aufstandsbewegung bekannt war? Oder war de Gaulle lediglich entmutigt, deprimiert und von Rücktrittsabsichten angekränkt, so dass er die Aufmunterung durch einen altgedienten Weggefährten suchte? Da sich de Gaulle öffentlich nie zu seinen Motivationen geäußert hat, müssen alle diese Überlegungen Spekulation bleiben. In jedem Falle verbrachte der Präsident nur wenige Stunden in Baden-Baden und nahm am nächsten Tag in Paris wieder das Ruder in die Hand: Von einem Referendum nahm er vorläufig Abstand und schwenkte auf die von Pompidou befürwortete Linie ein, indem er die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen verkündete. Damit erteilte er der studentischen Protestbewegung einen entscheidenden Schlag, denn diese war nicht stabil organisiert. Da sie gegen das bestehende Institutionengehäuse und die etablierte Politik rebellierte, widerstrebte es ihrer inneren Logik, sich in parteiähnlicher Form zu organisieren. Insofern blieb die Studentenbewegung die große Abwesende bei den Neuwahlen vom 23. und 30. Juni 1968, aus denen die UDR (Union pour la défense de la république) – wie sich die gaullistische Partei nun nannte – als eindeutige Siegerin (38,1 Prozent der Stimmen im ersten, 294 Sitze von 485 nach dem zweiten Wahlgang) hervorging.

Der Mai '68 war eine vielschichtige, das System grundlegend herausfordernde Krise, sollte aber in seiner Bedeutung und Wirkung nicht überschätzt werden. In den Wochen des Protests öffnete sich der Horizont für verschiedenartige Alternativen zum gaullistischen Staat und zur bestehenden Gesellschaftsordnung, um aber sogleich wieder geschlossen zu werden. So ging die Fünfte Republik in ihrem institutionellen Aufbau unverändert aus der Krise hervor; die sozialpolitischen Errungenschaften bestanden überwiegend in materiellen Verbesserungen, aber nicht in wirt-

schaftlichen oder gesellschaftlichen Strukturveränderungen. Und der Wertewandel in der französischen Gesellschaft hatte bereits vorher, um 1965, begonnen. Dem Soziologen Henri Mendras ist deshalb zuzustimmen, wenn er den Mai '68 charakterisierte als den «symbolischen Ausdruck einer profunden Transformation, die seit drei Jahren im Gange ist». ³⁰ Es ist vor diesem Hintergrund unangemessen, von einer «Revolution» des Mai '68 zu sprechen, wie dies oft getan wird. ³¹

Der Staatspräsident ging aus der Krise mit gestärktem Selbstbewusstsein hervor. Er selbst habe, so seine rückblickende Deutung, mit quasi magischen Kräften das Ende der Revolte herbeigeführt, indem er in seiner Radioansprache vom 30. Mai «an das Volk appelliert» hatte. Dieses habe ihm «aus seinen Tiefen geantwortet. Umgehend war der bösertige Zauber, der uns dem Abgrund entgegenführte, beendet.» ³² Premierminister Georges Pompidou, dem als umsichtigen Krisenmanager und Aushandler der «Grenelle-Abkommen» ein weit größerer Anteil an der Bewältigung des Protests zukam als de Gaulle selbst, musste im Juli 1968 sein Amt räumen und Maurice Couve de Murville, einer aus der hohen Beamtenschaft hervorgegangenen Persönlichkeit, die Leitung der Regierung überlassen. De Gaulle wollte nun, unbehelligt von einem zu eigenständigen Premierminister, selbst die Umgestaltung Frankreichs in Angriff nehmen, um die Mai-Revolution an ihren soziokulturellen Wurzeln zu bekämpfen. In seinen Reden sprach er nun von der «Malaise», welche die «moderne mechanisierte Zivilisation und Gesellschaft» bei den Bürgern bewirke und welche das kollektive Unbehagen des Mai '68 ausgelöst habe. ³³ Diese «Malaise» konnte nach de Gaulles Auffassung verschwinden, wenn die Menschen in allen Lebensbereichen an den für sie relevanten Entscheidungsprozessen partizipieren konnten. So lenkte ein im November 1968 verabschiedetes Universitätsgesetz die Organisation der Hochschulen in neue Bahnen: In allen Belangen sollten künftig nicht nur die Lehrstuhlinhaber entscheiden, sondern auch wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende und Verwaltungsangestellte gleichberechtigt eingebunden werden.

Den nächsten Schritt zu mehr Partizipation wollte der Präsident auf politisch-institutioneller Ebene unternehmen: In Form der Regionen sollten neue, mehrere Départements umfassende Gebietskörperschaften gebildet werden, mit begrenzten Kompetenzen im Bereich der territorialen Entwicklung sowie einem eigenen Budget. Und der Senat, die zweite legislative Kammer, sollte völlig umgestaltet werden. In ihm sollten nicht mehr nur indirekt gewählte Volksvertreter, sondern nach korporatistischer Logik auch Repräsentanten der Sozialpartner, der verschiedenen Berufsgruppen, des Schul- und Universitätswesens, des Kulturlebens sowie der Familien

sitzen. Da diese Gesetzesvorlage eine Verfassungsänderung beinhaltete, ergriff de Gaulle die Chance, nun endlich den Volksentscheid anzuberaumen, auf den er im Mai '68 verzichtet hatte. Nach seinem eigenen Legitimitätsverständnis hatte der Wahlsieg vom Juni nicht ausgereicht, denn diesen hatten die Parteipolitiker und nicht er als Person errungen. Nachdem seine Herrschaft im Mai '68 so massiv herausgefordert worden war, fehlte immer noch der neuerliche, allein ihm geltende Vertrauensbeweis der französischen Bevölkerung.

Diesmal blieb das «Ja» der Wähler aus, das bei allen anderen Volksabstimmungen der De-Gaulle-Ära so eindeutig erteilt worden war. 52,4 Prozent der Abstimmenden votierten am 27. April 1969 mit «Nein» und besiegelten damit das Ende der Präsidentschaft des Widerstandshelden, der noch am selben Tag seinen Rücktritt erklärte. Zahlreiche Gründe können dafür angeführt werden, warum die Bürger sich mehrheitlich gegen die Gesetzesvorschläge und damit den Präsidenten entschieden. Im Vorfeld des Volksentscheids hatten nichtgaullistische Politiker der bürgerlichen Rechten, wie etwa der Senatspräsident Alain Poher sowie der spätere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, dazu aufgerufen, mit «Nein» zu stimmen – sei es, weil sie mit der Senatsreform nicht einverstanden waren oder weil sie das Ende der Präsidentschaft de Gaulles wünschten. Unterdessen hatte Georges Pompidou keinen Zweifel daran gelassen, dass er im Falle eines Rücktritts de Gaulles für dessen Nachfolge kandidieren würde. Somit bedeutete das «Nein» beim Referendum nicht etwa, die Fünfte Republik und die gaullistische Bewegung als solche zu verurteilen, sondern konnte auch als Strategie verstanden werden, den Platz an der Staatsspitze für einen hochangesehenen, deutlich jüngeren und konzilianteren Nachfolger frei zu machen.

Es war somit de Gaulles eigenes Legitimitätsverständnis, das seine Wahlmonarchie fragil machte. Da er sich nicht auf intermediäre Akteure wie Parteien, Abgeordnete und das Parlament stützen wollte, sondern stets den unmittelbaren «Dialog» mit den Franzosen und deren direkte Bestätigung suchte, war er auch deren Urteil auf ganz unvermittelte Weise ausgesetzt. Somit konnten sich jegliche Schwankungen in der Haltung der Bevölkerung zu ihrem Staatspräsidenten auf diesen fatal auswirken. Weder seine für sieben Jahre erfolgte Direktwahl noch die Parlamentswahlen wollte er als einen Auftrag ansehen, über einen gegebenen Zeitraum hinweg «durchzuregieren»; vielmehr musste er immer wieder per Referendum ein Stimmungsbild unter den Franzosen einholen, ob diese ihm nach wie vor vertrauten. Künftig musste sich zeigen, wie ein Nachfolger mit den Institutionen der neuen Republik umgehen würde, die so stark von dem Geist ihres Gründers geprägt waren.

Die «Grandeur» de Gaulles

Die Innenpolitik war nur ein Aspekt der Neuordnungspläne, die Charles de Gaulle seit seiner Rückkehr 1958 an die Staatsspitze verfolgt hatte: Denn sein höchster Ehrgeiz galt der Rückgewinnung der außenpolitischen Machtstellung Frankreichs. Diese war – so seine Auffassung – von den Regierenden der Vierten Republik verschleudert worden; das Land habe eine Periode der Dekadenz durchgemacht und sei auf den Status einer zweitklassigen Macht herabgesunken. Damit Frankreich überhaupt wieder eine erstrangige Rolle in der internationalen Arena spielen konnte, mussten nach seiner Auffassung zunächst eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden: Dazu gehörte die Präsidialrepublik, welche Entschlussfähigkeit, Stabilität und souveräne Macht an der Staatsspitze gewährleisten sollte. Des Weiteren mussten die Staatsfinanzen saniert, die Währung stabilisiert und die Industrie ausgebaut werden, um Frankreichs Gewicht in der Weltwirtschaft zu erhöhen. Und schließlich setzte sich bei de Gaulle immer stärker die Erkenntnis durch, dass die Kolonien, die einst ein Instrument und Attribut französischer Großmachtpolitik gewesen waren, aufgegeben werden mussten, damit Frankreich seinen internationalen Einfluss vergrößern konnte. Denn ein Kolonialreich erschien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unzeitgemäß und dem internationalen Ansehen des Landes schädlich.

Der erste Staatspräsident der Fünften Republik genoss den Ruf eines intransigenten Verteidigers der nationalen Souveränität Frankreichs. So hatte er 1940 zum Widerstand aufgerufen, da er die Unterwerfung des Landes unter das Joch der Besetzung und die Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit nicht akzeptieren wollte. Über die gesamte Kriegszeit hinweg hatte er gegen alle Anfechtungen den Anspruch aufrechterhalten, die Legitimität Frankreichs souverän zu verkörpern. Gleichzeitig aber hatte er schmerzhaft erleben müssen, wie begrenzt sein Handlungsspielraum als Chef des resistierenden Frankreich war, da er sich in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von den westlichen Alliierten befand. Aus der demütigenden Erfahrung der Kriegsjahre hatte Charles de Gaulle eine klare Konsequenz gezogen: Nie wieder durfte eine Situation entstehen, in der Frankreich nicht mehr selbst Herr über sein eigenes Schicksal, seine Bevölkerung, sein Territorium und seine nationalen Interessen war.

Seit seinem Rücktritt 1946 hatten die Regierungen der Vierten Republik jedoch Entscheidungen getroffen, die nach seiner Auffassung dem Grundprinzip der nationalen Souveränität zuwiderliefen. So hatten sie sich dem von Jean Monnet entwickelten Projekt der europäischen Integra-

tion verschrieben und der Veräußerung französischer Souveränitätsrechte zugestimmt. Ebenso hatten sie sich immer weiter der Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten anvertraut und somit eine eigenständige Außenpolitik zunehmend erschwert. Zum Zeitpunkt seiner Regierungsübernahme 1958 war Frankreich nach de Gaulles Auffassung daher keine unabhängige Macht mehr, sondern ein Vasall der Vereinigten Staaten. Wie sich der General die globale, ja universelle Rolle Frankreichs vorstellte, hatte er kurz zuvor in seinen «Memoiren des Krieges» dargelegt. Er habe sich stets «eine bestimmte Idee von Frankreich» gemacht, hieß es dort. Diese «Idee» beinhaltete für ihn, dass das Land zu einem «besonderen und außergewöhnlichen Schicksal» vorherbestimmt sei. Die «Vorsehung» habe Frankreich für grandiose Erfolge oder beispielloses Unglück ausersehen; das «Mittelmaß» indessen kam für ihn einer «absurden Anomalie» gleich. Frankreich könne nicht «es selbst» sein ohne die «Größe» (*grandeur*).³⁴ Die seit 1940 verloren gegangene «Größe» Frankreichs, so lautete das Leitprinzip von de Gaulles außenpolitischer Strategie, musste zurückgewonnen werden.³⁵

Dies beinhaltete für ihn zunächst, dass das Land wieder in die Lage gebracht werden musste, eine *unabhängige* Außenpolitik zu verfolgen, die es ihm erlaubte, seine nationalen Interessen ohne Rücksicht auf andere Mächte und Bündnissysteme zu wahren. Nach seiner Auffassung verfolgten alle Nationalstaaten in erster Linie das Interesse, ihre Macht und ihren Einfluss zu vergrößern. Die Konkurrenz zwischen Staaten war für ihn die ewige Realität der Weltpolitik, während er liberale Ideen von der zwischenstaatlichen Kooperation, der Bündnistreue und des Ausgleichs zwischen Mächten für Trugbilder hielt. Deshalb war er davon überzeugt, dass nur ein Staat, der sich selbst verteidigen konnte, in der Weltpolitik seine Interessen wirksam wahren konnte. Die Gestaltung des internationalen Systems, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg ausgeprägt hatte, stand diesem Ziel jedoch diametral entgegen: Zwei Supermächte – die USA und die Sowjetunion – dominierten die Weltordnung und verlangten von ihren europäischen Gefolgsstaaten, sich in die Disziplin des jeweiligen Machtblocks zu fügen und den strategischen Direktiven ihres Hegemons zu folgen. Solange dieser Zustand andauerte, solange Frankreich nicht mehr als ein höriger Juniorpartner der Vereinigten Staaten war, konnte in de Gaulles Augen die «grandeur» des Landes nicht wiedererrungen werden.³⁶

Eine ausschlaggebende Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Nuklearwaffen, waren diese doch das zentrale Instrument der Hegemonialstrategie der USA und der UdSSR. Der Besitz von Atomwaffen verlieh den Supermächten ein Drohpotenzial von ungekannten Ausmaßen; gleich-

zeitig aber konnten sie nur aufgrund ihres Nukleararsenals glaubwürdig die Schutzrolle einnehmen, auf die sich die Loyalität ihrer europäischen Partner gründete. Aus diesem Zusammenhang ergab sich für de Gaulle die existenzielle Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten. Denn für ihn war es «unvorstellbar, dass ein Land unabhängig ist, solange es nicht über nukleare Rüstung verfügt, denn wenn es sie nicht besitzt, muss es sich einem anderen Land anvertrauen, das auf diese Weise über seine Sicherheit und seine Politik bestimmt». Da Frankreich sein Schicksal nicht einem «Fremden, sei er auch noch so freundschaftlich, überantworten» könne, sei es «absolut notwendig», dass es über eine Atomstreitmacht verfüge.³⁷

Aus diesen Motivationen heraus trieb de Gaulle die nukleare Bewaffnung Frankreichs energisch voran, so dass 1960 die erste Atombombe erfolgreich getestet werden konnte. Die französische Nuklearstreitmacht – zumeist «force de frappe» genannt – war nicht als Ergänzung des Atomarsenals der NATO und somit als Beitrag zur kollektiven Abschreckung des Westens konzipiert, sondern als ein Attribut der französischen Souveränität. Sie sollte «in alle Himmelsrichtungen»³⁸ ausgerichtet Frankreichs Willen demonstrieren, die Grenzen des eigenen Territoriums mit Kernwaffen zu verteidigen. Die Tatsache, dass Frankreichs «force de frappe» auf vergleichsweise kleinem Niveau blieb und zahlenmäßig nicht dem Nukleararsenal der Supermächte standhalten konnte, stellte für de Gaulle kein Problem dar. Denn für ihn war allein die Existenz einer defensiven nuklearen Kapazität entscheidend, ebenso wie die Entschlossenheit desjenigen, der über den Einsatz dieser Waffen verfügte: «Da ein Mensch und ein Land nur einmal sterben können, besteht die Abschreckung, sobald man einen möglichen Angreifer tödlich verletzen kann, man dazu fest entschlossen ist und der Aggressor davon ganz überzeugt ist.»³⁹

Unter den Verbündeten Frankreichs stieß der Aufbau der «force de frappe» indessen auf Unverständnis und Irritation, da sie keinen Beitrag zur Verteidigung des Westens leistete. Vielmehr brachte sie die strategische Lage im Ost-West-Konflikt durcheinander, die auf einem Gleichgewicht des Schreckens und der «gegenseitig zugesicherten Zerstörung» zwischen den Blöcken beruhte. Ebenso drohte sie den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses zu schwächen und konnte den USA einen Grund geben, sich aus der Verteidigung Westeuropas zurückzuziehen. Der deutsche SPD-Politiker und Sicherheitsexperte Helmut Schmidt hielt die französische Nuklearstreitmacht für strategisch sinnlos, da sie den Erstschatz eines Gegners nicht würde überleben können. Politische und nicht militärische Gründe stünden hinter dem Unternehmen: «Die *force de frappe* de Gaul-

les» sei «zwar zum Schlage gegen Moskau vorbereitet, ihre eigentliche Wirkung soll sie aber in Washington erzielen».40

Der Besitz einer eigenen Nuklearstreitmacht stärkte de Gaulle in seinem Projekt, Frankreich von der NATO unabhängiger zu machen. Es ging ihm dabei nicht um eine grundsätzliche Infragestellung des Bündnisses und seines Grundprinzips der kollektiven Verteidigung im Falle eines Angriffs. Vielmehr wollte er Frankreich aus der NATO-Befehlsstruktur und deren integrierten Truppenverbänden ausgliedern. Dabei leiteten ihn die zentralen Beweggründe seiner Außenpolitik: sein Widerstand gegen die amerikanische Hegemonie sowie sein Streben nach umfassender strategischer Unabhängigkeit. Nachdem sein Vorschlag, die NATO einem gleichberechtigten französisch-britisch-amerikanischen Kommando zu unterstellen, auf Ablehnung seitens Großbritanniens und der USA gestoßen war, vollzog er schrittweise den Rückzug aus der integrierten Militärstruktur. So wurde bereits 1959 Frankreichs Mittelmeerflotte aus der NATO ausgegliedert; es folgten die Luftstreitkräfte sowie 1963 die Atlantik- und Kanalflotte. 1966 erklärte de Gaulle den Rückzug aller französischer Truppenverbände aus der integrierten Befehlsstruktur; alle ausländischen Militärbasen auf französischem Territorium mussten geräumt, das NATO-Hauptquartier von Paris nach Brüssel verlegt werden.⁴¹

Den zweiten Pfeiler der von den Protagonisten der Vierten Republik vorangetriebenen Außenpolitik der Integration bildete die supranationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Die Römischen Verträge, die mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) eine neue Etappe des integrierten Europas eingeläutet hatten, waren am 1. Januar 1958 in Kraft getreten. Verbreitet war die Befürchtung, dass der als überzeugter Integrationsgegner bekannte de Gaulle die Implementierung der Verträge torpedieren würde. Doch war dies nicht der Fall: Der neue Präsident bekannte sich zur Vertragstreue und bekundete, dass Frankreich an der Verwirklichung des Gemeinsamen Markts mitarbeiten würde. Dabei leiteten ihn drei Beweggründe: Erstens konnte er in der kritischen Situation des Jahres 1958 nicht auf die Unterstützung derjenigen Politiker aus dem MRP und der SFIO verzichten, welche zuvor die Römischen Verträge befürwortet hatten und nun seine Machtübernahme mittrugen. Zweitens entsprach das Projekt eines Gemeinsamen Markts in seinen Augen durchaus den nationalen Interessen Frankreichs: Es versprach neue Absatzmärkte für die französische Industrie und konnte so seinem Ziel einer umfassenden Modernisierung des Landes dienlich sein. Ebenso erblickte er in einer Erweiterung des Gemeinsamen Marktes auf die Landwirtschaft eine Gelegenheit, den franzö-

sischen Bauern neue Exportchancen für ihre Produktionsüberschüsse zu bieten. Drittens schließlich sah er in der europäischen Kooperation ein Instrument, um Frankreichs globalen Einfluss zu stärken und die amerikanische Hegemonie zu konterkarieren. Im Europa der Sechs war Frankreich die unbestrittene politische Führungsmacht, so dass de Gaulle darauf hoffte, die fünf anderen Mitgliedsstaaten als Mitstreiter zu gewinnen für sein Streben, eine europäische «Dritte Kraft» neben den Supermächten aufzubauen.

Konnte de Gaulle sich insofern mit den ökonomischen Zielen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchaus einverstanden erklären, blieb er doch ein vehementer Gegner ihrer politischen *Form*. Die von Jean Monnet erdachte neuartige Methode internationaler Kooperation, die einer supranationalen Institution wie der Europäischen Kommission wichtige Kompetenzen zuwies, widerstrebte seiner nationalistischen Grundüberzeugung. In seinen Augen sollten die Nationalstaaten die einzigen entscheidungsbefugten Akteure bleiben, denen die Kommission lediglich zuarbeitete, ohne aber über eigene Kompetenzen zu verfügen. Die von Monnet verfochtene Logik des Integrationsprozesses, die auf eine progressive Delegation nationaler Vollmachten an supranationale Institutionen abzielte, musste, so de Gaulle, gestoppt, einer fortschreitenden Aushöhlung französischer Souveränitätsrechte Einhalt geboten werden. Aus diesen Beweggründen heraus unternahm er ab 1961 die Initiative, den Aufbau Europas wieder in die Bahnen traditioneller Formen intergouvernementaler Zusammenarbeit zu lenken.⁴²

So schlug Frankreich im Herbst 1961 den anderen fünf EWG-Mitgliedsstaaten die Schaffung einer «Europäischen Union» vor, die eine Kooperation im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Kulturpolitik in die Wege leiten sollte. Anders als in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollte die politische Initiative den nationalen Regierungen vorbehalten bleiben, indem sie in intergouvernementalen Räten streng nach dem Einstimmigkeitsprinzip die Leitlinien der Zusammenarbeit abstimmten. Auf diese Weise versuchte der Präsident zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Zum einen wollte er die sechs Mitgliedsstaaten unter französischer Führung aus der amerikanischen Vorherrschaft herauslösen und zu einer eigenständigen geopolitischen Größe aufbauen. Zum anderen sollte mit der Etablierung neuer intergouvernementaler Institutionen die Macht der Europäischen Kommission gebrochen und den nationalen Regierungen die Kontrolle über den Einigungsprozess zurückgegeben werden. Der nach einem Mitarbeiter de Gaulles benannte «Fouchet-Plan» stand allerdings im scharfen Widerspruch zu den Präferenzen der Partnerstaaten. Denn

diese sahen sich einerseits auf die Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten angewiesen und versprachen sich von einem autonomen Westeuropa keine Verbesserung ihrer eigenen Situation. Andererseits waren insbesondere die Benelux-Länder überzeugte Anhänger des Supranationalitätsprinzips, wussten sie doch, dass in einem intergouvernementalen Europa die großen Staaten, allen voran Frankreich, unvermeidbar den Ton angeben würden.⁴³

Im gleichen Zeitraum stand eine weitere europapolitische Grundentscheidung an, nämlich die über den Antrag Großbritanniens auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Für de Gaulle musste ein britischer EWG-Beitritt unbedingt verhindert werden, konnte er doch seine eigenen Europapläne nur *ohne* Großbritannien verwirklichen. Zum einen würde das Vereinigte Königreich als großer, wirtschaftlich starker und militärisch leistungsfähiger Mitgliedsstaat unvermeidlich in Konkurrenz zum französischen Hegemonieanspruch treten und de Gaulles Absicht, die EWG zum Instrument französischer «grandeur» zu machen, durchkreuzen. Zum anderen war Großbritannien nach Auffassung des Präsidenten der amerikafreundlichste aller europäischen Staaten und somit ein völlig ungeeigneter Partner, um das Ziel eines von den USA unabhängigen Europa zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund legte de Gaulle zum großen Ärger der anderen EWG-Mitgliedsstaaten sein Veto gegen einen britischen Beitritt ein.⁴⁴

Auf diese Weise erwies sich der Präsident als ein äußerst schwieriger europäischer Partner, dessen Handeln sich ausschließlich an den Machtinteressen Frankreichs ausrichtete: Weder war er zur Erweiterung der Gemeinschaft bereit noch zur Vertiefung ihrer supranationalen Elemente. Sein Interesse an Europa beschränkte sich vielmehr darauf, es als Projektionsfläche seiner außenpolitischen Präferenzen zu benutzen. Nachdem der Fouchet-Plan auch nach mehreren Modifikationen nicht die Zustimmung der anderen EWG-Staaten gefunden hatte, ließ der Präsident seiner Missachtung gegenüber der supranationalen Integration freien Lauf. In einer Pressekonferenz vom 15. Mai 1962 verkündete er, es könne außer den «Mythen, Fiktionen und Paraden [...] kein anderes Europa als das der Staaten» geben. Ebenso wie große Schriftsteller wie Chateaubriand, Goethe und Dante nicht in einem «integrierten Esperanto», sondern in ihren Nationalsprachen geschrieben hätten, lasse sich Europa nicht von «Apatriden» aufbauen.⁴⁵ Im privaten Gespräch bekundete er, dass das «integrierte Europa weder zu Frankreich noch den Franzosen passe», mit der Ausnahme von «Kranken wie Jean Monnet, die vor allem den Vereinigten Staaten dienen wollen».⁴⁶

Als das Projekt einer intergouvernementalen Sechser-Union gescheitert war, verfolgte de Gaulle umso stärker das Ziel einer exklusiven politischen Allianz mit der Bundesrepublik Deutschland. Seit Beginn seiner Präsidentschaft hatte er betont die Annäherung an den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer gesucht und die Kooperation mit dem einstigen Kriegsgegner zur Priorität erklärt. Bei seiner Deutschland-Reise 1962 hatte er seine Zuhörer mehrfach auf Deutsch angesprochen und sie dazu beglückwünscht, einem «großen Volk» anzugehören. Seine Gesten, die von Beobachtern wie Helmut Schmidt als «großzügiges Entgegenkommen» gegenüber dem deutschen Volk wahrgenommen wurden, waren Teil seiner außenpolitischen Strategie:⁴⁷ Indem de Gaulle als einstiger Anführer der Résistance das Selbstbewusstsein der Deutschen stärkte, versuchte er sie dazu zu bewegen, sich aus der Umklammerung durch die Vereinigten Staaten zu lösen und Frankreich zum erstrangigen Bündnispartner zu erwählen. Für den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer bedeutete demgegenüber eine privilegierte Freundschaft mit Frankreich ein Fortschritt für das Bestreben der Bundesrepublik nach Souveränität und internationaler Akzeptanz, gleichzeitig aber auch eine zusätzliche Absicherung im Falle amerikanischer Unzuverlässigkeiten. Aus diesen unterschiedlichen Beweggründen heraus schlossen die beiden Staatsmänner am 22. Januar 1963 den Vertrag über die deutsch-französische Freundschaft (Elysée-Vertrag), der die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf eine neue Grundlage stellen sollte: Auf dem Wege regelmäßiger Konsultationen sollten die Spitzen der Exekutiven eine «gleichgerichtete Haltung» in der Außenpolitik entwickeln und zu «gemeinsamen Konzeptionen» auf dem Gebiet der «Strategie und Taktik» gelangen.⁴⁸

In der zwischen pro-amerikanischen «Atlantikern» und pro-französischen «Gaullisten» gespaltenen politischen Szene der Bundesrepublik löste der Vertrag allerdings eine heftige Debatte aus.⁴⁹ Adenauer konnte seine Ratifizierung nur erzielen, nachdem der Bundestag dem Vertragstext eine Präambel vorangestellt hatte. Diese ordnete die deutsch-französische Zusammenarbeit den bereits bestehenden internationalen Abmachungen der Bundesrepublik, insbesondere der transatlantischen Partnerschaft und dem NATO-Militärbündnis, unter. In den Augen de Gaulles hatte damit der Elysée-Vertrag seinen Sinn verloren, der ja gerade darin bestanden hatte, eine von amerikanischer Hegemonie freie französisch-deutsche Allianz aufzubauen. Gegenüber der Öffentlichkeit äußerte sich de Gaulle verhalten-enttäuscht über die unilaterale Vertragsergänzung der Bundesrepublik, während er in privaten Gesprächen keinen Zweifel daran ließ, dass seine bisherige Europa-Strategie nun gescheitert war. Da West-

deutschland nicht bereit sei, zwischen Paris und Washington zu wählen, sich vom Status einer US-amerikanischen Kolonie zu emanzipieren und an die Seite Frankreichs zu stellen, stand für ihn die Allianz mit der Bundesrepublik zur Disposition. Gegenüber seinem Informationsminister Alain Peyrefitte dachte er laut über ein großes «Revirement» der Bündnisse und eine Annäherung an die Sowjetunion (von de Gaulle stets «Russland» genannt) nach. Denn die Deutschen seien «seine große Hoffnung gewesen. Sie sind meine große Enttäuschung.»⁵⁰

De Gaulles einziges konstruktives Engagement in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft galt nun einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), in der er ein vitales französisches Interesse erblickte. Nicht nur konnten in einem zollfreien Agrarmarkt französische Bauern den Importbedarf der anderen Mitgliedsstaaten befriedigen, auch versprach ein europäisches Agrarbudget finanzielle Hilfen für die Landwirte, ebenso wie eine gemeinsame Preispolitik sie vor den Schwankungen des Weltmarkts schützen würde. Dabei fand Frankreich in der Europäischen Kommission eine Verbündete, die in der GAP eine Chance erblickte, die Vertiefung der europäischen Integration voranzutreiben.⁵¹ Diese Interessengemeinschaft brach allerdings 1965 zusammen, als die Kommission ihre Pläne für die Verwaltung des Agrarbudgets offenlegte: Die Einnahmen der Gemeinschaft aus Zöllen auf Agrarimporte sollten von der Kommission und dem Europäischen Parlament ohne Mitwirkung der Regierungen kontrolliert werden. De Gaulle, der in diesem Verfahren einen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten erblickte, erhob seinen Widerspruch. Im gleichen Zuge weigerte er sich, dem Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zuzustimmen, wie der EWG-Vertrag es vorsah. Der Präsident manifestierte seine Rolle als Vetospieler, indem er die «Politik des leeren Stuhls» verordnete: Ab dem 1. Juli 1965 blieb Frankreich den Sitzungen des Ministerrats fern und blockierte so jegliche Entscheidungen. Erst der im Januar 1966 geschlossene «Luxemburger Kompromiss» überwand die schwere EWG-Krise, indem von Mehrheitsentscheidungen im Rat vorerst Abstand genommen wurde.

Mit seinem intransigenten Auftreten hatte de Gaulle Frankreich nicht nur von seinen europäischen Partnerstaaten isoliert, auch unter seinen Ministern und hohen Beamten erntete er Unverständnis für seinen konfrontativen Kurs.⁵² In der Rückschau mangelte es der de Gaulle'schen Europapolitik an konkreten Ergebnissen: Die Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft konnten von seiner Obstruktionspolitik nur kurzfristig verzögert, aber nicht verhindert werden. Für seine eigenen Europavorstellungen konnte er teils keine Partner gewinnen; teils blieben sie leere Formeln

ohne politische Gestalt, wie seine vielzitierte Forderung nach einem «Europa vom Atlantik bis zum Ural».⁵³ In seinem europapolitischen Denken blieb de Gaulle ein Mann des 19. Jahrhunderts, der – anders als sein Gegenspieler Jean Monnet – die Interdependenz der modernen europäischen Staaten nicht erfasste und an einem Ideal souveräner Machtstaatspolitik festhielt, das sich nun als anachronistisch und dysfunktional erwies. Die Supranationalität der EWG hielt er für ein wirklichkeitsfremdes Trugbild, während er sich selber in seinem Festhalten am Nationalstaatsprinzip klarsichtigen Realismus zuerkannte. Doch war er selber es, der sich Illusionen hingab, wenn er glaubte, mit seinen überwiegend atlantisch orientierten Partnerstaaten ein eigenständiges Europa als Kraft neben den Blöcken etablieren zu können.

Mit größerer Wirksamkeit konnte der Präsident sein Ziel außenpolitischer Unabhängigkeit im Rahmen der Weltpolitik verfolgen. Dies lässt sich zunächst auf der Ebene der Afrikapolitik zeigen.⁵⁴ Nachdem 13 afrikanische Kolonien und Madagaskar 1960 unabhängig geworden waren, behielt Frankreich enge Bindungen mit seinen ehemaligen Überseebesitzungen bei. Kooperationsverträge sicherten den jungen afrikanischen Staaten wirtschaftliche Hilfszahlungen ebenso wie personelle Unterstützung beim Aufbau von Verwaltung und Bildungswesen zu. Die Beibehaltung der 1945 geschaffenen Gemeinschaftswährung «Franc CFA» ermöglichte Frankreich die Mitgestaltung der Geldpolitik seiner ehemaligen Kolonien und erleichterte den Handel mit dem frankophonen Afrika. Die einstige Kolonialmacht importierte Uran, Kupfer, Phosphate, Eisenerze und Öl aus Afrika, während die neuen Staaten einen Großteil ihrer Konsumgüter und Dienstleistungen aus Frankreich importierten. Ein Schlüsselement der gaullistischen Afrikapolitik waren die militärischen Kooperationsvereinbarungen, die es Frankreich erlaubten, seine Stützpunkte weiterhin zu nutzen und die unabhängigen Staaten unter den militärischen Schutz der früheren Kolonialherren zu stellen. Französische Soldaten kamen indessen auch zum Einsatz, um die Machthaber in den neuen Staaten vor ihren internen Opponenten zu schützen. Durch diese engen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen entstand ein dichtes Netzwerk zwischen der Metropole und ihren einstigen Kolonien, für das sich der Begriff der «*Françafrique*» einbürgerte. Im Zentrum dieses Netzwerks stand de Gaulles Afrikaberater Jacques Foccart, der freundschaftliche Beziehungen zu zahlreichen Präsidenten unterhielt, informelle Kanäle zu nutzen wusste und stets den Machtzuwachs seines Landes im Auge behielt.⁵⁵ Auf diese Weise wurde das frankophone Afrika zu einer geopolitischen Einflusszone Frankreichs, in der es argwöhnisch der Konkurrenz anderer Mächte entgegenwirkte.

Frankreichs Einfluss auf große Teile Afrikas gab de Gaulle wichtigen Rückhalt bei seinem Streben, in der internationalen Politik als eigenständige Macht wahrgenommen zu werden. Sein Grundaxiom blieb dabei die unablässig wiederholte Aufforderung, sich nicht der binären Logik des Ost-West-Konflikts zu unterwerfen, sondern die Unabhängigkeit aller Länder und ihr Selbstbestimmungsrecht im Auge zu behalten. So rief er bei seinen Staatsbesuchen in Polen und Rumänien dazu auf, die Sicherheitsfrage in Europa unter Europäern zu lösen: «Die wahre Sicherheit jedes Staates auf unserem Kontinent kann sich nicht aus der Konfrontation zwischen zwei gegnerischen Blöcken ergeben», sagte er im September 1967 vor dem polnischen Sejm.⁵⁶ Aus ähnlichen Beweggründen heraus verfolgte de Gaulle ab 1963 eine Politik der Öffnung gegenüber der Volksrepublik China, die kürzlich mit der Sowjetunion gebrochen hatte und nicht mehr als Bestandteil der sowjetischen Machtblocks betrachtet werden konnte. Im Januar 1964 war Frankreich das erste große Land des Westens, das die Volksrepublik China offiziell anerkannte und mit ihr diplomatische Beziehungen aufnahm. Auch wenn zunächst kein anderer westlicher Staat dem französischen Beispiel folgte, konnte de Gaulle hier als Vorreiter einer Politik gelten, die in der Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen 1971 gipfelte.

In seinem Kampf gegen die bipolare Weltordnung wirkte der General eher wie ein mutiger, aber erfolgloser Don Quichotte denn als Anführer einer dritten, europäischen Kraft. Aufgrund seiner bewusst kalkulierten verbalen Provokationen erschien er oft wie ein permanenter internationaler Unruhestifter, wenn er etwa nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 vom jüdischen Volk als einem «Elitevolk, selbstsicher und dominant», sprach oder bei einem Staatsbesuch in Kanada das «freie Quebec» ausrief. Als der Präsident 1969 zurücktrat, hatte Frankreich keineswegs den Rang einer Großmacht zurückgewonnen, die mit den USA und der Sowjetunion auch nur annähernd ebenbürtig war. Mit seinem Austritt aus der integrierten Militärstruktur der NATO verschaffte sich Frankreich zwar einen breiteren Handlungsspielraum, blieb aber trotz der eigenen «force de frappe» auf das nukleare Schutzschild der Vereinigten Staaten angewiesen. Misst man somit de Gaulles Weltpolitik an ihrem selbstgesetzten Anspruch, so kann man ihr nur wenig Erfolg bescheinigen.

15. Das Ende der «Trente Glorieuses»

Als die französischen Bürgerinnen und Bürger am 15. Juni 1969 de Gaulles Nachfolger wählten, war noch nicht erkennbar, dass sich die Grundvoraussetzungen politischen Handelns in nur wenigen Jahren fundamental ändern würden. So verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr einen Rekordzuwachs von 7,1 Prozent, womit Frankreich an der Spitze der westeuropäischen Länder lag. Angesichts einer Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent herrschte Vollbeschäftigung; der Wert der Exporte von Waren und Dienstleistungen war um elf Milliarden Dollar gestiegen.¹ Der Wirtschaftsboom der Nachkriegsjahre schien sich uneingeschränkt fortzusetzen; keine Indikatoren ließen erahnen, dass wenige Jahre später eine Rezession eintreten und der Arbeitsmarkt zum Schlüsselproblem der französischen Innenpolitik werden würde. Es waren die globalen Rahmenbedingungen der Wirtschaft, die sich in den folgenden Jahren grundlegend wandeln sollten, was auf Frankreich – wie auf alle anderen westlichen Industrienationen – tiefgreifende Auswirkungen haben würde.

De Gaulles Präsidentschaft hinterließ seinen Nachfolgern ein System, das von zwei fundamentalen Merkmalen gekennzeichnet war: nach innen eine starke Exekutive, die weitgehend unbeeinflusst von intermediären Akteuren wie Parteien, Parlament, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen die Richtlinien der Politik bestimmen sollte. Nach außen war es das Dogma der nationalen Unabhängigkeit; die Vorstellung, dass Frankreich souverän über seine Interessen verfügen und seine Macht im internationalen System voll entfalten sollte. Die folgenden Jahre würden zeigen, inwieweit dieses Erbe dazu geeignet war, das Land durch eine weltwirtschaftliche Krise von in der Nachkriegszeit ungekannten Ausmaßes zu steuern.

Nach de Gaulle: Die unvollendete Liberalisierung

Die Wahl von Georges Pompidou zum Präsidenten konnte als eine klare Bestätigung der Fünften Republik interpretiert werden. Alle seine Konkurrenten, wie der Christdemokrat Alain Poher, der Kommunist Jacques Duclos und der Sozialist Gaston Defferre, hatten sich gegen die neuen Institutionen ausgesprochen. Im ersten Wahlgang erhielt Pompidou 44,4 Prozent der Stimmen gegen 23,3 Prozent für Poher und 21,2 Prozent für Duclos; im zweiten Wahlgang setzte er sich mit 58,2 Prozent der Stimmen durch und verschaffte der gaullistischen Bewegung die Perspektive auf weitere sieben Jahre der Macht. Pompidou war ein Gaullist der

zweiten Generation, da er nicht zu den Weggefährten des Generals aus Widerstandszeiten gehörte. Als ehemaliger Manager der Rothschild-Bank galt er als ein klarer Verfechter des Kapitalismus, der mit sozialreformerischen Ideen wie der «Partizipation» wenig im Sinn hatte. Historische Größen des Gaullismus wie der Schriftsteller André Malraux nahmen vor diesem Hintergrund von ihm Abstand, da für sie mit dem Rücktritt des Generals die Bewegung ihre Identität verloren hatte.

Um seiner Präsidentschaft einen möglichst umfassenden Rückhalt zu sichern, berief Pompidou in der Person von Jacques Chaban-Delmas einen Mann zum Premierminister, der als ein Meister des Kompromisses und der Synthese galt. Seit 1948 regierte dieser einstige Widerstandsheld und überzeugte Gaullist die Großstadt Bordeaux; in der Vierten Republik hatte er mehreren Regierungen angehört, während er sich nach 1958 als Präsident der Nationalversammlung lagerübergreifenden Respekt verschafft hatte. Umgehend brach mit seiner Berufung das in der neuen Verfassung angelegte Spannungsverhältnis zwischen Staatspräsident und Premierminister auf: Dieser hatte seine Regierungserklärung nicht mit dem Präsidenten abgesprochen, was umso problematischer war, als Chaban-Delmas ein großangelegtes Programm verkündete: Er wollte einer «neuen Gesellschaft» den Weg bereiten, die weder von «starrem Konservatismus» noch von «revolutionärer Besessenheit» charakterisiert war. Sein Regierungsprogramm ging von dem Befund aus, dass Frankreich eine «blockierte Gesellschaft» sei, gehemmt von einem exzessiven, zentralistischen Staatsinterventionismus und gekennzeichnet von einem Kastendenken, das «anachronistische Grenzen zwischen sozialen Gruppen» aufrechterhalte. Die soziale Mobilität sei in Frankreich zu gering ausgeprägt; zwischen den einzelnen Akteuren des ökonomischen Lebens würde zu wenig verhandelt und anstatt dessen der Konflikt gesucht. Chabans neue Gesellschaft sollte von mehr Freiheit, von Reformen und «permanenter Konzentration» zwischen den Sozialpartnern geprägt sein.²

Die Ideen des neuen Premierministers stammten zu weiten Teilen aus dem «Club Jean Moulin», einem Zirkel hoher Beamter und Intellektueller, der sich nach dem Regimewechsel 1958 zusammengefunden und über die Erneuerung der französischen Demokratie reflektiert hatte. Es war in der Person des Soziologen Michel Crozier ein Mitglied des «Club Jean Moulin», der die Formel von der «blockierten Gesellschaft» lanciert hatte. Ähnlich wie Stanley Hoffmanns These von der «stalemate society» (siehe S. 61) maß Croziers Diagnose die französische Gesellschaft am Maßstab der sozialen Fluidität, Offenheit und Innovationsfreude der USA. In seinem Beraterstab umgab sich Chaban mit Persönlichkeiten aus dem Um-

kreis des «Club Jean Moulin», die dem Gaullismus bis dahin distanziert gegenübergestanden hatten, wie Simon Nora, einem früheren Mitarbeiter von Pierre Mendès France, sowie dem Gewerkschaftler Jacques Delors.³

Angesichts der grandiosen Perspektive einer «neuen Gesellschaft», die der Premier entfaltet hatte, mussten die ersten politischen Schritte dahin zwangsläufig bescheiden wirken. So wurden in den Staatsunternehmen die sogenannten «Fortschrittsverträge» eingeführt, die es der Betriebsleitung und den Gewerkschaften ermöglichten, ohne Intervention der Regierung Vereinbarungen über Gehälter, Arbeitszeiten und Sozialleistungen abzuschließen. Weiter wurden alle wöchentlich ausgezahlten Löhne in Monatsgehälter umgewandelt; der staatlich garantierte Mindestlohn wurde den jährlichen Wachstumsraten angepasst. Als wichtiges Instrument zur Erhöhung der sozialen Mobilität wurde die berufliche Weiterbildung eingeführt, die es jedem Arbeitnehmer ermöglichen sollte, seine Kompetenzen und damit seinen Status zu verbessern. Um das Versprechen größerer bürgerlicher Freiheiten einzulösen, erhielt die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt ORTF – bis dahin ein Sprachrohr der Regierung – stärkere Autonomie und sollte fortan auch der Opposition eine Plattform bieten.

Je weiter der Premierminister in der Verwirklichung seiner «neuen Gesellschaft» ging, desto mehr erregte er das Missfallen des Präsidenten. In dessen Augen bestimmte Chaban zu eigenständig über die Richtlinien der Politik, ebenso wie sich dessen Maßnahmen zu sehr von seinen eigenen Präferenzen entfernten. Die Präsidentenberater Pierre Juillet und Marie-France Garaud, beide Exponenten eines nationalkonservativen Gaullismus, drängten hinter den Kulissen auf die Entlassung des Premierministers, da er eine Politik für die Linken mache, anstatt die Interessen des eigenen Lagers zu bedienen. Eine Neuorientierung der Regierung nach rechts erschien ihnen umso notwendiger, als sich die nichtkommunistische Linke in einem Prozess der Erneuerung, Konsolidierung und Vereinigung befand. Nachdem sie zerstritten in die Präsidentschaftswahl 1969 gezogen war und der SFIO-Kandidat Gaston Defferre mit nur fünf Prozent der Stimmen ein desaströses Ergebnis eingefahren hatte, näherten sich die verschiedenen Strömungen einander an. Noch im selben Jahr vereinigten sich die SFIO und verschiedene, nach 1958 gegründete linksorientierte Reflexionszirkel zum neuen «Parti socialiste» (PS). Beim Kongress von Epinay 1971 trat François Mitterrand mit seiner Gruppierung «Convention des institutions républicaines» dem PS bei und errang noch auf dem gleichen Parteitag den Vorsitz. Mit der Wahl von Mitterrand hatte die Sozialistische Partei für eine Strategie der Annäherung an die Kommunisten und der Ausarbeitung eines gemeinsamen Wahlprogramms optiert. Auf diese

Weise schien die Linke besser denn je darauf vorbereitet zu sein, bei kommenden Wahlen dem Gaullismus die Macht streitig zu machen.⁴

Als die Kritik an ihm immer lauter wurde und die Intrigen aus dem Umfeld des Präsidenten zunahmen, richtete Chaban-Delmas an die Nationalversammlung die Vertrauensfrage, um sich neuen Rückhalt zu holen. Doch der überwältigende Vertrauensbeweis durch die Abgeordneten (368 Stimmen gegen 96) schien Pompidou noch in seiner Absicht zu bestätigen, den selbstbewussten Premierminister abzulösen, damit nur ja nicht der Eindruck aufkam, er lasse sich von der Nationalversammlung die Wahl des Regierungschefs diktieren: Im Juli 1972 musste Chaban-Delmas sein Amt räumen.⁵ An seine Stelle trat in der Person des Generals Pierre Messmer ein Mann, von dem keine gesellschaftlichen Erneuerungsvisionen zu erwarten waren. Vielmehr verhiess der ehemalige Verteidigungsminister, die Anordnungen des Präsidenten widerspruchsfrei auszuführen, ebenso wie er aus seinen Einsätzen in Frankreichs Kolonialkriegen als ein rigoroser Verfechter der staatlichen Ordnungsmacht bekannt war.

Auf die reformfreudige Regierung der «neuen Gesellschaft» folgte nun eine konservativ ausgerichtete Exekutive, die den staatlichen Zugriff auf die Fernsehanstalt ORTF wieder verstärkte. Ein konfrontativeres soziales Klima kennzeichnete die letzten beiden Jahre von Pompidous Präsidentschaft. Symbolisch dafür standen die Auseinandersetzungen um die Uhrenfabrik Lip in Besançon. Auf die Ankündigung von Entlassungen hin hatten Arbeiter dort zunächst die Unternehmensleitung abgesetzt, anschließend die Fabrik mit ihrem Warenlager besetzt und den Betrieb in Eigenregie weitergeführt, um die im Mai '68 proklamierte «autogestion» erstmals zur Realität werden zu lassen. Tausende von Arbeitern solidarisierten sich im Herbst 1973 mit dem Kampf der Lip-Belegschaft und brachten die Exekutive in Bedrängnis, die ein Neuaufflammen der Unruhen von 1968 befürchtete. «Mit Lip wird Schluss gemacht», verkündete Premierminister Messmer im Oktober 1973, bevor eine von dem PSU-Politiker Michel Rocard geführte Verhandlung den Konflikt vorerst schlichtete.⁶ Im gleichen Zeitraum kam es zu einer Auseinandersetzung, die neuartige Konfliktlagen ankündigte: Auf der Hochebene des Larzac im südlichen Zentralmassiv bildete sich eine von Bauern, Umweltschützern, Pazifisten und okzitanischen Regionalisten getragene Bewegung, die gegen den Ausbau eines militärischen Übungsgeländes protestierte. Die breitgefächerte Mobilisierung artikulierte den Widerspruch zwischen Militär und Bürgergesellschaft, Technisierung und Naturschutz, Zentralstaat und Regionalismus – Gegensätze, die in den kommenden Jahrzehnten vermehrt zum Tragen kommen würden.⁷

Auch in europapolitischer Hinsicht hatte die Präsidentschaft Georges Pompidous mit einem verheißungsvollen Auftakt begonnen: Am 1. und 2. Dezember 1969 trafen sich die sechs Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu einem Gipfel in Den Haag und bekannten sich zur «Vollendung, Vertiefung und Erweiterung» der Gemeinschaft. Würde auf die vom gaullistischen Nationalismus schwer belasteten letzten elf Jahre ein konstruktiver Neuanfang der europäischen Integration folgen? Was die letzte der drei Haager Zielvorgaben anbelangte, so kam mit Pompidou in der Tat ein neuer Elan in die Gemeinschaft. Der Präsident verabschiedete sich von de Gaulles Obstruktionspolitik und stimmte dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks zu. Die französische Bevölkerung folgte ihrem Präsidenten und ratifizierte mit 68,3 Prozent der Abstimmenden die erste EG-Erweiterung. Im Hinblick auf die «Vertiefung» der Gemeinschaft blieb Pompidou indessen ein Vertreter der gaullistischen Orthodoxie, indem er jegliche Verstärkung der supranationalen Integration ablehnte. So blockierte Frankreich die Einführung der direkten Wahlen zum Europaparlament, wie sie vom EWG-Vertrag vorgesehen waren. Ein aufgewerteter europäischer Parlamentarismus, so lautete das Argument, würde ein Risiko für die Souveränität Frankreichs bedeuten.

Was schließlich die Vollendung der Gemeinschaft betraf, so waren damit eine engere Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten, ihre währungspolitische Kooperation und weitere Schritte zur Verwirklichung eines gemeinsamen Binnenmarkts gemeint; Themen, zu denen eine von dem luxemburgischen Finanz- und Premierminister Pierre Werner geleitete Expertengruppe Vorschläge unterbreiten sollte. Doch mit dem 15. August 1971 änderten sich schlagartig die Rahmenbedingungen des weltwirtschaftlichen Systems: US-Präsident Richard Nixon verkündete, dass künftig der Dollar nicht mehr in Gold konvertierbar sei. Mit seiner Entscheidung schwächte er das seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende «Bretton-Woods-System», das auf dem Goldstandard des Dollars und auf festen Wechselkursen aller anderen teilnehmenden Währungen im Verhältnis zum US-Dollar beruhte. Mit der Aufkündigung des Weltwährungssystems durch die USA wuchs die Instabilität und Unvorhersehbarkeit der globalen Ökonomie; die Wechselkurse unterlagen nun mehr und mehr der Spekulation und veränderten sich in unkontrollierbarer Geschwindigkeit. Es stellte sich nun die Frage, wie die Europäische Gemeinschaft auf die neuen Parameter der globalen Wirtschaft reagieren würde. Sie war in einer Phase der Stabilität und des Wachstums gegründet worden; nun aber sah sie sich mit einer Weltwirtschaft in großer Unruhe konfron-

tiert. Würden die Mitgliedsstaaten sich zu gemeinsamen Strategien zusammenfinden und die Europäische Gemeinschaft als Instrument der Krisenbekämpfung benutzen? Oder aber würden sie nach rein nationalen Lösungen suchen, die auf die Interessen der Partner keine Rücksicht nahmen? Im April 1972 kam es zu einem ersten Versuch einer währungspolitischen Koordinierung innerhalb der EG-Staaten: Sie einigten sich darauf, die Kursschwankungen zwischen ihren Währungen auf einen Richtwert von plus/minus 2,5 Prozent zu begrenzen. Die sogenannte «Europäische Währungsschlange» erforderte Interventionen der nationalen Zentralbanken, um die Wechselkursrelationen aufrechtzuerhalten.

Auf den «Nixon-Schock» 1971 folgte im Herbst 1973 eine weitere ökonomische Bedrohung, die allerdings weder von der Regierung noch von der Bevölkerung in ihrer epochalen Bedeutung begriffen wurde: Das Rohöl, die bei weitem wichtigste Energiequelle der Industriestaaten und als solche eines der Instrumente der ökonomischen Expansion der «Trente glorieuses», wurde plötzlich exponentiell teurer. Hintergrund dafür war die progressive Abwertung des Dollars, welche die erdölproduzierenden Staaten zu einer vierfachen Preiserhöhung verleitet hatte, damit sie ihre Gewinnmargen erhalten konnten. Der Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten Ägypten und Syrien im Oktober 1973 trieb den Ölpreis weiter in die Höhe. Denn die arabischen erdölproduzierenden Länder verhängten einen Boykott gegen alle westlichen Staaten, die in dem Konflikt auf Israels Seite standen. Frankreich, das mit den arabischen Staaten kooperative Beziehungen aufrechterhielt, war von dem Boykott zwar nicht betroffen, so dass es dort nicht zu einer Ölknappheit kam. Somit blieben dort auch spektakuläre Sofortmaßnahmen aus, wie die in der Bundesrepublik, in Österreich und der Schweiz verordneten «autofreien Sonntage». Doch auch die französische Regierung entschloss sich zu symbolischen Einschnitten, um die Bevölkerung zum sparsamen Energieverbrauch zu erziehen: Ab 22 Uhr mussten Leuchtreklamen und Schaufensterbeleuchtungen abgeschaltet werden; um 23 Uhr endete unter der Woche das Fernsehprogramm. Was die langfristige Energiepolitik anbelangte, so beschleunigte die Regierung die Entwicklung der atomaren Stromerzeugung, um sich von Ölimporten unabhängiger zu machen. Indessen war es den öffentlichen Entscheidungsträgern noch nicht bewusst, dass die Ölkrise 1973 das Ende der Expansionsphase der Nachkriegszeit einläuten würde: Trotz eines Konjunkturerinbruchs im letzten Quartal schloss das Jahr mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 6,3 Prozent ab, so dass man den «choc pétrolier» als eine zeitlich begrenzte Herausforderung begriff.⁸

Im Ergebnis kam es in der Ära Pompidou zu keiner gemeinsamen Antikrisenpolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, nicht zuletzt, weil zu wenig politische Übereinstimmung zwischen dem französischen Präsidenten und seinem wichtigsten Partner, dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt, bestand. Die «Europäische Währungsschlange» wurde praktisch bedeutungslos, als Frankreich im Januar 1974 den Verbund verließ und den Kurs des Franc freigab, nachdem es das Angebot eines deutschen Beistandskredits abgelehnt hatte. Die 1969 so hoffnungsvoll beginnende Periode der Europapolitik endete 1974 in einem «Rette sich wer kann», in dem nationale Egoismen gegenüber europäischen Gemeininteressen die Oberhand gewannen.⁹

Auch im internationalen Kontext blieb Pompidou den strategischen Leitlinien de Gaulles treu, indem er mit der Sowjetunion konstruktive Beziehungen aufzubauen und die Spannungen im Ost-West-Konflikt zu reduzieren suchte. Doch war Frankreich unter de Gaulle noch eine weitgehend isolierte Stimme gewesen, wenn es zur Kooperation mit dem Ostblock aufgerufen hatte; nun aber bekannten sich mehrere Staaten zur Entspannungspolitik. Unter diesen Vorzeichen befürwortete Pompidou die von Bundeskanzler Willy Brandt vorangetriebene Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der kommunistischen Staatenwelt, trug sie doch zur Sicherheit und Stabilisierung in Europa bei. Gleichzeitig begegneten der Präsident und seine Mitarbeiter den vermuteten langfristigen Zielen der Ostpolitik mit großer Skepsis. Sie waren davon überzeugt, dass die deutsche Entspannungspolitik eine neue Langzeitstrategie war, durch einen Ausgleich mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung zu erzielen. Pompidou und seine Regierung wollten verhindern, dass sich die Bundesrepublik durch ihre Hinwendung nach Osten von Frankreich entfernen und die Sowjetunion ihren Einfluss auf die Lage in Europa erhöhen würde.¹⁰ Vor diesem Hintergrund bemühte sich der Präsident darum, mit der Sowjetunion einen Konsens über die nähere Zukunft Deutschlands herzustellen: keine Atomwaffen für die deutschen Staaten, keine Wiedervereinigung, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.¹¹ Gleichzeitig machte es die Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin möglich, dass auch Paris sein Verhältnis zur DDR veränderte: Auf deren Anerkennung am 9. Februar 1973 folgte ein Jahr später die Eröffnung einer Botschaft in Ost-Berlin.¹² Konstruktive Beziehungen zur DDR kamen dem französischen Interesse entgegen, die deutsche Teilung zu stabilisieren und damit einem Machtzuwachs Deutschlands vorzubeugen.

Die Europäisierung als Antikrisenpolitik

Der Tod des Präsidenten am 2. April 1974 traf die gaullistische Bewegung unvorbereitet, da es keinen einmütig akzeptierten Anwärter auf seine Nachfolge gab. Während Premierminister Messmer sich nicht zur Wahl stellen wollte, konnte die Kandidatur von Jacques Chaban-Delmas nicht die volle Unterstützung der gaullistischen Führungselite mobilisieren, traute diese ihm doch nicht zu, die Linke zu schlagen. Sozialisten und Kommunisten hatten sich wie bereits 1965 in der Person von François Mitterrand auf einen Einheitskandidaten geeinigt, der nun auch für ein gemeinsames Regierungsprogramm stand. Die 1972 unter dem Titel «Das Leben verändern» verabschiedete Plattform verhiess einen radikalen Wandel gegenüber der bislang praktizierten Politik, indem die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken, der Übergang zur «demokratischen Planwirtschaft», die «Demokratisierung der Unternehmen» und eine «allgemeine Abrüstung» gefordert wurden.¹³

In dieser Situation gelang es einem Vertreter der nichtgaullistischen rechten Mitte, Valéry Giscard d'Estaing, sich zum Hoffnungsträger aufzubauen. Mit seinen 48 Jahren und seinem jugendlich-sportlichen Elan verkörperte er einerseits einen Generationswechsel, andererseits verfügte er als Finanzminister bereits über eine beträchtliche politische Erfahrung. Seine Kampagne stellte er unter das Leitwort des «*changement*» – des Wandels: Er versprach eine Reformära, die sich sowohl von der autoritären Erstarrung des Gaullismus ebenso wie von den antikapitalistischen Strategien des sozialistisch-kommunistischen Programms unterschied. Die Kampagne des ehemaligen Finanzministers überzeugte eine Riege führender Gaullisten unter Innenminister Jacques Chirac, die dem Kandidaten des eigenen Lagers in den Rücken fielen und öffentlich ihre Unterstützung Giscard's erklärten. Nachdem Chaban-Delmas bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden war, gelang Giscard ein äußerst knapper Sieg (400 000 Stimmen Vorsprung) gegen François Mitterrand. Vor diesem Hintergrund begann Giscard's Präsidentschaft mit einer Hypothek: Seine Wahl hatte Jacques Chirac mit seinem Verrat am gaullistischen Kandidaten möglich gemacht, so dass der neue Staatschef sich verpflichtet sah, ihn zum Premierminister zu ernennen. Ebenso war der Präsident auf die Unterstützung der Gaullisten in der Nationalversammlung angewiesen, verfügte doch seine eigene Gruppierung – die «*Républicains Indépendants*» – dort nur über 54 Mandate. Besonders in der Außen- und Europapolitik würde sich zeigen, dass die 184 Abgeordnete umfassende gaullistische Parlamentsfraktion den Handlungsspielraum des Präsidenten erheblich begrenzte.

Als Giscard am 27. Mai 1974 sein Amt antrat, verkündete er den Aufbruch zu einer «fortschrittlichen liberalen Gesellschaft». Frankreich sollte, so lautete seine Botschaft, sich nach Jahren überhitzter Konflikte um die Dekolonisierung und die Gestaltung des politischen Systems nun einer soziokulturellen Erneuerung widmen. Mit den rasanten materiellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte hatte nach seiner Auffassung die Entwicklung der Sitten, Gebräuche und Werte nicht Schritt halten können. Diese sollten nun «entkrampft», die sozialen Normen freiheitlicher und die politische Machtausübung weniger autoritär gestaltet werden.¹⁴ Mit diesen Themen griff Giscard die Leit motive der «neuen Gesellschaft» wieder auf, die Jacques Chaban-Delmas 1969 hatte herbeiführen wollen. In den ersten Monaten seiner Präsidentschaft entfaltete Giscard einen beeindruckenden Reformelan, der den Aufholbedarf an soziokultureller Modernisierung möglichst schnell befriedigen sollte. So wurde das Volljährigkeits- und Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, um dem Bedürfnis der Jugend nach politischer Mitsprache Rechnung zu tragen. Ein von Françoise Giroud angeführtes neues «Staatssekretariat für die Stellung der Frau» setzte es sich zur Aufgabe, Benachteiligungen von Mädchen und Frauen in Erziehung, Ausbildung, Arbeitsplatzvergabe und Entlohnung zu bekämpfen. Eine Gesetzesreform stellte die Ehescheidung auf neue Grundlagen: Musste bis dahin der am Scheitern einer Ehe Schuldige gerichtlich ermittelt werden, konnten nun die Partner im beiderseitigen Einverständnis die Auflösung der Ehe herbeiführen. Hoch umstritten war die von Gesundheitsministerin Simone Veil vorangebrachte Legalisierung der Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat, die nur mit der Unterstützung der linken Opposition verabschiedet werden konnte. Um die Chancengleichheit im Bildungswesen zu befördern, wurde eine einheitliche Mittelschule (das «collège») für alle Kinder zwischen dem sechsten und zehnten Schuljahr eingeführt.

In seinem Bestreben, die präsidentielle Machtausübung bürgernäher zu gestalten und die autoritär anmutende Fünfte Republik zu «entkrampfen», handelte der Präsident deutlich weniger erfolgreich. Manche spektakulären, stark mediatisierten Aktionen bewirkten eher das Gegenteil: Die Volksnähe des aus dem Großbürgertum stammenden Giscard wirkte wenig authentisch, wenn er die vor dem Elysée-Palast arbeitenden Müllmänner zum Frühstück einlud; und seine wiederholten Abendessen bei «normalen» französischen Familien erinnerten an den Besuch eines Monarchen in seinen Provinzen. Die Distanz zwischen Herrscher und Bürgern wurde auf diese Weise verfestigt anstatt aufgebrochen, so dass vielen Franzosen der versprochene Wandel in den politischen Sitten nicht erkennbar wurde.

Zum Hauptthema der Präsidentschaft Giscard's wurde indessen die wirtschaftliche Lage, die von drei krisenhaften Symptomen gekennzeichnet war: So verfestigte sich im Laufe des Jahres 1974 der Konjunkturerinbruch, den man Ende 1973 noch als eine vorübergehende Erscheinung angesehen hatte. Anstatt Wachstumsraten von über sechs Prozent einzufahren, verzeichnete Frankreichs Wirtschaftsentwicklung einen Rückgang von 1,5 Prozent, womit die Expansionsphase der «Trente glorieuses» als beendet gelten musste. Gleichzeitig stieg die Inflationsrate auf 11,8 Prozent, was die Ökonomen des Landes vor ein neues Problem stellte: Denn bislang waren Preissteigerungen als Begleiterscheinung einer expandierenden Wirtschaft bekannt. Nun aber ging die Inflation mit einer stagnierenden bzw. rezessiven Entwicklung des Bruttosozialprodukts einher, wofür das Schlagwort der «Stagflation» erfunden wurde. Das dritte krisenhafte Phänomen war das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit – ein Problem, mit dem Frankreich seit den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr konfrontiert gewesen war. Zwischen 1974 und 1976 wuchs die Zahl der Arbeitslosen von 200 000 auf eine Million.

Die Antworten der Regierung auf diese Krisenerscheinungen waren zunächst uneinheitlich. Auf der einen Seite standen diejenigen, die in der interventionistischen Tradition französischer Wirtschaftspolitik staatliche Investitionen zur Belebung der Konjunktur und der Erhöhung der Kaufkraft forderten. Auf der anderen Seite standen jene, die der Inflationsbekämpfung Vorrang einräumten und mit Ausgabendisziplin Stabilität erzielen wollten. Nachdem man auf Betreiben des Präsidenten und seines Umkreises zunächst ein «Erkalten» der inflationären Entwicklung durch die striktere Kontrolle des Kreditwesens und höhere Unternehmenssteuern zu bewirken versucht hatte, setzte sich Premierminister Jacques Chirac mit seiner Forderung nach einem Konjunkturprogramm durch. Dieses nahm die zuvor ergriffenen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung wieder zurück und sah eine Erhöhung der Renten, des Mindestlohns und des Familiengelds vor.

Da Valéry Giscard d'Estaing aus der nichtgaullistischen, europafreundlichen Rechten hervorgegangen war, erschien ihm die Europäische Gemeinschaft als ein zentrales Instrument der Krisenbekämpfung.¹⁵ Von Anfang an hatte er die europäische Integration unterstützt und die Nähe zu deren Gründerfigur Jean Monnet gesucht. 1969 war er dem «Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa» beigetreten, das von Jean Monnet als ein Netzwerk integrationsfreundlicher Parteipolitiker und Gewerkschaftler aus den sechs Mitgliedsstaaten gegründet worden war. Gleichzeitig aber hatte Giscard's kleine Mitte-Rechts-Partei der «Républi-

cains indépendants» den Gaullismus an der Macht unterstützt. Als Finanzminister unter de Gaulle und Pompidou hatte sich Giscard dem integrations skeptischen Kurs der Staatspräsidenten unterordnen müssen: So verfocht er 1969 zwar die Auffassung, die Europäische Gemeinschaft müsse eine «wirtschaftliche und monetäre Einheit bilden, vergleichbar mit dem, was in einem Nationalstaat existiert,»¹⁶ konnte aber solche Ideen als Finanzminister nicht vorantreiben.

Erst als Präsident verfügte er über den Gestaltungsspielraum, konkrete Fortschritte in der europäischen Einigung anzustoßen und somit Frankreich wieder die Rolle als Impulsgeber des Integrationsprozesses zurückzugeben. Dabei suchte er den engen Schulterschluss mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, der gleichermaßen davon überzeugt war, dass die Weltwährungskrise, Inflation und Rezession nur mit gemeinsamen, europäischen Strategien zu bekämpfen waren. Beide sahen sich als Staatsmänner einer Zeitenwende, in der die Nationalstaaten angesichts der zunehmenden internationalen Interdependenz an souveräner Gestaltungsmacht verloren hatten. Indem sie sich quasiwöchentlich direkt telefonisch absprachen, suchten sie stets eine abgestimmte Position der beiden Staaten zu entwickeln. Auf diese Weise entstand das vielzitierte «deutsch-französische Tandem», das der europäischen Einigung mitten in der Krise der 1970er Jahre neuen Impetus verlieh. Damit ging einher, dass Giscard Frankreichs Position gegenüber dem westdeutschen Teilstaat neu definierte: Dieser wurde nun nicht mehr vorrangig als ein Instrument französischer Machtpolitik verstanden, sondern als gleichberechtigter Partner akzeptiert. Ebenso mutete der französische Präsident es seinem deutschen Gegenüber nicht mehr zu, zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu wählen, wie es de Gaulle getan hatte. Die aus evidenten Sicherheitsbedürfnissen stärkere atlantische Einbettung der Bundesrepublik wurde von Giscard als Realität akzeptiert, ebenso wie er die USA nicht mehr als eine Folie benutzte, um den französischen Nationalismus zu konturieren. Vor diesem Hintergrund ging der bundesdeutsche Botschafter in Paris, Axel Herbst, so weit, von einem «kopernikanischen Wandel» in den deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen.¹⁷ Unter diesen Vorzeichen konnten bereits 1974 erste Fortschritte in der Konsolidierung der Europäischen Gemeinschaft verzeichnet werden: Auf Initiative Giscard und Schmidts wurde der «Europäische Rat» ins Leben gerufen: In regelmäßigem Rhythmus sollten sich fortan die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedsstaaten treffen, um im engen Austausch die Leitlinien der Gemeinschaftspolitik abzustimmen und wichtige Entscheidungen auszuhandeln. Auf diese Weise sollten die Spitzen der nationalen Exekutiven

in den Integrationsprozess eingebunden werden und die Verantwortung für die politische Strategie der Gemeinschaft übernehmen.

Die Methode der engen Abstimmung zwischen den Spitzen der Exekutive, die Giscard und Schmidt in Form des Europäischen Rats institutionalisiert hatten, versuchten sie auf die globale Ebene auszudehnen: Nur eine intime Konzertation zwischen den Verantwortlichen der großen kapitalistischen Industrienationen, so ihre Diagnose, konnte verhindern, dass die Wirtschaftspolitiken der großen Mächte auseinanderdrifteten, die Krise verschärften und die Stabilität der westlichen Demokratien gefährdeten. Es war eine Idee Schmidts, einen nur den Weltwirtschaftsfragen gewidmeten Gipfel der führenden Industrienationen einzuberufen. Doch überließ er es Giscard, dem Präsidenten einer Siegermacht des Zweiten Weltkriegs und Vetospieler im UN-Sicherheitsrat, das Projekt den anderen großen Wirtschaftsmächten vorzuschlagen. So war es auch Giscard, der den ersten Gipfel im November 1975 im Schloss Rambouillet bei Paris ausrichtete, zu dem die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Italiens, Japans und der Bundesrepublik eingeladen wurden. Der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler präsentierten sich auf diesem Gipfel als Staatsmänner der Interdependenz, die ihren Partnern die Notwendigkeit einer globalen *Governance* einer immer instabileren Weltwirtschaft deutlich machen wollten. Bei seiner Eröffnungsrede sprach Giscard von einer umfassenden «Krise», die durch «ihre Dimensionen und möglicherweise durch ihr Wesen das westliche System beeinträchtigen» könne und eine «abgestimmte Reaktion an der Spitze» erfordere.¹⁸ Bei dem nächsten Gipfel 1976 kam Kanada hinzu, womit das für zwei Jahrzehnte gültige Format der sogenannten «G 7» festgeschrieben war.

Seine proeuropäische Haltung brachte Giscard verstärkt in Konflikte mit seinem Premierminister Chirac, der sich dem Souveränitätsdogma des Gaullismus verpflichtet fühlte. Dieser wiederum sah sich in seiner Rolle als Regierungschef behindert sowohl vom Präsidenten, der sich direkt und ohne Abstimmung in die Tagespolitik einmischte, als auch von Kabinettsmitgliedern, die ihm von Giscard aufgezwungen worden waren und ihm nicht die erwartete Loyalität erwiesen. Mit dem Rücktritt Chiracs im August 1976 war das Experiment einer Exekutive, die aus zwei unterschiedlichen Strömungen der rechten Mitte, aus Gaullisten ebenso wie Nichtgaullisten bestand, gescheitert. Der Präsident traf daraufhin eine ähnliche Entscheidung, wie sie de Gaulle 1962 gefällt hatte, indem er nämlich eine dem breiten Publikum weitgehend unbekannte Persönlichkeit zum Premierminister ernannte, die noch nie ein gewähltes Amt innegehabt hatte. Während indessen de Gaulle mit Pompidou damals einen

ihm ergebenen Staatsdiener ausgewählt hatte, ernannte Giscard in der Person von Raymond Barre einen parteilosen Wirtschaftsprofessor und ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, der den Anspruch erhob, selbst die Leitlinien der Regierungspolitik zu entwickeln. Der von Giscard als «bester Volkswirt Frankreichs» gerühmte neue Premierminister entsprach dem Prototyp eines Technokraten, der den wirtschaftlichen Problemen mit Expertenwissen zu Leibe rücken wollte.¹⁹ Anlässlich seines Regierungsantritts richtete er eine unmissverständliche Botschaft an seine Landsleute: «Frankreich lebt über seine Verhältnisse.»²⁰ Von nun an stand der wirtschaftspolitische Kurs nicht mehr auf der «relance», der Ankurbelung nach keynesianischen Rezepten, sondern auf der «austérité», der Wiedergewinnung von Stabilität durch strikte Ausgabendisziplin, Verminderung der Geldmenge und Einfrieren der Lohnentwicklung, um auf diese Weise eine Drosselung des Preisanstiegs zu erzielen.²¹ Die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgte zugleich die Absicht, eine auf die Leitlinien der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtete, konvergente Antikrisenstrategie zu betreiben, um gemeinsam mit einem starken Partner die Rezession zu bekämpfen. Barre war ebenso wie Giscard zutiefst davon überzeugt, dass unter den Vorzeichen wachsender Interdependenz die europäischen Nationalstaaten sich nur dann behaupten konnten, wenn sie eine gemeinsame finanzpolitische Linie verfolgten.

Parallel zur Schaffung eines Führungsgremiums in Form des Europäischen Rats wurde die Demokratisierung der EG in Angriff genommen: Bis dahin gab es kein von den Bürgern direkt gewähltes Europäisches Parlament, da das gaullistische Frankreich sich beharrlich dagegen gewehrt hatte. Es war Giscard, der das französische Veto aufhob und mit Schmidt die Initiative ergriff, die erste Direktwahl des Europaparlaments (EP) anzustoßen. Nachdem 1976 mit der «Akte von Brüssel» diese Reform vertraglich festgeschrieben worden war, musste Giscard ihre Ratifizierung im französischen Parlament durchsetzen, was sich als höchst problematisch erwies: Im Namen der gaullistischen Parlamentsfraktion begann der ehemalige Premierminister Michel Debré einen Kreuzzug gegen den «supranationalen Föderalismus», der mit der Direktwahl des Europaparlaments Einzug halten würde, und prophezeite der Nationalversammlung, sie würde künftig auf das Niveau eines «Provinzparlaments» herabsinken. Seitens des PCF wurde mit offen antideutschen Tönen gegen die Reform Front gemacht, wenn sein Parteivorsitzender Georges Marchais die «Giscard'sche Politik der nationalen Erniedrigung, der Rückkehr zum Atlantismus und der Nachgiebigkeit gegenüber den herrschsüchtigen Bestrebungen Westdeutschlands» brandmarkte.²² Angesichts der gaullistisch-kommunistischen Opposition sah sich

Giscard gezwungen, die Ratifizierung mithilfe des Artikels 49, Absatz 3 der Verfassung zu erzielen, der es der Regierung erlaubt, einen Gesetzestext ohne parlamentarische Abstimmung durchzubringen.

Anhand der Direktwahl des Europäischen Parlaments lässt sich gut deutlich machen, wie sehr sich die französische und die bundesdeutsche politische Kultur voneinander unterschieden, was die Einstellungen zur europäischen Integration anbelangt. Während in der Bundesrepublik die Reform auf einhellige Zustimmung stieß, musste Giscard seine ganze Autorität als vom Volk gewählter Präsident einbringen, um sie gegen Nationalisten von rechts und links durchzusetzen. Im Wahlkampf für den ersten Urnengang zum Europaparlament setzte sich dieser deutsch-französische Kontrast fort, machten sich doch in der Bundesrepublik alle großen Parteien für eine Vertiefung der europäischen Integration stark, während in Frankreich Grundsatzkonflikte über diesen Prozess ausgetragen wurden. Dabei suchte sich insbesondere Jacques Chirac zu profilieren, als er im Dezember 1978 von seinem Krankenbett im Pariser Hospital Cochin einen Aufruf lancierte, der aufgrund seines vehementen Nationalismus und dramatischen Tons in die Geschichte eingegangen ist. In Erinnerung an de Gaulles historischen «Appell des 18. Juni 1940» zum «Appell von Cochin» stilisiert, verurteilte Chirac die Europapolitik Giscard als Verrat an der nationalen Souveränität und der Größe Frankreichs. Unüberhörbar waren die antideutschen Töne seines Texts, wenn er ihn mit folgenden Worten schloss: «Wie immer, wenn es um die Herabsetzung Frankreichs geht, ist die Partei des Auslands mit ihrer friedlichen und beruhigenden Stimme am Werk. Franzosen! Hört sie nicht an. Dies ist die Betäubung, die dem Todesfrieden vorausgeht.»²³ Bei den ersten Direktwahlen zum Europaparlament vom Juni 1979 gingen in Frankreich über 40 Prozent der Stimmen an Parteien, die dem Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.²⁴

Den Höhepunkt der französisch-deutschen Antikrisenpolitik bildete das 1979 von Giscard und Helmut Schmidt gemeinsam ausgearbeitete «Europäische Währungssystem» (EWS). Beide hatten zunächst gehofft, dass aus der G 7 ein neuer regulativer Rahmen der steuerungslosen Weltwirtschaft hervorgehen würde. Der seit Januar 1977 amtierende amerikanische Präsident Jimmy Carter ergriff jedoch keine Initiative, eine neue Weltwährungsordnung vorzuschlagen, die an die Stelle des aufgekündigten Bretton-Woods-Systems hätte treten können. Giscard und Schmidt empfanden eine massive Führungsschwäche der amerikanischen Supermacht und beschlossen, die Neuordnung des Währungssystems zunächst auf europäischer Ebene in Angriff zu nehmen.

Den Zeitpunkt dazu sahen sie nach den französischen Parlamentswahlen vom März 1978 gekommen, bei denen Giscard «Républicains indépendants» einen Erfolg erzielen und die Regierungsübernahme durch die sozialistisch-kommunistische Opposition abwenden konnten. Erst jetzt verfügte der französische Präsident über genug Handlungsspielraum, um in Form einer gemeinsamen europäischen Währungspolitik eine starke Bastion der nationalen Souveränität zu attackieren. Das Bretton-Woods-System, so äußerte Schmidt im April 1978 vor dem Europäischen Rat, sollten die Europäer unter «sich selbst wiedererrichten».²⁵ In strenger Geheimhaltung arbeiteten Bernard Clappier, Gouverneur der Banque de France, und Horst Schulmann, ein Berater des Kanzlers, ein Konzept für ein Europäisches Währungssystem (EWS) aus, das Giscard und Schmidt im Juli 1978 den europäischen Partnern vorstellten. Düpiert von dem bilateralen französisch-deutschen Vorgehen schied Großbritannien aus dem Projekt aus, so dass es fortan nur noch von den anderen acht Mitgliedsstaaten getragen wurde. Kernelement des EWS war die Schaffung einer Korbwährung aus den acht Mitgliedswährungen, für die der Name «Ecu» erfunden wurde. Dieser erinnerte an eine altfranzösische Münze, war aber auch gleichzeitig die Abkürzung für «European currency unit». Der Ecu diente fortan als Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaft und wurde so zum Nukleus einer gemeinsamen Währung. Das EWS verpflichtete nicht nur die Staaten mit schwachen, sondern auch die mit starken Währungen zur Intervention, wenn Kursschwankungen 2,5 bis 6 Prozent überschritten. Für Giscard war damit das Ziel erreicht, einen europäischen Währungsverbund zu schaffen, der nicht von der Bundesrepublik hegemonial gestaltet war. Er und Schmidt maßten der Schaffung des EWS hohe geschichtspolitische und symbolische Bedeutung zu: Es sollte die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen besiegeln und verdeutlichen, dass nun die Epoche gemeinschaftlichen Handelns unwider-ruflich begonnen hatte. Im gleichen Atemzug beschlossen sie, eine Persönlichkeit von hoher Symbolkraft für die Präsidentschaft des ersten direkt gewählten Europaparlaments vorzuschlagen: die ehemalige Ministerin Simone Veil, eine französische Jüdin, welche die Deportation ins Konzentrationslager Auschwitz überlebt hatte. Unterdessen warfen Giscard seine innenpolitischen Gegner von rechts und links vor, die Unabhängigkeit Frankreichs aufs Spiel zu setzen und es künftig von Deutschland abhängig zu machen: Auf die «ökonomische Unterordnung» im «Empire der Mark» werde zwangsläufig eine «politische Unterordnung» folgen, hieß es in einem Artikel der Zeitung «Le Monde».²⁶

Die Schaffung des EWS blieb die letzte europapolitische Errungen-

schaft Giscard. Seine letzten Jahre an der Spitze des Staates standen im Zeichen wachsender Spannungen im Ost-West-Konflikt. In seinen politischen Reaktionen darauf erwies sich der Präsident als Sachwalter des gaullistischen Prinzips der Unabhängigkeit. Als die nukleare Aufrüstung der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenwaffen durch die SS-20-Raketen bekannt wurde, war es zwar Giscard, der einen Gipfel der NATO-Mächte USA, Frankreich, Großbritannien und Bundesrepublik in Guadeloupe im Januar 1979 ausrichtete. Doch beteiligte er sich in der Folgezeit nicht daran, den sogenannten «NATO-Doppelbeschluss» auszuarbeiten, welcher der Sowjetunion einerseits Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen anbot und andererseits eine «Nachrüstung» in dieser Waffengattung vorsah, falls die Verhandlungen scheiterten. Als die Vereinigten Staaten 1980 den Olympischen Spielen in Moskau fernblieben, um die Sowjetunion für ihren Einmarsch in Afghanistan zu bestrafen, schloss sich die Bundesrepublik an, während Frankreich dem Boykottaufruf nicht Folge leistete. Die auf europapolitischer Ebene so fruchtbare deutsch-französische Zusammenarbeit blieb in Ansätzen stecken, was die verteidigungs- und sicherheitspolitische Kooperation anbelangte. Nach seinen eigenen Angaben wollte Giscard während seiner zweiten Amtszeit Fortschritte in diesem Bereich erzielen, doch blieb ihm eine solche versagt. Giscard's historisches Verdienst ist es, die auf einem nationalistischen Fundament errichtete Fünfte Republik mit der europäischen Integration versöhnt zu haben. Wie Raymond Aron anlässlich der Europawahl 1979 schrieb, versuchte der Präsident die «lange Querele» zwischen Jean Monnet und dem Gaullismus zu beenden. Indem er sich einerseits auf den Gründer des Integrationsprozesses berief und andererseits mit den Gaullisten regierte, wollte er zwei große Traditionen der französischen Außenpolitik einander annähern. Doch waren sieben Amtsjahre wohl zu kurz, um eine europafreundliche Mitte-Rechts-Bewegung dauerhaft mehrheitsfähig zu machen.²⁷

In der französischen Innenpolitik hatte die an Ausgabendisziplin und europäischer Konvergenz orientierte Antikrisenstrategie Giscard's zur Folge, dass der Staat von Interventionen in das Wirtschaftsleben zunehmend Abstand nahm. Dieser sollte nicht mehr die Steuerung der Wirtschaft übernehmen, sondern den Marktkräften einen größeren Spielraum einräumen. Anders als ihre gaullistischen Vorgänger waren Giscard und Barre nicht davon überzeugt, dass ein «Plan», der staatlicherseits den Rahmen der ökonomischen Entwicklung absteckte, noch sinnvoll war. Nicht mehr von der Administration, sondern von den Unternehmern selbst sollten die wichtigsten volkswirtschaftlichen Initiativen ausgehen.

Zahlreiche Instrumente der staatlichen Wirtschaftssteuerung wurden nun aufgegeben, wie etwa die Festlegung der Preise für Industrie- und Konsumgüter. «Ich verstehe nicht, wie Sie vorgeben können, alle in der französischen Wirtschaft existierenden Preise zu fixieren. Es gibt Hunderttausende davon! Selbst ein Genie könnte sie nicht alle kennen!», so gab Giscard eine Äußerung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt wieder, der ihn dazu ermutigte, von dieser antiquierten Praxis Abstand zu nehmen.²⁸ In einem hochsymbolischen Akt wurde 1978 sogar der seit der Französischen Revolution staatlich festgelegte Brotpreis freigegeben.

Der Rückzug des Staates hatte aber auch zur Folge, dass die Regierung den tiefgreifenden Strukturwandel in der französischen Wirtschaft geschehen ließ, ohne in ihn massiv einzugreifen. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nahm der Anteil der in der Industrie Beschäftigten um 10 Prozent ab, so dass am Ende der Dekade nur noch 23 Prozent der französischen Arbeitnehmer in diesem Sektor tätig waren. Die Ursache für den partiellen industriellen Niedergang war in den Entwicklungen der Weltwirtschaft zu suchen, die zu wachsender internationaler Interdependenz, zum Aufstieg neuer Konkurrenten und zu verstärktem Handel führten. Vom Verfall betroffen waren insofern solche Industriezweige, in denen französische Produzenten im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten konnten, sei es auf dem eigenen Markt oder in der Exportwirtschaft. Dazu gehörten insbesondere der Bergbau, die Stahlindustrie, die Holz-, Textil- und Schuhproduktion sowie einzelne Branchen der Lebensmittelindustrie. Zum Ende der 1970er Jahre sah sich auch die Automobilindustrie mit rückläufigen Verkaufszahlen angesichts verstärkter internationaler Konkurrenz konfrontiert. Der Steinkohleabbau wurde von 25,7 Millionen Tonnen pro Jahr 1973 auf 18,6 Millionen 1979 zurückgefahren, um 1990 nur noch 10,5 Millionen zu erreichen und in den 2000er Jahren nahezu gänzlich eingestellt zu werden. In der Stahlindustrie führte der Produktionsrückgang ab 1977 zu einem massiven Stellenabbau von mindestens 10 000 Jobs pro Jahr und im Jahre 1980 zum Rekord von 15 000 abgebauten Stellen.²⁹

Da Frankreichs Industrialisierung stets von einer starken regionalen Konzentration gekennzeichnet gewesen war, wirkte sich die Krise auf manche Gegenden – wie etwa die Bergbauregionen des Nordostens und das Stahlrevier Lothringens – besonders desaströs aus.³⁰ Die dort von Fabrikschließungen betroffenen Arbeiter mobilisierten sich zu teils gewalttätigen Protesten, bei denen importierte Kohle und Erze auf Eisenbahngleise geworfen wurden. Für die kommunistische Gewerkschaft CGT sowie den PCF war die Europapolitik des Präsidenten Schuld an der Misere der französischen Stahlindustrie, da sie die nationale Wirtschaft unge-

schützt lasse und die internationale, insbesondere deutsche Konkurrenz begünstige. «Wir lassen es nicht zu, dass Deutschland sich das holt, was es uns in drei Kriegen nicht hat wegnehmen können», hieß es im Dezember 1978 auf einem Flugblatt des PCF.³¹ Als im folgenden Frühjahr die Wahlen zum Europäischen Parlament anstanden, verstärkte die Kommunistische Partei ihre nationalistisch-antideutsche Propaganda und trat mit dem Slogan «Nein zum deutschen Europa» an. Auf die Politik der Regierung hatten die Arbeiterproteste nur wenig Einfluss, denn sie begnügte sich weitgehend damit, Entlassungen sozialpolitisch abzufedern, anstatt den Erhalt alteingesessener, aber unproduktiver Industriezweige kostspielig zu fördern. Aus dem Interventionsstaat war der «Sanitärstaat» geworden, wie es der Wirtschaftswissenschaftler Elie Cohen formulierte.³²

Das Bekenntnis der Exekutive zur Liberalisierung blieb aber insoweit halbherzig, als andere Industriezweige, die von Giscard und Barre als strategisch erachtet worden waren, mit besonderer staatlicher Aufmerksamkeit bedacht wurden. In einem Prozess der «industriellen Umverteilung» sollte sich Frankreich nach Auffassung der Staatsführung auf einige zukunfts-trächtige Sektoren spezialisieren, während andere abgebaut werden mussten. Die als strategisch identifizierten Bereiche waren insbesondere die Flugzeug-, Raumfahrt- und Waffenindustrie, die Telekommunikation, der Eisenbahnbau sowie die Atomenergie. In den genannten Sektoren betätigte der Staat sich nicht nur als großer Auftraggeber, sondern begünstigte – wie etwa im Falle des Flugzeugherstellers Airbus – durch Vorschüsse auf zu erwartende Einnahmen die Entwicklung. Die gaullistische Tradition der «großen Projekte» lebte in diesen Sektoren wieder auf, wenn der Staat die Entwicklung eines Netzes von Hochgeschwindigkeitszügen (TGV) energisch vorantrieb und ein neues elektronisches Informationsnetz, den «Minitel», in Auftrag gab.³³ Eine hohe Priorität hatte für Giscard der Ausbau der atomaren Stromerzeugung, womit er das Land von Energieimporten und damit verbundenen Preisrisiken unabhängiger zu machen suchte. In seiner Amtszeit wurden 41 Nuklearreaktoren fertiggestellt, so dass Frankreich dem Ziel eines Anteils von 75 Prozent Atomstrom an der Stromerzeugung näherkam. Anders als die Bundesrepublik kannte Frankreich keine tiefgreifenden politischen Kontroversen über die Kernenergie, stand doch auch die Opposition geschlossen hinter dem Projekt. So spielte im staatlichen Stromkonzern EDF die kommunistische Gewerkschaft CGT eine wichtige Rolle und befürwortete uneingeschränkt den massiven Ausbau der atomaren Stromerzeugung.³⁴

Der Wirtschaftspolitik von Giscard und Barre gelang es indessen nicht, die zwei großen Probleme der Epoche in den Griff zu bekommen: die Ar-

beitslosigkeit und die Inflation. Die Erwerbslosenzahl stieg in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre unvermindert an und erreichte 1980 1,4 Millionen, eine Quote von 5,9 Prozent. Was die Inflation anbelangte, so wurde die Barre'sche Stabilitäts- und Austeritätspolitik von einem erneuten externen Schock konterkariert. Denn 1979 lösten die erdölproduzierenden Länder mit neuerlichen Preiserhöhungen die zweite Ölpreiskrise aus, welche die Inflationsrate wieder auf elf Prozent trieb. Vor diesem Hintergrund ging Valéry Giscard d'Estaing mit einer gemischten Bilanz in den Wahlkampf um seine Wiederwahl: Einerseits konnte er wichtige Reformen für sich verbuchen, andererseits stand er als der Präsident da, unter dessen Mandat Frankreich in eine andauernde Wirtschaftskrise geraten war.

FÜNFTER TEIL

Die verunsicherte Nation 1981–2002

Seit Mitte der 1970er Jahre, seitdem der Wirtschaftsboom zu Ende gegangen waren, stand das soziale Integrationsmodell der französischen Nachkriegszeit auf dem Prüfstand. Letzteres beruhte auf drei Pfeilern: erstens einem konstanten Wirtschaftswachstum, das es möglich gemacht hatte, Vollbeschäftigung zu erzielen, soziale Ungleichheiten zu vermindern und den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise zu vermehren. Zweitens basierte es auf einem stark ausgebauten sozialen Protektionssystem, das die fundamentalen Lebensrisiken absicherte. Sein dritter Pfeiler war ein aktiver Staat, der sich als Schlüsselakteur der wirtschaftlichen Entwicklung, der Modernisierung des Territoriums und als Planer des Fortschritts begriff. Seit dem Ausbruch der Krise gerieten alle drei Pfeiler ins Wanken: Die Jahre des starken Wachstums waren vorbei (das Bruttoinlandsprodukt wuchs nur noch um 1,5 Prozent im Jahre 1980); auch die künftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme stand zur Diskussion, deren Ausgaben zwischen 1960 und 1981 von 12,1 auf 21,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen waren.¹ Und der Staat hatte sich teilweise von seiner strategischen Rolle zurückgezogen und überließ es verstärkt den Marktkräften, das wirtschaftliche Leben zu gestalten.² Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1981 stellte sich die Frage, wie sich die politischen Strömungen zur inneren Lage des Landes positionieren würden: Hatten sie Alternativen zu der Antikrisenpolitik Giscard d'Estaings anzubieten?

Machtkämpfe und Streitigkeiten mit den Gaullisten hatten die Präsidentschaft Giscard's stets überschattet. So hatte Jacques Chirac nach seinem Rücktritt vom Amt des Premierministers mit dem «Rassemblement pour la République» (RPR) eine neue Parteiformation ins Leben gerufen, deren wesentliches Ziel darin bestand, den Gaullismus wieder an die Macht zu bringen. Immer wieder hatten Abgeordnete des RPR gegen Gesetzesvorschläge der Barre-Regierung Stimmung gemacht, so dass diese wiederholt den Artikel 49,3 der Verfassung anwenden musste, der es der Exekutive erlaubt, auch ohne Parlamentsbeschluss ein Gesetz durchzubringen. Am 3. Februar 1981 kündigte Chirac seine eigene Kandidatur für

die Präsidentschaftswahlen an und brachte Giscard in die schwierige Lage, gegen Opponenten aus dem bürgerlichen wie dem linken Lager in den Kampf um seine Wiederwahl zu gehen.³

Die Linke hatte in den zurückliegenden Jahren wichtige Transformationen durchlaufen, war doch das Bündnis zwischen Kommunisten, Sozialisten und «Radikalen» 1977 aufgelöst worden. Die Kommunistische Partei hatte – vermutlich auf Geheiß Moskaus – eine für ihre sozialistischen Partner inakzeptable Revision des gemeinsamen Regierungsprogramms durchzusetzen versucht: noch mehr Verstaatlichungen von Privatunternehmen, Leitung und Kontrolle der nationalisierten Betriebe durch die Arbeitervertretungen.⁴ Bei den Nationalversammlungswahlen des Jahres 1978 waren die einstigen Bündnispartner daraufhin getrennt angetreten und erzielten ein Ergebnis, das die tiefgreifenden Verschiebungen im linken Lager deutlich machte: Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs errang die Sozialistische Partei mit 22,7 Prozent eine höhere Stimmenzahl als die Kommunisten (20,6 Prozent). Die Strategie, die François Mitterrand seit seiner Übernahme der Parteiführung 1971 verfolgt hatte, erwies sich damit als erfolgreich: Dank ihrer programmatischen Annäherung an die Kommunisten war es den Sozialisten gelungen, dem PCF Wähler abzuwerben und sich als die stärkste Linkspartei Frankreichs zu etablieren.

Zur Präsidentschaftswahl 1981 trat François Mitterrand mit einer entschieden linksorientierten Wahlplattform an, die zahlreiche Elemente des «gemeinsamen Programms», wie etwa die Nationalisierung von neun strategischen Industriebetrieben, der Versicherungen und Banken, wieder aufgriff. Auch kündigten die «110 Vorschläge» des sozialistischen Kandidaten eine radikale Abkehr von der Austeritätspolitik Giscard's an, indem sie eine Erhöhung der Staatsausgaben nach keynesianischen Rezepten forderten. Ein «demokratisierter und dezentralisierter Plan» sollte die wirtschaftliche Entwicklung steuern, ein Konjunktur- und Investitionsprogramm die französische Industrie in allen ihren Sektoren wiederbeleben. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs bestätigte den Trend der letzten Jahre, da Mitterrand mit 25,85 Prozent der Stimmen den kommunistischen Kandidaten Georges Marchais übertraf. Dessen enttäuschendes Ergebnis von 15,3 Prozent läutete den Niedergang des französischen Kommunismus ein. Im zweiten Wahlgang ging es darum, sich zwischen zwei unterschiedlichen Zukunftsprojekten zu entscheiden: Der Liberalismus Giscard's mit seinem Bekenntnis zur Marktwirtschaft, zur Reduzierung der Staatsinterventionen und zur Geldwertstabilität stand dem Sozialismus Mitterrands diametral gegenüber, der eine drastische Ausweitung der Staatstätigkeit im Dienste der sozialen Gerechtigkeit verhieß.

16. Der Sozialismus an der Macht

Der Sieg des Sozialisten (51,76 gegen 48,24 Prozent) am 10. Mai 1981 spaltete Frankreich somit erneut in zwei Lager: auf der einen Seite die Linke, die in einem regelrechten Freudentaumel die Rückkehr an die Macht nach 23 Jahren Opposition feierte; auf der anderen Seite das bürgerlich-rechte Milieu, das mit panikartigen Befürchtungen auf die Machtübernahme Mitterrands vorausblickte. Die einen sahen den 10. Mai in der Tradition der großen Momente der französischen Linken, vergleichbar mit dem Sieg der Volksfront 1936, der Befreiung 1944/45 und dem Mai '68. «Alles ist jetzt möglich», dieser hoffnungsvolle Slogan stand im Zentrum der Siegesfeierlichkeiten. Die anderen hingegen bangten um das eigene Vermögen, den Wohlstand und die künftige Orientierung des Landes im Kalten Krieg: Würde ein von Mitterrand regiertes Frankreich sich nicht dem Osten zuwenden?¹ Motiviert von solchen Zukunftsängsten hoben zahlreiche Bürger ihr Geld in den Banken ab und verkauften umgehend ihre Aktien, so dass die Börsenkurse um durchschnittlich 30 Prozent fielen. Die Parlamentswahlen vom Juni 1981 bestätigten den Trend und gaben dem neuen Präsidenten eine klare linke Mehrheit in der Nationalversammlung, die es ihm erlauben würde, sein Wahlprogramm umzusetzen. Unter Führung des Sozialisten Pierre Mauroy wurde eine alle Strömungen der Linken einbindende Regierung gebildet, von den mit vier Ministern vertretenen Kommunisten über orthodox marxistische Sozialisten wie Jean-Pierre Chevènement bis hin zu christlichen Gewerkschaftlern wie Jacques Delors und Vertretern der «Radikalen». Es stellte sich nun die Frage, wie weitgehend der Sozialismus an der Macht in der Lage sein würde, die in ihn gesetzten hohen Erwartungen zu erfüllen. Dabei kamen insbesondere vier Bereiche in Betracht: erstens die Wirtschaftsordnung sowie die Arbeitswelt, die im Zentrum der «110 Vorschläge» des sozialistischen Kandidaten gestanden hatten; zweitens die europäische und internationale Politik; drittens der Bereich der Kultur, der Gesellschaft sowie der bürgerlichen Freiheiten und viertens die politischen Institutionen der Fünften Republik, zu deren schärfsten Kritikern Mitterrand als Oppositionspolitiker gehört hatte.

Was Wirtschaft und Arbeitswelt anbelangte, so standen die Zeichen zunächst auf radikalem Wandel. Nach Auffassung des Präsidenten durchlebte Frankreich nicht eine Krise des Kapitalismus, sondern dieser war selbst die Ursache dafür, dass das Land in eine wirtschaftliche Depression geraten war. Aus diesem Grund verhiess er einen «Bruch» mit dem Kapi-

talismus, indem der Staat wieder als zentraler Akteur des Wirtschaftslebens auftreten, die Macht der Großunternehmer brechen und eine Umverteilung des Wohlstands verwirklichen sollte. Während im gleichen Zeitraum die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der amerikanische Präsident Ronald Reagan den selbstheilenden Kräften des freien Markts den Vorrang gaben, wollte Mitterrand den Primat der Politik über das Wirtschaftsleben wiederherstellen. Während Giscard und Barre eine mit ihren EG-Partnern abgestimmte Antikrisenpolitik angestrebt hatten, wagte Mitterrand einen Alleingang innerhalb Europas und verließ zur großen Besorgnis von Kanzler Helmut Schmidt die enge Abstimmung mit der Bundesrepublik. In diesem Geiste wurden manche Verheißungen des «Gemeinsamen Programms» ebenso wie der «110 Vorschläge» wortgetreu umgesetzt. Nachdem neun große Industriekonzerne (darunter die gesamte französische Stahlindustrie) verstaatlicht oder mehrheitlich in Staatsbesitz übergegangen und 39 Banken nationalisiert worden waren, stieg der Beschäftigungsanteil des öffentlichen Sektors von 11 auf 24,7 Prozent. Im gleichen Atemzug erhöhte die Regierung den staatlich garantierten Mindestlohn ebenso wie die Renten, das Wohn- und Familien- sowie das Arbeitslosengeld. Indem auf diese Weise die Kaufkraft der Bürger gestärkt wurde, erhoffte man sich eine Wiederbelebung der Konjunktur und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Um die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, senkte man das Ruhestandsalter auf 60 Jahre herab, führte eine fünfte Urlaubswoche ein und reduzierte die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden.

Innerhalb weniger Monate wurden indessen die desaströsen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der sozialistischen Reformpolitik sichtbar: Die erhöhte Kaufkraft der Bürger hatte mitnichten zu einer erhöhten Nachfrage bei den heimischen Betrieben geführt, sondern vielmehr die Importe hochschnellen lassen, so dass in der Handelsbilanz des Jahres 1982 ein Importüberschuss in Höhe von 102 Milliarden Francs verzeichnet wurde. Die gestiegenen Staatsausgaben waren nur durch eine erhöhte Schuldenaufnahme zu finanzieren, so dass im Jahre 1982 das Haushaltsdefizit auf 100 Milliarden Francs anstieg. Auf den Beschäftigungsmarkt hatte Mitterrands Politik keine positiven Auswirkungen, war doch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht mit einer entsprechenden Reduzierung der Löhne verbunden. Es handelte sich somit nicht um eine arbeitsmarktpolitisch relevante Reform, sondern um eine von den Unternehmern zu finanzierende Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität. So stieg im Jahre 1982 die Arbeitslosenzahl auf 1,7 Millionen an, was einer Quote von sieben Prozent entsprach. Die Inflation blieb unterdessen unvermin-

dert hoch (11,8 Prozent im Jahre 1982), während sie im gleichen Zeitraum in der Bundesrepublik und Großbritannien zurückging.

Auf dem Weg zur «Republik der Mitte»

Zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte sich Mitterrand entgegen den Ratschlägen seines Wirtschaftsministers Jacques Delors geweigert, den Franc abzuwerten, was angesichts der volkswirtschaftlichen Situation – Außenhandelsdefizit, wachsende Verschuldung, sinkende Währungsreserven – die richtige Maßnahme gewesen wäre. Für den Präsidenten sendete die sozialistische Regierung das falsche Signal aus, wenn sie kurz nach ihrer Machtübernahme die eigene Währung abwertete. Im Oktober 1981 fügte sich Mitterrand dann doch in das Unvermeidliche und stimmte einer ersten Abwertung des Franc zu. Im Juni 1982 folgte eine weitere Abwertung um 4,5 Prozent, nun begleitet von einem Maßnahmenpaket, das von einem Politikwechsel kündete: Die Preis- und Lohnentwicklung wurde für vier Monate eingefroren, die Mehrwertsteuer um ein Prozent erhöht und ein Grenzwert für das jährliche Haushaltsdefizit eingeführt: Dieses sollte künftig nicht mehr drei Prozent des Bruttosozialprodukts überschreiten. Noch weigerte sich allerdings die Regierung zuzugeben, dass die Zeit großzügiger Reformen vorbei war und sich eine Politikwende ankündigte. Manche Kabinettsmitglieder und Präsidentenberater glaubten immer noch daran, dass Frankreich der Krise enttrinnen konnte, indem es sich vom Weltmarkt abschottete und aus dem Europäischen Währungssystem austrat. Über Wochen hinweg zauderte Mitterrand zwischen zwei Alternativen: die sozialistische Reformpolitik und damit einen französischen Alleingang in Europa fortzusetzen, oder aber vom bisherigen Kurs endgültig Abstand zu nehmen, die Herausforderungen der internationalen Interdependenz anzunehmen und der Stabilisierung die Priorität zu geben.² Im März 1983 fielen die Würfel, als sich der Präsident auf die Seite seines Wirtschaftsministers Jacques Delors schlug und der Abstimmung mit den EG-Partnern den Vorrang einräumte. Man handelte eine Abwertung des Franc um 2,5 Prozent und eine Aufwertung der D-Mark um 5,5 Prozent aus. Begleitet wurde diese währungspolitische Anpassung von empfindlichen Einschnitten für die französische Bevölkerung, wie etwa einer Zwangsanleihe für die Bezieher höherer Einkünfte, der Erhöhung der Benzinsteuer, einer Abgabe zur Finanzierung der Sozialkassen sowie einer Beschränkung der Ausgaben französischer Touristen im Ausland. In einer Fernsehansprache bekundete der Präsident am 23. März 1983, er habe Frankreich «nicht von der Europäischen Gemeinschaft isolieren» wollen und kennzeichnete die künftige wirtschaftspolitische Kernaufgabe seiner

Regierung folgendermaßen: «Die Inflation zu bekämpfen bedeutet, die Währung und die Kaufkraft zu retten. Deshalb werden meine Regierung und ich mit allen unseren Kräften gegen dieses Übel kämpfen und das Land dafür mobilisieren.» Die bisher praktizierte Politik müsse der «Strenge (*rigueur*) der Zeit» angepasst werden. Bewusst vermied er es, von «Austerität» zu sprechen, um den Eindruck zu vermeiden, dass die Sozialisten nun auf den Kurs der Vorgängerregierung eingeschwenkt waren.³

Die Wende der sozialistischen Wirtschaftspolitik muss als ein tiefgreifender Einschnitt in der Geschichte der Fünften Republik verstanden werden.⁴ Indem die linke Regierung von kostspieligen Konjunkturmaßnahmen Abstand nahm, die Staatsverschuldung begrenzte und der Währungsstabilität den Vorrang gab, verabschiedete sie sich von der Vorstellung, dass es eine große Alternative zur marktwirtschaftlichen Politik ihrer Vorgängerinnen ebenso wie ihrer europäischen Partner gab. Sie machte sich eine Linie zu eigen, die sie zu Oppositionszeiten heftig bekämpft hatte und die zahlreichen ihrer Unterstützer widerstrebte. Vor diesem Hintergrund konnte der Eindruck entstehen, dass sich die großen politischen Strömungen Frankreichs in ihren wirtschaftspolitischen Leitlinien kaum noch unterschieden und nachgerade einstimmig dem Dogma des freien Markts huldigten. Dies galt auch für die Kommunisten, die zwar verbal gegen die Wende zur «*rigueur*» vorgingen, sie aber als Regierungspartei mittrugen und somit an Glaubwürdigkeit in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus verloren.

Auf diese Weise schuf der Politikwechsel der Linken neuen Freiraum für solche Kräfte, die sich jenseits der etablierten Strömungen positionierten und andere Rezepte zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise vorschlugen. So konnte eine bis dahin marginale Partei der extremen Rechten, der «*Front national*», bei den Kommunalwahlen des Jahres 1983 und den Wahlen zum Europaparlament 1984 überraschende Erfolge (10,9 Prozent bei den EP-Wahlen) erzielen. Die Partei war ab 1972 aus verschiedenen Tendenzen der extremen Rechten entstanden und vereinte Ehemalige der OAS, traditionalistisch-katholische Kräfte, einstige Anhänger des Kollaborationsregimes ebenso wie populistische Kritiker des Finanzkapitals und des Interventionsstaats. An seiner Spitze stand Jean-Marie Le Pen, der als Soldat in Algerien der OAS nahegestanden und einst für die «*Poujadisten*» im Parlament gesessen hatte. Der «*Front national*» griff die in der französischen extremen Rechten stets virulente Xenophobie auf und verkündete ein einfaches Rezept, um gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Niedergang zu kämpfen: Man müsse nur die Einwanderer, die in den vergangenen Jahren massenhaft ins Land gekommen seien, in ihre Herkunftsländer zurückschicken.⁵

Der Niedergang der Kommunistischen Partei setzte sich unterdessen fort, denn sie sank bei den Europawahlen 1984 auf einen historischen Tiefstand von 11,2 Prozent der Stimmen. Neben der machtpolitischen Strategie Mitterrands waren insbesondere zwei Faktoren für diesen Prozess verantwortlich: Erstens reflektierte die Erosion der kommunistischen Wählerschaft die progressive Auflösung des klassischen Arbeitermilieus, wie es sich in den von Schwerindustrie und Bergbau geprägten Regionen ausgebildet hatte. Dort hatte die Kommunistische Partei in den vorangegangenen Jahrzehnten ihre Hochburgen gehabt, die Stadtregierungen gestellt und eine sozialmoralische Bindungskraft entfalten können, die sich mit der Rolle der SPD in der deutschen Arbeiterschaft vergleichen ließ. Mit dem industriellen Strukturwandel, dem Niedergang der Eisen- und Stahlproduktion und des Bergbaus ging der Zusammenhalt dieses Milieus verloren; zahlreiche Menschen verloren ihre Arbeitsplätze, wechselten in den Dienstleistungssektor oder fanden überhaupt keine Stellen mehr.⁶ Zweitens hatte das ideologische Angebot des PCF an Attraktivität verloren. Die Sowjetunion, der die Kommunistische Partei unverbrüchlich die Treue hielt, galt immer weniger Menschen als eine erstrebenswerte Form der politisch-sozialen Organisation. So bestätigte das 1973 in Paris erschienene historisch-literarische Werk «Archipel Gulag» des russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn, was der Krawtschenko-Prozess 24 Jahre zuvor bereits hatte erahnen lassen: Das vom PCF als Eden der Arbeiterklasse gepriesene Sowjetsystem hatte Millionen von Menschen in Strafkolonien eingesperrt. Den französischen Kommunisten fiel es schwer, angesichts der Diskreditierung ihres großen Vorbilds ihre Programmatik zu aktualisieren.⁷

Unterdessen ging der Präsident konsequent weiter in seiner Abkehr von den sozialistischen Rezepten, die er 1981 noch selbst verkündet hatte. Da er sich gegen den Protektionismus und für den gemeinsamen europäischen Markt, gegen den Etatismus und für den Kapitalismus, gegen die nachfrageorientierte Konjunkturbelebung und für die Inflationsbekämpfung entschieden hatte, ergab sich für ihn ein neuer Imperativ: Die französischen Unternehmen mussten im internationalen Wettbewerb mithalten können. In seiner Pressekonferenz vom 2. April 1984 sagte er: «Entweder wird Frankreich fähig sein, der internationalen Konkurrenz entgegenzutreten, und auf diesem Wege seine Unabhängigkeit und seinen Wohlstand sichern können, oder aber es wird herabsinken und seinem Verfall entgegensehen.»⁸ Im gleichen Zeitraum hatte er einen Staatsbesuch in den USA gemacht, das kalifornische Silicon Valley besucht und war begeistert von den erfindungsreichen Unternehmern der High-Tech-Branche nach Frank-

reich zurückgekehrt. Ebenso wie Giscard und Barre war nun auch der sozialistische Präsident von der Notwendigkeit einer «industriellen Umverteilung» überzeugt, in deren Zuge die Entwicklung zukunftssträchtiger Branchen gefördert, während alte, nicht mehr konkurrenzfähige Sektoren abgewickelt werden sollten. So unternahm auch die sozialistische Regierung nichts gegen den progressiven Verfall der lothringischen Stahlindustrie, sondern ließ den «Sanitärstaat» wieder aufleben, der sich damit begnügte, den Arbeitsplatzverlust Tausender Beschäftigter sozialpolitisch abzufedern. In einem Interview rechtfertigte sich der Präsident folgendermaßen: «Wenn Sie glauben, dass es einem Linken nicht erlaubt ist, das Land zu modernisieren wegen der Zumutungen, die mit allen Veränderungen verbunden sind, kann ich Ihnen nicht folgen.»⁹ Im Elysée-Palast stand nun ein risikofreudiger Privatunternehmer wie Bernard Tapie hoch im Kurs, der zahlungsunfähige Firmen aufkaufte und mit rigorosen Methoden wieder marktfähig machte. Sympathien wie diese ließen erkennen, dass Mitterrand drei Jahre nach seiner Machtübernahme sich dem marktfreundlichen Konsens seiner wichtigsten internationalen Partner angeschlossen hatte. Die auf Währungsstabilität abzielende Politik bewies unterdessen ihre Wirksamkeit, sank doch die Inflationsrate 1984 auf 6,7 Prozent und ein Jahr später auf 5,8 Prozent. Und 1985 konnte wieder eine ausgeglichene Handelsbilanz verzeichnet werden. Doch blieb die Erwerbslosenzahl mit über 2,2 Millionen Arbeitslosen (neun Prozent) im Jahre 1986 unverändert hoch, so dass ein zentrales Wahlversprechen der sozialistischen Regierung uneingelöst blieb.¹⁰

François Mitterrand, der 1981 als Exponent des «Bruchs mit dem Kapitalismus» an die Spitze des französischen Staats getreten war, erwies sich als ein Mann der Kontinuität, was die Europa- und Außenpolitik anbelangte.¹¹ Er setzte einen Prozess fort, der unter Giscard begonnen hatte: die Eingliederung Frankreichs in ein immer engeres Netz europäischer Vereinbarungen, verbunden mit einem progressiven Verzicht auf Souveränitätsrechte. So verlor das Axiom der nationalen Unabhängigkeit in dem Maße an Gültigkeit, in dem Mitterrand die Europäisierung des französischen Nationalstaats vorantrieb. Dabei sind zwei Phasen seiner 14-jährigen Amtszeit deutlich zu unterscheiden: Die erste stand unter den Vorzeichen neuerlicher Spannungen im Kalten Krieg, der wirtschaftlichen Krise und des Versuchs, mithilfe eines neuerlichen europäischen Integrationschubs die Konjunktur wiederzubeleben. Die zweite Phase war gekennzeichnet von der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa und Mitterrands Streben, diese Prozesse europäisch einzubetten sowie jegliches Aufflackern des Nationalismus zu verhindern.

Wie in der Innenpolitik gingen auch in der internationalen Politik von dem Jahr 1983 die leitenden Tendenzen der Ära Mitterrand aus. Erst nachdem die Episode des sozialistischen Experiments, des französischen Alleingangs einer Krisenbewältigung durch gesteigerte öffentliche Ausgaben und staatliche Umverteilung vorbei war, konnte Mitterrand seine Stimme als Mitgestalter Europas erheben. Den Auftakt bildete eine große programmatische Rede des Präsidenten, die er aus Anlass des 20. Jahrestages des Elysée-Vertrags vor dem Deutschen Bundestag hielt. François Mitterrand präsentierte sich den deutschen Volksvertretern als ein Zeitzeuge, der den deutsch-französischen Konflikt, ebenso aber auch die Aussöhnung nach dem Krieg beginnend mit dem Haager Kongress 1948 miterlebt hatte. Nun obliege es ihm als höchstem Repräsentanten Frankreichs, dieses Erbe in die Gegenwart zu tragen und den Zeitumständen gemäß zu interpretieren. Dies bedeutete für den Präsidenten zuallererst: den Frieden als höchstes Gut Europas unter den Vorzeichen der Spannungen zwischen den beiden Blöcken zu bewahren. Rückhaltlos bekannte er sich zur nuklearen Abschreckung als «Garantie des Friedens, sobald ein Gleichgewicht der Kräfte besteht». Der Präsident scheute nicht davor zurück, in eine kontroverse westdeutsche Debatte einzugreifen und sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die eine «Nachrüstung» Westeuropas mit amerikanischen Mittelstreckenraketen für notwendig hielten, falls Verhandlungen mit der Sowjetunion über diese Waffengattung scheiterten: «Das Bewahren des Gleichgewichts beinhaltet in meinen Augen, dass man nicht ganze Regionen Europas ohne Abwehr gegen Nuklearwaffen belassen kann, die direkt gegen sie ausgerichtet sind.» Entschieden verteidigte er die atlantische Einbindung Westeuropas: «Jeder, der auf eine Entkopplung zwischen dem europäischen und amerikanischen Kontinent setzt, bringt das Gleichgewicht der Kräfte und die Bewahrung des Friedens in Gefahr.» Indem er dem deutschen Bundeskanzler in seinem Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluss den Rücken stärkte, legte er den Grundstein für eine enge politische Partnerschaft mit Helmut Kohl.

Der zweite Teil der Ansprache, die Mitterrand rückblickend als die wichtigste Rede seiner Amtszeit bezeichnete, war den künftigen Konturen der europäischen Integration gewidmet. Er beklagte, dass die Europäische Gemeinschaft zu unentschlossen auf den technologischen Wandel reagiere und zu wenig gegen die Arbeitslosigkeit unternehme. Deshalb müsse Europa eine «industrielle Renaissance» in Angriff nehmen, um international konkurrenzfähig zu bleiben. «Es geht nicht darum, die legitimen Interessen jedes Einzelnen, den Wettbewerb untereinander zu vergessen, sondern sie zu überwinden in einer neugewonnenen Dynamik der europäischen

Integration.» Zwei Prinzipien lägen der Europäischen Gemeinschaft zugrunde: «der innere Zusammenhalt und die gemeinsame Identität nach außen. Ohne europäischen Zusammenhalt gibt es nur isolierte Staaten. Ohne gemeinsame Identität verschwinden wir in einer konturlosen Freihandelszone.» Ein einheitlicher europäischer Markt müsse verwirklicht werden, der zu Wettbewerb und Innovation anrege. «Die europäischen Unternehmen werden so von einem großen Binnenmarkt als Basis ausgehen, von dem aus sie ihre Position in der Welt konsolidieren oder verbessern können.» Im gleichen Atemzug forderte der Präsident dazu auf, die Beitrittsverhandlungen mit den südlichen Kandidatenstaaten Spanien und Portugal schnell abzuschließen.¹²

Auf diese Weise griff Mitterrands Rede die Trias der «Vollendung, Vertiefung, Erweiterung» vom Haager EG-Gipfel 1969 auf und füllte sie mit neuen Inhalten. Drei Faktoren machten es möglich, dass die 1980er Jahre zu einer Phase der *relance* des Integrationsprojektes wurden: Erstens war es das gemeinsame Interesse Frankreichs und der Bundesrepublik, die wirtschaftliche Strukturkrise durch die Schaffung eines großen europäischen Marktes zu überwinden. In diesem sollten die Bewegungsfreiheit von Gütern, Personen, Kapital und Dienstleistungen weitestgehend garantiert, nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut und weitere Politikbereiche vergemeinschaftet werden. Hinzu kam, dass die prinzipiell integrations-skeptische britische Premierministerin Margaret Thatcher in einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt ein Projekt entdecken konnte, das der neoliberalen Agenda ihrer Regierung entgegenkam.¹³ Zweitens waren die europäischen Großindustriellen, die sich seit 1983 in der einflussreichen Lobbyorganisation «European Round Table» organisierten, stark an einem Integrationsfortschritt interessiert: Vom gemeinsamen Binnenmarkt versprachen sie sich erhöhte Handelsflüsse, geringere Transaktionskosten und eine stärkere Mobilität der Arbeitskräfte. Drittens stand seit 1985 der Europäischen Kommission Jacques Delors vor, der 1983 als Wirtschaftsminister Frankreichs die ökonomische Kehrwende durchgesetzt hatte und einen engen Kontakt mit Mitterrand und Kohl pflegte. Anders als viele seiner Vorgänger empfand er die Präsidentschaft der Europäischen Kommission als ein politisches Amt mit der Kompetenz, die Richtlinien der europäischen Integration vorzuschlagen. Nach ausgiebigen Konsultationen mit europäischen Entscheidungsträgern erklärte er die Realisierung des europäischen Binnenmarkts zum Leitprojekt seiner Amtszeit. In Form eines «Weißbuchs» legte er den Staats- und Regierungschefs eine Agenda vor, welche legislativen Schritte bis zur Vollendung des Binnenmarkts unternommen werden mussten.

Das Ergebnis dieses Prozesses war ein Reformvertrag der EG, die 1986 unterzeichnete und ein Jahr später in Kraft getretene «Einheitliche Europäische Akte». Sie hob den seit 20 Jahren geltenden «Luxemburger Kompromiss» auf und führte das Verfahren qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ein, wenn es um Fragen des Binnenmarkts und der Zollunion ging. Damit konnte das Beschlussverfahren erheblich beschleunigt werden, so dass man optimistisch 1992 als das Zieljahr für die Vollendung des Binnenmarkts fixierte. Darüber hinaus schuf der Vertrag neue Politikbereiche: Umwelt, Forschung und Technologie konnten nun zum Gegenstand europäischer Gesetzgebung werden; die Förderung strukturschwacher Staaten und Regionen wurde ausgebaut.¹⁴

Im Vergleich zu seiner zwiespältigen wirtschaftspolitischen Bilanz konnte Mitterrand in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft eine Reihe von nachhaltigen Erfolgen verbuchen, was den Bereich der Bürgerrechte, der Kultur und der Gesellschaftsordnung anbelangte. Hier ist etwa die Abschaffung der Todesstrafe zu nennen, die am 6. Oktober 1981 in Kraft trat. Während alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft die Todesstrafe entweder abgeschafft oder nicht mehr angewandt hatten, war diese in Frankreich insbesondere zu Zeiten des Algerienkriegs gegen Aktivistinnen des FLN ebenso wie der OAS weiterhin praktiziert worden. Seit Gründung der Fünften Republik waren zudem 19 verurteilte Schwerverbrecher guillotiniert worden, der letzte 1977 unter der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing. Mit seinem Entschluss, die Todesstrafe abzuschaffen, stellte sich Mitterrand gegen die mehrheitliche Meinung der Bürger, die zu 63 Prozent für ihre Beibehaltung eintraten. Das Gesetz wurde von Justizminister Robert Badinter ins Parlament eingebracht, der als Strafverteidiger von wegen Mordes angeklagter Personen zu einem leidenschaftlichen Gegner der Todesstrafe geworden war. «Da kein Mensch ganz und gar verantwortlich zu machen ist, da keine Justiz absolut unfehlbar sein kann, ist die Todesstrafe moralisch inakzeptabel», argumentierte er. Badinter betonte den Widerspruch zwischen Frankreichs freiheitlich-fortschrittlichem Anspruch und seinem Rückstand in der Beibehaltung der Todesstrafe. Mit ihrer Abschaffung werde ein Kampf der Linken vollendet, der in der Revolution von 1848 begonnen und an dem Gestalten wie Jean Jaurès und Aristide Briand teilgenommen hatten. «In Zukunft wird Frankreichs Justiz nicht mehr eine Justiz sein, die tötet. In Zukunft wird es nicht mehr im Morgengrauen unter dem schwarzen Dach unserer Gefängnisse verstohlene Hinrichtungen geben, die zu unserer gemeinsamen Schande gereichen. Morgen wird unter die blutigen Seiten der französischen Justiz ein Schlussstrich gezogen.»¹⁵

Von ähnlicher Bedeutung war die von Mitterrand betriebene Dezentralisierung der Staatsgewalt. Damit wurde eine säkulare Tendenz der französischen Geschichte beendet, die darin bestanden hatte, regionale und lokale Zwischengewalten zugunsten des Zentralstaats zu schwächen. So hatten die Jakobiner, die intransigenten Verfechter der Französischen Revolution, in der Einebnung aller regionalen und lokalen Differenzen, der «einen und unteilbaren Republik» ein zentrales Ziel erblickt.¹⁶ Seitdem hatten alle Spitzen des französischen Staates, von Napoleon Bonaparte über die Protagonisten der Dritten bis zur Fünften Republik dazu beigetragen, die Provinz dem umfassenden Walten der Pariser Zentralregierung unterzuordnen. In den Départements hatten die vom Innenminister ernannten Präfekten das Sagen, denen die «Vormundschaft» (tutelle) über die Initiativen der gewählten Bürgervertretungen zustand. Seit den 1960er Jahren hatten Stimmen von links wie rechts in der exzessiven Zentralisierung einen wichtigen Grund für die Blockaden und Erstarrungen der französischen Gesellschaft erkannt und zur «Dekolonisierung der Provinz» aufgerufen.¹⁷ Zudem machte das Wiedererwachen regionalistischer Bewegungen auf Korsika, in Okzitanien, der Bretagne und im Elsass deutlich, dass partikulare Identitäten nicht hinter einem alle vereinenden republikanischen Patriotismus verschwunden waren. Das nach dem Innenminister Gaston Defferre benannte Dezentralisierungsgesetz von 1983 verkündete einen neuen Ansatz im Zusammenwirken von Zentralregierung, Gebietskörperschaften und Bürgern.

Die Reform bestand erstens in der Einführung von 24 Regionen als einer neuen dezentralen Verwaltungseinheit. Diese umfassten zwischen zwei und acht Départements; teils entsprachen sie Landesteilen mit einer ausgeprägten historischen Identität wie der Bretagne, dem Elsass und Korsika, während andere aus Gebieten ohne gemeinsame regionale Vergangenheit (wie die Großregion Provence-Alpes-Côte d'Azur) gebildet wurden. Eng verbunden damit war zweitens die Übertragung zentralstaatlicher Kompetenzen auf die Regionen, Départements und Gemeinden. So erhielten etwa die Regionen die Zuständigkeit, die berufliche Ausbildung zu fördern, das öffentliche Verkehrsnetz zu entwickeln, Gymnasien zu bauen und zu unterhalten sowie sich an der Wirtschafts-, Kultur- und Sportförderung zu beteiligen. Den Départements kam fortan die Umsetzung der staatlichen Sozialpolitik einschließlich der Gewährung sozialer Hilfsleistungen, der Bau von Mittelschulen (Collèges) sowie die Hoheit über die Handels- und Verkehrshäfen zu. Die Kommunen schließlich sollten für die örtlichen Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie den Bau von Grundschulen und Kindergärten zuständig sein. Drittens nahm das Def-

ferre-Gesetz die Demokratisierung der Gebietskörperschaften in Angriff. Bereits zuvor hatte es in den Départements in Form des «Conseil général» eine direkt gewählte Bürgerversammlung gegeben, der allerdings der Präfekt als eine von Paris ernannte Exekutive gegenübergestanden hatte. Mit dieser zentralistischen Praxis machte das Gesetz von 1983 Schluss: Von nun an oblag die Exekutive eines Départements dem Präsidenten des Conseil général, der von diesem gewählt wurde und dem Verwaltungsapparat vorstand. Ein analoges System wurde für die Regionen eingeführt, die von einem Regionalrat und dessen Präsidenten regiert wurden. Im gleichen Zuge wurde die «tutelle», die vom Präfekten ausgeübte Aufsicht über die Gebietskörperschaften, aufgehoben, dem bis dahin alle Beschlüsse der Gemeinde- und Départementsräte zur Genehmigung vorgelegt werden mussten, bevor sie in Kraft treten konnten. Seit der Reform können die Präfekten erst im Nachhinein gegen die Entscheidungen der Gebietskörperschaften vorgehen, indem sie das oberste Verwaltungsgericht als Kontrollinstanz anrufen.¹⁸

Die Dezentralisierung von 1983 hatte weitreichende Auswirkungen, konnten doch Kommunen, Départements und Regionen durch ihre neuen Kompetenzen zu Mitgestaltern des öffentlichen Lebens heranreifen. Neue Zuständigkeiten erforderten neue Verwaltungseinheiten und -mitarbeiter, so dass mit der «fonction publique territoriale» ein neuer Sektor des öffentlichen Dienstes entstand, dem mittlerweile knapp zwei Millionen Menschen angehören.¹⁹ Jedoch begab sich Frankreich 1983 keineswegs auf den Weg in ein föderales System, das den Regionen autonome Gesetzgebungsvollmachten zuerkennt. Die Politik der Gebietskörperschaften gestaltete sich innerhalb eines Rahmens, der in Paris gesetzlich vorgegeben wird. So durften Kommunen, Départements und Regionen Schulen bauen und unterhalten, hatten aber keinerlei Einfluss darauf, was in ihnen unterrichtet wurde. Auch die Finanzmittel der französischen Regionen blieben bescheiden, vergleicht man sie etwa mit den Haushalten der deutschen Länder, deren Ausgabenvolumen drei- bis zehnmal so hoch ist wie das einer Großregion wie Provence-Alpes-Côte d'Azur.

Auch im Kulturbereich veränderte sich das Verhältnis zwischen Staat, Regionen und Bürgern. Kulturminister Jack Lang legte großen Wert darauf, öffentliche Investitionen von Paris in die Provinz zu verlagern. Dort wurden Museen, Theater, Bibliotheken, Kulturzentren, Kunst- und Musikschulen eröffnet, um das Kunstmonopol der Hauptstadt zu brechen. Das öffentliche Fernsehen war nun endgültig nicht mehr das Sprachrohr des Präsidenten, unterstand es doch seit 1982 einem unabhängigen Aufsichtsorgan (der «Haute Autorité de l'audiovisuel»). Zur Liberalisierung und

Pluralisierung des Medienbereichs trug bei, dass ab 1981 private Radiosender eröffnet werden konnten.

Die «110 Vorschläge» des Kandidaten François Mitterrand von 1981 hatten eine weitere wichtige Reform angekündigt, nämlich die Schaffung eines «großen, einheitlichen und laizistischen öffentlichen Dienstes» im Schulwesen.²⁰ Der sozialistische Präsidentschaftskandidat versprach damit, ein umstrittenes Gesetz aus der Ära de Gaulle zu revidieren. Das sogenannte «Debré-Gesetz» von 1959 hatte das Verhältnis zwischen dem Staat und dem freien Schulwesen auf eine neue Grundlage gestellt. Seitdem konnten private (zumeist katholische) Schulen ihr Lehrpersonal aus öffentlichen Mitteln finanzieren lassen, sofern sie sich der Kontrolle durch die staatlichen Aufsichtsbehörden unterwarfen und dazu verpflichteten, dem Lehrplan der öffentlichen Schulen zu folgen. Auf diese Weise hatte das Debré-Gesetz nicht nur das Grundprinzip des laizistischen Unterrichtswesens, nämlich die strikte Trennung zwischen Staat und freien Schulen infrage gestellt, sondern auch einen Aufschwung der katholischen Lehranstalten ermöglicht. Mitterrand zögerte mehrere Monate, bis er die Verwirklichung des «einheitlichen laizistischen öffentlichen Schuldienstes» anging, wusste er doch, dass eine solche Reform alte Konflikte um den Status des freien Unterrichtswesens wieder anfachen würde. Andererseits sah er sich durch die rigorosen Laizisten im eigenen Lager in die Pflicht genommen, die von einer linken Regierung ein entschiedenes Vorgehen gegen das religiöse Unterrichtswesen erwarteten. Im Herbst 1983 brachte Erziehungsminister Alain Savary einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, der keineswegs die Erwartungen des laizistischen Lagers erfüllte. Indem er die Verbeamtung der Lehrer privater Grundschulen vorsah, ging er jedoch weit genug, um die Verteidiger des katholischen Schulwesens auf die Barrikaden zu rufen. Diese sahen ihre Autonomie gefährdet, klagten die Regierung eines Angriffs auf das freie Schulwesen an und vermochten eine Massenbewegung zu mobilisieren. Im Frühjahr 1984 kam es im ganzen Land zu Demonstrationen, gipfelnd in einer der größten Massenkundgebungen der französischen Geschichte am 24. Juni in Paris, bei der ca. 1,3 Millionen Menschen auf die Straßen gingen. Die Kundgebung machte die Mobilisierungskraft des katholischen, konservativen Milieus deutlich, das im privaten Schulwesen eine unverzichtbare Ressource gefunden hatte. Es war das geschehen, was Mitterrand hatte vermeiden wollen, nämlich das Auflodern eines jahrhundertealten Streits zwischen Laizisten und Gläubigen, zwischen Verfechtern einer staatlichen Einheitsschule und den Verteidigern der konfessionellen Privatschule. Um die Wogen zu glätten, ließ der Präsident den Gesetzentwurf zunächst vor-

läufig, dann aber endgültig zurückziehen. So wurde der «große laizistische öffentliche Schuldienst» nie Wirklichkeit.

Was die politischen Institutionen anbelangte, so hatte die Machtübernahme Mitterrands zu hohen Erwartungen Anlass gegeben, hatte dieser doch in seinem Buch «Der permanente Staatsstreich» (1964) die Amtspraxis des Gründers der Fünften Republik vehement kritisiert. Dieser habe sich wie ein «von der Vorsehung bestimmter Mann» aufgeführt, mit der «wesensmäßigen und dauerhaften Bestimmung [ausgestattet], Frankreich zu regieren».²¹ Die Wahl des Widersachers de Gaulles bedeutete aber auch eine Chance zur Konsolidierung der neuen Institutionen: Indem er selbst an die Spitze der Verfassungskonstruktion trat, die er einst als gefährlich und undemokratisch gebrandmarkt hatte, erhöhte er deren Legitimität und stellte sie auf eine neuerliche Probe: Durch eine erfolgreiche Amtsführung konnte er wie kein anderer zur Verfestigung des politischen Systems beitragen, indem er die Linke mit den neuen Institutionen versöhnte und vollständig in die Fünfte Republik integrierte.²² Allen Beobachtern stellte sich nun die Frage, ob Mitterrand eine grundlegend andere Amtspraxis als die seiner Vorgänger entfalten würde, ob er nicht mehr wie ein Wahlmonarch den Staat anführen und das Parlament aus seiner Schattenexistenz als Registrierungskammer vorher gefasster Beschlüsse herausholen würde.

Die ersten fünf Jahre seiner Präsidentschaft machten sichtbar, dass Mitterrand die Verfassungspraxis seiner Vorgänger fortsetzte. Die Hierarchie an der Spitze der Exekutive blieb unangetastet, insofern der Staatschef ohne Rücksprache mit dem Parlament den Premierminister auswählte, weitestgehend allein über die Besetzung der Ministerämter verfügte und alle Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung sich vorbehielt.²³ Wie schon zu de Gaulles Zeiten wirkte der Elysée-Palast auf kritische Beobachter wie ein Königshof, an dem verschiedene Zirkel von Freunden, Ratgebern und Interessenvertretern auf die Ratschlüsse des Herrschers Einfluss nehmen wollten, stets überwacht von dessen geltungssüchtigem Chefberater Jacques Attali. Durch Jahrzehnte der Ministertätigkeit, Opposition und Parteiführung geschult, vermochte Mitterrand virtuos auf der Klaviatur der Macht zu spielen, seine Gunst zu erteilen und wieder zu entziehen, Menschen an sich zu binden und dank seiner Bildung sowie seines Charmes zu faszinieren. Journalisten entdeckten in ihm die Verkörperung des Machiavelli'schen Fürsten, der in langfristigen Strategien ebenso wie in kurzfristigen Taktiken versiert war und stets den eigenen Machterhalt im Auge behielt.²⁴ Als sein erster Premierminister Pierre Mauroy nach drei Jahren des Ringens um die richtige wirtschaftspolitische Linie abdankte, berief Mitterrand mit Laurent

Fabius einen seiner engsten Berater zum Premierminister – ein Schritt, der an de Gaulles Nominierung von Georges Pompidou 1962 erinnerte. Die Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik blieb unverändert der «*domaine réservé*» des Präsidenten, wie es seit 1958 die Verfassungspraxis, aber keineswegs der Verfassungstext vorsah. So musste etwa Premierminister Laurent Fabius zu seiner großen Empörung aus einer Presseagenturmeldung erfahren, dass im Dezember 1985 der polnische Staatschef General Jaruzelski zu einem Staatsbesuch in Frankreich erwartet wurde.

Seit den heftigen Kontroversen um seine Wirtschaftspolitik hatte Mitterrand sich darauf eingerichtet, dass er seine siebenjährige Amtszeit nicht mit einer linken Mehrheit im Parlament zu Ende bringen würde. Ihm schien es geradezu unvermeidlich, dass bei den für 1986 anstehenden Parlamentswahlen die Bürger mehrheitlich für die rechte Opposition stimmen würden.²⁵ Dieses Szenario trat ein, als der gaullistische RPR zusammen mit der bürgerlich-liberalen «*Union pour la démocratie française*» (UDF) eine knappe Mehrheit der Mandate errang. Da zuvor das Verhältniswahlrecht eingeführt worden war, blieb der Schaden für die Sozialisten begrenzt, die 215 Mandate errangen. Auch der «*Front national*» konnte mit 35 Abgeordneten zum ersten Mal eine Parlamentsfraktion bilden. Nun stellte sich die Frage, wie Mitterrand mit dieser in der Fünften Republik unbekanntem Situation umgehen würde: Nie zuvor hatte ein Präsident sich einer Parlamentsmehrheit gegenübergesehen, die nicht seinem eigenen Lager entstammte. De Gaulle wäre nach einem solchen Wahlergebnis vermutlich zurückgetreten, hätte er es doch als eine ihm persönlich geltende Misstrauenserklärung der Bürger interpretiert, die es ihm unmöglich gemacht hätte, sein Amt weiterhin auszuüben. Eine «*Dyarchie an der Spitze des Staates*» könne nicht akzeptiert werden, hatte er in einer Pressekonferenz im Jahre 1964 betont.²⁶ Mitterrand hingegen verblieb im Präsidentenamt; er ernannte den Chef des RPR, Jacques Chirac, zum Premierminister und überließ diesem die ihm verfassungsgemäß zustehende Aufgabe, die «*Politik der Nation zu bestimmen und zu führen*».²⁷ Da die Gesetzgebungskompetenz beim Parlament lag und dieses von seinen politischen Widersachern dominiert war, konnte Mitterrand auf die Innenpolitik kaum noch Einfluss nehmen. So wurden mehrere Betriebe, die 1981 von den Sozialisten verstaatlicht worden waren, nun wieder privatisiert, ohne dass er dies verhinderte. Auf diese Weise verdeutlichte er ein Staatsverständnis, das sich von dem de Gaulles deutlich unterschied. Hatte dieser stets den direkten «*Dialog*» mit den Bürgern über alle Mittler hinweg gesucht und sich immer wieder die plebiszitäre Bestätigung seiner selbst empfundenen Führerrolle erbeten, respektierte Mitterrand den Wortlaut

der Verfassung und die republikanische Legalität. Er machte somit sichtbar, dass die Fünfte Republik nicht nur das Gesicht einer bonapartistischen Präsidentschaftsdemokratie hatte, sondern eben auch parlamentarische Züge trug, die zur Geltung kamen, sobald sich die politische Couleur von Präsident und Parlamentsmehrheit unterschied. Man charakterisierte diese Situation, in der die Spitze der Exekutive von Politikern unterschiedlicher Lager besetzt wurde, als «cohabitation».

Als überlegener politischer Stratege wusste Mitterrand indessen auch die Situation der Kohabitation zu seinen eigenen Gunsten zu nutzen. Er musste nun weder für die Innenpolitik noch für die wirtschaftliche Lage geradestehen, sondern konnte alle Verantwortung auf die von Chirac geführte Regierung abwälzen. Während der Präsident sich glanzvolle Auftritte auf der internationalen Bühne vorbehielt, schlug der Premierminister sich mit den Problemen der Alltagspolitik herum. So vermochte Mitterrand als ein über der Tagespolitik stehender Mittler und Garant der nationalen Einheit zu erscheinen und brachte sich in eine äußerst günstige Ausgangsposition, um 1988 seine Wiederwahl gegen Chirac zu erzielen. Mitterrands Wahlslogan «La France unie» (Das geeinte Frankreich) zeigte, dass er nicht mehr als Exponent des sozialistischen Bruchs mit dem Kapitalismus, sondern als Mann der lagerübergreifenden Synthese ins Rennen ging.

Den klaren Wahlsieg des Präsidenten (54 gegen 46 Prozent) nahmen drei Historiker und Intellektuelle – François Furet, Pierre Rosanvallon und Jacques Julliard – zum Anlass, einen grundlegenden Wandel in der französischen politischen Kultur zu verkünden. Die Wiederwahl Mitterrands signalisierte für sie den Durchbruch einer «Republik der Mitte». Damit war gemeint: Die Grundsatzkonflikte, welche die moderne französische Geschichte über weite Strecken geprägt hatten, seien beendet. Die Fünfte Republik als Versuch eines Kompromisses zwischen autoritären und parlamentarischen Tendenzen der französischen Geschichte sei nun allgemein akzeptiert, nachdem dank Mitterrand auch die Linke ihren Frieden mit ihr gemacht hatte. Ebenso könne der säkulare Konflikt um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche als beendet gelten, hatte doch auch die Linke an der Macht sich mit dem katholischen Privatschulwesen arrangiert. François Furet, der hoch angesehene Erforscher der Französischen Revolution, erklärte diese kurz vor ihrem zweihundertjährigen Jubiläum für beendet, nachdem der langanhaltende Zwist über die Werte von 1789 ausgeklungen war.²⁸

Im gleichen Zuge verkündeten die drei Autoren das Ende des «französischen Exzeptionalismus». Dieser schillernde Begriff, fester Bestandteil

der politisch-kulturellen Debatten, bezog sich auf verschiedene Aspekte: auf die starke Bedeutung von Ideologien in der Politik und die daraus resultierende Heftigkeit der politischen Auseinandersetzungen, die massiven Eingriffe des Staates in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, den auf die Spitze getriebenen Pariser Zentralismus, einhergehend mit der vorherrschenden Rolle der hohen Beamtenschaft. Alle Elemente des französischen Exzeptionalismus – so diagnostizierten die drei Autoren – befanden sich im Rückgang: Der Staat hatte sich aus dem Wirtschaftsleben mehr und mehr zurückgezogen, die Dezentralisierung der Staatsgewalt war in Angriff genommen und die Medien liberalisiert worden. Auf allen Ebenen passte sich Frankreich der Normalität der europäischen Demokratien an. Gleichmaßen hatten die strukturierenden politischen Strömungen der Nachkriegszeit an Bedeutung verloren: der Gaullismus, weil sein wesentliches Ziel – die Präsidialdemokratie – erreicht war, und der Kommunismus, weil ihm angesichts des industriellen Strukturwandels seine Wählerschaft abhanden gekommen war. Was Furet, Rosanvallon und Julliard beschrieben, war gewissermaßen das Ende der französischen Geschichte, wenn man diese als eine dialektische Entwicklung zwischen widerstreitenden Lagern – Revolutionären und Reaktionären, Republikanern und Antirepublikanern, Laizisten und Klerikalen, Gaullisten und Kommunisten – begriff, die mit der Wiederwahl François Mitterrands an ihren Endpunkt gekommen war.

Dessen zweite Amtszeit stand unter den Vorzeichen der «Republik der Mitte»: Nachdem die Sozialisten bei den Wahlen zur Nationalversammlung (Juni 1988) die absolute Mehrheit nur um wenige Mandate verfehlt hatten, proklamierte der Präsident die «Öffnung» zur bürgerlichen Rechten. So traten vier Politiker aus der rechtsliberalen «Union pour la démocratie française» (UDF) als Minister in die Regierung ein. Mit Michel Rocard berief er seinen unerbittlichen Rivalen in der Sozialistischen Partei zum Regierungschef, der als prononcierter Verfechter eines reformerischen, marktwirtschaftlichen Kurses bekannt war. Die Regierungspolitik legte den Schwerpunkt auf währungspolitische Stabilität sowie haushaltspolitische Disziplin, um Frankreichs Konvergenz mit seinen Partnern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sicherzustellen. Auch machte man es sich zur Priorität, Frankreichs Unternehmen für den «marché unique», den einheitlichen europäischen Binnenmarkt, konkurrenzfähig zu machen. Als die Rechtsparteien die Parlamentswahlen 1993 gewannen, erschien eine neuerliche Kohabitation, diesmal mit dem Gaullisten Edouard Balladur als Premierminister, nicht einmal mehr als ein fundamentaler Politikwechsel, so sehr hatten sich die großen politischen Strömungen einander ange-

nähert. Publizisten wie Jean-François Kahn, Herausgeber der Zeitschrift «L'événement du jeudi», und Ignacio Ramonet, Chefredakteur von «Le Monde diplomatique», lancierten das Schlagwort der «pensée unique», des «einförmigen Denkens», um die Verarmung der zeitgenössischen politischen Debatten zu charakterisieren. Für diese Autoren ließ sich das von gemäßigten Rechten wie Linken geteilte «Einheitsdenken» unter wenigen Leitideen subsumieren: Vorrang der Wirtschaft vor der Politik, freier Markt, Wettbewerb, starke Währung, weniger Staat.²⁹

Die Ära Mitterrand hatte mit klassenkämpferischen Tönen begonnen; sie mündete in eine neue gesellschaftliche Konstellation, in der die hergebrachten sozialen Klassen an Geltungskraft verloren hatten und eine breite, in sich stark ausdifferenzierte Mittelschicht die französische Gesellschaft dominierte.³⁰ Keine politische Strömung konnte sich mehr auf die Loyalität eines stabilen sozialen Milieus verlassen. «Wir sind in eine Marktgesellschaft eingetreten, in der sich die Ungleichheiten in verschiedenen Formen zeigen», so stellte Michel Rocard fest, «in der aber das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Klasse, zu einer kollektiven Bewegung nicht mehr als Realität wahrgenommen wird. Eine Gesellschaft, in welcher der Wandel nur dann wirksam wird, insofern er das Individuum betrifft.»³¹ In dieser neuen gesellschaftlichen Konstellation trat Inegalität vor allem in einer neuen Form auf, die weithin als «soziale Exklusion» beschrieben wurde. Damit war gemeint: Eine gewichtige Bevölkerungsminderheit blieb dauerhaft von Arbeitsplätzen, Bildungschancen und teils von Sozialleistungen ausgeschlossen. Betroffen von dieser Form der gesellschaftlichen Ausgrenzung waren insbesondere Langzeitarbeitslose, Kranke und Drogenabhängige, alleinerziehende Mütter, Einwanderer – Menschen, die anders als das klassische Industriearbeitermilieu über keine ausreichende politische Repräsentation verfügten. Das politische Handeln künftiger Regierungen würde daran gemessen werden, wie sie dieses Problem und seine Hauptursache, nämlich eine anhaltende, um die Zehnprozentmarke schwankende Arbeitslosigkeit, angehen würden.

Mitterrand als Mitgestalter der Zeitenwende

Die zweite Amtszeit Mitterrands (1988 bis 1995) stand im Zeichen der «relance européenne», die mit der Einheitlichen Europäischen Akte begonnen hatte. Im Zuge des neuen integrationspolitischen Elans rückte das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion näher: So entwarf der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Konturen einer gemeinsamen Geldpolitik, bevor eine von Jacques Delors geleitete Expertenkommission damit beauftragt wurde, einen Fahrplan hin zu einer Wirtschafts- und

Währungsunion zu entwickeln. Auf dem Europäischen Rat von Madrid am 26. und 27. Juni 1989 beschlossen dann die inzwischen zwölf Mitgliedsstaaten, dass eine Regierungskonferenz den Weg zu diesem weiteren Integrationsschritt bahnen sollte. Die Einigung Westeuropas hatte also eine neue, seit den 1950er Jahren nicht mehr gekannte Dynamik angenommen, als es zum großen Umbruch in den Ost-West-Beziehungen kam.

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 traf François Mitterrand und seine Regierung ebenso unvorbereitet wie die meisten internationalen Akteure. So hatte man sich im Quai d'Orsay seit zwanzig Jahren nicht mehr mit der Eventualität einer deutschen Wiedervereinigung auseinandergesetzt.³² Vor diesem Hintergrund waren die ersten Äußerungen sehr vorsichtig, wenn der Staatschef von den «glücklichen Ereignissen» der Nacht des Mauerfalls sprach.³³ Aus längerfristiger Perspektive heraus konnte Mitterrand aber keineswegs erstaunt darüber sein, dass sich die geopolitische Lage in Europa fundamental änderte. Seit Beginn seiner Präsidentschaft hatte er immer wieder zu verstehen geben, dass er die bipolare Ordnung – von ihm stets mit der Metapher «Jalta» umschrieben – für vergänglich hielt und ihre Überwindung anstrebte. In dieser Hinsicht blieb er dem Gründungsvater der Fünften Republik treu, der in ähnlicher Weise das Europa der antagonistischen Machtblöcke zurückgewiesen hatte. Über den Sommer und Herbst 1989 war es überdies Mitterrand und seinem Umfeld klar geworden, dass die Veränderungen in Mitteleuropa ebenso wie der Machtwechsel an der Spitze der DDR die deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung brachten. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl hatte der Präsident am 3. November 1989 klargestellt: «Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. Solche Fragen stelle ich mir nicht, wo doch die Geschichte weiter voranschreitet.»³⁴ Man muss indessen davon ausgehen, dass Mitterrand nie damit gerechnet hatte, dass sich die Perspektive einer deutschen Vereinigung in solcher Schnelligkeit und Dringlichkeit stellen würde.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklären sich erste Unklarheiten in der französischen Haltung zur innerdeutschen Entwicklung, aber auch die große Vorsicht, die Mitterrand in den folgenden Monaten demonstrierte. Die französische Politik gegenüber der deutschen Wiedervereinigung hat zu einer anhaltenden, teils polemischen politisch-historischen Kontroverse Anlass gegeben. Ihr Ausgangspunkt waren die Memoiren «Verbatim» des Präsidentenberaters Jacques Attali, deren dritten, die Zeit der Wiedervereinigung betreffenden Band dieser 1995 herausgebracht hatte. Darin gab er Äußerungen wieder, die Mitterrand angeblich getätigt und in denen er seine tiefstehende Skepsis gegen eine deutsche Vereinigung kundgetan haben soll.

Attali zeigte den Präsidenten als einen Mann, der das Ende der bipolaren Welt nicht akzeptieren wollte und alle nur denkbaren Versuche unternahm, die deutsche Vereinigung zu verzögern oder gar zu verhindern. Mittlerweile wird «Verbatim» von der Mehrzahl der Historiker nicht mehr als Quelle verwendet, da Attali nachweislich Zitate entstellt und erfunden sowie seine eigenen Ansichten anderen Akteuren in den Mund gelegt hat.³⁵ Doch auch die Veröffentlichung von französischen Akten aus der Zeit der deutschen Vereinigung hat die Kontroverse nicht zum Stillstand kommen lassen:³⁶ Insbesondere deutsche Autoren behaupten, Mitterrand habe immer weitere «Hürden» errichtet, um die Wiedervereinigung zu erschweren, und könne somit nur begrenzt als ein konstruktiver Mitgestalter des Europa nach 1989 gelten.³⁷ Ein Historiker wie Frédéric Bozo hält dagegen fest: «Zu keinem Moment hat die französische Diplomatie versucht, sich gegenüber der deutschen Vereinigung querzustellen.»³⁸ Diesen Eindruck bestätigte der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher: Mitterrand sei als «verlässlicher Freund der Deutschen» bemüht gewesen, «nicht Hindernisse für die deutsche Vereinigung aufzubauen,» vielmehr habe er die «Rahmenbedingungen» dafür sichern wollen, dass die «deutsche Vereinigung auch zu einem Gewinn für Europa» würde.³⁹

In der Tat wurde allen Entscheidungsträgern in Paris kurz nach dem Mauerfall deutlich, dass die Entwicklung in Deutschland auf eine Wiedervereinigung hinauslief und es weder Frankreichs Interessen noch Wunsch entsprach, sich dem entgegenzustellen. So hieß es am 14. November 1989 in einer Note des Quai d'Orsay, der Präsident wolle den Eindruck zerstören, dass Frankreich «aus Prinzip die Teilung Deutschlands suche. In der Vergangenheit habe es [i.e. Frankreich] nicht ohne Grund daran festgehalten. Dieses Stadium sei nun überholt.»⁴⁰ Am 5. Dezember 1989 schrieb Jacques Blot, der Europa-Direktor des Außenministeriums, in einer Note: «Man muss sich davor hüten, den gegenwärtigen Status und die daraus hervorgehenden Rechte für ein Nachhutgefecht zu nutzen, mit dem wir versuchen würden, den Prozess der Wiedervereinigung zu bremsen.»⁴¹ Wo aber die deutsche Vereinigung als solche unaufhaltsam war, so sollte dennoch Frankreich – zusammen mit den anderen drei Siegermächten und den europäischen Partnern – auf ihre Rahmenbedingungen Einfluss nehmen. Die Folgen der deutschen Vereinigung für die europäische Ordnung müssten politisch vorausschauend gestaltet werden. «Wenn man die deutsche Einheit vorantreibt, ohne in dieser Hinsicht eine Strategie zu haben, vermehrt man die Besorgnisse», sagte Mitterrand zu Bundeskanzler Kohl in einem Gespräch. «Man muss gleichermaßen auf die europäische Einheit wie auf die deutsche Einheit zugehen.»⁴²

Vor diesem Hintergrund entwickelten François Mitterrand und seine Regierung eine kohärente, konsequent vertretene Position zur deutschen Wiedervereinigung, die sich in wenigen Grundsätzen zusammenfassen lässt: Erstens sei die Zukunft Deutschlands zuallererst eine Sache der Deutschen, welche diese untereinander, in friedlicher und demokratischer Form zu entscheiden hatten. Zweitens aber müssten dabei die europäische Nachkriegsordnung berücksichtigt, die noch bestehenden Prärogativen der Alliierten respektiert und die Unverletzlichkeit der Ostgrenze Deutschlands garantiert werden. Drittens dürfe die deutsche Wiedervereinigung nicht die Einigung Europas verzögern, die seit 1983 einen so dynamischen Elan entfaltet hatte. Vielmehr mussten Deutschlands und Europas Einigung Hand in Hand, in gleicher Geschwindigkeit voranschreiten. Auf diese Weise sollte ein vereintes Deutschland europäisch «eingerahmt» werden.⁴³

Aus diesen Prinzipien ergab sich aber auch, dass deutsche und französische Interessen in den Wochen nach dem 9. November nicht immer miteinander übereinstimmten: So galt die Präferenz der Bundesregierung einer möglichst schnellen Realisierung der deutschen Einheit, wie es der am 28. November von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgelegte 10-Punkte-Plan deutlich machte. Gleichzeitig aber versuchte der Kanzler, den Termin für die Regierungskonferenz zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hinauszuschieben. Auf Seiten der französischen Partner konnte so der Eindruck entstehen, dass die Bundesrepublik ihre Prioritäten verändert habe, der eigenen nationalen Einheit den Vorrang gebe und den Aufbau Europas aus den Augen verliere.⁴⁴

Es war der Europäische Rat von Straßburg am 8. und 9. Dezember 1989, der eine Klärung dieser Fragen brachte. Nach schwierigen Verhandlungen einigten sich die zwölf Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Erklärung, welche die beiden großen Themen – Vertiefung der europäischen Integration und Vereinigung der deutschen Staaten – miteinander verband: Zum einen bekannten sich die Zwölf zum deutschen «Einigungsprozess», der in die «Perspektive der europäischen Integration eingebettet» sein müsse. Zum anderen wurde entschieden, die Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion bereits im kommenden Jahr einzuberufen. Die Bundesrepublik hatte so den Verdacht zerstreut, dass sie dieses große Integrationsprojekt verzögern wolle. Mitterrand, zum damaligen Zeitpunkt turnusmäßiger Präsident des Europäischen Rates, wertete den Gipfel als einen Erfolg seiner Diplomatie: «Die Deutschen haben verstanden», so kommentierte er kurz danach die Ergebnisse, «dass sie nicht eine – zumindest in den Augen einiger Beobachter – exzessive Eile gegenüber dem Osten zeigen und gleichzeitig gegenüber dem Westen bremsen

· können.»⁴⁵ Gewiss fand auf dem Gipfel von Straßburg kein «Kuhhandel» statt, bei dem der deutsche Bundeskanzler sich die Zustimmung seiner europäischen Partner zur Wiedervereinigung erkaufte, indem er der D-Mark entsagte.⁴⁶ Doch war deutlich, dass fortan ein «Junktim» zwischen deutscher Einheit und Vertiefung der europäischen Integration bestand.⁴⁷

Aus französischer Perspektive erschien die europäische Integration die angemessene geopolitische Antwort auf die deutsche Vereinigung. Nur über qualitative Fortschritte in der europäischen Einigung, so betonten französische Akteure stets, lasse sich eine dauerhafte «Kopplung» (*arrimage*) der Bundesrepublik an den Westen erzielen und vermeiden, dass aus der deutschen Einheit und dem damit einhergehenden Machtzuwachs des Nachbarlands Risiken für die Sicherheitslage in Europa entstünden.⁴⁸ Mit dieser Sichtweise unterschied sich François Mitterrand deutlich von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die nicht an die europäische Einbettung der Wiedervereinigung glaubte und ihre «emotionalen Bedenken» (Genscher) gegen die deutsche Einheit nie überwand. «Die europäische Integration werde Deutschland nicht anbinden können; vielmehr werde Deutschland die europäische Integration dominieren. Frankreich habe einst die Bundesrepublik im Europa der Sechs dominiert. Dies sei vorbei», so gab der französische Botschafter in London, Luc de la Barre de Nanteuil, ihre Äußerungen gegenüber Mitterrand am 11. März 1990 wieder.⁴⁹ Unterdessen kreiste die Gedankenwelt des französischen Präsidenten, der stets stark in historischen Bezügen lebte, immer wieder um die unmittelbare Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. Für Mitterrand musste ein neuerliches «1913» unbedingt verhindert werden – womit er eine Situation meinte, in der die Nationalismen der europäischen Völker schrittweise Oberhand gewannen über ihre Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben. Dabei dachte der Präsident keineswegs nur an ein Wiederaufflackern des deutschen Nationalismus, vielmehr war nach seiner Auffassung kein europäischer Staat vor diesem Virus gefeit, das unter dem Deckmantel der bipolaren Ordnung jahrelang geschlummert hatte.

Aus dieser Perspektive ist auch sein hohes Engagement für den Vertrag von Maastricht zu verstehen, der für ihn nicht nur die europäische Verankerung des vereinigten Deutschland sicherstellen, sondern auch einer umfassenden Neuordnung des Kontinents unter den Vorzeichen einer vertieften, erweiterten und konsolidierten Europäischen Gemeinschaft den Weg bereiten sollte. Die französische Staatsspitze verfolgte bei der Aushandlung des Vertragswerks zwei große Ziele: Erstens sollte die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in ihren einzelnen Etappen unwiderruflich festgeschrieben werden. Und zweitens musste eine «Politische

Union» Europas entstehen, die es zu einer eigenständigen, konsolidierten Rolle in der neuen Weltordnung befähigen würde. Was das letztere Ziel anbelangte, lagen die französischen und deutschen Vorstellungen anfangs beträchtlich auseinander: Die Bundesrepublik favorisierte eine Stärkung der supranationalen Institutionen, der Kommission und des Parlaments, während für Frankreich die Außen- und Sicherheitspolitik vorrangig, wenn nicht ausschließlich die Sache der im Europäischen Rat tagenden Staats- und Regierungschefs sein sollte. Die Monnet'sche Methode der supranationalen Integration sollte im Wesentlichen auf den wirtschaftlichen Sektor beschränkt bleiben, im Bereich der Außenpolitik hingegen sollte intergouvernemental nach dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden werden. Der Maastricht-Vertrag bildete einen Kompromiss zwischen deutschen und französischen Präferenzen: So wurden einerseits die Befugnisse des Europäischen Parlaments durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens signifikant gestärkt, andererseits aber eine rein intergouvernementale «Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik» (GASP) etabliert, die in gewisser Weise den Geist der «Fouchet-Pläne» aus den Zeiten de Gaulles wiederaufleben ließ.⁵⁰ Damit bildete der Vertrag von Maastricht ein Musterbeispiel französisch-deutscher politischer Kooperation und krönte zugleich die politische Karriere François Mitterrands, dessen Prioritäten sich immer mehr von der französischen Innenpolitik auf die Gestaltung Europas verschoben hatten.

Der letzte große Kampf des Präsidenten galt der Ratifizierung des Vertrags. Gemäß der Verfassung hätte dafür ein Votum beider Kammern des Parlaments ausgereicht, doch befand Mitterrand, dass eine so wichtige Übertragung nationaler Souveränitätsrechte, wie der Maastricht-Vertrag sie vorsah, vom Wahlvolk selbst abgesegnet werden musste. Damit ging er ein hohes Risiko ein, denn angesichts einer angespannten Wirtschaftslage war seine Zustimmungsrate auf einen Tiefpunkt gefallen, so dass Oppositionspolitiker das Referendum in eine Abstimmung über den amtierenden Präsidenten ummünzen konnten. Im Vorfeld des Urnengangs vom 20. September 1992 wurde über Wochen hinweg eine passionierte öffentliche Debatte ausgetragen. Anders als in Deutschland, wo die ökonomische Rationalität der Wirtschafts- und Währungsunion im Zentrum der ebenfalls kontroversen Maastricht-Diskussion stand, ging es in Frankreich grundsätzlich um die Leitbilder, die Ziele und politischen Werte der europäischen Integration.⁵¹ Dabei zog sich der Graben zwischen Befürwortern und Gegnern des Maastricht-Vertrags quer durch die großen Parteien. So schwang sich in der Sozialistischen Partei der ehemalige Bildungsminister Jean-Pierre Chevènement zum Sachwalter der nationalen Unabhängigkeit

Frankreichs auf, der den neuen Vertrag ablehnte, da er eine autonome Außen-, Wirtschafts- und Währungspolitik unmöglich mache. Vielmehr liefere er die Republik den «Technokraten» in Brüssel aus und schreibe die deutsche Vorherrschaft in Europa fest. Mit ähnlichen Argumenten griffen Gaullisten wie Charles Pasqua und Philippe Séguin den Vertrag an, der die Souveränität der französischen Nation aushöhle, den Bürgern ihre demokratischen Mitwirkungsrechte raube und einem föderalen Europa den Weg bahne. Andere Gegner bekundeten, dass sie das Ziel der europäischen Einheit sehr wohl unterstützten, sich aber nicht in dem politischen Geist des Vertrags wiedererkennen konnten, den sie von dem vorherrschenden neoliberalen Marktdenken dominiert sahen. So forderte etwa die Grünen-Politikerin Dominique Voynet eine Neuverhandlung des Vertrags, um ein besseres Europa als das der «Kaufleute» zu erwirken.⁵² Der aktivste und leidenschaftlichste Verteidiger des Vertrags war kein anderer als Mitterrand selbst. So erreichte die Debatte ihren Höhepunkt, als der Präsident in einem Fernsehduell Philippe Séguin direkt gegenübertrat. Auf den Einwand seines gaullistischen Opponenten, es bestehe kein ausreichendes «Gefühl der gemeinsamen Zugehörigkeit» zwischen den Europäern, um gemeinschaftlich eine politische Zukunft aufzubauen, pries Mitterrand die europäische Einigung als ein «begeisterndes Projekt». «Ist es nicht ein bewundernswertes Werk für Sie, für mich, und noch mehr für unsere Kinder, wenn man sich vorstellt, wie das Europa der Zukunft, in dem sie leben werden, aussehen wird; denn sie werden in einer Gemeinschaft leben und gleichzeitig ihr Vaterland behalten, bewahrt haben. Sie werden ein zweites dazugewonnen haben: Europa, unser Europa.»⁵³

Das Ergebnis der Abstimmung konnte kaum knapper sein: Bei einer Wahlbeteiligung von 69,7 Prozent lagen nur 904 451 Stimmen zwischen den Befürwortern und Gegnern des Vertrags (51,04 gegen 48,96 Prozent). Das Land war in zwei gleichstarke Lager gespalten, was die Haltung der Bürger zur Zukunft der europäischen Integration anbelangte. Politische Kommentatoren taten sich schwer damit, diese neue Konfliktlinie zu interpretieren, entsprach sie doch nicht dem klassischen Links-Rechts-Gegensatz. Manche Analytiker meinten, dass mit dem «Nein» zu Maastricht die Enttäuschung und Wut derjenigen zum Ausdruck käme, die sich als Verlierer der Modernisierung begriffen und von der politischen Elite nicht mehr repräsentiert sähen. Doch auch dieses Deutungsschema konnte nicht greifen, denn in manchen Regionen (wie etwa der Bretagne) ging die überwältigende Zustimmung zum Vertrag quer durch alle Einkommenschichten, ebenso wie in Départements des Südostens und des nördlichen Zentralmassivs die Ablehnung über alle Milieus hinweg überwog.⁵⁴ In jedem

Falle war mit Maastricht die Phase endgültig vorbei, in der man mit dem «gleichgültigen Konsens» der französischen Bürger rechnen konnte, wenn neue Schritte in der europäischen Einigung unternommen wurden.⁵⁵ Nicht nur war das Misstrauen gegenüber dem Integrationsprozess gewachsen, auch verstanden Politiker es geschickt, die Schuld auf Europa abzuwälzen, wenn es um gegenwärtige Missstände – wie die Entfremdung zwischen Eliten und Bürgern, die Konjunkturschwäche, den schwindenden Handlungsspielraum der Politik – ging.

Das Maastricht-Referendum läutete eine neue Phase der französischen Europapolitik ein, in der es insbesondere um die Position des Franc gegenüber der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystem (EWS) ging. Letzteres war seit 1990 immer stärker unter Druck geraten: Nach der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland und angesichts der hohen Staatsausgaben im Zuge der Wiedervereinigung hatte die Deutsche Bundesbank zur Inflationsbekämpfung die Leitzinsen mehrfach deutlich angehoben. Dies wirkte sich wie ein externer Schock auf die anderen EG-Länder aus, die zwecks Erhaltung der Paritäten im EWS ihren Handlungsspielraum durch die Politik der Bundesbank eingegrenzt sahen. Ebenso erwiesen sich die globalen Finanzmärkte zunehmend als eigenständige Akteure, welche die Politik zum Handeln zwingen konnten. Nach der Ablehnung des Maastricht-Vertrags durch die dänische Bevölkerung und dem äußerst knappen Ergebnis in Frankreich kamen an den Devisenmärkten Zweifel daran auf, dass die europäischen Staaten die Paritäten zwischen ihren Währungen und das Ziel einer Währungsunion aufrechterhalten könnten. Nachdem im September 1992 bereits Großbritannien und Italien aufgrund von Spekulationswellen das EWS verlassen mussten, wurde nun der Franc verstärkt Opfer spekulativer Angriffe. Die französische Politik sah sich in einem Dilemma, denn einerseits vermochte sie es nicht, die Bundesbank zu einer Zinssenkung zu bewegen, andererseits aber galt die Parität mit der D-Mark als unantastbar. Mehrfach wurden die deutsch-französischen Beziehungen auf eine schwere Probe gestellt, bis im Juli 1993 die Schwankungsmargen innerhalb des EWS drastisch erhöht wurden und damit die Unruhe auf den Devisenmärkten bekämpft werden konnte.⁵⁶ Die Währungskrisen bewiesen nicht nur, dass die europäische Integration zunehmend mit der Preisgabe nationaler wirtschaftspolitischer Gestaltungsfreiheit einherging, sondern ließen auch erkennen, dass sich das Machtverhältnis innerhalb der EG seit der deutschen Wiedervereinigung zunehmend zuungunsten Frankreichs verschob.

In den letzten Monaten seines Mandats verteidigte Mitterrand die europäische Integration immer wieder als ein Friedensprojekt, das nicht

nur als eine Konsequenz aus der Geschichte des Kontinents, sondern auch als Antwort auf die veränderte globale Lage seit 1989 zu verstehen war. Nur die institutionalisierte Kooperation zwischen den Staaten konnte in seinen Augen ein neues «1913» verhindern, wie es die Kriege im zerfallenden Jugoslawien befürchten ließen. In seiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament 1995 stellte der todkranke Präsident das Integrationsprojekt als den Sieg Europas über sich selbst dar, war doch vom europäischen Kontinent der Nationalismus ausgegangen. «Wir müssen über unsere eigene Geschichte siegen; denn wenn wir diese nicht besiegen, wird sich eine Regel bestätigen: Der Nationalismus ist der Krieg! Der Krieg ist nicht nur unsere Vergangenheit, er kann auch unsere Zukunft sein.»⁵⁷

17. Frankreich um 1990

François Mitterrand war sehr um seinen Platz in der Geschichte besorgt. Nicht nur sein Engagement für die europäische Einigung sowie für die deutsch-französische Verständigung ist in diesem Lichte zu sehen, auch die von ihm initiierte sichtbare Veränderung des Pariser Stadtbildes war von dem Streben motiviert, bleibende Spuren in der Geschichte seines Landes zu hinterlassen. Während er im europäischen Kontext dem progressiven Souveränitätsverzicht Frankreichs zustimmte, zeigte er sich in seiner Bautätigkeit als souveräner Herrscher, der sich – wie einst die Könige – stets die Entscheidung über Projekte und Architektenpläne vorbehielt. Seine kühnen, sehr umstrittenen und teils irritierenden Bauten zeugten von dem Ehrgeiz, die Gestalt der Hauptstadt unwiderruflich zu verändern. So wurde 1989 an einer hochsymbolischen Stätte, nämlich im Ehrenhof des Louvre, eine 21 Meter hohe Pyramide aus Glas und Stahl errichtet. Diese steht mitten in der Achse des Königsschlusses und lässt dem Besucher kaum eine andere Wahl, als die Fassade des Gebäudes gefiltert durch das Glas der Pyramide zu betrachten. Im gleichen Jahr entstand im Geschäftsviertel «La Défense» ein geöffneter Würfel von 100 Meter Höhe, Breite und Tiefe, der einem gigantischen Triumphbogen gleich die zentrale Magistrale der Hauptstadt vom Schloss von Vincennes über die Champs-Élysées nach Westen hin abschließt. An der Place de la Bastille, mitten in einem populären Handwerker- und Kleinhändlerviertel, ließ der Präsident ein großes Opernhaus errichten, das die Musikkultur dem Volk näherbringen sollte. Das letzte Bauprojekt des Präsidenten war eine neue, am Seine-Ufer errichtete Nationalbibliothek. Die «Très Grande Bibliothèque» besteht aus vier gläsernen

Hochhäusern, die in ihrer Form an aufgeklappte Bücher erinnern und einen bewaldeten Innenhof umrahmen.¹

Die vom Präsidenten angestoßenen Bauten präsentierten eine selbstbewusste Nation, die mit Mut und Imagination der Jahrhundertwende entgegenschau. Mitterrands Frankreich zeigte sich zukunftsgerichtet, weltoffen und europäisch, zugleich aber auch geschichts- und traditionsbewusst, als zum zweihundertjährigen Jubiläum der Großen Revolution die Louvre-Pyramide und die «Grande Arche de la Défense» eröffnet wurden. Es wirkte wie eine Erfüllung der weltumspannenden Verheißung von 1789, dass zweihundert Jahre später die Völker Mittel- und Osteuropas in friedlichen Revolutionen undemokratische Regime gestürzt und den «verlorenen Schatz der Menschheit»² wiederentdeckt hatten: die Fähigkeit des Menschen, die politische Ordnung nach den Prinzipien von Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung zu gestalten. Wie aber sah es mit der Einlösung der revolutionären Verheißung im Innern Frankreichs aus? Welche Kulturbedeutung hatten die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zweihundert Jahre nach ihrer Proklamation? Welche Formen von sozialer Ungleichheit bestanden im Frankreich des Revolutionsjubiläums? Wie stand es um die Brüderlichkeit zwischen Staatsbürgern unterschiedlicher kultureller Herkunft? Und wie ging die Republik mit den Abschnitten ihrer Vergangenheit um, in denen die revolutionären Werte teils zurückgewiesen, teils missachtet worden waren?

Frauen und Männer

Der Mai 1968 gilt gemeinhin als der Auftakt des modernen französischen Feminismus, obgleich in dieser von Männern angeführten Bewegung die Geschlechterverhältnisse der damaligen Gesellschaft nur wenig thematisiert wurden. Doch führte der Mai '68 französischen Feministinnen vor Augen, wie ein kollektiver Elan konkrete Veränderungen erwirken kann und ermutigte sie dazu, mit neuen Aktionsformen auf sich aufmerksam zu machen.³ So legte eine Gruppe von Frauen am 26. August 1970 Blumen am Pariser Triumphbogen nieder, um die «Witwe des unbekanntes Soldaten» zu ehren. Die medial stark verfolgte Aktion ging auf den kurz zuvor gegründeten «Mouvement de libération des femmes» (MLF) zurück, der sich als eine Befreiungsbewegung der französischen Frauen von gesellschaftlichen und gesetzlichen Schranken verstand. Im Mittelpunkt seines Forderungskatalogs stand die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs: Die Bewegung griff auf die in Frankreich verbreitete Aktionsform des Manifests zurück und veröffentlichte 1971 in der Zeitschrift «Le Nouvel Observateur» einen von 343 teils prominenten Frauen unterzeichneten

Aufruf, die sich dazu bekannten, ein Kind abgetrieben zu haben. Das von Simone de Beauvoir verfasste «Manifeste des 343» erzielte eine breite öffentliche Wirksamkeit und bildete so einen Meilenstein auf dem Weg zur Legalisierung der Abtreibung, wie sie 1975 im Veil-Gesetz vorgenommen wurde.

In den 1980er Jahren verlagerten sich die Aktivitäten des MLF auf die politische Rolle der Frauen und ihre allzu geringe Präsenz auf allen Ebenen der politischen Repräsentation. Nicht nur in der Regierung, sondern auch in Gemeinde- und Départementsräten sowie der Nationalversammlung war die weibliche Hälfte der französischen Bevölkerung stark unterrepräsentiert. So waren zu Beginn der 1980er Jahre nur fünf Prozent der Abgeordneten der Nationalversammlung Frauen. Die feministische Bewegung setzte es sich zum Ziel, Quotenregelungen für die Mandatsträger in nationalen, regionalen und lokalen Parlamenten durchzusetzen. Nach langen Diskussionen wurde 1999 in die Verfassung die Bestimmung aufgenommen, dass Männern und Frauen auf gleichberechtigte Weise Zugang zu gewählten Ämtern und Funktionen zukomme. Daraufhin wurde im Jahre 2000 per Gesetz verordnet, dass die Listen aller Parteien bei Wahlen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden mussten. Die Umsetzung des Gesetzes ließ jedoch zunächst zu wünschen übrig, denn die Parteien konnten sich von der Pflicht zur Parität befreien, indem sie eine Strafbüße entrichteten. So stieg die Anzahl weiblicher Abgeordneter nur schrittweise von 77 nach den Wahlen 2002 auf 116 (2007 bis 2012) und 155 (2012 bis 2017) an. In der 2017 gewählten Nationalversammlung war eine Rekordzahl von 224 Parlamentarierinnen vertreten, denen jedoch 353 Männer gegenüberstanden. Der politischen Unterrepräsentierung der Frauen steht ein begrenzter Fortschritt in der Arbeitswelt gegenüber: So vermochten die französischen Frauen in den vergangenen 30 Jahren verstärkt in männerdominierte Berufszweige vorzudringen, doch schien eine «gläserne Decke» sie daran zu hindern, Spitzenpositionen zu erlangen.⁴ So bilden die französischen Richterinnen und Staatsanwältinnen die Mehrheit in ihrem Berufsstand, während es seit 1981 nur eine Generalstaatsanwältin und vier Präsidentinnen von Oberlandesgerichten (Cour d'appel) gab. Nur drei Prozent der Betriebe mit über 500 Mitarbeitern werden von einer Frau geleitet. Unter den Teilzeitbeschäftigten finden sich deutlich mehr Frauen als Männer.

Befunde wie diese zeugen von den Ambivalenzen in der Entwicklung der Geschlechterverhältnisse in Frankreich, die von modernen Elementen wie dem hohen Beschäftigungsgrad von Frauen einerseits, andererseits aber von der fortgesetzten Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz und in

der Politik gekennzeichnet sind. Solche Ambivalenzen lassen sich auch auf der Ebene der Werte und Einstellungen zu Partnerschaft, Familie und Kindern feststellen. In einer Umfrage des Jahres 1982 nannten 88 Prozent der Befragten die Familie als diejenige Institution, der sie am stärksten vertrauten.⁵ Herkömmliche Familienwerte, so machte acht Jahre später der «European Values Survey» deutlich, wurden in Frankreich von breiten Teilen der Bevölkerung hochgehalten, während in der damaligen Bundesrepublik eine Mehrzahl der Befragten sich von ihnen distanzierte. So erklärten sich 69 Prozent der französischen Umfrageteilnehmer völlig einverstanden mit der Ansicht, dass «eine Frau Kinder haben muss, um ein erfülltes Leben zu haben». Im Vergleich dazu teilten in der Bundesrepublik Deutschland nur 35 Prozenten der Befragten diese Ansicht. In Frankreich wünschten sich 40 Prozent eine große Familie mit drei oder mehr Kindern, während es jenseits des Rheins lediglich 18 Prozent waren. Die Gegensätze zwischen den Generationen, was moralische Werte anbelangte, wurden in Frankreich als geringer eingestuft als in der Bundesrepublik. So bekundeten 69 Prozent der französischen Befragten, dass sie mit den moralischen Werten ihrer Eltern völlig im Einklang seien, während in Deutschland nur 41 Prozent so empfanden. Fast drei Viertel aller französischen Umfrageteilnehmer bekannten sich zu der Aussage «Ganz egal welche Vorzüge und Fehler die Eltern haben, man muss sie immer lieben und ehren»; in Deutschland teilten lediglich knapp die Hälfte der Befragten diese Ansicht. 52 Prozent erklärten in Frankreich den kindlichen Gehorsam zu einem wichtigen Erziehungsziel, hingegen bekannten sich in Deutschland nur 22 Prozent zu diesem Wert.⁶

Die hohe Zustimmung zu hergebrachten Familienwerten ging in Frankreich einher mit einer weit verbreiteten Berufstätigkeit von Müttern, die von 80 Prozent (bei Müttern eines Kindes) bis zu 38 Prozent (bei Müttern mit drei minderjährigen Kindern) reichte.⁷ Für eine große Mehrheit der im Jahre 1990 Befragten bestand keinerlei Widerspruch zwischen der Berufstätigkeit und einer erfüllten Mutterrolle. Nur 22 Prozent erklärten sich mit der Aussage einverstanden, dass ein «Kleinkind wahrscheinlich darunter leiden würde, wenn die Mutter berufstätig ist». 35 Prozent der französischen Befragten bekundeten, dass «sowohl Mann als auch Frau zum Haushaltseinkommen beitragen sollen», während in Deutschland nur 11 Prozent dieser Ansicht waren. Gleichzeitig konnte Frankreich eine deutlich höhere Geburtenrate als seine Nachbarländer verzeichnen. Zwar war auch hier ebenso wie in allen europäischen Ländern nach dem Babyboom der Nachkriegszeit die Natalität gesunken, doch betrug sie 1990 nach wie vor 1,75 Kinder pro Frau, während in der Bundesrepublik nur

1,33 Kinder pro Frau auf die Welt kamen. Ab Mitte der 1990er Jahre stieg die französische Geburtenrate konstant an, um im Jahre 2000 die Zahl von 2 Kindern pro Frau zu erreichen.

Somit lebte die französische Gesellschaft ihren europäischen Partnerstaaten vor, dass ein herkömmliches Familienbild, Kinderreichtum und die Berufstätigkeit von Müttern durchaus miteinander vereinbar waren. Frankreich bewies, dass Geschlechterbeziehungen und -rollen nicht in einem starren Entweder-oder zwischen Mutterschaft und beruflicher Erfüllung, sondern auch flexibel ausgehandelt werden konnten, so dass Karriere und Häuslichkeit keine Gegensätze mehr bedeuteten. Sozialpolitische Maßnahmen der öffentlichen Entscheidungsträger ebenso wie etablierte gesellschaftlich-kulturelle Praktiken machten dies möglich. An erster Stelle ist hier ein dichtes Netz an staatlich organisierten Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen zu nennen, die es ermöglichten, dass die Elternschaft nicht gleichzeitig das Ende bzw. die Unterbrechung einer Berufskarriere bedeutete. So stand um 1990 für 30 Prozent aller französischen Kinder unter drei Jahren ein Platz in Kinderkrippen oder bei staatlich finanzierten Tagesmüttern zur Verfügung, während in Deutschland nur sieben Prozent aller Familien von solchen Einrichtungen profitieren konnten. Ab dem dritten Lebensjahr besuchten 99 Prozent aller französischen Kinder eine Vorschule (*école maternelle*).⁸ Des Weiteren bietet das französische Steuersystem dem Kinderreichtum finanzielle Anreize: Durch den «Familienquotienten» bei der Steuerbemessung kommen Familien mit zwei und mehr Kindern in den Genuss signifikanter Vorteile, die bis zum völligen Entfallen der Lohn- und Einkommenssteuer bei mehr als der Hälfte der französischen Haushalte führen. Schließlich begünstigt die intergenerationale Solidarität es, dass Eltern ohne berufliche Nachteile ihre Kinder aufziehen können: Großeltern lassen sich wie selbstverständlich in das Versorgungsnetz einplanen, müssen Enkelkinder regelmäßig versorgen, warten nachmittags am Schulausgang und springen bei Krankheiten ein.

Auf diese Weise ist der Lebensrhythmus der französischen Gesellschaft bis heute zutiefst von familiären Riten und dem Zyklus des Erziehungswesens bestimmt: Das sonntägliche Mittagessen ebenso wie hohe Festtage werden vielfach im Kreis der erweiterten Mehrgenerationenfamilie verbracht; in den Ferien verlassen insbesondere bürgerliche Großfamilien die Stadt und versammeln sich in ihren Landhäusern, den *maisons de famille*. Mit dem in allen Landesteilen gleichzeitig einsetzenden Schulende im Hochsommer beginnt eine mehrwöchige Ruhephase des sozialen, aber auch politischen Lebens, die um den Marienfeiertag des 15. August ihren Höhepunkt erlangt. Der Schulbeginn in den ersten Septembertagen gibt

Anlass zu einem kollektiven Ritual des Neuanfangs, der *rentrée*. Denn nicht nur nehmen die Schüler wieder den Weg in die Schule auf, auch kehren Millionen von Erwerbstätigen nach mehrwöchiger Pause wieder an ihre Arbeitsstätte zurück. Der Einzelhandel nutzt die *rentrée* zu großangelegten Werbekampagnen, um die Bürger wieder in Konsumlaune zu bringen. Politiker markieren das Ende der Sommerpause mit einem wegweisenden *discours de rentrée*, während die Gewerkschaften des Öfteren mit Demonstrationen und Streiks ihre *rentrée sociale* begehen. Verlage bringen anlässlich der *rentrée littéraire* ihre Neuerscheinungen auf den Markt und hoffen, bei den im Spätherbst verliehenen großen Literaturpreisen zum Zuge zu kommen.

Auf den ersten Blick entsteht somit der Eindruck einer wertkonservativen Gesellschaft, in der Familiensinn und hergebrachte soziale Rituale die kulturellen Herausforderungen des Mai '68 relativ unbeschadet überstanden haben. Gleichzeitig aber hat sich seit den 1980er Jahren in Frankreich eine bemerkenswerte, im europäischen Vergleich frühzeitige Offenheit für alternative, nichteheliche Lebens- und Familienformen verbreitet. Bei dem «European Values Survey» des Jahres 1990 erklärten 29 Prozent der in Frankreich Befragten die Ehe zu einer «überholten Einrichtung», während es in Deutschland 11 Prozent waren. Den Kinderwunsch einer Single-Frau hielten in Frankreich 40 Prozent für legitim, unterdessen waren es nur 11 Prozent in Deutschland.⁹ Zwischen 1970 und 1990 wuchs die Anzahl der außerehelich geborenen Kinder von 6 auf 30 Prozent aller Geburten und stieg bis 1997 auf 40 Prozent weiter an.¹⁰

Ebenso wuchs seit den 1980er Jahren die Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensformen: So wurde 1982 der Artikel des Strafgesetzbuchs abgeschafft, der es Minderjährigen untersagte, in homosexuelle Beziehungen einzutreten. In den 1980er Jahren entwickelte sich Paris und dort insbesondere das Viertel des Marais mit seinen Cafés, Buchhandlungen, Clubs und Diskotheken zu einem Zentrum der Homosexuellenszene, das in seiner öffentlichen Toleranz und Freizügigkeit eine europäische Ausnahme bildete.¹¹ Zudem fanden homosexuelle Publizisten in Presseorganen wie der 1973 gegründeten linken Pariser Tageszeitung «Libération» eine offene Plattform. Dieses neuentstehende Milieu wurde von der um die Mitte der 1980er Jahre ausgebrochenen Aids-Epidemie hart getroffen, als zahlreiche Homosexuelle an der Seuche erkrankten und von ihr dahingerafft wurden, darunter prominente Pariser Kulturschaffende wie der Soziologe Michel Foucault, der Philosoph Guy Hocquenghem und der Tänzer Rudolf Nurejew. Angesichts der zahlreichen Krankheits- und Todesfälle durch die Aids-Seuche wurde offenkundig, dass gleichgeschlechtliche Paare

über keinerlei rechtliche Absicherung verfügten, wenn es um Fragen der Krankenbetreuung, des gemeinsamen Wohnraums und des Erbes ging. Interessenvertreter der Homosexuellen machten sich nun dafür stark, dass auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften einen eheähnlichen rechtlichen Status erwerben konnten. Nach langen, kontroversen Debatten wurde 1999 gegen eine fast einstimmige Opposition der rechten Parteien der «Pacte civil de solidarité» (Pacs) eingeführt, der die Pflichten und Rechte eingetragener Lebensgemeinschaften von Partnern jeglicher sexueller Orientierung definierte. Frankreich war damit das zweite europäische Land, das die Institutionalisierung homosexueller Partnerschaften gestattete. Der teils polemisch vorgetragene Widerstand gegen den «Pacs» machte deutlich, dass das minoritäre, aber gut organisierte konservativ-katholische Milieu Frankreichs die Grenzen der Toleranz gekommen sah, wenn homosexuelle Beziehungen annähernd der Ehe gleichgestellt wurden. Insofern war es nicht verwunderlich, dass die Einführung der «Ehe für alle» im Jahre 2014 einen heftigen, langandauernden Protest von Menschen hervorrief, für welche die Familie nicht nur eine lebenswichtige, sondern auch eine heilige Institution war.

Einwanderer und Einheimische

«Die Einwanderung ist zweifellos unsere Dreyfus-Affäre», behauptete Jean-Marie Colombani, der Herausgeber der Zeitung «Le Monde», in einem Leitartikel des Sommers 1996: «Dieser Moment der Wahrheit, in dem sich schonungslos eine Epoche enthüllt und an dem sich radikal die Geister scheiden.»¹² Wie einst anlässlich der Justizaffäre um einen unschuldigen jüdischen Offizier würde sich – so der Journalist – anhand der Einwanderungsfrage das Selbstbild der französischen Nation herauskristallisieren: Wollte Frankreich eine offenherzige, tolerante und fremdenfreundliche Republik repräsentieren, oder würde es sich für die Ausgrenzung, die Abriegelung der nationalen Grenzen und die Bevorzugung der Einheimischen entscheiden? In der Tat stand seit den 1980er Jahren das Thema der Immigration im Zentrum der politischen Debatten, befasste nahezu täglich die Medien und führte zu neuen politischen Frontstellungen. Wie war es dazu gekommen, dass ein traditionelles Einwanderungsland wie Frankreich, in dem Millionen von Menschen unterschiedlichster Herkunft gleichberechtigte Staatsbürger geworden waren, so kontrovers mit der Immigrationsfrage umging?

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten befand sich Frankreich in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Industrialisierung und der Vollbeschäftigung. Wie in anderen europäischen Ländern reichten die ein-

heimischen Arbeitskräfte nicht aus, um den Bedarf der expandierenden Unternehmen zu befriedigen. So gingen das staatliche «Office français de l'immigration» (OFI) sowie private Unternehmer dazu über, aktiv Einwanderer anzuwerben. Dies führte dazu, dass die Anzahl ausländischer Mitbürger von 1,76 Millionen im Jahre 1954 auf 3,44 Millionen im Jahre 1975 stieg. Im gleichen Zeitraum veränderten sich die Herkunftsländer der Arbeitsmigranten: War noch 1956 Italien mit Abstand das wichtigste Herkunftsland, kamen seit den 1960er Jahren immer mehr Einwanderer aus Spanien und Portugal, das 1974 mit 22 Prozent aller Immigranten an die Spitze rückte. Im gleichen Zeitraum wanderten verstärkt Algerier nach Frankreich ein: Zwischen 1963 und 1966 waren es pro Jahr mehr als 200 000; in den Jahren 1970–72 sogar mehr als 300 000 jährlich. Ein gewichtiger Anteil der algerischen Einwanderer fand in der Industrie (22 Prozent) sowie im Baugewerbe (23 Prozent) Arbeit, während 31 Prozent der Portugiesen als Dienstpersonal tätig waren. Wie bereits zu früheren Zeiten waren die Einwanderer höchst ungleich über das Territorium verteilt, lebte doch die große Mehrheit von ihnen in den industriellen Zentren des Ostens und in Großstädten. In Regionen des Nordwestens wie der Bretagne hingegen lag der Ausländeranteil bei nicht einmal 0,5 Prozent.¹³

Für die Aufnahme der Arbeitsmigranten waren die französischen Städte angesichts des knappen Wohnraums nur schlecht vorbereitet: In den Randbezirken insbesondere von Paris, aber auch anderer Großstädte wie Marseille, Lyon und Nizza bildeten sich die bereits an anderer Stelle erwähnten «bidonvilles»; prekäre Barackensiedlungen, die ab den 1960er Jahren eilig errichteten Wohnsilos Platz machten. Somit war bereits frühzeitig der räumlichen Isolation dieser Arbeitsmigranten Vorschub geleistet. Ansonsten aber unterschied sich die Reaktion der Einheimischen auf die Immigrationswelle nicht von vorherigen Perioden: Man begegnete den Immigranten teils mit Indifferenz, teils mit Freundlichkeit, teils mit dem «gewöhnlichen Rassismus» (Y. Gastaut), der schon in früheren Jahrzehnten die Haltung der Franzosen zu Eingewanderten gekennzeichnet hatte.¹⁴ Waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem die italienischen Migranten Zielscheibe diskriminierender Vorurteile gewesen, richtete sich nun der «gewöhnliche Rassismus» gegen Einwanderer nordafrikanischer Herkunft. An den Stereotypen hatte sich auf den ersten Blick nicht viel geändert: Wie einst die Italiener verdächtigte man nun die «Araber» der Neigung zur Kriminalität, Unehrllichkeit, politischem Radikalismus, legte ihnen mangelnde Hygiene und Faulheit zur Last.¹⁵

Die Rahmenbedingungen der Einwanderung änderten sich fundamental

mit dem Ausbruch der wirtschaftlichen Krise der 1970er Jahre. Da es nun keinen Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften mehr gab, wurde im Jahre 1974 – wie in anderen europäischen Staaten – nicht nur die aktive Anwerbung von Immigranten beendet, sondern generell die Einwanderung aus Ländern außerhalb der EG gestoppt.¹⁶ Unter den politischen Entscheidungsträgern in Paris machte sich bald die Überzeugung breit, dass der Stopp des weiteren Zuzugs nicht ausreichen würde, sondern auch die Anzahl ausländischer Mitbürger reduziert werden musste. Wie bereits in der Krise der 1930er Jahre entwickelten die politischen Entscheidungsträger Strategien, wie man ausländische Arbeitnehmer zur Rückkehr in ihre Heimatländer bewegen konnte. So wurde ab 1977 jedem Ausländer, der zum Verlassen Frankreichs bereit war, eine Prämie von 10 000 Francs angeboten; eine Maßnahme, die jedoch ohne signifikante Erfolge blieb.¹⁷

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession und zunehmender Arbeitslosigkeit veränderte sich auch die gesellschaftliche Wahrnehmung der Immigration. Zu dem immer schon vorhandenen «gewöhnlichen Rassismus» kam nun ein «Rassismus der Krise» hinzu, der mit neuen Argumentationsstrategien operierte.¹⁸ Die Eingewanderten wurden nun nicht mehr nur als gesellschaftlicher Fremdkörper behandelt, sondern als Mitverursacher der Krise identifiziert: Sie nähmen, so argumentierte der in den 1980er Jahren aufkommende «Front national», die rarer werdenden Arbeitsplätze den Einheimischen weg und beförderten auf diese Weise deren sozialen Abstieg. Anstatt diese vereinfachende Sichtweise zu bekämpfen, bestätigten die Spitzen des Staates sie, indem sie den Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit betonten. «Ein Land, in dem es fast eine Million Arbeitslose, aber zwei Millionen Immigranten gibt, ist kein Land, in dem das Problem des Arbeitsmarkts unlösbar ist», sagte Premierminister Jacques Chirac am 19. Februar 1976 in einer Nachrichtensendung.¹⁹

Ein weiterer Faktor verschärfte die Immigrationsdebatte seit Beginn der 1980er Jahre: Zum ersten Mal in der französischen Geschichte kam die Mehrheit der Einwanderer nicht mehr aus europäischen Herkunftsländern, sondern aus Nordafrika (52 Prozent im Jahre 1982). Diese Tatsache beeinflusste in dreierlei Hinsichten den öffentlichen Diskurs: Erstens nahmen signifikante Teile der französischen Bevölkerung nordafrikanische Immigranten im Vergleich zu Italienern, Portugiesen und Spaniern als wesentlich «fremder» wahr, was ihre Lebensgewohnheiten, familiären Riten, Speisen und Kleidung anbelangte. In einer Umfrage vom November 1989 hielten 69 Prozent der Befragten Einwanderer aus Afrika für «am wenigsten fähig, sich zu integrieren».²⁰ Wiederum bestätigten Spitzenpolitiker

die Bevölkerung in ihrer Fremdheitswahrnehmung, anstatt diese infrage zu stellen. So interpretierte Jacques Chirac in einer Rede des Jahres 1991 folgendermaßen die Situation einheimischer Franzosen, die in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft mit afrikanischen Einwanderern zusammenlebten: «Es ist doch klar, dass Spanier, Polen und Portugiesen, die bei uns arbeiten, weniger Probleme bereiten als Muslime und Schwarze. [...] Wie soll der französische Arbeiter, der [...] mit seiner Frau ungefähr 15 000 Franc verdient, nicht verrückt werden, wenn neben ihm auf seiner Etage ein Mann mit drei oder vier Ehefrauen und zwanzig Kindern lebt, der 50 000 Franc an Sozialleistungen einnimmt, ohne natürlich zu arbeiten, und wenn Sie noch den Lärm und den Gestank dazu nehmen!»²¹

Zweitens beeinflusste der Hintergrund der kolonialen Eroberung und der teils dramatischen Dekolonisierung das Zusammenleben zwischen Einheimischen und nordafrikanischen Einwanderern: Letztere ließen sich in einem Land nieder, das für sie einerseits höheren Wohlstand verhieß, aber andererseits durch die koloniale Vergangenheit zutiefst vorbelastet war. Die Kolonialmacht hatte sie damals zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, zur Zwangsarbeit drangsaliert und ihre Selbstständigkeitsbestrebungen brutal unterdrückt. Dieser Hintergrund erschwerte es ihnen, sich im gleichen Maße in die französische Gesellschaft zu integrieren, wie es den meisten Immigranten europäischer Herkunft trotz signifikanter Schwierigkeiten letztlich gelungen war. Zudem kamen sie mehrheitlich zu einer Zeit ins Land, als die wirtschaftliche Expansionsphase der Nachkriegszeit ihrem Ende entgegenging und die Perspektiven des schnellen sozialen Aufstiegs unsicherer geworden waren. Auf diese Weise war ein zentraler Faktor der Integration von Einwanderern, nämlich die Chance zum wirtschaftlichen Erfolg, nur noch bedingt wirksam. Die Egalität, die Frankreich als einen seiner Grundwerte hochhielt, existierte in den Augen von Immigranten nordafrikanischer Herkunft nur auf dem Papier, solange ihnen lediglich solche Jobs zur Verfügung standen, für die sich die Einheimischen zu schade waren. Im gleichen Maße beeinflusste die koloniale Vergangenheit die Aufnahmebereitschaft der französischen Bevölkerung, waren doch die rassistischen Stereotypen aus der Zeit des Empires und seines Untergangs keineswegs verschwunden. Diese entwerteten die «Araber» wahlweise zu ungebildeten Rüpel, gewaltbereiten Rebellen oder hinterhältigen Profiteuren. War zu Kolonialzeiten die Hierarchie zwischen Europäern und «Arabern» noch in Stein gemeißelt, erhoben die Leidtragenden kolonialer Unterdrückung nun den Anspruch, auf gleicher Augenhöhe mit den Einheimischen zu verkehren. Überdies fand der Verkehr zwischen Franzosen und Nordafrikanern nun nicht mehr in der

Peripherie des Empires statt, sondern hatte sich mitten in die Metropole verlagert.²²

Und schließlich gehörten die Immigranten nordafrikanischer Herkunft in ihrer Mehrzahl dem Islam an; einer Konfession, die bis dahin im Hexagon nur gering vertreten gewesen war. Anfangs hatte der islamische Glaube maghrebischer Einwanderer keine zentrale Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung gespielt. Zahlreichen Akteuren galt der Islam keineswegs als ein Hemmnis der gesellschaftlichen Integration, sondern vielmehr als ein konstruktiver Faktor, da er den Einwanderern einen soziokulturellen Anhaltspunkt in ihrem neuen sozialen Umfeld bot. So konnten muslimische Arbeitnehmer in zahlreichen Fabriken einen Raum und Pausen für ihr Gebet in Anspruch nehmen.²³ Die Wahrnehmung des Islam änderte sich um 1980, als er im Zuge der iranischen Revolution nicht nur die Gestalt einer politischen Massenbewegung annahm, sondern auch als eine Bedrohung der westlichen Demokratie weltweite Aufmerksamkeit erlangte. Als es 1982/83 zu Streiks von nordafrikanischen Arbeitern in den Automobilfabriken von Aulnay und Poissy kam, interpretierten politische Entscheidungsträger diese sozialen Bewegungen als Manifestationen des radikalen politischen Islam. So beschrieb Innenminister Gaston Defferre sie als «heilige, von Integristen, Muslimen, Schiiten betriebene Streiks»; Premierminister Pierre Mauroy verdächtigte die Streikenden, von «religiös-politischen Gruppen angestachelt» zu sein, die «mit den sozialen Gegebenheiten Frankreichs wenig zu tun» hätten.²⁴

In den folgenden Jahren rückte die muslimische Religionszugehörigkeit nordafrikanischer Einwanderer immer mehr in den Mittelpunkt der Immigrationsdebatten. Der Islam galt nun nicht mehr als ein positiver, sondern als ein hindernder Faktor im Integrationsprozess. Muslimische Einwanderer standen wiederholt im Verdacht, einer fremden religiös-kulturellen Ideenwelt nahezustehen, die mit den liberalen Werten der französischen Demokratie nicht zu vereinbaren war. Zahlreiche muslimische Frauen und Mädchen trugen in der Öffentlichkeit einen Schleier bzw. ein Kopftuch und machten somit ihr religiöses Bekenntnis publik, was als ein Verstoß gegen die Laizität, eines der konstitutiven Prinzipien des französischen Republikanismus, gewertet wurde. 1989 kam es zu einer nationalen Kontroverse, als ein Schulleiter es drei muslimischen Mädchen untersagte, die Lehranstalt mit einem Kopftuch zu betreten.²⁵ Solange die islamische Wertbindung nordafrikanischer Einwanderer nicht abnahm, solange würden diese sich nicht in die Republik integrieren, lautete ein immer wieder vertretenes Credo. «Der Islam zeigt sich mit unseren sozialen Grundlagen nicht konform und erscheint mit dem französischen Recht unvereinbar zu

sein», hieß es in den Schlussfolgerungen eines Parteitags des RPR vom 31. März 1990.²⁶

Gleichzeitig aber wuchs insbesondere unter den Angehörigen der zweiten Einwanderergeneration das Bewusstsein, einer diskriminierten Minderheit anzugehören. Sie wollten sich nicht mehr als der Sündenbock der Krise misshandeln lassen, dem postkolonialen Rassismus Einhalt gebieten und verlangten von der Mehrheitsgesellschaft Gleichbehandlung. So kam es 1983 in Form des «*Marche pour l'égalité et contre le racisme*» zu einer ersten Massenbewegung maghrebischer Einwanderer: In Marseille brachen im Oktober 20 Aktivisten unter Begleitung dreier christlicher Geistlicher zu einem Marsch durch Frankreich auf, dem sich mehr und mehr Menschen anschlossen, bis schließlich im Dezember 100 000 Demonstranten nach Paris zogen. Die Medien schenkten dem Zug durch Frankreich starke Aufmerksamkeit und bezeichneten ihn als «*Marche des beurs*» (letzteres Wort bezeichnet die Nachkommen arabischer Einwanderer in Frankreich). Die Organisatoren der Massenbewegung wurden von Präsident Mitterrand im Elysée-Palast empfangen, der sich ihrem Anliegen einer egalitären, antirassistischen Gesellschaft aufgeschlossen zeigte. Ein Jahr später gründeten Persönlichkeiten aus dem Umfeld der sozialistischen Partei die Organisation «*SOS Racisme*», die unter dem Slogan «*Touche pas à mon pote*» («*Lass meinen Kumpel in Ruhe*») gegen den virulenten Rassismus der französischen Gesellschaft und die xenophobe Propaganda des «*Front national*» mobilisierte. Dieser wiederum beantwortete den griffigen Slogan mit der Parole: «*Touche pas à mon peuple*» («*Lass mein Volk in Ruhe*»).²⁷

Den öffentlichen Akteuren fiel es in diesem aufgeheizten gesellschaftlichen Klima schwer, eine kohärente Immigrationspolitik zu verfolgen. Die von Sozialisten ebenso wie der bürgerlichen Rechten geteilte Priorität galt unverändert der Kontrolle und weitgehenden Begrenzung der Migrationsströme. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und der skizzierten Integrationsprobleme äußerte Staatspräsident François Mitterrand im Oktober 1989, die «*Toleranzschwelle der Franzosen*» im Hinblick auf die Aufnahme weiterer Migranten sei erreicht.²⁸ Faktisch aber erwies es sich als unmöglich, das Ziel der rigorosen Migrationskontrolle politisch umzusetzen: Im Gegenteil nahm die Anzahl der Immigranten jährlich zu, wofür in erster Linie der Familiennachzug verantwortlich war, der es den zumeist männlichen Arbeitsmigranten der ersten Generation ermöglichte, ihre Angehörigen nach Frankreich zu holen. Ein weiterer Grund waren Flüchtlingsströme, zunächst insbesondere aus Südostasien, unter ihnen die sogenannten «*boat people*» aus Kambodscha und Vietnam, die aufgrund des

Asylrechts in Frankreich Aufnahme fanden. Auf diese Weise entstand ein permanenter Widerspruch zwischen politischem Anspruch und Realität: Politiker von rechts wie von links verkündeten das Ziel einer Immigrationsquote von «null Prozent» und betonten, Frankreich sei kein Einwanderungsland mehr, während gleichzeitig jährlich ca. 100 000 Migranten ins Land kamen. Anstatt die Realität fortgesetzter Immigration anzunehmen und gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren, setzten sich die politischen Entscheidungsträger so dem Vorwurf aus, den Migrationsströmen hilflos gegenüberzustehen.

Ein weiteres, teils selbstgemachtes Problem stellte die öffentlichen Gewalten immer wieder vor neue Herausforderungen: Die Aufenthaltserlaubnis von Ausländern aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft war an eine Arbeitsstelle gebunden, so dass Menschen, die ihre Arbeit verloren und nicht umgehend eine neue Stelle fanden, zu «illegalen» Einwanderern wurden. Darüber hinaus hatten sich zahlreiche Menschen angesichts immer durchlässigerer Grenzen Zutritt nach Frankreich verschafft. Man nannte diese Migranten in irregulärer Situation die «Sans papiers», die «Ausweislosen», die in ständiger Angst vor Polizeikontrollen und Abschiebung in ihre Herkunftsländer leben mussten. Die politische Wende von 1981 hatte die Lage einiger «Sans papiers» erleichtert, als 130 000 irreguläre Migranten eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten.²⁹ Und als Reaktion auf den «Marche des *beurs*» von 1983 wurde eine zehn Jahre währende Aufenthaltsbescheinigung eingeführt, die legal niedergelassenen Ausländern einen besseren Schutz davor gewährte, durch Arbeitslosigkeit ihren legalen Status zu verlieren. Doch war damit keineswegs das Problem der «Sans papiers» gelöst, denen es vielfach nicht gelang, aus dem Teufelskreis von Schwarzarbeit und irregulärem Status herauszukommen. Ein parteiübergreifender Konsens befürwortete die Ausweisung illegaler Einwanderer und die rigorose Protektion der nationalen Grenzen. Im Jahre 1989 stellte Premierminister Michel Rocard in diesem Sinne mehrfach klar, dass Frankreich nicht «das ganze Elend der Welt» aufnehmen könne.³⁰ Und Präsident François Mitterrand sandte 1993 in einer Kabinettsitzung eine eindeutige Botschaft aus: «Die illegalen Einwanderer müssen ausgewiesen werden.»³¹ Das Selbstbild der französischen Nation als «*terre d'accueil*», als Land, das Verfolgte und Hilfsbedürftige mit offenen Armen empfing, besaß offenkundig nur noch eingeschränkte Gültigkeit.

Als die Rechte unter den Vorzeichen der Kohabitation von 1986–88 sowie von 1993–95 die Regierungsverantwortung übernahm, führte sie in Sachen Immigration keinen Politikwechsel herbei, sondern verschärfte

lediglich die bereits bestehende Grundtendenz. Die nach dem damaligen Innenminister benannten Pasqua-Gesetze von 1993 stellten in dieser Hinsicht den Höhepunkt dar: Von nun an wurde den in Frankreich geborenen Kindern von Einwanderern nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit erteilt, sondern sie konnten diese im Alter vom 16 Jahren beantragen. Wer einen französischen Bürger heiratete, musste nicht mehr nur sechs Monate, sondern zwei Jahre warten, bis er die Staatsbürgerschaft bekommen konnte. Ausländer, die ihren legalen Aufenthaltstitel eingebüßt hatten, verloren das Recht auf Sozialleistungen, auch wenn sie zuvor in die Sozialkassen eingezahlt hatten. Die Familienzusammenführung wurde erschwert, um die wichtigste Quelle legaler Immigration zum Versiegen zu bringen.³²

Was die soziokulturelle Eingliederung der Einwanderer in die französische Gesellschaft betraf, so gelang es den politischen Entscheidungsträgern ebenso wenig, eine überzeugende Strategie zu verfolgen. Frankreichs hergebrachtes Modell der sozialen Integration gab vor, kulturellen, nationalen und ethnischen Hintergründen keine Aufmerksamkeit zu schenken; es verstand die Republik als ein Aggregat von einzelnen Bürgern, die ungeachtet ihrer verschiedenartigen Herkunft über die gleichen Rechte, Pflichten und Freiheiten verfügten. Die zentrale Institution des republikanischen Integrationsmodells war die öffentliche Schule, die es den Nachkommen von Immigranten erlauben sollte, sich bruchlos in die französische Gesellschaft einzugliedern. Die Schule vermittelte nicht nur die französische Sprache, sondern auch die Prinzipien der Republik; unter den Vorzeichen des Laizismus bot sie Einwandererkindern die Chance, ihren kulturell-religiösen Hintergrund hinter sich zu lassen und den Wertekanon des neuen Heimatlandes anzunehmen.

Mittels des republikanischen Integrationsmodells hatte es Frankreich über Jahrzehnte – ungeachtet aller Konflikte, Probleme und Widerstände – erfolgreich vermocht, Einwanderer aus den benachbarten südeuropäischen Ländern, aus Mittel- und Osteuropa gesellschaftlich einzugliedern. Doch schienen die herkömmlichen Institutionen angesichts der neuen Einwanderungswellen seit den 1970er Jahren zu versagen. Die «Assimilation», die Auflösung kultureller Verschiedenheiten in der republikanischen Gesellschaft, schien nicht mehr im gleichen Maße zu gelingen. Die Widerstände gegen die Assimilation schienen auf Seiten der Einheimischen ebenso wie bei den Einwanderern größer als zu früheren Zeiten: Der sich aus vielfältigen Quellen nährend Rassismus der Mehrheitsgesellschaft gegenüber nordafrikanischen Einwanderern blieb persistent. So bekannten 1985 in einer Umfrage 20 Prozent der Befragten ihre «Antipathie» gegen-

über «Arabern»; 45 Prozent bekundeten, dass sie auf eine(n) arabische(n) Schwiegertochter(-sohn) ablehnend reagieren würden. Umfragen der 1990er Jahre ergaben konstante Ergebnisse von ca. 40 Prozent der Befragten, die sich als «etwas oder überzeugt rassistisch» bezeichneten.³³

Gleichermaßen machten aber auch Immigranten und ihre Nachkommen ihre Unterschiedlichkeit gegenüber den Einheimischen geltend. Zahlreiche Einwanderer der zweiten und dritten Generation suchten nach einer Identität und einer kulturellen Ausdrucksform, die einerseits ihre Differenz gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, andererseits aber ihre Zugehörigkeit zu Frankreich manifestierten. So eigneten sich Musiker den aus den Vereinigten Staaten stammenden RAP an und wandten ihn auf ihre eigene Situation an: Zu Hip-Hop-Rhythmen sangen sie französische Texte, die ihre Lebenslage in den Vorstädten, ihre Probleme mit den staatlichen Autoritäten, Erlebnisse der Diskriminierung und ihren Kampf um Anerkennung thematisierten.³⁴

Die rasche Verbreitung des RAP dokumentierte, dass die soziokulturelle Situation Frankreichs sich mehr und mehr mit den Vereinigten Staaten vergleichen ließ: Auch dort hatten Generationen von europäischen Einwanderern sich nach anfänglichen Problemen gesellschaftlich vollkommen integriert, während die Afroamerikaner durch den Hintergrund von Sklaverei, Segregation und Diskriminierung in ihrem sozioökonomischen Aufstieg behindert blieben. Angesichts dieser Situation hatten die USA im gleichen Zeitraum aber einen grundlegenden Wandel ihres Integrationsmodells vollzogen, weil man erkannt hatte, dass den Afroamerikanern aufgrund früher erlittener Diskriminierung nun aktiv geholfen werden musste, damit sie überhaupt Aufstiegschancen wahrnehmen konnten. Im Zuge der *affirmative action*, der «positiven Diskriminierung», sollten sie nun bevorzugten Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen und Arbeitsstellen genießen. Gleichermaßen hatte sich das vorherrschende Selbstbild der amerikanischen Gesellschaft gewandelt, indem sie sich jetzt nicht mehr als «melting pot» verstand, in dem die kulturellen Verschiedenheiten verschwanden, sondern als «multikulturelle Gesellschaft» definierte, welche die Diversität ihrer Staatsbürger, die Existenz zahlreicher ethnischer und soziokultureller Milieus akzeptierte und wertschätzte. Für Frankreich stellte sich nun die Frage, ob das Land auf gleiche Weise das bestehende Integrations- und Gesellschaftsmodell verändern wollte: Musste man angesichts der fortgesetzten Unterprivilegierung von Einwanderern aus ehemaligen Kolonialgebieten zu Maßnahmen der «positiven Diskriminierung» greifen? Sollte man das Dogma der Gleichbehandlung aller Staatsbürger aufgeben, um den Einwanderern aus dem Maghreb und Schwarzafrika überhaupt erst den

Zugang zur Chancengleichheit zu ermöglichen? Sollte auch Frankreich sich nicht mehr als Schmelztiegel der Ethnien und Kulturen, sondern als multi-kulturelle Gesellschaft begreifen? Galt es eine französische nationale Identität hochzuhalten, an die sich Einwanderer anpassen sollten, oder sollte man Frankreich als die Summe seiner verschiedenen, gleichberechtigten Kulturen verstehen?³⁵

Diese Fragen lösten seit den 1980er Jahren eine andauernde Debatte unter französischen Politikern, Intellektuellen, Journalisten und gesellschaftliche Aktivisten aus.³⁶ Auf der Linken, so kann man vereinfachend sagen, fand die Idee einer multiethnischen, kulturell diversen französischen Nation größere Anhängerschaft als unter den Rechten, ohne jedoch zu einer allseits geteilten Vorstellung zu werden. So machte sich Präsident François Mitterrand in einer Rede vom Mai 1987 zum Fürsprecher der Diversität, wenn er das zeitgenössische Frankreich folgendermaßen beschrieb: «Wir sind Franzosen, die Gallier unsere Vorfahren, etwas römisch sind wir, etwas germanisch, etwas jüdisch, etwas italienisch, auch etwas spanisch, immer mehr portugiesisch, vielleicht auch polnisch, und ich frage mich, ob wir nicht auch schon etwas arabisch sind.»³⁷ Gleichzeitig aber gaben sich manche Wortführer der Linken betont kompromisslos, wenn es um die Prinzipien der Laizität ging, die man nicht im Namen der kulturellen Diversität und Toleranz aufgeben dürfe. So stieß der Schulausschluss kopftuchtragender Mädchen auf die öffentliche Unterstützung durch linke Politiker wie Laurent Fabius, Jean-Pierre Chevènement und Jean Poperen. Wenn man in der Anerkennung ethnischer bzw. kulturell-religiöser Gruppen zu weit ginge, so eine immer wieder anzutreffende Einschätzung, bahne man der Aufspaltung Frankreichs den Weg und gefährde die Einheitlichkeit der Republik.

Unterdessen wandten sich die Spitzen der politischen Rechten vehement gegen das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft und verteidigten eine französische Leitkultur, der sich Eingewanderte anzupassen hätten. «Die großen Kulturen sind diejenigen, die assimilieren», so äußerte Jacques Chirac 1986. «Doch ist es offensichtlich, dass die traditionellen Formen der Assimilation in Europa immer schlechter funktionieren, wo Tausende von Heranwachsenden unter dem Vorwand einer plurikulturellen Gesellschaft in einer Art kultureller Anämie leben, gibt es doch – wenn wir das Beispiel unseres eigenen Landes nehmen – nur eine einzige französische Kultur.»³⁸ Auch unter Intellektuellen erregte das Konzept des Multikulturalismus leidenschaftlichen Widerspruch: So griff Alain Finkielkraut in seinem vielbeachteten Buch «La défaite de la pensée» (1987) die Idee der Gleichwertigkeit aller Kulturen an, da sie die Tradition des

demokratischen Westens, des aufklärerischen Humanismus und der universellen Menschenrechte relativiere.³⁹ Auf der rechtsradikalen Seite des politischen Spektrums forderte der «Front national» die positive Diskriminierung der angestammten Bevölkerung. Unter den Vorzeichen einer «*préférence nationale*» – einer «nationalen Bevorzugung» – müsse den Einheimischen der Vorrang gelten, wenn es um die Vergabe von Wohnraum, Sozialleistungen und Arbeitsplätzen gehe.

Als die Linke 1995 erneut an die Macht kam, lenkte sie die Diskussion in eine andere Richtung. Der Schwerpunkt lag nun nicht mehr auf der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit der Einwanderer, sondern auf den Rahmenbedingungen, welche die französische Gesellschaft ihnen bot.⁴⁰ Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso wie der politikberatende «Haut Conseil à l'intégration» hatten wiederholt davon berichtet, in welchem hohem Maße Menschen mit Migrationshintergrund sich der Diskriminierung ausgesetzt sahen – bei der Suche nach Arbeitsplätzen, nach Wohnraum, aber auch im Umgang mit staatlichen Autoritäten wie der Polizei und Präfekturen. Im gleichen Zeitraum hatte auf europäischer Ebene ein Gesetzgebungsprozess begonnen mit dem Ziel, die Mitgliedsstaaten zum Kampf gegen Diskriminierungen aufgrund von Rasse bzw. ethnischer Herkunft zu verpflichten. Die Arbeits- und Sozialministerin Martine Aubry machte sich vor diesem Hintergrund den Kampf gegen die Diskriminierung zu eigen, indem sie mit bislang ungekannter Offenheit die Ungleichbehandlung aufgrund von ethnischen Merkmalen ansprach. «Die Hautfarbe, ein Name, ein Vorname, manchmal lediglich eine Anschrift verhindern oft den Zugang zu einer Arbeitsstelle, einer Wohnung, einer Diskothek und erschweren die Beziehungen mit verschiedenen öffentlichen Diensten», bekundete die Ministerin in einer Ansprache am 18. März 2000.⁴¹

Die Anerkennung der Tatsache, dass es in Frankreich trotz seiner egalitären und universalistischen Prinzipien rassistische Diskriminierungen gab, bedeutete für Martine Aubry allerdings nicht, dass man von dem republikanischen Integrationsmodell Abstand nehmen und neue Strategien wie die der *affirmative action* testen sollte. Vielmehr war ihre Initiative als ein Versuch zu verstehen, das republikanische Modell angesichts vielfacher Herausforderungen zu retten. Die Ministerin äußerte ihren Widerspruch gegen «positive Diskriminierungen und Quoten», da sie eine «kommunitaristische Organisation der Gesellschaft» ablehne. «Ich habe immer wieder betont, dass ausländische und insbesondere angelsächsische Erfahrungen, so lehrreich sie auch sein mögen, nicht einfach so nach Frankreich importiert werden können.»⁴² Auf diese Weise schloss sich die

Ministerin einem parteiübergreifenden Konsens an, der in Strategien der «positiven Diskriminierung» einen fundamentalen Widerspruch gegen das Prinzip der republikanischen Gleichheit erblickte. Wie man allerdings gegen Benachteiligungen vorgehen und für stärkere Chancengleichheit kämpfen sollte, ohne gleichzeitig die Opfer von Diskriminierungen aktiv zu fördern, darauf konnten weder Aubry noch andere Politiker überzeugende Antworten finden. Und gleichzeitig wurde die «positive Diskriminierung» bereits praktiziert, ohne sie beim Namen zu nennen, was sich etwa an den «Zones d'éducation prioritaire» (ZEP) zeigen lässt. Es handelte sich dabei um Stadtviertel, in denen das Schulversagen besonders verbreitet war und zahlreiche Schüler den Unterricht abbrachen. Der Anteil von ausländischen und aus der Einwanderung hervorgegangenen Schülern lag in diesen Gebieten bei über 30 Prozent. Um die Chancen der betroffenen Schüler zu verbessern, investierte das Erziehungsministerium in diesen Zonen zusätzliche Mittel und schuf dort mehr Lehrerstellen.⁴³

Frankreich bot so das Gesicht eines verunsicherten Landes, das tastend, ohne eine weithin geteilte Zukunftsvorstellung nach einem Weg suchte, mit seiner zunehmenden Diversität umzugehen. So wechselten sich Phasen ab, in denen der Optimismus im Hinblick auf die Integration, die Freude und der Stolz über die eigene Diversität überwogen, mit solchen Zeiten, in denen viele Menschen sich eine verloren gegangene Homogenität zurückwünschten und an den Problemen der Einwanderungsgesellschaft verzweifelten. Spiegelbildlich lässt sich dieses Oszillieren zwischen Offenheit und Abschottung anhand des gesellschaftlichen Umgangs mit der Fußballnationalmannschaft nachvollziehen. Diese umfasste seit mehreren Jahren eine große Anzahl von Spielern, die aus der Migration hervorgegangen waren oder aus französischen Überseedépartements stammten. Als im Jahre 1998 die Fußballweltmeisterschaft in Frankreich stattfand, gelang es der «Equipe de France», ins Finale einzuziehen und gegen Brasilien das Turnier zu gewinnen. Nicht nur erregte der Triumph der Nationalmannschaft einen einstimmigen Enthusiasmus unter der Bevölkerung und den politischen Akteuren; auch wurde immer wieder betont, dass eine höchst diverse, «bunte» Mannschaft diesen Erfolg errungen hatte, die stellvertretend für die moderne französische Einwanderungsgesellschaft stehen konnte. Die Equipe de France, so hieß es immer wieder, verkörpere nicht nur die Nationalfarben blau-weiß-rot, sondern auch die ethnisch-kulturelle Vielfalt des Landes – «blanc-black-beur» (Weiß-Schwarz-Arabisch). In den oft von heftigen Konflikten gezeichneten «banlieues» bejubelten Menschen, die sich sonst schwer damit taten, Frankreich als ihr Heimatland zu akzeptieren, begeistert die

Equipe de France.⁴⁴ Die Tatsache, dass Sportler aus Nord- und Schwarzafrika, aus der russisch-armenischen Einwanderung, von den Antillen, aus Neukaledonien, dem Baskenland und anderen Regionen Frankreichs so erfolgreich zusammenspielten, erweckte den Eindruck, als sei die Integration schließlich geglückt, als seien alle heftigen Konflikte plötzlich im Rausch des fußballerischen Erfolgs aufgehoben. Die gefeierte Symbolfigur der gelungenen Integration war im Sommer 1998 der Torjäger und Spielmacher der Nationalmannschaft, Zinédine Zidane, vorbildhaft in seiner diskreten Zurückhaltung und seinem Teamgeist, Sohn eines nach Frankreich eingewanderten algerischen Bauarbeiters. «Das Frankreich, das gewonnen hat, ist ein vereintes Frankreich des Austauschs, der Wärme, der spontanen Verbundenheit jenseits der Grenzen und Schranken. Man hat viel von der Integration gesprochen, von dem modernen Antlitz unseres Landes, das diese Ausnahmemannschaft repräsentiert. Man hat Recht behalten», so pries Staatspräsident Jacques Chirac am 16. Juli 1998 die siegreiche Equipe de France. Im Freudentaumel des Sommers 1998 kam es zu so paradoxen Vorkommnissen wie der Forderung des einstigen Innenministers Charles Pasqua, allen illegalen Einwanderern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Der Mann, der einst kompromisslos gegen die «Sans-papiers» vorgegangen war, hielt auf einmal die «Integration zu 90 Prozent für gelungen» und die Zeit für eine kühne Geste der Großzügigkeit gekommen: «General de Gaulle hätte dies zweifellos getan.»⁴⁵

Die folgenden Jahre zeigten, dass Freude und Stolz über die Diversität der Nationalmannschaft erfolgsabhängig waren. Denn sobald diese bei Turnieren (wie etwa 2002, 2008 und 2010) eine schwache Leistung ablieferte, war es mit der kollektiven Identifikation mit der «farbenfrohen» Mannschaft schnell vorbei. Die Diversität des Teams galt nun nicht mehr als Garant ihres Erfolgs, sondern vielmehr als Ursache ihres Scheiterns. Und zahlreiche Beobachter machten nun den hochbezahlten Spielern mit Migrationshintergrund den Vorwurf, «Frankreich nicht zu lieben» und sich deshalb auf dem Platz für die Nationalmannschaft nicht wirklich ins Zeug zu legen.⁴⁶ Die Helden der Diversität von 1998 konnten schnell in Misskredit geraten, wenn ihr Verhalten auf dem Platz nicht exemplarisch war. So endete die Glanzkarriere von Zinédine Zidane in der Equipe de France mit einem Fiasko, als er 2006 beim WM-Finale Frankreich-Italien in Berlin einen italienischen Spieler per Kopfstoß gegen die Brust zu Fall brachte und vom Platz verwiesen wurde. Das Idol und Symbol der geglückten Integration, so konnte man in Stellungnahmen lesen, schien plötzlich Verhaltensweisen an den Tag zu legen, die man von den «voyous

de banlieue», den Rowdys der Vorstädte, kannte.⁴⁷ Einen ähnlichen Absturz im öffentlichen Ansehen erlitt der aus einer antillischen Familie stammende Stürmer Thierry Henry, als er bei einem Qualifikationsspiel im Jahre 2009 mit einem absichtlichen Handspiel vor dem gegnerischen Tor das Weiterkommen seiner Mannschaft sicherstellte. «Nach der unsäglichen Tat von Zidane in Berlin nun die unehrliche Tat von Henry in Paris», kommentierte der Philosoph Alain Finkielkraut. «Der Fußball diskreditiert sich. Männer, die eigentlich ein Vorbild sein sollten, sagen den Jugendlichen: Man muss zuschlagen, wenn man beleidigt wird; man muss betrügen, wenn man nicht genommen wird. Es ist schändlich.»⁴⁸

In der kollektiven Erinnerung blieb der Fußballsommer 1998 als eine «glückliche Parenthese» in dem ansonsten so oft konfliktbeladenen Zusammenleben zwischen Eingewanderten und Einheimischen zurück.⁴⁹ So wurde etwa angesichts der wochenlangen Unruhen in den Vorstädten vom Herbst 2005 deutlich, dass sich an den Grundproblemen der französischen Einwanderungsgesellschaft nicht viel geändert hatte: Stadtviertel mit einem hohen Anteil von Eingewanderten blieben gekennzeichnet von zahlreichen Schulabbrechern, Drogen- und Kleinkriminalität sowie annähernd täglichen Konflikten mit den Sicherheitskräften. Die Segregation der Bevölkerung hatte erschreckende Ausmaße angenommen, so dass Stadtgebiete mit einem hohen Anteil von Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund als «Kolonien innerhalb der Republik» beschrieben wurden: Dort setzte sich die Ungleichheit, die bereits die Kolonialzeiten charakterisiert hatte, unter neuen Vorzeichen fort – in Gestalt von minderwertigem Wohnraum, exponentiell hoher Arbeitslosigkeit, Unterversorgung durch öffentliche Dienstleistungen, schlechten Aufstiegsmöglichkeiten.⁵⁰ Die Dekolonisierung Frankreichs, so äußerten etwa die Aktivisten der Organisation «Eingeborene der Republik», sei erst dann abgeschlossen, wenn die Republik auch den Eingewanderten aus ihren ehemaligen Kolonien und deren Kindern gleiche Chancen böte.

Eliten, Volk und Ausgeschlossene

Die französische Republik hatte sich stets als ein System der sozialen Mobilität verstanden, da sie die hergebrachten Mechanismen der Elitenrekrutierung abgeschafft hatte. Die alten Führungsschichten des Adels und des Großbürgertums hatten unter den Vorzeichen der republikanischen Egalität ihre Vorrechte eingebüßt; weder die Zugehörigkeit zu einer privilegierten Familie noch wirtschaftlicher Wohlstand sollten den Zugang zu politischen Ämtern ermöglichen bzw. erleichtern. Allein das individuelle Talent und der persönliche Arbeitseinsatz sollten den Bürgern den Aufstieg in die

Führungsschichten ermöglichen. Dem nationalen Bildungssystem kam vor diesem Hintergrund die Aufgabe zu, die Elite der Republik nach rein leistungsbezogenen Kriterien heranzuzüchten. Die republikanische Schule sollte als «ascenseur social», als «gesellschaftlicher Aufzug», wirken, die Begabtesten ungeachtet ihrer sozialen Herkunft ebenso wie ihrer finanziellen Mittel fördern und ihnen den Zugang zu den «Concours», den Auswahlverfahren, ermöglichen, über die der Eintritt in die besten Hochschulen des Landes gewährt wurde.

Dass die Chancen in diesem formal auf Gleichheit bedachten Bildungssystem höchst ungleich verteilt waren, hatten die Soziologen Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron bereits 1964 offengelegt. Ein Nachkomme eines Managers trete mit 80-mal höherer Wahrscheinlichkeit in eine Hochschule ein wie das Kind eines Landarbeiters, mit 40-mal höherer Wahrscheinlichkeit wie das eines Industriearbeiters und mit zweifacher Wahrscheinlichkeit wie das Kind eines mittleren Angestellten, wiesen die Autoren in ihrem vieldiskutierten Buch «Les héritiers» (Die Erben) auf. Zwar nähmen die Auswahlverfahren des französischen Bildungssystems auf die individuelle Herkunft der Teilnehmer keine Rücksicht, doch seien die Abkömmlinge der gehobenen Gesellschaftsschichten dank ihrer sozialen Herkunft ungleich besser auf die «Concours» vorbereitet als die Kinder der Arbeiterklasse, so dass sich die Eliten faktisch reproduzierten. Auf diese Weise befördere, so die These Bourdieus und Passerons, das republikanische Bildungssystem nur sehr begrenzt die soziale Mobilität.⁵¹

In seinem weiteren Werk verfeinerte Pierre Bourdieu seine Thesen und ging gegen die Illusion vor, dass mit der schrittweisen Auflösung strikter Klassenschranken auch die Chancengleichheit in der französischen Gesellschaft wuchs. Um die Formen sozialer Ungleichheit in der zeitgenössischen Gesellschaft aufzudecken, müsse – so Bourdieu – nicht nur die Verteilung des ökonomischen Kapitals, sondern auch anderer, immaterieller Güter wie Bildung, Wissen, sozialer Status und Ansehen, Verbindungen und Netzwerke in den Blick genommen werden. In seinem 1979 erschienenen Buch «La distinction» (deutsch: «Die feinen Unterschiede») zeigte er auf, wie sehr sich die Präferenzen verschiedener Berufsgruppen unterschieden, was Kultur, Konsumgewohnheiten, Freizeitbeschäftigung, Musik- und Literaturgeschmack anbelangte. Nicht nur der Bildungsgrad, sondern auch die Vorliebe für bestimmte Sportarten, Fernsehsendungen, Filme und Künstler war im höchsten Maße sozial determiniert. Die ökonomischen Führungsschichten Frankreichs, so argumentierte Bourdieu, kumulierten nicht nur finanzielles Kapital, sondern verfügten auch über ein ungleich höheres kulturelles und soziales Kapital als die Angehörigen des Mittel-

stands und der Arbeiterklasse: Sie hatten rechtzeitig erkannt, dass sie ihre Führungsstellung nur dann bewahren konnten, wenn sie sich nicht nur auf ihren wirtschaftlichen Reichtum verließen, sondern ihrer Nachkommenschaft auch die beste akademische und kulturelle Erziehung angedeihen ließen.⁵²

Mit diesen Argumenten trug Bourdieu zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Eliten Frankreichs bei, die in den 1990er Jahren eine immer größere Resonanz fand. Diese Kritik muss vor dem Hintergrund einer als permanent krisenhaft empfundenen ökonomischen Lage verstanden werden, da die Arbeitslosigkeit auf einem konstant hohen Niveau von acht bis zehnt Prozent, mit einem besonders hohen Anteil von Erwerbslosen (15 bis 18 Prozent) im Alter von 16 bis 25 Jahren, blieb. Dieser Zustand wurde den politisch-ökonomischen Eliten zur Last gelegt, denen vorgeworfen wurde, entweder mit Indifferenz oder mit schierer Unfähigkeit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Insofern stand der Karriereweg politischer Führungsschichten im Zentrum der Kritik, die zu einem beträchtlichen Anteil aus den Eliteschulen des Landes hervorgegangen waren. So hatten in der seit 1988 amtierenden Regierung unter Michel Rocard 45 Prozent der Kabinettsmitglieder die «Ecole nationale d'administration» (ENA) absolviert, die immer wieder als Sinnbild der republikanischen Elitenrekrutierung angegriffen wurde.⁵³ Die Absolventen dieser Verwaltungshochschule gelangten in vergleichsweise jungen Jahren in verantwortungsvolle politisch-administrative Positionen, hatten jedoch keinerlei Erfahrungen im praktischen Berufsleben gesammelt. Sie sollten über die politischen Rahmenbedingungen für Großindustrien, Handwerks- und Handelsbetriebe mitentscheiden, ohne je in einem Unternehmen gearbeitet zu haben. Die äußerst harte Auswahl verstärkte, so eine verbreitete Kritik, bei ihnen das Bewusstsein, einer kleinen Schar von Erwählten anzugehören, die aufgrund ihrer überlegenen Qualifikation zur Anleitung des Staatsvolks berufen waren. Die «énarques» («Enarchen») verkörperten auf diese Weise die Entfernung der politischen Führungselite von der Lebenswirklichkeit der Bürger. Des Weiteren bestand, so ein verbreiteter Vorwurf, eine Endogamie zwischen politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten: Zahlreiche hohe Verwaltungsbeamte und Politiker gingen auf der Spitze ihrer Karriere in die Wirtschaft und übernahmen in Großunternehmen und Banken verantwortungsvolle Positionen. So befanden sich im Jahre 2008 unter den 19 leitenden Vorstandsmitgliedern der vier größten französischen Banken zehn Absolventen der ENA und acht ehemalige Inspektoren des Finanzministeriums.⁵⁴

Der Vorwurf der Abgeschlossenheit, der Inzucht und des Kastendenkens

wurde auch auf andere Eliteschulen ausgedehnt. Die wichtigsten unter ihnen, nämlich die geistes- und sozialwissenschaftlich ausgerichtete «Ecole nationale supérieure» (ENS), die Ingenieurschule «Polytechnique» und die betriebswirtschaftliche «Haute école du commerce» (HEC), erfüllten immer weniger ihre Funktion, aus allen gesellschaftlichen Schichten die Besten auszuwählen und zu fördern. Kamen um 1950 noch etwa 24 Prozent der Studierenden dieser Hochschulen aus Familien von Arbeitern, Kleinhändlern, Handwerkern und Bauern, waren es um 1990 nur noch 9 Prozent.⁵⁵ Unterdessen unternahmen die Familien der Oberschichten alle nur denkbaren Anstrengungen, um ihrem Nachwuchs den Zugang zu diesen begehrten Lehranstalten zu ermöglichen. Zu einem relativ frühen Zeitpunkt, bereits vor Abschluss des Gymnasiums, entschied es sich, ob man zu den Auserwählten gehörte, die sich in den sogenannten «Classes préparatoires» auf den «Concours», das Eintrittsexamen, vorbereiten durften. Deshalb richtete man in den Oberschichtenmilieus die Erziehung von frühester Kindheit an darauf aus, die höchsten Chancen im Wettbewerb um die wenigen Plätze zu erwerben: Die besten Grund- und Mittelschulen, oft im privaten Unterrichtswesen, wurden ausgewählt; Nachhilfelehrer wurden angestellt und die Kinder zu einem rigiden Arbeitsethos angehalten. War der Eintritt in eine der hochrangigen Eliteschulen einmal erzielt, brauchte man sich um das künftige berufliche Fortkommen kaum mehr Sorgen zu machen: Nicht nur genossen die Zöglinge eine hochkarätige Ausbildung, auch gehörten sie dann einem Netzwerk an, das zahlreiche gesellschaftliche Führungspersonlichkeiten umfasste und in dem man sich gegenseitig auf dem Weg zu Spitzenpositionen unterstützte. «In eine «Grande école» einzutreten, bedeutet zugleich, einem Club beizutreten», äußerte Richard Descoings, der über Jahre hinweg die Pariser Eliteuniversität «Sciences Po» leitete.⁵⁶ Die sogenannten «Grand corps de l'état», die Spitzenbehörden des Staates, blieben ganz überwiegend den Absolventen der Eliteschulen vorbehalten: allen voran die Kontrolleure des Finanzministeriums, die «Inspecteurs des finances», die bis heute die *crème de la crème* der französischen Administration repräsentieren, gefolgt von den Angehörigen des Staatsrats (Conseil d'état), den Präfekten, den Diplomaten und den Ingenieuren der staatlichen Energie-, Bau- und Planungsbehörden.

Unter diesen Vorzeichen wuchs die Distanz zwischen den zwei Zweigen des französischen Hochschulsystems: zwischen den höchst selektiven, materiell bestens ausgestatteten «Grandes écoles» einerseits und den Universitäten andererseits, die in aller Regel keine Auswahl vornehmen durften und mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine stetig wachsende Zahl von Studierenden ausbilden mussten. Während die Grandes

écoles immer stärker den Abkömmlingen der Oberschichten vorbehalten blieben, strömten die Kinder aus den Mittel- und Unterschichten in die Universitäten. So kam um 1990 etwa die Hälfte der Universitätsstudierenden aus Familien von Arbeitern, Handwerkern, Bauern und kleinen Angestellten.⁵⁷ Diese Befunde legten die Ambivalenzen und Widersprüche der Entwicklung des französischen Bildungssystems offen: Zum einen wurde das Erziehungswesen immer egalitärer und durchlässiger, nahm doch die Zahl der Abiturienten von Jahr zu Jahr zu. Gelangten im Jahre 1950 nur 5 Prozent eines Geburtenjahrgangs zum Abitur (baccalauréat), waren es um 1980 bereits 25 Prozent und 1990 43,5 Prozent.⁵⁸ Und die Zahl der Studierenden in den staatlichen Universitäten verfünffachte sich von 215 000 im Jahre 1960 auf 1,16 Millionen im Jahre 1990.⁵⁹ Doch gleichzeitig wurde das Bildungssystem immer elitärer, insofern sich die gesellschaftlichen Oberschichten quasi ein Monopol auf den Zugang zu den Grandes écoles sicherten, die unverändert das Tor zu den politisch-ökonomischen Machtpositionen bildeten.

Somit bot Frankreich – ungeachtet aller Prozesse der Liberalisierung, sozialen Mobilisierung und Auflösung von Klassenschranken – das Bild einer stark hierarchisierten Gesellschaft, verstärkt durch den kaum gebrochenen Pariser Zentralismus. In der Hauptstadt versammelte sich nach wie vor die «Superelite» des Landes, wie der Historiker und Journalist Jacques Julliard sie nannte; nämlich das «Tout-Paris», ein kleiner, wenige Tausend Menschen umfassender exklusiver Zirkel, der sich dadurch auszeichnete, dass er politische, kulturelle und wirtschaftliche Eliten vereinte. «Das ‹Tout-Paris›, veralteter Ausdruck für eine immer noch lebendige Realität, bezeichnet einen Sternenhimmel von Berühmtheiten, in dem die Politik, die Banken, die Aristokratie, die Geisteswelt, die Literatur, die Geschäftsleute, die Sänger, die Medien, die Bosse der Unterwelt, die Gelehrten, die Sportler miteinander verkehren; wo sie Höflichkeiten, Ideen, Eindrücke, Informationen, Frauen, gesellschaftliche Positionen miteinander austauschen.»⁶⁰ Während in anderen, stark dezentralisierten Staaten wie den USA und der Bundesrepublik der Verkehr zwischen verschiedenen Funktionsebenen beschränkt blieb, förderte in Frankreich die Konzentration des politischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Lebens auf Paris eine intime Nähe zwischen den jeweiligen Führungsschichten.

Stellte das Tout-Paris auf diese Weise die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide dar, so befand sich an deren unterem Ende eine wachsende Anzahl von Menschen, die sich vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen fühlten. Dazu gehörten in aller erster Linie Bürger, die kaum Chancen auf

einen Arbeitsplatz mehr hatten; sei es, weil sie in fortgeschrittenem Alter ihre Beschäftigung verloren hatten, über zu geringe schulische und berufliche Qualifikationen verfügten, wegen ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert wurden oder aufgrund von Krankheit bzw. ihrer familiären Situation auf dem immer kompetitiveren Arbeitsmarkt nicht mithalten konnten. Mehr und mehr Menschen fielen durch das soziale Netz, lebten in prekären Wohnverhältnissen oder als «SDF» (sans domicile fixe) auf der Straße. Angesichts der mangelnden Fähigkeit der öffentlichen Akteure, auf dieses Problem der Verarmung in einer Wohlstandsgesellschaft adäquat zu reagieren, kam es zu einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung. Eine hohe mediale Aufmerksamkeit erregten die Initiativen einer der beliebtesten Gestalten des damaligen Frankreich, des Komikers Coluche. 1980 hatte dieser sich kurzzeitig zum Kandidaten für die Staatspräsidentschaft erklärt, um das politische Establishment zu provozieren und den Benachteiligten eine Stimme zu verleihen. Zusammen mit anderen Künstlern rief der Humorist dann 1985 die «Restos du cœur» (Restaurants des Herzens) ins Leben; eine Vereinigung, die an mittellose Menschen kostenlose Mahlzeiten verteilte und ihnen vorläufige Unterkünfte anbot. Auf Coluche ging auch eine von zahlreichen populären Sängern getragene Reihe von Benefizkonzerten zurück, die unter dem Titel «Les enfoirés» für notleidende Mitbürger Gelder sammelten. Gleichzeitig aber ernteten Initiativen wie die Restos du cœur auch Kritik, da sie die politischen Entscheidungsträger aus der Verantwortung entließen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und materielle Not zu bekämpfen. Wohltätigkeit sei nicht die richtige Strategie, um Strukturproblemen wie Armut, Obdachlosigkeit und Ungleichheit zu begegnen, so äußerten kritische Stimmen, vielmehr müssten diese politisch gelöst werden. Im Jahre 1988 führte dann die Regierung unter Michel Rocard ein staatliches Mindesteinkommen ein, das jedem in Frankreich legal lebenden Menschen zustand, der weder Arbeitslosenunterstützung erhielt noch über andere Einkünfte verfügte. Bereits im ersten Jahr seiner Existenz bezog knapp ein halbe Million von Bürgern das sogenannte «Revenu minimum d'insertion» (Mindesteinkommen zur Eingliederung).⁶¹

Zwischen den beiden Polen von Eliten und Ausgeschlossenen situierte sich eine breite Schicht von Berufstätigen, die sich in unterschiedlichem Grad vom Verlust ihres Arbeitsplatzes und der damit einhergehenden Marginalisierung bedroht sahen. Somit differenzierten sich die Mittel- und Unterschichten Frankreichs nicht mehr nur durch ihren Einkommens- und Bildungsgrad, sondern auch durch ihre relative Anfälligkeit für den sozialen Abstieg. Während die Beamten und Angestellten des öffentlichen

Dienstes über Arbeitsplatzsicherheit verfügten, sahen sich insbesondere Handwerker und Kleinhändler angesichts der rapiden Transformationen des Wirtschaftslebens vom sozialen Abstieg bedroht.

Diese neue soziale Konstellation warf die Frage auf, wie sich die Interessenlagen von Ausgeschlossenen, aber auch von Menschen, die ihren Status bedroht sahen, politisch repräsentieren ließen. Auf der Linken des politischen Spektrums erschien die Sozialistische Partei nur sehr eingeschränkt dafür geeignet, fand sie doch einen Großteil ihrer Unterstützer unter Menschen, die auf der sicheren Seite des Lebens standen: den leitenden Angestellten, den Lehrern und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.⁶² Frankreichs traditionelle Partei der Arbeiter und der Unterprivilegierten, der «Parti communiste», befand sich unterdessen in einem unaufhaltsam erscheinenden Abstieg und kam bei nationsweiten Wahlen nicht mehr über einen Stimmenanteil von zehn Prozent hinaus. Das ideologische Angebot der Partei wirkte nach 1989 zunehmend unzeitgemäß und ihr Führungspersonal starrsinnig, wenn Parteichef Georges Marchais öffentlich die «im Ganzen positive Bilanz der sozialistischen Staaten» verteidigte. Es war der «Front national» (FN), der das von den Linksparteien gebotene Vakuum zu nutzen suchte, indem er sich als die Bewegung des Volkes gegen die Eliten, als die Partei der im Stich gelassenen, ungehörten Schichten inszenierte. Indem der «Front national» sich die Themen von sozialer Exklusion, Arbeitslosigkeit und Abstiegsängsten aneignete, vertiefte er noch den Graben zwischen Volk und Eliten. Denn der FN war eine offenkundig xenophobe Bewegung und diskreditierte mit seiner von Ressentiments geladenen Propaganda die Anliegen derjenigen, die ihre Zukunftssorgen politisch repräsentiert sehen wollten. «Eine Mauer hat sich zwischen den Eliten und den Volksmassen aufgerichtet», so schrieb der Philosoph Marcel Gauchet im Jahre 1990, «zwischen einem redlichen, offiziellen Frankreich, das sich seiner edlen Gefühle rühmt, und einem Land der in die Gemeinheit abgedrängten Randständigen, die aus der Leugnung ihrer Existenzängste die Nahrung ihres Grolls schöpfen.»⁶³

Chirac und die «Gauche plurielle»

Unter den Vorzeichen einer zunehmend zerklüfteten gesellschaftlichen Lage fand die Präsidentschaftswahl des Jahres 1995 statt. Die Sozialistische Partei ging geschwächt in den Wahlkampf, da sie bei den Parlamentswahlen 1993 eine demütigende Niederlage erlitten hatte und nur noch mit 57 Abgeordneten in die Nationalversammlung eingezogen war. Alle Umfragen deuteten darauf hin, dass der Gaullist Edouard Balladur, Premierminister der amtierenden Regierung und Vertreter einer wirtschaftslibe-

ralen Politik, zum neuen Präsidenten gewählt werden würde. Seinem Rivalen aus der eigenen Partei, Jacques Chirac, wurden zunächst nur geringe Chancen eingeräumt, galt er doch als Repräsentant der althergebrachten politischen Klasse, abgenutzt von zwei gescheiterten Versuchen, das höchste Amt im Staate zu erringen. Die Perspektiven änderten sich, als Chirac das Leitproblem der Zeit erkannte und zu seinem Wahlkampfthema machte: die «*fracture sociale*» – den «gesellschaftlichen Graben», der zwischen Eliten und Volk, zwischen Erfolgreichen und Ausgeschlossenen entstanden war. «Das sozioökonomische System, das seit den Anfängen der Fünften Republik in der Euphorie eines wiedergeborenen Frankreich und eines gesunden Wachstums aufgebaut worden war, steht vor dem Zusammenbruch», verkündete er. «Die Plage der Arbeitslosigkeit hat sich überall breitgemacht. Sie droht die Gesellschaft zu zersetzen. Eine Rückkehr des Wachstums wird nicht ausreichen, das Kernproblem der Beschäftigung zu lösen. Unser Land braucht eine wahre Politik des Wandels.»⁶⁴

Chiracs Wahlkampfstrategie, sich zum Bekämpfer der sozialen Exklusion und der Massenarbeitslosigkeit zu stilisieren, erwies sich als erfolgreich. Denn am Abend des 23. April qualifizierte er sich für den zweiten Wahlgang gegen den Sozialisten Lionel Jospin, während Edouard Balladur nur gut eine Million Stimmen von dem viertplatzierten Jean-Marie Le Pen trennten. Nachdem Jacques Chirac im zweiten Wahlgang vom 7. Mai 1995 gesiegt hatte, erwartete man von ihm, dass seine Präsidentschaft unter den Vorzeichen des Kampfes gegen die vielbeklagte «*fracture sociale*» stehen würde. Doch wurden diese Hoffnungen schnell enttäuscht: Bei François Mitterrand hatte es nach seiner Wahl noch fast zwei Jahre gedauert, bis er eingestehen musste, dass ein fundamentaler Politikwechsel angesichts leerer Haushaltskassen, internationaler Interdependenz und europäischer Verpflichtungen nicht tragfähig war. Bei Jacques Chirac dauerte dieser Prozess nicht einmal ein halbes Jahr, denn schon am 26. Oktober 1995 verkündete er vor dem Fernsehen die gewandelten Prioritäten seiner Präsidentschaft: Die «Verringerung des Haushaltsdefizits», die Vorbereitung Frankreichs auf den Eintritt in die europäischen Währungsunion müssten Vorrang haben, bevor man sich anderen Themen wie der sozialen Inklusion zuwenden könne. Anstatt einer Politik des Wandels hatte erneut die «*pensée unique*» – das bereits in den 1980er Jahren beklagte «einförmige Denken» – im Elysée-Palast Einzug gehalten. Anstatt den Bürgern neue Perspektiven zu bieten, mutete der Präsident ihnen neue finanzielle Lasten zu, wie etwa eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent.⁶⁵

Nur sechs Monate nach seinem Amtsantritt kam es zu einer gesellschaftlichen Krise ungeahnten Ausmaßes: Der von Chirac ernannte Premierminister Alain Juppé verkündeten einen Reformplan des Sozialversicherungssystems, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zahlreiche Opfer abverlangte. So sollte ihr Renteneintrittsalter dem des privaten Sektors angeglichen werden; die Privilegien von Mitarbeitern öffentlicher Unternehmen wie der SNCF (der staatlichen Eisenbahnen) sowie der RATP (der Pariser Metro), die bereits im Alter von 55 Jahren in den Ruhestand gehen konnten, sollten abgeschafft werden. Der «plan Juppé» löste eine der größten Streikwellen der französischen Geschichte aus, die zur völligen Lahmlegung des öffentlichen Nahverkehrs führte. Zahlreiche Intellektuelle, unter ihnen etwa Pierre Bourdieu, solidarisierten sich mit den Streikenden, in denen sie Kämpfer gegen den ihrer Auffassung nach weltweit voranschreitenden Neoliberalismus erblickten. Premierminister Alain Juppé konnte wie kaum ein anderer als Feindbild erhalten, um die Streiks zu einem Kampf zwischen Eliten und Volk hochzustilisieren. Der von Jacques Chirac als «Bester von uns allen» gepriesene Juppé verkörperte nicht nur als Absolvent von Sciences Po und ENA die Musterkarriere eines französischen Staatsdieners, sondern auch durch seine abgehobene, technokratische Rhetorik und seinen Mangel an Empathie für die Nöte der Bürger die Distanz zwischen Volk und Eliten.

Zugleich aber offenbarte die soziale Bewegung des Herbsts 1995 eine neue Frontstellung *innerhalb* des Volkes: Denn anders als 1936 und 1968 handelte es sich nicht um Streiks, die den sozialen Aufstieg *aller* Unterschichten erwirken wollten. Vielmehr waren es die sozial im höchsten Maße abgesicherten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die sich einer Reform verweigerten, welche ihre Privilegien beschneiden würde. Es waren Streiks von Menschen, die überwiegend über eine unkündbare Arbeit verfügten, während gleichzeitig im Lande 2,58 Millionen keine Anstellung fanden. Die soziale Mobilisierung des Jahres 1995 warf somit Fragen auf, die sich an die politische Linke des Landes richtete: Galt ihre Priorität wirklich der Schaffung von Arbeitsplätzen, oder war sie vielmehr darauf aus, den Status derjenigen zu beschützen, die eine Arbeit hatten? Widmete sie sich dem Kampf gegen die soziale Exklusion und der Eingliederung von Ausgeschlossenen, oder war sie eher daran interessiert, die Vorrechte ihrer Wählerklientel zu verteidigen?

Die teilweise Lahmlegung des Landes durch die Massenstreiks zwang Premierminister Alain Juppé zum Einlenken: Wichtige Teile des Reformplans, wie etwa die Beendigung der Rentenprivilegien im öffentlichen Dienst, wurden zurückgenommen. Die Exekutive ging geschwächt aus

dieser Kraftprobe hervor. Denn Chiracs Wahlkampfreden von dem «Riss durch die Gesellschaft» erschienen rückblickend als geschickte Demagogie eines Profipolitikers, die seine Glaubwürdigkeit diskreditierte. Und Juppés Versuch, Frankreich mit einer von oben verordneten Reform des sozialen Sicherungssystems wettbewerbsfähiger zu machen, war weitgehend gescheitert. Nachdem sich über mehrere Monate hinweg die Zustimmungsraten für seine Regierung nicht verbesserten, fällt Chirac eine fatale Entscheidung: Am 21. April 1997 löste er die Nationalversammlung auf und rief Neuwahlen aus. Bis heute hat man darüber gerätselt, was den Präsidenten zu dieser Entscheidung bewog, verfügten doch die Rechtsparteien zum damaligen Zeitpunkt über eine überwältigende Mehrheit im Parlament. Wollte er so den seit der Konfrontation mit Balladur von 1995 andauernden Machtkampf innerhalb der Rechten beenden? Wollte er es verhindern, einen Premierminister entlassen zu müssen, dem seine unverbrüchliche Solidarität galt? Erhoffte er sich einen eindeutigen Auftrag der Wählerinnen und Wähler, nun entscheidende Reformen in Angriff zu nehmen? Wie dem auch sei: Die Ergebnisse der Wahlen vom 25. Mai und 1. Juni 1997 waren für die Gestaltungsmacht des Präsidenten desaströs. Denn die linke Opposition erhielt eine klare Mehrheit, so dass Chirac dazu gezwungen war, die verbleibenden fünf Jahre seines Mandats unter den Vorzeichen einer Kohabitation zu verbringen. Nie zuvor hatte ein Präsident der Fünften Republik seine verfassungsmäßigen Prärogativen so ungeschickt genutzt wie er. «Die Verfassung der Fünften Republik war für einen großen Mann wie de Gaulle gemacht, respektive einen geschickten Mann wie Mitterrand, aber nicht für einen gewöhnlichen Mann, das heißt normalen Mann», urteilte Jean-Michel Helvig in der Zeitung «Libération». ⁶⁶

Der Sozialistenführer Lionel Jospin bildete nun eine unter dem Leitwort «Gauche plurielle» firmierende Koalitionsregierung, in der Spitzenpolitiker der Sozialisten wie Dominique Strauss-Kahn und Martine Aubry ebenso wie Kommunisten, Grüne, «Radicaux» und Linksnationalisten wie Jean-Pierre Chevènement vertreten waren. Während im gleichen Zeitraum der britische Premierminister Tony Blair die Labour-Partei zur Mitte hin orientierte und einen «Dritten Weg» zwischen Sozialismus und Neoliberalismus proklamierte, blieb Frankreichs «Parti socialiste» den Prinzipien seines Gründervaters François Mitterrand treu und hielt an der Strategie einer Linksunion fest. Während Blairs «New Labour» die unternehmerfreundliche Politik seiner konservativen Vorgängerregierung nicht infrage stellte, ging Jospins «Gauche plurielle» kurz nach ihrer Machtübernahme auf Konfrontationskurs mit den Arbeitgebern. ⁶⁷

So wurden am 10. Oktober 1997 die Vertreter aller Sozialpartner zu einer Konferenz in den Amtssitz des Premierministers bestellt, in der es um die Reform der Arbeitszeitregelungen gehen sollte. In ihrem Wahlprogramm hatten die Sozialisten eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden in Aussicht gestellt. Frankreichs Unternehmervertreter gingen davon aus, dass über dieses Wahlversprechen nun verhandelt und die Rahmenbedingungen für branchenspezifische Vereinbarungen abgesteckt würden. Sie erhofften sich ein flexibles System der Arbeitszeitreduzierung, das auch auf die Bedürfnisse von kleinen Unternehmen Rücksicht nehmen würde. Anstatt Verhandlungen den Weg zu ebnen, verkündete die Regierung, dass sie mittels einer für den gesamten Privatsektor geltenden Gesetzgebung die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden reduzieren wollte. Der Chef des französischen Unternehmerverbands CNPF (Conseil national du patronat français), Jean Gandois, Vertreter einer konzilianten, verhandlungsorientierten Richtung, verließ daraufhin erregt den Saal, beklagte vor den Medien, die Regierung habe ihn «getäuscht», und erklärte kurze Zeit später seinen Rücktritt von seinem Amt.⁶⁸

Indem Jospins Regierung die Einführung der 35-Stunden-Woche per Gesetz ankündigte, manifestierte sie den Anspruch des Staates, in die Gestaltung der Arbeitswelt direkt einzugreifen, den Verhandlungsspielraum der Sozialpartner zu begrenzen und die Rahmenbedingungen der sozioökonomischen Entwicklung vorzugeben. Mit dem sozialistischen Premierminister und seiner kämpferischen Arbeits- und Sozialministerin Martine Aubry erlebte die interventionistische, «colbertistische» Tradition des französischen Staates eine Renaissance, während man andernorts den Rückzug des Staates unter den Vorzeichen der Globalisierung verkündete.⁶⁹ Auf diese Weise ließ die Politik der «Gauche plurielle» eine neue Konfliktlinie in der ohnehin schon zerklüfteten Gesellschaft Frankreichs entstehen, ging doch nun die Unternehmerschaft zunehmend auf Konfrontationskurs zur Regierung: Im Dezember 1997 übernahm Ernest-Antoine Seillière, Nachkomme der Wendels, einer der reichsten Familien des Landes, die Führung des Unternehmerverbands und krepelte ihn zu einer Kampforganisation gegen die Politik der Linksregierung um. Da die Rechtsparteien geschwächt und untereinander zerstritten aus der Wahlniederlage des Frühjahrs 1997 hervorgegangen waren, kam jetzt die vehementeste Opposition gegen die Regierungspolitik nicht aus dem Parlament, sondern aus dem Unternehmerlager.

Die Jospin-Regierung setzte ihr Versprechen, die 35-Stunden-Woche für alle Wirtschaftssektoren und alle Betriebsgrößen gleichermaßen einzu-

führen, in einem relativ kurzen Zeitraum um. In einem ersten Schritt wurde 1998 eine auf Freiwilligkeit beruhende Probephase eingeführt, in der Unternehmen unter dem Anreiz des Erlasses von Sozialbeiträgen die Arbeitszeitreduzierung testen konnten. Ein zweites, 1999 beschlossenes Gesetz schrieb dann allen Firmen vor, die Regelarbeitszeit ihrer Mitarbeiter auf 35 Stunden zu reduzieren; wobei Kleinunternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern eine zusätzliche Frist von zwei Jahren eingeräumt wurde. Mit der 35-Stunden-Woche verfolgte die Regierung im Wesentlichen zwei Ziele: Zum einen verstand man die Reduzierung der Wochenarbeitszeit als einen «sozialen Fortschritt», der die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verbessern, mehr Zeit für Familienleben und Freizeitaktivitäten schaffen sollte. Hierin stellte sich die Jospin-Regierung in die Tradition der französischen Arbeiterbewegung und früherer Linksrégierungen, hatte doch die Arbeitszeitverkürzung stets im Mittelpunkt ihrer Forderungen gestanden. So hatte Jospin die Einführung der 35-Stunden-Woche bewusst in dem gleichen Saal des Hôtel Matignon angekündigt, in dem die Volksfrontregierung einst 1936 die 40-Stunden-Woche beschlossen hatte. Als Maßnahme des «sozialen Fortschritts» diente die Arbeitszeitverkürzung auch dazu, die Klientel der Partner in der «Gauche plurielle» – insbesondere der Kommunisten – zu bedienen, die vielfältige Koalition hinter einem gemeinsamen Vorhaben zusammenschweißen und der Bevölkerung sichtbar zu machen, dass die Linke ihre Wahlversprechen wortgetreu einlöste.

Zum anderen war die 35-Stunden-Woche als eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme gedacht, die zusätzliche Jobs schaffen und mit der Massenerwerbslosigkeit das Grundübel der französischen Gesellschaft bekämpfen sollte. Den Gesetzen lag die Annahme zugrunde, dass es in Frankreich Arbeit für alle Bürger geben konnte, wenn diese nur besser aufgeteilt würde. Unter diesen Vorzeichen präsentierte die Jospin-Regierung die 35-Stunden-Woche als ein großangelegtes Projekt zur Wiedereingliederung der sozial Ausgegrenzten, an dem alle Akteure solidarisch mitwirken sollten. So erhielten die Arbeitgeber durch die Verminderung von Sozialversicherungsbeiträgen den Anreiz, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit mit der Einstellung neuer Mitarbeiter zu verbinden. Ob die 35-Stunden-Woche tatsächlich neue Arbeitsplätze schuf, wird bis heute kontrovers diskutiert. Die Arbeitslosenstatistiken schienen der Strategie der Regierung zunächst Recht zu geben, denn die Erwerbslosenquote sank von 10 Prozent im Jahre 1999 auf 7,7 Prozent 2001. Doch blieb fraglich, ob diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ursächlich mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit zusammenhing oder ob nicht viel-

mehr andere Faktoren dafür verantwortlich waren, wie etwa die günstige weltweite Konjunktorentwicklung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für junge Bürger, die im gleichen Zeitraum von der Jospin-Regierung eingeführt worden waren. Ab dem Jahre 2003 war es mit der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wieder vorbei; die Quote stieg auf 8,3 Prozent an und erreichte knapp 9 Prozent im Jahre 2004.

Kritiker der 35-Stunden-Woche führen an, dass diese Maßnahme zu einem falschen Zeitpunkt eingeführt wurde: Weder befand sich die französische Wirtschaft in einer Phase signifikanten Wachstums, noch stieg die Kaufkraft der Arbeitnehmer an.⁷⁰ Diese waren deshalb nicht bereit, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einer Anpassung ihrer Löhne zu kompensieren. Somit stiegen die Betriebskosten für die französischen Unternehmen, wodurch sie im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Auch nahm die dirigistische Politik der Jospin-Regierung nicht auf die spezifischen Gegebenheiten der französischen Wirtschaft Rücksicht: Denn Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten machten die überwältigende Mehrheit (ca. 95 Prozent) der französischen Unternehmen aus, in denen etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer tätig waren. In Betrieben dieser Größenordnung wurde die Verringerung der Wochenarbeitszeit nicht etwa mit Neueinstellungen, sondern mit Überstunden kompensiert. Faktisch gab es nicht den umfassenden, verschiedene Interessengruppen übergreifenden Konsens, der notwendig gewesen wäre, um die Einführung der 35-Stunden-Woche zu einem arbeitsmarktpolitischen Erfolg zu machen. Für die organisierten Arbeitgeberinteressen bedeutete sie einen Eingriff in ihre unternehmerische Gestaltungsfreiheit, dem sie nicht zum Erfolg verhelfen wollten. Für die Arbeitnehmer war sie ein begrüßenswerter sozialer Fortschritt, doch waren sie nicht zu Lohneinbußen bereit, die notwendig gewesen wären, um Neueinstellungen finanzieren zu können. Und der Staat verweigerte sich einem verhandlungsoffenen, flexiblen System. Im Ergebnis profitierten nicht die Ausgeschlossenen von der großen Reform der Jospin-Regierung, sondern diejenigen, die bereits einen Arbeitsplatz hatten – allen voran die *cadres*, die leitenden Angestellten, die in ihren Betrieben nun günstige Pauschalvereinbarungen über ihre Jahresarbeitszeit aushandelten. Die Arbeitslosigkeit, so urteilte der Wirtschaftswissenschaftler Jean-Claude Vézé, war in Frankreich nicht etwa eine «Fatalität», sondern Ergebnis einer «kollektiven Entscheidung»:⁷¹ Alle Sozialpartner beklagten das Übel der Massenarbeitslosigkeit, doch niemand war dazu bereit, für ihre Bekämpfung Opfer zu erbringen. Und die staatlichen Maßnahmen erwiesen sich als weitgehend ineffizient; von der Reduzierung der Wochenarbeitszeit bis hin zu der jährlich ca. 30 Milliarden Euro verschlingenden beruflichen

Weiterbildung, die den Beschäftigten, aber nicht den Arbeitssuchenden zugutekam.

Während die Jospin-Regierung mit der Einführung der 35-Stunden-Woche die Interventionschancen des Staates voll ausschöpfen konnte, waren ihr in anderen makroökonomischen Politikfeldern die Hände gebunden. Seit 1993 war die Banque de France keine weisungsgebundene Zentralbank mehr und definierte unabhängig die Währungspolitik. Aus den Debatten über die institutionelle Architektur der kommenden Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ging die Bundesrepublik mit ihren Präferenzen siegreich hervor: Die föderal aufgebaute Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrem Sitz in Frankfurt sollte frei von politischem Einfluss für Preisstabilität sorgen. Mit ihrem Wunsch nach einer «Europäischen Wirtschaftsregierung» als einem politischen Steuerungsgremium neben der EZB konnte sich die Jospin-Regierung nicht durchsetzen. Es wurde lediglich die «Eurogruppe» als informelles Treffen der Finanzminister der Eurozone vorgesehen.⁷² Das auf europäischer Ebene vereinbarte Ziel, die gemeinsame Währung 1999 einzuführen, zwang Frankreich zur Ausgabendisziplin: Das Haushaltsdefizit wurde von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1995) schrittweise reduziert, um den Konvergenzkriterien der Währungsunion zu entsprechen. In den Augen ihrer Kritiker schien auch die «Gauche plurielle» auf die «pensée unique», das marktkonforme «einförmige Denken», einzuschwenken. Mit einer für zahlreiche Unterstützer schockierenden Offenheit gab der Premierminister die Ohnmacht seiner Regierung zu, als das Unternehmen Michelin die Schließung einer Produktionsstätte und die Entlassung von 5000 Mitarbeitern ankündigte: «Man darf vom Staat oder der Regierung nicht alles erwarten», sagte er im September 1999 im Fernsehen. «Ich glaube nicht daran, dass man künftig noch die Wirtschaft verwalten kann. [...] Alle akzeptieren heute die Marktwirtschaft.»⁷³

Mit dem Anbruch des 21. Jahrhunderts nahm der Gegensatz zwischen Eliten und Volk eine zusätzliche Dimension an: Von nun an stand nicht mehr nur zur Diskussion, inwiefern die politischen Führungsschichten das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen vermochten, sondern es ging jetzt immer mehr darum, ob sie die Sicherheit der französischen Bürger garantieren konnten. Der Auslöser waren die Angriffe des Terrornetzwerks Al Qaida in den USA vom 11. September 2001. In seiner Reaktion auf die Attentate gab der Herausgeber der Zeitung «Le Monde», Jean-Marie Colombani, die Tonart vor: «Wir sind alle Amerikaner», schrieb er in seinem Leitartikel vom 13. September 2001. Was als Solidaritätskundgebung für die traumatisierte Partnernation gemeint war, konnte auch als die Vorahnung verstanden werden, dass Frankreich gleichermaßen zum

Opfer des internationalen islamistischen Terrors werden konnte. Denn in den Vorjahren war das Land keineswegs von Attentaten verschont geblieben: So waren im Jahre 1995 bei Bombenanschlägen der algerischen Terrorgruppe «Groupe islamique armé» (GIA) 10 Menschen getötet und über 200 verletzt worden. So rückten nach dem 11. September 2001 neue Fragen in das Zentrum der politischen Debatte: Wie stand es angesichts des im fernen Afghanistan geplanten Terroranschlags in den USA um die Sicherheit der eigenen Grenzen? Konnte die staatliche Führung in Zeiten der Globalisierung und weltweiter Migrationsströme die Bürger noch effektiv schützen? Mussten die Franzosen nun nicht mehr nur um ihren Arbeitsplatz, sondern auch um ihr Leben fürchten?

Zehn Tage nach den Attentaten vom 11. September explodierte in Toulouse die Düngemittelfabrik AZF; 31 Menschen starben und Tausende wurden verletzt. Umgehend wurde die Vermutung laut, dass die Explosion von Toulouse analog zur Attacke auf das World Trade Center auf das Konto islamistischer Extremisten ging, dass Frankreich nun wie die USA im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus stand. Zwei Tage nach der Explosion von Toulouse, als die Ursachen des Unglücks noch überhaupt nicht aufgeklärt waren, hatte der Chef des «Front national», Jean-Marie Le Pen, bereits seine Deutung der Ereignisse parat: Die Katastrophe von Toulouse ebenso wie der 11. September in New York hätten ihre Ursache in der Deregulierung der Immigration, die eine weltweite Unsicherheit zur Folge habe. «Unser Land hat bereits Terrorangriffe über sich ergehen lassen müssen, aber das ist nicht der zentrale Punkt», so führte er am 23. September 2001 aus. «Die Gefahr für Frankreich besteht in der Überflutung und Unterwanderung aufgrund einer verrückten Einwanderungspolitik, die Millionen von Ausländern in unser Land gebracht hat, während gleichzeitig die Auflösung der Nation und der Republik vorangetrieben wurden.»⁷⁴ Auch wenn sich der Verdacht eines Attentats nie erhärtete, hatte Jean-Marie Le Pen mit seinen Kommentaren zur Explosion von Toulouse sein Ziel erreicht: Die Eliten des Landes standen nun im Verdacht, mit einer verantwortungslosen Einwanderungspolitik die Sicherheit der Franzosen aufs Spiel gesetzt zu haben, indem sie zahllose unzuverlässige Immigranten ins Land gelassen hätten. Wenige Tage später, am 6. Oktober 2001, kam es im «Stade de France» von Paris-Saint-Denis anlässlich eines Fußballspiels zwischen der französischen und der algerischen Nationalmannschaft zu einem neuerlichen Drama um die Fragen von Sicherheit und Immigration: Zunächst wurde die Marseillaise von zahllosen Zuschauern ausgepiffen, dann stürmten Jugendliche während der zweiten Halbzeit das Spielfeld, schwenkten algerische Fahnen und provozierten

den Abbruch des Spiels. Junge Franzosen, die aus der zweiten oder dritten algerischen Einwanderergeneration stammten, ließen ihrer Verachtung gegenüber Frankreich freien Lauf.⁷⁵

Mehr und mehr überlagerte die «insécurité», der wahrgenommene Mangel an Sicherheit, das Thema der Arbeitslosigkeit, was die vorrangigen Sorgen der Bürger anbelangte. Die Medien trugen das Ihre dazu bei, indem sie die Franzosen täglich mit neuen Meldungen über Diebstähle, Überfälle und Vandalismus in den Vorstädten versorgten. Eine Meinungsumfrage vom 19. Februar 2002 ergab, dass 46 Prozent der Befragten die innere Sicherheitslage nun als den wichtigsten Gegenstand künftiger Reformen ansahen.⁷⁶ Unter diesen Vorzeichen begann der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl des Jahres 2002. Der amtierende Präsident Jacques Chirac, der angesichts der bereits fünf Jahre währenden Kohabitation mit Jospin keinerlei eigene wirtschaftspolitische Bilanz vorweisen konnte, konzentrierte seine Kampagne ganz auf das Thema der inneren Sicherheit: «Zero impunité» – «null Straffreiheit» müsse die Maßgabe jeglicher Polizei- und Justizgesetzgebung sein, bekundete er, als er am 19. Februar 2002 seine Kandidatur zur Wiederwahl ankündigte.⁷⁷ Die Konzentration des Wahlkampfs auf die innere Sicherheitslage benachteiligte seinen Gegenkandidaten Premierminister Jospin, der seine Regierungstätigkeit auf wirtschafts- und sozialpolitische Anliegen ausgerichtet hatte. Indessen barg das vorherrschende Kampagnenthema große Chancen für Jean-Marie Le Pen, der immer wieder die innere Sicherheit problematisiert und mit dem Streitpunkt der Immigration vermischt hatte. Drei Tage vor dem ersten Wahlgang putschten die Medien die öffentliche Meinung erneut mit Nachrichten von einem Übergriff auf: In Orléans hatten angeblich «Rowdys» aus einer Vorstadt den 76-jährigen Rentner Paul Voise zuhause überfallen, verprügelt und anschließend sein Haus in Brand gesteckt. Die Bilder des verzweifelt schluchzenden, grün und blau geprügelten alten Mannes gingen durch das ganze Land; «Papy [Opa] Voise» wurde zum Symbol des von den öffentlichen Gewalten unbeschützt gelassenen Bürgers, der aggressiven Jugendlichen hilflos gegenüberstand.⁷⁸

Am Abend des 21. Aprils ging ein Schock durch ganz Frankreich: Entgegen allen Voraussagen hatte sich Jean-Marie Le Pen mit 16,68 Prozent der Stimmen für den zweiten Wahlgang qualifiziert. Nur gut 860 000 Stimmen trennten ihn von Jacques Chirac, der mit 19,88 Prozent an erster Stelle stand. Die Linke konnte keinen Kandidaten in den zweiten Wahlgang schicken, da Premierminister Lionel Jospin mit 16,18 Prozent der Stimmen auf dem dritten Platz landete. Allgemein wurde der 21. April 2002 als eine Zäsur in der Geschichte der Fünften Republik empfunden:

Trotz ihres stetigen Stimmenzuwachses bei den Präsidentschaftswahlen der zurückliegenden Jahre hatte die extreme Rechte bis dahin eine Randexistenz im politischen Leben Frankreichs geführt. In der Nationalversammlung war sie nicht vertreten; sie stellte nur ganz wenige gewählte Amtsträger (damals drei Bürgermeister, zehn Abgeordnete des Europaparlaments sowie 275 Regionalräte) und galt weithin als unangenehme, aber letztlich ungefährliche Unruhestifterin. Mit der Qualifizierung ihres Chefs für den zweiten Wahlgang rückte sie plötzlich ins Zentrum der politischen Arena und musste nun als ernstzunehmende Alternative zu den gemäßigten Kräften gelten. Le Pens Einzug in den zweiten Wahlgang wirkte umso schockierender, da er sich in seinen öffentlichen Äußerungen immer wieder als notorischer Antisemit, Leugner des Holocaust und Rassist desavouiert hatte. Umgehend stellte sich die Frage, wie es dazu hatte kommen können; warum ein solcher Wahlerfolg in einem Land möglich war, das auf seine revolutionäre Vergangenheit, auf seine freiheitliche, egalitäre und humanitäre Tradition stolz war.

Drei Gründe können hierfür angeführt werden: Erstens bildete der 21. April 2002 den vorläufigen Höhepunkt einer Krise der politischen Repräsentation, die sich seit mehreren Jahren zugespitzt hatte.⁷⁹ Vor dem Hintergrund wachsender sozialer Abstiegsängste und ausbleibender Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hatte sich der Graben zwischen Volk und Eliten immer weiter vertieft. Jean-Marie Le Pen vermochte aus dieser Spaltung Kapital zu schlagen, indem er sich als ein von den Eliten verfehmter Außenseiter, als die Stimme des alleingelassenen Volkes, der schweigend unter Arbeitslosigkeit, Überflutung durch Einwanderer und Kriminalität leidenden einfachen Bürger inszenierte. Insbesondere unter Menschen mit niedrigem Bildungsgrad, unter kleinen Selbstständigen und Arbeitern war er mit dieser Strategie erfolgreich. Zum ersten Mal in der Geschichte Frankreichs war der «Front national» die stärkste Arbeiterpartei des Landes; gerade in einstigen Hochburgen des PCF wie den Départements Pas-de-Calais, Nord und Moselle konnte Le Pen an die 30 Prozent der Stimmen erzielen.⁸⁰ Die Ausmaße der Krise der Repräsentation wurden sichtbar, wenn man die Stimmen für Le Pen mit denen für andere extremistische Kandidaten zusammenzählte. So hatten insgesamt zehn Prozent der Wähler für zwei Kandidaten der trotzkistischen Linken gestimmt, die sich völlig von allen anderen politischen Strömungen isolierten. Weit mehr als ein Viertel aller Wähler hatten somit faktisch gegen das bestehende politische und sozioökonomische System votiert, während es noch 1981 nicht einmal zwei Prozent gewesen waren, die auf diese Weise ihre Fundamentalopposition gegen die bestehende Ordnung ausgedrückt hatten.

Zweitens offenbarte das Ergebnis des 21. April 2002 die Schwächen der «Gauche plurielle», die über fünf Jahre hinweg eine funktionierende Regierungsmannschaft gebildet hatte, es aber nicht vermochte, geeint in die Präsidentschaftswahl zu ziehen. Anstatt sich hinter dem angesehenen und chancenreichen Premierminister zu solidarisieren, schickte jede noch so kleine Gruppierung ihren eigenen Kandidaten ins Rennen, was dazu führte, dass sich die linken Wählerstimmen im ersten Wahlgang auf fünf Kandidaten verteilten. Hätte die Linke wie zu Zeiten Mitterrands eine Einheitsstrategie verfolgt, wäre ihr Kandidat mit mindestens 25 Prozent der Stimmen problemlos in den zweiten Wahlgang gelangt.⁸¹

Drittens offenbarte das Ergebnis, dass für die französischen Bürger neue Themen wahlentscheidend geworden waren, die die etablierten Parteien noch nicht hinreichend erfasst hatten: Seit dem 11. September 2001 waren negativ wahrgenommene Folgeerscheinungen der Globalisierung in den Vordergrund gerückt, allen voran die Frage der Sicherheit angesichts durchlässiger Grenzen, erhöhter Mobilität und eines international operierenden Terrorismus. Diese Fragen wurden vermischt mit dem Thema der Immigration, das nun verstärkt unter den Vorzeichen der inneren Sicherheit wahrgenommen wurde. Auf diese Weise erfuhren Xenophobie und Rassismus eine neue Nuancierung, indem sie nun mit der Furcht vor politischem Radikalismus und Kriminalität aufgeladen wurden. Ebenso stellten sich immer mehr Bürger die Frage, wie Frankreich seine nationale Identität unter den Vorzeichen der Globalisierung bewahren konnte. Sollte man sich den Tendenzen des 21. Jahrhunderts öffnen, die Grenzenlosigkeit des Verkehrs von Menschen, Ideen und Waren akzeptieren, oder aber sich abgrenzen, um die Substanz der eigenen Nation zu bewahren? Damit war auch die Frage nach der künftigen Rolle des Staates aufgeworfen: Sollte dieser die Gesellschaft mehr und mehr sich selbst überlassen, oder aber seine traditionelle Rolle als Beschützer der Franzosen aufrechterhalten? Auf all diese Fragen reagierte der Nationalismus Jean-Marie Le Pens mit einer vereinfachenden Botschaft, die eine Vielzahl von Wählern anzog, solange die etablierten Parteien nur schwer ihre eigenen Antworten darauf fanden. Mit dem 21. April 2002 kündigte sich eine neue Frontstellung in der französischen politischen Kultur an, welche die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts strukturieren sollte: Jenseits des Gegensatzes von rechts und links positionierten sich Befürworter der Globalisierung gegen ihre Kritiker, Anhänger der europäischen Integration gegen die Verfechter der nationalen Souveränität, die Unterstützer einer liberalen Gesellschaft gegen die Verteidiger ihrer staatlichen Einhegung.

Die unbewältigte Vergangenheit

Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt 1995 hielt Präsident Jacques Chirac in Paris eine vielbeachtete Rede. Ihr Anlass war der Gedenktag der «rafle du Vél d'Hiv», der Razzia vom 16. Juli 1942, bei der die Polizei fast 13 000 Juden verhaftet und in das Pariser Fahrradstadion verfrachtet hatte, von wo die Deutschen sie nach Auschwitz deportiert hatten. Es war das erste Mal, dass ein Präsident anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten das Wort ergriff; sein Vorgänger François Mitterrand hatte an solchen zwar teilgenommen, aber keine Reden gehalten. Chirac beschrieb die Juden-deportationen als eine der «dunklen Stunden, die für immer unsere Geschichte beschmutzen und eine Beleidigung unserer Vergangenheit sowie unserer Traditionen darstellen». Der «kriminelle Wahnsinn der Besatzer» sei von «den Franzosen, vom französischen Staat unterstützt worden». Der Präsident forderte dazu auf, «die Fehler der Vergangenheit und die Schuld des Staates anzuerkennen. Nichts aus den düsteren Stunden unserer Geschichte zu verschleiern», bedeute, eine «Idee vom Menschen, seiner Freiheit und seiner Würde zu verteidigen.» Im weiteren Verlauf seiner Ansprache verwandte der Präsident das Wort der «Kollektivschuld» (*faute collective*), hob aber auch die Verdienste des «Freien Frankreich» hervor, das – verkörpert von General de Gaulle – zur gleichen Zeit die Werte von Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit verteidigt habe.⁸²

Die Rede Chiracs wurde allgemein als eine Zäsur empfunden: Nie zuvor hatte ein französischer Staatschef eine Mitschuld Frankreichs an der Judenverfolgung zugegeben; nie zuvor hatte ein hoher Repräsentant des Landes die «rafle du Vél d'Hiv» als ein vom Staat mit zu verantwortendes Verbrechen beschrieben. Der Präsident gab damit implizit zu, dass das Vichy-Regime die französische Staatlichkeit während der Besatzungszeit repräsentierte, und brach so radikal mit dem dominierenden, staatlicherseits vertretenen Geschichtsbild. Denn seit 1945 war die Erinnerung an das Pétain-Regime zunächst verdrängt worden, unter maßgeblichem Einfluss zweier großer politischer Strömungen, des Gaullismus und des Kommunismus. Charles de Gaulle hatte den Versuch unternommen, Vichy aus der französischen Geschichte auszulöschen, indem er es als «null und nichtig» bezeichnete; eine «Handvoll von Elenden und Unwürdigen» hatte nach seiner Sichtweise von der Niederlage profitiert, um ein verbrecherisches System zu errichten, das aber nichts mit Frankreich und seiner historischen Tradition zu tun hatte.⁸³ Die Republik habe unterdessen nie aufgehört zu existieren, sondern sei vielmehr mit ihm nach London emigriert; insofern könne die französische Nation nicht verantwortlich gemacht werden für Verbrechen, die im Namen Vichys begangen worden

waren. Seit der Gründung der Fünften Republik hatte de Gaulle es vermocht, aus staatlicher Machtfülle heraus diese Deutung der französischen Geschichte zu verfestigen. Die öffentliche Erinnerung an die Kriegszeit konzentrierte sich ganz auf die Taten des Widerstands, kulminierend in dem großen Staatsakt vom 19. Dezember 1964, als die sterblichen Überreste von Jean Moulin ins Pantheon überführt wurden. Zu diesem Anlass hatte Kulturminister André Malraux eine große Rede gehalten, in der er den von der Gestapo zu Tode gefolterten Widerstandsführer als das «Antlitz Frankreichs» im Drama der Besatzungszeit glorifizierte. Im gaullistischen Geschichtsbild war kein Platz mehr für die Ambivalenzen und Widersprüche der französischen Kriegserfahrung; Frankreich war aus seiner Perspektive kein janusköpfiges, zwischen Kollaboration und Widerstand schwankendes Land, sondern ein einmütiges Volk von Patrioten, das sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zwischen 1940 und 1945 nicht schuldig gemacht hatte. Die Kommunisten hatten gleichermaßen zur Verdrängung Vichys beigetragen, indem sie ausblendeten, dass sie sich erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion dem Widerstand angeschlossen hatten, und indem sie sich zur Bewegung des bewaffneten nationalen Volkskampfes, zur «Partei der 75 000 Erschossenen», hochstilisierten.

Wie de Gaulle hielten es auch seine Nachfolger für ratsam, die politischen Wunden der Besatzungszeit nicht wieder zu öffnen, indem man sich mit der Vichy-Vergangenheit auseinandersetze. So hatte Georges Pompidou dafür plädiert, über die Jahre 1940–45 einen «Schleier zu werfen; die Zeiten zu vergessen, in denen die Franzosen einander nicht mochten, sich untereinander verfeindeten und einander töteten».⁸⁴ Sein Nachfolger Valéry Giscard d'Estaing hatte den Gedenktag des Kriegsendes am 8. Mai abgeschafft, um auf diese Weise den «Weg in die Zukunft zu öffnen».⁸⁵ Charakteristisch war in dieser Hinsicht ebenso die Haltung von François Mitterrand, dessen eigene Kriegserfahrung von Ambivalenzen gekennzeichnet war: Nach seiner Flucht aus deutscher Kriegsgefangenschaft hatte er sich zunächst für das Vichy-Regime engagiert, bevor er im Winter 1942/43 zur Résistance übergetreten war. In einem Fernsehinterview vom 12. September 1994 äußerte sich Mitterrand skeptisch gegenüber einer rückhaltlosen Aufarbeitung der Jahre 1940 bis 1945. Denn er müsse vor allem «versuchen, die ewigen Bürgerkriege zwischen den Franzosen zu beschwichtigen. [...] Meine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, dass sich die Franzosen untereinander versöhnen.» Im gleichen Atemzug sprach er sich vehement dagegen aus, im Namen der Republik für die Verbrechen der Vichy-Zeit um Entschuldigung zu bitten: «Die Republik hat nichts damit

zu tun, und nach meiner Einschätzung auch Frankreich nicht; es ist nicht verantwortlich. Es waren aktivistische Minderheiten, welche die Gelegenheit der Niederlage ergriffen hatten, um sich die Macht anzueignen, die für diese Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen sind. Nicht die Republik, nicht Frankreich!»⁸⁶

Die Strategie der französischen Präsidenten, durch die Verdrängung der Pétain-Ära die Gesellschaft zu befrieden, stand allerdings dem Bedürfnis verschiedener Protagonisten nach lückenloser Aufklärung der Vichy-Vergangenheit entgegen. Nach deren Auffassung musste Frankreich der Wahrheit seiner eigenen Geschichte ins Auge sehen und von den Lebenslügen der Nachkriegszeit Abstand nehmen. Insbesondere drei Gruppen von Akteuren kommt das Verdienst zu, dass das Wissen über die französische Kriegszeit wuchs und immer breitere Kreise erreichte: die Überlebenden des Holocaust, die Historiker und die Filmemacher. Was die Ersteren anbelangt, so kommt den weitgespannten Aktivitäten des Pariser Rechtsanwalts und Historikers Serge Klarsfeld, Sohn eines im KZ Auschwitz getöteten rumänischen Juden, eine überragende Bedeutung zu.⁸⁷ Gemeinsam mit seiner Frau Beate hatte er sich zunächst dafür eingesetzt, dass die deutschen Täter der Judenverfolgung in Frankreich zur Rechenschaft gezogen wurden. Mit spektakulären Aktionen, wie etwa der versuchten Entführung des ehemaligen Befehlshabers der Pariser Sicherheitspolizei Kurt Lischka, machten sie darauf aufmerksam, dass Protagonisten der Vernichtungspolitik sich unbehelligt von der deutschen Justiz ins Zivilleben der Bundesrepublik integriert hatten.⁸⁸ 1979 gründete Klarsfeld die «Vereinigung der Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs», in deren Namen er als Nebenkläger bei den Prozessen gegen deutsche Täter auftrat. In seinem bolivianischen Exil spürten Serge und Beate Klarsfeld den einstigen Lyoner Gestapo-Chef Klaus Barbie auf, der 1983 nach Frankreich ausgeliefert und vier Jahre später in Lyon vor Gericht stand. Da die Kriegsverbrechen des «Schlächters von Lyon» – wie etwa die ihm vorgeworfene Tötung des Résistance-Chefs Jean Moulin unter der Folter – verjährt waren, stellte der Prozess seine unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschheit im Rahmen der Judenverfolgung in den Mittelpunkt.⁸⁹ Er wurde insbesondere für schuldig befunden, die Deportation der 44 jüdischen Kinder aus dem Kinderheim von Izieu angeordnet zu haben, und wurde deshalb zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Klarsfelds verlegten ihre Aktivitäten nun darauf, die französischen Mitverantwortlichen der Judenverfolgung aufzudecken und ihnen Verbrechen gegen die Menschheit nachzuweisen. Die strafrechtliche Verfolgung einstiger Vichy-Verantwortlicher erschien ihnen notwendig nicht nur im

Sinne der Gerechtigkeit gegenüber den Opfern der Judenverfolgung, sondern auch, um der französischen Gesellschaft den wahren Charakter des Pétain-Regimes vor Augen zu führen und das offizielle Geschichtsbild zu demaskieren, das die Kollaboration zu einem Randphänomen der französischen Geschichte reduzieren wollte. Zwei hohe Ex-Verantwortliche des Vichy-Regimes standen im Zentrum ihrer Ermittlungen: René Bousquet, der Generalsekretär der französischen Polizei von April 1942 bis Dezember 1943, sowie Jean Leguay, sein Stellvertreter in der besetzten Zone. Beide hatten nach 1945 wieder gesellschaftlich-politische Schlüsselpositionen erlangen können; so hatte etwa Bousquet freundschaftliche Beziehungen mit führenden Politikern, darunter François Mitterrand, unterhalten. Über jahrelange Archivforschungen konnte Serge Klarsfeld nachweisen, dass Bousquet und Leguay eine Schlüsselrolle bei der «rafle du Vél d'Hiv» gespielt hatten, indem sie die Ausführung der Razzia durch die französische Polizei planten und anordneten.⁹⁰ Nachdem Klarsfeld im Namen der «Vereinigung der Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs» gegen beide Personen Anzeige erstattet hatte, wurden Ermittlungsverfahren wegen Verbrechens gegen die Menschheit eröffnet. Doch kam es in keinem der beiden Fälle zu einem Prozess: Leguay starb im Jahre 1989 und Bousquet wurde 1993 von einem geistesgestörten Mann auf offener Straße erschossen.

Der erste wegen Verbrechens gegen die Menschheit verurteilte Franzose war kein hoher politisch-administrativer Verantwortlicher des Vichy-Regimes, sondern ein Aktivist der Miliz. Es handelte sich um Paul Touvier, der wegen der Hinrichtung von Widerstandskämpfern bereits unmittelbar nach dem Krieg in Abwesenheit zum Tode verurteilt, aber von Präsident Pompidou 1971 amnestiert worden war. Auf Betreiben der Klarsfelds und ihres Netzwerks wurde das Verfahren, nun wegen unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschheit, wieder aufgerollt; 1994 wurde Touvier zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Aufklärungsarbeit konzentrierte sich nun auf einen Mann der mittleren Verwaltungshierarchie: Maurice Papon, zu Kriegszeiten Generalsekretär der Präfektur Gironde und als solcher an der Organisation von Judendeportationen beteiligt. Die staatsanwaltliche Untersuchung gegen Papon war praktisch abgeschlossen und die Eröffnung eines Prozesses stand unmittelbar bevor, als Chirac im Juli 1995 seine Rede zum Gedenktag der «rafle du Vél d'Hiv» hielt.

In der Historiographie ging der entscheidende Beitrag bezeichnenderweise von einem ausländischen Autor aus, der unbefangen von den politischen Implikationen der innerfranzösischen Diskussion die Vichy-Ära gedeutet hatte. In seinem 1972 erschienenen Werk «Vichy France: Old

Guard and New Order» hatte der amerikanische Historiker Robert O. Paxton aufgezeigt, dass die Grundentscheidungen des Pétain-Regimes, wie die Abschaffung der Republik, die Errichtung des autoritären «Etat français» sowie die antisemitischen Gesetze des Herbsts 1940, keineswegs auf Druck der Besatzer getroffen worden waren, sondern einer selbst gewählten politischen Strategie entsprachen: Das Vichy-Regime strebte eine revolutionäre Umgestaltung an, für deren Gelingen die Kollaboration des französischen Staates mit der Besatzungsmacht unabdingbar war. Paxton wies auf, dass Pétain und Laval nicht etwa ein sorgfältig ausgeklügeltes Doppelspiel verfolgt hatten, um das Land vor Schlimmerem zu bewahren, sondern auf der Grundlage ihrer eigenen Politik französische Staatsbürger verfolgt und dem Vernichtungsprogramm der Besatzer ausgeliefert hatten. Paxtons Buch bewirkte einen Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Aufarbeitung Vichys und bahnte einer Vielzahl von Detailstudien den Weg.⁹¹

Was schließlich die filmische Präsentation der Kriegsjahre anbelangt, so kam dem 1969 gedrehten Dokumentarfilm «Le chagrin et la pitié» (deutsch: «Das Haus nebenan») eine zentrale Rolle zu. Der Autor des Films, Marcel Ophüls, hatte die Stadt Clermont-Ferrand, in dem bis 1942 unbesetzten Frankreich gelegen, als Beispielfall genommen, um die Alltagserfahrung der Franzosen in den Jahren 1940–1944 sichtbar zu machen. In dem vierstündigen Film kamen Bürger aller Schichten und politischen Orientierungen zu Wort, die mit bislang ungekannter Freimütigkeit über ihre Sicht der Kriegsjahre Rechenschaft ablegten. Die Zeugnisse machten deutlich, dass zahlreiche Franzosen sich mit dem politischen Umbruch des Sommers 1940 ebenso wie mit der Anwesenheit deutscher Besatzungstruppen ab dem November 1942 ohne größere Probleme abgefunden hatten. Die Sorgen des Alltags, die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts dominierten bei vielen Bürgern die Wahrnehmung, nicht aber der radikale Wandel der politischen Ordnung. Dem höchst umstrittenen Film wurde zur Last gelegt, dass er die französische Bevölkerung zu einer Ansammlung politisch indifferenter Feiglinge diskreditiert habe. Dieser Vorwurf war aber unzutreffend, denn unter den Befragten kamen auch mutige Protagonisten des Widerstands zu Wort. Auch ersparte Marcel Ophüls seinen Zuschauern nicht das Zeugnis eines französischen Waffen-SS-Mannes, der aus faschistischer Überzeugung heraus mit der «Division Charlemagne» an der Ostfront gekämpft hatte. Indem der Film die Vielschichtigkeit der französischen Kriegserfahrung offenlegte, räumte «Le chagrin et la pitié» mit der gaullistischen Sichtweise auf, nach der ein Volk von guten französischen Patrioten solidarisch den Besatzern gegenübergestanden habe. Es

war symptomatisch für die geistige Situation der Zeit, dass der für das Fernsehen realisierte Dokumentarfilm in diesem Medium jahrelang nicht gesendet werden durfte, da der Aufsichtsrat der staatlichen Fernsehanstalt ORTF sich dem entgegenstellte. 1971 konnte der Film in einigen ausgewählten Pariser Kinos gezeigt werden; erst 1981 wurde «Le chagrin et la pitié» im Fernsehen ausgestrahlt. Ähnlich kontrovers war der 1974 von Louis Malle gedrehte Film «Lacombe Lucien», der das Schicksal eines Jugendlichen in der Besatzungszeit erzählte. Die Titelgestalt ist ein 17-jähriger Bauernsohn, der zunächst den Kontakt zur Résistance sucht, vom Chef des lokalen Maquis aber abgewiesen wird. Doch findet der nach sozialer Akzeptanz suchende Lucien Aufnahme bei den Kollaborateuren und beginnt, für die Gestapo zu arbeiten. Malle stellte auf diese Weise den Eintritt in die Résistance bzw. die Kollaboration nicht als eine politische Überzeugungstat dar, sondern als einen Schritt, der sich aus zufälligen Lebensumständen und Kontakten ergab. Claude Chabrol, einer der führenden Filmregisseure der «Nouvelle Vague», brachte 1993 den Film «L'œil de Vichy» heraus, in dem er Ausschnitte aus Propagandafilmen zeigte, die den verleumderischen, hetzerischen und antisemitischen Charakter des Vichy-Regimes offenlegten.

Angesichts des immer eklatanteren Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlich-kulturellen Wissen um die Vichy-Zeit und dem staatlicherseits verfochtenen Geschichtsbild kann Chiracs Rede vom Juli 1995 als zeitgemäß, angebracht und notwendig bezeichnet werden. Sie bedeutet eine nachholende Anerkennung dessen, was andere Akteure an Vergangenheitsbewältigung geleistet hatten. Niemand konnte Frankreich jetzt noch vorwerfen, dass es sich nicht mit seiner eigenen Vergangenheit angemessen auseinandersetze und an einer Geschichtslegende festhalte, um den eigenen Nationalstolz zu bewahren. Doch beendete Chiracs öffentliches Schuldbekenntnis keineswegs die Debatte über Vichy; vielmehr erreichte diese zwei Jahre später ihren Höhepunkt, als Maurice Papon in Bordeaux wegen Verbrechen gegen die Menschheit vor Gericht stand.

Es war die Person des Angeklagten, die diesen Prozess von den zuvor geführten Strafverfahren unterschied und besonders brisant machte: Denn dieser war weder ein Deutscher (wie Barbie) noch ein radikaler französischer Antisemit (wie Touvier) noch ein Entscheidungsträger des Vichy-Regimes (wie Bousquet). Papon war ein ehrgeiziger Beamter, der wie zahlreiche andere aus Opportunitätserwägungen den Besatzern zugearbeitet hatte und auf diese Weise die Alltäglichkeit der Staatskollaboration symbolisierte. Des Weiteren war Papon im letzten Moment zum Widerstand und damit zur siegreichen Seite übergetreten, wodurch er sich bruchlos in

die Nachkriegsgesellschaft hatte integrieren und eine brillante Karriere fortführen können, die ihn bis ins Ministeramt unter Valéry Giscard d'Estaing geführt hatte. Er verkörperte die hohe Ämterkontinuität zwischen dem Kollaborationsregime und der Nachkriegszeit, die de Gaulles Versöhnungsstrategie ermöglicht hatte. Und darüber hinaus gab Papons Karriere unter der Fünften Republik zu kritischen Fragen Anlass: Denn als Polizeipräfekt von Paris trug er die Mitverantwortung nicht nur für das Massaker unter algerischen FLN-Unterstützern, das die Sicherheitskräfte am 17. Oktober 1961 angerichtet hatten, sondern auch für die blutige Polizeiaktion gegen Demonstranten an der Metrostation Charonne am 8. Februar 1962. Diese Ereignisse waren freilich nicht Gegenstand des Prozesses, doch kamen sie ausführlich zur Sprache und vermittelten den Eindruck, dass Papon auch noch nach Vichy, zu Zeiten der gaullistischen Republik, ein Akteur staatlicher Verfolgung gewesen war. Ebenso entstand der Eindruck eines fortgesetzten Tabuisierens der dunklen Aspekte der französischen Geschichte, denn über den Gewalttaten des Staates zu Zeiten des Algerienkriegs lag ein Schleier des Verschweigens, wie es einst für die Verbrechen der Kollaboration der Fall gewesen war.

Auf diese Weise wurde das Verfahren gegen Maurice Papon nicht nur zu einem Prozess gegen Vichy, sondern auch gegen den Gaullismus in seiner Rolle als Integrationsideologie der Nachkriegszeit. Dies wiederum rief den Widerspruch orthodoxer Gaullisten hervor, die sich gegen die Diskreditierung des Widerstandsheldens und seiner Bewegung verwahrten. «Genug, genug, genug!», warnte der RPR-Chef Philippe Séguin in einem Beitrag über den Prozess; und das konservative «Figaro-Magazin» richtete einen pathetischen Aufruf an den Staatspräsidenten Jacques Chirac: «Herr Präsident, lassen Sie es nicht zu, dass Frankreich diskreditiert wird!» In der Tat konnte man beim Papon-Prozess den Eindruck gewinnen, als wäre das Pendel von einem zum anderen Extrem geschwungen, von der Verdrängung französischer Mitschuld zur übertriebenen Selbstbeichtigung. «Es gibt einen, der schlimmer ist als der Henker, und das ist sein Knecht», hatte der Revolutionär Mirabeau einst gesagt – im Umfeld des Papon-Prozesses tauchte das berühmte Zitat wieder auf, um die Situation des Frankreich der Kollaboration zu beschreiben. So verloren manche Kommentatoren aus den Augen, wer die Letztverantwortung für die Deportation der Juden in Frankreich trug: Denn schließlich waren Vichy-Beamte wie Papon nur Helfende bei einem Verbrechen, das die deutsche Besatzungsmacht initiiert hatte.⁹²

Die Verfolgung der Juden hatte über Jahre hinweg im Schatten gestanden, wenn man in Frankreich über das Kollaborationsregime diskutiert

hatte. Andere Aspekte – der entehrende Waffenstillstand, die Abschaffung der Republik, die Unterdrückung der Résistance – hatten stets die Wahrnehmung des Pétain-Regimes geprägt. Mit dem Papon-Prozess rückte die Deportation der Juden in den Mittelpunkt der Deutung Vichys. Somit hatten Aktivisten wie Serge Klarsfeld ihr Ziel erreicht: Niemand konnte künftig mehr über das Vichy-Regime sprechen, ohne dessen Mitwirkung am Holocaust zu berücksichtigen.⁹³ Der Papon-Prozess blieb bis heute das letzte große Ereignis, anhand dessen sich Frankreich mit den Jahren 1940–1945 auseinandersetzte. Die von Historikern, Journalisten, Filmemachern und Aktivisten erarbeiteten Erkenntnisse sind nun allgemein bekannt; Vichy ist längst kein «Tabu» mehr und die französische Gesellschaft ist inzwischen weit davon entfernt, die Rolle der Résistance überzubewerten.

Wie es die Debatten um Papons Rolle bei den Massakern 1961 bereits hatten erahnen lassen, verlagerte sich das Bedürfnis nach Erinnerung und geschichtlicher Aufklärung nun auf ein andere verdrängte Vergangenheit, nämlich den Algerienkrieg. So hatte der französische Staat in seinem offiziellen Sprachgebrauch immer noch nicht anerkannt, dass er zwischen 1954 und 1962 in Algerien einen Krieg geführt hatte. Vielmehr war von «Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Nordafrika» die Rede. Erst im Jahre 1999 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das diesen Ausdruck aus allen offiziellen Texten verbannte und durch «Algerienkrieg» ersetzen ließ. Damit erfüllte der Staat eine Forderung der Veteranen des Konflikts, die ihren Einsatz auf diese Weise aufgewertet sehen wollten.⁹⁴ Kurz darauf löste die Zeitung «Le Monde» eine ausgreifende Debatte über die Folter während des Algerienkriegs aus, die sich an dem Zeugnis eines Opfers entzündete. Louise Inghilahriz berichtete in einem Interview davon, wie sie 43 Jahre zuvor in einem Gefängnis in Algier von französischen Soldaten vergewaltigt und gefoltert wurde, während hohe Militärs wie General Massu diese Praktiken billigend duldeten.⁹⁵ Der daraufhin befragte Massu gab ohne Umschweife zu, dass die Folter ebenso wie sexuelle Gewalt gegen Häftlinge Teil eines «gewissen Klimas damals in Algier» gewesen seien. «Das Prinzip der Folter war allgemein akzeptiert [...]. Die zivilen Autoritäten, Mitglieder der Regierung, fanden dies sehr gut.» Im Rückblick bedauerte Massu die Anwendung der Folter und bekundete, dass man «sehr gut ohne sie hätte auskommen können».⁹⁶ Im November 2000 meldete sich ein weiterer hoher Militär zu Wort; General Paul Aussaresses, der ab 1957 in Algier die Geheimdienste koordiniert hatte. Anders als Massu bedauerte er keineswegs das gewalttätige Erpressen von Geständnissen, sondern gab zu verstehen, dass er in einer vergleichbaren Situation erneut so handeln würde.

Die illegale Tötung von über 3000 Gefangenen während der «Schlacht von Algier» verursachte ihm 43 Jahre später ebenso wenig Gewissensbisse wie das eigenhändige Erschießen von 24 Menschen.⁹⁷ Im gleichen Zeitraum veröffentlichten zwölf Intellektuelle, die teils bereits zu Zeiten des Kriegs gegen die Folter protestiert, teils selbst unter ihr gelitten hatten, einen Aufruf an die Staatsführung, die Verantwortung Frankreichs für diese Verbrechen anzuerkennen und diese zu verurteilen.⁹⁸

Die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit den Gewaltakten des Algerienkriegs wurde von den Nachkommen algerischer Einwanderer in Frankreich aufgegriffen. Zerrissen zwischen der Treue gegenüber ihren Eltern, die für die Unabhängigkeit Algeriens gekämpft hatten, und ihrem Wunsch, sich mit ihrem Heimatland Frankreich identifizieren zu können, riefen sie dazu auf, dass der Staat das Massaker vom 17. Oktober 1961 anerkenne. Im Oktober 2001 erhielten sie eine erste Genugtuung, als der Bürgermeister von Paris eine Gedenktafel für die Opfer dieses staatlichen Verbrechens einweihte: «Zur Erinnerung an die zahlreichen Algerier, die bei der blutigen Unterdrückung der friedlichen Demonstration vom 17. Oktober 1961 getötet wurden.»⁹⁹ Erneut erwies sich Jacques Chirac als ein Präsident, der das Anliegen der Vergangenheitsbewältigung unterstützte und zu entscheidenden Anlässen die richtigen Worte fand. Als er am 2. Dezember 2002 in Paris ein Denkmal für die in Algerien, Marokko und Tunesien gefallenen Soldaten einweihte, erwähnte er ausdrücklich die *Harkis*; die Algerier, die in der französischen Armee gekämpft hatten. Diesen beim Abzug Frankreichs aus Algerien teils der Verfolgung ausgelieferten, teils unter unwürdigen Bedingungen in Frankreich aufgenommenen Hilfstruppen sprach der Präsident im Namen des Staates «seine Wertschätzung, seine Dankbarkeit und seine Freundschaft» aus. 40 Jahre nach Ende des Algerienkrieges müsse Frankreich «voll und ganz seiner Pflicht zur Erinnerung nachkommen».¹⁰⁰ Wenige Wochen später unternahm Chirac den ersten Staatsbesuch eines französischen Präsidenten im unabhängigen Algerien und wurde für seine klaren, ausgewogenen Worte von der Bevölkerung gefeiert. Vor dem algerischen Parlament beschrieb er den Krieg zwischen 1954 und 1962 als eine «mörderische, teils unsühnbare Tragödie». Die «komplexe, immer noch schmerzhafteste Vergangenheit» zwischen Franzosen und Algeriern dürfe weder «vergessen noch verleugnet» werden.¹⁰¹

Wie problematisch und entzweierend die Erinnerung an den Algerienkrieg bleibt, wird indessen deutlich an dem Versuch, einen nationalen Gedenktag einzuführen. Auf Vorschlag der Jospin-Regierung beschloss die Nationalversammlung im Jahre 2002, den 19. März zum «nationalen Gedenk- und Besinnungstag für die zivilen und militärischen Opfer des Algerien-

kriegs sowie der Kämpfe in Tunesien und Marokko» zu erklären. Damit hatte sich eine Mehrheit der Parlamentarier für ein kontroverses Datum entschieden, denn der Tag des Waffenstillstands in Algerien hatte für zahlreiche Beteiligte keineswegs das Ende des tragischen Konflikts bedeutet. So begann das Massaker an den *Harkis* erst nach dem 19. März, ebenso wie Hunderte von *pieds-noirs* durch Gewalttaten nach dem Waffenstillstand ums Leben kamen, ganz zu schweigen von ihrem Exodus aus der einstigen Kolonie. Da sich weder *pieds-noirs* noch *Harkis* mit diesem Gedenktag einverstanden erklären wollten, blockierte die rechte Mehrheit im Senat das Gesetz. Erst zehn Jahre später, nachdem die Linke in der zweiten Kammer die Mehrheit errungen hatte, konnte das Gesetz verabschiedet werden.¹⁰² Doch wird der Gedenktag bis heute gerade von denjenigen boykottiert, deren Biografie am engsten mit dem französischen Algerien verflochten ist, so dass Städte und Gemeinden insbesondere im Süden Frankreichs jegliche Feierlichkeiten zum 19. März unterlassen. Anstatt dessen haben sie mit dem 5. Dezember ein neutrales Datum zum Gedenktag des Algerienkriegs erwählt: den Tag, an dem Jacques Chirac im Jahre 2002 das Pariser Ehrenmal für die Opfer der Konflikte in Nordafrika eingeweiht hatte.¹⁰³

Am Anfang des «langen» französischen 20. Jahrhunderts hatte der Wunsch gestanden, ein neues Modell politisch-sozialer Ordnung auf der Basis der Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu errichten. Dieses Modell sollte nicht nur dazu dienen, eine heterogene Gesellschaft mit einer gemeinsamen politischen Identität zusammenzuschweißen, sondern es sollte auch allen anderen Ländern ein nachahmenswertes Vorbild bieten. Die Protagonisten des Republikanismus hatten ihren Staat als eine weltgeschichtliche Ausnahme, als die Avantgarde in einem von Monarchien dominierten Europa präsentiert. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hatte Frankreich jedoch seinen selbstempfundenen Ausnahmecharakter eingebüßt; nicht nur, weil sich mehr und mehr Länder der republikanisch-demokratischen Ordnungsform anschlossen, sondern auch, weil die Widersprüche und schuldhaften Verstrickungen der Republik immer stärker in das Bewusstsein rückten. Diese hingen zum einen mit der Erbsünde der französischen Republik zusammen, nämlich der Unterwerfung kolonisierter Völker unter ein Herrschaftssystem, das den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fundamental widersprach. Zum anderen gingen sie von der schwersten Katastrophe des französischen 20. Jahrhunderts aus: der Niederlage 1940. Denn diese hatte nicht nur den Feinden der Republik die unverhoffte Chance einer Revanche geboten, sondern sie hatte auch autoritätshörige, ehrgeizige Staatsdiener dazu verleitet, an den Verbrechen des Nationalsozialismus willfährig mitzuwirken.

Nach der intensiven Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit seit den 1980er und 1990er Jahren blieb zum Ende des 20. Jahrhunderts von dem Ausnahmecharakter der französischen Republik nichts mehr übrig.¹⁰⁴ Damit stellte sich aber auch die Frage, welche Identität die Bürger sich künftig zu eigen machen sollten: Gab es auch in kommenden Zeiten eine französische Besonderheit, die sich von der europäischen Allgemeinheit unterschied? Oder sollten sie sich mehr und mehr von der Vorstellung einer nationalen Identität verabschieden und sich in den transnationalen Werten der Europäischen Union wiedererkennen? Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts würden auf diese Fragen keine eindeutige Antwort geben.

18. Ausblick: Infragestellung und Rückkehr zur «Republik der Mitte»

Der Schock des 21. April 2002, der Einzug von Jean-Marie Le Pen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl, bewirkte eine große öffentliche Mobilisierung gegen den «Front national». Am 1. Mai gingen bei 400 Demonstrationen in ganz Frankreich 1,5 Millionen Menschen auf die Straße und forderten dazu auf, im zweiten Wahlgang für Jacques Chirac zu stimmen, um der Weltöffentlichkeit zu beweisen, dass die große Mehrheit der Bürger den xenophoben Nationalismus Le Pens zurückwies. Somit wurde der zweite Wahlgang in ein Plebiszit gegen den «Front national» umgemünzt; die schwache Bilanz der siebenjährigen Präsidentschaft Chiracs stand überhaupt nicht mehr zur Debatte. Beim zweiten Wahlgang vom 5. Mai 2002 gingen mit einem in westlichen Demokratien einzigartigen Ergebnis 82,2 Prozent der Stimmen an den amtierenden Präsidenten. Jean-Marie Le Pen hingegen hatte im ersten Wahlgang bereits sein Wählerpotenzial fast ganz ausgeschöpft, konnte er doch mit 17,8 Prozent nur 700 000 Stimmen in der zweiten Runde hinzugewinnen. Auf diese Weise rückte der zweite Wahlgang den alarmierenden Eindruck des ersten wieder etwas zurecht: Denn Jean-Marie Le Pen hatte zwar seit 1988 seine Stimmenzahl kontinuierlich erhöhen können (14,38 im Jahre 1988, 15 Prozent 1995), doch war der «Front national» noch weit davon entfernt, eine auch nur annähernd mehrheitsfähige Option darzustellen.

Auch führte der 21. April 2002 zu einer Umgestaltung der französischen Parteienlandschaft. Noch zwischen den beiden Wahlgängen sammelten sich nahezu alle Parteien der gemäßigten Rechten in einer neuen Bewegung, der «Union pour la majorité présidentielle» (UMP). Bis dahin hatte eine Vielzahl von Gruppierungen, die sich insbesondere der christdemokratischen,

liberalen und proeuropäischen Rechten zurechneten, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem gaullistischen «Rassemblement pour la République» (RPR) verteidigt. Angesichts des Erstarkens des «Front national» entschied sich die übergroße Mehrheit der bürgerlichen Rechten, vereint aufzutreten, um so Jacques Chirac eine solide Parlamentsmehrheit zu sichern. Diese Strategie war erfolgreich: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 9. und 16. Juni errang die UMP mit 358 von 577 Mandaten die absolute Mehrheit.

Es stellte sich nun die Frage, wie der Präsident auf die Umwälzungen des Frühjahrs 2002 reagieren würde: Allen Bürgern war klar, dass er seine Wiederwahl auch der Linken zu verdanken hatte. Denn mit Ausnahme der Trotskistin Arlette Laguiller hatten alle linken Kandidaten aus Opposition gegen den «Front national» dazu aufgerufen, im zweiten Wahlgang für Chirac zu stimmen. Würde er nun diesem Umstand Rechnung tragen und eine Regierung bilden, die den parteiübergreifenden Konsens der republikanischen Kräfte widerspiegelte? Würde er die «Republik der Mitte» stärken, indem er Politiker der gemäßigten Linken in das neue Kabinett berief? Der Präsident schlug einen anderen Weg ein, denn er ernannte keinen einzigen linken Minister. Chirac ging es vor allem darum, die Einheit seines eigenen Lagers zu stärken und den seit 1995 schwelenden Konflikt mit den Anhängern seines damaligen Rivalen Edouard Balladur zu beenden. An die Spitze der Regierung trat mit Jean-Pierre Raffarin ein der Öffentlichkeit weitgehend unbekannter Politiker aus dem Umkreis Giscard d'Estaings. Zweiter Mann des Kabinetts und Innenminister wurde Nicolas Sarkozy, ein überaus ehrgeiziger innerparteilicher Rivale Chiracs, der die Wahlkampagne Balladurs 1995 geleitet hatte. Dominique de Villepin, ein Gefolgsmann des Präsidenten, übernahm das Außenministerium. Die republikanische Einmütigkeit zwischen den beiden Wahlgängen blieb somit von äußerst kurzer Dauer: Anstatt gemeinsam an politischen Lösungen zu arbeiten, um dem «Front national» den Wind aus den Segeln zu nehmen, würden Rechte und Linke künftig ihr jeweiliges Profil mehr denn je in Konkurrenz zueinander schärfen.

Schon kurz nach den Wahlen brachen in der gerade erst gegründeten UMP ebenso wie in der Sozialistischen Partei innere Auseinandersetzungen um die Führerschaft auf. Dies war unter anderem auf eine zwei Jahre zuvor verabschiedete Verfassungsänderung zurückzuführen, die das Mandat des Staatspräsidenten von sieben auf fünf Jahre reduzierte. Angesichts der verkürzten Zeitspanne bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen versuchten die politischen Führungspersonlichkeiten alsbald, sich in eine möglichst günstige Ausgangsposition für die Wahlen 2007 zu bringen. Auf der Rechten lief dies auf einen Konflikt zwischen dem Vorsitzenden der

UMP Alain Juppé, Außenminister Dominique de Villepin und Innenminister Nicolas Sarkozy hinaus. Juppé schied 2004 aus dem Rennen aus, als er wegen Amtsverfehlungen in seiner Zeit als Vizebürgermeister von Paris zu einer 14-monatigen Bewährungsstrafe und einjährigem Entzug des passiven Wahlrechts verurteilt wurde.

Außenminister Dominique de Villepin versuchte, als Sachwalter französischer Interessen in der internationalen Politik sich für das höchste Amt zu qualifizieren. Die Irakkrise 2002/03 bot ihm eine Gelegenheit, sich zur Leitfigur des Widerspruchs gegen einen militärischen Eingriff zu erheben. Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 14. Februar 2003 über die Legitimität einer Militärintervention im Irak beriet, hielt Villepin eine vielgerühmte Rede, in der er die Einheit der internationalen Gemeinschaft heraufbeschwor, den Gewaltverzicht zum Leitprinzip erhob und den Respekt der Völkerrechts einforderte. Noch einmal erlebte der gaullistische Gestus der Herausforderung US-amerikanischer Hegemonie eine kraftvolle Renaissance. Frankreich stand als die Führungsnation jener europäischen Staaten da, die am Multilateralismus als Ordnungsprinzip der Staatengemeinschaft festhalten wollten und den «Präemptivkrieg» des von den USA angeführten Bündnisses zurückwiesen.

Doch hatte der Wahlkampf 2002 deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der französischen Bürger nicht vorrangig um die internationale Stellung ihres Landes besorgt war, sondern vielmehr um die innere Sicherheit. Diese Stimmungslage kam Nicolas Sarkozy zugute, dem als Innenminister eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Kriminalität zufiel. Mit spektakulären, quasi täglichen Auftritten begab er sich mit Vorliebe an solche Orte, wo Bürger sich verunsichert fühlten, zeigte sich an der Seite von Sicherheitskräften und vermittelte so den Eindruck, dass der Staat endlich ein Grundproblem der Gesellschaft anging. Die Medien verfolgten mit großer Aufmerksamkeit den hochaktiven Politiker, der nicht davor zurückscheute, zu polarisieren. Für ihn durfte die französische Rechte bei Streitfragen wie der inneren Sicherheit nicht dem «Front national» das Terrain überlassen. Auch mussten nach seiner Auffassung die Probleme der Einwanderungsgesellschaft ohne Tabus angesprochen werden, damit die extreme Rechte dieses Thema nicht monopolisieren konnte. Mit seiner Omnipräsenz in den Medien, seinen vereinfachenden politischen Botschaften und seiner brodelnden Energie drängte er sich als neue Führungsfigur der Rechten auf, während sich das vorläufige Ende der politischen Karriere Juppés abzeichnete. Im November 2004 wählte ihn die UMP zu ihrem neuen Vorsitzenden und traf somit bereits eine Vorentscheidung darüber, wer die Partei in den Präsidentschaftswahlkampf 2007 führen würde.

Die Linke hatte sich relativ schnell von ihrem Wahldebakel 2002 erholen können und gewann bei den Regionalwahlen 2004 (mit Ausnahme von Korsika und dem Elsass) alle Regionen. Trotzdem blieb auch ihr der innere Konflikt nicht erspart: Dieser entzündete sich an dem Europäischen Verfassungsvertrag, der 2003/04 von einem Konvent unter der Präsidentschaft von Valéry Giscard d'Estaing ausgearbeitet und am 29. Oktober 2004 unterzeichnet worden war. Neben institutionellen Reformen wie der Einführung eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rats und eines europäischen «Außenministers» sah er die Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, aber auch neue Zuständigkeiten für die EU insbesondere im Bereich der Energiepolitik vor. Um den Vertrag zu ratifizieren, entschied sich Präsident Chirac für den risikoreichen Weg eines Referendums. Zunächst erschien eine Mehrheit für den Verfassungsvertrag kaum gefährdet: Anders als 1992, als weite Teile der Gaullisten gegen den Maastricht-Vertrag mobilisiert hatten, stand die gemäßigte Rechte diesmal fast geschlossen hinter dem Projekt. Schwieriger verlief der Entscheidungsprozess allerdings in der Sozialistischen Partei, die im Dezember 2004 eine Mitgliederbefragung abhielt. Zwar stimmte eine große Mehrheit (59 Prozent) für den Vertrag, doch erklärten sich einige prominente Parteipolitiker unter Führung des ehemaligen Premierministers Laurent Fabius als nicht an das Mitgliedervotum gebunden und schlossen sich der Kampagne für ein «Nein» zur europäischen Verfassung an, da sie sozialpolitische Fortschritte in dem Vertrag vermissten. Anstatt gegen die Abweichler von der Parteilinie durchzugreifen, duldete Parteichef François Hollande ihr Vorgehen und nahm in Kauf, dass die Sozialisten in einer so wichtigen Frage uneinheitlich auftraten.

Durch den Widerspruch der sozialistischen Dissidenten wurde das Lager der Gegner des Verfassungsprojekts gestärkt und entwickelte sich zunehmend zu einer chancenreichen politischen Kraft. Es bestand nun nicht mehr nur aus solchen Strömungen, die immer schon gegen die europäische Integration mobilisiert hatten, wie der «Front national» auf der radikalen Rechten, die Linksnationalisten um Jean-Pierre Chevènement und die Kommunistische Partei. Die Opposition gegen einen weiteren Souveränitätsverzicht kam nun auch von Politikern, die Mitterrands «relance européenne» der 1980er und 1990er Jahre mitgestaltet hatten. Damit nahm auch die Bandbreite der Argumente zu, die gegen weitere Integrationsfortschritte vorgetragen wurden. Es ging nun nicht mehr vorrangig um den prinzipiellen Widerstand gegen die Aushöhlung des französischen Nationalstaats, sondern immer stärker auch um die politischen Inhalte, die mit der Europäischen Union in Verbindung gebracht wurden.

Zahlreiche linke Gegner des Verfassungsvertrags sahen in der europäischen Integration eine Erscheinungsform der Globalisierung, die unter den Vorzeichen des Freihandels, der Deregulierung, der Privatisierung und der Haushaltsdisziplin das französische Gesellschaftsmodell gefährdete. Die Europäische Union galt ihnen als eine Agentin des sich global ausbreitenden Neoliberalismus, der alle europäischen Länder einem uniformen, marktkonformen Denken unterwerfen wollte. Vor diesem Hintergrund fand die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags breite Unterstützung bei den Gewerkschaften (mit Ausnahme der CFDT), die ihren Widerspruch als Teil ihres Kampfes für den Erhalt des öffentlichen Dienstes, der Staatsunternehmen und der sozialen Errungenschaften Frankreichs begriffen. Auch kam es zu einem Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der Vereinigung «Attac», die für eine globale Regulierung der Finanzmärkte und eine Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der Bürger eintrat. Für «Attac» vertrat die EU eine ähnliche Ideologie wie die von ihr vehement bekämpfte Welthandelsorganisation (WTO), die mit ihrem Einsatz für Freihandel weltweit zum Abbau sozialer Rechte, öffentlicher Dienste und zur Vergrößerung der Ungleichheiten beitrage.¹

Wie es bei Referenden oft der Fall ist, rückten darüber hinaus Themen in den Vordergrund, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem eigentlichen Abstimmungsgegenstand standen. So wurde zur gleichen Zeit in der Europäischen Union die Regelung grenzüberschreitender Dienstleistungen verhandelt, um eine der vier Freiheiten des Binnenmarktes zu verwirklichen. Der zuständige EU-Kommissar Frits Bolkestein hatte dazu einen Entwurf eingebracht, der diese Frage nach dem Prinzip des Herkunftslands regeln sollte. Konkret hieß das: Wenn ein Dienstleister in einem anderen Mitgliedsstaat tätig würde, sollte er nicht den dortigen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen, sondern denen seines Herkunftslandes. Der Gesetzentwurf des niederländischen Kommissars kam den Gegnern des Verfassungsvertrags sehr gelegen, um die Europäische Union als Verursacherin von unlauterem Wettbewerb, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zu diffamieren: Wenn die «Bolkestein-Richtlinie» Wirklichkeit würde, warnten ihre Kritiker, kämen Tausende von «polnischen Klempnern» ins Land, die nicht den arbeitsrechtlichen und steuerlichen Bestimmungen Frankreichs unterlägen, deshalb günstigere Preise anbieten könnten und somit die einheimischen Klempner verdrängen würden. Gegner des Vertrags insinuierten, dass das «Nein» zur Europäischen Verfassung auch die Förderung der Dienstleistungsfreiheit durch die Einführung des Herkunftslandsprinzips unterbinden könne. Wer am Tag des Referendums mit «Nein» stimme, würde so das

«soziale Dumping» innerhalb der Europäischen Union zurückweisen und französische Handwerker vor ihren Konkurrenten aus den neuen Mitgliedsstaaten schützen (am 1. Mai 2004 waren im Zuge der ersten Osterweiterung acht Staaten des früheren Ostblocks der EU beigetreten). Rechte Gegner des Verfassungsvertrags deuteten das Referendum zu einer Abstimmung über weitere Erweiterungen der Europäischen Union um: Mit einem «Nein» würde man dem Beitritt neuer Mitgliedsstaaten, insbesondere der Türkei, unterbinden und so neuen Einwanderungswellen einen Riegel vorschieben.

Auf diese Weise gelang es den Verfechtern des «Neins», die Auseinandersetzung um den Europäischen Verfassungsvertrag in ein neues Kapitel im Konflikt zwischen dem Volk und den Eliten umzudeuten. In der Propaganda linker wie rechter Vertragsgegner erschien dieser als ein Projekt der globalisierten Eliten, die ihre Interessen zum Nachteil des französischen Volks durchsetzen wollten.² Anders als beim Referendum über den Maastricht-Vertrag engagierte sich der Präsident nur wenig in der Debatte. Im Gegensatz zu François Mitterrand verstand Jacques Chirac sich als «Vernunfteuropäer», der keine Leidenschaft für das Projekt der europäischen Integration empfand.³ Sein öffentliches Engagement reduzierte sich auf eine im Fernsehen übertragene Debatte mit französischen Bürgern. Das Ergebnis vom 29. Mai 2005 war eindeutiger als erwartet: 54,68 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für ein «Nein» zum Europäischen Verfassungsvertrag aus. Drei Tage später wies das niederländische Wahlvolk den Vertrag mit 61,54 Prozent Nein-Stimmen zurück, so dass dieser als gescheitert gelten musste.

Auf den ersten Blick drängte sich die Erinnerung an 1954 und das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auf: Auch damals war ein europäischer Vertrag, der wesentlich von französischen Politikern entwickelt worden war, am Mangel an Zustimmung im eigenen Land gescheitert. Auch damals hatte sich mit Frankreich ein Gründungsland des europäischen Einigungsprozesses als Verhinderer weiterer Integrationsfortschritte erwiesen. Doch war die Ablehnung der EVG eine Entscheidung der politischen Eliten gewesen, während 2005 zum ersten Mal in der französischen Geschichte eine Mehrheit der Wähler ihre Gegnerschaft gegen einen weiteren Souveränitätsverzicht ausgesprochen hatte. Die Referendumsentscheidung vom Mai 2005 schien somit in Kontinuität zur Präsidentschaftswahl 2002 zu stehen: Bei beiden Abstimmungen hatten wesentliche Teile der französischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, dass sie angesichts einer fortschreitenden Globalisierung und Europäisierung den Nationalstaat als schützende Instanz stärken wollten. Für das internationale Ansehen Frankreichs war die Entscheidung vom

29. Mai sehr nachteilig, konnte das Land doch vorerst nicht mehr als Führungsmacht und Ideengeber der europäischen Integration auftreten.

Die wenige Monate später, im Herbst 2005, ausbrechenden Unruhen in verschiedenen Vorstädten trugen noch weiter zu einer Stimmung tiefer Verunsicherung bei. Ihr Auslöser war, wie schon bei früheren Ereignissen dieser Art, ein Konflikt mit den Sicherheitskräften, bei denen zwei Jugendliche auf der Flucht vor Polizisten ums Leben gekommen waren. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich die Unruhen, bei denen Gebäude beschädigt, zahllose Autos in Flammen gesetzt wurden und Schäden in Höhe von ca. 200 Millionen Euro entstanden, quer über das ganze Land – dorthin, wo es Vorstädte mit den gleichen Problemen gab: überproportional hohe Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsgrad, hohe Kriminalität, unzureichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und räumliche Abtrennung von den städtischen Zentren. Da in all diesen Vierteln der Anteil von Eingewanderten und ihren Nachkommen besonders hoch war, konnte man die Unruhen nicht unabhängig vom Thema der Immigration betrachten. Für den «Front national» bestätigten die Krawalle die jahrelangen Prophezeiungen seines Chefs: «Immigration, Explosion der Vorstädte – Le Pen hatte es vorausgesagt», war auf der Webseite der Partei zu lesen.⁴ Innenminister Sarkozy, der die Unruhen für eine quasi permanente Medienpräsenz nutzte, biedernte sich in seinen Kommentaren der von Ressentiments geladenen Gesinnung des «Front national» an, indem er dazu aufrief, die «Banlieues» mit einem Hochdruckreiniger («Kärcher») zu säubern, und deren Bewohnern versprach, das «Einwanderergesocks [«la racaille»] wegzuschaffen».⁵ Eine komplexere Interpretation der Gewalt in den Vorstädten trug Präsident Chirac vor, wenn er von einer «tiefen Malaise», einer «Sinn- und Identitätskrise» sprach. Für ihn waren die tieferliegenden Ursachen der Unruhen in der mangelnden Chancengleichheit von Eingewanderten und ihren Nachkommen zu suchen. Frankreich müsse seine Diversität als «Reichtum und Stärke» begreifen und Diskriminierungen bekämpfen, welche die «Grundfesten der Republik unterminierten». Als Beispiel führte er an, dass bei Stellenausschreibungen viele «Lebensläufe immer noch im Papierkorb landeten, nur wegen des Namens oder der Anschrift des Bewerbers».⁶ Die Ausführungen des Präsidenten waren gleichzeitig auch das Eingeständnis eines Scheiterns, nämlich dass die «politique de la ville» – die seit Jahren praktizierten öffentlichen Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Stadtviertel – offenbar kaum greifbare Ergebnisse erzielt hatte.

In diesem aufgeladenen gesellschaftlichen Klima begann der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2007. Nicolas Sarkozy gelang es, sich als die Alternative zum amtierenden Präsidenten aus dessen eigenem poli-

tischen Lager aufzubauen, indem er die Themen des «Front national» aufgriff.⁷ Er stand für eine selbstbewusste Rechte, die traditionelle Werte wie Arbeit, Verdienst und Autorität hochhielt und die Vaterlandsliebe nicht den Extremisten überlassen wollte. In seinen Wahlkampfreden huldigte er einem hemmungslosen Nationalismus, wenn er Frankreich als ein «politisches, intellektuelles, moralisches, kulturelles Wunder» feierte. Gleichzeitig aber beklagte er, dass Frankreich aufgrund der «Verunglimpfung der Nation» eine «moralische Krise» durchlaufe. Der Kandidat distanzierte sich betont von Chiracs kritischer Auseinandersetzung mit Frankreichs Geschichte, wenn er die «Mode der Reue» als «verabscheuenswert» zurückwies. Die Franzosen sollten auf ihre Geschichte stolz sein, denn nicht ihr Land habe die «Endlösung erfunden, Verbrechen gegen die Menschheit und einen Völkermord begangen». Zugleich ließ er keinen Zweifel daran, dass die Einwanderung in seinen Augen die Krise mitverursacht hatte, da man den Zugewanderten nicht genug Integrationsbemühungen abverlangt habe: «Deshalb müssen wir künftig die Immigration meistern. Wenn man das gesamte Elend der Welt aufnimmt, zieht man die Gesellschaft nach unten.»⁸ Sarkozy verpflichtete sich gegenüber der Öffentlichkeit, den von Präsident Chirac favorisierten Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu verhindern. Der Kandidat präsentierte sich so als ein Retter des Nationalstaats und seiner Grenzen in Zeiten seiner Infragestellung durch die Globalisierung und Europäisierung. Unterdessen praktizierte die Sozialistische Partei eine neue Form der Kandidatenauswahl: Die nationale Vorwahl zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten blieb nicht nur den Mitgliedern der Partei vorbehalten, sondern stand auch Sympathisanten offen, die für einen symbolischen Mitgliedsbeitrag von 20 Euro an der Abstimmung teilnehmen konnten. Bereits aus dem ersten Wahlgang ging die ehemalige Umwelt-, Schul- und Familienministerin Ségolène Royal siegreich hervor, die mithilfe der sozialen Medien eine breite Unterstützung mobilisiert hatte und ihre Kandidatur als eine Art Bürgerbewegung erscheinen ließ, die sich gegen das Parteiestablishment wandte.

Das Ergebnis des ersten Wahlgangs bestätigte die Strategie Sarkozys: Dank seiner betont nach rechts ausgerichteten Kampagne konnte er Wähler vom «Front national» abwerben und erreichte mit 31,18 Prozent einen Stimmenanteil, den sein Lager seit mehr als dreißig Jahren nicht mehr erzielt hatte. Mit knapp 11,5 Millionen Wählerstimmen verdoppelte Sarkozy das Ergebnis Chiracs, während Le Pen gegenüber 2002 nahezu eine Million Stimmen verlor und nur auf dem vierten Platz landete. Ségolène Royal erzielte mit 9,5 Millionen Stimmen das Zweifache der Stimmenzahl

Jospins fünf Jahre zuvor und machte somit das Debakel vom 21. April 2002 vergessen. Doch hatte sie im zweiten Wahlgang keine Chance gegen Sarkozy, der mit einem Vorsprung von fast zwei Millionen Stimmen die Stichwahl gewann.

Nicolas Sarkozy gelang es, für die neue Regierung Persönlichkeiten aus dem linken Milieu zu gewinnen, insbesondere als Außenminister Bernard Kouchner, den angesehenen Mitbegründer der Organisation «Ärzte ohne Grenzen». Auch traten drei Frauen mit afrikanischem Migrationshintergrund als Repräsentantinnen der Diversität der französischen Gesellschaft in das Kabinett ein. Doch konnten diese symbolischen Gesten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die neue Regierung in Fragen der Immigration, der Integration und der sozialen Normen einen neuen Ton anschlug. Es war Schluss mit den wohlwollenden Reden Chiracs, der stets die Wogen zu glätten suchte; unter den Vorzeichen eines verkündeten «Bruchs» (rupture) suchte der neue Präsident die Polarisierung. Ein Ministerium für «Immigration und nationale Identität» wurde eingerichtet, um einerseits den Kampf gegen illegale Einwanderung und andererseits die Vermittlung republikanischer Werte sowie der nationalen Kultur zu verstärken.⁹ Die neue Regierung unter Premierminister François Fillon propagierte die Politik der «selektiven Immigration», die, wenn nicht ausschließlich, so doch vorrangig Menschen mit einschlägigen beruflichen Qualifikationen die Einwanderung nach Frankreich gestatten sollte. Gleichzeitig verschärfte die Regierung den Kampf gegen die Kriminalität, indem Mindeststrafen für Wiederholungstäter von minderschweren Straftaten eingeführt wurden. Damit sollten nicht nur die Gerichtsverfahren beschleunigt, sondern auch der angeblichen richterlichen Milde gegenüber jungen Straftätern ein Ende gesetzt werden. 2009 rief die Regierung eine «große Debatte über die nationale Identität» aus, die sich um die Werte der Republik und die Bedeutung des Französischseins in der heutigen Zeit drehen sollte. In allen Départements wurden die Präfekten dazu angehalten, öffentliche Diskussionsrunden zu organisieren, die sich an Leitthemen wie der Immigration, der Laizität und dem Islam orientieren sollten, so dass sich der Eindruck aufdrängte, Einwanderer afrikanischer Herkunft seien die Zielscheibe der Regierungspolitik. Angesichts scharfer öffentlicher Kritik und mangelnden Interesses der Bürger an den Diskussionsrunden wurde die «große Debatte» jedoch vorzeitig abgebrochen.

Was die Außenpolitik betraf, so begann Sarkozy seine Präsidentschaft mit einer verheißungsvollen Ankündigung: «Frankreich ist zurück in Europa». Man konnte hierin einen Bruch mit dem lähmenden Stillstand der letzten Jahre unter Präsident Chirac sehen, der nach dem Scheitern des

Referendums 2005 keinerlei europapolitische Initiative mehr gezeigt hatte. Indessen erwies sich schnell, dass es Sarkozy nicht in erster Linie um Integrationsfortschritte ging, sondern vor allem darum, Europa als Projektionsfläche französischer Machtpolitik zu benutzen. So wurde unter der deutschen Präsidentschaft des Europäischen Rats ein neuer EU-Vertrag ausgehandelt, der insbesondere die institutionellen Errungenschaften der im Referendum gescheiterten Verfassung aufgriff. Sarkozy wurde nicht müde, den am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten Vertrag als sein Werk, als das Ergebnis einer Politikwende in Frankreich anzupreisen. Gleichzeitig versuchte der neue Präsident, die französische Außenpolitik weg von der französisch-deutschen Achse hin zum Mittelmeerraum zu orientieren. Hier sollte Frankreich eine Führungsrolle einnehmen, um so ein Gegengewicht zum wachsenden Einfluss des deutschen Nachbarn im europäischen Kontext zu schaffen. Der Präsident regte die Bildung einer «Mittelmeerunion» an, die den Rahmen setzen sollte, um eine enge Kooperation zwischen den Anrainerstaaten des Mittelmeers in verschiedenen Politikbereichen zu gewährleisten. Mit seinem Projekt verfolgte er nicht nur machtpolitische Ziele: Es sollte auch der Türkei eine Perspektive multilateraler Zusammenarbeit bieten und sie darüber hinwegtrösten, dass ihr die EU-Mitgliedschaft verweigert wurde. Gleichmaßen sollte die verstärkte Nord-Süd-Kooperation die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der afrikanischen Anrainerstaaten fördern und damit weitere Migrationsströme begrenzen. Doch machten nördliche und mitteleuropäische EU-Staaten, allen voran die Bundesrepublik, gegen das Projekt Front, da sie nicht zur Teilnahme eingeladen worden waren und sie es als Konkurrenz zur bestehenden EU-Mittelmeerpolitik im Rahmen des «Barcelona-Prozesses» begriffen. Sarkozy musste einlenken: Alle 27 EU-Mitgliedstaaten wurden eingeladen, an der deutlich abgespeckten und im Ergebnis ineffektiven «Union für das Mittelmeer» mitzuwirken.¹⁰

Der dritte Politikbereich, in dem Sarkozy einen «Bruch» herbeiführen wollte, war die Wirtschaftspolitik, das Steuer- und Sozialsystem. Im Wahlkampf hatte der Präsident immer wieder angesprochen, dass die französische Wirtschaftsordnung eine liberale Rosskur nötig habe und staatliche Reglementierungen wie die 35-Stunden-Woche revidiert gehörten. Er zeigte sich gerne in Gesellschaft erfolgreicher Großunternehmer und bezeichnete sich als der Vertreter des «Frankreich, das früh aufsteht»: Harte Arbeit solle sich wieder lohnen und Reichtum nicht bestraft werden. Unter dem Slogan «Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen», schuf die Regierung mehr Anreize für Überstunden, indem diese von Steuern und einem Teil der Sozialbeiträge befreit wurden. Um den Wegzug wohlhabender Bür-

ger zu verhindern, wurden die Erbschafts- sowie die Vermögenssteuer verringert und der Spitzensteuersatz auf 50 Prozent gesenkt.

Seit dem Herbst 2008 stand die Wirtschaftspolitik allerdings unter den Auspizien der Weltfinanzkrise, so dass Sarkozy sein Versprechen eines weniger intervenierenden Staates nicht einhalten konnte. Die Globalisierung der Finanzwirtschaft führte dazu, dass auch die französischen Banken von dem Zusammenbruch des «Subprime-Marktes» in den USA betroffen waren und auf staatliche Hilfe zu ihrer Rekapitalisierung angewiesen waren.¹¹ Neben der Bankenrettung legte der Staat ein Investitionsprogramm auf, um die Auswirkungen der Rezession zu begrenzen. Wie seine europäischen Partner setzte Frankreich somit zunächst auf nationale Lösungen, um der größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg Herr zu werden. Doch die Staatsschuldenkrise innerhalb der Eurozone erforderte zunehmend gemeinsames europäisches Handeln: So wurden ab 2010 nicht nur neue Institutionen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Leben gerufen, sondern auch strengere gemeinsame Regeln und Verfahren zur Haushaltsdisziplin für die Staaten der Eurozone eingeführt, kulminierend in dem Fiskalpakt des Jahres 2012. In diesem Prozess wirkte Frankreich nicht als eine steuernde, sondern als eine reagierende europäische Macht, die solche neuen Regelungen angesichts der Schwere der Krise notgedrungen akzeptieren musste. Es tat sich ein ständiger Widerspruch auf zwischen den Reden des Präsidenten, der nicht müde wurde, die Stärke der französischen Nation und die Großartigkeit des Staates zu rühmen, und seinem politischen Handeln, das einen fortgesetzten staatlichen Souveränitätsverzicht zur Folge hatte.¹² Da Sarkozy als Verteidiger eines «ökonomischen Patriotismus» und Beschützer der Nation in Zeiten der Globalisierung wahrgenommen werden wollte, tat er sich schwer damit, die Reformen der Eurozone als sinnvolle Fortschritte einer noch unvollkommenen Wirtschafts- und Währungsunion zu vermitteln. Für sein Image in Frankreich und Europa war dieser Widerspruch höchst abträglich: Denn so erschien er nicht als Mitgestalter der europäischen Antikrisenpolitik, sondern als Mitläufer deutscher Hegemonie. Keiner zweifelte daran, dass in dem Tandem «Merkozy» die deutsche Kanzlerin den Ton angab.

Im Frühjahr 2012 ging somit eine Präsidentschaft zu Ende, deren Ergebnisse weit hinter den fünf Jahre zuvor geweckten Erwartungen zurückblieben. Sarkozy hatte eine strenge Kontrolle der Einwanderung versprochen, und im vierten Jahr nach seinem Amtsantritt waren mehr Immigranten als zuvor nach Frankreich gekommen.¹³ Er hatte durch die Rückführung staatlicher Interventionen den Arbeitsmarkt beleben wollen, und 2012 lag die Arbeitslosenquote höher als bei seinem Amtsantritt. Er hatte seinem Land

die Führungsrolle in Europa zurückgeben wollen, aber sein Projekt einer von Frankreich angeführten Mittelmeerunion war kläglich gescheitert. Um seine Wiederwahl zu erzielen, setzte der Präsident auf die gleiche Taktik wie fünf Jahre zuvor, indem er seinen Wahlkampf betont nach rechts und auf Themen wie die nationale Identität, die Immigration und den Schutz der nationalen Grenzen ausrichtete. Doch nach fünf Jahren an der Macht gelang es ihm nicht mehr, dem «Front national» seine Sympathisanten abzuwerben. Dessen Vorsitzende Marine Le Pen, übertraf mit 6,4 Millionen Stimmen (17,9 Prozent) deutlich das Ergebnis ihres Vaters zehn Jahre zuvor, schaffte es aber nicht in den zweiten Wahlgang, den der sozialistische Kandidat François Hollande mit einem Vorsprung von gut 1,1 Millionen Stimmen gewann. Hatte noch zehn Jahr zuvor der Wahlerfolg Jean-Marie Le Pens eine beispiellose Mobilisierung derjenigen Bürger hervorgerufen, die sich von der xenophoben und extrem nationalistischen Bewegung abgrenzen wollten, schien man 2012 umgehend zur Tagesordnung überzugehen und den Aufstieg des «Front national» für unvermeidlich zu halten.

Diese Tendenz setzte sich zwei Jahre später fort, als der «Front national» bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zum ersten Mal stärkste Partei wurde und 24 der 74 französischen Sitze gewann. In der Wahlnacht vom 25. Mai 2014 zeigte sich Frankreichs politische Führungsschicht orientierungslos und geschwächt, als die Spitzenpolitiker der gemäßigten Linken und Rechten beteuerten, sie hätten die Botschaft der Wähler «verstanden», aber kaum jemand den Versuch wagte, die Propaganda des «Front national» zu dekonstruieren und die Auswirkungen aufzuzeigen, die eine Umsetzung von dessen Wahlprogramm zur Folge hätten.¹⁴ Unterdessen agierte der sozialistische Präsident glücklos; jegliche Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit blieben aus, den Hollande zum Schlüsselthema seiner Präsidentschaft erklärt hatte: 2014 lag die Arbeitslosigkeit bei 3,02 Millionen und einer Quote von 10,5 Prozent. Frankreich schien immer mehr von den arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen EU-Staaten abgehängt zu werden, die Arbeitslosenquoten von 5,3 Prozent (Deutschland) oder 6,4 Prozent (Großbritannien) vorweisen konnten.

Mit dem 7. Januar 2015 rückte jedoch ein anderes Thema in den Vordergrund des öffentlichen Interesses: An diesem Tag stürmten die Brüder Chérif und Saïd Kouachi die Büros der satirischen Wochenzeitschrift «Charlie Hebdo» und erschossen elf Menschen, darunter acht Mitglieder der Redaktion. Einen Tag später erschoss ein Komplize der Attentäter eine Polizistin im Norden von Paris, verschanzte sich in einem Supermarkt für koschere Waren und tötete dort vier Menschen. Da die Täter sich zur Terrororganisation Al Qaida bekannten, konnte kein Zweifel an dem isla-

mistischen Hintergrund der Attentate bestehen. Die Zeitschrift «Charlie Hebdo» war wiederholt bedroht und angegriffen worden, da ihr vorgeworfen wurde, blasphemisch mit dem Islam umzugehen und mit ihren Karikaturen des Propheten Mohammed die Gefühle muslimischer Bürger tief zu verletzen. Am Abend des 7. Januar trat Präsident Hollande vor das Fernsehen und vermittelte seine Deutung des Geschehens: Die Karikaturisten von «Charlie Hebdo» seien für «ihre Idee von Frankreich» gestorben, nämlich für die Gesinnungs- und Meinungsfreiheit, die im Zentrum der republikanischen Tradition stehe. Nicht nur ein satirisches Journal, sondern die «Republik als Ganzes» sei angegriffen worden. Er forderte alle Bürger zur «Einheit als unserer besten Waffe» auf. Frankreich habe stets seine Feinde besiegen können, wenn es vereint zu seinen Werten gestanden habe.¹⁵ Ausgehend von einem Hashtag im Kurznachrichtendienst Twitter verbreitete sich der Slogan «Je suis Charlie» wie ein Lauffeuer in der Öffentlichkeit, um die Solidarität mit den getöteten Journalisten auszudrücken. In den Medien tauchte der aus dem Jahre 1914 stammende Begriff der «Union sacrée» auf, um die plötzliche Beilegung innenpolitischer Zwistigkeiten angesichts der Bedrohung der Republik zu kennzeichnen. An den Gedenkmärschen am 10./11. Januar in Paris und verschiedenen Großstädten nahmen ca. 4,5 Millionen Menschen teil; eine in der französischen Geschichte bislang ungekannte Mobilisierung. Als zwei Tage später die Nationalversammlung der Opfer gedachte, sangen die Volksvertreter spontan die Marseillaise, was seit 1918 nicht mehr geschehen war.

Vordergründig erschien es so, als hätten die zutiefst politikverdrossenen Bürger eines zerrissenen Landes plötzlich zu innerer Besinnung gefunden, als die Werte der Republik angegriffen wurden. Bei näherem Hinsehen warfen die Ereignisse des Januar 2015 allerdings manche Fragen auf: Erstens kam die wahrgenommene Bedrohung der Republik nicht von einem äußeren Feind, wie es der Begriff der «Union sacrée» nahelegte. Denn die Brüder Kouachi waren in Paris geborene französische Staatsbürger aus einer algerischen Einwandererfamilie; anders als bei den Attentaten vom 11. September 2001 in den USA wurde die Gewalt nicht von außen hereingetragen, sondern kam aus der Mitte der französischen Gesellschaft. Der «Feind», der die Republik angeblich fundamental bedrohte, war somit kaum zu benennen: Handelte es sich um einzelne radikalisierte Mitbürger? Waren es Einwanderer(kinder), deren Integration dramatisch gescheitert war? War es eine extremistische politische Ideologie? War es der Islam in einer entarteten Form? Für die Spitzen der Regierung bestand kein Zweifel daran, was getan werden musste, um Täterbiographien wie die der Kou-

achi-Brüder künftig zu verhindern: Die Laizität musste mit noch größerer Entschlossenheit vermittelt werden. Erneut vermied man eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der republikanisch-laizistischen Tradition und beschränkte sich darauf, an ihre Werte zu appellieren, als böten sie für alle gesellschaftlichen Situationen gültige zeitlose Antworten. Zweitens eigneten sich die erschossenen Satiriker von «Charlie Hebdo» nur schwer zur Heroisierung als Verteidiger einer «gewissen Idee von Frankreich», hatten sie doch in ihrer Zeitung schlechthin alles verulkt und immer wieder bewiesen, dass ihnen nichts, weder Religionen noch politische Systeme oder Ideen, heilig war. Und drittens war die Einheit des Januar 2015 unvollkommener, als es auf den ersten Blick erscheinen mochte. So befanden sich unter den Teilnehmern der Gedenkmärsche des 10./11. Januar auffällig wenig Menschen mit nordafrikanischem Migrationshintergrund. Für zahlreiche Repräsentanten dieses Milieus verdeckte die staatlich proklamierte «Union sacrée» den Blick auf die tiefsitzende Islamophobie in der französischen Gesellschaft und die sozio-ökonomische Benachteiligung nordafrikanischer Einwanderer. Gewalt, so äußerten manche Stimmen, ging nicht nur von Attentätern wie den Kouachi-Brüdern aus, sondern richtete sich quasi täglich gegen muslimische Mitbürger und ihre wiederholt profanierten Kultstätten.¹⁶

Die öffentlichen Reaktionen auf das «Charlie Hebdo»-Attentat wirkten so wie eine Rückblende auf über 140 Jahre republikanische Geschichte: Im Mittelpunkt stand nicht nur der Laizismus als moralisches Wertegerüst, sondern auch die zentrale Rolle der Intellektuellen, die seit der Dreyfus-Affäre als Sinnstifter der politischen Debatte gewirkt hatten. Gleichzeitig schwang immer die koloniale Vergangenheit der Republik mit, wenn die Biographie der Kouachi-Brüder diskutiert wurde. Denn die exzessive Gewalt ihrer Tat konnte als eine postkoloniale Fortsetzung des Dramas verstanden werden, das sich zum Ende der Kolonialzeit über etliche Jahre in Algerien und anderen Überseegebieten abgespielt hatte. Und schließlich rief der Appell an die nationale Einheit die Schlüsselmomente des 20. Jahrhunderts wach, in denen ähnliche Aufrufe ertönt waren: die Dreyfus-Affäre, den Juli 1914 und das Krisenjahr 1917, den Widerstandsappell de Gaulles 1940, die Tage der Befreiung von Paris 1944 bis hin zum Regimewechsel 1958.

Niemand konnte damals wissen, dass die Ermordung der «Charlie Hebdo»-Redaktion nur der Auftakt zu einer Kette von Terrorakten war, die in den Pariser Anschlägen vom 13. November 2015 und dem Massaker auf der Nizzaner Promenade des Anglais am 14. Juli 2016 kulminierte. Nicht nur wirkte die Serie von Gewalt teils lähmend, teils traumatisierend auf die

Bevölkerung, auch spielte sie auf perfide Weise dem «Front national» in die Hände. Denn in den Augen zahlreicher Menschen bestätigte sie die Thesen der rechtsradikalen Partei, die stets einen engen Zusammenhang zwischen innerer Sicherheit, Schutz der nationalen Grenzen und Einwanderung konstruiert hatte. Und die Tatsache, dass Präsident Hollande ebenso wie sein Vorgänger Sarkozy daran gescheitert waren, die Arbeitslosenzahlen zu reduzieren, gab Marine Le Pens Behauptung Auftrieb, der «Front national» sei die einzige Alternative zu den Parteien der linken und rechten Mitte. Darüber hinaus hatte die Präsidentin des FN erfolgreich die Bewegung «entdämonisiert», indem sie keinerlei antisemitische und rassistische Entgleisungen mehr duldete, die zu Zeiten ihres Vaters noch zum Alltag der Partei gehört hatten. Vielmehr stellte sie sich nun als die wahre Hüterin republikanischer Werte hin, da sie immer schon vor den Gefahren einer Islamisierung Frankreichs gewarnt habe. Was 2002 noch wie eine Anomalie, ein der Uneinigkeit der Linken geschuldeter Ausrutscher, gewirkt hatte, erschien 2017 unvermeidlich: die Qualifikation des «Front national» für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl.

Dass kein Kandidat der großen Parteien Marine Le Pen im zweiten Wahlgang gegenüberstand, sondern der sich auf die nur wenige Monate alte Bewegung «La République en Marche!» stützende Emmanuel Macron, hat zahlreiche Gründe, die hier nicht erörtert werden können. Für die in diesem Buch aufgezeigten Tendenzen bedeutet die Wahl Macrons mit 66,1 Prozent der Stimmen die Rückkehr der «Republik der Mitte», die man seit 2002 aus den Augen verloren hatte. Sie bedeutete aber auch eine Affirmation der Fünften Republik und ihrer Fundamente: Denn was Macron versuchte, war nichts anderes als der Dialog eines charismatischen Einzelnen mit dem Volk über Parteigrenzen hinweg, so wie es der Gründer der Fünften Republik getan hatte.¹⁷ Ebenso bedeutete seine Machtübernahme einen Sieg der Technokratie, denn der aus den Eliteschulen Sciences Po und ENA hervorgegangene Präsident wollte den Problemen des Landes mit «intelligenten», von Experten erdachten Lösungen zu Leibe rücken. Es bleibt jedoch fraglich, ob dieses Angebot dazu geeignet ist, die tief gespaltene französische Gesellschaft zu vereinen.

Dank

Frankreich ist für mich nicht nur ein langjähriges Forschungsthema, sondern seit über 18 Jahren auch mein Lebensmittelpunkt. Ich hätte dennoch nicht den Mut gehabt, eine Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert zu schreiben, wenn Ulrich Herbert mich nicht gebeten hätte, den Frankreich-Band der von ihm herausgegebenen Buchreihe zu übernehmen. Sein Reihenkonzept bot mir einen höchst anregenden Leitfaden, der sich als besonders fruchtbar für die französische Geschichte erwies. In den Jahren der Arbeit an diesem Buch war er ein stets präsenter, geduldiger, kritischer und ermutigender Leser und Ratgeber, wofür ich ihm herzlich danke.

Im Verlag C.H.Beck danke ich Sebastian Ullrich, Matthias Hansl und Carola Samlowsky für die höchst professionelle Betreuung sowie Daniel Bussenius für die sorgfältige und fachkundige Lektorierung des Manuskripts.

Im Sommer 2013 gewährte mir die damals von Ulrich Herbert, Jörn Leonhard und Wolfgang Eßbach geleitete «School of History» des Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) die Gelegenheit, als Guest Fellow an diesem Projekt zu arbeiten und dort von dem sehr angenehmen kollegialen Austausch zu profitieren. In der «School of History» des FRIAS konnte ich auch erste Ideen zu diesem Buch vorstellen, wobei der Kommentar von Jakob Tanner mir wichtige Anregungen gab. In den Jahren 2016, 2017 und 2018 konnte ich dank des FRIAS als Alumni Fellow für kürzere Aufenthalte nach Freiburg zurückzukehren, wofür ich seinem Direktor Bernd Kortmann, der wissenschaftlichen Koordinatorin Britta Küst und dem gesamten Team herzlich danke. Für die Gelegenheit, dieses Buchprojekt oder einzelne Teile daraus zur Diskussion zu stellen, danke ich Petra Terhoeven und Dirk Schumann an der Universität Göttingen, Yves Bizeul und Nikolaus Werz an der Universität Rostock.

Zahlreichen Personen bin ich für ihre Unterstützung in den letzten Jahren dankbar. Meine Freunde Patrick Krassnitzer, Daniel Mollenhauer und Nicolas Weiß haben das Manuskript in Teilen oder ganz gelesen. Alle verbliebenen Fehler und Unzulänglichkeiten sind selbstverständlich nur mir anzulasten. Für ihr Interesse an diesem Buch, Gespräche und Ermuti-

gung danke ich meinen Freunden Ulrich Barteit, Stefan Meineke und Klaus Wörmcke. Gleichmaßen danke ich den Kollegen und Freunden in Nizza, Freiburg, Paris und Berlin für ihre Unterstützung und die Hilfe bei der Beschaffung von Literatur: François Bafoil, Gerd Krumeich, Laurent Baechler, Tobias Bütow, Frédéric Lépine, Hartmut Marhold, Yvan Gastaut, Jean-Claude Vérez und Valérie Charpentier.

Schließlich möchte ich meiner Familie danken, die an dem Gelingen dieses Projekts wesentlichen Anteil hatte. Ruth und Engelbert Waechter danke ich dafür, dass sie das Manuskript von der ersten bis zur letzten Zeile aufmerksam und kritisch gelesen und mir wichtige Hinweise gegeben haben. Meiner Frau Kristina Petersen danke ich dafür, dass sie mich auf diesem Weg begleitet und tagtäglich unterstützt hat. Unsere Söhne Jonas und David teilen mein Interesse für die französische Geschichte und haben mir durch ihre Fragen immer wieder neue Anregungen gegeben. Sollte dieses Buch Leserinnen und Lesern ihrer und älterer Generationen mehr Aufschluss über das wichtigste Nachbarland Deutschlands geben, so hat es seinen Sinn erfüllt.

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|--|
| AEF | Afrique-Equatoriale française |
| AML | Amis du Manifeste et de la Liberté |
| AMGOT | Allied Military Government of Occupied Territories |
| AOF | Afrique-Occidentale française |
| Attac | Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne |
| BBC | British Broadcasting Corporation |
| BCRA | Bureau central de renseignements et d'actions |
| CFDT | Confédération française démocratique du travail |
| CFLN | Comité français de la Libération nationale |
| CFA | Communauté financière africaine |
| CGC | Confédération générale des cadres |
| CGT | Confédération générale du travail |
| CGTU | Confédération générale du travail unitaire |
| CNE | Comité national des écrivains |
| CVIA | Comité de vigilance des intellectuels antifascistes |
| EDF/GDF | Electricité de France/Gaz de France |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| Euratom | Europäische Atomgemeinschaft |
| EVG | Europäische Verteidigungsgemeinschaft |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWS | Europäisches Währungssystem |
| ENA | Ecole nationale d'administration |
| EZB | Europäische Zentralbank |
| FN | Front national |
| FLN | Front de libération nationale |
| FO | Force ouvrière |
| FTP | Franc-tireurs et partisans |
| GAP | Gemeinsame Agrarpolitik |
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| LVF | Légion des volontaires français contre le bolchévisme |
| MRP | Mouvement républicain populaire |
| MUR | Mouvements unis de Résistance |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization |
| OAS | Organisation armée secrète |
| ORTF | Office de radiodiffusion-télévision française |
| PCF | Parti communiste français |
| PPA | Parti du Peuple Algérien |
| PPF | Parti populaire français |
| PS | Parti socialiste |
| PSU | Parti socialiste unifié |
| RATP | Régie autonome des transports parisiens |
| RDA | Rassemblement démocratique africain |

| | |
|------|--|
| RPF | Rassemblement du peuple français |
| RPR | Rassemblement pour la République |
| SFIO | Section française de l'Internationale ouvrière |
| SFIC | Section française de l'Internationale communiste |
| SNCF | Société nationale des chemins de fer français |
| STO | Service du Travail Obligatoire |
| TGV | Train à grande vitesse |
| UDF | Union pour la démocratie française |
| UDR | Union pour la défense de la république |
| UMP | Union pour la majorité présidentielle (ab 2003: Union pour un mouvement populaire) |
| UNR | Union pour la Nouvelle République |
| UPC | Union des populations du Cameroun |
| WTO | World Trade Organization |

Anmerkungen

ERSTER TEIL

Republik der Widersprüche 1880–1914

- 1 Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789.
- 2 «Les voyages du bonnet rouge», 1791, in: Chants de la Révolution française. Choix établi par François Moureau et Elisabeth Wahl, Paris 1989, S. 68 f.
- 3 Charte constitutionnelle du 4 juin 1814.
- 4 Pierre Rosanvallon, Le moment Guizot, Paris 1985.
- 5 Léon Gambetta, Discours prononcé au banquet de la jeunesse des écoles le 19 avril 1870, in: Discours et plaidoyers choisis de Léon Gambetta. Avec une notice biographique de Joseph Reinach, Paris 1880, S. 53 f.
- 6 «Majorité rurale, honte de la France»: In zahlreichen Publikationen nachgewiesenes Zitat. Vgl. etwa: Jacques Rougerie, La Commune 1871, Paris 1988, S. 43.
- 7 Vgl.: Daniel Mollenhauer, Auf der Suche nach der «wahren Republik». Die französischen «radicaux» in der frühen Dritten Republik (1870–1890) (Pariser Historische Studien Bd. 46), Bonn 1997, S. 38 f.
- 8 MacMahon in einer Rede vor der Abgeordnetenkammer am 28. 4. 1873, zitiert in: Philippe Guilhaume, Jules Ferry, Paris 1992, S. 56.
- 9 «Le cléricalisme, voilà l'ennemi»: Léon Gambetta in einer Rede vor der Abgeordnetenkammer am 4. 5. 1877, in: Discours et plaidoyers choisis de Léon Gambetta, Paris 1883, S. 228.
- 10 Vgl.: Rémi Dalisson, Célébrer la nation. Les fêtes nationales en France de 1789 à nos jours, Paris 2009, S. 240 ff.
- 11 François Furet, La révolution. De Turgot à Jules Ferry (1770–1880), Paris 1989.

1. Die Erschaffung einer Nation

- 1 Emmanuel Sieyès, Qu'est-ce que le tiers état? Préface de Jean-Denis Bredin, Paris 1988, S. 172 f.
- 2 Peter Laslett/Richard Wall (Hg.), Household and Family in past time, Cambridge 1972. Alan Macfarlane, The Origins of English Individualism, Oxford 1978.
- 3 Hervé Le Bras/Emmanuel Todd, L'invention de la France. Atlas anthropologique et politique, Paris 2012, S. 35.
- 4 H. Le Bras/E. Todd, L'invention, S. 259 ff.
- 5 Zitat u. weitere Beispiele in: Eugen Weber, La fin des terroirs. La modernisation de la France rural 1870–1914. Übers. v. Antoine Berman u. Bernard Génies, Vorwort v. Mona Ozouf, Paris 2011, S. 93–123.
- 6 Abbé Henri Grégoire, Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir les patois et d'universaliser l'usage de la langue française, 1794. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/fran-cophonie/gregoire-rapport.htm>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 7 Ferdinand Buisson, Cours de morale à l'usage de l'enseignement primaire, Paris 1926.
- 8 Ibid., S. 141.
- 9 E. Weber, La fin, S. 67.

- 10 Ernest Renan, Qu'est-ce qu'une nation? Conférence prononcée le 11 mars 1882 à la Sorbonne, in: Philippe Forest (Hg.), Qu'est-ce qu'une nation? Littérature et identité nationale de 1871 à 1914, Paris 1991, S. 49 f.
- 11 Félix Pécaut, Quinze ans d'éducation. Notes écrites au jour le jour, Paris 1902, S. 373 f.
- 12 Léon Gambetta, Discours prononcé à Bordeaux le 20 juin 1871, in: Discours politiques de M. Gambetta. Deux lettres à un conseiller général, Paris 1874, S. 49 f.
- 13 Ibid., S. 59.
- 14 Ibid., S. 52.
- 15 Bruno Théret, A propos du rôle de l'Etat dans la mise en œuvre des infrastructures de transport et de communication en France de 1815 à 1939, in: Histoire & Mesure 10 (1995), S. 149–197, Zitat S. 156. Zum Plan Freycinet: Robert Beck, Der Plan Freycinet und die Provinzen. Aspekte der infrastrukturellen Entwicklung der französischen Provinzen durch die Dritte Republik, Frankfurt/M. u. a. 1986.
- 16 Charles de Freycinet, Souvenirs, Vol. 2: 1878–1893, Paris 1913. <http://www.anales.org/archives/x/f2-3.html>, gesehen am 3.12.2012.
- 17 Grundlegend zur Bildungsgeschichte Frankreichs: Antoine Prost, L'Enseignement en France (1800–1967), Paris 1968.
- 18 Zur Rolle der Ordensangehörigen im Schulunterricht: Sarah A. Curtis, L'enseignement au temps des congrégations. Le diocèse de Lyon 1801–1905. Préface de Claude Langlois, Lyon 2003.
- 19 Nach dem Falloux-Gesetz konnten auch reformierte, lutherische und jüdische Geistliche in betroffenen Gemeinden solche Aufsichtsfunktionen wahrnehmen. Angesichts der geringen Anzahl von Protestanten und Juden im damaligen Frankreich (schätzungsweise 3–4 Prozent der Bevölkerung) und ihrer starken Konzentration in nur wenigen Regionen (wie etwa den Cevennen) wurde das Monopol der katholischen Kirche dadurch nicht wirklich angefochten.
- 20 Präambel des Falloux-Gesetzes zitiert in: Françoise Mayeur, Histoire générale de l'enseignement et de l'éducation en France, Tome III: De la Révolution à l'école républicaine, Paris 1981, S. 326 f.
- 21 Gustave Flaubert, Bouvard et Pécuchet (1880), avec un choix des scénarios, du Sottisier, L'Album de la Marquise et Le Dictionnaire des idées reçues, hg. v. Claudine Gothot-Mersch, Paris 2011, S. 246.
- 22 Jean Jaurès, Le socialisme et le radicalisme en 1885. Introduction aux discours parlementaires, hg. v. Madeleine Rebérioux, Genève 1980, S. 29.
- 23 Jules Ferry, Lettre aux instituteurs, 17. 11. 1883, in: Discours et Opinions de Jules Ferry, publiés avec commentaires et notes de Paul Robiquet, Paris 1893, Band IV, S. 259–67, Zitat S. 260.
- 24 Ibid., S. 261 f.
- 25 Vgl.: René Rémond, L'Anticléricalisme en France de 1815 à nos jours, Paris 1976.
- 26 Charles Péguy, L'argent (1913), in: Œuvres Complètes de Charles Péguy, Nouvelle Revue Française, Paris, Bd. 3, S. 403.
- 27 Zitiert in: Jean-François Chanet, L'école républicaine et les petites patries. Préface de Mona Ozouf, Paris 1996, S. 28.
- 28 Ferdinand Buisson zitiert in: *ibid.*, S. 29.
- 29 Zitiert in: *ibid.*, S. 209.
- 30 F. Pécaut, Quinze ans, S. 148.
- 31 J.-F. Chanet, L'école.
- 32 Vgl. auch: Hervé Terral, La Langue d'oc devant l'école (1789–1951). Entre lutte et répression, la place accordée à l'occitan. Textes choisis, Puylaurens 2005.
- 33 Lavissee zitiert in: Philippe Alexandre, Le patriotisme à l'école en France et en Allemagne, 1871–1914. Essai d'étude comparatiste, in: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hg.), Lernen und Lehren in Frankreich und Deutschland. Apprendre et enseigner en Allemagne et en France, Stuttgart 2007, S. 80–103, Zitat S. 87.

- 34 Hier zitiert nach folgender Ausgabe: G. Bruno, *Le tour de la France par deux enfants. Devoir et patrie*, 128. Auflage, Paris 1884.
- 35 *Ibid.*, S. 25.
- 36 *Ibid.*, S. 5. Aus der reichhaltigen Literatur über dieses Buch: Hartmut Stenzel, *Le tabou de la défaite. «Le Tour de la France par deux enfants» et le discours identitaire sous la Troisième République*, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Mythes et tabous des relations franco-allemandes au XXe siècle*, Bern u. a. 2012, S. 7–20. Jacques et Mona Ozouf, *«Le Tour de la France par deux enfants»*. *Le petit livre rouge de la République*, in: Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. I: *La République*, Paris 1997, S. 277–301.
- 37 Jaurès, *Le socialisme*, S. 27.
- 38 Verfassungsgesetze vom 24. 2., 25. 2. und 16. 7. 1875, <https://www.conseil-constitutionnel.fr/les-constitutions-dans-l-histoire/constitution-de-1875-iii-republique>, gesehen am 29. 8. 2018.
- 39 Jean Casimir-Perier in einem offenen Brief an die Zeitung *«Le temps»*, dort erschienen am 22. Februar 1905.
- 40 Art. 6 des Verfassungsgesetzes vom 25. 2. 1875.
- 41 Vgl.: Jean Garrigues et al., *Histoire du parlement. De 1789 à nos jours*, Paris 2007.
- 42 *Loi organique départementale du 10 août 1875*. <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k5711931x/f130.image>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 43 Art. 61, *Loi municipale du 5 avril 1884*. <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k5455300x/f10.image>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 44 Charles de Gaulle, *La France et son armée (1938)*, in: ders., *Le fil de l'épée et autres écrits*, Paris 1994, S. 452.

2. Ein republikanisches Imperium?

- 1 Text des *«Discours de Dakar»* in: http://fr.wikipedia.org/wiki/Discours_de_Dakar, gesehen am 10. 10. 2018.
- 2 Jules Ferry vor der Chambre des Députés am 28. 7. 1885.
- 3 Wolfgang Reinhard, *Kleine Geschichte des Kolonialismus*, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 271.
- 4 Vgl.: Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 1995, S. 32 f.
- 5 Vgl.: Charles-Robert Ageron, *Histoire de l'Algérie contemporaine (1830–1988)*, 9. Aufl., Paris 1990, S. 15–22, dort auch Bugeaud zitiert auf S. 15. Jean de la Guérvivière, *Amère Méditerranée. Le Maghreb et nous*, Paris 2004, S. 53 ff.
- 6 Vgl.: Trinh Van Thao, *L'Indochine*, in: Jean-Pierre Rioux (Hg.), *Dictionnaire de la France coloniale*, Paris 2007, S. 339 ff.
- 7 Vgl.: Marc Michel, Pierre Savorgnan de Brazza, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 121–126.
- 8 *Acte général de la conférence de Berlin*, 26. 2. 1885. <http://mjp.univ-perp.fr/traites/1885berlin.htm>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 9 Vgl.: Michel Bourland, *Madagascar et les Comores*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 365–374.
- 10 Vgl.: P. Guillaume, *Ferry*, S. 156 f.
- 11 Vgl.: Trinh Van Thao, 1885: *Le désastre de Lang Son*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 39–42.
- 12 Léon Gambetta, *Discours prononcé à Angers le 7 avril 1872*, Paris 1872, S. 6.
- 13 Zitiert in: Pierre Barral, *Léon Gambetta. Tribun et stratège de la République (1838–1882)*, Paris 2008, S. 221.
- 14 In einem Brief aus dem Jahre 1878. Zitiert in: Barral, *Gambetta*, S. 228.
- 15 Zu diesem Themenkreis: Charles-Robert Ageron, *Jules Ferry et la colonisation*, in: François Furet (Hg.), *Jules Ferry. Fondateur de la République. Actes du colloque organisé par l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales*, Paris 1985, S. 191–206.
- 16 Zitiert in: Jean-Michel Gaillard, *Jules Ferry*, Paris 1989, S. 537 f.

- 17 Rede von Jules Ferry am 28. 7. 1885 vor der Abgeordnetenversammlung. <http://www2.assemblee-nationale.fr/decouvrir-l-assemblee/histoire/grands-moments-d-eloquence/jules-ferry-28-juillet-1885>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 18 Paul Leroy-Beaulieu, *De la colonisation chez les peuples modernes*, 2. Aufl., Paris 1882, S. 195 f. Zu diesem Diskussionszusammenhang: Henri Brunschwig, *Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français, 1871-1914*, Paris 1960.
- 19 F. Pécaut, *Quinze ans*, S. 372.
- 20 L. Rogie & P. Despiques, *Histoire de France*, Paris 1907, S. 12. Vgl. hierzu: Dominique Maingueneau, *Langage et colonisation dans le discours de la troisième République*, in: *Langage et société* 40 (1987), S. 59-69.
- 21 Vgl.: Raoul Girardet, *L'idée coloniale en France. De 1871 à 1962*, Paris 1972.
- 22 Zum «parti colonial» vgl.: L. Abrams/D. J. Miller, *Who Were the French Colonialists? A Reassessment of the Parti Colonial, 1890-1914*, in: *The Historical Journal* 19 (1976), S. 685-725. Marc Lagana, *Le parti colonial français. Eléments d'histoire*, Presses de l'Université du Québec, 1990. Peter Grupp, *Deutschland, Frankreich und die Kolonien. Der französische «Parti colonial» und Deutschland von 1890 bis 1914*, Tübingen 1980.
- 23 Vgl.: Henri Brunschwig, *Vigné d'Octon et l'anticolonialisme sous la Troisième République*, in: *Cahiers d'études africaines* 14 (1974), S. 265-298.
- 24 Vgl.: Rede von F. Passy in der Chambre des députés, 28. 7. 1885, in: Olivier Wieviorka/Christophe Prochasson, *La France du XXe siècle. Nouvelle histoire de la France contemporaine*, Vol. 20: *Documents d'histoire*, Paris 2004, S. 68 f.
- 25 Artikel Clemenceau in «La Justice» vom 19. 2. 1885.
- 26 Zitiert in: Claude Liauzu, *Histoire de l'anticolonialisme en France, du XVIe siècle à nos jours*, Paris 2008, S. 73.
- 27 Camille Ducray, Paul Déroulède 1846-1914, *Préface de Maurice Barrès*, Paris 1914, S. 150.
- 28 Vgl.: C. Liauzu, *Histoire*, S. 72 ff.
- 29 Sehr gute Zusammenfassung der Forschungsdiskussion bei: Daniel Mollenhauer, *La plus grande France? Grundzüge der französischen Kolonialgeschichte (1830-1945)*, in: Jörn Leonhard/Rolf G. Renner (Hg.), *Koloniale Vergangenheiten - (post-)imperiale Gegenwart*, Berlin 2010, S. 69-86.
- 30 *La Dépêche Coloniale*, 2. Juni 1914. Vgl.: Christopher M. Andrew/A. S. Kanya-Forstner, *The Climax of French Imperial Expansion 1914-1924*, Stanford (Calif.) 1981, S. 17 f.
- 31 Jean-Pierre Rioux, *La France coloniale sans fard ni déni*, Bruxelles 2011, S. 160.
- 32 Vgl.: Pascal Blanchard/Sandrine Lemaire (Hg.), *Culture coloniale. La France conquise par son empire, 1871-1931*, Paris 2003.
- 33 Vgl.: William Schneider, *Race and Empire: The Rise of Popular Ethnography in the Late Nineteenth Century*, in: *The Journal of Popular Culture* 11 (1977), S. 98-109.
- 34 Vgl.: Van Troi Tran, *Vitrines coloniales. Ethnologie plastique de l'Algérie à l'Exposition universelle de 1889 à Paris*, in: *Material Culture Review/Revue de la culture matérielle* 59 (2004). <https://journals.lib.unb.ca/index.php/MCR/article/view/17979/21975>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 35 Eugène-Melchior de Vogüé, *A travers l'exposition. Les exotiques - les colonies*, in: *Revue des Deux Mondes* 95 (1889), S. 449-465, Zitat S. 450.
- 36 Walter Benjamin, Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts, in: ders., *Das Passagenwerk*, hg. von Ralph Tiedemann, *Gesammelte Schriften*, Bd. V-1, Frankfurt 1985, S. 45-59.
- 37 Hierzu und zum Folgenden: Carole Reynaud Paligot, *La République raciale. Paradigme racial et idéologie républicaine (1860-1930)*, Paris 2006. Vgl. auch: Eric Savarese, *L'ordre colonial et sa légitimation en France métropolitaine. Oublier l'autre*, Paris 1996.
- 38 Durkheim im Jahre 1912, zitiert in: R. Paligot, *République*, S. 194.
- 39 Vgl.: Martin Deming Lewis, *One Hundred Million Frenchmen: The «Assimilation» Theory in French Colonial Policy*, in: *Comparative Studies in Society and History* 4 (1962), S. 129-153.

- 40 Arthur Girault, *Principes de colonisation et de législation coloniale*, 2. Aufl., Paris 1904, Bd. 1, S. 54.
- 41 *Ibid.*, S. 86.
- 42 *Ibid.*, S. 67.
- 43 Vgl.: Jean Frimigacci, *L'Etat colonial français, du discours mythique aux réalités (1880-1940)*, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, No. 32-33, 1993, S. 27-35.
- 44 Nicolas Bancel, Pascal Blanchard, Françoise Vergès, *La République coloniale. Essai sur une utopie*, Paris 2003, S. 48.
- 45 Zum Indigenat vgl.: Gregory Mann, *What Was the Indigénat? The «Empire of Law» in French West Africa*, in: *The Journal of African History* 50 (2009), S. 331-353. Isabelle Merle, *De la «légalisation» de la violence en contexte colonial. Le régime de l'indigénat en question*, in: *Politix*, Vol. 17, No. 66, 2004, S. 137-162. Dies., *L'état français, le droit et la violence coloniale. L'indigénat en question*, in: Alain Chatriot/Dieter Gosewinkel (Hg.), *Figuretionen des Staates in Deutschland und Frankreich 1870-1945*, München 2006, S. 97-116.
- 46 Vgl.: Claudine Robert-Guiard, *Des Européennes en situation coloniale. Algérie 1830-1939*, Aix-en-Provence 2009. Daniel Leconte, *Les pieds-noirs. Histoire et portrait d'une communauté*, Paris 1980. David Prochaska, *Making Algeria French. Colonialism in Bône, 1870-1920*, Cambridge/Paris 1990. Jonathan K. Gosnell, *The Politics of Frenchness in Colonial Algeria, 1930-1954*, Rochester (N. Y.) 2002.
- 47 Vgl.: Geneviève Dermenjian, *La crise anti-juive oranaise (1895-1905)*, Paris 1986.
- 48 Vgl.: Patricia M. E. Lorcin, *Imperial Identities. Stereotyping, prejudice and race in colonial Algeria*, London/New York 1995.
- 49 Vgl.: Patrick Weil, *Le statut des musulmans en Algérie coloniale. Une nationalité française dénaturée*, EUI Working Paper HEC No. 3, 2003.
- 50 Vgl.: Ageron, *Histoire*, S. 68.
- 51 Vgl.: Bernard Droz, *Algérie: main basse sur les terres*, in: *Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire*, No. 11, avril 2001, S. 50-55. Kamel Kateb, *Européens, «indigènes», et juifs en Algérie (1830-1962)*, Paris 2001. Claus Leggewie, *Siedlung, Staat und Wanderung. Das französische Kolonialsystem in Algerien*, Frankfurt/New York 1979.
- 52 Vgl.: Trinh Van Thao, *L'Indochine*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 339-352.
- 53 Marc Michel, *L'Afrique occidentale française*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 293-299. Michel Pierre, *L'Affaire Voulet-Chanoine*, in: *Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire*, No. 11, avril 2001, S. 18-21.
- 54 Vgl.: Olivier Luciani, *L'Afrique équatoriale française*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 281-291.
- 55 Vgl.: Marc Michel, *Médecins et pharmaciens*, in: Rioux (Hg.), *Dictionnaire*, S. 591-595.
- 56 Hubert Lyautey in einer Rede in Rabat am 16. 9. 1917, in: ders., *Paroles d'action. Madagascar - Sud-Oranais - Oran - Maroc (1900-1926)*. Préface de Louis Barthou, Paris 1927, S. 242 f.
- 57 Vgl.: Gwendolyn Wright, *Tradition in the Service of Modernity. Architecture and Urbanism in French Colonial Policy, 1900-1930*, in: *The Journal of Modern History* 59 (1987), S. 291-316.
- 58 Zum komplexen Verhältnis zwischen Kolonisierung und Modernität: Abdelmajid Hanoum, *Violent Modernity. France in Algeria*, Cambridge (Mass.) 2010.

3. Eine «blockierte Gesellschaft»?

- 1 Stanley Hoffmann, *Paradoxes of the French Political Community*, in: ders., *In Search of France*, Cambridge (Mass.) 1965, S. 1-61.
- 2 Vgl.: Christophe Charle, *Histoire sociale de la France au XIXe siècle*, Paris 1991.
- 3 Jacques Bertillon, *La Dépopulation de la France, ses conséquences, ses causes, mesures à prendre pour la combattre*, Paris 1911.

- 4 Zahlen nach: Gérard Noiriel, *Population, immigration et identité nationale en France. XIXe–XXe siècle*, Paris 1992, S. 50 ff. Karen Offen, *Depopulation, Nationalism and Feminism in Fin-de-Siècle France*, in: *American Historical Review* 89 (1984), S. 648–676. Bertillon, *Dépopulation*, S. 1–5.
- 5 Vgl.: Oded Galor/David N. Weil, *Population, Technology, and Growth. From Malthusian Stagnation to the Demographic Transition and Beyond*, in: *American Economic Review* 90 (2000), S. 806–828.
- 6 Vgl.: Noiriel, *Population*, S. 55 ff.
- 7 Vgl.: Angus McLaren, *Sexuality and Social Order. The Debate over the Fertility of Women and Workers in France 1770–1920*, New York/London 1983, S. 9–27.
- 8 Vgl.: Petra Overath, *Zwischen Krisendeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Frankreich und Deutschland (1870–1918)*, in: *Comparativ* 13 (2003), Heft 3, S. 65–79. Dies., *Transfer als Verengung? Zur internationalen Diskussion über den Geburtenrückgang in Frankreich in Texten von Fernand Boverat, Roderich von Ungern-Sternberg sowie Joseph John Spengler in den späten 30er Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: *Pariser Historische Studien* 72 (2006), S. 185–211.
- 9 Alain Becchia, *Les milieux parlementaires et la dépopulation de 1900 à 1914*, in: *Communications*, No. 44, 1986. *Dénatalité: l'antériorité française, 1800–1914*, S. 201–246.
- 10 Vgl.: Bonnie G. Smith, *Ladies of the Leisure Class. The Bourgeoises of Northern France in the 19th Century*, Princeton (N.J.) 1981.
- 11 Emile Zola, *Dépopulation*, in: *Le Figaro*, 23. 5. 1896, S. 1.
- 12 Vgl.: Susan Pedersen, *Family, Dependence, and the Origins of the Welfare State. Britain and France, 1914–1945*, Cambridge 1993, S. 25 ff. Karen Offen, *Depopulation, Nationalism, and Feminism in Fin-de-Siècle France*, in: *American Historical Review* 89 (1984), S. 648–676.
- 13 Hierzu und zum Folgenden: Gerard Noiriel, *Le creuset français. Histoire de l'immigration XIXe–XXe siècles*, Paris 1988.
- 14 Claire Zalc, *Melting Shops. Une histoire des commerçants étrangers en France*, Paris 2010.
- 15 Vgl.: G. Noiriel, *Population*, S. 11 ff. Ders., *Le creuset français*, S. 69 ff.
- 16 Vgl.: Dieter Gosewinkel, *Wandlungen der Staatsbürgerschaft in Deutschland und Frankreich von 1871 bis heute*, in: Rosmarie Beier-de Haan/Jan Werquet (Hg.), *Fremde? Bilder von den «Anderen» in Deutschland und Frankreich seit 1871*, Dresden 2009, S. 38–47.
- 17 Rede von Maxime Lecomte in der Abgeordnetenversammlung vom 16. 3. 1889, zitiert in G. Noiriel, *Le creuset français*, S. 83.
- 18 Vgl.: Gérard Noiriel, *Le massacre des Italiens. Aigues-Mortes, 17 août 1893*, Paris 2010.
- 19 Maurice Barrès, «Berufung auf das ewige Frankreich», 1902, in: Peter Alter (Hg.), *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*, München 1994, S. 250.
- 20 Hans Kohn, *The Idea of Nationalism. A Study in Its Origins and Background*, 4. Aufl., New York 1948.
- 21 Vgl.: Christophe Charle, *La crise des sociétés impériales. Allemagne, France, Grande-Bretagne 1900–1940. Essai d'histoire comparée*, Paris 2001, S. 82 ff.
- 22 Zur Sozialgeschichte Frankreichs: Georges Dupeux, *La société française 1789–1960*, 3. Aufl., Paris 1964. Heinz-Gerhard Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789*, Frankfurt/M. 1989.
- 23 Léon Gambetta, *Discours prononcé à Grenoble*, Paris 1872, S. 18 f.
- 24 Daniel Halévy, *La fin des notables*. Bd. 1: *La fin des notables. Préfaces de Hervé Robert*, Paris 1995.
- 25 Christophe Charle, *Les élites de la République (1880–1900)*, Paris 1987. Philip Nord, *Les origines de la Troisième République en France (1860–1885)*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* (116/117), mars 1997, S. 53–68.
- 26 Zum Begriff: D. Mollenhauer, *Auf der Suche nach der «wahren Republik»*, S. 1 ff. Serge

- Berstein, Les radicaux, in: Jean-Jacques Becker/Gilles Candar (Hg.), Histoire des gauches en France, Vol. 2: XXe siècle; à l'épreuve de l'histoire, Paris 2004, S. 9–26.
- 27 Programme de Belleville zitiert in: Jean-Thomas Nordmann, La France radicale, Paris 1973, S. 32 f.
- 28 Vgl.: D. Mollenhauer, Auf der Suche nach der «wahren Republik», S. 3 ff.
- 29 Vgl.: Philip Nord, The Republican Moment. Struggles for Democracy in 19th Century France, Cambridge (Mass.) 1995.
- 30 Zu den Bezügen zwischen Radikalismus und Freimaurerei: André Combes, Radicalisme et franc-maçonnerie, in: Serge Berstein/Marcel Ruby (Hg.), Un siècle de radicalisme, Villeneuve d'Ascq 2004, S. 71–84. Avner Halpern, The Democratisation of France, 1840–1901. Sociability, Freemasonry and Radicalism, Minerva Press 1999. Ders., Freemasonry and party building in late 19th-Century France, in: Modern & Contemporary France 10 (2002), S. 197–210.
- 31 Text des Gründungsmanifests des Parti radical (21. 6. 1901), in: Olivier Wiewiorka/Christophe Prochasson (Hg.), La France du XXe siècle. Documents d'histoire (Nouvelle histoire de la France contemporaine, Bd. 20), Paris 2004, S. 148–150.
- 32 Vgl.: Jacques Mièvre, Le solidarisme de Léon Bourgeois. Naissance et métamorphose d'un concept, in: Cahiers de la Méditerranée 62 (2001), S. 141–155.
- 33 So der Titel des Hauptwerks von Léon Bourgeois, Solidarité, Paris 1896.
- 34 Bourgeois in seinem Vorwort zu: Ferdinand Buisson, La politique radicale, 1908, zitiert in: Gérard Baal, Histoire du radicalisme, Paris 1994, S. 24.
- 35 Vgl.: James T. Kloppenberg, Uncertain Victory. Social Democracy and Progressivism in European and American Thought, 1870–1920, New York/Oxford 1986.
- 36 Vgl.: G. Baal, Histoire du radicalisme, S. 43 ff.
- 37 Vgl. G. Dupeux, La société française, S. 121.
- 38 Herman Lebovics, The Alliance of Iron and Wheat in the Third French Republic 1860–1914. Origins of the New Conservatism, Baton Rouge/London 1988, hier S. 74 ff. Vgl. auch: Michael Stephen Smith, Tariff Reform in France 1860–1900. The Politics of Economic Interest, Ithaca/London 1980.
- 39 Jules Méline, Le retour à la terre et la surproduction industrielle, 3. Aufl., Paris 1905, S. 313.
- 40 Vgl.: M. S. Smith, Tariff Reform, S. 196 ff.
- 41 J. Méline, Le retour à la terre, S. 106.
- 42 Vgl.: M. S. Smith, Tariff Reform, S. 213.
- 43 Zur «loi Le Chapelier» und ihrer Bedeutung: Pierre Rosanvallon, Le modèle politique français. La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours, Paris 2004.
- 44 Vgl.: Christophe Charle, Histoire sociale de la France au XIXe siècle, Paris 1991, S. 161 ff.
- 45 Vgl.: G. Dupeux, La société française, S. 182 ff.
- 46 Vgl.: François Caron, Histoire économique de la France. XIXe–XXe siècle, Paris 1995, S. 144 ff.
- 47 Vgl.: C. Charle, Histoire sociale, S. 276 ff.
- 48 Vilar zitiert in: *ibid.*, S. 276.
- 49 Charte d'Amiens der CGT aus dem Jahre 1906, in: O. Wiewiorka/C. Prochasson, La France du XXe siècle, S. 184.
- 50 Zahlen nach G. Dupeux, La société française, S. 198 u. 200.
- 51 Vgl.: Rémi Lefebvre, Le socialisme français et la «classe ouvrière», in: Nouvelles Fondations 2006/1 (No. 1), S. 64–75.
- 52 Vgl.: Jacques Moreau, Les socialistes français et le mythe révolutionnaire, Paris 2003.
- 53 Reden von Jaurès und Guesde abgedruckt in: Jean Jaurès, Les deux méthodes: conférence (édition originale de 1900), Paris 2013.
- 54 Vgl.: Michel Winock, Réforme ou révolution?, in: L'Histoire, No. 397, Mars 2014, S. 46–51. Jean-Pierre Rioux, Jean Jaurès, Paris 2005, S. 147 ff.

- 55 So die Leitthese des Buchs von J. Moreau, *Les socialistes français*.
- 56 International vergleichend hierzu: Uwe Kühl (Hg.), *Der Munizipalsozialismus in Europa/Le socialisme municipal en Europe*, München 2001.
- 57 Vgl.: Stéphane Gacon, *La République briseuse de grèves et l'amnistie (1905-1914). Une tentative de régulation politique du conflit social en France*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 2015/1 No. 125, S. 17-31.
- 58 Zur Begriffsbestimmung der «classes moyennes»: Klaus-Peter Sick, *La République, des «nouvelles couches» aux «classes moyennes»*, in: Marion Fontaine/Frédéric Monier/Christophe Prochasson (Hg.), *Une contre-histoire de la IIIe République*, Paris 2013, S. 364-377.
- 59 Kritisch mit diesen Interpretationsmustern setzt sich auseinander: Philip G. Nord, *Paris Shopkeepers and the Politics of Resentment*, Princeton (N.J.) 1986.
- 60 Vgl.: H.-G. Haupt, *Sozialgeschichte*, S. 266 ff.
- 61 Emile Zola, *Au Bonheur des Dames*, Paris 1883.
- 62 Hierzu: P. G. Nord, *Paris Shopkeepers*.
- 63 Zur Geschichte dieser Organisation: Jean Ruhlmann, *Ni bourgeois, ni prolétaires. La défense des classes moyennes en France au XXe siècle*, Paris 2001.
- 64 Vgl.: *ibid.*, S. 364.
- 65 Vgl.: *ibid.*, S. 328 ff.
- 66 Vgl.: P. G. Nord, *Paris Shopkeepers*, der einen sinnvollen Vergleich zum amerikanischen Populismus des späten 19. Jahrhunderts zieht.

4. Frankreich um 1900

- 1 Caran d'Ache, *Un dîner en famille*, Paris, ce 13 février 1898.
- 2 Aus der unüberschbar reichen Literatur zur Dreyfus-Affäre seien die Arbeiten von Vincent Duclert hervorgehoben: *L'Affaire Dreyfus*, Paris 2009. Seine Biografie des Hauptmanns: Alfred Dreyfus. *L'honneur d'un patriote*, Paris 2006. Sowie seine Geschichte der Dritten Republik mit einem umfangreichen Teil über die Affäre: *La République imaginée 1870-1914*, Paris 2010. Deutschsprachige Quellensammlung: Siegfried Thalheimer, *Die Affäre Dreyfus*, dtv Dokumente, München 1986. Zur Orientierung nützlich: George R. Whyte, *The Dreyfus Affair. A Chronological History*. Foreword by Sir Martin Gilbert, New York 2008. Bemerkenswert auch die neuere Darstellung des Schriftstellers Louis Begley: *Why the Dreyfus Affair matters*, New Haven/London 2009.
- 3 Paul Déroulède in einem Interview aus dem April 1888, zitiert in: Raoul Girardet, *Le nationalisme français*. *Anthologie 1871-1914*, Paris 1983, S. 129.
- 4 Vgl. das Wahlprogramm von Maurice Barrès als boulangistischer Kandidat vom Sept. 1889, in: R. Girardet, *Le nationalisme*, S. 135-137.
- 5 Vgl.: William D. Irvine, *The Boulanger Affair Reconsidered. Royalism, Boulangism, and the Origins of the Radical Right in France*, New York/Oxford 1989.
- 6 Edouard Drumont, *La France juive. Essai d'histoire contemporaine*, Bd. 1, Paris 1886, S. v.
- 7 Vgl.: Jean-Jacques Becker, *L'armée*, in: Vincent Duclert/Perrine Simon-Nahun (Hg.), *Les événements fondateurs. L'affaire Dreyfus*, Paris 2009, S. 84-90.
- 8 Artikel aus der «*Libre Parole*» vom 28. 5. 1892, zitiert in: V. Duclert, *L'affaire*, S. 15.
- 9 Vgl.: W. D. Irvine, *The Boulanger Affair*, S. 157 ff.
- 10 Ausgewählte Beispiele von Presseillustrationen aus der Dreyfus-Affäre: Raymond Bachollet, *Les cent plus belles images de l'affaire Dreyfus*. Préface de Jean-Denis Bredin, Paris 2006. Sowie, ausschließlich für das «dreyfusistische» Lager: Guillaume Doizy/Jean-Bernard Lalaux, *A bas la calotte! La caricature anticléricale et la séparation des églises et de l'état*, Paris 2005.
- 11 Vgl.: Christophe Charle, *Naissance des «intellectuels», 1880-1900*, Paris 1990. Joseph Jurt, *Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu*, Göttingen 2012. Pascal Ory/Jean-François Sirinelli, *Les intellectuels en France. De l'affaire Dreyfus à*

- aujourd'hui, Paris 2004. Zum Intellektuellenbegriff vgl. auch: Gangolf Hübinger, *Gelernte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen 2006, S. 9 ff.
- 12 Charles Péguy, *Notre jeunesse*, Paris 1910, S. 54.
- 13 Zola zitiert in: J. Jurt, *Frankreichs engagierte Intellektuelle*, S. 38.
- 14 Vgl.: Jean-Pierre Rioux, Maurice Barrès: «ma soumission à mon innéité», in: *Mil neuf cent*, No. 11, 1993, S. 101–106, Zitat S. 101.
- 15 Zitate aus dem «Monument Henry» in: R. Girardet, *Le nationalisme*, S. 179–181.
- 16 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 170.
- 17 Vgl.: P. Rosanvallon, *Le modèle politique*, S. 341 ff.
- 18 Text des Gesetzes vom 1. Juli 1901 auf der Seite <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006069570&dateTexte=20090506#LEGISCTA000006084159>, gesehen am 11. 10. 2018.
- 19 Waldeck-Rousseau zitiert in: Anatole France, *Le parti noir. L'affaire Dreyfus, la loi Falloux, la loi Combes*, Paris 1907, S. 34.
- 20 Zu den verschiedenen Tendenzen des französischen Laizismus: Jean Baubérot, *Les sept laïcités françaises. Le modèle français de laïcité n'existe pas*, Paris 2015.
- 21 Text des Gesetzes vom 9. Dezember 1905 auf der Seite <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000006070169&dateTexte=20080306>, gesehen am 11. 10. 2018.
- 22 C. Péguy, *Notre jeunesse*, S. 54.
- 23 Maurice Barrès, *Scènes et doctrines du nationalisme*, Bd. 1, Paris 1902, S. 10.
- 24 *Ibid.*, S. 12. Zum Nationalismus von Barrès vgl.: Zeev Sternhell, *Maurice Barrès et le nationalisme français*, Bruxelles 1985.
- 25 *Ibid.*
- 26 Albert Wolff, *Mémoires d'un Parisien*, Paris 1885.
- 27 Vgl.: Gregory Shaya, *The Flaneur, the Badaud, and the Making of a Mass Public in France, circa 1860–1910*, in: *The American Historical Review* 109 (2004), S. 41–77.
- 28 Zitate in: Vincent Freylin, *Le Grand Paris d'Haussmann*, in: *Valeurs actuelles*, 17. 12. 2009, <https://www.valeursactuelles.com/histoire/le-grand-paris-dhaussmann-25991>, gesehen am 11. 10. 2018.
- 29 Emile Zola, *Le ventre de Paris. Préface et commentaires de Gérard Gengembre*, Paris 2009, S. 54.
- 30 Grundlegend zur Prostitution in Frankreich: Alain Corbin, *Les filles de noce. Misère sexuelle et prostitution (19e siècle)*, Paris 1978. Sowie: Brigitte Rochelandet, *Histoire de la prostitution. Du Moyen Age au XXe siècle*, Yens-sur-Morges 2007. Jean Feixas, *Le ruban. Le siècle extravagant de la prostitution de rue 1850–1950*, Paris 2011. Emmanuel Pierrat, *Les lorettes. Paris, capitale mondiale des plaisirs au XIXe siècle*, Paris 2013.
- 31 Catherine Guigon, *Les Cocottes. Reines du Paris 1900*, Paris 2012.
- 32 Vgl.: Natalie Morel Borotra, *Ravel et le groupe des Apaches*, in: *Cuadernos de Seccion. Musica* 8 (1996), S. 145–158.
- 33 Gertrude Stein, *Paris Frankreich*, berechtigte Übersetzung von Marie-Anne Stiebel, 6. Aufl., Frankfurt/M. 1991, S. 22 f.
- 34 Vgl.: Roger-Henri Guerrand, *L'aventure du métropolitain*, Paris 1999.
- 35 Eröffnungsrede Millerands zitiert in: *Le Matin*, 15. 4. 1900. <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k558141g/ff>, gesehen am 11. 10. 2018.
- 36 Vgl. das Kapitel «The Dynamo and the Virgin» in: Henry Adams, *The Education of Henry Adams*, New York 1918, S. 379 ff.
- 37 Vgl.: Pascal Ory, *Les expositions universelles de Paris*, Bruxelles 1988. Alexander C.T. Geppert, *Fleeting Cities: Imperial Expositions in Fin-de-Siècle Europe*, Basingstoke 2010.
- 38 Vgl. das Kapitel «La fête des maires» in: Jean-Pierre Rioux, *La France de 1900*, Paris 2012, S. 263–270. Sowie: Arnaud-Dominique Houte, *Le triomphe de la République. 1871–1914*, Paris 2014, S. 7 f. Das Chanson von Vincent Hyspa trug den Titel «Le banquet des maires».

- 39 Vgl.: Christophe Charle, *Paris fin de siècle. Culture et politique*, Paris 1998, S. 25.
- 40 So erklärt Jacques Julliard die Geisteshaltung des Gründers der Sciences Po. Vgl.: Jacques Julliard, *La faute aux élites*, Paris 1997, S. 60 ff.
- 41 Vgl.: Bernard Marchand, *Paris, histoire d'une ville. XIXe–XXe siècle*, Paris 1993, S. 193 ff.
- 42 Zur frühen Entwicklung Renaults im Vergleich zu Ford: Jacques Wolff, *Entrepreneurs et firmes. Ford et Renault de leurs débuts à 1914*, in: *Revue économique* 8 (1957), S. 297–323. Zum Taylorismus in Frankreich und bei Renault: Patrick Fridenson, *Un tournant taylorien de la société française (1904–1918)*, in: *Annales. Economies, Sociétés, Civilisations* 42 (1987), S. 1031–1060.

ZWEITER TEIL

Gewonnener Krieg, Verlorener Frieden
1914–1940

- 1 Zum Geschichtsbild des «30-jährigen Kriegs»: Matthias Waechter, *De Gaulles 30jähriger Krieg. Die Résistance und die Erinnerung an 1918*, in: Gerd Krumeich/Jost Dülffer (Hg.), *Der Verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 51–60. Jüngstes Beispiel einer auf dieser Periodisierung beruhenden Gesamtdarstellung ist das herausragende Buch von Nicolas Beaupré, *Les grandes guerres 1914–1945*, Paris 2012.
- 2 Charles de Gaulle, *Discours prononcé à la radio de Londres*, 18.9.1941, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, Paris 1970, S. 102 f.

5. Der Große Krieg

- 1 Ausführliche Analyse dieser Episode in: Jean-Jacques Becker, *L'année 14*, Paris 2004, S. 7 ff.
- 2 Winston Churchill, *The World Crisis (1911–1918)*, London 1943, S. 103.
- 3 Zur Debatte über die Ursprünge des Ersten Weltkriegs und die Rolle Deutschlands: Anika Mombauer, *The Origins of the First World War. Controversies and Consensus*, London 2002. Antoine Prost/Jay Winter, *Penser la Grande Guerre. Un essai d'historiographie*, Paris 2004. Oliver Janz, *14. Der Große Krieg*, Frankfurt/New York 2013, S. 17 ff.
- 4 Zur neueren Forschung zur französischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert: Stanislas Jeannesson, *Diplomatie et politique étrangère de la France contemporaine: un bilan historiographique depuis 1990*, in: *Histoire, économie, société* 31 (2012), S. 87–98.
- 5 Quellen hierzu in: R. Girardet, *Le nationalisme français*, S. 223 ff. Die ältere Forschung über die Rolle der öffentlichen Meinung fasst zusammen: Pierre Guillen, *Opinion politique et politique étrangère en France 1871–1914. Orientation des études menées en France depuis 1945*, in: *Opinion publique et politique extérieure en Europe I: 1870–1915. Actes du Colloque de Rome*, 13.–16.2.1980, Rom 1981, S. 49–62.
- 6 Zum russisch-französischen Bündnis: Pierre Renouvin, *Les relations franco-russes à la fin du XIXe siècle et au début du XXe siècle. Bilan des recherches*, in: *Cahiers du monde russe et soviétique*, Vol. 1, No. 1, Mai 1959, S. 128–147. George F. Kennan, *Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Köln 1990.
- 7 Der Wortlaut des Vertrags unterschied genau genommen drei Bündnisfälle: 1) Der Angriff Deutschlands auf Russland oder Frankreich. 2) Der von Deutschland unterstützte Angriff Italiens auf Frankreich. 3) Der von Deutschland unterstützte Angriff Österreichs auf Russland. Vgl. den Text des franz.-russ. Vertrags vom 18.8.1892 (in englischer Übersetzung) nach: The Avalon Project. Documents in Law, History and Diplomacy. Yale Law School. http://avalon.law.yale.edu/19th_century/frumil.asp, gesehen am 4.1.2015.
- 8 Zu Delcassé: Christopher Andrews, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente cordiale. A reappraisal of French Foreign Policy 1898–1905*, London 1968.

- 9 Vgl.: Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich, *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918*, Essen 2010, S. 25 ff.
- 10 Grundlegend zur zweiten Marokkokrise: Jean-Claude Allain, *Agadir 1911. Une crise impérialiste pour la conquête du Maroc*, Paris 1976. Geoffrey Barraclough, *From Agadir to Armageddon: Anatomy of a Crisis*, New York 1982. Zu Deutschlands Rolle: Emily Oncken, *Der Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981.
- 11 Vgl.: Daniel Mollenhauer, «*Sous le canon d'Agadir*». Clemenceau et le raidissement de 1911, in: Sylvie Brodziak/Caroline Fontaine (Hg.), *Clemenceau et la Grande Guerre. Actes du colloque tenu au Sénat, à Paris, les 20 et 21 novembre 2009*, La Crèche 2010, S. 67–85.
- 12 Vgl.: Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2013, S. 271 ff.
- 13 J.-J. Becker/G. Krumeich, *Der Große Krieg*, S. 45.
- 14 Vgl.: Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–14*, Wiesbaden 1980.
- 15 Vgl.: Agathon [d. i. Alfred de Tarde/Henri Massis], *Les jeunes gens d'aujourd'hui* [1913]. Präsentation par Jean-Jacques Becker, Paris 1995.
- 16 Zitiert in: C. Clark, *Schlafwandler*, S. 576.
- 17 Vgl.: Georges-Henri Soutou, *La grande illusion. Quand la France perdait la paix 1914–1920*, Paris 2015, S. 63. Zur französischen Politik in der Julikrise vgl. auch: Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs*, München 2009.
- 18 J.-J. Becker, *L'année 14*, S. 141.
- 19 Vgl.: *ibid.*, S. 133 ff. Sowie: Jean-Jacques Becker, *1914, comment les Français sont entrés dans la guerre*, Paris 1975.
- 20 Zitiert in: G.-H. Soutou, *La grande illusion*, S. 66.
- 21 Marc Bloch, *L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940*, Paris 1990, S. 155.
- 22 Vgl.: G.-H. Soutou, *La grande illusion*, S. 66. Grundlegend zu den Kriegszielen Frankreichs: Pierre Renouvin, *Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918*, in: *Revue historique* 235 (1966), S. 1–38.
- 23 Adresse Poincarés vom 4. 8. 1914 zitiert in: J.-J. Becker, *L'année 14*, S. 149.
- 24 Vgl.: Jean-Jacques Becker, *La France en guerre 1914–1918. La grande mutation*, Paris 1988.
- 25 Vgl.: J.-J. Becker, *L'année 14*, S. 148 ff.
- 26 Bergson zitiert in: Joseph Jurt, *Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu*, Göttingen 2012, S. 67.
- 27 Romain Rolland, *Au-dessus de la mêlée*, in: *Journal de Genève*, 15. 9. 1914. Hier zitiert nach: http://fr.wikisource.org/wiki/Au-dessus_de_la_mêlée/Au-dessus_de_la_mêlée, gesehen am 10. 10. 2018.
- 28 Vgl.: Larissa Wegner, *Deutsche Besatzungsherrschaft in Nordfrankreich*, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), *Die Deutschen an der Somme, 1914–1918. Krieg, Besatzung, verbrannte Erde*, Essen 2016, S. 51–64.
- 29 Vgl.: Philippe Nivet, *La France occupée 1914–1918*, Paris 2011. Annette Becker, *Les cicatrices rouges 14–18. France et Belgique occupées*, Paris 2010.
- 30 Rede von Jean Jaurès in Lyon-Vaise am 25. Juli 1914. https://www.marxists.org/francais/general/jaures/works/1914/07/jaures_19140725.htm, gesehen am 5. 2. 2015.
- 31 Jaurès zitiert in: J.-J. Becker, *L'année 14*, S. 112.
- 32 Vgl.: Daniel Mollenhauer, Art. «*Jean Jaurès*», in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2003, S. 596.
- 33 Jouhaux zitiert in: *ibid.*, S. 113.
- 34 Vgl. hierzu: Annette Becker, *La guerre et la foi. De la mort à la mémoire. 1914–1930*, Paris 1994. Sowie: J.-J. Becker, *La France en guerre*, S. 44–47. Dort auch die Zitate.

- 35 Aufruf Vivianis «Aux femmes françaises» vom 6. August 1914, in: Evelyne Morin-Rotureau (Hg.), *Françaises en guerre, 1914-1918*, Paris 2013, S. 16.
- 36 Vgl.: Michelle Zancarini-Fournel, *Travailler pour la patrie?*, in: E. Morin-Rotureau (Hg.), *Françaises*, S. 15-35.
- 37 Vgl.: Yvonne Knibiehler, *Les anges blancs*, in: *ibid.*, S. 37-52.
- 38 Vgl.: Jean-Yves Le Naour, *La prostitution au service de la nation*, in: *ibid.*, S. 74-78.
- 39 Vgl.: Florence Rochefort, *Les féministes en guerre*, in: *ibid.*, S. 7-11.
- 40 So etwa J.-J. Becker, *La France en guerre*, S. 48 ff.
- 41 Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker, 14-18, *retrouver la Guerre*, Paris 2000, hier S. 109 ff.
- 42 Hierzu: John Horne/Alan Kramer, 1914, *les atrocités allemandes. La vérité sur les crimes de guerre en France et en Belgique*, Paris 2011.
- 43 Ihre These vom *consentement patriotique* haben die Autoren an verschiedenen Stellen vertreten. Am besten zusammengefasst in: S. Audoin-Rouzeau/A. Becker, 14-18. Die Vorstellung vom Ersten Weltkrieg als Kreuzzug wird im internationalen Vergleich entfaltet von: Marc Ferro, *La Grande Guerre 1914-1918*. Nouvelle édition, Paris 1990, S. 348 ff.
- 44 Vgl.: Frédéric Rousseau, *La guerre censurée. Une histoire des combattants 14-18*, Paris 2003. Ders./René Cazals, 14-18, *le cri d'une génération. Essai sur la parole combattante*, Toulouse 2003.
- 45 Emmanuel Saint-Fuscien, *A vos ordres? La relation d'autorité dans l'armée française de la Grande Guerre*, Paris 2011. Zusammenfassend zu dieser Debatte vgl.: Gerd Krumeich, *Kriegs-(Un-)Kultur? Zur deutschen und französischen Forschung über eine Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs*, in: ders., *Deutschland, Frankreich und der Krieg. Historische Studien zu Politik, Militär und Kultur*, hg. von Susanne Brandt u. a., Essen 2015, S. 54-72.
- 46 Vgl.: Florent Lazarovici, *Itinéraire d'un majoritaire: Albert Thomas*, in: Vincent Charbarlac/Romain Ducolombier (Hg.), *Les socialistes français et la Grande Guerre. Ministres, militants et combattants de la majorité (1914-1918)*, Dijon 2008, S. 43-52. Jean-Jacques Becker, Albert Thomas, *d'un siècle à l'autre. Bilan de l'expérience de guerre*, in: *Les cahiers IRICE* 2008/2, S. 9-15. Daniel Mollenhauer, Art. «Albert Thomas», in: G. Hirschfeld/G. Krumeich/I. Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, S. 921.
- 47 Vgl.: Didier Bruneel, *La Banque de France dans la Grande Guerre*, Paris 2015.
- 48 Vgl.: N. Beaupré, *Les grandes guerres*, S. 155 ff. J.-J. Becker/G. Krumeich, *Der Große Krieg*, S. 155 ff. Georges-Henri Soutou, *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*, Paris 1989.
- 49 Generell zu dieser Problematik: Gerd Krumeich/Susanne Brandt (Hg.), *Schlachtenmythen. Ereignis - Erzählung - Erinnerung*, Köln 2003.
- 50 Vgl.: Gerd Krumeich/Antoine Prost, *Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-französischer Sicht*, übers. v. Ursula Böhme, Essen 2016. Gerd Krumeich, *Verdun: Ein Ort gemeinsamer Erinnerung?*, in: Horst Möller/Jacques Morizet (Hg.), *Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte*, München 1996, S. 162-184.
- 51 Zu Verdun als Ereignis und Erinnerungsort: Antoine Prost, *Verdun*, in: P. Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Vol. 2: *La nation*, Paris 1997, S. 1755-1780.
- 52 Vgl.: G. Krumeich/A. Prost, *Verdun 1916*, S. 89.
- 53 Georges Gaudy, *Les trous d'obus de Verdun*, Paris 1922, hier zitiert nach A. Prost, *Verdun*, S. 1776.
- 54 Hauptmann Jean Vigier am 12. 11. 1916, hier zitiert nach: J.-J. Becker/G. Krumeich, *Der Große Krieg*, S. 242.
- 55 Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2013, S. 452.
- 56 Vgl.: G.-H. Soutou, *La grande illusion*, S. 108-131.
- 57 Guy Pedroncini, *Les mutineries de 1917*, Paris 1967, S. 312 f.
- 58 Weitere Studien zu den Meutereien: Denis Rolland, *La grève des tranchées. Les mutine-*

- ries de 1917, Paris 2005. Leonard V. Smith, *Between Mutiny and Obedience. The Case of the French Fifth Infantry Division during World War I*, Princeton 1994.
- 59 André Loez, 14–18. Les refus de la guerre. Une histoire des mutins, Paris 2010.
- 60 Dies wird auch in den Briefen sichtbar, die von Frontsoldaten an das Parlament geschrieben wurden. Vgl.: Fabienne Bock/Thierry Bonzon, «Il faut que vous sachiez ce qui se passe chez nous...»: 246 lettres de militaires français au Parlement en 1917, in: André Loez/Nicolas Mariot (Hg.), *Obéir/désobéir. Les Mutineries de 1917 en perspective*, Paris 2008, S. 167–180.
- 61 A. Loez, 14–18, S. 402.
- 62 Zu den Präfektenberichten: Jean-Jacques Becker, *Les Français dans la Grande Guerre*, Paris 1980, S. 210–220.
- 63 Vgl.: Georges Clemenceau, *L'Antipatriotisme devant le Sénat. Discours prononcé le 22 juillet 1917*, Paris 1917, Zitat S. 12.
- 64 Vgl.: G.-H. Soutou, *La grande illusion*, S. 225 ff.
- 65 Poincaré zitiert in: Jean-Jacques Becker, *L'accession au pouvoir*, in: S. Brodziak/C. Fontaine (Hg.), *Clemenceau et la Grande Guerre*, S. 125.
- 66 Georges Clemenceau, *Déclaration ministérielle et discussion des interpellations à la Chambre des Députés*, 20. 11. 1917, in: ders., *Discours de guerre*, Paris 1968, S. 135 f.
- 67 *Ibid.*, S. 130, 141.
- 68 Zum Kampfbegriff des «Defätismus» im damaligen politischen Diskurs: Galit Haddad, *La querelle du «défaitisme» en 1917*, in: *Mots. Les langages du politique* 76 (2004), S. 60–74.
- 69 G. Clemenceau, *Déclaration ministérielle*, S. 132.
- 70 *Ibid.*, S. 140, 145.
- 71 *Ibid.*, S. 139.
- 72 Sir Francis Bertie in einem Brief an Lloyd George vom 9. 12. 1917, zitiert in: Christopher M. Andrew, *The Climax of French Imperial Expansion 1914–1924*, Stanford (Calif.) 1981, S. 137.
- 73 General Mordacq zitiert in: Jean-Jacques Becker, *Clemenceau, chef de guerre*, Paris 2012, S. 108.
- 74 Georges Clemenceau, «Je fais la guerre». 8. 3. 1918, in: ders., *Discours de guerre*, S. 172.
- 75 Vgl.: J.-J. Becker, *Clemenceau, chef de guerre*, S. 117.
- 76 Clovis Andrieu zitiert in: Gérard Raffaelli/Michèle Zancarini, Art. «Clovis Andrieu», <http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article89606>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 77 Vgl.: Jean-Jacques Becker, *Opposition to the War in France: The Case of Clovis Andrieu*, in: Hugh Cecil/Peter H. Liddle (Hg.), *Facing Armageddon. The First World War Experience*, London 1988, S. 677–690.
- 78 Zitiert in: J.-J. Becker, *Clemenceau, chef de guerre*, S. 124.
- 79 Vgl.: Georges Clemenceau, *Après le Chemin des Dames*, 6. Juni 1918, in: ders., *Discours de guerre*, S. 187 ff.
- 80 Vgl.: Matthias Waechter, Art. «Vierzehn Punkte», in: G. Hirschfeld/G. Krumeich/I. Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, S. 949–951.
- 81 Zu den Differenzen zwischen den Alliierten über ihre Friedensziele: G.-H. Soutou, *La grande illusion*, S. 255 ff.
- 82 Text der Note vom 5. November 1918: http://wwi.lib.byu.edu/index.php/The_Allies%27_Conditional_Acceptance_of_the_Fourteen_Points, gesehen am 23. 4. 2015. Vgl. auch: Matthias Waechter, Art. «Lansing-Note», in: G. Hirschfeld/G. Krumeich/I. Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, S. 672 f.
- 83 Georges Clemenceau, *Rede vor dem Senat am 11. 11. 1918*, in: ders., *Discours de guerre*, S. 227 f.

6. Der prekäre Frieden

- 1 Zahlen nach: Rüdiger Overmans, Art. «Kriegsverluste», in: G. Hirschfeld/G. Krumeich/I. Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 663–666.
- 2 Vgl.: J.-J. Becker/G. Krumeich, Der Große Krieg, S. 305 f.
- 3 Vgl.: G.-H. Soutou, La grande illusion, S. 316 f.
- 4 Zu den unterschiedlichen Positionen innerhalb Frankreichs gegenüber der zu schaffenden Friedensordnung: G.-H. Soutou, La grande illusion, S. 297 ff.
- 5 Der Antigermanismus Clemenceaus wird nachdrücklich betont von J.-J. Becker, Clemenceau, chef de guerre.
- 6 Clemenceau vor den Abgeordneten am 30. Dezember 1918, in: Pierre Milza (Hg.), Sources de la France au XXe siècle (de 1918 à nos jours), Paris 1997, S. 25.
- 7 Ansprache Poincarés zur Eröffnung der Versailler Friedenskonferenz am 18. Januar 1919, zitiert in: H. Möller/J. Morizet (Hg.), Franzosen und Deutsche, S. 75.
- 8 Art. 227, 228 und 231 des Versailler Friedensvertrags. Vollständiger Text: <http://www.documentarchiv.de/wr/vv.html>, gesehen am 13. 5. 2015.
- 9 Hier zitiert nach: Gerd Krumeich, Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: ders./Silke Fehleemann (Hg.), Versailles 1919: Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, S. 53–64, Zitat S. 62.
- 10 Vgl. hierzu auch: Gerd Krumeich, Vergleichende Aspekte der «Kriegsschuldebatte» nach dem Ersten Weltkrieg, in: ders., Deutschland, Frankreich und der Krieg, S. 123–139.
- 11 Vgl. hierzu auch: Jean-Jacques Becker, Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: G. Krumeich/S. Fehleemann (Hg.), Versailles, S. 65–70.
- 12 Vgl.: G.-H. Soutou, La grande illusion, S. 313 ff.
- 13 Art. 297 und 298 des Versailler Friedensvertrags.
- 14 Vgl.: G.-H. Soutou, La grande illusion, S. 325 ff.
- 15 Vgl.: Bruno Cabanes, Die französischen Soldaten und der «Verlust des Sieges», in: G. Krumeich/S. Fehleemann (Hg.), Versailles, S. 269–279. Sowie: Pierre Miquel, La paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.
- 16 Vgl.: Stéphane Audoin-Rouzeau, Die Delegation der «gueules cassées» in Versailles am 28. Juni 1919, in: G. Krumeich/S. Fehleemann (Hg.), Versailles, S. 280–287.
- 17 Rede Clemenceaus vom 30. Juni 1919 vor der Abgeordnetenkammer, in: ders., Discours de guerre, S. 241.
- 18 Clemenceau am 25. 3. 1919, zitiert in: J.-J. Becker, Clemenceau, chef de guerre, S. 147.
- 19 Vgl.: G.-H. Soutou, La grande illusion, S. 336 ff.
- 20 L.-O. Frossard nach der Rückkehr von einer Reise nach Moskau. In: L'Humanité, 13. 8. 1920.
- 21 Vgl.: Rüdiger Hachtmann, Fordismus, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 27. 10. 2011. http://docupedia.de/zg/hachtmann_fordismus_v1_de_2011, gesehen am 3. 10. 2018.
- 22 Vgl.: Gérard Noiriel, Les Grèves de 1919 en France. Revolution manquée ou mouvement d'humeur?, in: French Politics and Society Vol. 8, No. 1 (Winter 1990), S. 48–55. Sowie: Charles Tilly/Edward Shorter, Les vagues de grèves en France, 1890–1968, in: Annales. Economies, Sociétés, Civilisations 28 (1973), S. 857–887.
- 23 Vgl.: Paul Smith, Feminism and the Third Republic. Women's Political and Civil Rights in France 1918–1945, Oxford 1996, S. 104 ff.
- 24 Hierzu und besonders zum Verhalten Clemenceaus: Odile Rudelle, Le vote des femmes et la fin de «l'exception française», in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire. No. 42, avril-juin 1994, S. 52–65.
- 25 Vgl.: Jean-Jacques Chevallier, Histoire des institutions et des régimes politiques en France de 1789 à 1958, Paris 2001.
- 26 Discours prononcé par M. Georges Clemenceau le 4 novembre 1919 à Strasbourg, Paris 1919, S. 25 f.
- 27 Vgl.: Joseph Paul-Boncour, «L'homme au couteau entre les dents», in: P. Milza (Hg.), Sources de la France du XXe siècle, S. 41.

- 28 Vgl.: Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000, S. 151 ff.
- 29 Vgl.: J.-J. Becker, *Clemenceau, chef de guerre*, S. 168 ff.
- 30 Vgl.: Serge Berstein, *Léon Blum*, Paris 2006.
- 31 «Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 6. August 1920». <http://www.trend.infopartisan.net/trdo308/to50308.html>, gesehen am 14.7.2015.
- 32 Rede Léon Blums auf dem Kongress von Tours in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 43–45.
- 33 Zum Kongress von Tours vgl. die Darstellung in: S. Berstein, *Léon Blum*, S. 204 ff.
- 34 Leo Trotzki, *Communisme et Franc-Maçonnerie en France*, 25. 11. 1922. <http://vivelepcf.fr/3321/communisme-et-franc-maconnerie-en-france-leon-trotsky-25-novembre-1922/>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 35 Vgl.: Michael Hoffmann, *Ordnung, Familie, Vaterland. Die Wirkung des Ersten Weltkriegs auf die parlamentarische Rechte im Frankreich der 1920er Jahre*, München 2008, S. 293 ff.
- 36 Edouard Herriot vor der Abgeordnetenversammlung am 17. 6. 1924, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 48.
- 37 Vgl.: Frédéric Monier, *Cartel des gauches et gouvernements radicaux (1902–1914)*, in: Jean-Jacques Becker/Gilles Candar (Hg.), *Histoire des gauches en France*, Bd. 2: *XXe siècle: A l'épreuve de l'histoire*, Paris 2004, S. 215–226.
- 38 Vgl. die Auszüge aus Publikationen von Maurras in: R. Girardet, *Le nationalisme français*, S. 118–122.
- 39 Vgl.: Eugen Weber, *Action Française. Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*, Stanford (Calif.) 1962. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 271 ff.
- 40 Vgl.: *ibid.*, S. 283 ff. Avner Ben-Amos, *La «panthéonisation» de Jean Jaurès. Rituel et politique sous la IIIe République*, in: *Terrain* No. 15, Oct. 1990, S. 49–64.
- 41 Paul Valéry, «Nous autres, civilisations, nous savons maintenant que nous sommes mortelles ...» (1919), in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 34 f.
- 42 Vgl.: Charles-Robert Ageron, *France coloniale ou parti colonial?* Paris 1978, S. 250 ff.
- 43 Vgl.: Charles-Robert Ageron, *La décolonisation française*, Paris 1991, S. 31 ff.
- 44 Paul Claudel, *Voyage en Indochine (1921)*, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 175 f.
- 45 Vgl.: Pierre Brocheux, *Indochine: la grande révolte de 1930*, in: *Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire* No. 10, 2001, S. 80–86.
- 46 Albert Sarraut, *Grandeur et servitudes coloniales*, Paris 1931, S. 102.
- 47 *Ibid.*, S. 108.
- 48 Vgl.: Jacques Marseille, *La gauche, la droite et le fait colonial en France. Des années 1880 aux années 1960*, in: *Vingtième Siècle* 24 (1989), S. 17–28.
- 49 Vgl.: Alice L. Conklin, *A Mission to Civilize. The Republican Idea of Empire in France and West Africa, 1895–1930*, Stanford (Calif.) 1997, S. 212 ff.
- 50 Zitiert in: *ibid.*, S. 231.
- 51 Diese Formulierung tauchte in dem in allen französischen Schulen verwendeten Geschichtsbuch von Ernest Lavisse auf.
- 52 Georges Hardy in seinem Buch: *Une conquête morale. L'enseignement en AOF (1917)*, zitiert in: Pascale Barthélémy, *L'enseignement dans l'Empire colonial français: une vieille histoire?*, in: *Histoire de l'éducation* 128 (2010), S. 5–27, hier S. 10.
- 53 Hardy zitiert in: *ibid.*, S. 10.
- 54 Vgl.: Harry Gamble, *Peasants of the Empire. Rural Schools and the Colonial Imaginary in 1930s French West Africa*, in: *Cahiers d'études africaines*, No. 195, 2009/3, S. 775–804.

- 55 Vergleichend über das Verhältnis Bourguibas und Abbas' zur Kolonialmacht: Jean La-couture, *Cinq hommes et la France*, Paris 1961, S. 109–180, 265–324.
- 56 Vgl.: Michael Goebel, *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Paris 2015. Daniel Brückenhaus, *Policing Transnational Protest. Liberal Imperialism and the Surveillance of Anti-Colonialists in Europe, 1905–1945*, Oxford 2017.
- 57 Äußerungen von Messali Hadj aus dem Jahre 1934, zitiert in: Benjamin Stora, *Le nationalisme algérien avant 1954*, Paris 2010, S. 28.
- 58 Viollette in seinen Erinnerungen «L'Algérie vivra-t-elle?» (1931), zitiert in: *ibid.*, S. 24.
- 59 Zum Rif-Krieg: Vincent Courcelle-Labrousse/Nicolas Marmié, *La guerre du Rif. Maroc 1921–1926*, Paris 2008. Jean-Louis Miège, *L'arrière plan diplomatique de la guerre du Rif*, in: *Revue de l'Occident musulman et de la Méditerranée*, No. 15–16, 1973, S. 219–230.
- 60 So formulierte es Aristide Briand vor der Abgeordnetenversammlung am 2. 12. 1925. Vgl.: «Le cabinet Briand devant les chambres», in: *Le Petit Parisien*, 3. 12. 1925.
- 61 Vgl. die Rede des kommunistischen Abgeordneten Jacques Doriot vor der Abgeordnetenversammlung am 4. 2. 1925, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 179–182.
- 62 Vgl.: J. Jurt, *Intellektuelle*, S. 88 ff.
- 63 Rede von Albert Sarraut in Constantine am 23. 4. 1927, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 184–186.
- 64 Zitate in: Charles-Robert Ageron, *L'exposition coloniale*, in: P. Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 1, S. 493–515.
- 65 Maréchal Lyautey, «Le sens d'un grand effort», 1931, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 186–187.
- 66 Vgl.: Jacques Marseille, Art. «Colonisation française, bilan économique», in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 201–206.
- 67 Vgl.: Pierre Brocheux/Daniel Hémerly, *Indochine. La colonisation ambiguë (1858–1954)*, Paris 2001, S. 260 ff.
- 68 Vgl.: C.-R. Ageron, *France coloniale*, S. 254 ff.

7. Frankreich um 1926

- 1 F. Léger zitiert in: *Petites chroniques #13: les années folles – 1925–1929. Le renouveau culturel*, partie 2, Paris 2015, S. 3.
- 2 Vgl.: Fabrice Abbad, *La France des années 20*, Paris 1993, S. 9.
- 3 Grundlegend zu den Veteranen in der Gesellschaft der Nachkriegszeit: Antoine Prost, *Les anciens combattants et la société française, 1914–1939*, 3 Bde., Paris 1977.
- 4 Zahlen in: F. Abbad, *La France des années 20*, S. 7 ff. Sowie: ders., *La France de 1919 à 1929*, Paris 1996.
- 5 Ralph Schor, *Histoire de l'immigration en France de la fin du XIXe siècle à nos jours*, Paris 1996, S. 57 ff.
- 6 Vgl.: Heinrich August Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974.
- 7 Vgl.: Claude Didry/Frédéric Marty, *La politique de concurrence comme levier de politique industrielle. Réflexions sur l'expérience française de l'après-guerre en matière de lutte contre les ententes horizontales. Congrès de l'Association Française de Science Politique, Aix-en-Provence, 24. 6. 2015*, S. 9.
- 8 Vgl.: Egbert Klautke, *Unbegrenzte Möglichkeiten. «Amerikanisierung» in Deutschland und Frankreich (1900–1933)*, Wiesbaden 2003, S. 213 ff. Richard Kuisel, *Capitalism and the State in Modern France. Renovation and Economic Management in the 20th Century*, Cambridge 1981, S. 59 ff. Ders., Ernest Mercier, *French Technocrat*, Berkeley (Calif.) 1967.
- 9 Vgl.: Stanislas Jeannesson, *Pourquoi la France a-t-elle occupé la Ruhr?*, in: *Vingtième Siècle, revue d'histoire*, No. 51, juillet–septembre 1996, S. 56–67.

- 10 Vgl.: Serge Berstein, *Edouard Herriot ou la République en personne*, Paris 1985, S. 129–138.
- 11 Vgl.: François Roth, Raymond Poincaré, Paris 2000, S. 513 ff.
- 12 Vgl.: Evelyne Cohen, Paris dans l'imaginaire national de l'entre-deux-guerres, Paris 1999.
- 13 Vgl.: Stefanie Middendorf, *Massenkultur. Zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Modernität in Frankreich 1880–1980*, Göttingen 2009, S. 228.
- 14 Duhamel in seinem Buch «*Scènes de la vie future*» (1930), zitiert in: *ibid.*, S. 185.
- 15 Vgl.: Philip Dine, *Sport and Identity in France. Practices, Locations, Representations*, Oxford et al. 2012.
- 16 Vgl.: Thierry Terret, *Histoire du sport*, Paris 2010.
- 17 Vgl.: Christopher S. Thompson, *The Tour de France. A Cultural History*, Berkeley/Los Angeles 2008.
- 18 G. Stein, Paris Frankreich, S. 18.
- 19 Joseph Kessel in einem Filminterview vom 16.9.1963, Archiv des Institut national de l'audiovisuel. <http://www.ina.fr/video/I00008249/kessel-et-giacometti-a-propos-du-montparnasse-des-annes-20-video.html>, gesehen am 30.9.2015.
- 20 Vgl.: Misia, reine de Paris. Katalog einer Ausstellung in Paris und Le Cannet, Juni 2012 bis Januar 2013, Paris 2012.
- 21 Ernest Hemingway im Vorwort zu Kikis 1929 erschienenen Memoiren, zitiert in: Billy Klüver/Julie Martin, *Kikis Paris. Künstler und Liebhaber*, Köln 1989, S. 191.
- 22 Vgl.: Noel R. Fitch, Sylvia Beach. Eine Biographie im literarischen Paris 1920–1940. Aus dem Amerikanischen von Angelika Schleindl, München 1988. Andrea Weiss, Paris war eine Frau. Die Frauen von der Left Bank. Aus dem Englischen von Susanne Goerdts, Hamburg 1998.
- 23 «You are all part of a lost generation», so zitiert Hemingway Gertrude Stein in dem Motto seines 1926 erschienenen Romans «*The Sun also Rises*».
- 24 Vgl.: Brooke Lindy Blower, *Becoming Americans in Paris. Transatlantic Politics and Culture between the World Wars*, New York 2011.
- 25 Vgl.: Bennetta Jules-Rosette, Josephine Baker in *Art and Life. The Icon and the Image*, Chicago 2007.
- 26 Aus der reichhaltigen Literatur über Coco Chanel: Isabelle Riemeyer, *Chanel intime. Préface de Gabrielle Palasse-Labrunie. Photographies de Francis Hammond*, Paris 2011. Henry Gidel, *Coco Chanel*, Paris 2000.

8. Die Krise der 1930er Jahre

- 1 Zum Depressionsbegriff vgl.: Paul Krugman, *The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008*, New York 2009.
- 2 Vgl.: Gareth Davies, André Tardieu, *les Modérés and the Politics of Prosperity: 1919–1929*, in: *Histoire@Politique* 2012/1 (No. 16), S. 94–110.
- 3 Zahlen nach: Serge Berstein, *La France des années 30*, Paris 1988, S. 25 ff.
- 4 Vgl.: Jacques Marseille, *Les origines «inopportunes» de la crise de 1929 en France*, in: *Revue économique*, volume 31, No. 4, 1980, S. 648–684. Sowie: Dominique Borne/Henri Dubief, *La crise des années 30, 1929–1938*, Paris 1989, S. 20 ff.
- 5 Vgl.: Petra Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/1939)*, München 2010, S. 819 ff.
- 6 Vgl.: Franz-Josef Brüggemeier, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 165 f.
- 7 Vgl.: S. Berstein, *La France des années 30*, S. 29 ff.; D. Borne/H. Dubief, *La crise*, S. 20 ff.
- 8 Rede von Pierre Laval in der Abgeordnetenkammer vom 8. Juni 1935, zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 81.

- 9 Vgl.: J. Marseille, *Les origines «inoportunes»*.
- 10 J. Marseille errechnet etwa eine weit höhere Zahl, als sie in den einschlägigen Gesamtdarstellungen genannt wird.
- 11 Vgl.: Philippe Rygiel, *Les renvois de Polonais de France dans les années 1930*, in: Janine Ponty (Hg.), *Polonia. Des Polonais en France de 1830 à nos jours*, Paris 2011, S. 125–129. Mary D. Lewis, *The Boundaries of the Republic. Migrant Rights and the Limits of Universalism in France, 1918–1940*, Palo Alto (Calif.) 2007.
- 12 Antoine de Saint-Exupéry, *Terre des hommes*, Paris 1939, S. 179.
- 13 Debatte auf dem Parteitag der «Radikalen» des Jahres 1933, zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 61.
- 14 Georges Clemenceau, *Grandeurs et misères d'une Victoire (1930)*, zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 63.
- 15 Louis-Ferdinand Céline, *Voyage au bout de la nuit*, Paris 1932.
- 16 André Tardieu in seinem Buch «Alerte aux Français» (1936), zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 68 f.
- 17 Vgl.: Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les non-conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969.
- 18 Zum Elitismus der «Nonkonformisten»: S. Middendorf, *Massenkultur*, S. 192 ff. Zum Personalismus vgl.: Matthias Waechter, *Alexandre Marc: Revolutionär, Föderalist, Europäer*, in: *Osteuropa*, 58 (2008) 12, S. 125–135.
- 19 Vgl.: Zeev Sternhell, *Ni Droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, Paris 1983. Bernard-Henri Lévy, *L'idéologie française*, Paris 1981.
- 20 Vgl.: Dominique Borne, *Ligues de l'entre-deux-guerres*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 598–600.
- 21 François de La Rocque in einer Parlamentsbefragung 1934, zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 69 f.
- 22 Vgl.: Pierre Milza, *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987, S. 114 ff.
- 23 So zitiert in: Michel Margairaz/Danielle Tartakowsky, «L'avenir nous appartient!» *Une histoire du Front populaire*, Paris 2006, S. 24.
- 24 Vgl.: Serge Berstein, *Le 6 février 1934*, Paris 1975. A. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 467 ff.
- 25 Vgl.: J. Jurt, *Intellektuelle*, S. 109 ff.
- 26 Vgl.: Jean-Jacques Becker, *Aux origines du Front populaire*, in: Jean-Pierre Rioux (Hg.), *Le Front populaire*, Paris 2006, S. 33–40.
- 27 Zitiert in: M. Margairaz/D. Tartakowsky, «L'avenir», S. 51.
- 28 Formulierung von Bertrand de Jouvenel in einem Zeitungsartikel vom 17. 6. 1936, zitiert in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 89.
- 29 Simone Weil in einem Artikel für die Zeitschrift «La révolution prolétarienne» vom 10. 6. 1936. <https://bataillesocialiste.wordpress.com/documents-historiques/1936-06-la-vie-et-la-greve-des-ouvrieres-metallus-weil/>, gesehen am 3. 12. 2015.
- 30 André Malraux, *Carnet du Front populaire (1935–1936)*, Paris 2006, S. 69.
- 31 Text des Matignon-Abkommens in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 87 f.
- 32 Léon Blum in einer Radiorede vom 31. 12. 1936, zitiert in: M. Margairaz/D. Tartakowsky, «L'avenir», S. 95.
- 33 Vgl.: Daniel Guérin, *Front populaire, révolution manquée. Un témoignage militant. Nouvelle édition revue et augmentée. Avant propos de Charles Jacquier. Postface de Barthélemy Schwartz*, Paris 2013, S. 162 ff.
- 34 Vgl.: Pascal Ory, *La belle illusion. Culture et politique sous le signe du Front populaire 1935–1938*, Paris 1994.
- 35 Vgl.: D. Guérin, *Front populaire*, S. 186 ff.
- 36 Vgl.: David Wingeate Pike, *Les Français et la guerre d'Espagne. Préface de Pierre Renouvin*, Paris 1975, S. 65 ff.

- 37 Vgl.: Robert Frank, *Le Front populaire a-t-il perdu la guerre?*, in: J.-P. Rioux, *Le front populaire*, S. 113–129.
- 38 Robert Frankenstein, *Le prix du réarmement français (1935–1939)*, Paris 1982.
- 39 Marceau Pivert zitiert in: D. Guérin, *Front populaire*, S. 203.
- 40 Vgl.: A. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 492 ff. Philippe Burrin, *La dérive fasciste*. Doriot, Déat, Bergery 1933–1945, Paris 1986, S. 278 ff.
- 41 Vgl.: Andreas Wirsching, *Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten 1936 bis 1939*, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 31–60.
- 42 Georges Gaudy in der «Action française» vom 3.9.1937, zitiert in: Ralph Schor, *L'antisémitisme en France dans l'entre-deux-guerres*, Paris 2005, S. 169. Tatsächlich gab es neben Blum lediglich zwei weitere jüdische Regierungsmitglieder. Zum Antisemitismus vgl. auch: A. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 497 ff.
- 43 Maurice Thorez zitiert in: S. Berstein, *Léon Blum*, S. 508.
- 44 Zur französischen Außenpolitik 1919–1930: Jean-Michel Guieu, *Gagner la paix 1914–1928*, Paris 2015.
- 45 Poincaré in einem Brief vom 29. 6. 1923, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 151.
- 46 Vgl.: S. Jeannesson, *Pourquoi la France a-t-elle occupé la Ruhr*. Zur Forschungsdiskussion über die Ziele der Ruhrbesetzung vgl. auch: Anna-Monika Lauter, *Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919–1923)*, Essen 2006.
- 47 Vgl.: Stanislas Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924*. *Histoire d'une occupation*, Strasbourg 1998, S. 239 ff.
- 48 Herriot zitiert in: Serge Berstein, *Histoire du Parti radical*. Vol. 1: *La recherche de l'âge d'or, 1919–1926*, Paris 1980, S. 53.
- 49 Briand zitiert in: J.-M. Guieu, *Gagner la paix*, S. 449.
- 50 Vgl.: Sylvain Schirmann, *Les relations franco-allemandes 1918–1940*. *Affrontements et coopération*, in: Jörn Leonhard (Hg.), *Vergleich und Verflechtung. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Berlin 2015, S. 27–40.
- 51 Vgl.: Jacques Bariéty (Hg.), *Aristide Briand, la Société des Nations et l'Europe: 1919–1932*, Paris 2007.
- 52 Ausführlich hierzu: Helmut-Dieter Giro, *Frankreich und die Remilitarisierung des Rheinlands*, Diss. phil. Düsseldorf 2005.
- 53 Rede Sarrauts zitiert in: *ibid.*, S. 104.
- 54 Vgl.: Maurice Vaïsse, *Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs 1930–1939*, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 590–616.
- 55 Zum «appeasement» vgl.: Wolfgang J. Mommsen/Lothar Kettenacker (Hg.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983.
- 56 F.-J. Brüggemeier, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, S. 184.
- 57 Vgl.: Georges-Henri Soutou, *Die Westmächte und die Septemberkrise unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs*, in: Jürgen Zarusky/Martin Zückert (Hg.), *Das Münchner Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive*, München 2013, S. 159–178.
- 58 Etienne de Crouy-Chanel zitiert in: Elisabeth du Réau, *Edouard Daladier 1884–1970*, Paris 1993, S. 285.
- 59 Vgl.: IFOP, 1938–1944: *Des accords de Munich à la libération de Paris ou l'aube des sondages d'opinion en France*, http://data.over-blog-kiwi.com/1/11/53/93/20141129/ob_789840_1938-1945-l-aube-des-sondages-d-opinion.pdf, gesehen am 20. 10. 2018.
- 60 Zur Debatte über das Münchner Abkommen: Martine Boyer-Weinmann/Frank Estelmann/Olaf Müller (Hg.), *Das Münchner Abkommen und die Intellektuellen. Literatur und Exil in Frankreich zwischen Krise und Krieg*, Tübingen 2008.
- 61 Léon Blum zitiert in: S. Berstein, *Léon Blum*, S. 603.

- 62 Alexander Solschenizyn, Nobelpreis-Rede über die Literatur 1970, München 1973, S. 49. Vgl. auch: Benjamin F. Martin, France in 1938, Baton Rouge (Louis.) 2005.
- 63 Vgl.: IFOP, Des accords de Munich à la libération.
- 64 Vgl.: Laurent Veray, La Grande Guerre au cinéma. De la gloire à la mémoire, Paris 2008, S. 87 ff.
- 65 Ibid.
- 66 Vgl.: M. Vaisse, Der Pazifismus, S. 608.
- 67 Ibid., S. 609.
- 68 Daladier zitiert in: François Bedarida, Huit mois d'attente et d'illusion: la «drôle de guerre», in: ders./Jean-Pierre Azéma (Hg.), La France des années noires. Bd. 1: De la défaite à Vichy, Paris 2000, S. 41–74, Zitat S. 47.
- 69 Vgl.: Stéphane Courtois/Marc Lazar, Histoire du Parti communiste français, Paris 2000, S. 171 ff.
- 70 Jean-Paul Sartre, Les Carnets de la drôle de guerre, Paris 1983, Eintrag vom 20. 11. 1939, S. 35 f.
- 71 Vgl.: Hans-Jürgen Heimsoeth, Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der «Drôle de guerre» 1939/1940, Bonn 1990.

DRITTER TEIL

Vom Zusammenbruch zur Dekolonisierung 1940–1962

- 1 Zu den Ereignissen des Jahres 1940: Jean-Pierre Azéma, 1940, l'année noire, Paris 2010. Jean-Baptiste Duroselle, L'abîme 1939–1944, Paris 1986.
- 2 Vgl.: Jean Vidalenc, L'exode de mai-juin 1940, Paris 1957.
- 3 Vgl.: Stefan Grüner, Paul Reynaud (1878–1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001, S. 269 ff.
- 4 Sir Edward Spears, Assignment to Catastrophe. Vol.: The Fall of France, June 1940, London/Melbourne/Toronto 1954.
- 5 Vgl.: Michèle Cointet, Nouvelle histoire de Vichy, Paris 2011, S. 31 ff.
- 6 Philippe Pétain, Appel du 17 juin 1940, in: Jean-Claude Barbas (Hg.), Philippe Pétain: Discours aux Français. 17 juin 1940–20 août 1944. Textes établis, présentés et commentés par Jean-Claude Barbas, Paris 1989, S. 57.
- 7 Der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag vom 22. 6. 1940, in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung, Bd. 15, Berlin, 1970, S. 337–341.
- 8 Präambel zu den Waffenstillstandsbedingungen vom 22. 6. 1940, in: *ibid.*, S. 326 f.

9. Die zerstörte Einheit

- 1 Zu 1940 als Trauma: Matthias Waechter, 1940 – Die Niederlage als Ursprungsort politischer Mythen in Frankreich, in: Yves Bizeul/Stephanie Wodianka (Hg.), Mythos und Tabula Rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs, Bielefeld 2018, S. 111–124.
- 2 Henri Amouroux, La grande histoire des Français sous l'occupation, 6 Bde., Band 1: Quarante millions de pétainistes, Paris 1977.
- 3 Vgl.: Pierre Laborie, L'opinion française sous Vichy, Paris 1990.
- 4 Philippe Pétain, Appel du 20 juin 1940, in: ders., Discours au Français, S. 60.
- 5 Gaston Bergery, Pour une France intégrée à la nouvelle Europe, in: P. Milza (Hg.), Sources de la France du XXe siècle, S. 201.
- 6 Philippe Pétain, Politique sociale de l'éducation (Revue des Deux Mondes, 15. 8. 1940), in: ders., La France Nouvelle. Principes de la communauté. Appels et messages 17 juin 1940–17 juin 1942, Paris 1942, S. 53.

- 7 G. Bergery, *Pour une France*, S. 202.
- 8 Loi constitutionnelle du 10 juillet 1940, in: *Journal officiel de la République française*, Nr. 167, 11. 7. 1940.
- 9 Vgl.: Olivier Wieviorka, *Les orphélins de la République. Destinée des députés et sénateurs français 1940–1945*, Paris 2001.
- 10 Vgl.: Pierre Servent, *Le mythe Pétain. Verdun ou les tranchées de la mémoire*, Paris 1992.
- 11 Léon Blum zitiert in: O. Wieviorka, *Les orphélins*, S. 51.
- 12 Vgl. die Daten in: Olivier Wieviorka, *Le vote du 10 juillet 1940*, in: Jean-Luc Leleu u. a. (Hg.), *La France pendant la Seconde Guerre Mondiale. Atlas historique*, Paris 2010, S. 72 f.
- 13 P. Pétain, *Discours du 4 juin 1941*, in: ders., *Discours aux Français*, S. 138. Ders., *Discours du 8 juillet 1941*, in: *ibid.*, S. 150.
- 14 P. Pétain, *Appel du 17 juin 1940*, in: *ibid.*, S. 57 f.
- 15 P. Pétain, *Appel du 20 juin 1940*, in: *ibid.*, S. 60.
- 16 P. Pétain, *Radioansprache vom 30. 10. 1940*, in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 211.
- 17 Vergleichend zu Besatzungsherrschaft und Kollaboration: Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009.
- 18 Vgl.: Hervé Coutau-Bégarie/Claude Huan, *Mers-el-Kébir (1940). La rupture franco-britannique*, Paris 1994.
- 19 Vgl.: P. Pétain, *Message du 14. 12. 1940*, in: *Discours aux Français*, S. 101. Ders., *Discours du 1er mai 1941*, in: *ibid.*, S. 127–130.
- 20 Charles Maurras, «La divine surprise», in: *Petit Marseillais*, 9. 2. 1941, zitiert in: Alfred Fabre-Luce, *Journal de la France*, Bd. 2: August 1940–April 1942, Bruxelles 1942, S. 43–44.
- 21 Text des «Judenstatuts» in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 5: West- und Nordeuropa 1940–Juni 1942, bearb. v. Katja Happe, Michael Mayer, Maja Peers, Berlin/München 2012, Dok. 241, S. 603 ff.
- 22 Vgl. die Auszüge aus offiziellen Verlautbarungen der Regierung in: Marc Olivier Baruch, *Das Vichy-Regime. Frankreich 1940–1944. Aus dem Französischen von Birgit Martens-Schöne*. Bearb. v. Stefan Martens, Stuttgart 1999, S. 51–54.
- 23 Gesetz über Ausländer jüdischer Rasse, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 5, Dok. 242, S. 606.
- 24 Vgl.: Text des Gesetzes in: *ibid.*, Dok. 244, S. 616 f. Benjamin Stora, *L'abolition, puis le rétablissement du décret Crémieux. LDH Toulon: Les juifs de l'Algérie coloniale*. <http://www.ldh-toulon.net/les-juifs-de-l-Algerie-coloniale.html>, gesehen am 24. 1. 2015.
- 25 Gesetz vom 2. 6. 1941 zur Erfassung der Juden, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 5, Dok. 271, S. 674.
- 26 Gesetz über das Judenstatut vom 2. 6. 1941, in: *ibid.*, Dok. 270, S. 669 ff.
- 27 Gesetz vom 22. 7. 1941 über Unternehmen, Güter und Vermögenswerte von Juden, in: *ibid.*, Dok. 273, S. 690 ff.
- 28 Vgl.: Hervé Joly (Hg.), *Les comités d'organisation et l'économie dirigée du régime de Vichy*, Caen 2004.
- 29 M. Cointet, *Nouvelle histoire*, S. 342.
- 30 Vgl.: Jean-Pierre Le Crom, *Syndicats, nous voilà!* Paris 1995.
- 31 Vgl.: François Rouquet, *Le sort des femmes sous le gouvernement de Vichy (1940–1944)*, in: *Lien social et Politiques*, No. 36, 1996, S. 61–68.
- 32 P. Pétain, *Appel du 25 juin 1940*, in: ders., *Discours aux Français*, Paris 1989, S. 66.
- 33 Vgl.: John Hellman, *The Knight-Monks of Vichy France: Uriage 1940–1945*, Montréal 1993.
- 34 Vgl.: Jean-Paul Cointet, *La Légion française des combattants*, Paris 1991.
- 35 Zur Debatte über den Charakter des Vichy-Regimes: M. Cointet, *Nouvelle histoire*,

- S. 170 ff. Zum Faschismus im internationalen Kontext: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hg.), *Faschismus und Faschisten im Vergleich*. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998.
- 36 Charles de Gaulle, Discours prononcé à la radio de Londres, 18 juin 1940, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, Paris 1970, S. 3 f.
- 37 In seinen *Mémoires de guerre*, Bd. 1: *L'appel*, 1940–1942, Paris 1954.
- 38 Vgl.: Jean-Louis Crémieux-Brilhac, *La France libre. De l'appel du 18 juin à la Libération*, Paris 1996, S. 206 ff.
- 39 Vgl.: Sébastien Albertelli, *Les services secrets du général de Gaulle. Le BCRA 1940–1944*, Perrin 2009.
- 40 Auswahledition der französischen Radiosendungen der BBC: Jean-Louis Crémieux-Brilhac, «Ici Londres» 1940–1944, 5 Bde., Paris 1975/76.
- 41 Charles de Gaulle, Discours prononcé à la radio de Londres, 25. 11. 1940, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, S. 43.
- 42 Charles de Gaulle, Discours prononcé au Comité National d'Égypte, 18. 6. 1941, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, S. 89.
- 43 Tracts clandestins publiés en France. Bibliothèque nationale: Rés.G. 1476 I–VII.
- 44 Maurice Schumann, *Honneur et Patrie*, 26. 10. 1940, in: «Ici Londres», Bd. I, S. 124.
- 45 Neuere Darstellungen zur Geschichte der Résistance: Robert Gildea, *Fighters in the Shadows. A New History of the French Resistance*, London 2015. Laurent Douzou, *La résistance française. Une histoire périlleuse*, Paris 2005. Zur Historiographie der Résistance: Laurent Douzou (Hg.), *Faire l'histoire de la Résistance. Actes du colloque international (18–19 mars 2008)*, Rennes 2010.
- 46 Hierzu: Matthias Waechter, *Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940–1958*, Göttingen 2006, S. 109 ff.
- 47 Charles de Gaulle, *Déclaration publiée en France dans les journaux clandestins*, 23. 6. 1942, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, S. 105.
- 48 Ibid.
- 49 M. Waechter, *Der Mythos des Gaullismus*, S. 68.
- 50 Zum Lothringerkreuz und seiner Geschichte: M. Waechter, *Der Mythos des Gaullismus*, S. 87 ff.
- 51 Vgl.: «Ni de Gaulle ni Vichy», in: *L'Enchaîné. Organe régional du Parti communiste. Région du Nord*, No. 22, Jan. 1941. Sowie: *L'Humanité (Sud)*, 29. 5. 1941.
- 52 Vgl.: Gaël Eismann, *Hôtel Majestic. Ordre et sécurité en France occupée (1940–1944)*, Paris 2010.
- 53 Vgl.: Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996, S. 251 ff.
- 54 Verordnung über Maßnahmen gegen Juden, 27. 9. 1940, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 5, Dok. 238, S. 596 f.
- 55 Zweite Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 18. 10. 1940, in: *ibid.*, Dok. 246, S. 618 f.
- 56 Vgl.: U. Herbert, *Best*, S. 262 ff.
- 57 Vgl.: Arne Radtke-Delacor, *Die «gelenkte Wirtschaft» in Frankreich. Versuch einer vergleichenden Untersuchung der technokratischen Strukturen der NS-Besatzungsmacht und des Vichy-Regimes (1940–44)*, in: Alain Chatriot/Dieter Gosewinkel (Hg.), *Figuren des Staates in Deutschland und Frankreich 1870–1945*, München 2006, S. 237–254. Ders., *Produire pour le Reich. Les commandes allemandes à l'industrie française (1940–1944)*, in: *Vingtième Siècle*, No. 70, 2001/2, S. 1–19. Sowie der Literaturbericht: Kenneth Mouré, *Economic Choice in Dark Times. The Vichy Economy*, in: *French Politics, Culture & Society* 25 (2007), S. 109–130.
- 58 Vgl.: Barbara Lambauer, *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration*, Paris 2001.
- 59 Vgl.: Stanley Hoffmann, *Collaborationism in France during World War II*, in: *The Jour-*

- nal of Modern History 40 (1968), S. 375–395. Philippe Burrin, *La dérive fasciste*. Doriot, Déat, Bergery 1933–1944, Paris 1986.
- 60 Doriot am 22. 6. 1942, zitiert in: *ibid.*, S. 430.
- 61 Vgl.: Dominique Venner, *Histoire de la collaboration*, Paris 2000, S. 275 ff.
- 62 Vgl.: Gisèle Sapiro, *La raison littéraire. Le champ littéraire français sous l'Occupation (1940–1944)*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, Vol. 111–112, mars 1996, S. 3–35. Sowie J. Jurt, *Frankreichs engagierte Intellektuelle*, S. 135 ff.
- 63 Vercors (Pseudonym von Jean Bruller), *Le silence de la mer*, Paris 1942.
- 64 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom Oktober 1941, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 65 Wegen «Transportschwierigkeiten» fand ihre Deportation erst am 27. 3. 1942 statt. Vgl.: Lagebericht des Militärbefehlshabers vom Februar/März 1942, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 66 Vgl.: Regina M. Delacor, *Attentate und Repressionen: Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42*, Stuttgart 2000. Peter Lieb, *Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44*, München 2007, S. 20 ff.
- 67 Vgl. den Lagebericht des Militärbefehlshabers für die Monate Februar/März 1942, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.

10. Frankreich um 1942

- 1 Vgl.: Fabrice Grenard, *Le rationnement*, in: Jean-Luc Leleu u. a. (Hg.), *La France pendant la Seconde Guerre Mondiale. Atlas historique*, Paris 2010, S. 144 f.
- 2 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom November 1941, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 3 P. Pétaïn, *Message du 12 août 1941*, in: *ders.*, *Discours aux Français*, S. 164–172.
- 4 Laval's Rede vom 20. 4. 1942 zitiert in: Fred Kupferman, Pierre Laval, Paris 1982, S. 371.
- 5 Zur «relève» und zum Zwangsarbeitsdienst: Bernd Zielinski, *Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitskräfteeinsatz im Dritten Reich*, Münster 1995.
- 6 Rede Laval's vom 22. 6. 1942 zitiert in: D. Venner, *Histoire de la collaboration*, S. 326.
- 7 Léon Werth, *Als die Zeit stillstand. Tagebuch 1940–1944*. Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer und Tobias Scheffel, Frankfurt 2017, Eintrag vom 22. 6. 1942, S. 378.
- 8 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom Juni 1942, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 9 Achte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 29. 5. 1942, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 5, Dok. 323, S. 812 f.
- 10 Vgl.: Vermerk des Leiters des Judenreferats in Paris, Theodor Dannecker, vom 15. 6. 1942, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 12: West- und Nordeuropa Juni 1942–1945, bearb. v. Katja Happe, Barbara Lambauer u. Clemens Maier-Wolthausen, Berlin/München 2015, Dok. 235, S. 625 f.
- 11 Aktenvermerk von Carl Oberg über die Besprechung vom 2. 7. 1942 mit René Bousquet, in: *ibid.*, Dok. 239, S. 636–639.
- 12 Vgl.: Maurice Rajsfus, *Black Thursday: The Round-up of 16 July 1942*, Los Angeles 2017.
- 13 Dies wird an den Vorbereitungen zur Razzia vom «Vél d'hiv» deutlich: Vgl. Vermerk von Th. Dannecker über eine Besprechung mit den französischen Polizeibehörden, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 12, Dok. 241, S. 641 f.
- 14 Vgl.: Stéphane Courtois/Adam Rayski, *Qui savait quoi? L'extermination des Juifs 1941–1945*, Paris 1987.
- 15 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom August 1942, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.

- 16 Brief der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs an Pétain vom 22. 7. 1942, in: Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 12, Dok. 246, S. 651.
- 17 Hirtenbrief von Erzbischof Saliège vom 23. 8. 1942, zitiert in: M. O. Baruch, Das Vichy-Regime, S. 107 f.
- 18 Zahlen in: Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz. Die «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich, übers. u. mit einem Vorwort v. Ahlrich Meyer, Darmstadt 2007, S. 357 ff.
- 19 Louis Aragon, *La rose et le réséda* (1943), in: ders., *La Diane française*, Paris 1946.
- 20 Pierre Brossolette, *Renouveau politique en France*, in: *La Marseillaise*, No. 16, 27. 9. 1942.
- 21 Ibid.
- 22 Vgl.: Matthias Wächter, Ein «neues Verdun». Die Schlacht von Bir Hakeim und der Mythos des Gaullismus, in: Gerd Krumeich/Susanne Brandt (Hg.), *Schlachtenmythen. Ereignis – Erzählung – Erinnerung*, Köln/Weimar 2003, S. 165–181.
- 23 Vgl.: Cordell Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, London 1948, Bd. 2, S. 1206 ff. Elliott Roosevelt, *Wie er es sah*. Vorwort von Eleanor Roosevelt, Zürich 1947, S. 90 ff.
- 24 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom November 1942, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 25 Vgl.: Renée Poznanski, *Les Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale*, Paris 1997, S. 444 ff.
- 26 Vgl. das Schreiben des SD-Befehlshabers Helmut Knochen vom 12. 2. 1943, in: Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 12, Dok. 292, S. 738–741.
- 27 Vgl. die Synthese der Präfektenberichte über die öffentliche Meinung vom Februar 1943, online zugänglich unter: <http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/>.
- 28 Zitiert in: Robert Dallek, *Franklin Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945. With A New Afterword*, Oxford 1995, S. 365.
- 29 Hierzu insbesondere die zahlreichen Veröffentlichungen von Moulins ehemaligem Sekretär Daniel Cordier: *Jean Moulin*, 2 Bde., Paris 1989. Sowie: ders., *Alias Caracalla*, Paris 2009.
- 30 «Le Double Combat», in: *Libération*, No. 121, 23. 3. 1943.
- 31 Vgl.: Claire Andrieu, *Le Programme Commun de la Résistance. Des idées dans la guerre*, Paris 1984. Dort auch der Text des Programms.
- 32 «République de Combat», in: *Le Populaire*, No. 27, 1. 10. 1943.
- 33 «La France, saturée d'équivoques, ne veut plus croire qu'aux purs ...», in: *Franc-Tireur*, 15. 7. 1943.
- 34 Pierre Braud, *Hommage au Général de Gaulle*, in: *Résistance. Le Nouveau Journal de Paris*, No. 9, 2. 3. 1943.
- 35 Unter den veröffentlichten Tagebüchern ragen heraus: Léon Werth, *Als die Zeit stillstand. Jean Guéhenno, Journal des années noires (1940–1944)*, Paris 2002. Charles Rist, *Season of Infamy. A Diary of War and Occupation, 1939–1945*, übers. v. Michele McKay Aynsworth, Bloomington 2016.
- 36 Vgl. etwa: Pierre Laborie, *L'opinion française sous Vichy*, Paris 2001. Philippe Burrin, *La France à l'heure allemande 1940–1944*, Paris 1995. Dominique Veillon, *Vivre et Survivre en France 1939–1947*, Paris 1995. Robert Gildea, *Marianne in Chains. In Search of the German Occupation 1940–1945*, London 2002. Sandra Ott, *Living with the Enemy. German Occupation, Collaboration and Justice in the Western Pyrenees, 1940–1948*, Cambridge 2017.
- 37 Stéphane Hessel, *Danse avec le siècle*, Paris 1997, S. 62.
- 38 Ibid., S. 76.
- 39 Henri Frenay, *La nuit finira*, Paris 1973, S. 42.
- 40 Ibid., S. 41.
- 41 Ibid., S. 91.
- 42 Edith Thomas, *Le témoin compromis. Présentation et notes de Dorothy Kaufmann*, Paris 1995, S. 78.

- 43 Ibid., S. 107. Zum CNE auch: J. Jurt, Frankreichs engagierte Intellektuelle, S. 153 ff.
- 44 E. Thomas, Le témoin compris, S. 114.
- 45 Ibid., S. 191.
- 46 R. Fernandez in seinen «Confessions politiques» aus dem Jahre 1939, zitiert in: Dominique Fernandez, Ramon, Paris 2008, S. 504.
- 47 Fernandez in einem Artikel in «La Gerbe» vom 7. 11. 1940, in: D. Fernandez, Ramon, S. 633.
- 48 Zu dieser Reise französischer Intellektueller vgl.: François Dufay, Le Voyage d'automne, Paris 2000.
- 49 D. Fernandez, Ramon, S. 659.
- 50 Vgl.: Justine Picardie, Chanel. Sa vie, aus dem Engl. v. Lionel Leforestier, Göttingen 2010, S. 291.
- 51 Ibid., S. 283.
- 52 Vgl.: Hal Vaughan, Sleeping with the Enemy. Coco Chanel's Secret War, New York/London 2011.
- 53 Vgl.: Corine Defrance, Françoise Frenkel, Simon Raichin et la Maison du Livre Français de Berlin (1921–1939). Histoire d'une quête, in: Synergies. Pays germanophones, Revue du GERFLINT, No. 10, 2017, S. 101–114.
- 54 Françoise Frenkel, Rien où poser sa tête, Préface de Patrick Modiano. Dossier réuni par Frédéric Maria, Paris 2015, S. 59.
- 55 Ibid., S. 143 u. 148.
- 56 Simone Veil, Une vie, Paris 2007, S. 43 f.

11. Der schwierige Aufbau einer neuen Ordnung

- 1 Vgl.: Anne Verdet, La logique du non-consentement. Sa genèse, son affirmation sous l'Occupation, Rennes 2014.
- 2 Schätzungen in: Olivier Wiewiorka, Guerre civile à la française? Le cas des années sombres (1940–1945), in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 85 (2005) 1, S. 5–19.
- 3 Vgl.: Georges Bidault, Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere, übers. v. Gerlinde Quenzer und Hans Roesch, Berlin 1966, S. 78 f. Eine von de Gaulles provisorischer Regierung am 9. August 1944 erlassene Verordnung hatte alle vom Vichy-Regime beschlossenen Gesetze für «null und nichtig» deklariert und erklärt, dass die Republik «faktisch nicht aufgehört habe zu existieren».
- 4 Charles de Gaulle, Discours prononcé à l'Hôtel de Ville de Paris, 25. 8. 1944, in: ders., Discours et messages, Bd. 1, S. 440.
- 5 Vgl.: Alain Brossat, Libération, fête folle. 6 juin 1944–8 mai 1945: Mythes et rites ou le grand théâtre des passions populaires, Paris 1994.
- 6 Vgl.: Fabrice Virgili, La France «virile». Des femmes tondues à la Libération, Paris 2004. Alain Brossat, Les Tondues. Un carnaval moche, Paris 1992.
- 7 Vgl.: Klaus Harpprecht, Arletty und ihr deutscher Offizier. Eine Liebe in Zeiten des Krieges, Frankfurt/M. 2011.
- 8 Vgl.: Maurice Chevalier, Mein glückliches Leben. Erinnerungen. Auswahl und Übersetzung von Johannes Piron, Reinbek 1973.
- 9 Vgl.: Michel Winock, Les affaires Dreyfus, in: Vingtième Siècle, revue d'histoire, No. 5, janvier-mars 1985, S. 19–38.
- 10 Vgl.: Gisèle Sapiro, La guerre des écrivains, Paris 1999.
- 11 Leitartikel von Albert Camus in «Combat» vom 18. 10. 1944, in: Camus à Combat. Editoriaux et articles d'Albert Camus 1944–1947. Edition établie par Jacqueline Lévi-Valensi (Cahier Albert Camus 8), Paris 2002, S. 266.
- 12 Vgl.: Alain Decaux, Morts pour Vichy, Darlan, Pucheu, Pétain, Laval, Paris 2013. Michèle Cointet, Secrets et mystères de la France occupée, Paris 2015.
- 13 Vgl.: Fred Kupferman, Le procès de Vichy. Pucheu, Pétain, Laval, Bruxelles 1982.
- 14 Vgl.: Peter Novick, The Resistance versus Vichy. The Purge of Collaborators in Liberated

- France, New York 1968. Elisabeth Bokelmann, Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981, Frankfurt/New York 2008.
- 15 Albert Camus, Défense de l'intelligence, in: Variété, 15.3.1945.
- 16 Charles de Gaulle, Discours radiodiffusé, 14.10.1944, in: ders., Discours et messages, Bd. 1, S. 455.
- 17 Rede de Gaulles in Angers am 15.1.1945, zitiert in: «Une visite du général de Gaulle à Nantes et à Angers», in: Le Monde, 16.1.1945.
- 18 Charles de Gaulle, Discours radiodiffusé, 14.10.1944, in: ders., Discours et messages, Bd. 1, S. 455.
- 19 Ibid.
- 20 Charles de Gaulle, Discours prononcé, 11.11.1945, in: ders., Discours et messages, Bd. 1, S. 646.
- 21 Zitiert in: Serge Ravel, L'esprit de la Résistance, Paris 1995, S. 397. Vgl. auch die Interviews mit verschiedenen Widerstandskämpfern in: Olivier Wiewiorka, Nous entrerons dans la carrière. De la Résistance à l'exercice du pouvoir, Paris 1994. Sowie: Georges-Marc Benamou, C'était un temps déraisonnable. Les premiers résistants racontent, Paris 1999.
- 22 So wiedergegeben von Henri Frenay, La nuit finira, S. 506.
- 23 Die Zahl war sehr übertrieben: Während des Krieges waren ca. 25 000 Widerstandskämpfer jeglicher politischer Couleur erschossen worden. Vgl.: M. Waechter, Der Mythos des Gaullismus, S. 219.
- 24 Vgl.: Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2017, S. 665 ff.
- 25 Charles de Gaulle, Déclaration, 13.11.1945, in: ders., Discours et messages, Bd. 1, S. 648.
- 26 Zitiert in: «Une journée de débats mouvementés à l'Assemblée nationale», in: Le Monde, 3.1.1945.
- 27 Vgl.: Jules Moch, Une si longue vie, Paris 1976, S. 208.
- 28 Ibid., S. 209.
- 29 Vgl.: Rapports des Commissaires de la République et des Préfets, Jan. 1946. Archives nationales: F 41 2725. Sowie: Luc Capdevila, Les Bretons au lendemain de l'Occupation. Imaginaires et comportements d'une sortie de guerre (1944/1945), Rennes 1999.
- 30 Charles de Gaulle, Discours prononcé à Bayeux, 16.6.1946, in: ders., Discours et messages, Bd. 2, Paris 1970, S. 5–11.
- 31 Charles de Gaulle, Déclaration, 9.10.1946, in: ders., Discours et messages, Bd. 2, S. 33 f.
- 32 Jacques Baumel, De Gaulle, l'exil intérieur, Paris 2001, S. 104.
- 33 Vgl.: Stéphane Courtois/Marc Lazar, Histoire du Parti communiste français, Paris 2000, S. 257 ff.
- 34 Vgl.: Stéphane Sirot, Maurice Thorez, Paris 2000, S. 54 ff. Annie Kriegel, Incarner la France: De Gaulle et Thorez, in: Stéphane Courtois/Marc Lazar (Hg.), 50 ans d'une passion française. De Gaulle et les communistes, Paris 1991, S. 271–276.
- 35 Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty, Les jours de notre vie, in: Les Temps Modernes, Januar 1950 (o.S.).
- 36 «Paix impossible, guerre improbable», so der Titel des ersten Kapitels des Buchs. Raymond Aron, Le grand schisme, Paris 1928, S. 13 ff.
- 37 Vgl.: Pierre Rigoulot, Les paupières lourdes. Les Français face au goulag: aveuglements et indignations, Paris 1991, S. 51 ff. Anthony Beevor/Artemis Cooper, Paris after the Liberation, 1944–1949, London 1994, S. 408 ff.
- 38 So die Ergebnisse der Untersuchung: Robert Mencherini, Guerre froide, grèves rouges. Parti communiste, stalinisme et luttes sociales en France. Les grèves «insurrectionnelles» de 1947–1948, Paris 1998. Vgl. auch: Kristin Eide, L'aspect politique des grèves de novembre–décembre 1947, Masterarbeit Univ. Oslo, 2010.
- 39 Vgl.: Michel Dreyfus u.a. (Hg.), La naissance de Force ouvrière. Autour de Robert Bothereau, Rennes 2003.

- 40 Vgl.: Georgette Elgey, *Histoire de la IVe République*, 6 Bde., Neuausgabe Paris 2018. Brigitte Gaiti, *De Gaulle prophète de la Ve République*, Paris 1998.
- 41 Vgl.: Pierre Nora, *Introduction générale*, in: Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*, Bd. 1: 1947, hg. v. Pierre Nora, Paris 1970, S. XLIXff.
- 42 Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*, Bd. 1: 1947, S. 657.
- 43 William Guéraiche, *Le débat du 24 mars 1944 à l'Assemblée consultative d'Alger: «Les femmes seront électrices et éligibles dans les mêmes conditions que les hommes.»*, in: *Clio. Femmes, Genre, Histoire* 1 (1995), <http://clio.revues.org/531>, gesehen am 15.7.2016.
- 44 François Ceyrac in einer Tonbandaufzeichnung vom 3.12.1996, *Fondation Charles de Gaulle: Archives orales*.
- 45 Zu den Verstaatlichungen der Befreiungszeit vgl.: Claire Andrieu u. a. (Hg.), *Les nationalisations de la libération. De l'utopie au compromis*, Paris 1987.
- 46 Zur Entwicklung der «Sécurité sociale» vgl.: Bruno Valat, *Histoire de la Sécurité sociale (1945–1967). L'Etat, l'institution et la santé*, Paris 2001.
- 47 Vgl.: Eric Roussel, Jean Monnet, 1888–1979, Paris 1996. François Duchêne, Jean Monnet. *The First Statesman of Interdependence*, New York/London 1994.
- 48 Vgl.: Jean Monnet, *Mémoires*, Paris 1976, S. 335 ff.
- 49 Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991, S. 153.
- 50 Etienne Hirsch zitiert nach: Melchior de Muralt, *Jean Monnet et la modernisation de la France. De la réforme intérieure à l'intégration de l'Europe*, Diss. Lausanne 1983, S. 193.
- 51 Vgl.: Philip Nord, *France's New Deal. From the Thirties to the Postwar Era*, Princeton/Oxford 2010, S. 145 ff. Philippe Mioche, *Le plan Monnet. Genèse et élaboration 1941–1947*, Paris 1987. Irwin M. Wall, *The United States and the Making of Postwar France 1945–1954*, Cambridge u. a. 1991.
- 52 Rede de Gaulles vor der Konsultativversammlung am 5.3.1945, zitiert nach: Claire Duché, *Une femme nouvelle pour une France nouvelle?*, in: *Clio. Femmes, Genre, Histoire*, 1 (1995), S. 6. <https://journals.openedition.org/clio/520#text>, gesehen am 10.10.2018.
- 53 Vgl.: Georges Mauco, *La situation démographique de la France de 1939 à 1945*, in: *Annales de géographie* 54/294 (1945), S. 117–122.
- 54 Vgl.: Cathérine Bonvalet/Céline Clément/Jim Ogg, *Réinventer la famille. L'histoire des baby-boomers*, Paris 2015.
- 55 Vgl.: Irwin M. Wall, *French Communism in the Era of Stalin*, Westport (Conn.) 1983.
- 56 Charles de Gaulle, *Discours à l'Assemblée consultative*, 2 mars 1945, zitiert in: ders., *Mémoires de guerre*, Bd. 3: *Le salut, 1944–1946*, Paris 1959, S. 454.
- 57 Vgl.: René Girault, *La France est-elle une grande puissance en 1945?* in: Maurice Vaisse (Hg.), 8 mai 1945. *La victoire en Europe*, Bruxelles 1985, S. 89–114.
- 58 Zitiert in: René Girault, *Les décideurs français et leur perception de la puissance française en 1948*, in: ders./Robert Frank (Hg.), *La puissance française en question 1945–1948*, Paris 1988, S. 11–30.
- 59 Vgl. I. M. Wall, *The United States*, S. 127 ff.
- 60 Zusammenfassend zur frühen französischen Deutschlandpolitik: Corine Defrance/Ulrich Pfeil, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963*, in: *Deutsch-Französische Geschichte*, Bd. 10, Darmstadt 2011, S. 43–54. Dietmar Hüser, *Frankreichs «doppelte Deutschlandpolitik». Dynamik aus der Defensive. Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Berlin 1996.
- 61 Vgl.: Gérard Bossuat/Andreas Wilkens, Jean Monnet, *L'Europe et les chemins de la paix. Actes du colloque du 29 au 31 mai 1997*, Paris 1999. Andreas Wilkens (Hg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999.
- 62 So Jean Monnet in der Note, die er dem französischen Außenminister Robert Schuman im Mai 1950 unterbreitete, zitiert nach: J. Monnet, *Mémoires*, S. 429.

- 63 Ibid., S. 434.
- 64 «Das Ganze hinterließ den Eindruck einer starken Organisation einerseits und einer liberalen Zielsetzung andererseits.» Ibid., S. 431.
- 65 Vgl.: Andreas Wilkens, Entscheidung für Europa. Deutsche und französische Optionen in den 1950er Jahren, in: J. Leonhard (Hg.), Vergleich und Verflechtung, S. 61–77. Matthias Kipping, Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952, Berlin 1996.
- 66 Ibid., S. 498.
- 67 Vgl.: Georges-Henri Soutou, La Guerre Froide de la France 1941–1990, Paris 2018, S. 201 ff.
- 68 Ibid.
- 69 Vgl. hierzu auch das Zeugnis des damaligen belgischen Außenministers Paul-Henri Spaak, Combats inachevés. Bd. 1: De l'Indépendance à l'Alliance, Paris 1969, S. 268 ff.
- 70 Erklärung de Gaulles vom 26. August 1954. <http://acadgaul.free.fr/Leto11297%20dosier/Leto11297/Declaration.html>, gesehen am 10. 10. 2018.
- 71 Herriot zitiert in: Eric Roussel, Jean Monnet 1888–1979, Paris 1996, S. 674 f.
- 72 J. Monnet, Mémoires, S. 587.
- 73 Vgl.: E. Roussel, Jean Monnet, S. 680 ff.
- 74 Vgl.: Gilles Grin, Jean Monnet, le Comité d'action pour les Etats-Unis d'Europe et la genèse des traités de Rome, in: Relations internationales No. 136, 2008/4, S. 21–32.
- 75 Debré in einem Artikel in der Zeitung «Combat» im April 1956, zitiert in: Paul-Henri Spaak, Combats inachevés. Bd. 2: De l'espoir aux déceptions, Paris 1969, S. 90.
- 76 Vgl.: Desmond Dinan, Europe Recast. A History of European Union, London 2014, S. 70 ff.
- 77 Vgl.: Brian Shaev, The Algerian War, European Integration, and the Decolonization of French Socialism, in: French Historical Studies 41 (2018), S. 63–94.
- 78 Vierter Teil des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.
- 79 Rede Guy Mollets vom 22. 1. 1957 zitiert in: Rainer Hudemann, Das Trauma der Entkolonialisierung und die Entscheidung für die europäische Integration in Frankreich, in: J. Leonhard (Hg.), Vergleich und Verflechtung, S. 105–126, Zitat S. 123.
- 80 Zum Konzept eines «Eurafrika» vgl.: Peo Hansen/Stefan Jonsson, Eurafrika. The Untold History of European Integration and Colonialism, London 2014.

12. Die Auflösung des französischen Empires

- 1 Vgl.: Charles-Robert Ageron, Mai 1945 en Algérie. Enjeu de mémoire et histoire, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, No. 39–40, 1995: Lendemains de libération Lendemains de guerre, S. 52–56. Sowie: Jan C. Jansen, Erobern und Erinnern. Symbolpolitik, öffentlicher Raum und französischer Kolonialismus in Algerien, 1830–1950, München 2013, S. 395 ff.
- 2 Charles de Gaulles Rede vom 30. Januar 1944 auf der Konferenz von Brazzaville zitiert in: J.-L. Crémieux-Brilhac, La France libre, S. 674.
- 3 Vgl.: *ibid.*, S. 675.
- 4 So in der Präambel der Verfassung von 1946. Zur rechtlichen Gestaltung der «Union française»: Général Catroux, L'Union française, son concept, son état, ses perspectives, in: Politique étrangère 18, No. 4 (1953), S. 233–266.
- 5 Vgl.: Frederick Cooper, Citizenship between Empire and Nation. Remaking France and French Africa 1945–1960, Princeton 2014. Ders., Labor, Politics, and the End of Empire in French Africa, in: *ibid.*, Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History, Berkeley/Los Angeles 2005, S. 204–230.
- 6 Vgl.: Volker Nies, «Apaisement» in Asien. Frankreich und der Fernostkonflikt 1937–1940, München 2009.
- 7 Vgl.: Fabian Klose, Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München 2009, S. 63 ff.

- 8 Vgl.: Yves Benot, *Massacres coloniaux 1944–1950. La IVe République et la mise au pas des colonies françaises*, Paris 2005, S. 76.
- 9 Vgl.: Mark Atwood Lawrence, *Assuming the Burden. Europe and the American Commitment to War in Vietnam*, Berkeley/London 2005.
- 10 Instruktiv hierzu ein zeitgenössischer Artikel aus «Der Spiegel»: «SS unter der Trikolore», in: *Der Spiegel*, 10. I. 1948. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44415288.html>, gesehen am 3. 10. 2018.
- 11 Vgl.: Alain Ruscio, *L'opinion française et la guerre d'Indochine (1945–1954). Sondages et témoignages*, in: *Vingtième Siècle, revue d'histoire*, No. 29, janvier-mars 1991, S. 35–46.
- 12 Vgl.: ders. (Hg.), *L'affaire Henri Martin et la lutte contre la guerre d'Indochine*, Paris 2005.
- 13 Vgl.: Alain Ruscio, *Le mendésisme et l'Indochine*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 29 (1982), S. 324–342.
- 14 Vgl.: Maria Romo-Navarrete, *Changer pour conserver. Les choix de Pierre Mendès France*, in: *Relations internationales* 2008/1 (No. 133), S. 7–19. Laurent Cesari, *La négociation sur l'Indochine à la Conférence de Genève (1954)*, in: *Relations internationales* 2008/3 (No. 135), S. 7–24.
- 15 Albert Camus in der Zeitung «Combat» am 10. 5. 1947.
- 16 Vgl.: Y. Benot, *Massacres coloniaux*, S. 147 ff.
- 17 Aimé Césaire, *Discours sur le Colonialisme*, Paris 1955, S. 6, 7 und 14.
- 18 Vgl.: Jean Khalfa, *Naissance de la négritude*, in: *Les Temps Modernes* 5/2009 (No. 656), S. 38–63.
- 19 Claude Lévi-Strauss, *Race et histoire*, Paris 1952, S. 22.
- 20 Vgl.: Jacques Marseille, *Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce*, Paris 1988.
- 21 Raymond Cartier, «En France noire avec Raymond Cartier», in: *Paris Match*, 18. 8. 1956. Zitiert in: Michelle Zancarini-Fournel/Christian Delacroix, *La France du temps présent 1945–2005*, Paris 2010, S. 216.
- 22 Vgl. die Beiträge in: Charles-Robert Ageron/Marc Michel (Hg.), *L'Afrique noire française. L'heure des indépendances*, Paris 2010.
- 23 Vgl.: Mongo Beti, *Main basse sur le Cameroun. Autopsie d'une décolonisation. Préface inédite de Odile Tobner*, Paris 2010. Zur exzessiven Gewalt am Beispiel der Fremdenlegion: Christian Koller, *Die Fremdenlegion. Kolonialismus, Söldnertum, Gewalt*, Paderborn u. a. 2013.
- 24 Vgl.: Thomas Deltombe/Manuel Domergue/Jacob Tatsitsa, *La Guerre du Cameroun*, Paris 2016.
- 25 Fillon zitiert in: Maria Malagardis, *Interview – Thomas Deltombe: «La guerre au Cameroun a été délibérément dissimulée»*, in: *Libération*, 25. 11. 2016. http://www.liberation.fr/planete/2016/11/25/thomas-deltombe-la-guerre-au-cameroun-a-ete-deliberement-dissimulee_1531045, gesehen am 12. 10. 2018.
- 26 Vgl.: Charles-Robert Ageron, *La décolonisation française*, Paris 1991, S. 92 ff.
- 27 Emile Kahn in den «Cahiers des droits de l'homme», Mai/Juli 1952, S. 139, zitiert in: Claude Liauzu, *Histoire de l'anticolonialisme en France. du XVIe siècle à nos jours*, Paris 2007, S. 210.
- 28 Ibid.
- 29 Zur französischen Algerienpolitik: Valentin Katzer, «L'Algérie, c'est la France.» Die französische Nordafrikapolitik zwischen Anspruch und Realität (1946–1962), Wiesbaden 2016.
- 30 Grundlegend zum Algerienkrieg die Werke des Historikers Benjamin Stora, darunter die Bücher: *Les sources du nationalisme algérien: parcours idéologiques, origine des acteurs*, Paris 1989. *Histoire de la guerre d'Algérie*, Paris 2004. *La gangrène et l'oubli: la mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 2005. *Le mystère de de Gaulle: Son choix pour l'Algérie*,

- Paris 2009. Weitere grundlegende Werke: Martin Evans, *Algeria: France's undeclared war*, Oxford 2012. Hartmut Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962. Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole*, München 1974.
- 31 Vgl.: Christiane Kohser-Spohn/Frank Renken (Hg.), *Trauma Algerienkrieg. Zur Aufarbeitung und Geschichte eines tabuisierten Konflikts*, Frankfurt/M. 2006.
- 32 Zur demographischen Entwicklung Algeriens: Dominique Mason, *La population de l'Algérie*, in: *Population* 28/6, 1973, S. 1079–1107.
- 33 Umfassende Geschichte des FLN: Gilbert Meynier, *Histoire intérieure du FLN, 1954–1962*, Paris 2002.
- 34 Die «Plattform von Soummam» zitiert in: B. Stora, *Histoire de la guerre d'Algérie*, S. 45.
- 35 Final Communiqué of the Asian-African conference of Bandung (24. 4. 1955). http://franke.uchicago.edu/Final_Communique_Bandung_1955.pdf, gesehen am 11. 11. 2016.
- 36 Zitiert in: Matthew Connelly, *Rethinking the Cold War and Decolonization. The Grand Strategy of the Algerian War of Independence*, in: *International Journal of Middle East Studies* 33 (2001), S. 221–245, hier S. 227.
- 37 Guy Mollet zitiert in: *ibid.*, S. 227.
- 38 Marc Ferro, 1956, *Suez. Naissance d'un tiers monde*, Bruxelles 2006, S. 19 ff.
- 39 Vgl.: Keith Kyle, *La Grande-Bretagne, la France et la Crise de Suez*, in: *Histoire, économie et société* 13 (1994), S. 79–100.
- 40 Hocine Aït Ahmed zitiert in: M. Ferro, 1956, *Suez*, S. 93.
- 41 Vgl.: Emmanuel Blanchard, *La police parisienne et les Algériens (1944–1962)*, Paris 2011, S. 352.
- 42 Henri Alleg, *La question*, Paris 1958, S. 33.
- 43 Massu in einem Bericht vom 5. 6. 1957, zitiert in: Sylvie Thénault, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001, S. 133.
- 44 In der Spätphase des Krieges entwickelte der französische Offizier Roger Trinquier auf dieser Basis seine einflussreiche Lehre vom «modernen Krieg»: Roger Trinquier, *La guerre moderne*, Paris 1961.
- 45 Vgl.: *ibid.*, S. 150 ff.
- 46 Albert Camus an Jean Amrouche, 6. 1. 1958, in: Catherine Brun/Olivier Penot-Lacasagne, *Engagements et déchirements. Les intellectuels et la guerre d'Algérie*, Paris 2012, S. 95.
- 47 Claude Bourdet, *Votre Gestapo d'Algérie*, in: *France-Observateur*, 13. 1. 1955, zitiert in: *ibid.*, S. 106.
- 48 Hubert Beuve-Méry («Sirius») in: *Le Monde*, 13. 3. 1957, zitiert in: *ibid.*, S. 108.
- 49 Zum Verlauf der Ereignisse: Michel Winock, *L'agonie de la IVe République*. 13 mai 1958, Paris 2013.
- 50 Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre*. Bd. 1: *L'appel*, Paris 1954. Bd. 2: *L'unité*, Paris 1956. Bd. 3: *Le salut*, Paris 1959. Zur politischen Funktion dieses Werks vgl. M. Waechter, *Der Mythos des Gaullismus*, S. 366–373.
- 51 Vgl.: Jean-Paul Thomas, *Mai 1958: le retour du général de Gaulle; actes du colloque tenu au Centre d'histoire de Science Po*, mardi 13 mai 2008, Rennes 2010.
- 52 Vgl. auch: B. Gaiti, *De Gaulle, prophète*.
- 53 Charles de Gaulle, *Déclaration*, 15. 5. 1958, in: *ders., Discours et messages*, Bd. 3, S. 3 f. *Ders., Conférence de presse tenue au Palais d'Orsay*, in: *ibid.*, S. 4 ff. *Ders., Communiqué*, 27. 5. 1958, in: *ibid.*, S. 11.
- 54 *Message du président René Coty au Parlement*, 29. 5. 1958, zitiert nach: Charles de Gaulle, *Mémoires d'espoir*, Bd. 1, Paris 1970, S. 31.
- 55 Zu dieser Debatte vgl.: Maurice Agulhon, *Coup d'état et République*, Paris 1998. René Rémond, 1958, *le retour de de Gaulle*, Paris 1987. Odile Rudelle, *Mai 58: De Gaulle et la république*, Paris 1988.
- 56 *Conférence de presse du 19 mai 1958*, in: *De Gaulle, Discours et message*, Bd. 3, S. 5.

- 57 Charles de Gaulle, Discours du 4 juin 1958 à Alger, in: ders., Discours et messages, Bd. 3, S. 15–17.
- 58 Alain Peyrefitte, C'était de Gaulle, Bd. 1: La France redevient la France, Paris 1994, S. 86.
- 59 Pierre Laffont, L'Algérie des Français, Paris 1981, S. 119.
- 60 A. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 52.
- 61 Ibid., S. 54 f.
- 62 Vgl.: Matthew Connelly, A Diplomatic Revolution: Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era, New York 2002.
- 63 Charles de Gaulle, Allocution radio-télévisée prononcée au palais de l'Élysée le 16 septembre 1959. <https://fresques.ina.fr/de-gaulle/fiche-media/Gaulle00043/allocution-radio-televisee-prononcee-au-palais-de-l-elysee-le-16-septembre-1959.html>, gesehen am 15. 10. 2018.
- 64 Hubert Beuve-Méry («Sirius») in: Le Monde, 26. 8. 1959, zitiert in: Bernard Droz/Evelyne Lever, Histoire de la guerre d'Algérie, 1954–1962, Paris 1982, S. 217.
- 65 Jean-Paul Sartre, Vorwort (1961) zu: Frantz Fanon, Les damnés de la terre, Paris 2002, S. 29.
- 66 Text der Manifeste in: C. Brun/O. Penot-Lacassagne, Engagements, S. 155 ff. Vgl. hierzu: J. Jurt, Frankreichs engagierte Intellektuelle, S. 206 ff.
- 67 Resolution Nr. 1573 der UN-Vollversammlung vom 19. 12. 1960. [http://www.un.org/french/documents/view_doc.asp?symbol=A/RES/1573\(XV\)&Lang=F](http://www.un.org/french/documents/view_doc.asp?symbol=A/RES/1573(XV)&Lang=F), gesehen am 10. 10. 2016.
- 68 Charles de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 11. 4. 1961. <https://fresques.ina.fr/de-gaulle/fiche-media/Gaulle00218/conference-de-presse-du-11-avril-1961.html>, gesehen am 11. 10. 2018.
- 69 Zum Putsch der Generäle: Maurice Vaisse, 1961: Alger, le putsch, Bruxelles 1983, dort auch die Zitate aus den Verlautbarungen des Generals Challe und der Fernsehrede de Gaulles, S. 166–169.
- 70 «OAS parle», in: M. Zancarini-Fournel/C. Delacroix, La France du temps présent, S. 311.
- 71 Vgl.: Linda Amiri, La Bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole, Paris 2004.
- 72 Vgl. hierzu: E. Blanchard, La police parisienne, S. 359 ff.
- 73 Vgl.: Sylvie Thenault, L'OAS à Alger en 1962. Histoire d'une violence terroriste et de ses agents, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales 63 (2008), S. 977–1001.
- 74 Vgl.: Eric Savarese, L'invention des Pieds-Noirs, Paris 2002.
- 75 Vgl. die Präsentation der Ergebnisse in einer Fernsehsendung des ORTF vom 27. 12. 1962, Online-Archiv des INA. <http://www.ina.fr/video/I05057722>, gesehen am 4. 11. 2016. Vgl. auch: Charles-Robert Ageron, L'opinion française devant la guerre d'Algérie, in: Revue française d'histoire d'outre-mer 63 (1976), S. 256–285.
- 76 Vgl. hierzu: Manuel Borutta/Jan C. Jansen (Hg.), Vertriebene and Pieds noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives, London 2016.
- 77 Vgl.: Eric Savarese, The Pieds-Noirs and French Political Life, 1962–2015, in: *ibid.*, S. 173–192.
- 78 Vgl.: Christoph Kalter, Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt/New York 2011.
- 79 Vgl.: Christoph Kalter/Martin Rempe, La République décolonisée. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: Geschichte und Gesellschaft 37 (2011), S. 157–197.
- 80 Vgl.: Todd Shepard, The Birth of the Hexagon: 1962 and the Erasure of France's Supranational History, in: M. Borutta/J. C. Jansen (Hg.), Vertriebene and Pieds-Noirs, S. 53–69. Georges Spillmann, De l'empire à l'hexagone, Paris 1981. Todd Shepard, The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France, Ithaca (N. Y.) 2008.

VIERTER TEIL

Vom Boom zur Krise 1962–1981

- 1 Charles de Gaulle, Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Élysée, 19. 4. 1963, in: ders., Discours et messages, Bd. 4, Paris 1970, S. 94.
- 2 Ders., Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Élysée, 31. 12. 1962, in: *ibid.*, S. 53 f.

13. Frankreich um 1965:

Auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms

- 1 Kritisch zum Konzept der «Trente glorieuses»: Christiane Reinecke, Die dunkle Seite des modernen Komforts. Zu einer Neubewertung der «glorreichen Nachkriegszeit» im (post) kolonialen Frankreich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 298–325.
- 2 Vgl.: Hervé Le Bras, L'évolution de la fécondité en France de 1945 à 2010. Méthode pour une controverse, Paris: Collège de France 2012. <http://books.openedition.org/cdf/1544?lang=fr#authors>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 3 Jean Fourastié, Les Trente glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Introduction de Daniel Cohen, Paris 2011, S. 36.
- 4 *Ibid.*, S. 42 ff.
- 5 Vgl.: *ibid.*, S. 46.
- 6 Vgl.: Yvan Gastaut, Les bidonvilles, lieux d'exclusion et de marginalité en France durant les trente glorieuses, in: *Cahiers de la Méditerranée* 69 (2004), S. 233–250.
- 7 Vgl.: Bernard Grais, Sur 100 personnes actives 15 paysans, 38 ouvriers, in: *Economie et statistique*, No. 2, Juni 1969, S. 41–49.
- 8 Vgl.: Serge Mallet, Une nouvelle classe ouvrière? (1963), in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 432–434.
- 9 Vgl.: Luc Boltanski, *Les cadres. La formation d'un groupe social*, Paris 1982.
- 10 Vgl.: Hanna Diamond, *Women and the Second World War in France 1939–1948. Choices and Constraints*, Harlow 1999, S. 167 ff.
- 11 Vgl.: Rebecca J. Pulju, *Women and Mass Consumer Society in Postwar France*, Cambridge 2011, S. 34 ff.
- 12 Simone de Beauvoir, *Le deuxième sexe*, Bd. 1, Paris 1949, S. 285.
- 13 Vgl.: Claudine Monteil, *Simone de Beauvoir and the Women's Movement in France. An Eye-Witness Account*, in: *Simone de Beauvoir Studies* 14 (1997), S. 2–12.
- 14 Vgl.: Sarah Fishman, *From Vichy to the Sexual Revolution: Gender and Family Life in Postwar France*, Oxford/New York 2017.
- 15 Vgl.: D. Veillon, *Corps, beauté, mode et modes de vie du «plaire au plaisir» à travers les magazines féminins (1958–1975)*, in: Geneviève Dreyfus-Armand, Robert Frank et al. (Hg.), *Les années 68. Le temps de la contestation*, Bruxelles 2000, S. 161–178.
- 16 Vgl.: Antoine Prost, L'évolution de la politique familiale en France de 1938 à 1981, in: *Le Mouvement social*, No. 129 (1984), S. 7–28.
- 17 Vgl.: R. J. Pulju, *Women and Mass Consumer Society*.
- 18 Vgl.: Christiane Thomas, 15 millions d'automobiles en 1975, in: *Economie et statistique* 16 (1970), S. 48–53.
- 19 Rede de Gaulles vom 8. 5. 1961, in: ders., Discours et messages, Bd. 3, S. 312. Rede vom 3. 12. 1965, in: ders., Discours et messages, Bd. 4, S. 407.
- 20 Etwa in seiner Rede vom 12. 7. 1961, in: ders., Discours et messages, Bd. 3, S. 327.
- 21 Georges Perec, *Les choses. Une histoire des années 60*, Paris 1965.
- 22 Alain Peyrefitte, *Le mal français*, Paris 1976, S. 70.
- 23 Vgl.: Michel Winock, *Chronique des années soixante*, Paris 1987, S. 83 ff.
- 24 Vgl.: Dominique Veillon, *Corps, beauté, mode et modes de vie*.
- 25 Für ihre gesellschaftspolitischen Stellungnahmen vgl. etwa: Françoise Giroud, *Lettre à un*

- jeune député, *L'Express*, 23. 10. 1956, abgedruckt in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 724 f. Für ihre Porträts berühmter Zeitgenossen: Françoise Giroud vous présente le *Tout-Paris*, Paris 1952. Vgl. auch ihre Autobiographie: Françoise Giroud, *On ne peut pas être heureux tout le temps*, Paris 2001.
- 26 Auch in einem Buch aus dem Jahre 1958: Françoise Giroud, *La nouvelle vague*, Paris 1958.
- 27 Truffaut zitiert in: Jean-Michel Frodon, *Le cinéma français. De la nouvelle vague à nos jours*, Paris 2010, S. 58.
- 28 In einem im «*Figaro*» vom 24. 10. 1964 abgedruckten Brief erläuterte Sartre die Gründe seiner Ablehnung. Wiederabdruck im «*Figaro*» vom 22. 10. 2014.
- 29 Vgl.: Edgar Morin, «*Salut les copains!*», in: *Le Monde*, 6. 7. 1963, abgedruckt in: P. Milza (Hg.), *Sources de la France du XXe siècle*, S. 752–754.
- 30 Die Bedeutung des Jahres 1965 als Ausgangspunkt eines revolutionären Wertewandels wird betont von: Henri Mendras, *La seconde révolution française 1965–1984*, Paris 1994.

14. Staat, Gesellschaft und Außenpolitik in der neuen Republik

- 1 Vgl.: Pierre Rosanvallon, *Le bon gouvernement*, Paris 2015, S. 135 ff. Nicolas Roussellier, *La force de gouverner. Le pouvoir exécutif en France, XIXe–XXIe siècles*, Paris 2015.
- 2 Vgl.: Brigitte Gaiti, *De Gaulle prophète de la Ve République*, Paris 1998.
- 3 Zur Verfassung der V. Republik im Vergleich: P. Rosanvallon, *Le bon gouvernement*, S. 111 ff.
- 4 Vgl.: M. Waechter, *Der Mythos des Gaullismus*, S. 380 ff.
- 5 Pressekonferenz vom 9. 9. 1965.
- 6 Charles de Gaulle, *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée à l'Hôtel Matignon*, 28. 12. 1958, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 3, Paris 1970, S. 64.
- 7 Ders., *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 29. 1. 1960, in: *ibid.*, S. 166.
- 8 Vgl. etwa: ders., *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 20. 9. 1962, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 4, S. 21. Ders., *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 4. 10. 1962, in: *ibid.*, S. 31. Ders., *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 29. 1. 1960, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 3, S. 165.
- 9 Vgl.: Serge Berstein, *Histoire du gaullisme*, Paris 2001, S. 275.
- 10 Charles de Gaulle, *Mémoires d'espoir*, Bd. 1: *Le renouveau*, Paris 1970, S. 346 f.
- 11 Vgl.: Jean Charlot, *L'UNR, étude du pouvoir au sein d'un parti politique*, Paris 1967, S. 87 f.
- 12 Vgl.: S. Berstein, *Histoire du gaullisme*, S. 257 ff.
- 13 Charles de Gaulle, *Rede vom 20. 9. 1962*, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 3, S. 20–24.
- 14 Pierre Mendès France, *La République moderne* (Okt. 1962), in: ders., *Œuvres complètes*, Bd. 4, Paris 1987.
- 15 Gaston Monnerville, *Discours prononcé devant le Sénat*, 8. 10. 1962, in: M. Zancarini-Fournel/C. Delacroix, *La France du temps présent*, S. 333.
- 16 Charles de Gaulle, *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 4. 10. 1962, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 4, Paris 1970, S. 32 f.
- 17 André Ribaud, *La Cour. Présentation*, in: *Le Canard enchaîné*, 21. 9. 1960.
- 18 François Mitterrand, *Le coup d'état permanent*, Paris 1964 (Neuausgabe 1984).
- 19 Vgl.: Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Bd. 2: *La France reprend sa place dans le monde*, Paris 1994, S. 823 ff.
- 20 Charles de Gaulle, *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Elysée*, 8. 5. 1961, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 3, S. 310.
- 21 Vgl.: M. Zancarini-Fournel/C. Delacroix, *La France du temps présent*, S. 324.
- 22 Delouvrier zitiert in: François Chaslin, *Les années de béton*, in: *Les années de Gaulle*, S. 74.

- 23 Pierre Viansson-Ponté, Quand la France s'ennuie, in: *Le Monde*, 15.3.1968. Zur Bundesrepublik vgl.: U. Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, S. 848 ff.
- 24 Vergleichend zu 1968: Etienne François u. a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997.
- 25 Für eine Bilanz des Mai '68 vgl.: G. Dreyfus-Armand, R. Frank et al. (Hg.), *Les années 68*.
- 26 Plakate und Flugblätter aus dem Mai '68 in der Sammlung Gesgon/C.I.R.I.P./Musée de l'affiche politique.
- 27 Guy Debord, *La société du spectacle*, Paris 1967.
- 28 André Jeanson, *Le même combat*, in: *Syndicalisme*, Nr. 1188, 16.5.1968, S. 2. Zitiert nach: Ingrid Gilcher-Holtey, «Die Phantasie an die Macht». Mai 68 in Frankreich, Frankfurt/M. 1995, S. 303.
- 29 Vgl.: Robert Frank et al., *Table ronde: Pierre Mendès France et mai 68*, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, Nr. 63–64, 2001, S. 161–179.
- 30 H. Mendras, *La seconde révolution*, S. 18.
- 31 Etwa vom ehemaligen Premierminister Michel Rocard, «Si ça vous amuse». *Chronique de mes faits et méfaits*, Paris 2010, S. 71 ff.
- 32 Charles de Gaulle, *Allocution radiodiffusée et télévisée prononcée au Palais de l'Élysée*, 29.6.1968, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 5, Paris 1970, S. 313.
- 33 *Entretien radiodiffusé et télévisé avec Michel Droit*, 7.6.1968, in: *ibid.*, S. 302.
- 34 Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre*, Bd. 1, Paris 1954, S. 9 f.
- 35 *Grundlegende Darstellung der Außenpolitik de Gaulles unter dem Leitmotiv der «Größe»*: Maurice Vaïsse, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998.
- 36 Zu de Gaulles Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten vgl. auch: Richard F. Kuisel, *Seducing the French. The Dilemma of Americanization*, Berkeley u. a. 1993, S. 131 ff.
- 37 Charles de Gaulle, *Allocution à l'École militaire*, 15.2.1963. <http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/03/Allocution-%C3%A0-l'École-militaire.pdf>, gesehen am 1.10.2018.
- 38 «Tous azimuts» – «in alle Himmelsrichtungen ausgerichtet», so beantwortete General Ailleret 1967 die Frage, gegen wen die Nuklearstreitmacht gerichtet sei. S. Berstein, *Histoire du gaullisme*, S. 304.
- 39 De Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 23.7.1964, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 4, S. 233.
- 40 Helmut Schmidt, *Frankreichs Bombe schwächt das westliche Bündnis*, in: *Vorwärts*, 17.11.1960.
- 41 Vgl.: Frédéric Bozo, *La France et l'OTAN. De la guerre froide au nouvel ordre européen*, Paris u. a. 1991. Anna Locher, *Crisis? What Crisis? NATO, de Gaulle, and the Future of the Alliance, 1963–1966*, Baden-Baden 2010.
- 42 Vgl.: Lawrence Scheinman, *The Politics of Nationalism in Contemporary France*, in: *International Organization* 23 (1969) 4, S. 834–858.
- 43 Vgl.: Michael Sutton, *France and the Construction of Europe, 1944–2007. The Geopolitical Imperative*, Oxford 2007.
- 44 Vgl.: Oliver Bange, *The EEC Crisis of 1963. Kennedy, Macmillan, De Gaulle, and Adenauer in Conflict*. Foreword by Peter Caterall, New York 2000.
- 45 *Pressekonferenz vom 15.5.1962*, in: C. de Gaulle, *Discours et messages*, Bd. 3, S. 402–409.
- 46 De Gaulle im Gespräch mit Alain Peyrefitte, in: ders., *C'était de Gaulle*, Bd. 2, S. 214.
- 47 Helmut Schmidt im Gespräch mit dem Autor,
- 48 Vgl.: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hg.), *La France, l'Allemagne et le Traité de l'Élysée*, Paris 2012.
- 49 Vgl.: Tim Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008.

- 50 De Gaulle im Gespräch mit Alain Peyrefitte, in: ders., *C'était de Gaulle*, Bd. 2, S. 305, siehe auch: S. 262.
- 51 Zur Entstehung der GAP: Kiran Klaus Patel, *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973*, München 2009.
- 52 Vgl.: Philip Bajon, *Europapolitik «am Abgrund»*. Die Krise des «leeren Stuhls» 1965–1966, Stuttgart 2012. N. Piers Ludlow, *The European Community and the Crisis of the 1960s. Negotiating the Gaullist Challenge*, London 2006.
- 53 Vgl.: Edmond Jouve, *Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe*, Paris 1967. Hans-Dieter Lucas, *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969)*, Bonn 1992.
- 54 Hierzu: M. Vaïsse, *La grandeur*, S. 480 ff. Institut Charles de Gaulle (Hg.), *La politique africaine du général de Gaulle, 1958–1969*, Paris 1981.
- 55 Vgl.: Pierre Péan, *Affaires africaines*, Paris 1983. Ders., *L'homme de l'ombre*, Paris 1991.
- 56 Charles de Gaulle vor dem polnischen Sejm am 11. 9. 1967, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 5, S. 212.

15. Das Ende der «Trente Glorieuses»

- 1 Vgl.: Jean-Marcel Jeanneney, *L'économie française pendant la présidence du général de Gaulle*, in: *Observations et diagnostics économiques: revue de l'OFCE*, Nr. 39, 1992, S. 7–29.
- 2 Jacques Chaban-Delmas' Regierungserklärung vom 16. 9. 1969. <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/chaban1969.asp>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 3 Vgl.: Bernard Lachaise/Gilles Le Béguec/Jean-François Sirinelli (Hg.), *Jacques Chaban-Delmas en politique*, Paris 2007.
- 4 Vgl.: Jacques Moreau, *Le congrès d'Epinay-sur-Seine du Parti socialiste*, in: *Vingtième Siècle* 65 (2000) 1, S. 81–96.
- 5 Berstein, *Histoire du gaullisme*, S. 375 ff.
- 6 Vgl.: Serge Halimi, Lip: *L'imagination au pouvoir*, in: *Le monde diplomatique*, 20. 3. 2007.
- 7 Vgl.: José Bové, *Du Larzac à Bruxelles. Entretiens avec Jean Quatremer*, Paris 2011.
- 8 Vgl.: Pierre Messmer, *Un premier ministre dans le premier choc pétrolier (octobre 1973–mars 1974)*, S. 31–39.
- 9 Vgl.: Claudia Hiepel: *Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)*, München 2012. Eric Bussière/Emilie Willaert, *Un projet pour l'Europe. Georges Pompidou et la construction européenne (= Georges Pompidou Archives; No. 4)*, Bruxelles u. a. 2010.
- 10 Vgl.: G.-H. Soutou, *La guerre froide*, S. 361 ff.
- 11 Vgl.: Maurice Vaïsse, *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris 2009, S. 251 ff.
- 12 Vgl.: Ulrich Pfeil, *Die «anderen» deutsch-französischen Beziehungen: Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Wien 2004. Christian Wenkel, *Auf der Suche nach einem «anderen Deutschland». Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie*, München 2014.
- 13 *Le programme commun de gouvernement. Parti socialiste – parti communiste*, 27. 6. 1972. *Bulletin socialiste*, Juni 1972. http://www.m-pep.org/IMG/pdf/Texte_Programme_commun_gauche.pdf, gesehen am 1. 10. 2018.
- 14 Valéry Giscard d'Estaing, *Le pouvoir et la vie*, Bd. 1: *La Rencontre*, Paris 1988, S. 348 ff.
- 15 Zur Europäischen Gemeinschaft in den Krisen Jahren der 1970er Jahre vgl.: Matthias Waechter (Hg.), *Euroscélérose ou européanisation? L'intégration européenne dans les années 1970. Eurosclerosis or Europeanisation? European Integration in the 1970s, L'Europe en Formation* Nr. 353–354, 2009.
- 16 Valéry Giscard d'Estaing, *L'aube d'un nouveau système monétaire*, in: *L'Expansion*, mars 1969, S. 3.

- 17 Botschafter Axel Herbst, Die Lage in Frankreich am Vorabend der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 1./2. Oktober 1979, S. 11, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Helmut Schmidt, Nr. 88 54.
- 18 Notizen Giscard für seine Eröffnungsrede am 15. November 1975. Archives nationales, Archives de la présidence de Valéry Giscard d'Estaing, 5 AG 3/886.
- 19 Vgl.: Christiane Rimbaud, Raymond Barre, Paris 2015.
- 20 Raymond Barre in einer Fernsehansprache vom 22.9.1976. <http://www.ina.fr/video/I12191598>, gesehen am 1.10.2018.
- 21 Vgl.: Regierungserklärung von Raymond Barre vor der Nationalversammlung am 5.10.1976. <http://perspective.usherbrooke.ca/bilan/servlet/BMDictionnaire?iddictionnaire=1806>, gesehen am 1.10.2018.
- 22 Alle Zitate in: Matthias Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Hamburg 2011, S. 92 f.
- 23 Text des «Appells von Cochin» in: V. Giscard d'Estaing, Le pouvoir et la vie, Bd. 3: Choisir, Paris 2006, S. 513–516.
- 24 Diese Zahl ergibt sich, wenn man die Stimmen für den RPR Chiracs (16,31 %) mit denen für den PCF (20,52 %), die trotzkistische Linke (3 %) und die extreme Rechte (1,3 %) zusammenrechnet.
- 25 Helmut Schmidts Rede vom 7.4.1978 zitiert in: M. Waechter, Schmidt und Giscard, S. 113.
- 26 Pierre Dabiezies/René-Victor Pilhes, L'empire du mark, in: Le Monde, 6.12.1978.
- 27 Vgl.: M. Waechter, Schmidt und Giscard, S. 156.
- 28 V. Giscard d'Estaing, Le pouvoir et la vie, Bd. 3, S. 191 f.
- 29 Vgl.: Philippe Mioche, La sidérurgie française de 1971 à nos jours. Dégénérescence et transformation, in: Vingtième Siècle 42 (1994), S. 17–28. Françoise Berger, Les stratégies d'adaptation à la mondialisation. Etude comparée du secteur sidérurgique en France et en Allemagne, in: Jean-François Eck/Dietmar Hüser (Hg.), Deutschland und Frankreich in der Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2012, S. 73–92.
- 30 Vgl.: Guy Di Méo, La crise du système industriel en France au début des années 1980, in: Annales de Géographie 93 (1984), Nr. 517, S. 326–349.
- 31 Zitiert in: Xavier Vigna, Les ouvriers de Denain et de Longwy face aux licenciements (1978–1979), in: Vingtième Siècle 84 (2004), S. 129–137.
- 32 Elie Cohen, L'état brancardier. Politiques du déclin industriel (1974–1984), Paris 1989.
- 33 Vgl.: Guillaume Thibault, Quelle stratégie industrielle pour la France face à la mondialisation? Paris 2008, S. 56 ff. Vgl. auch: V. Giscard d'Estaing, Le pouvoir et la vie, Bd. 3, S. 145 ff.
- 34 Vgl.: M. Waechter, Schmidt und Giscard, S. 150 ff.

FÜNFTER TEIL

Die verunsicherte Nation 1981–2002

- 1 Vgl.: John S. Ambler, Ideas, Interests, and the French Welfare State, in: ders. (Hg.), The French Welfare State. Surviving Social and Ideological Change, New York/London 1991, S. 4.
- 2 Vergleichend zu den 1970er Jahren als Wendepunkt in der europäischen Geschichte der Nachkriegszeit: Andreas Wirsching u. a., The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?, in: Journal of Modern European History 9 (2011) 1, S. 7–26.
- 3 Hierzu der zweite Band von Giscard's Lebenserinnerungen «Le pouvoir et la vie», «L'Affrontement», Paris 1991.
- 4 Vgl.: S. Courtois/M. Lazar, Histoire du Parti communiste français, S. 374 ff.

16. Der Sozialismus an der Macht

- 1 Vgl.: «Le 10 mai 1981: Je m'en souviens comme si c'était hier», in: *Le Monde*, 10. 5. 2011. http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/05/10/10-mai-1981-je-m-en-souviens-comme-si-c-etait-hier_1519344_823448.html, gesehen am 1. 10. 2018.
- 2 Eindrücklich beschrieben in: Franz-Olivier Giesbert, *Le Président*, Paris 1990, S. 189 ff.
- 3 Text der Fernsehansprache Mitterrands vom 23. 3. 1983: François Mitterrand. *Le verbe en image*. Online-Archiv des Institut national de l'audiovisuel. <http://fresques.ina.fr/miterrand/fiche-media/Mitter00040/francois-mitterrand-justifie-la-troisi-eme-devaluation-du-franc.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 4 Vgl.: François Denord, 1983. *La rigueur des temps*, in: Patrick Boucheron (Hg.), *Histoire mondiale de la France*, Paris 2017, S. 722–725.
- 5 Zu den Anfängen des «Front national» vgl.: Nonna Mayer/Pascal Perrineau (Hg.), *Le Front national à découvert*, Paris 1996.
- 6 Der Niedergang des kommunistisch geprägten Arbeitermilieus wird plastisch beschrieben in dem autobiographischen Essay von Didier Eribon, *Retour à Reims*, Paris 2009.
- 7 Vgl.: Julian Misch, *Le Communisme désarmé. Le PCF et les classes populaires depuis les années 1970*, Marseille 2014. Sowie: ders., *Comment un appareil s'éloigne de sa base*, in: *Le Monde diplomatique*, Jan. 2015, S. 17–19.
- 8 Zitiert in: Philip Short, François Mitterrand. *Portrait d'un ambigu*, Paris 2015.
- 9 François Mitterrand in einem Interview mit Serge July in der Zeitung «Libération», 10. 5. 1984. <http://discours.vie-publique.fr/notices/847085900.html>, gesehen am 2. 11. 2018.
- 10 Zahlen nach: Michel Winock, François Mitterrand, Paris 2015, S. 316.
- 11 Vgl.: Hélène Miard-Delacroix, Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1999), S. 539–558.
- 12 Discours de François Mitterrand devant le Bundestag à l'occasion du 20ème anniversaire du Traité de l'Élysée, 20. 1. 1983, <http://discours.vie-publique.fr/notices/847900500.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 13 Vgl.: Andrew Moravcsik, *Negotiating the Single European Act. National Interests and conventional Statecraft in the European Community*, in: *International Organization* 44 (1991) 1, S. 19–56.
- 14 Vertragstext der Einheitlichen Europäischen Akte: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11986U/TXT&from=EN>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 15 Rede von Justizminister Robert Badinter in der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. 9. 1981, in: *JO, Débats parlementaires. Assemblée nationale*, année 1981, S. 1143.
- 16 Vgl.: Matthias Waechter, *Le jacobinisme: la fin d'une tradition politique?*, in: *L'Europe en formation*, No. 3–4 2007, S. 99–107.
- 17 So der Titel einer Studie von Michel Rocard, «Décoloniser la province», Paris 1966. Ähnliche Ideen vertrat: Alain Peyrefitte, *Le mal français*, Paris 1976.
- 18 Zu den Kompetenzen der Gebietskörperschaften vgl.: Udo Kempf, *Das politische System Frankreichs*, 5. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 291 ff.
- 19 Statistiken auf der Webseite des territorialen öffentlichen Dienstes: <http://www.collectivites-locales.gouv.fr/effectifs-et-remunerations>, gesehen am 20. 5. 2016.
- 20 Vorschlag 90 der «110 propositions».
- 21 F. Mitterrand, *Le coup d'état*, S. 77.
- 22 M. Waechter, *Der Mythos des Gaullismus*, S. 420.
- 23 Siehe die Zeugnisse der Premierminister der Mitterrand-Ära in: Raphaëlle Bacqué, *L'enfer de Matignon. Ce sont eux qui en parlent le mieux*, Paris 2008.
- 24 Vgl.: Jacques Julliard, *Les gauches françaises 1762–2012: Histoire, politique et imaginaire*, Paris 2012, S. 799 ff. Sowie verschiedene Beiträge in: François Mitterrand. *Une vie, une œuvre*. *Le Monde*, hors-série, Paris 2011.

- 25 So äußerte sich Mitterrand gegenüber verschiedenen Gesprächspartnern. Vgl.: Franz-Olivier Giesbert, *Le Président*, Paris 1990, S. 308 ff.
- 26 Pressekonferenz de Gaulles vom 31. 1. 1964. Vgl.: M. Winock, *Mitterrand*, S. 365.
- 27 Artikel 20 der Verfassung von 1958.
- 28 Vgl.: Patrick Garcia, 1989: *La révolution est terminée*, in: P. Boucheron (Hg.), *Histoire mondiale*, S. 735–739.
- 29 Vgl.: Jean-François Kahn, *La pensée unique*, Paris 1995. Ignacio Ramonet, *La pensée unique*, in: *Le Monde diplomatique*, Januar 1995, S. 1.
- 30 H. Mendras, *La seconde révolution*.
- 31 Rocard in einer Rede am 13. 2. 1993, in: *L'Humanité*, 15. 2. 1993.
- 32 Christian Wenkel, Frankreich und die deutsche Einheit. Entflechtung nationaler Interessen als Grundlage neuer Verflechtung, in: J. Leonhard (Hg.), *Vergleich und Verflechtung*, S. 201–220, hier S. 206.
- 33 Zitiert in: Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Paris 2005, S. 131.
- 34 Zitiert in: *ibid.*, S. 121.
- 35 Zur Problematik von Attali «Verbatim»: F. Bozo, *Mitterrand*, S. 380 f. Der Historiker Pierre Hassner fragte sich zu Recht, «wie ein so unseriöser Autor wie Attali eine so eminente Rolle bei Mitterrand einnehmen konnte». (*ibid.*) Attali enthüllt seine eigene Sichtweise des Vereinigungsprozesses in der Einleitung seines Buchs: Helmut Kohl habe «alle vom Anfang bis zum Ende getäuscht» (Jacques Attali, *Verbatim*. Bd. 3: *Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995, S. 12).
- 36 Vgl.: Maurice Vaisse/Christian Wenkel, *La diplomatie française face à l'unification allemande*, Paris 2011.
- 37 Mustergültig für diese Deutung: Ulrich Lappenküper: *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011.
- 38 F. Bozo, *Mitterrand*, S. 22.
- 39 Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 679.
- 40 In: M. Vaisse/C. Wenkel, *La diplomatie*, S. 116.
- 41 In: *ibid.*, S. 147.
- 42 Protokoll eines Gespräches zwischen Mitterrand und Kohl vom 4. 1. 1990, zitiert in: C. Wenkel, *Frankreich und die deutsche Einheit*, S. 209.
- 43 Zusammenfassend hierzu: C. Wenkel, *Frankreich und die deutsche Einheit*.
- 44 Vgl.: F. Bozo, *Mitterrand*, S. 140 ff. Sowie die Zeugnisse von H. Genscher, *Erinnerungen*, S. 677 ff.
- 45 Mitterrand vor dem französischen Ministerrat am 13. 12. 1989, zitiert in: F. Bozo, *Mitterrand*, S. 152.
- 46 Vgl.: Werner Weidenfeld in Zus. mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998, S. 145–151. U. Herbert, *Geschichte Deutschlands*, S. 1132 ff.
- 47 F. Bozo (*Mitterrand*, S. 152) spricht von einem «Junktum»; den gleichen Ausdruck benutzt Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 67.
- 48 Vgl. hierzu verschiedene Zeugnisse in: M. Vaisse/C. Wenkel, *La diplomatie*, insbes. S. 237.
- 49 *Ibid.*, S. 256.
- 50 Vgl.: F. Bozo, *Mitterrand*, S. 303 ff.
- 51 Zur Debatte in der Bundesrepublik: U. Herbert, *Geschichte Deutschlands*, S. 1180 ff.
- 52 Vgl.: Laurent Warlouzet, 1992: *Un tout petit «oui»*, in: P. Boucheron (Hg.), *Histoire mondiale*, S. 740–744.
- 53 Mitterrand und Séguin in der Fernsehdebatte vom 3. 9. 1992. <http://discours.vie-publique.fr/notices/927010500.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 54 Zur Deutung des Abstimmungsergebnisses: Michel Mangenot, *Le référendum de Maast-*

- richt et la «théorie» des deux France. Note sur la construction sociale des commentaires médiatiques sur l'Europe, in: *Regards sociologiques*, No. 27–28, 2004, S. 131–137.
- 55 Der Begriff des «permissiven Konsenses» geht zurück auf: Leon N. Lindberg/Stuart A. Scheingold, *Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community*, Engelwood Cliffs 1997. Zum Ende des «permissiven Konsenses» im Zuge der Währungsunion: Liesbet Hooghe/Garry Marks, *A Postfunctionalist Theory of European Integration*. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 39 (2008), S. 1–23.
- 56 Vgl.: David Marsh, *Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung*. Aus dem Englischen von Friedrich Giese, Hamburg 2009, S. 195 ff. Hans Tietmeyer, *Herausforderung Euro. Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet*, München 2005, S. 173 ff.
- 57 François Mitterrand, *Président de la République française, intervention en session plénière du Parlement européen*, 17 janvier 1995.

17. Frankreich um 1990

- 1 Zur Bautätigkeit der Ära Mitterrand zusammenfassend: Thankmar von Münchhausen, *Paris. Geschichte einer Stadt seit 1800*, München 2017, S. 599 ff.
- 2 Formulierung von Hannah Arendt aus «Über die Revolution».
- 3 Vgl.: Claire Duchon, *Feminism in France. From May '68 to Mitterrand*, London/Boston 1986.
- 4 Vgl.: Ludivine Bantigny, *La France à l'heure du monde. De 1981 à nos jours*, Paris 2013, S. 297 ff.
- 5 Vgl.: Jean-François Sirinelli, *Les Vingt décisives 1965–1985*, Paris 2007, S. 290.
- 6 Ergebnisse der Umfrage zusammengefasst in: Franz Schultheis, *Familiäre Lebensformen, Geschlechterbeziehungen und Familienwerte im deutsch-französischen Vergleich*, in: Renate Köcher/Joachim Schild (Hg.), *Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten*, Opladen 1998, S. 207–226. Vgl. auch: H. Kaelble, *Nachbarn am Rhein*, S. 172 ff.
- 7 Vgl.: Julie Moschion, *Offre de travail des mères en France. L'effet causal du passage de deux à trois enfants*, in: *Economie et statistique*, No. 422, 2009, S. 51–78.
- 8 Vgl.: Hélène Périver, *Emploi des mères et garde des jeunes enfants en Europe*, in: *Revue de l'OFCE* 90 (2004) 3, S. 225–258.
- 9 Vgl.: Franz Schultheis, *Familiäre Lebensformen*.
- 10 Vgl.: Francisco Munoz-Pérez/France Prioux, *Les naissances hors mariage en France: trente années de changements*, in: *Recherches et Prévisions*, No. 59, März 2000, S. 105–116.
- 11 Vgl.: Julian Jackson, *Arcadie: La vie homosexuelle de l'après-guerre à la dépénalisation*, Paris 2009.
- 12 Jean-Marie Colombani, *Forteresse vide*, in: *Le Monde*, 23. 8. 1996.
- 13 Zahlen und Statistiken in: R. Schor, *Histoire de l'immigration en France*, S. 200 ff.
- 14 Vgl.: Yvan Gastaut, *L'immigration et l'opinion en France sous la Ve République*, Paris 2000.
- 15 Vgl.: Yvan Gastaut/Stéphane Mourlane, *Der «Italiener» und der «Nordafrikaner» oder: der ewige Sündenbock*, in: Rosmarie Beier-de Haan/Jan Werquet (Hg.), *Fremde? Bilder von den «Anderen» in Deutschland und Frankreich seit 1871*, Dresden 2009, S. 90–97.
- 16 Vgl.: Sylvain Laurens, *«1974» et la fermeture des frontières. Analyse critique d'une décision érigée en turning-point*, in: *Politix* 82 (2008) 2, S. 69–94.
- 17 Vgl.: R. Schor, *Histoire de l'immigration en France*, S. 270 ff.
- 18 Vgl.: Yvan Gastaut, *Français et immigrés à l'épreuve de la crise (1973–1995)*, in: *Vingt-tième Siècle. Revue d'histoire* 84 (2004) 4, S. 107–118.
- 19 Chirac am 19. 2. 1976 im Sender TF 1, zitiert in: Y. Gastaut, *Français et immigrés*, S. 111.
- 20 R. Schor, *Histoire de l'immigration en France*, S. 251.

- 21 Rede von Jacques Chirac am 19. 6. 1991 in Orléans, zitiert in: *Le Monde*, 21. 6. 1991.
- 22 Vgl. hierzu: Y. Gastaut, *L'immigration et l'opinion*, S. 550 ff.
- 23 Vgl.: Yvan Gastaut, *L'Islam français est-il soluble dans la laïcité?*, in: *L'Histoire* 289 (2004) 7, S. 92–97.
- 24 Beide Zitate in: Vincent Gay, *Grèves saintes ou grèves ouvrières? Le «problème musulman» dans les conflits de l'automobile, 1982–1983*, in: *Genèses* 98 (2015), S. 110–130, Zitat S. 130. Vgl. auch: Abdelali Hajjat/Marwan Mohammed, *Islamophobie: Comment les élites françaises fabriquent le «problème musulman»*, Paris 2013.
- 25 Vgl.: L. Bantigny, *La France*, S. 320 ff.
- 26 Text der «Etats généraux» des RPR vom 31. 3. 1990 zitiert in: http://www.francetvinfo.fr/politique/alain-juppe/immigration-1990-quand-les-propositions-de-la-droite-res-semblaient-a-celles-du-fn_709923.html, gesehen am 1. 10. 2018.
- 27 Vgl.: L. Bantigny, *La France*, S. 318 ff.
- 28 Mitterrand zitiert in: Juliette Deborde, «Misère du monde», ce que a vraiment dit Michel Rocard, *Libération*, 22. 4. 2015. http://www.liberation.fr/france/2015/04/22/misere-du-monde-ce-qu-a-vraiment-dit-michel-rocard_1256930, gesehen am 1. 10. 2018.
- 29 R. Schor, *Histoire de l'immigration en France*, S. 273.
- 30 Juliette Deborde, «Misère du monde».
- 31 Mitterrand zitiert in: Y. Gastaut, *Français et immigrés*, S. 115.
- 32 R. Schor, *Histoire de l'immigration en France*, S. 280–284.
- 33 *Ibid.*, S. 255 f.
- 34 Vgl.: Dietmar Hüser, *RAPublikanische Synthese. Eine französische Zeitgeschichte populärer Musik und politischer Kultur*, Wien 2004.
- 35 Vgl.: Elizabeth Buettner, *Europe after Empire. Decolonization, Society, and Culture*, Cambridge 2016, S. 327 ff. Matthias Waechter, *Fortschrittsdiskurse in Frankreich und den USA im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte* 58 (2007) II, S. 297–318.
- 36 Vgl.: Vincent Martigny, *Dire la France. Culture(s) et identités nationales (1981–1995)*, Paris 2016.
- 37 François Mitterrand, Rede vom 18. 5. 1987 in der Pariser Sorbonne. <http://discours.vie-publique.fr/notices/877009500.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 38 Jacques Chirac in der «Fondation du Futur» am 18. 1. 1986, in: Yves Michaud, *Chirac dans le texte. La parole et l'impuissance*, Paris 2004, S. 20.
- 39 Alain Finkelkraut, *La défaite de la pensée*, Paris 1987.
- 40 Vgl.: Jocelyne Streiff-Fénart, *Un dilemme français: Modèle républicain et discriminations ethniques*, in: *Faire-Savoirs: Sciences de l'Homme et de la Société en Provence-Alpes-Côte d'Azur*, 2002, S. 69–76. Sarah Mazouz, *La République et ses autres. Politiques de l'altérité dans la France des années 2000*, Lyon 2017.
- 41 Discours de Martine Aubry, ministre de l'emploi et de la solidarité aux assises de la citoyenneté et de la lutte contre les discriminations, à Paris-La Défense, 18. 3. 2000. www.vie-publique.fr/documents-vp/aubry18032000.shtml, gesehen am 1. 10. 2018.
- 42 Déclaration de Mme Martine Aubry, ministre de l'emploi et de la solidarité, sur la lutte contre les discriminations raciales dans le monde du travail, Paris, 11. 5. 1999. <http://discours.vie-publique.fr/notices/993001450.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 43 Vgl.: Marie Boëton, *Discrimination positive en France*, in: *Études* 398 (2003) 2, S. 175–184. L. Bantigny, *La France*, S. 315.
- 44 Vgl.: Stéphane Beaud, *La France «black-blanc-beur»*, in: P. Boucheron (Hg.), *Histoire mondiale*, S. 745–748.
- 45 Alle Zitate in: Yvan Gastaut, *Milieus politiques, immigration et coupe du monde 1998 de football: la parenthèse enchantée*, in: *Migrations et société*, No. 110, 2007/2, S. 141–151, hier S. 142 u. 147.
- 46 So etwa Bruno Roger-Petit, *Les joueurs de l'équipe de France aiment-ils la France?*, in: *Figaro Blog avec Sport* 24, 9. 6. 2010. http://blog.lefigaro.fr/football/bruno_roger-petit/

- 2010/06/les-joueurs-de-lequipe-de-france-aiment-ils-la-france.html, gesehen am 1.10.2018.
- 47 Vgl. im Rückblick: Rémi Dupré/Stéphane Mandard, Zidane, l'intouchable, in: *Le Monde*, 7.1.2016. http://www.lemonde.fr/football/article/2016/01/07/zidane-l-intouchable_4843542_1616938.html, gesehen am 1.10.2018.
- 48 A. Finkielkraut zitiert in: David Caviglioli, La main de Thierry Henry vu par Attali, Finkielkraut, Delerm ... et Sollers, in: *Le nouvel observateur*, 20.11.2009. <http://bibliobs.nouvelobs.com/actualites/20091120.BIB4465/la-main-de-thierry-henry-vue-par-attali-finkielkraut-delerm-et-sollers.html>, gesehen am 1.10.2018.
- 49 Vgl.: Y. Gastaut, Milieux politiques.
- 50 Vgl.: E. Buettner, *Europe after Empire*, S. 327 ff. Sowie das Heft «La question postcoloniale» der Zeitschrift «Hérodote», 120 (2006) 1.
- 51 Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, *Les héritiers. Les étudiants et la culture*, Paris 1964.
- 52 Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer, Frankfurt/M. 2016 (Original: Paris 1979).
- 53 Vgl.: Jacques Julliard, *La faute aux élites*, Paris 1997, S. 72.
- 54 Vgl.: Nicolas Jabko/Elsa Massoc, French capitalism under stress: How Nicolas Sarkozy rescued the banks, in: *Review of International Political Economy* 19 (2012), S. 562–585, hier S. 575.
- 55 Vgl.: Michel Euriat/Claude Thélot, Le recrutement social de l'élite scolaire en France. Evolution des inégalités de 1950 à 1990, in: *Revue française de sociologie*, 1995, 36–3, S. 403–438.
- 56 Richard Descoings, «Sciences Po. Le contre-modèle», propos recueillis par C. Golliau, in: *Le Point*, 15.2.2007.
- 57 Vgl.: M. Euriat/C. Thélot, *Le recrutement social*.
- 58 Zahlen nach einer Statistik des Ministère de l'éducation nationale: Retrospective du baccalauréat, 2007. <http://cache.media.education.gouv.fr/file/47/9/5479.pdf>, gesehen am 1.10.2018.
- 59 Statistik des Ministère de l'éducation nationale: Les évolutions de l'enseignement supérieur depuis 50 ans: croissance et diversification, 2017. https://publication.enseignement-sup-recherche.gouv.fr/eesr/8/EESR8_ES_08-les_evolution_de_l_enseignement_superieur_depuis_50_ans_croissance_et_diversification.php, gesehen am 1.10.2018.
- 60 J. Julliard, *La faute aux élites*, S. 44.
- 61 Vgl.: Philipp Cordazzo, Les bénéficiaires du RMI. Evolution et renouvellement des effectifs (1989–2002), in: *Recherches et prévisions* 74 (2003) 1, S. 71–79.
- 62 Vgl.: Rémi Lefebvre, Le socialisme français et la «classe ouvrière», in: *Nouvelles Fondations* 1 (2006) 1, S. 64–75.
- 63 Marcel Gauchet, Les mauvaises surprises d'une oubliée: la lutte des classes, in: *Le Débat*, 60 (1990) 3, S. 257–266.
- 64 Erklärung Chiracs vom 4.11.1994, zitiert in: ders., *Chaque pas doit être un but*, Bd. 1, Paris 2009, S. 430 f.
- 65 Vgl.: Matthias Waechter, Das «französische Gesellschaftsmodell» in der Krise? – Frankreich in der Ära Chirac, in: *Die Zeit. Welt- und Kulturgeschichte*, Bd. 16: *Die Welt heute*, Hamburg/Mannheim 2006, S. 273–279.
- 66 Jean-Michel Helvig, Les funérailles du gaullisme. Jacques Chirac l'héritier-fossoyeur, in: *Libération*, 30.5.1997.
- 67 Zur «Gauche plurielle» im historischen Kontext der französischen Linken: Jacques Julliard, *Les Gauches françaises 1762–2012. Histoire, politique, imaginaire*, Paris 2012, S. 823 ff.
- 68 Vgl.: Christophe Forcari/Eric Aeschmann, Clash à l'issue de la Conférence sur l'emploi, in: *Libération*, 11.10.1997.
- 69 Vgl.: Susan Strange, *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, Cambridge 1996.

- 70 Vgl.: Thomas Piketty, *Le supplice des 35 heures*, in: *Liberation*, 17. 12. 2007.
- 71 Jean-Claude Vérez (Hg.), *Le chômage en France. Fatalité ou choix collectif?*, Paris 1999.
- 72 Vgl.: D. Marsh, *Der Euro*, S. 265 ff. H. Tietmeyer, *Herausforderung Euro*, S. 213 ff.
- 73 Interview des Senders France 2 mit Lionel Jospin vom 13. 9. 1999. <http://discours.vie-publique.fr/notices/993002233.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 74 Rede von Jean-Marie Le Pen in Paris vom 23. 9. 2001. <http://discours.vie-publique.fr/notices/013003238.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 75 Vgl.: Yvan Gastaut, *Le sport comme révélateur des ambiguïtés du processus d'intégration des populations immigrées. Le cas du match de football France-Algérie*, in: *Sociétés contemporaines* 69 (2008) 1, S. 49–71.
- 76 Vgl.: *La vie publique: Au cœur du débat public*, Les Français et l'insécurité, 2005. <http://www.vie-publique.fr/politiques-publiques/securite-interieure/sentiment-insecurite/>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 77 Clarisse Vernhes, *Insécurité: Chirac s'attire des répliques cinglantes*, 20. 2. 2001. http://www1.rfi.fr/actufr/articles/026/article_13032.asp, gesehen am 1. 10. 2018.
- 78 Vgl.: Anthony Gautier, *Affaire Paul Voise – Enquête sur un fait divers qui a bouleversé la France à la veille de la présidentielle*, Paris 2003.
- 79 Vgl.: Suzanne Berger, *La crise de la représentation*, in: Pepper D. Culpepper/Peter A. Hall/Bruno Palier (Hg.), *La France en mutation. 1980–2005*, Paris 2006, S. 423–447.
- 80 Vgl.: Nonna Mayer, *Les hauts et les bas du vote Le Pen 2002*, in: *Revue française de science politique* 52 (2002), S. 505–520.
- 81 Rückblickend hierzu: Lionel Jospin, *L'impasse*, Paris 2007.
- 82 Text der Rede Jacques Chiracs vom 16. 7. 1995, in: <http://www.lhistoire.fr/discours-de-jacques-chirac-du-16-juillet-1995>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 83 Charles de Gaulles, *Discours radiodiffusé*, 14. 10. 1944, in: ders., *Discours et messages*, Bd. 1, S. 455.
- 84 Pompidou in einer Pressekonferenz vom 21. 9. 1972, zitiert in: Henry Rousso, *La Seconde Guerre mondiale dans la mémoire des droites françaises*, in: ders., *Vichy. L'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 1992, S. 345–452, Zitat S. 423.
- 85 Vgl.: M. Waechter, Schmidt und Giscard, S. 70.
- 86 Mitterrand in einem Interview mit Jean-Pierre Elkabbach im Sender France 2 am 12. 9. 1994. <http://discours.vie-publique.fr/notices/947012500.html>, gesehen am 2. 11. 2018.
- 87 Vgl.: Beate u. Serge Klarsfeld, *Mémoires*, Paris 2015.
- 88 Vgl.: Bernhard Brunner, *Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2004. Claudia Moisel, *Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2004.
- 89 Diese Problematik diskutiert: Alain Finkielkraut, *La mémoire vaine. Du crime contre l'humanité*, Paris 1989.
- 90 Vgl.: Serge Klarsfeld, *Vichy – Auschwitz. Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France*, 2 Bde., Paris 1983 u. 1985.
- 91 Eine umfassende Würdigung der Bedeutung Paxtons durch Henry Rousso, *L'historien, lieu de mémoire: Hommage à Robert Paxton*, in: ders., *Vichy. L'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 1992, S. 453–480.
- 92 *Den Umschwung vom Verschweigen zur «fieberhaften» Beschäftigung mit Vichy analysiert Henry Rousso*, *ibid.*
- 93 Vgl.: Richard J. Golsan, *The Vichy Past in France Today. Corruptions of Memory*, Boulder/New York 2017.
- 94 Vgl.: Gesetz vom 18. 10. 1999, erschienen im Gesetzblatt vom 20. 10. 1999. <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000578132&categorieLien=id>, gesehen am 1. 10. 2018. Vgl. auch: Dietmar Hüser, *Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Frankreich. Vom zersplitterten Gedenken an den Algerienkrieg seit 1962*, in: *Frankreich-Jahrbuch* 13 (2000), S. 107–128.

- 95 Florence Beaugé, Comment «Le Monde» a relancé le débat sur la torture en Algérie, in: *Le Monde* 17. 3. 2012. http://www.lemonde.fr/afrique/article/2012/03/17/le-monde-re-lance-le-debat-sur-la-torture-en-algerie_1669340_3212.html, gesehen am 1. 10. 2018.
- 96 Jacques Massu im Interview mit Florence Beaugé, in: *Le Monde*, 22. 6. 2000. http://www.lemonde.fr/afrique/article/2000/06/22/la-torture-faisait-partie-d-une-certaine-ambiance-on-aurait-pu-faire-les-choses-differemment_1671161_3212.html, gesehen am 1. 10. 2018.
- 97 Vgl.: Florence Beaugé, Les aveux du général Aussaresses: «Je me suis résolu à la torture» (23. 11. 2000), in: *Le Monde*, 4. 12. 2013. http://www.lemonde.fr/disparitions/article/2013/12/04/les-aveux-du-general-aussaresses-je-me-suis-resolu-a-la-torture_3524992_3382.html, gesehen am 1. 10. 2018.
- 98 Aufruf von zwölf Intellektuellen in der Zeitung «L'Humanité» vom 31. 10. 2000. <https://www.humanite.fr/node/262099>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 99 Vgl.: Benjamin Stora, Guerre d'Algérie: 1999–2003. Les accélérations de la mémoire, in: *Hommes et migrations*, Nr. 1233, 2003, S. 83–95. Claude Liauzu, Pour une histoire critique de la colonisation. Pour un travail de mémoire, in: *Hommes et migrations*, Nr. 1231, 2003, S. 85–89.
- 100 Rede Chiracs in Paris vom 5. 12. 2002. <http://discours.vie-publique.fr/notices/027000322.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 101 Chiracs Rede vor dem algerische Parlament am 3. 3. 2003. <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Au-parlement-algérien.pdf>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 102 Die einzelnen Stadien des Verfahrens können anhand der Dokumentation des französischen Senats nachvollzogen werden: <https://www.senat.fr/leg/pplo1-188.html>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 103 Vgl.: «Commemorations de la guerre d'Algérie: pourquoi y-a-t-il deux dates?» in: *Nice-Matin*, 5. 12. 2017. <http://www.nicematin.com/faits-de-societe/commemorations-de-la-guerre-dalgerie-pourquoi-y-a-t-il-deux-dates-189891>, gesehen am 1. 10. 2018.
- 104 Zur Diskussion über die «französische Ausnahme»: *La France est-elle un pays d'exception? Préface de Thomas Ferenczi*, Paris 2002.

18. Ausblick: Infragestellung und Rückkehr zur «Republik der Mitte»

- 1 Vgl.: Eddy Fougier, *La France face à la mondialisation, Problèmes politiques et sociaux*, Nr. 920, Paris 2006. Ders., *L'Altermondialisme*, Paris 2008.
- 2 Vgl.: Jacques Julliard, *Le malheur français*, Paris 2005.
- 3 Vgl.: J. Chirac, *Chaque pas doit être un but*, Bd. 1, S. 141.
- 4 «Les banlieues brûlent, Le Pen sourit», *Agoravox*, 21. 12. 2005. <https://www.agoravox.fr/actualites/politique/article/les-banlieues-brulent-le-pen-5506>, gesehen am 30. 10. 2018.
- 5 «Nicolas Sarkozy continue de vilipender «racailles et voyous», in: *Le Monde*, 11. 11. 2005. https://www.lemonde.fr/societe/article/2005/11/11/nicolas-sarkozy-persiste-et-signe-contre-les-racailles_709112_3224.html, gesehen am 30. 10. 2018.
- 6 Déclaration du Président de la République, Jacques Chirac. 14. 11. 2005. <http://www.ina.fr/video/I2964833001>, gesehen am 30. 10. 2018.
- 7 Vgl.: Aurélien Mondon, Nicolas Sarkozy's legitimization of the Front national: background and perspectives, in: *Patterns of Prejudice* 47 (2013), S. 22–40.
- 8 Alle Zitate aus: *Discours de Nicolas Sarkozy à Caen*, 9. 3. 2007. <http://discours.vie-publique.fr/notices/073001046.html>, gesehen am 30. 10. 2018.
- 9 Vgl.: Jérôme Valluy, Quelles sont les origines du ministère de l'Identité nationale et de l'Immigration?, in: *Cultures & Conflits* 69 (2008), S. 7–18.
- 10 Vgl.: Florence Autret, *Sarkozy à Bruxelles*, Paris 2008.
- 11 Vgl.: N. Jabko/E. Massoc, *French capitalism*.
- 12 Beispielfür für den nationalistischen Diskurs des Präsidenten seine Rede in Marseille

- vom 19. 2. 2012. <http://www.nrblog.fr/presidentielle2012/files/82106870-Premier-meeting-de-Nicolas-Sarkozy-a-Marseille-le-19-fevrier-2012.pdf>, gesehen am 1. 11. 2018.
- 13 Vgl.: «Les immigrés récemment arrivés en France», Insee Première, Nr. 1524, November 2014.
- 14 Vgl.: Matthias Waechter, Is France still a pivotal power in the EU? Reflections on the country's declining agenda-setting role, in: Hartmut Marhold (Hg.), Europe under Stress. Internal and External Challenges for the EU and its Member States, Baden-Baden 2017, S. 71–74.
- 15 Im Fernsehen übertragene Erklärung von Präsident Hollande vom 7. 1. 2015, <http://discours.vie-publique.fr/notices/157000042.html>, gesehen am 1. 11. 2018.
- 16 Vgl.: Matthias Waechter, Are all the French still «Charlie»? Reflections after the terrorist attacks in Paris, in: H. Marhold (Hg.), Europe under Stress, S. 75–86.
- 17 Vgl.: Matthias Waechter, Why Emmanuel Macron is the most Gaullist of all candidates for the French presidential elections of 2017, in: ders./Hartmut Marhold (Hg.), Europe – Against the Tide, Baden-Baden 2018, S. 99–104.

Literaturverzeichnis

Quellen

Zeitungen:

Le Canard enchaîné
Combat
La Dépêche coloniale
Les Echos
L'Enchaîné
Express
Le Figaro
Franc-Tireur
L'Humanité
La justice
Libération
La Marseillaise
Le Matin
Le Monde
Le Monde diplomatique
Nice-Matin
Le Nouveau Journal de Paris
Le Nouvel observateur
Le Petit Parisien
Le Point
Le Populaire
Le temps
Variété

Online-Archive und Bibliotheken:

Archiv des Institut national de l'audiovisuel: www.ina.fr
Online-Bibliothek der Bibliothèque nationale: gallica.bnf.fr
Berichte der Präfekten über die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Frankreich 1940–1945: www.ihtp.cnrs.fr/prefets
Französische Gesetze aus dem 19. bis 21. Jahrhundert: www.legifrance.gouv.fr
Reden und politische Dokumente aus der Fünften Republik: www.vie-publique.fr

Gedruckte Quellen und Literatur

Abbad, Fabrice: *La France de 1919 à 1929*, Paris 1996.
Abrams, L./Miller, D. J.: Who Were the French Colonialists? A Reassessment of the Parti Colonial, 1890–1914, in: *The Historical Journal* 19 (1976), S. 685–725.
Acte général de la conférence de Berlin, 26. 2. 1885. <http://mjp.univ-perp.fr/traites/1885berlin.htm>, gesehen am 10. 10. 2018.

- Adams, Henry: *The Education of Henry Adams*, New York 1918.
- Agathon (d.i. Alfred de Tarde/Henri Massis), *Les jeunes gens d'aujourd'hui* (1913). Présentation par Jean-Jacques Becker, Paris 1995.
- Ageron, Charles-Robert: *France coloniale ou parti colonial?* Paris 1978.
- Ageron, Charles-Robert: *Histoire de l'Algérie contemporaine* (1830-1988), 9. Aufl., Paris 1990.
- Ageron, Charles-Robert: *L'exposition coloniale*, in: P. Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 1, S. 493-515.
- Ageron, Charles-Robert: *L'opinion française devant la guerre d'Algérie*, in: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63 (1976), S. 256-285.
- Ageron, Charles-Robert: *La décolonisation française*, Paris 1991.
- Ageron, Charles-Robert: *Mai 1945 en Algérie. Enjeu de mémoire et histoire*, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, No. 39-40, 1995: *Lendemain de libération, Lendemain de guerre*, S. 52-56.
- Ageron, Charles-Robert/Michel, Marc (Hg.): *L'Afrique noire française. L'heure des indépendances*, Paris 2010.
- Agulhon, Maurice: *Coup d'état et République*, Paris 1998.
- Albertelli, Sébastien: *Les services secrets du général de Gaulle. Le BCRA 1940-1944*, Paris 2009.
- Alexandre, Philippe: *Le patriotisme à l'école en France et en Allemagne, 1871-1914. Essai d'étude comparatiste*, in: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hg.), *Lernen und Lehren in Frankreich und Deutschland. Apprendre et enseigner en Allemagne et en France*, Stuttgart 2007.
- Allain, Jean-Claude: *Agadir 1911. Une crise impérialiste pour la conquête du Maroc*, Paris 1976.
- Alleg, Henri: *La question*, Paris 1958.
- Altwegg, Jürg: *Die langen Schatten von Vichy. Frankreich, Deutschland und die Rückkehr des Verdrängten*, München 1998.
- Altwegg, Jürg: *Die Republik des Geistes. Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion*, München 1986.
- Ambler, John S. (Hg.): *The French Welfare State. Surviving Social and Ideological Change*, New York/London 1991.
- Amiri, Linda: *La Bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole*, Paris 2004.
- Amouroux, Henri: *La grande histoire des Français sous l'occupation*, 6 Bde., Band 1: *Quarante millions de pétainistes*, Paris 1977-83.
- Andrew, Christopher M./Kanya-Forstner, A.S.: *The Climax of French Imperial Expansion 1914-1924*, Stanford (Calif.) 1981.
- Andrews, Christopher: *Théophile Delcassé and the Making of the Entente cordiale. A reappraisal of French Foreign Policy 1898-1905*, London 1968.
- Andrieu, Claire u. a. (Hg.): *Les nationalisations de la libération. De l'utopie au compromis*, Paris 1987.
- Andrieu, Claire: *Le Programme Commun de la Résistance. Des idées dans la guerre*, Paris 1984.
- Aragon, Louis: *La Diane française*, Paris 1946.
- Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986.
- Arendt, Hannah: *Über die Revolution*, München 1965.
- Aron, Raymond: *De Giscard à Mitterrand: 1977-1983*, Paris 2005
- Aron, Raymond: *L'Opium des intellectuels*, Paris 1955.
- Aron, Raymond: *Le grand schisme*, Paris 1948.
- Attali, Jacques: *Verbatim*, Bd. 3: *Chronique des années 1988-1991*, Paris 1995.
- Audoin-Rouzeau, Stéphane/Becker, Annette: *14-18, retrouver la Guerre*, Paris 2000.
- Auriol, Vincent: *Journal du Septennat 1947-1954*, 7 Bde., Paris 1970-78.
- Autret, Florence: *Sarkozy à Bruxelles*, Paris 2008.
- Azéma, Jean-Pierre: *Jean Moulin: le politique, le rebelle, le résistant*, Paris 2003.

- Azéma, Jean-Pierre: 1940, l'année noire, Paris 2010.
- Azéma, Jean-Pierre: De Munich à la Libération: 1938-1944, Paris 2002.
- Azéma, Jean-Pierre: Histoire de l'extrême droite en France (sous la dir. de Michel Winock), Paris 1994.
- Azéma, Jean-Pierre: La Collaboration: 1940-1944, Paris 1975.
- Azéma, Jean-Pierre/Bédarida, François (Hg.): 1938-1948: les années de tourmente: de Munich à Prague: dictionnaire critique, Paris 1995.
- Azéma, Jean-Pierre/Bédarida, François (Hg.): La France des années noires. 2 Bde., Paris 2000.
- Azéma, Jean-Pierre/Bédarida, François (Hg.): Vichy et les Français, Paris 1992.
- Azéma, Jean-Pierre/Prost, Antoine/Rioux, Jean-Pierre (Hg.): Les Communistes français de Munich à Châteaubriant: 1938-1941, Paris 1987.
- Azéma, Jean-Pierre/Wieviorka, Olivier: Les Libérations de la France, Paris 1993.
- Azéma, Jean-Pierre/Wieviorka, Olivier: Vichy, 1940-1944, Paris 1997.
- Baal, Gérard: Histoire du radicalisme, Paris 1994.
- Bachollet, Raymond: Les cent plus belles images de l'affaire Dreyfus. Préface de Jean-Denis Bredin, Paris 2006.
- Bacqué, Raphaëlle: L'enfer de Matignon. Ce sont eux qui en parlent le mieux, Paris 2008.
- Baert, Patrick: The sudden rise of French existentialism: a case-study in the sociology of intellectual life, in: *Theory and Society* 40 (2011), S. 619-644.
- Bajon, Philip: Europapolitik «am Abgrund». Die Krise des «leeren Stuhls» 1965-1966, Stuttgart 2012.
- Bancel, Nicolas/Blanchard, Pascal/Vergès, Françoise: La République coloniale. Essai sur une utopie, Paris 2003.
- Bange, Oliver: The EEC Crisis of 1963. Kennedy, Macmillan, de Gaulle, and Adenauer in Conflict. Foreword by Peter Catterall, New York 2000.
- Bantigny, Ludivine: La France à l'heure du monde. De 1981 à nos jours, Paris 2013.
- Barbas, Jean-Claude (Hg.): Philippe Pétain: Discours aux Français. 17 juin 1940-20 août 1944. Textes établis, présentés et commentés par Jean-Claude Barbas, Paris 1989.
- Bariéty, Jacques (Hg.): Aristide Briand, la Société des Nations et l'Europe: 1919-1932, Paris 2007.
- Barraclough, Geoffrey: From Agadir to Armageddon: Anatomy of a Crisis, New York 1982.
- Barral, Pierre: Léon Gambetta. Tribun et stratège de la République (1838-1882), Paris 2008.
- Barre, Raymond: Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am 5. 10. 1976. <http://perspective.usherbrooke.ca/bilan/servlet/BMDictionnaire?idictionnaire=1806>, gesehen am 1. 10. 2018.
- Barrès, Maurice: «Berufung auf das ewige Frankreich», 1902, in: Peter Alter (Hg.), Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994, S. 250.
- Barrès, Maurice: Scènes et doctrines du nationalisme, Bd. 1, Paris 1902.
- Barthélémy, Pascale: L'enseignement dans l'Empire colonial français. Une vieille histoire?, in: *Histoire de l'éducation* 128 (2010), S. 5-27.
- Baruch, Marc Olivier: Das Vichy-Regime. Frankreich 1940-1944. Aus dem Französischen von Birgit Martens-Schöne. Bearb. v. Stefan Martens, Stuttgart 1999.
- Baubérot, Jean: Les sept laïcités françaises. Le modèle français de laïcité n'existe pas, Paris 2015.
- Baumel, Jacques: De Gaulle, l'exil intérieur, Paris 2001.
- Beauchemin, Cris/Hamel, Christelle/Simon, Patrick (Hg.): Trajectoires et origines. Enquête sur la diversité des populations en France, Préface de François Héran, Paris 2016.
- Beaupré, Nicolas: Ecrits de guerre 1914-1918, Paris 2013.
- Beaupré, Nicolas: La France en guerre 1914-1918, Paris 2013.
- Beaupré, Nicolas: Les grandes guerres 1914-1945, Paris 2012.
- Beauvoir, Simone de: Le deuxième sexe, 2 Bde., Paris 1949.
- Becchia, Alain: Les milieux parlementaires et la dépopulation de 1900 à 1914, in: *Communications*, No. 44, 1986. Dénatalité: l'antériorité française, 1800-1914, S. 201-246.

- Beck, Robert: Der Plan Freycinet und die Provinzen. Aspekte der infrastrukturellen Entwicklung der französischen Provinzen durch die Dritte Republik, Frankfurt/M. u. a. 1986.
- Becker, Annette: La guerre et la foi. De la mort à la mémoire. 1914-1930, Paris 1994.
- Becker, Annette: Les cicatrices rouges 14-18. France et Belgique occupées, Paris 2010.
- Becker, Jean-Jacques: 1914, comment les Français sont entrés dans la guerre, Paris 1975.
- Becker, Jean-Jacques: Albert Thomas, d'un siècle à l'autre. Bilan de l'expérience de guerre, in: Les cahiers IRICE 2008/2, S. 9-15.
- Becker, Jean-Jacques: Clemenceau, chef de guerre, Paris 2012.
- Becker, Jean-Jacques: Histoire politique de la France depuis 1945, Paris 2015.
- Becker, Jean-Jacques: L'année 14, Paris 2004.
- Becker, Jean-Jacques: La France en guerre 1914-1918. La grande mutation, Paris 1988.
- Becker, Jean-Jacques: Les Français dans la Grande Guerre, Paris 1980.
- Becker, Jean-Jacques: Opposition to the War in France: The Case of Clovis Andrieu, in: Hugh Cecil/Peter H. Liddle (Hg.), Facing Armageddon. The First World War Experience, London 1988, S. 677-690.
- Becker, Jean-Jacques/Candar, Gilles (Hg.), Histoire des gauches en France, 2 Bde., Paris 2004.
- Becker, Jean-Jacques/Krumeich, Gerd: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914-1918, Essen 2010.
- Beevor, Anthony/Cooper, Artemis: Paris after the Liberation, 1944-1949, London 1994.
- Begley, Louis: Why the Dreyfus Affair matters, New Haven/London 2009.
- Beier-de Haan, Rosmarie/Werquet, Jan (Hg.): Fremde? Bilder von den «Anderen» in Deutschland und Frankreich seit 1871, Dresden 2009, S. 38-47.
- Ben-Amos, Avner: La «panthéonisation» de Jean Jaurès. Rituel et politique sous la IIIe République, in: Terrain No. 15, Oct. 1990, S. 49-64.
- Benamou, Georges-Marc: C'était un temps déraisonnable. Les premiers résistants racontent, Paris 1999.
- Benjamin, Walter: Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts, in: ders., Das Passagen-Werk, hg. von Ralph Tiedemann, Gesammelte Schriften, Bd. V-1, Frankfurt/M. 1985, S. 45-59.
- Benot, Yves: Massacres coloniaux 1944-1950. La IVe République et la mise au pas des colonies françaises, Paris 2005.
- Berger, Françoise: La France, l'Allemagne et l'acier (1932-1952). De la stratégie des cartels à l'élaboration de la CECA, Diss. Paris 2000.
- Berger, Françoise/Kwaschik, Anne (Hg.): La «condition féminine». Feminismus und Frauenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2016.
- Berstein, Serge/Ruby, Marcel (Hg.): Un siècle de radicalisme, Villeneuve d'Ascq 2004.
- Berstein, Serge: Edouard Herriot ou la République en personne, Paris 1985.
- Berstein, Serge: Histoire du gaullisme, Paris 2001.
- Berstein, Serge: Histoire du Parti radical, Bd. 1: La recherche de l'âge d'or, 1919-1926, Paris 1980.
- Berstein, Serge: La France des années 30, Paris 1988.
- Berstein, Serge: Le 6 février 1934, Paris 1975.
- Berstein, Serge: Léon Blum, Paris 2006.
- Berstein, Serge/Rémond, René/Sirinelli, Jean-François (Hg.): Les Années Giscard. Institutions et pratiques politiques (1974-1978), actes de la journée d'études organisée par le Centre d'histoire de l'Europe du vingtième siècle et l'Institut pour la démocratie en Europe le 29 janvier 2002, Paris 2003.
- Berstein, Serge/Sirinelli, Jean-François (Hg.): Les Années Giscard. Valéry Giscard d'Estaing et l'Europe (1974-1981), actes de la journée d'études du 26 janvier 2004 organisée par le Centre d'histoire de Sciences Po et l'Institut pour la démocratie en Europe, Paris 2005.
- Berstein, Serge/Sirinelli, Jean-François (Hg.): Les Années Giscard. Les réformes de la société (1974-1981), actes de la journée d'études des 16 et 17 janvier 2006 au palais du Luxembourg organisée par le Centre d'histoire de Sciences Po et l'Institut pour la démocratie en Europe, Paris 2007.

- Bertillon, Jacques: La Dépopulation de la France, ses conséquences, ses causes, mesures à prendre pour la combattre, Paris 1911.
- Beti, Mongo: Main basse sur le Cameroun. Autopsie d'une décolonisation. Préface inédite de Qdile Tobner, Paris 2010.
- Bidault, Georges: Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere, übers. v. Gerlinde Quenzer und Hans Roesch, Berlin 1966.
- Billard, Yves: Le métier de la politique sous la IIIe République, Perpignan 2003.
- Bitsch, Marie-Thérèse: Robert Schuman. Apôtre de l'Europe (1953–1963), Bruxelles u. a. 2010.
- Bizeul, Yves (Hg.): Integration von Migranten. Französische und deutsche Konzepte im Vergleich, Wiesbaden 2004.
- Bizeul, Yves (Hg.): Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Berlin 2000.
- Bizeul, Yves (Hg.): Rekonstruktion des Nationalmythos? Deutschland, Frankreich und die Ukraine im Vergleich, Göttingen 2013.
- Bizeul, Yves: Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus im heutigen Frankreich, in: Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015, S. 59–75.
- Blanchard, Emmanuel: La police parisienne et les Algériens (1944–1962), Paris 2011.
- Blanchard, Pascal/Dubucs, Hadrien/Gastaut, Yvan: Atlas des immigrations en France. Histoire, mémoire, héritage, Paris 2016.
- Blanchard, Pascal/Lemaire, Sandrine (Hg.): Culture coloniale. La France conquise par son empire, 1871–1931, Paris 2003.
- Bloch, Marc: L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940, Paris 1990.
- Blower, Brooke Lindy: Becoming Americans in Paris. Transatlantic Politics and Culture between the World Wars, New York 2011.
- Blum, Françoise: Le féminisme sous la troisième république: 1914–1939. L'impact de la guerre sur les mouvements de femmes, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps Nr. 1, 1985, S. 12–15.
- Boëton, Marie: Discrimination positive en France, in: Études 398 (2003) 2, S. 175–184.
- Bokelmann, Elisabeth: Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981, Frankfurt/New York 2008.
- Boltanski, Luc: Les cadres. La formation d'un groupe social, Paris 1982.
- Bonvalet, Cathérine/Clément, Céline/Jim Ogg: Réinventer la famille. L'histoire des baby-boomers, Paris 2015.
- Borne, Dominique/Dubief, Henri: La crise des années 30, 1929–1938, Paris 1989.
- Borutta, Manuel/Jansen, Jan C. (Hg.): Vertriebene and Pieds noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives, London 2016.
- Bossuat, Gérard/Wilkens, Andreas: Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix. Actes du colloque du 29 au 31 mai 1997, Paris 1999.
- Boucheron, Patrick (Hg.): Histoire mondiale de la France, Paris 2017.
- Bourdieu, Pierre (Hg.): La misère du monde, Paris 1993.
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, übers. von Bernd Schwibs und Achim Russer, Frankfurt/M. 2016 (Original: Paris 1979).
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude: Les héritiers. Les étudiants et la culture, Paris 1964.
- Bourdon, Jérôme: Histoire de la télévision sous de Gaulle, Paris 2014.
- Bourgeois, Léon: Solidarité, Paris 1896.
- Bouvier, Jean: L'évolution économique de la France du milieu du XIXe siècle à 1915, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, 1997, Nr. 47, S. 2–5.
- Bové, José: Du Larzac à Bruxelles. Entretiens avec Jean Quatremer, Paris 2011.
- Boyer-Weinmann, Martine/Estelmann, Frank/Müller, Olaf (Hg.): Das Münchner Abkommen und die Intellektuellen. Literatur und Exil in Frankreich zwischen Krise und Krieg, Tübingen 2008.

- Bozo, Frédéric: La France et l'OTAN. De la guerre froide au nouvel ordre européen, Paris u. a. 1991.
- Bozo, Frédéric: Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht, Paris 2005.
- Brocheux, Pierre: Indochine: la grande révolte de 1930, in: Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire No. 10, 2001, S. 80–86.
- Brocheux, Pierre/Hémery, Daniel: Indochine. La colonisation ambiguë (1858–1954), Paris 2001.
- Brossat, Alain: Les Tondues. Un carnaval moche, Paris 1992.
- Brossat, Alain: Libération, fête folle. 6 juin 1944–8 mai 1945: Mythes et rites ou le grand théâtre des passions populaires, Paris 1994.
- Brückenhaus, Daniel: Policing Transnational Protest. Liberal Imperialism and the Surveillance of Anti-Colonialists in Europe, 1905–1945, Oxford 2017.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Brun, Catherine/Penot-Lassagne, Olivier: Engagements et déchirements. Les intellectuels et la guerre d'Algérie, Paris 2012.
- Bruneel, Didier: La Banque de France dans la Grande Guerre, Paris 2015.
- Brunner, Bernhard: Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004.
- Bruno, G. (d.i. Augustine Fouillée) Le tour de la France par deux enfants. Devoir et patrie, 128. Aufl., Paris 1884.
- Brunschwig, Henri: Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français, 1871–1914, Paris 1960.
- Brunschwig, Henri: Vigné d'Octon et l'anticolonialisme sous la Troisième République, in: Cahiers d'études africaines 14 (1974), S. 265–298.
- Buettner, Elizabeth: Europe after Empire. Decolonization, Society, and Culture, Cambridge 2016.
- Buisson, Ferdinand: Cours de morale à l'usage de l'enseignement primaire, Paris 1926.
- Bülow, Mathilde von: West Germany, Cold War Europe and the Algerian War, Cambridge 2016.
- Burbank, Jane/Cooper, Frederick: Empires in World History. Power and the Politics of Difference, Princeton 2010.
- Bürger, Peter, unter Mitarbeit von Christa Bürger: Prosa der Moderne, Frankfurt/M. 1988.
- Burrin, Philippe: La dérive fasciste. Doriot, Déat, Bergery 1933–1944, Paris 1986.
- Burrin, Philippe: La France à l'heure allemande 1940–1944, Paris 1995.
- Bussière, Eric/Willaert, Emilie: Un projet pour l'Europe. Georges Pompidou et la construction européenne (= Georges Pompidou Archives, No. 4), Bruxelles u. a. 2010.
- Camus à Combat. Editoriaux et articles d'Albert Camus 1944–1947. Edition établie par Jacqueline Lévi-Valensi (Cahier Albert Camus 8), Paris 2002.
- Camus, Jean-Yves/Lebourg, Nicolas: Far-Right Politics in Europe, übers. v. J.-M. Todd, Cambridge/London 2017.
- Capdevila, Luc: Les Bretons au lendemain de l'Occupation. Imaginaires et comportements d'une sortie de guerre (1944/1945), Rennes 1999.
- Caron, François: Histoire économique de la France. XIXe–XXe siècle, Paris 1995.
- Catroux, Général: L'Union française, son concept, son état, ses perspectives, in: Politique étrangère 18, No. 4 (1953), S. 233–266.
- Céline, Louis-Ferdinand: Voyage au bout de la nuit, Paris 1932.
- Césaire, Aimé: Discours sur le Colonialisme, Paris 1955.
- Cesari, Laurent: La négociation sur l'Indochine à la Conférence de Genève (1954), in: Relations internationales 2008/3 (No. 135), S. 7–24.
- Ceyrac, François: Tonbandaufzeichnung vom 3. 12. 1996, Fondation Charles de Gaulle: Archives orales.
- Chabal, Emile: A Divided Republic. Nation, State and Citizenship in Contemporary France, Cambridge 2016.

- Chabal, Emile: French Political Culture in the 1970s. Liberalism, Identity Politics and the Modest State, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 243–265.
- Chaban-Delmas, Jacques: Regierungserklärung vom 16.9.1969. <http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/chaban1969.asp>, gesehen am 1.10.2018.
- Chambarlac, Vincent/Ducolombier, Romain (Hg.): *Les socialistes français et la Grande Guerre. Ministres, militaires et combattants de la majorité (1914–1918)*, Dijon 2008.
- Chanet, Jean-François: *Vers l'armée nouvelle. République conservatrice et réforme militaire 1871–1879*, Rennes 2006.
- Chanet, Jean-François: *L'école républicaine et les petites patries. Préface de Mona Ozouf*, Paris 1996.
- Chants de la Révolution française. Choix établi par François Moureau et Elisabeth Wahl, Paris 1989.
- Charle, Christophe: *Histoire sociale de la France au XIXe siècle*, Paris 1991.
- Charle, Christophe: *La crise des sociétés impériales. Allemagne, France, Grande-Bretagne 1900–1940. Essai d'histoire comparée*, Paris 2001.
- Charle, Christophe: *Les élites de la République (1880–1900)*, Paris 1987.
- Charle, Christophe: *Naissance des «intellectuels», 1880–1900*, Paris 1990.
- Charle, Christophe: *Paris fin de siècle. Culture et politique*, Paris 1998.
- Charte constitutionnelle du 4 juin 1814.
- Chaslin, François: *Les années de béton*, in: *Les années de Gaulle*, S. 74.
- Chassaing, Philippe: *Les années 1970. Fin d'un monde et origine de notre modernité*, Paris 2008.
- Chatriot, Alain: *Pierre Mendès France. Pour une République moderne*, Paris 2015.
- Chatriot, Alain/Gosewinkel, Dieter (Hg.): *Figurationen des Staates in Deutschland und Frankreich 1870–1945*, München 2006.
- Chatriot, Alain/Gosewinkel, Dieter (Hg.): *Koloniale Politik und Praktiken Deutschlands und Frankreichs 1880–1962*, Stuttgart 2010.
- Chevalier, Maurice: *Mein glückliches Leben. Erinnerungen. Auswahl und Übersetzung von Johannes Piron, Reinbek 1973*.
- Chevallier, Jean-Jacques: *Histoire des institutions et des régimes politiques en France de 1789 à 1958*, Paris 2001.
- Chirac, Jacques: *Chaque pas doit être un but*, Bd. 1, Paris 2009.
- Chirac, Jacques: *Rede vor dem algerischen Parlament am 3.3.2003*. <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Au-parlement-algérien.pdf>, gesehen am 1.10.2018.
- Choi, Sung-Eun: *Decolonization and the French of Algeria. Bringing the Settler Colony Home*, Basingstoke 2016.
- Churchill, Winston: *The World Crisis (1911–1918)*, London 1943.
- Clancy-Smith, Julia/Gouda, Frances (Hg.): *Domesticating the Empire. Race, Gender, and Family Life in French and Dutch Colonialism*, Charlottesville 1998.
- Clark, Christopher: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2013.
- Clemenceau, Georges: *Discours de guerre*, Paris 1968.
- Clemenceau, Georges: *L'Antipatriotisme devant le Sénat. Discours prononcé le 22 juillet 1917*, Paris 1917.
- Cohen-Salal, Annie: *Sartre*, Paris 1985.
- Cohen, Elie: *L'état brancardier. Politiques du déclin industriel (1974–1984)*, Paris 1989.
- Cohen, Evelyne: *Paris dans l'imaginaire national de l'entre-deux-guerres*, Paris 1999.
- Cohen, Muriel/Lacroix, Annick: *Entre Algérie et France: Ecrire une histoire sociale des Algériens au vingtième siècle*, *French Politics, Culture & Society* 34 (2016) 2, S. 1–10.
- Cointet, Jean-Paul: *La Légion française des combattants*, Paris 1991.
- Cointet, Michèle: *Nouvelle histoire de Vichy*, Paris 2011.
- Cointet, Michèle: *Secrets et mystères de la France occupée*, Paris 2015.

- Cole, Joshua: Remembering the Battle of Paris. 17 October 1961 in French and Algerian Memory, in: *French Politics, Culture & Society* 21 (2003), S. 21–50.
- Conklin, Alice/Fishman, Sarah/Zaretsky, Robert: *France and its Empire since 1870*, Oxford 2010.
- Conklin, Alice L.: *A Mission to Civilize. The Republican Idea of Empire in France and West Africa, 1895–1930*, Stanford (Calif.) 1997.
- Connelly, Matthew: *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*, New York 2002.
- Connelly, Matthew: Rethinking the Cold War and Decolonization. The Grand Strategy of the Algerian War of Independence, in: *International Journal of Middle East Studies* 33 (2001), S. 221–245.
- Cooper, Frederick: *Citizenship between Empire and Nation. Remaking France and French Africa 1945–1960*, Princeton 2014.
- Cooper, Frederick: *Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History*, Berkeley/Los Angeles 2005.
- Corbey, Raymond: Ethnographic Showcases, 1870–1930, in: *Cultural Anthropology* 8 (1993), S. 338–369.
- Corbin, Alain: *Les filles de nocce. Misère sexuelle et prostitution (19e siècle)*, Paris 1978.
- Cordazzo, Philipp: Les bénéficiaires du RMI. Evolution et renouvellement des effectifs (1989–2002), in: *Recherches et prévisions* 74 (2003) 1, S. 71–79.
- Cordier, Daniel: *Alias Caracalla*, Paris 2009.
- Cordier, Daniel: *Jean Moulin, 2 Bde.*, Paris 1989.
- Courcelle-Labrousse, Vincent/Marmié, Nicolas: *La guerre du Rif. Maroc 1921–1926*, Paris 2008.
- Courtois, Stéphane/Lazar, Marc (Hg.): *50 ans d'une passion française. De Gaulle et les communistes*, Paris 1991.
- Courtois, Stéphane/Lazar, Marc: *Histoire du Parti communiste français*, Paris 2000.
- Courtois, Stéphane/Rayski, Adam: *Qui savait quoi? L'extermination des Juifs 1941–1945*, Paris 1987.
- Coutau-Bégarie, Hervé/Huan, Claude: *Mers-el-Kébir (1940). La rupture franco-britannique*, Paris 1994.
- Crémieux-Brilhac, Jean-Louis: «Ici Londres» 1940–1944, 5 Bde., Paris 1975/76.
- Crémieux-Brilhac, Jean-Louis: *La France libre. De l'appel du 18 juin à la Libération*, Paris 1996.
- Culpepper, Pepper D./Hall, Peter A./Palier, Bruno (Hg.): *La France en mutation. 1980–2005*, Paris 2006.
- Curtis, Sarah A.: *L'enseignement au temps des congrégations. Le diocèse de Lyon 1801–1905*. Préface de Claude Langlois, Lyon 2003.
- Dalissou, Rémi: *Célébrer la nation. Les fêtes nationales en France de 1789 à nos jours*, Paris 2009.
- Dallek, Robert: *Franklin Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945. With A New Afterword*, Oxford 1995.
- Davies, Gareth: André Tardieu, les Modérés and the Politics of Prosperity: 1919–1929, in: *Histoire@Politique* 2012/1 (No. 16), S. 94–110.
- Debord, Guy: *La société du spectacle*, Paris 1967.
- Decaux, Alain: *Morts pour Vichy. Darlan, Pucheu, Pétain, Laval*, Paris 2013.
- Defrance, Corine: Françoise Frenkel, Simon Raichinsein et la Maison du Livre Français de Berlin (1921–1939). Histoire d'une quête, in: *Synergies. Pays germanophones*, Revue du GERFLINT, No. 10, 2017, S. 101–114.
- Defrance, Corine/Kißener, Michael/Nordblom, Pia (Hg.): *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010.
- Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich (Hg.): *La France, l'Allemagne et le Traité de l'Elysée*, Paris 2012.

- Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963, Deutsch-Französische Geschichte, Bd. 10, Darmstadt 2011.
- Delacor, Regina M.: Attentate und Repressionen: Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2000.
- Deltombe, Thomas/Domergue, Manuel/Tatsitsa, Jacob: La Guerre du Cameroun, Paris 2016.
- Dermenjian, Geneviève: La crise anti-juive oranaise (1895–1905), Paris 1986.
- Diamond, Hanna: Women and the Second World War in France 1939–1948. Choices and Constraints, Harlow 1999.
- Didry, Claude/Marty, Frédéric: La politique de concurrence comme levier de politique industrielle. Réflexions sur l'expérience française de l'après-guerre en matière de lutte contre les ententes horizontales. Congrès de l'Association Française de Science Politique, Aix-en-Provence, 24. 6. 2015.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 5: West- und Nordeuropa 1940–Juni 1942, bearb. v. Katja Happe, Michael Mayer, Maja Peers, Berlin/München 2012.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 12: West- und Nordeuropa Juni 1942–1945, bearb. v. Katja Happe, Barbara Lambauer u. Clemens Maier-Wolthausen, Berlin/München 2015.
- Dinan, Desmond: Europe Recast. A History of European Union, London 2014.
- Dine, Philip: Sport and Identity in France. Practices, Locations, Representations, Oxford u. a. 2012.
- Dipper, Christof/Hudemann, Rainer/Petersen, Jens (Hg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998.
- Discours prononcé par M. Georges Clemenceau le 4 novembre 1919 à Strasbourg, Paris 1919.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven der Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010.
- Doizy, Guillaume/Laloux, Jean-Bernard: A bas la calotte! La caricature anticléricale et la séparation des églises et de l'état, Paris 2005.
- Douzou, Laurent (Hg.): Faire l'histoire de la Résistance. Actes du colloque international (18–19 mars 2008), Rennes 2010.
- Douzou, Laurent: La résistance française. Une histoire périlleuse, Paris 2005.
- Dreyfus-Armand, Geneviève/Frank, Robert u. a. (Hg.): Les années 68. Le temps de la contestation, Bruxelles 2000.
- Dreyfus, Michel u. a. (Hg.): La naissance de Force ouvrière. Autour de Robert Bothereau, Rennes 2003.
- Droz, Bernard: Algérie: main basse sur les terres, in: Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire, No. 11, avril 2001, S. 50–55. Droz, Bernard/Lever, Evelyne: Histoire de la guerre d'Algérie, 1954–1962, Paris 1982.
- Drumont, Edouard: La France juive. Essai d'histoire contemporaine, Bd. 1, Paris 1886.
- Duchen, Claire: Feminism in France. From May '68 to Mitterrand, London/Boston 1986.
- Duchen, Claire: Une femme nouvelle pour une France nouvelle?, in: Clio. Femmes, Genre, Histoire 1 (1995), S. 6. <https://journals.openedition.org/clio/520#text>, gesehen am 10. 10. 2018.
- Duchêne, François: Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence, New York/London 1994.
- Duclert, Vincent: Alfred Dreyfus. L'honneur d'un patriote, Paris 2006.
- Duclert, Vincent: L'Affaire Dreyfus, Paris 2009.
- Duclert, Vincent: La République imaginée 1870–1914, Paris 2010.
- Duclert, Vincent/Simon-Nahun, Perrine (Hg.): Les événements fondateurs. L'affaire Dreyfus, Paris 2009.
- Ducray, Camille: Paul Déroulède 1846–1914, Préface de Maurice Barrès, Paris 1914.
- Dufay, François: Le Voyage d'automne, Paris 2000.
- Dülffer, Jost/Krumeich, Gerd (Hg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002.

- Dupeux, Georges: La société française 1789–1960, 3. Aufl., Paris 1964.
- Duroselle, Jean-Baptiste: L'abîme 1939–1944, Paris 1986.
- Eck, Jean-François/Hüser, Dietmar (Hg.): Deutschland und Frankreich in der Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2012.
- Eck, Jean-François/Martens, Stefan/Schirmann, Sylvain: L'économie, l'argent et les hommes. Les relations franco-allemandes de 1871 à nos jours. Colloque des 10 et 11 mai 2007, Paris 2009.
- Eide, Kristin: L'aspect politique des grèves de novembre-décembre 1947, Masterarbeit Univ. Oslo, 2010.
- Eismann, Gaël: Hôtel Majestic. Ordre et sécurité en France occupée (1940–1944), Paris 2010.
- Elgey, Georgette: Histoire de la IVe République, 6 Bde., Neuausgabe Paris 2018.
- Elsenhans, Hartmut: Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962. Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole, München 1974.
- Engels, Jens Ivo: Kleine Geschichte der Dritten französischen Republik, Stuttgart 2007.
- Eribon, Didier: Retour à Reims, Paris 2009.
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789.
- Euriat, Michel/Thélot, Claude: Le recrutement social de l'élite scolaire en France. Evolution des inégalités de 1950 à 1990, in: Revue française de sociologie 36 (1995) 3, S. 403–438.
- Evans, Martin: Algeria: France's undeclared war, Oxford 2012.
- Fabre-Luce, Alfred: Journal de la France, Bd. 2: August 1940–April 1942, Bruxelles 1942.
- Fabre-Luce, Alfred: Le plus illustre des Français, Paris 1960.
- Fanon, Frantz: Les damnés de la terre, Paris 2002.
- Feichtinger, Moritz/Malinowski, Stefan: «Eine Million Algerier lernen im 20. Jahrhundert zu leben». Umsiedlungslager und Zwangsmodernisierung im Algerienkrieg 1954–1962, in: Journal of Modern European History 8 (2010), S. 107–133.
- Feichtinger, Moritz/Malinowski, Stefan: Konstruktive Kriege. Rezeption und Adaption der Dekolonisationskriege in westlichen Demokratien, in: Geschichte und Gesellschaft 37 (2011), S. 275–305.
- Feixas, Jean: Le ruban. Le siècle extravagant de la prostitution de rue 1850–1950, Paris 2011.
- Fernandez, Dominique: Ramon, Paris 2008.
- Ferro, Marc: 1956, Suez. Naissance d'un tiers monde, Bruxelles 2006.
- Ferro, Marc: La Grande Guerre 1914–1918. Nouvelle édition, Paris 1990.
- Ferry, Jules: Lettre aux instituteurs, 17. 11. 1883, in: Discours et Opinions de Jules Ferry, publiés avec commentaires et notes de Paul Robiquet, Paris 1893, Band IV, S. 259–67.
- Final Communiqué of the Asian-African conference of Bandung (24. 4. 1955). http://franke.uchicago.edu/Final_Communique_Bandung_1955.pdf, gesehen am 11. 11. 2016.
- Finkielkraut, Alain: La défaite de la pensée, Paris 1987.
- Finkielkraut, Alain: La mémoire vaine. Du crime contre l'humanité, Paris 1989.
- Fishman, Sarah: From Vichy to the Sexual Revolution: Gender and Family Life in Postwar France, Oxford/New York 2017.
- Fitch, Noel R.: Sylvia Beach. Eine Biographie im literarischen Paris 1920–1940. Aus dem Amerikanischen von Angelika Schleindl, München 1988.
- Flaubert, Gustave: Bouvard et Pécuchet (1880), avec un choix des scénarios, du Sottisier, L'Album de la Marquise et Le Dictionnaire des idées reçues, hg. v. Claudine Gothot-Mersch, Paris 2011.
- Föllmer, Moritz: Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002.
- Föllmer, Moritz: Modernität im Frankreich des 20. Jahrhunderts. Sozial- und kulturhistorische Forschungen, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 405–435.
- Fontaine, Marion/Monier, Frédéric/Prochasson, Christophe (Hg.): Une contre-histoire de la IIIe République, Paris 2013.
- Fougier, Eddy: L'Altermondialisme, Paris 2008.

- Fougier, Eddy: La France face à la mondialisation, Problèmes politiques et sociaux, Nr. 920, Paris 2006.
- Fourastié, Jean: Les Trente glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Introduction de Daniel Cohen, Paris 2011.
- France, Anatole: Le parti noir. L'affaire Dreyfus, la loi Falloux, la loi Combes, Paris 1907.
- La France est-elle un pays d'exception? Préface de Thomas Ferenczi, Paris 2002.
- François, Etienne u. a. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997.
- François, Etienne/Loth, Wilfried: Gewerkschaften, Arbeitswelt und Arbeiterkultur in Frankreich und Deutschland von 1890 bis 1990, Stuttgart 2017.
- François, Etienne/Siegrist, Hannes/Vogel, Jakob (Hg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995.
- François Mitterrand. Une vie, une œuvre. Le Monde, hors-série, Paris 2011.
- Frank, Robert u. a.: Table ronde: Pierre Mendès France et mai 68, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, Nr. 63–64, 2001, S. 161–179.
- Frank, Robert/Girault, René (Hg.): La puissance française en question 1945–1948, Paris 1988.
- Frankenstein, Robert: Le prix du réarmement français (1935–1939), Paris 1982.
- Frenay, Henri: La nuit finira, Paris 1973.
- Frenkel, Françoise: Rien ou poser sa tête, Préface de Patrick Modiano. Dossier réuni par Frédéric Maria, Paris 2015.
- Freycinet, Charles de: Souvenirs, Bd. 2: 1878–1893, Paris 1913. <http://www.anales.org/archives/x/f2-3.html>, gesehen am 3. 12. 2012.
- Fridenson, Patrick: Un tournant taylorien de la société française (1904–1918), in: Annales. Economies, Sociétés, Civilisations 42 (1987), S. 1031–1060.
- Frimigacci, Jean: L'Etat colonial français, du discours mythique aux réalités (1880–1940), in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, No. 32–33, 1993, S. 27–35.
- Frodon, Jean-Michel: Le cinéma français. De la nouvelle vague à nos jours, Paris 2010.
- Furet, François (Hg.): Jules Ferry. Fondateur de la République. Actes du colloque organisé par l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris 1985.
- Furet, François: La révolution. De Turgot à Jules Ferry (1770–1880), Paris 1989.
- Furet, François/Julliard, Jacques/Rosanvallon, Pierre: La république du centre. La fin de l'exception française, Paris 1988.
- Gacon, Stéphane: La République briseuse de grèves et l'amnistie (1905–1914). Une tentative de régulation politique du conflit social en France, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire, 2015/1 No. 125, S. 17–31.
- Gaillard, Jean-Michel: Jules Ferry, Paris 1989.
- Gaïti, Brigitte: De Gaulle prophète de la Ve République, Paris 1998.
- Galor, Oded/Weil, David N.: Population, Technology, and Growth. From Malthusian Stagnation to the Demographic Transition and Beyond, in: American Economic Review 90 (2000), S. 806–828.
- Gambetta, Léon: Discours et plaidoyers choisis de Léon Gambetta. Avec une notice biographique de Joseph Reinach, Paris 1880.
- Gambetta, Léon: Discours prononcé à Angers le 7 avril 1872, Paris 1872.
- Gambetta, Léon: Discours prononcé à Bordeaux le 20 juin 1871, in: Discours politiques de M. Gambetta. Deux lettres à un conseiller général, Paris 1874, S. 49 f.
- Gambetta, Léon: Discours prononcé à Grenoble, Paris 1872.
- Gamble, Harry: Peasants of the Empire. Rural Schools and the Colonial Imaginary in 1930s French West Africa, in: Cahiers d'études africaines, No. 195, 2009/3, S. 775–804.
- Garrigues, Jean u. a.: Histoire du parlement. De 1789 à nos jours, Paris 2007.
- Gastaut, Yvan: Français et immigrés à l'épreuve de la crise (1973–1995), in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 84 (2004) 4, S. 107–118.
- Gastaut, Yvan: L'immigration et l'opinion en France sous la Ve République, Paris 2000.
- Gastaut, Yvan: L'islam français est-il soluble dans la laïcité?, in: L'Histoire 289 (2004) 7, S. 92–97.

- Gastaut, Yvan: Le sport comme révélateur des ambiguïtés du processus d'intégration des populations immigrées. Le cas du match de football France-Algérie, in: *Sociétés contemporaines* 69 (2008) 1, S. 49–71.
- Gastaut, Yvan: Les bidonvilles, lieux d'exclusion et de marginalité en France durant les trente glorieuses, in: *Cahiers de la Méditerranée* 69 (2004), S. 233–250.
- Gastaut, Yvan: Milieux politiques, immigration et coupe du monde 1998 de football: la paranthèse enchantée, in: *Migrations et société*, No. 110, 2007/2, S. 141–151.
- Gauchet, Marcel: Les mauvaises surprises d'une oubliée: la lutte des classes, in: *Le Débat* 60 (1990) 3, S. 257–266.
- Gaule, Charles de: *Discours et messages*, 5 Bde., Paris 1970.
- Gaule, Charles de: *Le fil de l'épée et autres écrits*, Paris 1994.
- Gaule, Charles de: *Mémoires d'espoir*, 2 Bde., Paris 1970/71.
- Gaule, Charles de: *Mémoires de guerre*, Bd. 1: *L'appel*, Paris 1954, Bd. 2: *L'unité*, Paris 1956, Bd. 3: *Le salut*, Paris 1959.
- Gautier, Anthony: *Affaire Paul Voise – Enquête sur un fait divers qui a bouleversé la France à la veille de la présidentielle*, Paris 2003.
- Gay, Vincent: Grèves saintes ou grèves ouvrières? Le «problème musulman» dans les conflits de l'automobile, 1982–1983, in: *Genèses* 98 (2015), S. 110–130.
- Geiger, Tim: *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008.
- Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen*, Berlin 1995.
- Geppert, Alexander C.T.: *Fleeting Cities: Imperial Expositions in Fin-de-Siècle Europe*, Basingstoke 2010.
- Gidel, Henry: *Coco Chanel*, Paris 2000.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: «Die Phantasie an die Macht». Mai 68 in Frankreich, Frankfurt/M. 1995, S. 303.
- Gildea, Robert: *Fighters in the Shadows. A New History of the French Resistance*, London 2015.
- Gildea, Robert: *Marianne in Chains. In Search of the German Occupation 1940–1945*, London 2002.
- Gilzmer, Mechtild/Levisse-Touzé, Christine/Martens, Stefan (Hg.), *Les femmes dans la Résistance en France. Actes du colloque international de Berlin, 8–10 octobre 2001*, Paris 2003.
- Girardet, Raoul: *Le nationalisme français. Anthologie 1871–1914*, Paris 1983.
- Girardet, Raoul: *L'idée coloniale en France. De 1871 à 1962*, Paris 1972.
- Girault, Arthur: *Principes de colonisation et de législation coloniale*, 2. Aufl., Paris 1904.
- Girault, René: La France est-elle une grande puissance en 1945?, in: Maurice Vaisse (Hg.), 8 mai 1945. La victoire en Europe, Bruxelles 1985, S. 89–114.
- Giro, Helmut-Dieter: *Frankreich und die Remilitarisierung des Rheinlands*, Diss. phil. Düsseldorf 2005.
- Giroud, Françoise: *Françoise Giroud vous présente le Tout-Paris*, Paris 1952.
- Giroud, Françoise: *La nouvelle vague*, Paris 1958.
- Giroud, Françoise: *On ne peut pas être heureux tout le temps*, Paris 2001.
- Giscard d'Estaing, Valéry: *Le pouvoir et la vie*, 3 Bde., Paris 1988–2006.
- Giscard d'Estaing, Valéry: *Notizen für seine Eröffnungsrede zum G6-Gipfel am 15. November 1975*. Archives nationales, AN: 5 AG 3/886.
- Goebel, Michael: *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Paris 2015.
- Golsan, Richard J.: *The Vichy Past in France Today. Corruptions of Memory*, Boulder/New York 2017.
- Gosnell, Jonathan K.: *The Politics of Frenchness in Colonial Algeria, 1930–1954*, Rochester (N.Y.) 2002.
- Gotto, Bernhard/Möller, Horst/Mondot, Jean/Pelletier, Nicole (Hg.): *Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren*, München 2012.

- Grais, Bernard: Sur 100 personnes actives 15 paysans, 38 ouvriers, in: *Economie et statistique*, No. 2, Juni 1969, S. 41-49.
- Grégoire, Abbé Henri: Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir les patois et d'universaliser l'usage de la langue française, 1794. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/franco-phonie/gregoire-rapport.htm>, gesehen am 10. 10. 2018.
- Grin, Gilles: Jean Monnet, le Comité d'action pour les États-Unis d'Europe et la genèse des traités de Rome, in: *Relations internationales* No. 136, 2008/4, S. 21-32.
- Grüner, Stefan: Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001.
- Grupp, Peter: Deutschland, Frankreich und die Kolonien. Der französische «Parti colonial» und Deutschland von 1890 bis 1914, Tübingen 1980.
- Guéhenno, Jean: *Journal des années noires (1940-1944)*, Paris 2002.
- Guéraiche, William: Le débat du 24 mars 1944 à l'Assemblée consultative d'Alger: «Les femmes seront électrices et éligibles dans les mêmes conditions que les hommes.», in: *Clio. Femmes, Genre, Histoire* 1 (1995). <http://clio.revues.org/531>, gesehen am 15. 7. 2016.
- Guérin, Daniel: *Front populaire, révolution manquée. Un témoignage militant*. Nouvelle édition revue et augmentée. Avant propos de Charles Jacquier. Postface de Barthélémy Schwartz, Paris 2013.
- Guérivière, Jean de la: *Amère Méditerranée. Le Maghreb et nous*, Paris 2004.
- Guerrand, Roger-Henri: *L'aventure du métropolitain*, Paris 1999.
- Guieu, Jean-Michel: *Gagner la paix 1914-1928*, Paris 2015.
- Guigon, Catherine: *Les Cocottes. Reines du Paris 1900*, Paris 2012.
- Guillaume, Philippe: *Jules Ferry*, Paris 1992.
- Guillen, Pierre: Opinion politique et politique étrangère en France 1871-1914. Orientation des études menées en France depuis 1945, in: *Opinion publique et politique extérieure en Europe I: 1870-1915. Actes du Colloque de Rome*, 13.-16. 2. 1980, Rom 1981, S. 49-62.
- Hachtmann, Rüdiger: Fordismus, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 27. 10. 2011. http://docupedia.de/zg/hachtmann_fordismus_v1_de_2011, gesehen am 3. 10. 2018.
- Haddad, Galit: La querelle du «défaitisme» en 1917, in: *Mots. Les langages du politique* 76 (2004), S. 60-74.
- Hajjat, Abdelali/Mohammed, Marwan: *Islamophobie: Comment les élites françaises fabriquent le «problème musulman»*, Paris 2013.
- Halévy, Daniel: *La fin des notables*, Bd. 1: *La fin des notables*. Préfaces de Hervé Robert, Paris 1995.
- Halpern, Avner: Freemasonry and party building in late 19th-Century France, in: *Modern & Contemporary France* 10 (2002), S. 197-210.
- Halpern, Avner: *The Democratisation of France, 1840-1901. Sociabilité, Freemasonry and Radicalism*, Atlanta 1999.
- Hanimann, Joseph: *Allez la France! Aufbruch und Revolte-Porträt einer radikalen Nation*, Zürich 2017.
- Hannoum, Abdelmajid: *Violent Modernity. France in Algeria*, Cambridge (Mass.) 2010.
- Hansen, Peo/Jonsson, Stefan: *Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism*, London 2014.
- Harppecht, Klaus: *Arletty und ihr deutscher Offizier. Eine Liebe in Zeiten des Krieges*, Frankfurt/M. 2011.
- Hartmann, Peter C.: *Geschichte Frankreichs: Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München 2015.
- Haupt, Heinz-Gerhard: *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789*, Frankfurt/M. 1989.
- Heimsoeth, Hans-Jürgen: *Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der «Drôle de guerre» 1939/1940*, Bonn 1990.
- Hellman, John: *The Knight-Monks of Vichy Franc: Uriage 1940-1945*, Montréal 1993.
- Herbert, Ulrich: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989*, Bonn 1996.

- Herbert, Ulrich: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: *Journal of modern European History* 5 (2007), S. 5–20.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.
- Herbert, Ulrich/Schildt, Axel (Hg.): *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung, 1944 bis 1948*, Essen 1998.
- Herbst, Axel: *Die Lage in Frankreich am Vorabend der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 1./2. Oktober 1979*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Depositorium Helmut Schmidt, Nr. 8854.
- Hessel, Stéphane: *Danse avec le siècle*, Paris 1997.
- Hiepel, Claudia: *Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)*, München 2012.
- Hinrichs, Ernst (Hg.), *Geschichte Frankreichs*, 6. aktual. u. erw. Aufl., Stuttgart 2014.
- Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2003.
- Hirschfeld, Gerhard/Marsh, Patrick (Hg.): *Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940–1944*, Frankfurt/M. 1991.
- Hirschhausen, Ulrike von/Leonhard, Jörn: *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2009.
- Hoffmann, Michael: *Ordnung, Familie, Vaterland. Die Wirkung des Ersten Weltkriegs auf die parlamentarische Rechte im Frankreich der 1920er Jahre*, München 2008.
- Hoffmann, Stanley: *Collaborationism in France during World War II*, in: *The Journal of Modern History* 40 (1968), S. 375–395.
- Hoffmann, Stanley: *Decline or Renewal? France since the 1930s*, New York 1974.
- Hoffmann, Stanley: *In Search of France*, Cambridge (Mass.) 1965.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Garry: *A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus*, in: *British Journal of Political Science* 39 (2008), S. 1–23.
- Horne, John: *Die Schatten des Krieges. Französische Politik in den zwanziger Jahren*, in: Hans Mommsen (Hg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 145–164.
- Horne, John: *Labour at War. France and Britain, 1914–1918*, Oxford 1991.
- Horne, John/Kramer, Alan: *1914, les atrocités allemandes. La vérité sur les crimes de guerre en France et en Belgique*, Paris 2011.
- Houte, Arnaud-Dominique: *Le triomphe de la République. 1871–1914*, Paris 2014.
- Hübinger, Gangolf: *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen 2006.
- Hudemann, Rainer (Hg.): *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen und Beziehungen*, 2 Bde., München 1994/96.
- Hudemann, Rainer: *Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875)*, München 1979.
- Hudemann, Rainer/Miard-Delacroix, Hélène: *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*, München 2005.
- Hull, Cordell: *The Memoirs of Cordell Hull*, 2 Bde., London 1948.
- Hüser, Dietmar (Hg.): *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskultur im frühen 21. Jahrhundert*, Kassel 2010.
- Hüser, Dietmar: *Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive. Plänen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Berlin 1996.
- Hüser, Dietmar: *RAPublikanische Synthese. Eine französische Zeitgeschichte populärer Musik und politischer Kultur*, Wien 2004.
- Hüser, Dietmar: *Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Frankreich. Vom zer-*

- splitterten Gedenken an den Algerienkrieg seit 1962, in: Frankreich-Jahrbuch 13 (2000), S. 107–128.
- IFOP, 1938–1944: Des accords de Munich à la libération de Paris ou l'aube des sondages d'opinion en France. http://data.over-blog-kiwi.com/1/11/53/93/20141129/ob_789840_1938-1945-l-aube-des-sondages-d-opinion.pdf, gesehen am 20. 10. 2018.
- Imlay, Talbot/Horn, Martin: The Politics of Industrial Collaboration during World War II. Ford France, Vichy and Nazi Germany, Cambridge 2014.
- Les immigrés récemment arrivés en France, Insee Première, Nr. 1524, November 2014.
- Institut Charles de Gaulle (Hg.), La politique africaine du général de Gaulle, 1958–1969, Paris 1981.
- Irvine, William D.: The Boulanger Affair Reconsidered. Royalism, Boulangism, and the Origins of the Radical Right in France, New York/Oxford 1989.
- Jabko, Nicolas/Massoc, Elsa: French capitalism under stress. How Nicolas Sarkozy rescued the banks, in: Review of International Political Economy 19 (2012), S. 562–585.
- Jackson, Julian: Arcadie: La vie homosexuelle de l'après-guerre à la dépénalisation, Paris 2009.
- Jackson, Julian: France. The Dark Years 1940–1944, Oxford 2001.
- Jansen, Jan C.: Algerien und Frankreich: Vom Kolonial- zum Erinnerungskrieg?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33–34/2018, S. 41–46.
- Jansen, Jan C.: Erobern und Erinnern. Symbolpolitik, öffentlicher Raum und französischer Kolonialismus in Algerien, 1830–1950, München 2013.
- Jansen, Jan C./Osterhammel, Jürgen: Decolonization. A Short History, Princeton 2017.
- Janz, Oliver: 14. Der Große Krieg, Frankfurt/New York 2013.
- Jaurès, Jean: Le socialisme et le radicalisme en 1885. Introduction aux discours parlementaires, hg. v. Madeleine Reberioux, Genève 1980.
- Jaurès, Jean: Les deux méthodes: conférence (1900), Paris 2013.
- Jeanneney, Jean-Marcel: L'économie française pendant la présidence du général de Gaulle, in: Observations et diagnostics économiques: revue de l'OFCE, Nr. 39, 1992, S. 7–29.
- Jeannesson, Stanislas: Diplomatie et politique étrangère de la France contemporaine. Un bilan historiographique depuis 1990, in: Histoire, économie, société 31 (2012), S. 87–98.
- Jeannesson, Stanislas: Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924. Histoire d'une occupation, Strasbourg 1998.
- Jeannesson, Stanislas: Pourquoi la France a-t-elle occupé la Ruhr?, in: Vingtième Siècle, revue d'histoire, No. 51, juillet-septembre 1996, S. 56–67.
- Jobs, Richard Ivan: Riding the New Wave. Youth and the Rejuvenation of France after the Second World War, Stanford 2007.
- Joly, Hervé (Hg.): Les comités d'organisation et l'économie dirigée du régime de Vichy, Caen 2004.
- Jospin, Lionel: L'impasse, Paris 2007.
- Journal Officiel, Débats parlementaires. Assemblée nationale.
- Jouve, Edmond: Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe, Paris 1967.
- Judt, Tony: Past Imperfect. French Intellectuals, 1944–1956, Berkeley 1992.
- Jules-Rosette, Bennetta: Josephine Baker in Art and Life. The Icon and the Image, Chicago 2007.
- Julliard, Jacques: La faute aux élites, Paris 1997.
- Julliard, Jacques: Le malheur français, Paris 2005.
- Julliard, Jacques: Les gauches françaises 1762–2012. Histoire, politique et imaginaire, Paris 2012.
- Jurt, Joseph (Hg.): Zeitgenössische französische Denker. Eine Bilanz, Freiburg 1998.
- Jurt, Joseph: Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu, Göttingen 2012.
- Kaelble, Hartmut: Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991.
- Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.
- Kahn, Jean-François: La pensée unique, Paris 1995.

- Kalmbach, Karena: Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, Frankfurt/M. 2011.
- Kalter, Christoph: Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt/New York 2011.
- Kalter, Christoph/Rempe, Martin: La République décolonisée. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: Geschichte und Gesellschaft 37 (2011), S. 157–197.
- Kateb, Kamel: Européens, «indigènes», et juifs en Algérie (1830–1962), Paris 2001.
- Katzer, Valentin: «L'Algérie, c'est la France.» Die französische Nordafrikapolitik zwischen Anspruch und Realität (1946–1962), Wiesbaden 2016.
- Kedward, H. R.: Resistance in Vichy France. A Study of Ideas and Motivation in the Southern Zone 1940–1942, Oxford 1978.
- Kedward, H. R./Austin, Roger (Hg.): Vichy France and the Resistance. Culture & Ideology, London u. a. 1985.
- Kedward, H. R./Wood, Nancy (Hg.): The Liberation of France. Image and Event, Oxford u. a. 1995.
- Kempf, Udo: Das politische System Frankreichs, 5. Aufl., Wiesbaden 2017.
- Kennan, George F.: Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln 1990.
- Kershaw, Ian: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2017.
- Khalifa, Jean: Naissance de la négritude, in: Les Temps Modernes 5/2009 (No. 656), S. 38–63.
- Kipping, Matthias: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952, Berlin 1996.
- Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36, München 2000.
- Klarsfeld, Beate u. Serge: Mémoires, Paris 2015.
- Klarsfeld, Serge: Vichy – Auschwitz. Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France, 2 Bde., Paris 1983 u. 1985.
- Klarsfeld, Serge: Vichy – Auschwitz. Die «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich, übers. u. mit einem Vorwort v. Ahlrich Meyer, Darmstadt 2007.
- Klautke, Egbert: Unbegrenzte Möglichkeiten. «Amerikanisierung» in Deutschland und Frankreich (1900–1933), Wiesbaden 2003.
- Kloppenber, James T.: Uncertain Victory. Social Democracy and Progressivism in European and American Thought, 1870–1920, New York/Oxford 1986.
- Klose, Fabian: Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München 2009.
- Klüver, Billy/Martin, Julie: Kikis Paris. Künstler und Liebhaber, Köln 1989.
- Köcher, Renate/Schild, Joachim (Hg.): Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten, Opladen 1998.
- Kohn, Hans: The Idea of Nationalism. A Study in Its Origins and Background, 4. Aufl., New York 1948.
- Kohser-Spohn, Christiane/Renken, Frank (Hg.): Trauma Algerienkrieg. Zur Aufarbeitung und Geschichte eines tabuisierten Konflikts, Frankfurt/M. 2006.
- Koller, Christian: Die Fremdenlegion. Kolonialismus, Söldnertum, Gewalt, Paderborn u. a. 2013.
- König, Malte: Der Staat als Zuhälter. Die Abschaffung der reglementierten Prostitution in Deutschland, Frankreich und Italien im 20. Jahrhundert, Berlin 2016.
- Kriegel, Annie: Le Parti communiste français sous la Troisième République (1920–1939). Evolution de ses effectifs, in: Revue française de science politique 16 (1966), S. 5–35.
- Krugman, Paul: The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008, New York 2009.
- Krumeich, Gerd: Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–14, Wiesbaden 1980.
- Krumeich, Gerd: Deutschland, Frankreich und der Krieg. Historische Studien zu Politik, Militär und Kultur, hg. von Susanne Brandt u. a., Essen 2015.

- Krumeich, Gerd: Juli 1914. Eine Bilanz. Mit einem Anhang: 50 Schlüsseldokumente zum
Kriegsausbruch, Paderborn 2014.
- Krumeich, Gerd/Brandt, Susanne (Hg.): Schlachtenmythen. Ereignis – Erzählung – Erinnerung,
Köln 2003.
- Krumeich, Gerd/Fehleemann, Silke (Hg.): Versailles 1919: Ziele – Wirkung – Wahrnehmung,
Essen 2001.
- Krumeich, Gerd/Prost, Antoine: Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-fran-
zösischer Sicht, übers. v. Ursula Böhme, Essen 2016.
- Kühl, Uwe (Hg.): Der Munizipalsozialismus in Europa/Le socialisme municipal en Europe,
München 2001.
- Kuisel, Richard F.: *Seducing the French. The Dilemma of Americanization*, Berkeley u. a. 1993.
- Kuisel, Richard: *Capitalism and the State in Modern France. Renovation and Economic Ma-
nagement in the 20th Century*, Cambridge 1981.
- Kuisel, Richard: Ernest Mercier, French Technocrat, Berkeley (Calif.) 1967.
- Kupferman, Fred: *Le procès de Vichy*. Pucheu, Pétain, Laval, Bruxelles 1982.
- Kupferman, Fred: Pierre Laval, Paris 1982.
- Kyle, Keith: La Grande-Bretagne, la France et la Crise de Suez, in: *Histoire, économie et so-
ciété* 13 (1994), S. 79–100.
- Laborie, Pierre: *L'opinion française sous Vichy*, Paris 2001.
- Lachaise, Bernard/Le Béguec, Gilles/Sirinelli, Jean-François (Hg.): Jacques Chaban-Delmas en
politique, Paris 2007.
- Lacouture, Jean: *Cinq hommes et la France*, Paris 1961.
- Lacouture, Jean: *De Gaulle*, 3 Bde., Paris 1984
- Laffont, Pierre: *L'Algérie des Français*, Paris 1981.
- Lagana, Marc: *Le parti colonial français. Eléments d'histoire*, Sillery 1990.
- Lambauer, Barbara: *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration*, Paris 2001.
- Lappenküper, Ulrich: *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der «Erbfeind-
schaft» zur «Entente élémentaire»*, 2 Bde., München 1998.
- Lappenküper, Ulrich: *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011.
- Laslett, Peter/Wall, Richard (Hg.): *Household and Family in past time*, Cambridge 1972.
- Laurens, Sylvain: «1974» et la fermeture des frontières. Analyse critique d'une décision érigée
en turning-point, in: *Politix* 82 (2008) 2, S. 69–94.
- Lauter, Anna-Monika: *Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der
Rhein und die Ruhr (1919–1923)*, Essen 2006.
- Lawrence, Mark Atwood: *Assuming the Burden. Europe and the American Commitment to
War in Vietnam*, Berkeley/London 2005.
- Le Bras, Hervé: *L'évolution de la fécondité en France de 1945 à 2010. Méthode pour une
controverse*, Paris 2012. <http://books.openedition.org/cdf/1544?lang=fr#authors>, gesehen
am 1. 10. 2018.
- Le Bras, Hervé/Todd, Emmanuel: *L'invention de la France. Atlas anthropologique et politique*,
Paris 2012.
- Le Crom, Jean-Pierre: *Syndicats, nous voilà!* Paris 1995.
- Le Goff, Jean-Pierre: *La Fin du village. Une histoire française*, Paris 2012.
- Le Goff, Jean-Pierre: *La Gauche à l'épreuve 1968–2011*, Paris 2011.
- Lebovics, Herman: *The Alliance of Iron and Wheat in the Third French Republic 1860–1914.
Origins of the New Conservatism*, Baton Rouge/London 1988.
- Lebovics, Herman: *True France. The Wars over Cultural Identity, 1900–1945*, Ithaca/London
1992.
- Leconte, Daniel: *Les pieds-noirs. Histoire et portrait d'une communauté*, Paris 1980.
- Lefebvre, Rémi: *Le socialisme français et la «classe ouvrière»*, in: *Nouvelles Fondations*
2006/1 (No. 1), S. 64–75.
- Leggewie, Claus: *Siedlung, Staat und Wanderung. Das französische Kolonialsystem in Alge-
rien*, Frankfurt/New York 1979.

- Leggewie, Claus/Stenke, Wolfgang (Hg.): André Gorz und die zweite Linke. Die Aktualität eines fast vergessenen Denkers, Berlin 2017.
- Leleu, Jean-Luc u. a. (Hg.), *La France pendant la Seconde Guerre Mondiale*. Atlas historique, Paris 2010.
- Leonhard, Jörn (Hg.): Vergleich und Verflechtung. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, Berlin 2015.
- Leonhard, Jörn: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018.
- Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014.
- Leonhard, Jörn: Ein bonapartistisches Modell? Die französischen Regimewechsel von 1799, 1851 und 1940 im Vergleich, in: H. Knüppel u. a. (Hg.), *Wege und Spuren. Verbindungen zwischen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Geschichte und Politik*. Festschrift für Joachim-Felix Leonhard, Berlin 2007, S. 277–294.
- Leonhard, Jörn/Renner, Rolf G. (Hg.), *Koloniale Vergangenheit – (post)imperiale Gegenwart*, Berlin 2010.
- Lepenes, Wolf: Die Macht am Mittelmeer. Französische Träume von einem anderen Europa, München 2016.
- Lequesne, Christian: *La politique étrangère de Jacques Chirac ou la France sans surprise*, DGAP-Analyse Frankreich, 2, Berlin 2007.
- Leroy-Beaulieu, Paul: *De la colonisation chez les peuples modernes*, 2. Aufl., Paris 1882.
- Lévi-Strauss, Claude: *Race et histoire*, Paris 1952.
- Levsen, Sonja: Einführung. Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 213–242.
- Lévy, Bernard-Henri: *L'idéologie française*, Paris 1981.
- Lewis, Martin Deming: One Hundred Million Frenchmen: The «Assimilation» Theory in French Colonial Policy, in: *Comparative Studies in Society and History* 4 (1962), S. 129–153.
- Lewis, Mary D.: *The Boundaries of the Republic. Migrant Rights and the Limits of Universalism in France, 1918–1940*, Palo Alto (Calif.) 2007.
- Liauzu, Claude (Hg.), *Colonisation: Droit d'inventaire*, Paris 2004.
- Liauzu, Claude: *Histoire de l'anticolonialisme en France. Du XVIe siècle à nos jours*, Paris 2007.
- Liauzu, Claude: Pour une histoire critique de la colonisation. Pour un travail de mémoire, in: *Hommes et migrations*. Nr. 1231, 2001, S. 85–89.
- Lieb, Peter: Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007.
- Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A.: *Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community*, Engelwood Cliffs 1997.
- Locher, Anna: *Crisis? What Crisis? NATO, de Gaulle, and the Future of the Alliance, 1963–1966*, Baden-Baden 2010.
- Loez, André: 14–18. Les refus de la guerre. Une histoire des mutins, Paris 2010.
- Loez, André/Mariot, Nicolas (Hg.): *Obéir/désobéir. Les Mutineries de 1917 en perspective*, Paris 2008.
- Loi constitutionnelle du 10 juillet 1940, in: *Journal officiel de la République française*, Nr. 167, 11.7.1940.
- Lorcin, Patricia M.E (Hg.): *Algeria and France 1800–2000, Identity, Memory, Nostalgia*, Syracuse 2001.
- Lorcin, Patricia M.E.: *Imperial Identities. Stereotyping, prejudice and race in colonial Algeria*, London/New York 1995.
- Loth, Wilfried: *Charles de Gaulle*, Stuttgart 2015.
- Loth, Wilfried: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt/M. 2014.
- Loth, Wilfried: *Fast eine Revolution. Der Mai 68 in Frankreich*, Frankfurt/M. 2018.
- Loth, Wilfried: *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992.

- Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.
- Loubet del Bayle, Jean-Louis: Les non-conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française, Paris 1969.
- Lucas, Hans-Dieter: Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969), Bonn 1992.
- Ludlow, N. Piers: The European Community and the Crisis of the 1960s. Negotiating the Gaullist Challenge, London 2006.
- Lyautey, Hubert: Paroles d'action. Madagascar – Sud-Orançais – Oran – Maroc (1900–1926). Préface de Louis Barthou, Paris 1927.
- Macfarlane, Alan: The Origins of English Individualism, Oxford 1978.
- Mangueneau, Dominique: Langage et colonisation dans le discours de la troisième République, in: Langage et société 40 (1987), S. 59–69.
- Malinowski, Stefan: Europäische Modernisierungskriege? Development, Modernisierung und der spätkoloniale Kampf um die «Herzen und Seelen» in Kenia und Algerien 1952–1962, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 213–248.
- Malraux, André: Carnet du Front populaire (1935–1936), Paris 2006.
- Mangenot, Michel: Le référendum de Maastricht et la «théorie» des deux France. Note sur la construction sociale des commentaires médiatiques sur l'Europe, in: Regards sociologiques, No. 27–28, 2004, S. 131–137.
- Mann, Gregory: What was the Indigénat? The «Empire of Law» in French West Africa, in: The Journal of African History 50 (2009), S. 331–353.
- Marchand, Bernard: Paris, histoire d'une ville. XIXe–XXe siècle, Paris 1993.
- Margairaz, Michel/Tartakowsky, Danielle: «L'avenir nous appartient!» Une histoire du Front populaire, Paris 2006.
- Marhold, Hartmut (Hg.): Europe under Stress. Internal and External Challenges for the EU and its Member States, Baden-Baden 2017.
- Marrus, Michael/Paxton, Robert O.: Vichy France and the Jews, New York 1995.
- Marseille, Jacques: Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce, Paris 1988.
- Marseille, Jacques: La gauche, la droite et le fait colonial en France. Des années 1880 aux années 1960, in: Vingtième Siècle 24 (1989), S. 17–28.
- Marseille, Jacques: Les origines «inopportunes» de la crise de 1929 en France, in: Revue économique 31 (1980) 4, S. 648–684.
- Marsh, David: Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung. Aus dem Englischen von Friedrich Giese, Hamburg 2009.
- Martens, Stefan/Betz, Albrecht: Les Intellectuels et l'Occupation, 1940–1944. Collaborer, partir, résister, Paris 2004.
- Martens, Stefan/Prauser, Steffen (Hg.): La guerre de 40 – se battre, subir, se souvenir, Ville-neuve d'Ascq 2014.
- Martens, Stefan/Vaïsse, Maurice (Hg.): Frankreich und Deutschland im Krieg (November 1942–Herbst 1944). Okkupation, Kollaboration, Résistance, Bonn 2000.
- Martigny, Vincent: Dire la France. Culture(s) et identités nationales (1981–1995), Paris 2016.
- Martin, Benjamin F.: France in 1938, Baton Rouge (Louis.) 2005.
- Mason, Dominique: La population de l'Algérie, in: Population 28/6, 1973, S. 1079–1107.
- Matz, Wolfgang: Frankreich gegen Frankreich. Die Schriftsteller zwischen Literatur und Ideologie, Göttingen 2017.
- Mauco, Georges: La situation démographique de la France de 1939 à 1945, in: Annales de géographie 54/294 (1945), S. 117–122.
- Mayer, Nonna: Les hauts et les bas du vote Le Pen 2002, in: Revue française de science politique 52 (2002), S. 505–520.
- Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front national à découvert, Paris 1996.
- Mayeur, Françoise: Histoire générale de l'enseignement et de l'éducation en France, Bd. 3: De la Révolution à l'école républicaine, Paris 1981.

- Mayeur, Jean-Marie: *Léon Gambetta. La Patrie et la République*, Paris 2008.
- Mayeur, Jean-Marie: *Une enquête sur le personnel parlementaire sous la troisième république*, in: *Vingtième Siècle*, Nr. 11, 1986, S. 121–123.
- Mazouz, Sarah: *La République et ses autres. Politiques de l'altérité dans la France des années 2000*, Lyon 2017.
- Mazower, Mark: *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009.
- Mazower, Mark: *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton 2009.
- McDougall, James: *History and Culture of Nationalism in Algeria*, Cambridge 2006.
- McLaren, Angus: *Sexuality and Social Order. The Debate over the Fertility of Women and Workers in France 1770–1920*, New York/London 1983.
- Méline, Jules: *Le retour à la terre et la surproduction industrielle*, 3. Aufl., Paris 1905.
- Mencherini, Robert: *Guerre froide, grèves rouges. Parti communiste, stalinisme et luttes sociales en France. Les grèves «insurrectionnelles» de 1947–1948*, Paris 1998.
- Mendès France, Pierre: *La République moderne* (Okt. 1962), in: ders., *Œuvres complètes*, Bd. 4, Paris 1987.
- Mendras, Henri: *La seconde révolution française 1965–1984*, Paris 1994.
- Méo, Guy di: *La crise du système industriel en France au début des années 1980*, in: *Annales de Géographie* 93 (1984), Nr. 517, S. 326–349.
- Merle, Isabelle: *De la «légalisation» de la violence en contexte colonial. Le régime de l'indigénat en question*, in: *Politix*, Bd. 17, No. 66, 2004, S. 137–162.
- Messmer, Pierre: *Un premier ministre dans le premier choc pétrolier (octobre 1973-mars 1974)*. http://documents.irevues.inist.fr/bitstream/handle/2042/33703/ANM_1994_31.pdf, gesehen am 10.10.2018.
- Meyer, Ahlrich: *Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000.
- Meyer, Ahlrich: *Täter im Verhör. Die «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich 1940–1944*, Darmstadt 2005.
- Meynier, Gilbert: *Histoire intérieure du FLN, 1954–1962*, Paris 2002.
- Miard-Delacroix, Hélène: *Im Zeichen der europäischen Einigung: 1963 bis in die Gegenwart (= Deutsch-französische Geschichte, Bd. 11)*, Darmstadt 2011.
- Miard-Delacroix, Hélène: *Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1999), S. 539–558.
- Michaud, Yves: *Chirac dans le texte. La parole et l'impuissance*, Paris 2004.
- Middendorf, Stefanie: *Massenkultur. Zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Modernität in Frankreich 1880–1980*, Göttingen 2009.
- Miège, Jean-Louis: *L'arrière plan diplomatique de la guerre du Rif*, in: *Revue de l'Occident musulman et de la Méditerranée*, No. 15–16, 1973, S. 219–230.
- Mièvre, Jacques: *Le solidarisme de Léon Bourgeois. Naissance et métamorphose d'un concept*, in: *Cahiers de la Méditerranée* 62 (2001), S. 141–155.
- Milner, Jean-Claude: *Considérations sur la France. Conversations avec Philippe Petit*, Paris 2017.
- Milza, Pierre (Hg.): *Sources de la France au XXe siècle (de 1918 à nos jours)*, Paris 1997.
- Milza, Pierre: *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987.
- Mioche, Philippe: *La sidérurgie française de 1971 à nos jours. Dégénérescence et transformation*, in: *Vingtième Siècle* 42 (1994), S. 17–28.
- Mioche, Philippe: *Le plan Monnet. Genèse et élaboration 1941–1947*, Paris 1987.
- Miquel, Pierre: *La paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1972.
- Mischi, Julian: *Le Communisme désarmé. Le PCF et les classes populaires depuis les années 1970*, Marseille 2014.
- Misia, reine de Paris. *Katalog einer Ausstellung in Paris und Le Cannet, Juni 2012 bis Januar 2013*, Paris 2012.

- Mitterrand, François: *Le coup d'état permanent*, Paris 1964 (Neuausgabe 1984).
- Mitterrand, François: *Mémoires interrompus. Entretiens avec Georges-Marc Benamou*, Paris 1996.
- Moch, Jules: *Une si longue vie*, Paris 1976.
- Moisel, Claudia: *Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2004.
- Mollenhauer, Daniel: «*Sous le canon d'Agadir*». Clemenceau et le raidissement de 1911, in: Sylvie Brodziak/Caroline Fontaine (Hg.), *Clemenceau et la Grande Guerre. Actes du colloque tenu au Sénat, à Paris, les 20 et 21 novembre 2009*, La Crèche 2010, S. 67–85.
- Mollenhauer, Daniel: *Auf der Suche nach der «wahren Republik»*. Die französischen «radicaux» in der frühen Dritten Republik (1870–1890) (*Pariser Historische Studien*, Bd. 46), Bonn 1997.
- Mollenhauer, Daniel: *Die vielen Gesichter der pacification: Frankreichs Krieg in Algerien (1954–1962)*, in: Thoralf Klein/Frank Schumacher (Hg.), *Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus*, Hamburg 2006, S. 329–366.
- Mollenhauer, Daniel: *La plus grande France? Grundzüge der französischen Kolonialgeschichte (1830–1945)*, in: Jörn Leonhard/Rolf G. Renner (Hg.), *Koloniale Vergangenheiten – (post-)imperiale Gegenwart*, Berlin 2010, S. 69–86.
- Möller, Horst/Kittel, Manfred (Hg.): *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München 2002.
- Möller, Horst/Morizet, Jacques (Hg.): *Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte*, München 1996.
- Mombauer, Annika: *The Origins of the First World War. Controversies and Consensus*, London 2002.
- Mommsen, Wolfgang J./Kettenacker, Lothar (Hg.): *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983.
- Mondon, Aurélien: *Nicolas Sarkozy's legitimization of the Front national: background and perspectives*, in: *Patterns of Prejudice* 47 (2013), S. 22–40.
- Mongrenier, Jean-Sylvestre: *La France, l'Europe, l'OTAN. Une approche géopolitique de l'atlantisme français*. Préface de Pierre Lellouche, Paris 2006.
- Monnet, Jean: *Mémoires*, Paris 1976.
- Monteil, Claudine: *Simone de Beauvoir and the Women's Movement in France. An Eye-Witness Account*, in: *Simone de Beauvoir Studies* 14 (1997), S. 2–12.
- Moravcsik, Andrew: *Negotiating the Single European Act. National Interests and conventional Statecraft in the European Community*, in: *International Organization* 44 (1991) 1, S. 19–56.
- Morder, Robi: *La Troisième République, l'Etat, l'école: le mouvement ouvrier entre autonomie et compromis*, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, Nr. 78, 2005, S. 27–35.
- Moreau, Jacques: *Le congrès d'Épinay-sur-Seine du Parti socialiste*, in: *Vingtième Siècle* 65 (2000) 1, S. 81–96.
- Moreau, Jacques: *Les socialistes français et le mythe révolutionnaire*, Paris 2003.
- Morel Borotra, Natalie: *Ravel et le groupe des Apaches*, in: *Cuadernos de Sección. Musica* 8 (1996), S. 145–158.
- Morin-Rotureau, Evelyne (Hg.): *Françaises en guerre, 1914–1918*, Paris 2013.
- Moschion, Julie: *Offre de travail des mères en France. L'effet causal du passage de deux à trois enfants*, in: *Economie et statistique*, No. 422, 2009, S. 51–78.
- Mouré, Kenneth: *Economic Choice in Dark Times. The Vichy Economy*, in: *French Politics, Culture & Society* 25 (2007), S. 109–130.
- Müller, Jan-Werner: *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven 2011.
- Münchhausen, Thankmar von: *Paris. Geschichte einer Stadt seit 1800*, München 2017.
- Munoz-Pérez, Francisco/Prioux, France: *Les naissances hors mariage en France: trente années de changements*, in: *Recherches et Prévisions*, No. 59, März 2000, S. 105–116.

- Muralt, Melchior de: Jean Monnet et la modernisation de la France. De la réforme intérieure à l'intégration de l'Europe, Diss. Lausanne 1983.
- Nay, Catherine: Le noir et le rouge ou l'histoire d'une ambition, Paris 1984.
- Nies, Volker: «Apaisement» in Asien. Frankreich und der Fernostkonflikt 1937-1940, München 2009.
- Nivet, Philippe: La France occupée 1914-1918, Paris 2011.
- Noiriel, Gerard: Le creuset français. Histoire de l'immigration XIXe-XXe siècles, Paris 1988.
- Noiriel, Gérard: Le massacre des Italiens. Aigues-Mortes, 17 août 1893, Paris 2010.
- Noiriel, Gérard: Les Grèves de 1919 en France. Revolution manquée ou mouvement d'humeur?, in: French Politics and Society Bd. 8, No. 1 (Winter 1990), S. 48-55.
- Noiriel, Gérard: Population, immigration et identité nationale en France. XIXe-XXe siècle, Paris 1992.
- Nord, Philip G.: Paris Shopkeepers and the Politics of Resentment, Princeton (N.J.) 1986.
- Nord, Philip: France 1940: Defending the Republic, New Haven 2015.
- Nord, Philip: France's New Deal. From the Thirties to the Postwar Era, Princeton/Oxford 2010.
- Nord, Philip: Les origines de la Troisième République en France (1860-1885), in: Actes de la recherche en sciences sociales (116/117), mars 1997, S. 53-68.
- Nord, Philip: The Republican Moment. Struggles for Democracy in 19th Century France, Cambridge (Mass.) 1995.
- Nordmann, Jean-Thomas: La France radicale, Paris 1973.
- Novick, Peter: The Resistance versus Vichy. The Purge of Collaborators in Liberated France, New York 1968.
- Oberloskamp, Eva: Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917-1939, München 2011.
- Offen, Karen: Depopulation, Nationalism and Feminism in Fin-de-Siècle France, in: American Historical Review 89 (1984), S. 648-676.
- Offenstadt, Nicolas: 14-18 aujourd'hui. La Grande Guerre dans la France contemporaine, Paris 2010.
- Olivier, Franz-Olivier: Le Président, Paris 1990.
- Oncken, Emily: Der Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911, Düsseldorf 1981.
- Orr, Andrew: Women and the French Army during the World Wars 1914-1940, Bloomington 2017.
- Ory, Pascal: L'entre-deux-Mai. Histoire culturelle de la France. Mai 1968-Mai 1981, Paris 1983.
- Ory, Pascal: La belle illusion. Culture et politique sous le signe du Front populaire 1935-1938, Paris 1994.
- Ory, Pascal: Les expositions universelles de Paris, Bruxelles 1988.
- Ory, Pascal/Sirinelli, Jean-François: Les intellectuels en France. De l'affaire Dreyfus à aujourd'hui, Paris 2004.
- Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte - Formen - Folgen, München 1995.
- Ott, Sandra: Living with the Enemy. German Occupation, Collaboration and Justice in the Western Pyrenees, 1940-1948, Cambridge 2017.
- Overath, Petra: Transfer als Verengung? Zur internationalen Diskussion über den Geburtenrückgang in Frankreich in Texten von Fernand Boverat, Roderich von Ungern-Sternberg sowie Joseph John Spengler in den späten 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Pariser Historische Studien 72 (2006), S. 185-211.
- Overath, Petra: Zwischen Krisendeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Frankreich und Deutschland (1870-1918), in: Comparativ 13 (2003) 3, S. 65-79.
- Ozouf, Jacques und Mona: «Le Tour de la France par deux enfants». Le petit livre rouge de

- la République, in: Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. I: La République, Paris 1997, S. 277–301.
- Patel, Kiran Klaus: *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973*, München 2009.
- Paxton, Robert O.: *Vichy France: Old Guard and New Order, 1940–1944*, New York 2001.
- Péan, Pierre: *Affaires africaines*, Paris 1983.
- Péan, Pierre: *L'homme de l'ombre*, Paris 1991.
- Pécaut, Félix: *Quinze ans d'éducation. Notes écrites au jour le jour*, Paris 1902.
- Pedersen, Susan: *Family, Dependence, and the Origins of the Welfare State. Britain and France, 1914–1945*, Cambridge 1993.
- Pedroncini, Guy: *Les mutineries de 1917*, Paris 1967.
- Péguy, Charles: *L'argent (1913)*, in: *Œuvres Complètes de Charles Péguy*, Nouvelle Revue Française, Paris 1916–55, Bd. 3, S. 403.
- Péguy, Charles: *Notre jeunesse*, Paris 1910.
- Perec, Georges: *Les choses. Une histoire des années 60*, Paris 1965.
- Périer, Hélène: *Emploi des mères et garde des jeunes enfants en Europe*, in: *Revue de l'OFCE* 90 (2004) 3, S. 225–258.
- Pétain, Philippe: *La France Nouvelle. Principes de la communauté. Appels et messages 17 juin 1940–17 juin 1942*, Paris 1942.
- Petites chroniques Bd. 13: les années folles – 1925–1929. Le renouveau culturel, partie 2*, Paris 2015.
- Peyrefitte, Alain: *C'était de Gaulle, Bd. 1: La France redevient la France, Bd. 2: La France reprend sa place dans le monde*, Paris 1994.
- Peyrefitte, Alain: *Le mal français*, Paris 1976.
- Pfeil, Ulrich (Hg.), *Mythes et tabous des relations franco-allemandes au XXe siècle*, Bern u. a. 2012.
- Pfeil, Ulrich: *Die «anderen» deutsch-französischen Beziehungen: Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Wien 2004.
- Picardie, Justine: *Chanel. Sa vie, aus dem Engl. v. Lionel Leforestier*, Göttingen 2010.
- Pierrat, Emmanuel: *Les lorettes. Paris, capitale mondiale des plaisirs au XIXe siècle*, Paris 2013.
- Pierre, Michel: *L'Affaire Voulet-Chanoine*, in: *Le temps des colonies. Les collections de l'Histoire*, No. 11, avril 2001, S. 18–21.
- Pigenet, Michel/Tartakowsky, Danielle (Hg.): *Histoire des mouvements sociaux en France. De 1814 à nos jours*, Paris 2012.
- Pike, David Wingate: *Les Français et la guerre d'Espagne. Préface de Pierre Renouvin*, Paris 1975.
- Plakate und Flugblätter aus dem Mai '68 in der Sammlung Gesgon/C.I.R.I.P./Musée de l'affiche politique.
- Poznanski, Renée: *Les Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale*, Paris 1997.
- Prochaska, David: *Making Algeria French. Colonialism in Bône, 1870–1920*, Cambridge/Paris 1990.
- Programme commun de gouvernement. Parti socialiste – parti communiste, 27. 6. 1972. *Bulletin socialiste*, Juni 1972. http://www.m-pep.org/IMG/pdf/Texte_Programme_commun_gauche.pdf, gesehen am 1. 10. 2018.
- Prost, Antoine: *L'Enseignement en France (1800–1967)*, Paris 1968.
- Prost, Antoine: *L'évolution de la politique familiale en France de 1938 à 1981*, in: *Le Mouvement social*, No. 129 (1984), S. 7–28.
- Prost, Antoine: *Les anciens combattants et la société française, 1914–1939*, 3 Bde., Paris 1977.
- Prost, Antoine: *Verdun*, in: P. Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 2: La nation, Paris 1997, S. 1755–1780.
- Prost, Antoine/Winter, Jay: *Penser la Grande Guerre. Un essai d'historiographie*, Paris 2004.
- Pulju, Rebecca J.: *Women and Mass Consumer Society in Postwar France*, Cambridge 2011.

- Pyta, Wolfram/Kretschmann, Carsten (Hg.): *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933*, München 2011.
- La question postcoloniale, Hérodote, 120 (2006), No. 1.
- Radtke-Delacor, Arne: Die «gelenkte Wirtschaft» in Frankreich. Versuch einer vergleichenden Untersuchung der technokratischen Strukturen der NS-Besatzungsmacht und des Vichy-Regimes (1940–44), in: Alain Chatriot/Dieter Gosewinkel (Hg.), *Figurationen des Staates in Deutschland und Frankreich 1870–1945*, München 2006, S. 237–254.
- Radtke-Delacor, Arne: *Produire pour le Reich. Les commandes allemandes à l'industrie française (1940–1944)*, in: *Vingtième Siècle*, No. 70, 2001/2, S. 1–19.
- Raffaelli, Gérard/Zancarini, Michèle: Art. »Clovis Andrieu«, <http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article89606>, gesehen am 10. 10. 2018.
- Raithel, Thomas: *Das «Wunder» der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges*, Bonn 1996.
- Raithel, Thomas: *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre*, München 2005.
- Rajsfus, Maurice: *Black Thursday: The Round-up of 16 July 1942*, Los Angeles 2017.
- Raphael, Lutz (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln 2012.
- Raphael, Lutz: *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 1945.
- Rapports des Commissaires de la République et des Préfets, Jan. 1946. Archives nationales: F 41 2725.
- Ravel, Serge: *L'esprit de la Résistance*, Paris 1995.
- Réau, Elisabeth du: *Edouard Daladier 1884–1970*, Paris 1993.
- Rebérioux, Madeleine: *Jaurès. La parole et l'acte*, Paris 1991.
- Reinecke, Christiane: Die dunkle Seite des modernen Komforts. Zu einer Neubewertung der «glorreichen Nachkriegszeit» im (post)kolonialen Frankreich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 298–325.
- Reinhard, Wolfgang: *Kleine Geschichte des Kolonialismus*, 2. Aufl., Stuttgart 2008.
- Rémond, René: *1958, le retour de de Gaulle*, Paris 1987.
- Rémond, René: *L'Anticléricalisme en France de 1815 à nos jours*, Paris 1976.
- Rémond, René: *Les droites en France*, 4. Aufl., Paris 1982.
- Renan, Ernest: Qu'est-ce qu'une nation? Conférence prononcée le 11 mars 1882 à la Sorbonne, in: Philippe Forest (Hg.): *Qu'est-ce qu'une nation? Littérature et identité nationale de 1871 à 1914*, Paris 1991, S. 49 f.
- Renken, Frank: *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs. Die V. Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.
- Renouvin, Pierre: *Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918*, in: *Revue historique* 235 (1966), S. 1–38.
- Renouvin, Pierre: *Les relations franco-russes à la fin du XIXe siècle et au début du XXe siècle. Bilan des recherches*, in: *Cahiers du monde russe et soviétique*, Bd. 1, No. 1, Mai 1959, S. 128–147.
- Requate, Jörg: *Frankreich nach 1945 (= Europäische Zeitgeschichte Bd. 4)*, Göttingen 2011.
- Resolution Nr. 1573 der UN-Vollversammlung vom 19. 12. 1960. [http://www.un.org/french/documents/view_doc.asp?symbol=A/RES/1573\(XV\)&Lang=F](http://www.un.org/french/documents/view_doc.asp?symbol=A/RES/1573(XV)&Lang=F), gesehen am 10. 10. 2016.
- Reynaud Paligot, Carole: *La République raciale. Paradigme racial et idéologie républicaine (1860–1930)*, Paris 2006.
- Reynolds, Siân: *France between the Wars, Gender and Politics*, London 1996.
- Reynolds, Siân: *Who wanted the crèches? Working mothers and the birth-rate in France, in: Continuity and Change* 5 (1990), S. 173–197.
- Riemeyer, Isabelle: *Chanel intime. Préface de Gabrielle Palasse-Labrunie. Photographies de Francis Hammond*, Paris 2011.

- Rigoulot, Pierre: *Les paupières lourdes. Les Français face au goulag: aveuglements et indignations*, Paris 1991.
- Rimbaud, Christiane: *Raymond Barre*, Paris 2015.
- Rioux, Jean-Pierre (Hg.): *Dictionnaire de la France coloniale*, Paris 2007.
- Rioux, Jean-Pierre (Hg.): *Le Front populaire*, Paris 2006.
- Rioux, Jean-Pierre: *Jean Jaurès*, Paris 2005.
- Rioux, Jean-Pierre: *La France coloniale sans fard ni déni*, Bruxelles 2011.
- Rioux, Jean-Pierre: *La France de 1900*, Paris 2012.
- Rioux, Jean-Pierre: Maurice Barrès: «ma soumission à mon innéité», in: *Mil neuf cent*, No. 11, 1993, S. 101–106.
- Rioux, Jean-Pierre/Sirinelli, Jean-François: *La France d'un siècle à l'autre 1914–2000*, Paris 2000.
- Rist, Charles: *Season of Infamy. A Diary of War and Occupation, 1939–1945*, übers. v. Michele McKay Aynesworth, Bloomington 2016.
- Robert-Guiard, Claudine: *Des Européennes en situation coloniale. Algérie 1830–1939*, Aix-en-Provence 2009.
- Rocard, Michel: «Décoloniser la province», Paris 1966.
- Rocard, Michel: «Si ça vous amuse». *Chronique de mes faits et méfaits*, Paris 2010.
- Rochelandet, Brigitte: *Histoire de la prostitution. Du Moyen Age au XXe siècle*, Yens-sur-Morges 2007.
- Rogie, L./Despiques, P.: *Histoire de France*, Paris 1907.
- Rolland, Denis: *La grève des tranchées. Les mutineries de 1917*, Paris 2005.
- Rolland, Romain: *Au-dessus de la mêlée*, in: *Journal de Genève*, 15.9.1914.
- Romo-Navarrete, Maria: *Changer pour conserver. Les choix de Pierre Mendès France*, in: *Relations internationales* 2008/1 (No. 133), S. 7–19.
- Roosevelt, Elliott: *Wie er es sah. Vorwort von Eleanor Roosevelt*, Zürich 1947.
- Rosanvallon, Pierre: *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris 2006.
- Rosanvallon, Pierre: *Le bon gouvernement*, Paris 2015.
- Rosanvallon, Pierre: *Le modèle politique français. La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours*, Paris 2004.
- Rosanvallon, Pierre: *Le moment Guizot*, Paris 1985.
- Ross, Kristin: *Fast Cars, Clean Bodies: Decolonization and the Reordering of French Culture*, New York 1994.
- Roth, François: *Raymond Poincaré*, Paris 2000.
- Rougerie, Jacques: *La Commune 1871*, Paris 1988.
- Rouquet, François: *Le sort des femmes sous le gouvernement de Vichy (1940–1944)*, in: *Lien social et Politiques*, No. 36, 1996, S. 61–68.
- Rousseau, Frédéric: *La guerre censurée. Une histoire des combattants 14–18*, Paris 2003. Rousseau, Frédéric/Cazals, René: *14–18, le cri d'une génération. Essai sur la parole combattante*, Toulouse 2003.
- Roussel, Eric: *Jean Monnet, 1888–1979*, Paris 1996.
- Roussellier, Nicolas: *La force de gouverner. Le pouvoir exécutif en France, XIXe–XXIe siècles*, Paris 2015.
- Rouso, Henry: *Frankreich und die «dunklen Jahre». Das Regime von Vichy in Geschichte und Gegenwart*, Göttingen 2010.
- Rouso, Henry: *Le syndrome de Vichy. De 1944 à nos jours*, Paris 1990.
- Rouso, Henry: *Vichy. L'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 1992.
- Rudelle, Odile: *Le vote des femmes et la fin de «l'exception française»*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*. No. 42, avril-juin 1994, S. 52–65.
- Rudelle, Odile: *Mai 58: De Gaulle et la république*, Paris 1988.
- Ruge, Undine: *Die Erfindung des »Europa der Regionen«. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts*, Frankfurt/M. 2003.

- Ruhlmann, Jean: Ni bourgeois, ni prolétaires. La défense des classes moyennes en France au XXe siècle, Paris 2001.
- Ruscio, Alain (Hg.): L'affaire Henri Martin et la lutte contre la guerre d'Indochine, Paris 2005.
- Ruscio, Alain: L'opinion française et la guerre d'Indochine (1945-1954). Sondages et témoignages, in: Vingtième Siècle, revue d'histoire, No. 29, janvier-mars 1991, S. 35-46.
- Ruscio, Alain: Le mendésisme et l'Indochine, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 29 (1982), S. 324-342.
- Ruß, Sabine (Hg.): Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen 2000.
- Rygiel, Philippe: Les renvois de Polonais de France dans les années 1930, in: Janine Ponty (Hg.), Polonia. Des Polonais en France de 1830 à nos jours, Paris 2011, S. 125-129.
- Saint-Exupéry, Antoine de: Terre des hommes, Paris 1939.
- Saint-Fuscien, Emmanuel: A vos ordres? La relation d'autorité dans l'armée française de la Grande Guerre, Paris 2011.
- Sapiro, Gisèle: La guerre des écrivains, Paris 1999.
- Sapiro, Gisèle: La raison littéraire. Le champ littéraire français sous l'Occupation (1940-1944), in: Actes de la recherche en sciences sociales, Bd. 111-112, mars 1996, S. 3-35.
- Sapiro, Gisèle: La responsabilité de l'écrivain. Littérature, droit et morale en France (XIXe - XXe siècles), Paris 2011.
- Sarraut, Albert: Grandeur et servitudes coloniales, Paris 1931.
- Sartre, Jean-Paul: Les Carnets de la drôle de guerre, Paris 1983.
- Sartre, Jean-Paul/Merleau-Ponty, Maurice: Les jours de notre vie, in: Les Temps Modernes, Januar 1950 (o. S.).
- Savarese, Eric: L'invention des Pieds-Noirs, Paris 2002.
- Savarese, Eric: L'ordre colonial et sa légitimation en France métropolitaine. Oublier l'autre, Paris 1996.
- Scheinman, Lawrence: The Politics of Nationalism in Contemporary France, in: International Organization 23 (1969) 4, S. 834-858.
- Schmale, Wolfgang: Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2000.
- Schmidt, Helmut: Frankreichs Bombe schwächt das westliche Bündnis, in: Vorwärts, 17. 11. 1960.
- Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, München 2009.
- Schneider, William: Race and Empire: The Rise of Popular Ethnography in the Late Nineteenth Century, in: The Journal of Popular Culture 11 (1977), S. 98-109.
- Schor, Ralph: Histoire de l'immigration en France de la fin du XIXe siècle à nos jours, Paris 1996.
- Schor, Ralph: L'antisémitisme en France dans l'entre-deux-guerres, Paris 2005.
- Schubert, Christian: Der neue französische Traum. Wie unser Nachbar seinen Niedergang stoppen will, Frankfurt/M. 2017.
- Schwabe, Klaus: Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas, Baden-Baden 2016.
- Semelin, Jacques: La survie de juifs en France 1940-1944. Préface de Serge Klarsfeld, Paris 2018.
- Servent, Philippe: Le mythe Pétain. Verdun ou les tranchées de la mémoire, Paris 1992.
- Shaev, Brian: The Algerian War, European Integration, and the Decolonization of French Socialism, in: French Historical Studies 41 (2018), S. 63-94.
- Shaya, Gregory: The Flaneur, the Badaud, and the Making of a Mass Public in France, circa 1860-1910, in: The American Historical Review 109 (2004), S. 41-77.
- Shepard, Todd: The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France, Ithaca (N.Y.) 2008.
- Short, Philip: François Mitterrand. Portrait d'un ambigu, Paris 2015.
- Shurts, Sarah: Resentment and the Right: Intellectual Identity Reimagined 1898-2000, New-ark/Lanham 2017.

- Sick, Klaus-Peter: Le concept des classes moyennes. Notion sociologique ou slogan politique?, in: Vingtième siècle 37 (1993), S. 13-34.
- Sieyès, Emmanuel: Qu'est-ce que le tiers état? Préface de Jean-Denis Bredin, Paris 1988.
- Sirinelli, Jean-François (Hg.): Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle, Paris 1995, S. 201-206.
- Sirinelli, Jean-François: Comprendre la V^e République, Paris 2010.
- Sirinelli, Jean-François: Les baby boomers. Une génération 1945-1969, Paris 2003.
- Sirinelli, Jean-François: Les révolutions françaises, 1962-2017, Paris 2017.
- Sirinelli, Jean-François: Les Vingt décisives 1965-1985, Paris 2007.
- Sirinelli, Jean-François: Sartre et Aron, deux intellectuels dans le siècle, Paris 1999.
- Sirost, Stéphane: Maurice Thorez, Paris 2000.
- Smith, Bonnie G.: Ladies of the Leisure Class. The Bourgeoises of Northern France in the 19th Century, Princeton (N.J.) 1981.
- Smith, Leonard V.: Between Mutiny and Obedience. The Case of the French Fifth Infantry Division during World War I, Princeton (N.J.) 1994.
- Smith, Michael Stephen: Tariff Reform in France 1860-1900. The Politics of Economic Interest, Ithaca/London 1980.
- Smith, Paul: Feminism and the Third Republic. Women's Political and Civil Rights in France 1918-1945, Oxford 1996.
- Solschenizyn, Alexander: Nobelpreis-Rede über die Literatur 1970, München 1973.
- Soutou, Georges-Henri: La grande illusion. Quand la France perdait la paix 1914-1920, Paris 2015.
- Soutou, Georges-Henri: L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale, Paris 1989.
- Soutou, Georges-Henri: La Guerre Froide de la France 1941-1990, Paris 2018.
- Spaak, Paul-Henri: Combats inachevés. 2 Bde., Paris 1969.
- Spears, Sir Edward: Assignment to Catastrophe. Bd. 1: The Fall of France, June 1940, London/Melbourne/Toronto 1954.
- Spector, David: La gauche, la droite et le marché. Histoire d'une idée controversée, Paris 2017.
- Spillmann, Georges: De l'empire à l'hexagone, Paris 1981.
- Stein, Gertrude: Paris Frankreich, berechtigte Übersetzung von Marie-Anne Stiebel, 6. Aufl., Frankfurt/M. 1991.
- Sternhell, Zeev: Maurice Barrès et le nationalisme français, Bruxelles 1985.
- Sternhell, Zeev: Ni Droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France, Paris 1983.
- Stora, Benjamin: Guerre d'Algérie: 1999-2003. Les accélérations de la mémoire, in: Hommes et migrations, Nr. 1233, 2003, S. 83-95..
- Stora, Benjamin: Histoire de la guerre d'Algérie, Paris 2004.
- Stora, Benjamin: L'abolition, puis le rétablissement du décret Crémieux. <https://histoirecoloniale.net/les-juifs-de-l-Algerie-coloniale.html>, gesehen am 10. 10. 2018.
- Stora, Benjamin: La gangrène et l'oubli: la mémoire de la guerre d'Algérie, Paris 2005.
- Stora, Benjamin: Le mystère de Gaule: Son choix pour l'Algérie, Paris 2009.
- Stora, Benjamin: Le nationalisme algérien avant 1954, Paris 2010.
- Stora, Benjamin: Les sources du nationalisme algérien: parcours idéologiques, origine des acteurs, Paris 1989.
- Strange, Susan: The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge 1996.
- Streiff-Fénart, Jocelyne: Un dilemme français: Modèle républicain et discriminations ethniques, in: Faire-Savoirs: Sciences de l'Homme et de la Société en Provence-Alpes-Côte d'Azur, 2002, S. 69-76.
- Sutton, Michael: France and the Construction of Europe, 1944-2007. The Geopolitical Imperative, Oxford 2007.
- Terral, Hervé: La Langue d'oc devant l'école (1789-1951). Entre lutte et répression, la place accordée à l'occitan. Textes choisis, Puylaurens 2005.

- Terret, Thierry: *Histoire du sport*, Paris 2010.
- Thalheimer, Siegfried: *Die Affäre Dreyfus*, dtv Dokumente, München 1986.
- Thénault, Sylvie: *France-Algérie. Pour un traitement commun du passé de la guerre d'indépendance*, in: *Vingtème Siècle* 85 (2005), S. 119–128.
- Thénault, Sylvie: *L'histoire de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2005.
- Thénault, Sylvie: *L'OAS à Alger en 1962. Histoire d'une violence terroriste et de ses agents*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 63 (2008), S. 977–1001.
- Thénault, Sylvie: *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001.
- Théret, Bruno: *A propos du rôle de l'Etat dans la mise en œuvre des infrastructures de transport et de communication en France de 1815 à 1939*, in: *Histoire & Mesure* 10 (1995), S. 149–197.
- Thibault, Guillaume: *Quelle stratégie industrielle pour la France face à la mondialisation?*, Paris 2008.
- Thomas, Christiane: *15 millions d'automobiles en 1975*, in: *Economie et statistique* 16 (1970), S. 48–53.
- Thomas, Edith: *Le témoin compromis. Présentation et notes de Dorothy Kaufmann*, Paris 1995.
- Thomas, Jean-Paul (Hg.): *Mai 1958: le retour du général de Gaulle; actes du colloque tenu au Centre d'histoire de Science Po, mardi 13 mai 2008*, Rennes 2010.
- Thompson, Christopher S.: *The Tour de France. A Cultural History*, Berkeley/Los Angeles 2008.
- Tietmeyer, Hans: *Herausforderung Euro. Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet*, München 2005.
- Tilly, Charles/Shorter, Edward: *Les vagues de grèves en France, 1890–1968*, in: *Annales. Economies, Sociétés, Civilisations* 28 (1973), S. 857–887.
- Tönsmeier, Tatjana: *Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.12.2015. <http://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften>, gesehen am 10.10.2018.
- Tooze, J. Adam: *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015.
- Tracts clandestins publiés en France*. Bibliothèque nationale: Rés.G. 1476 I–VII.
- Trinquier, Roger: *La guerre moderne*, Paris 1961.
- Troi Tran, Van: *Vitrines coloniales. Ethnologie plastique de l'Algérie à l'Exposition universelle de 1889 à Paris*, in: *Material Culture Review/Revue de la culture matérielle* 59 (2004). <https://journals.lib.unb.ca/index.php/MCR/article/view/17979/21975>, gesehen am 10.10.2018.
- Trotsky, Leo: *Communisme et Franc-Maçonnerie en France*, 25.11.1922. <http://vivelepcf.fr/3321/communisme-et-franc-maconnerie-en-france-leon-trotsky-25-novembre-1922/>, gesehen am 10.10.2018.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung*, Bd. 15, Berlin, 1970.
- Vaïsse, Maurice: *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris 2009.
- Vaïsse, Maurice: *1961: Alger, le putsch*, Bruxelles 1983.
- Vaïsse, Maurice: *Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs 1930–1939*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 590–616.
- Vaïsse, Maurice: *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998.
- Vaïsse, Maurice/Wenkel, Christian: *La diplomatie française face à l'unification allemande*, Paris 2011.
- Valat, Bruno: *Histoire de la Sécurité sociale (1945–1967). L'Etat, l'institution et la santé*, Paris 2001.
- Valluy, Jérôme: *Quelles sont les origines du ministère de l'Identité nationale et de l'Immigration?*, in: *Cultures & Conflits* 69 (2008), S. 7–18.
- Vaughan, Hal: *Sleeping with the Enemy. Coco Chanel's Secret War*, New York/London 2011.

- Veil, Simone: Une vie, Paris 2007.
- Veillon, Dominique: Vivre et Survivre en France 1939–1947, Paris 1995.
- Venner, Dominique: Histoire de la collaboration, Paris 2000.
- Veray, Laurent: La Grande Guerre au cinéma. De la gloire à la mémoire, Paris 2008.
- Vercors (d.i. Jean Bruller), Le silence de la mer, Paris 1942.
- Verdet, Anne: La logique du non-consentement. Sa genèse, son affirmation sous l'Occupation, Rennes 2014.
- Vérez, Jean-Claude (Hg.): Le chômage en France. Fatalité ou choix collectif?, Paris 1999.
- Verfassungsgesetze vom 24.2., 25.2. und 16.7.1875. <https://www.conseil-constitutionnel.fr/les-constitutions-dans-l-histoire/constitution-de-1875-iii-republique>, gesehen am 29.8.2018.
- Vidalenc, Jean: L'exode de mai-juin 1940, Paris 1957.
- Vigna, Xavier: Les ouvriers de Denain et de Longwy face aux licenciements (1978–1979), in: Vingtième Siècle 84 (2004), S. 129–137.
- Vigreux, Jean: Croissance et contestations, 1958–1981. Histoire de la France contemporaine, Bd. 9, Paris 2014.
- Virgili, Fabrice: La France «virile». Des femmes tondues à la Libération, Paris 2004.
- Vogel, Jakob: Nationen im Gleichschritt. Der Kult der «Nation in Waffen» in Deutschland und Frankreich (1871–1914), Göttingen 1997.
- Vogüé, Eugène-Melchior de: A travers l'exposition. Les exotiques – les colonies, in: Revue des Deux Mondes 95 (1889), S. 449–465.
- Wächter, Matthias (Hg.): Eurosklerose ou européanisation? L'intégration européenne dans les années 1970. Euroclerosis or Europeanisation? European Integration in the 1970s, L'Europe en Formation Nr. 353–354, 2009.
- Wächter, Matthias: 1940 – Die Niederlage als Ursprungsort politischer Mythen in Frankreich, in: Yves Bizeul/Stephanie Wodianka (Hg.), Mythos und Tabula Rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs, Bielefeld 2018, S. 111–124.
- Wächter, Matthias: Alexandre Marc: Revolutionär, Föderalist, Europäer, in: Osteuropa, 58 (2008) 12, S. 125–135.
- Wächter, Matthias: Das «französische Gesellschaftsmodell» in der Krise? – Frankreich in der Ära Chirac, in: Die Zeit. Welt- und Kulturgeschichte, Bd. 16: Die Welt heute, Hamburg/Mannheim 2006, S. 273–279.
- Wächter, Matthias: Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940–1958, Göttingen 2006.
- Wächter, Matthias: Ein «neues Verdun». Die Schlacht von Bir Hakeim und der Mythos des Gaullismus, in: Gerd Krumeich/Susanne Brandt (Hg.), Schlachtenmythen. Ereignis – Erzählung – Erinnerung, Köln/Weimar 2003, S. 165–181.
- Wächter, Matthias: Fortschrittsdiskurse in Frankreich und den USA im 19. und 20. Jahrhundert, in: Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte 58 (2007) II, S. 297–318.
- Wächter, Matthias: Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Hamburg 2011.
- Wächter, Matthias: Le jacobinisme: la fin d'une tradition politique?, in: L'Europe en formation, No. 3–4 2007, S. 99–107.
- Wächter, Matthias/Marhold, Hartmut (Hg.): Europe – Against the Tide, Baden-Baden 2018.
- Wall, Irwin M.: French Communism in the Era of Stalin, Westport (Conn.) 1983.
- Wall, Irwin M.: The United States and the Making of Postwar France 1945–1954, Cambridge u. a. 1991.
- Warloutzet, Laurent: Le choix de la CEE par la France. Les débats économiques, Paris 2011.
- Weber, Eugen: Action Française. Royalism and Reaction in Twentieth-Century France, Stanford (Calif.) 1962.
- Weber, Eugen: La fin des terroirs. La modernisation de la France rural 1870–1914, übers. v. Antoine Berman u. Bernard Génies, Vorwort v. Mona Ozouf, Paris 2011.

- Weber, Peter: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/1939), München 2010.
- Wegner, Larissa: Deutsche Besatzungsherrschaft in Nordfrankreich, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), Die Deutschen an der Somme, 1914–1918. Krieg, Besatzung, verbrannte Erde, Essen 2016, S. 51–64.
- Weidenfeld, Werner, in Zus. mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.
- Weil, Patrick: Le statut des musulmans en Algérie coloniale. Une nationalité française dénaturée, EUI Working Paper HEC No. 3, 2003.
- Weiss, Andrea: Paris war eine Frau. Die Frauen von der Left Bank. Aus dem Englischen von Susanne Goerdts, Hamburg 1998.
- Wenkel, Christian: Auf der Suche nach einem «anderen Deutschland». Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014.
- Werth, Léon: Als die Zeit stillstand. Tagebuch 1940–1944. Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer und Tobias Scheffel, Frankfurt/M. 2017.
- Whitney, Susan B.: Mobilizing Youth. Communists and Catholics in Interwar France, Durham 2009.
- Whyte, George R.: The Dreyfus Affair. A Chronological History. Foreword by Sir Martin Gilbert, New York 2008.
- Wieviorka, Olivier: Divided Memory. French Recollections of World War II from the Liberation to the Present, Stanford 2012.
- Wieviorka, Olivier: Guerre civile à la française? Le cas des années sombres (1940–1945), in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 85 (2005) 1, S. 5–19.
- Wieviorka, Olivier: Les orphélins de la République. Destinée des députés et sénateurs français 1940–1945, Paris 2001.
- Wieviorka, Olivier: Nous entrerons dans la carrière. De la Résistance à l'exercice du pouvoir, Paris 1994.
- Wieviorka, Olivier/Prochasson, Christophe (Hg.): La France du XXe siècle. Documents d'histoire (Nouvelle histoire de la France contemporaine, Bd. 20) Paris 2004.
- Wilkens, Andreas (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999.
- Willms, Johannes: Frankreich (Die Deutschen und ihre Nachbarn), München 2009.
- Winkler, Heinrich August (Hg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.
- Winock, Michel: Chronique des années soixante, Paris 1987.
- Winock, Michel: François Mitterrand, Paris 2015.
- Winock, Michel: L'agonie de la IVe République. 13 mai 1958, Paris 2013.
- Winock, Michel: Les affaires Dreyfus, in: Vingtième Siècle, revue d'histoire, No. 5, janvier-mars 1985, S. 19–38.
- Winock, Michel: Réforme ou revolution?, in: L'Histoire, No. 397, Mars 2014, S. 46–51.
- Wirsching, Andreas u. a.: The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?, in: Journal of Modern European History 9 (2011) 1, S. 7–26.
- Wirsching, Andreas: Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten 1936 bis 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 31–60.
- Wirsching, Andreas: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989, München 2015.
- Wirsching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
- Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.
- Wolff, Albert: Mémoires d'un Parisien, Paris 1885.
- Wolff, Jacques: Entrepreneurs et firmes. Ford et Renault de leurs débuts à 1914, in: Revue économique 8 (1957), S. 297–323.

- Wolin, Richard: *The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution, and the Legacy of the 1960s*, Princeton/Oxford 2012.
- Wright, Gwendolyn: *Tradition in the Service of Modernity. Architecture and Urbanism in French Colonial Policy, 1900–1930*, in: *The Journal of Modern History* 59 (1987), S. 291–316.
- Wright, Julian/Jones, H.S.: *Pluralism and the Idea of the Republic in France*, Basingstoke 2012.
- Zack, Lizabeth: *Who Fought the Algerian War? Political Identity and Conflict in French-Ruled Algeria*, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 16 (2002), S. 55–97.
- Zalc, Claire: *Melting Shops. Une histoire des commerçants étrangers en France*, Paris 2010.
- Zancarini-Fournel, Michelle/Delacroix, Christian: *La France du temps présent 1945–2005*, Paris 2010.
- Zarusky, Jürgen/Zückert, Martin (Hg): *Das Münchner Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive*, München 2013.
- Zielinski, Bernd: *Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitskräfteeinsatz im Dritten Reich*, Münster 1995.
- Zola, Emile: *Au Bonheur des Dames*, Paris 1883.
- Zola, Emile: *Le ventre de Paris. Préface et commentaires de Gérard Gengembre*, Paris 2009.

Personenregister

- Abbas, Ferhad 174, 338, 352, 353
Abd-el-Kader 42
Abdelkrim 175, 176
Abetz, Otto 244, 245, 246, 251, 282
Adams, Henry 108
Adenauer, Konrad 406
Ahidjo, Ahmadou 334
Ait Ahmed, Hocine 342, 343
Albert Edward, Kronprinz von Großbritannien 105
Albert, Marcelin 79
Albrecht, Berty 240
Alexander III. von Russland 119
Alleg, Henri 344
Amouroux, Henri 225
Amrouche, Jean 345
Andrieu, Clovis 149
Antoine (Pseudonym von Pierre Muraccioli)
379
Aragon, Louis 176, 189, 256, 269, 270,
283, 298
Arendt, Hannah 97
Arletty (Pseudonym von Léonie Bathiat)
282
Aron, Raymond 299, 345, 425
Attali, Jacques 443, 448, 449
Aubry, Martine 471, 472, 483, 484
Audoin-Rouzeau, Stéphane 133, 134
Auriol, Vincent 302, 303
Aussaresses, Paul 499, 500
Badinter, Robert 439
Baker, Josephine 190
Balladur, Edouard 446, 480, 481, 503
Bancel, Nicolas 55
Bao Dai 325, 327, 329
Barbie, Klaus 264, 494, 497
Barbusse, Henri 140, 176
Bardot, Brigitte 371
Barre de Nanteuil, Luc de la 451
Barre, Raymond 422, 425, 427, 428, 429,
432, 436, 451
Barrès, Maurice 69, 96, 102, 130
Barthou, Louis 212
Beach, Sylvia 189
Beauvoir, Simone de 357, 371, 377, 457
Becker, Annette 133, 134
Becker, Jean-Jacques 124, 150
Beethoven, Ludwig van 271
Belmondo, Jean-Paul 377
Ben Ararat 335
Ben Bella, Ahmed 343
Benjamin, René 247
Benjamin, Walter 53, 103
Béraud, Henri 282
Bergery, Gaston 226, 227, 235
Bergson, Henri 109, 127
Berlioz, Hector 106
Bernhardt, Sarah 106
Bernstein, Eduard 136
Bertie, Francis 147
Bertillon, Jacques 62
Best, Werner 244
Beuve-Méry, Hubert 345, 356, 376
Bidault, Georges 280, 288, 289, 313, 359
Bismarck, Otto von 44
Bizet, Georges 106
Blair, Tony 483
Blanchard, Pascal 55
Blanqui, Auguste 81
Bloch, Marc 125, 126
Blot, Jacques 449
Blum, Léon 166, 167, 168, 203, 204, 205,
206, 207, 208, 209, 210, 216, 229, 262,
308, 381
Bolkestein, Frits 506
Bonnard, Abel 247
Bonnard, Pierre 188
Boudiaf, Mohammed 343
Boulanger, Georges 91
Boulez, Pierre 357
Bourdet, Claude 345
Bourdieu, Pierre 475, 476
Bourgeois, Léon 74
Bourgès-Manoury, Maurice 346
Bourguiba, Habib 174, 334, 335
Bousquet, René 253, 495, 497
Boutmy, Emile 109

- Bouygues, Francis 373
 Bozo, Frédéric 449
 Brando, Marlon 378
 Brandt, Willy 320, 416
 Braque, Georges 107, 188
 Brasillach, Robert 247, 282, 283
 Breton, André 176, 188
 Briand, Aristide 100, 135, 163, 176, 210,
 211, 212, 439
 Broglie, Albert de 19
 Brossolette, Pierre 256, 262
 Brüggemeier, Franz-Josef 215
 Brunner, Alois 273
 Buber-Neumann, Margarete 299
 Bucard, Marcel 199
 Bugeaud, Thomas Robert 42
 Buisson, Ferdinand 23, 30, 31, 100, 132
 Buñuel, Luis 188
 Byrnes, James F. 308

 Cachin, Marcel 166, 167
 Caillaux, Henriette 125
 Caillaux, Joseph 125, 148
 Cambon, Jules 116
 Cambon, Paul 116
 Camus, Albert 269, 283, 284, 345
 Caran d'Ache (Pseudonym von Emmanuel
 Poiré) 88, 89
 Carter, Jimmy 423
 Cartier, Raymond 332, 333
 Casimir-Perier, Jean 35
 Catroux, Georges 339
 Cazals, Rémy 134
 Céline (eigentlich Destouches), Louis Fer-
 dinand 197
 Césaire, Aimé 331
 Ceyrac, François 305
 Chaban-Delmas, Jacques 411, 412, 413,
 417, 418
 Chabrol, Claude 377, 497
 Challe, Maurice 358
 Chamberlain, Neville 215
 Chanel, Coco (eigentlich Gabrielle) 188,
 190, 191, 271, 272, 378
 Chanoine, Julien 59
 Chateaubriand, François-René de 405
 Châteaubriant, Alphonse de 247
 Chautemps, Camille 200, 210
 Chevalier, Maurice 282, 285
 Chevènement, Jean-Pierre 431, 452, 470,
 483, 505
 Chiappe, Jean 200
 Chirac, Jacques 417, 419, 421, 423, 429,
 444, 445, 463, 464, 470 473, 480-483,
 489 492, 495, 497, 498, 500-510
 Choltitz, Dietrich von 281
 Churchill, Winston 115, 222, 223, 231,
 236, 258, 261, 272
 Cisse, Ernest Courtot de 39
 Citroën, André 136
 Clappier, Bernard 424
 Claudel, Paul 172
 Clemenceau, Georges 51, 52, 79, 84, 90,
 135, 136, 144-160, 162, 164, 165, 166,
 196, 197, 228, 380
 Cocteau, Jean 189, 191, 328
 Cohen, Elie 427
 Colette, Gabrielle 189
 Colombani, Jean-Marie 461, 487
 Colrat, Maurice 86
 Coluche (Pseudonym von Michel Colucci)
 479
 Combes, Emile 99, 100, 126
 Coty, François 199
 Coty, René 347, 350
 Coubertin, Pierre de 187
 Couve de Murville, Maurice 398
 Cowley, Malcolm 189
 Crémieux, Adolphe 57, 233
 Crémieux, Gaston 18
 Crozier, Michel 411
 Cruppi, Jean 120
 Curie, Marie 110, 132
 Curie, Pierre 110

 d'Argenlieu, Thierry 326
 d'Astier de la Vigerie, Emmanuel 240
 Daladier, Edouard 200, 210, 215, 216, 217,
 218, 219, 220, 262
 Dalí, Salvador 191
 Dandieu, Arnaud 198
 Daniel-Rops, Henri 198
 Dante Alighieri 405
 Darlan, François 250, 258, 260, 261, 278
 Darnand, Joseph 277
 Darquier de Pellepoix, Louis 253
 Dassault, Marcel 373
 Dean, James 378
 Déat, Marcel 198, 235, 246
 Debord, Guy 393
 Debré, Michel 321, 385, 386, 387, 422,
 442
 Debussy, Claude 106
 Defferre, Gaston 389, 410, 412, 440, 465
 Degas, Edgar 107
 Delcassé, Théophile 116, 119, 124

- Delestraint, Charles 264
 Delors, Jacques 412, 431, 433, 438, 447
 Delouvrier, Paul 391
 Déroulède, Paul 51, 90, 91
 Deschanel, Paul 166
 Descoings, Richard 477
 Desnos, Robert 188
 Dessirier, Jean 193
 Dimitroff, Georgi 201
 Dincklage, Hans Günther von 271
 Dior, Christian 378
 Disraeli, Benjamin 44
 Djagilew, Sergei 188, 191
 Dollfuß, Engelbert 201
 Doriot, Jacques 176, 209, 246, 270
 Dos Passos, John 189
 Doumergue, Gaston 200
 Dreyfus, Alfred 36, 88-102, 110, 126, 130,
 209, 228, 232, 283, 318, 329, 345, 357,
 461, 515
 Dreyfus, Mathieu 95
 Drumont, Edouard 57
 Drumont, Edouard 92, 93
 Duchêne, Denis Auguste 150
 Duclos, Jacques 410
 Duhamel, Georges 186
 Duhamel, Georges 345
 Durkheim, Emile 54

 Eboué, Félix 237
 Eichmann, Adolf 253, 273
 Eisenhower, Dwight D. 353
 Eliot, Thomas Stearns 189
 Eluard, Paul 176
 Erler, Fritz 320
 Ernst, Max 188
 Esterhazy, Ferdinand Walsin 89, 90
 Etienne, Eugène 50

 Fabien, Colonel (Pseudonym von Pierre
 Georges) 248
 Fabius, Laurent 444, 470, 505
 Fabre, Joseph 51
 Falloux, Alfred de 27
 Fanon, Frantz 356
 Faure, Félix 106
 Fernandez, Ramon 270, 271
 Ferrat, Jean 368
 Ferry, Jules 26, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 41,
 45, 47, 48, 50, 51, 53, 98, 333
 Fillon, François 334, 510
 Finkelkraut, Alain 470, 474
 Fitzgerald, Francis Scott 189

 Flaubert, Gustave 27
 Foccart, Jacques 408
 Foch, Ferdinand 150, 151, 157
 Ford, Henry 111
 Foucault, Michel 460
 Fouchet, Christian 405, 452
 Fouillée, Augustine 33
 Fourastié, Jean 366
 Frachon, Benoît 301
 France, Anatole 99
 Franco, Francisco 207, 222, 270
 Franz I. von Frankreich 109
 Frenay, Henri 240, 268, 269, 288
 Frenkel, Françoise 272, 273
 Freycinet, Charles de 25, 26
 Frossard, Ludovic-Oscar 161, 166, 167
 Furet, François 445, 446

 Gaillard, Félix 346, 347
 Gallieni, Joseph 45
 Gambetta, Léon 18, 19, 25, 38, 46, 47,
 71, 72
 Gandois, Jean 484
 Garaud, Marie-France 412
 Garnier, Charles 106
 Gastaut, Yvan 462
 Gauchet, Marcel 480
 Gaudy, Georges 139
 Gaulle, Charles de 14, 15, 39, 113, 222,
 226, 236, 237, 238, 239, 240, 241,
 242, 256, 257, 261, 262, 263, 266, 267,
 275-279, 280, 283-298, 303, 305, 309,
 310, 311, 312, 313, 317, 319, 323, 325,
 347-361, 363, 364, 365, 374, 375, 376,
 381, 383-390, 393, 396-410, 414, 416,
 420, 421, 423, 442, 443, 444, 452, 473,
 483, 492, 493, 498, 515
 Genscher, Hans-Dietrich 447, 449, 451
 Gide, André 189
 Giraud, Henri 258, 261
 Girault, Arthur 54, 55
 Giroud, Françoise 376, 377, 418
 Giscard d'Estaing, Valéry 399, 417-430,
 432, 436, 439, 493, 498, 503, 505
 Gobineau, Arthur de 53
 Godard, Jean-Luc 377
 Goebbels, Joseph 271
 Goethe, Johann Wolfgang von 271, 405
 Gogh, Vincent van 107
 Gounod, Charles 106
 Grégoire, Henri 23
 Gris, Juan 107
 Guéhenno, Jean 269

- Guérin, Jules 97
 Guesde, Jules 52, 81, 83, 101, 130
 Guimard, Hector 107
 Guitry, Sacha 282
 Guizot, François 17, 26
 Guyot, Yves 50
- Halbwachs, Maurice 136
 Halévy, Daniel 72
 Hallyday, Johnny (Pseudonym von Jean-Philippe Smets) 379
 Hanotaux, Gabriel 155
 Hardy, Georges 173
 Hausmann, Georges Eugène 85, 104
 Helvig, Jean-Michel 483
 Hemingway, Ernest 189
 Henlein, Konrad 215
 Henry, Hubert 96, 97
 Henry, Thierry 474
 Herbert, Ulrich 13
 Herbst, Axel 420
 Herr, Lucien 110
 Herriot, Edouard 169, 170, 185, 211, 319
 Herz, Cornelius 92
 Hessel, Stéphane 267, 268, 269
 Hirsch, Etienne 308
 Hitler, Adolf 208, 212, 215, 216, 217, 218, 219, 222, 223, 224, 230, 231, 236, 243, 247, 248, 252, 270
 Ho Chi Minh (Pseudonym von Nguyen Ai Quaoc) 174, 175, 296, 325, 326, 328
 Hocquenghem, Guy 460
 Hoffmann, Stanley 61, 411
 Hollande, François 505, 513, 514, 516
 Houphouët-Boigny, Félix 330, 331
 Hussein Dey 42
 Hyspa, Vincent 108
- Inghilahriz, Louise 499
- Jaruzelski, Wojciech 444
 Jaurès, Jean 28, 34, 81, 83, 84, 101, 129, 130, 167, 170, 439
 Jeanne d'Arc 242, 292
 Jeanson, André 394
 Jeanson, Francis 356
 Joffre, Joseph 135, 141, 142
 Joliot-Curie, Frédéric 298
 Jospin, Lionel 481, 483, 484, 485, 486, 487, 489, 500, 510
 Jouhaux, Léon 130, 162, 301
 Joyce, James 189
- Juillet, Pierre 412
 Julliard, Jacques 445, 446, 478
 Juppé, Alain 482, 483, 504
- Kahn, Jean-François 447
 Karl I. von Portugal 105
 Karl X. von Frankreich 42, 366
 Kellogg, Frank B. 212
 Kessel, Joseph 188
 Khider, Mohammed 343
 Kiki (Pseudonym von Alice Prin) 188, 189
 Klarsfeld, Beate 494, 495, 499
 Klarsfeld, Serge 494, 495, 499
 Kohl, Helmut 437, 438, 448, 449, 450
 Kohn, Hans 69, 70
 Kouachi, Chérif und Saïd 513, 514, 515
 Kouchner, Bernard 510
 Krawtschenko, Wiktor 299, 435
- La Roque, François de 199, 209
 Lacoste, Robert 339, 346
 Lagardère, Jean-Luc 373
 Laguiller, Arlette 503
 Lang, Jack 441
 Lansing, Robert 151
 Laroque, Pierre 306
 Laval, Pierre 195, 202, 227, 229, 230, 231, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 258, 260, 275, 279, 284, 496
 Lavissee, Ernest 32
 Lazare, Bernard 95
 Le Bras, Hervé 22
 Le Chapelier, Isaac 78
 Le Pen, Jean-Marie 363, 481, 488, 489, 490, 491, 502, 508, 509, 513
 Le Pen, Marine 513, 516
 Leclerc de Hautecloque, Philippe 279, 325, 326
 Leclerc, Edouard 373
 Lecomte, Maxime 68
 Léger, Fernand 178, 179, 189
 Leguay, Jean 495
 Lenin, Wladimir Iljitsch 166
 Leonhard, Jörn 141
 Leroy-Beaulieu, Paul 47, 48
 Lévi-Strauss, Claude 331, 332
 Lifar, Serge 271
 Lloyd George, David 121, 147, 157
 Loez, André 134, 142
 Loubet, Emile 108
 Loucheur, Louis 181, 183
 Louis Philippe 17, 18, 366

- Louis-Napoléon Bonaparte (Napoléon III.)
18, 27, 34, 42, 45, 106, 380, 387
- Ludwig XIV. 389
- Lumière, Auguste 186
- Lumière, Louis 186
- Lyautey, Hubert 60, 176, 177
- Machiavelli, Nicolò 443
- MacMahon, Patrice de 19, 20
- Macron, Emmanuel 516
- Maeterlinck, Maurice 106
- Maginot, André 213
- Maigne, Jules 51
- Makoko 43
- Malle, Louis 497
- Malraux, André 203, 298, 411, 493
- Malvy, Louis 145
- Man Ray (Pseudonym von Emmanuel
Radnitzky) 188, 189
- Mandel, Georges 147, 222, 223, 277
- Mao Zedong 327
- Marc, Alexandre 198
- Marcel, Gabriel 269
- Marcel, Gabriel 357
- Marchais, Georges 422, 430, 480
- Margueritte, Victor 191
- Marshall, George C. 296, 309, 313, 314
- Martin, Henri 328, 329
- Massenet, Jules 106
- Massis, Henri 122, 123
- Massu, Jacques 344, 346, 347, 397, 499
- Mata Hari (Pseudonym von Margaretha
Geertruida Zelle) 106
- Matisse, Henri 188
- Mauriac, François 269, 283
- Mauroy, Pierre 431, 443, 465
- Maurras, Charles 169, 170, 199, 209, 232,
234, 247, 283
- Méline, Jules 77, 78, 98
- Mendès France, Pierre 318, 319, 329, 335,
338, 349, 381, 387, 396, 412
- Mendras, Henri 398
- Mercier, Ernest 183
- Merkel, Angela 512
- Merrheim, Alphonse 162
- Messali Hadj 174, 175, 202, 338, 340
- Messmer, Pierre 333, 413, 417
- Michelin, François 373
- Milhaud, Darius 188
- Mill, John Stuart 47
- Millerand, Alexandre 83, 108
- Mirabeau, Honoré Gabriel Riqueti de
498
- Mitchell, Eddy (Pseudonym von Claude
Moine) 379
- Mitterrand, François 11, 338, 389, 390,
396 412, 417, 430-440, 442, 443, 444,
445, 446-456, 466, 467, 470, 481, 483,
491, 492, 493, 495, 505, 507
- Moch, Jules 292
- Mohammed ben Jussef 334, 335
- Mollet, Guy 321, 339, 342, 343, 346
- Monis, Ernest 120
- Monnerville, Gaston 388
- Monnet, Jean 15, 307, 308, 309, 314, 315,
316, 317, 319, 320, 374, 400, 404, 405,
408, 419, 452
- Monnier, Adrienne 189
- Mordacq, Henri 148
- Morin, Edgar 379
- Moulin, Jean 241, 261, 262, 263, 264, 280,
288, 355, 493, 494
- Moumié, Félix-Roland 333
- Mounier, Emmanuel 198
- Mussolini, Benito 215
- Napoléon Bonaparte (Napoléon I.) 17, 440
- Nasser, Gamal Abdel 342, 343
- Nikolaus II. von Russland 123
- Nivelle, Robert 141
- Nixon, Richard 414, 415
- Noiriel, Gerard 67
- Nora, Simon 412
- Nurejew, Rudolf 460
- Nurmi, Paavo 187
- Oberg, Carl 252
- Ophüls, Marcel 496
- Otero, Caroline 106
- Pagnol, Marcel 186
- Painlevé, Paul 146
- Paléologue, Maurice 123, 124
- Papon, Maurice 360, 495, 496, 497, 498,
499
- Pasqua, Charles 453, 468, 473
- Passeron, Jean-Claude 475
- Passy, Colonel (Pseudonym von André
Dewavrin) 238
- Passy, Frédéric 50, 51
- Paulhan, Jean 269, 270, 357
- Paxton, Robert O. 496
- Pécaut, Félix 24, 31, 49
- Pedrocini, Guy 142
- Péguy, Charles 31, 95, 100, 109
- Perec, Georges 375

- Pétain, Philippe 14, 113, 138, 139, 142,
144, 150, 176, 200, 222, 223, 225-236,
238, 239, 240, 247, 250, 251-261, 268,
270, 274, 275, 276, 283, 284, 286, 289,
302, 492, 496
- Peyrefitte, Alain 352, 376, 407
- Pflimlin, René 347, 349
- Philip, André 292
- Picasso, Pablo 106, 107, 189, 191, 243,
298, 377
- Picquart, Georges 89, 90
- Piéri, François 177
- Pinay, Antoine 341, 349, 381, 385
- Pineau, Christian 241
- Pivert, Marceau 209
- Pleven, René 317
- Poher, Alain 399, 410
- Poincaré, Raymond 35, 114, 115, 121-126,
145, 146, 148, 151, 155, 156, 157, 184,
185, 193, 210, 211
- Pompidou, Georges 386, 387, 388, 392,
394-399, 410, 411, 413, 414, 416, 420,
421, 444, 495
- Poperen, Jean 470
- Portes, Hélène de 223
- Poujade, Pierre 349
- Poulenc, Francis 188
- Pound, Ezra 189
- Pourrat, Henri 247
- Presley, Elvis 378
- Prévert, Jacques 328
- Prost, Antoine 140
- Queille, Henri 302
- Quisling, Vidkun 231
- Raffarin, Jean-Pierre 503
- Raichinsein, Simon 272
- Ramadier, Paul 296
- Ramonet, Ignacio 447
- Ravel, Maurice 106
- Reagan, Ronald 432
- Reinach, Jacques 92
- Reinhard, Wolfgang 41
- Renan, Ernest 24
- Renault, Fernand 111
- Renault, Louis 111
- Renault, Marcel 111
- Re noir, Auguste 188
- Re noir, Jean 217
- Reynaud, Paul 222, 223, 262
- Ribbentrop, Joachim von 245
- Rioux, Jean-Pierre 52
- Rivers, Dick (Pseudonym von Hervé For-
neri) 379
- Rivet, Paul 345
- Rivette, Jacques 377
- Rocard, Michel 413
- Rohmer, Eric 377
- Rolland, Romain 127, 128
- Romains, Jules 357
- Roosevelt, Franklin D. 204, 258, 261, 308
- Rosanvallon, Pierre 445, 446
- Rothschild, Edouard de 93
- Rousseau, Frédéric 134
- Rousseau, Jean-Jacques 29
- Royal, Ségolène 509, 510
- Sagan, Françoise 371
- Saint Laurent, Yves 378
- Saint-Exupéry, Antoine de 196
- Saint-Fuscien, Emmanuel 134
- Salan, Raoul 347, 358, 359
- Salengro, Roger 209
- Saliège, Jules 255
- Sarkozy, Nicolas 40, 41, 503, 504, 508,
509, 510, 511, 512, 516
- Sarraut, Albert 172, 176, 213
- Sartre, Jean-Paul 220, 247, 298, 299, 328,
345, 356, 357, 371, 377, 378
- Satie, Eric 188
- Sauckel, Fritz 251
- Savary, Alain 442
- Savorgnan de Brazza, Pierre 43, 44, 59
- Schdanow, Andrej 296
- Scheurer-Kestner, Auguste 90
- Schiller, Friedrich 271
- Schmidt, Helmut 402, 406, 420-424, 426,
432
- Schulmann, Horst 424
- Schuman, Robert 316, 317
- Schumann, Maurice 239, 289
- Séguin, Philippe 453, 498
- Seillière, Ernest-Antoine 484
- Senghor, Léopold Sédar 331
- Sert, Misia 188, 191, 271
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques 376
- Sheila (Pseudonym von Annie Chancel) 379
- Sieyès, Emmanuel 21
- Signoret, Simone 357
- Simiand, François 136
- Sinowjew, Grigori 167
- Solschenizyn, Alexander 217, 435
- Soustelle, Jacques 338, 339, 346, 351, 359
- Spaak, Paul-Henri 320, 321
- Spears, Edward 222, 236

- Stalin, Josef 202, 208, 219, 247, 263, 298
 Stavisky, Serge Alexandre 199, 200
 Stein, Gertrude 107, 187, 189
 Strauss-Kahn, Dominique 483
 Strawinsky, Igor 106, 188, 191
 Stresemann, Gustav 212
 Stülpnagel, Otto von 243, 247, 248, 249

 Tapie, Bernard 436
 Tarde, Alfred de 122, 123
 Tardieu, André 184, 192, 197
 Tati, Jacques 375
 Taylor, Frederick Winslow 111
 Teitgen, Pierre-Henri 313
 Thatcher, Margaret 432, 439, 451
 Thérét, Max 373
 Thiers, Adolphe 18, 19
 Thomas, Albert 136, 137
 Thomas, Edith 269, 270
 Thorez, Maurice 201, 202, 210, 219, 298
 Todd, Emmanuel 22
 Toklas, Alice B. 189
 Toulouse-Lautrec, Henri 105, 188
 Touvier, Paul 495, 497
 Triolet, Elsa 270
 Trotzki, Leo 168
 Truffaut, François 357, 377
 Truman, Harry S. 296

 Um Nyobé, Ruben 333

 Valéry, Paul 171, 189
 Vallin, Charles 256

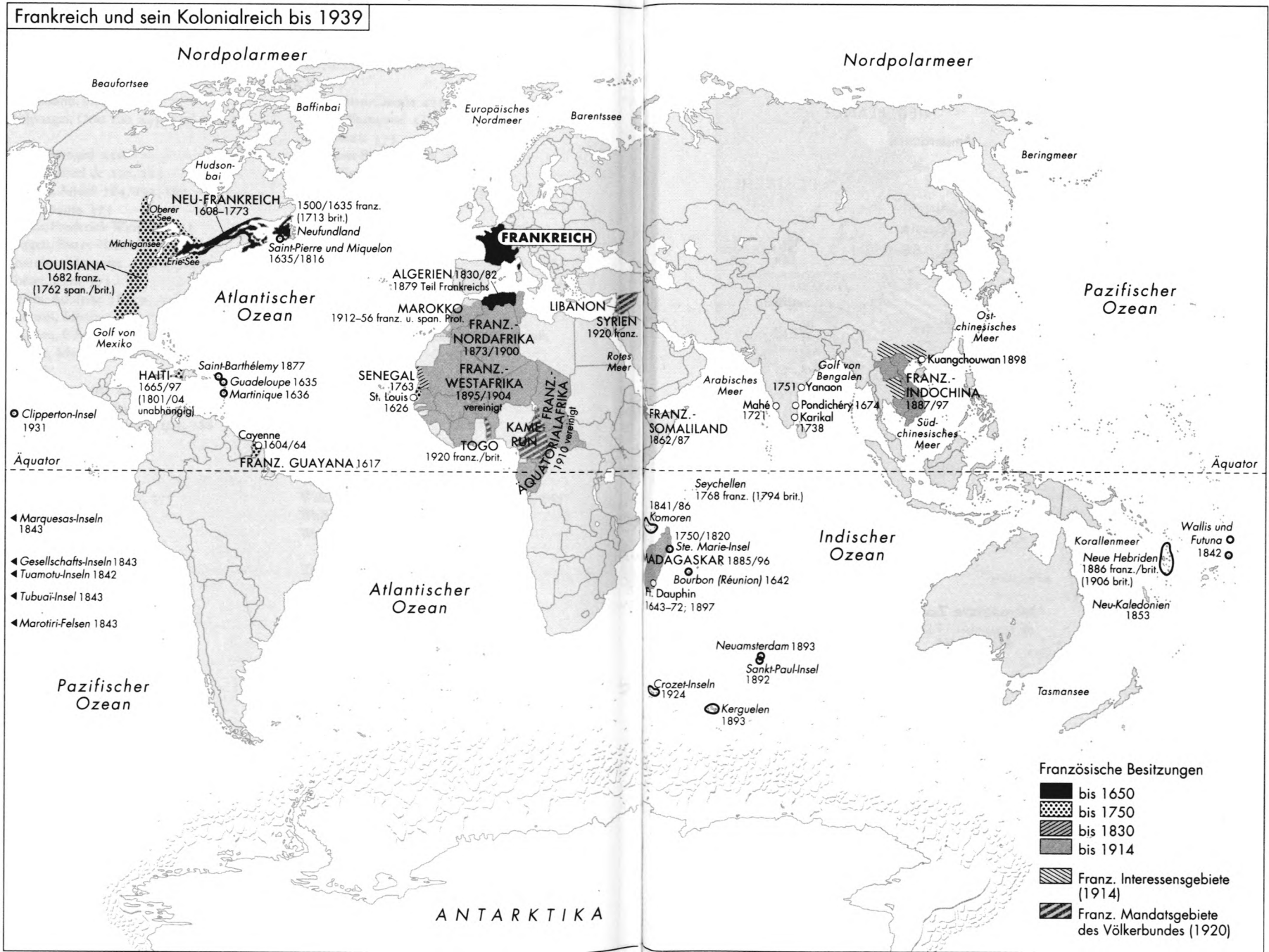
 Valois, Georges 199
 Veil, Simone (geb. Jacob) 273, 274, 418, 424
 Vercors (Pseudonym von Jean Bruller) 247, 328
 Vézec, Jean-Claude 486
 Vergès, Françoise 55
 Vian, Boris 375
 Viansson-Ponté, Pierre 391
 Vilar, Pierre 81
 Villepin, Dominique de 503, 504
 Violette, Maurice 175
 Viviani, René 123, 124, 131, 132, 163
 Vogüé, Melchior de 53
 Voise, Paul 489
 Voulet, Paul 59
 Voynet, Dominique 453

 Waldeck-Rousseau, Pierre 78, 83, 97, 98, 99
 Weber, Eugen 40
 Wehner, Herbert 320
 Weil, Simone 203
 Werner, Pierre 414
 Wertheimer, Paul und Pierre 272
 Weygand, Maxime 247
 Wilhelm II. 120
 Wilson, Woodrow 151, 152, 157, 159, 160
 Wolff, Albert 103
 Wormser, Georges 147

 Zay, Jean 206, 277
 Zidane, Zinedine 473, 474
 Zola, Emile 65, 85, 90, 95, 96, 104

Karten

Frankreich und sein Kolonialreich bis 1939



Nordpolarmeer

Beaufortsee Baffinbai Europäisches Nordmeer Barentssee

Hudson-bai NEU-FRANKREICH 1608-1773 1500/1635 franz. (1713 brit.) Neufundland Saint-Pierre und Miquelon 1635/1816

FRANKREICH

ALGERIEN 1830/82 1879 Teil Frankreichs

MAROKKO 1912-56 franz. u. span. Prot. LIBANON SYRIEN 1920 franz. Rotes Meer

FRANZ.-NORDAFRIKA 1873/1900 FRANZ.-WESTAFRIKA 1895/1904 vereinigt KAMERUN 1910 vereinigt

TOGO 1920 franz./brit. EQUATOR

SENEGAL 1763 St. Louis 1626

HAITI 1665/97 (1801/04 unabhängig) Saint-Barthélemy 1877 Guadeloupe 1636 Martinique 1636

Cayenne 1604/64 FRANZ. GUAYANA 1617

Clipperton-Insel 1931

Aquator

Marquesas-Inseln 1843

Gesellschafts-Inseln 1843

Tuamotu-Inseln 1842

Tubuai-Insel 1843

Marotiri-Felsen 1843

Atlantischer Ozean

Pazifischer Ozean

ANTARKTIKA

Nordpolarmeer

Beringmeer

Pazifischer Ozean

Ost-chinesisches Meer

Kuangchouwan 1898

FRANZ.-INDOCHINA 1887/97 Süd-chinesisches Meer

Golf von Bengalen 1751 Yanaon 1895 Karikal 1738

Arabisches Meer

FRANZ.-SOMALILAND 1862/87

Mahé 1721 Pondichery 1674

Seychellen 1768 franz. (1794 brit.)

1841/86 Komoren

1750/1820 Ste. Marie-Insel

MADAGASKAR 1885/96 Bourbon (Réunion) 1642

St. Dauphin 1643-72; 1897

Indischer Ozean

Neuamsterdam 1893

Sankt-Paul-Insel 1892

Grozet-Inseln 1924

Kerguelen 1893

Korallenmeer





Neue Hebriden 1886 franz./brit. (1906 brit.)


Neukaledonien 1853


Wallis und Futuna 1842

Tasmansee

Französische Besitzungen

-  bis 1650
-  bis 1750
-  bis 1830
-  bis 1914

 Franz. Interessensgebiete (1914)

 Franz. Mandatsgebiete des Völkerbundes (1920)



Ausgehend von der dritten französischen Republik, die sich als Avantgarde in einem Europa der Monarchien verstand, einem Land, das demographisch stagnierte und kolonial expandierte, schildert der Autor Frankreichs 20. Jahrhundert: den Ersten Weltkrieg mit dem anschließend «verlorenen» Frieden und der turbulenten Zwischenkriegszeit; den «seltsamen Krieg» von 1939/40 gegen NS-Deutschland, gefolgt von der Besetzung des Landes sowie Kollaboration und Widerstand unter dem Vichy-Regime; das Drama der Dekolonisierung mit Kriegen in Vietnam und Algerien und dem Schlüsseljahr 1958, aus dem die bis heute gültige politische Verfassung Frankreichs hervorging, die selbst die Erschütterungen des Mai 1968 überstand; die Machtübernahme der Sozialisten unter Mitterrand 1981, der die Zeitenwende von 1989/90 mitgestaltete, und den Weg zur verunsicherten Nation der Gegenwart.

VERLAG C.H.BECK

www.chbeck.de



© Kristina Petersen

Matthias Waechter leitet das europäische Hochschulinstitut Centre international de formation européenne (CIFE) in Nizza und ist Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Freiburg.

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Siegesfeier auf den Champs-Élysées, 8. Mai 1945 © Keystone/Getty Images

ISBN: 978-3-406-73653-7



9 783406 736537

VERLAG C.H.BECK

www.chbeck.de

Mit keinem anderen Land in Europa ist die deutsche Geschichte so stark verflochten wie mit Frankreich. Der in Nizza lehrende deutsche Historiker Matthias Waechter erzählt die Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Sicht unseres engsten Nachbarn – ein Unterfangen, das in deutscher Sprache seit Jahrzehnten niemand mehr unternommen hat.